Ex Libris

LIBRARY
Franciscan Friary
26th and K Sts.
Sacramento, Calif.

No. 2791

Class R 1

Date

Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit

von 1815 bis zur Gegenwart.

Von

Dr. Richard Kralik.

Sechster Band.

1914—1918 Der Völkerkrieg. — 1919 Friedensschlüsse.

Graz 1923.
Verlagsbuchhandlung „Styria“.
Zweigniederlassungen in Wien, Salzburg und Altötting (Bayern).

Weltgeschichte

von

Prof. Dr. Joh. Bapt. v. Weiß,

k. k. Hofrat, Mitglied des österr. Herrenhauses, Ritter des Ordens der Eisernen Krone, Besitzer des k. k. Ehrenzeichens für Kunst und Wissenschaft

fortgesetzt von

Dr. Richard Kralik.

XXVIII. Band.

Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit.
1914 bis 1919.

Graz 1923.

Verlagsbuchhandlung „Styria".

Zweigniederlassungen in Wien, Salzburg und Altötting (Bayern).

Das Recht eines Auszuges oder einer Übersetzung des ganzen Werkes oder einzelner Teile wird vorbehalten.

Universitäts-Buchdruckerei „Styria", Graz.
Printed in Austria

Vorwort.

Gott vor allem sei Lob und Dank, daß es mir vergönnt ist, nach zehnjähriger Arbeit die „Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit“ abzuschließen mit diesem sechsten Band, der zugleich eine für sich bestehende Geschichte des Weltkrieges bis zu den Hauptfriedensschlüssen gibt. Ich sehe darin eine außerordentliche Gnade der göttlichen Vorsehung, denn es ist nicht zu sagen, wieviel ich selbst durch diese und andere historischen Arbeiten des letzten Jahrzehnts gelernt habe, wodurch ich befähigt wurde, auch meine Zeit, wenn sie mich hören will, zu belehren. Ich bringe in diesen sechs Bänden so viel Neues und Wissenswertes, wie sonst kaum auf so knappem Raum jemals eingesammelt worden ist. Ich bringe es Freunden wie Gegnern zugute, jenen als schier unerschöpfliches Schatzhaus für ihre Lebenskämpfe, diesen zur Orientierung über ihre Irrtümer. Vollkommen zu sein, ist freilich keinem Menschen möglich. Es wäre ein Wunder noch größer als das Wunder, das mir mit der Begnadung zu solcher Arbeit zuteil wurde, wenn sich gar keine Fehler in eine solche schier unübersehbare Arbeit eingeschlichen hätten. Gewiß erreicht meine Arbeit auch keine absolute Vollständigkeit. Mancher wird vielleicht manches vermissen, weil ich mich eben selber in der Mitteilung meines Stoffes beschränken mußte. Aber jeder, der selber einmal produktiv (nicht bloß kritisch) gearbeitet hat, wird beurteilen können, welche Menge von Quellen oft auf wenige Seiten zusammengepreßt sind, wie viel ich gelesen haben muß, um nur weniges davon meinem Werk einzugliedern.

Jeder Kritiker wird sich die Ausführung eines solchen Werkes je nach dem Reichtum und der Veranlagung seines eigenen Geistes anders vorstellen können. Aber vorläufig muß man doch mit der Art meiner Ausführung vorlieb nehmen. Denn man braucht endlich ein solches Werk, und ich sehe nicht, daß es leicht möglich wäre, ein besseres Gegenwerk in aller Geschwindigkeit aufzustellen. Ich hatte freilich den großen Vorteil,

als Fortsetzer des längst wohl eingeführten dreiundzwanzigbändigen Weltgeschichtswerkes von Joh. Bapt. Weiß eintreten zu können, und ich hatte den zweiten, noch größeren Vorteil, ungehemmt durch Amtsarbeit mich Tag für Tag, Stunde für Stunde durch zehn Jahre dieser Hauptarbeit hingeben zu können. Der Verlag hat vierzehn Jahre lang gesucht, bis er einen solchen Fortsetzer gefunden hat, der nur erst einmal die Hand ans Werk zu legen Zeit und Möglichkeit hatte. Auch diesem trefflichen Verlag bin ich für seine Anregung und seine mir bewiesene gute Behandlung sehr dankbar — nächst Gott.

Den geehrten Lesern möchte ich noch zu bedenken geben, daß nicht ein bloßer Schulmeister zu ihnen spricht, sondern einer, der sich durch viele andere Studien einen ziemlich weiten Umkreis seiner Weltanschauung und Weltbildung verschafft hat. Es war darum wohl auch nötig, hie und da auf die Werke hinzuweisen, die von mir im Verlauf der Zeit ausgegangen sind, und das Wissen um die Welt vermehren und befestigen sollten. Ich konnte es nicht ganz verschweigen, daß ich auch recht viele andere Werke zur Philosophie, zur Kulturgeschichte, zur Ästhetik usw. als Ergänzung und Vorbereitung dieser rein geschichtlichen Arbeiten gegeben habe. Ich muß darauf bestehen, daß man von dieser Tatsache wenigstens Kenntnis nehmen mag, wenn ich auch nicht verlangen darf, daß der Leser dieser Allgemeinen Geschichte auch alles andere von mir gelesen haben soll. Er findet allenfalls eine Übersicht darüber in der vor kurzem im Vogelsang-Verlag herausgegebenen Selbstbiographie „Tage und Werke“, und er wird so ziemlich alle meine Bücher durch diesen Vogelsang-Verlag (Wien, VIII, Stozzigasse 41) sich verschaffen können. Als wichtigste Ergänzung dieser „Allgemeinen Geschichte der Neuesten Zeit“ muß ich besonders zwei Werke bezeichnen: „Grundriß und Kern der Weltgeschichte“ (2. Aufl., Verlag „Styria“) und „Lueger und der christliche Sozialismus“ (im Druck, Vogelsang-Verlag).

Dieser sechste Band ist, wie gesagt, zugleich eine in sich geschlossene „Geschichte des Weltkrieges“. Der Weltkrieg schließt die Geschichte der Neuesten Zeit gewaltig und einschneidend ab, aber er ist in allen seinen Folgen noch nicht zu Ende. Es wäre möglich, daß uns die weitere Entwicklung der Dinge in ein paar Jahren Gelegenheit gibt, erst völlig abschließende Resultate in unsere dann etwa weiterzuführenden Annalen einzutragen mit einer Umkehr des bisher Geschehenen. Der Pendel der Weltgeschichte schlägt ja nicht nur nach links aus, sondern, diesem Ausschlag entsprechend, bald darauf wieder ebenso weit nach rechts. So war

es zu allen Zeiten und so wird es zu allen Zeiten sein. Der Sinn der Weltgeschichte ist, daß beides uns Gelegenheit gibt, uns im Lebenskampfe zu erproben und beiden Extremen standzuhalten. Gott führt als guter Vater seine heldenhaften Söhne bald so, bald so — nicht in Versuchung, wohl aber in Erprobung und gibt unserem getreuen Lebenskampfe für die Erreichung seines Reiches gerne die Erlösung vom Übel, wenn wir nur das Unsere dazutun, daß Gottes Wille ebenso auf Erden, wie dort im Himmel geschehe. Dazu möge jeder Gutgesinnte Amen sagen.

Dieser sechste Band der „Allgemeinen Geschichte der Neuesten Zeit“ wird unter besonderem Titel auch als „Geschichte des Völkerkrieges“ ausgegeben. Durch diesen Titel soll sich diese völlig selbständige Darstellung unterscheiden von meiner unvollendet gebliebenen „Geschichte des Weltkrieges“, deren erster und einziger Halbband 1915 in anderm Verlag (Adolf Holzhausen, Wien) erschienen ist, gewissermaßen als Fortsetzung meiner „Österreichischen Geschichte“. Wenn ich nicht irre, sind jene beiden Werke, das vollendete und das unvollendete, schon vergriffen. Jedenfalls wird jene „Geschichte des Weltkrieges“ nicht fortgesetzt werden. An ihre Stelle tritt nun diese vollständige „Geschichte des Völkerkrieges“. Dies sei gesagt, um etwaigen Verwechslungen vorzubeugen.

Februar 1923.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Des Weltkrieges erster Teil 1914—1916 . . . . . 1—361

Das Jahr 1914 . . . . . 1—116
Preußenbund 1
Zwölfinselfrage 2
Flottenfrage 3
Schwedische Sorgen 4
Fürst Wilhelm von Albanien 6
Der Fall Caillaux 7
Das englische Königspaar im April in Paris 11
Der Brief Mitrofanoffs 12
Der Zar in Constanza 16
Der Wilhelmskanal 18
Die Ermordung Franz Ferdinands 18
Das österreichische Ultimatum an Serbien 23
Rußlands und Englands Eingreifen 24
Ausbruch des Weltkriegs 27
Ermordung Jaurès' 36
Die irische Krisis 36
Einmarsch in Belgien 38
Das japanische Ultimatum 46
Kämpfe an drei Fronten 46
Tannenberg 46
Italiens Zweideutigkeit 49
Papst Pius X. † 50
Papst Benedikt XV. 51
Londoner Septemberabkommen 52
Die Marneschlacht 52
Der Stellungskrieg 52
Fürst Wilhelm verläßt Albanien 58
Eroberung von Antwerpen 60
Die Türkei tritt in den Krieg 66
Graf Spee 71
Die „Emden“ 71
Tsingtau fällt 72
Casement 75
Die Aushungerung 85
Die Römische Kurie 87
Der Zentrumsstreit 91
Kardinal Kopp † 92
Duellzwang 94
Die Scheinkultur 97
Homerule und Ulster 100
König Karol von Rumänien † 106
König Ferdinand 106
Schewtschenko 107
Ägypten von England annektiert 108
Burenkampf 109

Seite
Wilson und die Trusts 111
Mexiko 112
Die Kriegslieferungen Amerikas 114

Das Jahr 1915 . . . . . 116—257
Päpstliche Vermittlung 116
Holländische Mission beim Vatikan 128
Winterschlacht in den Masuren 133
Tauchbootkrieg Februar 135
Japanisierung Chinas 138
Fall Przemysls 22. März 145
Kämpfe an den Dardanellen und auf Gallipoli 159
Eintritt Italiens in den Krieg 164
Lage des Papstes 168
Durchbruch bei Gorlice 170
Englisches Koalitionsministerium 173
Versenkung der „Lusitania" 174
Wiedereroberung Przemysls und Lembergs 178
Rücktritt Bryans; Lansing sein Nachfolger 182
Eroberung von Iwangorod, Warschau, Brest-Litowsk, Kowno und Nowo-georgiewsk, von Luck, Dubno und Wilna 194
Rücktritt Nikolajs 204
Die ungarischen Munizipien 209
Offensive in Serbien und Eintritt Bulgariens in den Krieg 216
Die Entente in Saloniki; die Verletzung der griechischen Neutralität . . 216
Französisches Koalitionsministerium 220
Isonzoschlachten 222
Der „Baralong"-Fall 224
Der Fall Dumba 225
Das österreichisch-ungarische Wappen 226
Gemeinsamer Rat in Paris 228
Eroberung Serbiens 232
Päpstliche Friedensmahnung 235
Kriegsrat der Entente 242
Rückzug aus Gallipoli 242
Wilson Bräutigam 245
Yuanschikai Kaiser 245
Tschechische Beziehungen 245
Wirtschaftliches 245
Kultur 246

Das Jahr 1916 . . . . . 257—361
Eroberung des Lovcen und Montenegros 259
Drangsalierung Griechenlands 261
Die Entente räumt Gallipoli 264
König Ferdinands Aussöhnung mit dem Papst 271
Österreicher in Durazzo 272
Kämpfe um Verdun 274
Schreiben des Papstes 275
Prozeß Suchomlinow 278
Irischer Nationalkonvent in Neuyork 278
Kardinal Mercier 279
Seerechtserörterungen mit Amerika 282
Die „Möwe" 283
Kroatisches Wappen 284
Deutschland zum Frieden bereit 285
Asquith in Rom 287
Aufstand in Irland 289
Verschärfung des Verhältnisses zu Amerika 290
Wilsons Reden für Frieden und Freiheit der Meere 293
Liebknecht verhaftet 297

Seite
Österreichische Offensive gegen Asiago und Arsiero 298
Wehrpflicht in England 298
Hinrichtungen in Irland 299
Schweizer Friedensbemühungen 300
Deutsche Friedensbereitschaft 301
Seeschlacht vor dem Skagerrak 303
Russische Offensive; Fall von Czernowitz und Kolomea 305
Blockade über Griechenland 306
Kitcheners Tod 307
Wahlbewegung in Amerika 307
Yuanschikais Tod 308
Russisch-japanisches Abkommen 308
Schlachten an der Somme 309
Handelstauchboot „Deutschland" 311
Fryatt erschossen 312
Aufhebung der Londoner Seerechtserklärung von 1909 313
Casement hingerichtet 314
Palazzo di Venezia 315
Rumäniens Kriegserklärung 316
Hindenburg und Ludendorff 318
Italiens Kriegserklärung an das Deutsche Reich 320
Rumänischer Krieg 321
Makedonischer Krieg 326
Venizelos Präsident in Saloniki 331
Wilsons Reden 332
Stürgkhs Ermordung 333
Koerber 334
Wiederherstellung Polens 334
Hindenburg gegen staatliche Regelung der Ernährung 338
Wilson wieder Präsident 341
Die Tschechen und Ukrainer 342
Kramar 343
Kaiser Franz Josef † 343
Kaiser Karl 343
Friedensvorschlag der Mittelmächte 345
Wilsons Vorschlag 349
Einnahme von Bukarest 353
Krönung in Ofen 354
Huldigungen 354
Kulturgeschichtliches 355

Der Amerikanische Krieg und der Friede 1917—1919 . . . . . 363—731

Das Jahr 1917 . . . . 362—509
Zum Friedensangebot der Mittelmächte und Wilsons 362
Verschärfter Unterseebootkrieg 376
Absage Wilsons 379
Neuorientierung in Deutschland 380
Seerechtsfrage 381
Inauguraladresse Wilsons 390
Russische Revolution 391
Abdankung des Zaren 392
Mexikanische Angelegenheit 397
Kriegserklärung Wilsons an Deutschland 402
Aufhebung des Jesuitengesetzes 409
Czernin 412
Die Frage der Stockholmer Konferenz 425
Friedensvermittlungsversuch des Schweizer Bundesrates Hoffmann . . 427
Österreichischer Reichsrat 428
Ministerium Seidler 432
Italien in Valona 433

Seite
Abdankung König Konstantins von Griechenland . . . 435
Rücktritt Bethmanns . . . 435
Michaelis Reichskanzler . . . 435
Deutsche Friedensresolution . . . 436
Zersetzung in Rußland . . . 444
Amnestie Kaiser Karls . . . 445
Friedensbotschaft des Papstes . . . 447
Russische Staatskonferenz . . . 455
Prozeß Suchomlinow . . . 457
Czernowitz zum drittenmal befreit . . . 458
Elfte Isonzoschlacht . . . 458
Antworten an den Papst . . . 460
Riga erobert . . . 466
Große Offensive gegen Italien bis über Udine . . . 467
Eroberung von Oesel . . . 469
Sozialdemokraten in Würzburg . . . 472
Russisches Vorparlament; Kerenskij . . . 475
Bolschewistischer Umsturz in Rußland . . . 478
Ukraina . . . 480
Bereitschaft zum Sonderfrieden . . . 481
Reichskanzler Hertling . . . 482
Clemenceau . . . 487
Rapallo . . . 488
Japanisch-amerikanisches Abkommen über China . . . 489
Berner Konferenz . . . 490
An der Piave, in Asiago und Belluno . . . 490
Duellerlaß Kaiser Karls . . . 492
Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk . . . 493
Russische Sonderrepubliken . . . 496
Wilson redet . . . 497
Lansdowne . . . 498
Engländer in Jerusalem . . . 500
Wahlreform in England . . . 503
Tschechisch-slowakische Armee . . . 504

Das Jahr 1918 . . . 510–670

Friedensverhandlungen in Brest . . . 510
Wilsons vierzehn Punkte . . . 513
Streiks in den Mittelreichen . . . 520
Friede mit der Ukraine . . . 522
Wilsons vier Punkte . . . 526
Kriegsrat in Versailles . . . 530
Friede mit Rußland . . . 532
Vorfriede mit Rumänien . . . 535
Der Fall Lichnowsky . . . 536
Große deutsche Offensive im Westen . . . 540
General Foch . . . 544
Czernins und Clemenceaus Enthüllungen über den Kaiserbrief . . . 545
Czernins Abgang; Burian . . . 550
Friede mit Rumänien . . . 552
Hetman Skoropadski . . . 558
Ausbau und Vertiefung des österreichisch-deutschen Bundesverhältnisses . 561
Kongreß der österreichischen Nationalitäten in Paris . . . 564
Die Deutschen in der Krim . . . 565
Kämpfe an der Westfront . . . 566
Schlacht an der Marne . . . 569
Vorstoß der Österreicher über die Piave . . . 573
Umschwung an der Westfront; Gegenoffensive . . . 580
Ermordung des Zaren und Mirbachs . . . 581
Die Entente an der Murmanküste . . . 583
Wilsons neue vier Punkte . . . 585

Seite
Propagandagerüchte 588
Anhaltende Gegenoffensive 590
Italienische Flieger über Wien 591
Japan in Sibirien 596
Die Tschechoslowaken anerkannt 597
Amerikanisches Heeresgesetz 600
Geheimvertrag zwischen Amerika und England 601
Burians Friedensvorschlag 610
Wilsons fünf Punkte 619
Bulgariens Sonderfrieden 619
Hertlings Abgang 620
Max von Baden Reichskanzler 621
Gemeinsames Friedensangebot des Mittelbundes 622
Manifest Kaiser Karls über eine föderative Monarchie; Zerfall in Nationalstaaten; Sonderfriedensangebot 627
Andrassy, Lammasch, Karolyi 635
Waffenstillstand 640
Republik Bayern, Eisner 646
Deutsche Republik, Reichskanzler Ebert 647
Nationale Republiken in Österreich-Ungarn 653
Wilson in Europa; Verhandlungen in Paris 658
Sozialdemokraten, Unabhängige und Spartakusbund 660
Matrosenputsch in Berlin 662

Das Jahr 1919 . . . . . 670—731
Pariser Friedenskonferenz 670
Liebknecht und Rosa Luxemburg 672
Großherzogin Charlotte von Luxemburg 673
Völkerbund 673
Berner Sozialistenkonferenz 674
Weimarer Nationalversammlung 675
Kurt Eisner 676
Spartakisten 679
Anschlußfrage 679
Blutiger Kommunistenputsch in Ungarn 680
Völkerbundfragen 681
Räterepublik in München 683
Absetzung Nikitas von Montenegro 684
Friede von Versailles 685
Verhandlungen von Saint-Germain 689
Unterzeichnung des Versailler Friedens 693
Gegenrevolutionärer Putsch in Pest 696
Auslieferungsfrage 698
„Enthüllungen" 700
Wilsons Haltung 705
Deutsche Reichsverfassung 706
Sturz der ungarischen Räteregierung; Erzherzog Josef; Bela Kun . . . 708
Friede von Saint-Germain mit Österreich 712
Wilsons Krankheit 714
Koalition in Österreich 717
Ungarischer Monarchismus 718
Horthy in Pest 722
Charlotte von Luxemburg vermählt mit Felix von Parma 723
Völkerbundkonferenz in Brüssel 724
„Dritte Internationale" 724
Friedensverhandlungen mit Ungarn zu Neuilly 725
Der Papst an die Kardinäle 727

Alphabetisches Register . . . . . 732—775

Des Weltkrieges erster Teil 1914—1916.

Das Jahr 1914.

Preußenbund. Zwölfinselfrage. Flottenfrage. Schwedische Sorgen. Fürst Wilhelm von Albanien. Der Fall Caillaux. Das englische Königspaar im April in Paris. Der Brief Mitrofanoffs. Der Zar in Constanza. Der Wilhelmskanal. Die Ermordung Franz Ferdinands. Das österreichische Ultimatum an Serbien. Rußlands und Englands Eingreifen. Ausbruch des Weltkriegs. Ermordung Jaurès'. Die irische Krisis. Einmarsch in Belgien. Das japanische Ultimatum. Kämpfe an drei Fronten. Tannenberg. Italiens Zweideutigkeit. Papst Pius X. †. Papst Benedikt XV. Londoner Septemberabkommen. Die Marneschlacht. Der Stellungskrieg. Fürst Wilhelm verläßt Albanien. Eroberung von Antwerpen. Die Türkei tritt in den Krieg. Graf Spee. Die „Emden". Tsingtau fällt. Casement. Die Aushungerung. Die Römische Kurie. Der Zentrumsstreit. Kardinal Kopp †. Duellzwang. Die Scheinkultur. Homerule und Ulster. König Karol von Rumänien †. König Ferdinand. Schewtschenko. Ägypten von England annektiert. Burenkampf. Wilson und die Trusts. Mexiko. Die Kriegslieferungen Amerikas.

Wenn wir die unmittelbar in den Jahren vor dem Weltkrieg gesprochenen und geschriebenen Worte heute (10. Okt. 1918) überblicken, so wundern wir uns, daß wir damals noch an der Notwendigkeit des Ausbruchs zweifeln konnten. Um dies für die erste Hälfte des Jahres 1914 von Monat zu Monat zu verfolgen, setze ich die bereits bei den früheren Jahren eingeschlagene Methode der Berichterstattung fort.

Januar.

In das neue Jahr hinüber griffen noch die Folgen der peinlichen Zaberner Vorfälle und beeinträchtigten die Stimmung an der deutsch-französischen Grenze, aber auch die einheitliche Stimmung im Deutschen Reiche selbst, da sich ein Gegensatz gegen das Preußentum geltend machte, der anderseits wieder zur Gründung eines spezifischen Preußenbundes (18. Jan.) führte, so daß man bereits von einem partikularistischen Gegensatz zwischen Nord und Süd sprach. Preußenbund.

Die Tagung der Mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz in Budapest wurde am 5. Januar durch den Ministerpräsidenten Dr. Wekerle eröffnet. Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Präsident des deutschen

Vereins, wies darauf hin, wie sehr beide eng verbündete Reiche Mitteleuropas auch wirtschaftlich aufeinander angewiesen seien.

Lloyd George, der englische Schatzkanzler, äußerte sich in einem Gespräch über die vollständig nutzlose Höhe der Rüstungsausgaben; denn da alle gleichmäßig rüsteten, so habe niemand an Stärke gewonnen. Er hielt den Augenblick für günstig zu einer Revision dieser Politik, denn erstens sei die Spannung mit Deutschland dank der klugen und geduldigen Politik Edward Greys vollständig gelöst und man könne zur alten jahrhundertlangen Freundschaftspolitik zurückkehren. Zweitens scheine Deutschland jetzt seine Gedanken von der Seemacht abzuwenden und wichtigeren Aufgaben zuzuwenden, denn es ist von Völkern umringt, die jedes eine fast ebenso mächtige Landarmee besitzen. Während wir nur auf einer Überlegenheit um sechzig Prozent Seestärke bestehen, ist die Überlegenheit Rußlands und Frankreichs zu Lande eine viel größere. Drittens ist in der Christenheit, namentlich in Westeuropa, eine Auflehnung gegen den Militarismus erwachsen; davon muß eine liberale Regierung Kenntnis nehmen. — Aber zwischen Lloyd George und dem Marineminister Churchill kam es wegen dieser Abrüstungsideen zu ernsten Unstimmigkeiten. — Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky suchte auch bei einem Bankett der Handelskammer am 16. Januar friedlich zu wirken: Das Wachstum der deutschen Industrie und des Handels sei kein Hindernis für freundliche Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Lichnowsky.

Frankreich litt unter einer nervösen Spionenfurcht. Der nationalistische General Maitrot bezeichnete die Universität Grenoble als ein wahres deutsches Spionennest, wogegen der Rektor Petit-Dutaillis entschieden protestierte. — Nervös war man auch über das französisch-englische Flottenprogramm, ob alles richtig funktionieren werde. — Erfreulich war es, daß sich Frankreich an den „olympischen Spielen" in Berlin mitbeteiligen wollte und einen Beitrag zur Ausbildung der Athleten bewilligte, die Frankreich auf dem Berliner Stadion vertreten sollten. Ebenso erfreulich war es, daß Präsident Poincaré und Gemahlin sowie das gesamte Ministerium Doumergue am 20. Januar eine Abendgesellschaft auf der Deutschen Botschaft besuchten, der erste Fall seit dem Krieg von 1870. — Der eifrigste Prediger des Revanchegedankens, Paul Déroulède, starb am 30. Januar in Nizza. — Man versäumte nicht, auf den Rückstand des französischen Flugfahrwesens gegenüber dem deutschen aufmerksam zu machen.

Italien betonte seine Bündnistreue, war auch stolz auf die wirtschaftliche Kraft der Nation, welche die Nachwirkungen der Kriegszeiten mit Leichtigkeit überwunden habe. All das habe zur Steigerung des politischen Ansehens Italiens beigetragen. Ungelöst blieb noch die Zwölfinselfrage, das Schicksal des von Italien besetzten Dodekanesos. Italien wollte die Inseln behalten und so „als Großmacht am Mittelmeer darauf bestehen, an dem friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb der Großmächte teilzunehmen und sich im östlichen Mittelmeer den ihm gebührenden Platz zu sichern". Dies Ziel sei mit den Interessen der Türkei und Europas vereinbar.

Rußland nahm in Frankreich eine Anleihe von 665 Millionen Franken auf zum Ausbau strategischer Bahnen gegen Deutschland. Die Türkei reorganisierte ihr Heer und ließ Bahnen bauen. Eine französische Gesellschaft erhielt die Konzession für eine Bahn von den Dardanellen bis in die Gegend von Smyrna. Bulgarien grollte. — Albanien war ein Chaos; türkische Offiziere versuchten in Valona am 6. Januar einen Putsch zugunsten eines mohammedanischen Fürsten; auch der Präsident der provisorischen Regierung war darein verwickelt, wie das Kriegsgericht feststellte. Er mußte deshalb zurücktreten und die Internationale Kontrollkommission übernahm die Regierungsgewalt in Erwartung des Prinzen von Wied. Albanien.

Februar.

Wieder ereignete sich am 3. Februar bei Luneville der peinliche Zufall, daß ein deutsches Flugzeug mit zwei Offizieren auf französischem Boden landete; aber die französischen Behörden waren höflich und gaben das Flugzeug frei.

Tirpitz sprach am 4. Februar im Reichstag über das Flottenwesen und die von England angebotene, annehmbare Relation von 16 zu 10; dagegen könne der Feierjahrgedanke nicht verwirklicht werden, auch seien von englischer Seite keine positiven Vorschläge erfolgt. Das Marinewesen wachse bei den andern Staaten viel mehr an als bei uns. In den letzten fünf Jahren hat Deutschland seine Ausgaben um 55 Millionen Mark gesteigert. England, das damals schon eine doppelt so starke Flotte hatte als wir, um 216 Millionen, also um das Vierfache, ungerechnet den noch zu erwartenden Nachtragskredit von 60 Millionen; Frankreich um 134 Millionen, Rußland um 302 Millionen, und zwar fast nur für die Ostseeflotte. — Hierauf erklärte Staatssekretär v. Jagow das Verhältnis zu England als ein recht gutes, es befinde sich auf der Linie der Entspannung und Annäherung. Englische Stimmen äußerten sich über all das befriedigt. Es erfolgte kein positiver Vorschlag eines Feierjahres für den Flottenbau, da man offenbar auch in England die Unausführbarkeit einsah. — Erzberger sagte darüber am 19. Februar: „Bezüglich der englischen Verständigungspläne ist mein Mißtrauen zur Skepsis geworden. Eine Verständigung mit England um den Preis der deutschen Seewehr kann es nicht geben aus deutschnationalen Gründen. Ein Vasallenstaat Englands wollen wir nicht werden. Das wäre das Ende der deutschen Weltmachtpolitik, das wäre eine Bankerotterklärung unserer Flottenpolitik. Wir wünschen eine Verständigung, aber nicht eine solche auf Kosten des durchaus notwendigen Maßes von Abwehrmitteln, welche die deutsche Nation dringend braucht. England hat getrieben, Deutschland nie. Dann der schöne Vorschlag 16 zu 10. Ganz gut, aber England hat nicht 16, sondern 25 Schiffe Tirpitz.

gebaut, wir aber nur 10. Deutschland baut jedes Jahr zwei Linienschiffe; will England das Verhältnis 16 zu 10 einhalten, so soll es drei Stück bauen. Dann brauchen wir keine besonderen Verträge." — Tirpitz begrüßte die Anregungen der Redner, die Marine möge sich stärker im Auslande betätigen; das stärkt das Ansehen.

Martin Spahn machte in der „Illustrierten Zeitung" 19. Februar aufmerksam auf den gefährlichen „Gärungsprozeß" in der elsaß-lothringischen Frage.

Die ungarische Regierung hatte mit den Nationalitäten im Staate zu schaffen. In Marmaros-Sziget wurde ein Prozeß gegen ruthenische Schismatiker verhandelt, die russenfreundlicher Umtriebe verdächtig waren. Aus Bobrinski. Rußland kam der panslawistische Agitator Graf Bobrinski, um sich als Zeuge für die politische Unschuld der Ruthenen vernehmen zu lassen. Mit den ungarländischen Rumänen konnte Tisza auch zu keiner Verständigung kommen; er gestand im Parlament, daß das bisherige System rein magyarischen Unterrichts verfehlt war.

Churchill verweigerte im Parlament das Eingehen auf die Frage der Einschränkung im Flottenbau; der Gegenstand sei nicht geeignet zu einer Diskussion. — Feldmarschall Lord Roberts sprach sich für die allgemeine Wehrpflicht aus. Die englische Flotte hielt ihre Übungen ab mit Benützung französischer Häfen, die sie ja im kommenden Krieg zu beschützen hatte. Über die englisch-französische Waffengemeinschaft kursierten in Frankreich die Worte des englischen Admirals Freemantle: „Man hat unrecht, sich in Frankreich darüber aufzuregen; denn die von England eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Frankreich sind bedeutend wichtiger, als man gewöhnlich annimmt."

Der Entwurf zu einem deutsch-französischen Abkommen über die kleinasiatischen Bahnen wurde am 15. Februar in Berlin unterzeichnet; beteiligt war die Deutsche Bank, als Vertreterin der Anatolischen und der Bagdadbahngesellschaft, die Ottomanische Bank für die Syrische Eisenbahngesellschaft und eine zu gründende Eisenbahngesellschaft für das Schwarzemeerbecken. Die französische Presse sah das als Liquidation an, da sich Frankreich seit Jahren im Orient überflügeln ließ. Übrigens blieb Frankreich die Einflußsphäre in Syrien gesichert und das Minengebiet in Kappadokien.

In Schweden veranstalteten die Bauern eine große nationale Kundgebung für eine Verstärkung der Wehrmacht. 30.000 Bauern kamen am 6. Februar nach Stockholm, beunruhigt durch die russischen Rüstungen in Finnland; sie drückten dem König ihre Bereitwilligkeit aus, höhere Lasten zum Zweck der Landesverteidigung zu übernehmen. Der König stimmte ihnen zu; das radikale Ministerium aber und die Sozialdemokraten waren dagegen; diese veranstalteten am 8. Februar eine Gegendemonstration. Das Kabinett trat zurück und es wurden Neuwahlen ausgeschrieben, um die Ansicht des Volkes über die Verteidigungsfrage kennenzulernen.

Rußland. Ein russischer Regierungserlaß verbot der Presse für die Dauer eines Jahres, Nachrichten über militärische Maßnahmen irgendwelcher Art in Heer und Flotte zu veröffentlichen. Damit war die Absicht eines

Krieges bewiesen. — Da anfangs Februar der griechische Ministerpräsident Venizelos und der serbische Ministerpräsident Pasic in Petersburg mit russischen Staatsmännern sich besprachen, vermutete man, es sei ein neuer Balkanbund unter russischer Führung geplant, Serbien, Montenegro, Griechenland und Rumänien umfassend. — Da Kokowzow der in die Höhe kommenden panslawistischen Partei zu „liberal" schien, mußte er seine Ministerpräsidentschaft abgeben (11. Febr.). An seine Stelle trat der reaktionäre Goremykin, der schon 1906 Ministerpräsident war. — Sehr bedeutsam war die Rede des früheren Botschafters Barons Rosen im Reichsrat am 13. Februar über die Gesamtlage: „Europa steht unter der Zwangsvorstellung der beiden Mächtegruppen Dreibund gegen Dreiverband, die zu früherem oder späterem Zusammenstoß rüsten. Der einzige Ausweg besteht in der Beseitigung des Gegensatzes, der den russischen Interessen völlig fremd ist, oder im Krieg. Die Erhebung einer Milliardensteuer beweist, daß dieser sehr nahe ist . . . Ich glaube aber, daß wohl kaum in Rußland ein denkender Mensch sich finden wird, der es nicht instinktiv fühlte, daß wir vom Kurs abtreiben und vom Wind dem klippenreichen Ufer zugetrieben werden, an dem unser Staatsschiff zu zerschellen droht, wenn wir nicht rechtzeitig einen besseren Kurs einschlagen . . . Unsere höchsten gesetzgebenden und repräsentativen Institutionen sollen nicht nur eine feste Schanze gegen den sozialistischen und revolutionären Radikalismus, sondern auch eine nicht weniger feste Schanze gegen die hoffnungslose Reaktion und den kriegerischen Nationalismus sein, die in ihrer Blindheit nur zum Nutzen der Feinde Rußlands arbeiten."

Die Türkei war sehr ungehalten über die Bulgaren, weil sie ihre Gewalttätigkeiten gegen die Pomaken, diese während des Balkankrieges gewaltsam zum Christentum bekehrten Mohammedaner, nicht einstellten. Pomaken. Sie brach deshalb die Verhandlungen über einen Handelsvertrag ab. Über die Inselfrage schlugen die sechs Großmächte in einer Note vom 14. Februar vor, daß Griechenland die Inseln Imbros und Tenedos, ebenso Castellorizo der Türkei zurückgebe, die anderen weder befestige noch zu militärischen Zwecken benutze, die Konterbande verhindere und die muselmanischen Minoritäten schütze. Damit war die Türkei wenig zufrieden. Griechenland seinerseits sollte erst dann die Inseln zugewiesen erhalten, wenn es seine Truppen aus Albanien zurückzöge; aber Venizelos bemühte sich um eine Grenzverbesserung gegen Bezahlung von zweieinhalb Millionen.

Den Bemühungen um Erneuerung des Balkanbundes stellte sich Bulgarien entschieden entgegen. Bei einem Besuch des griechischen Kronprinzen in Bukarest 5. bis 11. Februar wurde dergleichen besprochen. Serbien war unwillig darüber, daß Bulgarien durch Drohungen zu erlangen hoffe, was es durch Gewalt nicht erreichen konnte, und drohte, nächstens die Bulgaren nicht mehr zu schonen. Bulgariens Presse war über solche Reden des serbischen Regierungsorgans entrüstet: Bulgarien fordere niemand heraus, sei aber nicht gesonnen, seine Geschicke in die Hände der Serben oder Griechen zu legen.

Albanien. Eine albanische Deputation unter Führung von Essad-Pascha kam am 21. Februar nach Neuwied, um dem Prinzen Wilhelm die Krone und den Thron des freien und unabhängigen Albaniens anzubieten. Essad sagte in albanischer Sprache: „Unsere Nation, welche früher für ihre Unabhängigkeit so hartnäckig gekämpft hat, mußte später durch unglückliche Zeiten gehen. Aber nie hat sie dabei ihre glorreiche Vergangenheit und ihre Sprache vergessen.“ Prinz Wilhelm erwiderte deutsch und schloß mit dem albanischen Spruch: „Rroft Shqypanio!“ (Hoch Albanien). Er reiste sodann über Petersburg noch Durazzo.

März.

Besorgniserregend wirkten die immer unverhüllter werdenden Stimmen
Rußland. aus Rußland, die geradezu den Krieg ankündigten. Ein Artikel der „Kölnischen Zeitung“ über diese Stimmungen (2. März) erschreckte geradezu die Börsen von Europa. Es hieß darin, daß Rußland im Herbst 1917 auf dem Höchststand seiner Rüstungen angelangt sein werde. So wie Preußen sechs Jahre nach Jena sich erholte, so hat Rußland längst die Scharte von 1904 ausgewetzt. Man glaubte in Rußland nicht mehr an die Gefahr innerer Erschütterungen. Man schlug im Balkankrieg nur deshalb nicht los, weil man noch nicht ganz fertig war. Selbst die russische Revolution und die Intelligenz, die hinter der Revolution stand, sah in Deutschland den Hort der Reaktion und deshalb den verhaßtesten Feind. Vor zwei Jahren scheute man sich noch, aber jetzt sprach man es offen aus, sogar in amtlichen militärischen Zeitschriften, daß Rußland zum Kriege gegen Deutschland rüste. Die Legende von der geschichtlichen deutsch-russischen Freundschaft war längst zerstört. — Am 7. März wurde über russische „Probemobilisierungen“ berichtet. Man rechnete in Frankreich mit einem vernichtenden Eingreifen der russischen Flotte und einer Truppenlandung im Rücken des deutschen Heeres mit dem Marsch auf Berlin. Die offiziöse „Rossija“ suchte allerdings am 13. März etwas zu beschwichtigen, aber gleichzeitig brachte die Petersburger Börsenzeitung kriegslustige, angeblich vom Kriegsminister Suchomlinow gebilligte Erklärungen über Rußlands militärische Bereitschaft: „Die Zeiten der Drohungen sind vorüber. Wir stellen im Bewußtsein der Macht unseres von der ausländischen Presse beleidigten Vaterlandes fest, daß das Hauptziel der Landesverteidigung erreicht ist. Bisher hatte der russische Operationsplan einen defensiven Charakter, heute wissen wir, daß die russische Armee im Gegenteil eine aktive Rolle spielen wird ...“ Über diese Dinge schrieb die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Wir vermögen keinen Grund zur Beunruhigung daraus herzuleiten. Überhaupt wäre es verkehrt, eine entscheidende Bedeutung für die Gegenwart darin zu erblicken, wenn sich

von Zeit zu Zeit mit Hilfe von Tinte und Druckerschwärze die alte Erfahrung bestätigt, daß durch nationalistische Erregungen die feststehende Ehrlichkeit der offiziellen Friedenspolitik zu kompromittieren gesucht wird. Wir stimmen mit der „Rossija" ganz darin überein, daß die Regierungen der beiden benachbarten Kaiserreiche nicht die Absicht haben können, über die Legende von der russisch-deutschen Freundschaft ein Kreuz zu machen." Gar so harmlos war die Sache doch nicht.

Kaiser Wilhelm besuchte anläßlich seiner Reise nach Korfu am 23. März Wien und den Kaiser Franz Josef; daran schloß sich eine Zusammenkunft mit dem Thronfolger Franz Ferdinand. Am 25. weilte Kaiser Wilhelm in Venedig, wo er eine Zusammenkunft mit König Viktor Emanuel hatte. Dort scheinen die Verhältnisse in der asiatischen Türkei den Hauptgegenstand der Unterredungen gebildet zu haben; man wünschte die Erhaltung des türkischen Reichs mit zweckmäßigen Reformen, die auch den europäischen Völkern kulturelle Mitarbeit ermöglichen. Kaiser Wilhelm.

Der Rücktritt des Kabinetts Giolitti (10. März) wurde wohl entscheidend für Italiens spätere Stellungnahme im Weltkrieg. Giolittis Regierung war erfolgreich gewesen durch die Aktion in Libyen, die Verstaatlichung der Lebensversicherung zugunsten der sozialen Arbeitereinrichtungen und durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts. An Giolittis Stelle trat Salandra, Professor des Verwaltungsrechts. Das Äußere behielt San Giuliano.

In der französischen Kammer bemerkte am 10. März der Konservative Denys Cochin über die Lage: „Wenn das ungeheure russische Reich, mit dem uns ein festes Bündnis verknüpft, sich im Gleichgewicht hält und fortfährt, in seiner Bevölkerung anzuwachsen, so wird dies Reich, das 1,600.000 Mann auf Friedensfuß hat, einfach nur durch seinen Überschuß die erstaunlichste Erscheinung sein, die man je gesehen hat. Daher die Beunruhigung in Schweden und sonst." — Wegen eines großen Skandals schien Frankreichs Ansehen sehr zu leiden. Die Gemahlin des Finanzministers Caillaux erschoß Calmette, den Direktor des „Figaro" (16. März), weil sie von ihm die Veröffentlichung von kompromittierenden Briefen ihres Gatten fürchtete, was mit einem Gründungsschwindelprozeß Rochette zusammenhing. Außer Caillaux mußte auch der Marineminister Monis zurücktreten. Diese Krise rief einen beklagenswerten Eindruck auch bei den Verbündeten und Freunden hervor. Man sprach von neuem vom Verfall Frankreichs in Rußland wie in England. Die „Klein-Engländer", die durchwegs für eine deutsch-englische Annäherung eintraten, waren der Ansicht, daß Frankreich auf Gnade und Ungnade einer politischen Koterie preisgegeben sei und dem Abgrund entgegensteuere. Caillaux.

Im englischen Unterhaus äußerte sich der Marineminister Churchill befriedigend über die Entwicklung der Marine (17. März). Da Deutschland etwas langsamer vorging, so habe auch England den Bau verzögert. Die Bemannung der neuen Schiffe und ihre Bestückung sei gesichert. Die Wirk- Churchill.

samkeit der britischen Diplomatie hänge von der maritimen Stellung ab; die Stärke der britischen Flotte sei der einzige große Ausgleichsfaktor, den England zur eigenen Sicherheit und für den Weltfrieden stellen könne. England besteht auf seinem Anspruch, im unbestrittenen Genuß seiner weiten herrlichen Besitzungen belassen zu werden. Sein Eingreifen in die Angelegenheiten Europas und der Welt war oft von Vorteil für den Frieden. Die Ursachen, die zu einem allgemeinen Krieg führen könnten, sind nicht beseitigt. Nicht die geringste Verringerung der Rüstungen hat stattgefunden. — Aber Snowden von der Arbeiterpartei griff die Flottenpolitik scharf an; Churchills Haltung sei eine Gefahr für die Sicherheit des Landes und eine Drohung für den Weltfrieden. „Wir müssen herauskommen aus den Klauen der Schwindler, Diebe, Politiker, Generale und Rüstungsschürer." Mark Sykes erklärte, es drohe eine Gefahr seitens der französischen Finanzleute im fernen Osten; der Zusammenbruch der Türkei wäre ein fürchterliches Unglück für England. Grey beruhigte ihn.

Rumänien. Eine Gefahr für Österreich-Ungarn war das Treiben der „Rumänischen Kulturliga" in Bukarest; sie trat für die dortigen Rumänen ein und verlangte Sicherung ihrer freien Entwicklung in autonomen nationalen Fragen. Sie klagte über „die nationale Unterdrückung in der Bukowina und in Siebenbürgen, in jenen unglücklichen Provinzen Österreich-Ungarns, in denen die rumänische Seele, unsere Seele, teils mit Brutalität, teils mit Perfidie getroffen wird. Wir erklären, daß aufrichtige Freundschaft zwischen Brüdern, wie wir, und den Unterdrückern unserer Brüder nicht bestehen und fortdauern kann. Wir wiederholen, daß nur die volle Autonomie das rumänische Volk zur besten Stütze der traditionellen Politik machen kann." Diese Verhältnisse wurden auch durch den Rumänen Vajda im ungarischen Reichstag am 20. März berührt.

Der Türkisch-serbische Friedensvertrag wurde auf Grund des Londoner Vertrags am 14. März zu Konstantinopel unterzeichnet.

Serbien bemühte sich, die neugewonnenen Gebiete zu kolonisieren, um sie auch national möglichst serbisch zu machen, was sie nur zum Teil waren. Ministerpräsident Pasic verkündigte am 31. März in der Skupschtina den Abschluß eines Bündnisses zwischen Serbien, Montenegro und Griechenland.

Griechenland wollte nicht gerne 150.000 Griechen zugunsten Albaniens preisgeben; es sah daher dem Aufstand in Nordepirus unter Leitung von Zographos mit Spannung zu. Zographos erklärte der internationalen Kontrollkommission für Albanien, daß die Epiroten gemäß einem zu Argyrokastro gefaßten Beschluß die albanische Oberherrschaft niemals anerkennen werden. Sie wollten vielmehr Epirus zu einem selbständigen Staate machen. Das Fürstenpaar Wied zog am

Albanien. 7. März in Durazzo ein, Fürst Wilhelm erließ am 12. eine Proklamation an das freie und unabhängige Albanien mit Berufung auf dessen ruhmreiche Überlieferungen und altehrwürdige Geschichte. Aber der epirotische Aufstand breitete sich immer weiter aus; die provisorische Regierung ver-

fügte über geschulte Truppen und eine vollständige Verwaltung. Griechische Offiziere waren zu den Epiroten übergetreten. Geldmittel liefen reichlich ein. Vergebens richtete die albanische Regierung am 28. März eine Beschwerdenote an die Großmächte wegen der griechischen Umtriebe in Epirus. — Die griechische Königsfamilie besuchte Ende März den Deutschen Kaiser in Korfu.

April.

Die albanische Angelegenheit blieb eine offene Wunde. Zwar nahm der Fürst den Königstitel an, ein italienisches Geschwader unter dem Befehl des Herzogs der Abruzzen begrüßte ihn in Durazzo; aber der Aufstand konnte nicht unterdrückt werden. Die Gesandten der sechs Großmächte überreichten am 24. April dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos eine Note, darin es hieß: „Schon von der albanischen Kontrollkommission war beschlossen worden, daß der griechischen Bevölkerung in Nordepirus völlige Gleichheit gesichert werden sollte hinsichtlich Sprache, Religion usw. Die Mächte werden der albanischen Regierung empfehlen, griechische Elemente in die südalbanische Gendarmerie einzustellen. Auch soll der Kanal von Korfu neutralisiert werden. Die griechisch-albanische Grenze mag eine Berichtigung bei Argyrokastro erfahren." Daraufhin räumten die griechischen Truppen den albanischen Teil von Nordepirus; auch wurde die Blockade von Santi Quaranta aufgehoben (28. April).

Mit Serbien schloß Griechenland ein Abkommen (11. April) über Saloniki, wonach es sich bereit erklärte, innerhalb des Freihafens Baugrund zur Anlage von Magazinen an Serbien abzutreten und dem serbischen Handel Abgabenfreiheit sowie einen verbilligten Bahntarif zu gewähren. — Die griechischen Minister Venizelos und Dr. Streit verhandelten in Korfu 16. April mit Bethmann Hollweg und Kaiser Wilhelm. — Streit, der Minister des Auswärtigen, beschwerte sich beim türkischen Gesandten in Athen über die Bedrückung der Griechen in der Türkei.

Rußland fuhr fort, fieberhaft zu rüsten. Die Probemobilisierung der Landwehrtruppen erstreckte sich auf 510.000 Mann im europäischen Rußland. Das Kriegsministerium legte der Duma in geheimer Sitzung vom 3. April acht dringliche Gesetze vor, die ohne Debatte angenommen wurden. Die Frage der Umwandlung des Verbandes in einen förmlichen Bund wurde immer wieder aufgeworfen. Einige Stimmen, wie die des Fürsten Meschtscherski in den „Grenzboten" 29. April, wandten sich gegen die Deutschenhetze und man bat die Deutschen, derlei Äußerungen nicht als maßgebend zu betrachten. Rußland.

Viel bemerkt wurde ein Artikel des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie, Albert Ballin, vom 14. April. Er schrieb: „Ich vertrete die Überzeugung, daß es für Deutschland unmöglich ist, eine gute Auslandspolitik zu machen, solange wir an Auslandsanleihen uns höchstens gemeinsam mit andern Mächten beteiligen. Die Franzosen und Engländer unterwerfen Ballin.

mit ihrem Geld fremde Staaten und sorgen dafür, daß das Geld in Form von Aufträgen in das Ursprungsland zurückfließt . . ."

Der Alldeutsche Verband äußerte sich am 19. April also über die Lage: „Die nach Beendigung der Balkankriege erwartete Entspannung ist nicht eingetreten, die Lage hat sich im Gegenteil durch die Rüstungen Frankreichs und Rußlands, durch die deutschfeindliche Stimmung und unfreundliche Handlungen beider Staaten verschärft. Der Vorstand zieht daraus den Schluß, daß diese Staaten den entscheidenden Kampf gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn vorbereiten, und daß sie loszuschlagen beabsichtigen, sobald sie die Gelegenheit für günstig halten. Der Vorstand ist überzeugt, daß dieser Kampf über das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden wird. In dieser Erkenntnis hält er es für seine Pflicht, unser Volk zu mahnen, der großen Zeit wachsam und entschlossen entgegenzugehen, sich durch Anspannung aller sittlichen Kräfte und durch Unterdrückung alles inneren Haders auf sie vorzubereiten. Schließlich weist der Alldeutsche Verband die blutverwandten germanischen Völker auf den Ernst der Lage für sie alle hin."

Der deutsche Reichskanzler begrüßte telegraphisch am 20. April die Abbazia. in Abbazia vereinigten Minister Berchtold und San Giuliano. Der Besuch war etwas verzögert worden, weil das Einschreiten der Triester Statthalterei „Hohenlohe" gegen die Anstellung von Reichsitalienern in der Triester Stadtverwaltung in Italien böses Blut gemacht hatte. Graf Berchtold erwirkte eine Milderung der Triester Erlasse und stellte so die volle Harmonic in den Beziehungen beider Reiche wieder her. In Frankreich verfolgte man das mit Mißgunst. Amtlich wurde von den verbündeten Regierungen als Programm der Zusammenkunft von Abbazia bezeichnet: Die Wahrung der Ruhe und Ordnung auf dem Balkan; die Erstarkung Albaniens; Fortbestand des Gleichgewichts im Adriatischen Meer; die Orientbahnen und die adriatisch-serbische Bahn; Wahl der Hauptstadt Albaniens.

Als am 28. April den Delegationen in Budapest ein Rotbuch vorgelegt wurde mit 926 Aktenstücken zur Balkanpolitik, schrieb der Pester Lloyd: „Nur der letzte Punkt des Berchtoldschen Programms, der freie wirtschaftliche Weg ans Ägäische Meer, ist noch zu erfüllen. Die Verhandlungen darüber dauern schon lange, und zwar aus denselben unliebsamen Gründen, aus denen alles, was Europa mit Serbien und gegen Serbien zu regeln hatte, zu einer Geduldprobe ausartete." — Graf Berchtold sagte am 29. April in den Delegationen unter anderm: „Auf das politische Gleichgewichtssystem zwischen den Großmächten ist der Verlauf der Balkankrise nicht ganz ohne Rückwirkung geblieben. Wenn auch die beiden Mächtegruppen als solche fortbestehen, so ist doch eine gewisse Entspannung fühlbar geworden. Bereits konnte ich darauf hinweisen, daß England seine Stimme in entscheidenden Momenten wiederholt in ausgleichendem Sinne vernehmen ließ und nicht wenig zur friedlichen Austragung der aufgetauchten Differenzen beigetragen hat. Wir können in der Haltung Englands das Bestreben wahrnehmen, ähnlichen Gefahren vorzubeugen, wie sie die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit für den europäischen Frieden im Schoße trugen. Eine solche Politik ist

geeignet, Mißverständnisse, die sich zwischen den beiden Mächtegruppen einstellen können, zu beseitigen und dadurch die Mängel, welche der praktischen Betätigung eines starren Gleichgewichtssystems anhaften, einigermaßen auszugleichen."

England äußerte sich zurückhaltend über die Verwandlung des Dreiverbands in einen Dreibund. Zum kordialen Einvernehmen trug aber wieder viel bei der Staatsbesuch des englischen Königspaares in Paris 21. bis 24. April. Man hatte schon am 16. April in beiden Ländern das zehnjährige Bestehen des Einvernehmens durch Festartikel gefeiert. Poincaré sagte beim Festmahl im Elysée am 21. April: „Der Besuch ist die Weihe einer Freundschaft, die die Proben der Zeit bestanden hat und dem Willen beider Nationen entspricht. Die Feste, denen der König beiwohnen wird, werden ihm einige Elemente des französischen Nationalcharakters zeigen. Der Monarch wird da die traditionellen Kräfte wiederfinden, die seit langem die Größe Englands gegründet haben: Sinn für Maß und Ordnung, soziale Disziplin, patriotisches Pflichtbewußtsein, Opferfreudigkeit, Kultus eines Ideals. Nach langer Nebenbuhlerschaft haben England und Frankreich gelernt, sich zu lieben und ihre Anstrengungen zu vereinigen." Über die Besprechungen zwischen den Ministern Grey und Doumergue hieß es offiziös: „Obwohl eine Erweiterung der bestehenden Beziehungen nicht erwartet werden kann, so darf doch auf eine klarere Definition des bestehenden Einverständnisses gerechnet werden." Spätere Enthüllungen machen es wahrscheinlich, daß Grey sich doch zu stärkeren und bindenderen Zusagen überrumpeln ließ, so daß er von da an nicht mehr freie Hand hatte. Nach Berichten des Gesandten Belgiens in Berlin, des Barons Beyen, handelte es sich darum, ob die englische Regierung ebenso wie vor drei Jahren geneigt sei, im Falle eines Konflikts Frankreichs mit Deutschland an die Seite des ersteren zu treten: „Wir hatten den Beweis dafür, daß die Mitwirkung der englischen Armee und die Entsendung eines Expeditionskorps auf den Kontinent von den Militärbehörden beider Länder ins Auge gefaßt worden war. Würde es heute noch ebenso sein und müßten wir immer noch befürchten, daß englische Soldaten in Belgien einmarschieren, um uns in der Verteidigung unserer Neutralität dadurch beizustehen, daß sie sie von vornherein kompromittieren?" Dreiverband.

Der Generalstabschef Joffre trat am 28. April mit 25 Generalen und 230 anderen Offizieren aller Waffengattungen eine Generalstabsreise in das Gebiet zwischen Paris und der belgischen Grenze an. Joffre.

Auf einem Bankett der britisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft zu London 28. April äußerten sich Fürst Lichnowsky und Frank Lascelles, ehemaliger Botschafter in Berlin, sehr optimistisch über die Erhaltung des Friedens zwischen beiden Ländern. Aber die gereizten Furien des Krieges ließen sich nicht mehr besänftigen.

Mai.

Der Hauptherd des Weltkriegsfeuers war nun zweifellos Rußland; es war der drängende Faktor in der Handlung, dessen Verantwortlichkeit sonst keine andere Macht übernehmen wollte. Alle andern Staaten sprachen wenigstens noch von Frieden; Rußland sprach bereits offen vom Krieg. In dieser Beziehung ist der offene Brief bezeichnend, den Professor Hans Delbrück von einem früheren Schüler, dem Professor Paul v. Mitrofanoff an der Universität Petersburg erhielt, und den er im Juniheft der „Preußischen Jahrbücher" veröffentlichte. Mitrofanoff beantwortete Delbrücks Anfrage über die Ursachen der zur Zeit bestehenden russisch-deutschen Spannung als „einfacher Privatmann, der keiner politischen Partei angehört, sich nicht in die praktische Politik einmischt, in keiner Beziehung zum Ministerium des Äußern steht, aber Kernrusse ist, in Rußland geboren, von Haus aus patriotisch, in einer aus der Provinz stammenden Familie erzogen, und der deswegen gerade, weil er ein schlichter Apolitiker ist, vielleicht am besten als Resonator der öffentlichen Meinung gelten kann ... Die von Ihnen, verehrter Meister, erwähnte Spannung läßt sich nicht in Abrede stellen, sie ist eine Tatsache und wird von jedem intelligenten Menschen empfunden. Die Mißstimmung gegen die Deutschen ist in jedermanns Seele und Mund, selten war die öffentliche Meinung einstimmiger. Diese Stimmung ist zwar nur in der letzten Zeit laut geworden, aber sie reifte schon längst heran. Trotz der Verdienste des deutschen Elements um die kulturelle Hebung Rußlands bestand von jeher im Volk eine starke gefühlsmäßige Abneigung gegen das deutsche Wesen. Der Haß hat sich seit dem Krimkrieg vor allem gegen Österreich, seit dem Berliner Kongreß von 1878 gegen das Deutsche Reich gerichtet. Rußland fühlt sich durch Deutschland seit langer Zeit bei der Lösung seiner vitalsten Frage, der Orientfrage, gehindert. Der Drang nach Süden ist für Rußland eine historische, politische und ökonomische Notwendigkeit, und der fremde Staat, der sich diesem Drang widersetzt, ist ein Feind. Auf diesem Pfad des Kriegs geht der Dreibund. Im Jahr 1913 erschien die Verwirklichung der slawisch-russischen Idee ganz nahe: die Türken wurden aufs Haupt geschlagen, die siegreichen Südslawen drangen bis nach Saloniki und Konstantinopel; noch ein kleiner Ruck und die Sache war fertig. Aber wieder ist Österreich dazwischen getreten; es stand drohend im Rücken der Slawen, hetzte Rumänien, entriß Skutari den Montenegrinern und stellte endlich ein Ultimatum über die Existenz eines selbständigen albanischen Staates. Bei dieser Gelegenheit blieb Reichsdeutschland wieder der treue Bundesgenosse Österreichs und unterstützte es bei der Bildung des imaginären albanischen Staates, dessen Regent natürlicherweise ein deutscher Prinz wurde. Es ist den

Mitrofanoff.

Russen jetzt klar geworden: wenn alles so verbleibt, wie es jetzt ist, geht der Weg nach Konstantinopel durch Berlin. Wien ist eigentlich eine sekundäre Frage. Die Deutschen wollen nicht einsehen, daß das jetzige Rußland vom Jahr 1914 nicht mehr das von 1904 sei. Die Wunden des japanischen Krieges und der Revolution sind geheilt; das heutige Rußland fordert Achtung für seine Ehre und Berücksichtigung seiner Interessen. Wir sind vollkommen überzeugt, daß Deutschland fern davon ist, direkte aggressive Tendenzen zu haben, aber wir fühlen uns von allen Seiten, von den Flanken in der Türkei, in Schweden, in Österreich durch den deutschen Drang eingeengt und eingesperrt, wir finden keine Anerkennung unserer jetzigen Lage, kein Rechnen mit unserer jetzigen Stärke, und wir sind entschlossen, die uns gebührende Stelle uns zu verschaffen. Gott gebe, daß es friedlich auslaufe; der Krieg mit Deutschland wäre ein Unglück, aber man entzieht sich sogar einer bitteren Notwendigkeit nicht, wenn es wirklich notwendig wird. Es ist die Sache der Deutschen, den einen oder den andern Weg einzuschlagen; von ihrem künftigen Benehmen Rußland gegenüber hängt der Krieg oder der Frieden ab."

In einem Nachwort sagte Delbrück: „Die Russen kündigen uns den Krieg an, wenn wir ihnen nicht gestatten, den Türken die Pforten des Schwarzen Meeres zu entreißen und die südslawischen Volksstämme aus dem Gefüge der habsburgischen Monarchie herauszulösen, das österreichisch-ungarische Reich zu zertrümmern. Sieht Rußland es als seine Mission an, Europa und Asien zu beherrschen, nun wohl, so sehen wir es als die Mission Deutschlands an, Europa und Asien vor dieser Herrschaft des Moskowitertums zu bewahren." — Ich habe Mitrofanoff gut gekannt, er war vor dem Krieg mehrere Male in Wien, wo er Studien machte für sein zweibändiges Werk über Kaiser Josef II. Daß er nebenbei spionierte, vermuteten manche aus unserm Kreis. Er war Panrusse, nicht Panslawist, er verachtete alle andern slawischen Nationalitäten, sie müßten, forderte er, im Russentum aufgehen. Ergreifend war sein Eingeständnis, daß das Russentum seine höchsten Ziele doch nicht werde erreichen können, weil die Orthodoxie keine Welt- und Kulturreligion werden könne, daher die tiefe Melancholie des Russentums, da doch kein Russe, auch er nicht, die Orthodoxie aufgeben wollte. Mitrofanoff starb während des Krieges in Petersburg. Er hatte eine Österreicherin (Demelic) geheiratet, sich aber wieder von ihr getrennt.

Deutsche Luftschiffer, die sich nach Rußland verirrten, wurden dort hart bestraft. — Beschwichtigend sprach Sasonow in der Duma am 23. Mai über die unnütze Polemik der deutschen und der russischen Blätter, die endlich aufhören möge.

Im deutschen Reichstag sprach Kriegsminister v. Falkenhayn über den Haß der Sozialdemokraten gegen die „deutsche Kasernenkultur", überhaupt gegen das Heer. Er zitierte ein Protokoll für die sozialistische Jugendorganisation von 1907, darin es hieß, daß den jungen Leuten gegen den Dienst mit der Waffe Ekel und Abscheu eingeflößt werden müsse; dann würden Kasernenkultur.

sie schon zur Desorganisation der Armee das Nötige beitragen. Die internationale Jugendbewegung müsse antimilitaristisch wirken. Dr. Liebknecht brachte die Rüstungslieferungen zur Sprache und den Krupp-Prozeß. Alle großen Rüstungsfirmen seien international versippt. Falkenhayn verteidigte die Firma Krupp, die den Ruf deutscher Tüchtigkeit im Ausland verbreitet und 80.000 Menschen Brot verschafft. Wallbaum führte aus, wie die Sozialdemokraten schon bei den Kindern anfangen, gegen das Heer zu hetzen. In seinem Buch „Militarismus und Antimilitarismus" gibt Dr. Liebknecht offen zu, daß das Ziel der Sozialdemokratie die Wehrlosmachung der Staatsgewalt ist. — Der Sozialdemokrat Wendel sagte (14. Mai): „Wir wollen Frieden mit dem französischen Volke. Es hat einen entschiedenen Willen zum Frieden, es würde wegen des Luftgebildes der Revanche keinen Krieg führen. Die französischen Chauvinisten haben allerdings die Kriegshetze in Deutschland weidlich ausgenützt. Aber das Gefühl der Solidarität der beiden Kulturvölker wird niemand aus unsern Herzen reißen. Ich diene deutschen Interessen, wenn ich mit dem Rufe schließe: Vive la France!" Darauf sagte Spahn: „Der Vorredner hat das Frankreich leben lassen, das mit seinem Geld die russischen Waffen gegen uns stärkt. Damit erledigt sich seine Phraseologie. Eine Hegemonie erstreben wir nicht. Wir wollen nur mit an der Spitze der Kultur marschieren ... Die Erwartungen, die man auf den europäischen Schiedsgerichtshof im Haag gesetzt hatte, haben sich offenbar nicht erfüllt. Es hat sich gezeigt, daß es in Konfliktfällen schwer ist, die Beteiligten zu bestimmen, sich an ihn zu wenden. Das Nationalitätenprinzip ist zudem immer mehr zum Durchbruch gekommen ... Unsere Interessen in der Türkei sind nur wirtschaftlicher Natur. Der Dreibund ist eine Notwendigkeit. Mit England haben wir viel mehr gemeinsame Ziele als Gegensätze. Wir sind wirtschaftlich voneinander sehr abhängig. Die Frage der Selbständigkeit des Papsttums muß doch endlich einmal geordnet werden." Prinz Schönaich-Carolath beklagte es, daß die Seedeklaration von 1909 Englands wegen nicht zur Wirksamkeit kam. Darüber berichtete Staatssekretär Jagow: „Die Frage der Abschaffung des Seebeuterechts ist in der zweiten Haager Konferenz erörtert worden. Dafür waren Amerika, Deutschland, Italien, Österreich; dagegen England, Frankreich, Rußland und Japan. Da auch die Stimmung in den Mittelstaaten eine geteilte war, konnte man zu keinem Beschluß gelangen." Die sonstigen Ausführungen Jagows über die friedliche Politik des Deutschen Reiches waren auch im Ausland von guter Wirkung, wenn man auch dessen Optimismus nicht überall teilte.

Seebeuterecht.

Ein unangenehmer Zwischenfall war der Prozeß gegen den elsässischen Zeichner J. J. Waltz, genannt Hansi, wegen seines hochverräterischen Buches „Mon village" und dann der Skandal bei der Schlußsitzung des Reichstages 20. Mai, da die Sozialdemokraten beim Kaiserhoch sitzen blieben. Peinlich waren auch die Debatten über die Lage in Nordschleswig im preußischen Herrenhaus 26. Mai. In den letzten Jahrzehnten hatte das Dänische in der Nordmark große Fortschritte gemacht, trotz der gegenteiligen Bemühungen der Regierung.

In der ungarischen Delegation machte Graf Apponyi am 27. Mai auf die Gefahren aufmerksam, die aus dem Verhalten Deutschlands mit Rumänien für Ungarn und Österreich entstehen könnten. Khuen Hedervary verzeichnete es mit Genugtuung, daß zum erstenmal ein russischer Minister Sasonow die Parole sich zu eigen gemacht habe: „Der Balkan den Balkanvölkern."

Leider gaben irredentistische Kundgebungen in **Italien** immer wieder Anlaß zu Reibungen und Verdrießlichkeiten; so am 7. Mai in Venedig wegen der Zusammenstöße, die am 1. Mai in Triest zwischen Italienern und Slowenen stattgefunden hatten. Die italienische Regierung verbot den Hochschulen die für den Todestag Cavours geplanten akademischen Kundgebungen für die Auslandsitaliener. England anerkannte die Oase Kufra in Tripolis als italienischen Besitz. Ein englisch-italienisches Abkommen über eine kleinasiatische Eisenbahn wurde am 19. Mai in London unterzeichnet. Über die Zwölfinselfrage und Albanien äußerte sich San Giuliano am 26. Mai in der Kammer. Die rechtliche Stellung der Italiener in Tunis und der Tunesier in Libyen wurde durch ein Abkommen mit Frankreich am 29. Mai zu Rom geregelt. Irredenta.

Bei den Verhandlungen über Seekriegsrecht im englischen Unterhaus 6. Mai wollte **Grey** das Recht der Blockade nicht aufgeben. Auch zweifelte er, ob Deutschland die Flottenausgaben nur mit Rücksicht auf die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See aufrecht halte. „Es fehlt vielmehr an dem Glauben bei den großen Nationen, daß sie von guten Absichten gegeneinander beseelt sind. Wie überlegen auch immer unsere Flotte gegenüber einer kontinentalen sein mag, und welche Seesiege wir auch erringen mögen, es kann keine Rede sein von einer Eroberung unsererseits. Wenn aber unsere Flotte unterliegen sollte, würden **wir** diese Gefahr laufen. (Das sagten die Eroberer so mächtiger Kolonialreiche!) Wenn wir so die Operationen unserer Flotte beschränken, so daß sie auf das andere Land (durch Kaperei und Blockade) keinen Druck auszuüben vermag, würde der Krieg lange Zeit fortgesetzt werden, und die ganze Kriegslast würde auf unserer Flotte ruhen und nicht auf der des Feindes. Dies hieße, den Krieg zu einer sehr einseitigen Sache zu machen. Das ist der Grund, warum ich auf dem Recht der Blockade bestehe und auf sehr strengen Bedingungen hinsichtlich der Konterbande." Blockaderecht.

Eine **türkische** Sondergesandtschaft, die am 9. Mai im Namen des Sultans den Zaren in Livadia begrüßte, wurde in Rußland als bedeutsames Ereignis betrachtet, als eine beabsichtigte Abkehr der Türkei vom Dreibund und besonders vom Deutschen Reich, dessen kostspielige Freundschaft man erkannt habe. Man täuschte sich aber darin. — Am 14. Mai wurde das türkische Parlament, das seit 4. August 1912 geschlossen war, durch eine Thronrede eröffnet, mit einem Überblick über die seitherigen Ereignisse. — Der Sultan schickte den bisherigen Generalstabschef der deutschen Militärmission, Oberst v. Strempel, als Obergouverneur der türkischen Prinzen nach Deutschland zu deren militärischen Ausbildung. Im Jahresbericht Lord **Kitcheners** über die wirtschaftliche und finanzielle Lage **Ägyptens** erregten die abfälligen Bemerkungen über das ägyptische Parlament und dessen Zukunft Aufsehen und Empörung. Man schloß daraus, daß Kitchener der gesetzgebenden Versammlung von vornherein nicht das Maß von Freiheit und Unabhängigkeit gewähren wollte, das sie zu einem wirklichen Ausdruck der Meinungen des Landes machen könnte. Daß sie trotzdem den Versuch gemacht hatte, in diesem Sinne zu wirken, habe ihr das Wohlwollen Lord Kitcheners gekostet. Türkei.

Albanien. Auf Ersuchen der albanischen Regierung übernahm die Internationale Kontrollkommission die Vermittlung in der epirotischen Frage. Die Verhandlungen mit Zographos fanden in Santi Quaranta und auf Korfu statt; hier wurde am 18. Mai das Protokoll über die Verständigung unterzeichnet; dadurch wurden den griechischen Epiroten gewisse Privilegien zugestanden. Aber auch Essad Pascha intrigierte wieder; er wurde festgenommen und am 20. Mai auf einem italienischen Dampfer nach Brindisi gebracht; er mußte sich schriftlich verpflichten, sich in die Angelegenheiten Albaniens nicht mehr einzumischen. Gegen Ende Mai begann ein Aufstand jener Albaner, die wieder die Rückkehr der ottomanischen Herrschaft wünschten; jedenfalls waren sie mit der gegenwärtigen Regierung ganz unzufrieden; sie fanden zu ihr kein Verhältnis und richteten demgemäß an die Internationale Kontrollkommission eine Zuschrift. Schon wollte der Fürst (oder König) auf ein italienisches Schiff fliehen; er versuchte es aber noch mit einem neuen meist aus Mohammedanern bestehenden Kabinett.

Juni.

Schon stehen wir unmittelbar an der Pforte des Weltkrieges. Wieder sind vor allem unsere Blicke auf Rußland gerichtet. Dort trat zu Beginn des Monats an der Petersburger Börse ein Kurssturz ein infolge der kriegsdrohenden Lage. Die Regierung stellte, um Ärgeres zu verhüten, Summen zum Ankauf der gesunkenen Papiere zur Verfügung. Die Duma machte eine Präsidentenkrisis durch und beschuldigte das Unterrichtsministerium reaktionärer Bestrebungen. Eine große Bedeutung legte man Constanza. der Reise der Zarenfamilie nach Constanza bei. Minister Sasonow nahm an den Verhandlungen mit der rumänischen Regierung teil. König Karol begrüßte den Zaren mit einem Rückblick auf dessen Verdienste um Rumänien und um den Weltfrieden, besonders mit Bezug auf die Errichtung der Haager Friedenskonferenz. „Das Ziel Rumäniens ist es, durch stabiles Gleichgewicht und herzliche Beziehungen zwischen allen Balkanstaaten zur Erhaltung wohltätigen Friedens beizutragen.“ Zar Nikolaus wies in der Antwort auf die Bande gemeinsamer ruhmreicher Erinnerungen und persönlicher Freundschaft hin; er schmeichelte dem König wegen seiner Erfolge, betonte die historischen Traditionen und solidarischen Interessen der beiden benachbarten Länder. Die rumänischen Regierungsblätter traten aber bei allen Sympathiebezeugungen der Meinung entgegen, daß der Besuch eine Änderung in der auswärtigen Politik Rumäniens zur Folge haben werde. Rumänien werde die Politik der freien Hand beibehalten.

Ein Artikel der „Birshewija Wjedomosti“, der dem Kriegsminister Suchomlinow. Suchomlinow zugeschrieben wurde (13. Juni), hetzte Frankreich auf. Man

war ungehalten über die französische Ministerkrisis und die Kritiken im französischen Parlament über militärische Bestellungen Rußlands in anderen Ländern. Man drängte Frankreich, in der Frage der dreijährigen Dienstzeit und sonst, als Bundesgenosse seine vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen. „Man kennt die ungeheuren Opfer, die wir gebracht haben, um unserer Allianz eine außerordentlich imponierende Macht zu verleihen: Erhöhung der Friedensstärke auf 2,300.000 Mann, während Deutschland nur 880.000, Österreich-Ungarn 500.000, Italien 400.000 Mann haben. Es ist deshalb nur natürlich, wenn wir uns für berechtigt halten, von Frankreich 770.000 Mann zu erwarten, was nur bei dreijähriger Dienstzeit möglich ist. Rußland hat zur Verbesserung der Mobilisierung ein Netz von strategischen Schienenwegen gebaut, um gleich zu Beginn des Krieges die ganze Armee nach dem Konzentrationspunkt zu werfen. Wir verlangen von Frankreich die Gegenseitigkeit ..." — Ein Ukas vom 17. Juni untersagte den Soldaten für die Dauer ihrer Dienstzeit den Genuß alkoholischer Getränke. — Ein englisches Geschwader besuchte vom 22. bis 29. Juni Kronstadt. — Die Duma nahm in geheimer Sitzung vom 23. Juni wichtige Rüstungsvorlagen an, darunter Verbot der Pferdeausfuhr.

Während in Paris am 3. Juni eine unverkürzte deutsche Aufführung des „Parsifal" unter Weingartners Leitung zu einem gesellschaftlichen Ereignis ersten Ranges wurde, hielt das zwanzigste Armeekorps in der Nacht eine Mobilisierungsübung ab; der Befehl dazu wurde durch einen Luftkreuzer überbracht. Nur das russische Drängen vermochte die Regierung zur Aufrechterhaltung des Dreijahrsgesetzes. Das geschah aber nicht ohne eine Ministerkrise. An die Stelle Ribots trat am 13. Juni Viviani. Viviani.
Sein Programm war denn auch sehr militärisch; neue Vorlagen sollten die „Defensivkraft der Nation stärken und das Dreijahrgesetz ausgestalten, entsprechend dem Bündnis, aus dem Frankreich auch seine Kraft schöpft". Man nahm sofort eine Anleihe von 800 Millionen auf. Am 20. bis 24. Juni verhandelte der Chef des russischen Admiralstabes Russin zu Paris mit den französischen Marinebehörden. Das Zusammenwirken der beiden Flotten sollte so bleiben, wie es im Marineübereinkommen von 1912 zwischen den beiden Verbündeten festgesetzt war; das heißt, die russische Ostseeflotte sollte im Kriegsfall die kräftigen Anstrengungen des Landheeres direkt unterstützen. Sonst wurde am 25. Juni im Senat als Hauptgesichtspunkt für Frankreichs Marinepolitik bezeichnet, daß um jeden Preis Frankreichs und seiner Verbündeten Herrschaft im Mittelmeer zu erhalten sei. Einerseits bedürfe Frankreich des ungestörten Verkehrs mit Nordafrika, anderseits müsse Deutschland, wenn seine Küsten durch die russische und englische Flotte blockiert sein würden, daran verhindert werden, Rohstoffe und Lebensmittel über die italienischen und österreichischen Häfen zu beziehen. Wenn Deutschland so vom Meere abgeschnitten wäre, würde es einen langen Krieg nicht aushalten können.

Friedliche Töne wurden in England angeschlagen, als die Universität Oxford den deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky zum Doktor promo- Lichnowsky.

vierte (3. Juni). Lichnowsky sprach in pangermanischem oder panteutonischem Sinne für die Einheit aller germanisch redenden Völker. — Die Frage eines englisch-russischen Flottenabkommens war Gegenstand einer Interpellation im Unterhaus 11. Juni. Grey leugnete dergleichen, es beständen keine geheimen Abkommen, welche im Fall eines Krieges die Regierung oder das Parlament in ihrer Entschlußfreiheit beschränken oder verhindern könnten, ob Großbritannien am Krieg teilnehmen solle oder nicht. Noch drastischer schrieben die „Daily News": „England hängt nicht an den Rockschößen eines andern Landes, es ist nicht der Diener Rußlands, nicht der Verbündete Frankreichs, nicht der Feind Deutschlands. Es kann in der Eventualität eines europäischen Krieges seinen Kurs frei bestimmen, wie es ihm gut dünkt." — Ein vorläufiges Abkommen mit dem Deutschen Reich über die Bagdadbahn wurde am 15. Juni unterzeichnet. Bassorah sollte als Endpunkt gelten, England sollte durch zwei Verwaltungsratsmitglieder Einfluß auf die Tarife bekommen.

Italien hatte im Juni unter schweren revolutionären Unruhen zu leiden. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, zu einem fast allgemeinen Arbeiterausstand. In der Romagna wurde die Republik ausgerufen. Diese Zustände waren wohl auch nicht ohne Einfluß auf die Haltung Italiens im Weltkrieg.

Zwischen der Türkei und Griechenland wurde wegen der Unterdrückung der griechischen Untertanen in der Türkei verhandelt. Die Frage der möglichen Dardanellensperre im Fall eines Krieges mit Griechenland wurde erwogen. Die griechische Regierung verfügte die Abtretung der Insel Sasseno an Albanien und die Einverleibung der Inseln Chios und Mytilene. — Der Aufstand in Albanien nahm immer größeren Umfang an; außer den mohammedanischen Albanern revoltierten auch wieder die griechischen Epiroten. In Wien meldeten sich zweitausend Freiwillige für den Fürsten, wurden aber zurückgewiesen.

Eine große politische Bedeutung wurde dem Besuch des Kaisers Wilhelm in Konopischt beim Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand zugeschrieben. Mit dem Kaiser war auch Tirpitz bei den Besprechungen 11. bis 14. Juni. In Kiel wurde feierlich am 24. Juni der Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals dem Betrieb übergeben. Dabei sagte Staatssekretär Delbrück in einer Ansprache an den Kaiser: „Annähernd dreißig Jahre sind vergangen, seit diese Schiffahrtsstraße begonnen wurde; vor neunzehn Jahren konnte sie dem Betrieb übergeben werden. Damals ahnte niemand, daß die Entwicklung unseres Schiffsbaus in kurzer Zeit ihre durchgreifende Erweiterung erfordern würde, die fast einem Neubau gleichkommt. Das Profil des Kanals ist vergrößert, die neuen Schleusen sind doppelt so groß. Die die Schiffahrt hindernden Eisenbahndrehbrücken sind durch Hochbrücken ersetzt."

Konopischt.

Während man sich überall auf den voraussichtlichen Krieg wie auf ein unabwendbares Fatum vorbereitete, kam der Anstoß dazu ganz unerwarteterweise von einem Verbrechen, das serbischer Fanatismus an dem österreichischen Thronfolger verübte. Erzherzog Franz Ferdinand

Franz Ferdinand †.

befand sich mit seiner Gemahlin der Herzogin Sophie von Hohenberg, auf einer Besichtigungsreise in Bosnien, in Sarajewo, als am 28. Juni zwei Attentate auf ihn ausgeführt wurden. Es wurde zuerst eine Bombe gegen sein Automobil geschleudert von einem gewissen Gabrinovic. Die Bombe explodierte, ohne zu schaden; der Verbrecher wurde sofort festgenommen. Das erzherzogliche Paar setzte seine Fahrt unbeirrt fort und begab sich zum festlichen Empfang ins Rathaus. Bei der Rückfahrt feuerte ein Gymnasiast der achten Klasse namens Princip aus Grahovo aus einer Browningpistole mehrere Schüsse ab, die sowohl den Erzherzog wie die Herzogin tödlich trafen, so daß sie alsbald den Verletzungen erlagen. Auch der zweite Mörder wurde ergriffen. Der Eindruck des Verbrechens war überall erschütternd und man ahnte sofort die weitreichenden Folgen. In Bosnien und Kroatien führte die alte Abneigung der katholischen Kroaten gegen die schismatischen Serben zu gewalttätigen Äußerungen. Die Zusammenhänge der Tat mit den großserbischen Agitationen waren unverkennbar. Die Täter hatten sich geradezu den 525. Gedenktag der Schlacht auf dem Amselfeld (Kossowo) ausgesucht, die in ganz Serbien offiziell festlich begangen wurde.

In einem an diesem Tag dem Amtsblatt beigelegten Aufruf der „Narodna Odbrana“ hieß es: „Brüder und Schwestern! Nur ein Teil des Kossowo wurde gerächt (durch den Balkankrieg), nur ein Teil des Sankt-Veit-Tages gesühnt. Ebenso weit und breit, wie die Gebiete sind, in denen unsere Volkssprache gehört wird, die serbische, kroatische, slowenische, von Kikinda bis Monastir, von Triest bis Carevo-Solo, ebenso weit und breit ist die Bedeutung des Sankt-Veit-Tages und des Kossowo. So viel nationale Seelen auf diesem Gebiet weinen, so viel Ketten unserer Brüder knirschen, so viel Arbeit ist noch zu leisten, so viel haben wir noch zu opfern. Der Sankt-Veit-Tag konnte früher für uns einen Tag der Trauer bedeuten, aber heute, wo wir schon tief in die neue Geschichte des Volkes geschritten sind, wo hinter uns große und glorreiche nationale Geschehnisse stehen und uns noch größere und glorreichere erwarten, heute, wo wir in der Mitte des Schaffens eines großen nationalen Staates stehen, heute muß für uns der Sankt-Veit-Tag ein Tag großer Freude und des Stolzes wegen des Geschehenen sein, da es aus ihm entsprossen ist, und noch mehr wegen dessen, was kommen wird. Serben und Serbinnen! Millionen unserer Brüder, Slowenen, Kroaten und Serben außerhalb unserer Grenzen schauen heute auf uns, die Kinder des Königreiches, und ihre Brust wölbt die Freude und die Hoffnung, indem sie unsere heutige majestätische Manifestation für die nationale Sache betrachten. Dem Mutigen hilft Gott! Vorwärts alle! Es ruft uns der Teil unserer geheiligten Aufgabe, der noch unverwirklicht ist.“ Natürlich beeilten sich die serbischen Regierungsblätter und das serbische Preßbüro, jeden Zusammenhang des Verbrechens mit dem offiziellen Serbien in Abrede zu stellen. So ließ man am 30. Juni verlauten: „Serbien ist, gleichwie die ganze übrige Kulturwelt, von Abscheu erfüllt gegen das Attentat und die Täter. Wir wundern uns, wie es möglich ist, daß deutsche und österreichisch-ungarische Blätter diese unqualifizierbare Tat

Odbrana.

eines verworrenen, geisteskranken Menschen zum Anlaß nehmen konnten, um Serbien zu beschuldigen und anzugreifen, das in jüngster Zeit nichts unterlassen hat, um die Beziehungen zur Nachbarmonarchie besser und freundschaftlicher zu gestalten. Die serbische Regierung ist der Ansicht, daß das traurige Ereignis von Sarajevo es ihr zum Gebot macht, ihr ganzes Augenmerk auf die Umtriebe verdächtiger Elemente zu richten, wenn diese sich auf serbischem Boden befinden, und strenge Maßregeln zu ergreifen, um ihr Treiben zu vereiteln, insofern dies bei anormalen und exaltierten Menschen möglich ist. Der serbischen Regierung sind Ereignisse wie das jüngste ebenso unangenehm wie der österreichisch-ungarischen, und sie wird nichts unterlassen, soweit es in ihrer Macht steht, damit die Geister sich beruhigen und die Beziehungen normal werden. Sie müßte es daher tief bedauern, wenn die weitere Entwicklung guter politischer und ökonomischer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine Unterbrechung erfahren würde wegen der Geschehnisse, für die man Serbien und die serbische Regierung nicht verantwortlich machen darf." — König Peter hatte am 24. Juni eine Kur angetreten und den Kronprinzen Alexander mit der Regierung betraut. — Gehässig äußerte sich die sonstige serbische Presse, so das jungradikale Blatt „Odjek": „War es weise von den Leuten, welche die Monarchie leiten, dem Erzherzog zu raten, den Ruhm der fremden Waffen des Eroberers an demselben Tage zu feiern, an welchem das Serbentum allerorts seinen heiligsten Nationaltag begeht? Bei etwas mehr Takt und Klugheit wäre das gestrige Ereignis nicht geschehen. Dieser unüberwindliche Ausbruch der Leidenschaft, Unbesonnenheit und der Verzweiflung eines Volkes, welchem am Tage der Auferstehung seines Stolzes Schande zugefügt wurde, kann niemanden mit Schadenfreude erfüllen, wie man dies augenblicklich sicherlich in Wien glaubt ... Man empfindet in Österreich nicht die Bedeutung der nationalen Fragen, nützt die Erfahrungen der Geschichte nicht aus und blickt nicht auf die ethnographische Karte. Die Reise des Erzherzogs war eine brutale Herausforderung und mußte brutale Gefühle des Widerstandes, des Hasses und der Rache herausfordern. Die Tatsache, daß es zu einem Vandalismus des Pöbels gegen Serben kommen konnte, ist genügend für die Diagnose der unheilbaren Krankheit der Monarchie. Niemand kann eine Politik begreifen, die für die Tat zweier Menschen einen ganzen fremden Staat verdächtigt." Das Blatt „Piemont" schrieb: „Die Tat Princips findet ihre Erklärung im bosnischen Regierungssystem." — Die russische Zeitung „Rjetsch" schrieb: „Den serbischen Patrioten galt der Erzherzog als die Verkörperung des zähen Dranges der habsburgischen Monarchie nach der Vorherrschaft auf dem Balkan. Der Erzherzog fiel als Opfer der nationalpolitischen Atmospäre, die drohend Österreich außen und innen umgibt." Der „Petersburger Kurier": „Unglücklicherweise ist der Fürst von serbischer Hand gefallen, die in sich den Funken trägt, an dem sich der europäische Brand entzünden kann. Der Augenblick ist erschütternd für Europa, besonders für Österreich. Das Schicksal gibt Österreich Gelegenheit, seinen Kurs zu ändern und viele Sünden gutzumachen, die es im letzten Jahrzehnt beging. Namens des Friedens und der Wohlfahrt Europas hoffen wir, daß die Tragödie einen Wendepunkt der Politik Österreichs und Europas bildet." Das war eine unverschämte Drohung. Auch in der französischen Presse wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, daß der Tod des Thronfolgers das Geschick der Monarchie und dadurch das von ganz Europa ändern könne. In England äußerte man sich

nicht ungerecht. Der „Daily Telegraph“ schrieb: „Die einzige Erklärung für das Verbrechen ist, daß es gegen die Monarchie gerichtet war; aber der Schlag, der den Erzherzog traf, trifft nicht den Staat, dessen Politik durch den Mord nicht geändert werden kann.“ „Daily News“ schrieben: „Es ist vielleicht das entsetzlichste aller politischen Attentate, die in den letzten dreißig Jahren so häufig geworden sind.“ Auffallend war der Satz des „Daily Chronicle“: „Der Ermordete war unzweifelhaft das ernsteste Hindernis für die russischen Ambitionen im südöstlichen Europa und es ist eine häßliche Tatsache in Rußlands auswärtiger Geschichte, daß jeder Mann, der Rußland auf dem Balkan im Wege stand, durch Mörderhand fiel.“ Damit wurde also ziemlich unverblümt die russische Regierung als Anstifterin des Mordes bezeichnet, und zwar von einer befreundeten Seite. Die italienischen Stimmen vermuteten im Ermordeten einen Gegner Italiens und der antiklerikalen Politik. — Der „Deutsche Reichsanzeiger“ schrieb: „Unbeschreibbare Werte sind zerstört durch das fluchwürdige Verbrechen, das den Thronerben aus dem Leben gerissen hat. Der Deutsche Kaiser verliert einen wahren, noch in den Tagen des jüngsten Besuches mit herzlicher Zuneigung begrüßten Freund.“ Über die politischen Folgen meinte die „Kölnische Zeitung“: „Wenn wir jetzt hören, daß manche Stimmen sich erheben, die den Zusammenbruch des Donaureiches an den Tod des Kaisers Franz Josef knüpfen und mit Sicherheit voraussagen, so offenbart sich darin der Mangel geschichtspolitischer Erkenntnis. Österreich-Ungarn wird bestehen trotz aller Unkenrufe sozialistischer Weltverbesserer und mancher angeblichen Freunde, die im Grund auch die Vernichtung des Deutschen Reiches erhoffen und ersehnen. Österreich-Ungarn wird bestehen, weil sein Bestehen eine Notwendigkeit ist, und käme es zum Äußersten, so würden sich davon auch die Nationalitäten überzeugen, die heute oft unter einer Beeinflussung von jenseits der Grenze andere Schlagworte im Munde führen. Das Erbe des Kaisers ist das Ergebnis einer Geschichte von Jahrhunderten; darum hat es seine Daseinsberechtigung und Daseinsnotwendigkeit.“

Der gemordete Thronfolger war zweifellos eine bedeutende Persönlichkeit, von der man sich allseits das Höchste versprach. Er wollte der Erneuerer Österreichs werden. Seine unermüdliche Tätigkeit ließ erwarten, daß er einst völlig neue Wege einschlagen werde; welche, darüber waren die Ansichten geteilt. Er stellte starke Anforderungen an seine Umgebung und war daher nicht durchaus bei den Bequemen beliebt. Er nahm, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, jede Sache ernst und gewissenhaft. Er neigte sehr zur Politik des Dreikaiserbundes; ob nur vorübergehend oder dauernd, ist zweifelhaft. Er galt als slawenfreundlich, was ihn nicht hinderte, Deutsche bei Anstellungen zu bevorzugen. Ein Rätsel war für viele seine morganatische Ehe; manche wollten es ganz sicher wissen, daß er seinen Kindern die Nachfolge in der Regierung sichern werde. Ich bezweifle das durchaus, aber immerhin war schon die irrige Erwartung eines solchen Schrittes eine peinliche Sache. Wäre er zur Regierung gekommen, hätte er als Mann in der Fülle seiner Kraft den Weltkrieg geleitet, so durfte man sich allerdings Günstiges erwarten, und darum war für die Feinde Öster-

reichs und Deutschlands seine Ermordung ein geschicktes Kriegsmittel. Aber hier hat offenbar Gott eingegriffen und, indem er den vorzeitigen Tod eines der gottseligsten Ehepaare zuließ, höheren Planen die Welt zugelenkt.

Juli.

In diesem Sinn hieß es in einem Erlaß des Kaisers Franz Josef vom 4. Juli: „So hoch die Stelle war, die ich dem Dahingeschiedenen in meiner Wehrmacht zu Lande und zur See eingeräumt habe, so hoch war auch seine Auffassung der übernommenen Aufgaben. Mitten aus schaffensfrohem Wirken wurde er uns entrissen. Wir beugen uns in Wehmut dem unerforschlichen Willen des Allmächtigen, der ein unermeßliches Opfer von mir, meiner Wehrmacht und dem Vaterlande gefordert hat. Dennoch entsage ich nicht der Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunft, überzeugt, daß in aller Bedrängnis, von der wir heimgesucht werden mögen, die Monarchie in der todesmutigen Hingebung der in ihrer Berufstreue unerschütterlichen Wehrmacht Österreich-Ungarns ihren sicheren Hort finden wird." — In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh sagte der Kaiser: „Der Wahnwitz einer kleinen Schar Irregeleiteter vermag nicht an den geheiligten Banden zu rütteln, die mich und meine Völker umschlingen, er reicht nicht heran an die Gefühle inniger Liebe, die mir und dem angestammten Herrscherhause aus allen Teilen der Monarchie aufs neue in so rührender Weise kundgegeben wurden . . ."

Am 7. Juli fand zu Wien eine Ministerkonferenz statt zur Beratung von Maßnahmen für die innere Verwaltung Bosniens, sowie für die Überwachung der großserbischen Agitation. Graf Tisza erklärte am 15. Juli im ungarischen Abgeordnetenhaus, die Beziehungen zu Serbien müßten geklärt werden. Die schwebende Angelegenheit müsse nicht unbedingt zu kriegerischen Entscheidungen führen, doch ein Staat, der den Krieg nicht als ultima ratio betrachte, könne sich nicht als Staat behaupten. Er widerlegte die Auffassung, als ob die bosnischen Zustände revolutionär seien.

Omladina. Indessen erging sich die südslawische nationalistische „Omladina" in Resolutionen gegen Österreich-Ungarn. Die serbische Regierung wandte sich in einem Rundschreiben vom 4. Juli an ihre auswärtigen Vertreter; darin hieß es: „Die österreichische Presse beginnt immer mehr und mehr Serbien für das Attentat in Sarajevo verantwortlich zu machen. Man will dadurch den hohen moralischen Kredit, den Serbien jetzt in Europa genießt, herabsetzen und das wahnsinnige Verbrechen eines jungen exaltierten Fanatikers gegen Serbien politisch ausnutzen. In dem Augenblick, da Serbien alles tut, um die Beziehungen zur Nachbarsmonarchie zu bessern, ist es absurd, zu glauben, daß Serbien ein solches Attentat billigen könne. Im Gegenteil, es war im Interesse Serbiens am meisten gelegen, daß dieses Verbrechen vermieden werde . . . Die Regierung hat bereits ein Gesetz gegen die Anarchisten fertiggestellt. Sie wird

alles tun, die Gemüter der exaltierten Menschen innerhalb seiner Grenzen zu beruhigen.“ Während der Verhandlungen über den Fall erlag der russische Gesandte v. Hartwig in Belgrad einem Herzschlag während einer Unterredung mit dem österreichischen Gesandten v. Giesl (10. Juli).

Die Ergebnisse der Untersuchungen über das Attentat faßte eine österreichisch-ungarische Note zusammen, die Freiherr v. Giesl am 23. Juli der Belgrader Regierung übergab. Es hieß darin: „Die Geschichte der letzten Jahre hat das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebiets loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden. Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldete das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldete eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldete schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten. Diese Duldung hat auch noch im Moment angedauert, da die Ereignisse des 28. Juni der Welt ihre grauenhaften Folgen zeigten. Es erhellt aus den Geständnissen der Urheber des Attentats, daß der Mord in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der ‚Narodna Odbrana‘ angehörten, und daß die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen durchgeführt wurde. Diese Ergebnisse gestatten es der k. u. k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, legen ihr vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung der Monarchie bilden. Daher verlangt die k. u. k. Regierung von der serbischen eine offizielle Versicherung, daß sie die Propaganda verurteilt und sich verpflichtet, sie mit allen Mitteln zu unterdrücken.“ Die Abgabe dieser Erklärung wurde bis 25. d. M. um 6 Uhr erwartet. In einer Beilage wurden die Ergebnisse der Untersuchung gegen die Mörder festgestellt, daß nämlich die Pistolen und Bomben dem serbischen Waffendepot entstammten, daß der ganze Plan in Belgrad unter Beihilfe des Majors Voja Tankosic ausgeheckt wurde, daß Milan Ciganovic die Mörder in der Handhabung der Granaten und Pistolen bei Belgrad unterwies und

Giesl.

die Einschmuggelung nach Bosnien organisierte, und zwar mit Hilfe der Grenzhauptleute und Zollorgane. — Die an Serbien gerichtete Note wurde auch den Großmächten mitgeteilt mit einer eingehenden Denkschrift über die ganze serbische Propaganda in der „Narodna Odbrana“, dem Schützenbund von 762 Vereinen und dem Sokolbund. Im Kleid eines Kulturvereins auftretend, dem nur die geistige und körperliche Entwicklung der Bevölkerung Serbiens sowie deren materielle Kräftigung am Herzen liege, bereitete man so den gewünschten Krieg gegen die Monarchie vor, auch militärisch, insofern als serbische Emissäre im Fall des Ausbruchs der Feindseligkeiten mit der Zerstörung von Transportmitteln, der Anfachung von Revolten und Paniken betraut wurden. Die Mordattentate begannen schon 1912.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus äußerte sich am 24. Juli Ministerpräsident Graf Tisza zur Lage. „Der Grund, warum der Schritt in Belgrad erst jetzt erfolgt, liegt darin, daß wir abwarten wollten, bis die Untersuchung volle Klarheit brachte. Der Schritt ist zweifellos ernst, aber nicht aggressiv. Sind wir doch bis zur äußersten Grenze der Geduld gegangen, gewissen Anzeichen gegenüber, die wir schon vor jenem schrecklichen Ereignisse gesehen haben. Auch während der Balkankriege haben wir Serbien ein weitgehendes Wohlwollen bekundet und es in der Ausführung seiner sehr weitgehenden Expansionspläne nicht verhindert. Der Schritt ist nicht provozierend und nicht kriegerisch; denn das, was wir verlangen, ist nichts anderes als die Erfüllung der nachbarlichen Verpflichtung, die jeder Staat seinem Nachbarn schuldet und deren Erfüllung sich nach unserer Ansicht Serbien nicht entziehen kann. Es sind dies Fragen, die mit Rücksicht auf ihren Inhalt nicht zum Gegenstande langwierigen Gedankenaustausches und von Verhandlungen gemacht werden können. Die Monarchie sucht den Frieden, wünscht den Frieden und trachtet, den Frieden selbst inmitten der oftmals kritischen, an ihren Grenzen ablaufenden Weltereignisse aufrechtzuerhalten. Wir sind uns aber natürlich über sämtliche Folgen dieses Schrittes im reinen und der Überzeugung, daß wir eine gerechte Sache vertreten. In dieser Überzeugung werden wir alle Folgen tragen.“ — Auch der Führer der Opposition Graf Julius Andrassy erklärte: „Ich bin seit langer Zeit der Überzeugung, daß die Situation, die zwischen Serbien und der Monarchie bisher bestanden hat, unhaltbar ist. Zweimal standen wir bereits dem Kriege nahe. In dem Maß, als Serbien stärker und größer wurde, hat der Haß gegen uns zugenommen . . .“

Tisza.

Rußland.

Die Entscheidung stand in diesem Augenblick bei Rußland. Der Prinzregent Alexander von Serbien wandte sich noch am 24. Juli in einem Telegramm an den Zaren Nikolaus; darin hieß es: „Wir sind bereit, jene Forderungen Österreich-Ungarns anzunehmen, die mit der Stellung eines unabhängigen Staates vereinbar sind, sowie jene, deren Annahme Eure Majestät uns anrät. Wir werden alle Personen streng bestrafen, deren Teilnahme am Attentat bewiesen wird. Gewisse Forderungen können ohne Gesetzesänderungen nicht ausgeführt werden, und

dazu brauchen wir Zeit. Man hat uns eine zu kurze Frist gewährt. Nach deren Ablauf können wir von der österreichisch-ungarischen Armee, die sich an unserer Grenze zusammenzieht, angegriffen werden. Bei der Unmöglichkeit, uns zu verteidigen, flehen wir Eure Majestät an, uns so schnell wie möglich zu Hilfe zu kommen. Das kostbare Wohlwollen, das Eure Majestät uns schon so oft bekundet hat, läßt uns fest darauf hoffen, unser Hilferuf werde in Ihrem edlen slawischen Herzen auch diesmal Widerhall finden. In diesem schwierigen Augenblick spreche ich die Gefühle des serbischen Volkes aus, indem ich Eure Majestät anflehe, sich des Schicksals des Königreichs Serbien annehmen zu wollen."

Wesentlich an diesem Telegramm war die Bitte um Rat. War Rußland friedlich gesinnt, so mußte es raten, sich zu fügen; aber gerade in dieser Zeit war das Kriegsfieber in Rußland aufs höchste gestiegen. Schon am 11. Juli wurde in Rußland die Nachricht von einer förmlichen Militärkonvention mit England als unzweifelhaft verbreitet. Die „Nowoje Zwene" schrieb, die Konvention sei nicht nur defensiv, sondern sehe auch die Landung der Engländer in Holland vor. „Kraft der Konvention tritt die russische baltische Flotte im Krieg unter das Kommando eines englischen Geschwaderkommandanten, es wird, gestützt auf die freundschaftliche Neutralität Dänemarks, sofort bei Eröffnung der militärischen Operationen erscheinen, um unsere Ufer zu schützen. Wir beglückwünschen die russische Regierung zu diesem Erfolg, der ein Verdienst des in England populären Botschafters Benkendorff ist. Jetzt können wir, gestützt auf die englische Flotte und unsere endlich vollkommen bereite Armee, das Ende jener Politik der Abhängigkeit von Berlin fordern, die unvereinbar ist sowohl mit unserer Würde als auch mit unserer internationalen Geltung." — Und am 20. Juli besprach der Sonderkorrespondent des „Matin" in Petersburg in einer Depesche auf Grund von Erklärungen hervorragender Persönlichkeiten die Rolle, die die russische Armee zu spielen hätte, „Wenn ein Krieg ausbräche", wie die Depesche betitelt war. Es hieß darin: „Die russische Armee umfaßt 44 Armeekorps, davon können 32 an der westlichen Grenze verteilt werden. Deutschland kann dieser Armee auch nicht annähernd eine gleiche Zahl von Menschen entgegenstellen; es hat nur 25 Armeekorps, von denen 19 an der französischen Grenze benötigt werden, also sind nur 6 für die russische Grenze verwendbar. Die russische Mobilisierung kann dank dem ununterbrochenen Bau strategischer Eisenbahnlinien in 16 Tagen beendet sein gegen 10 Tage, die Deutschland braucht. Seit einem Jahr hat in Rußland die Offensivtheorie große Fortschritte gemacht. Wenn Deutschland heute seinen Effektivbestand um 50.000 Mann erhöhen würde, wird Rußland sofort den seinigen um das Doppelte und Dreifache erhöhen. Auch die österreichische Armee ist nicht mehr gefährlich; seit den letzten Balkankriegen ist die slawische Strömung in Österreich-Ungarn so stark geworden, daß man einen Bruch der Disziplin in der Armee erwarten muß, wenn diese aus so vielen Nationalitäten zusammengesetzten Truppen gegen Rußland verwendet werden sollten.

Am selben 20. Juli traf Präsident Poincaré in Kronstadt ein; Poincaré.
von dort wurde er von Zar Nikolaus nach Peterhof geleitet. Die gegen-

seitigen Freundschaftsergüsse bei der Galatafel überboten alles Bisherige an Superlativen. Poincaré faßte die Lage in den Worten zusammen: „Getreu der Überlieferung meiner Vorgänger habe ich Rußland das feierliche Zeugnis von Gefühlen bringen wollen, die unveränderlich in allen französischen Herzen wohnen. Beinahe fünfundzwanzig Jahre sind vergangen, seit unsere Länder in einer klaren Vision ihrer Geschicke die Anstrengungen ihrer Diplomaten vereinigt haben . . .“ Die „Nowoje Wremja“ schrieb: „Der Dreibund hielt immer zusammen, aber die Tripelentente trat nicht immer genügend stark auf. Wir hoffen, daß die Politik der Nachgiebigkeit jetzt aufhört.“ Noch deutlicher kündigte damals das „Amtsblatt des russischen Kriegsministeriums“ den beschlossenen Krieg an: „Seid willkommen, teure Gäste! Mit freudiger Erregung begrüßt euch das militärische Rußland, das mit geistigem Auge über Frankreich bereits die alten Siegeskränze erblickt, ihre wundersame Bedeutung kennt und weiß, daß in der Stunde des furchtbaren Kampfes zwei Mächte durch einmütige Anstrengungen von Osten und von Westen den feindlichen Willen brechen werden, dem Kampfe neue Lorbeeren für Frankreich und Rußland entreißen, ihren Ländern das Recht auf Ehre, Leben und Glück erlangen werden und jenen Heldengeist nicht entehren werden, der seit Ewigkeit über beiden Armeen und über beiden Flotten geschwebt hat, der aus Frankreich herbeigeeilt ist, um die künftigen Kampfgenossen zu besuchen. Für uns und euch gibt es nur eine gemeinsame und heilige Hoffnung. Wenn ihr nach Hause zurückkehrt, so sagt euren Kameraden, daß in den Regimentern und Geschwadern Rußlands diese Hoffnung lebt und die Krieger in ihrer schweren Arbeit begeistert.“ Über solche chauvinistische Äußerungen der allslawischen und französischen Presse sagte die „Rjetsch“ am 21. Juli: „Die Idee eines Präventivkriegs kann bei solchen Fanfaren einen plötzlichen Erfolg haben. Dem russischen Volk liegt es wie ein Alp auf der Seele und es verlangt ihm absolut nicht nach Festtagen und kriegerischen Fanfaren.“ — Am 22. Juli sagte Poincaré bei einem Festmahl auf dem französischen Panzerkreuzer „France“: „Gegenüber allen Fragen, die täglich an die beiden Regierungen herantreten und die die verabredete Tätigkeit ihrer Diplomaten erfordern, ist es immer zu einer Übereinstimmung gekommen und wird immer wieder dazu kommen . . .“ Der Zar erwiderte im selben Geist: „Das verabredete Vorgehen unserer Diplomatien und die Bruderschaft zwischen unseren Armeen zu Lande und zu Wasser werden die Aufgaben unserer Regierungen erleichtern, die dazu berufen sind, über die Interessen der beiden verbündeten Völker zu wachen, indem sie sich für das Friedensideal begeistern, das unsere beiden Völker im Bewußtsein ihrer Stärke sich gesetzt haben.“ Eine offiziöse Mitteilung stellte als Ergebnis des Besuches die vollkommene Gemeinsamkeit der

Ansichten über den allgemeinen Frieden und das europäische Gleichgewicht der Mächte namentlich im Orient fest.

Zwischen 6 Uhr nachmittags 23. Juli und derselben Stunde des 25. Juli erfüllte sich das Schicksal des Weltkriegs. Der österreichisch-ungarische Gesandte hatte nicht mit dem Krieg gedroht, er hatte nur den Abbruch der diplomatischen Beziehungen angesagt, falls ihm nicht innerhalb achtundvierzig Stunden eine vorbehaltlose, zustimmende Antwort der serbischen Regierung zukomme. Die deutsche Regierung ließ sofort in Petersburg, Paris und London erklären, sie wünsche dringend eine Lokalisierung dieses Konfliktes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, da jede Intervention einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unberechenbare Folgen herbeiführen könne. Graf Berchtold erklärte dem russischen Geschäftsträger in Wien, Österreich wünsche keine Gebietserwerbung und keine Demütigung Serbiens, sondern die Erhaltung des gegenwärtigen Besitzstandes. — In London bedauerte man die kurze Befristung, weil dadurch die Möglichkeit genommen werde, die erste Erregung zu beruhigen und auf Belgrad einzuwirken, daß es eine befriedigende Antwort gebe. Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Mensdorff begründete Grey gegenüber die kurze Befristung mit den Erfahrungen serbischer Verschleppungskünste. Grey erklärte, er erkenne die Berechtigung mancher österreichischer Forderungen an. In Petersburg erklärte Sasonow dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szapary, Serbien werde niemals die geforderte Auflösung der „Narodna Odbrana“ vornehmen, ebensowenig werde es die Beteiligung von österreichisch-ungarischen Funktionären an der Unterdrückung der subversiven Bewegungen zugeben; denn dann würde Serbien bei sich nicht mehr Herr sein. Er stellte die Sache so dar, als ob es Österreich darauf ankomme, unbedingt mit Serbien Krieg zu führen. Szapary erwiderte, die Monarchie sei die friedliebendste Macht der Welt, sie wolle nur Sicherung ihres Territoriums vor fremden revolutionären Umtrieben und Bomben. Sasonows Stellungnahme war trotz seiner Ruhe eine durchaus ablehnende und gegnerische. Er suchte denn auch sofort eine Solidaritätserklärung des Dreiverbands zugunsten Serbiens zustande zu bringen. In einer Besprechung mit den Vertretern der befreundeten Staaten gab der französische Botschafter zu verstehen, daß Frankreich alle Verpflichtungen erfüllen werde, die das Bündnis mit Rußland nach sich ziehen sollte. Der britische Botschafter meinte, unmittelbar britische Interessen seien in Serbien nicht vorhanden, und ein Krieg um dieses Landes willen würde niemals den Beifall der öffentlichen Meinung Großbritanniens haben. Er fragte, ob es die Absicht der russischen Regierung sei, deshalb sogleich Österreich den Krieg zu erklären. Sasonow antwortete, er denke, die russische Mobilisierung werde in jedem

Krieg?

Fall ausgeführt werden müssen. Es würde dann Großbritannien schwierig sein, unbeteiligt zu bleiben, wenn der Krieg allgemein würde. England würde nur die Wahrscheinlichkeit des Krieges erhöhen, wenn es nicht von Anfang an mit Rußland und Frankreich gemeinsam auf Österreich einen Druck ausübe. — In London erklärte Grey dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky gegenüber, die unmittelbare Gefahr bestünde darin, daß Österreich in wenigen Stunden in Serbien einmarschiere und daß dann die russisch-slawische Meinung verlangen könne, daß Rußland marschiere, um Serbien zu helfen; es wäre sehr zu wünschen, daß Österreich veranlaßt würde, die Dinge nicht zu überstürzen; das könne nur durch Deutschland geschehen.

Kriegsbereit.

Entscheidend war aber, daß der russische Kriegsminister im Ministerrat zu Petersburg erklärte, Rußland sei zum Krieg bereit. Wir wissen, daß er die Wahrheit sprach. In diesem Sinn erklärte Sasonow dem deutschen Botschafter, der österreichisch-serbische Streit sei eine europäische Angelegenheit, da der 1909 durch eine serbische Deklaration erfolgte Ausgleich unter den Auspizien von ganz Europa vollzogen worden sei. Und bald darauf legte Sasonow dem serbischen Gesandten in Petersburg gegenüber große Entschlossenheit an den Tag und erklärte in kategorischer Form, Rußland werde auf keinen Fall aggressive Handlungen Österreichs gegen Serbien zulassen. Er ließ auch dem Vertreter Deutschlands wissen, daß ein Überfall auf Serbien die größten Lebensinteressen Rußlands berühre und deshalb die russische Regierung gezwungen sein werde, jene Maßregeln zu ergreifen, die sie im gegebenen Moment für notwendig befinden würde. Sasonow beauftragte auch den russischen Geschäftsträger in Wien, von der österreichischen Regierung eine Fristerstreckung für die Beantwortung der Note von seiten Serbiens zu verlangen. Wenn die Mächte Zeit hätten, sich zu überzeugen, daß gewisse Forderungen Österreichs wohlbegründet sind, wären sie in der Lage, der serbischen Regierung ihren Rat anzubieten. Eine Weigerung, die Frist des Ultimatums zu verlängern, widerspreche den Grundsätzen der internationalen Beziehungen.

Staatssekretär v. Jagow wies denn auch am Vormittag des 25. Juli den deutschen Botschafter in Wien an, den englischen Vorschlag zugunsten einer Ausdehnung der Serbien gestellten Frist der österreichischen Regierung zu übermitteln. Aber selbst für den Fall, daß ein österreichisch-russischer Streit entstehen sollte, ließ die deutsche Regierung in London erklären, sie sei, vorbehaltlich ihrer bekannten Bündnispflichten, bereit, zwischen Rußland und Österreich mit den andern Großmächten zusammen eine Vermittlung eintreten zu lassen. — Grey telegraphierte an den britischen Botschafter in Petersburg: „Der plötzliche, brüske und peremptorische

Charakter der österreichischen Note macht es fast unausbleiblich, daß in kurzer Zeit Rußland und Österreich gegeneinander mobilisiert haben werden. In diesem Fall besteht die einzige Friedensaussicht darin, daß die vier andern Mächte sich zusammentun, um die österreichische und die russische Regierung zu bitten, die Grenze nicht zu überschreiten und den vier Mächten Zeit zu geben, in Wien und in Petersburg zu handeln, um zu versuchen, die Angelegenheit zu ordnen. — Aber die Wiener Regierung lehnte das von der russischen Regierung gestellte Verlangen einer Fristerstreckung für die Beantwortung der Note von seiten Serbiens ab, da sie eine Einmischung anderer Mächte in ihre Aktion gegen Serbien nicht zulassen könne. Wohl aber erklärte Österreich dem russischen Geschäftsträger, Serbien könne auch nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch uneingeschränkte Annahme der gestellten Forderungen eine friedliche Lösung herbeiführen, doch würde Österreich in diesem Fall den Rückersatz aller ihm durch militärische Maßnahmen verursachten Kosten und Schäden von Serbien verlangen.

Italien beeilte sich schon in diesem Stadium der Sache, durch den Botschafter in Wien Kompensationsforderungen anzumelden auf Grund des Artikels VII des (unveröffentlichten) Dreibundvertrags, für den Fall, daß der Konflikt zwischen Österreich und Serbien eine kriegerische Wendung nehmen und zu einer, wenn auch nur provisorischen Besetzung serbischen Territoriums führen sollte. Die italienische Regierung sei überdies auf Grund des angeführten Vertragsartikels der Ansicht, daß Österreich sich vor der eventuellen Besetzung serbischen Gebietes mit ihr ins Einvernehmen setzen müßte. Im übrigen wolle Italien in dem eventuellen bewaffneten Konflikt eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einnehmen.

Schon um 3 Uhr nachmittags 25. Juli, also einige Zeit vor Überreichung der Antwortnote, erfolgte in Serbien die Anordnung der allgemeinen Mobilisierung. Kurz vorher hatte man die Antwort in großen Zügen den Vertretern der befreundeten Staaten mitgeteilt; man war also offenbar von der Unzulänglichkeit der Antwort überzeugt. Der britische Botschafter in Petersburg warnte Sasonow, durch Mobilisierung den Krieg zu beschleunigen. Wenn die drei Verbandmächte nun fest zusammenstünden, werde es keinen Krieg geben. Wenn nicht, würden Ströme Bluts fließen und England würde schließlich mit in den Krieg gezogen werden. Wenn Rußland mobilisiere, werde Deutschland nicht mit bloßer Mobilisierung zufrieden sein, noch Rußland Zeit lassen, die seinige auszuführen, sondern wahrscheinlich sogleich Krieg erklären. Sasonow erwiderte, Rußland könne nicht zulassen, daß Österreich Serbien zermalme und die Vormacht auf dem Balkan würde; wenn es sich des Beistandes Frankreichs sicher fühle, wolle es allen Gefahren des Krieges ins Auge sehen. Sasonow ließ auch in London durch seinen Botschafter an Englands

Mobilisierung.

Unterstützung appellieren, damit so jenes Gleichgewicht in Europa hergestellt werde, das sonst durch einen Triumph Österreichs gestört würde. — Ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Zaren faßte die Mobilmachung von dreizehn Armeekorps gegen Österreich „ins Auge". Die Vorbereitungen dazu blieben auch dem deutschen Militärattaché nicht verborgen.

Fünf Minuten vor 6 Uhr nachmittags am 25. Juli überreichte der serbische Ministerpräsident Pasic dem österreichisch-ungarischen Gesandten zu Belgrad die Antwortnote der serbischen Regierung. Da der Gesandte sofort daraus ersah, daß der Inhalt der Note unbefriedigend war, notifizierte er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und verließ mit seinem Gesandtschaftspersonal Belgrad um ½7 Uhr auf dem Weg nach Semlin. Der serbische Hof, die Regierung und die Truppen räumten Belgrad und begaben sich nach Kragujevac und Nisch. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeutete noch immer nicht den Krieg; bekanntlich waren die diplomatischen Beziehungen zwischen manchen Staaten jahrelang unterbrochen, ohne daß sie einander bekriegten. Erst am 28. Juli erklärte sich Österreich-Ungarn als im Kriegszustand mit Serbien befindlich; aber auch da wären noch Vermittlungen möglich gewesen, zumal Österreich zögerte, in Serbien einzumarschieren. Erst die feindselige Haltung Rußlands ergab den unausweichlichen Krieg. Noch am 25. Juli wurde in den Gouvernements von Petersburg und Moskau der „außerordentliche Verteidigungszustand" erklärt. Die Übungen im Krasnoelager wurden plötzlich abgebrochen. Die „Rjetsch" schrieb: „Augenscheinlich ist sich die russische Diplomatie des Ernstes der Lage nicht ganz bewußt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Serbien nach der russischen Note eine nicht völlig befriedigende Antwort geben wird und daß eine Ermunterung Serbiens bereits erfolgt ist, so daß ein Teil der Verantwortung für die Folgen Rußland zufällt. Die einzige Möglichkeit für den Dreiverband, eine Hineinziehung in den Konflikt zu vermeiden, bleibt die Lokalisierung der serbischen Frage und die Vermeidung jeder Ermunterung Serbiens." Diese Ermunterung war aber bereits erfolgt. Es scheint, daß Serbien sonst wohl bereit gewesen wäre, die Note einfach anzunehmen. Aber in Rußland empfand man sie als „eine gegen Rußland gerichtete Provokation, auf die Rußland in Taten antworten müsse".

Abbruch.

Das Telegramm, darin der Zar den Prinzregenten von Serbien „ermuntert", ist nicht veröffentlicht worden, sondern nur ein späteres gleichgültigeres vom 27. Juli, darin der Zar von seiner herzlichen Gewogenheit für das serbische Volk spricht. „Die jetzige Lage der Dinge erweckt Meine allerernsteste Aufmerksamkeit, und Meine Regierung macht alle Anstrengungen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu beseitigen. Ich zweifle nicht daran, daß Eure Hoheit und die königliche Regierung vom Wunsche durchdrungen

sind, diese Aufgabe zu erleichtern, indem sie nichts außeracht läßt, um zu einer Entscheidung zu kommen, die die Würde Serbiens wahrt und die Greuel eines neuen Krieges vermeidet. Solange die geringste Hoffnung vorhanden ist, Blutvergießen zu vermeiden, müssen alle Unsere Bemühungen auf dieses Ziel gerichtet sein. Sollten Wir jedoch entgegen Unseren aufrichtigen Wünschen hierin keinen Erfolg haben, so können Eure Hoheit davon versichert sein, daß Rußland auf keinen Fall gleichgültig gegenüber dem Geschick Serbiens verbleiben wird. Nikolaus." Prinzregent Alexander dankte am 28. Juli für die Sympathie des Zaren, die „Uns mit der Hoffnung erfüllt, daß die Zukunft Serbiens gesichert ist. Diese schweren Zeiten können nur die Bande der innigen Anhänglichkeit befestigen, die Serbien mit dem heiligen slawischen Rußland verbinden . . ."

Das Kriegsmanifest des Prinzregenten Alexander vom 29. Juli Manifest. besagte: „Österreich-Ungarn hat uns den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß wir jetzt alle einig sind, daß wir zeigen, daß Wien seine Versprechungen, die Serben gerecht zu behandeln, nie gehalten hat. Es war vergebens, daß an den Grenzen Serbiens und Kroatiens so viele serbische Helden für den Ruhm Europas und die Interessen des Wiener Hofes ihr Blut ließen. Vergebens trachtete Serbien in Frieden mit der Nachbarmonarchie zu leben. Die Serben wurden verdächtigt und erniedrigt. Sechsunddreißig Jahre sind es her, daß Österreich die serbischen Gebiete von Bosnien und der Herzegowina akkupierte; vor sechs Jahren hat es diese Gebiete ohne Recht annektiert. All dies erweckte im Volk eine tiefe Unzufriedenheit, und der Widerstand zeugte endlich das Verbrechen von Sarajevo. Serbien hat dieses Attentat bedauert, es hat sich bereit erklärt, alle Mitschuldigen des Mörders vor Gericht zu stellen. Aber bald sah Serbien mit Erstaunen, daß die Österreicher die Verantwortung für das Verbrechen nicht der schlechten Verwaltung oder einzelnen Schuldigen zuschob, sondern dem Königreich selbst . . . Gestützt auf die Sympathien der ganzen zivilisierten Welt und auf die Hilfe unserer großen Verwandten und Freunde rechnend, nehmen wir mit unsern Brüdern aus Montenegro den Kampf auf, der uns aufgezwungen wird . . ." In der Skupschtina berief sich Alexander am 30. Juli noch bestimmter auf die Zusicherung des Zaren, daß er sich mit dem Schicksal Serbiens verknüpfen werde, und auf die Sympathien in Frankreich und England.

Österreich mobilisierte am 25. Juli nachts acht Armeekorps; die Regierung teilte am 26. Juli die serbische Antwortnote mit Anmerkungen den Mächten mit. Die Aufnahme des österreichischen Vorgehens war in Frankreich ungünstig, im Deutschen Reich durchaus zustimmend. Die „Kölnische Zeitung" schrieb 26. Juli, das Friedensinteresse erfordere es, daß man Serbien zum Entgegenkommen mahne. In England gab man auch das Recht Österreichs zu. „Westminster Gazette" schrieb 26. Juli: „Wir glauben nicht, daß Rußland erheblichen Einspruch dagegen erheben dürfte, daß Serbien genötigt wird, Österreich Genugtuung zu geben." „Pall Mall Gazette": „Österreich ist berechtigt, strikte Erfüllung dieser Verpflichtungen zu fordern, und wir erwarten, daß die Antwort die ehrliche Bereitschaft zeitigen wird, das Land von der Anklage zu reinigen."

„Daily Chronicle“: „Serbien hat eine schlechte Sache, Rußland täte am besten, Serbien zum Nachgeben zu raten, während es über Österreichs Verpflichtungen wachte, das Land nicht zu annektieren.“ „Daily News“: „Serbien täte am besten, sich prompt zu unterwerfen.“ „Daily Graphic“: „Keine der Großmächte wünscht ein Opfer für den brandstifterischen Staat zu bringen, der einem Verbrechen Vorschub geleistet hat und eine beständige Bedrohung für den territorialen Status quo im Orient ist.“ Die „Times“ verlangten noch bessere Beweise für Serbiens Verbrechen. „Morning Post“ und „Daily Mail“ sahen im Vorgehen Österreichs eine Herausforderung des Dreibunds an den Dreiverband. Die italienischen Blätter stimmten Österreich zu: „Auf Seiten Österreichs ist alles Recht, auf Serbiens Seite alles Unrecht. Die serbische Militärpartei hat nach dem Balkankrieg in der Tat eine Haltung eingenommen, die bei der Jugend ein Echo finden, die serbische Irredenta in Bosnien und an den Grenzgebieten akut machen mußte. Dadurch wurde das fürchterliche Verbrechen von Sarajevo möglich. Die Haltung der Monarchie Bosnien gegenüber konnte nicht korrekter sein.“ — Der türkische „Ikdam“ glaubte, es könne sich keine Macht finden, jene zu unterstützen, die für Mord und für eine Propaganda arbeiteten, um den Weltfrieden zu gefährden.

Die Serben sprengten am 27. Juli die Eisenbahnbrücke über die Save bei Belgrad. An der Grenze kamen Zusammenstöße einzelner Gruppen vor. Der serbische Generalstabchef Putnik wurde auf der Rückreise aus Österreich festgehalten, aber auf kaiserlichen Befehl alsbald freigegeben.

Manifest. Ein Manifest des Kaisers Franz Josef „An Meine Völker!“ vom 28. Juli begann: „Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre, die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen. Im Rat der Vorsehung war es anders beschlossen. Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, nach langen Jahren des Friedens zum Schwert zu greifen. Mit rasch vergessendem Undank hat Serbien schon vor Jahren den Weg offener Feindseligkeit betreten. Immer unverhüllter tritt das Streben zutage, Gebiete Österreich-Ungarns loszureißen. Ein verbrecherisches Treiben greift über die Grenze, um das Volk in seiner Treue wankend zu machen, die Jugend irrezuleiten. Eine Reihe von Mordanschlägen bildet die blutige Spur jener geheimen Machenschaften. Diesem Treiben muß Einhalt geboten werden. Vergebens hat Meine Regierung noch einen letzten Versuch unternommen, Serbien durch eine ernste Mahnung zur Umkehr zu bewegen. Serbien hat die gerechten Forderungen zurückgewiesen und es abgelehnt, jenen Pflichten nachzukommen, deren Erfüllung im Leben der Völker und Staaten die notwendige Grundlage des Friedens bildet. So muß Ich daranschreiten, mit Waffengewalt die Bürgschaften zu schaffen, die Meinen Staaten die Ruhe im Innern und den dauernden

Frieden nach außen sichern sollen. In dieser ernsten Stunde bin Ich Mir der ganzen Tragweite Meines Entschlusses und Meiner Verantwortung vor dem Allmächtigen voll bewußt. Ich habe alles geprüft und erwogen. Mit ruhigem Gewissen betrete Ich den Weg, den die Pflicht Mir weist. Ich vertraue auf Meine Völker, die sich in allen Stürmen stets in Einigkeit und Treue um Meinen Thron geschart haben und für Ehre, Größe und Macht des Vaterlandes zu schwersten Opfern bereit waren. Ich vertraue auf Österreich-Ungarns tapfere Wehrmacht, Ich vertraue auf den Allmächtigen, daß er Meinen Waffen den Sieg verleihen möge."

Im ungarischen Abgeordnetenhaus betonte Graf Tisza am 28. Juli, der Kampf sei der Monarchie nach viel zu weit getriebener Friedensliebe aufgezwungen worden. Auch Graf Albert Apponyi erklärte im Namen der Opposition, die Abrechnung sei unvermeidlich geworden, man erfülle nur eine elementare Defensivpflicht. Es gelte der zehrenden Krankheit ein Ende zu machen, die jedes zweite Jahr eine Mobilisierung nötig macht. Das Ende dieser historischen Tatsachen kann mit Hilfe Gottes kein anderes sein als die Befestigung des Ansehens der Monarchie. — Am 31. Juli erfolgte die allgemeine Mobilisierung. Das „Fremdenblatt" widersprach offiziös der Auffassung ausländischer Blätter, das Deutsche Reich habe Österreich veranlaßt, eine schroffe Haltung gegen Serbien einzunehmen.

Kaiser Wilhelm war am 27. Juli von seiner Nordlandsreise zurückgekehrt; schon daraus geht hervor, daß in Deutschland keine wichtige Aktion geplant wurde, sondern daß man von den Dingen überrascht wurde. Den Standpunkt der reichsdeutschen Regierung gibt eine Denkschrift wieder, die einige Tage später dem Reichstag vorgelegt wurde. Kaiser Wilhelm.

Es hieß darin: „Das Verbrechen vom 28. Juni mußte der ganzen zivilisierten Welt die Augen öffnen über die verbrecherischen Mittel der großserbischen Propaganda. Das Endziel war die Revolutionierung und Lostrennung der südöstlichen Gebietsteile der Monarchie und ihre Vereinigung mit Serbien. Zum drittenmal im Laufe der letzten sechs Jahre führt Serbien Europa an den Rand eines Weltkriegs. Es konnte dies nur tun, weil es sich bei seinen Bestrebungen durch Rußland gestützt glaubte. Unter diesen Umständen mußte Österreich sich sagen, daß es weder mit der Würde noch der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben länger zuzusehen. Die k. u. k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserm Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hiebei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiemit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber unserm Bundesgenossen weder zu Nachgiebigkeit raten noch auch ihm unsern Beistand versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen bedroht waren. Wenn es den Serben mit Rußlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Be-

stand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Österreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russischem Zepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien. Wir haben an den Vorbereitungen nicht teilgenommen ... Wir haben unser Bestreben darauf gerichtet, den Krieg zu lokalisieren und die andern Mächte davon zu überzeugen, daß Österreich-Ungarn in berechtigter Notwehr sich zum Appell an die Waffen habe entschließen müssen. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß kein Kulturstaat das Recht habe, in diesem Kampf gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Österreich in den Arm zu fallen und die Serben ihrer gerechten Strafe zu entziehen ... Am Nachmittag des 26. Juli ließ die k. u. k. Regierung abermals in Petersburg erklären, daß Österreich-Ungarn keinerlei Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe haben wolle. Im Laufe des gleichen Tages gelangten indes die ersten Meldungen über russische Mobilmachungen nach Berlin. Noch am gleichen Tage wurde der deutsche Botschafter in Petersburg angewiesen, der russischen Regierung zu erklären: Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands werden uns zu Gegenmaßregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg. Da uns Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland bekannt sind, würde diese Mobilisierung gegen Rußland und Frankreich zugleich gerichtet sein ... Am 27. Juli erklärte der russische Kriegsminister Suchomlinow dem deutschen Militärattaché ehrenwörtlich, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen sei ... In den darauffolgenden Tagen folgten sich die Nachrichten über russische Mobilisierungen in schnellem Tempo. Am 27. Juli trafen die ersten Meldungen über vorbereitende Maßnahmen Frankreichs ein. Am 26. hatte Sir Edward Grey den Vorschlag gemacht, die Differenzen zwischen Österreich und Serbien einer Konferenz der Botschafter Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu unterbreiten. Zu diesem Vorschlag haben wir erklärt, wir könnten uns an einer Konferenz nicht beteiligen, da wir Österreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zitieren könnten ... Was man jetzt von uns Österreich gegenüber verlange, sei dasselbe, was Österreich Serbien gegenüber vorgeworfen werde: ein Eingriff in Suveränitätsrechte ... Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet. Wir haben noch am 30. einen englischen Vorschlag nach Wien weitergegeben, der als Basis der Verhandlungen aufstellte, Österreich-Ungarn solle nach erfolgtem Einmarsch in Serbien dort seine Bedingungen diktieren. Wir mußten annehmen, daß Rußland diese Basis akzeptieren würde. Während diese Bemühungen fortgeführt wurden, kamen immer neue Meldungen über russische Mobilisierungsmaßnahmen. Truppenansammlungen an der ostpreußischen Grenze ließen keinen Zweifel mehr daran, daß die Mobilisierung auch gegen uns in vollem Gange war, während alle derartigen Maßregeln erneut ehrenwörtlich abgeleugnet wurden ... Mit einem Telegramm des Zaren kreuzte sich folgendes am 31. Juli abgesandte Telegramm des Deutschen Kaisers: „Auf Deinen Appell an Meine Freundschaft und Deine Bitte um Meine Hilfe habe Ich eine Vermittlungsaktion zwischen Deiner und der österreichisch-ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das Mir

verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch Meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht worden ist. Trotzdem habe Ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte Ich zuverlässige Nachrichten über ernste Kriegsvorbereitungen auch an Meiner östlichen Grenze. Die Verantwortung für die Sicherheit meines Reiches zwingt Mich zu defensiven Gegenmaßregeln. Nicht Ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblicke liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg Meiner Vermittlung hätte warten können. Die Mir von Meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist Mir immer heilig gewesen, und Ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war. Der Friede Europas kann von Dir noch erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen." Noch ehe dieses Telegramm seine Bestimmung erreichte, war die bereits am Vormittag desselben Tages angeordnete Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte in vollem Gange ... Nach Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilisation in Berlin erhielt am Nachmittag des 31. Juli der deutsche Botschafter in Petersburg den Befehl, der russischen Regierung zu eröffnen, Deutschland habe als Gegenmaßregel den Kriegszustand verkündet, dem die Mobilisation folgen müsse, wenn Rußland nicht binnen zwölf Stunden seine militärischen Maßnahmen einstelle. Gleichzeitig wurde der deutsche Botschafter in Paris angewiesen, von der französischen Regierung binnen achtzehn Stunden eine Erklärung zu verlangen, ob sie neutral bleiben wolle ... Die Mobilisierungsmaßregeln zeigen klar, daß Rußland den Krieg wollte ... Da die Frist verstrichen war, hat der Kaiser und König am 1. August um 5 Uhr die Mobilmachung des gesamten deutschen Heeres und der Marine befohlen ... Am Nachmittag des 1. August rückten russische Truppen auf deutschem Gebiet vor. Hiemit hatte Rnßland den Krieg begonnen ... Der französische Ministerpräsident hat am 1. August eine unbefriedigende Antwort erteilt ... Frankreich würde das tun, was seine Interessen ihm geböten. Um 5 Uhr nachmittags wurde die Mobilisierung der gesamten französischen Armee und Flotte angeordnet. Am Morgen des nächsten Tages eröffnete Frankreich die Feindseligkeiten."

Mobilisierung.

Frankreich.

Aus Frankreich haben wir noch nachzutragen, daß die am 6. Juli ausgegebene 800-Millionen-Anleihe vierzigmal überzeichnet wurde. Noch am 11. Juli hatte der neue Präsident der Patriotenliga, Maurice Barrès, den Verdacht ausgesprochen, es bestehe eine einflußreiche Verschwörung, um den Dreiverband zu zertrümmern und an dessen Stelle ein Bündnis mit Deutschland zu setzen; dem müsse man sich widersetzen. Die Reise Poincarés war mit militärischen Betrachtungen über die niederschmetternde Überlegenheit des russischen Heeres begleitet worden und mit Andeutungen eines furchtbaren deutsch-russischen Kampfes, mindestens auf wirtschaftlichem Gebiet. Als am 27. Juli vorbereitende Maßnahmen für den Fall einer Mobilmachung getroffen wurden, veranstalteten freilich die Syndikalisten Kundgebungen gegen den Krieg. Poincaré kehrte am

29. Juli nach Paris zurück; infolge der bedenklichen Lage hatte er die beabsichtigten Besuche in Christiania und Kopenhagen aufgegeben. Der Sozialistenführer Jean Jaurès gab sich noch alle Mühe, den Ministerpräsidenten Viviani zu bestimmen, an Rußland das energische Verlangen zu richten, daß es keinerlei Unklugheiten begehe, welche die friedliche Lösung des Konflikts erschweren könnten. In einem Brief vom 30. Juli schrieb Jaurès: „Hier in Frankreich arbeiten wir mit allen Gewaltmitteln für einen Krieg, der ausgefochten werden muß, um ekelhafte Begierden zu befriedigen, und weil die Pariser und Londoner Börsen in Petersburg spekuliert haben. Ich muß mich jetzt an die Franzosen wenden, von Versammlung zu Versammlung gehen, vielleicht muß ich auch zum Generalstreik schreiten, der die Mobilisation in Frankreich verhindern würde." Der unbequeme Mann wurde am 31. Juli in einem Kaffeehaus von einem gewissen Raoul Villain einfach erschossen. Daß die russische Regierung diesen Mord veranlaßt hatte, wurde durch spätere Enthüllungen und die Führung des Prozesses als ziemlich sicher erwiesen. In jedem Fall stellt sich dieser Mord dem von Sarajevo würdig zur Seite. Auch er geschah nur, um den Krieg unabwendbar zu machen.

Jaurès.

England.

Für England war die Versuchung, in den Krieg einzutreten, schon gegeben durch die schier unentwirrbaren Zustände in Irland, über die wir noch eingehend berichten werden. Ganz offen rüstete sich das Ulster Freiwilligenkorps, um mit den Waffen als Rebellen der Ausführung des Home Rule entgegenzutreten. Sir Edward Carson berief am 10. Juli zu Belfast eine Versammlung der provisorischen Ulsterregierung. Es wurde beschlossen, daß es Carson überlassen sei, zu sagen, wann ein entscheidender Schritt unternommen werden solle; die Freiwilligen seien jeden Augenblick für die Mobilmachung bereit. Angesichts des drohenden Bürgerkriegs wurden Vertreter der verschiedenen Parteien am 20. Juli zum König berufen; dagegen protestierte aber die unabhängige Arbeiterpartei, da durch eine Einmischung der Krone die Ziele der Parlamentsakte zerstört würden. Nichtsdestoweniger versammelte sich die Konferenz am 21. Juli und der König verteidigte seine Intervention mit der drohenden Gefahr des Bruderkrieges. Da sich aber keine Einigung der erbitterten Parteien erzielen ließ, wurde die Konferenz am 24. abgebrochen. Vom 23. bis 25. Juli fand eine Parade der gesamten britischen Schlachtflotte bei Spithead statt.

Grey.

Über Sir Edward Greys Vermittlungstätigkeit beim serbischen Konflikt lassen wir ihn selber im Unterhaus sprechen (27. Juli): „Letzten Freitag 24. Morgen erhielt ich vom österreichisch-ungarischen Botschafter den Text der Mitteilungen an die Mächte, die die Forderungen Österreichs an Serbien enthielten. Nachmittags sah ich die übrigen Botschafter und drückte ihnen gegenüber die Ansicht aus, daß wir, solange der Streit auf Österreich und

Serbien beschränkt bleibe, kein Recht hätten uns einzumischen. Wenn aber die Beziehungen mit Deutschland und Rußland bedrohlich würden, sei es eine Sache des europäischen Friedens und gehe uns alle an ... Nachdem ich gehört hatte, daß Österreich die Beziehungen zu Serbien abgebrochen hatte, schlug ich eine Konferenz der Botschafter in London vor. Ich bin der Ansicht, daß der Text der serbischen Antwort eine Grundlage bieten sollte, um eine annehmbare Beilegung zu finden. Es muß jedem klar sein, daß im Augenblick, wo der Streit aufhört, einer zwischen Österreich und Serbien zu sein, dies mit einer der größten Katastrophen enden kann, die jemals den Kontinent Europas heimgesucht haben, und niemand kann sagen, was das Ende sein wird.“ Jedenfalls gab man dem Geschwader, das bei Portland versammelt war, Befehl, beisammenzubleiben.

Die „Westminster Gazette“ meinte mit Recht, daß Rußlands Interessen durch das Bemühen Österreichs, sich Genugtuung zu verschaffen, nicht gefährdet werden. Österreichs Zusicherung, daß es nicht annektieren wolle, sollte genügen, wenn das von den andern Mächten bestätigt würde. Grey möge jedes Mittel erschöpfen, um den Frieden zu vermitteln; wenn er aber als Vermittler tatsächlich Parteigänger wäre, so würde das verhängnisvoll sein. England hat bei dem Konflikt vor allem die Sicherheit Indiens und die Interessen der überseeischen Dominions und Besitzungen zu betrachten; es kann nicht unbegrenzte Streitkräfte für militärische Unternehmungen in Europa bestimmen.

Am meisten waren aber die britischen Staatsmänner von der irischen Irland. Frage eingenommen. Noch am 27. Juli ereigneten sich in Dublin bei der Konfiszierung der Waffen, die für die Ulsterleute bestimmt waren, schwere Unruhen. Premierminister Asquith vertagte daher die Verhandlungen über Homerule. Er sagte am 30. Juli: „Wir versammeln uns unter Bedingungen, deren Ernst in unser aller Erfahrung kaum seinesgleichen hat. Wir stehen einer Katastrophe gegenüber, deren Umfang und Wirkung unmöglich abgeschätzt werden kann. Unter diesen Umständen ist es von vitaler Bedeutung für das Interesse der ganzen Welt, daß England, das keine Interessen direkt auf dem Spiele stehen hat, eine geschlossene Front zeigt und imstande ist, mit der Autorität einer einigen Nation zu sprechen und zu handeln. Die Debatte über die Zusatzvorlage (zur Homerulebill) könnte unter solchen Umständen verderbliche Wirkungen auf die internationale Lage haben. Ich beantrage daher in Übereinstimmung mit Bonar Law (dem Führer der Opposition) die Vertagung und spreche die Hoffnung aus, daß der Patriotismus aller Parteien dazu beitragen möge, das Unheil, das die ganze Welt bedroht, zu umgrenzen.“

August.

Da das deutsche Ultimatum an Rußland unbeantwortet blieb und die russische Mobilmachung ihren Fortgang nahm, bereits auch Grenzverletzungen durch russische Truppen gemeldet wurden, überreichte der

Deutsche Kriegserklärung. deutsche Botschafter am 1. August die Kriegserklärung an Rußland. Zugleich befahl Kaiser Wilhelm die Mobilmachung des Heeres und der Marine. Das rasche Vorgehen der deutschen Regierung hatte seinen Grund in der ungeheuren Überlegenheit der Gegner. Die einzige Aussicht auf Erfolg lag in der größeren Schnelligkeit der Mobilisierung. Es hing alles davon ab, ob das deutsche Heer um ein paar Tage früher fertig wurde als das russische. Kriegskundige sagen, daß Deutschland einen schnellen Sieg erzwungen hätte, wenn es nicht einige Tage mit vergeblichen Friedensvermittlungen verlor. Auf begeisterte Kundgebungen des Volkes vor dem königlichen Schloß in Berlin erwiderte der Kaiser dankend: „In dem jetzt bestehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche. Es handelt sich jetzt nur darum, daß alle wie Brüder zusammenstehen, und dann wird Gott dem deutschen Volke zum Siege verhelfen." Vielleicht traf die Bedingung doch nicht ganz ein.

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlichte am selben Tag folgenden Aufruf an die Parteigenossen: „Der Kriegszustand ist erklärt. Die schwerste Prüfung wird damit unserm ganzen Weltteil aufgezwungen. Bis zur letzten Minute hat das internationale Proletariat seine Schuldigkeit getan, um den Krieg unmöglich zu machen. Die Verhältnisse sind noch einmal stärker gewesen, als unser Willen. Wir werden unserer Sache treu bleiben, durchdrungen von der erhabenen Größe unserer Kulturmission . . . auf daß dieser Krieg der letzte ist. Unbesonnenheiten schaden unserer Sache. Wir fordern euch auf, auszuharren in der Zuversicht, daß die Zukunft trotz alledem dem völkerverbündenden Sozialismus, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit gehört."

Am 2. August schrieb der Kaiser einen allgemeinen Bettag für Preußen auf den 5. aus; er erklärte seine Friedensabsicht. „Reinen Gewissens über den Ursprung des Krieges, bin Ich der Gerechtigkeit unserer Sache vor Gott gewiß."

Am 3. August erklärte Deutschland den Krieg an Frankreich wegen wiederholter Grenzverletzungen. Die französische Regierung stellte allerdings diese Grenzverletzungen in Abrede und beschuldigte ihrerseits die deutschen Truppen. Während die deutsche Regierung dem Reichstag am 3. August eine „Vorläufige Denkschrift und Aktenstücke zum Kriegsausbruch"
Belgien. als „Weißbuch" vorlegte, beantwortete die belgische Regierung ablehnend eine ihr am 2. überreichte Erklärung des deutschen Gesandten; dieser teilte nämlich mit, daß der deutschen Regierung zuverlässige Nachrichten vorlägen über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maasstrecke Givet—Namur. „Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen. Die kaiserliche Regierung kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Belgien, trotz besten Willens, nicht imstande sein wird, ohne Hilfe einen französischen Vormarsch mit so großer Aussicht auf Erfolg abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands

gefunden werden kann. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für Deutschland, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen. Mit Bedauern würde es daher die deutsche Regierung erfüllen, wenn Belgien einen Akt der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken würde, daß die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten ... Ist Belgien gewillt, Deutschland gegenüber wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, beim Friedensschluß Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs zu garantieren ... und jeden Schaden zu ersetzen. Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegentreten, so wird Deutschland gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten." Die belgische Regierung lehnte ab und König Albert richtete an den König von England noch am 3. ein Telegramm, darin er ihn zum Schutze der Neutralität Belgiens anrief. Die deutsche Regierung ließ aber am 4. in Brüssel erklären, sie müsse die Schutzmaßnahmen gegenüber den französischen Drohungen durchführen. Die deutschen Truppen rückten noch denselben Tag in Belgien ein; die belgische Regierung richtete einen Appell an die Garantiemächte England, Frankreich und Rußland, und diese erklärten sich sofort bereit, dem Anruf zu entsprechen. Aus den späteren Eröffnungen geht hervor, daß Deutschland auf einen Einmarsch in Belgien verzichtet hätte, wenn es von England die Zusage der Neutralität hätte erhalten können. Da sich aber Grey dazu nicht herbeiließ, sah sich Deutschland nun erst recht einer solchen Übermacht gegenüber, daß es nicht auf dies völkerrechtlich gewagte Mittel verzichten konnte.

Die englischen Sozialisten hatten am 1. August auch ein Manifest an das englische Volk erlassen: „Der lang angedrohte Krieg ist über uns. Seit länger als hundert Jahren hat keine solche Gefahr die Zivilisation bedroht ... Ihr seid nie wegen des Krieges befragt worden! ... Überall richten Sozialisten Proteste gegen die Habsucht und die Intrigen der Militaristen und Rüstungsinteressenten. Zwingt die herrschenden Klassen, die euch zur Mitwirkung mit dem russischen Despotismus hetzen wollen, still zu bleiben und die Entscheidung der überwältigenden Mehrheit des Volkes, das von dieser Infamie nichts wissen will, zu respektieren! ..." Aber dieser flammende Aufruf, gezeichnet von den Parlamentsmitgliedern Keir Hardie und Artur Henderson, hatte gar keine Wirkung. — Sehr zynisch sagte Edward Grey am 3. August im Unterhaus: „Ich wünsche die Dinge ohne Sentimentalität vom Standpunkt britischer Interessen zu betrachten ... Ich glaube nicht, daß eine Großmacht, gleichviel, ob sie am Krieg teilnimmt oder nicht, am Ende des Krieges in der Lage sein wird, ihre materielle Stärke auszudehnen. Wenn wir mit unserer mächtigen Flotte, die unsern Handel, unsere Küste und unsere Interessen schützen kann, an dem Kriege teilnehmen, werden wir nur wenig mehr zu leiden haben, als wenn wir uns passiv verhalten. Ich fürchte, wir werden in diesem Krieg fürchterlich zu leiden haben, gleichviel ob wir daran teilnehmen oder nicht. Der Außenhandel wird aufhören ... Ich schulde

Sozialisten.

dem Hause die Mitteilung, daß wir bis jetzt keinerlei Verpflichtungen haben, ein Expeditionskorps aus dem Lande zu schicken. Ich fühle, daß wir im Falle einer europäischen Verwicklung, wie sie noch nie dagewesen ist, mit der Entsendung einer Armee sehr vorsichtig sein müssen angesichts der ungeheuren Verantwortung, die wir in Indien und andern Teilen des Reiches und in Ländern, die sich unter britischem Schutz befinden, haben, und gegenüber all den damit verbundenen unbekannten Faktoren, bis wir wissen, wie wir in Wahrheit stehen."

Macdonald. Gegen den Krieg sprach Ramsay Macdonald: „Grey hat davon gesprochen, was Englands Ehre erfordere. Aber es gibt keinen Krieg, auch nicht den verbrecherischsten, für den nicht Staatsmänner sich auf die Ehre der Nation berufen hätten. So war es mit dem Krimkrieg, so mit dem Burenkrieg, so ist es jetzt. Was hat es für einen Sinn zu sagen, daß wir Belgien helfen müßten, wenn wir in Wahrheit uns in einen Krieg einlassen, der Europas Karte ändern muß? Grey hat nicht ein Wort von Rußland gesprochen. Wir möchten aber hören, was geschehen wird, wenn die Macht in Europa an Rußland übergeht. Unsere Freundschaft mit Frankreich kann keins der Länder berechtigen, sich um des andern willen in einen Krieg einzulassen. Grey hat ja auch gesagt, daß Frankreich imstande wäre, sich selbst zu verteidigen. Ich weiß, daß wir die Majorität des Hauses gegen uns haben; aber so war es auch beim Burenkrieg. Was auch geschehen mag, so werden wir doch immer sagen, daß England hätte neutral bleiben müssen, weil dies allein mit der Ehre der Nation und den Traditionen der jetzigen Regierungspartei übereingestimmt hätte." Ähnlich sprachen Morell und Posonby. Andere Redner wiesen auf die Not der Armen hin, die der Krieg im Gefolge habe; dann stünde die Revolution vor der Tür. — Eine große Anzahl englischer Universitätsprofessoren erließ einen Protest gegen einen Krieg mit Deutschland, der Führerin in Kunst und Wissenschaft. Ein solcher Krieg für Rußland und Serbien wäre eine Sünde gegen die Zivilisation. Die Neutralitätsliga erließ auch einen Aufruf: „Engländer! Eine kleine, aber mächtige Clique will euch in den Krieg treiben. Ihr müßt diese Verschwörung vernichten oder es wird zu spät sein. Die Kriegspartei sagt: wir müssen in den Krieg, um das Gleichgewicht der Kräfte aufrecht zu erhalten. Aber das Gleichgewicht würde im Gegenteil gestört werden wie nie zuvor." — Am 4. August erklärte England den Krieg an Deutschland; er wurde motiviert mit der Verletzung der belgischen Neutralität.

Thronrede. Am 4. August wandte sich der Deutsche Kaiser in einer Thronrede an den Reichstag: „Fast ein halbes Jahrhundert lang konnten wir auf dem Weg des Friedens verharren. Versuche, Deutschland kriegerische Neigungen anzudichten, haben unseres Volkes Geduld oft auf harte Proben gestellt. In unbeirrbarer Redlichkeit hat Meine Regierung auch unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt . . . Da tat sich mit der Ermordung Meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf . . . An die Seite Österreichs ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht; uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den

Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen ... Die russische Regierung hat sich, dem Drängen eines unersättlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge das Unheil dieses Krieges veranlaßte. Daß auch Frankreich sich auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, konnte uns nicht überraschen ... Die gegenwärtige Lage ist das Ergebnis eines seit Jahren tätigen Übelwollens. Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat ... In aufgedrungener Notwehr ergreifen wir das Schwert ... zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Demütig vor Gott, vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle!"

Bethmann.

Ebenso ernst und frei von jedem Übermut war die Rede Bethmann Hollwegs in der Sitzung des Reichstags: „... Rußland hat die Brandfackel an das Haus gelegt; wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich ... Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze, und Frankreich trifft militärische Vorbereitungen. Und wir? Wir hatten absichtlich bis dahin keinen Reservemann einberufen, dem europäischen Frieden zuliebe. Sollten wir jetzt weiter geduldig warten, bis die Mächte, zwischen denen wir eingekeilt sind, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählten? Dieser Gefahr Deutschland auszusetzen, wäre ein Verbrechen gewesen ... Wir sind jetzt in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot. Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiert. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereitstand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht. Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den Protest der luxemburgischen und belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut ..." — In einer zweiten Sitzung desselben Tages (4. Aug.) wurde ein Kriegskredit von fünf Milliarden bewilligt. Der Sozialist Haase gab dazu im Auftrag seiner Fraktion folgende Erklärung ab: „Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch welche eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hiefür lehnen wir ab. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges, uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei ... Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem

Siege des russischen Despotismus alles auf dem Spiel. Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite."

Notwehr. Bethmanns Rede war etwas ungeschickt und brachte der deutschen Sache unheilbaren Schaden. Die Notwehr ist ein Recht, kein Unrecht, das hätte ihm jeder Jurist und Moralist sagen können, wenn er's nicht wußte.

Frankreich. Am 4. August fand auch eine Kriegssitzung der französischen Kammer statt. Der Ministerpräsident Viviani verlas eine Botschaft des Präsidenten der Republik: „Frankreich ist soeben das Ziel eines brutalen und vorbedachten Angriffes geworden, der eine unerhörte Verletzung des Völkerrechts bedeutet. Bevor uns eine Kriegserklärung überreicht wurde, ist französisches Gebiet verletzt worden. Seit mehr als vierzig Jahren haben die Franzosen in aufrichtiger Friedensliebe den Wunsch nach berechtigter Genugtuung in den Grund ihres Herzens zurückgedrängt. Sie haben der Welt das Beispiel einer großen Nation gegeben, welche durch Willen, Geduld und Arbeit von ihrer Niederlage wieder aufgerichtet, von ihrer erneuten und verjüngten Stärke bloß im Interesse des Fortschrittes und des Wohles der Menschheit Gebrauch machte ... Frankreich hat die äußersten Anstrengungen gemacht, um den Krieg abzuwenden, für den das Deutsche Reich vor der Geschichte die erdrückende Verantwortung zu tragen hat ..." Viviani erläuterte das durch eine Darstellung der Vorgeschichte des Krieges, die alle Schuld auf das Deutsche Reich schob: „... Nicht nur schien Deutschland in keiner Weise bereit, Österreich jene freundschaftlichen Ratschläge zu erteilen, die seine Stellung ihm zu formulieren erlaubte, sondern von dieser Zeit an schien es die ausgleichenden Vorschläge zwischen dem Wiener Kabinett und den anderen Mächten zu vereiteln ... So stießen alle von Großbritannien mit der Zustimmung Rußlands und mit der Unterstützung Frankreichs gemachten Versuche, unter dem moralischen Schutze Europas die Verbindung zwischen Österreich und Serbien (auch nach der Kriegserklärung) wiederherzustellen, in Berlin auf eine ablehnende Voreingenommenheit. Die getrübte Situation ließ das Vorhandensein gewisser Hintergedanken in Berlin als wahrscheinlich erscheinen ... Das deutsche Ultimatum an Rußland vom 31. Juli war um so verletzender, da auf Bitte Englands und mit Wissen Deutschlands die russische Regierung in diesem Augenblick eine Formel annahm, die durch das gleichzeitige Einstellen der militärischen Operationen und Vorbereitungen eine gütliche Beilegung des österreichisch-serbischen Konflikts und der österreichisch-russischen Schwierigkeiten vorbereitete ... Die Sieger von 1870 haben zu verschiedenen Malen den Wunsch gehegt, die Schläge, die sie gegen uns geführt, zu verdoppeln. Um 1875 wurde der Krieg, der das besiegte Frankreich gänzlich vernichten sollte, nur durch die Intervention der beiden uns später befreundeten Mächte verhindert. Seitdem ist es der französischen Republik gelungen, sich vom Joch zu befreien, das Bismarck mitten im Frieden über Europa zu verhängen verstanden hat. Sie hat das europäische Gleichgewicht

wiederhergestellt. Es scheint, als ob das Deutsche Reich heute durch einen gewagten Streich dieses Werk friedlicher Wiederherstellung, Befreiung und Würde vernichten möchte, das um 1904 und 1907 durch die geniale Hilfe König Edwards von England besiegelt wurde ... Deutschland kann uns nichts vorwerfen. Wir haben ein noch nie dagewesenes Opfer für den Frieden gebracht, indem wir ein halbes Jahrhundert schweigend die uns von Deutschland geschlagene Wunde trugen. Wir haben in allen Verhandlungen, welche seit 1904 die kaiserliche Diplomatie systematisch hervorgerufen hat, sei es in Marokko oder anderswo, ebenso 1905, 1906, 1908 und 1911 in weitere Opfer gewilligt. Auch Rußland hat 1908 und 1912 wie jetzt große Mäßigung bewiesen. Niemand kann ernstlich glauben, daß wir die Angreifer sind. Italien, in klarer Erkenntnis des lateinischen Geistes, hat uns erklärt, daß es beabsichtige, die Neutralität zu bewahren ..." — Unter andern Vorlagen wurde eine betreffend die Zulassung von Elsaß-Lothringern in die französische Armee angenommen.

Der Deutsche Kaiser erließ am 6. August zwei Aufrufe an Heer und Flotte, und an das deutsche Volk: „Feinde ringsum! Das ist das Kennzeichen der Lage. Ein schwerer Kampf und große Opfer stehen uns bevor. Gedenkt unserer großen Vergangenheit ... Man verlangt, daß wir mit verschränkten Armen zusehen, wie unsere Feinde sich zu tückischem Überfall rüsten ... Um Sein oder Nichtsein unseres Reiches handelt es sich, das unsere Väter neu sich gründeten, um Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens ... Noch nie ward Deutschland überwunden, wenn es einig war ..." Wilhelm.

In der Sitzung vom 6. August bewilligte das englische Unterhaus einen Kriegskredit von hundert Millionen Pfund Sterling. Premierminister Asquith verteidigte das Eintreten Englands in den Krieg: „Ich bin sicher, das Land wird es glauben, daß wir unser Schwert für eine gerechte Sache ziehen. Wir kämpfen erstens, um eine feierliche internationale Verpflichtung zu erfüllen, zweitens, um in diesen Tagen, wo die rohe Gewalt oft der bestimmende Faktor in der Entwicklung der Menschheit zu sein scheint, das Prinzip zu verfechten, daß die kleinen Nationen nicht dem internationalen Glauben zuwider durch den eigenmächtigen Willen erdrückt werden." — Am selben Tag waren aber drei Mitglieder der Regierung von ihren Ämtern zurückgetreten und hatten damit das Eintreten der Regierung in den Krieg in einer für die ganze Welt deutlichen Weise verurteilt; es waren das der Lordpräsident des Geheimen Rates Viscount Morley, Handelsminister Burns und der parlamentarische Unterstaatssekretär im Unterrichtsamt Trevelyan. John Burns begründete seinen Schritt einige Tage später vor seinen Wählern, indem er ausführte: „Ich sah mich gezwungen, aus einem Kabinett auszutreten, das meiner Ansicht nach, weit entfernt, der Kultur zu dienen, sich in ein Abenteuer begibt, das zur Stärkung unserer natürlichen Feinde und

Rücktritt Morleys usw. Burns.

zur Zerklüftung unserer innern wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse führen muß. Unsere natürlichste Aufgabe wäre strikte Neutralität gewesen, nicht um unserer Volksverwandtschaft mit Deutschland willen, nicht wegen unserer freundschaftlichen Beziehungen mit dem fleißigen deutschen Volk, nein, um unserer selbst willen, die wir mit allen unseren Lebensinteressen an einem friedlichen Europa hängen, und nicht zuletzt darum, weil nur die Neutralität imstand gewesen wäre, unser Land wirtschaftlich zu heben und es in die Lage zu versetzen, aus den Wirrnissen Vorteil zu ziehen ... Englands Größe offenbart sich im Frieden, seine Schwäche im Krieg. Wir werden niemals in der Lage sein, ohne fremde Hilfe irgendwelchen Einfluß in der europäischen und außereuropäischen Politik durchzusetzen; wir sind es auch früher nie gewesen. Was bedeutete die Niederlage Napoleons zur See gegen seine Erfolge auf dem Lande! Er vergalt unsere Feindschaft mit der Kontinentalsperre, die unsern Handel in die tiefsten Abgründe stürzte. Das englische Expeditionskorps bei Waterloo wäre ohne die preußische Hilfe dem Verderben geweiht gewesen. Im Jahr 1870/71 blieben wir neutral, und welche ungeheuren Vorteile hatten wir davon! ... Der Krieg mit Kontinentalstaaten ist für uns ein ganz unmögliches Ding. Die englische Industrie ist auf den Kontinentalexport angewiesen, kann ohne ihn nicht existieren ... Und wie, wenn Englands Truppen mit den Franzosen gemeinsam geschlagen werden, wenn diese Kunde hinausdringt in die Kolonien, die fast nichts mehr gemeinsam haben mit dem Mutterlande, die vielleicht nur auf eine Gelegenheit warten, um abzufallen? ... Deutschlands Industrie ist stark und wird sich auch durch einen verlorenen Krieg nicht schwächen lassen. Ein so kräftiges, seines Wertes vollbewußtes Volk wie das deutsche ist nicht in die Fesseln zu legen, die man ihm schmieden will. Mit beispiellosem Opfermut wird man, wenn wir Deutschlands Flotte zerstörten, eine Flotte doppelt und dreifach so groß wieder errichten; so wie 1808 der Freiherr vom Stein das Volksheer zur Bezwingung seines Unterdrückers Napoleon aus dem Boden stampfte, so wird dieses Volk, durch eine Niederlage zur äußersten Kraftanstrengung aufgerüttelt, nicht eher ruhen, als bis es in einem Vernichtungskampf gegen England siegen wird ... Was erreichen wir durch eine deutsche Niederlage! Frankreich wird, nachdem seinem Racheempfinden gegen Deutschland Genüge geschehen, sich nicht scheuen, mit uns einen harten wirtschaftlichen Kampf aufzunehmen, und wir werden uns vielleicht in einigen Jahren gezwungen sehen, aus denselben Gründen gegen Frankreich vorzugehen, wie jetzt gegen Deutschland.“ Schließlich wies Burns auch noch auf die islamische Gefahr hin.

Am 6. August erfolgte Österreichs Kriegserklärung an Rußland, begründet durch die Bündnispflicht und durch die drohende Haltung Rußlands.

Serbien erklärte am selben Tag den Krieg an Deutschland, Montenegro am folgenden Tag an Österreich.

Das Kriegsmanifest des Zaren vom 2. August besagte: „Hiemit wird allen unsern Untertanen kundgemacht, daß Rußland, mit den slawischen Völkern durch Blut und Glauben verbunden, getreu seinen Überlieferungen, das Schicksal dieser Völker nie gleichgültig verfolgt hat . . . Die brüderlichen Gefühle des russischen Volkes für die Slawen haben sich einmütig kundgetan, als Österreich an Serbien Begehren stellte, die für einen unabhängigen Staat unannehmbar waren . . . Nun hat Deutschland unversehens den Krieg erklärt. Heute handelt es sich also um die Ehre und Stellung Rußlands. Wir sind überzeugt, daß alle unsere getreuen Untertanen die inneren Uneinigkeiten vergessen werden in diesen Stunden der Prüfung . . .“ Durch unwahre Nachrichten über rücksichtslose Behandlung der Zarin-Mutter auf deutschem Boden wurde der Petersburger Mob aufgereizt, am 4. August das neue Gebäude der deutschen Botschaft zu plündern und zu zerstören; auch der zurückgebliebene Hofrat Kattner wurde dabei ermordet. — Der in Rußland lebende Herzog zu Mecklenburg-Strelitz Karl Michael, der derzeitige Thronfolger, erwarb formell die russische Staatsangehörigkeit. Am 7. August gab Rußland ein „Orangebuch“ heraus mit Dokumenten zur Entstehung des Krieges. Der Minister des Äußern Sasonow gab am 8. August in der Duma eine Übersicht über diese Ereignisse; er sagte unter anderem: „Hätte sich Serbien den Bedingungen Österreichs unterworfen, so wäre es dessen Vasall geworden. Ein gleichgültiges Verhalten unserseits hätte die Aufgabe unserer Jahrhunderte alten Rolle als Beschützer der Balkanstaaten bedeutet.“ Während alle übrigen Parteien der Regierung ihr Vertrauen aussprachen, gaben die Sozialisten eine scharfe Erklärung gegen den Krieg ab und verließen vor der Abstimmung über die Finanzvorlagen den Saal. Manifest.

In der ersten Woche des August entwickelten sich Grenzkämpfe und Vorpostengefechte auf allen Fronten, zum Teil noch vor den Kriegserklärungen. Zwei deutsche Kreuzer schossen den Kriegshafen Libau in Brand. Die Russen zerstörten selbst ihren finnischen Hafen Hangoe. Die deutschen Kreuzer Goeben und Breslau beschossen algerische Küstenplätze und entkamen trotz Überwachung durch ein englisches Geschwader aus dem Hafen von Messina in die Dardanellen. Deutsche Truppen besetzten Czenstochau und Kalisch im Osten, österreichische Truppen Kielce. General Emmich nahm am 7. die Festung Lüttich durch Sturm. Die deutsche Regierung ließ am 9. nochmals durch Vermittlung Hollands in Brüssel eine friedliche Lösung anbieten, die aber wieder abgelehnt wurde. Am 10. wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich abgebrochen. Am 11. trat der Kriegszustand zwischen Montenegro und dem Deutschen Reich ein, nachdem der kleine Staat bereits am 7. Österreich den Krieg erklärt hatte. Am 13. erklärten Frankreich und England den Krieg an Österreich. Am 14. nahmen österreichische Truppen Schabatz ein. Am 16. ging der österreichische Kreuzer Zenta unter im Kampf mit der französischen Flotte in der Adria. In den deutschen Kolonien und an der russischen Grenze wurde hart gefochten. Die russische Übermacht wurde so groß, daß nach glänzenden Erfolgen der Österreicher diese ihre Offensive in Serbien aufgeben mußten, um Truppen für den Kampf mit Rußland frei zu bekommen. Kämpfe.

Eine neue Überraschung war am 17. August die Überreichung eines
Japan. japanischen Ultimatums an Deutschland durch den japanischen Geschäftsträger in Berlin. Japan forderte die sofortige Zurückziehung der deutschen Kriegsschiffe aus den ostasiatischen Gewässern oder Abrüstung dieser Schiffe. Ferner bis zum 15. September die bedingungslose Übergabe des gesamten Pachtgebietes von Kiautschou an Japan und die unbedingte Annahme dieser Forderungen bis zum 23. August. Noch am 28. Juli hatte Japan offiziös strengste Neutralität in Aussicht gestellt. Am 8. August ließ aber die Regierung erklären, daß sie mit Rücksicht auf das englische Bündnis keine Neutralitätskundgebung erlasse; ihre Haltung werde von den Ereignissen abhängen. Das Ultimatum war in einem empörend übermütigen Stil abgefaßt. Es hieß, daß Japan für seine Hilfeleistung von England eine große Anleihe und freie Einwanderung in die britischen Kolonien zugestanden erhielt, von Rußland Zustimmung zur Verlängerung der Pachtung von Liautung (mit Port Arthur) um neunundneunzig Jahre, von Frankreich Herabsetzung der Anleihezinsen von sechs auf vier Prozent. Die deutsche Regierung erklärte, auf die Forderungen Japans keinerlei Antwort zu geben, sondern die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Auch Österreich erklärte am 25. August bundesgemäß den Krieg an Japan, am 27. den an Belgien.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte am 21. August Aktenstücke zum Kriegsausbruch, aus denen hervorging, daß Deutschland bereit war, Belgien zu schonen, falls England neutral blieb und die Neutralität Frankreichs gewährleistete.

Im Westen entbrannten schwere Kämpfe vom Elsaß bis Belgien. Der bayerische Kronprinz Rupprecht schlug zwischen Metz und den Vogesen
Brüssel. am 20. August acht französische Armeekorps. Die Deutschen rückten nach einem siegreichen Gefecht am selben Tag in Brüssel ein. Die Österreicher hatten am 22. einen Erfolg bei Tomaczow. Die Deutschen zogen am 23. in Luneville ein und schlugen eine englische Kavalleriebrigade vor Maubeuge. Die österreichische Armee Dankl warf am 23. bis 25. die Russen bei Krasnik auf Lublin zurück. Am 24. war Namur in deutschen Händen. Am 26. entbrannte die erste Schlacht bei Lemberg; Kluck warf die englische Armee bei Maubeuge zurück. Longwy wurde genommen, das Oberelsaß fast ganz von den eingedrungenen Franzosen geräumt. Nun folgte vom 26. bis 29. August die große Schlacht bei Tannenberg (Gildenburg, Neidenburg, Ortelsburg), in der Hindenburg fünf Armeekorps und drei Kavalleriedivisionen der Russen schlug, über neunzigtausend Gefangene und das gesamte Artilleriematerial erbeutete. Trotz siegreicher Kämpfe Auffenbergs und Dankls bei Zamosc und Komarow mußten die Österreicher Ostgalizien räumen

(28. Aug.), dann auch Czernowitz (30. Aug.). Indes schlug Kluck neuerlich die Engländer bei Maubeuge, Bülow und Hausen die Franzosen und Belgier zwischen Sambre und Maas (27. Aug.). Ein Seegefecht bei Helgoland 28. August brachte sowohl den Deutschen wie den Engländern Verluste und Beschädigungen. Die Maas wurde überschritten. Am 30. siegte Kluck bei Combles, Bülow bei St. Quentin, Hausen bei Rethel, der Herzog von Württemberg und der deutsche Kronprinz an der Maas; am 31. fiel die Festung Givet.

Die österreichischen Polen schlossen sich am 15. August zu einem „Nationalen Zentralkomitee“ zusammen und umschrieben in einem Aufruf die nationale Pflicht der Polen Galiziens und ihre Pflichten gegen Österreich. Sie sprachen die Hoffnung aus, daß die nationale Unabhängigkeit, deren Unterpfand sie schon unter dem Zepter Habsburgs besaßen, auch ein Anteil anderer polnischer, bisher in furchtbarer russischer Bedrückung niedergedrückter Länder werde. Am 17. August erließ das polnische Nationalkomitee einen Aufruf zur Errichtung polnischer Legionen: „Der edle Herrscher dieses Reiches, unter dessen gerechter Regierung es einem Teil unserer Nation gegönnt war, ein halbes Jahrhundert lang die polnische nationale Kraft zu entwickeln, hat seine Armee zur Verteidigung der höchsten kulturellen Ideale in den Krieg entsandt. In einem solchen Augenblick muß die Nation beweisen, daß sie lebt und leben will, daß sie befähigt ist, den ihr von Gott gewiesenen Platz zu behaupten und vor dem Feinde zu verteidigen.“ Auch die ungarländischen Rumänen riefen zur Treue gegen die habsburgische Monarchie auf (17. Aug.). Die Kriegserklärung gegen Belgien (27. Aug.) wurde auch durch die unmenschliche Behandlung österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger motiviert. Polen.

Mitte August bildete sich in England ein Neutralitätskomitee, geleitet vom Lordmayor von Manchester, den Bischöfen von Lincoln und Hereford und vielen Politikern und Gelehrten hohen Rufs. Ein Aufruf des Komitees wies darauf hin, daß der Sieg der Koalition über Deutschland und Österreich Rußland zum Herrn Europas und Asiens machen würde. Deutschland aber sei ein hochkultiviertes Land, das in hohem Grade zur Entwicklung Europas beigetragen habe und dessen moralische Begriffe und materielle Entwicklung rühmenswert seien im Vergleich zu Rußland. Keine britischen Interessen zwängen England, gegen Deutschland einzugreifen.

Eine Kabinettsorder vom 20. August setzte die Ausnahmen fest, mit denen die englische Regierung die von ihr nicht ratifizierte Londoner Seekriegsrechtsdeklaration von 1909 während des Krieges für sich als maßgebend betrachten wollte. Diese Ausnahmen hatten den Zweck, Mitteleuropa auszuhungern und aller Rohstoffe zu berauben.

Sehr bedeutsam war die Kritik, die A. Posonby am 22. August in der Zeitschrift „The Nation“ über Greys Politik gab: „Wenn wir, die wir glauben, daß sehr schwere Fehler begangen wurden, noch weiter schweigen würden, werden diese Fehler nie festgestellt werden und es bestehen keine Hoffnungen auf ihre künftige Aufklärung. Hat unsere Regierung erklärt, daß wir ohne Verbindlichkeiten seien, während doch ge- Posonby.

meinsame Kriegspläne mit Frankreich ausgearbeitet wurden? Ja. — Würden wir Frankreich den Krieg erklärt haben, wenn es in Belgien eingerückt wäre? Nein. — Würde die Haltung Deutschlands nicht erheblich anders gewesen sein, wenn wir von Anfang an unsre Absichten klar und offen dargelegt hätten? Ja. — Bezog sich Deutschlands Hauptbefürchtung nicht in erster Linie auf einen russischen Einfall? Ja. — Bedeutet unsere Unterstützung Rußlands nicht eine Stärkung der russischen Autokratie und des Militarismus? Ja. — Besteht in Anbetracht der hoffnungslosen strategischen Position Deutschlands auch nur eine Spur einer begründeten Annahme dazu, daß der Krieg das Ergebnis einer deutschen Verschwörung gegen England ist? Nein. — Ist es möglich oder wünschenswert, daß das Deutsche Reich zerrüttet und seine natürliche Ausdehnungsmöglichkeit für immer gehemmt werde? Nein. — Ist es wahrscheinlich, daß die Wegnahme aller deutschen Kolonien aus Deutschland einen passiven und unterwürfigen Staat machen wird? Nein..." Ein Gesinnungsgenosse Posonbys, der Philosoph B. Russell, behauptete in einem offenen Brief an die „Nation", daß Greys eigene Enthüllungen beweisen, daß es Deutschland nichts geholfen hätte, wenn es in allen Punkten auf seine Forderungen eingegangen wäre.

Jedem Einsichtigen mußte es klar sein, daß die Mittelmächte gar kein Interesse am Krieg hatten, sondern nur den Frieden wollten; sie wollten nichts erobern, nur erhalten. Dagegen wollte Serbien die südslawischen Gebiete Österreichs, Rußland wollte über Österreich nach Konstantinopel, Frankreich wollte Elsaß, England die deutsche Flotte und die Kolonien, Italien die irredenten Gebiete, Japan Tsingtau usw. Es war ein allgemeiner Raubzug der Außenmächte.

In der amerikanischen Wochenschrift „The Nation" erschien ein Brief des Londoner Korrespondenten Towse vom 11. August, worin er die fieberhaften militärischen Vorbereitungen seit 1. August schildert. „Die Hälfte der Schaffner ist verschwunden, Post- und Telegraphenbeamte sind eingezogen, ebenso eine große Anzahl von Polizeibeamten. Die Schnelligkeit, Heimlichkeit und Ordnung war außergewöhnlich. Es wird bekannt, daß die Vorbereitungen zum Krieg bereits vor drei Monaten begannen. Lord Kitchener sei schon vor einigen Wochen heimlich nach Belgien gegangen, um mit dem belgischen Generalstab die Vorbereitungen und Dispositionen für unser Expeditionskorps zu treffen. Vor einer Woche befand sich ein großer Teil dieses Korps bereits in Dover. Am 4. August standen bereits hunderttausend britische Soldaten in Belgien. Die Mobilisation der Flotte erfolgte bereits vor Wochen unter dem Vorwand einer Parade; sie war bereits aktionsfertig und wurde nach den strategischen Plänen der Admiralität disponiert, noch ehe Asquith seinem Ultimatum an Deutschland die Kriegserklärung folgen ließ."

Macdonald. Auch der Arbeiterführer Ramsay Macdonald griff am 30. August im „Labour Leader" Greys Politik an: „Schon seit acht Jahren muß Greys Politik als ein Unglück für unser Land und eine Gefahr für den

europäischen Frieden gelten. Er hatte sich die Hände durch seine Bündnispolitik soweit gebunden, daß er jeden Neutralitätsvorschlag Deutschlands rundweg von der Hand wies. Hätte er uns die Unterredung mit dem deutschen Botschafter mitgeteilt, hätte seine Rede unmöglich eine kriegslustige Stimmung entfachen können. Er hat uns nicht die ganze Wahrheit gesagt." Am selben Tag erschien ein Aufruf der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands: „Es ist ebenso unrichtig zu sagen, daß die englische Politik völlig weiß und und die deutsche völlig schwarz gewesen ist, wie umgekehrt. Selbst wenn jedes Wort im englischen Weißbuch wahr ist, fehlt doch die weitere Beweisführung. Grey hat viele Jahre vorher den Abgrund gegraben. Nicht die serbische Frage und die belgische haben England in diesen tödlichen Kampf hineingezogen. Es handelte sich weder um unterdrückte Nationalitäten noch um Belgiens Neutralität. Selbst wenn Deutschland Belgiens Neutralität nicht verletzt hätte, wären wir in den Krieg hineingezogen worden. Wer glaubt denn, daß wir, sobald Frankreich in Belgien eingefallen wäre, um Deutschland zu bekämpfen, gegen Frankreich Feindseligkeiten begonnen hätten? Hinter dem Rücken des Parlaments und des Volkes hat der Minister sich heimlich mit Frankreich abgesprochen und hat das geleugnet, als man ihn danach fragte. Darum steht nun England vor dem roten Verderben und der Verarmung, die der Krieg bringt. Verträge haben das republikanische Frankreich an das tyrannische Rußland gekettet und England an Frankreich. Die Aufklärung darüber wird nicht ausbleiben."

Der Rücktritt des französischen Kriegsministers Messimy erfolgte am 25. August, sei es wegen der im Heerwesen aufgedeckten Mißstände, sei es, weil Messimy den Generalissimus Joffre für den unnützen Einmarsch in Belgien verantwortlich machte. Sein Nachfolger war Millerand; er erließ am 29. August einen phrasenhaften, siegessicheren Aufruf an die Bevölkerung.

Italiens Haltung war zweifelhaft. Auf ein Telegramm des Kaisers Franz Josef vom 1. August, das ein Fühler sein sollte, erwiderte Viktor Emanuel am folgenden Tag: „Ich brauche Eurer Majestät nicht zu versichern, daß Italien gegenüber seinen Verbündeten eine herzlich freundschaftliche Haltung bewahren wird, entsprechend dem Dreibundvertrage, seinen aufrichtigen Gefühlen und den großen Interessen, die es wahren muß." Zugleich zog aber Italien seine Truppen von der französischen Grenze zurück und machte damit einen Teil der französischen Streitkräfte gegen Deutschland frei. Ein Ministerratsbeschluß vom 1. August abends hatte bereits festgestellt, daß der Bündnisfall nicht gegeben sei, deshalb werde man im europäischen Konflikt Neutralität beobachten, „unter dem Vorbehalt, später den Wünschen der Verbündeten mehr entsprechende Entscheidungen zu treffen, wenn dies Italiens Pflicht sein wird oder wenn Italien.

es die italienischen Interessen gebieten werden". Das geschah offenbar infolge des Wiener Telegramms. Auf eine weitere Anfrage des österreichischen Generalstabchefs antwortete der italienische am 3. August: „Wenn Österreich den Lovcen nicht besetzt und das Gleichgewicht in der Adria nicht stört, wird Italien niemals gegen Österreich vorgehen." Die „Tribuna" begründete am 4. die Neutralitätserklärung folgendermaßen: „Der Geist des Dreibundvertrags verbietet den Vertragsteilen jede eigenmächtige Sonderaktion. Das gleiche Verbot geht für Österreich und Italien aus ihrem Balkanübereinkommen hervor. Der Dreibundvertrag tritt nur im Fall eines Defensivkrieges in Kraft. Österreich hat seine Aktion gegen Serbien eingeleitet, ohne Italien zu verständigen. Von allen weiteren Beschlüssen und Maßnahmen seiner Verbündeten wurde Italien so spät und plötzlich in Kenntnis gesetzt, daß es für die Sicherung und Versorgung seiner Truppen in Benadir, Erythräa, Tripolis und der Cyrenaika nicht die geringste Vorsorge treffen konnte. Italien wird also an einem Krieg vorläufig nicht teilnehmen, es behält sich aber vor, zur Wahrung seiner Interessen Mittel und Wege zu erwägen, um seinen Verbündeten freundschaftlich nützen zu können."

Der Führer der revolutionären Demokratie Professor Labriola bezeichzeichnete die Lage im „Messaggero" vom 1. August also: „Italien darf allerdings kein Vordringen Österreichs über Cattaro hinaus dulden, aber ebensowenig ein Vordringen Serbiens und des Slawentums an der Adriaküste, und vor allem nicht, daß Griechenland als verkappter Genosse Frankreichs die Meerenge von Otranto sperre." — Wenigstens verbot die Regierung die Teilnahme an dem zur Unterstützung Frankreichs geschaffenen „Garibaldikorps" bei Strafe des Verlustes der Staatsbürgerschaft (25. Aug.).

Pius X. †. Papst Pius X. starb am 20. August im achtzigsten Jahr, ein echter Volkspapst, aus dem Volk hervorgegangen, „ein Eiferer für das Haus des Herrn; er war wie ein glühendes Feuer, das sich verzehrte im Dienst Gottes und der Menschheit. Unentwegt trat er ein für die ewige Wahrheit und verlangte entschieden ihre Befolgung im öffentlichen und privaten Leben. Wegen seiner eisernen Konsequenz stieß er auf mannigfachen Widerstand. Der Kelch des Leidens ist ihm nicht erspart geblieben. Er hatte ein tiefes Gemüt und litt unsäglich unter den Heimsuchungen der Kirche. Wie sehr litt dieser milde, gütige Papst unter den Kriegen, die während seiner Herrschaft geführt wurden! Wie muß ihm der Ausbruch des europäischen Krieges erschüttert haben!" So die „Germania"; die protestantische „Kreuzzeitung" schrieb: „Pius X. wollte ein religiöser, kein politischer Papst sein. Es ist aber bekannt, wie er in diesem religiösen Eifer zu Maßnahmen kam, die ihn nicht nur in Konflikt mit den Regierungen katholischer und paritätischer Staaten brachten, sondern schließlich noch die Einigkeit innerhalb des Katholizismus gefährdeten. Auch wir haben vor allem gegen die

Borromäus-Enzyklika Stellung nehmen müssen, geben aber gern der Überzeugung Ausdruck, daß nur Glaubenseifer und die Überzeugung, im Besitz der ausschließlichen Wahrheit zu sein, Pius X. zu Schritten und Wendungen getrieben haben, gegen die wir uns zur Wehr setzen mußten." Das durfte der verstorbene Papst leichter ertragen haben als den Widerstand, den er in einflußreichen katholischen Kreisen fand. Leider hat dieser Widerstand aus dem Katholizismus heraus die moralische Macht des Papsttums mehr beeinträchtigt als alles andere, so daß denn auch leider die Bemühungen des am 3. September neugewählten Papstes **Benedikt XV.** (Giacomo della Chiesa) für den Weltfrieden unmöglich den vollen Erfolg haben konnten, der ihnen sonst gebührte. **Benedikt XV.** war 1854 geboren, er galt als hervorragender Gelehrter und Diplomat. Ich bewahre verehrungsvoll zwei Schreiben des Papstes **Pius X.** und ich wüßte keinen Menschen zu nennen, dem ich, auch ganz abgesehen von der hohen Würde, geistig mich näher gefühlt hätte als diesem rührenden, tiefen, vielverkannten Helden des Geistes. Benedikt XV.

Um die **polnische** Nation warben Österreich und Rußland im Wetteifer. Das Oberkommando der österreichisch-ungarischen Truppen ließ schon am 9. August beim Einmarsch in Russisch-Polen einen Aufruf verbreiten, in dem es hieß: „Hiemit bringen wir auch den Polen die Befreiung vom moskowitischen Joch. Unsere Fahnen bringen euch Gerechtigkeit. Sie sind euch nicht fremd. Millionen des polnischen Volkes sind seit nahezu anderthalb Jahrhunderten im Verbande der Donaumonarchie sowie des Deutschen Reiches zu hervorragender kultureller Entwicklung gelangt, und schon seit den Zeiten des Königs Sobieski sind die ruhmreichen Traditionen Polens aufs innigste mit seinen westlichen Nachbarstaaten verknüpft. Die Schranken zu sprengen, die euern Verkehr mit der westlichen Kultur behindern, ist eine wichtige Aufgabe, die uns aus diesem Feldzug erwächst. Nicht wir haben diesen Krieg gesucht. Nach einer langen Reihe von Verleumdungen und Angriffen hat Rußland offen für die Verdeckung der Spuren eines fluchwürdigen **Verbrechens** Partei genommen und den Anlaß benützt, um über die Monarchie und das verbündete Deutsche Reich herzufallen ..." — Aber auch der Großfürst **Nikolai** Nikolajewitsch, der russische Generalissimus, richtete Mitte August folgenden Aufruf an die Polen: „Polen! Die Stunde hat geschlagen, welche die Verwirklichung des heiligen Traumes eurer Väter und Großväter bringen kann. Der lebende Leib Polens ist vor anderthalb Jahrhunderten in Stücke gerissen worden, doch die Seele dieses Landes ist nicht tot. Sie lebt weiter, erhalten durch die Hoffnung, daß für das polnische Volk eine Stunde der Auferstehung und der brüderlichen Versöhnung mit dem großen Rußland kommen wird. Das russische Heer wird die zwischen den polnischen Stämmen gezogenen Grenzen verwischen und sie vereinigen unter dem Zepter des Zaren. Polen wird so neugeboren werden, frei in Religion und Sprache." (Dieser Aufruf wurde im September widerrufen, da polnische Schützen auf Seite Österreichs kämpften.) — Gleichzeitig erließ der Zar einen Aufruf „An Meine lieben Juden", worin er ihnen bürgerliche Gleichstellung und Zulassung zu den Offiziersstellen verhieß. — Der Kommissär der polnischen Freiwilligen- Polen.

legionen in Kjelze Michael Sokolniki erließ Ende August im Namen des Oberkommandos dieser Legionen einen Aufruf zum Eintritt und zur Teilnahme am national-polnischen Wirken. Er verbot alle russischen Aufschriften und Schilder, befahl, nur polnische Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden zu hissen und Verräter und Spione anzuzeigen.

September.

Die Kriegsereignisse erreichten im September einen höchsten Gipfel, so daß der Friede bereits nahe schien. Denn der siegreiche Vormarsch der Deutschen in Frankreich veranlaßte die französische Regierung schon am 3. September nach Bordeaux zu übersiedeln, und am Tage darauf verbanden sich die Mächte der Koalition zu der Londoner Erklärung, worin sie sich gegenseitig verpflichteten, keinen Sonderfrieden abzuschließen. So nahe schien ihnen diese Gefahr. Sämtliche Sperrfestungen im nördlichen Frankreich waren (außer Maubeuge) am 2. September in deutschen Händen. Die Kavallerie der Armee Kluck streifte bis vor Paris. Die Armeen Bülow, Hausen und Herzog von Wüttemberg überschritten die Aisne-Linie. Die Vorhuten erreichten die Marne. Am 4. wurde Reims besetzt, Termonde von den Belgiern geräumt. Am 6. begann nun jene entscheidende Schlacht an der Marne, die dem Kriegsglück des deutschen Heeres in den Weg trat. Während am 7. die Festung Maubeuge mit 40.000 Gefangenen und 400 Geschützen fiel, am 8. die Forts von Verdun beschossen wurden, mußten sich die deutschen Armeen am 8. bis 10., von überlegenen feindlichen Kräften in der Linie Meaux—Montmirail—Vitry-le-François angegriffen, von der Marne wieder zur Aisne zurückziehen. Wir wissen heute, daß dieser unerwartete Rückschlag eigentlich den Krieg entschied; denn er konnte nicht mehr gutgemacht werden. Ein voller deutscher Sieg war von diesem Augenblick an ausgeschlossen. Es erfolgte ein langwieriger Stellungskrieg, in dem beide Teile nicht wesentlich vorwärts kamen. Reims wurde am 10. September wieder geräumt.

Londoner Erklärung.

Maubeuge.

Während dieser Zeit mußte auch die Armee Auffenberg ihren siegreichen Vormarsch in Russisch-Polen abbrechen und zur Unterstützung der schwer bedrängten Armeen in Galizien eine Stellung auf der Linie Rawaruska—Wereszyca einnehmen (1. bis 5. Sept.). Lemberg wurde am 2. von der Armee Brudermann geräumt. Es entbrannte vom 8. bis 10. September die zweite Schlacht bei Lemberg in der Wereszyca-Niederung mit siegreichem, aber nicht entscheidendem Erfolg.

Hindenburg.

Ein Lichtblick war der Sieg Hindenburgs an den Masurischen Seen (Wehlau—Nordenburg—Angerburg) über die russische Armee, die er über die Grenze zurückwarf (9. bis 11. Sept.). Nachdem die Armee Dankl hinter dem Tanew zurückgenommen wurde (9. Sept.), schlugen die

Österreicher die Russen bei Lyck, wichen aber angesichts der ungeheuren Überzahl der Russen hinter den San zurück (11. Sept.). In den folgenden Tagen zogen sich die Österreicher auch an den unteren Dunajec und die Biala sowie hinter den Karpathenkamm zurück.

Zu Anfang des Septembers bombardierte die französische Mittelmeerflotte Cattaro. Deutsche Tauchboote machten sich bereits erfolgreich bemerkbar, so bei der Versenkung des englischen Kreuzers „Pathfinder" an der englischen Ostküste (5. Sept.). Der Kreuzer „Emden" erschien am 10. September im Golf von Bengalen. Auch sonst lebte ein kleiner Seekrieg auf. Emden.

Mit den Serben blieb man immer in Fühlung. Die über die Save nach Syrmien und ins Banat eingebrochenen serbischen Kräfte wurden am 14. September zurückgeworfen.

In der zweiten Hälfte des Monats tobten die Kämpfe im Westen um Noyon, Reims, Verdun, an der Côte Lorraine, im Waldgebirge der Argonnen, bei Varennes, St.-Mihiel, Bapaume ohne entscheidende Ergebnisse. Österreichische Kriegsschiffe beschossen Antivari. Die französische Flotte suchte vergebens gegen Cattaro vorzustoßen. Am 24. September begann die Belagerung der galizischen Festung Przemysl durch die Russen unter Radko Dimitrieff. Eine russische Truppenabteilung drang am 26. beim Uzsoker Karpathen-Paß in Oberungarn ein. Am 28. begann die Beschießung der Festung Ossowiec. Zu dieser Zeit begann auch die Beschießung der Forts von Antwerpen. Die Deutschen zogen am 28. in Mecheln ein und hatten am 30. bereits zwei Forts des äußeren Gürtels von Antwerpen zerstört.

Die Japaner landeten in der Bucht von Laoschan, nördlich von Kiautschou am 18. und begannen am 28. die deutschen Stellungen bei Tsingtau anzugreifen. Die deutschen Kolonien gingen allmählich verloren, so Neuguinea am 11., Schuckmannsburg am Sambesi am 21., Duala (Kamerun) am 27. Eine große Tat war die Versenkung von drei englischen Panzerkreuzern „Abukir", „Hogue" und „Cressy" durch das Unterseeboot 9 des Kapitäns Weddigen bei Hoek van Holland am 22. September. Zur selben Zeit beschoß der Kreuzer „Emden" Madras, die Kreuzer „Scharnhorst" und „Gneisenau" erschienen vor Papeete auf Tahiti. Tsingtau.

Der deutsche Reichskanzler suchte durch eine Mitteilung vom 2. September an die Vertreter der amerikanischen Presse in Berlin Aufklärung zu geben über den Zusammenhang der Ereignisse. Er klagte England an, Japan und die Neger in Afrika gegen die Deutschen in den Kolonien aufzuhetzen und nachdem es den Nachrichtendienst Deutschlands in der ganzen Welt unterbunden habe, einen Feldzug der Lüge zu eröffnen, so besonders über die Zustände in Belgien. — Am selben Tag ließen sechzig hervorragende deutsche Katholiken den zur Papstwahl in Rom versammelten Kardinälen ein Memorandum vorlegen über die Verhältnisse in Deutschland, da man sonst vom Weltverkehr ganz abgeschnitten sei. „Die Telegraphenagenturen befinden sich in den Händen der Gegner und verbreiten stündlich Unwahrheiten." — Es war ein eigentümliches Verhängnis, daß der Führer der deutschen Sozialdemokratie, der Abgeordnete Ludw. Frank, am 3. September als Kriegsfreiwilliger bei Luneville fiel. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ergänzte am 6. September die Mitteilungen über den deutsch-englischen Meinungs- Frank.

austausch vor dem Krieg. — Viele deutsche Gelehrte verzichteten in einer scharfen Erklärung vom 7. September auf die Auszeichnungen, die ihnen von englischen Universitäten, Akademien und gelehrten Gesellschaften verliehen worden waren. Man hat aber nicht, wie das gehässigerweise vom Ausland geschehen ist, auswärtige Mitglieder gelehrter und künstlerischer Anstalten gestrichen.

Kaiser Wilhelm beklagte sich in einem Telegramm vom 7. September an Präsident Wilson über den Gebrauch von Dumdum-Geschossen in Frankreich und über andere Erscheinungen, die das deutsche Heer zu Repressivmaßregeln zwangen.

Wetterlé. Der landesverräterische elsässische Abgeordnete Wetterlé, der in Frankreich mit Beschimpfungen und Verleumdungen gegen Deutschland zu wirken suchte, wurde als seiner Mandate verlustig betrachtet (9. Sept.).

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlichte am 9. September im „Vorwärts" eine Erklärung gegen das deutschfeindliche Vorgehen des Internationalen Sozialistischen Büros. Dieses Büro hatte nämlich ohne Vorwissen der deutschen Sozialdemokratie einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen, der die Vorgänge, die zum Kriege führten, ganz im Sinn der französischen Regierung darstellte und von den Greueltaten der Deutschen in Belgien sprach. Dem gegenüber erklärte der Protest: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat stets alle Greueltaten verurteilt, wo sie auch vorkamen. Wir fühlen uns aber verpflichtet, festzustellen, daß die deutschen Soldaten, die zu Millionen durch die Schule der Partei und Gewerkschaft gegangen sind, keine Barbaren sind und an Bildung des Geistes und Herzens hinter den Soldaten keines Volkes der Welt zurückstehen . . ."

Über diese Dinge wurde in allen Staaten debattiert. In einer großen Versammlung in der Londoner Guildhall 5. September sprachen Asquith, Bonar Law, Balfour, Churchill, um Begeisterung für den Krieg zu wecken. Asquith erklärte, England werde zehn, auch zwanzig Jahre hindurch den Krieg führen, der nur mit dem Sieg über den deutschen Militarismus

Lloyd George. enden dürfe. Der Schatzkanzler Lloyd George sagte am 9. September vor einer Abordnung von englischen Städtevertretern: „Meiner Ansicht nach werden die letzten hundert Millionen diesen Krieg gewinnen. Die ersten hundert Millionen Pfund können unsere Feinde genau so aufbringen wie wir, aber die letzten Gott sei Dank nicht, deshalb glaube ich, daß das Geld eine größere Rolle spielen wird, als wir jetzt denken . . . Wir haben schon früher mit silbernen Kugeln gesiegt, wir gaben Europa Geld in dem größten Krieg, der bisher geführt wurde, und dieser Krieg wurde gewonnen. Natürlich haben englische Hartnäckigkeit auch mitgezählt, aber auch englisches Geld. Wenn die andern erschöpft sind, dann holen wir erst zum zweitenmal Atem, und dann zum dritten- und viertenmal, und wir werden unser Letztes hingeben, ehe wir geschlagen sind. Die Meere gehören uns weiter und wir werden nicht nur unsern eigenen Handel behalten, sondern auch einen großen Teil des feindlichen Handels hinzugewinnen." — Aber der wegen des Krieges aus dem Kabinett ausge-

schiedene Unterstaatssekretär Trevelyan sagte in einem Brief an seine Wähler (11. Sept.): „Wir wissen jetzt, was wir immer ahnten, daß unsere Entente die Pflichten der Feindschaft gegen Deutschland in sich schloß. Wir machen Krieg, damit Frankreich nicht erdrückt werde; aber ebensowenig wünsche ich im Interesse der Zivilisation, Deutschland erdrückt zu sehen. Sollen wir uns freuen, wenn Rußland aus diesem Krieg siegreich hervorgeht? Ich mißbillige auch die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland, aber wenn das Frankreich getan hätte, so hätten wir es geduldet. Nach meiner Ansicht hätten wir in diesem Streit keine Partei ergreifen sollen, außer für das überwältigende Interesse unserer eigenen Nation: und dieses Interesse ist der Friede." — Am selben Tag sagte Lord Curzon in einer Rede zu Glasgow, er hoffe es zu erleben, daß die Lanzen bengalischer Reiter auf den Straßen Berlins funkeln und dunkelhäutige Gurkhas es sich in den Potsdamer Parks bequem machen werden. Trevelyan.

Gegen Asquiths Guildhallrede ließ der deutsche Reichskanzler dem Nachrichtenbüro der nordischen Presse in Kopenhagen mitteilen (13. Sept.): „Der englische Premierminister hat für England die Beschützerrolle der kleineren und schwächeren Staaten in Anspruch genommen. Es ist richtig, wir haben Belgiens Neutralität verletzt, weil die bittere Not uns dazu zwang. Aber wir hatten volle Schadloshaltung zugesagt; dann wäre Belgien ebensowenig etwas geschehen wie Luxemburg. Hätte England Belgien unendliches Leid ersparen wollen, dann hätte es ihm raten müssen, unser Anerbieten anzunehmen. Geschützt hat es Belgien nicht. Wir wissen genau, daß der französische Kriegsplan einen Durchmarsch durch Belgien zum Angriff auf die Rheinlande vorsah ... Asquith will glauben machen, daß der Kampf Englands gegen uns ein Kampf der Freiheit gegen die Gewalt sei. An diese Ausdrucksweise ist die Welt gewöhnt. Im Namen der Freiheit hat England mit Gewalt und einer Politik des rücksichtslosesten Egoismus sein gewaltiges Kolonialreich begründet. Im Namen der Freiheit hat es die Selbständigkeit der Burenrepubliken vernichtet. Im Namen der Freiheit behandelt es jetzt Ägypten, unter Verletzung internationaler Verträge und eines feierlich gegebenen Versprechens, als englische Kolonie. Im Namen der Freiheit verliert einer der malayischen Schutzstaaten nach dem andern seine Selbständigkeit zugunsten Englands ... Seit England sich mit Rußland und Japan gegen Deutschland verband, hat es die Zivilisation verraten und die Sache der Freiheit der Völker und Staaten dem deutschen Schwert zur Wahrung übertragen." England.

Als Antwort auf die englischen Maßregeln, die, gegen alle sonstigen internationalen Gepflogenheiten, Verpflichtungen englischer Schuldner aus dem Handel mit Deutschland einfach außer Kraft setzten, erließ eine Bundesratsverordnung am 30. September auch ein Zahlungsverbot gegen England. Das Deutsche Reich hat allein von allen kriegführenden Staaten nicht zum Moratorium gegriffen. So gesund stand dessen Volkswirtschaft.

Eine amtliche österreichische Erklärung vom 19. September dementierte die englischen Nachrichten von der Meuterei böhmischer Regimenter. Das wurde auch von dem in Wien erscheinenden tschechischen Blatt „Hlas" be- Meutereien.

stätigt (24. Sept.): „Die Treue der tschechischen Regimenter hat sich glänzend bewährt. Die Völker Österreichs wissen, was die Habsburgische Monarchie ist, sie wissen, welches traurige Leben die slawischen Stämme Rußlands führen.“ Später ließen sich allerdings gewisse Meutereien nicht ableugnen.

Indien. Nach einer Mitteilung des Vizekönigs von Indien boten sämtliche siebenhundert einheimische Fürsten einhellig ihre eigenen Dienste und alle verfügbaren Mittel ihrer Staaten für den Krieg an. Dafür sprach König Georg seine überschwengliche Dankbarkeit aus. Die Thronrede bei der Vertagung des englischen Parlaments, 18. September, versicherte, die Regierung habe jede mögliche Anstrengung gemacht, um den Weltfrieden zu erhalten. Dazu bemerkte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 19.: „Wenn die englische Regierung jede mögliche Anstrengung zur Erhaltung des Weltfriedens gemacht hätte, so würde er eben erhalten geblieben sein. Wir wissen heute aus unwiderleglichen Zeugnissen, zuletzt aus dem am 30. Juli vom belgischen Gesandten in Petersburg an seine Regierung erstatteten Berichte, daß Rußland nur losschlug, weil ihm die positive Zusicherung der englischen Regierung, sie werde am Kriege gegen Deutschland teilnehmen, vorlag. Nicht absichtlich, sondern mit Bedauern und dem Gebote der Selbsterhaltung folgend, sah Deutschland sich zum Betreten des belgischen Gebietes gezwungen, als der Krieg, den England hätte verhindern können, unvermeidlich geworden war. Wieso die Lebensinteressen des britischen Reiches England zum Kriege zwangen, ist unerfindlich. Es hieß stets, Englands größtes Interesse sei der Friede.“ — Die britisch-deutsche Freundschaftsgesellschaft löste sich auf. — Der regierungsfreundliche Irenführer Redmond erließ am 18. September einen Aufruf zur Bildung einer irischen Brigade, damit „Irland im historischen Streit für die heiligen Rechte der kleinen Völker“ mit den andern Reichsteilen in gleicher Weise vertreten sei. Der Aufruf hatte aber keinen großen Erfolg. — Der „Daily Telegraph“ schrieb am 28. September: „Churchill sagte kürzlich, wenn die deutsche Flotte nicht herauskäme, um zu kämpfen, würde sie wie die Ratte aus dem Loch gegraben werden. Leider wird nun das Loch durch Küstengeschütze, Seeminen, Zerstörer und Unterseeboote verteidigt. Die Operation des Ausgrabens wird daher nicht leicht sein und könnte nur unter großen Verlusten unternommen werden. Wir würden dabei viel, Deutschland wenig riskieren.“

Das englische Weißbuch vom 5. und 27. August wurde Ende September in erweiterter Form mit einer geschichtlichen Einleitung als „Blaubuch“ veröffentlicht. Dazu schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 25. September: „Die Absicht ist nicht nur, England von aller Schuld zu entlasten, sondern man sucht auch Deutschland in höherem Grad als Österreich für den Krieg verantwortlich zu machen und dadurch zwischen uns und unserm Verbündeten Zwietracht zu säen.

Rosebery. Der ehemalige Premierminister Lord Rosebery führte Ende September in einer Rede aus: „Es werden Jahre vergehen, bevor wir die ganze heimliche Geschichte der Gründe dieses Krieges erkennen werden . . . Wenn man sich fortgesetzt gegenseitig bewaffnet, kommt schließlich ein Zeitpunkt, in dem die Kanonen von selbst losgehen. Ob eine oder die andere Persönlichkeit mit Überlegung diesen Krieg geplant hat, weiß ich nicht.“ Er schloß: „Aber wie sind wir eigentlich in diesen Krieg hineingezogen worden? Der erste Grund war die Mobilisierung, die uns nicht mehr Zeit gab, die Friedens-

bestrebungen fortzusetzen. Der andere Grund war unsere nationale Ehre . . . Wir müssen uns darüber klar werden: wenn wir unterliegen, sind wir für alle Zeit verloren. Dieser Kampf ist ein Schlußkampf für uns oder für den Gegner."

Zweiundvierzig Vertreter der Staatskirche und der freien Staatskirche. Kirchengenossenschaften traten in einer Kundgebung für Greys Politik verteidigend ein: „Gott weiß, was es für uns bedeutet, daß wir durch diesen Krieg von so vielen getrennt sind, mit denen wir für die Verbreitung des christlichen Glaubens wirkten und hoffentlich noch einmal wirken werden. Wir vereinigen uns von ganzem Herzen mit unsern deutschen Brüdern, um die unheilvollen Wolken des Krieges zu bedauern, insbesondere dessen Rückwirkung auf die gemeinsame Missionstätigkeit. Aber höher stehen uns die Grundsätze der Wahrhaftigkeit und der Ehre. Hätten wir anders gehandelt, so hätten wir eine Verpflichtung umgangen. Wir haben Stellung genommen für den guten Glauben im internationalen Leben, für die Erhaltung der kleinen Nationalitäten und für die Wahrung der wesentlichen Lebensbedingungen für die Brüderschaft unter den Völkern" — und, wie wir hinzusetzen, für die Straflosigkeit des politischen Mords.

Als die französische Regierung Anfang September Paris verließ, richteten die Pariser Sozialisten ein Manifest an die Bürgerschaft: „Paris steht nun Angesicht zu Angesicht dem Feind gegenüber. Es vertraut auf seine Söhne. Die sozialdemokratische Partei steht gegenwärtig ganz auf Seite der Regierung der Republik." So am 4. September; am 7. hieß es, daß sich die sozialistische Partei in zwei Lager gespalten habe: die Syndikatsführer wollten von einer Massenerhebung zur Abwehr des Feindes nichts wissen, während die Anhänger des Guesde den Kampf bis aufs äußerste verkündeten. — Die nationalistische „Liberté" wandte sich am 13. heftig gegen den Vertrag, den England und Rußland den Franzosen bezüglich eines künftigeu Friedensschlusses aufgezwungen hatten: über Frankreichs friedliche Absichten konnte kein Zweifel obwalten . . . Rußland ist der Erfüllung seiner Bundespflichten ausgewichen, als es im Interesse Serbiens sich ganz auf Österreich warf. Unter diesen Umständen sind wir nicht an den Vertrag über einen gemeinschaftlichen Friedensschluß gebunden." — Eine große Erörterung entstand gegen Ende des Monats über die Frage der Beschießung des Reimser Doms durch Reims. deutsche Artillerie. Das deutsche Hauptquartier wehrte sich gegen ungerechte Beschuldignngen, und selbst die „Times" schrieben am 20. September: „Theoretisch wurde das Bombardement von Reims herausgefordert durch die französische Artillerie, die in der Stadt aufgestellt war." Einige künstlerische Vereinigungen des Auslands protestierten gegen eine Beschießung von Kunstwerken. Ein Genfer Protest, der auch vom Maler Hodler unterzeichnet Hodler. war, tadelte diesen „Akt der Barbarei, der zur Einäscherung der Schätze Löwens dazukomme und die gesamte Menschheit in einem der vornehmsten Zeugen ihrer sittlichen und künstlerischen Größe trifft". Daß die französische Revolution am gründlichsten gegen diese Schätze gewütet hatte, wurde vergessen. — Der französische Schriftsteller Romain Rolland war auch in Rolland.

einem offenen Brief aus Genf an Gerhart Hauptmann für Belgien eingetreten. Hauptmann antwortete am 10. September in der „Vossischen Zeitung“. Anderseits erhob sich ein literarischer Streit über die von den Franzosen gebrauchten Dumdumgeschosse. — Der französische Generalissimus Joffre mußte Korpsbefehle gegen das Plündern französischer Soldaten in Frankreich erlassen.

Es fiel auf, daß der ehemalige Minister und Lehrer des internationalen Rechts, Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofs, Guido Fusinato, vierundfünfzig Jahre alt, sich in Schio das Leben nahm, wohl verzweifelnd an der von ihm vertretenen Sache.

Italienische Blätter veröffentlichten am 28. September einen Geheimerlaß der Freimaurer an die italienischen Brüder, denen zur Pflicht gemacht wurde, die öffentliche Meinung in französisch-englischem Sinn zu bearbeiten; jede Anspielung auf Rußland sollte aber vermieden werden.

Giolitti. Ein dem früheren Minister Giolitti zugeschriebener Artikel besagte: „Wir werden uns nicht der Falschheit und des Treubruchs schuldig machen und unsere Freunde hinterrücks anfallen. Über alles geht die Würde einer Nation. Wir wissen nicht, ob der Dreibund noch vorteilhaft ist, wir dürfen aber nicht den Gewinn vergessen, den er in drei Jahrzehnten gebracht hat. Es sind heute Symptome vorhanden, daß das Land ebensowenig für den Krieg gegen wie mit Österreich begeistert ist. Vielleicht wird er von einigen Republikanern und Nationalisten gewünscht. Das Land braucht Frieden. Wir haben übergenug mit dem Libyschen Krieg. Wir wissen nicht, was uns ein Sieg bringen würde, wir wissen aber gewiß, daß eine Niederlage den Zusammenbruch des Landes zur Folge hätte.“

Petrograd. Rußland brach mit seiner wesentlich deutschen Vergangenheit, auf der alle seine Größe beruhte, indem der Name Petersburg am 1. September in Petrograd degradiert wurde. — Mitte September erließ der russische Generalissimus Großfürst Nikolai Nikolajewitsch in den besetzten Grenzgebieten folgenden Aufruf: „Völker Österreich-Ungarns! Die Regierung zu Wien hat Rußland den Krieg erklärt, weil dieses Reich, seiner geschichtlichen Überlieferung getreu, Serbiens Unterdrückung nicht zugeben durfte“ (und wie wir hinzusetzen, sich zum Mitschuldigen oder Anstifter des Meuchelmords bekennen mußte). „In dem Augenblick, da ich das Gebiet Österreich-Ungarns betrete, erkläre ich im Namen des großen Zaren, daß Rußland, das wiederholt sein Blut für die Befreiung von fremdem Joch vergossen hat, nichts anderes anstrebt als die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit. Auch euch bringt Rußland die Freiheit und die Verwirklichung eurer nationalen Bestrebungen. Während langer Jahrhunderte säte die Regierung Zwietracht zwischen euch, denn sie wußte, daß eure Uneinigkeit die Grundlage ihrer Herrschaft bildet, wogegen Rußland lediglich das Ziel verfolgt, daß jedes eurer Völker sich entwickle und blühen möge unter der Erhaltung des kostbaren Erbes der Väter, der Sprache und des Glaubens. Darum ersuche ich euch, die russischen Truppen wie teure Freunde aufzunehmen, die für euer Bestes streiten.“

Albanien. Die Zustände in Albanien waren infolge des Krieges der Schutzmächte gegeneinander so unhaltbar geworden, daß der Fürst Wilhelm, nachdem die Aufständischen am 1. September unter Voran-

tragung einer türkischen Fahne kampflos Valona besetzt hatten, am 3. September an Bord eines italienischen Schiffes aus Durazzo nach Venedig abfuhr und die Regierung der problematisch gewordenen Internationalen Kontrollkommission neidlos überließ. Er kam dann nach Deutschland und trat in die Armee ein. Die Aufständischen zogen am 5. in Durazzo ein. Es kam dann zwischen den Anhängern und Gegnern Essad Paschas zu heftigen Zwistigkeiten. Es bildete sich eine Art Regierungsgewalt aus den Delegierten aller aufständischen Distrikte. Die Mächte riefen ihre Vertreter ab. Am 23. September wählte ein „Senat" von 28 Deputierten mit 19 Stimmen Mustafa Bei zum Präsidenten. Die Wahl eines neuen Fürsten wurde ausgesetzt. Es hieß, daß man den türkischen Prinzen Burhan Eddin, einen Sohn des Exsultans Abdul Hamid, zum König von Albanien haben wolle.

Oktober.

Weitaus am wichtigsten und entscheidendsten blieb das Ringen der Mittelmächte mit Rußland. Hier war die eigentliche Gefahr, hier Rußland. waren auch, wie wir nun wissen, die dauernden Erfolge, während im Westen keine Kriegsziele zu erreichen waren. In furchtbarer Bedrängnis war die österreichische Monarchie, als die Russen wiederholt über die Karpathen bis tief nach Ungarn einbrachen. Aber zum Glück konnten sie immer wieder zurückgeworfen werden. So am 1. Oktober bei Ökörmezö über den Toronya-Paß, am 5. am Uzsoker-Paß, am 7. am Beskid-Paß, am 9. im Marmaros-Komitat. — Starke russische Kräfte mußten am 1. Oktober bei Augustowo zurückgeschlagen werden. Die russischen Belagerer von Przemysl forderten am 2. den österreichischen Kommandanten auf, sich zu ergeben. Da dies nicht geschah, erfolgten vom 5. bis 8. vergebliche Sturmversuche auf die starke Festung. — Indessen begann am 4. eine deutsch-österreichische Offensive in Polen. Die Russen wurden bei Opatow und Klimentow gegen die Weichsel zurückgeschlagen. Gleichzeitig begannen die neuorganisierten Armeen in Westgalizien den Vormarsch an den San, um Przemysl zu entsetzen. Russische Kavallerie wurde am 5. bei Radom auf Iwangorod zurückgeworfen. Die Österreicher eroberten den Brückenkopf Sandomierz an der Weichsel. Die gegen Ostpreußen neuerlich vorrückenden Russen wurden am 6. bei Suwalki geschlagen. In Mittelgalizien wurden die Russen am 7. bei Barycz, westlich von Dynow, geworfen. Am 8. erreichte eine von Lomza anmarschierende russische Kolonne Lyck. Am 9. erreichten die Österreicher den San und erstürmten Turka südlich von Przemysl, so daß die Russen von der Westseite der belagerten Festung abziehen mußten und österreichische Reiter in die Stadt gelangen konnten. Neuerliche Versuche der Russen

über die ostpreußische Grenze vorzudringen, wurden am 10. Oktober bei Schirwindt abgewiesen. In Südpolen erreichten die Spitzen der verbündeten Armeen die Weichsel. Der Vorstoß der verbündeten Deutschen und Österreicher wurde vom 10. und 11. an in der Richtung Warschau—Iwangorod in schweren Kämpfen ausgebaut, während auch am 12. das ganze westliche Sanufer von Przemysl abwärts in den Besitz der österreichischen Truppen kam. In mehrtägigen Schlachten vom 13. bis 20. wurde bei Chyrow und Stary-Sambor, südlich von Przemysl ein russischer Durchbruchsversuch vereitelt. Am 14. Oktober waren die Russen wieder aus Lyck vertrieben, Biala war vom Feind geräumt. Die Verbündeten standen am 15. vor Warschau. Acht russische Armeekorps wurden auf der Linie Iwangorod—Warschau zurückgeworfen. Aber dieser Erfolg ließ sich nicht halten. Während heftiger Angriffe der Russen auf die österreichische Front am San in Mittelgalizien (18. bis 27. Okt.) wurde auch die numerische Übermacht der Russen in der Linie Skierniewice—Rawa—Nowemiasto so stark, daß die vor Warschau und Iwangorod stehenden deutschen und verbündeten Truppen am 20. und 21. zurückgenommen werden mußten. Ungarn war allerdings vom Feind wieder gesäubert. Die Österreicher besetzten Stryj. In der Bukowina wurden die Russen bis zum Großen Sereth zurückgedrängt. Die Russen räumten am 21. Oktober Czernowitz. Neue schwere russische Angriffe wurden am 22. westlich von Augustowo zurückgeschlagen, und es begann von da aus am 24. eine neue deutsche Offensive gegen Augustowo. Die Offensive in Russisch-Polen wurde aber am 27. abgebrochen und die Verbündeten zogen sich hinter die Warthe und Opatowka zurück. Welche übermenschlichen Anstrengungen von beiden Seiten! Welche Verluste! Das alles haben wir erlebt und noch hundertmal mehr erduldet.

Im südlichen Bosnien wurden die Montenegriner am 2. Oktober geschlagen. Ebenso die in das östliche Bosnien eingedrungenen Serben am 22. Oktober. Am 31. drangen die Österreicher siegreich in der Macva gegen die Serben vor.

Und welche furchtbaren Kämpfe im Westen! Am 1. Oktober fielen drei Forts von Antwerpen, am 3. begann der Angriff auf die innere Fortlinie, als eben eine englische Marineinfanteriebrigade in Antwerpen einzog. Am 5. fielen noch einige wichtige Forts und die Stadt Lierre. Die deutsche Kampffront wurde am 6. bis nördlich Arras ausgedehnt, um den Umfassungsversuchen der Franzosen zu begegnen. Man kämpfte am 7. vor Antwerpen am Netheabschnitt und schlug das englische Hilfskorps zurück. Die Beschießung der Stadt Antwerpen begann am 8. Oktober, und schon am nächsten Tag drangen deutsche Truppen in Antwerpen ein. Die Besatzung zog nach Westen ab, ein Teil trat auf

Antwerpen.

holländisches Gebiet über. In Antwerpen fielen 5000 Gefangene, 500 Geschütze und unermeßliches Kriegsmaterial in die Hand der Sieger. Bei Hazebrouk wurden am 10. zwei französische Kavalleriedivisionen zurückgeschlagen. Am 14. besetzten die Deutschen Brügge und Lille und erschienen vor Ypern. Am 15. besetzten sie Ostende, am 18. marschierten sie gegen Nieuport vor und kämpften westlich von Lille. In den folgenden Tagen wurde die Verbindung der deutschen Front in Flandern mit der in Nordfrankreich hergestellt, aber der Vormarsch stockte und es begann auch dort der langwierige unentscheidende Stellungskrieg, infolge heftiger Angriffe der Franzosen und Engländer am Yserkanal unter Mitwirkung eines englischen Geschwaders. Diese Kämpfe am Yserkanal begannen am 20. Oktober und setzten sich an den folgenden Tagen fort. Es gelang den Deutschen, den Yserkanal am 23. zu überschreiten, auch über den Yser-Ypernkanal am 24. vorzudringen. Am 30. wurde Ramskapelle, Bixschoote, Zantvoorde, Schloß Hollebecke und Wambeek erstürmt. Bei Soissons wurde Vailly genommen. Überschwemmungen in Flandern hemmten das weitere Vordringen.

Von den Episoden des Seekriegs sei die Versenkung des englischen Se.krieg. Kreuzers Hawke durch ein Tauchboot hervorgehoben (15. Okt.); aber auch vier deutsche Torpedoboote wurden am 17. vernichtet. Ein englisches Tauchboot sank am 18. in der deutschen Bucht der Nordsee. Ein englischer Handelsdampfer fiel am 20. an der norwegischen Küste einem Tauchboot zum Opfer. Der englische Überdreadnought „Audacious" lief an der Nordküste von Irland am 27. auf eine Mine und sank. Der Kreuzer „Emden" arbeitete tapfer auf der Reede von Pulo-Pinang bei Singapore (28. Okt.). Ein Tauchboot versenkte am 31. im Kanal den englischen Kreuzer „Hermes".

Auch in den Kolonien wurde hitzig weiter gekämpft. Japanische Truppen besetzten am 3. Oktober Jaluit auf den Marschallinseln. Von Tsingtau wurden am 14. zwei Forts zerstört. Der japanische Kreuzer „Takatschio" wurde am 17. in der Bucht von Kiautschou durch ein Torpedoboot vernichtet. Außer den Marschallinseln wurden auch die Mariannen- und Karolineninseln am 20. Oktober von den Japanern besetzt. Ein englischer Kreuzer beschoß am 21. Swakopmund. Am 31. Oktober begann der Angriff auf Tsingtau von der Land- und Seeseite.

Als Antwort auf englische Beschuldigungen wurde am 1. Oktober in der Kopenhagener „Nationaltidende" eine Äußerung des deutschen Staatssekretärs v. Jagow veröffentlicht. England suche die Welt über die Motive Jagow. seines Eintritts in den Krieg irrezuführen. Die Unabhängigkeit und Integrität Belgiens war nicht bedroht. „Aber es ist begreiflich, daß ein Land, das seine Kolonialherrschaft auf den Trümmern anderer Staaten aufgebaut hat, unserer Zusicherung nicht traute. Wenn heute Europa blutet, so trifft die Verantwortung dafür zuerst die englische Politik, die unter der Formel der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts andauernd die chauvinistischen Strömungen in Frankreich und Rußland gegen Deutschland ermutigte und damit einen Zustand der Spannung auf dem Kontinent hervorrief, der sich nun entladen

hat. Von jeher ist es die englische Politik gewesen, die Völker des Kontinents gegeneinander aufzureizen, um selbst ungestört die Welt beherrschen zu können." — Am 3. Oktober erließ eine große Anzahl deutscher Gelehrten und Künstler einen „Aufruf an die Kulturwelt", als „Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten. Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt, noch die Regierung, noch der Kaiser. Dieser nämliche Kaiser, den sie jetzt einen Attila zu nennen wagen, ist jahrzehntelang wegen seiner unerschütterlichen Friedensliebe von ihnen verspottet worden. Erst als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel, hat es sich erhoben wie ein Mann. Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. Nachweislich waren Frankreich und England zu ihrer Verletzung entschlossen. Nachweislich war Belgien damit einverstanden . . . Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtet. Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigsten das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und Mongolen und Neger auf uns hetzen . . . Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewußtsein verbrüdert siebzig Millionen Deutsche ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei . . . Euch rufen wir zu: Glaubt uns, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, Beethoven, Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle."

Wilson. Präsident Woodrow Wilsons Antwort auf das Telegramm des Deutschen Kaisers vom 7. September wurde am 7. Oktober veröffentlicht: „Ich fühle mich geehrt, daß Sie sich wegen eines unparteiischen Urteils an mich gewendet haben . . . Ich bete zu Gott, daß dieser Krieg recht bald zu Ende sein möge. Der Tag der Abrechnung wird dann kommen. Wo Unrecht begangen worden ist, werden die Folgen nicht ausbleiben. Die Meinung der Menschheit, die letzte Instanz in all solchen Angelegenheiten, wird ergänzend eingreifen. Es wäre unvereinbar mit der neutralen Haltung, sich ein endgültiges Urteil zu bilden."

Belgien. Die deutsche Regierung gab am 12. Oktober Mitteilungen aus Dokumenten, die in Brüssel in den Archiven des belgischen Generalstabs aufgefunden wurden und die bezeugten, daß England selbst Belgien zu einer einseitigen Parteinahme für die Ententemächte bestimmt hatte und daß Belgien, dieser Lockung folgend, die Verpflichtungen seiner neutralen Stellung schon seit Jahren gebrochen hatte. Aus dem Inhalt einer Mappe mit der Aufschrift „Intervention anglaise en Belgique" ging hervor, daß schon 1906 die Entsendung eines englischen Expeditionskorps von 100.000 Mann nach Belgien für den Fall eines deutsch-französischen Krieges in Aussicht genommen war. Dünkirchen, Calais und Boulogne waren als Ausschiffungspunkte vorgesehen, man war also auch mit Frankreich im Einverständnis. Schon damals erkannte der belgische Gesandte in Berlin Baron Greindl das Bedenkliche dieser einseitigen Abmachung. Er nannte das Vorgehen „perfid". Es folgten

am 15. Oktober Veröffentlichungen von Berichten der deutschen diplomatischen Vertreter im Ausland, die bewiesen, daß schon 1913 der Krieg vorbereitet wurde.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde die Kriegsvorlage am 22. Oktober einstimmig angenommen, auch von den Sozialdemokraten, die allerdings bei dieser Gelegenheit wieder das allgemeine Wahlrecht für Preußen verlangten. Der Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz sprach die Hoffnung aus: „Nicht nur äußerlich in unserer Weltstellung und in unserem Frieden gesicherter, sondern auch innerlich gefestigter wird unser Volk, stärker und geläuterter wird unser Volkstum aus der Läuterungsglut dieses Weltbrandes hervorgehen, besser noch als zuvor befähigt, seine große Kulturmission unter den Völkern dieser Erde zu erfüllen. Manch unreine Schlacke, welche sich bei dem wachsenden Wohlleben unseres Volkes während der Friedenszeit eingefressen hatte, wird ausgeschmolzen werden . . ."

Eine deutsche Denkschrift vom 10. Oktober, die am 24. veröffentlicht wurde, wies nach, daß die Zusätze und Änderungen, die England zur Londoner Seekriegsrechtserklärung vom 26. Februar 1909 erlassen hatte, die Erklärung selbst aufhoben und in das geltende Völkerrecht eingriffen. Sie bedeuteten eine Willkürherrschaft Englands zur See über alle Neutralen.

Am 25. Oktober übernahm an Stelle des erkrankten Generaloberſten v. Moltke der preußische Kriegsminister General v. Falkenhayn die Geschäfte des Generalstabschefs der deutschen Armee. — Sehr lebhaft war der Tagesbefehl des bayerischen Kronprinzen Rupprecht vom 27. Oktober: „Soldaten, wir haben nun das Glück, auch die Engländer vor unserer Front zu haben, die Truppen jenes Volkes, dessen Neid seit Jahren an der Arbeit war, uns mit einem Ring von Feinden zu umgeben, um uns zu erdrosseln. Ihm haben wir diesen ungeheuren Krieg vor allem zu verdanken. Zeigt ihnen, daß die Deutschen nicht so leicht aus der Weltgeschichte zu streichen sind! Hier ist der Gegner, der der Wiederherstellung des Friedens am meisten im Wege steht." Falkenhayn.

Gegen die Vergewaltigung der Glaubensfreiheit in Galizien durch Rußland erhoben die ruthenischen (ukrainischen) Parlamentarier am 7. Oktober einen Protest. Die Russen wollten nämlich die Angehörigen der unierten griechisch-katholischen Kirche zum Anschluß an die schismatische russische Kirche zwingen. — Der Armeeführer General M. v. Auffenberg wurde am 12. Oktober „aus Gesundheitsrücksichten" verabschiedet; man warf ihm und anderen Führern vor, die Offensiven zu Anfang des Krieges gar zu hitzig und ohne Rücksicht auf das Ganze ausgeführt zu haben, während der Generalissimus Conrad v. Hötzendorf für vorsichtiges Zermürben der übergewaltigen russischen Überzahl war. Auffenberg.

In Sarajevo wurde vom 12. bis 28. Oktober der Prozeß gegen die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand sowie gegen die Anstifter und Helfer des Verbrechens, soweit sie faßbar waren, verhandelt. Ilic, Veljko Cubrilowic, Nedo Kerowic, Jowanowic, Milowic wurden zum Tode, Mitar Kerowic zu lebenslänglichem Kerker, Princip, Cabrinowic und Grabez zu 20 Jahren, Vaso Cubrilowic zu 16 Jahren, Popowic zu Princip.

13 Jahren, Kranjcevic und Gjukic zu 10 Jahren, Stjepanowic zu 7 Jahren, Zagorac und Perin zu 3 Jahren Kerker verurteilt. Die Hauptverbrecher Princip und Cabrinovic konnten wegen ihrer Minderjährigkeit nicht zum Tode verurteilt werden. Die Hauptschuldigen waren freilich die Regierungen von Serbien und Rußland und alle die Staaten der Koalition, die sich im Weltkrieg der Mörder annahmen.

Prag. Gegen russische Ausstreuungen bemerkte am 24. Oktober die Prager „Union": „Die russische Presse übersieht den seit jeher festgehaltenen Kardinalgrundsatz unserer nationalen tschechischen Politik, daß wir wohl diese oder jene Regierung, aber nie den Staat, an dessen Existenz auch die unsrige geknüpft ist, bekämpfen. Denn seit Franz Palacky strebt jede böhmische Politik nach Verwirklichung der Idee des österreichischen Staates, daß Österreich-Ungarn ein wirklicher Nationalitätenstaat werde, der allen seinen Nationen gleich gerecht ist, und ein Reich, das seinen Nationalitäten ein freies nationales Leben gewährt und diese sich entwickeln läßt. Das nationalistische Rußland will eben ganz etwas anderes, wie wir aus seinem Vorgehen gegen die Polen und in der Ukraine wissen. Rußland duldet keine andere Nation, auch keine andere slawische, es duldet nur die russische Nation. Wir wehren uns seit Jahrhunderten gegen Germanisierung; aber ebenso hartnäckig würden wir uns gegen die Versuche, uns zu russifizieren, aufbäumen. Wir, die wir ein gerechtes Österreich verlangen, wollen auch ein starkes und mächtiges Österreich." — Gegen Ende des Monats wiesen polnische und tschechische Blätter den Versuch der französischen Regierung, durch Ausnahmsbestimmungen die österreichischen Slawen vom Kaiserstaat zu trennen, mit Entrüstung zurück. Sie wollten nicht zu den Freunden Frankreichs und Rußlands gezählt werden, wenn auch Rußland vorgebe, als Befreier des Slawentums aufzutreten.

Gegen die Unzufriedenheit der Neutralen mit der Haltung Englands in der Frage der bedingten Konterbande äußerten sich „Daily News" am 6. Oktober: „Unser gesetzliches Recht dazu kann nicht bestritten werden. Wir haben die Londoner Erklärung nicht ratifiziert und deshalb ist sie für uns nicht bindend. Die Neutralen mögen erwägen, daß für uns Lebensinteressen auf dem Spiel stehen." — Über die belgische Neutralität sagten die „Times" am 12. Oktober: „Sie war ein verhängnisvolles Geschenk. Die englischen und belgischen Stäbe konnten über militärische Vorbereitungen keine Pläne machen, ohne, streng genommen, die Neutralität zu verletzen." Das taten sie aber. — Winston Churchill wurde von den englischen Militärkritikern sehr angegriffen, weil er Antwerpen mit einer lächerlich kleinen Streitmacht ungeübter Marinesoldaten entsetzen wollte und dadurch die Beschießung der Stadt hervorrief. — Groß war die Erbitterung des englischen Pöbels gegen die Deutschen. Es fanden Ausschreitungen gegen deutsche Läden statt. Aber auch die ernsten Blätter schrieben in ihrer Aufregung: „Jeder in Großbritannien befindliche Deutsche und Österreicher ist eine mögliche Bedrohung unserer Sicherheit und sollte sofort der Möglichkeit, uns zu schädigen, beraubt werden." Dagegen schrieben die „Daily News" am 21. Oktober: „Der Schaden, den die Opfer der abscheulichen Ausschreitungen erlitten haben, ist groß; aber er ist klein, verglichen mit dem Schaden, den die Ehre und der gute Name Englands in den Augen der Außenwelt erlitten hat. Die

Schuld liegt an der Presse, die alle rohen Leidenschaften gegen die unglücklichen Ausländer aufstachelt.

Der militärische Mitarbeiter der „Times“ schrieb am 18. Oktober: „Für uns hat der Krieg kaum begonnen. Die Hauptarmee wird Ende des nächsten Jahres auf dem Schlachtfeld erscheinen. Selbst wenn der letzte Kosak am Ural stehen und der letzte französische Hausknecht aus Paris vertrieben sein sollte, dann werden wir den Seekrieg beginnen wie gegen Napoleon.“ Aber man schalt bereits auf die Pest der Tauchboote, die den englischen Handel unsicher mache. — Am 22. Oktober erging die Verfügung, daß alle in militärpflichtigem Alter stehenden Deutschen, Österreicher und Ungarn zu verhaften und den Militärbehörden zu überweisen seien. — Die Tätigkeit des Kreuzers „Emden“ wurde sehr bitter empfunden; man glaubte, daß noch acht oder neun deutsche Kreuzer sich in den verschiedenen Meeren befänden. Auf diese machten über siebzig britische, japanische, französische und russische Kreuzer mit vielen Hilfskreuzern Jagd, wie die Admiralität zur Beruhigung des Handels am 24. Oktober erklären ließ. — Die Werbung für die Armee wurde sehr lebhaft betrieben. — Die Unglücksfälle zur See wurden dem Leiter der Admiralität Churchill Schuld gegeben. Bereits fürchtete man, daß die Deutschen nach Calais kämen und von dort gegen England etwas unternähmen.

Auf Joffres Anregung sollten die Städte in der Umgebung von Paris befestigt werden: Senlis, Gisors, Montmorency, Beauvais, Chantilly, Melun, Mantes und Meaux. — Im französischen Havre nahm am 13. Oktober die belgische Regierung ihren Sitz. — Die sozialistischen Minister Sembat und Guesde erhielten von ihrer Partei die Billigung ihrer Teilnahme an der Regierungsarbeit. — Im übrigen betrieb Frankreich auch sehr eifrig den Handelskrieg. — Angesichts der religiösen Stimmung im Lande äußerte sich der Ministerpräsident Viviani am 16. Oktober sehr nachgiebig gegen die Forderungen der Katholiken wegen Abhaltung von offiziellen Gebeten bei den Zeremonien, die einen nationalen Charakter trügen. — Der Justizminister bestimmte am 23. Oktober, daß der Erlaß über die Schließung österreichischer und deutscher Firmen in Frankreich sowie über die Beschlagnahme ihres Eigentums auch auf die nicht Handeltreibenden ausgedehnt werden solle. Die Liquidation (d. h. der Raub) sollte gerichtlich durchgeführt werden. — Da die Gefahr für Paris infolge des stehenden Kriegs zu schwinden schien, wurde bereits wieder die Rückkehr der Behörden erörtert. Joffre.

Eine russische Lockung für Italien war es, daß der Zar am 23. Oktober vorschlug, alle österreichischen Gefangenen italienischer Nationalität freizulassen, wenn die italienische Regierung sie bewache. Darauf konnte aus manchen Gründen nicht eingegangen werden. — Italienische Marinetruppen besetzten am 30. Oktober die albanische Insel Saseno.

In Rußland machte sich bereits die kommende Revolution in Vorzeichen bemerkbar. Der Vorstand der russischen Sozialdemokratie richtete am 16. Oktober einen Brief an den Führer der belgischen Sozialdemokraten Vandervelde. „In Rußland herrscht die gleiche schamlose Unterdrückung und Aussaugung des Volkes wie früher. Auch während des Krieges ist der Absolutismus sich getreu geblieben. Alle sozialdemokratischen Zeitungen sind unterdrückt, alle Arbeiterassoziationen aufgelöst worden. Verhaftungen und Ausweisungen ohne Urteil finden andauernd statt. Deshalb kann das russische Proletariat auf keinen Fall einen Waffenstillstand mit der Regierung schließen, Rußland.

sondern muß ihr jede Unterstützung verweigern. Wir halten es für unsere Pflicht, die jetzige Lage der russischen Regierung für die Freiheit auszunützen." — Den deutschen und österreichischen Staatsangehörigen wurden die russischen Ehrentitel entzogen (20. Okt.). — Der russische Enthaltsamkeitsbund richtete an den Zaren die Bitte, den Verkauf geistiger Getränke für immer zu untersagen. Der Zar antwortete zustimmend. — Das Weitererscheinen der deutsch geschriebenen St. Petersburger Zeitung wurde für das folgende Jahr verboten. Am 26. Oktober wurden alle bulgarischen Klubs und Vereine in Rußland aufgelöst. Die Stadt Reval erhielt den Namen Kolyvane. Es entstanden große Studentenunruhen in Petersburg und Moskau, weil man die Studenten zum Waffendienst heranziehen wollte.

Türkei. Ende Oktober trat die Türkei an der Seite der Mittelmächte in den Weltkampf ein. Das war längst vorbereitet durch die wichtige deutsche Militärmission in Konstantinopel. Gleich zu Beginn des Krieges am 2. August hatte die ottomanische Regierung ihre Neutralität angekündigt und nur zum Schutze der Neutralität die teilweise Mobilmachung angeordnet. Zu diesem Zweck wurde auch am 4. August die Schließung der Dardanellen und des Bosporus verfügt. Als England die für die Türkei im Bau befindlichen, der Türkei gehörigen Großlinienschiffe „Sultan Osman" und „Reschadieh" sowie einige andere von der Türkei angekaufte Schiffe in die englische Flotte einreihte (9. Aug.), wurde das Vorgehen in der Türkei als eine „unfreundliche Handlung" empfunden und verursachte eine tiefe Erregung. Es erfolgte eine Demonstration muselmanischer Frauen vor der britischen Botschaft. Als am 10. August die deutschen Kreuzer „Goeben" und „Breslau" in die Dardanellen einliefen, wurden sie von der türkischen Regierung um 80 Millionen Mark angekauft und erhielten die Namen „Sultan Jawus Selim" und „Midilli". England und Rußland wollten diesen Ankauf freilich nicht anerkennen. Eine Proklamation des Sultans vom 12. August und ein Tagesbefehl des Kriegsministeriums kündeten an, daß die ottomanische Armee verpflichtet sei, im gegebenen Augenblick große Opfer auf sich zu nehmen, um den Makel des Balkankrieges zu tilgen; die Erhaltung des Kalifates und des Osmanentums hänge davon ab. Mitte August wurden in allen Moscheen Konstantinopels für den Sieg der österreichischen und deutschen Armeen Gebete veranstaltet, der erste Fall in der osmanischen Geschichte. Vergebens erhoben Rußland und Frankreich Vorstellungen gegen die Ernennung des Leiters der deutschen Militärmission General Liman Pascha zum Oberkommandanten 25. August. Eine Stambuler Zeitung besprach am 28. August die Bedrückung, unter der die Muselmanen der englischen, russischen und französischen Besitzungen zu leiden hatten. „Die Politik jener Länder hatte den Zweck, uns am Atmen zu verhindern. Aber der gegenwärtige Weltkrieg wird nicht auf Europa beschränkt bleiben. Er ist

der Hebel der göttlichen Gerechtigkeit für den Islam, der seit einer langen Reihe von Jahren in einem eisernen Ring eingezwängt ist. Endlich ist die Zeit gekommen, da auch der Islam sein Haupt erhebt." Am 2. September erfolgte die allgemeine Mobilmachung. Der Entschluß des Deutschen Kaisers die gefangenen algerischen und tunesischen Muselmanen, soweit sie mit Gewalt in den Krieg geschickt wurden, freizulassen und dem Kalifen zu übergeben, machte in der Türkei ungeheuren Eindruck. Die Regierung erachtete die Zeit für reif, am 11. September die Kapitulationen aufzuheben, nämlich die Privilegien der fremden Regierungen, die den modernen rechtlichen Grundsätzen der nationalen Oberhoheit widersprachen, den Fortschritt der Türkei hinderten und die Beziehungen störten. Vergebens protestierten der Dreiverband und die Vereinigten Staaten dagegen. Die englische Regierung erschwerte den Verkehr Indiens mit der Türkei aus Furcht, daß die islamische Erregung in ihr Bereich hinübergelange. Endlich erkannte die britische Marinekommission unter Admiral Limpus, daß sie in der Türkei eine überflüssige Rolle spielte und nahm am 15. September ihre Entlassung. Als die Pforte am 19. Oktober in London Einspruch erhob gegen das Einlaufen von Kanonenbooten in den Persischen Golf, versprach England, die Boote „demnächst" zurückzuziehen, ohne einen Termin anzugeben. Das Organ der französischen Botschaft in Konstantinopel „Stamboul" wurde am 21. Oktober wegen Beleidigung der Gefühle der Bekenner des Islams von der Militärbehörde verboten. Der Sultan protestierte in einer Note an sämtliche Mächte dagegen, daß ihn die englische Okkupationsarmee in Ägypten an der Ausübung seiner Suveränitätsrechte hindere. Auf die britische Vorstellung über die fortgesetzte Anwesenheit deutscher Mannschaften auf türkischen Kriegsschiffen erwiderte die Pforte, daß dies eine innere Angelegenheit der Türkei sei. So steigerten sich die Spannungen, bis es am 29. Oktober zu einem Zusammenstoß im Schwarzen Meer kam. Die russische Flotte wollte vor dem Bosporus entgegen dem Völkerrecht Minen auslegen; dabei kam es zu einem Kampf mit türkischen Kriegsschiffen; der russische Minendampfer „Pruth" wurde versenkt, die russische Flotte zurückgeschlagen. Auf der Verfolgung beschossen türkische Schiffe Sebastopol, Odessa, Feodosia und Noworossijk. Darauf verließ am 31. Oktober der russische Botschafter Konstantinopel.

November.

Dem russischen Botschafter folgten am 1. November auch der britische und der französische Botschafter. Es erfolgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der ganzen Entente und mit Serbien. Die britische Regierung ernannte zum Regenten Ägyptens den Prinzen Hussein Kemal, und der britische General Maxwell übernahm die militärische Türkei.

Kontrolle des Landes. Am 5. November erklärte die britische Regierung amtlich die Annexion von Zypern. „Daily Cronicle" schrieb über das Schicksal der Türkei: „Jetzt, wo der Würfel gefallen ist und die Türkei unser Feind ist, ist auch ihr Todesurteil gesprochen. Wir haben der Türkei für ihre Neutralität die Garantie ihres Besitzstandes angeboten. Die Pforte hat aber schon seit langem ihre Neutralität verletzt, nicht nur in der Goeben- und Breslau-Geschichte, sondern auch durch die Sperrung der Dardanellen für die Handelsschiffahrt, durch die das Schwarze Meer gewissermaßen blockiert wurde ... Die einzige Möglichkeit für die Türkei, zur See etwas auszurichten, besteht im Schwarzen Meer, wo sich die russischen und türkischen Streitkräfte ziemlich die Wage halten.

Die türkischen Blätter äußerten ihre Genugtuung über die endliche Klärung der Lage; nun komme der Tag der Ahndung der seit Jahrhunderten begangenen Verbrechen und Unterdrückungen. „Wenn wir bis jetzt Geduld übten, so geschah dies, weil wir die einzige Hoffnung von 300 Millionen Moslim waren. Um ihnen nützlich zu sein, taten wir, als ob wir mit dieser auf der islamitischen Welt wie ein Alpdruck lastenden tyrannischen Gruppe zufrieden wären; wir arbeiten heimlich, um uns dereinst zu rächen" ... „Solange die gegenwärtige Krisis dauern wird, werden wir an der Seite der Völker Deutschlands und Österreichs unser Blut vergießen. Die Annäherung der Deutschen ist nicht das Werk der Diplomaten, sondern die Konsequenz der Natur der Dinge, der Druck derselben Gewalt auf Adler und Halbmond."

Über die näheren Umstände des Bruches erging sich eine Erklärung der französischen Regierung zu Bordeaux vom 2. November; sie schloß mit den Worten: „Die Türkei verfolgt nur selbstsüchtige Zwecke und will einen beträchtlichen Teil des Islams in den Kampf hineinziehen, der ihm nur verderblich werden kann. Aus den aus Nordafrika erhaltenen Eindrücken ergibt sich, daß die mohammedanische Welt in keiner Weise Gemeinschaft mit der Türkei haben will, da sie die Sache des Islams so waghalsig gefährdet."

Ein ausführliches Weißbuch über den Bruch mit der Türkei veröffentlichte die englische Regierung am 10. November. Dabei wurde auch die ägyptische Frage gestreift.

Mit dem Kaiser Franz Josef tauschte der Sultan Telegramme aus (8. Nov.). Der Sultan erließ am 12. November ein Manifest an Heer und Flotte: „Rußland, England und Frankreich, die Millionen von Muselmanen unter ihrer tyrannischen Verwaltung haben, haben niemals aufgehört, Hintergedanken gegen unser Kalifat zu hegen. Sie wurden die Anstifter alles Unglücks. Durch den großen Heiligen Krieg werden wir mit Gottes Hilfe den Angriffen ein Ende setzen. Ebenso wie unser Reich hängt auch das künftige Dasein von 300 Millionen Muselmanen von eurem Siege ab ..." — Auch die schiitischen Perser im türkischen Reich traten für den Krieg ein und veranstalteten am 13. November eine große Demonstration. Am selben Tag veröffentlichte die türkische Regierung eine Erwiderung auf den englischen

Bericht. Zum Beweis, in welchem Grad England der Feind des Islams sei, wurde an Gladstones Wort im Unterhaus erinnert, daß, solange der Koran, dieses verfluchte Buch auf Erden existiere, die Welt keinen Frieden kennen werde.

Am 14. November wurde in der Fatimehmoschee das Fetwa des Scheich ül Islam verlesen, durch das der Heilige Krieg proklamiert wurde. Es lautete in der herkömmlichen Form von Frage und Antwort: „Wenn sich mehrere Feinde gegen den Islam vereinigen, wenn Länder des Islams geplündert, die muselmanische Bevölkerung niedergemetzelt und gefangen genommen wird, und wenn in diesem Fall der Padischah des Islams nach den heiligen Worten des Koran den Heiligen Krieg verkündet, ist dieser Krieg Pflicht aller Muselmanen und müssen sich alle islamischen Länder mit Gut und Blut beeifern, den Glaubenskrieg (Dschihad) zu führen? Ja. — Auch die muselmanischen Untertanen Rußlands, Frankreichs und Englands? Ja. — Sind jene, die das vermeiden, dem Zorne Gottes ausgesetzt? Ja. — Sündigen die muselmanischen Untertanen jener Mächte, wenn sie selbst unter höchstem Zwang gegen die islamische Regierung Krieg führen? Ja. — Verdienen sie also den Zorn Gottes? Ja — Allerdings war der Erfolg dieser Verkündigung ein nicht der Erwartung entsprechender, wohl aus denselben Gründen, die in den christlichen Ländern sowohl die Solidarität der Katholiken untereinander, wie die der Protestanten mißachteten. Es waren dieselben Gründe, die überhaupt den Weltkrieg möglich und notwendig machten: nämlich die geringe Beachtung, die unsere Zeit der Religion und den über die irdischen Interessen hinausliegenden Ideen schenkt. Da sich die Zeit um das Göttliche nicht kümmerte, wurde sie auch vom Göttlichen in ihrem Unglück verlassen. Dschihad.

Kaiser Wilhelm wechselte auch am 16. November mit dem Sultan telegraphische Bundesgrüße. — Die türkische Regierung ließ am 19. November die französischen, englischen Schulen und Anstalten in der Türkei schließen; es befanden sich in Konstantinopel allein 53 französische Schulen. Das hing allerdings mit der neuen liberalen jungtürkischen Schulgesetzgebung zusammen, die überhaupt keine Privatschulen duldete. Aber man duldete stillschweigend einige deutsche und österreichische Anstalten. — Da die englische Regierung in Zypern der mohammedanischen Bevölkerung ihren Gottesdienst untersagte, entstand dort ein Aufruhr (20. Nov.). — Die türkische Regierung beschlagnahmte am 21. November die englische Eisenbahn Smyrna—Aidin. — Eine Proklamation des Sultans vom 21. November schärfte den Heiligen Krieg noch besonders den Bewohnern der Krim, von Kasan, Turkestan, Buchara, Chiwa, Indien, China, Afghanistan, Persien, Afrika ein, die unter der tyranischen Gruppe der Usurpatoren stünden, die sich Tripelverband nannten. Den Überlebenden verspreche die Religion ein glückseliges Leben, denen, die als Märtyrer fallen, die Wonnen des Paradieses.

Der türkische Landkrieg entbrannte am 1. November an der russischen Kaukasusgrenze. Ein englischer Landungsversuch bei Akaba an der ägyptischen Grenze wurde am selben Tag vereitelt. Englische und französische Kriegs- Türkischer Krieg.

schiffe beschossen am 4. erfolglos die Dardanellen. Am 7. wurden die Russen bei Karakilissa an der kaukasischen Grenze besiegt. Die türkische Armee überschritt die ägyptische Grenze und wies einen zweiten englischen Landungsversuch bei Akaba ab. Am 10. besetzten die Türken El-Arisch auf dem Weg nach Ägypten, sie siegten am 11. bei Köpriköi im Kaukasus und marschierten am 12. gegen Batum vor. Am 13. besetzten sie die Stellung von Kotur in der persischen Provinz Aseirbeidschan, drangen am 14. in der Zone von Lasistan im Kaukasus vor, schlugen am 16. die Engländer bei Fao und die Russen bei Salmas (Persien), hatten weitere Erfolge am 17. bei Artwin im Kaukasus, und am 18. gegen die englischen Landungstruppen am Schatt-el-Arab (Mesopotamien). Trotzdem gelang es den Engländern, sich in Basra festzusetzen. Auf der Höhe von Sebastopol kam die türkische Flotte am 18. mit der russischen zusammen. Am 21. wurden Vorpostengefechte am Suezkanal gemeldet. Am 27. waren die Türken vor Adschari, südöstlich von Batum. Ein englisch-französisches Geschwader blockierte seit 17. November die Dardanellen.

Rußland. Was die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz der Mittelmächte gegen Rußland betrifft, so wurde am 1. November ein russischer Vorstoß über die ostpreußische Grenze bei Szittkehmen zurückgewiesen. Entsprechend der strategischen Lage in Russisch-Polen wurden die aussichtsreich sich gestaltenden Kämpfe am San und im Raum um Chyrow abgebrochen und die Truppen in günstigere Stellungen zurückgenommen (2. Nov.). Drei russische Kavalleriedivisionen wurden am 6. an der Warthe oberhalb Kolo zersprengt. In Galizien erreichten allerdings die Russen am 7. die Dunajeclinie, bemächtigten sich wieder der Karpathenpässe und schlossen Przemysl aufs neue ein, bevor man die Festung genügend verproviantieren konnte. Starke russische Kräfte wurden am 8. nördlich des Wysztyter Sees zurückgeschlagen. Deutsche Kavallerie zersprengten am 9. bei Konien in Westpolen eine russische Vorhut. Es folgte am 11. östlich von Kalisch ein siegreiches Kavalleriegefecht mit den vordringenden Russen. Doch drangen die Russen am 13. aufs neue in Ostpreußen ein; die deutschen Truppen bezogen eine Verteidigungsstellung in der Linie der Masurischen Seen. Eine neue Offensive der inzwischen umgruppierten deutschen Armeen wurde durch die Schlacht bei Wloclawek am linken Weichselufer eröffnet (13. Nov.). Die Verteidiger von Przemysl unternahmen am 14. einen erfolgreichen Ausfall. In Fortsetzung des Erfolges von Wloclawek wurden am 15. mehrere russische Armeekorps bis über Kutno zurückgeworfen. Der Gouverneur von Warschau v. Korff geriet in Gefangenschaft. Auch bei Stallupönen, bei Lipno und Plozk wurden die Russen zurückgeschlagen. Die Österreicher brachen am 16. aus dem Bereich von Krakau vor und nahmen die vorderen russischen Befestigungslinien nördlich der Grenze. Erfolgreiche Kämpfe entspannen sich am 17. nördlich von Lodz und um Pillkallen; südöstlich von Soldau wurden die Russen nach Mlawa zurückgedrängt. Ein neuer Ausfall aus Przemysl erfolgte am 20. Schwere Kämpfe entbrannten auf der ganzen Ostfront bis zu den Karpathen. Neue russische Kräfte traten am 22. auf dem linken Weichselufer im Rücken der bei Lodz kämpfenden Deutschen auf. Die mit Einschließung bedrohten Truppen brachen am 23. bis 25. durch und brachten 12.000 Russen und 25 Geschütze als Beute mit. Zugleich erbeutete Mackensen bei Lodz und Lowicz 40.000 unverwundete Russen und 70 Geschütze. An der westgalizischen Front und in den Karpathen wiesen die Österreicher russische Durchbruchsversuche ab.

Czernowitz mußte aber wieder geräumt werden (26. Nov.). Starke Angriffe der Russen westlich Noworadomsk (Petrikau) wurden am 27. abgeschlagen. Die Österreicher drängten die auf Homonna in den Karpathen vorgedrungenen Russen zurück (28. Nov.).

Im Süden schritt die Offensive gegen die serbische Macva vorwärts. Serbien. Schabatz wurde am 1. November neuerlich erstürmt. Am 6. begann der Angriff auf die Stellungen bei Krupanj. Am 8. wurden die Serben gegen Valjevo zurückgeworfen, am 10. wurden die Höhen von Misar, südlich von Schabatz erstürmt, am 14. die Höhen bei Kamenica erobert. Die Österreicher erreichten am 15. die Kolubara und besetzten Valjevo und Obrenovac; sie überschritten am folgenden Tag die Kolubara, erstürmten am 25. die feindlichen Stellungen bei Lazarevatz und Ljig, drangen von Valjevo südwärts bis Kosjerici vor, besetzten am 27. Uzice, erstürmten die beherrschende Stellung am Siljak und am 29. auch den hartnäckig verteidigten Suvobor zwischen Valjevo und Kakad. Östlich der Kolubara und des Ljig wurden die Serben am 30. geschlagen.

Im Westen zog sich der Stellungskrieg ohne entscheidende Erfolge Westen. hin. Messines südlich von Ypern wurde am 1. November genommen. Am 2. kämpfte man bei Soissons um die Dörfer Chavonne und Soupir mit Erfolg, ebenso bei Markirch in den Vogesen. Am 5. eroberte man einen Stützpunkt im Bois Brulé südwestlich von St.-Mihiel. Es folgten am 6. Gefechte bei Ypern und Noyon. Soupir wurde wieder geräumt. Am Westrand der Argonnen fiel am 7. die wochenlang umkämpfte Höhe von Vienne le Chateau in die Hände der Deutschen. Am 10. wurde Dixmuiden erstürmt. Westlich Langemarck erstürmten junge Regimenter unter dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles!“ die feindlichen Stellungen. Südlich Ypern wurde St. Eloi genommen. Vergeblich waren die Gegenangriffe der Engländer nördlich Armentières, der Franzosen nördlich Vienne le Chateau. Am 11. wurde das östliche Yserufer bis zur See vom Feinde geräumt. Die heftigen Kämpfe am Yserkanal dauerten an. Am 17. wurde Schloß Chatillon bei Cirey erstürmt. Englische Schiffe beschossen am 23. Lombartzyde und Zeebrügge. Unter Verletzung der Schweizer Neutralität wurde von Fliegern die Zeppelinwerft in Friedrichshafen angegriffen.

Im Seekrieg machte sich Vizeadmiral Graf v. Spee berühmt durch Spee. den Sieg über ein englisches Geschwader bei Coronel an der chilenischen Küste 1. November. Deutsche Kriegsschiffe beschossen am 3. die Befestigungen von Yarmouth an der englischen Ostküste. Der Kreuzer „Emden“ Emden. ging am 9. November nach ruhmvollem Kampf bei den Kokosinseln im Indischen Ozean zugrunde. Der größere Teil der Besatzung unter Kapitän v. Müller wurde kriegsgefangen. Eine Abteilung, die zur Zerstörung des Kabels gelandet war, entkam auf dem kleinen Dampfer Ayesha unter Führung des Kapitänleutnants v. Mücke nach Arabien und gelangte von dort im folgenden Jahr auf dem Landweg über Konstantinopel

in die Heimat. Einzelne Schiffe gingen beiderseits durch Minen, Explosion und Tauchboote zugrunde.

Tsingtau. Bedeutend war der Kampf um Tsingtau. Der österreichische Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ wurde am 2. November auf der dortigen Reede von der eigenen Besatzung versenkt, da er nicht mehr zu halten war. Tsingtau selbst fiel am 7. November; damit gerieten auch 2300 Deutsche in japanische Kriegsgefangenschaft. Bei Tanga in Deutschostafrika landeten am 3. November Engländer, wurden aber zur Wiedereinschiffung gezwungen. Dagegen besetzten die Engländer Viktoria in Kamerun am 13. und beschossen Daressalam am 28. und 29. November.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte am 6. November
Belgien. einen neuen Beweis für den englisch-belgischen Kriegsplan, den man in Brüssel aufgefunden hatte. — Die Deutsche Regierung gab eine amtliche Mitteilung über die völkerrechtswidrige Behandlung der Deutschen in England und erließ Retorsionsmaßregeln. „Diese Dinge (hieß es) gehören mit zu der verstockten Überhebung, mit der sich England gegen alles, was deutsch ist, versündigt, und wir müssen sie einbeziehen in die Abrechnung, die wir gegen das auf seine Unangreifbarkeit pochende Inselvolk durchzuführen entschlossen sind.“ — Über den Fall Tsingtaus, dieses Werkes deutscher Arbeit, Wahrzeichen, Musterstätte und Stützpunkts deutscher Kultur, wurden Telegramme zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Kaiser gewechselt (7. Nov.), über den ersten Seesieg der deutschen Marine an der chilenischen Küste zwischen dem Bremer Senat und dem Kaiser 9. November. — Neue Retorsionsmaßregeln wegen Verletzung deutscher wirtschaftlicher Interessen und wegen völkerrechtswidriger Behandlung von Deutschen im feindlichen Ausland wurden am 9. November von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht. — Beim Empfang italienischer Pressevertreter in München
Hertling. sagte der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling: „Bayern hat seine Kräfte mit beispielloser Begeisterung vereint mit dem ganzen deutschen Volk für diesen Krieg eingesetzt. Alle gegenteiligen Behauptungen sind Erfindungen unserer Gegner. Wir Deutsche wissen alle, daß unser Vaterland seine ganze Tatkraft aufbieten muß für diesen Krieg, durch den England unsern wirtschaftlichen Aufschwung hat vernichten wollen und für den es Frankreich, Belgien und Rußland mißbraucht. Die neutralen Staaten werden mehr und mehr die wirklichen Ursachen dieses Krieges begreifen, schon deshalb, weil England die geheiligten Rechte dieser Staaten nicht achtet. Die neutralen Staaten und nicht zum wenigsten Italien haben daher ein lebhaftes Interesse an einem für Deutschland erfolgreichen Ausgang des Kampfes. Ein Sieg Englands könnte für die neutralen Staaten nicht vorteilhaft sein und am wenigsten für Italien, wenn man Italiens Stellung im Mittelmeer bedenkt. Ein Erfolg Deutschlands dagegen wird Italien die völlige Freiheit seiner politischen Entschließungen gewährleisten.“ — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte am 25. November aus dem in Brüssel vorgefundenen Archiv des belgischen Kriegsministeriums weitere Beweisstücke für den von Belgien schon vor dem Kriege begangenen Neutralitätsbruch und bemerkte dazu: „Hier ist es direkt ausgesprochen, daß die englische Regierung die Absicht hatte, im Fall eines deutsch-französischen Krieges sofort mit ihren

Truppen in Belgien einzurücken, also die belgische Neutralität zu verletzen und gerade das zu tun, was sie, als ihr Deutschland in berechtigter Notwehr darin zuvorkam, als Vorwand benützt hat, um Deutschland den Krieg zu erklären. Mit einem beispiellosen Zynismus hat die englische Regierung die Verletzung der belgische Neutralität durch Deutschland dazu verwertet, um in der ganzen Welt gegen uns Stimmung zu machen und sich als den Protektor der kleinen und schwachen Mächte aufzuspielen. Was aber die belgische Regierung betrifft, so wäre es ihre Pflicht gewesen, nicht nur mit der größten Entschiedenheit die englischen Insinuationen zurückzuweisen, sondern sie mußte auch die übrigen Signatarmächte des Londoner Protokolls von 1839, insbesondere aber die deutsche Regierung auf die wiederholten englischen Versuche hinweisen, sie zu einer Verletzung der ihr als neutralen Macht obliegenden Pflichten zu verleiten. Die belgische Regierung hat das nicht getan. Sie hat sich zwar berechtigt und verpflichtet gehalten, gegen die ihr angeblich bekannte Absicht eines deutschen Einmarsches in Belgien militärische Abwehrmaßnahmen im Einvernehmen mit dem englischen Generalstab zu treffen. Sie hat aber niemals auch nur den geringsten Versuch gemacht, im Einvernehmen mit der deutschen Regierung oder mit den zuständigen militärischen Stellen in Deutschland Vorkehrungen auch gegen die Eventualität eines französisch-englischen Einmarsches in Belgien zu treffen, trotzdem sie von den in dieser Hinsicht bestehenden Absichten der Ententemächte, wie das aufgefundene Material beweist, genau unterrichtet war. Die belgische Regierung war somit von vornherein entschlossen, sich den Feinden Deutschlands anzuschließen und mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Da es zum Verleumdungssystem unserer Gegner gehört, unbequeme Tatsachen einfach abzuleugnen, so hat die kaiserliche Regierung die vorstehend erwähnten Schriftstücke faksimiliert der Öffentlichkeit übergeben und zur Kenntnis der neutralen Staaten bringen lassen." — Gegenüber den zwangsweisen Liquidationen deutschen Vermögens in Frankreich erließ der deutsche Bundesrat am 27. November Retorsionsmaßregeln. — Generaloberst v. Hindenburg wurde zum Generalfeldmarschall ernannt. — Professor Kirchner untersuchte bereits im November die Frage, ob es den Feinden gelingen werde, Deutschland auszuhungern.

Die ungarische Regierung erlaubte am 7. November das Tragen von Farben und Abzeichen der einzelnen Nationalitäten, wenn daneben auch die Anerkennung der ungarischen Staatsidee zum Ausdruck gelange. Zugleich veröffentlichte das Ministerium des Innern einen freundlichen Briefwechsel mit dem rumänischen Metropoliten von Hermannstadt Metianu, worin der Patriotismus der ungarländischen Rumänen hervorgehoben wurde; auch versprach man eine Reform des Volksschulgesetzes, um die auf die konfessionellen Schulen bezüglichen Wünsche der nichtmagyarischen Bürger zu berücksichtigen. „Weiter können wir den Gebrauch der Muttersprache im unmittelbaren Verkehr mit den Staatsbehörden gesetzlich sichern. Endlich kann die Wahlrechtsordnung einer Revision unterzogen werden, welche die politische Vertretung der Rumänen auf eine billigere Grundlage stellt." Ungarn.

Die Prager „Union" bestritt am 8. November, daß Rußland ein Mandat zur Befreiung aller Slawen besitze. Früher hat Rußland stets die Existenz des ukrainischen Volks geleugnet und immer behauptet, das Ukrainische sei nur eine russische Mundart. Man hat in Rußland der österreichischen Politik Prag.

vorgeworfen, sie habe die ukrainische Nation nur erfunden, um Rußland Schwierigkeiten zu bereiten. Nun wird plötzlich diese ukrainische Nationalität auch von den Russen anerkannt, sie soll aber durch die russischen Geistlichen, die Orthodoxie entnationalisiert werden."

Graf Tisza begab sich am 18. November über Wien und Berlin in das Große Hauptquartier der deutschen Armeen zu politischen Verhandlungen.

Rumänien. Ein Versammlung von 30.000 Rumänen aus der Bukowina in Suczawa 23. November gestaltete sich zu einer großen Kundgebung der Treue für Kaiser und Reich. Es wurde beschlossen: „Die rumänischen Bauern der Bukowina wünschen von Herzen, daß die rumänische Armee Schulter an Schulter mit den kaiserlichen Heeren gegen den gemeinsamen Feind kämpft." Ferner wurde ein Schreiben an den König von Rumänien abgesandt, worin es hieß: „Von unsern Eltern haben wir übernommen, daß der gefährlichste Feind des gesamten rumänischen Volkes der Russe ist. Aus diesem Grunde waren wir allezeit Österreich treu und wollen es auch in Zukunft bleiben."

Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" schrieb am 28. November über die angebliche Kriegsmüdigkeit: „Gewiß wünscht die ganze Monarchie den Frieden, aber nur darum, weil wir überhaupt immer den Frieden gewünscht haben, und weil wir diesen Krieg führen, um endlich nach langen Jahren unaufhörlicher Bedrohung unserer ruhigen Entwicklung, unserer Interessen, unseres Rechtes und unserer Existenz dauernden Frieden zu haben . . . Es war auch eine Selbsttäuschung, als unsere Feinde vor einigen Monaten sich einreden wollten, wir könnten keinen Krieg führen, wir wären von vornherein schon geschlagen und zerschmettert, denn wir hätten keine Armee mehr . . . Die Bevölkerung der Monarchie ist entschlossen, den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzukämpfen, denn sie ist sich bewußt, daß dieser Krieg ein notwendiger und gerechter ist, wie nur je ein Krieg sein konnte." — In gleichem Sinn sprach Graf Tisza am 30. November im ungarischen Abgeordnetenhaus: „Man kann jetzt auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate sagen, daß der Krieg absolut unvermeidlich war. Einzelne Staaten neideten Deutschland seine wirtschaftliche Entwicklung, anderseits wurde unsere Friedensliebe als Schwäche gedeutet und darauf zurückgeführt, daß die Monarchie unfähig und schwach sei. Der Krieg ist heute mehr als jemals nicht bloß ein Ringen der Armeen, sondern der Völker. Der jetzige Krieg ist der erste unter dem Dualismus; dieser hat die Feuerprobe bestanden. Das vergossene Blut wird auch für die ungarische Nation Früchte tragen." Man rühmte den erhebenden Verlauf dieser Sitzung; der große Ernst des Krieges schien auf das Parlament und seine Parteien eine gedeihliche erzieherische Wirkung ausgeübt zu haben.

In England schämte man sich nachgerade der Hetze gegen die Deutschen und Österreicher, die auch einen sehr ungünstigen Eindruck in den neutralen Ländern machte. „Hat es unsere nationale Ehre gefordert, daß wir Hotelleiter, Barbiere, Kellner usw. unterschiedslos entließen, weil sie Angehörige eines Staates waren, mit dem wir im Krieg stehen?" Aber die Angst vor dem „Feind im Lande" nahm immer mehr zu. — Kurz vor Beginn der Parlamentstagung trat der bisherige Führer der unabhängigen Arbeiterpartei Ramsay

Henderson. Macdonald von der Parteileitung zurück. Sein Nachfolger Henderson wies auf die Einigkeit aller Gesellschaftsklassen hin und sagte, seine Partei werde alles tun, um die Einigkeit bis zum Ende der großen gegenwärtigen Prüfung aufrechtzuerhalten. Die gesamte Arbeiterpartei sei mit der Regierung

einig, und trotz des früheren Gegensatzes bleibe jetzt keine andere Wahl für die Nation, als den Krieg entschlossen bis zu einem befriedigenden Ausgang fortzusetzen. Die Dauer des künftigen Friedens hänge von der Vollständigkeit des Sieges ab.

Um über die irische Frage zu berichten, kam der irische Nationalist Sir Roger Casement aus den Vereinigten Staaten nach Berlin und wurde im auswärtigen Amt empfangen. Er wies darauf hin, daß in Irland anscheinend von der britischen Regierung autorisierte Darlegungen des Inhalts veröffentlicht würden, ein deutscher Sieg werde dem irischen Volk großen Schaden zufügen, da sein Land, seine Wohnstätten, Kirchen und Priester auf Gnade und Ungnade einem Heer von Eindringlingen preisgegeben wären, die nur Raub- und Eroberungssucht leite. Auf Ersuchen Casements gab dann das auswärtige Amt folgende Erklärung ab: „Die kaiserliche Regierung weist diese böswilligen Absichten zurück, da Deutschland nur Wünsche für die Wohlfahrt des irischen Volkes hegt. Sollte im Verlaufe des Krieges, den Deutschland nicht gesucht hat, das Waffenglück jemals deutsche Truppen an die Küsten Irlands führen, so würden sie dort nicht als Eindringlinge landen, um zu rauben und zu zerstören, sondern als Streitkräfte einer Regierung, die von gutem Willen gegen ein Land beseelt ist, dem Deutschland nur nationale Wohlfahrt und nationale Freiheit wünscht.“ — Als Antwort auf die Aufforderung der englischen Regierung an die Jugend Irlands zum Waffendienst veröffentlichte Casement folgenden Aufruf an die Iren: „Als Irländer halte ich es für meine Pflicht, dagegen zu protestieren, daß Irländer in die britische Armee eintreten sollen, um den asiatischen und europäischen Mächten in dem Krieg gegen ein Volk beizustehen, welches Irland niemals etwas zuleide getan hat. Dagegen sind den Iren von den Engländern mehr Übel absichtlich zugefügt worden, als eine Nation zivilisierter Menschen sie jemals zu erleiden hatte. Heute, da Irlands fruchtbare Auen planmäßig dazu reduziert worden sind, Vieh anstatt Menschen zu züchten, wird der Rest unseres Volkes dazu aufgefordert, sein Leben auf fremden Schlachtfeldern dahinzugeben, nur, damit übermäßig reiche Staatseinheiten durch Zerstörung eines Konkurrenten noch reicher werden sollen. Wenn irisches Blut fließen soll, soll es in Irland selbst zur Erlangung der Freiheit vergossen werden ... Wenn dieses wirklich ein Krieg für die kleinen Nationen ist, wie seine Urheber ihn nennen, dann möge er für eine kleine Nation daheim beginnen.“ Casement.

Über die geistige Propaganda wurde am 21. November ein von Asquith, Rosebery, Balfour und andern unterzeichnetes Schreiben veröffentlicht, darin es hieß: „Die britische öffentliche Meinung kann letzten Endes ein entscheidender Faktor im großen Kampfe werden. Wenn das ganze britische Volk unerschütterlich und standhaft bleibt, glauben wir, Propaganda.

daß der Sieg unser sein wird. Aber es darf, komme was da wolle, kein Schwanken und Erschlaffen geben, die öffentliche Meinung darf nicht umschlagen und sich verändern nach Temperament und wechselndem Kriegsglück. Die Aufklärungsarbeit ist wichtig für die öffentliche Meinung der Neutralen und wird stets einen wachsenden Einfluß auf den Ausgang des Kampfes ausüben." — Wedgewood schlug am 23. November im Unterhaus Maßnahmen für den Fall einer deutschen Invasion vor.

Irland. Die „Times" veröffentlichten am 24. November aufrührerische Blätterstimmen aus Irland; so schrieb Irish Freedom: „Zu eurem Patron England sagen wir: kämpfe deine Kämpfe selbst aus! Wir wollen nichts vom Ruhm deines aufgeblähten Imperiums haben. In der Schlacht von Fontenoy, wo wir euch geschlagen haben, haben wir mehr Ruhm geerntet als in den Tausenden von Schlachten, die wir für euch gewannen. Uns geht die Verlegenheit, in der ihr euch jetzt befindet, nichts an, es sei denn, daß wir hoffen, daß ihr geschlagen werdet." „Irish Volunteer": Daß Deutschland mit uns sympathisiert, beweist das irisch-deutsche Bündnis in Amerika ... Wenn die Deutschen kämen, unser Land mit Gewalt zu nehmen, würden sie dazu gerade so berechtigt sein wie die Räuber, die es nun mit Waffengewalt festhalten ... Auch die Blödesten unter uns wissen jetzt, daß sich der britische Löwe nicht geändert hat, und daß der Seeräuber England derselbe unbarmherzige Friedensstörer ist, der er war, als er die dänische Flotte vor Kopenhagen vernichtete und Ägyptens Kampf um die Konstitution durch die Beschießung Alexandriens unmöglich machte. Wir sehen klar, daß das Imperium seinem Wesen nach bleibt, was es immer war: eine unerträgliche Drohung für den Frieden und den Fortschritt der Welt. Unsere einzige Sicherheit und Hoffnung auf nationale Entwicklung und Ehre liegt darin, daß wir das Band, das uns an den englischen Imperialismus bindet, durchschneiden. Der einzige Weg zum ruhmreichen glücklichen Irland unserer Träume führt über den Zerfall des britischen Reiches."

Kitchener. Kriegsminister Lord Kitchener berichtete am 26. November im Oberhaus über die Kriegslage, daß es den englischen Truppen seit Anfang Oktober gelungen sei, den deutschen Vormarsch nach der Küste aufzuhalten. Durch die Verzögerung der Einnahme von Antwerpen sei dem General French gerade noch Zeit gegeben worden, die Stellung von La Bassee bis Dixmuiden einzunehmen und zu befestigen, so daß ein Vorrücken der Deutschen nach Calais ausgeschlossen sei, ebenso wie eine Einnahme von Paris. Der Lordkanzler Haldane besprach die Maßregeln im Fall einer Invasion: die Irregulären würden mit Abzeichen versehen und von Offizieren befehligt werden. — Im Unterhaus erklärte Lloyd George am 27. November: „Wir haben Englands Handel und Industrie vor der schlimmsten Katastrophe gerettet; wir stehen trotz des Krieges an der Spitze des internationalen Handels." — Marineminister Churchill meinte: „Die britische Flotte war vier Gefahren ausgesetzt. Die erste bestand darin, daß wir überfallen werden konnten,

ehe wir bereit und in Kampfstellung waren; diese Gefahr ist vorüber. Die zweite war, daß große deutsche Handelszerstörer auf die offene See entkamen; auch diese Gefahr ist vorüber; der Verlust der Handelsflotte war gering, 1·9 Prozent. Die dritte Gefahr ist die Minengefahr, sie wurde durch Maßregeln eingeschränkt. Die vierte besteht in den Unterseebooten; aber wir haben viel mehr als die Feinde. England kann ein Jahr hindurch monatlich einen Überdreadnought verlieren und würde doch dieselbe Überlegenheit zur See besitzen wie vor dem Krieg." — Man suchte sich wegen der Angriffe in betreff der schlechten Behandlung der Deutschen in Konzentrationslagern zu verteidigen. — Die Zeitungen klagten, daß die Regierung jede Kritik verhindere: „Die Freiheit der Kritik ist das Lebensblut unseres ganzen nationalen Systems und die wichtigste Versicherung gegen ministerielle Autokratie."

Nur zögernd erklärte Frankreich der Pforte den Krieg am 6. November, da man doch wegen der mohammedanischen Untertanen in Nordafrika Angst hatte. — Ein von Poincaré unterzeichneter Erlaß vom 17. November strich alle deutschen Inhaber der Ehrenlegion aus der Liste des Ordenskapitels wegen der „barbarischen Handlungen", deren sich die Deutschen schuldig gemacht. Ähnliche Maßregeln ergriff man in England und in gelehrten Gesellschaften in bezug auf deutsche Ehrenmitglieder. Nichts beweist so sehr den Vernichtungswillen der Gegner, nichts hat ein freundschaftliches Verhältnis für die Zukunft mehr gestört. In Deutschland und Österreich hat man derlei kindisch boshafte Demonstrationen unterlassen, da kein aggressiver Völkerhaß bestand, sondern nur die Absicht, sich zu verteidigen. Islam.

In Italien bildete Salandra am 5. November ein neues Kabinett, darin alle konstitutionellen Gruppen vertreten waren. Am wichtigsten war es, daß das „Äußere" von San Giuliano auf den Baron Sidney Sonnino überging, nicht zum Vorteil des Dreibunds. — In vielen Städten fanden Kundgebungen für und gegen den Krieg statt. In Mailand begann am 16. November das Sozialistenblatt „Popolo d'Italia" zu erscheinen; es war mit französischem Kapital gegründet und setzte sich zum Ziel, die Teilnahme Italiens am Krieg an der Seite Frankreichs zu erzwingen. Herausgeber war Professor Mussolini, der früher in der Leitung des „Avanti" war, aber am 20. Oktober zurücktreten mußte, da die Partei der Geeinigten Sozialisten gegen den Krieg war. Auch der Zentralvorstand des in ganz Italien verbreiteten Landarbeiterverbandes beschloß am 18. November der Propaganda für eine Beteiligung am Krieg eine kräftige Aktion zugunsten der völligen Neutralität Italiens entgegenzusetzen. — Zur Beschleunigung des Ausbaus der Marine wurde am 22. November ein Kredit von zweihundert Millionen bewilligt. Die Leitung der republikanischen Partei Italiens beschloß am 29. November, in der oppositionellen Haltung gegenüber der Regierung fortzufahren und keine Kredite für Heer und Marine zu bewilligen, so lange nicht völlig klar sei, daß diese für ein Eingreifen Italiens gegen Österreich bestimmt seien. Anderseits setzte sich eine am 29. November zu Mailand Italien.

neugebildete Gesellschaft die Wahrung der Neutralität Italiens und die Weiterentwicklung der italienischen Handels- und Verkehrstätigkeit zugunsten des Friedens zum Zweck.

Belgien. Was die Stellung Belgiens vor dem Krieg betrifft, so wurde eine Rede bekannt, die der belgische Kriegsminister de Broqueville 1913 in geheimer Sitzung gehalten hatte. Er deutete an, daß man ein Vordringen der deutschen Armee durch Belgien zu fürchten habe. „Wir haben dies von verschiedenen Mächten erfahren. Eine Vergewaltigung unserer Unabhängigkeit durch Frankreich fürchte ich nicht, stelle jedoch fest, daß der französische Staat die Voraussetzung eines Durchmarsches durch Belgien hat prüfen müssen, für den Fall, daß unser Gebiet durch Deutschland nicht geachtet würde. Ein Freund Belgiens (König Karol von Rumänien) riet unserm König, seine Selbstverteidigung ernstlich vorzubereiten, denn das Wunder von 1870, wo Belgien zwischen den beiden feindlichen Heeren unversehrt blieb, wird sich nicht mehr verwirklichen. Die größte Gefahr liegt aber darin, daß fremde Mächte sich auf unserm Gebiet festsetzten, um uns zu beschützen."

Luxemburg. Das Deutsche Reich zahlte dem Luxemburgischen Staat Entschädigungen in Höhe von 1,283.000 Franken, außerdem für Benutzung von Straßen und Gebäuden 311.000 Franken.

Finnland. Es entsprach nicht dem Schutz der kleinen Nationen, daß ein Ukas des Zaren ein Programm für die vollständige Vereinigung Finnlands mit Rußland entwarf. Damit wurden die wichtigsten Verfassungsrechte Finnlands verletzt. — Fünf sozialistische Dumamitglieder wurden am 22. November verhaftet. Sie hatten eine Resolution angenommen, daß die Niederlage des Zarentums und seiner Truppen das geringere von zwei Übeln sei, daß eine weitverbreitete Propaganda im Heer und auf den Kriegsschauplätzen eingeleitet und dort die Revolution gepredigt werden solle.

Dezember.

Stellungskrieg. Der Stellungskrieg im Westen rückte nicht mehr von der Stelle. Man kämpfte am 6. Dezember bei Malancourt östlich Varenne und Vermelles südöstlich Bethune. Wiederholt wurde Freiburg in Baden von feindlichen Fliegern heimgesucht. Am 14. wurde das Dorf Steinbach westlich von Sennheim zurückerobert. General Joffre kündigte am 17. Dezember durch Armeebefehl eine neue große Offensive an, aber sie hatte keinen Erfolg. Englische Stellungen wurden am 20. bei Festubert und Givenchy erstürmt. Deutsche Flieger machten am 25. einen Angriff auf Southend an der Themsemündung, am 30. auf Dünkirchen.

Im Osten griffen Deutsche und Österreicher am 5. Dezember die nach Westgalizien vorgerückten Russen an. Als Abschluß tagelanger Kämpfe in Nordpolen wurde am 6. Dezember Lodz von deutschen Truppen genommen; die Russen zogen sich nach schweren Verlusten auf Warschau zurück. Ihre Versuche, aus Südpolen den bedrängten Armeen im Norden zu Hilfe zu kommen, wurden bei Petrikau abgewiesen. Diese Erfolge setzten sich

am 7. bei Dobczyce—Wieliczka fort. Auch die in Ungarn eingedrungenen russischen Abteilungen wurden zum Rückzug in die Karpathen gezwungen. Am 9. erstürmten die Deutschen Prasznysz in Russisch-Polen. Am 11. wurden die Russen aus den Pässen westlich des Lupkower-Passes vertrieben. Im Raume südlich Gorlice—Grybow und Neu-Sandec begannen größere Kämpfe. Am 12. wurden russische Stellungen an der Miazza erstürmt. Die Russen wurden nach dreitägigen Kämpfen bei Limanova—Lapanow in Westgalizien geschlagen und zum Rückzug gezwungen. Die über die Karpathen vorrückenden Österreicher setzten die Verfolgung der Russen fort; sie besetzten wieder Neu-Sandec, Grybow, Gorlice und Zmigrod; ebenso Dukla am 13. Am 14. zogen die Russen in Westgalizien und Südpolen in die Linie Rajbrot—Petrikau zurück, am 15. bis über Jaslo und Bochnia. Es erfolgte ein neuer Ausfall aus Przemysl. Die gefürchtete Offensive der Russen gegen Schlesien und Posen brach am 16. völlig zusammen. Im Karpathenland wurde um die Linie Krosno—Zakliczyn gekämpft. Am 17. wurde Petrikau erstürmt. In Polen erreichte die Verfolgung am 18. die Nida und Pilica. Am 19. versuchten die Russen gegen Krakau durchzubrechen. Am 21. wurde um den Bzura—Rawka-Abschnitt gekämpft und am untern Dunajec. Am 23. wurde Mlawa wieder besetzt; aber Krosno und Jaslo in Galizien wurde am 25. verloren. Dagegen nahmen die Österreicher nach viertägigen Kämpfen den Uzsoker Paß. Am 26. wurde in Russisch-Polen um Inowlodz gekämpft. Am 28. mußten angesichts starker russischer Kräfte die österreichisch-ungarischen Truppen auf den Höhen der Karpathenpässe und im Raum von Gorlice zurückgenommen werden. Przemysl.

Belgrad wurde am 2. Dezember von General Frank genommen; es folgten hartnäckige Kämpfe westlich Arandjelowatz am 4.; doch wurden westlich Milanowatz die österreichischen Truppen am 8. zurückgenommen. Die gefährliche Lage gegen den russischen Anprall zwang die Österreicher, die serbische Offensive einstweilen wieder aufzugeben, Belgrad am 15. zu räumen und Serbien zu verlassen. Belgrad.

Die Türken besetzten am 1. Dezember die Stadt Ardanutsch östlich des Tschornkflusses, am 3. auch Andschari an der Mündung des Tschornk, am 5. Keda östlich von Batum, am 7. Sandschbulak in der persischen Provinz Aserbeidschan. Ein russischer Landungsversuch bei Gonia südlich Batum wurde am 9. vereitelt. Die „Goeben" (Sultan Jawus Selim) beschoß am 10. Batum. Tagelange Kämpfe an der Ostgrenze des Vilajets Wan gingen am 15. zugunsten der Türken aus. Sie zogen auch in Sarai in Persien ein. Ein altes Kasernenschiff wurde von einem englischen Tauchboot in den Dardanellen torpediert. Am 23. Dezember siegten die Türken zwischen Olti und Id im Kaukasusgebiet, am 24. zur See im Schwarzen Meer, am 27. im Tal des Muradflusses an der armenisch-kaukasischen Grenze. Sie eroberten am 29. Ardachan, einen Straßenknotenpunkt in Russisch-Armenien. Türkei.

Alles andere überragt der Heldentod des Vizeadmirals Grafen v. Spee, der mit seinem Flaggschiff am 8. Dezember bei den Falklandsinseln unterging nach siebenstündigem Kampfe mit einem überlegenen englisch-japanischen Geschwader unter Vizeadmiral Sturdee. Vier deutsche Schiffe sanken, eines, „Dresden", entkam. — Am 16. Dezember beschoß ein deutsches Geschwader die befestigten Küstenplätze Hartlepool, Scarborough und Whitby an der englischen Ostküste und vernichtete zwei Torpedobootzerstörer. Ein österreichisches Tauchboot beschädigte am 21. das französische Großkampfschiff „Jean Bart" in der Meerenge von Otranto. Am 22. wurde ein französisches Tauchboot „Curie" in der Adria versenkt. Ein Vorstoß englischer Wasser- und Luftfahrzeuge gegen Cuxhaven 25. Dezember blieb ergebnislos. Die Engländer besetzten wieder am 25. Dezember die von den Deutschen eingenommene Walfischbai in Südwestafrika.

Spee.

Neue Belege für ein geheimes Einverständnis Belgiens mit England zur Vorbereitung eines gemeinsamen Krieges gegen Deutschland brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 1. Dezember. Es waren geheime militärische Handbücher über Belgiens strategische Geographie zum Gebrauch des englischen Heeres, herausgegeben vom englischen Generalstab seit 1912. Diese Leitfäden bewiesen eine seit fünf Jahren betriebene eingehende Vorbereitung für einen Feldzug im neutralen Belgien. Ohne bereitwillige Unterstützung der belgischen Regierung und Militärbehörde war eine solche Arbeit nicht zu leisten. Belgien erwies sich dadurch politisch und militärisch als Vasall Englands.

Belgien

Bei der neuen Tagung des Reichstages am 2. Dezember berichtete der Präsident: „Weit über zwei Millionen Kriegsfreiwilliger haben sich gestellt, und doch hat nur ein kleiner Teil von ihnen in die Armee eingereiht werden können. Eine Opferfreudigkeit sondergleichen zieht durch das Land . . . Zu unsern Gegnern hat sich das japanische Reich gesellt, das für seinen Undank nur anführen kann Beutegier nach dem Wahrzeichen deutscher Kultur, die wir im fernen Osten aufgerichtet haben. Dagegen ist uns ein Bundesgenosse erstanden im Osmanischen Reich, das durch die islamische Bewegung die Grundfesten der Kolonialreiche unserer Gegner zu erschütttern droht. In vier Monaten haben wir fast ganz Belgien bis auf wenige Quadratkilometer im Westen besetzt und einen nicht unbedeutenden Teil des nördlichen und östlichen Frankreich. Starke Festungen, die als uneinnehmbar galten, sind überwunden worden: Lüttich, Namur, Antwerpen, Maubeuge. In jeder Feldschlacht hat unser Heer den Feind geschlagen. Leider zeigen Teile von Elsaß-Lothringen, von Ostpreußen die Spuren der feindlichen Verheerung. Schwer sind die Verluste an Verwundeten und Menschenleben in diesem Weltkrieg; denn aus allen Weltteilen haben unsere Feinde ihre Vasallenheere gezogen, um uns zu vernichten. Das schreckt uns nicht, im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache wehren wir uns, wenn es sein muß, gegen die ganze Welt." — Reichskanzler Bethmann Hollweg erklärte hierauf: „Die Verantwortung an diesem größten aller Kriege liegt für uns klar. Die äußere Verantwortung

Bethmann.

tragen jene Männer in Rußland, die die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee betrieben und durchgesetzt haben. Die innere Verantwortung liegt bei der großbritannischen Regierung. Das Londoner Kabinett konnte den Krieg unmöglich machen, wenn es unzweideutig in Petersburg erklärte, England sei nicht gewillt, aus dem österreichisch-serbischen Konflikt einen kontinentalen Krieg der Großmächte herauswachsen zu lassen. Eine solche Sprache hätte auch Frankreich gezwungen, Rußland von kriegerischen Maßnahmen abzuhalten. Dann aber gelang unsere Vermittlungsaktion zwischen Wien und Petersburg, und es gab keinen Krieg. England hat das nicht getan. England kannte die kriegslüsternen Treibereien einer Gruppe um den Zaren. Es sah, wie das Rad ins Rollen kam, aber es fiel ihm nicht in die Speichen . . . Nun gab es in Petersburg kein Halten mehr. Wir besitzen darüber das unverdächtige Zeugnis des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg . . . Das Londoner Kabinett ließ diesen Weltkrieg kommen, weil ihm die Gelegenheit gekommen schien, den Lebensnerv seines größten Konkurrenten zu zerstören. Die belgische Neutralität, die England zu schützen vorgab, ist eine Maske. Schon vorher hatte England Frankreich seine Unterstützung bedingungslos zugesagt . . . Als ich am 4. August von dem Unrecht sprach, das wir mit dem Einmarsch in Belgien begangen, stand noch nicht fest, ob sich die Brüsseler Regierung nicht entschließen würde, das Land zu schonen . . . Nunmehr ist alle Welt darüber im klaren: als unsere Truppen das belgische Gebiet betraten, da befanden sie sich auf dem Boden eines Staates, der seine Neutralität selbst längst durchlöchert hatte . . . Auf Englands Ruf entreißt uns Japan Kiautschou und verletzt dabei die chinesische Neutralität . . . Die Tripelentente, ein Werk Englands, war bestimmt, dem bekannten Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte zu dienen, das heißt: der seit Jahrhunderten befolgte Grundsatz englischer Politik, sich gegen die jeweils stärkste Macht auf dem Kontinent zu wenden, sollte da sein stärkstes Werkzeug finden. Darin lag der aggressive Charakter der Tripelentente gegenüber den defensiven Tendenzen des Dreibundes . . . Die insulare englische Denkart hat einen politischen Grundsatz als Dogma ausgestattet, nämlich daß England ein Arbitrium mundi gebühre, aufrechterhalten durch unbestrittene Seeherrschaft . . . Als nun der Krieg ausgebrochen ist, läßt England jeden Schein fallen. Offen verkündet es: England will kämpfen, bis Deutschland wirtschaftlich und militärisch niedergezwungen sei. Panslawistischer Deutschenhaß ruft jauchzend Beifall dazu. Frankreich hofft mit der Kraft einer alten soldatischen Nation die Scharte von 1870 wieder auszuwetzen . . .“ Der Kanzler mahnte schließlich zum Durchhalten. — Der Sozialdemokrat Haase erklärte Belgiens wegen im Namen seiner Fraktion, „daß die nachträglich bekanntgewordenen Tatsachen nicht ausreichen, um von dem Standpunkt abzugeben, den der Reichskanzler am 4. August gegenüber Luxemburg uud Belgien eingenommen hat“. Im übrigen billigte die Partei die geforderten neuen Kredite, da das ganze deutsche Volk seine Kraft für den Schutz des Landes einsetzen müsse. Spahn erklärte im Namen aller übrigen Parteien: „In dem uns freventlich aufgedrungenen Krieg wollen wir durchhalten, bis ein Sieg errungen ist, der den ungeheuren Opfern entspricht, und der uns dauernden Schutz für alle Zeiten gewährleistet.“ Nur die einzige Stimme Dr. Liebknechts stimmte gegen die Vorlagen. Der Präsident Dr. Kaempf schloß: „Das deutsche Volk kann nicht besiegt werden, solang es einig ist.“

Kaiser Wilhelm.

Am 2. Dezember kam Kaiser Wilhelm zu Breslau mit dem Oberstkommandierenden des österreichisch-ungarischen Heeres Erzherzog Friedrich, dem Erzherzog-Thronfolger Karl und dem Generalstabschef Freiherr Conrad v. Hötzendorf zusammen. Am 3. hielt er eine Ansprache, in der er unter anderem sagte: „Bei uns sagt man, daß jeder im Osten kämpfende Mann ein Held ist . . . Mit Gott werden wir uns einen langen Frieden erkämpfen, denn unsere Nerven sind stärker als die unserer Feinde."

Liebknecht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erließ am 3. Dezember eine Erklärung darüber, daß der Genosse Karl Liebknecht entgegen dem alten Brauch der Fraktion, der durch einen ausdrücklichen Beschluß für den vorliegenden Fall erneuert wurde, gegen die Kriegskreditvorlage gestimmt hatte. „Der Vorstand bedauert diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen wird, aufs tiefste." Der „Vorwärts" bemerkt dazu, daß es dem einzelnen Fraktionsmitglied freistehe, den Saal zu verlassen, doch ohne daß es den Charakter einer Demonstration annehmen darf.

Italien.

Es war bereits für die kommende Wendung in Italien vorbedeutend, daß am 4. Dezember der deutsche Botschafter in Rom beim Quirinal, v. Flotow, die Geschäfte der Botschaft vorläufig „aus Gesundheitsgründen" niederlegte; mit ihrer Leitung wurde in außerordentlicher Sendung der frühere Reichskanzler Fürst v. Bülow betraut. Bülow galt als halber Italiener durch seine Heirat und seinen römischen Besitz; man hoffte, daß er durch seine Beziehungen den gefährdeten Dreibund noch halten werde; aber auch ihm sollte es nicht gelingen.

Belgien.

Neuerliche Beweise für den Neutralitätsbruch Belgiens vor dem Krieg brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 15. Dezember. Es waren Schriftstücke, die der englische Legationssekretär Grant-Watson bei seiner Festnahme verschwinden lassen wollte. Ebenso erfolgte in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 18. Dezember eine offiziöse Äußerung zum französischen Gelbbuch, das vergebens Rußland vom Vorwurf, den Krieg heraufbeschworen zu haben, rein waschen wolle.

Tirpitz.

Amerikanische Zeitungen berichteten am 21. Dezember über eine Unterredung, die ihr Vertreter Karl v. Wiegand Ende November mit dem Großadmiral v. Tirpitz hatte. Dieser meinte, wenn Amerika gegen Englands Schließung der Nordsee für die neutrale Schiffahrt nicht protestiert hat, wird es auch nichts sagen dürfen, wenn Deutschland einen Unterseebootkrieg gegen alle feindlichen Handelsschiffe erklärt. „England will uns aushungern; wir können dasselbe Spiel treiben, England umzingeln und den größeren Teil der Nahrungsmittelzufuhr abschneiden. In Unterseebooten größeren Typs sind wir England überlegen . . . England hat die meisten Kriege angezettelt. Was ist der deutsche Militarismus gegen den englischen Marinismus, der die Alleinherrschaft in Anspruch nimmt! In zweihundert Jahren hat Frankreich wohl dreißigmal den Krieg an Deutschland

erklärt ... Der größere Typ unserer Tauchboote kann um England herumfahren und vierzehn Tage draußen bleiben ..."

Weitere offiziöse Äußerungen zum französischen Gelbbuch erfolgten am 21. Dezember, besonders gegen die Tendenz, daß Deutschland den Krieg hätte verhindern können, wenn es seinen Einfluß auf Österreich geltend gemacht hätte, damit dieses seine Forderungen gegen Serbien ermäßige. Es folgte am 24. ein Runderlaß des Reichskanzlers an die deutschen Vertretungen im Ausland gegen irreführende Behauptungen des französischen Ministerpräsidenten über den Ursprung des Krieges. Er schloß mit der Erklärung: „Angesichts dieses Ganges der Ereignisse ist es nicht verständlich, wie ein verantwortungsvoller Staatsmann den Mut finden kann, zu behaupten, daß Deutschland, das sich der russischen Mobilisation, den militärischen Vorbereitungen Frankreichs und der Mobilisierung der englischen Flotte gegenüber befand, noch am 31. Juli durch die Annahme einer unter den erhobenen Waffen der Ententemächte abzuhaltenden Konferenz den Frieden hätte retten können. Es war nicht das bis zur letzten Stunde in Wien vermittelnde Deutschland, das die Idee der Vermittlung der vier Mächte unmöglich gemacht hat, es waren die militärischen Maßnahmen der Ententemächte, die Friedensworte im Munde führten, während sie zum Krieg entschlossen waren."

Kaiser Wilhelm richtete folgende Neujahrsbotschaft an Heer und Marine: „Glänzende Siege sind erfochten, große Erfolge errungen. Die deutschen Armeen stehen fast überall in Feindesland. Wiederholte Versuche der Gegner, mit ihren Heermassen deutschen Boden zu überschwemmen, sind gescheitert. In allen Meeren haben sich Meine Schiffe mit Ruhm bedeckt. Hinter dem Heer und der Flotte steht das deutsche Volk in beispielloser Eintracht, bereit, sein Bestes hinzugeben für den heiligen heimischen Herd, den wir gegen frevelhaften Überfall verteidigen. Viel ist im alten Jahre geschehen. Noch aber sind die Feinde nicht niedergerungen. Immer neue Scharen wälzen sie gegen unsere und unserer treuen Verbündeten Heere heran. Doch ihre Zahl schreckt uns nicht. Ob auch die Zeit ernst, die vor uns liegende Aufgabe schwer ist, voll fester Zuversicht dürfen wir in die Zukunft blicken. Nächst Gottes weiser Führung vertraue Ich auf die Tapferkeit der Armee und Marine und weiß Mich eins mit dem deutschen Volke. Darum unverzagt dem neuen Jahr entgegen zu neuen Taten, neuen Siegen für das heilige Vaterland!" Kaiser Wilhelm.

Am 2. Dezember, dem sechsundsechzigsten Jahrestag des Regierungsantritts des Kaisers Franz Josef, schrieb die offizielle „Wiener Zeitung": „Ein grausamer Krieg an zwei Fronten ist von einem tückischen Feind dem Kaiser aufgezwungen worden ... Die Geschichte wird die Wahrheit bekräftigen, daß das Reich in seiner heutigen Entwicklung die Schöpfung des Kaisers ist. Groß wie im Frieden erweist er sich im Krieg. Wenn sich unsere Kriegführung von jener der Feinde so vielfach zu ihrem Vorteil unterscheidet, wenn die Behandlung der Angehörigen der gegnerischen Staaten wie der Kriegsgefangenen von den Geboten der Menschlichkeit und Schonung bestimmt wird, entspricht dies der ritterlichen Gesinung des Kaisers ..."

Ernst v. Plener, der Obmann der österreichischen Gruppe der Interparlamentarischen Union, richtete am 7. Dezember ein Schreiben an Barthold, den Obmann der amerikanischen Gruppe über die „Legende vom deutschen

Militarismus. Militarismus." Deutschland und Österreich seien nur durch die kriegsdrohenden Rüstungen der Entente zu Gegenmaßregeln gezwungen gewesen. „Die letzte russische Zweimilliardenanleihe war ausdrücklich zum Bau einer Militärbahn bestimmt, die den Einbruch von Truppenmassen nach Deutschland und Österreich-Ungarn erleichtern sollte. Daß Rußland zum Krieg entschlossen und vorbereitet war, beweist der Umstand, daß zu Beginn des jetzigen Feldzuges russische Armeekorps aus Sibirien und Zentralasien fertig an unsern Grenzen standen. Wenn die Entente nicht die Absicht gehabt hätte, einen allgemeinen Krieg zu entfesseln, wäre die Austragung des österreichisch-serbischen Konfliktes eine lokalisierte Aktion geblieben. Weder Deutschland noch Österreich verfolgten kriegerische Tendenzen. Ihre friedfertige Haltung wurde sogar als Zeichen der Schwäche gedeutet. Während das Marinebudget Englands allein um fast sechzig Prozent stieg, stiegen die Heeresausgaben der andern Staaten nur um zwanzig Prozent."

Der von England abgesetzte und von seinem Land ferngehaltene Khedive von Ägypten, Abbas Hilmi, besuchte am 19. Dezember Wien.

Am 23. Dezember erfolgte eine amtliche Erklärung über die Gründe des Rückzugs aus Serbien. An Stelle des bisherigen Oberkommandanten Eugen. Potiorek übernahm Erzherzog Eugen das Kommando über die Balkanstreitkräfte.

Am 29. Dezember fand in Budapest eine Sitzung der ungarischen Schwestervereinigung der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigung statt. Professor Dr. Wolf als Vertreter der deutschen Schwestervereinigung machte Mitteilungen über die in Deutschland herrschenden Auffassungen. Dr. Wekerle faßte das Ergebnis des Gedankenaustausches also zusammen: „Die Erfahrungen und Lehren des Krieges und die daraus sich entwickelnde politische Lage, aber auch die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen erfordern, daß die Monarchie und Deutschland festere wirtschaftliche Bande anstreben und diese rechtzeitig vorbereiten, natürlich ohne Beeinträchtigung der handelspolitischen Freiheit beider Vertragsteile, deren Aufrechterhaltung für beide Teile erwünscht ist."

Kaiser Franz Josef grüßte zum Jahresende alle seine „Braven, auf daß mit Gottes Hilfe das neue Jahr sie zum Siege führe". In gleichem Sinn tauschte Erzherzog Friedrich mit Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Josef Telegramme aus.

Am 1. Dezember trat für England die vom Parlament aufgestellte „Akte zur Verteidigung des Königsreichs" in Kraft. Diese Verordnungen versetzten England in eine Art Belagerungszustand und hoben alle Freiheiten auf.

Irland. Der irische Nationalismus war in zwei Lager geteilt: das eine, offizielle unter Redmonds Führung, nahm das Homerulegesetz an, unterstützte die Regierung im Krieg und förderte die irische Rekrutierung. Dagegen war die Partei der Unabhängigen Nationalisten, die Casement als Führer betrachteten, unversöhnlich. Als am 9. Dezember in der irischen Grafschaft Tullamore die erste Ersatzwahl zum Unterhaus seit Annahme des Homerulegesetzes stattfand, wurde überraschenderweise nicht der offizielle

Kandidat, sondern ein Unabhängiger gewählt. Das war ein bedeutsames Zeichen. Der Vizekönig von Irland, John Campbell Gordon Earl of Aberdeen, trat am 12. Dezember, angeblich aus privaten Gründen, von seinem Amt zurück.

Die Unabhängige Arbeiterpartei veranstaltete am 6. Dezember Massenprotestversammlungen im ganzen Königreich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die „Times“ veröffentlichten am 11. Dezember Berichte des bisherigen Botschafters in Konstantinopel, um zu beweisen, daß die Jungtürken Ursache des Krieges waren. — Balfour bezeichnete am 12. Dezember in einer Rede zu Bristol als wahre Ursache des Kriegs den Aufschwung Deutschlands seit 1870. — Auf eine Erklärung der Mitglieder der Oxforder Fakultät für moderne Geschichte erwiderten am 12. Dezember deutsche Historiker und Völkerrechtslehrer. — Der frühere deutsche Konsul Ahlers, ein in England naturalisierter Deutscher, wurde, weil er vor der englischen Kriegserklärung Deutschen behilflich war, England zu verlassen, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, aber vom Berufungsgericht am 19. freigesprochen. — Die englische Regierung gab am 19. Dezember amtlich bekannt, daß Ägypten Ägypten. fortan der britischen Schutzherrschaft unterstehe, als Erwiderung auf die Anerkennung der französischen Schutzherrschaft über Marokko. Oberstleutnant Sir Artur Henry Mac Mahon wurde zum britischen Oberkommissar für Ägypten ernannt. — Das Schwurgericht in Edinburg erklärte am 29. Dezember die Angeklagte Kate Hume der Abfassung falscher Briefe über angebliche Greueltaten der Deutschen in Belgien schuldig, empfahl sie aber der Milde der Justiz; der Richter verfügte die Freilassung der greulichen und überführten Verleumderin.

Die neue Liste der Kriegskonterbande vom 24. Dezember umfaßte auch Nahrungsmittel, bezweckte also die Aushungerung der Gegner.

Vom französischen Gelbbuch war schon die Rede; die offizielle Analyse (1. Dez.) bezeichnete als Ergebnis, die gegenwärtige Krisis sei eine Folge der schroffen Politik Deutschlands, das seit zehn Jahren seine Vorherrschaft zu sichern, Rußland zu erniedrigen, der Entente entgegenzuwirken und, falls diese Ziele nicht erreicht werden sollten, den Krieg herbeizuführen bestrebt gewesen sei. — Am 8. Dezember kehrte die Regierung aus Bordeaux nach Paris zurück. — Der deutsche Reichstagsabgeordnete für Metz Dr. Weill trat als Freiwilliger in die französische Armee ein. — Ministerpräsident Viviani verlas am 22. Dezember in der Kammer eine Regierungserklärung: „In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas ... Wenn Deutschland am 31. Juli die Lage brüskierte, den Krieg unvermeidlich machte, geschah es, weil es seit vierzig Jahren unablässig das Ziel verfolgt, Frankreich zu erdrücken, um zur Knechtung der Welt zu gelangen. Frankreich wird die Waffen erst niederlegen, wenn es das verletzte Recht gerächt, die gewaltsam geraubten Provinzen für immer an das französische Vaterland geschmiedet, Belgien wiederhergestellt, den preußischen Militarismus zerbrochen haben wird, um auf der Grundlage der Gerechtigkeit ein neugebornes Europa aufbauen zu können ...“

Die Frage der japanischen Hilfe wurde in der Presse erörtert; man erfuhr aber, daß Japan gar nicht gewillt sei, in Europa zu intervenieren. — Auch die Sozialisten traten am 26. in der „Humanité" für Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen ein, der preußische Imperialismus müsse besiegt werden, alle Imperialismen, dieser Krieg müsse der letzte sein; die Barbarei dürfe nicht mehr wiederkehren; darum seien die Sozialisten mehr als irgend jemand entschlossen, bis zum Siege zu kämpfen.

Italien. Der italienische Ministerpräsident Salandra hielt am 3. Dezember in der Kammer eine geschraubte Rede, die bereits für alle klar Sehenden den künftigen Abfall Italiens vom Dreibund vorbereitete. Die offiziösen Stimmen in Deutschland und Österreich taten freilich, als ob noch alles in Ordnung sei. Bülow. Aber die Sendung Bülows bewies sofort, daß die Sache sehr gefährlich stehe. Der unabhängige Sozialist Labriola schob am 4. Dezember die Verantwortung für den Krieg auf Deutschland und verlangte, daß die italienischen Interessen durchaus von denen der Zentralmächte getrennt werden sollten. Dagegen wollte der Sozialist Treves unbedingte Erhaltung der Neutralität. Auch die Tagesordnung am 5. Dezember faßte die Erklärung Salandras im Sinn der Neutralität auf. Allerdings verstand man in Italien unter Neutralität die Erklärung, daß man nicht an den Dreibund gebunden sei. Bereits am 9. Dezember kam Italien mit Kompensationsforderungen an Österreich. Der Minister des Äußern Sonnino beauftragte den Botschafter Herzog von Avarna in Wien, der österreichischen Regierung mitzuteilen, daß der Einmarsch in Serbien eine Handlung darstelle, die geprüft werden müsse mit Bezug auf Artikel 7 des Dreibundvertrags, der für die österreichisch-ungarische Regierung die Verpflichtung zu Kompensationen selbst für eine nur zeitweilige Besetzung aufstelle. Graf Berchtold erwiderte aber, der Krieg gegen Serbien sei lediglich ein Verteidigungskrieg. — Am 17. Dezember traf Fürst Bülow in Rom ein; und am 19. teilte Graf Berchtold dem italienischen Botschafter mit, daß er geneigt sei, über Kompensationen mit Italien zu verhandeln. Das geschah auf Wunsch der deutschen Botschaft in Wien. Am gleichen Tag versprach auch Bülow dem Baron Sonnino Kompensationen, sobald Österreich-Ungarn irgendwelche festumgrenzte Ergebnisse erzielen würde. — Die radikale Partei erklärte sich am 29. Dezember für Krieg an Frankreichs Seite.

Die russische Regierung beschloß, die Majorate aller deutschbaltischen adeligen Familien, von denen ein Mitglied im deutschen Heere diene, als Staatsbesitz einzuziehen. Die Deutschen und Österreicher, die Besitzungen in Rußland hatten, sollten diese binnen sechs Monaten verkaufen; sonst würden sie enteignet.

Der Scheich ül Islam erließ am 29. Dezember drei Verfluchungsfetwas gegen den von England zum Sultan von Ägypten ernannten Hussein Kemal.

* * *

Indem ich von den Kriegsereignissen auf die innerstaatlichen und kulturellen Erscheinungen übergehe, beginne ich mit der Römischen Kurie, deren Haltung insofern mit dem Weltkrieg zusammenhängt, als eine stärkere Geltung des Papsttums und Christentums in der Welt den Weltkrieg weniger leicht zum Ausbruch und zu dieser Ausartung hätte gelangen lassen. Aber wir haben ja gesehen, wie in den letzten Jahren auch von mancher katholischen Seite das Ansehen des Papstes untergraben und auf rein religiöses Gebiet zurückgedrängt wurde. Überall da, wo der Papst über dies Gebiet in Fragen des öffentlichen Lebens eingriff, wurde ihm fast allseitig ein passiver oder aktiver Protest entgegengehalten. So empfahl noch am 4. März in einem Fastenbrief der oppositionelle Bischof Bonomelli von Cremona den Verzicht der Kirche auf weltliche Herrschaft und die Versöhnung des religiösen mit dem vaterländisch italienischen Empfinden. Er war der Ansicht, daß dieser Standpunkt von der übergroßen Mehrzahl der gutgläubigen Katholiken Italiens geteilt werde, daß diese die römische Frage als einen Streit um weltliche Macht begraben wissen wollten und unter Anerkennung aller neuzeitlichen Errungenschaften und des modernen Staates nur die Freiheit verlangen, die geistige, sittliche, soziale Entwicklung im christlichen Geiste zu beeinflussen. „Wir verlangen keine Vorrechte und Begünstigungen, wie sie der katholischen Kirche in alten Zeiten zugebilligt wurden; unser Klerikalismus ist nicht vaterlandsfeindlich, der Intransigentismus ist überwunden, und auf unserer Fahne steht heute: Für Religion und Vaterland!" — Im April wollte sich eine christlichsoziale Partei katholischer Parlamentarier konstituieren; aber der vatikan-offiziöse „Osservatore Romano" hob am 8. April hervor, daß sich diese Gründung offen gegen die Ansichten der höchsten Autorität richten würde, die niemals in Italien die Gründung einer parlamentarischen katholischen Partei wünsche, welcher Richtung sie auch sei. Papsttum.

In einer Ansprache vom 25. Mai im Konsistorium hob Papst Pius X. hervor, daß die Zeit andauernd voll Unruhen für die Kirche sei, weil allenthalben die Berührung mit den sich herandrängenden schlechten Lehren den Glauben und die Sitten des christlichen Volkes zu verderben suche, und weil die Kirche gezwungen sei, fast täglich den Angriffen von Menschen standzuhalten, die das Reich Gottes bekämpfen oder die Religion aus dem Bereich der Zivilisation ausschließen wollen. Demgegenüber fehlt es nicht an zeitweiligen Lichtblicken. In der Tat verlangt man jetzt mehr als je nach Frieden, da man weithin Gesellschaftsklassen, Stände, Völker sich gegeneinander erheben sieht, und diese Rivalität wird Tag um Tag bitterer, sie artet oft plötzlich in schreckliche Kämpfe aus. Es sind angesehene und ernste Männer an der Arbeit, welche die Sache der Nationen und der menschlichen Gesellschaft im Auge haben und gemeinsam an den Ideen Pius X.

und an den Mitteln arbeiten, um das Unglück der innern Unruhen und der Kriegsgreuel zu vermeiden und sowohl im Innern wie nach außen andauernd die Wohltaten eines fruchtbaren Friedens zu fördern. Diese Absicht ist vorzüglich, aber diese Beratungen würden unfruchtbar bleiben, wenn man nicht zugleich durch die Tat dafür sorgte, daß die Lehren christlicher Gerechtigkeit und Barmherzigkeit tiefe Wurzeln im Gemüte der Menschen schlügen.

Als am 27. Mai die neuernannten Kardinäle, darunter Erzbischof Hartmann von Köln, Erzbischof Bettinger von München, Fürsterzbischof Piffl von Wien inthronisiert wurden, betonte der Papst in seiner Ansprache, er zähle auf die Hilfe der Kardinäle, um den Angriffen widerstehen zu können, die nicht nur von den offenen Feinden, sondern auch von den Söhnen der Kirche ausgehen. Es ist nötig, über den heiligen Schatz der Kirche zu wachen, um sie rein zu erhalten. „Inmitten so vieler Gefahren habe ich nie versäumt, das Leben vorzuzeichnen, das ein Christ führen soll, indem ich auf die Schäden hinwies. Aber mein klares und deutliches Wort ist nicht immer vernommen und richtig ausgelegt worden; im Gegenteil war die Zahl jener nicht gering, die sich vor willkürlicher Auslegung der Worte des Papstes nicht scheuten. Da bedarf ich eurer Mitarbeit. Prediget es aller Welt, daß nichts dem Herrn und seinem Statthalter so mißfällt, wie Zwiespalt in der Lehre; denn Satanas kann alles dabei gewinnen und zieht seinen Nutzen daraus. Verhindert die Lektüre schlechter Zeitungen. Wenn ihr Leute trefft, die sich ihres Glaubens und ihrer Ergebenheit für den Papst rühmen, aber es ablehnen, sich klerikal nennen zu lassen, so sagt ihnen, ergebene Söhne des Pontifex seien jene, die ihm und seinem Willen gehorchten. Höret nicht auf, immer von neuem zu sagen, daß der Papst die katholischen Gesellschaften liebe, die das materielle Wohl ihrer Mitglieder zum Zweck haben, aber saget auch, daß der Papst erklärt hat, das geistliche Wohl müsse bei ihnen immer an erster Stelle stehen. Konfessionell gemischte Vereinigungen und Bündnisse mit Nichtkatholiken sind erlaubt, aber der Papst bevorzugt die Vereinigungen, die sich um die Fahne drängen, die ruhmreicher ist als alle andern, nämlich die der Kirche. Bittet Gott, uns Eintracht zu geben!“

Der preußische Gesandte von Mühlberg überreichte am 11. Juli als Geschenk Kaiser Wilhelms dem Papst eine Nachbildung des Feldzeichens Konstantins des Großen. — Mit Serbien wurde am 7. August ein Konkordat abgeschlossen.

Benedikt XV. Nach dem Regierungsantritt des neuen Papstes Benedikt XV. 3. September erklärte der „Osservatore Romano“ am 8. Oktober, daß der Heilige Stuhl in den Streitigkeiten der Menschen und in blutigen Konflikten, die sich aus ihnen ergeben, stets vollständige und unbedingteste

Unparteilichkeit beobachten wolle, weil er seine Sendung des Friedens und der Nächstenliebe unter allen Völkern der Erde, ohne Unterschied der Rasse und der Religion, über jedes andere Interesse stellt. Deshalb sollen besonders die Priester nicht vergessen, daß man das allgemeine Interesse der Kirche und der Menschlichkeit immer über das berechtigte Streben der Vaterlandsliebe stellen muß. — Die Mitteilung des Kardinal-Erzbischofs von Köln, daß der Deutsche Kaiser auf seine Bitte verfügt habe, die gefangenen französischen Geistlichen, die als Gemeine dienen mußten, wie Offiziere zu behandeln, beantwortete der Papst am 20. Oktober mit einem längeren lateinischen Schreiben voll Anerkennung für dies Entgegenkommen. — Da die französische Heeresleitung wieder eine Batterie vor der Kathedrale von Reims aufstellte und einen Beobachtungsposten auf dem Turm der Kathedrale einrichtete, legte am 31. Oktober der preußische Gesandte beim Vatikan im Auftrag des Reichskanzlers bei der Kurie gegen den barbarischen Mißbrauch von Gotteshäusern förmlich Protest ein.

In seiner Enzyklika vom 16. November erklärte Papst Benedikt XV., er sei, als er auf den Stuhl Petri stieg, schmerzlich betroffen gewesen über die bedauernswerte Lage der bürgerlichen Gesellschaft, aber freudig berührt vom erfreulichen Zustand, in dem sein Vorgänger ihm die Kirche übergeben habe. Für den schrecklichen Krieg der Geister gibt es vier Hauptgründe: 1. Mangel gegenseitiger Menschenliebe, 2. Verachtung der Autorität, 3. Ungerechtigkeit in den Beziehungen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Klassen, 4. die materiellen Güter, die das einzige Ziel der menschlichen Tätigkeit geworden sind. Der Papst will Einheit und Einmütigkeit, er will jede alte Zwietracht zerstreuen, keine neue aufkommen lassen. Persönliche Ansichten und nicht genehmigte Lehrmethoden sind zu verbannen. Das katholische Studium darf sich nicht mehr mit Fragen beschäftigen, deren Zweck der Reinhaltung des Glaubens zuwiderläuft. Vor allem muß die schlechte Pflanze des Modernismus ausgerottet werden und mit ihr der böse modernistische Geist, der stets nach Neuem strebt. Mit dem Bekenntnis des Glaubens geselle sich das gute Beispiel. Die katholischen Gesellschaften sollen sich an die Vorschriften des Apostolischen Stuhles getreulich halten. Möge Frieden den Nationen, Frieden und Freiheit der Kirche zuteil werden sowie auch Beendigung des anormalen Zustandes, in dem sich heute der Stellvertreter Christi befindet und gegen den der Papst in Erfüllung seiner heiligen Pflichten die Proteste seiner Vorgänger wiederholen muß.

Der Papst schlug für die Weihnachtsfeiertage Waffenruhe vor, aber einige kriegführende Mächte widersetzten sich dem, wie der „Osservatore Romano“ am 12. Dezember meldete. — Sir Henry Howard wurde am 13. Dezember zum außerordentlichen britischen Gesandten beim Papst in

besonderer Mission ernannt. — Ein erneuerter Versuch des Papstes, zum russischen Weihnachtsfest eine Waffenruhe eintreten zu lassen, scheiterte wieder am Widerspruch Rußlands 18. Dezember. — Der „Osservatore Romano“ veröffentlichte am 21. Dezember ein Dekret der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, durch das der Episkopat und Klerus angewiesen wurden, sich der in den einzelnen Diözesen befindlichen Kriegsgefangenen nach Kräften anzunehmen.

In seiner Weihnachtsansprache am 24. Dezember sprach der Papst wieder den allgemeinen Wunsch nach Frieden aus. Kein Wunsch scheint dem Weihnachtsfest mehr zu entsprechen. Unglückseligerweise hat die Vorsehung seinem Pontifikat keine frohen Auspizien gegeben. Aber er hat die Größe seiner Friedensmission als Nachfolger Christi nicht übersehen können. Er hat öffentlich und privat keinen Weg unversucht gelassen, damit sein Rat für den Frieden gut aufgenommen werde. Nicht entmutigt durch die Abweisung seines Weihnachtswaffenstillstands wird er seine Anstrengungen fortsetzen, das Ende des Krieges zu beschleunigen oder dessen traurige Folgen zu erleichtern. Es besteht Hoffnung auf einen Austausch von Kriegsgefangenen, die für den Kriegsdienst untauglich sind. Priester, die der Sprache der Gefangenen kundig sind, mögen sich diesen nähern, sie trösten, eine Verbindung mit ihren Familien herstellen. Mögen doch die Regierungen auf die Stimme des Engels hören, der das Geschenk des Friedens ankündigt.

Diesen päpstlichen Äußerungen schließen wir gleich den Bericht über religiöse Erscheinungen im Deutschen Reich an. Kardinal-Fürsterzbischof Kopp von Breslau richtete am 21. Januar ein Schreiben an

Berliner Richtung.

den entschiedensten Anhänger der sogenannten Berliner Richtung und schärfsten Gegner der Kölner Richtung im katholischen Lager, an den Reichstagsabgeordneten Grafen Oppersdorff. Das Schreiben behandelte die vom Bischof von Paderborn gegebene Auslegung der päpstlichen Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften und verurteilte die vermittelnde Richtung. Der Episkopat habe sich der größten Milde beflissen. „In Essen hätte man es danach in der Hand gehabt, den gewerkschaftlichen Standpunkt mit weiser Zurückhaltung und kluger Schonung des kirchlichen Empfindens zur Geltung zu bringen, bei der überaus milden Erläuterung des Bischofs von Paderborn, und so die Hoffnungen des Episkopats zu rechtfertigen. Statt dessen erging man sich in schroffen und herausfordernden Redewendungen, die die wohlwollenden Rücksichten des Episkopats völlig mißachteten und die angewendete Milde als nutzlos erwiesen, weshalb letztere auch an einer andern kirchlichen Stelle (Rom?) nicht gebilligt wurde. Aus diesen Vorgängen in Essen erkannte ich selbst, daß es Selbsttäuschung war, eine friedliche und versöhnliche Wirkung der Enzyklika zu erhoffen, und schrieb daher an den Bischof von Paderborn,

daß ich meine Zustimmung zu seinen Erläuterungen zurücknähme (1. Dez.). So gut diese Erläuterungen gemeint waren, so ist doch manches einzuwenden. Vor allem waren sie nicht nötig, da die Bestimmungen der Enzyklika deutlich genug sind. Sie waren unnütz, da die Führer der christlichen Gewerkschaften sie nur zu einer schroffen Ablehnung benutzten. Endlich ist es nicht Sache der Bischöfe, päpstliche Erlässe zu erläutern und auszulegen."

Zum Zentrumsstreit erschien am 8. Februar eine Erklärung der deutschen Zentrumspartei: „Die Partei ruht nach Gründung und Geschichte auf dem Boden der deutschen Verfassungen. Damit ergibt sich ihr vaterländischer und staatserhaltender, monarchischer und föderalistischer Charakter. Die Erhaltung der Unabhängigkeit der Religionsgesellschaften, insbesondere der katholischen Kirche, die volle Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen, die Verteidigung der christlichen Grundlagen von Staat und Gesellschaft sowie die Wahrung der bürgerlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit erachten wir ... als die Aufgaben der Partei. Das Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Zentrumspartei dient der Erhaltung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und der Förderung gemeinsamer Interessen. Das Zentrum ist eine grundsätzlich politische, nicht konfessionelle Partei. Das Zentrum soll bleiben, wie es war und ist." Das war unleugbar richtig, aber die andern Parteien blieben eben dabei, das Zentrum als klerikale und ultramontane Partei zu bezeichnen, im Gegensatz zum rein religiösen Katholizismus. Ihnen war das Zentrum zu katholisch, den Berliner Katholiken zuwenig. — In Berlin fand an jenem 8. Februar eine Neugründung der deutschen Zentrumspartei statt, die als eines der bedeutungsvollsten innerpolitischen Ereignisse seit 1871 bezeichnet wurde. Vierundvierzig Delegierte aus den einzelnen Bundesstaaten bildeten einen „Reichsausschuß der Zentrumspartei". So erhielt diese föderalistische Partei als Krönung des gesamten Baues ein Zentralorgan. Jenes Manifest im Sinne der Kölner Richtung wies den „Nörglern" und „Quertreibern" die Tür und brandmarkte sie als Feinde der Partei. Die „Zentrumsparlamentskorrespondenz" bemerkte hiezu: „Damit hat die Zentrumspartei erklärt, daß ihre Anhänger wie in allen interkonfessionellen Organisationen, so auch in den christlich-nationalen Gewerkschaften kräftig mitarbeiten. Die Zentrumspartei hat im leidigen Gewerkschaftsstreit ihr Wort gesprochen. Es ist nicht nur ein politischer und sozialer Krieg, den die sogenannten Integralen führen, alle ihre Angriffe führen sie auf die allein von ihnen verfochtene Wahrung der katholischen Glaubens- und Sittenlehre zurück. Das katholische deutsche Volk hat seinen geistlichen Führern nie die Gefolgschaft verweigert, aber es will nicht von einem Häuflein von Leuten kommandiert werden, in deren Vorgehen es nichts Katholisches erblicken kann." Ein Nachwort dazu sprachen die „Historisch-politischen Blätter" 153, 311 mit Beziehung auf die Haltung von Papst und Bischöfen in dieser leidigen Streitsache, die an der Schwelle des Weltkriegs angesichts der größten Aufgaben für die Kirche leider die Katholiken in zwei feindliche Lager teilte. Zentrum.

In einer Versammlung zu Köln 13. Februar äußerte sich der Generalsekretär Stegerwald vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Kölner Richtung.

sehr entschieden gegen die Berliner Richtung der „Integralen“ und gegen Kardinal Kopp und dessen Brief an Graf Oppersdorff. Dadurch erreichte der Gewerkschaftsstreit seinen Höhepunkt. — Das Breslauer Domkapitel richtete dafür an Kardinal Kopp am 19. Februar eine Vertrauenskundgebung: „Wir fühlen uns in unentwegter Einigkeit verbunden mit dem ganzen Episkopat und dem Felsen Petri. Wir wissen uns eins mit Eurer Eminenz in der entschiedenen Ablehnung aller jener gegen hochverdiente Katholiken und selbst gegen die Bischöfe gerichteten Verdächtigungen, die in letzter Zeit die Einigkeit unter dem katholischen Volk in frivoler Weise gestört haben...“ — Die „Bayerische Staatszeitung“, das Organ Hertlings, schrieb am 23. Februar über die Gewerkschaftsfrage im Kölner Sinn, aber maßvoll, und schloß: „Eine ernsthafte Gefährdung des Bestandes der christlichen Gewerkschaften könnte als Erfolg doch nur von der Sozialdemokratie gebucht werden.“ — Kardinal Kopp starb am 4. März, 76 Jahre alt. — Noch einmal, und zwar noch entschiedener, trat die „Bayerische Staatszeitung“ am 16. März für die christlichen Gewerkschaften ein, „in denen katholische und evangelische Arbeiter ohne Rücksicht auf die Konfessionszugehörigkeit wirtschaftlich organisiert sind“, und wandte sich gegen die „Eifererkreise, die glauben päpstlicher sein zu müssen als der Papst“.

In der katholischen Kirche St. Paulus in Berlin-Moabit kam es am 15. März zu Unruhen, weil polnisch-sozialdemokratische Arbeiter Gottesdienst in polnischer Sprache forderten.

Es wurde am 26. März bekannt, daß sich im Nachlaß des Kardinals Kopp ein Brief des Kaisers aus dem Jahr 1901 befand, gerichtet an die verwitwete Landgräfin Anna von Hessen, die 1836 geborene Tochter des Prinzen Karl von Preußen, die 1901 zum Katholizismus übertrat. Die „Schlesische Volkszeitung“ bestätigte, der Inhalt des Briefs sei seit Jahren bekannt; Katholiken hätten seine Veröffentlichung nicht zu fürchten, ob damit freilich andern Kreisen gedient wäre, sei fraglich. Nach dem „Aachener Volksfreund“ habe sich aber der Kaiser sehr scharf gegen den Übertritt ausgesprochen. Das wurde freilich offiziös am 4. April in Abrede gestellt, die betreffenden Stellen seien gefälscht oder erfunden.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Porsch trat im preußischen Abgeordnetenhaus am 28. April für die katholischen Orden ein, welche Krankenpflege und sonstige Nächstenliebe üben. Dabei kam man auch auf den besagten Kaiserbrief zurück. — Dr. Neumann trat im Namen des Zentrums am 11. Mai gegen die Simultanschulen auf, ebenso gegen die interkonfessionelle Jugendbewegung. „Nur die konfessionellen Vereine können das Programm der Jugendpflege am besten durchführen. Es kommt nicht nur auf die Körperpflege, sondern hauptsächlich auf die Pflege der Gottesfurcht und Vaterlandsliebe an. Den konfessionslosen Gottesdienst, wie er vom Jungdeutschlandbund abgehalten wurde, lehnen wir natürlich grundsätzlich ab.“ Dabei wurde auch von den sozialdemokratischen und den antisemitischen Jugendorganisationen eingehend und allseitig gesprochen, auch über den materialistischen, realistischen Zug der heutigen Jugend. — Im Zusammenhang mit der ganzen Politik sagte

Konfessionelle Vereine.

Graf v. Mirbach im preußischen Herrenhaus am 27. Mai: „In den Kirchen wird Christentum gepredigt, aber in den Theatern, die unter königlicher Aufsicht stehen, werden Stücke gegeben, die eine Verhöhnung von Sitte und Anstand sind."

Im Juni wurde es viel besprochen, daß eine Schrift des badischen Zentrumsführers und Pfarrers Wacker durch Beschluß der Indexkongregation verboten wurde. Sie behandelte die christliche Gewerkschaftsfrage und die der Autorität der Kirche gegenüber der Zentrumspartei. Wacker hatte die Ansicht verfochten, daß das Zentrum als politische Partei von der kirchlichen Autorität unabhängig sei. — Zu Kriegsbeginn wurde endlich der erledigte Bischofstuhl von Posen-Gnesen besetzt durch Dr. Likowski.

Aus dem sonstigen Innenleben des Deutschen Reiches ist die Gründung eines Preußenbundes (18. Jan.) hervorzuheben, der angeregt war durch die Vorgänge in Zabern. Der Bund wollte die Rechte und die Eigenart des Preußentums im Reiche wieder mehr zur Geltung bringen. Schon am 10. Januar hatte Graf Yorck v. Wartenburg in gleichem Sinn die unbestreitbaren Rechte der preußischen Monarchie hervorgehoben. Preußenbund.

Freiherr v. Hertling, der bayerische Ministerpräsident, wurde am 4. Januar in den erblichen Grafenstand erhoben.

Herzog Ernst August von Braunschweig machte am 17. Januar seinen ersten offiziellen Besuch beim Deutschen Kaiser, seinem Schwiegervater. Er wurde herzlich begrüßt und erwiderte: „Als eine der wesentlichsten Aufgaben Meiner Regierung betrachte Ich es, zum Reich und zu Preußen gute staatliche Beziehungen zu pflegen. Ohne solche können die braunschweigischen Lande nicht gedeihen." Am 9. Mai war der Kaiser bei der Taufe des braunschweigischen Erbprinzen Ernst August als einer der Paten anwesend. Braunschweig.

Der Reichstag leistete einen Beitrag für die „Olympischen Spiele" (17. Febr.). Er beriet einen Gesetzentwurf gegen Gefährdung der Jugend durch Zurschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen (18. Februar). — Auch die württembergische zweite Kammer nahm am 6. März ein Lichtspielgesetz an, das eine schärfere Prüfung der Filme unter dem Gesichtspunkt des Jugendschutzes und der öffentlichen Sittlichkeit vorsah. — In beiden bayerischen Kammern wurde die Regierung ersucht, mit allen gesetzlichen Mitteln die zunehmende Unsittlichkeit hauptsächlich in den Großstädten zu bekämpfen, gegen anstößige Schaufensterausstellungen, Reklame für Antikonzeptionsmittel, Animierkneipen und Bars vorzugehen. Der Minister des Innern Freiherr v. Soden wies die Behauptung des Freiherrn v. Cramer-Klett zurück, daß München ein Hauptherd der antichristlichen Agitation sei. — Der Kaiser trat in einer Rede zu Hamburg 23. Juni für den Wassersport ein.

In Berlin begann am 8. März eine sogenannte „Rote Woche", nämlich eine Reihe von Veranstaltungen der Sozialdemokraten, um die Agitation zu beleben und die Fortschritte der Partei in ganz Deutschland den Regierungen deutlich zu machen. Man beschäftigte sich in zahlreichen Versammlungen mit der Verurteilung der Genossin Rosa Luxemburg wegen Aufreizung zur

Meuterei usw. Ruhestörungen kamen nicht vor. Es erregte nur Aufsehen und Entrüstung, daß man das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg mit den in roter Farbe aufgetragenen Worten „Rote Woche" besudelt fand. Der „Vorwärts" schob die Urheberschaft den Gegnern der Roten Woche zu.

Der neugegründete Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband hielt am 12. März in Berlin seine erste Versammlung ab. Generaldirektor Ballin sprach für die Selbständigkeit des Verbandes gegenüber der Deutschen Gesellschaft für Welthandel.

Peinliche Erörterungen im Reichstag wurden durch einen neuen Duellmord im Heer hervorgerufen, 13. März. Der Kriegsminister v. Falkenhayn wollte es in Abrede stellen, daß ein „förmlicher Duellzwang" im Heere bestehe. Aber er verschwieg nicht, „daß ich persönlich eine Ausrottung der Anschauung von Ehre, die noch hin und wieder leider zum Duell führt, für kein Glück halten würde".

Duell.

Auf dem Gebiet der Funkentelegraphie wurde ein bedeutender Fortschritt erreicht. Die von der Station Nauen am 13. März aufgegebenen drahtlosen Versuchstelegramme wurden in Windhuk, Südwestafrika, richtig aufgenommen. — Erzberger sprach am 19. März im Reichstag über die denkbar beste Verwertung der südwestafrikanischen Diamanten.

Die Achthundertjahrfeier der Burg Wittelsbach in Aichach wurde am 28. Mai begangen.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am 12. Juni ein Gesetz über Familienfideikommisse beraten. Die Linke verwarf eine derartige Bindung des Grundbesitzes. Graf Spee (Zentrum) sprach gegen die Gleichmacherei, die Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Der Nationalliberale Ecker sagte: „Wenn wir innere Kolonisation betreiben, müssen wir eine gleichmäßige Grundbesitzverteilung erstreben. Es bedarf da auch eines gewissen Ausbaues des Großgrundbesitzes, aber auch einer Einschränkung desselben."

Am 18. Oktober wurde die neue Universität Frankfurt a. M. eröffnet. Kaiser Wilhelm entschuldigte sein Fernbleiben durch die Kriegsereignisse.

Heyse.

Der Dichter Paul Heyse starb am 2. April in München als Nestor der deutschen Schriftsteller. Der Kaiser und der König Ludwig von Bayern kondolierten der Witwe. Heyse war vor sechzig Jahren von König Maximilian II. nach München berufen worden. Er war der Hauptvertreter eines klassizistisch-romantischen Epigonentums.

Alex. Conze starb zu Berlin, ein Bahnbrecher auf dem Gebiet der klassischen Archäologie, dem ich als Schüler ungemein viel verdanke.

Rudolf Eucken schrieb über „Weltkrieg und Idealismus" (Ill. Ztg., 10. Dez.). Andere Philosophen betrachteten den Krieg als Rückkehr zur Natur. Emil Hadina schrieb von der religiösen Erneuerung durch den Krieg (Ill. Ztg., 31. Dez.).

Man feierte den tausendeinhundertsten Todestag Kaiser Karls des Großen am 28. Januar, besonders in Aachen mit lebenden Bildern (Ill. Ztg., 19. Febr.).

R. Wagners „Parsifal" wanderte seit Beginn des Jahres, da die Aufführung frei wurde, über alle größeren Bühnen der Welt.

Gerhart Hauptmanns neues Drama „Der Bogen des Odysseus“ fand geteilte Aufnahme. Sudermanns neues Drama „Die Lobgesänge des Claudian“ führte in die Zeit des Stilicho zurück.

In der Buchkultur marschierte Deutschland an erster Stelle mit einer Gesamterzeugung von jährlich 36.000 Werken, England gab nur 10.000 Bücher im Jahr, Frankreich 8000 bis 9000. Die Franzosen gaben auch zu, daß an Qualität der Buchherstellung Frankreich sehr zurückgegangen sei. — Der deutsche Werkbund veranstaltete eine bedeutende Ausstellung in Köln (Ill. Ztg., 21. Mai). Auf dieser Werkbundausstellung baute Jos. Hofmann das „Österreichische Haus“ (Öst. Ill. Ztg., 2. Aug.).

In der neuen Berliner Monatschrift „Der Kunstfreund“ bezeichnete W. Bode die neue Kunst als ein Gebräu, das Malerphilosophen, Kritiker und Kunsthändler gemeinsam mischen. Sie sei keine echte Kunst, wohl aber ein echter Ausdruck unserer kunstfeindlichen Zeit. In dieser neuen Kunst tritt das Streben der demokratischen Zeit nach Abbruch der lästigen Schranken von Religion und Moral, nach Nivellierung, nach Unterdrückung der Eigenart und selbständiger Charaktere, das Triumphieren der Mittelmäßigkeit und Roheit abschreckend zutage. Man entdeckt das neue Schöne im Häßlichen, im Gemeinen und feiert es als neue Religion. Ein Zurückschrauben der Kunst auf die primitivsten Anfänge der Wilden ist die Bankrotterklärung aller Entwicklung. Neue Kunst.

Der Maler und Naturapostel K. W. Diefenbach starb im Dezember 1913 auf der Insel Capri. Die „Illustrierte Zeitung“ 1. Januar 1914 bringt ein paar Proben aus seinem anmutigen Schattenfries „Per aspera ad astra“. Diefenbach.

Der Neubau der königlichen Bibliothek und der Akademie der Wissenschaften zu Berlin wurde in Gegenwart des Kaisers am 22. März durch eine Festrede Adolf Harnacks eingeweiht. — Ein bedeutender Bau war die neue von Bonatz und Scholer erbaute Stadthalle in Hannover (Ill. Ztg., 18. Juni). — Einen anmutigen Genoveva-Brunnen für Köln-Mülheim schuf Herter (Ill. Ztg., 16. April). Das Schiller-Denkmal für Dresden war von Selmar Werner (Ill. Ztg., 14. Mai). An der Schillerherme in Leipzig von J. Hartmann lehnen ein nackter Mann und eine nackte Frau (Öst. Ill. Ztg., 17. Mai). Ein „Schicksalsbrunnen“ von K. Donndorf wurde in Stuttgart vor dem Hoftheater aufgestellt (Ill. Ztg., 23. Juli). Ein Denkmal für den Feldmarschall Tilly wurde in Rain am Lech enthüllt, es war von Anton Kaindl (Öst. Ill. Ztg., 10. Mai). Das Denkmal des Luftschiffers Lilienthal von Peter Breuer wurde durch eine Ansprache des Majors a. D. Doktor v. Parseval eingeweiht (Ill. Ztg., 2. Juli).

Sehr bezeichnend ist der Neujahrsartikel 1914 in den „Historisch-politischen Blättern“: „Es liegt ein wahres Jahr des Schreckens hinter uns ... Die gegen den Halbmond losgelassenen Balkanvölker haben auf ihrem Kreuzzug offenbar vergessen, das Kreuz mitzunehmen, und alle ihre christlichen Proklamationen Lügen gestraft; die übrigen Völker Europas haben zum Beweise, daß ihnen das Zeichen der Erlösung völlig aus den Augen entschwunden, durch die Maßlosigkeit ihrer Rüstungen sich selbst und sämtliche Barbaren übertroffen ... In Europa kommt es keinem Staatsmann auch nur von ferne in den Sinn, in der allgemeinen Rat- Histor.-polit. Blätter.

losigkeit an die Hilfe Gottes zu appellieren, hier wagt man es kaum, an Gott nur zu denken. Die Parole heißt hier nicht ‚Opfer und Gebet‘, nein: ‚Geld und Waffen‘ ... Fehlen wirklich alle Anzeichen einer tröstlichen Wiederkehr besserer Tage? ... Die hohe Warte, von wo aus die Weltbegebenheiten, wenn sie richtig verstanden werden wollen, gewertet und beurteilt werden müssen, steht nicht in London oder im Haag, sondern dort, wo die ewige Weisheit demjenigen seinen Sitz angewiesen hat, der sich zwar den Statthalter Christi nennen darf, trotzdem aber aus dem Rate der Völker beinahe völlig ausgeschaltet ist. Die wichtigsten Zeiterscheinungen und Kulturinteressen sind immer diejenigen, die auf geistigem Gebiete liegen und der sittlichen Weltordnung angehören. Darum befindet sich die Zentralwerkstätte der wahren und unverfälschten Kultur nicht in den Hallen der Börse oder im Generalstab, sondern in Rom, wo es dem Stellvertreter Christi gegönnt ist, gleichen Schritt zu halten mit jenen Wegen, welche Gottes Vorsehung auf Erden einschlägt.“

Es wird daran erinnert, wie vor hundert Jahren Napoleon mit seinem kleinen „König von Rom“ ein trauriges Ende nahm. Der Weltkrieg wird vorausgesagt, wenn sich nicht noch eine schönere heilige Allianz als vor hundert Jahren bildete. — Die „freiheitswidrige Tendenz unserer Epoche“ wird aufgedeckt. Der Liberalismus hat die Freiheit zerstört: Schulzwang, Militärzwang, Parteiautokratie, Staatssozialismus. — Hans Rost schreibt über „Beruf und Konfession“. — Luzian Pfleger beglückwünscht Ludwig von Pastor zum sechzigsten Geburtstag. — Ein Jurist bespricht noch einmal die „politischen Grundlagen“ des Zentrumsstreits zwischen Bachem und Roeren. Wohl ist der von seiner Partei gewählte Kandidat nach der Verfassung der Vertreter des ganzen Volkes, aber dennoch verliert er als Abgeordneter nicht den Parteicharakter. Die Partei ist sogar ein anerkannter Faktor des Parlamentarismus. Gewiß ist jede politische Partei eine politische Partei und keine religiöse, denn das Parlament ist kein Konzil; aber das konfessionelle Moment kann eben auch aus dem politischen Leben nicht ausgeschieden werden. — Urban Zurburg berichtet von der letzten Krisis in der anglikanischen Kirche, entstanden durch einen offenen Brief des katholisierenden anglikanischen Bischofs von Sansibar Frank Weston: „Die anglikanische Kirche, wofür steht sie ein?“ — Die zahlreichen Austritte aus der evangelischen Landeskirche werden dem Komitee „Konfessionslos“ schuld gegeben, dessen Protektoren Haeckel, Ostwald, Tschirn, Bruno Wille, Artur Drews waren. — An die Jahrhundertfeier der Wiederherstellung der Gesellschaft Jesu wird erinnert. — L. Pfleger schreibt über Louis Veuillot. — Onno Klopps Schrift „Wird Deutschland wieder katholisch werden? (1859) wird hervorgezogen. Die Frage sei nur zu beantworten, wenn die Katholiken der Gegenwart sich treu an Rom anschließen. „Dagegen dürfte es sehr zweifelhaft sein, ob die Katholiken Deutschlands sich selbst, dem Vaterlande und der Kirche nützen, wenn sie das Religiöse aus den Lebensgebieten mit extremer Subtilität ausschalten wollten.“ — Hans Rost schreibt über „Geburtenrückgang und Konfession“. — R. v. Mandorff gibt den „Schlüssel zur Nationalitätenfrage“. — Wenzel Frankemölle spricht von der „Notwendigkeit sozialer

Zentrumsstreit.

Elemente in der Kunst der Zukunft". — J. K. Kempf betrachtet „die Stellung der Frau in christlicher und sozialdemokratischer Beleuchtung". — F. X. H. erklärt „Die Aussichtslosigkeit der heutigen Arbeiterpolitik", wenn sie nicht die ganze soziale Frage umfaßt, die Verbindung von Arbeit und Kapital wieder herstellt, das ganze Industriesystem von Grund aus umbildet, die geisttötende Arbeitsteilung beseitigt, die religiösen Ideale erweckt, die Bedeutung der irdischen und materiellen Arbeit für das überirdische und geistige Leben vor die Seele stellt. Also Wiederherstellung eines wirtschaftlichen Volksorganismus, eine soziale Ordnung, in der die Berufsschichten und ihre rechtlich ausgestatteten Korporationen sich zu einem monumentalen, reich und ebenmäßig gegliederten Gesellschaftsbau zusammenfügen. — Richard Volpers spricht „Vom Geist der Wiedergeburt einer Nation". — W. Dietrich-Lippstadt gibt eine Würdigung A. G. Oehlenschlägers. — N. Paulus gibt eine Übersicht über „Home Rule". — J. Gspann vergleicht „Gotik und Scholastik". — Ein Artikel von Hans Rost über den „Charakter der Gegenwartskultur" klingt wie ein „Dies irae" vor dem Weltkrieg. Unsere glanzvolle Kultur stellt sich als Äußerlichkeits- und Scheinkultur dar; das Glück einer wahren Kultur meidet die heutigen Kulturmenschen mehr denn je. Es liegt eine Verdrossenheit auf der Kulturmenschheit. Es fehlt an einer aufwärts gerichteten Kulturentwicklung. Das 20. Jahrhundert hat ein ungeheures Kulturerbe überkommen, aber ohne Glück. Das egozentrische Prinzip überwiegt alle Humanitätsempfindungen. Die ganze Kulturmenschheit ist von einem sinnengierigen Taumel erfaßt. Die Religion mit ihren festen und zuversichtlichen Normen hat ihre herrschende Kraft zum Teil eingebüßt. Das 19. Jahrhundert hat mit einem ungeheuren Defizit an idealer Begeisterung geendigt (Sombart). Von einer geistigen Größe unserer Zeit kann trotz ihrer Selbstgefälligkeit keine Rede sein (Steinhausen). „Kritik, Hohn, Agitation, Aufklärung, Sehnsucht, literarische Reformreligionen, kühnste Umsturzpläne: all das geht durcheinander. Daneben lebt die große Masse in Arbeit und Genuß und hat aus beiden Gründen keine Zeit, mit diesen Dingen sich zu beschäftigen. Die Intensität des modernen Lebenskampfes läßt es zu der Ruhe und Stille nicht kommen, die die Voraussetzung für religiöses Leben ist, und die erschöpften Sinne suchen andere Erholungsmittel. Unterdessen steigt die Nervosität, die Kriminalität, die Selbstmordziffer und die Unfruchtbarkeit, alles im Zusammenhang mit der Erschwerung einer einheitlichen und geschlossenen, verpflichtenden und beruhigenden Lebensanschauung oder Religiösität. Es ist die alte Geschichte, die man eine zeitlang den Fortschritt genannt hat und dann die Dekadenz, und in der man heute gern die Vorbereitung eines neuen Idealismus sieht. Noch ist er aber nicht da, und niemand weiß, wie er aussehen soll" (Troeltsch). Nichts hat mehr gelitten als das Innenleben. Eine Periode der Äußerlichkeit ist angebrochen, einer Verödung des Gemüts. Kulturmüdigkeit ist die Folge. Schon Adolf Wagner spricht vom „Industriepestgeruch städtischer Zivilisation". Man sieht keine wirkliche Verbesserung, Verschönerung des Daseins, sondern nur Einbuße. Die Zeit ist reich an Kulturwerten, aber arm an Kulturhöhe (Sarason). Der allgemeinen Dekadenz setzt nur die katholische Kirche starke Dämme entgegen. Selbstmord, Geburtenrückgang, sexuelles Elend sind vorwiegend protestantische Erscheinungen. Zuversicht und Lebensfreude beseelt das Kulturleben der Katholiken. Ohne die Kultur des Katholizismus wäre der

Scheinkultur.

Charakter der Gegenwartskultur um vieles dunkler und unerfreulicher. — Im 153. Band werden noch folgende Bücher besprochen: A. Wurm, Grundsätze der Volksbildung. Th. v. Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreiche. Das Herdersche Lexikon der Pädagogik. Kißling, Geschichte des Kulturkampfs, zweiter Band. Stockmanns Neubearbeitung von Baumgartners Goethewerk. Odilo Wolff, Der Tempel von Jerusalem, seine Maße und Proportionen. Rich. M. Meyr, Die Weltliteratur im 20. Jahrhundert (besprochen von J. Ranftl). Zingelers Lebensbild des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern. P. W. v. Keppler, Im Morgenland, siebente Auflage. K. Trautmann, Kulturbilder aus Altmünchen. M. de Wulf, Geschichte der mittelalterlichen Philosophie, deutsch von R. Eisler. Ph. Dengel, Das österreichische historische Institut in Rom 1901—1913; Festgabe für L. v. Pastor. Hermann Hüffer, Lebenserinnerungen. (Er erwähnt unter anderem, daß in Österreich in den Sechzigerjahren die meisten an der Zukunft des Kaiserstaates zweifelten; dagegen zeigten sich die aus Deutschland berufenen Ausländer als besonders von österreichischer Gesinnung erfüllt.) J. Tixeront, Histoire des dogmes, dritter Band. Jos. Führichs Werke, gesammelt von H. Wörndle, herausgegeben vom Ministerium für Kultus. Hermann Roeren, Veränderte Lage des Zentrumstreites. Zorn v. Bulach, Eine ernst-friedliche Stimme zu den Vorgängen in Zabern. Henry Tode, Michelangelo und das Ende der Renaissance. Viktor Graf Segur-Cabanac, Kaiser Ferdinand I. von Österreich. Aug. Bebel, Aus meinem Leben; 3. Teil, herausgegeben von K. Kautsky. Rich. Lempp, Die Frage der Trennung von Kirche und Staat im Frankfurter Parlament. W. Kosch, Friedrich Spee (Führer des Volks, achtes Heft). Ch. Gore, Bishop of Oxford, The Basis of Anglican Fellowship in Faith and Organisation (zum anglikanischen Kirchenstreit).

Im 154. Band der „Historisch-politischen Blätter“ erhebt Sophie Görres die alte Frage „Ist Hugo Grotius katholisch gestorben?“ Den Manen des Erzherzogs Franz Ferdinand wird ein Nachruf gewidmet: „Der Tod des Erzherzogs ruft zum Himmel um Vergeltung. Möge sich das alte Österreich, an Ehren und an Siegen reich, erheben, wie bei Aspern, Custozza und wie zur Zeit des Prinzen Eugen.“ Bei Ausbruch des Weltkriegs erinnert Julius Bachem an den „Himmelszeichendeuter“ Jos. Görres. Ewald Reinhard gibt Briefe von K. E. Jarcke an K. L. v. Haller. Rußlands volkswirtschaftlicher und politischer Zustand wird in seiner Morschheit enthüllt. — Der Stand der Frauenbewegung wird nach den Kongressen des letzten Jahres betrachtet. — Aug. Rösler charakterisiert „die Epoche Pius' X.“. — Franz Zach schildert „Die moderne Literatur als Gottsucherin“, mit Bezug auf Gustav Schülers „Gottsucherlyrik“ und „Auf den Strömen der Welt zu den Meeren Gottes“ und andere Erscheinungen. — Hans Rost betrachtet die „Lehren und Konsequenzen des Weltkrieges“. – Johannes Mayrhofer fragt: „Nietzsche unser Führer im Weltkrieg?“ — Es wird Seite 821 die Prophezeiung erwähnt, die der Geist des 1657 von den Schismatikern bei Minsk zu Tode gemarterten Jesuiten Bobola 1819 dem Dominikaner Korzeniecki erteilte, es werde aus einem Kampf der Russen, Türken, Franzosen, Engländer, Österreicher und Preußen die Wiederherstellung Polens hervorgehen. — Ein Aufsatz Krieg. „Der Krieg ein Lebenerwecker“ schließt: „Darum sind Kriege, trotz aller Kriegsnot, Heimsuchungen gnadenvollster Art.“ — Folgende Bücher werden besprochen; August Sträter, die Vertreibung der Jesuiten aus

Deutschland im Jahre 1872. G. Schweitzer, China in neuem Gewande. Alois Wurm, Kunst und Seele. 1. Vom innerlichen Christentum. Alb. M. Weiß, Liberalismus und Christentum (Verteidigung des angeblichen Hyperkatholizismus. Was die Uneinigkeit unter die Katholiken bringt, das ist der Liberalismus. Liberalismus ist Enttheologisierung, ist Minimismus, Entklerikalisierung, Antiultramontanismus, Säkularismus, Anpassungschristentum, Naturalismus, Laisierung: Protestantismus, Abkehr von der Autorität der Kirche, Subjektivismus, Interkonfessionalismus. „Die katholische Kirche ist keine Konfession, sondern eine Profession“). W. Liese, Wohlfahrtspflege. Ignaz Döllingers Briefe an eine junge Freundin, herausgegeben von H. Schrörs. W. Kosch, Ludw. Aurbacher. Das Sammelwerk „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“ mit der Einleitung von Fürst Bülow. Jahrbuch der Frauenbewegung 1912, herausgegeben von El. Altmann-Gotheiner. Alfred Loisys Selbstbekenntnisse „Choses Passées“. Hammader, Hauptfragen der modernen Kultur. P. W. v. Keppler, Das Problem des Leidens, 5. Auflage.

In Ungarn rühmte sich Ministerpräsident Tisza zu Neujahr, das wüste Treiben der Obstruktion niedergebrochen und für alle Zeiten durch die neue Hausordnung unmöglich gemacht zu haben. — Der österreichische Ministerpräsident Stürgkh lud die Parteien Böhmens neuerlich zu Ausgleichsbesprechungen ein, aber die tschechischen Agrarier und Radikalen nahmen am 27. Januar die Obstruktion wieder auf. — Das Abgeordnetenhaus nahm die Personaleinkommensteuer übereinstimmend mit den Beschlüssen des Herrenhauses am 21. Januar an. — Die Ruthenen Galiziens verständigten sich mit den Polen durch einen Pakt vom 28. Januar. Die Wahlkreise wurden geregelt, eine ruthenische Universität versprochen. — In Debreczin machte sich der nationale Kampf zwischen Rumänen und Magyaren um die Sprache der Liturgie in einem Bombenattentat (der Rumänen?) gegen den griechisch-unierten Bischof Luft. Er selbst blieb unverletzt (3. Febr.). — Auffallend erschien es, daß Ungarn anfangs Februar eine Staatsanleihe auf dem Londoner Markt abschloß. — Die deutsch-tschechischen Ausgleichsversuche scheiterten im März; deshalb blieb der Reichsrat arbeitsunfähig. — Für und wieder eine italienische Hochschule in Triest fanden Kundgebungen in Triest und Wien statt (13. März). Österreich-Ungarn.

Über die politische Bedeutung des Thronfolgermordes schrieb Ludwig Sevin (Ill. Ztg., 2. Juli): „Ist es ein Zufall, daß das monarchische Element in den letzten Jahren drei Vertreter erhalten hat, die uns darauf hinweisen, daß nicht Mehrheitsbeschlüsse großer Massen allein die Geschicke der Völker bestimmen, sondern der Erbweisheit der Monarchengeschlechter auch heute noch ein gewaltiger Anteil zukommt? In Großbritannien, Deutschland und Österreich waren es vom Schicksal bestimmte Herrscherpersönlichkeiten, die der Entwicklung den Stempel ihrer Persönlichkeit aufgeprägt haben.“

Die Vorkämpferin der Friedensbewegung Baronin Bertha v. Suttner starb am 21. Juni, kurz vor dem Ausbruch des Kriegs.

Kardinal Katschthaler, Fürsterzbischof von Salzburg und Primas von Deutschland, starb, ohne sein Ziel, die katholische Universität, erreicht zu haben.

Anläßlich des vierten allösterreichischen Esperantokongresses am 31. Mai zu Franzensbad wurde dort ein Esperantomonument enthüllt (Ill. Ztg., 18. Juni).

Die Stadt Friedland feierte ihren neunhundertjährigen Bestand mit einem Festspiel.

Die vierte Wiener Universitätsreise ging über Albanien, Sizilien, Tunis und Malta nach Afrika.

Jos. Wilk führte ein Kaiserdenkmal für Sarajevo aus (Öst. Ill. Ztg., 26. Juli). In Debreczin wurde das Denkmal Ludwig Kossuths enthüllt (Öst. Ill. Ztg., 17. Mai). F. Seifert schuf eine treffliche Herme für Ferdinand v. Saar im Wiener Wertheimsteinpark (Öst. Ill. Ztg., 28. Juni). Für die Philanthropin Gräfin Franziska Andrassy schuf Hans Bitterlich ein Denkmal im Wiener Waisenhaus (Öst. Ill. Ztg., 5. Juli).

Irische Frage. Eine Lebenssache für England war, wie bereits gesagt, die irische Frage. Der Bürgerkrieg stand bevor. Lord Roberts erklärte es aber für undenkbar, daß die britische Armee zum Kampf gegen die Freiwilligen von Ulster aufgerufen werden könne; eine solche Aktion würde den Ruin der britischen Armee bedeuten (12. Febr.). Die Unionistische Partei erließ am 3. März einen Aufruf gegen Homerule; unterschrieben waren Lord Roberts, Großadmiral Seymour, Lord Milner, Rudyard Kipling. Die Homerulevorlage wurde am 5. März wieder im Unterhaus eingebracht, ebenso der Gesetzentwurf für Trennung von Kirche und Staat in Wales und der für Abschaffung der Pluralstimmen bei den Wahlen. Premierminister Asquith versuchte es am 9. März mit dem Vermittlungsvorschlag, Ulster. daß die (protestantisch-englischen) Grafschaften von Ulster darüber abstimmen sollten, ob sie zunächst von der Wirkung des Homerule ausgeschlossen bleiben wollten, etwa für sechs Jahre, nachdem man über die Tätigkeit des irischen Parlaments genügende Erfahrungen habe. Indes spitzte sich die Ulsterkrise so zu, daß die Regierung militärische Maßnahmen ergreifen mußte. General Gough und zahlreiche Offiziere reichten ihre Abschiedsgesuche ein, um nicht gegen Ulster kämpfen zu müssen. Sie kehrten aber wieder an ihre Posten zurück, als man ihnen sagte, es handle sich nur um den Schutz der Vorräte der Regierung. — Schatzkanzler Lloyd George erklärte am 21. März, die irische Frage sei das ernsteste Problem seit den Tagen der Stuarts; die Repräsentativverfassung stehe auf dem Spiel; falls die Liberalen jetzt zurückwichen, würden sie nicht mehr imstande sein, ein großes Reich zu regieren. — Premierminister Asquith, der nun auch das Kriegsministerium übernahm, erklärte in einer Wahlrede 4. April, er sei überzeugt, die Armee werde auch hier ihre Pflicht tun. Wenn eine Armee von der bürgerlichen Gewalt angerufen werde, ist es die Pflicht des Soldaten wie jedes gewöhnlichen Bürgers, den Forderungen nachzukommen. Die gegenwärtigen unionistischen Lehren treffen die Disziplin der Armee und die demokratische Regierung im Innersten. Diese Lehren

sind eine vollkommene Grammatik der Anarchie. Sie rufen zu beliebiger Zeit den Geist der Gesellschaft auf und beanspruchen, die Maschinerie der Selbstregierung der Gesellschaft zu hemmen. Die Homerulevorlage wurde in zweiter Lesung am 6. April mit 356 gegen 276 Stimmen angenommen. Den Unionisten von Ulster gelang es am 25. April, im Hafen von Larne 75.000 Gewehre und 40 Tonnen Munition zu landen. Alle Regimenter in Dublin erhielten sofort Befehl, sich marschbereit zu halten. — Im Namen der Opposition verlangte Austen Chamberlain am 28. April im Unterhaus eine Untersuchung über die irische Gefahr. Marineminister Churchill erklärte dies Verlangen als unverschämt; dies sehe ja einem Tadelsvotum von Verbrechern gegen die Polizei ähnlich. Er wünsche es vollkommen klarzustellen, daß die Regierung, wenn es zu einem Aufstand käme, ihn niederschlagen würde, und daß sie, wenn ein Bürgerkrieg ausbräche, ihr Bestes tun würde, um ihn zu unterdrücken. Man möge doch die Wirkung dieser Dinge auf das Ausland bedenken: in jedem befreundeten Lande müsse Sorge herrschen bei der Vorstellung, daß die Macht, welche das europäische Gleichgewicht darstelle, zeitweilig erschüttert werden könnte. Natürlich weiß das Ausland nicht, daß im Fall von äußern Schwierigkeiten oder einer von außen kommenden Bedrohung alle innern Schwierigkeiten verschwinden würden. — Hier haben wir die Erklärung für Englands Nötigung, in den Weltkrieg einzutreten; die innere Lage war auf keine andere Weise zu verdecken. Man erinnere sich, daß in diesem Sinn am 22. bis 24. April der Staatsbesuch des englischen Königspaares in Paris stattfand. — Das von Austen Chamberlein beantragte Tadelsvotum gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens in der Ulsterfrage wurde am 29. April im Unterhaus mit 344 gegen 264 Stimmen abgelehnt und die Homerulevorlage wurde am 25. Mai in dritter Lesung mit 351 gegen 274 Stimmen angenommen. Bonar Law erklärte das vom Standpunkt der Opposition für eine „verächtliche Posse. Die Regierung hat die Macht, das Gesetz im Parlament durchzubringen, aber hier endet ihre Macht, und der Schluß des Schauspiels wird sich nicht in diesem Hause, sondern im Land abspielen, an welches wir alsbald appellieren werden“. Das war der Appell zum Aufstand und Bürgerkrieg. Nach dem angenommenen Homerulegesetz sollte Irland ein eigenes Landesparlament aus zwei Häusern erhalten, einen Gesetzgebenden Rat und eine Gesetzgebende Versammlung. Irland wird aber auch im Reichsparlament weiter vertreten bleiben. Auf allgemeine Reichsangelegenheiten, wie Heer, Marine, Landesverteidigung und auswärtige Politik, sollte sich die gesetzgebende Gewalt des irischen Parlaments nicht erstrecken, wohl aber auf Zölle und Abgaben. Auf die Dauer von fünfzehn Jahren soll Irland einen Zuschuß von zwei Millionen Pfund Sterling jährlich

Homerule.

aus der Reichskasse erhalten, nach Ablauf dieses Zeitraums aber einen bestimmten Prozentsatz zu den Reichsausgaben beitragen. Das einzige ungelöste Problem war, ob die irische Provinz Ulster, die sich dem Homerule widersetzte, dauernd, oder, wie die Regierung vorschlug, nur für etwa sechs Jahre von dem neuen Gesetz ausgenommen werden solle.

Im Oberhaus suchte Lord Crewe durch einen Zusatzantrag vom 23. Juni das Homerulegesetz zu mildern in Anbetracht des drohenden Bürgerkriegs und des religiösen Gegensatzes zwischen dem protestantischen Ulster und dem übrigen katholischen Irland. Die einzelnen Grafschaften von Ulster könnten sich auf sechs Jahre dem Homerule entziehen. Das genügte aber nicht den Unionisten. Es bildete sich eine provisorische Ulsterregierung; die Freiwilligen erklärten sich jeden Augenblick zum Ausmarsch bereit (10. Juli). Da kam der österreichisch-serbische Konflikt der Regierung sehr gelegen. Asquith erklärte am 20. Juli, angesichts der ernsten Lage habe der König eine neue Homerulekonferenz in den Buckinghampalast geladen. Der präsidierende König sagte bei der Eröffnung am 21. Juli; „Seit Monaten nehmen die Ereignisse in Irland sicherlich eine beständige Richtung auf den Appell an die Gewalt. Heute ist der Ruf ‚Bürgerkrieg‘ auf aller Lippen. Es ist undenkbar, daß wir an den Rand eines Bruderkrieges gebracht werden sollten, wenn die Ergebnisse im Geist des Entgegenkommens behandelt werden.“ Aber nach mehreren Tagen vergeblicher Verhandlung wurde die Konferenz am 24. Juli ergebnislos abgebrochen. In Dublin ereigneten sich bei der Konfiskation von Waffen, die für die Ulsterleute bestimmt waren, am 27. Juli schwere Unruhen. Unter diesen Umständen konnte Asquith am 30. Juli im Unterhaus die Vertagung der zweiten Lesung der Zusatzvorlage zur Homerulebill vorschlagen und er steuerte nunmehr, um die ganz verzweifelte innere Lage zu retten, dem Weltkrieg zu, indem er Rußland dazu ermunterte. Die Homerulefrage wurde noch einmal am 1. September von Redmond im Unterhaus aufgeworfen; dieser „loyale Ire“ forderte energisch, daß die Homerulevorlage Gesetz werde, ohne Rücksicht auf die Zusatzvorlage. Asquith bat, eine so gefährliche Erörterung für jetzt fallen zu lassen. „Laßt uns einig bleiben, solange wir können!“ Nach einem Aufschubgesetz vom 15. September sollten Homerule in Irland und Kirchentrennung in Wales erst nach dem Krieg als Gesetze in Kraft treten.

Außer den Iren hatten auch die Suffragetten der Regierung Mühe gemacht. Durch ein Bombenattentat in der Westminsterabtei wurde am 11. Juni der alte Krönungsstuhl beschädigt.

Als der deutsche Botschafter Fürst Lichnowski von der Universität Oxford zum Ehrendoktor ernannt wurde, hielt er einen Vortrag über das Zusammenhalten der teutonischen Rasse.

Bei Beginn des Krieges erklärte die englische Regierung piratenmäßig alle deutschen Patente und Schutzmarken für verfallen.

Der verstorbene Jos. Chamberlain hatte als roter Republikaner begonnen und als besonderer Hort des Jingotums geendet. Er war es, der für den Burenkrieg verantwortlich war. Er liebäugelte zuerst mit den Iren, sagte sich aber dann gänzlich von Homerule los und entzweite so die liberale Partei, indem er von Gladstone abfiel und die liberal-unionistische Partei gründete. Er trat für Schutzzoll ein, wieder mit dem Erfolg einer weiteren

Zersplitterung der Liberalen. Seit acht Jahren hielt ihn ein Schlaganfall vom öffentlichen Leben fern.

Der deutsch-englische Maler Hubert Herkomer starb in England den 31. März 65 Jahre alt.

Die Invasionsfurcht der Engländer war nicht unbegründet. Fritz Opel stellte in der „Illustrierten Zeitung" 24. Dezember die zahlreichen feindlichen Landungen an der britischen Küste zusammen.

In Frankreich bildete sich am 28. Februar eine Katholische Partei. Frankreich.
Ihr Programm war die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl, gesetzliche Anerkennung der Rechte der Kirche in Frankreich, Wiederherstellung des Kirchenvermögens im Einvernehmen mit Rom, Rückkehr der vertriebenen Ordenskongregationen, Wiederverwendung der geistlichen Krankenpflegerinnen in den Spitälern, Schutz der Rechte des katholischen Unterrichts, Erhaltung der katholischen Schulen aus dem Unterrichtsbudget und Abschaffung des Ehescheidungsgesetzes. — Als am 24. März im Senat das Gesetz zum Schutz der Laienschule beraten wurde, erwiderte Unterrichtsminister Viviani auf Angriffe der Klerikalen: „Die Demokratie und die Republik haben die Fesseln gebrochen, die das alte Regiment um die Feder des Schriftstellers, um das Wort des Redners legten . . . Auch die Republik ist ein Glauben, der in der Erhebung der Seelen besteht. Sie haben sich als Söhne der Kirche und Soldaten des Papstes erklärt. Sie meinen wie Montalembert: Die Enkel der Kreuzfahrer werden nicht vor den Söhnen Voltaires zurückweichen. Ich aber sage Ihnen, daß die Enkel der Revolution nicht gestatten werden, daß sich die drückendste Tyrannei, die je bestanden hat, wieder bilde." — Der katholische Abgeordnete Graf Albert de Mun starb am 6. Oktober in Bordeaux 73 Jahre alt.

Der diesjährige Eucharistische Kongreß fand in Lourdes statt. — Die Franzosen trugen Kriegstalismane mit dem Herzen Jesu (Ill. Ztg., 13. Sept.).

In Paris wurde vom russischen Ballett die „Josefs-Legende" aufgeführt nach dem Ballettbuch von Hofmannsthal und Graf Keßler, Musik von Rich. Strauß. Strauß wurde zum Offizier der Ehrenlegion ernannt; das Dekret wurde ihm (auf der Bühne?) vom deutschen Botschafter überreicht. Das war vor Kriegsausbruch.

Ein Denkmal Victor Hugos wurde auf der englischen Kanalinsel Guernsey enthüllt, wo der Dichter von 1852 bis 1870 in der Verbannung lebte (Ill. Ztg., 23. Juli). In Paris wurde dem König Edward VII. von England ein Reiterstandbild errichtet (Öst. Ill. Ztg., 15. Febr.). In einem Saal des Gemeindehauses im Pariser Vorort Saint-Ouen wurde ein Denkmal Robespierres von Gust. Broquet aufgestellt (Ill. Ztg., 8. Jan.). In Paris wurde für die Philanthropinnen Bauci-Caut und Baronin Hirsch ein Denkmal der Güte und Barmherzigkeit von Moreau-Vauthier errichtet (Öst. Ill. Ztg., 28. Juni).

Um den scheußlichen Tangotanz zu verdrängen, empfahl man den altvenezianischen Tanz Furlana und führte ihn dem Papste Pius vor (Ill. Ztg.,

26. Febr.). — Im antiken Theater von Syrakus wurde vor vierzigtausend Zuschauern des Äschylos „Agamemnon" aufgeführt (Ill. Ztg., 9. Juli. — In Cividale wurde der berühmten Schauspielerin Adelaide Ristori ein schönes Denkmal gesetzt (Öst. Ill. Ztg., 5. April). — In Rapollo bei Genua wurde ein Kolumbus-Denkmal errichtet von Bresso (Ill. Ztg., 11. Juni).

Karlisten. Auf seine Ansprüche an den spanischen Thron verzichtete am 17. März Don Jaime, das Haupt der Karlisten. — Das Organ des Grafen Romanones verlangte am 20. August offenes Eintreten zugunsten des Dreiverbands. — Spanische Professoren richteten am 21. November ein Sympathieschreiben an die Berliner Kollegen mit der Anerkennung der deutschen Kultur.

Portugal. Portugal erklärte sich am 8. August „vorerst" neutral. Die Regierung war gegen den Krieg, stand aber unter dem wirtschaftlichen Druck Englands. England hatte sein Auge auf die wichtigen strategischen Stützpunkte in Portugal gerichtet, sowie auf die 100 bis 150 deutschen Dampfer, die dort lagen.

Schweiz. In Basel tagte am 30. Mai das ständige von der Berner Konferenz 1913 eingesetzte deutsch-französische Interparlamentarische Komitee. Es nahmen teil Jaurès, Augagneur, Sembat, Frank, Gothein, Haase, v. Liszt, Scheidemann u. a. Das „Journal des Débats" sagte ironisch, das einzige Mittel, die französisch-deutschen Beziehungen zu verbessern, sei, möglichst wenig davon zu sprechen. — Der Nationalrat stimmte für die Verhältniswahl. — Beim Ausbruch des Kriegs mobilisierte die Schweiz, erklärte aber ihre Neutralität auf Grund der Verträge von 1815. Das war ein Irrtum. Die Schweiz hat die damals garantierte Neutralität eingebüßt durch den Sonderbundkrieg 1847 und die daraus hervorgehende zentralistische Bundesverfassung, die den alten Staatenbund völlig aufhob und zu einem neuen Bundesstaat machte. Frankreich und Österreich hätten damals interveniert, wenn nicht die Februarrevolution 1848 dazwischen gekommen wäre. Selbstverständlich hatte aber die Schweiz aus allgemeinen Gründen das Recht der Neutralitätserklärung. — Der jung-ägyptische Politiker Dr. Rifaat wurde am 19. November aus Genf ausgewiesen, da seine Tätigkeit der schweizerischen Neutralität schaden konnte. — Der Bundesrat protestierte bei der französischen und englischen Regierung wegen Verletzung des Luftgebiets durch Flieger. In Genf wurde der Professor des germanischen Rechts Hugo de Claparède wegen seiner deutschfreundlichen Gesinnung von den Studenten hinausgeekelt. — Der dekadente Schweizer Dichter K. Spitteler gab in einem Züricher Vortrag (16. u. 17. Dez.) seinen Absagebrief an das Deutschtum. Fort mit ihm! — Gegen Ende des Jahres wurden etwa 11.000 Zivilinternierte aus Frankreich und Deutschland über die Schweiz heimgeschafft.

Dänemark. Die nordschleswigsche Frage wurde immer wieder besprochen; aber Dänemark blieb musterhaft neutral. Das Regierungsorgan „Politiken" wies am 9. April den Gedanken an ein Verteidigungsbündnis der drei nordischen Staaten zurück; Dänemark sei nie für einen militärischen Neuskandinavismus zu haben. Daran änderte auch nichts die Zusammenkunft der drei nordischen Monarchen in Malmö 18. Dezember. Allerdings protestierten die skandinavischen Reiche gegen die Behinderung der Seefahrt

durch den Dreiverband (13. Nov.). In einer Unterredung mit Björn Björnson vom 15. August äußerte sich Bethmann Hollweg sehr dankbar für die Neutralität Hollands und der nordischen Länder: „Ich habe fünf Jahre lang alles getan, um einen Weltkrieg zu verhindern. Rußland hat vor der schweren Verantwortung nicht zurückgescheut, den Weltkrieg zu entfesseln. Die frivole Politik Rußlands trägt die direkte Schuld am Kriege. Wir kämpfen heute nicht nur für uns. Besonders die skandinavischen Länder müssen ja verstehen, daß es auch um ihre Existenz geht, wenn Rußland siegen sollte." — Gegen die Sperre der Nordsee durch England schrieb das norwegische „Morgenbladet": „England hat die Nordsee von Island bis Schottland gesperrt. Es ist dies ein unerhörter Übergriff gegen das internationale Recht. Auf die Stimme der kleinen Länder hört niemand. Der Neutralitätsbegriff existiert nicht mehr, wenn jeder Übergriff der kriegführenden Großmächte schweigend geduldet wird."

Bezeichnend war die Haltung **Bulgariens** dem Weltkrieg gegenüber. Bulgarien. Die offiziöse „Volia" schrieb am 30. Juli: „Was sich heute ereignet, bildet die **dritte Phase** des **Balkankrieges**. Die moralische Verantwortung dafür fällt ganz auf **Serbien**, denn diese dritte Phase wäre nicht in so schrecklicher Weise zum Ausdruck gekommen, wenn Serbien sich nicht geweigert hätte, den serbisch-bulgarischen Bündnisvertrag durchzuführen. Die Regierung hat die Pflicht, wachsam und bereit zu sein." — Der bulgarische Gesandte in Petersburg General Radko Dimitriew trat wohl als Freiwilliger in die russische Armee, wurde daher abgesetzt und aus der bulgarischen Armee gestrichen (7. Aug.). Ein dringendes, erneuertes Verlangen der russischen Regierung, gemeinsam mit Serbien vorzugehen, wurde am 12. August abgelehnt. Auf die Drohungen der russischen Panslawisten entgegnete das bulgarische Blatt „Utro" am 28. August: „Bulgarien lebte bis zum vorigen Jahr im Wahn, daß es eine slawische Idee gebe. Heute wissen wir, daß es eine ungeheure Verwirrung im Begriff des Slawentums gibt. In Österreich geht es den Slawen gut, in Rußland schlecht. Wir sind zuerst Bulgaren und dann Slawen. Seit wir uns von der slawophilen Idee losgesagt haben, fühlen wir uns leichter." Am 6. September berichtete dasselbe Blatt über ein Wort des verstorbenen russischen Gesandten in Belgrad Hartwig: „Ein starkes Bulgarien wäre Rußlands unversöhnlicher Feind." Vergebens stellten der russische und der französische Gesandte der bulgarischen Regierung die Wiederherstellung des alten Vertrages von San Stefano in Aussicht, wenn es sich dem Verband anschließe. Ebenso ergebnislos verlief die Mission des Präsidenten des Londoner Balkankomitees Noel **Buxton**. Am 2. November schrieb der Liberale Jokin Wladikin in der „Kambana": „Rußland hat den Krieg der Balkanstaaten untereinander hervorgerufen. Es ist der größte Feind des Slawentums, weil es Polen geknechtet hat und gegen das slawische Österreich kämpft. Rußland handelt als Brudermörder am Slawentum. Die Peter-Paul-Festung, Sibirien, Sachalin, die russischen Spione und die Schwarzen Hundert erfüllen die Südslawen und die ganze Menschheit mit Entsetzen und Ekel." Die Nationale Liga erließ am 15. November einen Aufruf, in dem Regierung und Volk aufgefordert wurden, den Augenblick der Befreiung Makedoniens vom

serbisch-griechischen Joch nicht zu versäumen. Zu den Bemühungen des Dreiverbands, einen neuen Balkanblock zustande zu bringen, schrieb der „Dnewnik“ am 30. November: „In der dreistesten und brutalsten Weise auf seine Rolle als Befreier pochend, will Rußland heute Bulgarien zu einer Handlungsweise zwingen, die unsern Interessen offen widerspricht. Mit beispielloser Frechheit will es Bulgarien einreden, daß seine Interessen in dem neuen Balkanblock lägen, der die Rettung des sterbenden Serbiens zum Zweck hat.“ Auf neue Versuche des Dreiverbands Anfang Dezember antwortete die bulgarische Regierung, sie könne auf keine Verhandlungen eingehen, ehe nicht Bulgarien der ihm gebührende Teil Makedoniens zurückgegeben sei. Zum Fall Belgrad schrieb „Kambana“ 5. Dezember, er bedeute nicht nur den Untergang einer räuberischen Dynastie und eines unwürdigen Staates, sondern zugleich das Fallen von Schranken, welche die westeuropäische Kultur bei ihrem Vordringen nach Osten jahrezehntelang aufgehalten haben. Für Bulgarien bedeutet der Fall Belgrads die Aushebung eines alten Verschwörernestes, in dem zahllose Anschläge ausgeheckt wurden. Außerdem bedeutet es einen Schlag für die russische Diplomatie, die an all den Verschwörungen beteiligt war, sowie einen Schlag für die einfältigen Köpfe der bulgarischen Russenfreunde. Zum Jahresschluß erklärte die offiziöse „Narodni Prawa“: „Die Befreiung Makedoniens und seine Angliederung an Bulgarien ist seit jeher die Hauptaufgabe der bulgarischen Politik gewesen.“

Rumänien. König Karol von Rumänien garantierte am 28. Juli die Neutralität und erklärte dem österreichischen Gesandten Grafen Czernin, wenn Österreich auch leider auf eine militärische Unterstützung Rumäniens nicht rechnen könne, so werde ihn keine Macht der Welt jemals bewegen, die Waffen gegen die Monarchie zu ergreifen. Auch die sozialdemokratische Parteileitung warnte am 8. Oktober in einem Aufruf vor der schamlosen russischen Propaganda. „Aber das rumänische Volk möge wissen: die russische Gefahr war und ist immer die größte.“ — Am 10. Oktober starb König Karol im sechsundsiebzigsten Jahr, seit 20. April 1866 Fürst, seit 1881 König von Rumänien. Ihm folgte sein Neffe Ferdinand, geboren 1865, vermählt mit Prinzessin Maria von Sachsen-Coburg und Gotha, die sich aber ganz als Engländerin fühlte. Die Ehe Karols mit der Dichterin Elisabeth von Neuwied (Carmen Sylva) war kinderlos geblieben. Es begannen nun sofort die Intrigen für den Anschluß an den Dreiverband; sie wurden von den Brüdern Buxton, den Agenten der englischen Regierung, geleitet. Ein junger Türke versuchte am 15. Oktober ein Attentat auf das Brüderpaar, ohne Erfolg. Eine Versammlung der organisierten Arbeiter legte am 23. November Verwahrung ein gegen alle Kriegstreibereien und forderte Aufrechterhaltung friedlicher Neutralität.

Griechenland. Griechenlands neutrale Stellung fing an zu schwanken, als Ende August der Chef der englischen Marinemission in Griechenland Admiral Mark Kerr den Oberbefehl über die griechische Flotte an Stelle des Griechen Konduriotis übernahm. Am 14. September trat zudem an die Stelle des bisherigen Außenministers Dr. Streit auch der Ministerpräsident Venizelos.

Griechische Truppen besetzten am 27. Oktober Argyrokastro und Premeti in Albanien zum Mißvergnügen Italiens. Venizelos erklärte, es geschehe nur zum Schutz der Bevölkerung ohne Absicht auf Einverleibung. Das wurde denn auch von den Mächten gebilligt. Italien besetzte am 30. Oktober auch die Insel Sasseno nnd errichtete Sanitätsstationen in Valona und Durazzo. Der Präsident der autonomen Regierung von Epirus Zographos proklamierte am 9. November die Vereinigung von Epirus mit Griechenland. Essad Pascha, seit 12. Oktober Präsident und Oberbefehlshaber in Albanien, machte sich wegen seiner serbenfreundlichen Haltung unmöglich. Gegen ihn brach am 23. November ein Aufstand aus, der Heilige Krieg wurde ausgerufen und die mohammedanischen Albanier erklärten sich bereit, den Kampf gegen Serbien an Österreichs Seite aufzunehmen und die heiligen Denkmäler von Kossowo vor den Serben zu schützen. Italienische Marinetruppen besetzten am 25. Dezember Valona „zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz der Albanier“.

Man zählte in Rußland 55½ Millionen Moskowiter oder Großrussen, 22 Millionen Ukrainer oder Kleinrussen, an 6 Millionen Weißrussen, 1 Million Bergvölker des Kaukasus, 1½ Millionen Letten, 1½ Millionen Litauer, 1 Million Rumänen, 1 Million Armenier, an 8 Millionen Polen, 5 Millionen Juden, 2½ Millionen Finnen, 1½ Millionen Tataren, 1 Million Esthen, 1 Million Baschkiren, 1 Million Mordwinen, 1·8 Millionen Deutsche, außerdem Schweden, Zigeuner, Tschechen, Bulgaren, Griechen, Karthwelier (1 Million), Schmuden, Kirgisen, Tschuwaschen, Kalmücken, Karelier, Tscheremissen, Wotjaken usw. Russen.

Die Vorteile und Nachteile der feldgrauen Uniform wurden zu Anfang des Jahrs besprochen. Im balkanischen Krieg besaßen die Bulgaren und die Türken schon die neue schutzfarbige Montur, doch sie brachte keine Vorteile, wohl aber den Nachteil, daß man die eigenen Truppen nicht von den feindlichen unterscheiden konnte.

In Petersburg wurde ein Denkmal des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch aufgestellt (Ill. Ztg., 19. Febr.). — Großfürst Konstantins Christusdrama „Der König von Judäa“ wurde in Petersburg aufgeführt.

Man feierte den hundertsten Geburtstag des ukrainischen Dichters Taras G. Schewtschenko am 9. März. Damit erhob sich bereits vor dem Weltkrieg die ukrainische Bewegung, allerdings nur in Österreich, in Rußland war sie verboten. Der serbische Invalidendank ließ durch den Wiener Bildhauer Hans Schaefer eine Medaille ausführen zur Erinnerung an die Wiedereroberung des Amselfeldes durch die Serben im Jahre 1912 (Ill. Ztg., 15. Jan.). Schewtschenko.

Die „Illustrierte Zeitung“ gab am 3. Dezember eine Übersicht über die wahrscheinlichen Veränderungen der Bevölkerungszahlen der europäischen Großmächte bis ungefähr 1960. Deutschland hatte 1850 35·4 Millionen, 1911 65·0 Millionen, dürfte also 1960 102·4 Millionen haben. Die entsprechenden drei Zahlenstellen sind für Österreich-Ungarn von 30·7 zu 51·4 bis 76.4 Millionen; für England gehen sie von 26·3 zu 45·2 bis 66·7 Millionen; für Frankreich von 35·8 zu 39·6 bis 37·7 Millionen; für Rußland von 70·0 zu 171·0 bis 264·1 Millionen; für Italien von 24·0 über 34·7 bis zu 52·2 Millionen.

Ägypten geriet bei seiner unklaren Stellung in eine schiefe Lage. Bei Beginn des Kriegs fehlte es nicht an hoffnungsvollen Aufstands- Ägypten.

bewegungen unter der arabischen Bevölkerung gegen die englische Herrschaft. Die Eisenbahn wurde zerstört, um den Transport indischer Truppen nach Kairo zu hindern. Auch setzte eine Boykottbewegung gegen englische Firmen und Waren ein. Am zweiunddreißigsten Gedenktag der Besetzung Ägyptens durch England, 15. September, sandte das ständige Komitee der Jungägypter in Genf ein Protesttelegramm an den englischen Premierminister. Es erinnerte an die im Unterhaus abgegebene Erklärung über die Neutralität Belgiens und machte die Regierung auf ihre Handlungsweise nach zweierlei Maß aufmerksam, da sie die Neutralität Ägyptens aufs gröbste verletze und ihr zu wiederholten Malen abgegebenes Versprechen, dem Lande die Unabhängigkeit wiederzugeben, nicht erfülle. Auch der in Konstantinopel lebende Khedive Abbas Hilmi erhob gegen das Vorgehen der Engländer Einsprache. Der englische Militärkommandant verbot den Abgang der Heiligen Karawane nach Mekka, um mohammedanischen Verschwörungen zu wehren. Die arabische Zeitung „Al Adel“ schrieb Mitte September: „Die englische Regierung hat Ägypten vollständig isoliert und sucht es von allen Verbindungen mit der Außenwelt abzuschneiden. Alle Prinzen des Landes werden strenge bewacht oder gefangengehalten. Offiziere, die dem Kalifat treubleiben wollten, wurden aus dem Heer gestoßen. Indische Truppen sollen Ägypten in Schach halten. So handelt jenes England, das alle Verträge der Welt verletzt hat und jetzt die edle Pose des Schützers der Ehre und der Rechte der Völker annehmen möchte. Ägypten gehört ganz und gar der Türkei. England hat es zu räumen. England, der größte Feind des Islam, das seit fünfzig Jahren die schwersten Missetaten gegen die Ehre und das Ansehen des Kalifats verübt hat, soll und wird jetzt seinen Lohn finden.“

Am 19. Oktober kam es in Kairo wieder zu blutigen Kämpfen zwischen ägyptischen und englischen Truppen. — Da der in Konstantinopel weilende rechtmäßige Khedive Abbas Hilmi an England die Forderung stellte, die britischen Truppen aus Ägypten zurückzuziehen, ernannte die britische Regierung den Oheim des Khediven, den Prinzen Hussein Kemal, zum Regenten von Ägypten, und dessen Sohn Kemal Eddin Pascha zum Kriegsminister. — Am 28. November wurde in Alexandrien der englische Polizeichef ermordet. Die in Ägypten sich aufhaltenden Deutschen, Österreicher und Ungarn wurden nach Malta und Zypern gebracht. Die britische Regierung gab am 19. Dezember bekannt, daß Ägypten fortan der britischen Schutzherrschaft unterstehe und daß das Hoheitsrecht der Türkei über Ägypten erloschen sei. Der bisherige Khediven wurde des Khediviats entsetzt und Hussein Kemal zum Khediven mit dem Titel Sultan ernannt. Oberstleutnant Artur Henry Mac Mahon wurde britischer Oberkommissär für Ägypten. Gegen all das protestierte Abbas Hilmi am 19. Dezember und warf England alle Rechtsbrüche seit zweiunddreißig Jahren vor, die Aussaugung des Landes, die Verhinderung seiner kulturellen Entwicklung. Leider hatte sein Aufruf an

die Ägypter bisher ebenso wenig Erfolg wie die Verfluchung des Hussein Kemal am 29. Dezember.

England bot die Südafrikanische Union auch zum Kampf gegen Deutsch-Südwest auf, und der Premierminister setzte dies am 10. September beim Parlament durch trotz des Widerspruchs des Burenführers Hertzog und seiner Anhänger. Hertzog meinte: „Die Südafrikanische Union hat gar keine Verpflichtung, Krieg zu erklären. Sie weiß noch zu gut, was Krieg ist, um leichtherzig in ihn einzutreten. Was wissen wir vom Krieg in Europa? Ich weiß nicht, wer da recht hat." Der frühere Burengeneral J. Delarey wurde bei einer nächtlichen Automobilfahrt in der Nähe von Johannesburg erschossen. General Beyers, der Oberkommandierende der südafrikanischen Truppen, trat am 15. September zurück, da er der Ansicht war, die Streitkräfte der Union dürften nur zur Verteidigung des Gebietes verwendet werden. Er schrieb in seinem Entlassungsgesuch: „Es heißt, England wolle durch den Krieg die Unabhängigkeit der kleinen Völker und die Verträge verteidigen. Die Geschichte lehrt das Gegenteil. Als Beweis dafür brauche ich nur an die Verletzung der Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik und des Oranjefreistaates zu erinnern. Es heißt, der Krieg wird gegen die Barbarei der Deutschen geführt. Ich habe nicht vergessen, was alles an Barbarei während des südafrikanischen Krieges in unserm Land verübt worden ist . . ." Ende September empörte sich der Burenoberst Maritz und suchte Fühlung mit den Deutschen. Er wurde aber am 26. Oktober geschlagen und flüchtete auf deutsches Gebiet. Der Aufstand dehnte sich aber weiter aus. Die Burengenerale Chr. Dewet und Beyers erließen am 28. Oktober einen Aufruf gegen den „gottlosen Überfall auf Deutsch-Südwest gegen ein Volk, das uns nie Böses tat, sondern uns allzeit gut gesinnt war. Wir protestieren mit den Waffen in der Hand gegen ein so gefährliches Prinzip, das die Regierung gegen die Absicht und den Willen des Volkes ausführen will, da wir überzeugt sind, daß wir uns dadurch Gottes Fluch zuziehen werden . . ." Chr. Dewet zog am 29. Oktober in Vrede ein und sagte dort in einer Versammlung: „Ich unternehme die denkbar schwerste Revolte; denn ich will die britische Fahne in Pretoria niederholen und eine südafrikanische Republik proklamieren. Ich habe den Vertrag von Vereeniging 1902 unterzeichnet und England Treue versprochen, aber wir sind durch das elende englische Geschmeiß bis aufs Blut gequält worden und können es nicht mehr aushalten. König Edward versprach uns Schutz, er hat nicht Wort gehalten und einen Tyrannen über uns gesetzt, der eine Pest für unser Land ist." Chr. Dewet rief am 6. November den Oranjefreistaat aus, er schlug am 9. den General Cronje am Sandfluß; die Aufständischen besetzten Harrysmith. Aber

Südafrika.

nach einigen Niederlagen der Buren geriet Dewet am 1. Dezember in Gefangenschaft. General Beyers ertrank auf der Flucht im Vaalfluß 7. Dezember. Die übrigen Führer legten die Waffen nieder. Nur Maritz und Kemp flüchteten auf deutsches Gebiet. Der Burenführer Fourie wurde am 19. Dezember in Pretoria standrechtlich erschossen. Noch versuchte Kemp den Kampf weiter zu führen, er schlug die Regierungstruppen am 22. Dezember bei Schuitdrift.

In Marokko kam es nach der Erklärung des Heiligen Krieges zu schweren Unruhen.

Es schien eine Zeitlang, als ob Afghanistan sich der Türkei anschließen wolle, ebenso schien es, als ob Persien durch die Brutalitäten Rußlands auf diese Seite gedrängt würde.

China. In China verfügte Präsident Yuanschikai am 12. Januar die Auflösung des beschlußunfähigen Parlaments. Ein Präsidialerlaß proklamierte am 8. Februar die Verehrung des Himmels durch den Präsidenten als den Vertreter des Volks, ferner die Verehrung des Konfuzius durch den Präsidenten. Dem Volk wurde aber volle religiöse Freiheit gewährt. — Am 9. Mai wurde endlich die Fünfmächteanleihe im Betrag von fünfzehn Millionen Pfund Sterling abgeschlossen. — Am 3. Juni wurde in Schanghai eine deutsche Ingenieurschule eröffnet. — Infolge des Abzuges der russischen Truppen bot am 5. August der seines Schutzes beraubte Hutuchtu von Urga (Mongolei) der chinesischen Regierung freiwillig seine Unterwerfung an. — China erklärte am 8. August seine Neutralität im Weltkrieg. — Der Gelehrte Sungjujen, der für die Herstellung des Kaisertums eintrat, wurde am 21. November in Peking hingerichtet. Durch Beschluß des Staatsrats vom 30. Dezember wurde dem Präsidenten Yuanschikai die Präsidentschaft auf Lebenszeit gesichert mit dem Recht, den Nachfolger zu wählen.

Japan. Das innere Leben Japans war von skandalösen Bestechungsprozessen im Marinefach erschüttert. Es erfolgten deshalb Kabinettskrisen am 24. März. An Stelle des Grafen Kiyoura übernahm am 13. April Graf Okuma die Neubildung des Ministeriums. In den Bestechungsprozeß waren auch Engländer verwickelt. Nicht alle waren mit Okumas Kriegspolitik einverstanden. Ooka meinte vielmehr (10. Sept.), England wäre mit indirekter Hilfe zufrieden gewesen. In den Ausführungen des Ministers sei manches unklar. Baron Kato verweigerte Auskünfte mit Berufung auf das diplomatische Geheimnis. Auch Matsuda erkärte, nach dem Text des englisch-japanischen Bündnisses sei Japan in keiner Weise gezwungen, in den Krieg zu treten, solange die territoriale Integrität und die speziellen Interessen Ostasiens es nicht erforderten. Er wünschte deshalb zu wissen, ob Deutschland den Frieden in Ostasien gestört oder die speziellen Interessen Englands verletzt habe. Die Antwort gab Kato in einer Geheimsitzung. — Die japanische Regierung hob am 18. September zwei deutsche Zeitungen auf. Im Volk dauerte die Bewegung gegen den Krieg an. Das Marineministerium gab bekannt, daß man die Marschall-,

Mariannen- und Karolinen-Inseln aus militärischen Gründen besetzt habe (20. Okt.). Der englischen Regierung war das weitere Vorgehen Japans im Stillen Ozean nicht angenehm. Deutschland protestierte am 13. November gegen den Bruch der Neutralität Chinas, den sich Japan zuschulden kommen ließ, um Tsingtau zu erobern. Kato wurde am 9. Dezember im Abgeordnetenhaus über Kiautschou befragt; er sagte, Japan habe keiner einzigen Macht eine Zusage gegeben; eine Rückgabe nach dem Krieg werde nicht erwogen. Da das Haus eine Vermehrung der Armee ablehnte, wurde es am 26. Dezember aufgelöst. Die tiefere Ursache für die oppositionelle Haltung des Hauses war in der weitverbreiteten Mißstimmung über die gegen China gerichtete Eroberungspolitik des Kabinetts Okuma gelegen.

Ernesto Fenollosa behandelte eingehend „Ursprung und Entwicklung der chinesischen und japanischen Kunst".

Um die innere Lage und die äußere Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika auszudeuten, mögen einige Daten aneinandergereiht werden. Eine Hauptsache war der Kampf der Republik gegen die Trusts. Die Regierung mußte dem Lande immer wieder mit Antitrustmaßregeln Hoffnung machen, die sie aber der Übermacht des Kapitalismus gegenüber nicht durchsetzen oder ausführen konnte. So schlug Wilson am 20. Januar folgende Maßregeln vor: 1. Verbot ineinandergreifender Direktorate großer Korporationen, Banken, Eisenbahnen usw. 2. Beaufsichtigung der Eisenbahnen durch die Bundesverkehrskommission. 3. Ergänzung und Sicherung des Shermanschen Antitrustgesetzes. 4. Eine Informationsanstalt für das in der Geschäftswelt gesetzlich Erlaubte. 5. Strafgesetze gegen ungesetzliche Geschäftspraktiken. 6. Verbot von Besitzgesellschaften, Beschränkung des Stimmrechts der Aktionäre. 7. Recht der Privatklage gegen ungesetzliche Geschäftsvereinigungen. — Man blickt hier in einen Knäuel von Korruption. Amerika.

Wilson verfügte am 27. Januar die Einsetzung einer Regierungsbehörde für die Panamakanalzone; ihr Leiter wurde Oberst Goethals. Die Frage der Panamakanalgebühren gab noch viel zu schaffen; man verzichtete endlich angesichts des Protestes der ganzen Welt auf eine Bevorzugung der amerikanischen Küstenschiffahrt. Nur Kolumbien erhielt Vorzugsrechte, wofür es die Unabhängigkeit Panamas anerkannte. Auch verzichteten die Vereinigten Staaten nicht auf das Recht, ihre eigenen Schiffe im Kanal gebührenfrei verkehren zu lassen.

Es wurde der Bau einer tausend Meilen langen Eisenbahn in Alaska beschlossen.

Ein neues Einwanderungsgesetz schrieb für die Einwanderer den Nachweis der Schulbildung vor, beseitigte aber alle Artikel über den Ausschluß von Asiaten. Daran hielten sich aber nicht alle Bundesstaaten.

Es erfolgte am 12. Februar der erste Nachrichtenaustausch auf drahtlosem Weg zwischen der Neuyorker und Berliner Presse (über Nauen).

Bestechungsangelegenheiten zwangen den Justizminister Hennedy in Bufalo zum Selbstmord (15. Febr.).

In Illinois nahmen am 7. April zuerst die Frauen an den Staatswahlen teil, doch erlitten die weiblichen Kandidatinnen eine völlige Niederlage.

Für die Vermehrung und Verbesserung der Kriegsflotte wurde eifrig Sorge getragen.

Mexiko. Ein großer Konflikt entstand mit Mexiko. Darüber berichtete eine Botschaft Wilsons an den Kongreß 20. April: „Wir bekämpfen nicht das mexikanische Volk, sondern nur Huerta und seine Anhänger. Wir wollen dem mexikanischen Volk ermöglichen, eine gesetzmäßige Regierung wieder einzuführen. Dabei wollen wir nicht die Angelegenheiten des mexikanischen Volkes leiten, das das Recht hat, seine innern Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu erledigen.“ Nach heftigen Debatten wurde dem Präsidenten die Berechtigung zuerkannt, die bewaffnete Macht in Mexiko zu verwenden. Marinetruppen besetzten Veracruz 21. April. Die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen. Der Führer der Aufständischen General Carranza richtete am 23. April eine Erklärung an Wilson: „Der Einfall in unser Gebiet ist eine Verletzung unserer Unabhängigkeit.“ Staatssekretär Bryan antwortete, Präsident Wilson wolle mit seinen Maßregeln nicht den Krieg gegen Mexiko. Zur Beilegung des Streitfalls wurde eine Vermittlungskonferenz in Niagarafalls (Kanada) am 20. Mai eröffnet. Es kam am 28. zur grundsätzlichen Einigung, daß Huerta abtrete und eine neue Präsidentschaft gewählt werde. Dagegen protestierte Carranza. Huerta war bereit, zurückzutreten, aber erst, wenn das Land politisch beruhigt sei. Am 2. Juli kam es doch zu einer endgültigen Einigung. Bei der Neuwahl 6. Juli erhielt Huerta ein Vertrauensvotum; doch der Aufstand der „Konstitutionalisten“ blieb in Kraft. Huerta dankte am 15. Juli ab; sein Nachfolger wurde Carbajal. Aber die Aufständischen zogen unter Carranza am 16. August in Mexiko ein. Gegen ihn bildete General Villa eine vorläufige Regierung in Aguas Calientes 6. November nach einem siegreichen Gefecht. Dort wurde am 12. November Gutierrez als provisorischer Präsident anerkannt, während Carranza in Orizaba residierte. Nachdem die Amerikaner Mexiko räumten, ließ sich in Aguas Calientes Gonzales am 1. Dezember zum provisorischen Präsidenten ausrufen. Villa zog aber am 4. Dezember in Mexiko ein, und das Jahr endete mit völligem Chaos. — Eine kleinere Staatsumwälzung gab es in Peru usw.

Panama. Der Panamakanal wurde am 15. August dem Verkehr übergeben. Die Feierlichkeiten unterblieben, zumeist wegen des Weltkriegs. Zudem wurde bereits am 16. Oktober durch einen Erdrutsch der Verkehr wieder unterbrochen.

Wilson. Wilson erklärte am 5. August die Neutralität der Vereinigten Staaten im europäischen Krieg. Er bot auch, wie es hieß, sofort den kriegführenden Mächten für jetzt oder später seine guten Dienste an zum Zweck der Wiederherstellung des europäischen Friedens. Er richtete angesichts der Wühlereien am 19. August eine Mahnung an die Amerikaner zur Wahrung der Unparteilichkeit, des ungetrübten Urteils, der Selbst-

beherrschung. Die Nation dürfe weder über andere zu Gerichte sitzen, noch sich in ihren eigenen Entschlüssen stören lassen. „Ich warne vor jenem tiefsten, feinsten und so wichtigen Neutralitätsbruch, der aus Einseitigkeit und leidenschaftlichem Parteiergreifen entstehen kann. Die Vereinigten Staaten müssen in diesen Tagen, die dazu angetan sind, die menschliche Seele in Versuchung zu führen, neutral bleiben, dem Namen und der Sache nach. Wir müssen jede Handlung vermeiden, die als Bevorzugung irgendeiner der kämpfenden Parteien ausgelegt werden könnte."

Es verlautete Mitte September, Präsident Wilson habe in Berlin angefragt, ob Kaiser Wilhelm geneigt sei, in Unterredungen wegen des Friedens einzutreten, er habe aber eine ausweichende Antwort vom deutschen Reichskanzler erhalten: Da nach dem Londoner Übereinkommen die Verbündeten keinen Sonderfrieden abschließen wollen, müsse sich Amerika zur Erlangung von Friedensvorschlägen an diese wenden. Daraus erklärte man die seitdem bemerkbare persönliche Verstimmung Wilsons gegen Kaiser Wilhelm. So erklärt sich wohl auch die Unfreundlichkeit, daß Wilson den Vorstellungen der deutschen Regierung wegen des Waffenhandels an die Entente nicht stattgab, sondern am 16. Oktober durch den stellvertretenden Staatssekretär erklären ließ, die Bürger der Vereinigten Staaten dürften auf eigene Gefahr nach Belieben alles, selbst Konterbande, an die Kriegführenden verkaufen; es sei Sache der fremden Völker, solche Verschiffungen für die Feinde zu verhindern, aber nicht Pflicht der Neutralen, solchen Verschiffungen vorzubeugen. Damit war Wilson formell im Recht, aber es widersprach seinen Mahnungen vom 19. August, es war ein Hohn für die Mittelmächte, denen die Verhinderung eines solchen Handels unmöglich war; es war ein wenn nicht formeller, so doch tatsächlicher schwerer Bruch der Neutralität. Zur Zeit des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 dachte man in Amerika billiger und anständiger, völkerrechtlicher und neutraler, denn damals machte der Präsident Grant von seinem Rechte Gebrauch, den Handel mit Kriegskonterbande unbedingt zu verbieten, weil er damals auch nur Frankreich zugute gekommen und also materiell ein Bruch der Neutralität gewesen wäre. — Allerdings lehnte Amerika einen französischen Anleiheversuch Mitte September ab als dem wahren Geist der Neutralität nicht entsprechend, sei es, weil damals noch nicht die Rankünе gegen Deutschland bestand, sei es, weil das Geld in Amerika selbst knapp zu werden drohte, wie eine Gesetzesvorlage vom 5. September bewies. Auch die Antwort Wilsons an die belgische Klagegesandtschaft am 17. September war noch durchaus neutral gehalten. Die Anfrage Wilsons in Berlin dürfte daher um den 18. herum erfolgt sein.

Ridder. Die Deutschamerikaner blieben nicht stumm. So schrieb Hermann Ridder in der „Neuyorker Staatszeitung“: „Es gibt fernerhin nur einen einzigen Feind, das unversöhnliche, kaufmännisch rechnende England. Der Untergang der englischen Kreuzer ist der Anfang vom Ende. England gab sich selbst den Todesstoß, als es daranging, die deutsche Kultur in der Welt zu zerstören.“ — Auf Anordnung Wilsons wurden am 4. Oktober besondere Gebetstunden für den Frieden in den Kirchen aller Bekenntnisse auf dem gesamten Gebiet der Union abgehalten. — Wilson erklärte am 11. Oktober, von der japanischen Regierung beruhigende Versicherungen über ihre Absichten im Stillen Ozean erhalten zu haben. Jedenfalls mußte er sich dabei beruhigen. — Die Beschlagnahme amerikanischer Schiffe durch England verursachte Ende Oktober eine Spannung zwischen beiden Regierungen. Amerika wünschte seinen Handel mit Deutschland aufrecht zu erhalten, England sah aber in allen Waren eine Begünstigung seines Feindes. So protestierte Amerika am 8. November gegen die Beschlagnahme von Kupfer- und Olladungen nach neutralen Ländern, solange nicht der Beweis erbracht sei, daß sie für Mittelmächte bestimmt seien.

Am 18. November veröffentlichte die „Associated Preß“ einen inspirierten Bericht Wilsons über die Auffassung von seinen Pflichten als Friedensstifter. Amerika werde erst dann seine Vermittlung anbieten, wenn einer oder mehrere der Kriegführenden die Bereitwilligkeit anzeigen, das Anerbieten anzunehmen. Der Präsident habe bereits informell und formell seine Bereitwilligkeit, gute Dienste anzubieten, gezeigt. Gegenwärtig sei nicht mehr möglich. Auch wolle er zwar gern mit den andern neutralen Staaten zusammenwirken, aber nicht den Anfang damit machen, bis einer der Kriegführenden seine Bereitwilligkeit zeige, eine Vermittlung durch eine Gruppe neutraler Staaten in Betracht zu ziehen.

Wilson. Wilsons Botschaft vom 8. Dezember besagte: „Die europäischen Völker richten ihre Blicke nach Amerika, um von da ihre beinahe leeren Märkte wieder aufzufüllen. Wir verfügen wohl über Hilfsquellen, haben aber keine genügende Handelsmarine, so daß wir ausländische Handelsschiffe ankaufen müssen. Wir sind zwar auch gerüstet, wollen aber nicht Amerika in ein bewaffnetes Lager verwandeln. Das Richtige ist, daß jeder freiwillig sich meldende Bürger in den Waffen unterrichtet wird . . . Wir sind die Vorkämpfer von Friede und Eintracht, namentlich jetzt, wo unsere Hoffnung dahingeht, daß diese Lage uns zu gegebener Zeit eine Gelegenheit bieten wird, wie sie selten eine Nation vor sich hatte: eine Gelegenheit, vermittelnd aufzutreten, um den Weltfrieden zu erlangen und eine Ordnung herbeiführen zu helfen, bei der in versöhnlicher Weise zahlreiche Streitfragen beigelegt werden können, welche die Freundschaft zwischen den Völkern erkältet und gestört haben.“

Es ist bezeichnend, daß am 10. Dezember sowohl im Senat wie im Repräsentantenhaus das Verbot von Kriegslieferungen an eine der kriegführenden Parteien vorgeschlagen wurde, daß aber der Präsident das nicht unterstützte; nur die Lieferung von Unterseebooten an einen kriegführenden Staat wurde am 11. Dezember von der Regierung

als eine Verletzung der Neutralität erklärt. Derlei wollte die Regierung selber behalten. Sie richtete auch am 28. Dezember eine Protestnote an die englische Regierung wegen Unterbindung des neutralen Handels. Das hatte keine andere Wirkung, als daß man in England etwas verstimmt war. Man rechnete den Amerikanern nach, daß sie im November 1914 viermal mehr Nahrungsmittel ausgeführt hätten als im November 1913.

Stimmen aus Maria-Laach.

Im Jahrgang 1913/14 der „Stimmen aus Maria-Laach" sei auf einiges Besprochene hingewiesen: Die moderne Zoroasterbotschaft Mazdaznan (Bd. 86, 119); Tournier mit dem Modernismus (von Neyses); Beiträge zur Geschichte des Kölner Kirchenstreits von Paul Vogel; Maeterlink und der Tod (235); die Schriften über Zentrum und Kölner Richtung werden besprochen unter dem Sammeltitel „Öffentliche Tätigkeit auf Grund katholischer Überzeugung" (225). Als Prinzip wird ausgesprochen; „Zusammenarbeit im paritätischen Staat wird begrüßt, jedes Verwischen der religiösen Grundsätze enschieden abgelehnt." Über den fast beispiellosen Erfolg von „Dreizehnlinden" heißt es: „Die Katholiken haben sich mit ganzer Kraft für das Werk ihres Glaubensgenossen eingesetzt." Und „Die erste gewaltige Bresche seit den Tagen der alten Romantik hat in die leider noch immer nicht ganz gesunkene Grenzmauer der Sänger von ‚Dreizehnlinden' gelegt". Über Richard Wagners „Parsifal" als religiöses Symbol heißt es: „Zweifelsohne, der unwiderstehliche Reiz und Zauber des ‚Parsifal' rührt aus den Anklängen an die katholische Verehrung des heiligen Altarsakramentes her" — aber mit Vorbehalten. Jul. Bachems „Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers" werden besprochen. Ferner „Friedrich Schlegel" von C. Enders. Auch die Schreckensfrage über Kultur und Kunst „Wohin treiben wir?" von J. Meier-Graefe. Vollmöllers „Mirakel" erfährt wiederholt mehrseitige Beleuchtung. Sehr tapfer wird die Frage „Was heißt katholisch?" also beantwortet: „Mit dem Verschleiern ist niemand gedient. Wir wollen es gerade heraussagen, wir Söhne der katholischen Kirche, was wir sind und wie wir denken . . ." Das Königtum von Gottes Gnaden wird betont; denn Leo XIII. sagt: „Aus den Bestimmungen der Päpste ergibt sich durchaus, daß der Ursprung der Staatsgewalt von Gott und nicht von der Volksmenge abgeleitet werden muß." Die Aufführung von Calderons „Geheimnissen der Messe" durch die Calderongesellschaft (in meiner Bearbeitung) wird besprochen (429). Ferner die katholische Lebensphilosophie „Der Sinn des Lebens" von Franz Sawicki (Katholische Lebenswerte 1). Ebenso das hundertste Tausend von Nietzsches „Zarathustra"; Roloffs „Pädagogisches Lexikon": die Publikationen von Jos. Gmelch über alte Kirchenmusik (hl. Hildegard); die Novelle „Die Beichte" (Joh. v. Nepomuk) von Ilse v. Stach; „Großmacht Presse" von Jos. Eberle. — Im 87. Band wird der Ausspruch des Papstes Pius X. hervorgehoben: „Die Zivilisation der Welt ist die christliche Zivilisation." Besprochen wird das Werk „Der Mensch aller Zeiten" von Hugo Obermaier und Ferd. Birkner. Betrachtet wird die Organisation des Unglaubens in Deutschland, Österreich und der Schweiz nach dem „Handbuch der freigeistigen Bewegung" von M. Henning; aber auch die Heimkehr einer französischen Heidin (Juliette Adam) zur katholischen Kirche. Gewichtige Bedenken werden gegen modernste und freieste Auswüchse der „Jugendkultur", der „Freideutschen Jugend" mit ihrer Selbsterziehung, ihrer Autoritätsfeindschaft, dem Schüler-

anarchismus, der Nacktkultur und der Vorbereitung für eine neue freie Ehe ausgesprochen. Es folgt ein Überblick über die Geschichte des Lichtspieltheaters (Kino) seit 1890, wo die Sache in Lyon begann. Paul Claudels „Violäne“ (die Verkündigung) wird besprochen; Claudel war französischer Generalkonsul in Hamburg, früher in Frankfurt a. M.; ferner J. Kißlings „Geschichte des Kulturkampfs“; die Übertragungen der Hymnen und Sequenzen von Friedr. Wolters. Auffallend ist auf einmal die entschiedene Ablehnung des sogenannten Integralismus, nachdem der Begriff des integralen Katholizismus zuerst als der richtige aufgestellt wird. Meine „Geschichte Wiens“ wird angezeigt (338), sodann neue Literatur über Luftfahrt und Flugtechnik. Mistral und Heyse, im gleichen Jahr 1830 geboren und im gleichen 1914 gestorben, erhalten einen Nachruf. Die Jahrhundertfeier der Gesellschaft Jesu bleibt nicht unerwähnt. Balthasar Gracian wird als angeblicher Vorläufer von Nietzsche betrachtet. Zusammenhänge zwischen Shakespeare und dem englischen Jesuiten Rob. Southwell werden aufgezeigt (493). Die Festschrift von Cardauns „Fünfzig Jahre Kartellverband“ wird angezeigt. Bei Besprechung von Artur Bechtolds Buch über Grimmelshausen wird der Übertritt des Dichters zur katholschen Kirche hervorgehoben.

Zu Ehren der drei hochverdienten Deutschamerikaner Preetorius, Daenzer und K. Schurz wurde in St. Louis ein Denkmal der Wahrheit von W. Wandschneider entworfen (Ill. Ztg., 22. Jan.).

Hermann Hahns schönes Goethe-Denkmal wurde am 13. Juni in Chicago enthüllt. Es trägt die Inschrift „To Goethe, the Master Mind of the German People. The Germans of Chicago“ (Ill. Ztg., 16. Juli).

Das Jahr 1915.

Päpstliche Vermittlung. Holländische Mission beim Vatikan. Winterschlacht in den Masuren. Tauchbootkrieg Februar. Japanisierung Chinas. Fall Przemysl 22. März. Kämpfe an den Dardanellen und auf Gallipoli. Eintritt Italiens in den Krieg (Mai). Lage des Papstes. Durchbruch bei Gorlice. Englisches Koalitionsministerium. Versenkung der „Lusitania“. Wiedereroberung Przemysls und Lembergs (Juni). Rücktritt Bryans; Lansing sein Nachfolger. Eroberung von Iwangorod, Warschau, Brest-Litowsk, Kowno und Nowogeorgiewsk (August), von Luck, Dubno und Wilna (Sept.). Rücktritt Nikolajs. Die ungarischen Munizipien. Offensive in Serbien und Eintritt Bulgariens in den Krieg (Oktober). Die Entente in Saloniki; die Verletzung der griechischen Neutralität. Französisches Koalitionsministerium. Isonzoschlachten. Der Baralong-Fall. Der Fall Dumba. Das österreichisch-ungarische Wappen. Gemeinsamer Rat in Paris (November). Eroberung Serbiens. Päpstliche Friedensmahnung (Dezember). Kriegsrat der Entente. Rückzug aus Gallipoli. Yuanschikai Kaiser. Wilson Bräutigam. Seine tschechischen Beziehungen. Wirtschaftliches. Kultur.

Die Jahreswende war durch einen wichtigen Schritt des Papstes Benedikt XV. bezeichnet; er richtete an die beiden Kaiser und an die andern kriegführenden Mächte am 31. Dezember 1914 Telegramme folgenden Inhalts: „Im Vertrauen auf die Gefühle christlicher Nächstenliebe,

Papst Benedikt XV.

von der Eure Majestät beseelt sind, bitten Wir Eure Majestät, dieses unheilvolle Jahr zu beenden und das neue zu eröffnen mit einer Handlung souveräner Großmut, indem Eure Majestät Unsern Vorschlag annehmen, daß zwischen den kriegführenden Staaten ein Austausch der für den Militärdienst künftig als untauglich anzusehenden Kriegsgefangenen stattfinden möge." — Darauf antwortete Kaiser Franz Josef: „Tief gerührt von den Gefühlen christlicher Nächstenliebe, die Eure Heiligkeit zu der großherzigen Initiative bewogen haben, . . . habe Ich bereits Meinen Botschafter beim Heiligen Stuhle beauftragt, dem Kardinal-Staatssekretär mitzuteilen, daß Meine Regierung diesem liebreichen Vorschlage grundsätzlich von Herzen zustimmt und daß sie sich beeilen wird, mit den in Betracht kommenden Staaten in Verhandlungen einzutreten, um den Vorschlag Eurer Heiligkeit seiner praktischen Verwirklichung zuzuführen." Kaiser Wilhelm antwortete ebenso zustimmend. Der König von England ließ melden: „Ich und Meine Regierung haben dem Vorschlag Eurer Heiligkeit, die das verstärkt hat, was Wir bereits bei der deutschen Regierung angeregt haben, die beste Aufnahme bereitet. Die deutsche Regierung hat soeben ihre Zustimmung bekanntgegeben." Ähnlich waren die Antworten der bayerischen, der serbischen, der ottomanischen und russischen Regierungen, wie sie am 5. Januar vom „Osservatore Romano" mitgeteilt wurden. Des Präsidenten Poincaré süffisante Antwort lautete: In Erwiderung auf den liebenswürdigen Vorschlag Eurer Heiligkeit beeile ich mich, die Versicherung zu geben, daß Frankreich, treu seinen überlieferten Gefühlen des Edelmuts, die Gefangenen stets menschlich behandelt hat und daß es die Mittel studiert, die den Austausch aller jener ermöglichen sollen, die endgültig militärdienstuntauglich sind." König Albert von Belgien erwartete Vorschläge. Zar Nikolaus versicherte noch neuerdings den Papst seiner Hochachtung und Sympathie. Der Mikado teilte mit, daß sich kein einziger seiner Soldaten in feindlichen Landen als Kriegsgefangener befinde, und gab die Versicherung, daß alle gefangenen Feinde in Japan auf die wohlwollendste Art behandelt werden, so daß sie sich durchaus nicht in trauriger Lage befinden.

Das Londoner Blatt „Daily Chronicle" hatte sich an den Papst um eine Äußerung zum Beginn des neuen Jahres gewendet; darauf ließ der Heilige Vater durch den Kardinalstaatssekretär Gaspari antworteten, da er den Krieg nicht aufhalten könne, tue er alles, um dessen schmerzliche Folgen für die Gefangenen und Familien zu lindern. Er beschwöre die Regierungen der kriegführenden Staaten, dem schrecklichen Krieg ein Ende zu setzen, und fordere die Presse aller Länder auf, ihm mit aller Macht bei dieser Friedensmission beizustehen. — Die amerikanischen Kardinäle Gibbons, Farley und O'Connel wandten sich um diese Zeit an den Präsidenten Wilson mit dem Vorschlag, daß die Vereinigten Staaten die Bemühungen des Papstes zur

Herbeiführung des Friedens und zur Milderung der Folgen des Krieges unterstützen mögen. Wilson nahm die Anregung günstig auf und erklärte, er werde wahrscheinlich einen außerordentlichen Gesandten nach Rom entsenden, um den Papst zur Thronbesteigung zu beglückwünschen und sich über das zweckmäßige Vorgehen zu verständigen, wie eine Beruhigung der Gemüter und eine rasche Lösung des europäischen Konfliktes herbeizuführen wären. — Am 17. Januar meldete der „Osservatore Romano", der Papst habe angeordnet, daß an bestimmten Tagen spezielle Gebete für den Frieden in einer eigenen Formel gelesen werden sollten, und zwar in den Kirchen Europas am 7. Februar, in jenen der andern Weltteile am 21. März (Passionssonntag).

Papst. Im Konsistorium vom 22. Januar bedauerte der Papst, nachdem er von seinen Bemühungen gesprochen hatte: „Heute mehr zu tun, ist durch das Apostolische Amt nicht gewährt. Es obliegt zweifellos insbesondere dem Bischof von Rom, der von Gott zum obersten Ausleger und Hüter des ewigen Gesetzes eingesetzt wurde, zu verkünden, daß es niemand gestattet ist, aus welchem Grunde immer die Gerechtigkeit zu verletzen. Und Wir verkünden es ohne Umschweife, indem Wir laut jede Ungerechtigkeit, von welcher Seite sie auch immer begangen sein mochte, beklagen. Aber es wäre gewiß weder angezeigt, noch nützlich, die Autorität des Papstes in die Konflikte der Kriegführenden selbst hineinzuzerren. Jeder, der überlegt urteilt, kann nicht umhin, einzusehen, daß der Heilige Stuhl in diesem gewaltigen Kampf, in wie großer Sorge er sich auch befindet, sich vollkommen unparteiisch verhalten muß. Da der Pontifex Romanus der Statthalter Jesu Christi ist, der für alle Menschen und für jeden einzelnen starb, muß er mit dem gleichen Gefühle der Liebe alle Kämpfer umfassen. Da er ferner der gemeinsame Vater der Katholiken ist, hat er unter den Kriegführenden beider Lager eine große Zahl von Kindern, um deren Heil er sich in gleicher Weise und ohne Unterschied bekümmern muß. Es ist daher notwendig, daß er in ihnen nicht die Sonderinteressen sehe, die sie trennen, sondern das gemeinsame Band des Glaubens, das sie zu Brüdern macht. Wenn er anders handelte, würde er nicht nur in keiner Weise der Sache des Friedens nützen, sondern Haß gegen die Religion säen und die Ruhe und innere Eintracht der Kirche schweren Erschütterungen aussetzen. Wenn Wir nun auch zu keiner der beiden Parteien halten, gilt doch beiden Unsere gleiche Sorge, während wir die Phasen dieses Krieges mit banger Angst verfolgen, die um so größer ist, als man fürchten muß, daß die Heftigkeit des Angriffs zuweilen jedes Maß überschreite. Wie natürlich aber wendet sich Unser Gedanke am beharrlichsten dahin, wo unter den Söhnen die tiefste Liebe und Verehrung zum gemeinsamen Vater der Gläubigen zu bemerken ist; und davon gibt auch, soweit er sich auf das belgische Volk bezieht, der Brief Zeugnis, den Wir an den

Kardinal Erzbischof von Mecheln gerichtet haben. Wir appellieren darin an die Gefühle der Menschlichkeit jener, die die Grenzen der gegnerischen Nationen überschritten haben, um sie zu beschwören, daß die von ihnen besetzten Gebiete nicht mehr verwüstet werden, als dies unbedingt durch Gründe der militärischen Besetzung geboten ist, und, was noch wichtiger erscheint, daß nicht ohne Notwendigkeit die Gefühle der Einwohner bezüglich dessen, was ihnen am teuersten ist, wie bezüglich der Gotteshäuser, der Diener Gottes, der Rechte der Religion und des Glaubens, verletzt werden. Was jene anbelangt, die ihre Heimat vom Feinde besetzt sehen, so begreifen Wir vollkommen, wie schwer es ihnen fallen muß, einer Fremdherrschaft unterworfen zu sein, doch wünschten Wir nicht, daß das Verlangen, ihre Unabhängigkeit wiederzuerlangen, sie dazu triebe, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu hindern und so ihre Lage noch zu verschlimmern. — Im übrigen dürfen wir nicht durch die Tatsache, daß uns Bangen und Sorgen in solcher Schwere bedrückt, unsern Geist entmutigen lassen. Im Gegenteil, je dunkler sich die Zukunft anläßt, mit um so größerer Zuversicht wollen wir uns dem Thron der Gnade nahen, um Barmherzigkeit und Gnade zu erbitten und Erleichterung zu finden." — Der Papst schloß mit der Mahnung, daß es nicht ohne den göttlichen Willen geschah, wenn der Friede die Welt verließ. Gott läßt zu, daß die menschlichen Geschöpfe, die alle ihre Gedanken auf irdische Dinge gerichtet hatten, einander durch gegenseitige Verheerungen bestrafen. Andere Ereignisse treten hinzu, die Menschen zu nötigen, sich unter der mächtigen Hand Gottes zu beugen, wie jenes Erdbeben der jüngstvergangenen Tage. Der Papst schloß mit dem Wunsch, es möge durch die Fürbitte der heiligen Jungfrau der Welt beschieden sein, daß der Friede in Christo wiederkehre und hinfort unter den Menschen seinen ständigen Wohnsitz nehme.

Der Papst hatte für die durch das große Erdbeben Verletzten im Spital Santa Maria in der Nähe des Vatikans auf der andern Seite des Petersdoms gesorgt. Er besuchte die Verletzten am 14. Januar und begab sich also eigentlich außerhalb des Vatikans, aber nur um sich über eigenes Gebiet nach einer auch zum Besitz des Heiligen Stuhles gehörenden Stätte zu begeben. Daran wurden weitgehende politische Betrachtungen und Folgerungen geknüpft, denen aber der „Osservatore Romano" 16. Januar jede Berechtigung absprach. Übrigens schrieb man dem Erdbeben eine aufschiebende Wirkung für Italiens Kriegslust zu.

Die englische Regierung machte am 2. Januar bekannt, Sir Henry Howard habe als Gesandter beim Vatikan den Auftrag erhalten, den Papst zu seiner Wahl zu beglückwünschen und ihm die verschiedenen Gründe mitzuteilen, welche die britische Regierung nötigten, in den Krieg einzugreifen, nachdem sie alle Mittel angewandt habe, um den Frieden zu erhalten. Die Londoner Vereinigung protestantischer Gesellschaften protestierte am 22. gegen die Entsendung eines englischen Gesandten beim Vatikan.

Gleichgewicht. Es ist bezeichnend für den Weltkrieg, daß sich die beiden gegnerischen Parteien allzeit so ziemlich das Gleichgewicht hielten, so daß ein völliges Niederringen von keiner Seite möglich war. So wie im Jahr 1914 durch die Marneschlacht der Siegeszug der Deutschen zum Stehen kam, anderseits aber auch der Vorstoß der russischen Übermacht zerschellte, so zeigten sich ähnliche Gleichgewichtserscheinungen im zweiten Kriegsjahr 1915. Fast zugleich mit einem siegreichen Durchbruch im Osten erwuchs den Mittelmächten in ihrem Siegeszug eine neue Hemmung durch den Eintritt des bundesbrüchigen Italien an der Seite der Gegner. Dieses schwerwiegende Ereignis wurde dann allerdings zum Teil durch den Beitritt Bulgariens zum Bund der Mittelmächte wettgemacht, und dadurch wurde die Eroberung Serbiens erleichtert.

Januar.

Zu Beginn des Jahres wurde wieder die Frage nach der Entstehung des Krieges von allen Seiten erörtert. So sagte Graf Tisza (Tisza.) der ungarische Ministerpräsident am Neujahrstag: „Es erscheint sonderbar, daß wir uns jetzt noch mit der Frage beschäftigen müssen, ob dieser Krieg uns aufgezwungen wurde oder ob wir ihn provoziert haben. Es zeugt von einer eigenartigen Taktik unserer Feinde, daß wir uns immer wieder mit dieser sonnenhell geklärten Frage befassen müssen. Das Bündnis der Großmächte Mitteleuropas wurde im Hinblick auf eine konservative Politik zusammengebracht. Der eine mußte sich gegen die Revanchegelüste im Westen schützen, der andere die Ruhe und Unabhängigkeit Südosteuropas gegenüber den ehrgeizigen Bestrebungen Rußlands sicherstellen. Diesem Defensivgedanken gegenüber brachten die Aspirationen der andern Gruppe den Gegenverband zustande. Eine Zeit schien es, als ob auf Grund des Mürzsteger Übereinkommens in mehr als zehnjähriger friedfertigen Arbeit die Balkanverwicklungen gelöst seien. Da kam 1908 eine neue Unterstützung der aggressiven Aspirationen durch Rußland. Wenn uns ein Vorwurf treffen kann, so kann es nur der sein, daß wir der Entwicklung der Ereignisse mit allzu großer Friedensliebe zugesehen haben. Aber wir wollten keinen Präventivkrieg. Dieser Krieg wurde uns durch die Situation aufgezwungen, auf welche das Sarajevoer Attentat ein so blendendes Licht geworfen hat. Der Krieg begann gegen die Übermacht wohlorganisierter Feinde. Wir haben aber keine Ursache zu verzagen. Wenn die ganze Gesellschaft der Monarchie so ihre Pflicht erfüllt, wie die Armee, so kann dieser nichts mehr zustoßen. Wir hegen nicht weiß Gott welche eroberungslustige, ehrgeizige Umgestaltungspläne. Wir wollen unsere Sicherheit, wir wollen den Frieden Europas und die Unabhängigkeit der kleinen und großen Staaten. Dieser Krieg wird auch seine

Früchte vom Gesichtspunkte der Organisation der Monarchie bringen." — Ebenso wie Tisza sprach auch der französische Präsident Poincaré beim Neujahrsempfang die Überzeugung aus, das nächste Neujahr in Frieden feiern zu können.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" brachte am 3. Januar wieder Mitteilungen über die Schuld Rußlands am Krieg. Am 4. stellte sie wieder auffallende Fehler im französischen Gelbbuch fest; mehrfach seien die Daten wichtiger Ereignisse absichtsvoll geändert. Am 18. stellte dieselbe Zeitung die französische Verletzung der belgischen Neutralität vor dem Kriegsausbruch fest. Am 26. veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen Artikel des neuen Staatssekretärs des Reichsschatzamtes Dr. Helfferich über die Entstehung des Weltkriegs mit kritischer Benutzung der Farbbücher und mit folgendem Ergebnis: Rußland ist als Brandstifter, Frankreich und England sind als die Mitschuldigen erwiesen. — Offiziös wurde auch am 28. vom Wolffschen Büro festgestellt, daß England 1911 im Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich entschlossen war, unmittelbar, mit oder ohne Zustimmung Belgiens und auch ohne daß die belgische Regierung Hilfe verlangt hätte, in Belgien zu landen. „England gibt jetzt zu, daß die angeblich ‚nichtoffiziellen' Besprechungen von 1906 und 1911 allein gegen Deutschland gerichtet waren. Darin gerade liegt die Preisgabe der belgischen Neutralität."

Was nun den Krieg gegen Rußland betrifft, so wurde zu Beginn des Jahres in den Karpathen und in der Bukowina gekämpft, am Uzsoker Paß, bei Gorlice, in den Ost-Beskiden, bei Zakliczyn in Westgalizien, auch an der unteren Nida in Russisch-Polen. Es kam hie und da vor, daß sich die Russen österreichischer Uniformen bedienten, um kleinere Abteilungen zu überfallen; sie wurden dann nicht als Kriegführende behandelt. Am Dunajec hielt der Geschützkampf an. In der südlichen Bukowina gelang nach längerem Ringen die Wiedereroberung von Kirlibaba am 23., die Wiedereroberung des wichtigen Uzsoker Karpathenpasses am 27. Doch blieben die Paßhöhen auch in den folgenden Tagen nicht unbestritten. — In Lemberg suchten die Russen die russische Sprache durchzusetzen. Man vernahm viel von Greueltaten der Russen, besonders der Kosaken. Ähnlichen Beschuldigungen österreichischer Truppen wurde widersprochen. Die Russen wollten weder die polnischen noch rumänischen Legionen als Kriegführende anerkennen und hängten die Gefangenen. Dagegen protestierte eine österreichische Note an die neutralen Staaten (30. Jan.). Russen.

Die Deutschen kämpften in dieser Zeit gegen die Russen an der ostpreußischen Grenze und in Russisch-Polen, östlich des Bzura- und Rawka-Abschnittes, südöstlich Gumbinnen und östlich Lötzen, dann bei Radzanowo, Biezun und Sierpc, im Sucha-Abschnitt, am Brückenkopf bei Darkehmen, an der Seenplatte und am Löwentin-See. — In der zweiten Hälfte des Monats erhielten reichsdeutsche Blätter von unterrichteter Seite eine eingehende Darstellung des gesamten Feldzugs der Verbündeten gegen Rußland. — Ein deutsches Marine-Parseval-Luftschiff flog am 29. über Libau, wurde von den Russen beschossen und stürzte in die See, die Besatzung wurde gefangengenommen. — Die Militär-Attachés der neutralen Staaten (Schweden, Rumänien, Spanien, Italien, Nordamerika, Schweiz, Brasilien, Chile, Argentinien) besuchten die östlichen Schlachtfelder. Rußland ließ sie aber nicht an die

Front. — Eine amerikanische Kriegshilf-Kommission der Rockefeller-Stiftung in Washington kam in die von den Deutschen besetzten polnischen Gebiete. — Die Deutschen setzten den direkten Bahnverkehr von Lille nach Lodz in Betrieb.

Man wunderte sich über die Passivität der vor Monaten so angriffslustigen Russen. Zum Teil war das Wetter daran schuld, mehr noch die beginnende Zermürbung des Heeres. Es hatte infolge der ungeheuren Verluste die Stimmung und den militärischen Geist eingebüßt. Ein gefangener Rittmeister sagte: „Rußland hat bereits zu große Verluste an Toten und Gefangenen gehabt, um den Krieg noch gewinnen zu können. Ich glaube nicht mehr an den Sieg.“ Ein anderer: „Allmählich beginnt man bei uns einzusehen, daß die Engländer uns in diesen Krieg hineingezogen haben; wir hatten gar keinen Grund zum Krieg gegen Deutschland.“ Ein anderer: „Ich bin ein Verehrer Tolstois und aus diesem Grund ein Feind des Kriegs. Wir haben viele Anhänger Tolstois unter unsern Offizieren.“ Auch die Briefe aus dem Innern Rußlands an die Gefangenen berichteten von großer Not, Friedenssehnsucht, Abneigung gegen den Militärdienst. — Die russische Propaganda verschickte angebliche Photographien deutscher Barbareien an neutrale Blätter, auch nach Amerika; in Wirlichkeit waren es Pogrombilder, also russische Greueltaten aus dem Jahr 1905.

Slawen. Beim hundertfünfzigsten Slawen-Diner in Petersburg am 2. Januar wurde hauptsächlich die polnische Frage erörtert. Der Hauptredner des Abends Schtscheglowitow hielt den Polen ihre Sünden vor und betonte, indem er auf Kosciuskos angeblichen Ausspruch „Finis Poloniae“ hinwies, daß die Polen nicht davon träumen sollten, es könne ein neues Polen ohne die russischen gesetzgebenden Institutionen zustande kommen. Von den anwesenden Polen war keiner dazu zu bringen, in die Debatte einzugreifen. Endlich ergriff über allgemeine Aufforderung ein Vertreter der polnischen Presse das Wort. Er begnügte sich mit der Bemerkung, daß der Deutsche auch nach einem Siege Rußlands kraft seiner inneren Organisation noch ein schrecklicher Gegner sein werde. Man müsse die polnische Frage mit zärtlicher Aufmerksamkeit behandeln und nicht mit so umnachtetem Verstande, wie dies seitens der Russen geschehen sei. Da diese Anspielung dem Vorsitzenden nicht gefiel, wurde der Redner am Weitersprechen verhindert und die Versammlung geschlossen.

Nach den militärischen Enttäuschungen des russischen Generalissimus

Nikolai. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch bekam am russischen Hof vorübergehend die Friedenspartei wieder die Oberhand; besonders der germano-

Witte. phile Graf Witte, der in einer Versammlung der russischen industriellen Organisationen den Gedanken entwickelte, daß sich England durch den gegenwärtigen Krieg bereichere. Dagegen traten die Staatsmänner Englands auf und suchten diese Verdächtigungen zu zerstreuen. Der britische Botschafter Buchanan erklärte, England werde würdig und edel bis zum Schlusse seine Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten erfüllen, ohne vor einem Opfer zurückzuschrecken.

Juden. Seit Kriegsbeginn fanden in Rußland Judenverfolgungen statt; man beschuldigte die Juden, daß sie die Deutschen unterstützten. Die sozialistische Organisation des jüdischen Poletariats in Rußland protestierte dagegen in

der Pariser „Humanité“. — Auf Befehl des Großfürsten Nikolai mußten etwa 5000 Deutsche und Österreicher Petersburg verlassen.

An der serbischen Front ereignete sich nicht viel Bemerkenswertes, als daß ein französischer Kreuzer am 10. Januar in Saloniki eintraf mit einer großen Geldsumme, die als Unterstützung für Serbien bestimmt war. Bei der Abfahrt nahm der Kreuzer jene französischen Offiziere und Soldaten wieder an Bord, die sich vor einigen Wochen mit einer großen Sendung Artilleriematerial nach Serbien begeben hatten. Nach einer andern Darstellung wäre ein Teil dieser Offiziere und Soldaten in Serbien geblieben. Serbien.

An der Westfront kämpften die Deutschen gegen Frankreich und England bei Nieuport, Bethune, in den Argonnen, bei St.-Mihiel, im Bois Brulé, bei St.-Menehould, bei Tann in Oberelsaß, um das Dorf Steinbach, auf den Höhen bei Sennheim, nördlich von Arras, östlich von Reims, am Buchenkopf südlich Didoldshausen in den Vogesen, nordöstlich Chalons, um den Kanal La Bassée, um die Höhen von Crouy, um die von Nomeny, nordöstlich des Lagers von Châlons. Seit Mitte des Monats war Notre-Dame de Lorette nordwestlich von Arras ein vielumstrittener Höhenpunkt. Die deutsche Heeresleitung verglich die Kämpfe am 15. Januar mit denen von Gravelotte und St.-Privat, was die Verluste der Franzosen betraf; sie stellte am 17. fest, daß der vor vier Wochen veröffentlichte Angriffsbefehl der französischen Heeresleitung die Deutschen in keiner Weise an der Durchführung ihrer Maßnahmen verhinderte; die Angriffsversuche der Gegner brachten dem Feind an keiner Stelle nennenswerten Gewinn, während die Deutschen nördlich La Bassée, an der Aisne und in den Argonnen befriedigende Fortschritte zu verzeichnen hatten. In den folgenden Tagen wurden die Höhen des Hartmannsweilerkopfes in den Vogesen umstritten, ebenso die Gräben nordwestlich Pont-à-Mousson, der Kanal von La Bassée usw. Es handelte sich fast immer nur um unbedeutende Fortschritte. Auch die offiziellen Kriegsberichte bekämpften sich, so wenn es sich um die deutsch-englischen Kämpfe bei Givenchy handelte, wo indische Truppen überrumpelt wurden. — Die Engländer schlossen aus dem Verlauf der Schlacht bei Soissons und Crouy, daß die deutsche Kriegsmacht in Frankreich durch die Truppensendungen nach Rußland nicht wesentlich geschwächt war. Neutrale Kritiker vermuteten, daß hier eine große Offensive der Franzosen gescheitert sei. Die Franzosen trösteten sich bei ihrem Mißerfolg mit der Betrachtung, daß der von den Deutschen errungene Erfolg ohne Bedeutung für die Lage sei. — Die Franzosen verbreiteten eine offizielle Darstellung der Kriegsereignisse vom November bis 15. Januar; sie schloß mit der Bilanz, daß man überall vorschreite außer nordwestlich von Soissons. „Zur Ergänzung ist hinzuzufügen, daß die deutsche Offensive in Polen seit einem Monat aufgehört hat, die russische Offensive in Galizien und den Karpathen andauert, die türkische Westfront.

Kaukasusarmee großenteils vernichtet ist, Deutschlands Offiziersbestände erschöpft sind. Man kann deshalb behaupten, daß es Frankreich und seinen Bundesgenossen genügt, warten zu können, um einen vollen Erfolg zu erzielen. Die deutsche Offensive ist gebrochen, die deutsche Defensive wird es ebenfalls werden."

Auch der Luftkrieg war beiderseits ohne entscheidende Ergebnisse. Deutsche Flieger erschienen wiederholt über Dünkirchen, ein Luftzeuggeschwader bombardierte Dover (11. Januar). Paris wurde deshalb zur Nachtzeit nicht beleuchtet. In der Nacht vom 19. zum 20. Januar unternahmen deutsche Marineluftschiffe einen Angriff gegen einige befestigte Plätze an der englischen Ostküste. Die Luftschiffe wurden beschossen, kehrten aber unversehrt zurück. Ein großer Schaden wurde in Yarmouth und Sheringham angerichtet. Da die Engländer über deutsche Barbarei klagten, ließ die deutsche Regierung verkünden: „Hat diese Nation, deren Flugzeuge über der offenen Stadt Freiburg i. B. Bomben abwarfen und deren Schiffe offene Städte beschossen, ein Recht den Entrüsteten zu spielen, eine Nation, die keine Mittel scheut, ihre Absichten durchzuführen? Der Luftangriff ist ein anerkanntes Mittel moderner Kriegführung, sofern er sich innerhalb der völkerrechtlichen Grundsätze hält. Die deutsche Nation wurde gezwungen, um ihr Leben zu kämpfen, sie kann nicht gezwungen werden, auf irgendein Mittel legitimer Selbstverteidigung zu verzichten." Englische Militärkritiker stellten die Machtlosigkeit der Luftschiffe fest, sie mußten sich an der Küste halten und konnten einen Flug nach Paris und London nicht wagen, da sie abgeschossen worden wären. Andere meinten, es sei nur eine Rekognoszierungsfahrt gewesen. In London brachte man die Kunstschätze in sichere Keller. Ein dänischer Kritiker meinte, ein Luftangriff würde nur dann von nennenswertem Erfolg sein, wenn Deutschland tausend Luftschiffe auf einmal nach London senden könnte.

Moltke. Sehr zuversichtlich äußerte sich General v. Moltke am 21. Januar: „Ungeheuer schwer ist dem Kaiser der Entschluß zum Krieg geworden. Aber es handelte sich um Leben oder Sterben des Volkes. Wir siegen ganz bestimmt. Wir wollen einen Frieden, der unser Übergewicht zum Ausdruck bringt, erringen. Es ist noch viel zu tun, bis wir so weit sind. Aber wir dürfen die feste Gewißheit haben, daß Deutschland nicht untergehen wird." — Falkenhayn. Etwas zurückhaltender sprach sich General v. Falkenhayn, der Chef des Generalstabs, aus: „Der Krieg kann unbestimmte Zeit dauern. Ich sehe nichts, was uns zwingen könnte, den Kampf einzustellen. Falls wir untergehen, wird es mit Ehren geschehen, kämpfend bis zum letzten Schützengraben, bis zum letzten Mann. Es ist ein Krieg der Selbstverteidigung. Unsere gegenwärtige Lage ist ausgezeichnet. Der Krieg wurde von uns an beiden Fronten in Feindesland getragen. Dort sind wir noch nach fünf Feldzugsmonaten. Der Vorteil ist jetzt ganz auf unserer Seite. Man kann nicht erwarten, den Krieg ohne Rückschläge durchzufechten. Als wir beim Vormarsch nach Paris zurückgingen, schwenkten wir auf unsere gegenwärtige Aktionslinie, worin wir durchaus erfolgreich waren. Die Operationen in Flandern waren kein Versuch, Calais zu erreichen und die verbündeten Armeen zu überflügeln. Im Gegenteil. Diese Feldzugsphase ist das Ergebnis des französisch-britischen Versuches, ihren Nordweg zu forcieren, um uns von der See zu trennen, unsere rechte Flanke zu gewinnen, Antwerpen wieder zu nehmen und uns

zu nötigen, uns aus Belgien zurückzuziehen. Sie haben uns nicht überflügelt und flankiert. Wir sind heute noch da. Die Offensive sollte nach Joffres Tagesbefehl am 17. Dezember einsetzen. Bis jetzt hat sie diese Offensivbewegung nur große Verluste gekostet. Die englische Blockade und Konterbandekontrolle hat praktisch keine Wirkung auf die deutsche Kriegsführung. Nahrungsmittel haben wir genug. Kupfer haben wir freilich nicht unter der Erde, aber über der Erde mehr als genug. Der Krieg kann unsertwegen unbegrenzt dauern. Und wenn wir in diesem Krieg, in dem Kalmücken, Kamtschatkaner, Turkmenen, Senegalneger, Inder, Japaner herangeschleift werden, um in des weißen Mannes Europa das sogenannte Gleichgewicht der Mächte aufrecht zu erhalten, untergehen sollten, werden wir in Ehren untergehen." Von Italien und Rumänien, diesen neuen Wolken am Horizont, meinte Falkenhayn: „Ich kann nicht glauben, daß diese zwei Staaten, welche über zwanzig Jahre mit uns verbunden sind, plötzlich in die Reihen der Feinde übergehen sollten. Das halte ich für ganz unmöglich."

Auf eine „Kette niedrigster, haltloser Verleumdungen" des deutschen Heeres wurde am 11. Januar offiziös geantwortet. „So hatte man den Franzosen gesagt, die Deutschen erschössen alle Gefangenen, und die Franzosen glaubten das, was selbst die an Analphabeten noch reicheren Verbündeten Russen, Serben und Montenegriner nicht glaubten.

Poincaré sagte in einer Ansprache an die Soldaten zu Nieuport: „Nur noch wenige Monate Geduld! Haltet noch eine Zeitlang die moralische Widerstandskraft und die Körperkraft aufrecht, da das Schicksal der kommenden Jahrhunderte jetzt entschieden wird." — Auch das französische Kriegsministerium kehrte am 8. Januar aus Bordeaux nach Paris zurück. — Noch immer gab man keine Verlustlisten in Frankreich heraus. Man entschuldigte sich mit der mangelnden Genauigkeit der Angaben. Der Generalzahlmeister der französischen Armee wurde wegen großer Unterschleife verhaftet. Man klagte auch über die vielen Drückeberger. — Clemenceau verlangte japanische Hilfe, da der Aufreibungskrieg zu keinem Ende führe. Andere Stimmen waren dagegen, da man eine japanische Intervention zu teuer bezahlen müsse, etwa mit Indochina, auch müsse man mit den Gefühlen der Engländer und Amerikaner gegen die gelbe Rasse rechnen. — Bei der Eröffnung der Kammern begrüßte der Präsident Deschanel auch die beiden für Frankreich gefallenen Garibaldi; wiedereinmal sei italienisches Blut mit französischem auf den Schlachtfeldern geflossen. Im Senat meinte Präsident Dubost, das Jahr 1915 werde entscheidend sein. Deutschland berausche sich am drohendsten Kaisertraum, den die Welt jemals kannte; es habe eine Wissenschaft des Todes organisiert. Der Kampf müsse mit der erbarmungslosen Vernichtung des mittelalterlichen Despotismus enden.

Bordeaux.

G. Hervé hatte (am 15. Jan.) den Mut, von den Interniertenlagern zu sprechen, die kein Ruhmesblatt in der französischen Geschichte bildeten. Aus törichter Spionagefurcht habe man den Kopf verloren und alle Deutschen interniert. Die unglücklichen Opfer wurden wie Sträflinge behandelt. Man werde niemals die Zahl der armen Kinder kennenlernen, die in diesen Zuchthäusern an Elend und Entbehrung starben. Dies sei keine schöne Reklame für Frankreich im Ausland. Man müsse eiligst die Ehre der Republik retten.

Als Gegenmaßregel gegen den Aushungerungskrieg Englands empfahl man dieselbe Methode gegen England durch die Wirksamkeit der Unter-

seeboote und Zerstörung der englischen Handelsmarine. — In London sprach der sozialistische Abgeordnete Ramsey Macdonald bereits für die allgemeine Wehrpflicht.

Die Kämpfe zur See setzten am 1. Januar mit der Torpedierung des englischen Linienschiffes „Formidable“ durch ein deutsches Unterseeboot ein. Mit dem Schiff gingen etwa 500 Mann zugrunde, über 200 wurden gerettet. Bezeichnend für den Todesmut der Krieger dieser Zeit ist es, daß Kapitän und Mannschaft in Seelenruhe Pfeifen und Zigaretten rauchend den Tod erwarteten. — Ein Vorstoß englischer Luftfahrzeuge gegen Cuxhaven am 2. richtete keinen Schaden an. — Der deutsche Angriff auf die englische Ostküste, Hartlepool, Scarborough, Whitby, wurde vom Standpunkt des Völkerrechts viel errörtert. — Deutsche Unterseeboote erschienen am 12. vor Dover, ohne Erfolg. Am 22. wurde der englische Dampfer „Durward“ durch ein Tauchboot versenkt. — Über die Seeschlacht bei Helgoland 24. Januar verlauteten widersprechende Nachrichten beider Parteien. Jedenfalls sind die Berichte für die Technik des modernen Seekrieges sehr wichtig. Gegen Ende des Monats operierten deutsche Unterseeboote in der Irischen See und beim Cap d' Antifer mit Erfolg; ebenso vor Liverpool. Man versprach sich viel vom Versuch, auf diese Weise England von der Nahrungszufuhr abzuschneiden. — Die englische Admiralität veröffentlichte am 2. einen Bericht über den Kampf mit der „Emden“. Noch immer streiften deutsche Kreuzer in den Weltmeeren herum und beunruhigten die englische Schiffahrt. In England stellte man Scheinkriegsschiffe, Tauchbootfallen, her. Nicht unbedeutend war auch der Minenkrieg.

Japan. Die Japaner erklärten, mit dem Falle Kiautschous sei für sie der Krieg praktisch ausgespielt; sie wollten ruhig den Schluß des allgemeinen Krieges abwarten. Der französische Hilferuf wurde abgelehnt: „Wer andere zum Sieg braucht, hat schon verloren.“ (Das können wir heute auch von England und Frankreich sagen, die ohne Amerika verloren hätten.)

England. Im englischen Oberhaus rühmte sich Marquis Crewe, England habe in unglaublich kurzer Zeit die Gewalt über die See gewonnen; freilich dürfe man auch nicht der Hilfe der australischen, französischen und japanischen Flotten vergessen. Noch immer sprach man von der Möglichkeit einer deutschen Landung in England und von den notwendigen Gegenmaßregeln. Lord Haldane sagte: „Wir kämpfen für unsere nationale Existenz, und nur ein Sieg, der die Wiederkehr des früheren Zustandes ausschließt, kann als befriedigend gelten.“ Lord Selborne meinte, Deutschland besitze die wunderbarste Kampfmaschine, es habe auch den Vorteil der zentralen Lage und eines einheitlichen Kommandos. Lordkanzler Haldane bemerkte, die Aufgabe Englands decke sich nicht ganz mit der der Verbündeten. England kämpfe für seine Seeherrschaft. Es war nach beiden Seiten eine Übertreibung, wenn Lord Rosebery am 10. Januar sagte, daß die britische Nation auf immer unterworfen wäre, wenn sie nicht bis zum letzten Schilling und Mann kämpfe, und daß das deutsche Volk als größte Militärnation der Welt sich nie wieder erheben würde, wenn es geschlagen sei. Nationen sind nicht so leicht zu überwinden, einzelne Kriege sind nicht entscheidend. Die Stärke der deutschen Nation be-

ruht in ihr selbst, abgesehen von allen Siegen oder Niederlagen, und die Schwäche der englischen Nation beruht auf dem unorganischen Imperialismus über unzusammenhängende Territorien.

Endlich wurde am 16. Januar den deutschen und österreichisch-ungarischen Frauen jedes Alters, den deutschen Männern unter 17 und über 55 Jahre, den Österreichern und Ungarn unter 18 und über 50 Jahren und den Untauglichen, ferner Ärzten und Geistlichen die Möglichkeit gewährt, aus England nach Hause zu kehren.

Das zu Beginn des Jahres erschienene russische Orangebuch schob den Eintritt der **Türkei** ganz auf das Treiben der beiden Mittelmächte; Türken. deutsche Hände hätten die türkischen Schiffe zum verräterischen Angriff auf die russischen Schiffe und Küsten geführt. Dagegen klagten die Türken, daß sich die Russen wie Wilde benehmen und alle Regeln des Völkerrechts und der Zivilisation mißachten. — Die persischen Stämme schienen sich den Türken anschließen zu wollen. — In Marokko führte Abdul Malik den „Heiligen Krieg" gegen die Franzosen. Er nannte sich Emir von Marokko. Es gelang ihm, Fez einzunehmen und die Franzosen zu schlagen. — Der Petersburger Metropolit Wladimir vertrat den Standpunkt, daß das Heilige Land dem russischen Reich unterstehen müsse, wobei die übrigen christlichen Völker das Recht hätten, die heiligen Orte zu besuchen. Die Operationen der Türken gegen die Russen im Kaukasusgebiet und in Nordpersien waren von schwankendem Erfolg. Ein englischer Kreuzer suchte bei Alexandrette zu landen. Ein französisches Tauchboot versuchte, sich dem Eingang der Dardanellen zu nähern, ging aber auf eine Mine und sank. Am Schatt el Arab wurde mit den Engländern gekämpft. Bei Kantara, in der Nähe des Suezkanals fanden Vorpostengefechte statt.

In Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika wurde mit verschiedenem Erfolg gegen die Engländer gekämpft. Noch standen die Burenführer Kemp und Maritz im Feld. Im Osten wurde bei Tanga ein großer Erfolg gegen 8000 gelandete Engländer und Inder erzielt.

Es verdient festgehalten zu werden, daß am 9. Jänner der polnische Polen. Adel Galiziens in Huldigungsdeputation vor dem Kaiser Franz Josef erschien mit dem Ausdruck der Gefühle der Verehrung, Dankbarkeit und Treue: „Es tobt der gräßlichste Krieg, den die Menschheit je gesehen. Die Monarchie kämpft um ihre Rechte, um die Zukunft Europas und seiner Kultur. Unser Land, das als Schauplatz dieses Krieges am grausamsten hievon betroffen ist, kämpft, um seinen Glauben und seine Kultur zu verteidigen, und erwartet zuversichtlich den Sieg. Wir werden es nie vergessen, daß wir unter Eurer Majestät Zepter die Anerkennung unseres nationalen Lebens und die Möglichkeit der Entwicklung desselben gefunden haben. Unter Wünschen und Hoffnungen erneuern wir unser altehrwürdiges Gelöbnis: „**Bei dir, Herr, stehen wir und wollen wir immerdar**

stehen." — Graf Berchtold trat vom Amte des Ministers des Äußeren zurück; an seine Stelle trat am 13. Jänner Freiherr v. Burian. Er war seit 1903 bis 1912 gemeinsamer Finanzminister.

Für die Haltung Österreichs war die Sitzung der christlichsozialen Vereinigung vom 27. bezeichnend, worin gesagt wurde: Die innere Politik ruhe während des Krieges. Krisengerüchte wurden als tendenziöse Stimmungsmache bezeichnet. Die diplomatische Vorbereitung des Krieges habe auf Seite der Kaisermächte manches zu wünschen übriggelassen. Leider wurde insbesondere in der Zeit vor dem Kriegsausbruch die Bedeutung der Presse in den neutralen Staaten unterschätzt, während seitens des Verbands gerade auf diesem Gebiete die denkbar eifrigste und wirksamste Tätigkeit entfaltet wurde, was sich im weiteren Verlauf empfindlich bemerkbar machte. Seitdem hat sich die Erkenntnis der lügenhaften Berichterstattung der feindlichen Presse, besonders in letzter Zeit durchgerungen und bei den Neutralen eine Besserung der Verhältnisse angebahnt. — Die Gemeindevertretungswahlen wurden bis nach dem Krieg aufgeschoben, ebenso die Erneuerung der Mandate anderer Vertretungskörper.

Neutrale.

Was die neutralen Staaten betrifft, so schwankten die Parteien in Italien sehr in ihrer Stellung zur Neutralität. Als nach dem großen Erdbeben in Mittelitalien vom 13. Jänner, dem 30.000 Menschenleben zum Opfer fielen, sich alle fremden Staaten zur Hilfe anboten, wies die italienische Regierung jede ausländische Hilfsaktion ab, indem sie sich auf den ernsten und heiklen Charakter der internationalen Lage berief.

Die holländischen Kammern stimmten der Einrichtung einer Mission beim Vatikan, besonders für den Abschluß des Friedens, zu; das Interesse Hollands bringe es mit sich, daß es bei eventuell in Rom stattfindenden Friedensverhandlungen vertreten sei. Einige Mitglieder bezweifelten, ob Rom für Friedensverhandlungen geeignet sei; andere empfahlen die Bildung einer interparlamentarischen Vereinigung mit offiziellem Charakter, um über die Mittel zur Erreichung des Friedens zu beraten. Mehrere Mitglieder machten auf die übelwollenden Äußerungen der französischen Presse über Holland aufmerksam.

In der spanischen Kammer erklärte Ministerpräsident Dato: „Wir müssen an die Zukunft denken und dürfen nicht auf die Größe des Landes verzichten. Wir wollen, daß bei Friedensschluß Spaniens Stimme gehört wird." — Die Vorbereitungen Portugals zum Eintritt in den Krieg waren von Meutereien und Revolten monarchistischer Truppenteile begleitet.

Eine internationale sozialdemokratische Friedenskonferenz fand am 16. Jänner in Kopenhagen statt, unter dem Vorsitz des Dänen Stauning, der die Begrüßungsansprache deutsch und dänisch hielt.

In Neuyork fand zu Beginn des Jahres ein öffentliches Rededuell statt über die Frage: Wird der Sieg Englands oder Deutschlands der Welt erwünschter sein? Die eine Partei vertrat der Londoner Journalist Chesterston, die andere Viereck, Herausgeber der Wochenschrift „The Fatherland". Sekundanten waren Wetmore von der „New York Times" und Bernard Ridder von der „Neuyorker Staatszeitung". Man riß sich um die Eintrittskarten.

In Bulgarien riefen die häufigen Zwischenfälle an der serbischen Grenze tiefe Erregung hervor.

Die englische Konterbandepolitik verstimmte sehr in den Vereinigten Staaten. Eine andere Streitfrage war der Ankauf deutscher Handelsschiffe durch Amerika. Es ergab sich ein Notenwechsel, der nicht ganz befriedigte. Ridder schrieb am 22. in der „Neuyorker Staatszeitung": „Wir müssen fest bleiben und unsere Schiffe, wenn es nötig ist, in Begleitung von Kreuzern nach den neutralen Ländern schicken, um das Recht zu erzwingen, die Meere zu befahren und mit neutralen Ländern Handel zu treiben, wie es uns beliebt." Infolge der englischen Behinderungen stiegen die Frachtsätze um tausend Prozent. Über die immer größer werdenden amerikanischen Waffenlieferungen an den Verband schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 21., Deutschland besitze allerdings keine rechtliche Handhabe gegen Kriegslieferungen neutraler Privatpersonen an seine Feinde, da die Vereinigten Staaten zur Duldung solcher Lieferungen „an sich befugt" seien. „Selbstverständlich sind aber die Vereinigten Staaten nach den völkerrechtlichen Grundsätzen gleichermaßen befugt, den ganzen Konterbandehandel mit allen kriegführenden Staaten durch den Erlaß eines Waffenausfuhrverbotes zu unterdrücken, zumal der international unerlaubte Waffenhandel mit England und Frankreich einen Umfang angenommen hat, der die Neutralität des amerikanischen Volkes tatsächlich in Frage stellt. Eine solche Maßregel läge um so näher, als England nicht einmal den international erlaubten Handel Amerikas mit Deutschland zuläßt, vielmehr auch die für die Volkswirtschaft Deutschlands bestimmten Waren in der rücksichtslosesten Weise beschlagnahmt, so daß der ganze Handel Amerikas mit den Kriegführenden auf eine einseitige Begünstigung unserer Gegner hinausläuft. Ferner wird die Versorgung unserer Gegner mit amerikanischen Waffen zu einer der stärksten Ursachen für die Verlängerung des Krieges. Sie steht deshalb im Widerspruch mit den wiederholten Versicherungen der Vereinigten Staaten, daß sie eine baldige Wiederherstellung des Friedens wünschen und dazu mitwirken wollen." In ähnlicher Weise sprach sich ein Protest anständiger Amerikaner gegen die Waffenlieferungen aus; sie seien in Wirklichkeit eine Begünstigung des einen Teiles, deren Einstellung in der Macht der Regierung liege. Die Waffenlieferungen kommen auch den Japanern, den künftigen Gegnern Amerikas, zugute. — Wilson mahnte in einer Rede zu Indianopolis 9. Jänner: „Die Pflichten, die das Land gegen die übrige Welt zu erfüllen hat, hängen zum großen Teil von der Art ab, wie es die Pflichten gegen sich selbst erfüllt. Wenn die Vereinigten Staaten das Gleichgewicht wahren, werden sie später Europa den Frieden bringen können. Die Amerikaner denken zuviel an das, was sie nicht berührt, was jenseits des Ozeans geschieht. Sie sollten lieber ihre Gedanken auf ihre eigenen Angelegenheiten richten." — In diesem Sinn wurde mächtig zum Krieg gerüstet. Amerika.

Februar.

Rotbuch. Am 3. Februar erschien das österreichische Rotbuch „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914“. Eine Volksausgabe dieser Aktensammlung enthielt eine erläuternde Einleitung mit folgendem Kernsatz: „Im Bunde mit der Selbstsucht Großbritanniens und der Revanchebegierde der französischen Republik hat die Petersburger Regierung kein Mittel verschmäht, um der Tripelentente die Vorherrschaft in Europa zu sichern und sich selbst freie Bahn für ihre kühnsten Pläne zu schaffen. Mit skrupelloser Hand ist Rußland bestrebt gewesen, die Fäden seiner Politik zu einem Netz über dem Haupte der Monarchie zu verdichten.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ stellte auch am 4. Februar eine Einzelheit zur Vorgeschichte des Krieges richtig, als ob das deutsche Weißbuch ein belangloses Telegramm des Zaren vom 29. Juni unterschlagen habe, worin er nebenbei, und neben der begonnenen Mobilmachung von der Haager Konferenz sprach.

Wirtschaft. In der Kriegstagung des preußischen Abgeordnetenhauses am 9. Februar sprach Finanzminister Dr. Lentze über die Wirtschaftslage. Namens der Sozialdemokraten erklärte Hirsch, die Partei halte ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der bisherigen Regierungspolitik aufrecht, verzichte aber in dieser ernsten Zeit auf Polemik. Nur das sei gesagt, daß die Partei Umkehr in der Politik gegenüber der Arbeiterklasse fordert und Widerspruch erhebt gegen die Unterdrückung nationaler Minderheiten, wie der Polen. Sie fordert das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen, sie hofft eine baldige Beendigung des Krieges, der in keinem der beteiligten Völker vom Volk gewollt wird. „Wir hegen die Zuversicht, daß unter dem Einfluß des Friedenswillens, insbesondere der Arbeiterklasse aller Länder ein baldiger gesicherter Friede zum Heile des deutschen Volkes und der gesamten Menschheit zustande kommen wird.“ Der Konservative v. Heydebrand entgegnete: „Auch wir wissen den Wert des Friedens zu schätzen. Aber es handelt sich nicht um baldigen, sondern um dauernden Frieden. Jetzt handelt es sich um Kampf und Sieg. Was später kommt, ist eine andere Frage.“

Sonderfriede? In Petersburg bestanden Gerüchte über die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit den Mittelmächten. Dem trat die „Birschewija Wjedomosti“ entgegen; ein Sonderfrieden sei unmöglich, weil Rußland der österreichischen Monarchie die Bedingung der Auflösung stellen müßte (5. Febr.). Im gleichen Sinne sprach am 9. Februar der Präsident der Duma. Auch Ministerpräsident Goremykin erklärte, der Endsieg sei nunmehr ganz sicher. Die glänzende Zukunft Rußlands am Schwarzen Meer vor den Mauern Konstantinopels tritt mit immer mehr zunehmender Klarheit zutage. — Der Minister des Äußern Sasonow bestritt die deutschen Behauptungen von einer Einkreisungspolitik. Deutschland habe die Gerüchte von einem Sonderfrieden ausgestreut, um Zwietracht unter den Verbündeten zu säen. Sasonow besprach auch noch das Verhältnis zu den Armeniern und zu Persien; er beschuldigte die Türken, mit Verletzung der Neutralität in Aserbeidschan eingedrungen zu sein und

die dort wohnenden Kurden mit sich gerissen zu haben. — Der Sozialist Tscheidze warf der Regierung vor, daß sie die Folgen des Krieges durch reaktionäre Maßregeln besonders gegen die Juden, Finnen und Kleinrussen (Ukrainer) verschärft habe; sie habe sogar fünf sozialistische Dumamitglieder verhaftet. Der Sozialist Tuliokow verweigerte am folgenden Tag mit einer ähnlichen Erklärung die Annahme des Budgets. Der Führer der Rechten Markow schob alle Schuld der geringen Fortschritte der Armee auf die Spionentätigkeit der deutschen Kolonisten, denen man ihre Güter wieder wegnehmen müsse. — Jene fünf Dumamitglieder wurden mit anderen Sozialisten am 27. zu Rechtsverlust und Verbannung verurteilt, weil sie eine Agitation gegen den Krieg eingeleitet hatten und für den Gedanken eintraten, alle europäischen Staaten mit Einschluß Rußlands in demokratische Republiken umzugestalten. — In der Schlußsitzung des Reichsrates sagte Gurko im Namen der Rechten: „Wir hoffen, auch in Konstantinopel festen Fuß zu fassen, denn der Besitz dieser Stadt kann allein unsere wirkliche Vereinigung mit den Südslawen herbeiführen und den Einfluß des Germanismus zerstören, der jetzt bei einzelnen Teilen dieser Slawen herrscht.“ Fürst Galitzyn sagte: „Jeder Augenblick, den wir jetzt erleben, schafft ein Jahrhundert russischer Zukunft. Es darf uns nicht verwirren, daß wir innerhalb der Grenzen unseres eigenen Landes kämpfen, denn das Schlachtfeld, auf dem wir einst die Tataren zerschmetterten, war gleichfalls hier. Wir haben im Innern des Landes gesät, wir werden jenseits der Grenzen ernten.“

Im englischen Unterhause fragte am 11. Februar Jowett von der Arbeiterpartei, ob nicht die britische Regierung in der Absicht, den schrecklichen Verlusten an Menschenleben ein Ende zu machen, bereit wäre, bekanntzugeben, auf welcher Grundlage England und die Verbündeten willens wären, Friedensbedingungen zu erörtern. Grey erwiderte, die Äußerungen der deutschen Regierung gäben keine Veranlassung, anzunehmen, daß Jowetts Anregung Erfolg haben könne. Jowett fragte neuerlich am 27. Februar, warum Grey der französischen Regierung nicht mitgeteilt habe, daß Frankreich nicht von Deutschland angegriffen würde, wenn seine Neutralität durch Großbritannien garantiert werde. Grey erwiderte, es sei allgemein bekannt gewesen, daß das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland, wenn er auch dessen Text nicht kannte, die Neutralität in einem solchen Fall ausschloß. Jowett war aber noch immer nicht befriedigt.

Friedensbedingungen?

In der französischen Kammer erklärte Ministerpräsident Viviani am 18. Februar, man werde den Krieg bis zum Ende, bis zur Befreiung Europas, der Wiederherstellung Belgiens, der Wiedereinverleibung Elsaß-Lothringens fortsetzen. Das sei nicht Eroberung, sondern Restitution.

Die deutsche Regierung ließ Erörterungen über das Kriegsziel nicht zu. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkte nur am 20 Februar, das einzige Kriegsziel sei die Sicherheit, daß keiner mehr wagen wird, unsern Frieden zu stören, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft entfalten wollen als freies Volk. „Diesen klaren Willen

dürfen wir uns nicht fälschen lassen durch Entfesselung einer Diskussion über die künftigen konkreten Friedensbedingungen.

Stellungskrieg. Noch immer kämpften die Heere im Stellungskrieg an den verschiedenen Fronten, ohne wesentliche Entscheidung: die Österreicher in Russisch-Polen und Westgalizien, in den Karpathen, den Ostbeskiden, in der Bukowina, bei Kimpolung, im oberen Suczawatal, am Dunajec, um Tarnow, am Duklapaß, am Jablonicapaß, am Sereth und am Pruth. Am 16. wurde Kolomea wieder gewonnen, Czernowitz wurde am 17. wieder besetzt. Eine offizielle Darstellung schilderte die Schlacht vom 8. Dezember an bei Limanowa-Lapanow als die entscheidende glückliche Überwindung der Krisis des Weltkrieges und schloß: „Unser Sieg bei Limanowa-Lapanow brachte die nun unhaltbare südpolnische Front der Russen und im Vereine mit dem gleichzeitigen siegreichen Angriff des deutschen Nordflügels ihre ganze Masse ins Wanken. Der Sieg von Limanowa drängte den Feind in Westgalizien um mehr als fünfzig Kilometer zurück. Ein großes, auch wirtschaftlich wichtiges Gebiet ist wieder in unseren Händen, die Festung Krakau von jeder Gefahr befreit, der reichste Teil Polens von den Verbündeten besetzt. Es wurden über 30.000 Russen gefangen; die blutigen Verluste waren auf beiden Seiten schwer. Die Bedeutung des Dezembersieges ruht in der Erlangung des entschiedenen Übergewichtes über das feindliche Heer."

Flugblätter. Bezeichnend für die folgende Entwicklung waren Flugblätter, die man bei russischen Gefangenen mehrfach fand, folgenden Inhalts: „Soldaten! Euer Zar wendet sich an euch! Der jetzige unheilvolle Krieg ist gegen meine Überzeugung ausgebrochen. Es war die Intrige des Großfürsten Nikolai und seiner Anhänger, die mich des Thrones berauben wollten. Ich sah voraus, daß dieser Krieg einen unglücklichen Verlauf nehmen wird, aber mein niederträchtiger Verwandter und meine ungetreuen Generale haben hineingepfuscht, und, um mein Leben zu retten, war ich gezwungen, allem, was man mir vorlegte, zuzustimmen. Meine Soldaten! Verweigert euren treulosen Generälen den Gehorsam und wendet eure Waffen gegen jene, die das Leben eures Zaren und eurer Familie aufs Spiel setzen. Euer unglücklicher Zar Nikolaus II." Großfürst Nikolai schob die Urheberschaft dieses revolutionären Machwerks auf die Österreicher. Dagegen wurde am 13. Februar entschieden protestiert. Ebenso gegen eine neuerliche Zumutung, die weit verbreitete revolutionäre Propaganda im russischen Heere gehe von Österreich aus (20. Febr.). Das verstanden die russischen Revolutionäre gut genug. Man meldete Schandtaten der Russen in der Bukowina, und unerlaubte Kriegslisten, so Verkleidungen in Zivilkleidern oder Weiberkitteln.

Erzherzog Karl (Franz Josef) besuchte Mitte des Monats die Truppen in Krakau und an der polnischen Front, auch das berühmte Kloster Czenstochau. Burian und Bethmann Hollweg trafen sich im österreichischen Hauptquartier am 20. Februar. Die Bürgermeister von Wien und Budapest besuchten die Hausregimenter an der Front.

Auch deutsche Truppen kämpften seit Beginn des Monats in den Karpathen an der Seite der Österreicher. Sonst wahrten sie die ostpreußische Grenze gegen russische Angriffe und es entspann sich dort bis zum 16. Februar die große neuntägige Winterschlacht in den Masuren, Masuren. in der die Russische zehnte Armee aus ihren starken Stellungen östlich der Masurischen Seenplatte vertrieben, über die Grenze geworfen und schließlich in nahezu völliger Einkreisung vernichtend geschlagen wurde. Die Reste retteten sich in die Wälder östlich von Suwalki und von Augustow. Die Zahl der Gefangenen betrug weit über fünfzigtausend. Der Deutsche Kaiser wohnte den entscheidenden Gefechten in der Mitte der Schlachtlinie bei und zog in das eroberte Lyck ein. Generalfeldmarschall v. Hindenburg leitete die Operationen, die Generaloberst v. Eichhorn und General der Infanterie v. Below glänzend durchführten. Nördlich der Memel folgten am 17. die Deutschen dem überall geworfenen Gegner in der Richtung Tauroggen über die Grenze. Tauroggen wurde am 18. genommen. Die Gesamtbeute stieg bis zum 22. auf über 100.000 Mann, 7 Generale, 900 Geschütze. Daneben war das Ringen um die Stellungen in Russisch-Polen, nördlich und südlich der Weichsel kaum weniger bedeutend. Hier wurde bei Lipno, Sierpc, Wola, Bolimow, an der Bzura, der Skrwa gekämpft. Die Deutschen besetzten am 16. Bielsk und Plock, kämpften um Ossowiez, Kolno, Prasznysz, Lomza, Grodno, Suchawola, Wyszogrod, an der Rawka südlich der Weichsel, bei Ostrolenka am Omulew. Prasznysz wurde am 25. genommen.

Die militärische Kritik verglich die Masurenschlacht mit den Erfolgen bei Leipzig und Sedan, denn es war eine Armee von 250.000 Russen mit dem gesamten Material vernichtet. Die Verluste der Deutschen waren ungewöhnlich gering.

An der Westfront wurde um einzelne Schützengräben oder Dörfer gekämpft, auf der ganzen Linie vom Elsaß bis ans Nordmeer, aber ohne wesentliche Erfolge. Auch der Luftkrieg entsprach den Erwartungen von beiden Seiten nicht.

Der Austausch der schwerverwundeten Deutschen und Engländer fand am 15. und 16. über Holland statt. Von Frankreich war noch keine Zustimmung erfolgt.

Eine aufregende Gerichtsaffäre gegen deutsche Militärärzte in Frankreich, die der Hehlerei beschuldigt waren, wurde in zweiter Instanz vom Pariser Kriegsgericht durch Freispruch erledigt.

Sir Roger Casement, der Irenführer erhob in einem offenen Casement. Brief an Grey gegen Findlay, den britischen Gesandten in Christiania, die Anklage, dieser habe Casements Diener, Adlar Christensen, durch ein hohes Geldangebot bewegen wollen, Casement aus dem Wege zu räumen. Casement legte dem Berliner Auswärtigen Amt die Originale der auf diesen Anschlag bezüglichen Dokumente vor, so daß an der Richtigkeit

der ungeheuerlichen Anschuldigung gegen einen Agenten der britischen Regierung nicht mehr zu zweifeln war (16. Febr.).

Sozialisten. Ein Manifest englischer Sozialisten, darunter Hyndnan Thorne, erklärte, daß der Krieg fortdauern müsse, bis die von Preußen ausgehende Bedrohung des Friedens und der Freiheit wirksam beseitigt, bis Belgien und Frankreich völlig befreit seien. Ebenso äußerten sich die französischen Sozialisten. Minister Jules Guesde führte in der Sitzung der Nationalkonferenz der französischen Sozialistenpartei am 7. Februar aus, Frankreich bekämpfe nicht das deutsche Volk, sondern nur den Militarismus, und sei bereit, dem deutschen Volke die Hand zu bieten, sobald es sich vom Militarismus lossage. Gustave Hervé erklärte, jetzt, wo 500.000 der Unsrigen starben, wollen wir, daß das Opfer zur Befreiung der Völker und zum Triumph des Nationalitätsprinzips beitrage. Minister Sembat wollte jetzt den Frieden, der eine allgemeine Abrüstung, eine internationale Kontrolle über die Waffenfabrikation und die obligatorische Einführung von Schiedsgerichten in allen Konflikten festsetze. — Sembat und Guesde nahmen auch an einem Londoner Kongreß der sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Rußlands teil (13. bis 15. Febr.). Es wurde nach lebhaften Debatten folgende Resolution angenommen: „Der Krieg ist die Folge der kapitalistischen Expansionspolitik. Der deutsche Einfall in Belgien und Frankreich bedroht die Existenz der unabhängigen Nationalitäten. Die Sozialisten erstreben nicht die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, sie bekämpfen nur die Regierungen, nicht die Völker Deutschlands und Österreichs, sie fordern Befreiung und Entschädigung Belgiens, Regelung der polnischen Frage, freies Verfügungsrecht für alle annektierten Bevölkerungen. Die Sozialisten sind zwar entschlossen, bis zur Erringung des Sieges zu kämpfen, würden sich aber gegen jeden Versuch, den Defensivkrieg in einen Eroberungskrieg zu verwandeln, erheben. Der Sieg der Verbündeten muß die Autonomie der Völker im friedlichen Bunde der Vereinigten Staaten Europas und der Welt sichern. Nach dem Krieg müssen die Arbeiter aller Länder sich international vereinigen zur Unterdrückung der geheimen Diplomatie, der Beseitigung des Militarismus, der Interessen der Waffenfabriken, zur Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte und zur Erhaltung des Friedens." — Diese Beschlüsse, besonders die Äußerungen Sembats und Guesdes, daß die Völker frei über sich verfügen müßten und daß die französischen Sozialisten nach dem Kriege den deutschen Sozialisten die Hand reichen wollen, gefielen in Frankreich nicht, da Elsaß-Lothringen ein integrierender Bestandteil Frankreichs sei und nicht zu wählen habe. Auch die Angriffe gegen das Zarentum mißfielen. — Eine englische Sozialistenversammlung (20. Febr.) mißbilligte die Teilnahme der Arbeiterpartei an der Rekrutierungssache. Das verstimmte die französischen Sozialisten. Gustave Hervé schrieb in der „Guerre Soziale": „Unsere arme Internationale hat wieder eine Maus zur Welt gebracht." Der Temps meinte, die englische Resolution mache den Eindruck, aus Berlin diktiert zu sein.

Der Krieg gegen Serbien und Montenegro ruhte. Aber die Albaner brachen in die Gebiete von Prizrend und Ochrida vor; sie wurden allerdings wieder von den Serben zurückgetrieben. Diese beschuldigten die Österreicher, die Albaner aufgereizt und gedungen zu haben. Das wurde entschieden bestritten.

Das französische Marineministerium und die englische Admiralität beklagten sich über die deutsche Seekriegsführung, die dem Völkerrecht widerspreche. Die deutschen Unterseeboote wagten sich bereits in die Irische See und in den Kanal; das imponierte den englischen Fachleuten, es sei ein Markstein in der Geschichte der Tauchboote. Infolgedessen erhöhten sich die Versicherungsraten um zwanzig bis hundert Prozent; einige Dampferdienste zwischen England und Irland wurden eingestellt. Der „Reichsanzeiger“ brachte am 2. Februar eine Warnung an die friedliche Schiffahrt, da Deutschland gegen die Kriegstransporte von England nach Frankreich mit allen zu Gebote stehenden Kriegsmitteln vorgehen werde. Dem Handel nach der Nordsee wurde der Weg um Schottland empfohlen. — Die britische Admiralität erließ einen Geheimbefehl, daß wegen des Auftretens deutscher Unterseeboote sofort alle englischen Handelsschiffe neutrale Flaggen hissen und alle Abzeichen verdecken sollten. — Es erfolgte am 4. Februar eine Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes, wodurch die Gewässer um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet erklärt wurden. „Vom 18. Februar an wird jedes in diesem Kriegsgebiet angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden, ohne daß es immer möglich sein wird, dabei die der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden. Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, da angesichts der von der britischen Regierung am 31. Jänner angeordneten Mißbrauches neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekriegs nicht immer vermieden werden kann, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen. Die Schiffahrt nördlich um die Shetlandsinseln, im östlichen Gebiet der Nordsee und einem Streifen von dreißig Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste ist nicht gefährdet.“ Eine Denkschrift rechtfertigte dies Vorgehen mit der Aushungerungsabsicht der Feinde, die durch völkerrechtswidrige Maßnahmen bezweckt werde. Seekrieg.

Die Engländer erwiderten darauf: „Für England ist die beste Antwort, die eigene Blockade schärfer zu machen. Die britischen Handelsschiffe und Fischdampfer können schnell mit Gewehren, Maschinengewehren, Bomben und Kanonen bewaffnet werden. Dadurch werden sie noch nicht Kriegsschiffe, können sich aber doch gegen seeräuberische Angriffe schützen“ („Morning Post“). „Daily Mail“ höhnte: „Jedermann kann eine Blockade proklamieren. Die Schwierigkeiten fangen erst an, wenn man versucht, sie durchzuführen.“ Frankreich war empört; diese Seeräuberei sei für die neutralen Staaten ein Kriegsgrund. Deutschlands Ankündigung sei ein Ausdruck der niedergebrochenen Geistesverfassung („Temps“). Die deutsche Regierung wandte ein, man wolle nicht den neutralen Handel mit England unmöglich machen, nur die Neutralen warnen. England habe ja auch im Blockade.

November die Nordsee als Kriegsgebiet erklärt, was sich die Neutralen gefallen ließen.

Bethmann Hollweg wandte sich gegen den Ausspruch Churchills, England werde Deutschland knebeln, bis es sich auf Gnade und Ungnade ergebe. „Churchill will ein Volk von siebzig Millionen aushungern. Gibt es eine barbarischere Form der Kriegführung? Ist ein solches Vorgehen mit Menschenrechten, mit der Zivilisation vereinbar?“ England verteidigte die Benützung einer neutralen Flagge als völkerrechtlich erlaubte Kriegslist. Allen Engländern, zum Beispiel dem „Daily Expreß“ gefiel eine solche Taktik nicht. Die Kopenhagener „Politiken“ meinte, was im 17. und 18. Jahrhundert erlaubt war, kann im 20. unheilvolle Wirkungen ausüben. Diese Taktik sei veraltet und widerspreche den modernen Anschauungen. Die Folge wird sein, daß aus Mißtrauen jedes Schiff das andere zerstören wird. Schwedische Reederkreise erklärten, durch die englische Bekanntmachung über Anwendung von neutralen Flaggen werde die neutrale Schiffahrt tatsächlich vernichtet. Die Presse verdammte einstimmig die leichtsinnige englische Ansicht; sie zeige von Feigheit bei einer sonst so stolzen Nation, sie schädige die Rechte der kleinen Völker.

Amerika. Eine amerikanische Note vom 13. Februar machte die deutsche Regierung ernstlich auf die sehr ernsten Folgen der deutschen Bekanntmachung aufmerksam, besonders wenn ein amerikanisches Schiff oder ein Staatsangehöriger dadurch betroffen würden. „Die amerikanische Regierung erwartet also, daß amerikanische Staatsbürger und ihre Schiffe anders als im Wege der Durchsuchung nicht belästigt werden sollen. Man habe auch bereits der britischen Regierung Vorstellungen gemacht bezüglich des ungerechtfertigten Gebrauchs der amerikanischen Flagge.“ Das geschah denn auch durch eine Note vom selben 13. Februar; es hieß darin, die amerikanische Regierung fasse mit Angst und Sorge irgendwelche allgemeine Benützung der amerikanischen Flagge durch englische Schiffe ins Auge, welche die in der deutschen Erklärung bezeichneten Gewässer befahren würden. Das sei ein Mißbrauch der neutralen Flagge. — Die deutsche Regierung berührte in ihrer Antwort an Amerika den Konterbandehandel mit Kriegsmaterial der neutralen Handelsschiffe. „Hinsichtlich dieses Punktes gibt sich die deutsche Regierung der Hoffnung hin, daß die amerikanische Regierung bei nochmaliger Erwägung zu einem dem Geiste wahrhafter Neutralität entsprechenden Eingreifen veranlaßt werden wird.“ Da die britische Regierung die englischen Handelsschiffe bewaffnet, sei eine Untersuchung für die Deutschen fast unmöglich. Die deutsche Regierung empfiehlt den Vereinigten Staaten, ihre mit friedlicher Ladung befrachteten Schiffe durch Konvoyierung kenntlich zu machen. Nach den Regeln des internationalen Seegesetzes sind von Kriegsfahrzeugen begleitete Handelsschiffe keiner Untersuchung unterworfen, aber das Land, dem sie angehören, ist bei seiner Ehre verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sie keine Kriegskonterbande an Bord führen. Amerika aber wollte keine Konvoyierung durch Kriegsschiffe.

Eine englische Note an Amerika 18. Februar schloß mit den Worten: „Ich hoffe, daß es der amerikanischen Regierung einleuchten wird, daß die britische Regierung bisher bestrebt war, ihre Rechte als kriegführende Macht mit jeder möglichen Rücksichtnahme auf die Neutralen auszuüben.“ Ein Memorandum Greys an die Vereinigten Staaten vom 20. Februar nahm auf Fälle im amerikanischen Bürgerkriege Bezug, wo amerikanische Schiffe die britische Flagge benützten, um sich gegen Erbeutung zu schützen. Es wäre unbillig, wenn jetzt die Vereinigten Staaten und andere Neutrale es den britischen Schiffen übelnehmen wollten, ebenso zu handeln, wie das bei der „Lusitania“ geschehen sei.

Die dänische, norwegische und schwedische Regierung einigten sich nach Verhandlungen in Stockholm, bei der britischen und bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben wegen der Gefahren, die der nordischen Schiffahrt drohten teils durch die Anwendung neutraler Flaggen bei britischen Handelsschiffen, teils durch die deutschen Maßnahmen (17. Febr.). Englische Schiffe suchten die eigene Küste nach Schlupfwinkeln der deutschen Unterseeboote ab.

Im englischen Unterhaus bemerkte der Lord der Admiralität Churchill am 16. Februar: „Was die deutsche Drohung betrifft, so sehen wir uns einer Kriegführung gegenüber, wie sie noch nie von einem zivilisierten Staate verwirklicht wurde. Verluste werden natürlich erlitten werden, doch glaube ich nicht, daß britische Lebensinteressen betroffen werden können. Deutschland darf nicht in die Lage kommen, sein System von offenbarem Mord und Seeraub anzuwenden. Bisher wollten wir die Einfuhr von Lebensmitteln nicht verhindern; wir hinderten neutrale Schiffe nicht daran, einen direkten Verkehr mit deutschen Häfen zu unterhalten. Wir haben ungehindert deutsche Ausfuhrartikel auf neutralen Schiffen durchgelassen. Es ist aber die Zeit gekommen, wo man erwägen muß, ob einem Staate, der sich außerhalb der internationalen Verpflichtungen gestellt hat, der Genuß dieser Rechte nicht entzogen werden muß.“ Betreffs der Klagen, daß die Admiralität fast ein Fünftel der englischen Handelsflotte gechartert habe, sagte Churchill: „Wir stehen im Kriege mit der zweitgrößten Seemacht der Welt. Wir brauchen Schiffe zur Versorgung der Flotte mit Proviant, Heizmaterial und Munition sowie zum Transport der Verstärkungen für die Feldarmee und zu deren Versorgung mit allem Nötigen.“ Jedenfalls stiegen die Seeversicherungen auf das Doppelte bis Vierfache. Der Schiffahrtverkehr zwischen England und Schweden stockte fast ganz. Die dänische Regierung protestierte noch entschieden gegen das von England angemaßte Recht, neutrale Flaggen zu führen. In England stiegen die Preise der Lebensmittel. Das dänische Blatt „Politiken“ hob die Gefahr für England hervor: „Seit Kriegsbeginn ist die Stellung der City als weltversorgender Geldmarkt merklich geschwächt, und Neuyork wächst sich schnell zum neuen Geldmarkt aus. England muß seinen Markt für auswärtige Anleihen schließen . . . Selbst eine kurze Blockade durch die Deutschen würde genügen, um eine Scharte in das Prestige zu schlagen, das das britische Volk bisher auf Erden genoß.“ Churchill.

Die britische Admiralität schrieb einen Preis von 1000 Pfund aus für Zerstörung oder Erbeutung eines deutschen Unterseeboots. Die englische Flagge war im Kriegsgebiet ganz verschwunden. Die deutschen Tauchboote fanden seit 18. Februar reiche Beute. Daneben gefährdete aber auch der Minenkrieg

die Handelsschiffahrt, und es wurde festgestellt, daß von 156 Minen, die an die holländische Küste angespült wurden, 111 englischen, 42 französischen und nur 3 deutschen Ursprungs waren.

Türken. Die Türken leiteten ihren Feldzug gegen Ägypten durch folgendes Manifest des Sultans vom 12. Februar ein: „An meine Söhne in Ägypten! Ihr wißt, wie England in Ägypten eingedrungen ist und durch welche Hinterlistigkeiten es die Verwaltung des Landes an sich gerissen hat. Es bereitete mir beständig Kummer, euch unter der englischen Tyrannei leiden zu sehen, und ich erwartete den günstigen Augenblick, um ihr ein Ende zu setzen. Ich danke dem Allmächtigen, daß er mir die glückliche Gelegenheit gewährt hat, eine von meinen Armeen zu entsenden, um euer schönes Land zu befreien, das muselmanisches Erbgut ist. Ich bin sicher, daß es mit göttlicher Hilfe meiner Armee gelingen wird, euch vom fremden Einfluß und der Einmischung zu befreien und euch eure Autonomie und eure Freiheiten wiederzugeben. Ich bin überzeugt, daß der Patriotismus meine Söhne in Ägypten veranlassen wird, mit allem Feuer, dessen sie fähig sind, an diesem Befreiungskrieg teilzunehmen. Mehmed Reschad." — In Afghanistan wurde eine Armee von 60.000 Mann von deutschen Offizieren vorbereitet; sie war angeblich entschlossen, in den Heiligen Krieg gegen die Engländer und Inder einzutreten. — Ein Kabinettswechsel in Persien wurde von der Türkei mit Genugtuung und Hoffnung aufgenommen. — Die Kämpfe an der Kaukasusfront hielten an. Vor Batum kam man zur See aneinander, ebenso vor Trapezunt. Die Dardanellen wurden von englischen und französischen Kreuzern am 19. Februar beschossen. Diese mußten sich aber nach Vergeudung von 600 Granaten mit Schaden zurückziehen. Ähnlich ging eine Beschießung am 25. und eine am 27. Februar aus.

Japan. Japan begann an China solche Forderungen zu stellen, die eine „Ägyptisierung" Chinas bedeuteten. In Rußland beklagte man sich darüber, daß China also zu einer japanischen Kolonie gemacht werde. Das sei vom Standpunkt der vitalsten Interessen der europäischen Mächte vollkommen unzulässig. Auch in Washington erregte die japanische Politik große Sorge und Mißtrauen. Japan traf, englischen Berichten zufolge, große militärische Vorbereitungen. Präsident Yuanschikai suchte sich den japanischen Forderungen zu entziehen, die Chinas Suveränität und sein Recht, mit andern Mächten Verträge zu schließen, beeinträchtigten. An die Rückgabe Kiautschous dachte Japan nicht; es wollte aber auch Schantung und überhaupt eine besondere ausschließliche Stellung in der südlichen Mandschurei und in der östlichen und inneren Mongolei. Japan half übrigens den Engländern bei der Unterdrückung der Meuterei eines indischen Regiments in Singapore, bei der mehrere englische Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten getötet wurden (23. Febr.).

In Südafrika ergab sich der Burenkommandant Kemp am 4. Februar den Engländern. Der Mißerfolg des Aufstands verwischte nicht die Parteigegensätze, sondern trieb sie auf die Spitze. Gegen die deutschen Kolonisten in Deutsch-Südwest wurde weiter gekämpft. England kündigte am 26. die Blockade von Deutsch-Ostafrika an.

Was die Frage der italienischen Neutralität betrifft, so standen sich die Parteien schroff gegenüber: hier interventionslustige Nationalisten, dort friedliche Sozialisten. In Reggio d' Emilia kam es am 26. zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Regierung erneuerte das Verbot von Versammlungen für oder gegen den Krieg.

Bulgarien wurde wiederholt von den Gesandten der Entente aufgefordert, an ihrer Seite in den Krieg zu treten. Dabei wurde mit einem russischen Einfall gedroht.

Der Ankauf deutscher Schiffe durch die Vereinigten Staaten wurde von Frankreich in einer Note als den Gesetzen der Neutralität zuwiderlaufend erklärt. Dessenungeachtet blieb Wilson dabei, und es wurde denn auch am 19. Februar die Schiffsankaufbill vom Repräsentantenhaus angenommen. — Es wurde in Washington eine deutsch-amerikanische Neutralitätsliga gegründet. England sah darin einen Erfolg der Propaganda Dernburgs. Die Liga wurde auch von den Iren unterstützt und hatte das Ziel, bei den nächsten Wahlen Einfluß auszuüben. Die Mitgliederzahl der deutschen Vereine in den Vereinigten Staaten wurde auf fünf Millionen geschätzt. Die Liga verfolgte als weiteres Ziel die freie offene See für den amerikanischen Handel mit solchen Gütern, die nach dem Völkerrecht keine Konterbande sind. Sie forderte Verbot der Ausfuhr von Kriegsgegenständen und ein Unterseekabel zwischen Deutschland und Amerika. Amerika.

Nach der Statistik nahm die Ausfuhr von Kriegsmaterial zu. Die Käufer waren England, Frankreich und Rußland. Minuth, der Herausgeber der in Chicago erscheinenden Monatschrift „Der deutsche Kulturträger", machte Wilson und Bryan für die Unterstützung des Dreiverbandes durch die Waffenzufuhr in allerschärfster Weise persönlich verantwortlich und gab die Losung aus: „Nicht mehr für das Rote Kreuz sammeln, aber sammeln für einen wirksameren Zweck: zum Ankauf von Waffen! Auch wir wollen Waffen kaufen, hier in Amerika. Kein Wilson, kein Bryan darf uns daran hindern. Die Herren haben sich dieses Rechtes selbst begeben. Um ihre Stellungnahme zum nichtswürdigen Waffenhandel mit den Feinden Deutschlands zu rechtfertigen, gaben sie der amerikanischen Neutralitätserklärung die Fassung: Ein legales Gesetz darf nicht behindert werden! Schön, ihr Herren. Hoffentlich werdet ihr konsequent sein und auch uns nicht behindern, legale Geschäfte zu betreiben, ebensowenig wie die Engländer und Franzosen. Im lieben alten Vaterland ist der Michel erwacht. Gebe Gott, daß er jetzt auch hier erwache!"

Aus dem inneren Leben Österreich-Ungarns sei noch nachgetragen, daß Ernest von Koerber am 7. zum gemeinsamen Finanzminister an Bilinskis Koerber.

Stelle ernannt wurde. Graf Julius Andrassy sagte am selben 7. Februar in der Versammlung des Nationalkasinos: „Die Prophezeiung Szechenyis, daß Ungarn nur groß und mächtig sein könne, wenn es sich mit den Völkern Österreichs vereinigt, ist zur Tatsache geworden. Heute ist die Interessengemeinschaft zwischen Österreichern und Ungarn vollständig.“ — In Sarajevo wurden die Todesurteile im Hochverratsprozeß vollstreckt.

Der Berliner „Vorwärts“ veröffentlichte am 3. Februar die Erklärung: „Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages verurteilt den von Liebknecht begangenen Disziplinarbruch auf schärfste, weist die von ihm verbreitete Begründung seiner Abstimmung als unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie entschieden zurück und verurteilt ebenso die von Liebknecht im Ausland verbreiteten irreführenden Mitteilungen über Vorgänge innerhalb der Partei.“

Liebknecht.

Der vor kurzem ernannte Erzbischof von Posen-Gnesen Dr. Likowski starb am 20. Februar.

In Mexiko erklärte sich General Villa zum Präsidenten der Republik.

März.

Polen.

Im preußischen Abgeordnetenhaus gab am 9. März namens der Polen v. Trampczynski folgende Erklärung ab: „Seit mehr als dreißig Jahren betrachten die Staatsregierung und die Mehrheitsparteien des Landtages die polnische Bevölkerung als inneren Feind. Ausnahmsgesetze wie Verwaltungsmaßregeln verfolgen den gleichen Zweck, die Entwicklung unseres nationalen Lebens zu unterdrücken. Mehr als 1200 Millionen Mark, wozu auch wir beisteuern müssen, wurden aus Staatsmitteln ausgegeben, um die Polen in ihrem Volkstum zu bekämpfen. Diesen Bestrebungen entgegenzutreten, war unser Recht und unsere Pflicht. Aber obwohl wir nach wie vor entschlossen sind, unser Volkstum bis zum letzten Atemzuge zu verteidigen, verließen wir niemals den Rechtsboden, sondern erfüllten vielmehr alle Pflichten als Staatsbürger in vollem Maße. Auch im jetzigen Weltkriege stimmten wir vorbehaltlos für alle Maßregeln, welche nach Ansicht der Regierung für die Kriegszwecke notwendig sind. Auf den Schlachtfeldern dieses Krieges ist auf unserer Seite mehr polnisches Blut für den preußischen Staat geflossen, als nach der Zahl der polnischen Bevölkerung zu erwarten wäre. Obwohl es die moralische Pflicht des Staates gewesen wäre, uns entgegenzukommen, machten wir seit Jahren vergeblich von dieser Stelle aus die politische Gleichberechtigung, also auch die gleichmäßige Förderung unseres Volkstums geltend. Wir hätten doch erwarten dürfen, daß sich die Regierung in Wahrung des Staatswohles im Augenblicke der Gefahr veranlaßt gesehen hätte, auf die Fortsetzung dieses inneren Krieges zu verzichten, daß sie auf die krassesten Ausnahmsgesetze, wie das Enteignungsgesetz und das Ansiedlungsverbot, verzichtet und sich zur Wiedereinführung des Unterrichts in polnischer Sprache in den Volksschulen entschlossen hätte ... Die Staatsregierung trug kein Bedenken, auch in den diesjährigen Etat trotz unserer Gegenvorstellungen alle Positionen wieder einzustellen, die nach der Entstehungsgeschichte und der tatsächlichen Verwendung zur Bekämpfung des polnischen Volkstums dienen. Ich halte mich für verpflichtet, vor der öffentlichen Meinung gegen eine derartige Behandlung Einspruch zu erheben. Wir halten das für unvereinbar mit dem wahren Burgfrieden.“ — Der Konservative v. Heydebrand betonte dagegen,

die Mehrheit des Hauses habe sich eben von der Empfindung leiten lassen, daß der deutschnationale Charakter des Reiches und des preußischen Staatswesens so vertreten werden solle, wie es geschehen ist. — Pachnicke von der Volkspartei erklärte, Kampfgesetze gegen die Polen ließen sich nicht mehr aufrechterhalten. — Stull vom Zentrum sprach die feste Erwartung aus, daß die Regierung nach Beendigung des Krieges an die Revision der polnischen Gesetze gehen werde. Der Däne Nissen protestierte gegen die Unterdrückung der Dänen in Nordschleswig und hob deren treue Pflichterfüllung in schwerer Zeit hervor. Der Sozialdemokrat Hirsch mahnte zur Aufhebung aller Ausnahmsgesetze, zur Gewährung des freien Wahlrechts und Beseitigung der Einschränkungen des Koalitionsrechts. — Im Herrenhaus widersprach Minister Delbrück am 15. März der Äußerung Vivianis von Deutschlands völliger finanziellen und wirtschaftlichen Deroute. Die Kredit- und Geldwirtschaft steht nach siebenmonatiger Kriegsdauer besser als zu Beginn des Krieges, ebenso das Zentralbankeninstitut. Die Eisenbahnen fahren wie in voller Friedenszeit und liefern im Güterverkehr annähernd dasselbe Ergebnis wie im Frieden. Allenthalben rauchen die Schlote der Fabriken, arbeiten die Maschinen; alles zeugt von einer wirtschaftlichen Kraftorganisation. Alle Teile des Volkes, Landwirtschaft, Handel und Industrie, die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, haben sich zusammengeschlossen, um die Volkswirtschaft umzuformen für die Aufgabe des Krieges. — Präsident Fürst Wedel bedauerte, daß die Hoffnung baldigen Friedens nicht in Erfüllung ging. Frankreich gesteht offen ein, daß es nicht allein die 1871 verlorenen Provinzen wieder gewinnen, sondern noch neue hinzugewinnen will. Rußland will sich durch die Provinz Preußen abrunden. England will unsern Handel, unsere Industrie und Seemacht vernichten. Wir haben den größten Teil unserer Kolonien verloren. Aber das Vorhaben der Feinde, Deutschland zu vernichten, ist zuschanden geworden, so daß wir insofern als Sieger dastehen ..." Dänen.

Im gleichen Sinn sprach Dr. Kaempf, der Präsident des deutschen Reichstags, am 10. März: „... Im Westen hält unsere Armee mit Zähigkeit auf einer Schlachtlinie von vierhundert Kilometer von den Vogesen bis zum Kanal fest. Im Osten leitet ein genialer strategischer Gedanke auf einer noch längeren Linie von der Ostsee bis zur Bukowina unsere Operationen. Im Süden hält die osmanische Armee den Weg zu den Dardanellen verschlossen, in die einzudringen der Übermacht der englisch-französischen Flotte nicht geglückt ist, und schiebt ihre Vorposten vor bis an den Suezkanal, wo sie Ägypten bedroht, den Angelpunkt der britischen Weltmacht. Deutschland hat sich im Kampf gegen eine übermächtige Koalition zu verteidigen, um seine Existenz, sein politisches, sein wirtschaftliches Leben aufrechtzuerhalten. Unsere Feinde haben in den letzten Wochen einen neuen Bundesgenossen, den Hunger, aufgerufen. Gezwungen, sich dagegen zu wehren, griff Deutschland zum Krieg mit den Unterseebooten." — Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Helfferich sagte: „Der Engländer variiert den Clausewitzschen Satz dahin: Politik und Krieg sind die Fort- Helfferich.

setzung des Geschäftes mit andern Mitteln. Wir Deutsche dagegen sehen im Krieg die schwerste, erhabenste Prüfung, die das Schicksal einem Volke zuteilen kann. Diese Auffassung ist für unsere Zuversicht ein festeres Fundament als alles Gold und Silber der Welt ... Die Entwicklung unseres Volksreichtums war vor dem Krieg England gegenüber als gleichwertig, Frankreich gegenüber als überlegen zu betrachten. Unser Staatskredit hat sich besser gehalten als der Englands und namentlich Frankreichs ... Von den Gegnern hat lediglich England auf dem Gebiete der Anleihepolitik einen Erfolg aufzuweisen, der sich neben dem unsrigen sehen lassen kann. Während aber der Kurs unserer Kriegsanleihe bald ansehnlich über den Emissionskurs hinausging, ist der Kurs der englischen Kriegsanleihe trotz aller Bemühungen, ihn zu halten, unter den Emissionskurs hinabgesunken. Rußland und Frankreich haben bisher nicht vermocht, eine einheitliche große Finanzoperation zur Deckung der Kriegskosten durchzuführen. Frankreich hat kurz vor dem Kriege die bekannte Anleihe von 800 Millionen Franken herausgebracht und den Erfolg einer vierzigfachen Überzeichnung in die Welt hinausposaunt. In Wirklichkeit war es ein Mißerfolg, so daß Frankreich zum Kriegsausbruch an den inländischen Markt überhaupt nicht denken konnte. Die Pariser Konferenzen zwischen den Finanzministern des Dreiverbandes scheiterten an der von Rußland und wohl auch von Frankreich gewünschten gemeinschaftlichen Anleihe ... Während der Goldvorrat der Reichsbank seit Kriegsbeginn um eine Milliarde zugenommen hat, war das in Rußland und Frankreich nur in bescheidenem Maß möglich, in England nur durch Gewaltmittel. Im selben Zeitraum, da die deutschen Sparkassen eine Zunahme von 900 Millionen Mark hatten, hatten die französischen eine Abnahme von 120 Millionen Franken. Der ungünstige Stand der Valuta erklärt sich aus der Unterbrechung des Verkehrs ... Mit das größte Phänomen ist die Anpassung der deutschen Volkswirtschaft an die veränderten Bedingungen. Deutschland hatte vor dem Krieg einen Außenhandel von jährlich mehr als zwanzig Milliarden Mark. Die Rechnung unserer Gegner ging darauf aus, uns durch Unterbindung unseres Außenhandels zu elendem Verkommen zu bringen. Aber die Rechnung hat übersehen, daß sich die produktiven Kräfte in Deutschland im heimischen Boden in harter Arbeit entwickelt haben und ausreichen, um den deutschen Volkskörper in Nahrung und Tätigkeit zu halten. Sie hat ferner nicht gerechnet mit dem Opfermute des deutschen Volkes, mit dessen Spannkraft, die aus der deutschen Volkswirtschaft eine einzige Kriegsmaschine gemacht hat. Wir sind umgeben von Feinden, die kein Recht achten und kein Erbarmen kennen. Aber es ist gelungen, ein Volk von siebzig Millionen, das in die Weltwirtschaft verflochten war, auf sich selbst zurückzuführen ..."

Der Sozialdemokrat Haase führte aus, seine Partei habe nicht daran gedacht, für ihre Abstimmungen vom 4. August und 2. Dezember eine Gegengabe zu fordern. Aber es sei unerträglich, daß noch immer nicht allen Staatsbürgern ohne Unterschied der Klasse, Partei, Konfession, Nationalität volle Gleichberechtigung gewährt wird. Die Beschränkungen haben vielmehr noch zugenommen. Zeitungen werden verfolgt und unterdrückt. Die Berufung auf den Burgfrieden wird zum Unfug. Es wäre ein Unglück, wenn daraus ein Kirchhoffriede würde. Es ist natürlich, daß in allen Ländern der Wunsch durchbricht, diesem Gemetzel ein Ende zu machen. Gerade der Starke soll sich zuerst dem Frieden geneigt zeigen. Wir wünschen einen dauernden Frieden und der wird nur erreicht, wenn kein Volk das andere vergewaltigt. Der Wahn, als ob das deutsche Volk vernichtet werden könnte, ist zerstört." — Spahn (Zentrum) meinte: „Wir erreichen das Ziel eines Friedens, der uns Schutz gegen freventliche Angriffe bietet, nur, wenn wir weiter siegreich mit aller Kraft bis ans Ende fechten." — Staatssekretär Dr. Delbrück verteidigte den Belagerungszustand gegen Haase. Der Sozialdemokrat Scheidemann sagte am 18. März im Reichstag: „Wenn unsere Gegner uns Hunnen und Barbaren nennen, so verdient dieses Verhalten nicht Nachahmung. Wir halten es auch nicht für patriotisch, alles Schlechte ungesehen zu glauben, was dem Feinde nachgesagt wird; das gilt besonders von den Gefangenenlagern . . . Dringender als alles andere scheint mir der feste Glaube an die Unbesieglichkeit unseres Volkes. Der Glaube an die Möglichkeit, uns auszuhungern, wird todsicher durch die Tatsachen widerlegt werden . . . Wir brauchen Brot, aber auch Freiheit. Wir wünschen Wiederherstellung der Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit." — In der Budgetkommission wurde am 19. März auch die Aufhebung des Jesuitengesetzes gefordert. In der Sitzung des Reichstags vom 20. März kam es wegen der Angriffe des Sozialisten Ledebour auf die Heeresleitung zu einer erregten Szene. — Admiral Dähnhart erklärte, der Fall Tsingtaus schädige keineswegs den deutschen kulturellen Einfluß in Ostasien. — Helfferich erklärte, mit dem Ergebnis der ersten beiden Anleihen seien die Engländer um vier bis fünf Milliarden übertroffen. Der neue Kriegskredit wurde wieder von allen Parteien angenommen. Als entgegen dem Fraktionsbeschluß Liebknecht und Rühle allein dagegen stimmten, verurteilte die Fraktion diesen Disziplinbruch wieder aufs entschiedenste. Sozialisten.

Es bildete sich eine „Freie vaterländische Vereinigung", um den Strom nationaler Gesinnung, den der Krieg sammelte, in die Friedenszeit hinüberzuleiten.

Scheidemann hielt am 30. März in Nürnberg eine Rede über den Frieden: „So zahlreich auch die Feinde sind, das dürfte wohl erwiesen sein, daß Deutschland militärisch nicht besiegt werden kann. Wir dürfen uns keinen Hungerfrieden aufzwingen lassen und jetzt noch nicht vom Frieden sprechen. Wir können uns nicht bereit erklären, in die Knie zu sinken und einen flauen Frieden zu machen." — Zu Bismarcks hundertstem Geburtstag wurden an seinem Berliner Denkmal Kränze vom Kaiser, dem Heer und dem Reichstag niedergelegt.

Über die Brüsseler Dokumente zur Anglo-belgischen Konvention äußerte sich nun erst die belgische Regierung in Havre, der wieder die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 9. März entgegnete.

England. Im englischen Unterhaus brachte der Liberale Outhwaite den Sir Edward Grey am 17. März durch Fragen über die Ereignisse des 2. August in einige Verlegenheit. Jowett von der Arbeiterpartei fragte, ob die alliierten Regierungen sich über die Friedensbedingungen geeinigt hätten, die Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei aufzuerlegen seien. Grey verneinte. — Grey führte in einer Rede am 22. März über den Ursprung des Krieges aus, er hätte durch eine Konferenz verhindert werden können, wenn Deutschland zugestimmt hätte. „Die Verantwortung für den Krieg ruhe allein auf Deutschland. Der Streit zwischen Österreich und Serbien, den Deutschland als Gelegenheit zum Kriege benützte, war viel leichter zu schlichten als zwei Jahre vorher die Balkankrise, die mit gutem Erfolg überwunden wurde. Wir wissen, daß Deutschland sich so sehr auf den Krieg vorbereitet hat, wie dies nur ein Volk tut, das den Krieg will. Man weiß, daß Preußen im vergangenen Jahrhundert in Europa wiederholt Krieg führte, weil es ihn wollte, und das geschah auch jetzt. Aber wir sind entschlossen, daß es das letztemal sein werde ... Die große Idee, für welche die Alliierten kämpfen, ist, daß die Nationen Europas ihr eigenes unabhängiges Leben führen, ihre eigenen Regierungsformen und ihre eigene nationale Entwicklung in voller Freiheit ausbilden können, große wie kleine.“ — Von deutscher Seite wurde offiziös erwidert: „Grey verschweigt, daß es sich während der Balkankrise um eine Konferenz handelte, die den Zweck hatte, die Interessen der verschiedenen Großmächte an der endgültigen Regelung der Verhältnisse auszugleichen. Der Streitfall zwischen Österreich und Serbien betraf nur zwei Staaten ... Welche Macht sich auf jede Weise auf den Krieg vorbereitet hatte, ergeben die von der englischen Regierung stets geleugneten geheimen, politischen und militärischen Abmachungen Englands mit Rußland, Frankreich und Belgien. Welches Land die Freiheit der kleinen Völker tatsächlich bedroht, zeigt die ganze Geschichte des englischen Kolonialreiches sowie der Gebrauch, den England von dem Gewaltmittel seiner Flotte im gegenwärtigen Kriege macht.“ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ äußerte sich am 26. März empört darüber, daß Grey die deutschen Vorschläge „infam“ nannte und schloß mit dem Satz: „Das deutsche Volk kämpft auch um ein ideales Ziel, um die Freiheit der Meere, um die Befreiung aller Völker von der Gewaltherrschaft der englischen Flotte.“

Sechs große deutsche Verbände, die Millionen von Groß- und Kleinbetrieben umfaßten: der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Hansabund und der Reichsdeutsche Mittelstandverband, erhoben in einer Eingabe an den Reichstag die Forderung, daß die Erörterung der Friedensbedingungen freigegeben werde. Die Regierung hielt es aber noch nicht für zeitgemäß, so sehr sie die nationale Haltung der Petenten lobte.

Sowohl die Königin der Niederlande wie der Schweizer Bundesrat wurden durch Petitionen aufgefordert, den Frieden zu vermitteln. Beide mußten derzeit ablehnen.

Um auf die kriegerischen Handlungen im März überzugehen, so bestanden die Österreicher die Russen noch immer in der Karpathenfront, im Raume südlich des Dnjestr, in Polen und Westgalizien, an der Biala bei Zakliczyn, im Laborczatal und auf den Höhen von Cisna, an der Straße von Baligrod bei Petrikau, bei Gorlice, bei Lupkow, nördlich von Nadworna, bei Inowlodz an der Pilica, zum Teil unter heftigen Schneestürmen; am Uzsoker Paß, beiderseits des Oportales, bei Ottynia, bei Wyszkow, später auch östlich von Czernowitz am Pruth, dann auf den Karpathenhöhen bei Laborczrev, bei Lupkow und Smolnik, bei Baligrod, bei Zaleszczyki, an der Losofina in Polen, an den Ostbeskiden usw. Die tapfere Besatzung von Przemysl machte am 20. einen Ausfall, traf aber auf überstarke feindliche Kräfte und zog sich wieder zurück. Die Nahrungsmittel wurden immer knapper. General v. Kusmanek entschloß sich am 19. zum letzten Angriff; dann mußte er nach Zerstörung des Kriegsmaterials am 22. März den völlig ausgehungerten Platz den Feinden übergeben. Der Fall der Festung, mit dem die Heeresleitung seit längerer Zeit rechnen mußte, hatte keinen Einfluß auf die allgemeine Lage. Die Stellungskämpfe dauerten an denselben Stellungen fort. Es gerieten allerdings 34.000 Mann Infanterie und Artillerie, 45.000 Arbeiterpersonal, 28.000 Kranke und Verwundete in russische Gefangenschaft. Die 1050 Geschütze wurden rechtzeitig gebrauchsunfähig gemacht. Karpathen. Przemysl.

Infolge der günstigen Operationen in Südostgalizien konnten in diese wieder befreiten Gebiete bereits zu Beginn des Monats österreichische Beamte einziehen und die Geschäfte übernehmen.

Die russische Heeresleitung ging besonders streng gegen die Juden vor, die sie der Spionage beschuldigte. Eine russische Verordnung besagte: „Die Erfahrungen des Krieges haben uns die feindselige Stellung der jüdischen Bevölkerung Polens, Galiziens und der Bukowina deutlich gezeigt. Darum hat der Armeekommandant das Verbleiben der Juden im Rayon der Armee verboten und zur Auffindung von Spionjuden befohlen, Geiseln zu nehmen, auf welche als Strafe der Strang steht.“ Den Juden wurde auch das Reisen in Galizien verboten bei schwerer Geldstrafe. Die russischen Plünderungen ließ sich der russische Stadtkommandant von Czernowitz im November um 400 bis 500 Kronen von jeder Partei abkaufen. Russische Greuel wurden aus der Bukowina gemeldet.

Maximilian Harden, der Herausgeber der „Zukunft“, mußte sich wegen Verdächtigung polnischer Beamter verantworten, gegen die er Anwürfe wegen Hochverrats und Ausspähung richtete. Das galizische Amtsblatt beschuldigte Harden der Verleumdung, wenn er seine Anschuldigungen aufrecht hielte. Harden.

Im März hatten die deutschen Truppen gegen russische Angriffe bei Lomza und Ostrolenka, bei Plock, am Augustower Wald, am Bobr, bei Kolno, bei Myszíniec, bei Grodno zu kämpfen; ferner bei Prasznysz, bei Skierniewice, bei Rawa, bei Nowe Miasto, bei Sereje, bei Jednorozek,

bei Tauroggen und Laugzargen. Die oberste Heeresleitung verkündigte am 18., daß sie für jedes von den Russen auf deutschem Boden niedergebrannte Dorf oder Gut dreifache Vergeltung üben werde. Dazu gaben Plünderungen und Brandstiftungen bei Memel Anlaß. Die Russen besetzten Memel am 20., wurden aber am 21. wieder vertrieben, nachdem sie arg gehaust hatten. Man folgte den nördlich von Memel zurückweichenden Russen und machte Gefangene. Seestreitkräfte unterstützten diese Operationen und hielten die Straße Polangen—Libau unter Feuer. Tauroggen wurde am 29. erstürmt; bei Krasnopol wurden Gefangene gemacht. Hindenburg legte zur Strafe für die russischen Plünderungen den russischen Orten im Gouvernement Suwalki Kontributionen auf, unter anderem der Stadt Lodz eine halbe Million. Die Polen wurden beruhigt: für Repressalien käme nur russischer, nicht polnischer, litauischer oder jüdischer Besitz in Betracht.

Memel.

Der Austausch von Zivilpersonen zwischen Deutschland und Rußland, die nicht kriegstauglich waren, kam nun auch zum Abschluß.

In Saloniki landeten neuerdings größere Transporte aus England und Frankreich, die für Serbien bestimmt waren. Im übrigen war im Süden kein bedeutender Kampf. Österreichische Schiffe operierten vom 1. auf den 2. März vor Antivari.

Westfront.

Im Westen kämpften die Deutschen immer noch in denselben Stellungen bei Lille, in den Argonnen, in der Champagne, in den Vogesen, bei Ypern, bei Badonviller, um die Loretohöhe nordwestlich von Arras, zum Teil in Frost, Schnee und Nebel. Die Engländer griffen am 10. bei Neuve Chapelle an und bei Givenchy. Feindliche Linienschiffe beschossen Bad Ostende am 12. In den Argonnen verwendeten die Franzosen eine neue Art von Handgranaten, durch die die Luft vergiftet werden sollte. Französische Flieger warfen auf die elsässische offene Stadt Schlettstadt Bomben ab, von denen eine in ein Lehrerinnenseminar einschlug. Als Antwort wurde die Festung Calais mit schweren Bomben belegt. Wieder entbrannten Kämpfe um den Hartmannsweilerkopf und Reichsackerkopf. In der Nacht auf den 21. wurde Paris und Compiègne von Luftschiffen bombardiert. Abschließend konnte man von einer „Winterschlacht in der Champagne“ melden, die schon Mitte Februar begann, um den in Masuren arg bedrängten Russen in einem Durchbruchsversuch Entlastung zu bringen. Aber weder dies gelang, noch der Durchbruch, obwohl der Gegner mehr als sechs volle Armeekorps nacheinander auf die schwache deutsche Front warf und ungeheuerliche Massen schwerer Artilleriemunition eigener und amerikanischer Fertigung verschwendete. Die Einbuße des Feindes schätzte man auf 45.000 Mann, die eigene auf 15.000 Mann. Groß waren auch die beiderseitigen Verluste bei Neuve Chapelle.

Eine Anzahl französischer Künstler und Gelehrter, darunter M. Barrès, A. Besnard, Bonnat, Clémenceau, Faguet, Flammarion, Anatole France, Vincent d'Indy, P. Loti, O. Mirbeau, E. Perrier, A. Rodin, E. Rostand, Saint-Saëns unterzeichneten einen Aufruf an alle Kunstfreunde, gegen die deutsche Barbarei zu protestieren, die Reims, Arras, Senlis, Löwen, Soissons nur aus Zerstörungsluft mit Vorbedacht zerstöre. Diesen Vorwurf wehrten die Deutschen ab.

Der französische Kriegsminister verabschiedete die Reste der Garibaldilegion, da die italienische Regierung die Reservisten einberief. — Die belgische Armee bestand noch aus sechs Divisionen und einer Kavalleriedivision, wie zu Beginn des Krieges. — Kanada und Australien schickten ihre Kontingente und Verstärkungen nach Europa. — Aus Amerika war in den ersten sieben Kriegsmonaten Kriegsmaterial und Proviant im Wert von 296 Millionen Dollars an die Alliierten geliefert worden; aus Japan für 460 Millionen Yen. — Man war in England überzeugt, daß jene Macht, deren Munitionsherstellung am besten geordnet sei, auch die beste Aussicht auf den Sieg habe. Darum bekämpfte man die Trunksucht der Munitionsarbeiter; diese sei der schlimmste Feind Englands. — Es gelangten 1800 französische und 800 deutsche Schwerverwundete zum Austausch. — In deutschen Kriegsgefangenenlagern waren bisher 780.000 Mann interniert.

Der „Osservatore Romano" teilte am 16. März mit: „Nachdem der Papst durch die Großherzigkeit der Suveräne und Staatsoberhäupter eine einhellig günstige Aufnahme seines Vorschlags zur Befreiung der als militärdienstuntauglich erkannten, in Kriegsgefangenschaft befindlichen Militärpersonen erlangt hatte, eine Befreiung, die glücklicherweise bereits so sehr zum Wohle dieser Unglücklichen und ihrer Familien vor sich geht, bemühte sich der Heilige Vater, eine ähnliche vorteilhafte Behandlung auch zugunsten der zurückgehaltenen Zivilpersonen zu erreichen, und ersuchte vertraulich jede der kriegführenden Mächte, mehreren Kategorien der festgehaltenen Zivilpersonen die Freiheit zur Rückkehr in die Heimat zu bewilligen. Der Heilige Stuhl erhielt bald darauf mehrere Antworten, und erwartet die andern, die seinem neuen Vorschlage günstig sind. Indessen war eine Schwierigkeit aufgetaucht, da England der Befreiung jener, die das fünfundfünfzigste Lebensjahr überschritten hatten, zustimmte, während Deutschland die Befreiung bis zum fünfundvierzigsten Lebensjahr vorschlug. Durch Vermittlung des preußischen Gesandten beim Vatikan willfahrte die deutsche Regierung dem Wunsche des Papstes, die englische Norm anzunehmen." Papst.

Die amerikanische Regierung richtete eine Note an die deutsche Regierung und an die britische Regierung (22. Febr.) für die Freiheit der neutralen Schiffahrt und schlug ein Übereinkommen zwischen Deutschland und Großbritannien vor, wodurch der Minenkrieg und Tauchbootkrieg eingeschränkt, die Benützung neutraler Flaggen als Kriegslist ausgeschlossen, Lebens- und Nahrungsmittel nicht auf die Liste der absoluten Konterbande gesetzt werden sollten. Die deutsche Regierung stimmte am 28. Februar im wesentlichen zu unter der Bedingung der gleichen Stellungnahme Englands, betonte aber wieder ihre Forderung, daß Kriegsmaterial aus den neutralen Staaten nicht den krieg- Amerika.

führenden Staaten zugeführt werden dürfe. Die Regierungen Frankreichs und Englands teilten den neutralen Staaten eine Erklärung mit, wonach sie einfach gegen Deutschlands Unterseeboottaktik protestierten und Vergeltungsmaßregeln androhten. Während England über die fiktive deutsche Blockade der englischen Küsten spottete, war auch Wilson nicht geneigt, sich mit der englisch-französischen neuen Theorie der Blockade auf große Entfernung einverstanden zu erklären, da man neutrale Schiffe, die für neutrale Häfen bestimmt sind, auf einen bloßen Verdacht hin aufbringen wolle. Darum schickte der amerikanische Staassekretär Bryan eine zweite Note an Frankreich und England, worin er gegen die ineffektive Blockade Einspruch erhob. Amerika habe das Recht, mit allen Ländern Handel zu treiben, eine Einschränkung sei nur bei wirklicher Konterbande erlaubt. Solange nicht eine dem Völkerrecht entsprechende Blockade durchgeführt sei, werde Amerika den Überseehandel wie gewöhnlich fortführen. Auch die dänische, norwegische und schwedische Regierung machten der französischen und englischen Regierung Vorstellungen wegen ihres Vorgehens. — Eine niederländische Note an England vom 19. März berief sich auf die Pariser Erklärung von 1856, wonach neutrales und feindliches Eigentum mit Ausnahme von Konterbande unverletzlich ist, solange es durch eine neutrale Flagge gedeckt ist. Nun bestimmt aber die britische Verordnung mit Beiseitesetzung dieses Prinzips, daß die britische Flotte Zwangsmaßregeln nicht nur gegen Privateigentum des Feindes, auch wenn es keine Konterbande ist, sondern auch gegen neutrales Eigentum ergreifen soll, wenn vermutet wird, daß es feindlichen Ursprungs oder für den Feind bestimmt ist . . . Die niederländische Regierung kann nicht mit Stillschweigen einer ernsten Verletzung des Grundprinzips des Völkerrechts zusehen, das seit mehr als einem halben Jahrhundert von allen Mächten garantiert ist."

Indessen nahm der deutsche Unterseekrieg seinen Fortgang. Als die Besatzung eines Tauchboots am 4. März bei Dover in englische Gefangenschaft geriet, wollte man ihr nicht die bisher übliche ehrenvolle Behandlung als Kriegsgefangene erweisen, da sie unbewaffnete Handelsschiffe versenkt habe. Admiral Beresford forderte sogar, daß die Gefangenen als Seeräuber gehängt würden. Die „Times" schlugen vor, künftig die Besatzungen von überwältigten deutschen Tauchbooten nicht zu retten, sondern ihrem Schicksal zu überlassen. — Zu den vielen Meldungen über den Tauchbootkrieg kamen die Nachrichten über die Schicksale der deutschen Kreuzer „Dresden" und „Prinz Eitel Friedrich".

Türkei. Im türkischen Parlament gab Präsident Halil am 1. März eine Übersicht der Kriegslage: die türkische Armee stand am Suezkanal, bereit, Ägypten von der Gewaltherrschaft des Feindes zu befreien. Es sei Hoffnung, die Engländer aus dem Gebiet von Bassora zu vertreiben.

Der Feind beschieße seit einigen Tagen mit seinen mächtigen Panzerkreuzern die Dardanellenforts, aber ohne Ergebnis. „Unsre Feinde fahren fort, die Behauptung zu verbreiten, daß sie uns den Vorschlag gemacht hätten, unsere territoriale Integrität zu gewährleisten, wenn wir die Neutralität wahrten. Denen, die das Muster eines Landes sehen wollen, dessen Integrität England und Rußland gewährleisteten, denen will ich Persien zeigen.“ — Auch die Forts von Smyrna wurden am 5. und und 6. März von englischen und französischen Schiffen bombardiert. Die russische Flotte beschoß am 7. die Häfen Hilimli, Zunguldak, Koslu und Eregli. Die Beschießung der Dardanellen nahm immer heftiger zu, aber mehr zum Schaden der feindlichen Schiffe, von denen einige durch Minen und Treffer zerstört wurden, so das französische Linienschiff „Bouvet“, auf dem seinerzeit in Brest die französisch-russische Allianz geschlossen worden war. Vergebens wollten die Feinde den Eingang in die Dardanellen erzwingen; der allgemeine Angriff am 18. mißlang vollständig. England hatte die Inseln Tenedos, Imbros und Lemnos besetzt, zum Mißvergnügen Griechenlands.

Über den Aufstand in Afrika veröffentlichte die südafrikanische Regierung ein Weißbuch. Der Aufstand war gescheitert, weil die Regierung sich seit Jahren konsequent weigerte, dem Drängen nach allgemeiner Bewaffnung der Bürgerbevölkerung nachzugeben. Im Abgeordnetenhause von Kapstadt erklärte Hertzog, der Aufstand sei nur der wahnwitzigen Narrheit und den Prätensionen der Regierung zuzuschreiben, er sei weder auf Bestechung noch auf Intrigen zurückzuführen, sondern auf den vollständigen Verlust des Vertrauens in die konstitutionelle Selbstregierung. „Eine andere Ursache sind die unkonstitutionellen Handlungen der Minister. Vor Jahresfrist hat man neun Männer ohne Rechtsspruch verbannt. Neulich ist einer, Fourie, den Gerichten entzogen und erschossen worden. Die unmittelbare Ursache war, daß das Volk zu den Waffen gegen Deutschsüdwestafrika getrieben wurde, gegen das Brudervolk, das ihm während des Burenkrieges Beistand geleistet hatte.“ Was die Anklagen gegen ihn selbst betraf, gab er zu, daß er den Aufstand nicht verurteilt habe. Er überlasse die Beurteilung seines Verhaltens seinen Wählern. Die Anhänger Hertzogs trennten sich in der Folge definitiv von den Ministeriellen; das bedeutete den vollständigen Bruch zwischen den beiden Sektionen der alten Afrikanderpartei. Afrika.

Für Indien wurde eine Kriegszustandsbill erlassen zur größeren Sicherheit des Landes, dem man nicht ganz traute. Der Vizekönig von Indien, Lord Hardinge, bedauerte in der Gesetzgebenden Versammlung, daß das Oberhaus sich gegen einen Exekutivrat in den Vereinigten Provinzen ausgesprochen habe. Indien.

Japan stellte immer neue Forderungen an China und unterstützte diese durch Landung von Truppen. Yuanschikai bat England um Hilfe. Die englische Presse bemerkte hiezu: „Jeder, der das erstaunliche Programm Japans betrachtet, wird sofort erkennen, wie ernst seine Ergebnisse für China und auch für die britischen und für andere Interessen, wie unverträglich Japan.

diese Bedingungen mit den erklärten Zielen des englisch-japanischen Bündnisses sind. Die Unabhängigkeit Chinas würde dadurch gefährdet, ganze „Provinzen stünden unter der Vormundschaft Japans". — Die Vereinigten Staaten richteten ein energisches Memorandum an Japan mit Bezug auf das Abkommen vom 30. November 1908, wonach über alle den Stillen Ozean betreffenden Fragen eine offene Aussprache zwischen den beiden Regierungen gewährleistet wird und die Tatsache betont ist, daß die Vereinigten Staaten alle zwischen ihnen und China bestehenden Vertragsbestimmungen schützen wollen. Man erwartete den Kriegsausbruch. „Daily Telegraph" schrieb am 26.: „Es ist unter diesen Umständen unbedingt notwendig, die Klauseln des englisch-japanischen Bündnisses in Erinnerung zu bringen, die einen offenen Gedankenaustausch für solche Fälle vorsehen. Wenn nicht die britischen Handelsinteressen ruiniert werden sollen, muß vorgebeugt werden. Das Entstehen einer neuen asiatischen Frage muß anerkannt werden. Die britischen Börsen müssen für alle, die den Geist der britischen Verträge ignorieren, dauernd verschlossen bleiben." Am ärgerlichsten war die Forderung Japans zur Erlaubnis einer buddhistischen Propaganda, weil darin das Bestreben lag, die Tätigkeit der christlichen Missionen zu untergraben. Japan ignorierte die kategorischen Fragen Amerikas. In Amerika wich man zurück und tröstete sich damit, daß Japan, wenn es sich mit China beschäftige, keine Einwanderer nach Kalifornien schicken werde. Selbst wenn Japan die offene Tür in China schließen wolle, so sei der Wert des Handels mit Japan zweimal so groß wie der Wert des Handels mit China. Es wäre ungeschickt zu protestieren, wenn man nicht beabsichtige, nötigenfalls Gewaltmittel anzuwenden.

Italien. Italien bereitete sich bereits zum Kriege vor durch ein Gesetz gegen Spionage, durch Beschränkung der Preßfreiheit, Verbot der Veröffentlichung von Nachrichten über militärische Bewegungen usw. Die Minister Orlando und Salandra unterstützten die Vorlage am 14. März in der Kammer. Barzilai erinnerte die Regierung an die geheiligten Aspirationen, die Italien verwirklichen müsse. Dari erklärte, der römische Adler warte seit Jahrhunderten darauf, den raubgierigen Raben die Beute zu entreißen: „Möge das Glück die Regierung bei der Verwirklichung des hohen Geschickes, dessen Erfüllung Italien sehnsüchtig erwartet, beistehen!" Vergebens verlangten die Sozialisten die Beschränkung der Wirksamkeit dieses Gesetzes auf ein Jahr. Das Gesetz zur wirtschaftlichen und militärischen Verteidigung des Staates wurde auch im Senat am 20. März fast einstimmig angenommen. Vergebens wünschte Turati vor der Vertagung der Kammer, 22. März, daß Italien eine Stätte der Neutralität, des Friedens und der Gerechtigkeit sei.

Ähnliche nationale Aspirationen wie in Italien bestanden in Rumänien. Hier stellte aber der ehemalige Ministerpräsident Carp in der „Moldova", die seit dem 14. März erschien, das Programm auf, die Einigung der rumänischen Nationalität sei nur dann möglich, wenn mit Bessarabien begonnen wird, dem die Gefahr der Entnationalisierung droht.

Auf einer sozialistischen Zusammenkunft zu Sofia 7. März sprach für die Rumänen die Sozialistin Dr. Jekaterina Arbore, für die Serben Ljapcevic,

Mitglied der Skupschtina. Alle sprachen gegen Kapitalismus, Monarchismus und Zarismus, die den Krieg heraufbeschworen hätten und verlangten die Bildung einer föderativen Balkanrepublik. Ljapcevic sagte, Serbien sei heute ein großes Grab; die Toten rufen aus den Gräbern: Genug des Krieges!

Der bulgarische Exekutivausschuß der Makedonischen Brüderschaften richtete am 13. März an die zivilisierte Welt folgenden Aufruf: „Seit mehr als zwei Jahren hören wir die Schreie und Seufzer unserer durch den Bukarester Vertrag gewaltsam einem neuen schrecklicheren Joch unterstellten Brüder. Makedonien, das sich selbst unter der Türkenherrschaft gewisser Freiheiten erfreute, ist heute aller Rechte beraubt und wird von den neuen Gebietern barbarisch behandelt. Nachdem sich die Serben und Griechen eine Provinz angeeignet haben, die ihnen durch ihren Volkscharakter fremd ist, bemühen sie sich, die Bewohner ihrer Nationalität zu entkleiden oder sie auszutreiben und zu vernichten. In diesem Augenblick ist keine Spur mehr übrig von den zahlreichen bulgarischen Schulen und Kirchen; alle bulgarischen Lehrer und Priester sind verjagt. Plünderungen, Brandstiftungen, Verhaftungen, körperliche Züchtigungen, Vergewaltigungen, Morde sind an der Tagesordnung. Zehntausende Flüchtlinge sind nach Bulgarien geströmt, um den Peinigungen zu entgehen. Wir appellieren an die öffentliche Meinung der zivilisierten Länder gegen die Unterdrücker einer Zweimillionenbevölkerung, die Henker Makedoniens.“ Bulgarien.

Da König Konstantin von Griechenland die aggressive Politik des Ministers Venizelos nicht billigte, trat dieser zurück und der neutral gesinnte Gunaris übernahm die Bildung eines neuen Kabinetts (9. März).

Im Kongreß zu Washington wurde am 27. Februar eine Resolution eingebracht, in welcher der Präsident gebeten wurde, eine Konferenz der Neutralen einzuberufen, die die kriegführenden Mächte dringend zur Einstellung der Feindseligkeiten auffordern solle. Ferner soll eine internationale Exekutivkörperschaft ins Leben gerufen werden mit der Machtvollkommenheit, über Zwistigkeiten zwischen den Nationen ein Urteil zu fällen und die Ausfuhr ihrer Beschlüsse durchzusetzen. Eine andere Resolution rügte die Verstöße Großbritanniens gegen die Vereinigten Staaten, wodurch sie geschädigt und ihre Neutralität gefährdet worden sei. — Beide Häuser des Kongresses nahmen am 4. März Resolutionen an, welche die Regierung ermächtigten, Zollbeamte und bewaffnete Seesoldaten bereitzustellen, um die Abreise aller Schiffe jeder Nationalität aus amerikanischen Häfen zu verhindern, so oft man überzeugt sei, daß sie Kohlen und Waren an Fahrzeuge Kriegführender zu liefern beabsichtigen. Die Resolution erhielt aber auf Anregung des Senates einen Zusatz, wonach sie nicht so ausgelegt werden könne, daß die Regierung ermächtigt sei, in die gewöhnliche Verschiffung von Kriegsmunition an Kriegführende einzugreifen. Damit verlor sie jeden praktischen Wert. Amerika.

April.

Papst Benedikt.

Papst Benedikt setzte seine Bemühungen um den Frieden fort. Ein Dekret des Kardinal-Staatssekretärs Gasparri am 9. April besagte: „Der Heilige Vater hat, beseelt von dem Wunsche, die Verehrung der heiligen Jungfrau, welcher der Monat Mai geweiht ist, zu erhöhen, und erfüllt von der Zuversicht, daß dank der Fürsprache der Mutter Gottes, der Friedenskönigin, das Ende des gegenwärtigen trauervollen Krieges ehestens erreicht werden könnte, angeordnet, daß in der ganzen katholischen Welt während der Maiandachten ein von ihm verfaßtes Gebet für den Frieden verrichtet werde, womit ein Ablaß verbunden ist.“

Der europäische Korrespondent der Neuyorker „World“ Karl H. v. Wiegand hatte am 5. April eine Audienz bei Papst Benedikt, der also zu ihm sprach: „Senden Sie dem amerikanischen Volke und der amerikanischen Presse meinen Gruß und Segen und übermitteln Sie diesem edlen Volke den einzigen Wunsch: Arbeitet unablässig und uneigennützig für den Frieden! Wenn euer Land alles vermeidet, was den Krieg verlängern kann, dann kann Amerika zur raschen Beendigung dieses Krieges beitragen. Wird Amerika den Wunsch der gesamten Welt erfüllen? Ich bete zu Gott, daß es so kommen möge. Gerecht, unparteiisch und jederzeit neutral in allen seinen Bemühungen wird Amerika, sobald der geeignete Augenblick zur Einleitung von Friedensverhandlungen gekommen sein wird, der nachdrücklichsten Unterstützung des Heiligen Stuhles sicher sein. Ich habe dies bereits Ihrem Präsidenten durch seine angesehensten Freunde wissen lassen . . . Die Presse der Welt ist ein mächtiger Faktor von ungeheurer Gewalt, welche viel tun kann, um den Frieden vorzubereiten. Besonders in Ihrem Lande übt sie einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung und Stimmung aus.“ Auch Staatssekretär Kardinal Gasparri äußerte zu Wiegand, es gebe nur ein Land, welches den nötigen Einfluß und die Macht besitze, um die Frage des Friedens mit einiger Hoffnung auf Erfolg aufnehmen zu können: Amerika.

Wiegand hatte auch eine Unterredung mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow. Dieser sagte: „Wir wissen es nun aus Greys eigenem Mund: England will Deutschland vernichten. Das war ein offenes Eingeständnis. Greys Worte mögen ein harter Schlag für jene sein, die einige Hoffnung zu haben meinten, den Frieden zustande zu bringen. Viel Blut wird noch fließen, weil Deutschland es wagt, neben England stark zu werden, weil England seine unbedingte Seeherrschaft in Frage gestellt glaubte. Dies allein ist der Ursprung des Krieges. Wer Englands Geschichte kennt, glaubt keinen Augenblick, daß es für selbstlose Ziele kämpft. Es hat Tausende von Frauen und Kindern verhungern lassen, um die Herrschaft über die freien Buren auszudehnen, ebenso möchte es jetzt Deutschland zum Hungertod verdammen. Der Hunger ist Englands Lieblingswaffe (Irland, Indien). Zweimal führte England gegen Ihr Land erfolglos Krieg. Es duldet keinen Nebenbuhler zur See. Wird es eine große amerikanische Flotte entstehen lassen, wofür Sie jetzt zu agitieren beginnen? England verlangt die politische Diktatur in der Welt und betrachtet den Bau jedes Schlachtschiffes als Drohung gegen sich.“

Gegenüber Erklärungen des Lord Haldane stellte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fest (3. April): Haldane kam im Winter 1912 nach Berlin, um Grundlagen für eine Annäherung zu erörtern und die Spannung der letzten Jahre, besonders während der Marokkokrise 1911, zu beseitigen. Im

Laufe der Erörterungen gab der englische Minister ganz allgemein der Besorgnis Ausdruck, daß im Fall einer völligen Verständigung zwischen England und Deutschland dieses zu einem Überfall auf Frankreich ermutigt werden könne. Dem könnte England nicht ruhig zusehen. Von Belgien war nicht die Rede. Der Reichskanzler gab dem Lord die Versicherung, daß Deutschland Frankreich nie angreifen werde. Käme eine feste Verständigung zwischen Deutschland und England zustande, dann werde damit die Gefahr eines europäischen Krieges überhaupt beseitigt, denn dann werde Frankreich nicht wagen, Deutschland zu provozieren. England schloß sich aber diesen Erwägungen nicht an.

Ein österreichisch-ungarisches Rotbuch mit Nachweisen von Verletzungen des Völkerrechtes durch die Kriegsgegner erschien am 9. April. Es behandelte zum Beispiel die rechtswidrige Ausweisung oder Verhaftung, mehrfach noch vor Eintritt des Kriegszustandes. „Die Belege lassen erkennen, daß es kaum eine kriegsrechtliche Norm gibt, welcher die feindlichen Truppen nicht wiederholt zuwidergehandelt hätten. Die Zahl der zurückgehaltenen Angehörigen der Monarchie geht in die Tausende . . .“

Offiziös wurde in Wien am 17. April gemeldet: „Ausländische, besonders französische Blätter veröffentlichen Gerüchte über einen Sonderfrieden mit Rußland. Sie entbehren jeder Grundlage.“ — Anderseits widersprach auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 24. April den Gerüchten von einem „Sonderfrieden mit England auf Grundlage gewisser englischer Wünsche und Forderungen. Die Gerüchte sind törichte oder böswillige, auf jeden Fall müßige Erfindungen.“

Wilson.

Präsident Wilson entsprach durchaus nicht den Erwartungen des Papstes und der Welt. Als er am 11. April in der Methodistenkirche zu Maryland bei einer Konferenz über den Krieg sprach, beschränkte er sich auf ganz allgemein gehaltene Bemerkungen und sagte, niemand sei weise genug, um schon jetzt über den europäischen Krieg ein Urteil auszusprechen. Es sei, als ob große blinde materielle Mächte losgelassen seien, die lange zurückgehalten worden wären: aber unter ihnen könne man den Antrieb starker Ideale sehen; denn ohne diese wäre es Menschen unmöglich, durchzumachen, was jetzt auf den Kriegsfeldern Europas durchgemacht werde. — Bei einem Mahle der „Associated Preß“ sagte Wilson am 20. April, die Neutralität der Vereinigten Staaten sei nicht dem kleinlichen Wunsche zuzuschreiben, Schwierigkeiten auszuweichen, sondern der Selbstbeherrschung. Die Nation werde nach dem Krieg bei der Regelung der Angelegenheiten der Welt eine wichtige Rolle spielen. Man wünsche keinen Fuß fremden Gebiets und sei deshalb frei, andern Nationen zu dienen. Alle Amerikaner sollten als Motto haben „America first“ („Amerika zuerst“: sehr praktisch, aber nicht sehr idealistisch). Die Freundschaftsprobe besteht nicht in der Sympathie mit der einen oder der andern Partei, sondern in der Vorbereitung der Hilfe für beide nach dem Krieg.

Kriegslieferungen.

Vergeblich waren Deutschlands Vorstellungen wegen der fortgesetzten Kriegslieferungen Amerikas. Eine deutsche Note vom 11. April beklagte es,

daß die Vorstellungen Amerikas an die Alliierten wegen der Zufuhr von Lebensmitteln für die bürgerliche Bevölkerung der kriegführenden Länder keine Wirkung erzielten. Amerika lege auf dieses Recht lange nicht so viel Nachdruck wie auf das Recht, den Alliierten Waffen zu liefern. Die Note drang darauf, daß Amerika die Neutralität besser einhalten möge. Als Antwort teilte Staatssekretär Bryan dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff mit, daß ein Ausfuhrsverbot für Waffen eine Verletzung der Neutralität wäre; er widersprach der Beschuldigung des Grafen Bernstorff, der in einem Memorandum die Vereinigten Staaten des Bruches der Neutralität zieh (21. April). — Aber Wilsons Politik hatte auch andere Kreise gegen sich. Auf Veranlassung der 300.000 Mitglieder zählenden Zentrale der Arbeitergewerkschaften fand am 17. April in Neuyork eine große Versammlung statt, in der die Angestellten der Fabriken für Kriegsbedarf zur Arbeitseinstellung aufgefordert wurden, um die Lieferung von Waffen und Munition an die Kriegführenden unmöglich zu machen. Wilson wurde heftig angegriffen, weil er keinen Kongreß der neutralen Nationen einberufen habe, um die Lieferung von Waffen, Munition und Lebensmitteln an die Kriegführenden zu verhindern. — Ein Appell der amerikanischen Assoziation der fremdsprachigen Zeitungen an das amerikanische Volk, aus humanitären Gründen ein Verbot der weiteren Ausfuhr von Waffen und Munition zu erwirken, war von 431 Zeitungsherausgebern unterzeichnet. Der Aufruf machte tiefen Eindruck, blieb aber ohne praktische Wirkung. Vielen anständigen Amerikanern bereitete die Ausfuhr von Kriegsmaterial Unbehagen. Manche gewissenhafte Fabrikanten weigerten sich, auf diese teuflische Art Geld zu verdienen. „Evening Post“ schrieb: „Das Geschäft ist nach den Gesetzen erlaubt, trotzdem haben wir das Gefühl, daß die Mehrheit der Amerikaner den Wunsch haben muß, daß der Handel mit Kriegsmaterial aufhöre.“ — Alles umsonst! Neuerlich wurden Geschütze an Rußland über Wladiwostok geliefert, von demselben Typ wie die bei der Belagerung von Przemysl verwendeten. Sogar ganze Unterseeboote wurden geliefert. Als dies denn doch für eine Neutralitätsverletzung erklärt wurde, wurden die Boote einfach zerlegt, nach Montreal (Kanada) gebracht und dort wieder zusammengesetzt, um nach England weiterverschickt zu werden.

Das österreichische Kriegspressequartier gab am 26. April eine Darstellung von Österreichs Eintreten in den Krieg: „Als der Gesandte in Belgrad am 23. Juni die Note übergab, befand sich die ganze Wehrmacht Österreichs auf dem Friedensstande; denn im Bewußtsein ihrer guten Sache hatte die Monarchie, die den Krieg nicht wollte, ihre gerechten Forderungen nicht unter den Druck militärischer Vorkehrungen gestellt. Wie klar die serbische Regierung darüber war, daß ihre Antwort unannehmbar sei, geht daraus hervor, daß drei Stunden vor Überreichung der Antwortnote auch schon die Anordnung

zur Mobilisierung der gesamten serbischen Armee erging. Serbien warf damit bewußt die Lunte ins Pulverfaß, um einen Weltbrand zu entfachen... Rußland hatte schon lange vorher unter dem Titel von Probemobilisierungen weitgehende Kriegsvorbereitungen getroffen ... Es war offenbar, daß alle Machenschaften Serbiens unter russischer Patronanz standen ... Erst nach der Mobilisierung der gesamten russischen Wehrmacht antworteten wir unter dem zwingenden Drucke der russischen Drohung mit der gleichen Maßregel. Am 2. August überschritten russische Truppen ohne Kriegserklärung die preußische Grenze. Der Bündnisfall war gegeben ... Der Krieg gegen Rußland mußte von vornherein als ein langwieriges Ringen gegen die Zahl aufgefaßt werden ... Angesichts des notwendigen bedeutenden Kraftaufwandes Deutschlands gegen Westen fiel diese Aufgabe im ersten Teile des Krieges der Hauptsache nach Österreich allein zu ... Die Folge zeigte, daß Rußland die Mobilisierung unter geschickter Verschleierung seiner Maßnahmen bereits von langer Hand vorbereitet hatte, so daß die Mobilisierungsorder seinem Feldheere gleichsam nur die letzte Feile gab."

Im Krieg gegen Rußland hatte Österreich noch heiße Kämpfe zu bestehen, sowohl in den Karpathen wie in den anstoßenden Gebieten. Wieder treten die Namen der alten Schlachtfelder hervor: Ostbeskiden, Laborcza-Tal, Lupkower Sattel, Uzsoker Paß, Inowlodz an der Pilica in Russisch-Polen, Virava, Zaleszczyki. Die Kämpfe in den Ostbeskiden erreichten ihre Höhe in der „Osterschlacht", die mit der Abweisung eines gefährlichen Durchbruchsversuches der Russen endete. Die Angriffe scheiterten im Opor-Tal, im Quellgebiet des Stryj, am Uzsoker Paß. Die seit 20. März andauernde russische Offensive in den Karpathen war am 13. April auf der ganzen Front zum Stehen gekommen unter großen Verlusten für den Feind. Vergebens wurden die Angriffe auch noch an den folgenden Tagen fortgesetzt. Gegen Rußland.

Da Vorwürfe wegen der mangelhaften Verpflegsausrüstung von Przemysl laut wurden, gab die Heeresleitung am 17. April eine Darstellung der Verhältnisse, die im Kernsatz gipfelte: „Die Aushungerung ist eine Waffe, der ein ringsum eingeschlossener Platz auf die Dauer nicht zu widerstehen vermag." Der Fall Przemysls und die darauffolgende große russische Offensive blieben aber nur eine Episode in diesem gewaltigen Ringen. Eine Meldung aus dem Kriegspressequartier vom 24. April schilderte die Lage nach der dritten russischen Offensive: „Nach langen Kämpfen wurde den Russen der Durchbruch im Gebiete der Dukla-Depression vollständig verwehrt und sie mußten sich mit einem ganz geringfügigen Vorschieben ihrer Stellungen auf ungarischem Boden bis an die Linie Zboro—Sztropko—Virava begnügen. Der einzige Erfolg der zweiten Offensive war die Festsetzung am Dunajec, während seine übrigen Eroberungen aus jener Phase, das ungarische Gebiet bis Homonna und die Bukowina, ihm bald wieder entrissen wurden. Die dritte Offensive hat den Russen einen fünf bis zehn Kilometer breiten Streifen im Gebiet der Dukla-Depression gebracht; alle Bemühungen, sich auch wieder des Uzsoker Passes zu bemächtigen, blieben vergeblich. Przemysl.

Der bekannte Reisende Sven Hedin traf am 2. April im Standort des Armeeoberkommandos ein und begab sich von da an die Front.

Über die Befehlsverhältnisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz galt für die beiden verbündeten Staaten der Grundsatz: Ein Heer, eine Generalität, ein Offizierskorps, ein bewaffnetes Volk.

Die Deutschen kämpften wieder vornehmlich in der Gegend von Augustow—Suwalki, an der Rawka bei Skierniewice, bei Opoczno, bei Andrzejew (östlich von Memel), bei Kalwarja, Mariampol usw. Sie erreichten am 30. April in breiter Front die Eisenbahnlinie Dünaburg—Libau.

Es erschien am 8. April ein amtlicher deutscher Bericht über die Greueltaten russischer Truppenteile gegen deutsche Zivilpersonen und Kriegsgefangene. Ostpreußen bot ein Bild trostloser Verwüstung, Tausende waren weggeschleppt, Tausende ermordet, 20.000 Gebäude zerstört, 80.000 Wohnungen ausgeplündert und verwüstet worden.

Auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz ereignete sich kaum mehr, als daß die Beschießung von Orsova durch ein kurzes Bombardement Belgrads am 7. April beantwortet wurde.

Westfront. Im Westen benützten die Franzosen eine neugebildete Armee zu einem aussichtslosen Frontalangriff zwischen Mosel und Maas. Nach einleitenden Kämpfen im Priesterwalde wurde um Combres gestritten. Ostermontag 5. April begann der eigentliche Angriff der Franzosen nördlich von Toul, südlich von Orne ohne Erfolg. Am 6. scheiterten bei Flirey drei neue französische Angriffe, ebenso in den folgenden Tagen. Da tauchen die Namen Woevret-Ebene, Combres-Höhe, Selouse-Wald (nördlich von St.-Mihiel) auf, Wald von Ailly, von Apremont, Gehölz Beau Séjour nordöstlich von Le Mesnil, Châteaux Salins, auch wieder Loretohöhe, Hartmannsweilerkopf, Schnepfenriethkopf, ebenso Ypern. Die Deutschen überschritten am 23. den Ypernkanal bei Steenstraat und nahmen Langemarck und Pilkem. In den folgenden Kämpfen auf dem westlichen Kanalufer wurden Kanadier, Senegalneger, Engländer, Turkos, Inder, Franzosen, Zuaven, Algerier in buntem Völkergemisch gefangen. Auch die Flieger ruhten nicht und kamen bis Greenwich bei London (17. April) und Harwich an der englischen Ostküste (30. April).

Ein Marineluftschiff unternahm am 14. April einen Angriff auf die Tyne-Mündung, andere erschienen am 16. an der englischen Ostküste, über Maldon (Essex), am 29. über Ipswich und Whitton.

Da sich die englische Heeresleitung am 21. April darüber beklagte, das deutscherseits „entgegen allen Gesetzen zivilisierter Kriegführung“ Geschosse verwendet wurden, die beim Platzen erstickende Gase entwickeln, so stellten die Deutschen am 23. April fest, daß die Gegner schon seit Monaten dieses Kriegsmittel gebrauchen. „Sie sind also augenscheinlich der Meinung, daß das, was ihnen erlaubt sei, uns nicht zugestanden werden könne. Allerdings sind durch die Haager Erklärung vom 29. Juli 1899 Geschosse, deren einziger Zweck ist, erstickende oder giftige Gase zu verbreiten, verboten, das trifft aber nicht bei den deutschen Geschossen zu, sie sind nur unangenehm.“ Derlei Gase (Chlordämpfe) wurden auch bei günstigem Wind auf die Feinde losgelassen.

Dies Kriegsmittel wurde immer häufiger angewandt von allen Kriegführenden ohne Ausnahme. — Infolge der letzten Kämpfe litt Ypern sehr, die Tuchhalle war zerstört. Auch Poperinghe hatte gelitten.

Deutschlands Kriegsbeute an Geschützen betrug bereits 5510 Stück, an Kriegsgefangenen 812.708. Das deutsche Hungerbrot schmeckte ihnen freilich nicht besonders. Die Engländer beklagten sich, daß sie keine gesonderten Schlafräume hätten. Die Ausdehnung der Schlachtfronten betrug 2668 Kilometer; davon fielen 870 auf die französische, 50 auf die englische, 28 auf die belgische, 1370 auf die russische, 350 auf die serbisch-montenegrinische Front.

Der französische General Cherfils schrieb im „Peuple": „Der Krieg wird wahrscheinlich im Laufe des Sommers durch einen entscheidenden Schlag zwischen Maas und Mosel entschieden werden, wo die deutsche Linie auf einer Strecke von 30 Meilen Länge und 6 Meilen Tiefe durchbrochen werden wird. Danach wird die allgemeine Offensive der Alliierten die Deutschen bis zum Rhein zurücktreiben. Darauf wird ein entscheidender Schlag auf dem rechten Rheinufer erfolgen." — Da die englische Trunksucht die Munitionserzeugung gefährdete, wollte der König mit gutem Beispiel vorangehen und am Hof keine geistigen Getränke mehr verwenden lassen. — Der englische General French soll gesagt haben: „Wenn die Zeit kommt, um die große Bewegung auszuführen, können wir die deutschen Linien durchbrechen, aber wir brauchen mehr Munition. Ich will den Feind durch unsere Geschütze zermalmen und damit fortfahren, ohne die Kosten zu berücksichtigen, da dadurch das Leben der Soldaten geschont wird." Man verbrauchte binnen vierzehn Tagen mehr Munition als im ganzen Burenkrieg. Auch Lloyd George betonte die Notwendigkeit einer ununterbrochenen Munitionszufuhr, der Sieg sei zum großen Teil eine Materialfrage. Der Feind müsse aus Flandern und Frankreich vertrieben werden, dazu müsse aber das Volk alles andere der Munitionserzeugung unterordnen. — Die Gesamtverluste der Engländer betrugen bis 11. April 139.347 Mann. Cherfils.

Die „Times" schrieben am 20. April: „Trotz lokaler Erfolge hat sich die Kriegslage in den letzten sechs Monaten wenig geändert. Die Aktion in den Dardanellen ist mit höchst ungenügender Überlegung unternommen worden. Es wurden große Fehler gemacht. Die Kriegsstärke der deutschen Flotte ist jetzt größer als bei Kriegsbeginn. Die größte Änderung seit August besteht in dem verringerten Zutrauen zur englischen Regierung." Lord Eshers schrieb in der „Morning Post" 28. April: „Der Erfolg der Deutschen ist, obwohl sie Paris und Calais nicht besitzen, bedrohlich. Deutschlands Stärke liegt darin, daß es ein einziges Ziel hat. Unsere Ziele sind sehr verschieden. Wenn der Krieg mit einem Kompromiß endet, würde der Friede nur wenige Jahre dauern und der Kampf unter ganz anderen Bedingungen wieder beginnen, denn Ententen und Bündnisse sind ihrer Natur nach vorübergehend. So würde England einerseits der Rachsucht, anderseits der Gleichgültigkeit erliegen."

Ein großer Erfolg zur See war die Versenkung des französischen Panzerkreuzers „Leon Gambetta" durch ein österreichisches Unterseeboot (Kommandant G. v. Trapp) am 27. April im Jonischen Meer bei Santa Maria di Leuca. Von 720 Mann der Besatzung wurden 136 gerettet. Admiral Senet und sämtliche Offiziere kamen um. — Eine Note der Ver- Seekrieg.

einigten Staaten vom 6. April, betreffend die englischen Maßregeln auf der See zur Verhinderung allen Handels mit Deutschland, betonte, daß die englische Blockade so, wie sie in der englischen Verordnung definiert sei, ein Novum darstelle, da sie den freien Zugang zu vielen neutralen Häfen hindere, die zu blockieren England kein Recht habe. Sie sei ein ausgesprochener Einbruch in die Suveränitätsrechte der Nationen. Die Note erwartete, daß die Bestimmungen der englischen Verordnung angemessen gemildert würden, und daß amerikanischen Handelsschiffen, die von und nach neutralen Häfen fahren, von England keine Schwierigkeiten bereitet werden sollen, falls sie nicht Konterbande oder Güter führen, die für Häfen innerhalb des Kriegsgebietes bestimmt sind oder aus solchen kommen. Ähnlich äußerte sich Amerika Frankreich gegenüber.

Der deutsche Unterseebootkrieg ging erfolgreich vorwärts. Leider bestätigte sich die Nachricht, daß das Tauchboot 29 mit dem berühmten Kommandanten Weddigen verloren sei. Er war es, dem es gelang, drei englische Panzerkreuzer zu versenken und das ganze britische Inselreich zu umfahren. Er wurde wahrscheinlich von einem Handelsschiff überrannt. Unter anderm gelang es einem deutschen Tauchboot, einen englischen Fischdampfer „Glencarse" an der schottischen Küste bei Aberdeen aufzubringen und ihn bei langsamer Fahrt unbehelligt über die ganze Nordsee hinweg in einen deutschen Nordseehafen zu bringen. Da man erfuhr, daß die in Gefangenschaft geratenen deutschen Mannschaften von Tauchbooten als Verbrecher behandelt wurden, drohte die deutsche Regierung, daß sie an gefangenen englischen Armeeoffizieren Retorsion üben werde. Das geschah denn auch am 12. April mit 39 englischen Offizieren, die in Militärarrestanstalten überführt wurden. Churchill erklärte am 27. April im Unterhaus, daß dadurch die englischen Maßregeln nicht beeinflußt würden. Lord Kitchener beklagte sich, daß die britischen Gefangenen von den Deutschen überhaupt aus Haß viel schlechter behandelt würden als Franzosen und Russen. Nicht alle Lords waren einverstanden mit Churchills eigenmächtigem Vorgehen gegen die deutschen Tauchbootgefangenen. In der Folge behandelte man beiderseits die Gefangenen besser.

Infolge des Tauchbootkrieges wurde der Dampferverkehr zwischen England und Holland eingestellt. Ein britisches Tauchboot wurde am 17. April in der deutschen Bucht versenkt. Die deutsche Hochseeflotte führte mehrfach Kreuzfahrten in der Nordsee aus und stieß dabei bis in die englischen Gewässer vor, ohne englische Seestreitkräfte anzutreffen. Von den noch herumstreifenden deutschen Kreuzern ließen sich „Prinz Eitel Friedrich" und „Kronprinz Wilhelm" in Amerika internieren; sie hatten viele englische Schiffe versenkt und Personen der zuletzt versenkten Dampfer an Bord. Diese wurden freigelassen und erklärten trotz ihres schriftlichen Versprechens gegen Deutschland kämpfen zu wollen, denn das Versprechen hätte als ein erzwungenes keine Gültigkeit. — Die Regierung von Chile protestierte dagegen, daß ein englisches Schiff die „Dresden" in den

chilenischen Territorialgewässern versenkt habe. Grey gab förmlichste Entschuldigungen dafür.

In Deutsch-Südwestafrika, Kamerun und Ostafrika wurde die Stellung der Deutschen immer unhaltbarer.

Ein ägyptischer Nationalist verübte auf den von den Engländern in Ägypten eingesetzten unrechtmäßigen „Sultan" Hussein Kiamil ein Attentat; er wurde festgenommen und gehängt.

Die Türken kämpften gegen die Engländer am Persischen Golf. Türkei. Mit größter Spannung wurde die Beschießung der Dardanellen verfolgt. Sie blieb erfolglos, ebenso die Versuche, in die Meerenge einzudringen. Am 25. versuchten die Verbündeten unter dem Schutz der Kriegsschiffe eine Landung an vier Punkten der Halbinsel Gallipoli, die nur zum Teil gelang. Ein Teil der muselmanischen Soldaten, die sich unter den gelandeten Franzosen befanden, ging zu den Türken über. Nach mehrtägigen, erbitterten Kämpfen wurden die Feinde zum größten Teil verjagt. Die Russen sahen dem Ringen von der Ferne mit großer Aufmerksamkeit zu; sie wollten sich nicht mit der Neutralisierung der Dardanellen einverstanden erklären, wie die englische und französische Presse vorschlug; Rußland wollte die vollständige, unbeschränkte Besitzergreifung Konstantinopels. Konstantinopel einer andern Macht, wie Griechenland oder Bulgarien zu übergeben, sei ganz undenkbar. So „Rjetsch" 8. April. England schickte sich an, auch Mytilene und Chios zu besetzen, zum größten Mißvergnügen der Griechen.

Die Verhandlungen Japans mit China schritten bei dem Miß- Japan. trauen der andern Mächte und bei Chinas Sträuben nur langsam vor. Die amerikanische Presse war sehr beunruhigt durch Berichte aus Kalifornien über die Landung von 4000 Japanern in der Turtle-Bai in Niederkalifornien auf mexikanischem Boden. Die Truppen hätten ein Lager bezogen. Das japanische Kriegsschiff „Asama" sei dort (absichtlich?) auf Grund gelaufen und Japan habe fünf Kriegsschiffe und sechs Kohlenschiffe entsandt, um die „Asama" zu schützen. Japan gab all das zu, leugnete aber eine gefährliche Absicht (17. April).

Am 12. und 13. April kamen zu Wien deutsche, österreichische und ungarische Sozialdemokraten zusammen; aus dem Deutschen Reich Soziales. waren Haase, Ebert, Molkenbuhr, Müller und Frau Zietz, aus Ungarn Garami und Kunfi gekommen. Man erklärte: „Trotz der langen Dauer des Krieges sind die Völker in allen Ländern unbeugsam entschlossen, mit aller Kraft ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Aber der Krieg hat unermeßliche, durch die Arbeit von Generationen aufgehäufte Kulturgüter zerstört. Das fortgesetzte Wettrüsten hat zu einer Weltkatastrophe geführt. Am meisten leidet das Proletariat, auch unter den wirtschaftlichen Folgen. So muß in allen Ländern, auch in den neutralen, die Sehnsucht nach Beendigung des Krieges anwachsen. Die sozialdemokratischen Parteien, die von jeher

für die Verbrüderung der Völker wirken, sind die berufenen Verkünder der Friedenssehnsucht. Diese entspringt der Kraft, nicht der Schwäche. Daraus folgt, daß nur ein Friede möglich ist, der kein Volk demütigt. Wir halten in diesem Sinne beim Friedensschluß folgende Sicherungen für notwendig: Den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte zu obligatorischen Einrichtungen zum Zwecke der Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den Staaten; die Unterwerfung aller Staatsverträge und Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen; die internationale vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung; die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker . . . Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis dafür sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrecht zu erhalten sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen.“ — Die Feier des 1. Mai wurde diesmal auf Abendversammlungen beschränkt.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde am 29. April wieder über die Ausdehnung des Wahlrechtes verhandelt, aber Tisza widersetzte sich dem Antrag Rakovskys zum großen Schaden der weiteren Entwicklung.

Mai.

Der Mai brachte zwei entscheidende Ereignisse, die sich aber wieder, wie zumeist in diesem Krieg, die Wage hielten. Als das bundesbrüchige

Italien. Italien in den Krieg gegen die Mittelmächte eintrat, hatten diese soeben durch den Durchbruch bei Gorlice die russische Macht für immer aufs Haupt geschlagen, so daß seitdem diese größte Drohung für Mitteleuropa erledigt war: weitaus das wichtigste, welthistorische Ergebnis des ganzen Weltkrieges. So konnte also die Perfidie Italiens nicht mehr so zersetzend wirken, wie sie beabsichtigt war.

Die unwiderstehliche Kriegsstimmung der Italiener offenbarte sich

Quarto. am 5. Mai bei der in Quarto bei Genua stattfindenden feierlichen Einweihung des Denkmales zu Ehren jener tausend Garibaldianer, die 1860 von hier aus den Eroberungszug nach Sizilien unternommen hatten (Band 3, S. 156). Außer andern offiziellen Persönlichkeiten hielt da der Dichter Gabriel d'Annunzio (Pseudonym für Rapagnetta) eine pomphafte, aufreizende Rede. Aber weder der König noch ein Mitglied der Regierung nahm an den vorauszusehenden Demonstrationen teil. Die gereizte Stimmung der aufgestachelten Menge machte sich in den folgenden Tagen Luft in Gewalttätigkeiten gegen Deutsche und Österreicher. Die Unruhe war so groß, daß Minister-

Salandra. präsident Salandra den Schutz der öffentlichen Ordnung der Militärbehörde anempfahl. Er telegraphierte am 14. Mai an die Präfekten: „Die Außerachtlassung der Achtung gegenüber Ausländern ist ein Schandfleck für die Zivilisation eines Landes . . .“ Der neue russische Botschafter v. Giers war am 12. eingetroffen.

Um die Stimmung des Landes zu erproben, bot Salandra am 13. seine Demission an; aber sowohl Straßenkundgebungen, Versammlungen

wie das Vertrauen des Königs hielten ihn an seinen Posten und an seiner Politik fest. Um so feindseliger waren die Straßendemonstrationen gegen Giolitti und dessen Friedenspolitik am 14. und 15. Sie nahmen teilweise revolutionären Charakter an, man schmähte Deutschland und Giolitti, der an Deutschland verkauft sei. Auch gegen den Fürsten Bülow wurde demonstriert. Als Annunzio am Abend des 15. einen Vortrag im Theater Costanzi hielt, kam es zu ernsten Unruhen in der Umgebung des Theaters. Man zerschlug die Straßenlaternen, baute Barrikaden, zog Revolver. Ebenso unruhig waren Mailand, Florenz und Venedig. Am 16. Mai wurde das Kabinett Salandra neuerlich bestätigt, was wieder große Ovationen für die Kriegspolitik zur Folge hatte. Man zog vor die englische Botschaft bei Porta Pia, wo die Botschafterin Lady Rennell Rodd dem Volk Kußhände und Blumen zuwarf. Häuser und Straßenbahnwagen waren beflaggt unter dem Druck der Demonstranten. Die Friedensfreunde und Intellektuellen ergriff eine solche Verzagtheit, daß man in den Blättern kein ernstes Wort gegen den Krieg wagte. Noch einmal konferierte Sonnino am 18. mit Bülow und Freiherrn v. Macchio, dem österreichischen Botschafter. Die Sozialisten sprachen wohl ihre Abneigung gegen den Krieg aus und verpflichteten ihre parlamentarische Gruppe, gegen jede Kreditforderung für Kriegszwecke zu stimmen. Auch wurden alle Organisationen zur Abhaltung von neutralistischen Kundgebungen aufgefordert. Derlei fanden auch in Menge statt, wurden aber von der Zensur unterdrückt. Es wurde trotzdem bekannt, daß im Grunde weder Industrie und Handel in Norditalien, noch die Weinbauern im Süden von einem Krieg etwas wissen wollten. Auch in Rom war die Stimmung gedrückt. Die wüsten Pöbelexzesse verfehlten nicht ihre Wirkung. Giolitti, dem Hunderte von Briefen mit Todesdrohungen zugingen, reiste nach seinem piemontesischen Heimatsorte Cavour ab. Andere Friedensfreunde unter den Deputierten und Senatoren wurden an öffentlichen Orten beschimpft und mißhandelt und konnten sich kaum noch auf die Straße wagen. Es war die radikale und republikanische Richtung, die so gegen die Kriegsgegner vorging, die Intervention verlangte und vor der englischen, französischen und russischen Botschaft demonstrierte. Auch die Präfekten, die nach der Stimmung ihrer Departemente befragt wurden, erklärten fast übereinstimmend, die Bevölkerung wünsche den Frieden. Kriegerisch waren nur die vier notorisch revolutionären Provinzen Mailand, Mantua, Ravenna und Ancona. Gegen den Krieg war fast der ganze Senat und die Mehrheit der Kammer. Aber die Minderheit terrorisierte die Mehrheit.

Giolitti.

Es verlautete am 21. Mai, Italien sei bereits am 25. April dem Dreiverbande beigetreten, auch der Londoner Abmachung, der zufolge die Verbündeten keinen Sonderfrieden abschließen. Es hieß, Italien sei dazu gezwungen

gewesen, weil England gedroht habe, die Enge von Gibraltar zu schließen. Für den Fall des Anschlusses habe man einen englischen Vorschuß von drei Milliarden Lire und die Garantie für den ungeschmälerten Besitz der Österreich abzunehmenden Gebiete angeboten, doch sollte Italien sich verpflichten, 150.000 Mann an die Dardanellen und 300.000 in die Champagne abzugeben. Italien habe folgende Zusicherungen erhalten: Südtirol bis zum Brenner, Triest, Istrien, Dalmatien bis zur Narenta, Valona und Südalbanien; Beerbung der Türkei in gleichem Maßstab wie die andern Mächte des Verbandes, Grenzberichtigungen im Osten und Westen Libyens. Für die finanzielle Unterstützung mußte sich Italien wohl eine englische Kontrolle über das Zollwesen gefallen lassen, also einen Verlust seiner Suveränität.

In Tripolis wurden aber auch die Eingebornen infolge der Weltereignisse unruhig, und es mußte dort am 17. Mai der Kriegszustand proklamiert werden.

Krieg Italiens.

Die Tagung der italienischen Kammer am 20. Mai wurde mit stürmischen Rufen eingeleitet: „Es lebe der Krieg!" Nur die Sozialisten verhielten sich ruhig. Salandra begann: „Seit Italien zu staatlicher Einheit wiedererwacht ist, hat es sich als Faktor der Mäßigung und des Friedens bewährt. In der letzten mehr als dreißigjährigen Periode hat es ein System von Bündnissen aufrechterhalten, das diesen Zweck hatte. Diesem edlen Ziele hat Italien seine geheiligten nationalen Aspirationen untergeordnet und hat mit unterdrücktem Schmerz den Versuchen zusehen müssen, die Italianität edler Gebiete zu unterdrücken. Das Ultimatum, das Österreich im Juli 1914 an Serbien richtete, hat mit einem Schlag die Wirkungen langjähriger Bemühungen zunichte gemacht, indem es den Vertrag verletzte, der uns mit der Monarchie verband. Durch Entfesselung des schrecklichsten Krieges zerstörte man das Gleichgewicht, dem das Bündnis dienen sollte. Das Ultimatum verletzte den Vertrag, indem es ein vorheriges Einvernehmen unterließ . . . Infolgedessen notifizierte die italienische Regierung am 4. Mai die Aufkündigung des Bundesvertrags." Salandra verlangte nun von der Kammer außerordentliche Vollmachten im Falle eines Krieges. Sie wurden mit Begeisterung gewährt. Nur die Sozialisten waren gespalten. Die „offiziellen Sozialisten" ließen durch den Deputierten Turati ausführlich ihre abweichende Meinung begründen. Im Namen der andern Sozialisten erklärte Ciccotti, der Aktion der Regierung kein Hindernis bereiten zu dürfen. „Wir befinden uns vor einem Verteidigungskriege (?). Wir hoffen, daß ein erneutes Europa aus diesem Krieg hervorgehen wird und daß man zur gewünschten Abrüstung kommen wird. Wir wollen den Fortschritt der Zivilisation von seinen Hindernissen befreien." — Im Senat beantragte Salandra am 21. dasselbe Gesetz. Fürst Colonna, der Bürgermeister von Rom, sagte darauf; „Nach Rom strebt die ganze Glut des italienischen Patriotismus, von Rom erstrahlt das Licht, das in Jahrhunderten die Welt erleuchtet. Derselbe Schmerzensschrei, der sich 1859

aus ganz Italien zum Herzen Viktor Emanuels erhob, erhebt sich jetzt zum Herzen des Königs und des Volkes." Das Gesetz wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Präsident Manfredi schloß: „Italien kennt die Schande, die es gutmachen muß, es hört den Schrei der nichterlösten Länder und sieht, auf welcher Seite für Zivilisation und Recht gekämpft wird."

Über die zynische Kündigung des Dreibunds schrieb am 21. Mai die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Der Dreibundvertrag bestimmte, daß der Casus foederis gleichzeitig für die drei Vertragsmächte eintritt, wenn einer oder zwei der Vertragschließenden ohne direkte Provokation ihrerseits von zwei der drei Großmächte angegriffen und in einen Krieg verwickelt würden. Als nach dem Attentat von Sarajevo Österreich gezwungen war, gegen Serbien vorzugehen, fiel ihm Rußland in den Arm. Während Deutschland bemüht war, den Konflikt zu schlichten, machte Rußland mobil und entfesselte so den Weltkrieg. Die Provokation lag also auf russischer Seite. Gleichwohl erachtete die italienische Regierung den Casus foederis nicht für gegeben. Auch machte sie geltend, die österreichisch-ungarische Regierung habe sich, indem sie Italien vom Ultimatum an Serbien vorher nicht in Kenntnis gesetzt habe, eine Verletzung des Artikels 7 des Dreibundvertrags zuschulden kommen lassen. Dieser Artikel verpflichtet Österreich und Italien zu vorheriger Verständigung und gegenseitigen Kompensationen für den Fall, daß sich eine der beiden Mächte genötigt sehe, den Status quo auf dem Balkan durch eine zeitweilige oder dauernde Okkupation zu ändern. Die Berufung auf Artikel 7 wäre begründet gewesen, wenn Österreich auf einen Machtzuwachs auf dem Balkan ausgegangen wäre. Wien hatte jedoch schon vor dem Kriegsausbruch in Petersburg und Rom erklärt, daß Österreich keine Gebietserwerbungen erstrebe. Beide Zentralmächte wären daher berechtigt gewesen, die Einwände Italiens gegen seine Bündnispflicht nicht anzuerkennen. In loyalem Verständnis für die nicht leichte innere und äußere Lage Italiens zogen sie jedoch vor, die einseitige Auslegung des Dreibundvertrags hinzunehmen und sich mit der Erklärung wohlwollender Neutralität zu begnügen ... Mehr und mehr stellte sich jedoch nach dem Tode des Ministers Marchese di San Giuliano heraus, daß in Italien starke Kräfte am Werk waren, um für die Bewahrung der Neutralität noch einen besonderen Vorteil herauszuschlagen. Die italienische Regierung fing an zu rüsten, und mit den Rüstungen stiegen die Forderungen der Irredentisten, Republikaner, Freimaurer und Franzosenfreunde. Bald handelte es sich nicht mehr um die Forderung des Trentino, sondern um den Erwerb anderer Lande als Preis dafür, daß Italien dem Bundesgenossen nicht in den Rücken falle. In dem Bestreben, Italien vom Kriege fernzuhalten, hat die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen. Um den Argwohn zu zerstreuen, wurde am 19. März die Garantie der deutschen Regierung für die Durchführung der Vereinbarungen unmittelbar nach dem Kriege zugesagt. Auf das Angebot Österreichs vom Ende März, das die Abtretung der italienischen Sprachgebiete in Südtirol in Aussicht stellte, ging die italienische Regierung nicht ein, sondern gab ihre Forderungen am 11. April wie folgt bekannt: Preisgabe des Trentino mit Bozen; Görz, Gradisca, Monfalcone; Umwandlung Triests nebst Capodistria und Pirano in einen unabhängigen Freistaat; Abtretung der Curzola-Inselgruppe mit Lissa, Lesina,

Treubruch.

Curzola, Lagosta, Brazza, Meleda. Alle diese Abtretungen sollten sofort vollzogen werden. Ferner beanspruchte Italien Suveränität über Valona und Saseno mit dem Hinterland, Desinteressement Österreichs in Albanien. Hingegen bot Italien 200 Millionen Franken als Ablösung aller Lasten an und übernahm die Verpflichtung, neutral zu bleiben . . . Während die Verhandlungen noch schwebten, gab der italienische Botschafter in Wien am 4. Mai der österreichischen Regierung unerwartet die Erklärung ab, daß Italien den Bündnisvertrag als durch das Vorgehen gegen Serbien im August gebrochen ansehe. Gleichzeitig zog er alle bis dahin gemachten Angebote zurück. Diese sogenannte Kündigung des noch bis 1920 laufenden Vertrages stand in Widerspruch mit den freundschaftlichen Erklärungen des Königs von Italien vom August 1914 und seiner damaligen Regierung . . . Nach dieser Darlegung wird kein Grünbuch etwas daran ändern können, daß, wenn die italienische Regierung zu den Waffen gegen den bisherigen Bundesgenossen riefe, sie dies unter Bruch von Treue und Glauben tun würde . . .“

Avarna. Eine Note der österreichischen Regierung an den italienischen Botschafter Herzog Avarna vom 21. Mai betonte das Erstaunen, daß die zur Begründung des italienischen Bruches angeführten Tatsachen auf mehr als neun Monate zurückgehen und daß die italienische Regierung seitdem wiederholt ihren Wunsch kundgab, die Bande der Allianz aufrecht zu erhalten und noch zu verstärken. San Giuliano habe noch am 25. August 1914 erklärt: „Es wäre verfrüht jetzt von Kompensationen zu sprechen.“ Und Herzog Avarna nach dem Rückzug aus Serbien: „Gegenwärtig gibt es kein Kompensationsobjekt.“ Übrigens hatten die Kompensationen nach Artikel 7 niemals auf Reichsgebiete, sondern nur auf die Balkanhalbinsel Bezug. „Die k. u. k. Regierung vermag die Erklärung der italienischen Regierung, ihre volle Handlungsfreiheit wiedererlangen zu wollen und ihren Bündnisvertrag als nichtig zu betrachten, nicht zur Kenntnis zu nehmen, da eine solche Erklärung in Widerspruch zu den Verpflichtungen steht, welche Italien im Vertrag vom 5. Dezember 1912 auf sich genommen hat, der die Dauer unserer Allianz bis zum 8. Juli 1920 festsetzte, seine Kündigung nur ein Jahr vorher gestattete und keine Kündigung oder Nichtigkeitserklärung vor diesem Zeitpunkt vorsah.“

Nach dieser Schurkerei Italiens erfolgte am 23. Mai 1/24 Uhr zu Wien die Übergabe der italienischen Kriegserklärung an die kaiserliche Regierung mit dem Vorwand, die italienische Regierung könne „sich nicht ihrer Pflicht entziehen, gegen jede Bedrohung zum Zwecke der Erfüllung der nationalen Aspirationen jene Maßnahmen zu ergreifen, die ihr die Ereignisse auferlegen“.

Ein Rundschreiben des Ministers Sonnino vom 23. Mai enthielt die Behauptung, Serbien habe das Ultimatum befriedigend beantwortet. Diese Behauptung war bewußt unwahr; denn San Giuliano hatte selbst die Unzulänglichkeit der serbischen Beantwortung anerkannt und, zu spät, versucht, Serbien zur vollständigen Annahme der Forderungen zu überreden.

Ergreifend war das Manifest des Kaisers Franz Josef: „An Meine Völker! Der König von Italien hat Mir den Krieg erklärt. Ein Treubruch, dessengleichen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreich Italien an seinen beiden Verbündeten begangen worden. Nach einem Bündnis von mehr als dreißigjähriger Dauer, während dessen es seinen Territorialbesitz mehren und sich zu ungeahnter Blüte entfalten konnte, hat uns Italien in der Stunde der Gefahr verlassen und ist mit fliegenden Fahnen in das Lager unserer Feinde übergegangen. Wir haben Italien nicht bedroht, sein Ansehen nicht geschmälert, seine Ehre und seine Interessen nicht angetastet; wir haben unseren Bündnispflichten stets treu entsprochen und ihm unseren Schirm gewährt, als es ins Feld zog. Wir haben mehr getan: Als Italien seine begehrlichen Blicke über unsere Grenzen sandte, waren wir, um das Bundesverhältnis und den Frieden zu erhalten, zu großen Opfern entschlossen. Aber Italiens Begehrlichkeit war nicht zu stillen. Und so muß sich das Schicksal vollziehen. Dem mächtigen Feind im Norden haben in zehnmonatlichem Ringen Meine Armeen siegreich standgehalten. Der neue heimtückische Feind im Süden ist ihnen kein neuer Gegner. Die großen Erinnerungen an Novara, Mortara, Custozza und Lissa und der Geist Radetzkys, Erzherzog Albrechts und Tegetthoffs bürgen Mir dafür, daß wir auch gegen Süden hin die Grenze der Monarchie erfolgreich verteidigen werden ... Den Allmächtigen bitte ich, daß er unsere Fahnen segne und unsere gerechte Sache in seine gnädige Obhut nehme." Manifest.

Die Pfingstnummer des „Budapest" (23. Mai) brachte einen Artikel des Grafen Albert Apponyi, in welchem es hieß: „Am Tage des Festes des Heiligen Geistes entspringt eine neue Quelle des Massenblutvergießens aus dem finstersten Verrate, mit welchem je eine Nation in ihr Renommee eine Bresche geschlagen hat. Vom Standpunkt eines Bravo scheint dies gut ersonnen zu sein, aber kann eine Kulturnation so tief sinken! ... Wir aber blicken mit reiner Seele in die Höhe zur göttlichen Quelle der Weisheit, der Liebe und des Mutes ... Die Geister des Acheron haben gesiegt. Ob endgültig? Wenn dem so wäre, dann erflehen wir ihnen gegenüber die Gaben des Heiligen Geistes vom Allmächtigen und den Pfingstmut, der die kleine Gruppe der Apostel und Jünger antrieb, der Menge entgegenzutreten, und sie zum Siege führte ..."

Das Erscheinen eines österreichischen Rotbuchs über die Entstehung des Konflikts mit Italien wurde am 25. Mai offiziell also vorbereitet: „... Nach der schillernden Haltung Italiens zur Zeit von Algeciras und während der Annexionskrise, nach den Besprechungen von Racconigi und dem fortgesetzten Liebäugeln mit der Tripelentente, mußten Österreich und Deutschland den Verdacht hegen, daß Italien sich der Erfüllung seiner Bündnispflichten entziehen und dies durch allerlei am Texte des Vertrages geübte Interpretationskünste motivieren werde. War also auch auf die volle Erfüllung der Pflichten nicht mit Sicherheit zu rechnen, so konnte man doch erwarten, daß Italien durch eine wohlwollend neutrale Haltung seine Alliierten unterstützen werde. Rotbuch.

Verpflichtete doch der Artikel 4 des Dreibundvertrages sogar für den Fall einer aus defensiven Gründen von einem der Verbündeten ergriffenen kriegerischen Initiative die anderen zu wohlwollender Neutralität. Artikel 4 lautet: Falls eine Großmacht die staatliche Sicherheit eines der Vertragschließenden bedrohen würde, und der Bedrohte dadurch gezwungen wäre, ihr den Krieg zu erklären, so verpflichten sich die beiden anderen, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Ein jeder behält sich in diesem Falle vor, am Kriege teilzunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, um mit seinem Verbündeten gemeinsame Sache zu machen. Die Entwicklung der Ereignisse ließ in den Anfangsstadien des Weltkrieges nicht vermuten, welch ungeheuerlichen Treubruches und Verrates Italien sich späterhin schuldigmachen würde . . . Parallel mit den Besprechungen über die Frage der Neutralität lief eine Aktion Italiens, die schon am 25. Juli einsetzte und das Ziel verfolgte, unter Berufung auf Artikel 7 des Dreibundsvertrages Italien für den Fall der Besetzung serbischen Gebietes Kompensationen zu sichern. Sowohl die Entstehungsgeschichte als der Wortlaut dieses Artikels lassen klar erkennen, daß seine Bestimmungen einzig und allein auf den Fall der Besetzung türkischen Gebietes Anwendung zu finden haben. Er wurde 1887 auf Wunsch Italiens aufgenommen. Er lautet: ‚Österreich und Italien verpflichten sich, jede territoriale Veränderung hintanzuhalten. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß die Aufrechterhaltung des Status quo im Gebiete des Balkan oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder Ägäischen Meer unmöglich würde und daß Österreich oder Italien genötigt wären, den Status quo durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung zu verändern, so würde diese Besetzung nur stattfinden nach vorangegangener Übereinkunft zwischen den beiden Mächten, welche auf dem Prinzip einer gegenseitigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte.‘ — Mit vollem Rechte nahm daher die österreichisch-ungarische Regierung den Standpunkt ein, daß der Artikel 7 auf Serbien nicht anzuwenden sei . . . Bald wurde es klar, daß die ehrgeizigen Pläne Italiens sich in der Festsetzung an der Küste Albaniens nicht erschöpfen. Die These der Neutralität mußte der zynischen Phrase des ‚Sacro Egoismo‘ weichen. Das zeigte sich deutlich erst, als die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nach dem Tode Marchese di San Giulianos Anfang November in die Hände Baron Sonninos überging . . . Österreich-Ungarn konnte sich nur schwer mit dem Gedanken befreunden, kampflos auf Gebiete zu verzichten, die seit vielen Jahrhunderten unter dem Zepter des Hauses Habsburg standen . . . Die außerordentliche Situation forderte außerordentliche Entschlüsse, und so konnte Baron Burian am 9. März dem italienischen Botschafter eröffnen, daß Österreich im Prinzip die Abtretung annehme . . . Die Forderungen Italiens waren exorbitant . . .“ Als Beweis der Haltlosigkeit von Italiens perfiden Forderungen wurde nochmals das Telegramm König Viktor Emanuels vom 2. August 1914 mitgeteilt, in welchem er seinen Verbündeten „eine herzlich freundschaftliche Haltung“ versprach, „entsprechend dem Dreibundvertrag, seinen aufrichtigen Gefühlen und den großen Interessen Italiens“.

Bethmann. Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg sagte am 28. Mai im Reichstag über Italiens Bündnisbruch: „Das deutsche Empfinden sträubte sich, an die Möglichkeit einer solchen Wendung zu glauben. Jetzt hat die

italienische Regierung selbst ihren Treubruch mit blutigen Lettern unvergänglich in das Buch der Weltgeschichte eingeschrieben. Weshalb wies Rom die Wiener Vorschläge so leichtherzig ab? Sie seien zu spät gekommen und man habe ihnen nicht trauen können. Weshalb zu spät? Weil die römischen Staatsmänner sich nicht gescheut haben, sich lange vorher, während der Dreibund noch lebte, mit der Entente so tief einzulassen, daß sie sich nicht mehr losmachen konnten ... Noch in den ersten Maitagen waren vier Fünftel des Senats und zwei Drittel der Kammer gegen den Krieg. Aber die Vernunft kam nicht mehr zum Wort. Es regierte allein die Straße, bearbeitet vom Gold der Entente, in einem Blutrausch, der dem Könige Revolution und allen Gemäßigten Überfall und Mord androhte, wenn sie nicht in die Kriegstrompete mit einstoßen wollten ... Fürst Bülow, der von neuem in den aktiven Dienst des Reiches getreten ist, bot die ganze Summe seiner diplomatischen Geschicklichkeit für die Verständigung auf. Wenn auch seine Arbeit vergeblich geblieben ist, das ganze Volk dankt sie ihm. Wir werden auch diesen Sturm aushalten. Von Monat zu Monat wuchsen wir mit unserm Verbündeten immer enger zusammen. Die Türkei feiert in diesem Krieg eine glänzende Wiedergeburt. Alle Machtmittel der Welt boten die Feinde bisher vergeblich gegen uns auf. In dem Augenblick, da der Mob der Straße in den englischen Städten um Scheiterhaufen tanzt, auf denen er die Habseligkeiten wehrloser Deutscher verbrennt, wagt es die englische Regierung, ein Dokument mit den Aussagen ungenannter Zeugen über die angeblichen belgischen Greuel zu veröffentlichen, die so ungeheuerlich sind, daß nur ein verrücktes Gehirn ihnen Glauben schenken kann. In Paris herrscht der Terror der Zensur. Keine Verlustlisten erscheinen, kein deutscher Generalstabsbericht darf abgedruckt werden. So kommt es, daß man weiter glaubt an die russische Dampfwalze, die auf Berlin losgeht. Nicht mit Haß führen wir diesen Krieg, aber mit heiligem Zorn ..." — Der Sozialdemokrat Ebert sagte am 29. Mai: „Österreich hat Italien weitgehende Zugeständnisse gemacht, die den ernsten Friedensgedanken zum Ausdruck brachten. Bei gutem Willen Italiens hätte der Friede erhalten werden können. Aber das italienische Volk wurde frivol in die Schrecknisse des Krieges hineingestürzt. Italien führt einen Angriffs- und Eroberungskrieg. In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen sich die Sozialdemokraten rückhaltslos zu dem, was sie am 4. August v. J. und später erklärt haben. Wir stehen zu unserm Volk ..." Nur dürfe auch Deutschland keine Eroberungen machen. Präsident Kaempf schloß mit den Worten: „Den Weltkrieg hat uns Neid, Haß und Begehrlichkeit der Feinde aufgedrängt. Der italienischen Regierung war es vorbehalten, den Treubruch hinzuzufügen. Mit stolzer Verachtung wird das deutsche Volk auch diesem neuen Feinde gegenübertreten."

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ging am 29. Mai auf die Stellung Italiens im Dreibund ein, dessen Anschluß nach einem Worte Bismarcks bewirkt wurde, um zu verhindern, daß im Fall eines Krieges mit Rußland Italien Österreich in die Beine beiße. Der Dreibund wurde 1882 geschlossen, 1887, 1891, 1902 und 1912 erneuert. Aber schon seit 1901 rückte Italien ab, so durch das Abkommen mit Frankreich über Tripolis und Marokko. Die Begegnung von Racconigi 1908 brachte Vereinbarungen mit Rußland hervor, die sich auf den Balkan erstreckten.

Macchio. Der österreichische Botschafter am italienischen Hof Freiherr v. Macchio reiste mit dem Botschafter beim Heiligen Stuhl Prinz Johann Schönburg am 24. Mai aus Rom ab; Fürst Bülow am 25. zugleich mit dem preußischen Gesandten beim Vatikan, da die Geschäftsführung der deutschen Missionen beim Vatikan nach Lugano verlegt wurde, während die Fiktion aufrechterhalten wurde, als verblieben die Gesandtschaften selbst in Rom. Deshalb reiste auch mit dem bayerischen Gesandten am Quirinal von der Tann auch der bayerische Gesandte beim Vatikan Baron Ritter. Die Schweizer Regierung traf in Lugano Maßnahmen für die Sicherheit der Gesandten. Prinz Schönburg äußerte sich über seine Abreise also am 29. Mai: „Ich habe mich in jeder Weise für mein Verbleiben eingesetzt, da ja die Beziehungen der Monarchie zum Heiligen Stuhl durch diesen Krieg keine Veränderung erleiden. Die Gründe meiner Abreise waren folgende: 1. Nichtanerkennung der Garantiegesetze. 2. Es war keine Sicherheit dafür geboten, daß die Botschaft jene Freiheiten hätte genießen können, die zur Erfüllung der Amtsgeschäfte unerläßlich sind. So war für die Kriegsdauer die Unterbindung des freien Kurier-, Post- und Chiffreverkehres zu gewärtigen, wofür die Regierung den Beweis in Händen hat. 3. Hätte das Verbleiben der Botschaft in Rom der Presse in Italien beständigen Anlaß zu weiteren Hetzereien gegeben, in welche der Heilige Stuhl hineingezogen worden wäre. Diese Gründe zeigen, daß das Prinzip völliger Unberührtheit unserer ausgezeichneten Beziehungen zum Heiligen Stuhl sich als undurchführbar erwies; ferner daß Rücksichten auf den Heiligen Stuhl die Abreise sogar als erwünscht erscheinen ließen. Der amtliche Verkehr wird nunmehr durch den am k. u. k. Hofe akkreditierten päpstlichen Nuntius vermittelt werden. Ein Hinweis darauf, daß diese Maßnahme die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der ersten katholischen Großmacht und dem Vatikan nicht im entferntesten modifiziert, erscheint nach dem Gesagten überflüssig." — Auch der „Osservatore Romano" erklärte am 29., daß die Stellung der beim Vatikan beglaubigten Diplomaten moralisch unannehmbar geworden wäre. Ihre Abreise sei erzwungen durch die neue, mit der Teilnahme Italiens am Krieg entstandene Lage, welche für den Heiligen Stuhl höchst peinlich sei, der nunmehr nicht mit den Vertretern einer der kriegführenden Parteien direkt konferieren und ein genaues Bild der Lage gewinnen könne. Der Heilige Stuhl sieht mithin die notwendige Internationalität seiner Aktion eingeengt und beeinträchtigt.

Papst. In dieser Lage sandte Papst Benedikt am 26. Mai an den Dekan des Kardinalskollegiums Vanutelli die Mitteilung, die schmerzlichen Ereignisse verhinderten ihn leider, das für Anfang Juni beabsichtigte Konsistorium abzuhalten, in welchem für viele Kirchen Geistliche hätten eingesetzt und Besprechungen über ernste und dringende Angelegenheiten der Kirchenregierung hätten gehalten werden sollen. Weiters schrieb der Papst, er habe, getrieben vom Wunsch, das furchtbare Menschengemetzel aufhören zu sehen, die Regierungen der Kriegführenden ermahnt, baldigst den Völkern die Segnungen des Friedens wiederzugeben. Seine Freundes- und Vaterstimme sei ungehört geblieben. Der Krieg daure fort, und zu Lande wie zur See scheue man nicht einmal vor Angriffswaffen zurück, welche den Gesetzen der Menschheit und dem Völkerrecht widerstreiten. Als ob dies nicht genüge, hat sich der furchtbare Brand auch auf sein geliebtes Italien ausgedehnt und läßt leider auch für Italien Tränen und Verheerungen befürchten, welche jeden, selbst einen

glücklichen Krieg begleiten. Der Papst erwähnt darauf seine Bemühungen zugunsten der Kriegsgefangenen und teilt mit, daß er den Feldkaplänen weitgehende Privilegien für das Messelesen und den dem Sterbenden zu leistenden Beistand gewährt hat. Diese Privilegien kommen nicht bloß den Feldkaplänen des italienischen Heeres, sondern auch allen im italienischen Heer irgendwie beschäftigten Priestern zu, die sich ihrer heiligen Mission würdig zeigen und sich möglichst bemühen mögen, damit die Soldaten bei dem harten Kampfe keineswegs der Stärkungen der Religion ermangeln. „Die Zeit, die wir durchmachen, ist schmerzlich. Der Augenblick ist fürchterlich. Aber, Herzen hoch und häufigeres, glühenderes Gebet zum Herrn der Völkerschicksale! Möge bald die Kriegsplage aufhören und Friede und Ruhe wiederkehren! Alle Söhne der katholischen Kirche sollen zusammen mit dem Heiligen Vater drei Tage lang strenge fasten und damit volle Indulgenz erwerben. Das Echo Unserer Worte möge zu allen Unsern von der fürchterlichen Kriegsplage getroffenen Söhnen gelangen und alle überzeugen von Unserer Teilnahme an ihren Mühen und Qualen, denn es gibt keinen Schmerz, der nicht auf Unser väterliches Gemüt zurückwirkt."

Mit Begeisterung nahm man in Frankreich die Nachricht vom Eingreifen der „lateinischen Schwester" auf, als neues Pfand des endgültigen Sieges. In Petersburg erklärte der umjubelte italienische Botschafter vom Balkon aus, Italien sei stets an der Seite der Entente gestanden. — Die Italiener annektierten sich das österreichische Botschaftspalais in Rom, den Palazzo Venezia und die Villa d'Este bei Tivoli, die im Eigentum des österreichischen Thronfolgers stand; auch die Villa in Viareggio, wo sich die Gräber der Bourbonenfamilie Parma befanden, wurde als öffentliches italienisches Eigentum erklärt, ganz nach Banditenweise. In Mailand kamen gewalttätige Ausschreitungen gegen Deutsche und Österreicher vor, Plünderungen und Zerstörungen von Kaufläden und Warenniederlagen. Gegen die saumseligen Beamten wurde allerdings von der Regierung strafweise vorgegangen. Die „lateinische Schwester".

Italien hatte schon vor Wochen mobilisiert; es wollte dadurch eine Kriegserklärung Österreichs provozieren oder wenigstens eine Verwicklung, die ihm einen einigermaßen rechtlichen Kriegsgrund geben könnte, aber Österreich ließ sich nicht provozieren. Der Tagesbefehl des Königs vom 24. begann: „Soldaten! Die feierliche Stunde der Verwirklichung der nationalen Ansprüche hat geschlagen. Der Feind, den zu bekämpfen ihr euch anschickt, ist kriegserprobt. Er wird euch zähen Widerstand entgegensetzen; aber euer wird der Ruhm sein, Italiens Trikolore auf den heiligen Punkten aufzupflanzen, an denen die Natur die Grenzen unseres Vaterlandes gezeichnet hat . . ." — Die Zensur verbot die Veröffentlichung fremder Armeeberichte; die italienischen Journalisten wurden aus dem Bereich der militärischen Operationen entfernt. — Italien erklärte am 26. Mai die effektive Blockade der österreichischen und albanischen Küste. Letzteres erregte in Griechenland Befremden, da die Blockade auch das von den Griechen besetzte Nordepirus umfaßte; es erfolgte am 31. Mai eine Einschränkung.

Ein Armeebefehl des Feldmarschalls Erzherzog F r i e d r i c h vom 25. Mai brandmarkte die „schmachvolle Niedertracht unseres neuen Feindes, der jahrzehntelange Treue mit schändlichem Verrat lohnt . . . Kein ehrlicher Feind tritt uns Aug in Aug entgegen, nein, der treulose Bundesgenosse fällt uns heimtückisch in den Rücken. Viel Feind, viel Ehr! sei unser Kampfruf." —

Aus dem Kriegspressequartier tönte es am 28. Mai: „Wie nicht anders zu erwarten war, hat General Joffre den neuen Bundesgenossen mit schwungvollen Worten willkommen geheißen. Die Not, die längst schon Hilfsvölker aller Farben aus Asien und Afrika als heißbegehrte Waffenbrüder betrachten ließ, ergreift jede Hand, die sich zur Hilfe bietet, ohne sich dadurch abschrecken zu lassen, daß Treubruch sie befleckte. Die französische Findigkeit begrüßt die Italiener als Mitkämpfer im Ringen der Zivilisation gegen die Barbarei. Er kann versichert sein, daß die Barbaren sich wohl fühlen, weil sie Kirgisen, Tataren, Tscherkessen, Turkmenen, Serben, Kalmücken, Tschungusen und Afghanen nicht in ihren Reihen als Kämpfer der Zivilisation, sondern lediglich als Gefangene zu sehen bekommen. Die bunte Mischung von Zivilisationsstreitern wird eine Bereicherung erfahren, da Italien seine Askaris nicht missen kann. Die schwarzen Söhne der Erythräa werden sich würdig den farbigen Engländern und Franzosen als Träger der Zivilisation im Krieg anschließen."

Die kriegerischen Feindseligkeiten begannen am 24. an der Tiroler Grenze und im küstenländischen Gebiet bei Strassoldo. In den folgenden Tagen bei Condino (Judikarien), am Padonpaß nordöstlich der Marmolata, an der kärntnerischen Grenze westlich des Plöcken. Am 29. erreichten die Italiener Ala und das Primör, sie stießen im Küstenland bei Karfreit und bei Plawa vor, sie beschossen das Plateau von Folgaria-Lavarone, sie versuchten, sich Cortinas zu bemächtigen und die Hänge des Krn zu ersteigen. Der Aufmarsch der Italiener wurde wesentlich gestört durch einen erfolgreichen Angriff der österreichischen Flotte am 24. Mai gegen die ganze italienische Ostküste zwischen Venedig und Barletta, wobei an zahlreichen Stellen militärisch wichtige Objekte, Eisenbahnen und Brücken mit Erfolg beschossen wurden. Dabei wirkten auch Seeflugzeuge mit.

Es war ein großes Glück für Österreich, daß die Italiener denn doch nicht so gut vorbereitet waren, wie sie glaubten, sonst hätten sie die fast ungedeckte Grenze in einem Tag überrannt und wären in wenigen Tagen in das Herz des Reiches gedrungen. Das zweite große Glück war, daß kurz vor dem perfiden Angriff Italiens es gelang, den Russen jene entscheidende Niederlage beizubringen, die sie zum Rückzug zwang und in der Folge auch zur völligen Auflösung des Heeres, zum Zusammenbruch des russischen Riesenreiches führte. Das war die große und glänzende Durchbruchsschlacht bei Gorlice in Westgalizien. Sie wurde zuerst verkündet durch den Bericht der deutschen Heeresleitung vom 3. Mai: „Im Beisein des Oberbefehlshabers Feldmarschalls Erzherzog Friedrich und unter Führung des Generaloberſten v. Mackensen haben die verbündeten Truppen gestern nach erbitterten Kämpfen die ganze russische Front in Westgalizien von nahe der ungarischen Grenze bis zur Mündung des Dunajec in die Weichsel an zahlreichen Stellen durchstoßen und überall eingedrückt. Diejenigen Teile des Feindes, die

Gorlice.

entkommen konnten, sind in schleunigstem Rückzuge nach Osten, scharf verfolgt von den verbündeten Truppen. Die Trophäen des Sieges lassen sich noch nicht annähernd übersehen." Es war die Fortsetzung der Erfolge von Lodz und Limanowa in den November- und Dezemberschlachten. Die neue Operation war bereits im März durch Conrad angebahnt; aber die damals verfügbaren Kräfte waren zu schwach zum Vorstoß in der als entscheidend angesehenen Richtung über Gorlice. „Erst das von General v. Falkenhayn vorgeschlagene Anbot, starke deutsche Kräfte zu diesem Vorstoß heranzuführen, schuf die Grundlage für dessen Gelingen." So berichtete das österreichische Kriegspressequartier und fährt fort: „Monatelange Arbeit hatte es den Russen ermöglicht, die Stellungen an der Dunajecfront mächtig auszubauen ... Als der sonnige Morgen des 2. Mai angebrochen war, begann um 6 Uhr früh die gesamte Artillerie ihre wuchtige Arbeit. Nach vierstündiger Beschießung ging die Infanterie zum Angriff vor. Trotzdem gelang das Eindringen in die Hauptposition an diesem Tage noch nicht. Die Stärke der nahezu granatsichern, überall eingedeckten Stellungen war noch zuwenig erschüttert worden. Um den letzten Widerstand zu brechen, konzentrierte die Artillerie am 3. Mai von Tagesanbruch an ihr Feuer in diesem nahezu unangreifbar scheinenden Teil der feindlichen Front; dank der Wirkung unserer Steilfeuergeschütze konnten die tapferen Tiroler nunmehr die letzten der zurückgebliebenen zähen Feinde zum Weichen zwingen."

Der reichsdeutsche Bericht setzt die Darstellung also fort: „Am Abend des 4. Mai war der taktische Durchbruch vollendet. Trotz des Einsatzes namhafter Reserven und trotz aller vorbereiteten zweiten, dritten und vierten Linien war der Feind geschlagen und in vollem Rückzug über die Wisloka. Die Truppe war vor allem durch die außerordentliche Wirkung der schweren Artillerie stark erschüttert. Am Morgen des 5. Mai meldeten Flieger den Rückzug des Feindes auf allen von Jaslo nach Osten und nach Norden führenden Straßen; sie waren von unordentlich abziehenden Kolonnen bedeckt. Nun war kein Zweifel mehr, daß der Feind nicht mehr die Kraft besaß, die Wislokalinie zu verteidigen. Das mußte aber von weittragender Bedeutung für die russische Nachbararmee werden, deren Stellungen im nördlichen Zipfel Ungarns unhaltbar wurden. Die strategische Wirkung des Durchbruchs mußte sich fühlbar machen und die Aufrollung der russischen Karpathenfront bis zum Lupkowsattel als Frucht des gelungenen Durchbruchs dem Sieger in den Schoß fallen. Tatsächlich brachte der Telegraph von der benachbarten Armee Boroevic die Kunde, daß der vor ihr gewesene Feind in der Nacht auf den 5. Mai den Abmarsch nach Norden angetreten habe und daß er sich nahezu vor der ganzen Front in fluchtartigem Rückzuge befände ... Als am 6. Mai die Armee

Mackensen die Wisloka überschritten und die erzherzogliche Armee nach der Einnahme Tarnows den Feind zur Räumung der ganzen Dunajeclinie bis zur Weichselmündung gezwungen hatte, konnte die Durchbruchsschlacht von Gorlice-Tarnow als beendet angesehen werden. Auf einer Frontbreite von 160 Kilometer war der Feind im Rückzuge; die durchbrochenen Stellungen der Russen lagen schon 30 Kilometer hinter dem Sieger ... Das Kampffeld bot an den nächsten Tagen ein düsteres Bild. Ganze Bataillone hatten kapituliert. Die Russen waren in vollem Rückzug nach dem unteren San. Auch nördlich der Weichsel wichen die Russen von der Nida in östlicher Richtung zurück. Die Wirkung des Durchbruchs machte sich auf einer Frontbreite von über 300 Kilometer geltend ... Nachdem Fürst Radko Dimitriew, der geschlagene russische Heerführer in der Durchbruchschlacht bis zum 12. Mai 140.000 Gefangene eingebüßt hatte, befahl er den Rückzug an den unteren San, der von Przemysl bis zur Mündung gehalten werden sollte. Aber die Ausführung des Befehls erwies sich als unmöglich. Unsere Flieger meldeten am 12. und 13. Mai den Rückmarsch langer russischer Kolonnen vom unteren San nach Osten und Nordosten ... Am 14. begannen die Verbündeten, die längs der ganzen Sanlinie bis nahe an den Fluß und dessen Brückenköpfe herangerückt waren, mit dem Angriff auf Jaroslau ... In zweitägigem Kampf entriß die Garde dem Feinde Jaroslau und warf ihn hinter den Fluß zurück ... In knapp vierzehn Tagen hatte die Armee Mackensen ihre Offensive von Gorlice bis Jaroslau vorgetragen, drei Flußlinien überschritten und einen Raumgewinn von über 100 Kilometer Luftlinie erzielt. Vom 18. bis 20. Mai drangen die Verbündeten weiter gegen Osten, Nordosten und Norden vor, warfen den Feind aus Sieniawa hinaus und setzten sich auf einer Frontbreite von 30 Kilometer auf dem östlichen Ufer fest."

Englische Militärkritiker gaben zu: „Die Früchte des russischen Winterfeldzuges in den Karpathen sind größtenteils verloren. Es besteht die Möglichkeit, daß die Lage noch schlimmer wird, ehe sie sich bessert. Die Russen glaubten, daß der Hauptangriff aus Ungarn durch die Karpathen kommen werde ..."

Während dieser Zeit wurde Ungarn vom Feinde befreit und mit Erfolg auch in Südostgalizien gekämpft. Eine russische Gegenoffensive über den Dnjestr kam an der Pruthlinie zum Stehen (21. Mai). Radymno wurde am 25. genommen. Die Schlacht bei Przemysl dauerte fort.

Die Deutschen schritten indessen auch im Norden und Osten vorwärts. Nach einem Gefecht bei Szawle erreichten sie am 2. Mai die Gegend südwestlich von Mitau, und die Russen flohen auf Riga zu. Auch nordöstlich von Skierniewice erlitten die Russen gleichzeitig eine schwere Niederlage. Libau. Die Besetzung von Libau wurde am 8. gemeldet. Ein Zeppelin erschien am 26. über Helsingfors in Finnland und warf Bomben ab.

An der Westfront wütete der unentschiedene Stellungskrieg weiter; es traten immer wieder die Namen der alten Schlachtfelder hervor. Die Veränderungen im Gelände waren zuwenig ausschlaggebend, als daß wir sie im einzelnen verzeichnen wollen. Zwei Zeppeline erschienen am 10. Mai über Southend und Westcliffe, kamen also London immer näher, obwohl Churchill versprochen hatte, daß das unmöglich gemacht würde. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verwahrte das deutsche Heer gegen ungerechte Angriffe Kitcheners (3. Mai).

Premier Asquith sagte am 19. Mai über die Kriegshilfe der Kolonien: „Während London beinahe das Donnern der Kanonen hören kann, sind die Dominions weniger in Angst vor einer Invasion. Trotzdem sind sie voll Opferwilligkeit. Die kluge, weitblickende Politik des Reichs hat ihnen Selbstverwaltung gegeben, die mit der Einheitlichkeit sehr wohl vereinbar ist. Freilich kämpfen die Dominions nicht nur für uns, sondern für die eigenen Ideale. Der Feind machte sich, als er den Krieg anfing, kaum eine Vorstellung davon, was für Kräfte er in allen Teilen der Welt entfessele, wo englisch gesprochen wird und die freien Traditionen der britischen Rasse in Fleisch und Blut übergegangen sind.“ Bonar Law erklärte: „Als die giftige Schlange losgelassen war, blieb kein anderes Mittel übrig, als sie zu zerstören. Das britische Reich ist das Gegenteil all dessen, wofür der deutsche Militarismus sich einsetzt. Wir haben mehr Grund dafür, auf die spontane Begeisterung der indischen Fürsten und Völker stolz zu sein als seinerzeit auf die Eroberung Indiens.“

Englisches Kabinett.

Das liberale Kabinett hielt es für notwendig, sich durch Mitglieder der bisher oppositionellen Parteien, besonders der Unionisten (Zentralisten) zu ergänzen. So traten am 19. Bonar Law, Chamberlain, Balfour, Lord Derby, Walter Long, Smith, Lord Curzon und Selborne ins Kabinett Asquith. Es bestand nun aus nicht weniger als zweiundzwanzig Mitgliedern. Dies Koalitionskabinett war das größte, das das britische Reich bisher hatte. Lord Lansdowne sollte Grey in den äußeren Angelegenheiten beistehen; er war im letzten unionistischen Kabinett der Vorgänger Greys und gab den ersten Anstoß zur Entente mit Frankreich. Allerdings bekam das Kabinett durch die Aufnahme der Unionisten einen feindseligen Charakter gegen Homerule, weshalb der Irenführer Redmond nicht ins Kabinett eintrat. Edward Grey, der schon seit einiger Zeit mit der Politik des Kabinetts nicht einverstanden war, nahm, angeblich seiner Augen wegen, einen zeitweiligen Urlaub. An seine Stelle trat Lord Crewe (mit Lansdowne). Gleichzeitig wurde Lord Robert Cecil zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und der Arbeiterparteiler Bracse zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt. Die Bildung des neuen Ministeriums galt als eine Botschaft an Deutschland, daß England beabsichtige, seine Aufgabe mit der vollen Energie eines einigen Volkes unter geeinigten Führern weiter zu verfolgen. So schrieben die „Times“ am 27. Mai und setzten fort: „Die Lage ist ernst, niemand erwartet, daß der Krieg bald zu Ende sein wird.

Der Traum, daß unsere Truppen im Frühling den Feind aus Flandern und Frankreich werfen würden, hat sich nicht erfüllt. Eine schnelle Veränderung ist nicht zu erwarten. Im Osten erlebten wir ein ähnliches Scheitern unserer Träume. Wir alle haben einen gewaltigen russischen Einbruch in Ungarn, den Fall Krakaus, den Einfall in Schlesien erwartet; statt dessen sehen wir den völligen Rückzug der Russen aus Galizien. Die deutsche Flotte ist stärker als bei Kriegsbeginn. An den Dardanellen klammern sich unsere Truppen an ein paar Buchten und Höhen und kommen kaum vorwärts . . ."

„Lusitania." Der Unterseebootkrieg erreichte eine krisenhafte Höhe durch die Versenkung des englischen Riesendampfers „Lusitania" der Cunardlinie. Die Torpedierung erfolgte am 7. Mai an der Südküste Irlands. Passagiere und Besatzung zählten über 1900 Personen; das Schiff blieb zwanzig Minuten flott, 20 Boote konnten ins Wasser gelassen werden; 764 Überlebende wurden in Queenstown und Kinsale gelandet. Die „Lusitania" war mit Geschützen armiert und hatte erhebliche Mengen Munition und Kriegsgerät unter ihrer Ladung. Der deutsche Botschafter in Washington hatte am 1. in einer öffentlichen Bekanntmachung die Passagiere gewarnt, worüber die englische Presse nur gespottet hatte. Die Erbitterung in Amerika wurde sehr groß, als man erfuhr, daß 139 Amerikaner mit ertrunken waren. Deutscherseits führte man die rasche Zerstörung des Schiffes auf die Explosion der Munition zurück. Der Kapitän Turner von der „Lusitania" gab an, er habe wohl die Warnung in den Blättern gelesen, aber keine direkte Warnung bekommen. Auch das Tauchboot habe keine Warnung gegeben.

Dernburg. Dernburg hielt in Cleveland eine Rede, worin er sagte: „England hat die Nordsee als Kriegsgebiet erklärt, ohne daß Amerika protestierte. England wollte gegen Völkerrecht das ganze deutsche Volk aushungern. Als Repressalie hat Deutschland die Gewässer um England als Kriegsgebiet erklärt und den Tauchbootkrieg begonnen. Die ‚Lusitania' war ein Munitionsschiff; man hatte die Passagiere gewarnt." In diesem Sinn machte die deutsche Regierung eine Mitteilung an alle Neutralen. In englischen Städten fanden grobe Ausschreitungen gegen die Deutschen statt. Auch die englische Regierung wollte Repressalien gegen die Deutschen in England ergreifen, mißbilligte aber die Ausschreitungen des Volkes. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, richtete eine ernste Note an die deutsche Regierung. Diese entschuldigte in einer Antwortnote vom 30. ihre Handlungsweise: Die „Lusitania" führte wie schon früher kanadische Truppen und Kriegsmaterial, darunter 5400 Kisten Munition, bestimmt zur Vernichtung deutscher Soldaten. Deutschland handle in gerechter Selbstverteidigung. Die englische Schiffahrtsgesellschaft trifft die Schuld am Tode amerikanischer Bürger. Sie handelte gegen klare Bestimmungen der amerikanischen Gesetzgebung, welche die Beförderung von Passagieren auf Schiffen mit einer Explosivladung verbietet und mit Strafe bedroht. — Die „Times" meldeten

am 31. aus Washington: „Die deutsche Regierung bringt Bryans Grundsatz in Anwendung, daß in den auswärtigen Fragen alle Streitigkeiten durch Schiedsgerichte erledigt werden sollen. In gewissen Kreisen Washingtons herrscht überdies die Empfindung, daß unsere Blockadepolitik nach dem Völkerrecht nicht ganz frei von einigen derselben Bedenken ist, die gegen die deutsche Tauchbootpolitik geltend gemacht werden."

Am 23. Mai trafen die überlebenden Helden der Besatzung der „Emden" über Medina unter Führung des Kapitänleutnants Mücke in Konstantinopel ein und wurden da festlich empfangen.

Wie schon erwähnt, scheiterten alle Versuche der Engländer und Franzosen, die Dardanellen entweder zu Schiff oder durch Landungen zu bezwingen und so vor Konstantinopel zu kommen, unter schwersten Verlusten an Mannschaft und großen Schlachtschiffen. Diese Kämpfe bildeten ein Ruhmesblatt für die türkischen von deutschen Führern geleiteten Streitkräfte, interessant in allen Einzelheiten, aber wegen des Mißerfolges ohne Bedeutung für das Ganze des Krieges. Große Beunruhigung verursachte auch das Erscheinen deutscher Unterseeboote in diesen Gewässern. Dardanellen.

Die Kämpfe in Südafrika endeten mit dem Einmarsch des Generals Botha in Windhuk, der Hauptstadt von Deutschsüdwestafrika, 12. Mai.

Als Japan seine Forderungen an China immer unverschämter stellte, fragte Snowden am 5. Mai im Unterhaus den Grey, ob er nichts tun werde, bis Japan, das bereits 60.000 Mann in China habe, mit militärischer Gewalt China seinen Willen aufzwinge, ob Grey nicht wisse, daß England vertragsmäßig verpflichtet sei, die Integrität Chinas zu erhalten, oder ob es den Vertrag als Papierfetzen betrachte. Grey antwortete ausweichend. Am 7. Mai überreichte Japan ein Ultimatum an China. Da auch Amerika durch eine Erklärung Bryans nur an der theoretischen Politik der offenen Tür und der Erhaltung der territorialen Integrität Chinas festhielt, ohne einen praktischen Eingriff zu wagen, mußte China das Ultimatum annehmen. Nachträglich ließ Amerika in Japan und China erklären, es könne kein Abkommen zwischen China und Japan anerkennen, das die Vertragsrechte der Vereinigten Staaten verletze. Der abgezwungene chinesisch-japanische Vertrag wurde aber doch am 25. Mai in Peking unterzeichnet. Japan.

Die Schweiz betonte bei Ausbruch des italienischen Krieges noch einmal ihre Neutralität. In der Pfingstsitzung der Geschäftsleitung der schweizerischen Sozialdemokraten zu Basel wurde mitgeteilt, daß die für den 30. Mai einberufene Konferenz der Sozialdemokraten der neutralen Länder gegen den Krieg wegen ungenügender Beteiligung nicht zustande kommen könne. In Bern fand am 28. und 29. Mai über Einladung des Bundes zur Organisierung des menschlichen Fortschrittes eine internationale Konferenz über die Zukunftsinteressen der Menschheit statt. Es erschienen die Deutschen Vokther und Umfrie, der Franzose Huppart und Vertreter Hollands, Italiens, Rußlands, Amerikas und der Schweiz. Eine Resolution war gegen die Verbreitung Schweiz.

des Völkerhasses durch Berichte über Greueltaten gerichtet. Umano, der Präsident der römischen Friedensgesellschaft, erklärte, daß das italienische Volk gegen den Willen der großen Mehrheit von der Regierung in den Krieg gestürzt wurde. Man beschloß die Schaffung einer ständigen Kommission zur Vorbereitung der Wiederannäherung der feindlichen Nationen nach dem Krieg.

Monsignore Nolens, der eine politische Mission der niederländischen Regierung beim Heiligen Stuhle hatte, pflog mit dem Kardinal-Staatssekretär Gasparri Verhandlungen über den Vorschlag Hollands, eine Vertretung beim Heiligen Stuhle zu errichten. Der Vatikan nahm den Vorschlag an.

Eine Volksbewegung in Portugal bewog das diktatorische Kabinett Castro zum Rücktritt; in der Folge trat auch der Präsident der Republik, Arriaga, zurück und es wurde Theophil Braga am 29. Mai zu seinem Nachfolger gewählt.

Die rumänischen Sozialdemokraten sprachen sich anläßlich der Maifeier gegen den Krieg und für die Neutralität aus.

Wilson. Präsident Wilson hielt am Hudsonriver eine Flottenschau ab (18. Mai). Er sagte dabei, die Flotte entspreche den gehegten Absichten. Amerika brauche keine Gebietserweiterung, es will sich nur für die Menschlichkeit einsetzen und für das, was der Menschlichkeit nottut. Bei Eröffnung der amerikanischen Finanzkonferenz in Washington, der Vertreter aller amerikanischen Staaten beiwohnten (25. Mai), drückte Wilson die Hoffnung aus, daß die Amerikaner der Welt den Weg des Friedens zeigen werden. Aber es war bezeichnend, daß auf der internationalen Schiedsgerichtskonferenz zu Lake Mohouk im Staat Neuyork der Kriegssekretär dafür eintrat, daß das Problem der nationalen Verteidigung unverweilt in die Hand genommen werde. Die Idee der Pazifisten, daß eine Nation weniger Aussicht habe, in einen Krieg verwickelt zu werden, wenn sie sich nicht auf einen solchen vorbereite, sei eine Lächerlichkeit. Man könne weder den eigenen guten Absichten bezüglich der anderen Nationen vertrauen, noch denen anderer Nationen gegen das eigene Volk. — Die Kriegsunterstützungen Amerikas an die Entente betrugen bereits den Wert einer Milliarde Dollars.

Juni.

Bei der Eröffnung des preußischen Landtags am 1. Juni sagte Präsident Graf Schwerin-Löwitz über den himmelschreienden, schmachvollen Treubruch Italiens, daß er sich unter allen Umständen rächen werde. „Selbst wenn unsere Feinde, mit ihnen Italien, aus diesem Krieg als Sieger hervorgehen sollten, auch dann, ja dann erst recht, wird das italienische Volk den wahren Wert des elenden Judaslohnes erkennen, den es für den Treubruch in Gestalt leerer Versprechungen erhalten hat.“ Die Sozialdemokraten forderten die Regierung auf, keine Gelegenheit zu verabsäumen, um zu einem baldigen Friedensschluß zu gelangen. Eine Eroberungspolitik würde den

unseligen Krieg nur verlängern. Das deutsche Volk wolle keine Eroberungen, es wolle einen Frieden ohne Demütigung und ohne Vergewaltigung.

Das Wiener „Fremdenblatt“ schrieb am 6. Juni offiziös: „Schon wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges tauchten Meldungen auf, daß Österreich-Ungarn einen Sonderfrieden anstrebe, da es an einer ersprießlichen Fortführung des Krieges verzweifle und einer Katastrophe vorzubeugen wünsche. Das eine Mal wurden die Friedenswünsche der ungarischen Nation zugeschrieben, das andere Mal war es Österreich, das, durch die zuwenig ergibige Hilfe enttäuscht, Schritte unternommen haben sollte, um eine raschere Beendigung des Krieges herbeizuführen. Wir sollen den Papst um seine Vermittlung gebeten, Graf Tisza soll in London angeklopft haben usw. Das Märchen von unserer Friedenssehnsucht gehört in dasselbe Arsenal wie die Erfindungen über die Hungersnot, die verheerenden Seuchen und die Revolutionen ... Ausdrücklich wird im italienischen Grünbuch darauf angespielt, daß die zur Intervention drängende Entwicklung durch Nachrichten über die Möglichkeit eines Sonderfriedens der Monarchie mit Rußland beschleunigt worden sei ... Alle diese Meldungen sind erlogen.“ Ebenso widerlegte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 24. Juni die Gerüchte über Friedensanbahnungen. „Während des ganzen Krieges hat keine feindliche Regierung Friedensangebote gemacht. Als der „Vorwärts“ trotz der Feindseligkeit des internationalen sozialistischen Büros ein Friedensmanifest erließ, wurde er verboten, weil das im Ausland als Beweis der Kriegsmüdigkeit Deutschlands ausgenützt wurde, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 26. Juni berichtete. Sonderfrieden.

Als die „Liberté“ Äußerungen des Papstes veröffentlichte, die sympathisch für Frankreich klingen sollten, stellte der „Osservatore Romano“ am 24. Juni fest, daß die Wiedergabe einer Unterredung in einer Zeitung keine amtliche Urkunde des Heiligen Stuhles darstelle und daß die amtlichen Äußerungen des Heiligen Vaters zum europäischen Konflikt in seiner Enzyklika vom 1. November, in der Weihnachtsansprache an das Kardinalskollegium, in der Konsistorialansprache vom 22. Januar, in seinen Briefen an die Kardinäle und Prälaten und schließlich im Brief vom 25. Mai an den Dekan des Kardinalskollegiums zu finden seien. Nur für diese übernehme der Heilige Stuhl die volle Verantwortung. In privaten Veröffentlichungen, auch in denen des Redaktors der „Liberté“, Latapie, können Ungenauigkeiten enthalten sein. Papst.

Der neue Krieg gegen Italien entwickelte sich nur langsam. Einerseits war Italien ungenügend gerüstet und wagte keinen entschiedenen Vorstoß, anderseits war auch bei Kriegsbeginn die italienische Grenze fast ganz von österreichischen Truppen entblößt; sie mußten erst von weither herangezogen werden. Zu Beginn des Monats dauerten die Geschützkämpfe an der Tiroler und Kärntner Grenze fort. Im Küstenland wurden Angriffe auf den Krnrücken zurückgewiesen. Vergebens stieß der Italiener bei Gradiska und Sagrado vor. Um den Monte Piano wurde gekämpft. Nur bei Monfalcone und Karfreit gelangten die Welschen über den Isonzo. Erbittert waren die Kämpfe um Plava und um den Brückenkopf von Görz. Gegen die italienische Blockade-Erklärung protestierte Österreich, weil dieselbe den Anforderungen des Völkerrechts nicht entsprach und als nichtig zu betrachten war. Das feindliche Luftschiff „Città di Ferrara“ wurde am 8. von einem Flugzeug aus in Brand geschossen. — Am 23. Juni erklärte sich die Republik San Marino für Italien.

Italien und stellte 200 Freiwillige. — In **Libyen** mußte das Hinterland vor dem Andrang der Senussi geräumt werden.

Przemysl. Im Krieg gegen Rußland erfolgte fortschreitend die Wiedereroberung von **Przemysl** am 3. Juni und nach weiteren Fortschritten der Offensive am 22. die Wiedereroberung von **Lemberg**. — Großer Jubel herrschte in Przemysl; alle Straßen waren voll Menschen, die Blumen streuten und Fahnen schwenkten. — Die Stadt hatte nicht gelitten. Große Vorräte waren in den Magazinen zurückgeblieben. Auch sonstiges Kriegsmaterial fand sich noch viel in der Festung. Die Truppen hielten sich aber nicht auf, sondern drängten sofort dem abziehenden Gegner nach. Der

Lemberg. Einzug in **Lemberg** war von hinreißender historischer Größe. Der Jubel der Bevölkerung war unbeschreiblich. Lemberg war seit anfangs September 1914 in russischer Hand. Die Russen hatten die Verteidigungsanlagen Lembergs verstärkt und beabsichtigt, die Stadt unbedingt zu halten. Groß war auch der Jubel in Wien. Bürgermeister **Weiskirchner** trat an die Spitze einer Huldigung für den greisen Kaiser in Schönbrunn 24. Juni.

Trübe waren die Betrachtungen in England. „Daily Mail" schrieb am 5. Juni; „Die Verbündeten nahmen Przemysl ein und nähern sich Lemberg. Die Deutschen greifen Warschau an und rücken in den baltischen Provinzen vor. Es ist möglich, daß die Stunde nahe ist, wo der deutsche Generalstab mit den Ergebnissen zufrieden ist und große Verstärkungen an die Westfront werfen wird. Dann wird er die Taktik wiederholen, wodurch die russische Front durchbrochen wurde. Wir müssen das erwarten, und die Beschießung mit einem noch wütenderen Geschoßhagel beantworten." Die französische „Agence Havas" brachte am 6. Juni die beschwichtigende Mitteilung: „Die russischen Armeen befinden sich nun in derselben Lage wie wir im August, September und November. Deutschland ist dank seiner zentralen Lage imstande, einen beträchtlichen Teil seiner Kräfte schnell von einer Front zur andern werfen zu können . . . Wie groß übrigens die Kühnheit der Deutschen sein mag, ihr Vorstoß gegen Rußland wird doch aus denselben Gründen aufgehalten, welche die Offensive gegen uns gebrochen haben. Der Widerstand wird die Kraftanstrengung aufzehren. Endlich eröffnet das Eingreifen der italienischen Armee einen neuen Kriegsschauplatz. Wir betrachten die Zukunft mit Vertrauen." — In Rußland war man unwillig über die Schwächlichkeit und Zerstreutheit der Angriffe an der Westfront, die den Augenblick zur Offensive vorübergehen ließen, da der Feind durch die Operationen an der Ostfront geschwächt war. Die angekündigte Offensive Joffres wollte nicht zur Tat werden. — Die „Times" trösteten am 17.: „Die Russen haben noch kein Fünftel ihrer Mannschaften ins Feld gebracht. Unsere Aufgabe ist, die Deutschen zu töten. Der schließliche Sieg ist sicher." — Eine Folge der russischen Niederlage war der Rücktritt des Kriegsministers **Suchomlinow**; er galt als Vertrauensmann des Großfürsten **Nikolai** Nikolajewitsch und vertrat ein scharf ausgeprägtes Programm der Offensive. Der Zar kam an die Front und hielt dort am 28. einen Ministerrat. In **Moskau** fanden Unruhen statt; es wurden 475 Geschäfte und 217 Wohnungen ausgeraubt. Unter den Geschädigten befanden sich die Deutschen

und Österreicher in der Minderheit; es waren viel mehr Russen betroffen, aber auch Schweden, Engländer, Franzosen und Amerikaner.

Der deutsche Feldzug in Nordpolen und Westrußland, im Gouvernement Kowno und am Njemen nahm einen günstigen Fortgang.

Eine Folge des italienischen Eingreifens war es, daß die Serben und Montenegriner den Italienern in Albanien zuvorzukommen suchten. Die Serben besetzten Progradez. Starowo und Elbassan. Mustapha Efendi proklamierte sich als Präsident der Republik Zentralalbanien. Die Montenegriner besetzten Krasnik, Setze, Clementi, Alessio, die malissorischen Dörfer Selac und Temal und zogen über die Kiri-Brücke in Skutari ein. Die Besetzung von Skutari war zwischen dem montenegrinischen Konsul Martinovic und Bib Doda vereinbart. Aus Rücksicht für Italien billigte Serbien das Vorgehen in Skutari nicht.

Eine Abordnung von Südtiroler Gutsbesitzern begab sich am 19. Juni zum österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um ihn unter Berufung auf zahlreiche Freunde und Gesinnungsgenossen und auf die ihnen bekannte Stimmung der Bevölkerung Südtirols der Gefühle unverbrüchlicher Treue gegenüber Kaiser und Reich und des Einstehens für die Integrität Tirols und die Landeseinheit zu versichern; der Führer Graf Terlago sagte unter anderm: „Das gesamte Landvolk und alle Besitzer wissen, daß ihr materielles Wohl abhängig ist von ihrer Zugehörigkeit zu Österreich und daß eine uns von Österreich trennende Zollinie die Verarmung und den Ruin des Landes bedeuten würde. Die Natur und die Geschichte haben Tirol zu einem untrennbaren Ganzen verwoben. Die Konfiguration der Flüsse und Täler und insbesondere des Etschtales ist eine solche, daß eine natürliche, auch vom militärischen Standpunkte zu rechtfertigende Landes- und Reichsgrenze erst am äußersten Südabhange der Alpen, an der Berner Klause gefunden werden kann. Seit dem 9. Jahrhundert bis 1800 ist der größte Teil auch des italienischredenden Südtirols ein Lehen des heiligen römisch-deutschen Reiches gewesen und haben dessen Stände oft den Tiroler Landtag in Innsbruck beschickt. Diese Vergangenheit ist noch heute im Adel- und Bauernstand lebendig. Trotz der Verschiedenheit der Sprache ist Tirol durch Geschichte und Geographie ein innig zusammengehöriges Ganzes. Bis weit hinunter im südlichen Etschtal ist die Bevölkerung größtenteils beider Landessprachen mächtig. Die 92.000 Ladiner im Ampezzanischen, in Buchenstein, im Fassa- und Fleimstal sind keine Italiener und wollen auch keine sein, sie sind echte Tiroler Gebirgsbauern. Wir hoffen und erwarten, daß der Patriotismus und das traditionelle Tirolertum auch der italienisch redenden Bevölkerung wieder zur vollen Geltung kommen wird. Diese Grundstimmung der großen Majorität der Bevölkerung darf nicht mehr verdunkelt werden durch eine systematisch betriebene nationale Verhetzung.“ Südtirol.

An der Westfront blieb im Wesentlichen alles unverändert. Die „Times“ gaben am 26. Juni zu: „Die tatsächliche Lage ist, daß wir wenig Fortschritte gegen den Feind machen. Die Franzosen führten zwar eine längere, kräftige und tapfere Offensive aus, wodurch sie gewisse nützliche Stellungen nördlich von Arras errangen. Aber es besteht keine direkte Aussicht, die deutsche Linie zu durchbrechen und den Feind zum Rückzug auf sein eigenes Gebiet zu zwingen. Die britische Armee kann den eigenen Anteil an dieser Aufgabe nicht eher erfüllen, als bis sie eine weit größere Zufuhr an schwerem

Geschütz, an Brisanzgeschossen und Maschinengewehren erhält, was monatelang dauern wird."

Asquith. Asquith sprach am 16. Juni über die Notwendigkeit des neuen Koalitionskabinetts, „diese Umwälzung unseres ganzen politischen Lebens. Die Anforderungen welche die Lage an die Tatkraft und den Patriotismus der Nation, an die Geduld und Voraussicht der Regierung, an das gegenseitige Vertrauen stellt, können an keinem früheren Vorgange gemessen werden. Das politische Ziel, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, hat sich nicht geändert. Durch die Verbreiterung der Grundlage der Regierung, verliert sie den Parteicharakter, es wird der ganzen Welt bewiesen, daß das britische Volk nach fast einem Jahre des Krieges entschlossener ist als je, alle Unterschiede zu vergessen und alle Kräfte zu vereinen. Allen jetzigen Ministern ist der Gedanke der Koalition unangenehm, aber die große nationale Not hat von uns allen ein sichtbares Zusammenarbeiten gefordert, woran Männer aller Richtungen und Parteien teilnehmen. Es ist ein großes und, wie viele glauben, gefährliches Wagnis, das keiner von uns gewünscht hat . . . Wir müssen fortfahren, den blinden Ratschlägen der Hysterie und Furcht kein Gehör zu geben." Der Liberale Chiozza Money fürchtete, daß England den Krieg finanziell nicht durchhalten könne. Man werde noch zu einer Zwangsanleihe greifen müssen. — Schatzkanzler Mac Kenna wies auf die großen Verpflichtungen gegen die Verbündeten hin. Es sei daher große Sparsamkeit notwendig, um den Kredit zu erhalten. „Wenn man sagt, England könne vier Millionen Soldaten und vier Millionen Munitionsarbeiter aufbringen, während siebzehn Millionen die gewöhnliche Arbeit der Friedensindustrie fortsetzen können, so glaube ich nicht, daß wir eine solche Reservekraft in Industrie oder Kapital haben. Es ist im Lande nicht genug Energie vorhanden, um alle Friedensgüter, deren wir bedürfen, und alle Ausfuhrgüter zu erzeugen. Wir importieren von Amerika viel mehr für den eigenen Bedarf als im Frieden. Wir müssen nicht nur unsere amerikanische Einfuhr, sondern auch die anderer Staaten bezahlen, können aber die amerikanischen Werte nur in beschränktem Umfang oder zu den niedrigsten Preisen also mit dauerndem Schaden für die Finanzlage verkaufen . . .

Munition. Am 24. empfahl Lloyd George eine Bill, betreffend die Vermehrung der Munitionserzeugung: „Der Munitionsmangel infolge des großen Verbrauchs ist dem Feind ebenso bekannt wie den Engländern. Die Kriegsdauer, die Menschenverluste, der Sieg hängt von der Frage ab, ob der Munitionsbedarf genügend gedeckt werden kann. Das Land ist in zehn Munitionsgebiete eingeteilt. Die Produktion einiger Fabriken wird sich verdoppeln, sobald die hemmenden Regeln der Gewerkschaften außer Kraft sind und keine Streiks und Aussperrungen vorkommen. Die Schwierigkeit für Eng-

land war die Frage der Maschinerie und die Arbeiterfrage, auch der Eigennutz der Fabrikanten." Es bestand ein eigenes Ministerium für Kriegsmunition.

Einen Fliegerangriff auf die offene Stadt Karlsruhe stellte der französische Bericht vom 15. Juni als Vergeltnng für die Beschießung offener französischer und englischer Städte hin. Ein Zeppelin hatte London am 31. Mai überflogen, auch Harwich, Kingston, Grimsby und andere Orte der englischen Ostküste.

Deutsche Kriegs- und Zivilgefangene wurden in Afrika, besonders in Dahomey, barbarisch behandelt und in unwürdigster Weise durch Schwarze bewacht. Als Gegenmaßregel überführte man kriegsgefangene Franzosen in gleicher Anzahl aus den schönsten Gefangenenlagern zu Arbeiten in Moorkulturen, ohne Rücksicht auf soziale Stellung und Beruf. Man wollte dadurch erreichen, was der Appell an die Menschlichkeit und die langmütigsten Verhandlungen bisher nicht erreicht hatten.

Zur See versenkte am 9. Juni ein österreichisches Tauchboot einen englischen Kreuzer westlich von San Giovanni di Medua. — Die Vereinigten Staaten erneuten in einer Note vom 10. ernstlichst und feierlichst die Vorstellungen gegen den deutschen Tauchbootkrieg und stützten sich bei diesen Vorstellungen auf die Grundsätze der Menschlichkeit, die allgemein anerkannten Anschauungen des internationalen Rechts und die alte Freundschaft mit dem deutschen Volk. „Die Regierung der Vereinigten Staaten darf deshalb erwarten, daß die kaiserlich-deutsche Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um diese Grundsätze hinsichtlich der Sicherung amerikanischer Leben und amerikanischer Schiffe zu verwirklichen, und bittet um die Zusicherung, daß dies geschehen wird." Seekrieg.

Die deutschen Repressivmaßregeln hatten geholfen. „Balfour erklärte am 10. Juni im Unterhaus, die Kriegsgefangenen von deutschen Unterseebooten würden seit einigen Wochen nicht anders als alle andern behandelt. Dies bedeute keine Änderung der Ansichten über diese Praktiken, die im Widerspruch zum Buchstaben und Geist des Kriegsrechtes stehen und niedrig, feig und unmenschlich seien. Aber man wolle die Frage der Verantwortlichkeit bis zum Ende des Krieges vertagen. Auf eine ähnliche Mitteilung des amerikanischen Botschafters in Berlin ordnete die deutsche Regierung unverzüglich an, daß jene britischen Offiziere, die zur Vergeltung für die bisherige Behandlung in Gefangenenanstalten gebracht worden waren, alsbald wieder in die Kriegsgefangenenlager zurückgeführt und wie die andern Offiziere behandelt werden sollten. Dem amerikanischen Botschafter wurde für seine erfolgreichen Bemühungen gedankt.

Churchill versprach am 5. Juni die baldige Bezwingung der Dardanellen; man müsse wohl noch große Verluste erwarten, aber Armee und Flotte seien nur durch wenige Meilen Gestrüpp und einige Hügel von einem Siege getrennt, wie man einen solchen in diesem Kriege noch nicht gesehen habe; er werde die Vernichtung des feindlichen Reiches, des Heeres, der Flotte und den Fall der weltberühmten Hauptstadt herbeiführen. Durch die engen Dardanellen und die Hügel der Halbinsel von Gallipoli führt der sicherste Weg zum triumphierenden Frieden. Die Seekämpfe an den Dardanellen werden von einer überschüssigen Flotte geführt, die sonst untätig in den südenglischen Häfen läge. Auch Asquith erklärte am 15. Juni, daß der Angriff auf die Dardanellen von höchster Wichtigkeit sei und bald zu einem Dardanellen.

erfolgreichen Abschluß geführt werden solle. — Aber die Türken hatten auf Gallipoli 250.000 Mann in ausgezeichnet befestigten Stellungen stehen. Am Tage griffen die Alliierten an unter dem Schutze der Kriegsschiffe, aber in der Nacht unternahmen die Türken erfolgreiche Gegenangriffe. Jedenfalls machte der Gegner weder bei Ari Burnu noch bei Seddil Bahr erhebliche Fortschritte.

Ebenso wie der Rücktritt der drei englischen Minister bei Kriegsbeginn für alle Zeit und Ewigkeit die Verantwortung für den Kriegsausbruch auf die englische Regierung legt, ebenso unzweideutig belastet die Demission des amerikanischen Staatssekretärs Bryan das Gewissen der amerikanischen Regierung. Die Demission geschah durch folgenden Brief Bryans an Wilson vom 9. Juni: „Im Einklang mit Ihrem Pflichtgefühl und von den vornehmsten Beweggründen geleitet, bereiteten Sie zur Weitergabe nach Deutschland eine Note vor, der ich nicht zustimmen kann, ohne meine Pflicht gegen das Land zu verletzen. Der Gegenstand ist so bedeutend, daß mein Verbleiben im Kabinett ebenso ungerecht Ihnen wie der Sache gegenüber wäre, die meinem Herzen am nächsten liegt, nämlich der Verhütung des Krieges." In einem Aufruf an das amerikanische Volk vom 11. Juni setzte Bryan die Gründe seines Rücktritts deutlicher auseinander: „Der Präsident und ich stimmen in den Zielen und Wünschen: friedliche Lösung des Streites der Vereinigten Staaten mit Deutschland, überein. Wir beten sogar darum. Aber über die Mittel gehen unsere Meinungen unvereinbar auseinander. Es handelt sich um die Wahl zwischen zwei Systemen: Gewalt oder Überredung. Gewalt handelt mittels Ultimatums. Überredung wendet Beweisführungen und Unterhandlungen an. Gewalt stellt das alte System dar, Überredung das neue, das die allgemeine Brüderlichkeit zum Ziele hat. Die Note an Deutschland stimmt eher mit den Grundzügen des alten Systems überein. Sie stützt sich auf Präzedenzfälle in Überfluß. Das alte System ist eben für alle früheren Kriege verantwortlich. Niemals zuvor enthüllte sich aber die entsetzliche Tollheit dieses unglücklichen Systems so klar wie jetzt. Die zivilisierten, erleuchteten christlichen Nationen Europas ringen miteinander, und schon ergreift der Wunsch nach dem Krieg auch die Jingos unseres eigenen Landes. Als demütiger Jünger des Friedensfürsten und als überzeugter Anhänger der Prophezeiung, daß die, die zum Schwerte greifen, durch das Schwert umkommen sollen, bitte ich, mich zu denen zu zählen, die ernstlich darauf dringen, den Weg einzuschlagen, der keinen Zweifel läßt, daß die Regierung gewillt ist, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, bis eine freundschaftliche Verständigung erreicht oder wenigstens bis der Druck des Krieges vorüber ist und wir in Erinnerung an die historische Freundschaft und die zahllosen Bande, die Deutschland mit den Vereinigten Staaten verknüpfen,

Bryans Rücktritt.

uns an Deutschland wenden können. Eine Nation muß die Welt aus der dunkeln Kriegsnacht hinausführen ins Licht des Tages, wo die Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden. Warum sollen wir uns dieser ehrenvollen Aufgabe nicht unterziehen? Warum nicht gleich jetzt? Die Nationen werden einsehen, daß ein dauernder Friede nicht auf Furcht aufgebaut werden kann. Eines Tages werden die Nationen ihr Vertrauen in die Liebe setzen, die, obwohl von den Anbetern des Kriegsgottes als Schwäche verachtet, weiter währt, wenn alles andere versagt." — Damit beschuldigt also Bryan Wilson, Anlaß zum Krieg zu geben. W. Jennings Bryan, geboren 1860, war seit 1913 Staatssekretär des Auswärtigen. Er hatte schon dreimal für die Präsidentschaft gegen Mac Kinley und Taft kandidiert, aber war für Wilson eingetreten. Zu seinem Nachfolger wurde Lansing ernannt. Es war jedenfalls eine Wirkung der Stellungnahme Bryans, daß Wilson die Note nach seinem Abtreten beträchtlich abänderte. Dies erklärte Bryan am 14., setzte aber hinzu, die Änderung sei nicht hinreichend gewesen, um das Zurückziehen seiner Demission zu rechtfertigen. Bryan zweifelte freilich nicht, daß im Kriegsfalle das ganze Land Wilson unterstützen werde. In einem Aufruf an die Deutschamerikaner schlug Bryan eine internationale Vereinbarung vor, welche den Transport von Munition auf Passagierdampfern verbietet. Er sprach die Ansicht aus, daß Wilson gleichzeitig mit der Note an Deutschland eine an England und dessen Alliierte hätte richten sollen gegen die Einmischung in die Rechte des neutralen Handels; nur so wäre sein Verhalten gerecht gewesen. Den Deutschamerikanern sagte er in einem Appell: „Niemand verdenkt es euch, daß eure Sympathien auf der Seite eures Geburtslandes sind: man würde euch tadeln, wenn dem nicht so wäre." — Bryan veröffentlichte am 17. eine lange Erklärung über den grundlosen Krieg. Die Vereinigten Staaten hätten die größte in der Geschichte dagewesene Gelegenheit zur Friedensvermittlung; bei der Wiederkehr des Friedens werde das Bedürfnis nach einer internationalen Konferenz und einer Abänderung der Gesetze des Völkerrechts auftreten, das mehr für die Nationen im Kriegszustand als für ein friedliches Zusammenleben gemacht zu sein scheine.

Infolge des Vorgehens Bryans wurde auch die deutsche Agitation gegen die Waffenausfuhr täglich intensiver. Die größte Begeisterung entflammte Bryan am 26. Juni bei einer Versammlung in Neuyork von über 12.000 Personen. Er griff heftig die Neuyorker Zeitungen an, die niemals für das amerikanische Volk Partei nähmen. „Ich mußte schweigen, während diese Vertreter von Räuberinteressen mich zu ermorden versuchten. Jetzt bin ich frei und bereit, sie zu bekämpfen." Er erklärte, er wolle Wilson zum Frieden helfen. „Das rechte Mittel ist, eure Überzeugung dem Präsidenten bekanntzugeben, damit er gegen das unverschämte Geschrei derer, die fried-

liche Mittel verlachen und nach dem Kriege heulen, unterstützt werden kann." Man erfuhr indessen von den wachsenden Bestellungen der Ententestaaten in Amerika für Gewehre, Geschoße, Stiefel, Pferde, Automobile, Stacheldraht usw. — Nach Mexiko ließ Wilson ein zahmes Ultimatum gelangen.

Dänemark verstärkte seinen Neutralitätswillen. Die neue radikale Verfassung gab auch den Frauen das Wahlrecht. Griechenland äußerte sich schwankend. Die spanische Regierung geriet in Verlegenheit, weil auf die neue Anleihe von 750 Millionen Pesetas nur 80 Millionen gezeichnet wurden.

Juli.

Erzherzog Karl.

In einer Unterredung mit dem amerikanischen Berichterstatter Roche sagte der Erzherzog Thronfolger Karl (Franz Josef): „Österreich ist unschuldig an jedem Wunsch oder Verlangen nach diesem Weltkrieg. Der Schritt gegen Serbien war nötig, um elementare Rechte zu schützen und einer frevelhaften Agitation ein Ende zu machen. Mag sich doch Amerika an unsere Stelle versetzen; welche Genugtuung würde es selbst unter ähnlichen Umständen verlangt haben! Serbien hatte Gelegenheit, sich zu entschuldigen. Wir hatten nicht nach seinem Lande Gelüsten, wir wollten nur einer unerträglichen Einmischung in unsere innern Angelegenheiten ein Ende machen. Hätte man die Monarchie mit Serbien allein verhandeln lassen, hätte es keinen Krieg gegeben, und die ganze Augelegenheit wäre längst beigelegt. Ein Wort freundschaftlichen Rates von Rußland an Serbien konnte den Krieg überflüssig machen. Aber es geschah das Gegenteil. Österreich und Deutschland führen einen Verteidigungskrieg, für dessen Abwendung und Hinausschiebung sie jahrelang kämpften."

Das am 12. Juli herausgegebene österreichische Rotbuch über den Bruch mit Italien führte noch zu polemischen Erörterungen zwischen beiden Staaten. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlichte am 29. Juli neue Enthüllungen aus belgischen Archiven, aus denen die Friedensliebe des Deutschen Kaisers hervorging, wie die Sucht Englands, die Lage in jeder Weise zu vergiften.

Kitchener.

Kitchener sagte am 9. Juli in einer Versammlung in der Guildhall: „Alle Gründe, die mich im August sagen ließen, daß es ein langer Krieg sein werde, gelten auch heute. Die Lage ist besser als vor zehn Monaten, aber ebenso ernst. Die Schwierigkeit der Ausrüstung ist überwunden." — In Beantwortung einer Rede Haldanes vom 15. Juli, in der es Haldane als sein Verdienst in Anspruch nahm, England für den Krieg mit Deutschland unauffällig vorbereitet zu haben, obwohl er daneben Friedensbestrebungen gegenüber Deutschland hervorkehrte, gab die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 17. einige neue Eröffnungen über die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen von 1912, die abgebrochen wurden, weil England nichts als Phrasen bot und konsequent das ablehnte, worauf es ankam, das Neutralitätsversprechen, ohne das ein Freundschaftsverhältnis sich nicht aufbauen konnte. Dadurch, daß England die Verpflichtung zum Schutz der französischen Nordküste übernahm, begab es sich seiner Handlungsfreiheit und wurde zum Mit-

schuldigen der russischen und französischen Aggressivpolitik, die den gegenwärtigen Krieg heraufgeführt hat.

Asquith legte am 28. Juli im Unterhaus dar, der Krieg werde eine Frage der Ausdauer. Anerkennenswert seien die Bemühungen der Russen mit ihrer Disziplin seit sieben Wochen. Die Unterseebootblockade schade wenig. Die Meere sind frei. Großbritannien erhält Lebensmittel und Rohstoffe in Fülle. Freilich fällt auf England die Last, zum großen Teil die Kriegführung zu finanzieren. Das kann nicht geleistet werden, ohne alle Industrien zu organisieren. Es ist nötig, den Goldzufluß zu vermehren, um die Zahlungen nach dem Ausland leisten zu können. — Skeptischer äußerte sich Dalziel über die Lage auf allen Kriegsschauplätzen. Markhan setzte hinzu, die Dummheit des Kriegsamtes sei grenzenlos.

Präsident Poincaré hielt am 15. Juli eine Rede, als die Überreste Rouget de l'Isles, des Sängers der Marsellaise, in den Invalidendom feierlich überführt wurden. Er pries diese Hymne, deren Klänge in den Herzen der Nation übermenschliche Tugenden erwecke. Die damaligen Zustände (1792) entsprächen den heutigen. Der Endsieg werde der Preis sein für die moralische Kraft und Ausdauer. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" antwortete, indem sie auf Poincaré einen sehr starken Anteil der Verantwortung für den Krieg wälzte. Wie hat die Presse vor einem Jahr Poincarés Reise nach Petersburg mit kriegerischen Fanfaren begrüßt! Er legte ein silbernes Schwert an Alexanders III. Sarkophag nieder, eine beredte Zusicherung. Die damals verabredete Tätigkeit schob die Dinge, so daß der Krieg kommen mußte. Der französische Botschafter in Petersburg tat alles, um den Konflikt zu verschärfen und zu verallgemeinern. Er verbreitete die Version, daß Deutschland die Note an Serbien veranlaßte. Herr Paléologue machte den Streit zu einem russisch-deutschen. Die Redensarten vom friedlichen überfallenen Frankreich sind eine ärmliche Legende. Poincaré.

Der Kongreß der französischen Sozialisten erklärte am 15. Juli, daß es nur einen solchen dauerhaften Frieden geben könne, der auf der Grundlage der Nationalitäten aufgebaut sei und der für die Völker die Freiheit, über sich selbst zu verfügen, sowie die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nationen, ein obligatorisches Schiedsgericht, eine demokratische Kontrolle der Verpflichtungen gestatte, die Bildung einer internationalen Macht mit Vollzugsgewalt in sich schließe. Die Partei will der Regierung helfen, Methoden anzuwenden, um die Bürokratie mit den modernen Notwendigkeiten der Industrie in Einklang zu bringen. Der Kongreß verurteilte jede Eroberungspolitik außer den legitimen Wiederherstellungen. Sozialisten.

Der „Osservatore Romano" veröffentlichte am 29. Juli ein neues Friedenswort des Papstes: „An die jetzt kriegführenden Völker und an ihre Oberhäupter. Als Wir berufen wurden, die Nachfolge des milden Papstes zu übernehmen, dessen heiliges und wohltätiges Leben der Schmerz ob des brudermordenden Kampfes abgekürzt hatte, fühlten auch Wir beim Hinblick auf die blutigen Schlachtfelder die Qual eines Vaters, der sein Haus von wütendem Sturme verwüstet sieht. Indem Wir mit Leid unserer jungen Söhne gedachten, die zu Tausenden getötet wurden, erfüllte Unser Herz der Jammer der Mütter, der Verwitweten, der Bräute und der verwaisten Kinder. Daraus ergab sich der Entschluß, Unsere ganze Macht der Versöhnung der Völker zu widmen. Frieden und Liebe besagten Unsere ersten Worte an die Papst

Nationen. Aber Unser Rat blieb ungehört. Wir wendeten Uns darum an den Allmächtigen und erflehten von ihm das Ende des Gemetzels. An Unserm Gebete ließen Wir alle Gläubigen teilnehmen und sorgten dafür, daß dessen Wirksamkeit durch Werke der Buße erhöht werde. Heute, am Jahrestag des Kriegsausbruches, entquillt unserm Herzen der Wunsch nach dem Kriegsende noch heißer, der väterliche Ruf noch lauter. Im Namen Gottes beschwören Wir euch, diesem Morden endlich ein Ziel zu setzen. Ihr tragt die entsetzliche Verantwortung. Hört auf die Stimme des Vertreters jenes höchsten Richters, dem ihr werdet Rechenschaft ablegen müssen . . . Man sage nicht, daß der ungeheure Konflikt nicht ohne Waffengewalt beigelegt werden kann. Man lege den Vorsatz wechselseitiger Vernichtung ab, man bedenke, daß die Nationen nicht sterben. Warum also nicht schon jetzt mit unbefangenem Gewissen die Rechte nnd die gerechten Aspirationen der Völker wägen? Warum nicht willig einen Austausch von Gesichtspunkten beginnen, um nach Maßgabe des Möglichen jenen Rechten und Aspirationen Rechnung zu tragen und so dahin zu gelangen, dem furchtbaren Kampf ein Ziel zu setzen, gleich wie es unter früheren ähnlichen Umständen geschehen ist? Gesegnet sei der, welcher zuerst den Ölzweig erheben und dem Feinde die Rechte reichen wird, indem er verständige Friedensbedingungen darbietet! Das Gleichgewicht der Welt und die sichere Ruhe der Nationen ist auf das wechselseitige Wohlwollen und die Achtung des Rechtes und der Würde des andern sehr viel mehr gegründet als auf die Menge der Bewaffneten und auf furchtbare Festungsgürtel. Möge Jesus durch Vermittlung seiner Mutter endlich den Friedensmorgen aufgehen lassen! Mögen alsbald die Dankeshymnen an den höchsten Geber aller Güter die erfolgte Wiederversöhnung der Staaten erschallen! Mögen die Völker in Liebe verbrüdert zum friedlichen Wettbewerb der Studien, Künste und Industrien zurückkehren! Und wenn die Herrschaft des Rechtes wiederhergestellt ist, dann mögen sie sich entschließen, die Lösung ihrer Streitigkeiten künftig nicht mehr der Schneide des Schwertes, sondern dem ruhigen Studium der Billigkeit und Gerechtigkeit anzuvertrauen. Dies wird die schönste Eroberung sein . . . Wir bitten auch den Herrn, daß er jene, die nicht zur römischen Kirche gehören, mit uns verbinde durch Bande vollkommener Liebestätigkeit."

Der wichtigste Kriegsschauplatz blieb noch immer Ostgalizien und Polen. Die verbündeten Truppen drangen hier immer weiter vor, warfen die Russen in der zweiten Schlacht von Krasnik, besetzten am 20. Juli Radom, und rückten am 30. Juli in Lublin ein. In Nordpolen und Westrußland schritt die deutsche Offensive in Kurland, gegen den Narew und gegen Warschau vor. Gegen die Montenegriner wurde bei Trebinje gekämpft.

Polen.

Im Krieg gegen Italien wurde um das Görzische gestritten, um das Plateau von Doberdo, den Görzer Brückenkopf, an der Tiroler und Kärntner Grenze, um das Krn-Gebiet, den Monte San Michele, den Monte Piano. Man schätzte die Verluste in der erfolglosen zweiten italienischen Offensive gegen die küstenländische Front auf 100.000 Mann. Der italienische Kriegsbericht suchte den Mißerfolg dieser zweiten Isonzoschlacht zu verschleiern. Im

adriatischen Seekrieg wurden zwei italienische Kreuzer versenkt; die Eisenbahnstrecke von Ancona bis Pesaro wurde von österreichischen Kreuzern beschossen. Italien suchte die Insel Pelagosa militärisch zu verwerten. Es hatte in Tripolis mit den einheimischen Rebellen zu schaffen.

Das österreichische Pressequartier meldete am 25. Juli: „Ein Kriegsjahr voll, nach dem Tage des Ultimatums. Heute ruht, während unsere Gegner nur schmale Streifen ostgalizischen und elsäßischen Bodens besetzt halten, Deutschlands Hand auf fast ganz Belgien sowie auf den reichsten Gebieten Frankreichs, und im Nordosten stehen die Verbündeten Heere tief in Russisch-Polen. Im Südwesten opfert unser neuester Feind viele Tausende von Menschenleben, ohne eine Bresche in die Mauer unserer Streiter schlagen zu können; an den Dardanellen hält unser dritter Bundesgenosse unerschütterte Wacht."

Ein Artikel Menschikows in der „Nowoje Wremja" vom 28. Juli erörterte infolge der Bedrohung Warschaus die Möglichkeiten eines Friedensschlusses für Rußland: „Deutschland würde wohl gerne Frieden schließen, um den Rücken frei zu bekommen, aber für Rußland würde ein Friede der Vernichtung gleichkommen. Die Deutschen würden ganze Landesteile, eine ungeheure Kontribution und einen für Rußland schädlichen Handelsvertrag verlangen und sodann das ganze Slawentum vernichten. Rußland würde verarmen und nicht imstande sein, eine Armee und Flotte zu unterhalten, so daß es auf den Standpunkt Chinas herabsinken würde; deshalb bleibt nur der Kampf bis aufs Messer übrig."

Die Londoner Zeitungen schrieben am 31. Juli: „Die Deutschen stehen im Begriff, den ersten der drei Plätze Warschau, Paris und Calais, die sie einnehmen wollen, zu nehmen. Sie glauben, daß Warschau der Schlüssel zu den beiden andern Plätzen ist. Wir fühlen den Verlust mehr als die Russen, die ein unverwundbares Reich und endlosen Raum haben, worin sie sich zurückziehen können. Bei Kriegsbeginn mußten wir uns entscheiden, ob wir unsere Verbündeten im Stich lassen oder kämpfen wollten. Heute müssen wir uns entscheiden, ob wir weiter mit der halben Maßregel des freiwilligen Dienstes zufrieden sein wollen. Es sind Stunden gekommen, die schwerer sind als irgendwelche im Kriege." „Trotz des schmerzlichen Verlustes ist die Räumung Warschaus aus militärischen Gründen richtig, um die von den Deutschen gewünschte Entscheidungsschlacht zu verhindern. Deutschland wird nun die Alliierten im Westen mit ungeheuer verstärkten Kräften angreifen können. Die Zukunft läßt sich nicht garantieren." „Es ist natürlich, daß unsere russischen Freunde fragen, was die Bundesgenossen im Westen in diesem kritischen Augenblick ausrichten. Die Antwort ist, daß wir an unserer Front zwei Millionen Deutsche festhalten, auf die Türken losschlagen und dadurch den Druck vom Kaukasus abwenden. Es wäre nicht vorteilhaft für Rußland, wenn wir uns in Abenteuer einließen und Unvorsichtigkeiten begingen." In neutralen Ländern betrachtete man die gigantischen Kämpfe im Osten als entscheidend für das russische Reich, mehr noch als einst die Schlacht von Sedan für Frankreich.

Gegen völkerrechtswidrige Verschleppung österreichischer Staatsangehöriger nach Rußland beschwerte sich am 30. Juli eine Meldung des Kriegspressequartiers.

Die Schlacht der Deutschen gegen Franzosen und Engländer in Nordfrankreich und Flandern nahm ihren entscheidungslosen Fortgang, zur Flandern.

großen Mißstimmung der Gegner; die französische Presse mußte die Öffentlichkeit auf einen neuen Winterfeldzug vorbereiten, die Armee werde noch lange in der Defensive bleiben, bis alle Fehler in der Erzeugung von Munition und in der sonstigen industriellen Bereitschaft getilgt seien. Die „Basler Nachrichten" meinten am 17. Juli: „Zieht man die Hauptfaktoren der Lage in Betracht, das Fortschreiten der Operationen der Zentralmächte im Osten, das Aufhören der französisch-englischen Durchbruchsversuche im Westen, den Stillstand der italienischen Angriffe im Süden, so kommt man zum Schlusse, daß sich eine Verschiebung des Übergewichts der deutschen und österreichischen Streitkräfte über die Heere der Entente fühlbar macht." „Morningpost" schrieb am 28. Juli: „Die Lage ist gefährlich und unbefriedigend. Wir geben finanziell für eine Linie von 30 Meilen ebensoviel aus wie Deutschland an allen Grenzen."

Für die Mißhandlung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich nahm Deutschland Vergeltung. Es handelte sich um die Leutnants v. Schierstedt und Graf Strachwitz, zwei Unteroffiziere und zwei Mann, die als Patrulle in der Marneschlacht hinter die französische Front gerieten und drei Wochen lang versuchten, die Truppe wieder zu erreichen. Während dieser Zeit requirierten sie die für den Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände, soweit angängig gegen Bezahlung. Als sie am Ende ihrer Kräfte waren, ergaben sie sich. Sie wurden wegen Plünderung zu schweren Strafen verurteilt. Als Vergeltungsmaßregel wurden sechs kriegsgefangene französische Offiziere in das Militärgefängnis Spandau gebracht und dort ebenso behandelt. Andere deutsche Offiziere wurden gegen die völkerrechtlichen Bestimmungen drangsaliert, weil sie ihr Ehrenwort, nicht zu fliehen, verweigerten. Auch hier erfolgten Vergeltungsmaßregeln, die halfen.

Kaiser Wilhelm.

Kaiser Wilhelm erließ folgenden Aufruf am 31. Juli zum Gedenktage des Kriegsbeginns: „Vor Gott und der Geschichte ist mein Gewissen rein. Ich habe den Krieg nicht gewollt. Nach den Vorbereitungen eines ganzen Jahrzehnts glaubte der Verband der Mächte, denen Deutschland zu groß geworden war, den Augenblick gekommen, um das in gerechter Sache treu zu seinem Bundesgenossen stehende Reich zu demütigen und zu erdrücken. Nicht Eroberungslust hat uns in den Krieg getrieben . . . Voll Dank dürfen wir heute sagen: Gott war mit uns. Die feindlichen Heere, die sich vermaßen, in wenigen Monaten in Berlin einzuziehen, sind weit zurückgetrieben. Keine Vergewaltigung völkerrechtlicher Satzungen durch unsere Feinde war imstande, die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Kriegsführung zu erschüttern. Innere Stärke und einheitlicher nationaler Wille verbürgen den Sieg. Großes Erleben macht ehrfürchtig und im Herzen fest. In heroischen Taten und Leiden harren wir aus, bis der Friede kommt, der uns die Sicherheiten bietet zur Entfaltung unserer Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meer."

England.

In England nahm das Parlament eine Registrierungsbill an, als Vorläufer der allgemeinen Wehrpflicht. Bei Beratung der Munitionsbill erklärte Lord Curzon: „Wir sehen nirgens ein Ende. Es ist uns nicht gelungen, den Feind hinauszuwerfen. Größere Anstrengungen sind erforderlich. Es ist zwecklos, sich zu verhehlen, daß die Lage zu ernster Besorgnis Anlaß gibt. Man darf sagen, daß das Land sich in schwerer Gefahr befindet."

Die Frauenrechtlerin Pankhurst bot dem Munitionsminister Lloyd George die Hilfe der Frauen an. Er bedauerte, daß in England nur 50.000 Arbeitskräfte diesem Zweck dienten, gegen 500.000 in Deutschland. Man müsse die ganze Nation, einschließlich der Frauen, organisieren. — Minister Henderson meinte auf einer Konferenz in Cardiff (19. Juli), daß der Krieg wohl noch ein Jahr dauern werde. — Auch am 30. Juli sprach Lloyd George von der Gefährlichkeit der Lage. „Jetzt ist jede Anstrengung notwendig. Aber die Menschen halten zu sehr an den Annehmlichkeiten des Friedens, am Geschäft, dem Vergnügen, an Aussperrungen und Streiks fest. Alles soll so sein wie gewöhnlich. Die Löhne und Profite sollen steigen. Die Preise müssen niedrig bleiben. Niemand soll aufgerufen werden, dem Staate zu dienen, wenn er nicht will. Die Freiheit, sich zu drücken, sich zu vergnügen und die Verteidigung andern zu überlassen, beruht auf einem falschen Freiheitsbegriff. Die Gefahr ist groß und unmittelbar; aber die britische Demokratie kann, wenn sie sich anstrengt, über alle feindlichen Kräfte triumphieren.“ Pankhurst.

Über die Wirksamkeit des deutschen Tauchbootkriegs gegen England waren die Ansichten verschieden. Die englische Regierung schützte ihre Handelsschiffe durch Bewaffnung „zu defensiven Zwecken“. Die amerikanische Regierung teilte dem deutschen Marineamt durch die amerikanische Botschaft die Abreise eines jeden amerikanischen Passagierschiffes mit, sowie die vermutliche Zeit der Durchreise durch die Kriegszone, damit die Tauchboote amerikanische Schiffe nicht mit britischen verwechselten. Daß der englische Gerichtshof, der am 17. Juli das Urteil über den Untergang der „Lusitania“ zu fällen hatte, alle Schuld dem deutschen Tauchboot zuschob, war begreiflich. „Die Warnungen wurden nicht ernst genommen, weil man glaubte, ein solcher Mordanschlag könne nicht in der Absicht der deutschen Regierung gelegen sein. Die deutsche Regierung, die den Angriff angeordnet, hat sich in Widerspruch zum Völkerrecht und zu den Kriegsgebräuchen der zivilisierten Länder gesetzt.“ — Vergebens war die Verteidigung der deutschen Regierung in der Antwort vom 8. Juli auf die amerikanische Note vom 10. Juni. „Deutschland folgte lediglich dem Beispiele Englands, als es einen Teil der See zum Kriegsgebiet erklärte. Unfällen, die hier Neutralen zustoßen sollten, könnten daher nicht wohl anders beurteilt werden als Unfälle, denen Neutrale auf dem Kriegsschauplatz zu Lande jederzeit ausgesetzt sind, wenn sie sich trotz Warnung in die Gefahr begeben.“ Vergeblich blieben auch die deutschen Vermittlungsvorschläge. „Lusitania.“

Auch Österreich richtete eine Note an die Vereinigten Staaten wegen deren Haltung gegen die kriegführenden Mächte, indem es darauf hinwies, daß die Bundesregierung zweifellos in der Lage wäre, den Handel mit den Zentralmächten durchzuführen, wenn sie den Gegnern die Sistierung der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für den Fall in Aussicht stellte, daß der legitime Handel in diesen Artikeln zwischen der Union und den beiden Zentralmächten nicht freigegeben wird. So würde Amerika für sein Prinzip

der Freiheit des Seehandels eintreten und das Bestreben der Feinde zunichte machen, sich des Hungers als Bundesgenossen zu bedienen.

Die amerikanische Note an Deutschland vom 24. Juli war sehr ablehnend und drohend. Sie gab wohl zu: „Die Regierung der Vereinigten Staaten und die kaiserlich deutsche Regierung kämpfen für das gleiche große Ziel, für die Anerkennung jener Grundsätze, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt so feierlich besteht. Sie kämpfen beide für die Freiheit der Meere. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für diese Freiheit zu kämpfen, von welcher Seite sie verletzt werden möge. Sie lädt die kaiserlich deutsche Regierung zur Mitarbeit ein, jetzt, wo das große gemeinsame Ziel am wirksamsten erreicht werden kann . . . Mittlerweile fühlt sich die amerikanische Regierung gerade wegen des großen Wertes, den sie auf die lange, ununterbrochene Freundschaft mit Deutschland legt, veranlaßt, bei der deutschen Regierung feierlichst auf die Notwendigkeit einer gewissenhaften Beobachtung der neutralen Rechte in dieser kritischen Angelegenheit zu bestehen. Die Freundschaft selbst drängt sie, der kaiserlichen Regierung zu sagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Wiederholung von Handlungen, die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe in Verletzung neutraler Rechte begehen sollten, im Falle sie amerikanische Bürger betreffen, als vorsätzlich unfreundlichen Akt betrachten müssen."

Freiheit der Meere.

In Deutschland empfand man diese Note als sehr unbefriedigend, da sie jede Rücksichtnahme darauf vermissen lasse, daß sich Deutschland in einem Existenzkampf befinde.

Eine amerikanische Note an England nahm sich auch der Rechte der amerikanischen Bürger an, die nicht durch britische Kabinettsorders angetastet werden dürfen oder durch einseitige Urteile der Prisengerichte. Die englische Antwort, die am 26. Juli einlief, erklärte, das Vorgehen Großbritanniens stimme mit dem Völkerrecht überein, wenn dieses auch den neuen Bedingungen entsprechend angewandt werden müsse. Die Blockierung der Küste Bermudas durch die Vereinigten Staaten während des Bürgerkrieges wurde als Rechtfertigung Englands angeführt, das verhindern wolle, daß Güter aus den Vereinigten Staaten über Dänemark, Holland oder Schweden nach Deutschland gelangen.

In einem Seegefecht in der Ostsee mit russischen Panzerkreuzern ging das deutsche Schiff „Albatros" unter (2. Juli). Der deutsche Kreuzer „Königsberg" wurde in der Mündung des Rufidji von englischen Monitoren beschossen und zerstört. — Die Übergabe der Deutschen in Deutsch-Südwestafrika an die erdrückende englisch-burische Übermacht unter Botha erfolgte unter ehrenvollen Bedingungen am 9. Juli. Bonar Law erklärte im Unterhaus am 15. Juli, es wären bereits 450.000 Geviertmeilen deutscher Kolonien erobert. Der Unionist Macmaster erinnerte aber an Bismarcks Äußerung, daß der Besitz der Kolonien auf den Hauptschauplätzen des Krieges entschieden werde.

Dardanellen.

Die fortgesetzten Kämpfe an der Dardanellenfront führten zu keiner Entscheidung. Seit dem großen Angriff der Alliierten von 4. bis 6. Juni fanden nur bedeutungslose Gefechte statt. Die fünf Kilometer, die man von der Landungsstelle an besetzt hatte, kosteten nach dem Geständnis des Asquith den Briten 45.000 Mann; dazu kamen die unter-

gegangenen und beschädigten Kriegsschiffe, sowie die französischen Verluste, die nicht bekanntgegeben wurden. England besetzte Mytilene mit der Versicherung, die Rechte Griechenlands achten zu wollen.

Die schwedischen Friedensfreunde überreichten am 18. Juli dem schwedischen Ministerpräsidenten Hammarskjöld die Beschlußanträge des Friedenskongresses von Varberg. Der Ministerpräsident meinte aber, es sei jetzt nicht an der Zeit, für Doktrinen einzutreten. Wer sich da ungebeten einmischt, erntet Undank. Ein Eingreifen zu ungelegener Zeit, in ungeeigneter Weise nütze nicht nur nicht, sondern bringe großen, unheilbaren Schaden.

Bryan, der ehemalige amerikanische Staatssekretär, setzte seine Agitation für den Frieden energisch fort. Er forderte in einer Rede zu Washington die Arbeiter auf, dem Kriege durch eine allgemeine Verweigerung der Munitionserzeugung in den Vereinigten Staaten ein Ende zu machen. Dafür entwickelten auch die Deutschen und Iren eine große Propaganda. In einem Aufruf vom 26. Juli erklärte Bryan, die Vereinigten Staaten hätten kein Recht, Krieg gegen Deutschland oder irgendeine andere europäische Macht zu beginnen. Aber um so kriegerischer betätigte sich Wilson; er forderte von den Leitern des Heeres- und des Marinedepartements Berichte über den Stand der nationalen Verteidigung ein. Er sprach den Wunsch aus, daß die Flotte jeder andern an Schlagkraft gleichkomme. Er bereitete ein Programm vor über den Ausbau der Armee und eine entsprechende Ausbildung der Bürger. Man plante eine Reservearmee von einer halben Million Mann außer der Miliz, 30 bis 50 Tauchboote, mehrere Schlachtkreuzer, vier Dreadnoughts und viele Hilfsschiffe. Man suchte ein Mittel, um durch Schlachtschiffe Unterseeboote zu bekämpfen. Das Kriegsbudget sollte auf das Doppelte erhöht werden. Für England und Rußland wurden geschwinde Motorboote gebaut, die Jagd auf Unterseeboote machen sollten. Bryan.

August.

In den verschiedenen Staaten wurde der Abschluß des ersten Kriegsjahres durch programmatische Kundgebungen bezeichnet. So sagte der russische Ministerpräsident Goremykin am 1. August in der Duma: „Wir werden vielleicht Warschau dem Feind überlassen, wie wir seinerzeit Moskau geräumt haben, um den schließlichen Sieg zu sichern. Dieses Gefühl herrscht in ganz Rußland. Der Feind muß unbedingt besiegt werden, sonst gerät Europa unter das teutonische Joch.“ Minister des Äußern Sasonow sprach von den internationalen Beziehungen, er beschuldigte die Türken der Unterdrückung der christlichen Armenier und Griechen, er sprach von den Reibungen zwischen Montenegro und den albanischen Banden, von Wühlereien in Persien, von der Nützlichkeit einer russisch-japanischen Vereinigung, vom Übereinkommen mit China über die äußere Mongolei. Das Interessanteste war die Enthüllung, daß das Ministerium Salandra von Anbeginn den Eintritt in den Krieg vorbereitete. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erwiderte auf vielfache Schief- Erstes Kriegsjahr.

heiten, daß, wie Erzbischof Nikon neulich anerkannte, das russische Volk vom Krieg nichts wisse, von seinen Führern betrogen sei und nicht begreife, warum man es in diesen Krieg gestürzt habe. Es gehöre ein gewisser Zynismus dazu, wenn eine Regierung, die von Knute, Galgen und Sibirien als Hilfsmitteln ihrer Regierungskunst ergiebigsten Gebrauch macht, deutsche Ehre anzutasten wagt. Im amtlichen Bericht über die Dumasitzungen blieb die Rede des Kadettenführers Miljukow unerwähnt, der also sprach: „Bereits vor einem halben Jahre versammelten wir uns mit dem Gefühle großer Unruhe und sagten der Regierung in geheimen Sitzungen, was öffentlich nicht auszusprechen war. Die Regierung antwortete, daß sie unserer Hilfe nicht bedürfe und ohne uns fertig zu werden hoffe. Jetzt sind wir in einem Moment der allerschwersten Prüfungen des Volkes versammelt. Unsere Unruhe hat sich als begründet erwiesen. Die Versicherungen der Regierung erwiesen sich als leere Worte. Das Volk will jetzt das Versäumte nachholen, es sendet uns hieher mit dem Befehle, der Regierung die Wahrheit zu sagen. Die Aufgabe der Duma, im Lande ein bewußtes politisches Leben einzuführen, wurde von der Regierung in jeder Weise gehemmt. Die Regierung hat alles getan, um die patriotische Begeisterung des Volkes zu vernichten. Wir sahen die dümmsten Maßnahmen, um unsere Religion und Nationalität in Galizien einzuführen. Gegen die Juden wurde die roheste Drangsalierung durchgeführt. Der Prozeß gegen die sozialistischen Dumamitglieder wird ein Symbol russischer Rechtsverdrehung für alle Zeiten bleiben. Das Bestechungssystem blüht immer weiter . . .“ — Der Sozialist Tschenkilow sagte, die Ergebnisse des Krieges seien fürchterlich, aber bei dem russischen System selbstverständlich. Der Sozialdemokrat Skobelew warf der Regierung vor, sie habe das Land im Laufe des Krieges desorganisiert. Das Land gärt in heiliger Wut. Verschiedene Abgeordnete der Rechten gründeten einen „Schwarzen Block“ zum Kampfe gegen die Linke in der Duma, die eine Revolution anstifte und alles gegen die glückliche Durchführung des Krieges tue.

Grey. Der englische Staatssekretär Grey appellierte am 1. August an die amerikanische Presse: „Die Ursachen, die Großbritannien bewogen haben, den Krieg zu erklären, die Ideale, für die es kämpft, sind in Amerika bekannt. Ich überlasse es dem amerikanischen Volke, zu urteilen, auf welcher Seite in diesem Kriege das Unrecht ist. Wir sind fest entschlossen, bis zum günstigen Ausgang durchzuhalten, worauf ein ehrenvoller Friede folgen wird, der auf Freiheit, nicht auf drückendem Militarismus gegründet ist.“ — Der König von England telegraphierte am 4. August an Präsident Poincaré: „Anläßlich der Jahreswiederkehr des Tages, wo mein Land gezwungen wurde, die Waffen gegen eine Macht zu ergreifen, die den Krieg einer Konferenz vorzog und die den Vertrag verletzte, den sie unterzeichnet hatte, wünsche Ich, Ihnen Meine feste Zuversicht auszusprechen, daß unsere vereinten Bemühungen zum Erfolg führen werden, und Sie Meiner unermüdlichen Mitwirkung und Meines Entschlusses zu versichern, den Krieg fortzusetzen, bis er zu unserer Befriedigung beendigt und der Friede sichergestellt werden kann.“ — Am selben Tag sagte Balfour im Londoner Opernhaus: „Wir können sagen, daß der Feind sich in allem verrechnet hat. Hätten die Deutschen vorausgesehen, welchen Verlauf der Krieg nehmen wird, wäre kein einziger Soldat mobilisiert worden. Wir haben zuerst ein Expeditionsheer von 160.000 Mann angeboten. Jetzt sind unsere Verluste allein schon stärker als das ursprüngliche Heer; aber es ist erst ein Teil dessen, was wir tun werden.“

Sehr bezeichnend war die Botschaft **Poincarés** am 5. August: „Als ich vor zwölf Monaten dem Lande die heilige **Einigkeit** empfahl, welche die Bedingung des Sieges ist und bleibt, zweifelte ich nicht, daß mein Ruf gehört werde. Nur unsere Feinde konnten glauben, daß wir ihren brutalen Angriff durch unsere **Zwistigkeiten** unterstützen würden. Die große Strömung der nationalen Bruderschaft tilgte in der Bevölkerung wie im Parlament die Erinnerung an die bürgerlichen **Zwistigkeiten**. Wenn Deutschland auf die Zeit rechnet, um uns uneinig zu machen, so täuscht es sich. Die Zeit wird die Bande fester knüpfen, weil Frankreich einig ist. In der Verblendung seines Stolzes glaubte Deutschland, Frankreich sei leichtfertig, wetterwendisch, unfähig auszuharren. Aber unser Volk wird sich weder durch verlogene Nachrichten, noch durch die lärmenden, pazifistischen Kundgebungen feindlicher Manifeste beunruhigen lassen. Frankreich will siegen, wird siegen." Sonderbarerweise redete auch der Ministerpräsident **Viviani** viel von der Einigkeit: „Die deutsche Presse versucht zu sagen, in Frankreich herrsche Zwiespalt. Solange wir Belgien nicht wieder hergestellt, Elsaß-Lothringen nicht wieder erobert haben, wird es keinen Zwiespalt bei uns geben. Arbeiter und Arbeitgeber, reich und arm, Bürger aller Parteien und Bekenntnisse sind darin einig." Poincaré.

„Daily News" verschwiegen nicht die niedergedrückte Stimmung und böse Ahnungen. „Die Macht des Feindes sei kaum jemals stärker empfunden worden als jetzt. Niemals in der Weltgeschichte habe es ein Schauspiel materieller Macht gegeben, wie es jetzt die Deutschen bieten, indem sie im Westen eine große Armee unbeweglich festhalten und im Osten ins Herz Rußlands vorwärtsdringen. Es wäre Torheit, die Größe dieser kolossalen Machtentfaltung verkleinern zu wollen. Die Moral davon ist, daß wir keine Uneinigkeit zeigen dürfen. Wir haben nur den Feind im Innern zu fürchten, die Prediger der Verzweiflung, die Ränkeschmiede, die Urheber der Uneinigkeit. Die Interessen der Alliierten sind allerdings äußerst verwickelt. Die Deutschen rechnen auf einen Umsturz in **Rußland**, auf einen heftigen politischen Kampf um die Wehrpflicht in **England** und auf **katholische** Vorstöße gegen die **französische** Republik." Beängstigend war der Streik der 10.000 Bergleute und das langsame Arbeiten der Munitionsarbeiter, das ihnen von den Gewerkschaften aufgedrängt wurde.

Die Nationalkonferenz des französischen **Arbeiterverbandes** (19. Aug.) beschäftigte sich mit der Lage der Arbeiterverbände während des Krieges und betonte die **Friedensbestrebungen** in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der **Internationale**. Sie wandte sich an das internationale Proletariat, damit der Friede den endgültigen Triumph des Rechtes über die Gewalt bringe. Alle Staaten sollen künftig ihre Zwistigkeiten durch Schiedsgerichte regeln, die geheime Diplomatie abschaffen, die Rüstungen einstellen, einen Staatenbund bilden, der allen Völkern das Recht der Selbstverfügung und ihre nationale Unabhängigkeit Arbeiter.

sichert. Die Konferenz forderte alle Proletarier auf, dem Vorschlag der „American Federation of Labour“ auf Abhaltung eines internationalen Kongresses an demselben Ort und zur selben Zeit, wo die Friedensverhandlungen stattfinden werden, zuzustimmen.

Belgisches. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ begleitete neue Enthüllungen aus belgischen Archiven (4., 8. u. 12. Aug.) mit folgenden Bemerkungen: „Die politische Atmosphäre nach dem Besuch Edwards VII. in Paris, die dem Jahr 1907 eine besondere Färbung gab, läßt sich mit der Schwüle vergleichen, die einem Gewitter vorausgeht. In England setzte Edward seine auf die Isolierung Deutschlands gerichtete Politik fort. Sein Besuch in Spanien hatte den Abschluß von Verträgen zur Folge, die das Mittelmeer den Dreibundmächten einzuengen bestimmt waren. Baron Greindl, der belgische Gesandte, bemerkte sehr treffend, der Eifer, Mächte, die niemand bedroht, angeblich zu Verteidigungszwecken zu einen, könne mit vollem Recht verdächtig erscheinen.“ Und: „Die von König Edward unter dem Vorwand, Europa vor einer imaginären deutschen Gefahr zu sichern, geleitete Politik hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr ins Leben gerufen, die in erster Linie uns (Belgien) bedroht.“ In dieser Weise verfolgen die Berichte Greindls sehr lichtvoll die Ereignisse Jahr für Jahr; so sagte er 1908: „Es sind dieselben Mächte, welche zusammen mit Nordamerika, das eben den Raubkrieg gegen Spanien führte, im Haag als Ultrapazifisten auftraten. Der Dreibund sicherte den Weltfrieden, weil er unter der Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Gliederung Europas zufrieden ist. Die Neugruppierung bedroht den Weltfrieden, weil diese Mächte die Änderung des Status quo so heftig anstreben, daß sie den Jahrhunderte alten gegenseitigen Haß unterdrückten.“ In der Zeit des Balkankriegs hebt der belgische Gesandte Baron Beyens die Friedfertigkeit Deutschlands hervor: es bestehe kein Zweifel, daß der Kaiser, der Kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes leidenschaftliche Anhänger des Friedens sind. Beyens spricht es sodann deutlich aus, daß der Schutz der belgischen Neutralität für die lange geplante englische Landung in Belgien nur einen Vorwand bildete. Alle diese belgischen Depeschen geben den bündigen Beweis, daß die belgischen Diplomaten wußten, welche ernste Gefahr ein Kontinentalkrieg für Belgien bedeute, und daß Deutschland alles, was an ihm lag, getan habe, um ihn zu verhindern.

Die österreichische Regierung veröffentlichte am 2. August einen Nachtrag zu den Nachweisen für die Verletzungen des Völkerrechts durch die Gegner.

Von London aus wurde neuerdings die Nachricht verbreitet, die deutsche Regierung habe durch Vermittlung des Königs von Dänemark in Petersburg Friedensvorschläge gemacht, die zurückgewiesen wurden. Dem widersprach die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 12. August: „Die deutsche Regierung weist vernünftige Friedensangebote gewiß nicht zurück. Ihrerseits Friedensvorschläge zu machen, wird die Zeit gekommen sein, wenn die feindlichen Regierungen sich bereit zeigen, das Scheitern ihres kriegerischen Unternehmens gegen uns anzuerkennen.“

Während dieser Erörterungen in den Hinterländern wurden von den verbündeten deutsch-österreichischen Heeren die bedeutendsten Erfolge im Osten errungen. Am 5. August konnte in Wien amtlich verlautbart

werden: „Die lange Reihe von Erfolgen, welche die Verbündeten seit der Maischlacht am Dunajec in Galizien, in Süd- und Nordpolen und in den Ostseeprovinzen errungen haben, wurde durch die Besitznahme von Iwangorod und Warschau gekrönt. Gestern haben unsere Truppen Iwangorod besetzt, heute sind deutsche Truppen der Armee des Prinzen Leopold von Bayern in der Hauptstadt von Russisch-Polen eingerückt.“ Am 26. August war auch die Festung Brest-Litowsk (Litauisch-Brest) gefallen und am folgenden Tag waren die geschlagenen russischen Armeen in vollem Rückzug beiderseits der nach Minsk führenden Bahn. Auch in Ostgalizien war die seit Wochen stark ausgebaute russische Front an der Zlota Lipa durchbrochen. Die Heeresgruppe v. Hindenburg nahm am 18. August die Festung Kowno, das Hauptbollwerk der Njemen-Linie, mit allen Forts und mehr als 400 Geschützen. Die Festung Nowo-Georgiewsk, der letzte Halt des Feindes in Polen, fiel nach hartnäckigem Widerstand am 20. August. Die deutschen Seestreitkräfte in der Ostsee drangen am 21. August in den Rigaischen Meerbusen ein. Man kämpfte auch zu Lande vor Riga. Am letzten August fiel Luck.

Warschau erobert.

Während dieser Kämpfe fanden am 19. August im deutschen Reichstag die Verhandlungen über den neuen Zehnmilliardenkredit statt. In seiner Rede sagte der Reichskanzler Bethmann Hollweg unter anderm, indem er der Schweiz, den Niederlanden und Schweden den Dank für ihre Hilfe beim Austausch der Kriegsgefangenen aussprach: „Ich verbinde damit zugleich ein Wort besonderer Dankbarkeit für Seine Heiligkeit den Papst, der dem Gedanken des Gefangenenaustausches und so vielen Werken der Menschenliebe während des Krieges unermüdliche Teilnahme erzeigt, der an ihrer Durchführung ein ausschlaggebendes Verdienst für sich hat und noch ganz kürzlich durch eine hochherzige Spende dazu beigetragen hat, die Leiden unserer Ostpreußen zu lindern.“ Über die Schuld am Krieg sagte er: „Sie entsinnen sich der kriegerischen Artikel, die der russische Kriegsminister im Frühjahr 1914 in der Presse verbreiten ließ, in denen er die volle Kriegsbereitschaft der russischen Armee pries. Sie entsinnen sich der herausfordernden Sprache, deren sich Frankreich in den letzten Jahren bediente. Sie wissen, daß Frankreich, so oft es die russische Geldnot befriedigte, sich ausbedang, daß immer der größte Teil der Anleihe für Zwecke der Kriegsrüstung verwendet werde. Und Edward Grey sagte am 3. August vorigen Jahres: ‚Wir mit unserer mächtigen Flotte werden im Krieg nur wenig mehr leiden, als wenn wir draußen bleiben.‘ Wer in so unheimlicher Geschäftsnüchternheit spricht, weiß, daß er und seine Alliierten fertig sind ... Der neutrale Handel auf See wird von England eingeschnürt. England besetzt griechische Inseln ... England hat die Burenrepubliken einverleibt, nun Ägypten, 1907 zum Teil Persien. Uns der Ländergier zu zeihen ist Heuchelei ... Es gibt Kreise, die mir politische Kurzsichtigkeit vorwerfen, weil ich immer wieder versuchte, eine Verständigung mit England anzubahnen. Ich danke Gott, daß ich es getan habe mit so geringen Hoffnungen. Klar liegt zutage, daß das Verhängnis dieses Weltbrandes hätte verhindert werden können, wenn eine Verständigung mit England zustande gekommen wäre ... Wir hätten, wenn wir räuberische Überfälle planten, Gelegenheit gehabt während

Bethmann.

des Burenkrieges und des Russisch-Japanischen Krieges.“ Über die Verständigungsversuche im Frühjahr 1912 mit Lord Haldane sagte der Kanzler: „England hielt es für das Zeichen einer besonderen, durch einen feierlichen Vertrag zu besiegelnden Freundschaft, daß es nicht ohne Grund über uns herfallen wolle, behielt sich aber freie Hand für den Fall vor, daß seine Freunde dies tun wollten.“ Bethmann beschuldigte Asquith, mit seiner Darstellung der Wahrheit ins Gesicht geschlagen zu haben durch Unwahrhaftigkeit und Verleumdung. „Nach der Episode Haldane wechselten Grey und der französische Botschafter in London die Briefe, die auf ein Defensivbündnis hinausgingen, das indessen durch die daneben getroffenen Vereinbarungen der beiderseitigen Generalstäbe und Admiralitäten tatsächlich zu einem Offensivbündnis wurde. Bis zum 3. August 1914 hatten die englischen Minister im Parlament immer wieder erklärt, daß England freie Hand habe. Das war nicht der Fall infolge der Vereinbarungen der Admiralitäten. Dieselbe Taktik hat England bei den im Frühjahr 1914 angebahnten Marineverhandlungen mit Rußland befolgt, wonach mit Zuhilfenahme englischer Schiffe unserer Provinz Pommern die Wohltaten einer russischen Invasion zuteil werden sollten ... Die Behauptung, daß wir durch Ablehnung des englischen Konferenzvorschlages an diesem Kriege schuldig geworden sind, gehört in die Kategorie der Verleumdungen, hinter denen unsere Gegner die eigene Schuld verstecken wollen. Die Wiener Regierung war zu einem direkten Meinungsaustausch mit Petersburg bereit, und die Konversationen zwischen Petersburg und Wien kamen nach Aufklärung eines Mißverständnisses in Fluß, bis sie durch die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee einen jähen Abschluß fanden ... Dieser Krieg wird ein aus tausend Wunden blutendes Europa zurücklassen. Die Welt, die dann entstehen wird, soll nicht so aussehen, wie unsere Feinde sich träumen lassen. Sie streben die Wiederherstellung des alten Europa an mit einem ohnmächtigen Deutschland in der Mitte als Tummelplatz fremder Ränke und Begierden, als Schlachtfeld Europas, ein Deutschland mit zerrütteter Industrie, nur mit Kleinhandel auf eigenen Märkten, ohne Flotte, als Vasallenstaat des russischen Riesenreiches, das alle Slawen eint. Nein, ein Neues muß entstehen. Wenn Europa je zur Ruhe kommen soll, kann es nur durch eine unantastbare und starke Stellung Deutschlands geschehen. Die englische Politik der Balanz der Mächte ist, wie Shaw gesagt hat, der Brutofen für Kriege. Grey sagte zu unserm Botschafter Lichnowsky, als er sich am 4. August von ihm verabschiedete, der Krieg werde ihm ermöglichen, uns beim Friedensschluß wertvollere Dienste zu erweisen, als die Neutralität gestattet hätte ... Zu unserm Schutz und zum Heile aller Völker müssen wir die Befreiung der Weltmeere erringen. Nicht wir sind es, die die kleinen Völker bedrohen. Deutschland hat nicht nach der Vorherrschaft in Europa gestrebt; sein Ehrgeiz war, in friedlichem Wettbewerb den großen und kleinen Nationen in den Aufgaben der Wohlfahrt und Gesittung voranzustehen ...“ — Liebknecht stellte am 20. die Anfrage, ob die Regierung bei Bereitschaft der andern Kriegführenden bereit sei, auf Grundlage des Verzichts auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten. Staatssekretär v. Jagow lehnte eine Antwort als zur Zeit unzweckmäßig ab. Graf Westarp führte aus, daß bei keinem Gegner bisher die Neigung hervorgetreten sei, den Plan der Vernichtung Deutschlands aufzugeben.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Helfferich betonte unter anderm, daß Österreich-Ungarn durch Anleihen bisher acht Milliarden Kronen aufgebracht habe, Frankreich nur zwei Milliarden Franken, von Rußland, Italien und den kleineren Ententegenossen zu schweigen. Die englische Anleihe sank sehr bald unter den Emissionskurs, und eine große Anleihe in Amerika gilt für unvermeidlich, obwohl England seine Bundesgenossen ausgebeutet hat. — Der Sozialdemokrat David wünschte, die harte Notwendigkeit möge nicht noch einmal eine Kriegskreditvorlage aufzwingen, es möge inzwischen gelingen, einen für Deutschland ehrenvollen guten Frieden zu erreichen, einen Frieden, der dem deutschen Volke die Sicherheit des politischen Machtbereichs und die Freiheit der wirtschaftlichen Entfaltung schafft. „Eroberungslust darf den Krieg nicht unnötig verlängern. Leider sind die Gegner trotz der schweren Niederlagen noch immer nicht zum Frieden geneigt. Die Schaffung freierer, höherer Rechts- und Kulturzustände innerhalb des Volkes und von Volk zu Volk muß das unverrückbare Ziel der Politik sein, die dem Besten unseres Volkes und der gesamten Menschheit dienen will. Im Kampfe für dieses Ziel werden wir auch diesmal dem geforderten Kriegskredit unsere Zustimmung geben." — Spahn (Zentrum) betonte, daß der Balkan für den deutschen Handelsverkehr die Brücke werden soll zu den Ländern, von denen die Indogermanen den Zug nach West und Ost genommen haben. Die durch den Krieg geschaffene Lage des Papstes zwinge, auf eine internationale Regelung bedacht zu sein, die den Rechten, der Würde und den Aufgaben des Papsttums gerecht werde. Möge auch das vom russischen Joch befreite polnische Land einer glücklicheren Zukunft entgegengehen. — Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf bezeichnete die unwürdige Behandlung der Weißen in Afrika und die Mobilisierung der Schwarzen als Schandfleck, den England nimmer von sich abwaschen werde. Englands große Kolonialmacht werde am eigenen Leibe spüren, was es bedeute, die eigene Rasse zu beschimpfen. — Der Kriegskredit wurde einstimmig angenommen, vor der Abstimmung entfernte sich Liebknecht unter stürmischer Heiterkeit des Hauses. Sonst wurde über Höchstpreise, wucherische Preistreibereien gesprochen, und manche Härten politischer Gesetze wurden getilgt. Helfferich.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß nahmen in einer gemeinsamen Sitzung vom 24. August folgende Resolution an: „Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und der Unversehrtheit des Deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich zu, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir die offene Tür, das heißt gleiches Recht für die wirtschaftliche Betätigung in allen kolonialen Gebieten und Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die Friedensverträge mit allen kriegführenden Mächten. Die Freiheit der Meere ist durch einen internationalen Vertrag sicherzustellen. Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betäti- Sozialdemokraten.

gungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf die Schwächung oder Zertrümmerung Österreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele des Vierverbandes zurück."

Zwischen Grey und der deutschen Regierung (Nordd. Allg. Ztg., 27. Aug.) entspann sich noch eine Polemik über einzelne Stellen aus der Rede Bethmanns. Als Grey einen Anspruch der Deutschen auf Kriegsentschädigung als an Verrücktheit streifend bezeichnete, erwiderte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", auch die Engländer hätten, solange sie noch an den Erfolg ihrer Sache glaubten, Deutschland mit einer erdrückenden Kriegsentschädigung bedroht, und dies als erlaubt und selbstverständlich betrachtet.

Deutscherseits wurde hervorgehoben, daß man in Bezwingung von Festungen unerreicht dastehe. Im Westen waren neun Festungen in deutsche Hände gefallen: Lüttich, Namur, Longwy, Montmedy, La Hière, Laon, Maubeuge, Antwerpen, Lille, und außerdem sechs Forts; im Osten verloren die Russen zwölf Festungen: Libau, Rozan, Pultusk, Iwangorod, Warschau, Lomza, Ostrolenka, Kowno, Nowogeorgiewsk, Ossowiec, Brest-Litowsk und Luck. Die Wegnahme der festen Plätze in Belgien und Frankreich fiel in die ersten zehn Wochen des Krieges, die der russischen Festungen begann, von der Besetzung von Libau am 8. Mai abgesehen, am Ende des ersten Kriegsjahres. Einer regelrechten Belagerung konnte keine Festung widerstehen. Lüttich fiel in überrumpelndem Sturme, Namur nach fünftägiger, Maubeuge nach zweitägiger Beschießung, Antwerpen, die stärkste Festung der Welt, nach zwölftägiger Belagerung durch verhältnismäßig schwache Truppen. Einen Teil der Festungen und Forts verteidigten die Franzosen überhaupt nicht, ein anderer Teil wurde nach kurzer Beschießung ohne Infanteriesturm genommen. Ähnlich im Osten. Warschau gaben die Russen preis, als die Blonie-Stellung genommen war. Dagegen fielen Tsingtau und Przemysl erst nach monatelanger Belagerung voll heißer Kämpfe. Die Feste Boyen (Gumbinnen) blieb uneinnehmbar. Das Ergebnis der Offensive seit 2. Mai, seit dem Durchbruch von Gorlice, war die Vernichtung einer russischen Heeresmasse von mindestens 1,400.000 Mann (1,100.000 gefangen, 300.000 gefallen oder verwundet). Um diesen Ausfall zu ersetzen, mußten die Russen die gegen die Türkei aufgestellten Divisionen heranziehen und halbausgebildete Ersatzmannschaften aus dem Innern Rußlands heranführen. Aber alle diese Maßnahmen konnten das Verhängnis nicht aufhalten. Aus Galizien, Polen, Kurland und Litauen war der Feind vertrieben, seine geschlossene Front zerrissen; seine Heere fluteten in zwei völlig getrennten Gruppen zurück.

Die Russen schleppten, so weit sie konnten, auf ihrem Rückzug die ganze Bevölkerung mit sich, alles Vieh, Pferde, Glocken, Lebensmittel, wirtschaftliche Geräte, Maschinen. 20.000 Fuhrwerke fuhren quer durch Rußland nach Moskau. Den dunklen zurückgehenden Kolonnen folgte als feuriger Schweif der Brand von Städten und Dörfern.

England. In England klagte man: „Während Rußland aus Polen verdrängt wird, stehen wir in der Defensive und lassen den Feind sich gegen Osten konzentrieren. Frankreich leidet schwer. Es ist Gefahr vorhanden, daß es einen Sonderfrieden wünscht." In den neutralen Ländern meinte man: „Die Preisgabe der polnischen Hauptstadt ist gleichbedeutend mit

dem Verzicht Rußlands auf die Wiederherstellung der strategischen Lage, und zwar bis zu einem Grade, der keine Aufnahme der Offensive erlaubt." Den Fall Warschaus wertete man mit Recht als das wichtigste Ereignis des ganzen Krieges. Warschau sei nicht allein die Hauptstadt Polens, es war auch jahrelang der Mittelpunkt der militärischen Operationen Rußlands, die Stelle, von wo die Drähte nach allen Teilen der Front ausgingen. — Lloyd George tröstete die Engländer: All das bedeute die Wiedergeburt des großen russischen Volkes. „Die Feinde begreifen nicht, daß sie selbst die rostigen Ketten zertrümmern helfen, welche die Seele des Volkes gefangen hielten. Sie tun für Rußland, was ihre Voreltern für Frankreich taten, sie helfen das Schwert schmieden, das sie vertilgen wird." Man fürchtete allerdings, daß die geduldigen Russen endlich mit dem Anteil der Verbündeten an der Kriegslast unzufrieden werden könnten. Selbst in Frankreich herrschte der Eindruck, daß England nicht alles tat, was es konnte. Übrigens beruhigten sich die Franzosen mit der Vorstellung, die Eroberung Warschaus sei strategisch ohne Bedeutung, die russische Armee ziehe sich unbehelligt zurück, ohne die Widerstandskraft verloren zu haben. Die deutsche Offensipe habe ihr Ziel, die Einkreisung und Vernichtung der russischen Armee, nicht erreicht. Die russische Armee verliere nur ihre Stellung, aber nicht ihre Kraft. — Aber „Morning Post" meinte doch, daß die Lage ernst sei. „Die Sache der Ententemächte steht jetzt auf des Messers Schneide. Man muß das Äußerste tun, dessen die Nation fähig ist." England wird sich nun eine größere Last aufbürden müssen. — Die Italiener trösteten sich mit der Prophezeiung, daß die Zentralmächte Ende Herbst wegen Hungers den Frieden erbitten werden; andere meinten, ein neuer Winterfeldzug sei unvermeidlich, er werde nicht so sehr auf den Schlachtfeldern, als vielmehr in den Munitionswerkstätten und Werften die materielle Überlegenheit des Vierverbandes schaffen.

Später schrieb die „Morning Post": „England könnte sich, wenn es allein stünde, auf den langsamen Druck der Flotte verlassen; aber andere Faktoren sind da: Frankreich leidet furchtbar, Belgien ist in Staub getreten, Rußland schwer geschlagen, Serbien verteidigt sich verzweifelt und erwartet einen neuen Angriff." Der britische Botschafter entschuldigte England in Petersburg: Rußland habe, als die Türkei den Krieg erklärte, sich an England mit dem Ersuchen gewandt, eine Demonstration an den Dardanellen zu veranstalten, durch die ein Teil der türkischen Truppen vom Kaukasus abgezogen würde. Darauf eröffnete England den Feldzug auf Gallipoli, Gallipoli. zugleich in der Absicht, die Meerengen zu bezwingen und die russische Aus- und Einfuhr zu sichern. Dadurch sei seine Tätigkeit an der Westfront geschwächt und die Offensive verzögert worden. — In einer Zuschrift an die „Morning Post" hieß es: „Viel Zeit, Nachdenken, Papier und Geld wird auf Unwichtiges verwendet. Was bedeutet es, ob deutsche Musik in England

gespielt wird, ob gefallene deutsche Studenten Oxfords in die Gebete eingeschlossen werden, ob der Deutsche Kaiser Ritter des Hosenbandordens ist? Wesentlich ist, daß wir den Krieg gewinnen. Dazu brauchen wir die allgemeine Wehrpflicht wie in Deutschland, die Mobilisierung der Industrie, die Internierung aller feindlichen Fremden, die Gefangensetzung aller Agitatoren, die wissenschaftliche Methode der Kriegführung wie in Deutschland."

Während der russische Kriegsminister Poliwanow verkündete, das Aufgeben Warschaus habe es den Russen ermöglicht, die Front um mehrere hundert Werst zu verkürzen und so zu verstärken, schrieb „Daily Mail": „Wie dumm ist es, von 1812 wie von einer Parallele zu reden, als ob die Deutschen ins Innere Rußlands gelockt würden. Die heutigen Umstände sind hoffnungslos. Hindenburg kann nun gegen Riga, ja gegen Petersburg vorgehen." Auch neutrale Stimmen hielten nach dem Falle von Brest den Einzug der Deutschen in Petersburg nicht mehr für undenkbar. Trotz allem ließ Minister Sasonow erklären, die Russen zweifelten nicht an der Ehrlichkeit ihrer Bundesgenossen und würden nicht Frieden schließen, solange ein feindlicher Soldat sich auf russischem Gebiet befindet. Poliwanow versprach, zwei Millionen neuer Rekruten einzustellen; die Entscheidung werde nicht vor dem nächsten Jahre fallen; er hoffe, Petersburg halten zu können. Man sprach von heimtückischen deutschen Wühlereien in Rußland, um einen Sonderfrieden zu erhalten. — „Daily News" erinnerten am 30. August an den 30. August 1914, an dem alles verloren schien; „Die Schlacht an der Marne und der erfolglose Winterfeldzug der Deutschen steigerte unsere Erwartungen zu sehr. Jetzt ist der Himmel wieder voll schwarzer Drohung. Der Sommer sah die unerwartete, überwältigende Wiederherstellung der Macht des Feindes. Die Ursache des Umschwungs liegt in der industriellen Überlegenheit Deutschlands. Der wirkliche Krieg wird nicht in den Schützengräben, sondern von der Industrie ausgefochten."

Die Russen befürchteten eine deutsche Landung in Finnland, die bezwecken könnte, Petersburg zu erreichen. Man befahl daher der Bevölkerung von Finnland, sich in einem solchen Fall ostwärts zurückzuziehen und alles Eigentum, das nicht mitgenommen werden könne, einschließlich der Häuser und der Vorräte zu verbrennen (15. Aug.). Die Frage der Räumung Petersburgs wurde dort offen erörtert. Man schaffte bereits die Kostbarkeiten und Kunstschätze nach Moskau. Die Frage, was man mit den Flüchtlingen anfangen solle, nahm einen beunruhigenden Umfang an. Das Vordringen der Sieger hatte zur Folge, daß die Bevölkerung der westlichen Provinzen in stets anwachsendem Strome nach dem Landesinnern kam. Die Hilfsquellen der Unterstützungsausschüsse waren bald erschöpft. Viele fürchteten bereits in Petersburg viel mehr die Revolution als das Vordringen der Deutschen. Es waren Plakate angeschlagen, worin das Volk in flammenden Worten zum Aufstand aufgefordert wurde.

An der Grenze gegen Serbien und Montenegro fanden nur Geplänkel statt. Die serbische Skupschtina in Nisch nahm am 24. August eine Tagesordnung an, in der sie ihr Versprechen erneuerte, an der Seite der Alliierten den Kampf für die Befreiung und Vereinigung des serbo-kroatisch-slowenischen Volkes fortzusetzen.

Im Krieg gegen Italien dauerten die Kämpfe an der Tiroler, Kärntner und küstenländischen Front an. Am 23. August konnte der Chef des Generalstabes verlautbaren: „Heute ist ein Vierteljahr seit der Kriegserklärung unseres einstigen Verbündeten verflossen. Die ungezählten Angriffe des italienischen Heeres haben nirgends ihre Ziele erreicht; wohl aber kosteten sie dem Feinde ungeheure Opfer. Unsere Truppen halten nach wie vor ihre Stellungen an oder nahe der Grenze. Auch der See- und Luftkrieg war günstig für uns. Am 11. August beschossen österreichische Schiffe die italienischen Küstenbahnanlagen von Molfetta bis Bari und Seno San Giorgio. Die von den Italienern am 11. Juli besetzte Insel Pelagosa wurde von ihnen wieder geräumt (21. Aug.). Der erfolgreiche Tauchbootkommandant Egon Lerch fand den Heldentod mit der ganzen Besatzung; er hatte das französische Admiralschiff „Courbet" versenkt. Sonst waren auch die Admiralschiffe „Jean Bart", „Gambetta", „Amalfi" und „Garibaldi" unsern Tauchbooten zum Opfer gefallen. Pelagosa.

Kardinal-Staatssekretär Gasparri richtete am 2. August an Kardinal Bacilieri, Bischof von Verona, einen Brief, worin er namens des Papstes in Entsprechung des Ansuchens des Bischofs das Dekanat Ala sowie die Parochie Brentonico von der Diözese Trient provisorisch dem Bischof von Verona unterstellte. Das war eine kirchlich notwendige Maßregel ohne politische Tendenz.

Italien erklärte am 20. August auch der Türkei den Krieg. Als Anlaß wurde angegeben, daß die ottomanische Regierung seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Lausanne am 18. Oktober 1912 diesen Vertrag immerfort verletzt habe. Eine italienische Verfügung hob am 23. August die durch den Lausanner Vertrag dem türkischen Sultan gewährten Rechte religiöser Stellvertretung und Rechtsprechung in Libyen auf. Man erwartete sich von der Kriegserklärung eine starke Wirkung auf die Balkanstaaten und auf das Dardanellenunternehmen.

Der Stellungskrieg an der deutschen Westfront verlief noch immer ohne größere Bewegungen. Der Deutsche Kronprinz konnte am 22. August verkünden: „Heute jährt sich der Siegestag von Longwy. Dem freudigen Leben stolzer Angriffsschlachten folgte unsere entsagungsreiche Verteidigung, unser Maulwurfskrieg, mit dem wir die anstürmenden Feinde in unzerreißbare Fesseln schlugen und so den unvergleichlichen Siegeszug unserer Brüder im Osten ermöglichten."

In Chantilly bei Paris fand am 24. August ein Kriegsrat statt, dem die Könige von England und Belgien, Poincaré, Joffre und French beiwohnten.

Die französische Zensur verbot die Veröffentlichung feindlicher Kriegsberichte, damit die öffentliche Meinung nicht beunruhigt werde.

Die englische Regierung beschäftigte sich bereits sehr lebhaft mit der Frage der Wehrpflicht. Auch hielt man es für notwendig, mehr von dem mitzuteilen, was England für den Krieg geleistet habe, weil die deutsche

Presse durch Verkleinerung dieser Leistungen Zwietracht und Mißtrauen zwischen den Ententestaaten zu säen suche. — Lord Esher schrieb am 24. August im „Glasgow Herald“: „Seemacht allein entscheidet noch keinen Krieg. Der Kampf gegen Napoleon dauerte nach Trafalgar noch zehn Jahre fort. Wenn wir nicht die Lage weitschauend betrachten wie Kitchener, der bei Kriegsbeginn sagte, daß er sich auf einen dreijährigen Krieg vorbereite, können wir nicht verhindern, daß der Krieg in allgemeiner Erschöpfung endet, die nur einen Waffenstillstand bedeutet. Die reichen Leute sollten auf alle Kriegsgewinne verzichten, die Arbeiter auf eine Herabsetzung der abnorm gestiegenen Löhne eingehen.“ — Die Engländer anerkannten auch die Überlegenheit der deutschen Flugzeuge und Zeppeline, wenn auch das Bombenwerfen ohne Wert war; aber für die Aufklärung in der Nordsee waren sie schätzbar.

Seekrieg. Über den Seekrieg setzte sich der Notenwechsel der amerikanischen Regierung mit der englischen, deutschen und österreichischen fort. Amerika lehnte nochmals jede Verpflichtung zu einem Verbot der Ausfuhr von Kriegsmitteln ab, indem es sich unter anderem auch darauf bezog, daß Deutschland und Österreich im Burenkrieg Waffen und Munition nach Großbritannien ausführten. Dem gegenüber konnte gesagt werden, daß dies nicht in entscheidender Menge geschah und daß dadurch wirklich nicht der Krieg entschieden oder verlängert wurde, während die Unterstützung der Entente durch Amerika als eine entscheidende beabsichtigt war. „Arabic.“ Es war „Dolus“. — Am 19. August wurde der englische Dampfer „Arabic“ auf dem Wege von Liverpool nach Neuyork torpediert. Die meisten Passagiere und 250 Mann Besatzung wurden gerettet; unter den 59 Opfern waren auch drei Amerikaner. Wegen Wilsons Drohungen nahm Kardinal Gibbons in einer von der ganzen amerikanischen Presse wiedergegebenen Unterredung dagegen Stellung, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezogen werden. Der Kardinal erklärte, die „Arabic“ sei ein englisches Schiff gewesen, und man müsse bedauern, daß sich Amerikaner der Gefahr aussetzen, auf gefährdeten englischen Schiffen zu reisen. Wer Amerika wirklich liebe, müsse seine persönlichen Sympathien opfern, wenn er die Ehre und den Frieden der Nation in die Wagschale lege. Es sei übertrieben, zu fordern, daß das Land sich erhebe und kämpfe, um die Waghalsigkeit einzelner zu decken. Die Persönlichkeit des Kardinals verlieh dieser Erklärung große Bedeutung.

Deutsche Marineluftschiffe bewarfen am 10. August britische Kriegsschiffe auf der Themse, die Docks von London, die Torpedobootsstützpunkte Harwich und wichtige Anlagen am Humber mit Bomben.

Buren. Nach der Übergabe von Deutschsüdwestafrika suchte Premierminister Botha in Kapstadt die Buren für seine Politik zu gewinnen, indem er ihnen Land für Siedlungslustige in den neueroberten Gebieten versprach. Eine Rückgabe an die Deutschen hielt er für ausgeschlossen, da alle ernsten Schwierigkeiten in Afrika auf deutsche Machenschaften zurückzu-

führen seien. Dagegen verwies der deutsche Kolonialstaatssekretär Solf auf Bismarcks Wort, daß die Kolonien nur durch Deutschlands Macht auf dem Kontinent verteidigt werden könnten. — Der Burengeneral Maritz flüchtete mit seinen Anhängern nach Angola und wurde dort von den portugiesischen Behörden verhaftet.

Die Kämpfe an den Dardanellen machten auch unter dem neuen Oberbefehlshaber Sarrail keine Fortschritte. An der Kaukasusfront ging die Stadt Wan vorübergehend in russische Gewalt über, wurde aber am 11. August wieder von den Türken besetzt. Sarrail.

Beim Gedenkfest der Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1. August 1315) betonte der Bundespräsident Motta die Erhaltung der Schweiz als eine europäische Notwendigkeit; vor allem gehöre der Tessin notwendig zur Schweiz.

Der neue holländische Gesandte Regout überreichte am 20. August dem Heiligen Vater sein Beglaubigungsschreiben. Es kam beiderseits die Genugtuung über die Neuanknüpfung diplomatischer Beziehungen zum Ausdruck, auch der Wunsch, gemeinsam zugunsten der Herstellung des Friedens zu arbeiten.

Der Vierverband suchte vergebens, die Divergenzen unter den Balkanstaaten beizulegen; es gelang nicht, Serbien zu Zugeständnissen an Bulgarien zu bewegen. Dagegen, daß Serbien das griechische Kavalla an Bulgarien abtrete, protestierte auch Griechenland. Es hieß, daß Pasic zu Abtretungen geneigt sei, wenn Serbien Kompensationen in Bosnien und Albanien erhalte. Bulgarien forderte aber sofort ganz Makedonien. Griechenland war beunruhigt über Italiens Besetzung griechischer Inseln und fürchtete eine förmliche Annexion. Nach dem Rücktritte Gunaris übernahm wieder Venizelos die Bildung eines griechischen Kabinetts.

Die Jahresversammlung des Deutsch-amerikanischen Nationalbundes brachte am 5. August die Loyalität gegen den Staat zum Ausdruck, legte aber Verwahrung ein gegen den unsittlichen Waffen- und Munitionshandel mit England; weiters wurde die Haltung der amerikanischen Regierung Deutschland gegenüber verurteilt. Das half aber wenig, denn das amerikanische Kriegsdepartement richtete am 12. August an die Munitionsfabrikanten die Anfrage, was sie im Kriegsfalle zu liefern imstande wären. — Der amerikanische Kriegsberichterstatter Amerson stellte an den Generaloberst v. Moltke die Anfrage, wie lange der Krieg dauern werde. Moltke antwortete: „Dies hängt davon ab, wie lange die Amerikaner fortfahren werden, unsere Feinde mit Waffen, Munition und Kriegsvorräten zu versorgen. Ohne dies würden unsere Armeen den Krieg bereis an einer der Fronten beendet haben. Die Zufuhr von Munition dient nur dazu, das Gemetzel zu verlängern.“ — Am 22. August wurde aus Neuyork gemeldet, Roosevelt habe es getadelt, daß Amerika nicht schon vor dreizehn Monaten mit militärischen Vorbereitungen begann. Deutschamerikaner.

September.

Die weiteren Fortschritte der Offensive in Rußland und Galizien zermürbten auch den politischen Geist des Riesenreiches. Es bildete sich in der Duma eine starke fortschrittliche Gruppe; sie umfaßte die nationalistischen Progressisten, die Zentrumspartei, die beiden Fraktionen der Oktobristen, die Progressisten und die Kadetten, im Reichsrat das Zentrum, die Unabhängigen und die akademische Gruppe. Diese Parteien, die die Majorität hatten, verlangten Erneuerung des Regierungspersonals, Unterdrückung der Streitigkeiten zwischen Nationalitäten und Klassen, Befreiung der politisch Bestraften, Autonomie Polens, Judenrechte, friedliche Politik gegenüber Finnland, Wiederherstellung der kleinrussischen (ukrainischen) Arbeiterpresse, Wiederherstellung der Arbeiterverbände, rechtliche Gleichstellung der Bauern, Alkoholverbot. Die Polen beklagten sich, daß die Russen beim Rückzug Polen verwüsteten. Der Sozialist Tscheidze klagte den Zivilgouverneur in Galizien Grafen Bobrinski an wegen seines unverantwortlichen Wütens. Tausende ukrainische Schulen und Gesellschaften seien von ihm geschlossen worden. Er habe das Losungswort ausgegeben „Wer nicht rechtgläubig ist, ist kein Russe" und Tausende nach Sibirien verbannt; bei seiner Abfahrt wurde Bobrinski von der Menge ausgepfiffen. — Angesichts dieser erregten Stimmung vertagte man am 16. September die Duma. Die Schlußsitzung gestaltete sich höchst dramatisch. Die Redner der Kadettenpartei (konstitutionelle Demokraten) brachen bei ihren Reden in Weinkrämpfe aus. — Auch die Petersburger Stadtverordneten hielten es am 14. September für angezeigt, dem Zaren die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Eine Resolution des Moskauer Städtetags vom 29. September wies auf die Schädlichkeit des russischen Systems, die Unverantwortlichkeit der Regierung und des weltfremden Bürokratismus hin und verlangte einen neuen Kurs, einen Burgfrieden der Parteien, eine Amnestie und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze.

Duma.

Nach dem Falle von Luck erfolgte am 9. September die Einnahme von Dubno, dem zweiten Punkt des wolhynischen Festungsdreiecks. Darauf gingen aber die Russen zum Gegenangriff vor; doch war gegen Ende des Monats die russische Offensive sowohl im wolhynischen Festungsgebiet wie in Ostgalizien und an der Ikwa gebrochen. Indessen ging die Offensive Hindenburgs bis zur Eroberung von Wilna vor (19. Sept.). Es wurde bei Riga und am Rigaer Meerbusen gekämpft. Zar Nikolaus hatte bereits am 5. den Oberbefehl über die gesamte russische Macht übernommen, um damit die Absetzung des bisherigen Generalissimus Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch zu mildern. Er schrieb an diesen: „Die Bürde des Vaterlandsdienstes, die Gott Mir auferlegte, gebietet Mir heute, da der Feind in das Innere des Reiches eingedrungen ist, das Oberkommando über die Truppen im Felde zu übernehmen, mit Meiner Armee die Strapazen des Krieges zu teilen und mit ihr das russische Land zu schützen. Die Wege der Vorsehung sind unbekannt... Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge erkenne ich die Notwendigkeit Ihrer Hilfe und Ratschläge auf unserer Südfront an und ernenne Sie zum Vizekönig des Kau-

Dubno. Wilna. Nikolaj.

kasus und zum Oberkommandanten der Kaukasusarmee." Auch dem Präsidenten Poincaré zeigte der Zar die Übernahme des Kommandos an. — Neues Kriegsmaterial erhielt Rußland nun auch von Japan. — Es wurde gemeldet, daß man die russische Fahne auf Franz-Josef-Land, östlich Spitzbergen, gehißt habe. Das Land galt seit der Entdeckung durch österreichische Nordpolforscher als österreichisches Gebiet. (Bd. 3, S. 859.)

Zur Friedensfrage überreichte am 2. September der amerikanische Kardinal Gibbons dem Präsidenten Wilson ein Schreiben des Papstes; Papst. Gibbons besuchte auch den Staatssekretär Lansing und soll sich über beide Unterredungen sehr hoffnungsfreudig geäußert haben, namentlich in Bezug auf die Möglichkeit eines deutsch-englischen Einvernehmens in Sachen der Freiheit der Meere und somit hinsichtlich einer fundamentalen Friedensbedingung. Allerdings widersprach die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dem von anderer Seite dem Reichskanzler imputierten Gedanken eines übereilten Friedens mit England.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling sagte am 30. September im Landtag: „Noch immer gestehen sich die feindlichen Machthaber nicht ein, wohin sich der Sieg immer deutlicher neigt. Was Waffengewalt nicht vermochte, soll die verlängerte Dauer des Krieges leisten. Auch diese Rechnung wird sich als falsch erweisen." Hertling.

Da Süditalien in der Kriegsbegeisterung weniger zuversichtlich schien, hielt Minister Barzilai im Neapler Haupttheater eine Ermunterungsrede am 27. September. Süditalien. Er ließ sich angelegen sein, den Neapolitanern und allen Süditalienern vorzustellen, daß auch sie geschichtliche Gründe haben, Österreich zu hassen und an dem Krieg aufrichtigen und tätigen Anteil zu nehmen. Die italienische Flotte unterdrücke jeden Verkehr mit dem Feind; das Heer werde mit der Klugheit des zögernden Fabius und der Kühnheit Scipios geführt, und seine Leistungen seien nur von Homer zu schildern. In vier Monaten habe man keinen Fußbreit italienischen Bodens preisgegeben, hingegen die Spitze Trentinos abgestumpft und seitlich gerundet, die Isonzogrenze überschritten und am Karstrande die erste feindliche Verteidigungslinie gebrochen. Freilich seien noch schwere Opfer zu bringen.

Während der ergebnislosen Kämpfe traf der französische General Joffre. Joffre in Italien ein (6. Sept.), um sich dem König vorzustellen und die Bekanntschaft des italienischen Generalissimus Cadorna zu machen. Cadorna. Er besuchte einige der charakteristischesten Grenzpartien. Sonst war sein Besuch offenbar eine Erwiderung des Besuches des italienischen Vize-Generalstabschefs Porro in Frankreich und diente der Verabredung gleichzeitiger französischer und italienischer Kriegsaktionen. Man beglückwünschte sich gegenseitig.

An der französisch-flandrischen Front wurde vom Meer bis an die Vogesen mit zunehmender Stärke, aber ohne nennenswerte Erfolge gekämpft. Die seit Monaten vorbereitete französische und englische Offensive brachte die Angreifer ihren Zielen nicht näher. An der Küste versuchten auch englische

Schiffe durch Feuer auf Zeebrügge einzugreifen. Nachdem ein Schiff gesunken und zwei andere beschädigt waren, zogen sie sich wieder zurück (26. Sept.).

Am 22. machten feindliche Flieger mit deutschen Flugzeichen einen Angriff auf Stuttgart.

Die deutschen Repressivmaßregeln hatten die gute Wirkung, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Dahomey und Nordafrika besser behandelt wurden.

Kitchener. Der englische Kriegsminister Kitchener sagte am 15. September im Oberhaus: „Während der letzten Monate ist die Front der Alliierten im Westen so gut wie unverändert geblieben. Das bedeutet nicht, daß eine Erschlaffung auf den Schlachtfeldern eingetreten wäre. Die Stellungen sind aufs äußerste verstärkt. Die Gräben bilden ein Netzwerk schier undurchdringlicher Befestigungen. Die Deutschen benützten vor kurzem Gas und brennende Flüssigkeiten und bewarfen unsere Linien mit Bomben, die erstickendes Gas ausströmen. Derartige Angriffe, die nichts Überraschendes mehr haben, haben infolge unserer Gegenmaßregeln viel von ihrer Wirkung verloren.“ Über den östlichen Kriegsschauplatz sagte Lord Kitchener: „Die Deutschen wollten offenbar die russischen Armeen vernichten und bedeutende Truppenmengen für andere Kriegsschauplätze freibekommen. Das ist ihnen nicht gelungen. Das russische Heer ist als Streitmacht unangetastet geblieben. Die Deutschen scheinen ihr Pulver schon verschossen zu haben. Sie haben nichts anderes als braches Land und geräumte Festungen gewonnen. Ihre Siege sind verhüllte Niederlagen.“ Aus Haß gegen die Deutschen erhob Kitchener um so mehr die Kriegführung der Türken.

Lloyd George. Lloyd George gab um diese Zeit seine Kriegsreden heraus mit folgender Vorrede: „Das Wohlergehen der Menschheit verlangt die Zerstörung des deutschen Militärsystems. Die widrigen Ereignisse des Krieges schwächen nicht meinen Glauben an den schließlichen Sieg, wofern nur die Alliierten alle ihre Kraft anspannen, ehe es zu spät ist. Die Zentralmächte besitzen eine überwältigende Überlegenheit an Kriegsmaterial. Die eiserne Ferse der Deutschen sank tiefer denn je in den Boden Belgiens und Frankreichs. Polen ist ganz deutsch. Litauen folgt schnell. Man muß solchen Tatsachen ins Gesicht sehen und alles tun, bis sie wieder gutgemacht sind, sonst übt man Hochverrat. Schlaffheit bedeutet Ruin. Höchster Opfermut ist not.“

Asquith. Im Unterhaus teilte Premierminister Asquith am 15. September mit, daß seit Kriegsbeginn drei Millionen Mann in Heer und Flotte Dienst nahmen, und er sagte ferner: „Der heutige Krieg ist ein Krieg der Technik, der Organisation und der Ausdauer. Der Sieg wird dem zufallen, der am besten rüstet und am längsten durchzuhalten vermag, und das wollen wir tun.“ Auf die Frage, ob Friedensverhandlungen stattfanden, antwortete Lord Robert Cecil ausweichend, es sei ihm unmöglich, zu sagen, was für Besprechungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfanden, da sie nicht zu seiner Kenntnis gebracht worden seien. Direkte Friedensvorschläge habe die deutsche Regierung nicht gemacht. (Also indirekte?) Man könne sich augenblicklich kaum vorstellen, daß die Mög-

Cecil.

lichkeit für Deutschland bestehe, Vorschläge zu machen, die von den Alliierten in Erwägung gezogen werden könnten. England werde keinesfalls Friedensvorschläge anders als in Übereinstimmung mit den Bundesgenossen oder mit den durch Vertrag umschriebenen Pflichten in Erwägung ziehen. — Am 16. sagte Lord Robert Cecil im Unterhaus, es sei richtig, daß gewisse Dokumente der deutschen und der österreichischen Botschaft in Washington (durch Diebstahl) in den Besitz der britischen Regierung kamen. Alle sollen veröffentlicht werden. Asquith schalt auf den „blauen Dunst von Sophistik und Lüge, womit Berlin uns umnebeln wollte ... Das einzige, was für England gefährlich ist, das ist der Streit im Innern. Lasset nicht unsere Nachkommen sagen, daß im größten Augenblick unserer Geschichte die Armee ihrer Stärke beraubt wurde durch die Unfähigkeit von Regierenden und Regierten, die ungeteilte Energie und den unbezwinglichen Willen des britischen Volkes auf die große Aufgabe zu konzentrieren." — Lord Cecil führte noch aus, der deutsche Staatssekretär Helfferich habe auf die Erlangung einer Kriegsentschädigung hingedeutet, wahrscheinlich um die Deutschen zu ermutigen. England könne selbstverständlich eine solche Bedingung niemals annehmen; ebensowenig könne England eine Beschränkung seiner Seemacht in Betracht ziehen, es sei denn im Rahmen der Wiederherstellung des Friedens Europas, denn es würde sich keinesfalls einer legitimen Waffe gegen Deutschland berauben. Markham bemängelte im Unterhaus am 23. September die Zensur, schlechte Nachrichten dürfe man in England nicht erfahren. Die Regierung rechtfertigte das, man brauche nicht für Deutschland Reklame zu machen.

Gewerkschaften.

Auf dem Gewerkschaftskongreß zu Bristol 6. September verurteilte der Vorsitzende die Kriegsgewinne, die die nationale Einheit zu gefährden drohen und ein Einschreiten der Regierung erheischen. Er forderte auch von der Regierung bestimmte Bürgschaften, daß nach dem Kriege die normalen Arbeitsbedingungen und die Rechte der Gewerkschaften wiederhergestellt werden. Der Abgeordnete Ayles sprach in pazifistischem Sinne gegen alles, was die Arbeiter zwingen könnte, einen andern Arbeiter daheim oder draußen zu töten. Alle Redner sprachen gegen die Wehrpflicht; die Arbeiter müssen dagegen ihre organisierte Kraft und ihren Einfluß einsetzen. Lloyd George sprach gegen die Einwände der Gewerkschaften, die eine großzügige Munitionserzeugung erschweren. Die Arbeiter sollten zusehen, daß sie sich nicht die ganze Nation zu Gegnern machten.

Thomas.

Auch im Unterhaus sprach Thomas (von der Arbeiterpartei, dem Eisenbahnerverband angehörig) gegen die Wehrpflicht. Fast alle Gewerkschaften würden im Fall der Einführung der Wehrpflicht in den Ausstand treten. „Das Geschoßgesetz konnte nicht gegen zweihunderttausend Arbeiter durchgesetzt werden, um wieviel weniger die Wehrpflicht gegen drei Millionen. Ich warne euch! An demselben Tag, da die Regierung die Wehrpflicht einbringt, wird die industrielle Revolution da sein." Diese Rede wirkte wie eine Explosivbombe. Es bedeutete, daß an dem Tage, da die Regierung einen einzigen Eisenbahner zwangsmäßig aushebt, der Eisenbahnverkehr aufhören wird. Es bewies, daß die Lage auch ohne Wehrpflichtfrage kritisch sei und daß eine gefährliche Unruhe herrsche. Ebenso

revolutionär sprachen sich am 21. September die Vertrauensmänner von 55.000 Walliser Arbeitern, zumeist Bergleuten, aus, und der Ausschuß der Gewerkschaft der Bergleute von Yorkshire mit 120.000 Mitgliedern.

Die englischen Militärkritiker fanden genug zu tadeln; so sagte Spencer Wilkinson: „Im letzten Jahr hörten wir, daß der Zweck des Krieges sei, dem preußischen Militarismus ein Ende zu machen. Ich weiß nicht, was Militarismus bedeutet. Wenn es bedeutet, daß die Offiziere und die Armee ihre Sache verstehen, ist es etwas sehr Gutes. Während dieses Jahres besaß die englische Regierung unbeschränkte Verfügung über die Hilfsquellen des Reiches. Aber nach einem Kriegsjahr behaupten die deutschen Armeen Belgien und einen Teil Frankreichs und treiben im Osten die Russen vor sich her. Die deutsche Flotte besteht noch. Der erste vitale Grundsatz ist, daß auf dem Kriegsschauplatz einer allein befehlen muß." Sidney Low schrieb am 23. in der „Daily Mail": „Das Publikum wird durch die Art, wie die Wahrheit über den Krieg verhehlt oder verdunkelt wird, so verwirrt, daß es den Krieg entschieden uninteressant und langweilig findet. Die Deutschen dagegen betrachten den Krieg mit einer gewissen Freude. Für die Engländer ist er nur eine ermüdende, langsame, kostspielige Verwirrung, in der unsere Brüder in der Dunkelheit ihr Leben verlieren, ohne daß wir wissen, wie oder wo. Unser einziger Wunsch ist, die ganze elende Geschichte beendet zu sehen. Der Überdruß daran überwiegt sogar den Groll gegen den Feind und unsere Besorgnisse für uns selbst . . ."

Nachdem am 7. September deutsche Luftschiffe die östlichen Grafschaften Englands, am 9. den Westteil der City von London, Fabriksanlagen bei Norwich, die Hafenanlagen und Eisenwerke von Middlesborough angriffen, erklärte die deutsche Heeresleitung am 19.: „Im englischen Unterhaus hat Marineminister Balfour behauptet, London sei ein unbefestigter Ort, der nach den Regeln des zivilisierten Krieges Luftangriffen nicht ausgesetzt sein sollte. Da es dem Minister unmöglich verborgen sein kann, daß London durch eine große Anzahl ständiger Befestigungswerke und Feldwerke befestigt ist, handelt es sich hier um eine bewußt falsche Darstellung. Auch erwähnt der Minister nicht die fortgesetzten Angriffe auf offene und weit außerhalb des Operationsgebietes gelegene deutsche Ortschaften."

Die Tätigkeit der deutschen Unterseeboote dehnte sich auf die atlantischen Küstengewässer Frankreichs und auf das Mittelmeer aus.

Seekrieg. Die peinlichen Verhandlungen mit Amerika über den Seekrieg nahmen ihren Fortgang. Der deutsche Botschafter in Washington Graf Bernstorff teilte am 2. der Regierung der Vereinigten Staaten weisungsgemäß mit, daß nach den bestehenden Instruktionen Passagierdampfer nicht ohne vorherige Warnung und ohne daß das Leben der Nichtkombattanten in Sicherheit gebracht sei, versenkt werden sollen. Hiebei werde natürlich vorausgesetzt, daß die betreffenden Schiffe nicht zu fliehen versuchen und keinen Widerstand leisten, widrigenfalls sie sich ohneweiters der Zerstörung aussetzen. Es war anzunehmen, daß hiedurch die Zwischenfälle mit Amerika ihre Erledigung finden würden. Jedenfalls rief die Haltung Deutschlands in dieser Frage größte Genugtuung in den amt-

lichen Kreisen Washingtons hervor. Zahlreiche Beamte erklärten, diese Haltung beraube die englische Regierung des hauptsächlichsten Vorwandes für die Blockierung der deutschen und der neutralen Häfen. Einige waren der Ansicht, Deutschland habe durch seine Haltung einen wichtigen diplomatischen Sieg errungen; die britische Regierung könne kaum den unangenehmen beharrlichen Fragen seitens der Neutralen über die Gründe der Fortsetzung der Blockade ausweichen. Graf Bernstorff erklärte am 17. September einem Newyorker Journalisten: „Sie können sagen, ich sei sicher, daß binnen zwei Wochen alle vermeintlichen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten dauernd erledigt sein werden. Lansing und ich erzielten ein völliges Einverständnis.“ Über den Fall der „Arabic“ und eines andern Dampfers wurden auch noch Noten erlassen, die als Beweis dafür angesehen wurden, daß nach zwei Monaten gespannter Beziehungen ein freundschaftlicher Geist obwalte.

In einer zweiten Note der österreichischen Regierung über die amerikanischen Kriegslieferungen führte der Minister des Äußern Burian aus: „In der Konzentration (der Militarisierung) so vieler Kräfte auf das eine Ziel: die Lieferung von Kriegsbedarf, welche tatsächlich eine wirksame Unterstützung einer der Kriegsparteien zur Folge hat, während der andern Partei nicht einmal solche Waren geliefert werden, die nicht Konterbande bilden, ist eine neue Tatsache gelegen, wodurch der Hinweis auf vermeintliche Präzedenzfälle in andern Kriegen entkräftet wird . . . Dabei unterstreicht die Bundesregierung das Beispiel aus dem Burenkrieg. Eine derartige Analogie kann aber in Wahrheit kaum erblickt werden, weil Großbritannien damals ein Handelsverbot, wie es die jetzigen rechtswidrigen Maßnahmen des Londoner Kabinetts darstellen, nicht erlassen hat, und in der Behinderung der Zufuhr von Waffen und Munition, deren die Unionsregierung Erwähnung tut, eine kommerzielle Isolierung gewiß nicht gesehen zu werden vermag. Ganz zu geschweigen der Tatsache, daß die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus Österreich-Ungarn im Burenkriege, gleich wie in anderen Kriegen, wo eine solche Ausfuhr überhaupt stattfand, die Grenze der Zulässigkeit niemals überschritten hat. Von einem Ausfuhrverbot, das ein Staat zur Wahrung seiner Neutralität erlassen würde, kann niemals behauptet werden, es sei dies in der Absicht geschehen, eine Kriegspartei zu benachteiligen.“

Ungarische Munizipien.

Es war von großer Bedeutung, daß sich am 1. September die Vertreter der Städte Ungarns und Kroatiens unter Führung des Grafen Tisza und des Banus von Kroatien Baron Skerlecz nach Wien begaben, um dem Monarchen eine feierliche spontane Huldigung darzubringen. Sie wurden zuerst vom österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh also begrüßt: „Ihre patriotische Absicht kann nicht verfehlen, auch in der Brust jedes Österreichers begeisterten Widerhall wachzurufen. Es entspricht dem großen Geiste der Stunde, wenn ich der Überzeugung Ausdruck verleihe, daß der in der Pragmatischen Sanktion niedergelegte erhabene Gedanke der wechselseitigen Verteidigung, der für uns alle das erste Axiom des politischen Denkens bildet, sich gerade in unseren Zeiten wunderbar bewährt hat. Dieser Augenblick bringt uns die wahrhaft providentielle Bedeutung unserer Beziehungen so recht ins Bewußt-

sein. Diese Zeit hat uns wie keine andere gezeigt, was Ungarn und Österreich sich sein können nach der Eigenart und Nachhaltigkeit ihrer inneren Kräfte, nach dem Willen einer vielhundertjährigen Geschichte und dank der Stetigkeit und Treue ihres Zusammenwirkens." Tisza antwortete: „Uns haben Gefühle in Ihren Kreis gebracht, in denen wir uns ganz eins mit Ihnen fühlen. Es ist dies die treue Anhänglichkeit und ehrfurchtsvolle Liebe für die erhabene Person unseres Monarchen; aber auch das innige freundschaftliche Gefühl, welches jetzt an der Schwelle des zweiten Jahres dieses Riesenkampfes uns mit Ihnen verbindet. Wir haben gesiegt, weil wir stark und einig waren, und ich weiß nicht, ob uns die großen Anstrengungen, Leiden und Opfer erspart gewesen wären, wenn wir den Glauben an unsere Kraft, an unsere Einigkeit nicht selbst zerstört hätten durch Anschauungen, welche den Ausdruck von Gegensätzen und Zerfahrenheiten in den Zuständen der Monarchie beim Auslande hervorgerufen haben. Wenn wir jetzt einig sind, so müssen wir es im Frieden bleiben, dann wird die Monarchie dauernd mit Prestige dastehen." Am 2. September hielt Graf Tisza in Schönbrunn folgende Ansprache an den Kaiser und König: „Der Eingebung unseres Herzens folgend erscheinen wir, unseres Herzens, das überschäumt von den Gefühlen der Treue, Huldigung und dankbaren Liebe. Von unseren Vorfahren haben wir diese Gefühle geerbt. Zu schwärmerischer Glut gesteigert hat sie das Bewußtsein alles dessen, was Eure Majestät für uns getan haben, und mit elementarer Macht brechen sie unter den erhebenden Eindrücken der gegenwärtigen großen Zeit aus unserer Seele hervor. Ein Jahr ist es her, daß wir den Kampf gegen die Übermacht der wider uns entfesselten bösen Leidenschaften führen. Aus allen Weltrichtungen sind sie über uns hergefallen, die, unsere Friedensliebe als Schwäche deutend, dachten, die Zeit für unsere Vernichtung sei gekommen ... Gott hat uns nicht verlassen. Wenn heute unsere siegreichen Heere den unzählbaren Heerbann des nördlichen Kolosses immer ferner von den Grenzen unseres Vaterlandes verfolgend schlagen, wenn der niederträchtige Versuch des Meuchelmörders, den in Nöte geratenen Freund rücklings niederzustrecken, an der Felsenfestigkeit eines verhältnismäßig geringen Teiles unserer Wehrmacht zerschellt, so sei dafür Gott Dank gezollt. Unser dankbarer Blick wendet sich sodann dem Wohltäter zu, der dem ungarischen Staate nach Wiedergewinnung seiner Integrität und tausendjährigen Freiheit einen würdigen Platz in der Monarchie sicherte. Jetzt erst können wir ermessen, was aus uns geworden wäre, wenn das auf uns niedersausende Gewitter der Weltereignisse die Monarchie ohne diese innere Verjüngung ereilt hätte. Stark waren wir, weil wir einig sein konnten. Es gab keinen tiefgehenden Gegensatz mehr, um eine Scheidewand zwischen uns aufzurichten, und was inmitten der kleinlichen Sorgen, Kämpfe, Reibungen des Alltagslebens ein Gegensatz zu sein schien, schwand auf das Mahnwort der gemeinsamen Gefahr wie durch einen Zauber dahin. Wir sind seelisch einander näher getreten. Der Parteikampf im Schoße der ungarischen Nation verstummte. Die Unterschiede der Konfession, der Klasse und Nationalität traten zurück. Auf den Kroaten. Schlachtfeldern haben wir uns auch mit der kroatischen Schwesternation zusammengefunden. Wir fühlen, daß wir zueinandergehören ... Unsere Huldigungsfahrt hat uns in die Haupt- und Residenzstadt des anderen Staates Eurer Majestät gebracht. Dieser Krieg hat uns gelehrt, daß wir auch hier unter Brüdern weilen, deren Pflicht die wechselseitige Verteidigung ist und

die ihre Wohlfahrt lediglich in der möglichst freien Kraftentfaltung auch des andern finden können. Auch in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Monarchie hat die gemeinsame Gefahr, die große Kraftprobe des gemeinsamen Daseinskampfes gezeigt, daß alle Symptome der Zersplitterung nur an der Oberfläche haften, das Bewußtsein des Aneinandergewiesenseins aber in den Tiefen wurzelt und in den Augenblicken der Not sich siegreich Geltung verschafft . . . Mit dem Gelöbnis, daß wir die Lehren dieser großen Zeit, auch nachdem sie vorüber sein wird, nicht vergessen, erheben wir unser Dankgebet zu Gott für die Gnade, daß Eure Majestät die siegreiche Rechtfertigung Ihres Lebenswerkes in den Kämpfen dieser großen Zeit erleben durften, und beten zum Allmächtigen, daß Er Eure Majestät in der segensreichen Epoche des dem siegreichen Ausgange des großen Kampfes folgenden ehrlichen Friedens zum Wohle Ihrer Völker erhalten möge." Der Banus von Kroatien und Slawonien schloß seine kroatische Ansprache mit den Worten: „Die ganze kroatische Nation steht in geschlossenen Reihen um den Thron Eurer Majestät." Dann begab sich die Huldigungsdeputation ins Rathaus, wo Bürgermeister Weiskirchner sie begrüßte. Beim gemeinsamen Mittagessen im großen Konzerthaussaale sagte Ministerpräsident Graf Stürgkh: „Mögen die Herren versichert sein, daß wir die Parität der beiden Staaten der Monarchie in jeder Richtung in Anspruch nehmen . . . Was uns noch viel enger verbindet, ist das Blut unserer Brüder und Söhne, das gemeinsam auf den Schlachtfeldern geflossen ist, und nichts wird diesen Kitt in der Zukunft lösen können . . . Beide Staaten der Monarchie, die aufeinander angewiesen sind, haben zusammenzuwirken zum Wohle des Ganzen. Tisza hob es als besonders erfreulich hervor, daß sich dem Festzug nach Wien die Brüder aus Kroatien und Slawonien angeschlossen haben. „Wenn irgend jemand vor diesem Krieg in Ungewißheit gewesen ist über die Stellungnahme des kroatischen Volkes, die Erfahrungen des Krieges haben den wahren Charakter der allgemeinen großen südslawischen Schlagworte gezeigt. Für unsere Brüder in Kroatien gibt es für die Erreichung ihrer wirklichen nationalen Ideale nur eine richtige Basis, die des geschichtlichen Rechtes. Unsere Ideale sind die Anhänglichkeit zum Herrscher und die Liebe zum Vaterlande." Der Banus Skerlecz erwiderte: „Dieser Tag ist der Sieg all jener grundlegenden Prinzipien, welche in der Monarchie und in den beiden Staaten derselben herrschen, da der heutige Tag es glänzend dokumentiert, daß sämtliche Völker unserer Monarchie in der innigsten Eintracht miteinander leben. Ich konstatiere mit freudiger Genugtuung, daß an unserm Feste sämtliche Herren, selbst die von der Opposition teilnehmen und zufrieden sind. Das heutige Fest war der Typus jener Prinzipien, welche wir mit dem Namen Unionismus zu bezeichnen pflegen: Ungarn und Kroatien bilden danach dieselbe Gemeinschaft, in der Kroatien eine separate politische Individualität besitzt und eine separate staatsrechtliche Stellung einnimmt." Alle diese Kundgebungen erscheinen heute (November 1918) in einem sonderbaren Licht.

An der Tagung der deutschen Bezirksobmänner Böhmens in Karlsbad 11. September nahm auch der Statthalter Graf Coudenhove teil. Karlsbad.
Bezirksobmann Köhler (Aussig) als leitender Obmann des Verbandes gedachte der günstigen Kriegslage: „Hochgeachtet steht das alte Reich der Habsburger im Waffenglanze. Gut und Blut fürs Vaterland ist die Losung. Sind wir voll Begeisterung und dankerfüllt für die Wiedergeburt des Begriffes Öster-

reicher, der von nun an wieder einen gewaltig höheren Klangwert und Glanz sich errungen hat, so kann niemand den Deutschösterreichern den Stolz streitig machen, Teile des deutschen Volkes zu sein, deutsch zu fühlen und zu denken. Die Deutschösterreicher sind stolz auf die Weltstellung des Deutschen Reiches, an der auch sie teilhaben. Möge der kommende Friede auch die Beziehungen der beiden Reiche zu beider Heil weiter ausgestalten. Nächst unserm erhabenen Kaiser danken wir dem Deutschen Kaiser Wilhelm für die treue Bundesgenossenschaft."

Masaryk. Gegen Dr. Masaryk, Professor an der tschechischen Universität in Prag, der seit längerer Zeit im Ausland weilte und dort eine unzulässige Agitation trieb, wurde am 28. September die gerichtliche Strafamtshandlung und die Disziplinaruntersuchung eingeleitet und die Suspension von Amt und Gehalt verhängt. Heut ist er der Präsident des fragwürdigen tschecho-slowakischen Staates.

Ungarn. Der ungarische Minister Baron Roszner erging sich in einer Kandidatenrede zu St. Gotthard im Sinne der Wiener Huldigungstage der ungarischen Munizipien und wandte sich auch an seine zahlreichen deutschen Wähler mit den deutschen Worten: „Deutsche und Ungarn waren seit Jahrhunderten, seit Begründung des ungarischen Königreiches mit ihren Interessen stets aufeinander angewiesen. Schon Stephan der Heilige erkannte die Richtigkeit dieses Prinzips, und als er die Wahl hatte zwischen Orient und Okzident, lehnte er sich an Deutschland an und wurde römisch-katholisch, nicht orthodox. Unter ihm kamen deutsche Ritter und Mönche ins Land sowie deutsche Bürger, die hier Städte gründeten. Der Gedanke, daß die Interessen Ungarns mit Deutschland eng verknüpft sind, kam sofort nach Wiederherstellung der ungarischen Verfassung zum praktischen Ausdruck. Bereits in der ersten Delegationssitzung betonte Koloman Tisza, der Vater des jetzigen Ministerpräsidenten, daß Österreich-Ungarn sich nicht mehr danach sehnen dürfe, in den deutschen Bund zurückzukehren, daß es aber mit aufrichtiger Sympathie die neue Entwicklung Deutschlands verfolgen müsse, wenn auch nicht, um in einen Staatenbund mit Deutschland einzutreten, wohl aber, damit beide als freundschaftliche Verbündete die gegenseitigen Interessen überall gegenseitig unterstützen. Es ist das unvergängliche Verdienst Andrassys, das Bündnis mit Deutschland abgeschlossen zu haben. Dieses Bündnis hat jetzt seine Bluttaufe erhalten, und Blut ist der festeste Kitt. Wir müssen siegen oder sterben, denn unsere Niederlage würde eine schmachvolle Knechtschaft bedeuten . . . Nicht nur die Völker Ungarns, auch die Völker beider Staaten der Monarchie haben sich gegenseitig gefunden und verstanden. Das blutige Ringen hat ein Verbrüderungsfest gezeitigt; die ideale Höhe begeisterten Opfermutes zeigt uns deutlich, wie unbedeutend und kleinlich jene Tagesfragen waren, die uns zu entzweien vermochten."

Bulgarien. Der Eintritt Bulgariens in den Krieg bereitete sich vor durch die allgemeine Mobilmachung, die am 21. September verfügt wurde. Offiziell wurde darüber am 24. September folgendes erklärt: „Der Eintritt Bulgariens in die Phase der bewaffneten Neutralität findet seine Erklärung in den Veränderungen, die jüngst in der politischen und militärischen Lage eingetreten sind. Bulgarien hegt keine aggressiven Absichten,

ist jedoch entschlossen, Gewehr bei Fuß seine Rechte und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Gleich Holland und der Schweiz, die nicht zögerten, gleich zu Beginn des Krieges eine solche Haltung einzunehmen, ist Bulgarien angesichts der bei seinen Nachbarn durchgeführten Truppenbewegungen verpflichtet, die bewaffnete Neutralität zu proklamieren, wobei es gleichwohl die Besprechungen und Verhandlungen mit den Vertretern der beiden kriegführenden Gruppen fortsetzt." Serbien rief um Hilfe in England und Frankreich, und sie wurde für den Fall eines Angriffs zugesagt. Der „Matin" schrieb am 30. September: „Wenn die Armeen der Alliierten nach Serbien gingen, so wäre das nur, um es gegen einen doppelten Angriff zu schützen, aber keineswegs, um einen Angriff gegen Österreich-Ungarn auszuführen, woran man zweifellos seit einem Jahr schon öfters gedacht, den man aber aus politischen Gründen stets ausgeschaltet hat." — Auch in Griechenland wurde die Mobilmachung und eine wachsame bewaffnete Neutralität beliebt. Nicht aber in Rumänien, wo dergleichen wohl erwogen wurde.

Eine böse Sache war es, daß die Engländer einem amerikanischen Publizisten James Archibald einen Brief des österreichischen Botschafters in Washington Dumba abnahmen, der an das Ministerium des Äußern in Wien gerichtet war und angeblich davon sprach, daß man durch Herbeiführung von Ausständen in den amerikanischen Kriegswerkstätten gute Wirkungen erzielen könne. Als die Regierung der Vereinigten Staaten von diesem Brief vernahm, richtete sie an das Wiener Ministerium des Äußern eine Note mit der Erklärung, daß der Botschafter Dumba nicht länger in Washington genehm sein könne; sie bat um dessen Abberufung wegen seines inkorrekten Benehmens, wünschte aber sonst die herzlichen, freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich fortzusetzen. In der Tat wurde Dumba zurückberufen „zwecks Beratschlagung", wie es hieß. Er stellte, wie wir sehen werden, die Korrektheit seines Vorgehens fest. Dumba.

Oktober.

Das große Ereignis, das mit dem Oktober eintrat, war der Beitritt Bulgariens zum Bund der mitteleuropäischen Mächte und der Türkei. Bulgarien. Dadurch wurde die Verbindung zwischen Mitteleuropa und dem Osmanenreich ermöglicht und es hätten sich dadurch die reichsten Aussichten für den Krieg und für die weitere Zukunft eröffnet, wenn dieser Vierbund bis zum günstigen Friedensschluß sich ausgewirkt hätte; das war aber leider nicht der Fall.

Zu Beginn des Monats war es den Ententemächten klar, daß Bulgarien nur mobilisiert hatte, um sich an die Seite der Mittelmächte zu stellen, und ihre Vertreter gaben in Sofia Erklärungen folgenden Inhalts ab: „Wenn Bulgarien eine aggressive Haltung annehmen sollte, dann sind wir entschlossen, unseren Freunden auf dem Balkan jede Hilfe

zu gewähren." Der russische Gesandte in Sofia überreichte dem bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow folgende Note am 3. Oktober: „Die Ereignisse, die sich gegenwärtig in Bulgarien abspielen, bezeugen den Entschluß der Regierung, das Schicksal des Landes in die Hände Deutschlands zu legen. Die Anwesenheit deutscher und österreichischer Offiziere im Kriegsministerium und bei den Generalstäben, die Zusammenziehung der Truppen in den an Serbien stoßenden Gebietsteilen und die weitgehende finanzielle Unterstützung, welche das Kabinett in Sofia seitens unserer Feinde angenommen hat, lassen keinen Zweifel mehr über das Ziel der Regierung. Der Vertreter Rußlands, das mit Bulgarien durch die Erinnerung an Bulgariens Befreiung vom türkischen Joche verbunden ist, kann nicht durch seine Anwesenheit Vorbereitungen zu einem brudermörderischen Angriff auf ein slawisches Volk und einen Verbündeten gutheißen. Der russische Gesandte erhielt deshalb den Auftrag, Bulgarien mit dem Personal der Gesandtschaft und der Konsulate zu verlassen, wenn die bulgarische Regierung nicht binnen vierundzwanzig Stunden offen die Beziehungen zu den Feinden der slawischen Sache und Rußlands abbricht." Die Gesandten Frankreichs und Englands schlossen sich diesen Forderungen an. Ferner erklärten sie, daß die früher von den Verbündeten Bulgarien gemachten Vorschläge als null und nichtig betrachtet werden müssen. Da die Antwort der bulgarischen Regierung vom 5. unbefriedigend war, erfolgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Auch der italienische Gesandte schloß sich dem Verlangen seiner Kollegen an, obwohl er keine Note überreicht hatte; der belgische Gesandte tat das gleiche; am folgenden Tag auch der serbische Gesandte. — Da serbische Truppen am 12. und 13. bei Küstendil, Trnn und Bjelogradschik die bulgarische Grenze überschritten und die bulgarischen Truppen angriffen, erklärte die bulgarische Regierung, daß sie sich vom 14. Oktober an im Kriegszustande mit Serbien befinde. Zugleich erklärte der Gesandte in Bukarest, daß Bulgarien eine freundschaftliche Haltung gegenüber Rumänien beibehalten wolle. König Ferdinand erließ am 14. folgendes Kriegsmanifest: „Bulgaren! Ihr alle seid Zeugen der unglaublichen Anstrengungen, die Ich während eines vollen Jahres seit Ausbruch des europäischen Krieges gemacht habe, um dem Balkan den Frieden und unserm Lande die Ruhe zu erhalten. Wir haben uns bemüht, durch die bisher beobachtete Neutralität die Ideale der bulgarischen Nation zu verwirklichen. Beide Gruppen der kriegführenden Großmächte anerkennen das große Unrecht, das uns durch die Teilung Mazedoniens angetan wurde, beide stimmen darin überein, daß Mazedonien zu seinem größten Teile zu Bulgarien gehören müsse. Nur unser treuloser Nachbar Serbien ist unnachgiebig geblieben. Weit entfernt, auf die Ratschläge seiner Verbündeten zu hören, hat es in seiner

Leidenschaftlichkeit und Habsucht unser eigenes Gebiet angegriffen, und unsere Truppen mußten zur Verteidigung unseres heimatlichen Bodens in den Kampf ziehen ... Der europäische Krieg nähert sich seinem Ende. Die siegreichen Heere der Mittelmächte stehen in Serbien und befinden sich in raschem Vormarsch. Unsere Sache ist gerecht und geheiligt. Gott segne unsere Waffen!" In den folgenden Tagen erklärte der ganze Vierverband den Krieg an Serbien.

Ein Erlaß des Zaren besagte am 20. Oktober: „Wir tun allen Unsern getreuen Untertanen zu wissen, daß der Verrat Bulgariens an der slawischen Sache, der mit Treulosigkeit seit Kriegsausbruch vorbereitet wurde, vollzogen ist ... Die Verwirklichung der alten Bestrebungen des bulgarischen Volkes auf Angliederung Makedoniens war Bulgarien auf einem andern Wege, den Interessen des Slawentums angepaßt, zugesichert; aber geheime Berechnungen und Interessen, die von den Deutschen eingegeben waren, und der brudermörderische Haß gegen die Serben blieben Sieger. Bulgarien, unser Glaubensgenosse, seit kurzem aus türkischer Sklaverei befreit durch brüderliche Liebe und das Blut des russischen Volkes, stellte sich offen auf die Seite der Feinde des christlichen Glaubens, des Slawentums und Rußlands. Das russische Volk sieht den Verrat Bulgariens mit Schmerz; mit blutendem Herzen zieht es das Schwert gegen Bulgarien und übergibt das Schicksal der Verräter der slawischen Sache der gerechten Strafe Gottes." Allerdings war ein direkter Angriff Rußlands auf Bulgarien unmöglich, da Rumänien dazwischen lag; die russische Regierung dementierte auch das Gerücht, daß die Absicht bestehe, die rumänische Neutralität zu verletzen, um Bulgarien anzugreifen. Zar.

Über die Vorgeschichte des neuen Balkankrieges ergingen sich sowohl offiziöse russische Stimmen wie auch eine bulgarische Denkschrift. Diese führte aus, daß die Ententestaaten den Krieg zu Zwecken der Eroberung führen, die Türkei, Österreich und Deutschland aber nur zur Verteidigung. „Man hat nicht gehört, daß diese Staaten Ansprüche an fremde Gebiete geltend machten, wie das ihre Feinde taten. Kaum zehn Monate nach dem zweiten Balkankrieg hat Serbien den Völkerkrieg verursacht; dieser Staat kennt in seiner Geschichte kein Ehrgefühl, wohl aber organisierte Morde gegen gekrönte Häupter, Komplotte gegen Monarchien; und als man von ihm über solche gemeine Handlungen, für welche im gewöhnlichen Leben die Todesstrafe gilt, Rechenschaft forderte, fand er mächtige Beschützer, die ihn ermutigten, jede Genugtuung abzulehnen. Auch aus wirtschaftlichen Gründen muß Bulgarien zum Dreibund halten, mit dem es einen blühenden, immer steigenden Handel treibt. Deutschland und Österreich haben auch Bulgarien wirtschaftlich unterstützt. Unser größter Feind ist Serbien; es hat das rein bulgarische Mazedonien unterjocht und verwaltet es auf eine barbarische Weise. Die Sachen liegen so, daß neben einem Großserbien Bulgarien nicht existieren könnte. Aber Rußland will ein Großserbien, das Bulgarien vernichtet, damit Rußland Konstantinopel nehmen kann. Die Russen sind es, die bei uns Putsche, Aufstände, Bürgerkriege hervorrufen. Bulgarien begeht Selbstmord, wenn es sich nicht den Zentralmächten anschließt. Serbien und Rußland haben sich das Recht zugeeignet, die Donau allein auszunützen. Bulgarien.

Die Öffnung der Donau ist für unsern Verkehr mit Österreich notwendig. Sie kann nur mit Gewalt, durch einen Sieg über Serbien und Rußland, durchgesetzt werden. Und die Zentralmächte sind im Begriff zu siegen."

Offensive in Serbien. Das Eintreten Bulgariens in den Krieg wurde unmittelbar veranlaßt durch die neue Offensive der österreichisch-ungarischen und deutschen Heere in Serbien. Nach langer Vorbereitung, nach zerstreutem Geplänkel an verschiedenen Punkten der Grenze erzwangen die Verbündeten am 6. Oktober zwischen der Mündung der Drina und dem Eisernen Tor an zahlreichen Stellen den Übergang über die Save—Donaulinie. Österreichisch-ungarische Truppen der Armee Köveß drangen am 8. Oktober in Belgrad ein und erstürmten das Bollwerk der Stadt, die Zitadelle. Am 9. bahnten sich deutsche Kräfte von Westen her den Weg zum Konak. In erbitterten Straßenkämpfen wurde die Stadt vom Feinde gesäubert, am folgenden und den weiteren Tagen wurden die Höhen südlich der Stadt erstürmt. Am 15. fiel Pozarevac. Am 16. erkämpften sich bulgarische Streitkräfte zwischen Negotin und Strumica an vielen Stellen den Übergang über die Grenzgebirge; sie übersetzten am 17. den Timok und drangen über Egri-Palanka vor. Die Macva war am 19. im Besitz der Verbündeten. Obrenovac wurde genommen. Am 21. war man in Schabatz wieder eingerückt. Die Verbindung mit den Bulgaren war westlich von Negotin am 27. hergestellt: ein denkwürdiger Augenblick. Gleich darauf nahmen die Bulgaren Knjazevac und Zajecar. Auch gegen die Montenegriner kämpfte man südöstlich von Visegrad.

Von diesen bedeutenden Leistungen wurde besonders der Übergang über die Donau militärisch und politisch als hoch bedeutungsvoll gewertet; es war der größte Stromübergang der Kriegsgeschichte überhaupt, ein Wunderwerk soldatischer Tüchtigkeit. Über die Bedeutung der ganzen Aktion schrieb am 28. der italienische „Corriere della Sera": „Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei werden nun für die Kriegführung eine einheitliche Ordnung aller Kriegshandlungen nicht fehlen lassen. Die erste Phase des Balkankrieges ist zum Vorteil des Feindes abgeschlossen und alle Hilfsquellen der vier Staaten können einander ergänzen. Die Türken können nun einen Angriff größeren Stils gegen den Suezkanal, diese Lebensader unseres Verbandes, unternehmen. Demgegenüber darf England nicht zögern, den äußersten Kraftaufwand zu machen, zumal da Italiener, Franzosen und Russen bereits übermäßig an den Heimatsfronten angestrengt sind." — Zum erstenmal seit Kriegsbeginn kam am 29. ein ungarischer Dampfer aus Orsowa in Widdin an.

Der Vierverband hatte sofort die Gefahr der Lage erkannt. Am 3. Oktober waren französische und englische Truppen im griechischen Saloniki gelandet, um Serbien zu unterstützen und ihre Verbindungen mit dem verbündeten Staat aufrechtzuerhalten. Der französische Gesandte in Athen richtete am selben Tag an den griechischen Ministerpräsidenten einen Brief, worin er ihm das mitteilte und die Erwartung aussprach,

Saloniki.

Griechenland werde sich nicht diesen Maßnahmen widersetzen, die im Interesse Serbiens ergriffen wurden, dessen Bundesgenosse es ja gleichfalls ist. Veniselos antwortete mit einem formellen Protest zur Wahrung der Neutralität, war aber im Herzen sehr wohl damit einverstanden. Er legte am 5. in einer stürmischen Sitzung der Kammer die Lage dar, indem er der Ansicht Ausdruck verlieh, durch einen bulgarischen Angriff auf Serbien würde der Casus foederis eintreten. Eigentlich solle Serbien in diesem Fall 150.000 Mann aufstellen; das könne es wohl nicht, aber der Vierverband wolle die fehlenden Kräfte ersetzen. Veniselos bedauerte es sehr, wenn Griechenland in einen Gegensatz zu den Zentralmächten geriete, die er wegen ihrer kulturbringenden Tätigkeit verehre, die aber leider Bundesgenossen der Türkei seien, deren Interessen mit den griechischen im Widerspruche stünden. Sonderbarerweise hielt er es nicht für ausgeschlossen, daß Griechenland an der Seite Serbiens gegen Bulgarien eingreifen könne, ohne daß dies formell den Kriegszustand zwischen Griechenland und den Zentralmächten bedeuten müsse. Der frühere Ministerpräsident Gunaris entgegnete, der Vertrag mit Serbien sei nichtig, da der Casus foederis nicht weniger als viermal eingetreten sei, ohne daß er eingehalten wurde. Griechenland würde seinem Untergang entgegengehen, wenn es jetzt in den Krieg einträte. Veniselos wurde auch sonst angegriffen, weil er gegen die Brutalität der Entente nicht energisch genug gewesen sei; ja er habe geradezu die Landung der fremden Truppen provoziert durch seine Anfrage, ob die Entente die mangelnden serbischen Truppen ersetzen wollte. Veniselos mußte zurücktreten; es bildete sich am 7. Oktober ein neues Kabinett Zaimis-Gunaris, doch teilte man den Verbandsmächten mit, wohlwollende Neutralität bewahren zu wollen. Freilich war es nun eine bewaffnete Neutralität. Veniselos blieb in einer Kammerrede vom 12. bei seiner Ansicht, man dürfe Bulgarien nicht gestatten, Serbien niederzuwerfen, sonst würde auch der Hellenismus vernichtet werden. — Als der Krieg wirklich am 14. Oktober ausbrach, anerkannte die griechische Regierung nicht den Casus foederis; denn der griechisch-serbische Vertrag sei rein balkanischer Natur und sehe nicht den Fall vor, daß Großmächte eingriffen. Der gegenwärtige Konflikt sei kein Balkankrieg, sondern eine Episode des allgemeinen Weltkriegs; Griechenland, das mit Serbien verbündet bleibe, glaube, daß seine wachsame bewaffnete Neutralität den Interessen beider Länder diene. Außerdem hatte Griechenland die Ausrede, Serbien habe die Beziehungen zu Bulgarien abgebrochen, ohne sich mit dem verbündeten Griechenland zuvor verständigt zu haben.

Griechenland.

Die Entente hatte vergebens Griechenland ganz zu sich herüberzuziehen gesucht. Es hieß, daß England ihm Zypern angeboten habe, auch Jonien, Zypern.

die serbischen Bezirke am unteren Wardar, die bulgarische Küste am Ägäischen Meer mit Porto Lagos und Dedeagatsch. Da England Ägypten annektiert hatte, hatte es nicht mehr das gleiche Interesse an dem Besitze Zyperns wie früher. Grey bestätigte die Tatsache dieses Angebots von Zypern am 26. Oktober, teilte auch mit, daß Griechenland sich dennoch nicht in der Lage sah, Serbien zu unterstützen. — Der französische Ministerpräsident Viviani entschuldigte am 12. Oktober in der Kammer den Bruch der griechischen Neutralität: „Man wagte es, unser Vorgehen mit jenem Deutschlands zu vergleichen, als es die Neutralität Belgiens verletzte. Aber die Bedingungen, unter denen wir in Saloniki landeten, sowie der Empfang, der uns bereitet wurde, genügen, um die Unsinnigkeit dieser Anschuldigungen zu beweisen ... Niemals war die Übereinstimmung zwischen den Alliierten enger, niemals hatten wir größeres Vertrauen in den gemeinsamen Sieg.“

In England regte man sich doch ein wenig über den Balkankrieg auf. Staatssekretär Grey führte am 14. Oktober im Unterhaus aus: „Beim Ausbruch des Krieges wünschten wir, daß er sich nicht ausbreite. Unglücklicherweise war die Stimmung auf dem Balkan nicht für die Einigkeit, sondern für den schärfsten Zwiespalt. Wieder steht Serbien einer Krise gegenüber und begegnet ihr mit glänzendem Mute. Serbien kämpft um seine nationale Existenz. Aber auf welchem Schauplatz immer die Kämpfe stattfinden, der Streit ist ein und derselbe; auch die Entscheidung wird für alle dieselbe sein. Nur über griechisches Gebiet hinweg können wir Serbien rasche Hilfe bringen. Die Alliierten haben alle verfügbaren Truppen nach Saloniki gesandt. Griechenland erhob Einspruch; daß aber die Hilfe willkommen war, ging aus allen Umständen beim Empfang der Truppen hervor.“ — Lord Crewe nannte im Oberhaus am 15. den neuen Feldzug in Serbien und das Bündnis Bulgariens mit den Mittelmächten ein widriges Ereignis. Lord Morley fürchtete, daß man mit dem neuen Feldzug die Kräfte zu sehr zersplittere, die an der entscheidenden Westfront gebraucht werden. Minister Lord Landsdowne erklärte die Lage für äußerst kritisch. Neben dem Eintritt Bulgariens in den Krieg sei auch die Haltung Griechenlands ein ernster Faktor. Man werde versuchen, die englischen Truppen dazu zu verwenden, daß sie den Durchzug der Mittelmächte durch Bulgarien hindern. — Man wollte auch Italien zum Krieg gegen Bulgarien heranziehen, aber es weigerte sich dessen; der italienische Ministerrat beschloß am 21. Oktober eine abwartende Haltung gegenüber den Balkanereignissen.

Angesichts der Verletzung der griechischen Neutralität bezeichnete der deutsche Staatssekretär v. Jagow am 16. den Entrüstungssturm über den deutschen Einmarsch in Belgien als Schwindel. Bei Deutschland zwang die Notwehr, dagegen geschehe die Landung in Saloniki lediglich aus Opportunität. Er stellte fest, daß man in England 1887 bereit war, Deutschland das Durchgangsrecht durch Belgien zu gewähren gegen die Zusicherung, den Besitzstand nach dem Kriege nicht antasten zu wollen. Man war auch damals der Ansicht, daß für England keine vertragsmäßige Verpflichtung bestehe, für die Neutralität Belgiens einzutreten.

Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow äußerte sich am 22. Oktober hoffnungsvoll über die baldige Beendigung des Krieges. Die Hilfe der Verbandsmächte für Serbien dürfte zu spät erfolgen. Abgesehen von den Transportschwierigkeiten, und selbst wenn Griechenland sich eine

noch brutalere Verletzung der Neutralität gefallen läßt, dürften die Inder, Australier, Senegalneger und sonstigen Kolonialtruppen, mit denen England und Frankreich den Serben zu Hilfe kommen wollen, in Mazedonien mit seinem rauhen Klima ebenso nutzlos geopfert werden wie an den Dardanellen.

Graf Tisza meinte am 30. Oktober: „Unser Sieg auf dem Balkan bedeutet den Niederbruch und den Sturz jener politischen Richtung, welche die Balkanvölker und ihre Staaten fremden Zwecken fremder Großmächte dienstbar zu machen suchte. Die Lösung des Balkanproblems, die wir bezwecken, strebt das natürliche Gleichgewicht der mit uns in Freundschaft und Frieden lebenden Balkanvölker an und die Wahrung ihrer Freiheit und friedlichen Entwicklung; sie bedroht kein anderes Volk. Die richtige Erkenntnis dessen brachte Türken und Bulgaren in unseren Bund." Dieser Bund wurde noch dadurch befestigt, daß die Türkei ein im letzten Balkankrieg den Bulgaren abgenommenes Gebiet teilweise zurückgab. Tisza.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" polemisierte am 4. Oktober gegen Barzilai und stellte fest, daß Italien nach dem Dreibundvertrag jedenfalls zur wohlwollenden Neutralität verpflichtet gewesen wäre, selbst wenn die italienische Regierung die Überzeugung gehabt hätte, daß ein deutsch-österreichischer Aggressivkrieg vorlag. Das habe auch San Giuliano am 3. August 1914 ausdrücklich anerkannt.

Da im Ausland Gerüchte auftauchten, als ob Österreich sich noch immer bereitfinden könnte, dem Königreich Italien bei einem Friedensschlusse jetzt oder später irgendwelche Gebietsabtretungen zu bewilligen, wurde dem amtlich mit aller Entschiedenheit entgegengetreten.

Die italienischen Sozialisten der Kammerfraktion erklärten sich gegen die Politk Salandras (31. Okt.); sie sagten, der Krieg diene der Regierung als Vorwand für militärisch unbegründete Einschränkungen der privaten und öffentlichen Freiheit. Internierungen und Ausweisungen erfolgten als parteiische Repressalien. Die Zensur diene skrupellosen Machenschaften. Die Regierung dulde die planmäßige und schrankenlose Bekämpfung des Parlaments; sie schone bei fiskalischen Maßnahmen die großen Einkommen, ermögliche skandalöse Gewinne der Heereslieferanten und handle somit der nationalen Eintracht entgegen. Jede Erweiterung des Krieges auf neue Kriegsschauplätze sei zu bekämpfen. Die balkanischen Hypothesen, die zu Italiens Eingreifen in den Krieg führten, seien zusammengestürzt. Sie verlangten die Herbeiführung eines gerechten Friedens und der Völkerfreiheit.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wies am 11. Oktober auf einen Artikel des belgischen Sozialisten Vandervelde in der Münchener Wochenschrift „März" vom 10. Januar 1914 hin. Danach legten 1912 verschiedene Mächte der belgischen Regierung nahe, daß man sich nicht mehr für fähig halte, im Notfall eine Verletzung der belgischen Neutralität zu verhindern; daher könnten es Frankreich oder England im Kriegsfall für angezeigt halten, Deutschland zuvorzukommen. Ferner wurde festgestellt, daß Deutschland nicht frivol in den Riesenkampf gezogen sei, sondern von Anfang an sich der Größe der Gefahr bewußt, aber überzeugt von der Gerechtigkeit seiner Sache. Von deutscher Seite hörte man bei Beginn des Krieges kein Wort eines leichtfertigen Optimismus. Die englische Regierung schätzte dagegen in verhängnisvoller Verblendung das Risiko für England nicht allzu hoch ein. Man denke an Greys zynische Kriegsbegründung. Die verächtliche Heuchelei Vandervelde.

des belgischen Neutralitätsschutzes wird durch die englische Landung in Griechenland bloßgestellt. England betrauert Zehntausende seiner Söhne als Opfer der Politik von Asquith und Grey. Der Nimbus der Seeherrschaft Englands ist vernichtet, die Legende von seiner Unangreifbarkeit ist zerstört, der englische Kredit ist auf das schwerste erschüttert. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schließt am 12. Oktober: „Zu den vielen Symptomen für die Beurteilung der Frage, auf welcher Seite Recht und Unrecht liegt, gehört das Bemühen unserer Gegner, der öffentlichen Meinung in den eigenen Ländern die Wahrheit vorzuenthalten. Wie die Kriegsberichte seiner Gegner übergibt Deutschland auch deren politische Kundgebungen ausnahmslos im vollen Wortlaut der Öffentlichkeit. Für das gegenteilige Vorgehen der Ententemächte, insbesondere Englands, gibt es nur eine Erklärung, nämlich: schlechtes Gewissen."

Delcassé. Der französische Minister des Äußeren Delcassé überreichte am 13. sein Rücktrittsgesuch, angeblich wegen Gesundheitsrücksichten, in Wahrheit wegen Meinungsverschiedenheiten, weil er mit der Expedition nach Saloniki nicht einverstanden war. Darüber wurde in der Kammer aufgeregt verhandelt. Ministerpräsident Viviani verweigerte nähere Erklärungen, angesichts der vorliegenden „tragischen Umstände". Er hielt es auch für notwendig, telegraphisch die englische, die russische und italienische Regierung über die fortgesetzte Bundestreue zu beruhigen. Indessen brachte dieser Zwischenfall bald darauf, 29. Oktober, den Rücktritt des ganzen Kabinetts Viviani mit sich. Briand bildete ein neues Koalitionsministerium wie in England mit Freycinet, Bourgeois, Combes, Guesde, Denys-Cochin. Viviani blieb als Justizminister und Vizepräsident. Das neue Kabinett galt als persönliche Schöpfung Poincarés, der gegen Gewohnheit die Präsidenten des Parlaments nicht um Rat fragte. Die sozialistische Partei gestattete ihren Mitgliedern Sembat, Guesde und Thomas den Eintritt in das neue Kabinett unter der Bedingung, daß es auf Eroberungen und Annexionen verzichte, ein Gesetz zur Beschränkung der Kriegsgewinne einbringe und die Zensur für politische und militärische Nachrichten einschränke. Wieder wurden Telegramme ausgetauscht. An der Ernennung Cambons zum Generalsekretär des Äußern wurde in Italien Anstoß genommen, weil er bei Kriegsbeginn auf die Frage, warum Frankreich Rußland helfe, geantwortet habe: Wir sind doch keine Italiener!

(Randnotiz neben „Kabinetts Viviani": Briand.)

In England trat am 15. der Attorney-General Carson von der Regierung zurück, da er mit den Maßregeln des Kabinetts auf dem Balkan, mit dem Bruch der griechischen Neutralität, keineswegs einverstanden war.

In Rußland bereiteten die Verbände der Rechten eine rücksichtslose Reaktion vor. Ein sozialistischer Aufruf rief die Proletarier zum Kampf gegen die Bedrohung der Freiheit durch das Vorwärtsdringen Deutschlands auf.

Im Finanzausschuß der Münchener Kammer der Abgeordneten wurde am 7. Oktober die Römische Frage behandelt. Man wies auf die gut nationale Gesinnung der deutschen Jesuiten hin; die Römische Frage sei die Notwendigkeit, die territoriale Unabhängigkeit und volle Souveränität des Papstes zu sichern, ohne daß dabei an den mittelalterlichen Kirchenstaat gedacht zu werden brauche. Ferner wurde die künftige politische und wirtschaftliche Annäherung an die verbündeten Staaten, die künftige Bedeutung des Verkehrs auf der Donau, die Förderung des bayerischen Lloyds, der weitere Ausbau der Verbindung von Donau und Rhein besprochen. Römische Frage.

Im englischen Unterhaus fragte Bryce am 28. Oktober, ob inoffizielle Verhandlungen zwischen verantwortlichen Personen in London und Berlin wegen des Abschlusses eines baldigen Friedens stattfanden, ob in derselben Absicht durch einen offiziellen Vertreter irgendeiner neutralen Macht Erkundigungen eingezogen worden seien. Im Namen des Ministerpräsidenten Asquith erklärte Lloyd George, man denke nicht daran, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, außer im Einvernehmen mit den Alliierten und in Übereinstimmung mit dem Abkommen vom September 1914. Er wisse nicht, worauf die Frage hinauswolle.

Die Lage am Balkan wurde in London sehr ernst aufgefaßt. Der unionistische Abgeordnete Amery sagte am 10.: „Unsere Lage an den Dardanellen war schon schwierig genug; wenn nun die Deutschen die Verbindung mit der Türkei herstellen, würden die Türken Ägypten angreifen können. Ägypten und Indien würden deutschen Agenten, deutschen Geschützen und türkischen Truppen offen stehen, und Deutschland würde Rohstoffe aus Asien beziehen. Der Schriftsteller Seton Watson meinte (14. Okt.): „Wenn Serbien unterginge, wäre die Türkei gerettet und die Dardanellen wären für uns verloren. Unsere Stellung in Ägypten wäre zu Ende, die in Mesopotamien bedroht. Jeder Basar Indiens würde von dieser Nachricht widerhallen und Persien in Waffen stehen.“

Die Offensive gegen Rußland war auf der ganzen Linie bis hinauf im Raume vor Riga zum Stillstand gekommen. Nachdem die verbündeten Truppen Südostgalizien und die Bukowina von der Fremdherrschaft befreit hatten, erwuchs ihnen eine hohe kulturelle Aufgabe. Vor allem war die Bestellung der Felder nötig, später die Einbringung der Ernte. Oft schon knapp hinter der Kampflinie, noch im Wirkungsbereich des feindlichen Feuers, begann die Kulturarbeit der Truppen. Den Dnjestr und den Pruth entlang arbeiteten Tausende von Soldaten in den eroberten Gebieten als Feldarbeiter. Tausende von Pferden und Fuhrwerken stellte die Armee zu Anbau- und Erntezwecken zur Verfügung. Der Erfolg dieser Arbeit war, daß ein Großteil der Ernte unter Dach und das Land aufs neue bestellt war. Die technischen Truppen stellten die beschädigten oder zerstörten Straßen, Brücken und Eisenbahnen wieder her oder bauten neue. Im schwierigen Waldgebirge der Karpathen wurden dort, wo früher nur schmale Fußwege bestanden,

Fahrstraßen gebaut. Auch die Trinkwasserfrage, die bisher in dem oberen Teil Ostgaliziens eine stete Kalamität bildete und der Herd fast nie erlöschender Epidemien war, fand im Bereich der Armee Pflanzer eine energische Lösung. Die Choleragegenden wurden durch systematische Impfungen saniert. Mühlen, Erdölanlagen wurden mit militärischen Mitteln rasch wiederhergestellt.

An die Stelle der bisher hechtgrauen Uniformen traten durch österreichische Verordnung vom 16. August feldgraue mit grünem Unterton.

Die Russen bauten die neue Eisenbahnlinie von Petersburg an den Hafen Ekaterina am nördlichen Eismeer, der das ganze Jahr eisfrei ist; sie sollte anfangs November für militärische Zwecke eröffnet werden. Beim Bau waren unter Leitung amerikanischer Ingenieure zehntausend Mann, meist Kriegsgefangene, beschäftigt. Der Bau dauerte sechs Monate. In Ekaterina wurden große Kais und Lagerhäuser errichtet.

An der italienischen Front flammte gegen Ende Oktober nach Isonzo. unablässigen Einzelkämpfen eine große dritte Isonzoschlacht auf. Immer wieder traten dieselben Namen von umstrittenen Örtlichkeiten auf, deren Aufzählung den unveränderten Besitz der österreichischen Stellungen bewies und die Entschlossenheit der Truppen, das allen teure Grenzgebiet gegen den räuberischen Einfall des verhaßten Feindes zu behaupten. Die Schlacht begann am 18. und steigerte sich bis zum 28. Die Italiener wollten den Görzer Brückenkopf um jeden Preis erobern. Aber alles „Trommelfeuer" nützte nichts. Vergebens wurde der Monte Sabotino angegriffen, vergebens auf der Podgora vorgestoßen. Die Angriffe gegen die Hochfläche von Doberdo und die gegen den Monte San Michele brachen bald zusammen, ebenso die Vorstöße bei San Martino und im anschließenden Abschnitte bis zum Monte dei sei Busi, bei Selz, vor dem Tolmeiner Brückenkopf, nördlich davon bis zum Krn, am Mrzli Vrh, im Abschnitt von Plava, bei Zagora.

Auch an der französischen Front hatten die mit so großen Erwartungen unternommenen Angriffe keinen Erfolg. Es wurde ein charakte-Joffre. ristischer Befehl des französischen Generals Joffre vom 14. September bekannt; er war an die kommandierenden Generale gerichtet und lautete: „Der Geist der Truppen und ihr Opfermut bilden die wichtigste Bedingung des Angriffs. Der französische Soldat schlägt sich um so tapferer, je besser er die Wichtigkeit der Angriffshandlungen begreift. Auf dem französischen Kriegsschauplatz zum Angriff zu schreiten, ist für uns eine Notwendigkeit, um die Deutschen aus Frankreich zu verjagen. Außerdem wird ein glänzender Sieg über die Deutschen die neutralen Völker bestimmen, sich zu unseren Gunsten zu entscheiden . . . Der gegenwärtige Zeitpunkt ist für einen allgemeinen Angriff besonders günstig. Einerseits landeten Kitcheners Armeen in Frankreich, anderseits zogen die Deutschen von unserer Front Kräfte an die russische Front. Die Deutschen haben nur sehr dürftige Reserven hinter der dünnen Linie ihrer Grabenstellung . . . Es wird sich darum handeln, ohne Ruhe, Tag und Nacht durchzustoßen über die zweite und dritte Linie bis in das freie Gelände. Alles sichert den Erfolg." Diesen Befehl brachte jeder Oberst zur Kenntnis der Unterkommandanten, damit diese den Leuten

begreiflich machen sollten, daß durch ihre Anstrengung der Krieg mit einem Schlage zu Ende sein kann. Gleichzeitig ließ der englische Oberkommandant erklären, „daß vom Ausgang dieser Schlacht das Schicksal der kommenden englischen Generationen abhängt". Das Ergebnis dieses am 25. September begonnenen Angriffes war aber höchst unbedeutend. An der ganzen 840 Kilometer langen Front wurde nur eine Strecke von 23 Kilometer Breite, eine andere von 12 Kilometer aus der ersten in die zweite Linie gedrückt, die aber noch nicht die letzte war. Die Verluste der Angreifer betrugen 190.000 Mann, die der Deutschen noch nicht das Fünftel dieser Zahl. Die „Times" gaben am 20. Oktober zu: „Die große Offensive ist endgültig eingestellt; ihre Opfer sind gerechtfertigt durch die damit erzielte Erleichterung für die Russen. Die Situation ist schwierig, begründet aber nicht Mutlosigkeit." Französische Offensive.

In England erörterte man immer dringender die Wehrpflicht. Man gab hunderttausende Pfund Sterling aus, um dafür Propaganda zu machen. Die Geldgeber wünschten auch den Dienstzwang für Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnen und wollten den Militarismus einführen. Dagegen wandte sich der britische Bergmannsverband 6. Oktober: niemand habe das Recht, die Arbeiter zur Dienstpflicht zu zwingen, solange nicht der Grundbesitz und das Kapital verstaatlicht seien. Einstweilen versuchte noch Lord Derby Freiwillige zu werben, allerdings mit starkem Drucke. Eine königliche Botschaft vom 22. Oktober wandte sich an das Volk gegen den „mächtig organisierten Feind, der das Völkerrecht mit Füßen tritt ... Ich bin stolz auf die Antwort meiner Untertanen auf der ganzen Welt ... Aber das Ende des Krieges ist noch nicht in Sicht. Es sind mehr Leute nötig ... In früheren Zeiten ließ der dunkelste Augenblick bei uns stets den mächtigsten Entschluß reifen. Ich ersuche euch, Männer aller Klassen, euch freiwillig zu stellen ..." Es hieß, daß Kanada im Dezember insgesamt 200.000 Mann, bis Frühjahr insgesamt 250.000 aufgestellt haben werde; mehr auszurüsten und auszubilden sei nicht möglich. — Der König von England kam am 26. an der Front mit Poincaré zusammen. Dabei hatte er am 29. den Unfall, vom Pferd zu stürzen und sich eine schwere Quetschung zuzuziehen. Das Pferd scheute sich vor den Hurrarufen der Truppen und ihrem Mützenschwenken. Am 30. kam Generalissimus Joffre nach London zu einer Unterredung mit Kitchener über die Maßnahmen auf dem Balkan.

Der amerikanische Kriegskorrespondent Oberst Edwin Emerson sprach am 9. Oktober in Berlin über seine Erfahrungen mit der englischen Kriegszensur. Von achtundsiebzig seiner Kriegsdepeschen aus Deutschland kamen nur vier in Amerika an, eine davon vom englischen Zensor vollständig gefälscht, so daß sie einen richtigen deutschen Sieg in eine falsche deutsche Niederlage verwandelte. Die deutsche Zensur habe dagegen alles durchgelassen. Für die deutsche Sache sei es freilich um so besser, je beschränkter und dümmer die Feinde sind.

Es fanden neuerliche Angriffe deutscher Luftschiffe auf London und Ipswich statt. Der Tauchbootkrieg ging weiter, aber mit Rücksichtnahme auf Amerika. Graf Bernstorff teilte dem Staatssekretär Lansing mit, die neuen Befehle des Kaisers an die Tauchbootkommandanten seien so bestimmt, daß eine Wiederholung des Vorfalls mit der „Arabic" ausgeschlossen sei. Gerechte Empörung erregte die Tatsache, daß die Mann-

„Baralong." schaft des britischen Kriegsschiffes „Baralong" auf Befehl ihres Kommandanten elf Mann eines deutschen Tauchboots ermordete; die „Baralong" hatte zudem die amerikanische Flagge mißbraucht. — Die amerikanische Note an England über die Blockade der deutschen Häfen und die Beschlagnahme amerikanischer Ladungen erklärte die königlichen Verordnungen für völkerrechtswidrig und nichtig und forderte nachdrücklich die Freiheit der Meere für Güter, die keine Konterbande sind. Daneben aber kam eine Flottille neuer amerikanischer Unterseeboote herüber, die mit eigener Kraft, begleitet von einem Kanonenboot und einem Hilfskreuzer, die Reise an der Oberfläche vollführten.

Japan, England, Frankreich und Rußland schlossen, wie es hieß, ein Abkommen über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Finanzen und der Herstellung der Munition. Dagegen wehrte sich Japan entschieden, militärische Hilfe nach dem Balkan zu senden; man beobachtete vielmehr in Japan die heikle Lage in China und die Möglichkeit von Unruhen in Indien.

In Südafrika hatte Botha mit den deutschfreundlichen Gefühlen der Buren zu rechnen, die, durch den Weltkrieg in Aufregung, immer zu bewaffnetem Protest und zur Revolution bereit schienen. Die Wahlen wiesen aber doch eine große Mehrheit für Bothas imperialistische Politik auf.

Türkei. In der Sitzung der türkischen Kammer am 6. Oktober sagte Präsident Halil Bey: „Wir werden nicht sterben, wir werden leben; der Weg, den wir einschlagen, ist der Weg der Befreiung für immer ... Eines der wichtigsten Ergebnisse dieses Krieges wird die Schaffung einer furchtbaren Gruppe sein, die sich von der Nordsee bis zum Indischen Ozean erstrecken wird. Diese mächtige Gruppe wird für alle Zeiten die Menschheit gegen den Egoismus Englands, die russischen Gelüste, die französische Revancheidee und italienische Tücke schützen, die die Ursache der Vernichtung so vieler Menschenleben und so vieler Vermögen gewesen sind." — Dann sprach der Kriegsminister Enver Pascha: „Wir taten alles mögliche, um zu vermeiden, in einen Krieg verwickelt zu werden. Aber unsere Feinde, seit langem bereit, in unser Gebiet einzufallen, suchten nur den günstigen Augenblick für die Durchführung ihrer Pläne ... Die Unternehmung gegen Ägypten gab uns die feste Überzeugung, daß hier ein Erfolg möglich sein wird. Engländer und Franzosen konnten ebensowenig wie die Russen, trotz ihrer gewaltigen Mittel, etwas erreichen. Wir haben zwei Millionen Soldaten ins Feld gestellt, wir operieren mit den gewöhnlichen vorschriftsmäßigen Jahrgängen, während die feindlichen Länder bereits spätere Jahrgänge einstellen. Heute kann nichts den deutschen und österreichisch-ungarischen Waffen widerstehen. Jetzt werden die drei verbündeten Armeen, welche siegreich gegen acht Verbündete kämpfen, mit Hilfe Gottes den schließlichen Erfolg erreichen ... Jeder einfache Soldat weiß, daß er nicht nur für die dreißig Millionen Ottomanen kämpft, sondern auch für

die dreihundert Millionen Muselmanen." — Die Kämpfe an der Dardanellenfront verliefen andauernd für die Gegner so ungünstig, daß General Hamilton von Gallipoli zurückberufen wurde, weil die Ergebnisse der Unternehmung den großen Verlusten nicht entsprachen. Man verstärkte dafür die Stellung in Saloniki. — Am 10. August wurde auch die Insel Milo (Melos) von englisch-französischen Truppen besetzt. Gallipoli.

Der spanische Ministerpräsident Dato erklärte in einer Rede über die internationale Lage, das Volk und der König wünschten, daß die kriegführenden Parteien die Friedenskonferenz in Spanien abhielten. „Die Lage und die Geschichte Spaniens sowie seine korrekte Neutralität nötigen uns, beim Abschluß des Friedens weitsehende Energie zu entfalten, um unsere Politik in neue Bahnen zu leiten; denn wir können nicht weiter isoliert bleiben."

Präsident Wilson erklärte am 12. im Verband vaterlandsliebender Frauen, die Vereinigten Staaten müssen trachten, vom Kriege verschont zu bleiben, nicht um Schwierigkeiten zu vermeiden, sondern um im Besitze der Grundlagen zu bleiben, auf welchen der Friede wieder aufgebaut werden muß. Dabei wurde aber doch Heer und Flotte beträchtlich vermehrt. Es wurden zehn neue Dreadnoughts, sechs Schlachtkreuzer, viele Unterseeboote und Zerstörer vorgesehen. Wilson.

Es wurde der Brief des österreichischen Botschafters Dumba bekannt, den er zu seiner Verteidigung an den amerikanischen Staatssekretär Lansing schickte; darin hieß es: „Da der österreichisch-ungarische Botschafter in Washington sich seit Monaten in der phänomenalen Lage befindet, überhaupt nicht mit seiner Regierung privatim verkehren zu können, während unsere Feinde die Erlaubnis haben, alle Kabel ohne Zensur für ihre geheimen Chiffredepeschen zu benützen, bekam ich jetzt von Ihrem Ministerium gnädig die Erlaubnis, durch die deutsche Botschaft mit meiner Regierung in Verbindung zu treten, aber nur insoweit, daß ich um Urlaub nachsuchen durfte, um meiner Regierung meine Haltung zu erklären. Es ist mir nicht erlaubt, meiner Regierung mitzuteilen, daß ich durchaus nicht zugebe, gegen die Gesetze verstoßen zu haben. Ich erhielt von meiner Regierung den Befehl, die hier ansässigen Landsleute auf unser Militärstrafgesetzbuch aufmerksam zu machen, wonach die Beteiligung an der Munitionsherstellung für feindliche Länder schwer bestraft wird. Infolgedessen wurde ich instruiert, jedes passende Mittel anzuwenden, um unsere Landsleute davor zu bewahren... Der einzige Vorschlag, dem ich meinem Auswärtigem Amt unterbreitete, war, daß eine Proklamation an unsere Landsleute erlassen wird und daß die Proklamation in Munitionsfabriken und Zeitungen bekanntgegeben wird und daß einige Arbeitsnachweise errichtet werden, um den Landsleuten neue Beschäftigung zu beschaffen. Für diese Zwecke forderte ich 60.000 Mark. Die geringe Summe zeigt, was es mit der ‚ganz Amerika umfassenden Verschwörung' auf sich hat, deren Sie mich bei meiner Regierung beschuldigen, ohne mich zu befragen, obwohl noch nicht ein Pfennig für diese Propaganda ausgegeben war. Was den Vorwurf betrifft, daß ich den Brief durch den Amerikaner Archibald schickte, so muß ich die Aufmerksamkeit auf die traurigen Zustände Dumba.

lenken, unter denen die Vertreter unserer Länder infolge der Handlungsweise Ihrer Regierung sich hier befinden.“ Der Brief schloß mit Versicherungen der Hochach.ung für das amerikanische Volk, das an diesen unwürdigen Zwischenfällen nicht schuld sei. — Es wurde auch des österreichisch-ungarischen Ministers Burian Schreiben an den Botschafter der Vereinigten Staaten Penfield bekannt; Burian erklärte, davon Kenntnis zu nehmen, daß Dumba in Washington nicht mehr genehm sei, doch fand er es unzulässig, daß die Unionsregierung Kritik an der Korrespondenz eines fremden Botschafters übe. Dumba traf am 26. Oktober in Wien ein.

Wappenfrage. Am 11. Oktober erfolgte eine Neuregelung der lange schwebenden österreichisch-ungarischen Wappenfrage. Das Neue war, daß den beiden bisher unverbundenen Wappenschilden von Österreich und Ungarn in der Mitte das Hauswappen des Kaiserhauses verbindend aufgelegt wurde mit der Umschrift aus der Pragmatischen Sanktion von 1722/23 „Indivisibiliter ac inseparabiliter“. Dies neue Wappen hatte allerdings zwei Fehler: es fehlte im kleinen ungarischen Wappen das kroatische, das niemals fehlen durfte; auf Betreiben der Kroaten wurde dieser Mangel auch behoben. Der andere Fehler, daß das Hauswappen eine Königskrone statt der Kaiserkrone trug, blieb unbehoben wegen der Indolenz und Verständnislosigkeit der österreichischen Regierungsstellen, obwohl ich darauf wiederholt literarisch und auch amtlich aufmerksam machte. Die Sache ist gegenwärtig (November 1918) freilich nicht mehr praktisch, kann es aber bald wieder werden. — Für die Flagge der Kriegsmarine blieb das rotweißrote Flaggentuch; darin sollte neben dem Schild und Wappen „Haus Österreich“ (rotweißrot) das althistorische rotweiße ungarische Wappen sich zeigen. Das österreichische Wappen bedeutet die silberne Donau in der roten Ackererde, das altungarische die vier silbernen Flüsse Donau, Theiß, Drau und Save in derselben roten Erde, wenn wir von andern anekdotischen Deutungen absehen.

Eine gemeinsame Ministerkonferenz in Wien 7. Oktober befaßte sich vor allem mit dem gemeinsamen Budget.

Görz. Der adelige Gutsbesitz von Görz und Gradiska erschien in Deputation unter Führung des Freiherrn v. Locatelli und des Landeshauptmanns von Görz Msgr. Faidutti am 8. Oktober beim Ministerpräsidenten Stürgkh mit einer Adresse, in der den Gefühlen unwandelbarer Treue Ausdruck gegeben wurde; man erklärte sich bereit, in angestammter Loyalität mit Gut und Blut für Kaiser und Reich gegen den Erbfeind einzustehen, der seine Hand nach diesem schönen Land auszustrecken sich vermaß. Es wurden dabei auch die wirtschaftlichen Interessen des Landes besprochen. Auch von Seite des dalmatinischen Landesausschusses erfolgte am 13. Oktober zu Zara eine Loyalitätskundgebung.

Masaryk. Professor Masaryk wurde an der Londoner Universität als Lehrer für slawische Studien angestellt.

Am 21. Oktober feierte man in Deutschland den Hohenzollerntag, da vor fünfhundert Jahren der erste Hohenzoller die Erbhuldigung auf dem Landtag in Berlin entgegennahm und hiedurch in den Besitz der Mark Brandenburg gelangte.

Einige Tage, nachdem die Regierung Carranzas von den Staaten Amerikas anerkannt wurde, wurde der Präsident Mexikos ermordet.

Die Bewegung in China zur Wiederherstellung der Monarchie wurde von den fremden Mächten, die China schwach und daher als Republik erhalten haben wollten, also besonders von Japan, England und Rußland bekämpft. China.

November.

Immer wieder tauchten Friedensgerüchte auf. So hieß es, daß einige Mitglieder des deutschen Reichstags in Amsterdam waren und dort als die vom Reichskanzler bezeichneten Bedingungen angaben: Erwerbung der belgischen Maaslinie durch Deutschland sowohl vom militärischen als industriellen Gesichtspunkt, Annexion Kurlands, 30 Milliarden Mark. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ stellte das am 3. November durchaus in Abrede; es seien plumpe Ausstreuungen der Feinde. Ebenso stellte die deutsche Botschaft in Madrid am 3. formell in Abrede, daß Fürst Bülow beabsichtigte, mit Madrid und Washington die möglichen Grundlagen eines Friedens zu prüfen. Ein Vertreter der amerikanischen „Press Association“ hatte in Luzern eine Unterredung mit dem Fürsten Bülow, welcher erklärte, er gehe weder nach Washington noch nach Madrid, noch bespreche er mit päpstlichen Delegierten oder sonst irgend jemand die Friedensbedingungen. Der Krieg müsse ausgefochten werden. Deutschland sei einig und verfüge über alle Hilfsmittel. Allerdings fragte man, was Bülow denn in der Schweiz mache. Friedensgerüchte.

Die neue Koalitionsregierung Briand stellte sich der französischen Kammer mit folgender Erklärung am 3. November vor: „Die neue Regierung wurde als Abbild des Volkes selbst gebildet, welches aus eigenem Antrieb eine vollständigere Einigkeit aller Bürger gegenüber dem Feinde verwirklichte. Männer aller Parteien vergessen die Meinungsverschiedenheiten, die sie einst trennen konnten, und nähern sich einander mit der einzigen Sorge: Landesverteidigung! und dem Ziele: Sieg! . . . Durch die Einigkeit werden wir den Krieg bis zum Ende, das heißt bis zum Siege führen, der den Feind aus allen besetzten Gebieten vertreiben wird, auch aus jenen, die seit so vielen Jahren den Einfall ertragen. Frankreich tat alles, um den Frieden zu erhalten; aber es wird erst einhalten, wenn der Feind zur Ohnmacht niedergerungen ist. Dies Ziel ist jetzt wieder durch den Beitritt Japans zum Abkommen vom 5. September 1914 verstärkt worden, wodurch die Mächte die Verpflichtung eingingen, keinen Sonderfrieden zu schließen . . . Das augenblickliche Unternehmen Deutschlands auf dem Balkan bezeugt den Mißerfolg seiner Bemühungen auf den Hauptkriegsschauplätzen. Weil seine Offensive auf der französischen und der russischen Front gebrochen wurde, unternimmt es jetzt diesen ablenkenden Schritt, da sich Anzeichen der Schwäche unter dem Schein der Kraft zu enthüllen beginnen. Die Mittelmächte werden ihre Niederlage hinausschieben, aber nicht verhindern können. Wir haben den Willen zu siegen, wir werden siegen. Erst wenn die deutsche Räubernation daran denkt, ihren früheren Rang unter den Nationen wieder einzunehmen, indem sie ihr Genie wahrt, aber auch das der andern achtet, erst wenn wir sie in die Unmöglichkeit versetzen, die Völker während langer Jahre zu beunruhigen, erst dann werden wir von Frieden sprechen. Es wird ein französischer Friede sein, der für die ganze Welt das Recht wieder aufrichten wird. Die dem Schoße Frankreichs entrissenen Provinzen werden Briand.

ihm wiedergegeben sein. Frankreich kämpft für die Freiheit und Zivilisation, die Autonomie der Nationen." Eine Interpellation wegen der Zensur beantwortete Briand ausweichend.

Die englischen Minister Asquith, Grey, Lloyd George und Balfour kamen, begleitet von militärischen, diplomatischen und Marinefachmännern, am 17. November nach Paris, um mit Briand, General Gallieni, Admiral Locaze, Generalissimus Joffre sich zu besprechen. Dieser erste gemeinsame Ministerrat sollte dazu dienen, erweiterte Zusammenkünfte vorzubereiten, bei welchen auch Rußland und Italien vertreten sein sollten: „So beginnt die Einheit in Leitung und Aktion sich zu verwirklichen, die Briand und Asquith der Politik der Alliierten geben zu wollen erklärten, um die militärischen Operationen schneller durchzuführen."

Schönbrunn. Auch Kaiser Wilhelm kam mit Kaiser Franz Josef am 29. November in Schönbrunn zusammen. Man fand den Deutschen Kaiser stark ergraut. Er sprach außer mit dem Thronfolger mit dem Minister des Äußern Freiherrn v. Burian, dem Gemeinsamen Finanzminister Dr. v. Koerber, dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, endlich auch mit dem Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchner. Es war die erste Zusammenkunft der beiden Kaiser seit Ausbruch des Krieges. Ein besonderer Zweck der Begegnung wurde offiziell nicht angegeben. Das gleiche galt vom zweitägigen Besuch Burians in Berlin 10. und 11. November.

Asquith. Premierminister Asquith erklärte am 3. November im Unterhaus: „Es ist wahr, daß heute der Gesichtskreis teilweise bewölkt ist. Dieser Krieg ist reich an Überraschungen und Enttäuschungen für alle Beteiligten. Wir brauchen grenzenlose Geduld und unerschöpflichen Vorrat an Mut zur Tat . . . French befehligt nun fast eine Million Mann. Dazu kommen die Truppen an den Dardanellen, in Ägypten, die Reserven in den Garnisonen. Der Beitrag Indiens ist hervorragend, Kanada liefert 96.000, Australien 92.000, Neuseeland 25.000 Mann, Südafrika, Neufundland, Westindien, Zeylon und die Fidschiinseln sandten Kontingente . . . Wo ist jene große deutsche Flotte, auf die so viel Wissenschaft und Geld verschwendet wurde, die eine ewige Bedrohung des Königreiches darstellen sollte? Sie darf sich auf keinem Meere zeigen. Die Unterseeboote haben viel mehr unschuldige Zivilpersonen versenkt, als sie uns militärischen Schaden zufügen konnten. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben die Deutschen seit April nichts gewonnen. Bezüglich des östlichen Kriegsschauplatzes hat England das größte Vertrauen zur Fähigkeit seines großen Alliierten. In Mesopotamien sind die Türken über den Euphrat und Tigris zurückgetrieben worden. Der Angriff auf die Dardanellen war wohl berechtigt, um Rußland im Kaukasus zu helfen, die Türken von Ägypten abzuhalten und die Expedition in Mesopotamien zu sichern. Unsere Truppen hielten in Gallipoli hunderttausende Türken fest, die sonst in anderen Gegenden unermeßlichen Schaden angerichtet hätten. Was den Balkan betrifft, so ersuchte Venizelos am 21. September Frankreich und England um 150.000 Mann, wobei abgemacht war, daß

Griechenland mobilisiere. Erst am 2. Oktober stimmte er der Landung unserer Truppen unter formellem Protest zu. Am 4. Oktober erklärte er, Griechenland müsse am Vertrag mit Serbien festhalten. Der König verleugnete diese Erklärung, und Venizelos dankte ab. Die neue Regierung weigerte sich, die Neutralität aufzugeben, obwohl sie den Wunsch ausdrückte, mit den Alliierten auf freundschaftlichem Fuße zu stehen. Wir können nicht erlauben, daß Serbien das Opfer einer finsteren, ruchlosen Kombination werde. Wir betrachten die Unabhängigkeit Serbiens als eines der wesentlichsten Ziele des Krieges . . . Die Finanzlage ist ernst. Großbritannien fährt allein unter den Kriegführenden fort, Gold auf den Markt zu bringen, es kann aber trotz des Reichtums seiner Hilfsquellen die Finanzlast nicht länger tragen, außer wenn seitens der Regierung und der Bürger peinlichste Sparsamkeit geübt wird. Unsere Lage ist im Vergleich zu der Deutschlands günstig. Deutschland verbraucht weit mehr, als es erzeugen und exportieren kann. Bezüglich der Rekrutierung wird der Plan Lord Derbys zufriedenstellend wirken. Ich bin entschlossen, diesen Krieg zu gewinnen . . . Niemand hatte größeren Anteil als ich an der Verantwortung für die Politik des Landes in jenem Augenblick, da der Krieg ausbrach. Wir hätten uns von der ergreifendsten Tragödie der Menschheit fernhalten können; aber gibt es einen selbst unter denen, die unaussprechliches Leid erdulden, unter den kinderlosen Eltern, verwitweten Frauen, verlassenen Kameraden und Freunden, der wünscht, daß England anders hätte handeln können? Ich glaube nicht. Ich bin ebenso vertrauensvoll wie vor fünfzehn Monaten, daß wir eine gerechte Sache zum siegreichen Ende führen."

Der vor kurzem aus dem Kabinett getretene Carson äußerte sich viel kritischer: „Die Nation ist sehr beunruhigt über die Vorgänge auf verschiedenen Kriegsschauplätzen, die Enthüllung des Munitionsmangels usw. Gab es jemals ein solches Beispiel falscher Berechnung wie an den Dardanellen? Das Kabinettsystem ist gut für den Frieden; aber die krampfhaften Sitzungen und Debatten des Kabinetts sind gänzlich fruchtlos für die Kriegführung. Unsere Balkanpolitik dreht sich im Kreis umher." Auch Lord Beresford meinte, die Rede Asquiths würde die Beunruhigung der Nation wenig verringern. Die ganze Dardanellenexpedition war verpfuscht. Was nützt es, 13.000 Mann nach Serbien zu schicken, wo man das Zwanzigfache brauche! Carson.

Bei Einbringung eines neuen Kriegskredits am 10. November begründete Asquith die Höhe der Ausgaben Englands durch die notwendigen Vorschüsse an die Alliierten und Dominions sowie die Munitionskosten. Es sei wahrscheinlich, daß die Ausgaben noch zunehmen würden. Der einzige Rat sei, durch schnelle kräftige Fortsetzung des Krieges bald zu einem Ende zu gelangen. Auch der geplante gemeinsame Kriegsrat werde von Nutzen sein. — Craik beklagte bitter das verhängnisvolle Schwanken, das wie ein Krebs das ganze Leben der Nation durchfresse. — Während der Kritiken über die Dardanellenoperation verließen die Minister den Sitzungssaal; das wurde als eine Beleidigung des Hauses gerügt. — Lynch tadelte Kitcheners Unfähigkeit; er habe Monate gebraucht, um die elementare Wahrheit zu entdecken, daß der Erfolg des Krieges von der Munitionsmenge abhänge. Die Fehler, die Belgien ruiniert haben, werden bei Serbien wiederholt. England könne nur siegen, wenn es die Deutschen über den Rhein treibe. Asquith.

Unter der gegenwärtigen Heerführung treiben wir dem schlimmsten Ende entgegen: einem unentschiedenen Kriege und einem unbefriedigenden Frieden. French und 70 Prozent der höheren Offiziere müssen verabschiedet werden. — Der Admiralitätslord Balfour verteidigte die Regierung; eine aviatische Offensive sei freilich unausführbar. — Auch im Oberhaus wurde zugegeben, daß England sich in einer schicksalsschweren Krise befinde; man verlangte Asquiths Rücktritt. Es wäre schlimm, wenn man unter 1200 Parlamentsmitgliedern nicht einen Nachfolger finden könnte. Die Zensur benehme sich überaus töricht, sie verfälsche die Nachrichten, zum Beispiel amtliche Berliner Nachrichten. Das Publikum verkenne den Ernst der Lage. Die Bildung des Koalitionskabinetts habe nur die parlamentarische, nicht aber die nationale Lage erleichtert und England des Systems der zwei Parteien und der verantwortlichen Kritik durch die Opposition beraubt. „Die Lage ist in der ganzen Geschichte ohne Beispiel. Jede große Nation glaubt, daß der Krieg ihr aufgezwungen worden sei. Alle glauben, daß sie im Recht sind und nur durchhalten müssen, um zu siegen. Die Verluste an Menschen, die bereits auf fünfzehn Millionen Tote und Beschädigte geschätzt werden, und die vielen Tausende Millionen Kriegsschulden werden die gesamte Zivilisation verändern. Wenn der Krieg endlos fortgeht, so werden Revolutionen und Anarchie folgen. Große Teile des Kontinents werden eine Wildnis sein mit einer Bevölkerung von Greisen, Frauen und Kindern." So Lord Loreburn 9. November. Lord Milner tadelte, daß die Zensur die deutsche Meldung von der Ermordung der Bemannung eines deutschen Unterseebootes unterdrückt habe; diese Unterdrückung wurde vielfach als Eingeständnis der Schuld angesehen. Lord Courtney: „Seit längerer Zeit hat keine Veränderung der Lage stattgefunden, und anscheinend wird auch die Möglichkeit einer Veränderung nicht angenommen. Wir beherrschen die Meere, können aber die deutsche Flotte nicht zu einer Schlacht zwingen. Die alte, von vielen Generationen aufgebaute Zivilisation ist fast zerstört; der Krieg setzt ihr Niveau herab, er führt soziale Rückschritte herbei, er nahm die Bürgschaften der persönlichen Freiheit weg. Ist kein Ausweg aus dieser Lage möglich? Ich glaube, die Leidenschaft für die nationale Unabhängigkeit muß mit der Möglichkeit internationaler Freundschaft versöhnt werden, wenn die Zivilisation bestehen bleiben soll. Der Gipfel der Tragödie ist, daß genau dasselbe, was wir sagen und glauben, in Deutschland mit derselben ehrlichen Überzeugung gesagt und geglaubt wird. Ein künftiger Ausgleich scheint unter folgenden Bedingungen möglich zu sein: Befreiung Belgiens und Nordfrankreichs, keine Kriegsentschädigung Englands, die Freiheit der Meere." Lord Landsdowne weigerte sich, auf Anfragen zu antworten, da die Lage in Serbien und Griechenland zu veränderlich, verwickelt und beunruhigend sei. Der Augenblick sei auch nicht geeignet, über den Frieden zu sprechen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bemerkte aber am 12., daß Frieden? Deutschland vernünftige Friedensvorschläge jederzeit zu erwägen bereit sei; aber es vermisse jedes Echo auf diese Stimmen der Einkehr. Asquith verlangt noch immer die völlige und endgültige Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens; er spiegelt den baldigen Hungertod des Deutschen Reiches vor, so auch in seiner Rede beim Lordmayorbankett in der Guildhall 9. November.

Minister Churchill demissionierte am 12. November, da er nicht mehr die Verantwortlichkeit für die Kriegspolitik teilen könne. Churchill gab noch am 15. im Unterhaus eine Rechtfertigung seiner bisherigen Arbeit als Erster Lord der Admiralität. Er meinte: „Deutschland wird im zweiten oder dritten Kriegsjahr wahrscheinlich gründlicher besiegt werden können, als wenn die Truppen der Alliierten bereits im ersten Jahr in Berlin eingezogen wären. Unsere Herrschaft zur See und die Vernichtung der waffenfähigen Bevölkerung Deutschlands sind zwei Faktoren, auf die wir vertrauensvoll rechnen können." — Trevelyan sprach am 16. im Unterhaus: „Es wird jetzt bestätigt, daß der Krieg ein Erschöpfungskrieg sein wird. Wer einen solchen kürzer als mit einer sechsjährigen Dauer schätzt, wäre sehr sanguinisch. Ein Erschöpfungskrieg bedeutet für uns ebenso wie für Deutschland den völligen, unwiederbringlichen Ruin. Es ist nichts Entehrendes, von Friedensverhandlungen zu sprechen." — Minister Bonar Law erwiderte: „Glaubt jemand, daß Deutschland Elsaß-Lothringen herausgeben und Polen seiner Nationalität wiedergeben wird, ohne besiegt zu sein? Friedensreden haben jetzt keinen Wert." Churchill.

Wieder versuchte der Justizminister Professor Orlando die Süditaliener und Sizilier durch eine Rede für den Krieg zu begeistern; er hielt sie am 21. November im Theater in Palermo und sagte unter anderm: „Die Regierung hat unter vielen sonstigen Schwierigkeiten auch die der gebührenden Behandlung des Papstes überwunden, indem sie einfach das italienische Gesetz, das die geistige Suveränität des Papstes anerkennt und garantiert, weitherzig gedeutet und angewandt hat. In einer Zeit, die kein Prinzip und kein Reich geschont hat und in der sich die feierlichsten internationalen Verbindlichkeiten als nichtig erwiesen haben, hat der Papst die Kirche ohne Beschränkung des Rechtes seiner Freiheit und Sicherheit und seines Ansehens regieren können. Der Besitz Roms hat Italien viel weniger gekostet als heute wenige Quadratmeter öden Karstbodens. Italien wird haßerfüllt und rachedurstig bis zum letzten Centesimo kämpfen, bis es die feindliche Bestie gezähmt hat." Orlando.

Nachdem Japans Beitritt zum Londoner Abkommen vom 5. September 1914 bekannt wurde (er erfolgte am 19. Oktober 1915), drängte sich die Frage auf, warum Italien noch zögerte; erst am 21. November wurde offiziös mitgeteilt, daß Italien nun auch dem Abkommen, keinen Sonderfrieden zu schließen, beigetreten sei. Italien.

Im deutschen Reichstag schilderte am 30. November der Präsident Dr. Kaempf die Kriegslage: „Die neuen Ereignisse auf dem Balkan haben es ermöglicht, mit unseren Verbündeten den Mord von Sarajevo zu rächen und den serbischen Umtrieben, die sich so unheilvoll für Europa erwiesen haben, hoffentlich für alle Zeit ein Ende zu bereiten ... Das stolze England zittert in Sorge um den Schlüssel seiner Weltmacht. Allen unseren Feinden kam zum Bewußtsein, daß wir auf den Schlachtfeldern unbesiegbar sind. Um so eifriger klammern sie sich an die Hoffnung, uns wirtschaftlich

zugrundezurichten und uns durch Hunger zu bezwingen. Brotgetreide und Kartoffeln sind aber reichlich vorhanden." — Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. Helfferich führte sodann den Entwurf eines Gesetzes ein, betreffend die vorbereitenden Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne.

Serbien. Von den kriegerischen Unternehmungen blieb die wichtigste die Eroberung Serbiens und die dadurch hergestellte Verbindurg von Mitteleuropa mit Bulgarien und der Türkei. Am 1. November erfolgte die Einnahme von Kragujevac durch österreichische und deutsche Truppen. Gleichzeitig war der Angriff gegen die montenegrinischen Grenzstellungen im Gang. Am 5. eroberten die Bulgaren Nisch. Am 8. wurde der Fall von Krusevac gemeldet. Die Bulgaren überschritten am 11. bei Aleksinac die Morava. Die Österreicher rückten am 19. unter dem Jubel der mohammedanischen Bevölkerung in den Sandschak Novipazar ein. An diesem Tage wurde der Feind durch die Waffen der drei verbündeten Heere vom letzten Stück altserbischen Bodens vertrieben. Novipazar wurde am 21. von deutschen Truppen besetzt. Bald darauf wurde bei Mitrovica und im Amselfeld gekämpft. Prischtina wurde den Serben am 24. durch Deutsche und Bulgaren entrissen. Das sagenberühmte Amselfeld war am 26. völlig im Besitz der Verbündeten. — Mit der Flucht der Reste des serbischen Heeres in die albanischen Gebirge waren die großen Operationen gegen dasselbe abgeschlossen. Ihr nächster Zweck, die Öffnung freier Verbindung mit Bulgarien und dem Türkischen Reich, war erreicht. Abschließend wurde am 28. von der Obersten Heeresleitung berichtet: „Die Bewegungen der unter der Oberleitung des Generalfeldmarschalls v. Mackensen stehenden Heeresteile wurden begonnen von der österreichisch-ungarischen Armee des Generals v. Köveß, die durch deutsche Truppen verstärkt war, gegen die Drina und Save und von der Armee des Generals v. Gallwitz gegen die Donau bei Semendria und Ram-Bazias am 6. Oktober, von der bulgarischen Armee des Generals Bojadjew gegen die Linie Negotin—Pirot am 14. Oktober. An diesem Tage setzten auch die Operationen der zweiten bulgarischen Armee unter General Todorow in Richtung Skoplje—Veles ein. Seitdem haben die verbündeten Truppen nicht nur das gewaltige Unternehmen eines Donauüberganges angesichts des Feindes schnell und glatt durchgeführt und die feindlichen Grenzfestungen Belgrad, Zajecar, Knjazevac, Pirot bald überwunden, sondern auch den durch das Gelände unterstützten zähen Widerstand des kriegsgewohnten und sich brav schlagenden Gegners völlig gebrochen. Mehr als 100.000 Mann, das heißt fast die Hälfte der ganzen serbischen Wehrmacht, sind gefangen, ihre Verluste im Kampf und durch Verlassen der Fahnen nicht zu schätzen. — Die Bulgaren nahmen noch am 28. Prizrend.

Man fand bei der Einnahme von Belgrad einen vom 1. Dezember 1913 datierten Befehl des serbischen Generals Branko Jowanowitsch; darin werden die Offiziere aufgefordert zur „moralischen Erziehung“ der Soldaten; ihnen soll Haß gegen die Bulgaren als untreuen Verbrechern, die auf die Vernichtung des Serbentums hinarbeiten, beigebracht werden. Vor allem aber wird von der Notwendigkeit eines Krieges gegen Österreich-Ungarn gesprochen, um die serbischen Stämme in Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Nordalbanien, Banat, Syrmien, Bacska, Slawonien, Kroatien, Krain und Görz unter serbisches Szepter zu bringen. Die Soldaten sollen statt im bisherigen angebornen Türkenhaß im Haß gegen Österreich-Ungarn, Bulgarien und das autonome Albanien erzogen werden.

Gegen die Russen wurde an der Strypafront und bei Czartorysk gekämpft; nach langem vierwöchigen zähen Ringen wurden die Russen aus dem Styrbogen über den Fluß zurückgeworfen. Hindenburg kämpfte vor Dunaburg, südlich von Riga, westlich von Jakobstadt. Bersemünde wurde erobert. Durch eine österreichische Verordnung vom 2. November in Lublin wurden die Grenzen Polens, wie sie der Wiener Kongreß 1815 geschaffen hatte, wiederhergestellt. In Warschau fand am 15. November die Eröffnung der polnischen Universität und der Technischen Hochschule statt durch Generalgouverneur v. Beseler. — Der Zar Nikolaus besichtigte am 23. November in Reni an der rumänischen Grenze die Truppen, was als bedeutungsvoll betrachtet wurde. Russen.

Neue Schlachten entbrannten an der Isonzofront. Die Italiener schossen die Stadt Görz planmäßig in Trümmer. Ebenso bombardierten sie aus der Luft Triest und Miramare. Dafür wurden das Arsenal und die Forts von Venedig von Seefluggeschwadern heimgesucht; dabei wurde leider ein wertvolles Deckengemälde in der dicht neben dem Bahnhof gelegenen Kirche Santa Maria degli Scalzi zerstört. Isonzo

Die Regierung der Vereinigten Staaten richtete (7. Nov.) eine ziemlich scharfe Note an die englische Regierung wegen Behinderung des amerikanischen Handels durch die englische Blockade und der Anmaßung, Güter und Schiffe auf den bloßen Verdacht hin, daß sie Bannware führen, mit Beschlag zu belegen. Die Vereinigten Staaten seien gewillt, für die Rechte der Neutralen einzutreten. Die „Times“ entgegneten, daß Nordamerika einen schwungvollen Handel nach Deutschland betreibe. Die Meldungen, daß in Amerika Unterseeboote für die Kriegführenden gebaut worden seien, wurden in Abrede gestellt. Die Versenkung eines italienischen Dampfers „Ancona“ mit Auswanderern durch ein österreichisches Tauchboot blieb nicht ohne verhetzende Darstellungen von feindlicher Seite.

Schwierig und zweifelhaft war die Stellung Griechenlands. Zaimis gab seine Entlassung; sein Nachfolger wurde Skuludis, er hielt aber die Neutralitätspolitik fest. Darauf drohten die Ententemächte Skuludis.

mit der wirtschaftlichen und kommerziellen Blockade Griechenlands, sogar mit der Entwaffnung des griechischen Heeres; aber Griechenland blieb fest, und die Entente wollte doch nicht zu weit gehen.

Kitchener. Lord Kitchener begab sich über Rom nach Saloniki und Athen. Er besuchte auch die Gallipolifront und reiste wieder über Rom und Paris zurück. Es hieß, daß er Italien zum Eingreifen auf dem östlichen Kriegsschauplatz bewegen wollte. Man meinte, er würde gar bis nach Indien gehen, wo ernste Unruhen bevorstünden. Dies wurde aber in Abrede gestellt.

England vollzog am 14. November die Annexion der Gilbert-Inseln und Ellice-Inseln, die 1892 als Protektorat erklärt worden waren.

In Afrika wurde um Kamerun und Ostafrika gekämpft. Die Deutschen beherrschten noch den Tanganjikasee.

Dardanellen. Da die Kämpfe an der Dardanellenfront zu keinem Ergebnis führten, versuchten die Engländer einen Vorstoß in Mesopotamien; sie erlitten aber am 24. eine bedeutende Schlappe bei Ktesiphon. Auch bei Kut-el-Amara am Tigris gelang es ihnen nicht, weiter vorzudringen.

Bei Eröffnung des rumänischen Parlamentes am 28. November suchte ein russophiler Abgeordneter Mille die Verlesung der Thronrede zu stören; er wurde aber durch den demonstrativen Beifall des neutral gesinnten Hauses übertönt, außerdem noch geohrfeigt und verprügelt.

Wilson. Wilson sprach sich am 3. November sehr besorgt aus über die Haltung derjenigen, die wohl dem Namen nach Amerikaner seien, aber andere Interessen als die des Landes zu verteidigen scheinen. Die Nation müsse solche Leute zur Verantwortung ziehen. Die Aufgabe Amerikas sei eine Friedensaufgabe; es müßte aber doch darauf bedacht sein, sich das Recht seines unabhängigen und ungestörten Handels zu sichern und Angriffe abzuwehren. Deshalb müsse es über genügende Streitkräfte verfügen. Obwohl die Vereinigten Staaten die Flotte als Hauptabwehrmittel betrachten, sei doch die Mobilmachung aller Hilfsmittel wichtig. „Welche aggressiven Absichten und welchen Ehrgeiz die Vereinigten Staaten auch immer gehabt haben, sie waren nur eine Folge unserer unbedachten Jugend als Nation. Ich bin überzeugt, daß wir uns nie mehr ein Stück Land durch Eroberung aneignen werden." Tatsächlich übernahm aber Amerika am 11. ein Protektorat über Haiti. Ein wertvoller Vorkämpfer des Deutschtums,
Ridder. Hermann Ridder, starb am 1. November als Herausgeber der „Neuyorker Staatszeitung".

Eine Abordnung aus Triest sprach am 16. November dem österreichischen Ministerpräsidenten die vollste Loyalität der „Città fedelissima" aus.

Eine Verordnung der Landesregierung von Bosnien und Herzegowina verfügte am 12. November im serbo-kroatischen Dienstverkehr aller Behörden, Ämter und Anstalten den ausschließlichen Gebrauch der Lateinschrift anstatt

der cyrillischen Schrift. Diese sollte auf den serbisch-orthodoxen Religionsunterricht beschränkt bleiben.

In China wurde die Frage der Wiederherstellung der Monarchie immer wieder hinausgeschoben.

Dezember.

Wieder trat Papst Benedikt am 6. Dezember in einem Konsistorium von 22 Kardinälen verschiedenster Nationalität für den Frieden ein. „Ehrwürdige Brüder!“ sagte er, „obgleich im Verlaufe der letzten sechzehn Monate ungeheure Ruinen sich bereits gehäuft haben, obgleich in den Herzen der Wunsch nach dem Frieden wächst und zahlreiche Familien weinend den Frieden ersehnen, und obgleich Wir alle Mittel versucht haben, um den Friedensschluß irgendwie zu beschleunigen und die Zwietracht zu beheben, dauert dennoch dieser verhängnisvolle Krieg zu Lande und zur See an. Unser Schreiben an die kriegführenden Völker und ihre Oberhäupter zu Beginn des Krieges erfuhr zwar eine achtungsvolle Aufnahme, hatte jedoch nicht die erwarteten wohltätigen Wirkungen. Wir, der irdische Vikar des Friedensherrn, können nur das Unheil so vieler Söhne immer tiefer beklagen und immer wieder die Hände flehend zum barmherzigen Gott erheben und ihn von ganzem Herzen beschwören, mit seiner Macht diesem blutigen Konflikte nunmehr ein Ziel zu setzen. Wir fühlen Uns neuerdings durch Unser apostolisches Amt gedrängt, auf das einzige Mittel hinzuweisen, das einen gerechten und dauernden, nicht nur einen den kriegführenden Parteien nützenden Frieden vorbereiten kann. Dieser Weg besteht darin, daß in direktem oder indirektem Gedankenaustausch willig und unbefangen endlich die Ansprüche eines jeden klar und gebührend dargelegt werden unter Ausscheidung der ungerechten und unmöglichen Ansprüche, mit billigen Kompensationen. Es ist notwendig, nachzugeben und auf manchen erhofften Vorteil zu verzichten. Jeder sollte solche Zugeständnisse gern machen, um nicht die Verantwortung der fortgesetzten Metzelei tragen zu müssen, die bei weiterer Dauer für Europa den Niedergang jener Kultur bedeuten könnte, zu welcher die christliche Religion Europa erhoben hat. — Schwer sind auch die Unzuträglichkeiten, die der katholischen Kirche und dem Heiligen Stuhle aus dem europäischen Konflikt erwachsen sind, und sie verletzen sehr die Würde des römischen Oberpriesters. Schon früher beklagten Wir, Unsern Vorgängern folgend, daß die Lage des römischen Kirchenhauptes ihm nicht die zur Kirchenregierung unbedingt notwendige volle Freiheit gewähre. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist dies für jedermann sehr augenfällig geworden. Gewiß fehlte den Regierenden Italiens nicht die gute Absicht, die Unzuträglichkeiten zu eliminieren, aber die Absicht selbst beweist klar, daß die Lage des römischen Kirchenhauptes von den Staatsgewalten abhängt und beim Papst.

Wechsel von Menschen und Umständen auch geändert und noch verschlimmert werden kann ... Einige der bei Uns von ihren Regierungen beglaubigten Botschafter oder Gesandten sind zur Abreise gezwungen worden, um ihre persönliche Würde und die Vorrechte ihres Amtes zu schützen. Das bedeutet für den Heiligen Stuhl die Minderung eines eigenen angestammten Rechtes und die Schmälerung einer notwendigen Garantie sowie die Beraubung des ordentlichen Mittels zur Behandlung seiner Angelegenheiten mit den auswärtigen Regierungen. So konnte auf der andern kriegführenden Seite sogar der Verdacht entstehen, daß Wir bei Behandlung der Angelegenheiten der kriegführenden Völker Uns allein von jenen bestimmen lassen, welche ihre Stimme bei uns vernehmen lassen können. Durch die vermehrten Schwierigkeiten der Verbindungen ist Uns ein Urteil über die Ereignisse so schwer gemacht. Unser Schmerz wächst von Tag zu Tag, sowohl weil diese kaum der barbarischesten Jahrhunderte würdige Menschenmetzelei unheimlich zunimmt, als auch wegen der gleichzeitigen Verschlechterung der Daseinsbedingungen des Heiligen Stuhles."

Im englischen Unterhaus forderte Snowden (von der Arbeiterpartei) am 8. Dezember den Premierminister Asquith auf, zu versprechen, daß kein durch ein neutrales Land oder durch die kriegführenden Länder gemachter Vorschlag zu Friedensverhandlungen, der die Räumung der eroberten Gebiete zur Basis habe, ohne Wissen des Parlaments zurückgewiesen werde. Darauf antwortete Asquith, England, Frankreich, Italien, Japan und Rußland seien übereingekommen, keinen Sonderfrieden zu schließen. Wenn ernstgemeinte Friedensvorschläge von den feindlichen Regierungen direkt oder durch Neutrale gemacht werden, würden sie zuerst von den verbündeten Regierungen besprochen werden. Bis dahin könne er kein anderes Versprechen geben. Sollten Friedensvorschläge gemacht werden, so würde es die Regierung für wünschenswert halten, das Parlament so früh als möglich ins Vertrauen zu ziehen. —

Schweiz. Im Schweizer Nationalrat zu Bern forderte der Züricher Sozialdemokrat Greulich namens seiner Fraktion den Bundesrat auf (22. Dez.), allein oder mit den Regierungen anderer Länder den Kriegführenden seine guten Dienste anzubieten zur baldigen Herbeiführung eines Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen. Er sagte zur Begründung seiner Interpellation: „Europa steht im siebzehnten Monat des entsetzlichsten Krieges, den je die Welt erlebt hat. Wir Neutralen fragen nicht, wer schuldig daran ist. Die Folgen werden allgemeine Verarmung, Verschärfung der sozialen Gegensätze sein. Sollen wir warten, bis der Krieg an Erschöpfung aufhört oder der psychologische Moment kommt, an dem die Kriegführenden selber sagen, nun ist genug Blut geflossen. Die Schweiz ist berufen, den ersten Schritt zu tun, weil sie Angehörige verschiedener Volksstämme umfaßt, die miteinander im Krieg stehen. In ihrem Schoß sind auch viele internationale Institutionen entstanden, sie hat auch gezeigt, daß sie gewillt ist, das Elend des Krieges zu mildern. Durch diese Anregung gewinnen die Neutralen auch das Recht zum Zutritt zu den Friedensverhandlungen, an denen sie zur Wahrung ihrer Rechte teilnehmen müssen." —

Bundesrat Hoffmann antwortete darauf: „Wir verstehen das tiefe Friedensbedürfnis. Unser Land leidet selbst unter den Folgen des Kriegs. Aber ein Schritt wie der vorgeschlagene wäre im voraus einem Mißerfolg geweiht und einer Mißdeutung ausgesetzt, er könnte eher der Sache des Friedens und den zwischenstaatlichen Beziehungen zum Schaden gereichen."

Auch in Amerika veröffentlichte Bryan ein Manifest, worin er den Präsidenten Wilson aufforderte, sofort zwischen den Kriegführenden vermittelnd aufzutreten.

Im deutschen Reichstag sprach am 9. Dezember Bethmann Hollweg bei den Verhandlungen über einen neuen Zehnmilliardenkredit über die Lage, über Englands Neutralitätsbruch in Griechenland, über die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges. „August Bebel hat auf dem Jenaer Parteitag 1911 für die Zeit bald nach dem Ausbruch des Krieges den Bankerott von Hunderttausenden kleiner Gewerbetreibenden, den Stillstand der Fabriken, die Arbeitslosigkeit, den Bankerott der Kassen, der Gewerkschaften, der Gemeinden, des Staates und des Reiches und allgemeine Hungersnot vorausgesagt. Aber wir haben unsere eigene Kraft unterschätzt. Unsere Gegner ziehen aus unserer militärischen Lage, unsern wirtschaftlichen Zuständen den Schluß, wir stünden unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Seit Wochen ist die Presse der Entente voll von Artikeln, wie: Deutschland ist geschlagen! Deutschland am Ende! Deutschland verhungert! Deutschland bettelt um Frieden! Bald war Fürst Bülow in der Schweiz, bald Staatssekretär Solf im Haag, letztlich wieder Prinz Max von Baden in Stockholm, Kardinal Hartmann in Rom, um den Frieden zu vermitteln. Dazwischen hieß es nach unsern serbischen Erfolgen, der Kaiser werde in Konstantinopel einziehen und von da aus der Welt den Frieden diktieren ... Als auf Geheiß Englands General Botha Südwestafrika angriff, erfand er die Mär von deutschen Eroberungsabsichten auf die südafrikanische Union. Jetzt sucht Botha die Buren sogar zum Eingreifen auf dem europäischen Kriegsschauplatz durch die Behauptung zu bestimmen, daß die deutschen Eroberungsgelüste sich sogar auf die Heimat des Burenvolkes (Holland) erstreckten ... Gegen die Tatsachen vermögen unsere Feinde nichts. Das deutsche Volk, unerschütterlich im Vertrauen in seine Stärke, ist unbesiegbar. Es heißt uns beleidigen, wenn man glauben machen will, daß wir, die wir von Sieg zu Sieg geschritten sind und tief in Feindesland stehen, unsern Feinden, die noch vom Siege träumen, nachstehen sollen an Ausdauer, an Zähigkeit und an innerer moralischer Kraft. Wir kämpfen den von unsern Feinden gewollten Kampf entschlossen weiter, um zu vollenden, was Deutschlands Zukunft von uns fordert." — Im Namen der Sozialdemokraten erhob Scheidemann die Stimme für den Frieden. Das kann nicht als Zeichen der Schwäche gedeutet werden. „Ein Blick auf die Kriegskarte zeigt, wo die deutschen Truppen stehen. Glauben die Gegner wirklich, den Krieg noch auf unser Gebiet herüberspielen zu können? Es handelt sich wirklich nur noch um die Frage, ob die Gegner zum Frieden bereit sind. Daß in dem Kriege, der fast ganz Europa umfaßt, ein Teil auf die Knie gezwungen werden kann, ist ausgeschlossen. Vom Frieden soll der reden, dem es die Stärke gestattet, auch jede Mißdeutung davon als Zeichen der Schwäche mit ruhigem Kraftbewußtsein hinzunehmen. Darum können und müssen wir vom Frieden reden. Unsere Gegner

Bethmann.

Scheidemann.

verstehen unter Militarismus etwas anderes als wir. Wir meinen damit nicht das Heer, in dem sich unsere Söhne und Brüder befinden. Was wir unter Militarismus bekämpfen, ist eine Angelegenheit, über die nur innerhalb unserer Grenzen zu entscheiden ist. Von einer Abtretung Elsaß-Lothringens wollen wir natürlich nichts wissen . . . Europa richtet sich durch diesen Krieg zugrunde, Amerika macht ein glänzendes Geschäft. Die Aushungerungsspekulation der Gegner ist falsch gewesen. Die Hoffnung unserer Feinde auf ihre militärischen Erfolge ist nicht besser. Im Namen unserer österreichischen Bruderpartei habe ich zu erklären, daß diese mit uns einig ist wie im Willen zur Vaterlandsverteidigung, so auch im Willen zum Frieden. Unsere Parteigenossen in allen Ländern waren zu schwach, den Krieg zu verhindern. Als er aber ausbrach, hatten wir selbstverständlich unser Land zu schützen. Das deutsche Volk will den Krieg um keinen Tag länger führen, als unbedingt nötig ist, um das Ziel zu sichern. Für die Unabhängigkeit unseres Landes setzt das Volk alles ein, aber für kapitalistische Sonderinteressen will es auch nicht das Leben eines einzigen Soldaten einsetzen. Ein friedliches Volk wie das deutsche kann sich zwar vom Zorn übermannen lassen, aber es schwelgt nicht in Rache- und Vernichtungsgedanken . . .“ —

Bethmann. Bethmann Hollweg antwortete: „Wenn ich über eigene Friedensbedingungen sprechen soll, muß ich mir erst die Friedensbedingungen der Feinde ansehen. Unsere Gegner haben die Zertrümmerung Deutschlands proklamiert. In England wollte man, wenn nötig, zu diesem Zweck zwanzig Jahre lang Krieg führen. Der „Statesman“, ein gemäßigtes Blatt, nennt unter den Friedensbedingungen die Rückgabe Elsaß-Lothringens, die Vertreibung der Türken aus Europa, die Herstellung Großserbiens mit Bosnien. Der frühere Minister Masterman verlangt die Abtretung der linken Rheinseite und des ganzen deutschen Kolonialbesitzes. Asquith verlangt die Freiheit der kleinen Völker; aber seitdem England für sie kämpft, geht es den kleinen Staaten schlecht. Es versteckt sich dahinter nur die Sucht, den großen Staat aus Neid und Mißgunst abzutun, das nennt man Vernichtung des preußischen Militarismus. In den Reichslanden sind von 1,900.000 Einwohnern über 87 Prozent deutscher, unter 11 Prozent französischer Muttersprache. Ob Polen seiner Nationalität nach zu Rußland gehört, ist nicht ganz klar. Auch wird interessant sein, von England einmal zu hören, was bei Durchführung des Nationalitätenprinzips aus Indien und Ägypten werden soll. Sasonow will Konstantinopel haben . . . Als neuestes Reizmittel zur blinden Kriegswut gilt die Hoffnung auf den Erschöpfungskrieg. Aber unsere Lebensmittel reichen und es kommt nur darauf an, sie richtig zu verteilen. Ein Gebiet, das von Arras bis nach Mesopotamien reicht, kann man wirtschaftlich nicht erdrücken. Wenn wir auf das verarbeitete und ersetzbare Kupfer zurückgreifen, haben wir für viele Jahre genug. Wolle und Baumwolle haben wir in Belgien und Polen in großen Posten gefunden. Wir stellen künstlichen Gummi her. Was den Menschenmangel betrifft, so sind wir bei Heranziehung der Dienstpflichtigen nicht so weit gegangen wie Rußland und Frankreich. Unsere Verluste sind geringer als die französischen... Wohin der Haß gegen uns führt, sieht man mit Schaudern am Fall „Baralong“, jener Schandtat eines unter amerikanischer Flagge fahrenden englischen Kriegsschiffes, dessen Besatzung in scheußlicher Weise die hilflose Mannschaft eines deutschen Unterseebootes ermordet hat. Diese gräßliche Mordtat ist in

der englischen Presse vollständig totgeschwiegen worden. Ob aus Scham? . . . Solange die Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Machthabern besteht, wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die den Krieg nicht abkürzt, sondern verlängert. Kommen unsere Feinde mit Friedensvorschlägen, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir allezeit bereit, sie zu diskutieren . . . Aber eines müssen sich unsere Feinde selbst sagen: je länger sie den Krieg führen, um so mehr wachsen die notwendigen Garantien. Es ist bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaut. Ebenso bekannt ist, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet betrachten. Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch sichern. Wir müssen auch unsere wirtschaftliche Entfaltung sichern. Wir sind es nicht, welche die kleinen Völker bedrohen. Dieser Krieg ist ein Verteidigungskrieg des deutschen Volkes. Er kann nur mit einem Frieden beendet werden, der uns nach menschlichem Ermessen Sicherheit gegen seine Wiederkehr bietet."

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes v. Helfferich sagte am 14. Dezember: „Das Geld ist ein anderes Ding für England als für Deutschland. Für England sind Macht und Geld untrennbare Begriffe. Unsere Truppen zwangen England, auch britisches Blut einzusetzen. Dadurch sind die Kriegskosten Englands ins Ungemessene gestiegen und die englische Wirtschaft ist in einer Lage, die von den britischen Staatsmännern selbst fortgesetzt als äußerst ernst bezeichnet wird. Jetzt spricht Asquith vom letzten Penny, bis zu dem man kämpfen müsse, und Bonar Law sprach kürzlich im Unterhaus sogar von einem Staatsbankerott, den man im äußersten Fall riskieren müsse, um den Krieg zu gewinnen. Mit der englischen Finanzmacht würde das englische Weltreich ins Wanken geraten. Wir können vertragen, ärmer zu werden, bleiben aber doch, was wir sind. Wir haben einen Dreißigjährigen Krieg, haben den Napoleonischen Krieg überstanden; wir sind ausgeplündert worden, aber wir haben uns immer wieder in unverwüstlicher Lebenskraft zu zähem Schaffen emporgearbeitet. Man hat uns zerschlagen, zerstückelt, aber wir sind wieder zusammengewachsen. Wenn aber das britische Weltreich erst einmal in Brüche gegangen ist, dann wird es nicht wieder auferstehen. Und dieses England spricht vom Erschöpfungskriege, es will von den Waffen an den Hunger und Bankerott appellieren! Wir wissen, daß trotz aller Absperrung Brot, Kartoffeln usw. bei uns billiger sind als in England und Frankreich . . ." — Der Zehnmilliardenkredit wurde am 21. Dezember mit allen gegen die Stimmen von neunzehn Sozialdemokraten angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion trat sofort zusammen, um diesen Disziplinbruch einer Minderheit zu rügen und aufs schärfste zu verurteilen. Helfferich.

In der italienischen Kammer kam der Minister des Äußern Sonnino in Verlegenheit, als er am 1. Dezember gefragt wurde, wann er den Londoner Vertrag vom 5. September 1914 unterzeichnet habe; aus seiner ausweichenden Antwort ging aber hervor, daß es erst in den letzten Tagen und in Verbindung mit dem diplomatischen Auftreten gegen Griechenland geschehen sei. Der sozialistische Deputierte Professor Lucci hielt am 3. eine Oppositionsrede gegen die Politik der Regierung; er Sonnino.

hob die kontrastierenden Interessen unter den Vertragsmächten, den Niedergang der Macht Englands und Rußlands usw. hervor. Der Reformsozialist Raimondo wies auf die maßlosen Ansprüche der Serben hin. Im Gegensatz zu den Feinden, die einen gewaltigen, bis nach Kleinasien reichenden Block von 150 Millionen Menschen bilden, wisse der Vierverband nicht, was er ernstlich wolle und zu tun habe. Luzzatti fürchtete, der Beitritt zum Londoner Abkommen biete nicht die volle Gewähr, daß Italien seinen Opfern entsprechende Früchte ernte und seinen Verbündeten wirklich in allem gleichgestellt sei. Ministerpräsident Salandra erklärte, der Krieg sei notwendig gewesen, damit Italien die Hegemonie im Adriatischen Meer erringe. Der frühere Minister des Äußern Cappelli erklärte unter Tumult, der Krieg hätte nicht geführt werden dürfen. Der Sozialist Turati tadelte die verlogene nationale Eintracht des Parlaments im Kriegswillen. Rava befürwortete die staatliche Ausbeutung der Güter und Einkünfte der Klöster und Kirchen ohne Rücksicht auf die Empfindlichkeit der kirchlichen Behörden zugunsten der Versorgung von Soldatenfamilien. Corojani legte dar, daß die Gemeindefinanzen ruiniert seien. Der Sozialist Altobelli führte aus (13. Dez.), daß kein Parlamentarier den Mut aufgebracht habe, seine Meinung über den Krieg offen zu sagen aus Furcht vor der Menge. Darauf folgte eine phrasenreiche Rede Salandras; er versicherte seine Hochachtung vor der Majestät der Deputiertenkammer, aber vor dem Vatikan werde er die italienische Staatsfahne nicht senken.

Londoner Abkommen.

Das am 30. November zu London erneuerte und durch den Beitritt Italiens vervollständigte Fünfmächte-Abkommen gegen einen Sonderfrieden wurde am 7. Dezember bekannt; es lautete: „Nachdem sich die italienische Regierung entschlossen hat, der am 5. September 1914 zu London zwischen der englischen, französischen und russischen Regierung unterzeichneten Erklärung, welcher sich die japanische Regierung am 19. November 1914 anschloß, beizutreten, erklären die Unterzeichneten folgendes: Die ... Regierungen verpflichten sich, nicht einzeln Frieden zu schließen. Sie vereinbaren, daß, sobald die Friedensbedingungen zur Diskussion gelangen, keiner der Verbündeten Friedensbedingungen aufstellen wird, ohne vorher die Genehmigung jedes anderen Verbündeten dazu erhalten zu haben ...“ Als Grund der so späten Unterzeichnung durch Italien wurde angegeben, daß Italien eben jene Zusatzklausel verlangt habe über die Aufstellung von Bedingungen. Belgien trat dem Vertrag nicht bei, weil es nichts tun wollte, was gegen seine Neutralität verstieße.

Sozialisten.

Ein Nationalkongreß der französischen Sozialisten vom 29. Dezember lehnte jede Eroberungs- oder Annexionsabsicht ab. Belgien und Serbien müßten aber wiedererstehen, die unterdrückten Völkerschaften

Europas müßten das freie Verfügungsrecht über sich selbst wieder erhalten, Elsaß-Lothringen müsse selbst von neuem feierlich seinen Willen, der französischen Gemeinschaft anzugehören, kundtun. Der Nationalitätsgrundsatz der sozialistischen Partei sei die sicherste Gewähr für einen dauernden Frieden. Desgleichen Schiedsgerichtsverträge für alle künftigen Streitigkeiten, Beschränkung der Rüstungen, Abschaffung der geheimen Diplomatie, Organisation wirtschaftlicher und militärischer Bestrafung der Nationen, die eine Vergewaltigung begehen. Die Sozialistische Partei lehnt die politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands ab, will aber die Vernichtung des preußischen Militarismus.

In Petersburg tagte am 13. Dezember der Kongreß der echtrussischen Leute; er forderte die Enteignung alles deutschen Eigentums, die Beschlagnahme alles Eigentums der Sektierer, die Entziehung des Kredits für alle deutschen Banken, die Monopolisierung sämtlicher Versicherungsgesellschaften, da alle in deutschen Händen seien, die Sammlung von Material gegen Personen mit deutschen Familiennamen usw. Echtrussen.

Die Kämpfe in Ostgalizien nahmen nur gegen Ende des Jahres zu. Die Russen versuchten Angriffe gegen die Stellungen an der Strypa und an der beßarabischen Front. Auch an der nördlicheren Front kam es zu keinen größeren Aktionen. In Polen erhielt die russifizierte Stadt Nowogeorgiewsk wieder den alten geschichtlichen Namen Modlin. In Warschau, das unter deutscher Verwaltung stand, erhielt auch Österreich-Ungarn eine Interessenvertretung.

Nachdem Serbien erobert war, wandten sich die österreichischen Truppen mit voller Energie gegen Montenegro. Bjelopolje wurde am 17. genommen. Dabei halfen auch Albanier und Arnauten mit. Deutsche und Bulgaren besetzten Monastir, Ipek, Djakova, Debra, Struga und Ochrida, dann Doiran, Gewgheli. Mitte Monats waren die Serben, Franzosen und Engländer ganz aus serbischem Gebiet verdrängt. Seekämpfe fanden an der albanischen Küste statt. Feldmarschall Mackensen wurde am 29. Dezember in Sofia festlich empfangen. König Peter von Serbien floh über Valona nach Italien, er traf am 26. Dezember in Rom ein. Die Trümmer der serbischen Armee in Gesamtstärke von 40.000 Mann kamen ohne Artillerie und Munition in Elbassan und Skutari an (29. Dez.). Der serbische Staatsschatz wurde über Marseille nach Paris geschafft. Montenegro.

Die Verbandsmächte ließen sich endlich herbei, durch eine Note vom 3. Dezember die Neutralität Griechenlands anzuerkennen; sie forderte nur die Regelung verschiedener, für die Sicherung und Bewegungsfreiheit der Truppen des Verbandes in Makedonien unerläßlichen Maßnahmen. Das Versprechen der unverkürzten Rückgabe des für die Operationen benützten griechischen Gebietes und des Schadenersatzes wurde besonders betont. Doch waren die Verbündeten fest entschlossen, Saloniki nicht zu räumen. Gegen die Vornahme von Befestigungsarbeiten in Saloniki legte allerdings Griechenland Protest ein. Bulgarien wollte auch die griechische Griechenland.

Neutralität nicht verletzen und schlug deshalb eine neutrale Zone von je zwei Kilometern an der Grenzlinie vor, von wo sich beiderseits die Truppen zurückziehen sollten. Der griechische Ministerpräsident Skuludis beklagte sich bitter über die Entente; sie habe von Griechenland nur Opfer verlangt, anstatt ihm eine Belohnung zu versprechen. Griechenland sollte an den Dardanellen helfen, aber nicht nach Konstantinopel mitgehen dürfen: „Wir sind wie ein unterworfenes Volk behandelt worden. Die Deutschen und Österreicher können jeden Augenblick einrücken und haben das volle Recht dazu, da wir den Alliierten den Zugang zum Land gestattet haben. Sie können auch die Bulgaren mitbringen. Wir könnten nichts dagegen tun.“ Aus englischen Berichten, die ein österreichisches Tauchboot aufgefangen hatte, ergab sich, wie rücksichtslos die Engländer die Rechte der kleinen Nationen und der Neutralen mit Füßen traten.

Isonzo. Im Krieg gegen Italien endete die vierte Isonzoschlacht, die am 11. November eingesetzt hatte, in der ersten Dezemberwoche. Die Anstrengungen des Feindes, Görz zu erobern, blieben ergebnislos. Alle angegriffenen Stellungen, der Brückenkopf von Görz, die Hochfläche von Doberdo, blieben fest in den Händen der Österreicher. Ebenso wurden die Angriffsversuche auf den Monte San Michele und an der Tirolerfront auf den Col di Lana abgewiesen. Am letzten Dezember versuchten sich die Italiener bei Torbole.

An der Westfront steigerten sich besonders die wechselvollen Kämpfe um den Hartmannsweilerkopf. Im französischen Hauptquartier fand am 7. Dezember unter dem Vorsitz Joffres der erste Kriegsrat der Alliierten statt; als Vertreter Rußlands nahm General Schilinsky, als Vertreter Italiens General Porro, für Serbien Oberst Stefanowitsch teil; für England die Generale Murray und French. Auch ein Vertreter der japanischen Armee war anwesend. Die verfehlte Dardanellenaktion wurde aufgegeben. — Im Senat erklärte Kriegsminister Gallieni am 28.: „Frankreich, welches vor achtzehn Monaten den Frieden wollte, will heute den Krieg mit aller Willenskraft. Wer das Wort Frieden ausspricht, ist ein schlechter Bürger.“ Feldmarschall French wurde am 15. aus Frankreich abberufen; an seine Stelle trat General Haig als Befehlshaber der britischen Truppen in Frankreich. Asquith mußte am 21. Dezember im Unterhaus melden, daß man tags zuvor die Stellung an der Suwlabai und also die ganze Offensive an der Dardanellenfront aufgegeben habe. Die militärische Konferenz in Paris habe auch sonst zu einigen wichtigen Beschlüssen geführt. Man sei entschlossen, den Krieg zu gewinnen; von einem Sonderfrieden wolle man nichts wissen. Allerdings müsse das englische Heer um eine Million Mann vermehrt werden: „Wir brauchen alle Männer militärfähigen Alters, die nicht aus wirtschaftlichen Gründen unentbehrlich sind, gleichviel ob Freiwilligensystem oder Dienstzwang besteht.“ Dadurch würde die Heeresstärke

auf vier Millionen gebracht. Die indischen Truppen wurden zu Weihnachten aus Frankreich entfernt.

Lloyd George hatte als Munitionsminister mit den Gewerkschaften Schwierigkeiten, da sie keine ungelernten Arbeiter zulassen wollten. Er hielt dringende Reden, alles hänge von den Arbeitern ab: „Ich weiß nicht, ob es nicht schon zu spät ist. Dies ist ein verhängnisvolles Wort. Dorthin gingen wir zu spät, hier kamen wir zu spät an. Wir kommen zu spät mit unseren Vorbereitungen. Wenn wir uns nicht beeilen, wird Verdammnis auf die heilige Sache fallen, für die so viel Blut geflossen ist. Alles hängt von den nächsten Monaten ab. Auf der letzten Konferenz der Alliierten in Paris wurden Beschlüsse gefaßt, die den ganzen Verlauf des Krieges beeinflussen werden ... Wenn sich die Arbeiter weigern, bleibt nur übrig, den Soldaten zu sagen, daß es unmöglich ist, im Jahre 1916 den Sieg zu erringen, weil wir keine Kanonen liefern können, und wir müssen dem Deutschen Kaiser geradeheraus sagen, daß wir den Kampf nicht fortsetzen können. Der Kaiser kann uns dann vielleicht mit der Annexion Belgiens, der Bezahlung einer Kriegsentschädigung und der Abtretung von ein oder zwei Kolonien laufen lassen; er wird aber sicher auch verlangen, daß die britische Seeherrschaft aufhört. Dann wäre Großbritannien dem preußischen Despotismus ebenso ausgeliefert wie Belgien." — All dies nötigte Asquith am 28. Dezember anzukündigen, daß die Dienstpflicht notwendig sei. Arbeiter.

Über die Versenkung der „Ancona" durch ein Tauchboot ergab sich noch ein Notenwechsel zwischen der amerikanischen und österreichischen Regierung, da bei dieser Gelegenheit auch amerikanische Staatsbürger zu Schaden gekommen waren. Über die Mordtat des „Baralong" ließ die deutsche Regierung eine Denkschrift an die amerikanische Botschaft zur Mitteilung an die britische Regierung gelangen.

In Bombay versammelte sich am 27. Dezember ein indischer Nationalkongreß. Der Präsident Satyenda Sinha gab der Loyalität des Kongresses gegenüber König Georg Ausdruck und erklärte, aus der Tapferkeit, welche die indischen Truppen in diesem Krieg an den Tag gelegt hätten, gehe hervor, daß die Inder auch wert seien, die Verantwortung der Staatsbürgerschaft auf sich zu nehmen. England würde dadurch, daß es Indien eine Selbstregierung gebe, am besten beweisen, daß es die Dienste, die Opfer und die Treue der Inder würdige. Indien.

Zum schimpflichen Rückzug der Engländer von der Dardanellenfront kam auch die Niederlage im Irak bei Ktesiphon. Es fanden Kämpfe in Südarabien bei Aden statt. Durch Beihilfe der Senussistämme wurde Ägypten neuerlich bedroht.

In der rumänischen Kammer sagte am 28. Dezember der ehemalige Minister Peter Carp: „Wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, inwieweit die kriegführenden Staaten die Erreichung des rumänischen nationalen Ideals beeinflussen. England hat als Kriegsursache die Verteidigung der kleinen Staaten angegeben. Wir sahen, wie England sie verteidigt. Die Wahrheit ist, daß es die Verteidigung jener Staaten nur übernommen hat, um sich ihrer zu bedienen. England behauptet, daß es das Schwert gegen den deutschen Imperialismus gezogen habe, Frankreich stellt sich als Verteidiger der Zivili- Carp.

sation hin; der geführte Kampf ist in Wirklichkeit eine Zerstörung der gemeinsamen Zivilisation. Rußland schlägt sich im Namen des Panslawismus und der Orthodoxie; der wahre Grund ist die Befestigung der Autokratie in der Heimat. Der wahre Grund für Frankreich ist die Wiedereroberung der verlorenen Provinzen, und Englands wahrer Grund ist, daß es die deutsche Machtenfaltung gesehen hat, die sich im Wort des Deutschen Kaisers ausdrückt, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liege. Rußland aber will Konstantinopel, die Dardanellen, das Schwarze Meer, die Donaumündungen . . . Siebenbürgen können wir nur durch Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie haben. Die Bukowina würde Rußland selbst behalten, das Banat würde es den Serben geben. Es würde ferner Galatz nehmen. Für Rußland kann es natürlich nur ein russisches Ideal geben: ein Teil der Moldau russisch, das Eiserne Tor serbisch, also auch russisch. Ist das die Verwirklichung unseres nationalen Ideals? Rumänien muß jenen Weg einschlagen, der es davor bewahrt, Rußlands Vasall zu werden . . . Wer der lärmenden Menge nicht widerstehen kann, ist kein Staatsmann . . . Wir haben ein Interesse, mit Österreich-Ungarn zu gehen. Die rumänische Politik wird immer jener Großmacht folgen, die die Fahne des Widerstandes gegen eine Invasion vom Norden entfaltet. Diese glorreiche Fahne ist in den Händen der Mittelmächte. Den Bestand des rumänischen Staates dem vorübergehenden Interesse von Rumänen in andern Ländern unterzuordnen, wäre eine irrige Politik . . ."

Wilson. Präsident Wilson sprach sich in seiner Botschaft an den Kongreß vom 7. Dezember in sehr heftigen Worten über die Komplotte von Deutschen in den Vereinigten Staaten aus: „Ich muß leider mitteilen, daß die schwersten Drohungen gegen den nationalen Frieden und die Sicherheit innerhalb unserer eigenen Grenzen ausgestoßen wurden. Zu meinem Bedauern muß ich zugeben, daß Bürger, die unter andern Flaggen geboren, aber in Amerika naturalisiert wurden, die Autorität und den guten Namen der Regierung in Verruf zu bringen und unsere Industrien zu vernichten versuchten, wo sie es als im Interesse ihrer Rachgier gelegen betrachteten . . . Amerika erwartete niemals, daß Männer deutschen Ursprunges, welche bei Erfüllung ihrer Untertanenpflicht so viele Freiheiten genießen, in böswilliger Absicht sich gegen die Regierung und das Volk wenden würden, das sie willkommen hieß und sie ernährt. Solche von Leidenschaft und Treulosigkeit erfüllte anarchistische Kreaturen müssen vernichtet werden . . . Ich wollte, es könnte gesagt werden, daß nur einige wenige Männer durch falsche Gefühle der Ergebenheit gegenüber den Regierungen, unter denen sie geboren wurden, verleitet worden sind und sich einer irrtümlichen Auffassung der Prinzipien dieses Landes schuldig gemacht haben. Aber viele unter uns und zahlreiche Personen im Auslande haben, obwohl sie in den Vereinigten Staaten geboren und erzogen wurden, sich gegen ihre Ehre als Bürger so weit vergessen, daß sie ihrer Sympathie mit der einen oder der andern Partei im großen europäischen Konflikte leiden-

schaftlich Ausdruck gaben und so weit gingen, selbst Treulosigkeit zu predigen ... Amerika muß neutral sein. Der zerstörende Krieg soll umgrenzt bleiben. Ein Teil der großen Familie der Völker sollte den Friedensprotest aufrecht erhalten, schon um den allgemeinen wirtschaftlichen Ruin zu verhindern ... Wir halten unerschütterlich am Geiste der Monroedoktrin fest. Im Falle Mexiko bestanden wir die Probe darauf ... Die Vereinigten Staaten müssen über eine große Handelsflotte verfügen, die sie einmal dazu benützen, um reich zu werden. Es ist höchste Zeit, daß wir unsere bisherige Nachlässigkeit gutmachen und unsere kommerzielle Unabhängigkeit erlangen. Die ganze amerikanische Hemisphäre muß die gleiche Selbständigkeit genießen, wenn sie nicht in den Wirrwarr der europäischen Angelegenheiten hineingezogen werden soll." Im übrigen entwickelte Wilson seine Rüstungspläne, die Vergrößerung von Heer und Flotte. — Auf Wunsch der amerikanischen Regierung wurden der deutsche Militärattaché Boy-Ed und der Marineattaché Papen in Washington von der deutschen Regierung abberufen. Der Botschafter Graf Bernstorff blieb.

Die demokratische Partei stellte Wilson wieder als Kandidaten für die Präsidentschaft auf. Wilson vermählte sich am 18. Dezember mit Frau Galt und begab sich mit ihr auf eine vierzehntägige Hochzeitsreise nach dem Süden. Der tschechische Violinvirtuose Wenzel Kopta wurde der Schwager Wilsons, dessen Schwester er während einer Konzertreise kennen lernte. Koptas echt böhmisches Gesicht in „Österreichs Illustrierter Zeitung" 19. November 1916.

Für Streitfälle zwischen England und Amerika wurde eine zwischenstaatliche Untersuchungskommission von fünf Mitgliedern aufgestellt.

Yuanschikai nahm endlich die Kaiserwürde von China an, unter der Bedingung des Aufschubs bis zum nächsten Frühjahr. Seine Präsidentschaft hätte sonst verfassungsmäßig bis 1918 gedauert. Der frühere nun neunjährige Kaiser Puyi wurde mit einer Tochter Yuanschikais verlobt. Über Yuanschikai und die chinesische Entwicklung gibt gute Aufschlüsse Admiralitätsrat Schrameier „Illustrierte Zeitung" 30. Dezember. China.

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 1. Dezember verteidigte Tisza gegen Einwürfe der Opposition die neue Regelung der Wappenfrage. Im kroatisch-slawonischen Landtag wurde diese Frage am 21. Dezember besprochen. Die Kritik der Kroaten, ausgesprochen durch den Banus Dr. Baron Skerlecz, wurde als berechtigt anerkannt. Tisza

Die volkswirtschaftlichen Erscheinungen während des Krieges zu verfolgen, ist in diesem Zusammenhang nur andeutend möglich. Zudem sind die Erfolge auch noch nicht zu übersehen. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Volkswirtschaft eine viel größere Konsistenz dem Kriege gegenüber bewies, als man erwartet hatte. Über die staatssozialistischen Maßregeln waren die Ansichten sehr geteilt: ein Teil fand sie zu ungenügend, ein anderer Volkswirtschaft.

zu weitgehend. Ein Teil glaubte darin eine Stufe auf dem Wege zur Sozialisierung des ganzen Wirtschaftsbetriebes zu sehen, während ein anderer Teil darin nur Ausnahmsmaßregeln fand, die die natürliche Entwicklung unorganisch unterbrachen. Hier sei nur an einige Maßnahmen erinnert, ohne eine vorschnelle Kritik abzugeben, an die Höchstpreise, die Beschlagnahme der Getreide- und Mehlvorräte in Deutschland, an die Einschränkungen des Lebensmittelverbrauches, an die bedauerlichen Seeverluste der Welt, an die Behandlung der Patente in feindlichen Staaten, an das Steigen der Preise usw. Der englischen Regierung verursachten die Arbeiterbewegungen Sorgen. Im April begann die Einführung des Maisbrotes. Eingehend wurde das künftige handels- und wirtschaftspolitische Verhältnis Österreich-Ungarns zum Deutschen Reich erörtert. Bezeichnend war es, daß am 3. Juni das amerikanische Bundesgericht in dem gegen die U.-S.-Steel-Corporation schwebenden Trustprozesse zugunsten des Stahltrustes entschied, ein Zeichen, daß die Trusts trotz der Antitrustgesetze allmächtig blieben. In Neuyork schoß am 3. Juli Frank Holt, Professor des Deutschen an der Cornvell-Universität, auf den Milliardär J. Pierpont Morgan, der während des Krieges die Ententestaaten wesentlich unterstützt hatte. Holt sprang aus dem Fenster seines Gefängnisses und war sofort tot. Maßnahmen gegen die Teuerung und den Wucher mit Lebensmitteln in Österreich hatten wenig Erfolg (August). Die allgemeine Handelskonjunktur wurde am geschicktesten von Japan ausgenützt. Die Einziehung von Metallgeräten begann in Österreich im September. Die österreichische Regierung gab eine Denkschrift heraus über die aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßregeln. Die Amerikaner setzten sich immer mehr in China fest. Der Panamakanal wurde nach zeitweiliger Verstopfung wieder fahrbar; während eines Jahres waren 1088 Schiffe passiert, zumeist amerikanische und englische, die Einnahmen betrugen fast viereinhalb Millionen Dollars. Im Oktober wurde bei uns Rohgummi und Kraftwagenbereifung anzeigepflichtig. Es bildete sich eine Kriegsschuhzentrale. Man forderte die Unwiderruflichkeit des Ausgleichs mit Ungarn, denn nur die unbegrenzte Dauer der wirtschaftlichen Einigung habe das Aufblühen der deutschen Wirtschaftsmacht bewirkt, und nur solche weltpolitische Geschäfte gelingen, die auf lange Sicht gemacht werden. Im November wurde die Milch knapp, es trat die Einschränkung der Biererzeugung ein. Man sprach von der starken Verschiebung der Besitzverhältnisse im Kriege. Die Propaganda für einen engen und dauernden wirtschaftlichen Zusammenschluß Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich, für einheitliche Valuta, für gemeinschaftliches Auftreten nach außen wurde immer stärker.

Kultur. Wir geben im folgenden noch einiges Kulturgeschichtliche an der Hand von Zeitschriften.

„Österreichs Illustrierte Zeitung“ bringt 31. Jänner eine Nachbildung der im belagerten Przemysl erscheinenden Kriegszeitung vom 1. Jänner, die mit Fliegerpost hinauskam. Schön ist darin das Sonett von L. Pick: „Ein Lebenskünstler pflegt im Scherz zu sagen: Was ist das gegen die Unendlichkeit! Ein heitres Wort und Trost in jedem Leid, von philosophischem Humor getragen. Wer lachen kann in unheilvollen Tagen, des Horizont ist fast unendlich weit, weil er, erhaben über Raum und Zeit, entgegensieht der Menschheit ew'gen Fragen. Drum mag der Krieg uns wütend auch umbranden, wir sehen zu mit überlegnem Spott. Der Feinde Bosheit wird

zuletzt zuschanden. Wir sind im Rechte und mit uns ist Gott! Und lägen auch zwei Welten selbst im Streit — was ist das gegen die Unendlichkeit!“

Der neutrale Schwede Professor Gustaf Steffen schrieb als Neutraler am 17. Juni in der „Illustrierten Zeitung“: „Warum ich auf den Erfolg Deutschlands im Weltkrieg hoffe.“ „Ich wünsche den deutschen Waffen Erfolg, weil eine erträgliche politische und kulturelle Zukunft für die Welt im ganzen und für Europa im besonderen absolut nicht auf eine militärische, politische, wirtschaftliche Niederwerfung Deutschlands gebaut werden kann. Sogar die einsichtigeren Engländer wissen, daß das Gerede von der Gefährlichkeit des deutschen Militarismus für die Freiheit Europas und von der Eroberungswut des Deutschen Kaisers nichts als freche Kriegslügen sind. Sie wissen das ebenso genau, wie sie wissen, daß der ganze Weltkrieg als ein lange eifrig herbeigewünschter Angriffskrieg des russisch-englisch-französischen Bundes auf die beiden Zentralmächte angefangen hat und in diesem Geiste durchgefochten wird . . . Ich erblicke in einem Sieg Englands und Frankreichs keinen Gewinn für Demokratie und Freiheit, denn die Demokratie und Freiheit, die ich in England und Frankreich beobachtet habe, imponieren mir als radikalem Demokraten außerordentlich wenig. Ein sehr grober Schwindel bleibt ein Schwindel. Ich sage Schwindel, weil ein politisches Kind sehen muß, daß Autokratismus und Militarismus in Europa durch eine Niederlage Deutschlands einen ungeheuren Aufschwung erleben müßten . . . Würde das Gleichgewicht in Europa sich nicht sehr sonderbar ausnehmen, nachdem das einzige, was dieses Gleichgewicht wirklich befestigen kann, nämlich deutsche Friedensliebe im Bunde mit deutscher Staats- und Wehrkraft, geschwächt oder temporär vernichtet wäre? . . . Der jetzige Angriffskrieg auf Deutschland und Österreich ist ein weltgeschichtliches Verbrechen . . . Die Demokratie und Freiheit in Deutschland werden, so wie es der politische Genius des deutschen Volkes im Grunde verlangt, noch lange aufs innigste mit einem sehr strammen Staatsbewußtsein verknüpft sein. Und dies beruht zuletzt auf dem abgrundtiefen Haß, der in England, Rußland und Frankreich gegen das deutsche Wesen gehegt wird. Dieser Haß ist die zentralste Tatsache des Weltkrieges. Diese psychische Urtatsache war da, Jahrhunderte vor dem Krieg. Dies ist ein originärer Kulturtiefstand, mit dem man zu rechnen hat, jetzt und in langer Zukunft. Die Entente ist einem rein temporären Raubzugsbund unter primitiven Horden der Urzeit durchaus ähnlich . . . Insofern bedauere ich nicht, wenn der Kulturaustausch nach dem Kriege weniger durch die blöde Kongreßfestessenkultur gekennzeichnet sein wird . . . In Deutschland hörte man oft die Selbstanklage, daß man gar zu geneigt wäre, fremdes Wesen zu schätzen auf Kosten der gehaltvolleren Eigenart. Dieser Mangel muß darauf beruhen, daß der deutsche Geist ebenso weitherzig human, universell und sympathisch tolerant, wie der englische und französische engherzig ist. Wenn man in England und Frankreich den Deutschen furchtbare Pläne auf die Versklavung der ganzen Welt zuschreibt, so zeichnet man unbewußt ein Selbstporträt. Wer die räuberische Geschichte Englands, Frankreichs und Rußlands während der letzten dreihundert Jahre genau kennt, wird die tiefe Angst vor einer ähnlichen imperialistischen Entwicklung Deutschlands verstehen . . . Ich glaube, daß auf dem Grunde der deutschen Volksseele eine tiefernste Friedensliebe liegt. In Frankreich und England mangelt es an der für echte Demokratie und Freiheit nötigen Tiefe des Staatsbewußtseins . . .“ —

Steffen.

Der Däne K. Gjellerup zeigte in der „Illustrierten Zeitung“ 19. August, daß „der deutsche Sieg auch für Dänemark eine Kulturforderung“ sei.

Sehr bezeichnend schrieb Hindenburg im August 1915 das Wort: „Möge uns der Geist von 1914/15 erhalten bleiben!“ Er fühlte vielleicht, daß dieser Geist sich verflüchtigen könne.

Histor.-polit. Blätter. Die „Historisch-politischen Blätter“ sagen (155, 72): „In den Prüfungen, welche die Völker jetzt heimsuchen, richten sich ihre Blicke zum Felsen Petri. In England wird mancher an die Worte Macaulays über die Ewigkeit dieses Felsens gemahnt worden sein, als er die Nachricht vernahm, daß die britische Regierung sich veranlaßt gefühlt hat, wieder einen außerordentlichen bevollmächtigten Gesandten beim Vatikan zu ernennen. Die englische Politik hat sich zu solcher Maßregel bisher nur in Stunden der Not verstanden, wenn die Hand des höchsten Lenkers sich am Himmel zeigte. Seit Gladstone, der 1880 G. Errington zum Vertreter Großbritanniens beim Vatikan ernannte, tat die Regierung jenen englischen Kreisen den Willen, welche den Papst nicht kennen wollen. Zur Zeit Gladstones war es die Bewegung im katholischen Irland, welche zur Annäherung an den Vatikan führte; es sollte dem Einfluß der irischen Geistlichkeit in Rom ein Gegengewicht geschaffen werden ... Die Wahl der britischen Regierung ist auf H. Howard gefallen; ein Zögling der Benediktiner in ihrem Kolleg in Downside bei Bath; er ist einundsiebzig Jahre alt, ein Veteran der Diplomatie, zuletzt Gesandter im Haag und in Luxemburg. Man wandte gegen diese Maßregel ein, daß die englische Regierung damit die französische in Verlegenheit setze, welche, obgleich sie an der Spitze eines katholischen Landes steht, keine Beziehungen mit dem Vatikan wolle. Die französischen Katholiken denken darüber anders. Der frühere Minister des Auswärtigen Hanotaux verlangt die Ernennung eines Gesandten der Republik beim Vatikan. Außer den Wünschen der Katholiken kommen auch die politischen Interessen Frankreichs in Syrien, Palästina usw. in Betracht. Die ganze Bretagne liegt auf den Knien, die Kirchen in Paris sind von Betern angefüllt; viele betrachten diesen Krieg als eine Strafe für die gottlose Politik der Regierung. Aber das Verlangen der Katholiken, die Regierung möge sich bei den Gebeten in den Kirchen vertreten lassen, bleibt unbeachtet. Selbst der Antrag, das Fest der Jungfrau von Orleans zum Nationalfest zu machen, den Maurice Barrès in der Kammer stellen wollte, mußte auf Wunsch der Regierung zurückgezogen werden, um die Einigkeit der Parteien nicht zu stören ... Kardinal Sevin, Erzbischof von Lyon, hatte am 12. November 1914 an den Papst geschrieben, es wären in Frankreich Nachrichten in Umlauf, denen zufolge kirchliche Kreise in Rom und katholische Blätter mehr Hinneigung zu Österreich-Ungarn und Deutschland als zu Frankreich bekundet hätten; der Vatikan möge Neutralität empfehlen. Eine Antwort des Kardinal Staatssekretärs Gasparri kam nicht in die Hände des Erzbischofs. — Joh. Ranftl bespricht Seite 168 meine „Geschichte der Neuesten Zeit“, 1. Band. — Ein Kroate schreibt über „Kroatentum und Serbentum“. — Der Krieg wird als „ein Hochgericht über die moderne Literatur“ betrachtet. — Die Kirchenfrage der Ukrainer wird hervorgehoben. — Der Roman „Stephana Schwertner“ von Enrika v. Handel-Mazzetti wird als Meisterwerk gewürdigt. — Die Politik des Reinwirtschaftlichen wird als Grundlage des Weltkriegs erkannt, seit dem Artikel der „Saturday Review“ vom Herbst 1897 mit dem gewinnsüchtigen Drängen

Englands zum Kampfe mit Deutschland. So trifft auch beim gegenwärtigen Krieg das Wort Moltkes in der Vorrede zu seinem Kriegswerk zu: „Die großen Kämpfe der neueren Zeit sind gegen Wunsch und Willen der Regierenden entbrannt. Die Börse hat in unseren Tagen einen Einfluß gewonnen, welcher die bewaffnete Macht für ihre Interessen ins Feld zu rufen vermag." — Mit gewaltigem Eindruck hat der Heilige Vater dem Korrespondenten des „New York World" gegenüber erklärt: die Vereinigten Staaten sollten doch alles vermeiden, was den Weltkrieg verlängern könnte (Petrusblätter, 27. April 1915). Das war gegen die Waffen- und Munitionsausfuhr vermeint. — Es wird Martin Spahns Schrift „Im Kampf um unsere Zukunft" besprochen und die Stelle hervorgehoben: „Das auswärtige Denken unseres Volkes verfiel in Lethargie in demselben Augenblicke, als die Deutschen 1871 durch die Leitung Preußens staatsorganisatorisch und militärisch zu weiterer Erhebung als je zuvor befähigt wurden ..." Frankreich kämpfe für die Wiedererringung seiner Stellung am Rhein, in Mitteleuropa. Parallelen bietet das 1911 erschienene Buch „La guerre qui vient" von Fr. Delaisie. — Besprochen wird ferner J. Kreitmaiers, S. J., Schrift „Beuroner Kunst". — Wichtig ist ein Artikel über Wilson (854); er ist Wilson. 1856 in Virginien geboren als Sohn einer in England geborenen Engländerin von anglo-schottischer Herkunft und eines in den Vereinigten Staaten geborenen Vaters von schottisch-irischer Abkunft. Er war immer ein großer Bewunderer der englischen Verfassung im Gegensatz zur amerikanischen, ebenso der englischen Presse. Er war ein fruchtbarer literarischer Politiker, ehe er ein praktischer wurde. Von der akademischen ging er in die politische Laufbahn über und forderte als Demokrat die aktive Beteiligung des Volkes an den Staatsgeschäften. 1910 wurde er Gouverneur von New Jersey. Er war gegen den Schutzzoll, der die Ideen demoralisiere. Weit entfernt, eine bloße Gelehrtennatur zu sein, strebte er als Präsident danach, der Arbiter Mundi zu werden. „Der Einzug Wilsons in das Weiße Haus vollzog sich inmitten großer Erregung und großer Ermüdung der Geister. Die Wurzeln dieses Zustandes reichen bis in die Zeiten Mac Kinleys, als die Beutepolitik im Schwung war. Roosevelt hatte aus diesen Stimmungen Vorteil gezogen; die Zahl der Reformer nahm zu. Beim Amtsantritt Wilsons schwebte eine große Anzahl von Reformfragen, Zolltarif, Währung, Eisenbahnen, Binnenhandel, Monroedoktrin ... Bekanntlich wählt der Präsident selbst seine Staatssekretäre, und diese haben fast freie Hand in der Ernennung der Beamten. Den Freunden aus dem Wahlfeldzug eröffnet sich dabei ein reiches Feld. Wilson verdankt seine Wahl Bryan und dessen radikalem Anhang ... Nur der Kongreß kann Krieg erklären ... der Präsident kann aber dem Kongreß seinen eigenen Willen suggerieren ... Die im November 1911 ausgebrochene Revolution in Mexiko ist das Werk der Amerikaner, deren Plänen auf dem Gebiet des Eisenbahn- und Bankwesens sowie der Industrieunternehmungen, Ölquellen, Bergwerke der Präsident Mexikos, General Porfirio Diaz, widerstand, weil sie die Unabhängigkeit Mexikos bedrohten. Die Amerikaner lieferten der Revolution Geld und Waffen. Diaz wurde vertrieben. Der Führer der Revolution, Madero, ließ sich zum Präsidenten wählen. Da erhob einer der Generäle Maderos, Huerta, die Fahne gegen Madero. Dieser wurde erschossen. Die Präsidentschaft Huertas wurde im Mai 1913, im Juni 1913 von Deutschland und andern Mächten anerkannt.

Amerika verweigerte die Anerkennung. Wilson erklärte am 26. Oktober 1913: „Das lateinische Amerika ist in Gefahr, die Beute europäischer Finanzleute zu werden. Die amerikanischen Interessen geraten bei diesem Treiben in den Hintergrund und in Verlust. Das muß gehindert werden.“ Gegen Huerta riefen die Amerikaner neue Bandenführer auf: Zapata, Caranza, Villa, und versahen sie mit Geld . . . Auch in Nikaragua und Columbia hat Amerika eingegriffen . . . Die Vereinigten Staaten dulden die völkerrechtlich unzulässige Art der Blockade, die England errichtet hat, bestreiten aber Deutschland das Recht, sich mit Hilfe der Tauchboote dagegen zu wehren.“ Bei Besprechung der Schrift von Momme Nissen „Der Krieg und die deutsche Kunst“ heißt es: „Es war eine bittere geschichtliche Ironie, daß wir 1871 beim Waffensiege über Frankreich in Sachen der Kunst erst vollends unter die Räder der Franzosen gerieten . . .“

Im 156. Band der „Historisch-politischen Blätter“ wird Sebastian Brunners hundertster Geburtstag gefeiert. — Im Artikel „Weltkrieg und Freimaurerei“ heißt es: „Nur wer nichts weiß vom teuflischen Haß der Loge gegen jede positive Religion und gegen die katholischen Habsburger, kann den Anteil der Freimaurerei an der Entwicklung der letzten Dezennien unterschätzen. Großmeister ist König Georg V. von England usw. . . . Ihr Werk ist die unheimliche Isolierung der beiden Zentralmächte als Bollwerk des gläubigen Christentums.“ — „Zum neuerlichen Friedensruf des Papstes“ wird am 11. August geschrieben: „Nach menschlicher Berechnung bleibt es wohl dabei, daß der Papst seine segensreiche Wirksamkeit erst dann wieder voll und frei wird entfalten können, wenn das heutige Italien nicht mehr sein wird.“ — Aus des deutschgesinnten H. St. Chamberlain Schrift „Zuversicht“ wird folgende Stelle herausgehoben: „Ohne große Gesinnung kann ein großes Werk nicht vollbracht werden. Diese Größe ist nicht Natur, sie ist Übernatur. Gott schenkt sie durch Christus. Ein Heer von Antichristen war im Anzug. Uns tat dringend not die Mahnung des Göttlichen.“ — Hans Wehbergs Schrift „Das Papsttum und der Weltfriede“ (Volksverein M.-Gladbach) beleuchtet die Stellungnahme des Papsttums zur Friedensidee in den letzten fünfundzwanzig Jahren und trägt das Material dazu bei. — J. Ranftl bespricht J. Seebers Epos „Christus“. — Es wird gegen den modernen Parlamentarismus und dessen Überschätzung für eine wirkliche und natürliche, für eine organische Vertretung des Volkes oder der gegliederten Gesellschaft eingetreten.

Ein Hamerling-Denkmal wurde im Litschauer Gemeindepark von K. Zimmel errichtet (Öst. Ill. Ztg., 16. Mai).

In San Francisco wurde die Internationale Panama-Pacific-Ausstellung eröffnet.

Im Wiener Finanzministerium wurde, wie es hieß, eine politische
List. Denkschrift des Nationalökonomen Friedrich List aufgefunden, die er im Anfang der vierziger Jahre auf Wunsch einiger ungarischer Staatsmänner, vor allem Kossuths, nach einer ungarischen Reise schrieb. Sie stellte ein Programm für die wirtschaftliche Reform des Landes auf und wurde dem Staatskanzler Metternich überreicht (Öst. Ill. Ztg., 23. Mai).

Richard Wahle fällte in dem Buch „Die Tragikomödie der Weisheit“ ein vernichtendes Urteil über seine eigene Wissenschaft, die Philosophie. Nun, das muß er wissen!

In Frankreich taufte man Mädchen gerne France, Victoire, Joffrette, Marne, Marnette, Marnon; auch Aëtia, zum Andenken an den Sieg des Aëtius über die Hunnen.

Ein „Wehrmann in Eisen" aus Holz zum Einschlagen von Nägeln, deren Ertrag zur Stärkung des Witwen- und Waisenhilfsfonds der gesamten bewaffneten Macht dienen sollte, wurde auf dem Schwarzenbergplatz zu Wien aufgestellt (Öst. Ill. Ztg., 7. März). Es war ein Werk Jos. Müllners; dem Gedanken schwebte der „Stock im Eisen" in Wien vor. Die gute Idee fand bald in ganz Österreich und Deutschland Nachahmung. So modellierte Knackfuß einen St. Michael für Homburg nach dem Entwurf des Deutschen Kaisers (Öst. Ill. Ztg., 12. Sept.). Am 4. September wurde zu Berlin der „Eiserne Hindenburg" mit einer Rede Bethmanns eingeweiht (Ill. Ztg., 9. Sept.). Ein „Eiserner Tirpitz" von Oswald Schimmelpfennig wurde in Wilhelmshaven aufgestellt (Öst. Ill. Ztg., 26. Dez.). „Wehrmann in Eisen."

In Waidhofen an der Thaya wurde ein Hamerling-Denkmal von Brandstetter aufgestellt (Öst. Ill. Ztg., 26. Sept.).

Bei der Wiener Weltkriegsdenkmal-Konkurrenz erhielt das Projekt Josef Müllners den ersten Preis (Öst. Ill. Ztg., 21. Nov.).

In der Pfarrkirche zu Mistelbach malte Jos. Reich ein Denkmal des Weltkrieges „Märtyrer und Opfer" (Öst. Ill. Ztg., 26. Dez.).

Professor Ludwig Stein schrieb am 26. August in der „Illustrierten Zeitung": „Wo ist die wahre Freiheit zu Hause? In England? Ein einziger Privatbrief des Staatssekretärs Sir Edw. Grey, in welchem er in gewundenen Worten Poincaré Zusicherungen für den Fall eines Krieges mit Deutschland unverbindlich gab, reichte aus, alle Überlieferungen Englands in Scherben zu schlagen. Die Freiheit des einzelnen wird unterbunden durch die Zwangsvorstellung des imperalistischen Schlagworts. Die Freiheit ist allein zu Hause in jenem Rechtsstaat, der in seinem Reichstagswahlrecht das weitestgehende und unbeschränkteste Wahlrecht der ganzen zivilisierten Erde seit vierundvierzig Jahren sein Eigen nennen darf."

Momme Nissen erhob wiederholt seine Stimme zur Neuordnung unseres Kunstlebens, zur künstlerischen Wiedergeburt; so in der „Illustrierten Zeitung" 30. September.

Eine französische Karte (Ill. Ztg., 4. Nov.) zeigte die künftige Ordnung Europas. England bekommt Ägypten und Helgoland; Belgien das linke Moselufer und das linke Rheinufer mit Koblenz, Bonn, Aachen, Köln; Frankreich Elsaß-Lothringen mit dem linken Rheinufer bis zur Mosel, also mit Trier und Mainz. Unter französischer Kontrolle wird am rechten Rheinufer eine neutrale Zone von hundert Kilometer Breite hergestellt zwischen Schweiz und Holland. Zur Schweiz kommt Nordtirol (und Vorarlberg), zu Italien das Trentin, Istrien mit Triest und Fiume und fast ganz Dalmatien; zu Montenegro die Herzegowina, Skutari und ein Teil von Albanien. Zu Griechenland der Rest von Albanien. Zu Serbien Bosnien, Slawonien und Kroatien, der südliche Teil von Dalmatien, ein Teil der dalmatinischen Inseln und eine Portion Albanien. Zu Bulgarien Adrianopel. Konstantinopel und die Dardanellen werden neutralisiert unter der Kontrolle der Alliierten. Rumänien erhält Siebenbürgen und Bukowina, Rußland ganz Polen mit Danzig, Königsberg, Posen, Breslau, Krakau, Przemysl, Lemberg; Dänemark Schleswig-Holstein. Der Kanal von Kiel wird neutral. Deutschland Karte.

wird in sechs unabhängige und neutrale Staaten geteilt: Hannover mit Bremen, Hamburg und Lübeck, Westfalen mit Kassel, Sachsen, Bayern, Württemberg, Preußen, das kleiner als Bayern oder Württemberg wird, viel kleiner als das vergrößerte Sachsen. Ungarn und Böhmen werden selbstständig. Die deutschen Kolonien werden geteilt. Die Kriegsentschädigung wird hundert Milliarden Franken betragen.

Der berühmte Maler Gabriel Max starb zu München am 24. November. Er war zu Prag 1840 geboren.

Sehr lehrreich ist eine Betrachtung von Professor Hashagen über die Etappen zum Weltkrieg: Annexionskrise 1908/09, Marokkokrise 1911; Balkankrise 1912/13 mit den dazwischenliegenden Entspannungen (Ill. Ztg., 23. Dez.), die die Wachsamkeit der Mittelmächte einschläfern sollten.

„Stimmen der Zeit."

Seit dem 45. Jahrgang 1914/15, Band 88 ff., heißen die „Stimmen aus Maria-Laach" „Stimmen der Zeit". Über „Weltkrieg und religiöses Bekenntnis" heißt es: „Darum bringt dieser Krieg auch eine Bewährung und Beglaubigung der deutschen Katholiken, wie sie glänzender nicht sein kann." Dann heißt es: „Der große Krieg ist die Reifeprüfung des Arbeiterstandes." Das hat sich allerdings, wie es scheint, sehr bewahrheitet. Das fünfbändige Handwörterbuch „Die Religion in Geschichte und Gegenwart" von Schiele und Zscharnach erweist sich ebenso wie die „Religionsgeschichtlichen Volksbücher" als vom Geist des Rationalismus beherrscht. „Das deutsche Theater und Drama im 19. Jahrhundert" von W. Kosch wird angezeigt. Die Stellung des hl. Thomas von Aquin zum Krieg wird untersucht; der Philosoph verlangt, daß ein Krieg gerecht sei, daß er von der zuständigen Staatsgewalt ausgehe, daß ein gerechter Grund vorhanden sei, Strafe für ein Unrecht, Weigerung, das Böse zu sühnen, das begangen wurde, rechte Absicht der Kriegführenden, darauf gerichtet, das Gute zu fördern oder das Böse abzuwehren, den Frieden herzustellen. Der dreibändige Roman „Stephana Schwertner" von E. v. Handel-Mazzetti erfährt die verdiente Würdigung. Auch ich halte mit meiner Befriedigung über die Entwicklung der Dichterin nicht zurück, die nach einigen Romanen, die eine doppelte Deutung zuließen, sich zu einem rein katholischen Bekenntniswerk durchrang, wohl auch infolge der ganzen geistigen Entwicklung im Literaturstreit. Besprochen wird das Buch von Alb. Franz „Der soziale Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettelers" (Apologetische Tagesfragen 15). Der „Kulturwert der Sprachreinigung" wird hervorgehoben und Leutholds Strophe von 1872 zitiert: „Wenn die Zeit auch nicht an des deutschen Volkes Weltberuf mit ehernem Finger mahnte, eine solche Sprache allein genügte, ihn zu verkünden." Chr. Pesch betrachtet „Papst Benedikt XV. und die Nöte der Zeit", die Not des Krieges, der Lieblosigkeit, der Begehrlichkeit, der Unbotmäßigkeit, des unbefugten Aburteilens, der Neuerungssucht. Nostitz schreibt über Völkerkrieg und Volksseelenerhebung. Es wird Haeckels Abschiedswort bei Vollendung seines achtzigsten Lebensjahres besprochen „Gottnatur (Theophysis), Studien über monistische Religion". Ebenso die Neuausgabe von „Goethes Briefwechsel mit einem Kinde" von Heinz Amelung und Reinhold Steigs „A. v. Arnim und Bettina Brentano". Reichmann weist protestantische Auffassungen über „Bekenntnis und Vaterland" zurück; Przibilla die Ansicht, daß „Nietzsche als Genius des deutschen Volkes" zu betrachten sei. Die Gründung einer Neuen Deutschen Dante-Gesellschaft wird

begrüßt; der Aufruf ist unterzeichnet von Duffner, Kohler, Grauert, Boßler, Pastor. Zimmermann spricht vom „Glaubenskünder Krieg“ mit Bezug auf seine Broschüre „Der Gottesbeweis des Weltkrieges“. Fröbes untersucht: „Wie entstehen Massenüberzeugungen?“ Die Schrift von W. Kosch über L. Aurbacher wird besprochen. Vor allem aber auch der Kriegshirtenbrief des deutschen Episkopats (88, 481). Auch Rohrbachs Schrift „Der deutsche Gedanke in der Welt“, nämlich der „sittliche Idealgehalt des Deutschtums als gestaltende Kraft im gegenwärtigen und zukünftigen Weltgeschehen“. Ferner Momme Nissens Schrift „Der Krieg und die deutsche Kunst“. Ebenso die Konversionsschrift „Heimgefunden, Pilgerfahrt einer Frauenseele“ von Miß Baker, deutsch mit Einleitung von Kardinal Rossum. Nekrologe erhalten die an der Wende des Jahres verstorbenen Künstler A. v. Werner, K. Goldmark, Michael Haller (der Overbeck unter den Kirchenkomponisten), Hartmann An der Lan-Hochbrunn. Stockmann würdigt Brentano als vaterländischen Dichter. Rühmend wird ein protestantisches „Friedensdokument“ hervorgehoben; der protestantische Professor Dankmann in Greifswald entwarf nämlich in der „Neuen kirchlichen Zeitschrift“ ein Friedensprogramm für die künftige Stellung der beiden Konfessionen zueinander (89, 90). Klimke behandelt Henri Bergson, den Philosophen des Lebens, Kreitmaier „Tod und Jenseits, ein Problem der Kunst“, B. Wilhelm den „Maschinenkrieg“. Lippert bespricht im Aufsatz „Die Nationen in der katholischen Kirche“ die Schrift von Schrörs über „Krieg und Katholizismus“, der zum Schluß kommt, daß die katholische Kirche von einem Siege des Dreiverbands alles zu fürchten habe; ferner Max Schelers Buch „Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg“, das auch das siegreiche Zentraleuropa als des Christentums Hort zu erweisen sucht. V. Cathrein beweist „Die Einheit des sittlichen Bewußtseins der Menschheit“. — H. Pesch widerspricht der Anschauung Fr. Naumanns vom wachsenden Staatssozialismus (Krieg und Wirtschaftsleben): alle scheinbar sozialistischen Maßnahmen waren etwas Abnormes von provisorischem Charakter. — Die Schriftleitung protestiert (89, 384) gegen das Tendenzbuch des „Comité Catholique de propagande française“, das von Baudrillart, dem Rektor des Institut Catholique und Generalvikar des Erzbischofs von Paris, veranlaßt wurde in Gemeinschaft mit den Kardinälen von Reims und Paris sowie neun Bischöfen der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete und katholischen Akademikern, Politikern, Gelehrten und Publizisten. Dies Buch „La Guerre Allemande et le Catholicisme“ war ein Angriff auf die Ehre der deutschen Katholiken und eine Gefährdung des inneren Friedens der katholischen Kirche. Das Buch erhob den dreifachen Vorwurf gegen Deutschland, es trage die volle Verantwortung für den Ausbruch des Krieges, es führe den Krieg ohne Achtung vor Recht und Menschlichkeit, und es handle so infolge seiner katholikenfeindlichen und im Grunde unchristlichen Geistesrichtung. „Der Einsatz dieses Krieges ist in Wahrheit das Reich Gottes in den Seelen, denn es geht um die Wiederherstellung oder die Vernichtung des Absoluten im menschlichen Geiste.“ Dazu schreibt die Schriftleitung mit Recht und mit Milde: „Wir verwahren uns dagegen, daß dieselben französischen Katholiken, die ihrem ausgesprochen gottlosen Staate ohnmächtig unterlegen sind, die katholische Sache unter der Macht dieses Staates besser geborgen wähnen, als unter der Herrschaft des Deutschen Reiches, das verfassungsmäßig christlich ist,

„La Guerre Allemande.“

dessen größter Staatsmann eine katholikenfeindliche Politik nicht aufrecht zu erhalten vermochte, und dessen fünfundzwanzig Millionen Katholiken in ihrer Vergangenheit eine lebendig fortströmende Quelle der Begeisterung und des Vertrauens für ihre Zukunft besitzen ... Georges Goyau, der sich jetzt an diesem bedauerlichen Angriff gegen uns beteiligt, hat 1911 in der Einleitung seines Werkes ‚Bismark et l' Eglise‘ unsere ‚wirklichen Millionen wirklicher Katholiken‘ denen als notwendiges Vorbild hingestellt, die an einer religiösen Erneuerung Frankreichs arbeiten wollen. Und im Frühjahr 1908 hat der Akademiker P. Thureau-Dangin seine Vorträge in demselben Institut Catholique damit begonnen, daß er die Siege und die Organisationen der deutschen Katholiken als glänzende Beweise ‚des wunderbaren Wachstums unserer heiligen Kirche pries‘. In Frankreich hätte er diesen Beweis nicht gefunden, eher das Gegenteil." – Es wird ein Brief Cavours vom 28. Dezember 1860 über Italiens Aspirationen mitgeteilt (S. 393): „Ich muß Sie ersuchen, jeden Ausdruck zu vermeiden, aus dem sich ergeben könnte, daß das neue Italien aspiriert, nicht bloß Venezien zu erobern, sondern auch Triest nebst Istrien und Dalmatien. Ich weiß, daß die Küstenstädte italienisch sind, allein die Landbevölkerung gehört durchweg zu den Slawen. Es hieße unbedachterweise die Kroaten, die Serben, die Ungarn sich zu Feinden machen und dazu noch alle Deutschen, wenn man den Willen kundgäbe, so weiten Gebieten Mitteleuropas alle Auswege an das Mittelmeer zu nehmen. Jeder Satz, den man in diesem Sinn auszusprechen wagt, wird zur furchtbaren Waffe in der Hand unserer Feinde. Er gibt ihnen zum Versuch Anlaß, selbst England gegen uns aufzubringen, das nur ungern sähe, wenn die Adria abermals ein italienischer See würde, wie sie es in den Zeiten der Republik Venedig war." Preußen hatte nämlich kurz vorher gedroht, es werde im Angriffsfall die „deutsche Stadt Triest" (weil sie zum Deutschen Bund gehörte) mitverteidigen. Allerdings sprach auch Cavour noch 1856 in vertraulichen Briefen von der Einheit Italiens als von einem törichten Traum; und zu Anfang des Jahres 1861 versicherte er die preußische Regierung, jene Aspirationen auf Triest seien nur „rhetorische Phrasen". — Im weitern wird Sven Hedin als „Skalde des Militarismus" besprochen. Er stellt sich durchaus auf Seite der Mittelmächte und verurteilt den Militarismus Englands. — Wichtig ist ein Artikel von Nostitz über den „Papst in Feindesgewalt" (89, 405): „In zweier Feinde Gewalt sehen wir den Stellvertreter Christi: in der Gewalt des zeitgeschichtlichen und der des grundsätzlichen Gegners; in der Gewalt des italienischen Staates und in der des französisch-italienischen Freimaurertums." — H. Pesch zeigt (Krieg und Wirtschaftsleben), daß die Zentralmächte finanziell fester dastehen als die Gegner. — Besprochen wird die Schrift (474): „Religion und Religionen im Weltkrieg" von G. Pfeilschifter; er kommt zum Ergebnis: Die verschiedenen Konfessionen haben als Motiv für die Entstehung des Krieges nirgends gewirkt. Für keine Nation ist der Krieg ein Religionskrieg, auch nicht für die Türkei. Die gleichen Konfessionen sind ebensowenig ein einigendes Band gewesen, als ihre gegensätzliche Verschiedenheit ein trennendes Hindernis war. Überall aber spielt doch die Religion als religiöses Leben im Feld und zu Hause eine bedeutende Rolle. Es wäre aber voreilig, deshalb von einer religiösen Neugeburt zu sprechen. M. de Lestrange „La Question Religieuse en France pendant la guerre de 1914" kommt sogar zu einem pessimistischen

Resultat; er fürchtet, die Katholikenverfolgung werde nach dem Krieg in Frankreich nicht aufhören. — Noch einmal (488) kommt das Propagandabuch der französischen Katholiken zur Sprache: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß in Italien, Spanien, Südamerika alles, was kirchenfeindlich, antiklerikal, freimaurerisch ist, ebenso wie die Mehrzahl der dortigen Protestanten, mit Herz und Gesinnung auf seiten Frankreichs und seiner Verbündeten steht, während die Katholiken dieser Länder ihre Teilnahme der deutschen und österreichischen Seite zuwenden. Die französischen Katholiken, welche sich zur Abfassung des bedauerlichen Buches ‚La Guerre Allemande et le Catholicisme' zusammengetan haben, scheinen anzunehmen, diese Parteinahme sei die Frucht einer mächtigen Propaganda der Deutschen." Von wem sollte diese Propaganda ausgehen? Von der protestantischen Regierung? Von den so übel geschilderten deutschen Katholiken? Es wird mitgeteilt, was Denys Cochin in der „Revue des Deux Mondes" 1. Mai 1915, S. 121, über das fragliche Buch schreibt: „Woher kommt uns der üble Ruf bei den Katholiken der neutralen Länder? Er kommt von der antiklerikalen Politik. Diese entspricht aber nicht der Stimmung der Mehrzahl. Wir haben freilich das Konkordat zerrissen; das war eine Dummheit. Ganz Europa ist beim Papste vertreten; nur wir nicht; das ist verrückt. Verdrießlich war das Schulgesetz; das hat uns bei den Katholiken des Auslandes geschadet, obwohl niemand daran schuld ist. Das alles ist vielmehr ein Beweis, daß Frankreich sehr gut katholisch ist; nur ist eben dieser Katholizismus rein religiös und führt bei uns nicht zu politischen Äußerungen. Dieser rein religiöse Katholizismus steht im Gegensatz zum deutschen. Es wird bei uns niemals eine katholische Partei, ein Zentrum geben." Mit Recht sagen aber die „Stimmen": „Anstatt mit geschwollenen Worten das katholische Frankreich von ehemals zu preisen, sollten sie lieber den Katholizismus der heutigen Franzosen durch die Tat beweisen." — Die Philosophie im Kriege wird besprochen bei Gelegenheit des Sammelbandes (von K. Hönn): „Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkrieg". — Kreitmaier behandelt „Krieg und Schönheit". Der Tod des berühmten Luis Coloma (10. Juni 1915) wird beklagt; er starb im vierundsechzigsten Lebensjahr. — Sehr bedeutend ist ein Aufsatz von Chr. Pesch „Der Krieg und die göttliche Vorsehung" (89, 514); daraus einige Gedanken: „Der himmlische Gralstempel soll nicht ausschließlich im reinen Weiß der Gottesliebe schimmern, sondern zugleich im sanften Rot der Leidensliebe. Keiner von uns darf sagen, er brauche die Buße und das Leiden nicht... Nicht jedes Leid, das den Menschen trifft, ist eine Strafe für vorhergehende persönliche Sünden. Dies hebt der Heiland ausdrücklich hervor: Weder er hat gesündigt noch seine Eltern, sondern die Werke Gottes sollen an ihm offenbar werden (Joh. 9, 3). Wir alle sind blind in übermäßiger Angst vor dem Leiden. Mit dem Leid kommt die Gnade. Am Kreuz wurde das Leiden geadelt und empfing weltüberwindende Kraft... Gott macht den Krieg nicht, das tun die Menschen, er läßt ihn zu und lenkt ihn wegen der herrlichen Friedensgüter, die aus ihm entspringen... Viele Tausende finden ihren Gott im Krieg, die ihn im Frieden nie gefunden hätten. Große Güter werden zerschlagen im Krieg, Güter, die da gleißen in den Augen der Menschen. Man hatte sich so schön eingerichtet auf Erden und trug gar kein Verlangen mehr nach der himmlischen Heimat. Gott, das einzig wahre Gut, hatte man verlassen und diente den Götzen des Reichtums, der Hoffart, des Wohl-

Pesch.

lebens. Da kam der Krieg und zerstörte den Götzentempel ... Deutschland wurde zu einem Volk von Betern ... Das Gebet ist ein viel höheres Gnadengeschenk Gottes als die Sache, um die man bittet. Das rechte Beten ist eine übernatürliche Tat ... Der Mensch soll selbst an seiner Vergöttlichung mitwirken ... Unser Gebet wird vielleicht nicht gerade so, wie wir es uns gedacht haben, erhört werden. Unsere Gedanken finden nicht immer das Richtige ... Der am besten zu beten versteht, dem wird Sieg oder Niederlage zum Heil gereichen. Wenn beide Parteien um den Sieg flehen, so weiß der Heilige Geist, für wen der Sieg und für wen die Niederlage besser ist. Auch den Unterliegenden wird er glorreiche innere Siege verleihen, den Siegern die Gnade, den Sieg nicht zu ihrem Unheil zu mißbrauchen. Eine Hauptbedingung ist die Ergebung in Gottes Willen ... Es ist uns nicht möglich, durch unser Gebet zu erreichen, daß aller Krieg verschwinden und ewiger Friede herrschen soll. Je mehr die Weltzeit sich ihrem Ende nähert, desto schrecklicher wird das Kriegsunwetter toben. Christus hat es vorausgesagt, und Gottes Wort kann nicht umgestoßen werden (Matth. 24, 6) ... Die Vorsehung führt ihre Werke aus durch ihre Geschöpfe. Erst wenn wir uns sagen können, daß wir mannhaft auf dem Posten wirken, auf den die göttliche Vorsehung uns gestellt hat, können wir alles übrige Gott überlassen. Solange wir auf dieser Erde wandern, gilt die Mahnung: Demütigt euch unter die gewaltige Hand Gottes, damit er euch erhöhe zur rechten Zeit. All eure Sorge werft auf ihn, denn er sorgt für euch (1. Petr. 5, 6)." — Sehr bemerkenswert sind die von H. Gruber zusammengestellten Kundgebungen der ausländischen Freimaurerei zum Weltkrieg als Kulturkrieg. Aus ihnen ergibt sich die Tatsache, daß die Freimaurerei schon vor dem Krieg für das, was sie demokratische Zivilisation nannte, gegen deutsche Disziplin und Autorität hetzte, was sie mit dem Ausdruck Militarismus bezeichnete." Ich hebe einiges aus der Rede hervor, die der Freimaurer Professor Vaccalluzo am 10. März 1915 in der Loge zu Catania hielt, am Todestage Mazzinis: „Marx war groß im Zerstören, Mazzini im Schaffen. An Marx, diesem von Klassenhaß durchglühten, von der teutonischen Idee der Gewalttätigkeit, des Machtdünkels und der Derbheit im Auftreten erfüllten, von niedriger Verachtung für die idealen und sittlichen Faktoren durchdrungenen Proletarier, tritt schon ganz und gar die deutsche Seele, Mentalität und Brutalität zutage. Ohne Herz, ohne Liebe, ohne Sympathie und Opfergeist macht man keine Revolution. Wenn die Freimaurerei, diese alte Internationale der Völker, den Krieg nicht verhindern konnte, so nahm sie wenigstens sofort Stellung gegen den Militarismus und Imperialismus des österreichisch-deutschen Blocks. Damit der Krieg nicht Keime künftiger Kriege hinterlasse, muß die Neuordnung der Dinge in Kraft des Nationalitätsprinzips erfolgen. Daher können wir nicht neutral sein. Neutral ist das Papsttum. Im Vatikan ist das Herz seit Jahrhunderten vertrocknet und der Verstand quält sich dort mit diplomatischen Winkelzügen ab, die vielleicht darauf abzielen, mit dem Sultan der Türken, dem Kaiser der Lutheraner und dem Kaiser der Antisemiten eine neue Heilige Allianz zu bilden." Auch der Zusammenhang des Mordes von Sarajevo mit der Freimaurerei wird enthüllt. — Es wird das Buch besprochen „Der deutsche Krieg und der Katholizismus. Deutsche Abwehr französischer Angriffe, herausgegeben von deutschen Katholiken." — Blume schreibt über das Stabat

Freimaurer.

mater. Er beanstandet die Lesart in der vorletzten Halbstrophe „Ad palmam victoriae“. Mit Recht, da der Vers sich auf „Paradisi gloria“ reimen muß. Dennoch ist zweifellos die offizielle Fassung des Missale Romanum die alte echte mittelalterliche; man braucht nur statt „victoriae“ den absoluten Ablativ „victoriâ“ zu lesen, wie ich schon in der „Musica Divina“ vorgeschlagen habe. Dieser absolute Ablativ kommt auch sonst im Stabat häufig vor, und dann ist alles in schönster Ordnung.

Das Jahr 1916.

Januar: Eroberung des Lovcen und Montenegros. Drangsalierung Griechenlands. Die Entente räumt Gallipoli. Februar: König Ferdinands Aussöhnung mit dem Papst. Österreicher in Durazzo. Kämpfe um Verdun. März: Schreiben des Papstes. Prozeß Suchomlinow. Irischer Nationalkonvent in Neuyork. Kardinal Mercier. Seerechtserörterungen mit Amerika. Die „Möve“. Kroatisches Wappen. April: Deutschland zum Frieden bereit. Asquith in Rom. Aufstand in Irland. Verschärfung des Verhältnisses zu Amerika. Mai: Wilsons Reden für Frieden und Freiheit der Meere. Liebknecht verhaftet. Österreichische Offensive gegen Asiago und Arsiero. Wehrpflicht in England. Hinrichtungen in Irland. Juni: Schweizer Friedensbemühungen. Deutsche Friedensbereitschaft. Seeschlacht vor dem Skagerrak. Russische Offensive; Fall von Czernowitz und Kolomea. Blockade über Griechenland. Kitcheners Tod. Wahlbewegung in Amerika. Yuanschikais Tod. Russisch-japanisches Abkommen. Schlachten an der Somme. Handelstauchboot „Deutschland“. Fryatt erschossen. Aufhebung der Londoner Seerechtserklärung von 1909. August: Casement hingerichtet. Palazzo di Venezia. Rumäniens Kriegserklärung. Hindenburg und Ludendorff. Italiens Kriegserklärung an das Deutsche Reich. September: Rumänischer Krieg. Makedonischer Krieg. Oktober: Venizelos Präsident in Saloniki. Wilsons Reden. Stürgkhs Ermordung. Koerber. November: Wiederherstellung Polens. Hindenburg gegen staatliche Regelung der Ernährung. Wilson wieder Präsident. Die Tschechen und Ukrainer. Kramar. Kaiser Franz Josef †. Kaiser Karl. Dezember: Friedensvorschlag der Mittelmächte. Wilsons Vorschlag. Einnahme von Bukarest. Krönung in Ofen. Huldigungen. Kulturgeschichtliches.

Die hervortretenden Ereignisse des Kriegsjahres 1916 sind: der Eintritt Rumäniens in den Krieg, die Proklamation eines Königreichs Polen, der Tod des Kaisers Franz Josef und die Friedensangebote, die der junge Kaiser Karl im Verein mit dem Deutschen Reich ergehen ließ, womit bedeutsam eine zweite Phase des Krieges eingeleitet wurde.

Jänner.

Der Präsident des deutschen Reichstags Dr. Kaempf telegraphierte zum Jahresbeginn an den Deutschen Kaiser: „Mitten im gewaltigen Krieg um seine Existenz blickt Deutschland auf seinen Kaiser als Verkörperung der Macht und der Einheit des Reiches mit dem festen Entschluß, unter Eurer Majestät Führung den Kampf bis zur Erreichung des Zieles zu führen, das uns die freie Entwicklung des deutschen Geistes und der deutschen Kultur sowie des deutschen Wirtschaftslebens gewährleistet.“ Kaiser.

Durch die „Neuen Zürcher Nachrichten“ wurde am 4. Jänner auf Grund vollständig sicherer Information von zuständiger Seite und auf ausdrückliche Ermächtigung bekannt, daß in dem von Italien vor kurzem unterzeichneten Londoner Vertrag über den gemeinsamen Friedensschluß eine Klausel stand, auf keinen Fall eventuelle Abmachungen über die Frage der Internationalisierung des römischen Garantiegesetzes für den Heiligen Stuhl eingehen zu wollen, noch irgend welche Änderungen der Gesetze selbst zugunsten des Vatikans beim künftigen Friedenskongreß anzunehmen. Im Vatikan erkannte man darin eine „Kralle der italienischen Loge“. Die Entrüstung darüber war mit Recht eine große: „Das unselige Londoner Abkommen ist nun erweitert zur Verschwörung, zur Kriegserklärung der Alliierten gegen den Heiligen Stuhl und gegen das Papsttum.“

Papsttum.

Zar Nikolaus richtete am 2. Januar eine Ansprache an die Ritter des Georgsordens: „Seid darüber beruhigt, daß Ich nicht Frieden schließen werde, solange wir nicht den letzten Feind von unserm Gebiet vertrieben haben, und daß Ich Frieden nur in voller Übereinstimmung mit unseren Alliierten schließen werde, mit denen wir nicht durch papierene Verträge, sundern durch wahre Freundschaft und Blut verbunden sind.“

Im deutschen Reichstag stellte der Sozialdemokrat Liebknecht am 11. Januar eine Anfrage wegen der Armenier, welchen durch die Pforte vor einiger Zeit neue Wohnstätten angewiesen wurden. Stumm antwortete, es sei geschehen wegen aufrührerischer Umtriebe, die von unsern Gegnern angezettelt wurden. Matzinger (Zentrum) verlangte die Ausdehnung des Systems der Höchstpreise auf alle für das Leben notwendigen Dinge und Erhaltung der Viehbestände. Der Nationalliberale Böhme verlangte die Einführung von Butter- und Fettkarten. Unterstaatssekretär Michaelis sagte: „Wenn wir wollen, langen wir, und daß wir wollen, steht fest. Wir müssen die Zähne zusammenbeißen, wenn wir auch manchmal nicht das dazwischen haben, was wir gern haben möchten.“

Sozialisten.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß nahm am 9. Januar gemeinsam mit dem Parteivorstand in Berlin folgende Entschließung an: „Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Die Gegner zeigen noch keine Geneigtheit zum Frieden, veharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen. Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der zwanzig Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschluß die Kredite ablehnten, ist aufs schärfste zu verurteilen. Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase schärfste Mißbilligung. Der ‚Vorwärts‘ hat seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt, die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen gefördert und damit jedes Recht verwirkt, als Zentralorgan der Partei zu gelten.“

Im preußischen Landtag sprach Präsident Graf Schwerin-Löwitz am 13. Januar über das klägliche Scheitern der so ruhmredig unternommenen Dardanellenexpedition. Er bezeichnete den starken Vierbundsblock, von den Küsten des englischen Kanals bis zum Persischen Meerbusen, als das weltgeschichtlich bedeutendste Ergebnis des ganzen gewaltigen Völkerringens. Finanzminister Lentze sagte: „Wir sind siegesgewisser als

je und entschlossen, den Krieg fortzuführen und alles zu tragen, bis sich die Feinde zu einem Frieden bequemen, der uns dauernde Sicherheit bietet." — Der Konservative v. Heydebrand sagte am 17.: „Wir tragen nicht die Verantwortung für den Krieg. Diese tragen jene, die ihn heraufbeschworen, und jener ist fast unser schlimmster Feind, der, wie Amerika, den Krieg um Jahresfrist verlängerte. Die Gegner rechnen darauf, daß das deutsche Volk nicht einig bleiben könnte." — Die Sozialdemokraten forderten das allgemeine Wahlrecht für Preußen als besten Dank für die Kämpfer.

Der russische Minister des Außern anerkannte, daß die Balkanlage trostlos sei, doch hoffte er bessere Tage für Serbien und Montenegro. An einen Sonderfrieden sei nicht zu denken. Deutschland müsse unschädlich gemacht werden; es werde der erste Staat sein, der aus finanziellen Gründen den Kriegszustand nicht mehr aufrecht erhalten könne.

Ebenso entschieden war der Kriegswille Englands. Lloyd George sagte am 24. Januar: „England bereitet sich vor, sein ganzes Gewicht in den Krieg zu werfen. Deutschland wird es sehr bald spüren. England besitzt jetzt eine der größten Armeen der Welt, und sehr bald wird diese auch die bestausgerüstete der ganzen Welt sein. Ein neues industrielles England ist in der Entwicklung begriffen. Daher wird England keineswegs verarmen, sondern reicher werden. Die Alliierten wollen der kopflosen Lüge, daß Macht Recht sei, ein Grab graben." — In der Thronrede vom 27. Januar sprach König Georg vom „Kampf um die gemeinsame Freiheit und das öffentliche Recht Europas gegen die unmotivierten Angriffe des Feindes". Kriegswille.

Während die Kämpfe in Ostgalizien und an der beßarabischen Front anhielten und an Stärke zunahmen, wurde im Krieg gegen Montenegro am 11. Januar der fast für uneinnehmbar gehaltene Lovcen genommen. Lovcen. „In dreitägigen harten Kämpfen überwand unsere Infanterie im Zusammenarbeiten mit der schweren Artillerie und der Kriegsmarine den Widerstand des Feindes und die ungeheuren Schwierigkeiten des winterlichen Karstgebirges, das, wie eine Mauer 1700 Meter hoch aus dem Meer ansteigend, seit Jahren zur Verteidigung eingerichtet wurde." Am 14. fiel auch Cetinje, die Hauptstadt Montenegros, in unsere Hand. Die Stadt war unversehrt, die Bevölkerung ruhig, die montenegrinischen Truppen waren auf dem Rückzug. Der König und die Regierung baten schon am 13. um Einstellung der Feindseligkeiten und Beginn der Friedensverhandlungen. Man verlangte bedingungslose Waffenstreckung, was denn auch am 16. angenommen wurde. Die montenegrinischen Soldaten legten ihre Waffen ab und wurden in ihre Heimatsorte geschickt. Die Adriahäfen Antivari und Dulcigno wurden am 23. besetzt. Am selben Abend auch Skutari. Die Bevölkerung empfing die österreichischen Truppen überall freundlich, nicht selten mit Feierlichkeit. Die näheren Vereinbarungen über die Waffenstreckung wurden am 25. von den Bevollmächtigten der monte- Montenegro.

negrinischen Regierung unterzeichnet. Vor dem Ende des Monats wurde noch Alessio und San Giovanni di Medua besetzt.

Die Unterwerfung Montenegros war von großer moralischer Wirkung. Die ganze französische Presse war einig im Bedauern, daß die Untätigkeit der Alliierten in der Adria zur Vernichtung Montenegros ebenso wie früher zu der Serbiens geführt habe. Besonders wurde Italien scharf kritisiert, das durch seine Lage, seine Aspirationen und seine dynastischen Verbindungen ganz besonders verpflichtet gewesen wäre, seinen Verbündeten zu Hilfe zu eilen. Die englische Presse anerkannte die Bedeutung der Eroberung des Lovcen ohne Einschränkung, während sie früher die Eroberung von Warschau als bedeutungslos hingestellt hatte. Der Lovcen sei das Gibraltar der Adria. Die deutsche Presse sagte: „Die eigentliche Niederlage am Lovcen und in Cetinje erlitt Italien. Kümmerlicher führt keine Macht den Krieg als Italien." Die italienischen Blätter schäumten vor Wut, Mißgunst, Beschämung und Angst wegen der kommenden Ereignisse in Albanien, sprachen von Intrigen und Verrat, von dunklen Plänen König Nikolas. In England entschuldigte man den Sondervertrag, da Montenegro nicht durch das Londoner Abkommen förmlich gebunden war. Man tröstete sich damit, daß die Vervollständigung des Besitzes Cattaros durch den dazugehörigen Lovcen aufgewogen werde durch die Besetzung von Valona und Korfu seitens der Verbündeten, die somit doch den Eingang in die Adria beherrschten.

König Nikola und Prinz Peter zogen sich aus Montenegro zurück und trafen am 23. in montenegrischer Volkstracht in Begleitung von dreißig Offizieren und fünfzig Soldaten in Rom ein. Sie wurden am Bahnhof von König Viktor Emanuel begrüßt und in die Villa Savoya begleitet. Nikola reiste noch am selben Tag mit seiner militärischen Begleitung nach Lyon ab, wo er am 24. im Hotel abstieg und Telegramme mit Poincaré austauschte. Dieser versprach Gastfreundschaft bis zu dem Augenblick, da der Sieg der Alliierten die ihnen verbündeten Völker befreie. Wir werden noch hören, wie König Nikola gezwungen wurde, den Sonderfrieden abzuleugnen.

Im preußischen Abgeordnetenhaus sagte der Präsident auf die Kunde vom montenegrinischen Friedensanbot: „Vivat sequens! Hoffentlich folgt bald der nächste, und den letzten beißen die Hunde." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (22. Jan.) knüpfte an das Ereignis einen Rückblick an über die gefährliche Rolle Montenegros. Es hatte 1912 den Balkankrieg eröffnet. Die einzige Hemmung zur Bildung eines großserbischen Staates mit Hinzunahme österreichisch-ungarischer Gebiete war die Eifersucht zwischen den Dynastien Belgrad und Cetinje. Rußland plante deren Verschmelzung unter seinem Protektorat mit der Spitze gegen Österreich. „Der englische Vertreter in Petersburg Nicolson scheute sich im Frühjahr 1909 nicht, offen seine Enttäuschung auszudrücken, daß der Konflikt wegen Bosnien und der Herzegowina friedlich beigelegt wurde. Schon damals hat die russische Regierung aus London erfahren, daß der Krieg Rußlands mit den Zentralmächten England an seine Seite führe. Die Politik Greys in der bosnischen Krise bildet neben der Haltung in der marokkanischen Frage 1911 die be-

deutendste Etappe auf dem Wege zum Weltkriege. Im ersten Fall hat der russische Panslawismus, im zweiten der französische Chauvinismus die nötige Ermutigung gefunden, um 1914 die Kriegsfackel zu entzünden. So ist die auf die Tradition eines Jahrhunderts gegründete deutsch-russische Freundschaft zusammengebrochen."

Der italienische Minister Barzilai schalt am 20. auch auf Montenegro, das im Widerspruch gegen Italien Skutari besetzte. „Italien hat eine Expedition nach Valona organisiert, als es klar erkannte, daß aus Saloniki keine rechtzeitige und wirksame Hilfe für Serbien zu leisten war. Italien ist nach Albanien gegangen, um den Serben zu helfen (?) und nicht aus vorherrschendem Eigeninteresse ... Die Verbündeten schätzen unsere Leistungen und Ziele, und werden sie auch nicht schwächen wollen, indem sie unsere schwierigen inneren, namentlich wirtschaftlichen Probleme verkennen, deren Bewältigung uns zum Nachteil der Kriegsenergie im Dienste der gemeinsamen Sache Anstrengungen kostet. Wenn die Verbündeten das wechselseitige Mißtrauen gebannt und ihre Kräfte ohne Verstreuungen, welche dem Feinde zustatten kommen, geordnet haben werden, wie dies bereits zu geschehen beginnt, dann werden wir im Interesse der nationalen Einheiten und der europäischen Freiheiten sicher durch einen glänzenden Sieg unsere Anstrengungen gekrönt sehen."

Indessen war König Peter von Serbien am 15. Januar an Bord eines französischen Kriegsschiffes von Saloniki, wo er Anfang Jänner eingetroffen war, um die Reorganisation der hier einlangenden serbischen Truppen zu überwachen, mittels Bahn nach Edypsos gereist. Er erhielt zum orthodoxen Neujahr telegraphische Wünsche des Zaren und der Könige von England und Italien. Peter.

Der direkte Eisenbahnverkehr der Zentralmächte mit Bulgarien und der Türkei war seit dem 30. Dezember durch die Wiederherstellung der Savebrücke bei Belgrad nach anderthalbjähriger Unterbrechung wieder eröffnet.

Kaiser Wilhelm kam mit König Ferdinand von Bulgarien am 18. in Nisch zusammen; er sagte beim Festmahl: „Herausgefordert von Gegnern, die das friedliche Blühen und Gedeihen Deutschlands und Österreich-Ungarns neideten und in frivolster Weise die kulturelle Entwicklung ganz Europas aufs Spiel setzten, standen wir in hartem Kampfe, als die Türkei an unsere Seite trat. Da kam auch die Stunde für Bulgarien ... Mit Gottes gnädiger Hilfe ist hier Großes erreicht worden ... Unser Entschluß ist, einen dauerhaften Frieden zu erkämpfen und unter dessen Segnungen die im Kriegessturm besiegelte Treue und Freundschaft fortzusetzen in gemeinsamer Arbeit für die Wohlfahrt unserer Völker." Nisch.

Die Neutralität Griechenlands wurde noch weiter verletzt durch die französische Besetzung der Insel Castellorizzo. Die griechische Regierung protestierte gegen diese vorsätzliche und gewalttätige Besitznahme einer ausschließlich von Griechen bewohnten und von Griechenland (seit drei Jahren) verwalteten Insel „laut und energisch". Sie überließen es „der zivilisierten Welt, ihr Urteil zu fällen über ein derartiges von den französischen Behörden Griechen.

ins Werk gesetzte Attentat gegen einen unabhängigen Staat, mit dem sich die französische Republik wenigstens nicht offen im Kriege befindet". Ebenso erhob Griechenland Einspruch „gegen die flagranteste und unmenschlichste Verletzung der griechischen Suveränität, die durch die Verhaftung der Konsuln der Mittelmächte in Saloniki mit vollständiger Mißachtung der traditionellen Regeln des diplomatischen Asylrechtes und der elementarsten internationalen Courtoisie erfolgt ist". Die Alliierten ließen aber auch sonst tausend Untertanen der gegnerischen Mächtegruppe in Saloniki verhaften. Das rücksichtslose Auftreten des Generals Sarrail rief bei den Griechen große Erbitterung hervor. — Noch ärger war die Besetzung von Korfu durch eine französische Truppenabteilung; sie hißte die französische Fahne, besetzte das Achilleion und die Telegraphenstation und beschlagnahmte eine Kaserne. Zugleich (12. Jan.) übermittelten die Gesandten der Alliierten der griechischen Regierung eine Note, in der sie es für eine unabweisbare Pflicht der Menschlichkeit erklärten, einen Teil der serbischen Armee, um sie vor Hungersnot und Vernichtung zu bewahren, nach einem Ort zu versetzen, welcher der albanischen Küste, wo sie sich jetzt befanden, benachbart ist. Dazu sei Korfu am bequemsten. — Dagegen protestierten die Mittelmächte am 14., da die Insel Korfu durch die Londoner Verträge vom 14. November 1863 und 29. März 1864 die Vorteile einer immerwährenden Neutralität genießen solle. Die Gegenbemerkung, daß Korfu von den Mittelmächten als Vorratsbasis für ihre Unterseeboote verwendet werde, wurde widerlegt durch eine Mitteilung vom 29. Januar: „Bekanntlich liegt Korfu nur 170 Seemeilen von unserem nächsten Kriegshafen; es wäre betrübend, wenn unsere Unterseeboote mit ihrem Aktionsradius dort eine Station benötigten . . ."

Die Landung von britischen, französischen, italienischen und russischen Besatzungen auf der Halbinsel Kara Burnu, wo sich ein griechisches Fort befand, erregte die höchste Erbitterung in Athen (28. Jan.), weil ein auf listige und gewalttätige Weise erfolgter Bruch eines Versprechens der Entente vorlag, die sich ausdrücklich verpflichtet hatte, Kara Burnu in griechischen Händen zu belassen. Am 30. wurde das Fort Kum Kaleh gegenüber Kara Burnu von den Engländern besetzt.

Die Empörung des durchaus loyalen griechischen Königs Konstantin über die Unehrlichkeit der Entente äußerte sich in Gesprächen. Man werfe ihm vor, er sei ein Schwager des Deutschen Kaisers, vergesse aber, daß er auch ein Neffe des Königs von England sei. „Es ist die reinste Heuchelei, wenn England und Frankreich von der Verletzung der Neutralität Belgiens reden, nach dem, was sie Mir taten und noch tun. Sie besetzten Lemnos, Imbros, Mytilene, Castellorizo, Korfu, Saloniki, die Halbinsel Chakidike, einen großen Teil Makedoniens. Unter dem Zwang der militärischen Notwendigkeit drang Deutschland in Belgien ein. Worin lag aber die militärische Notwendigkeit die Brücke von Demirhissar zu zerstören, Korfu zu besetzen? Die Serben hätten leichter nach Italien gebracht werden können. Wollen die Italiener die Serben nicht haben, weil sie die Cholera fürchten? Für uns ist sie ebenso unangenehm. Die Alliierten wollen den Zorn über ihre eigenen Dummheiten auf Griechenland abladen wie unvernünftige Kinder. Sie haben absichtlich jeden Vorteil griechischer Sympathie weggeworfen. Am Beginn des Krieges waren ihnen achtzig Prozent der Griechen günstig gesinnt, heute nicht zwanzig Prozent."

Der Stellungskrieg an der italienischen und der an der französisch-belgischen Front verlief ohne große Ereignisse. Am 25. Januar berichtete das deutsche Hauptquartier: „Der Templerturm und die Kathedrale von Nieuport, die dem Feinde gute Beobachtungsstellen boten, wurden umgelegt.“ — Zeppelinangriffe erfolgten auf Paris 29. und 30. Januar. Am 31. erschien ein Zeppelingeschwader über Mittel- und Westengland. Stellungskrieg.

In England suchte man die Rekrutierung auf alle Weise zu erhöhen. Der Bericht über Lord Derbys Propaganda ergab, daß sich doch eine große Anzahl von Unverheirateten nicht gemeldet hatte (650.000), so daß man nach dem Versprechen an die Verheirateten nicht herantreten konnte. Asquith brachte daher am 5. Januar eine neue Bill ein, die in der Heranziehung der Leute noch weiter ging. Der Irenführer Redmond widersetzte sich der Vorlage. Aber Bonar Law sagte, die Bill sei notwendig, wenn man den Krieg gewinnen wolle. Balfour erklärte, es handle sich um eine außerordentlich wichtige Ehrensache. Die Vorlage sei allerdings der größte Rückschlag, den man dem freisinnigen Leben in England geben könne. Der Entwurf wurde mit 403 gegen 105 Stimmen, in zweiter Lesung mit 431 gegen 39, in dritter mit 338 gegen 36 Stimmen angenommen. Dagegen waren die Iren, zuerst auch die Arbeiterpartei, da sie fürchtete, dies werde zur industriellen Dienstpflicht führen. England.

Bei der Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei zu Bristol 26. Januar sagte der Vorsitzende Anderson, das Volk könne unmöglich an einem langwierigen Kriege teilnehmen, ohne in die Gefahr der Reaktion zu verfallen. Darum müsse die Arbeiterpartei auf einen wirklichen, dauernden Frieden hinarbeiten. Jede militärische Dienstpflicht bringe die Gefahr der industriellen Dienstpflicht mit sich. Wenn von den Männern gefordert wird, daß sie ihr Leben zum Opfer bringen, so müssen auch Kapital und Landbesitz zur Verfügung stehen. Ramsay Macdonald meinte, niemand wünsche den Sieg Deutschlands, aber man müsse untersuchen, wie England in diese tolle Wirtschaft hineingeriet. Eine regierungsfreundliche Resolution wurde mit 1,502.000 gegen 602.000 Stimmen angenommen. Die Resolution gegen die Dienstpflicht erhielt aber 1,796.000 gegen 219.000 Stimmen dafür. Man war also nicht frei von Widersprüchen, was verschieden gedeutet wurde. — Kanada und Australien waren zu weitgehender Mithilfe bereit.

Die Statistik der versenkten feindlichen Fahrzeuge war sehr bedeutend. Manche, wie das große britische Schlachtschiff „Edward VII.“, gingen durch Minen unter. Über den Baralongfall entspann sich eine erbitterte Polemik. Im deutschen Reichstag erklärte der Sozialdemokrat Noske am 15. Januar: „Wir können nicht dulden, daß England mit dem deutschen Volk und seiner Flotte Schindluder treibt. Unsere U-Bootsleute, die wir bewundern und lieben, dürfen wir nicht feindlichen Mordversuchen aussetzen, die unter falscher Flagge unternommen werden. Wir haben das Zutrauen, daß unsere Marinemannschaften es bei Gelegenheit verstehen werden, gegen England so empfindliche Schläge zu führen, wie wir es wünschen müssen.“ Seekrieg.

Über die Absperrung Deutschlands vom Seehandel äußerte sich ein „Weißpapier“ des britischen Auswärtigen Amtes sehr zuversichtlich. Der Ausfuhrhandel Deutschlands sei zerstört, von der Einfuhr seien Baumwolle, Wolle und Gummi seit vielen Monaten ausgeschlossen, Öle und Milchprodukte nur

zu Hungerpreisen zu haben. Die Wirksamkeit der Blockade sei ohne ernstliche Reibungen mit den Neutralen erzielt worden. Man habe einfach jenen Neutralen, die sich nicht den englischen Forderungen anbequemten, Kohle verweigert.

Jaunde, das Zentrum der Verteidigung von Deutsch-Kamerun, geriet in die Gewalt der übermächtigen Gegner, der Engländer und Franzosen.

Gallipoli.

Dagegen räumten Franzosen und Engländer in der Nacht vor dem 9. Januar nach heftigen verlustreichen Kämpfen Seddil Bahr und die ganze Halbinsel Gallipoli. Diese Nachricht rief in Konstantinopel ungeheuren Jubel hervor. Eine große Beute blieb in der Hand der Türken, die berichteten: „Der Feind, der an dieser Front seit fast einem Jahr alle Mittel angewendet hat, um uns ins Herz zu treffen, hat als Endergebnis große Verluste und materielle Schäden erlitten und ist zur Flucht gezwungen worden.“ Nach dem englischen Bericht betrugen die Gesamtverluste der Abziehenden nur einen Soldaten. Anders der türkische Bericht, den wir wegen seiner Anschaulichkeit und Lebendigkeit hiehersetzen: „Die Schlacht bei Seddil Bahr am 8. Jänner und in der Nacht auf den 9. Jänner, die mit der Niederlage des Feindes endete, nahm folgenden Verlauf: Die Verminderung der Tätigkeit der feindlichen Landartillerie, an deren Stelle die Schiffsartillerie trat, die Anwesenheit zahlreicher Transportschiffe in der Nähe des Landungsplatzes sowie der Umstand, daß der Feind neuerlich mißbräuchlich bei hellichtem Tage Truppen auf Spitalschiffen transportierte, ließen uns vermuten, daß der vom heftigen Feuer unserer Artillerie beunruhigte Feind sich zur Flucht anschicke. Wir trafen nun alle Vorbereitungen, damit die Flucht diesmal dem Feind so teuer als möglich zu stehen komme. Diese Vorbereitungen gingen mit vollem Erfolg von statten. Seit dem 4. Jänner hatten die Angriffsvorbereitungen begonnen. Die für die Angriffe gewählten Abschnitte wurden von uns durch heftiges Geschütz- und Minenfeuer bestrichen. Am 8. Jänner nachmittags verstärkten wir unser Feuer, ließen Minen springen und schickten auf der ganzen Front starke Rekognoszierungsabteilungen vor. Der Feind, der das Vorspiel eines Angriffs erkannte, versammelte in der Höhe seines linken Flügels zahlreiche Kriegsschiffe, die unsere vorgeschobenen Stellungen heftig beschossen. Unsere Abteilungen, die sich an einzelnen Stellen den feindlichen Schützengräben näherten, wurden vom Feinde mit Gewehrfeuer und Handgranaten empfangen, behaupteten aber ihre Stellung. In der Nacht warfen wir neuerlich Erkundungsabteilungen gegen die Schützengräben vor. Um 3 Uhr morgens, als wir bemerkten, daß vom Zentrum des Feindes aus eine Rückzugsbewegung beginne, ordneten wir den Vormarsch auf der ganzen Front an. Ein Teil der sich zurückziehenden feindlichen Truppen flüchtete unter dem Schutze des heftigen Feuers seiner Kriegsschiffe den Landungsplätzen zu. Ein anderer Teil versuchte, indem er viele auto-

matische Minen zur Explosion brachte, unsern Vormarsch Schritt für Schritt zu hindern. In diesem Augenblick eröffneten unsere weittragenden Geschütze ein mörderisches Feuer gegen die Landungsstege, während unsere Feldgeschütze die feindliche Nachhut beschossen und ihr zahlreiche Verluste zufügten. Unsere Gebirgsgeschütze rückten gemeinsam mit der Infanterie vor, den Feind aus nächster Nähe belästigend. Unsere Truppen boten dem Feuer der feindlichen Schiffe und Minen tapfer die Stirne, verachteten kampfesfreudig das von allen Seiten auf sie niederprasselnde höllische Feuer und machten die feindlichen Soldaten nieder, die infolge des wirkungsvollen Feuers unserer Artillerie nicht fliehen konnten und verzweifelten Widerstand leisteten. Am Morgen des 9. Jänner sahen sich unsere Truppen auf dem Schlachtfelde zwischen zahlreichen feindlichen Leichen. Zuletzt stellten wir fest, daß der Feind außerstande war, noch länger Widerstand zu leisten. So schloß der letzte Akt der Kämpfe, die sich seit acht Monaten auf der Halbinsel Gallipoli abspielten, mit der Niederlage und dem Rückzuge des Feindes. Die große Beute, die wir noch nicht gezählt haben, besteht in Geschützen, Waffen, Munition, Pferden, Mauleseln, Wagen und einer Menge andern Kriegsmaterials." — Asquith prahlte am 10. im Unterhaus, die Rückzugsoperationen würden einen unvergänglichen Platz in der englischen Geschichte einnehmen. Hoffentlich! — Ausführlich berichtete der Kriegsminister Vizegeneralissimus Enver Pascha über dies Ruhmeskapitel türkischer Geschichte am 10. in der Kammer. Er rühmte auch die guten Dienste der österreichischen Motorbatterien. — Der englische General Hamilton schob die Schuld des englischen Mißerfolgs auf die Weigerung der Regierung, die verlangten Verstärkungen zu schicken. Der Entente war zumeist daran gelegen, die Stellungen bei Saloniki zu verstärken.

Sonst kämpften die Türken im Irak bei Kut-el-Amara mit den Engländern und an der Kaukasusfront mit den Russen.

Dalmatiner.

Am 28. Januar stellte sich eine dalmatinische Huldigungsabordnung bei Kaiser Franz Josef in Schönbrunn ein. Der Landtagspräsident Ivcevic sagte, die großen Erfolge auf den Schlachtfeldern seien hauptsächlich einer Macht zu verdanken, mit der die Feinde nicht gerechnet haben, nämlich der Liebe, Treue und Anhänglichkeit aller Völker der Monarchie an das Kaiserhaus. „Auch die Söhne Dalmatiens erfüllen mit Begeisterung und Heldenmut ihre vaterländischen Pflichten, ebenso wie das ganze kroatische Volk, durchdrungen von ererbten edlen Gefühlen. Die Söhne Dalmatiens kämpfen mit erbitterter Seele und mit dem Zorne des entflammten Patriotismus gegen die Feinde, welche die heimische Scholle der Krone Eurer Majestät entreißen möchten, um sie zu zerstückeln. Deshalb hat Dalmatien mit unbeschreiblicher Begeisterung die glänzenden Siege begrüßt, die die teuflischen Pläne der Feinde zunichte gemacht haben. Dalmatien ist von der Überzeugung tief durchdrungen, daß einzig und allein unter der Ägide des Erzhauses und im Rahmen dieser großen und mächtigen Monarchie alle Voraussetzungen für seine Sicherheit, sein Gedeihen und für die Er-

füllung seiner nationalen Wünsche gegeben sind . . ." Der Kaiser antwortete: „Mit des Allmächtigen Hilfe wird es gelingen, Meinen Völkern den ehrenvollen Frieden zu bereiten. Für immer aber wird als wertvollstes Vermächtnis dieser großen Zeit das verstärkte Gefühl enger Zusammengehörigkeit zurückbleiben . . ." Dann wurde die Deputation vom Minister des Innern Prinzen zu Hohenlohe empfangen und tags darauf vom Thronfolger Erzherzog Karl. — Am 7. Jänner fand in Wien eine gemeinsame Ministerkonferenz unter Burians Vorsitz statt. Vom selben Tag stammte ein Erlaß über die Fahnen und Standarten der österreichischen Landwehr. Die Altersgrenze für die persönliche Kriegsdienstleistung wurde am 21. vom 50. auf das 55. Lebensjahr ausgedehnt, aber mit geringerer Inanspruchnahme. — Der Statthalter in Oberösterreich Erasmus Freiherr v. Handel wurde ins Ministerium des Innern berufen. — Aus militärischen Gründen wurde die Anwendung der deutschen Amtssprache in Böhmen ausgedehnt. — Ein schwerer Schlag für die internationale Sozialdemokratie war der Eintritt der polnischen Sozialdemokraten in den Polenklub, 9. Jänner.

Tisza. Zum Neuen Jahr meinte Graf Tisza, der ungarische Ministerpräsident: „Heute halten wir den Sieg in unserer Hand. Fraglich ist nur der Zeitpunkt: der Sieg an sich ist nicht mehr fraglich . . . Die Notwendigkeit der Konzentration der Kräfte gilt in erhöhtem Maße für Kroatien. Die großserbische Agitation, deren abgrundtiefe Bösartigkeit wir erst unmittelbar vor dem Kriege kennen gelernt haben, richtet sich auch gegen das kroatische Volk . . . Wenn es irgend jemand auf der Welt gibt, für den die Großmachtstellung der Monarchie ein Existenzinteresse ist, so ist dies die ungarische Nation." — Graf Andrassy sagte als Führer der Verfassungspartei: „Unsere Feinde verstehen nicht die Mahnung der Zeit, berücksichtigen nicht, daß ihre Eroberungsluft, ihr Streben nach Suprematie der Welt nicht nur Frevel am Humanismus und an der Zivilisation, sondern auch gegen ihr eigenes Vaterland und ihr eigenes Blut ist. Leider können infolge ihrer Gehässigkeit die friedliebenden Nationen und Herrscher Mitteleuropas heute noch nicht die Greuel des Krieges beenden."

Schweden. Der König von Schweden klagte in der Thronrede vom 17. Januar über die Leiden, die der Krieg auch dem schwedischen Volk auferlegt habe: „Die Kriegführenden haben immer mehr die Grundsätze des Völkerrechts und ihren Zweck, die Neutralen gegen die gewaltsamen Handlungen des Krieges zu schirmen, vernachlässigt." Der Wert der von England beschlagnahmten Waren belief sich bereits auf mehr als 34 Millionen Kronen. Im schwedischen Reichstag betonte der Ministerpräsident Hammarskjöld das Festhalten an der Neutralität und sagte mit Beziehung auf England: „Die jetzige Gruppierung der Mächte ist nicht ewig. Wenn andere Verhältnisse eintreten, wird eine jetzt kriegführende Macht es vielleicht bereuen, daß sie wegen zufälliger, oft zweifelhafter Vorteile die Verträge und Gebote des Völkerrechts zerriß, die nur zu spät wieder hergestellt oder ersetzt werden können . . . Wenn wir uns jetzt den bedenklichen Beschränkungen

von Recht und Freiheit durch Zugeständnisse fügen würden, so würden bald neue Forderungen kommen und es wäre zu befürchten, daß die Beschränkungen in noch größerem Umfange nach dem Krieg fortbestünden, wie auch, daß die folgende Zeit eine ökonomisch wie politisch schmerzliche Abhängigkeit ergeben würde.“ — Ebenso neutral äußerte man sich in Norwegen.

Amerika rüstete fieberhaft. Der Staatssekretär für die Marine Daniels sagte am 20. Januar, am Schlusse des Krieges werde Amerika mit seinem großen Reichtum und seiner mächtigen Flotte imstande sein, eine internationale Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen einzuberufen. Der republikanische Parteiführer Mann hielt am 27. im Repräsentantenhaus eine eindrucksvolle Rede für nationale Rüstungen: „Es scheint klug zu sein, uns auf jede Möglichkeit eines Streites, der kommen könnte, vorzubereiten. Die Welt ist jetzt in einer schlimmeren Lage, als je ein Mensch sie gesehen. Es ist besser, wir willigen ein, Hunderte von Millionen Dollars oder auch ein paar Milliarden auf eine umfassende Vorbereitung für den Kriegsfall zu verwenden und ihn, wenn es möglich ist, zu vermeiden, als ihn abzuwarten und dann ungezählte Milliarden ausgeben zu müssen, bevor wir endlich Sieger sind, wie wir es sein möchten. Auf die Dauer befürchte ich eher einen Krieg mit England als mit Deutschland.“ Jedenfalls häuften sich die Klagen gegen England wegen Drangsalierung und Zensurierung der neutralen Post; darüber richtete Amerika eine Note an Grey. Amerika.

Auch Präsident Wilson sprach sich in einer Bankettrede vom 28. Januar mit Nachdruck für die militärische Bereitschaft aus. Er habe immer für den Frieden gekämpft, aber Freiheit und Ehre seien wichtiger als der Friede. Die Amerikaner werden nie einen Streit suchen, ihn aber auch nicht feige vermeiden. „Ich kann nicht sagen, welches die internationalen Beziehungen dieses Landes morgen sein werden. Ich meine morgen im buchstäblichen Sinne des Wortes.“ Ebenso militaristisch und imperialistisch sprach Wilson in Pittsburg und Cleveland und legte wieder besonderen Nachdruck auf die nationale Ehre. „Die Ehre eines Volkes ist kostbarer als sein Leben. Es sind ernste Dinge, über die ich spreche. Aber ich würde meine Pflicht vernachlässigen, wenn ich die Lage nicht schilderte wie sie ist.“ Und in Milwaukee am 31. erklärte er vor vielen Deutschamerikanern, es gebe wohl keine Krise, aber wenn die Welt brennt, müsse man sein Haus in Ordnung bringen. — Oberst House bereiste als Vertrauensmann und im Auftrage Wilsons die kriegführenden Staaten, um die amerikanischen Botschafter über die Auffassungen des Präsidenten persönlich zu unterrichten. Über Paris kam er am 26. nach Berlin, sprach hier auch mit Bethmann Hollweg, Jagow, Zimmermann, Gwinner (Präsident der Deutschen Bank), Guttmann (Präsident der Dresdener Bank), mit Rathenau u. a. Man erwartete als Ergebnis des Besuches die Entwicklung neuer freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. House reiste am 29. nach Genf und von da über Paris und London nach Hause. In Genf besprach er sich auch mit Penfield, dem amerikanischen Botschafter Wilson.

in Wien. — Lansing teilte, wie am 28. gemeldet wurde, fünf Punkte den kriegführenden Mächten in einer Note mit, über die Behandlung der Neutralen durch Kriegsschiffe.

Februar.

Die Haltung Amerikas in der Seekriegsfrage blieb das Problem, um das sich eigentlich die Entscheidung des Weltkriegs drehte, wie man Wilson. allmählich immer mehr einsah. Wilson sagte in einer Rede zu Kansas am 3. Februar, die Welt habe das Getreide von Kansas und andern großen Ackerbaugebieten der Unionstaaten nötig. „Die Amerikaner haben das Recht, den friedlichen Bevölkerungen Nahrungsmittel zu schicken, wann und wo die Kriegszustände dies nach den gewöhnlichen Bestimmungen des Völkerrechtes gestatten. Wir haben das Recht, sie mit Baumwolle zu versehen und ihnen unsere Fabrikate zuzuführen.“ Die „Times“ bemerkten, diese Worte klängen angesichts der mit England schwebenden Meinungsverschiedenheiten sehr ernst. — Am 5. Februar sagte Wilson in St. Louis, die Unionstaaten wollten mit aller Welt in Frieden und Freundschaft sein und bleiben, da sie, aus aller Welt zusammengewachsen, alle Welt verstünden. Aber die Handlung eines Tauchbootkommandanten könne die Welt in Flammen setzen. Auf der See schwimmen Ladungen von Weizen, Baumwolle, Manufakturwaren. Jede kann ernste Schwierigkeiten verursachen, da sie in die Feuerzone gehen. Amerika hütet die Flamme des Rechts auf seinem Altar, während der Sturm der Leidenschaft über alle andern Altäre der Welt dahinfährt. Ich will jenen, deren Gemüt durch den Krieg aus dem Gleichgewicht gebracht ist, alle Geduld und Nachsicht beweisen und alles zugestehen, soweit nicht Lebensfragen berührt werden. Ich selbst würde ja in Zeiten der Gefahr für die Vereinigten Staaten jede zu weit gehende Peinlichkeit beiseite setzen. Dies Zugeständnis würde ich beiden Seiten machen. Eine der kriegführenden Gruppen ist von der übrigen Welt so abgeschlossen, daß die Unionstaaten sich ihr gegenüber nicht so aussprechen können, wie sie wohl möchten.“

Anderseits sprach sich der deutsche Unterstaatssekretär Zimmermann am 6. Februar einem amerikanischen Korrespondenten gegenüber etwas geärgert aus über die gänzlich neuen Forderungen Amerikas, nachdem doch bereits alles geregelt erschien. Amerika dürfe nicht zuviel fordern und Deutschland zu demütigen versuchen. Deutschland könne die Waffe der Tauchboote nicht aus der Hand geben. Will es Amerika zu einem Bruch kommen lassen, so kann Deutschland nichts mehr tun, um dies zu vermeiden. Das Bedauernswerteste ist, daß kein tieferer Grund zu einem Bruche vorhanden ist. — Auch Bethmann Hollweg erklärte einem amerikanischen Journalisten: „Was Ihre Regierung verlangt, ist eine unmögliche Demütigung. Darin spreche ich die Empfindung des ganzen deutschen Volkes aus. Deutschland kann nicht die Versenkung der Lusitania als gesetzwidrig bezeichnen.“ —

Sowohl Österreich wie das Deutsche Reich ließen den neutralen Regierungen erklären, daß sie bewaffnete Handelsschiffe als kriegführende behandeln werden. Darum seien die Neutralen gewarnt. In England behauptete man aber, die Bewaffnung von Handelsschiffen zur Verteidigung sei von jeher völkerrechtlich erlaubt. Deutschland erwiderte, das habe gegolten, als es Piratenschiffe gab, gegen die man sich verteidigen mußte, heute seien bewaffnete Handelsschiffe nichts anderes als Kriegshilfskreuzer.

Wilson besprach sich am 23. Februar mit den Führern der verschiedenen politischen Gruppen; er unterrichtete sie über die Spannung der Beziehungen zu Deutschland und bat sie, öffentliche Erörterungen der Lage zu unterlassen, um zu vermeiden, daß die Erbitterung des Landes wachse. Es hieß aber, daß demokratische Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Senats und des Repräsentantenhauses den Präsidenten Wilson wissen ließen, sie würden seinen Standpunkt, daß Amerikaner das Recht haben, auf feindlichen bewaffneten Handelsschiffen zu reisen, nicht unterstützen. Diese Demokraten verlangten, daß Wilson die Amerikaner vor Reisen auf bewaffneten feindlichen Schiffen warne. Aber Wilson blieb trotzdem hartnäckig bei seiner Politik; denn er glaubte die Unterstützung des Landes zu haben. Wieder sprach er von der „Ehre". Er richtete in dieser Sache einen Brief an den Senator Stone (24. Febr.), darin er sagte: „Die Haltung der Mittelmächte widerspricht offenbar ihren letzten ausdrücklichen Versicherungen. Ich kann keine Beeinträchtigung der Rechte amerikanischer Bürger zulassen. Ehre und Selbstachtung unserer Nation stehen auf dem Spiele. Wir lieben den Frieden und werden ihn um jeden Preis bewahren, außer um den Preis unserer Ehre. Unseren Mitbürgern zu verbieten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, aus Furcht, wir könnten in die Lage kommen, diese Rechte für sie geltend zu machen, wäre eine tiefe Erniedrigung, eine Zustimmung zur Verletzung der Rechte der Menschheit. Ein Aufgeben unserer stolzen Haltung als Wortführer der Gesetzlichkeit würde alles, was wir bisher erreicht haben, bedeutungslos und wertlos machen . . ." Stone war anderer Meinung. Vergebens blieben die Versuche in beiden Kammern, durch eine Bill die Amerikaner zu warnen, mit bewaffneten Handelsschiffen der Kriegführenden zu reisen. Es trat eine politische Krise ein, da Wilson von einer Revolte der Demokraten gegen seine Führung bedroht war. — Der deutsche Botschafter in Washington Graf Bernstorff erklärte, daß die Versicherungen, die in den Fällen der „Lusitania" und der „Arabic" gegeben wurden, noch immer gelten, sich aber nur auf friedliche Handelsschiffe beziehen; diese werden der Zerstörung ohne vorherige Warnung nicht unterliegen (28. Febr). Ebenso die österreichische Vertretung. Wilson.

In England war man für eine Verschärfung der Blockade; eine große Versammlung in London faßte am 15. Februar folgende Resolution: Blockade.

„Die Bürger der City sehen mit großer Beunruhigung, welch enorme Mengen von Bedarfsartikeln über die Nordsee den Feind erreichen. Die Regierung wird aufgefordert, von der Flotte wirksameren Gebrauch zu machen." Lord Devonport meinte, dann könne Deutschland nicht lange mehr Widerstand leisten. Man dürfe nicht zu sehr auf die Neutralen Rücksicht nehmen. Ähnliche Ansichten wurden am 22. im Oberhaus ausgesprochen. Lord Beresford meinte, wenn England bei Kriegsbeginn die effektive Blockade errichtet und alle für Deutschland bestimmten Güter als Konterbande erklärt hätte, würde der Krieg jetzt vorbei sein. Die Londoner Deklaration müsse offiziell für ungültig erklärt und alle für Deutschland bestimmten Güter für absolute Konterbande erklärt werden, auch die Pariser Deklaration von 1856 müsse aufgehoben und alle feindlichen Güter auf neutralen Schiffen beschlagnahmt werden. Dies sei auch bereits durch die königliche Verordnung vom März bestimmt worden. „Der Krieg wird von einem Kabinett von zweiundzwanzig Dilettanten geführt. Nicht wir führen den Krieg, der Krieg führt uns. Die Kriegführung verschlechterte sich noch seit Bildung der Koalition, denn Kriege werden nicht durch Kompromisse gewonnen." Dagegen war Lord Loreburn; er meinte: „Der einzige Weg, den europäischen Kontinent vor unermeßlichem Elend zu bewahren, ist, den Krieg zu beenden. Die Regierungen und nicht die Völker Europas sind für den Krieg und seine Fortdauer verantwortlich."

Premierminister Asquith meinte am 15. Februar im Unterhaus, die Lage in Mesopotamien habe sich gebessert. Am wichtigsten sei die Konzentration der Leitung durch den Kriegsrat der Alliierten in Paris. Die finanzielle Belastung werde noch groß sein, aber nicht größer, als man sie tragen könne. Kitchener beschönigte den Rückzug von Gallipoli, er besprach den ernstern Versuch der Türken, Ägypten anzugreifen. Der deutsch-türkische Einfluß auf die Führer der Senussen habe bewirkt, daß auch die Araber in der Kyrenaika und in Tripolis eine feindliche Haltung gegen Ägypten einnahmen.

Poincaré. Präsident Poincaré sprach am 2. Februar also über das französische Kriegsziel: „Frankreich will nicht Deutschlands Opfer werden, es will seine politische, wirtschaftliche, moralische und geistige Unabhängigkeit, seine Kultur, seinen Geist und seine Sitten unberührt erhalten. Der Einsatz des Krieges ist furchtbar für Frankreich und dessen Verbündete, die ebenfalls nicht die Beute germanischer Gier werden wollen. Auch die Neutralen haben alles zu fürchten von den hinterhältigen Eindringlingen. Wir wollen alle, daß der Friede dem Lande Freiheit, Arbeit und Wohlfahrt sichere, daß er uns die Provinzen wiedergibt, die uns rohe Gewalt geraubt hat, daß er uns Bürgschaften bietet gegen den kriegerischen Wahnsinn des kaiserlichen Deutschland."

Briand. Bei einem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Briand in Rom wurde viel von Brüderschaft, gemeinsamem Kampf für Gerechtigkeit, lateinischer Kultur usw. gesprochen. Unter anderm hielt Briand auch am 12. Februar eine Rede vor den republikanischen, freimaurerischen und irredentistischen Demonstranten, die mit Fahnen von Rovereto, Riva, Trient, Triest, Istrien, Dalmatien unter Absingung der „Oberdankhymne" aufzogen. Sonst handelte es sich um die engere Vereinigung der Anstrengungen aller Verbündeten. Salandra betonte, das italienische Volk wolle dem Vaterlande die natürlichen und notwendigen Grenzen auf den

Alpen und am Meer erobern (also nicht nur die nationalen). Briand erhielt die Zustimmung Italiens zur Beschickung der Pariser Konferenz der politischen und militärischen Vertreter des Vierverbands. Die Italiener wollten zwar keine Truppen nach Saloniki senden, aber von Valona aus die Balkanaktion der Mittelmächte bekämpfen. — Nochmals gaben die Ententemächte am 16. Februar eine Erklärung ab über die Garantie der belgischen Unabhängigkeit.

Über die britischen Friedensbedingungen äußerte sich Asquith im Unterhaus am 23. Februar, nachdem Snowden und Trevelyan vergebens für den Frieden gesprochen hatten. Snowden (Arbeiterpartei) wandte sich energisch gegen die Absicht, Deutschland zu zerschmettern. Ein Friede, der von neuen Ungerechtigkeiten und unbefriedigenden Aspirationen begleitet wäre und weitere Kriegsrüstungen nötig machen würde, wäre nicht von Dauer. Es bestätige sich die Prophezeiung des Russen Bloch, daß ein entscheidender Schlag nicht möglich sei und daß durch den Krieg die europäische Frage nicht gelöst werde. „Ihr wollt noch ein Kriegsjahr, eine zweite Million Menschenverluste, noch zwei Milliarden Pfund zur Nationalschuld. Ihr wollt den Krieg durch Erschöpfung. Was soll aus den Alliierten werden? Eine bedingungslose Unterwerfung Deutschlands, dessen Zerstückelung, die Veräußerung seiner Handelsflotte, die Verteilung seiner Kriegsflotte wäre reiner Unsinn. Wenn Deutschland zerschmettert wäre, würde auch der Zusammenhang des Bündnisses gegen Deutschland zu Ende sein; dann wäre ein neuer großer Krieg nur eine Frage der Zeit." Asquith antwortete, indem er seine Bedingungen vom 9. November 1914 wiederholte: Wiederherstellung Belgiens und Serbiens in vollem Maß, Sicherung Frankreichs gegen einen Angriff, unangreifbare Grundlegung der Rechte der kleineren Nationen Europas, gänzliche und endgültige Vernichtung der Militärherrschaft Preußens. „Was fehlt hier noch an Klarheit und Deutlichkeit?" fragte er rhetorisch. Wir antworten: alles. Das sind Phrasen, aber keine Bedingungen.

Snowden.

Gegenüber den Bemühungen einer neutralen Friedenskonferenz in Stockholm 10. Februar und einer in Bern 10. Februar schrieb der „Temps", das seien „falsche Manöver. Die Alliierten wollen weder Friede noch Waffenstillstand irgend welcher Art, sondern Krieg bis zum äußersten, bis sich die Mittelmächte für besiegt erklären. Die Alliierten machen keine Vorschläge, sondern werden ihre Bedingungen diktieren, ohne daß es notwendig wäre, sich danach zu erkundigen, ob die Mittelmächte geneigt seien, sie zu erörtern oder anzunehmen" (15. Febr.). Das war allerdings klar und deutlich.

Kein Friede.

König Ferdinand von Bulgarien besuchte das deutsche und österreichische Hauptquartier, auch Wien und den Kaiser (14. Febr.), sowie seine Schwiegermutter, worüber von maßgebender Stelle mitgeteilt wurde:

Ferdinand.

„Nachdem der Heilige Vater dem Könige der Bulgaren verziehen hat und die Aussöhnung mit dem Heiligen Stuhl und der katholischen Kirche im März 1915 erfolgt ist, hat nunmehr auch die Herzogin von Parma den Besuch des Königs im Schlosse Schwarzau entgegengenommen und ist damit die Aussöhnung des Königs mit der Herzogin von Parma erfolgt.“ Der König war in erster Ehe mit einer Tochter des Herzogs von Parma, einer älteren Halbschwester der Kaiserin Zita, vermählt und hatte den Konprinzen dem schismatischen Glauben zugeführt.

Russen. An Stelle Goremykins wurde Stürmer russischer Ministerpräsident, der trotz seines Namens zu den entschiedenen Deutschfeinden gehörte. Er kündigte in der Duma die Reform der städtischen Statute, der kleinen landwirtschaftlichen Gemeinden, Einführung der Semstwos in Sibirien an. Minister des Äußeren Sasonow sprach am 22. Februar von der angeblichen Absicht Deutschlands und der Türkei, ein ungeheures germanisch-muselmanisches Reich zu gründen, das von der Scheldemündung bis zum Persischen Golf reichen soll. Dies „Kalifat von Berlin“ soll nach der Ansicht der Alldeutschen dem geschichtlichen Bestand Rußlands und Großbritanniens einen tödlichen Stoß versetzen. Aber Gott ist barmherzig. Diesem Reich würde das Wichtigste fehlen: die Herrschaft über das Meer. — Der fortschrittliche Block der Duma, fortschrittliche Nationalisten, Zentrum, Semstwo-Oktobristen, Duma-Oktobristen, Progressisten und Kadetten (konstitutionelle Demokraten), gab eine Erklärung ab über die Unfähigkeit der Behörden, ihre Willkür, ihren Mangel an Voraussicht, über die maßlose Preissteigerung, den Mißbrauch der Gewalt, die Unterschleife. Man müsse die gegenwärtige Verwaltung radikal ändern und in Übereinstimmung mit der nationalen Vertretung bringen. — Gegenüber kriegshetzerischen Sozialisten äußerte sich der Sozialdemokrat Tschejdze als Deutschenfreund und forderte einen Frieden ohne Annexion und ohne Kriegsentschädigung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte am 25. Februar neue Mitteilungen über Rußlands Schuld am Kriege. „Rußland ist nicht in den Krieg hineingezogen worden, sondern die russische Regierung hat den Krieg entfesselt. Sasonow wußte, welches die Folgen der russischen Mobilmachung sein würden; er hat sie nicht verhindert, weil er den Krieg wollte, da er sich des Erfolges sicher glaubte . . . In Frankreich wurde die Nachricht von der russischen Mobilmachung unterdrückt, so daß die deutschen Gegenmaßregeln als Provokation Frankreichs erscheinen mußten. Damit führte man das französische Volk irre.“

Der Krieg gegen Rußland brachte keine Überraschungen; er blieb ein Stellungskampf. General Kuropatkin wurde am 26. Februar zum Befehlshaber der russischen Armeen an der Nordfront ernannt. Die Österreicher marschierten in Albanien vorwärts und nahmen Durazzo ein (27. Febr.)

im Kampf gegen die Italiener und ihren Bundesgenossen Essad. Die Bulgaren besetzten Elbassan und Fieri.

Die montenegrinische Königsfamilie verlegte ihren Wohnsitz am 2. Februar von Lyon nach Marseille. Über die Waffenstreckung und das Friedensansuchen des Königs Nikola und der Regierung von Montenegro erhob sich noch eine Erörterung, da man auf einen Druck der Entente alles zurücknehmen wollte. Darum veröffentlichte die österreichische Regierung die Originaldokumente. Der montenegrinische Ministerpräsident erklärte am 11. Februar von Paris aus, man habe die österreichischen Friedensbedingungen nicht angenommen, der König lege das Schicksal seines Landes, ebenso wie die Herrscher Belgiens und Serbiens, siegessicher in die Hände seiner Verbündeten, er sei nicht verantwortlich für die Maßnahmen, die nach seiner Abreise unter dem Einfluß der Eroberer von anderer Seite ausgegangen seien. — Es erging am 29. Februar eine Gegenerklärung des Prinzen Mirko von Montenegro und der in Montenegro zurückgebliebenen Minister, wodurch die Wahrheit über die Friedensverhandlungen ausführlich mitgeteilt wurde. Montenegro.

Kronprinz Alexander von Serbien begab sich an Bord eines französischen Schiffes am 6. Februar von Albanien nach Korfu. Dort wurden alle serbischen Truppen aus Albanien, etwa 120.000 Mann, gelandet; sie sollten allmählich nach Saloniki gebracht werden. — Essad Toptani von Tirana, der unrechtmäßigerweise den Vorsitz der provisorischen Regierung in Albanien innehatte, schloß sich den feindlichen Mächten an und wurde deshalb durch einen Irade des Sultans aus der Armee gestrichen. Er kam an Bord eines italienischen Schiffes am 24. nach Brindisi. Er reiste über Rom nach Frankreich und gab an, er wolle warten, bis italienische Offensivbewegungen von Valona aus das österreichische Heer umfaßt haben werden. Hernach wollte er dafür sorgen, daß die Adria unter Ausschluß Österreichs ein rein italienisch-albanisches Meer werde. — Zur Reorganisierung der Montenegriner und Serben landete Italien Gendarmen auf Korfu. Darüber gab der griechische Ministerpräsident sein großes Befremden kund und verfehlte nicht die starke Erregung in Griechenland über diese fortgesetzten Verletzungen der griechischen Neutralität. Aber er wich eben der Gewalt, ohne es zu einem unnützen Konflikt kommen zu lassen. Serben. Albanien. Korfu.

Die Kämpfe am Isonzo und an der Tiroler und Kärntner Grenze blieben so ziemlich im Gleichgewicht. Das schöne Schloß von Duino wurde durch mehrere Volltreffer der feindlichen Artillerie teilweise zerstört, ohne rechten Zweck. Österreichische Flugzeuge belegten den Bahnhof und Fabriksanlagen in Mailand mit Bomben. Italienische Flugzeuge flogen gegen Laibach. Die „Agenzia Stefani“ brachte Lügenberichte, die vom Kriegspressequartier prompt dementiert wurden.

Auf einem Kongreß der republikanischen Landespartei Italiens (28. Febr.) wurden nahezu alle Monarchen zensuriert, besonders scharf jene Rumäniens, Griechenlands und Bulgariens; der König von Italien wurde milder behandelt, da er im Mai dem republikanischen Willen gehorsam war. Der

Kongreß wünschte, daß Italien sich auch der Erlösung unkultivierter, von Epidemien heimgesuchter sowie vom Fiskus aufs äußerste geplagter Länderstrecken im Innern widme, ferner die Abrüstung, die Abschaffung der geheimen Diplomatie, die Begründung der Vereinigten Staaten von Europa herbeiführe.

Verdun. In den Kämpfen an der Westfront trat besonders der deutsche Angriff gegen Verdun seit 22. Februar hervor. Die Front im Woevre, die Höhe Douaumont, dessen Panzerfeste am 25. erstürmt wurde, das Plateau von Vaux, die Champagne, bildeten die Schauplätze eines furchtbaren, aber unentschiedenen Ringens mit beiderseitigen großen Verlusten. — Ein Geheimbefehl Joffres gab Anweisung zur besseren Abwehr der Angriffe durch Gegenangriffe.

Die Kriegsbeute in Deutschland betrug an Kriegsgefangenen schon über 1,400.000 Mann, an Geschützen 9700, an Fahrzeugen 7700, an Gewehren 1,300.000, an Maschinengewehren 3000, soweit man sie gezählt hatte; in Wirklichkeit viel mehr. — Frankreich klagte, daß England zu wenig leiste. Von den Franzosen, die vom achtzehnten bis zum sechsundvierzigsten Jahre kriegsdienstpflichtig waren, seien bereits 700.000 gefallen, 800.000 invalid, während England nur 130.000 Tote und ebensoviele Invalide habe.

Ein deutsches Luftschiffgeschwader suchte in der Nacht vor dem 1. Februar Mittelengland heim, Liverpool, Birkenhead, Manchester, Nottingham, Sheffield, Great, Yarmouth und die Industrieanlagen am Humber. Zu gleicher Zeit versenkte ein deutsches Tauchboot in der Themsemündung einige englische Dampfer. Ein Zeppelin ging verloren; die Mannschaft wurde vom englischen Fischdampfer „King Stephen" nicht aufgenommen, da er nur neun Mann Besatzung gegen dreißig bewaffnete Deutsche hatte. Der Bischof von London rechtfertigte die Engländer deswegen.

Im englischen Parlament kritisierte man die Untätigkeit der Regierung gegen die Zeppelingefahr.

Ein Seegefecht an der Doggerbank verlief ungünstig für die englische Seite. Ein englischer Kreuzer Arethusa ging an der Ostküste durch eine Mine zugrunde. Durch ein deutsches Tauchboot wurde ein französisches Linienschiff an der syrischen Küste südlich von Beirut versenkt.

Portugal. Ein Vorspiel zum Eintritt Portugals in den Krieg gegen Deutschland war die Beschlagnahme von fünfunddreißig deutschen, in portugiesischen Häfen internierten Schiffen (24. Febr.). Es geschah angeblich aus wirtschaftlichen Gründen. Die deutsche Regierung protestierte dagegen, da nach dem Handelsvertrag von 1908 beide Staaten zwar berechtigt waren, gegenseitig Schiffe zu requirieren, aber nur nach vorausgegangener Regelung der Entschädigungsfrage.

Kamerun. Deutsch-Kamerun wurde endlich ganz von den Engländern und Franzosen erobert. 900 Deutsche und 14.000 Eingeborne traten nach Spanisch-Guinea über, wo sie entwaffnet, interniert und verpflegt wurden. Die „Times" schrieben darüber am 22. Februar: „Wenn die englische auswärtige Politik im Beginn der Achtzigerjahre wachsamer gewesen wäre, so wäre kein Feldzug in Kamerun nötig gewesen, da die deutsche Flagge dort infolge einer Intrige Bismarcks gehißt wurde. Jetzt ist diese Flagge in Westafrika für

ewige Zeiten niedergeholt; sie wird bald vom ganzen afrikanischen Kontinent verschwunden sein." In Deutschostafrika wurde noch gekämpft.

Nach dem Tode des türkischen Thronfolgers Yussuf Izzeddin, der sich infolge einer Krankheit die Pulsader durchschnitt, ging der Verfassung gemäß diese Würde auf den ältesten Prinzen des Hauses Wahid eddin über. — Die Türken zogen sich aus Erzerum zurück. Die Russen unter dem Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch bemächtigten sich dieser Stadt (21. Febr.).

Der Schweizer Bundesrat erließ am 1. Februar eine Verordnung, wonach sämtliche Schweizer vom sechzehnten bis zum sechzigsten Lebensjahr, die jemals im Dienst mit Gewehr ausgebildet wurden oder einem Schießverein angehört hatten, sich einer Musterung unterziehen und über ihre Schießfertigkeit ausweisen sollten. Schweiz.

Der niederländische Minister des Äußeren erklärte am 29. Februar in der Ersten Kammer, daß mit Deutschland kein geheimes Bündnis bestehe noch jemals bestand. Die niederländische Regierung gab in keiner Hinsicht ihre Freiheit des Handelns auf.

Die türkische Kammer genehmigte am 24. Februar die teilweise Einführung des Gregorianischen Kalenders, das heißt, es wurde das gregorianische Sonnenjahr angenommen, es blieb aber die Zählung der Jahre nach der Hedschra, also 1334 statt 1916; diese letztere Reform hatte die Regierung vorgeschlageu.

Der Senat zu Washington vollzog am 18. einen Vertrag mit Nicaragua, wodurch die Vereinigten Staaten eine Kanalroute durch Nicaragua und eine Flottenbasis in der Bucht von Fonseca erhielten: ein neuer Beweis des amerikanischen Imperialismus. Wilson stimmte zu, für die Wiederwahl zur Präsidentschaft zu kandidieren.

März.

Wieder erhob Papst Benedikt seine Stimme über das Unheil des Krieges in einem Schreiben an seinen Generalvikar Pompilj (4. März): „... Wir haben uns unter die kriegführenden Völker wie ein Vater unter seine kämpfenden Söhne geworfen und sie beschworen, auf die Absicht wechselseitiger Vernichtung zu verzichten ... Leider wurde unsere väterliche Stimme bisher nicht angehört ... Doch fand unser wiederholter Friedensschrei ein Echo und erregte lebhafte Wünsche. Wir können uns daher nicht enthalten, nochmals unsere Stimme gegen diesen Krieg zu erheben, der uns wie der Selbstmord des zivilen Europas erscheint. Nun bieten jetzt die günstige Gelegenheit einige fromme Frauen, die uns die Absicht bekundet haben, sich anläßlich der bevorstehenden heiligen Fastenzeit zu Gebet und Buße geistig zusammenzuschließen, um leichter von Gottes unendlichem Mitleid das Ende der furchtbaren Plage zu erflehen ... Wir haben den Vorschlag gesegnet und wollen ihn öffentlich loben, da wir wünschen, daß alle Gläubigen sich ihn zueigen machen ... Eine besondere Mahnung richten wir an alle Mütter, Gattinnen, Töchter und Schwestern der Kämpfenden, die im zarten Gemüt lebhafter als an- Papst

dere das ungeheure Unheil des entsetzlichen Krieges fühlen, damit sie durch ihr Vorbild alle Mitglieder ihrer Familien dazu bringen, fortgesetzte Gebete an Gott zu richten und an seinem Thron freiwillige Opfer darzubringen, die seinen gerechten Zorn besänftigen ... Und wir möchten, da mit den Almosen auch die Sünden abgelöst werden, wünschen, daß jede Familie entsprechend ihrem Vermögen den Obolus der Liebe darbiete zugunsten der Armen und Unglücklichen, namentlich der Kinder der Gefallenen ..."

Schweden. In beiden schwedischen Kammern wurde am 8. März von Mitgliedern der äußersten Linken vorgeschlagen, es möge eine Friedenskonferenz der neutralen Staaten angeregt werden, um einen dauerhaften Frieden herzustellen. Die Konservativen hielten das eher für schädlich und geeignet, den Frieden zu gefährden oder unmöglich zu machen. Der Minister des Äußeren empfing am 16. eine Abordnung der Fordschen Konferenz und erwiderte auf ihr Ersuchen: „Wir wünschen den Frieden gleich lebhaft wie Sie, können aber als Vermittler nur für den Fall eintreten, als dies ausdrücklich der Wunsch der Kriegführenden ist." — König Christian von Dänemark lud die Ministerpräsidenten und die Minister der auswärtigen Angelegenheiten Schwedens und Norwegens nach Kopenhagen zu Besprechungen, die als eine Fortsetzung der im Dezember 1914 in Malmö erfolgten Zusammenkunft zu betrachten seien (9. März). Es handelte sich vor allem um gemeinsame Aufrechterhaltung der Neutralität. Darüber äußerte sich einer der Konferenzminister: „Wir wollen die Kriegführenden erinnern, daß Skandinavien nicht drei verschiedene Monarchien, sondern eine Einheit von zwölf Millionen Menschen repräsentiert, die man nicht übersehen kann. Die Hauptfrage galt der englischen Blockade, die täglich fühlbarer wird. Skandinavien ist in einen Eisenring eingeschlossen und vom Handel mit Deutschland abgesperrt. England läßt kein Kilo durch ohne Garantie, daß die Ware in Skandinavien bleibt. Die Bevölkerung leidet, nur einzelne wurden reich. Es droht eine wirtschaftliche Krisis."

In einer Versammlung der parlamentarischen Arbeiterpartei zu London unter dem Vorsitz Arthur Hendersons (28. März) waren auch der Präsident und der Sekretär des internationalen sozialistischen Büros Emil Vandervelde und Camill Huysmans zugegen. Dieser berichtete, daß eine Versammlung des Büros derzeit unmöglich sei. Es stellte sich heraus, daß auch bei der englischen Arbeiterpartei alle Erörterungen der Friedensbedingungen zurzeit vollständig unmöglich gemacht seien; es komme gegenwärtig für die Arbeiterpartei Englands nur auf die siegreiche Durchführung des Krieges an.

Helfferich. Staatssekretär Dr. Helfferich betonte bei Besprechung der vierten Kriegsanleihe im Deutschen Reichstag am 15. März, Deutschland habe bisher ohne alle Kunstgriffe in drei gewaltigen Anleihen 25 Milliarden aufgebracht, während Frankreich keine 10 Milliarden konsolidieren konnte und England durch konsolidierte Anleihen bisher 18 bis 19 Milliarden aufbrachte. Die täglichen Kriegskosten der Mittelmächte betragen höchstens 110 Millionen, die der Gegner mindestens 240 Millionen. Der Gesamtaufwand für den Krieg bis 31. März beträgt für die vier Mittelmächte 50

bis 55 Milliarden, für die Gegner 100 bis 105. „Das Verhältnis ist umgekehrt proportional zu den erzielten Erfolgen und hat die Tendenz, sich weiter zu unsern Gunsten zu verschieben." — Die Zentrumsfraktion brachte am 17. März folgenden Antrag ein: „Der Reichstag wolle beschließen, folgende Erklärung dem Reichskanzler zu übermitteln: Nachdem das Unterseeboot sich als eine wirksame Waffe gegen Englands Kriegführung erwiesen hat, spricht der Reichstag die Erwartung aus, daß, da die Frage der Verwendung der Unterseebootswaffe im Völkerrechte noch nicht geregelt ist, bei den Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten die Freiheit im Gebrauche dieser Waffe gewahrt werden wird." Ähnliche Anträge wurden von den Nationalliberalen und Konservativen eingebracht. Man bedauerte die Demission des Großadmirals Tirpitz und anerkannte sein der Flotte gewidmetes Lebenswerk. Der Nationale Stresemann erklärte am 23. März: „Das ganze deutsche Volk ist bis ins Innerste monarchisch. Es sieht gerne seine Ideen verkörpert in einer Persönlichkeit. In Tirpitz sah es den Willen des deutschen Volkes zur Seegeltung personifiziert." Bei der Besprechung des „Not-Etats" ergab sich eine Spaltung der Sozialdemokraten in eine Mehrheitspartei unter Scheidemann, die dem Not-Etat zustimmte und eine Minderheit unter Haase, der ihn ablehnte. Haase betonte die Sehnsucht der Massen aller Länder nach dem Frieden und erklärte, Europa werde der Verarmung entgegengehen, wie auch das Ringen ausgehen möge, in dem es weder Sieger noch Besiegte geben werde. Gegen Haase sprach auch Scheidemann: „In der Stunde der Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich." Es entstand ein großer Tumult. Haase wurde Landesverräter und Kriegsverlängerer, Vertreter des Auslands gescholten. — Über die Unterseebootfragen wurden am 27. März streng vertrauliche Erörterungen gepflogen. — Aus der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages schieden am 24. März 18 Mitglieder aus und bildeten eine neue Fraktion unter der Bezeichnung: „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft". Vorsitzende waren Haase und Ledebour; ihr gehörten auch Bernstein, Cohn, Herzfeld, Stadthagen, Vogtherr an. Das Verhalten der achtzehn Sondergenossen wurde am 29. im „Vorwärts" scharf getadelt, weil es dazu angetan sei, das organisatorische Gefüge der Partei auseinanderzusprengen. Die Separatisten setzen das ganze Parteidasein aufs Spiel. Und am 31. hieß es: „Wer das Auftreten der Achtzehn unbefangen beurteilt, wird unserm dänischen Bruderorgan rechtgeben, das als Folge der Spaltung eine Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie auf den Frieden und eine Verlängerung des Krieges befürchtet." Die neue Partei klagte aber, sie sei tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt worden. Haase.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde die Polenpolitik wiederholt besprochen.

In der italienischen Kammer legte der Sozialist Turati am 7. März dar, daß seine Fraktion den Krieg verwerfe und alles mögliche beitragen wolle, einen anständigen Frieden herbeizuführen. Das Parlament soll nicht zu einer Larve und Karikatur seiner selbst herabsinken, jedermann soll seinen Anteil an der Verantwortung erhalten. Jeder Tag kompromittiert schlimmer die bereits schwere Lage. Nächstens wird angeblich die Regierung nach Paris gehen, um vielleicht den Krieg noch zu vergrößern oder die Grund-

lagen zu jenem Zollverein des Vierverbandes zu legen, welcher den Zollkrieg mit den Mittelmächten herbeiführen wird, der für Italien noch unheilvoller wäre als der Krieg mit Kanonen. Die Sozialisten sind keineswegs willens, mit der Regierung und der Kammermehrheit gemeinsam Selbstmord zu begehen." Man beschuldigte Salandra der Diktatur und schmähte Barzilai, daß er als Republikaner am Ministertisch verbleibe.

In Rußland wurde ein gerichtliches Vorgehen gegen den ehemaligen Kriegsminister Suchomlinow eingeleitet wegen ungesetzlicher Handlungen und des durch ihn verschuldeten Munitionsmangels. An Stelle des enthobenen Kriegsministers Poliwanow trat General Schuwajew.

Kriegsrat. Ein Kriegsrat der Alliierten fand am 26. März zu Paris statt. Aus England kam dahin Asquith, Grey, Lloyd George, Kitchener, aus Italien Salandra und Sonnino, von der belgischen Regierung Broqueville und Bayens. Man besprach die einheitliche Führung der Kriegsoperationen und die Grundsätze der wirtschaftlichen Vereinbarungen. Man bezeugte die volle Zuversicht in den endgültigen Sieg. Man stellte die vollständige Gemeinschaft der Ansichten, die Solidarität der Alliierten, die Einheitlichkeit der militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Aktion fest. Es wurde in Paris ein ständiges Komitee eingerichtet, um die Verproviantierung des Feindes zu verhindern. Auch Italien trat dem großen Wirtschaftsbündnisse für die Zukunft bei.

Iren. In Neuyork tagte am 4. und 5. März ein irischer Nationalkonvent, mit der Absicht, Mittel zu finden, Irland nach dem Kriege zur Selbständigkeit zu verhelfen. Es bildete sich eine neue ständige nationale Organisation „Freunde der irischen Freiheit", verwaltet von einem Nationalkomitee von sechzig Mitgliedern. Präsident wurde der Komponist Viktor Herbert. Der Nationalkonvent sprach die Hoffnung aus, daß aus dem Siege Deutschlands über England die völlige Unabhängigkeit Irlands hervorgehen werde. Dem Konvent wohnten 2000 Abgesandte aus allen Staaten der Union bei, darunter viele Richter. Monsignore Braun sprach für die vollständige Trennung Irlands von England. John Goff sagte, das unterdrückte Irland starre von englischen Bajonetten und nur zwangsweise spricht man sich dort für England aus. Die Irländer können nur die Niederlage Englands herbeisehnen, um die Tage der Freiheit endlich heranbrechen zu sehen nach der nun dort herrschenden Schreckensherrschaft. Die im britischen Unterhaus getane Äußerung, neunzig Prozent der Irländer sympathisierten mit den Engländern, sei eine Lüge. Goff betonte die Pflicht der amerikanischen Regierung, dem Kriege fernzubleiben, und verlas Washingtons Mahnung, sich europäischen Händeln fernzuhalten. Wenn in Kriegszeiten ein Amerikaner aus Gründen des Profits oder des Amusements sich leichtsinnig in Gefahr begebe und

darin umkomme, so dürfe sein sträflicher Leichtsinn nicht die ganze Nation in die Schrecken eines Krieges verwickeln. Oneil Ryan sagte: „Ich hoffe, Amerika wird an der Friedenskonferenz teilnehmen und seine Stimme zugunsten Irlands erheben. Wenn England den Kampf der kleinen Nationen kämpft, wie es behauptet, welche Nation hätte dann einen größeren Anspruch auf Berücksichtigung als Irland? John Devoy hoffte, daß die Irländer auch selbst zu ihrer Befreiung beitragen würden. Irland müsse als Verfechter der eigenen Sache gegen die englischen Bedrücker selbständig in die Reihen der kriegführenden Mächte eintreten. Cohalan wies auf die Gefahren hin, die Amerika von England drohen. In der Schlußsitzung, der dreitausend Personen beiwohnten, wurde eine Irische Unabhängigkeitserklärung angenommen und Amerika und die anderen Mächte aufgefordert, Irland als unabhängige Nation anzuerkennen. J. Oleary rief: „Wir wollen eine irische Republik!“ In der Resolution hieß es: „Wir fordern, daß amerikanische Passagiere gewarnt werden vor der Benützung von Schiffen mit Kriegskonterbande. Wir appellieren an die Mächte, insbesondere Amerika, anzuerkennen, daß Irland eine europäische, nicht eine britische Insel ist, und die Tatsache zu würdigen, daß die vollständige Unabhängigkeit Irlands vom britischen Reiche zur Erreichung der Freiheit der Meere unumgänglich notwendig ist.“

Die deutsche Verwaltung von Belgien hatte sich über den Kardinal Mercier, den Erzbischof von Mecheln, in Rom beklagt. Mercier reiste nach Rom, um sich dort zu verantworten, und erließ nach seiner Rückkehr einen Fastenhirtenbrief, der nach der Ansicht des deutschen Generalgouverneurs Freiherrn v. Bissing nicht den von berufenster Seite gegebenen Versicherungen entsprach, sondern die Verhältnisse aufs neue verschärfte, so daß ihm am 19. März eine ernste Verwarnung zuteil wurde. Mercier.

Da Portugal die deutsche Note wegen der Beschlagnahme deutscher Schiffe nicht beantwortete, hob Deutschland am 9. März die diplomatischen Beziehungen auf. Der abberufene deutsche Gesandte überreichte noch der portugiesischen Regierung eine ausführliche Erklärung über deren Rechts- und Vertragsbrüche mit der Ankündigung des Kriegszustandes. Portugal war beleidigt, daß es in der deutschen Note als Englands Vasall bezeichnet wurde, mußte aber zugeben, daß England die Beschlagnahme auf Grund seines Bündnisses verlangt habe. Es wurde dort ein neues, alle Parteien vereinigendes Ministerium gebildet. Auch Österreich brach die Beziehungen zu Portugal ab. Grey äußerte sich am 14. März im Unterhaus über all das in folgender Weise: „Der Krieg war die Ursache des schnell wachsenden Mangels an Tonnengehalt in allen Teilen der Welt. Es war im Interesse Portugals, sich alle zugänglichen Schiffe nutzbar zu machen. Dies wurde auch von der britischen Regierung empfohlen. Der Staat hat im Notfall das Recht der Requisition. Portugal war zudem durch ein altes Bündnis mit Großbritannien verknüpft und also nicht mehr neutral im strengsten Sinne. Portugal versprach eine Entschädigung, aber die deutsche Regierung über- Portugal

stürzte die Dinge. Deutschland hat sich selbst des Neutralitätsbruches schuldig gemacht, als es im Oktober und Dezember 1914 in die portugiesische Kolonie Angola Einfälle machte und Aufstände der Eingebornen in Portugiesisch-Ostafrika anzettelte . . ."

Unter den Kämpfen gegen Rußland sind die bei Uscieczko und Zaleszczyki hervorzuheben. Im Norden versuchten die Russen größere Angriffe bei Riga, Friedrichstadt, Jakobstadt, Dünaburg. Von Albanien und Saloniki war wenig zu melden.

Der König der Bulgaren, Ferdinand, feierte am 27. März in Beantwortung einer Adresse des Sobranje „die endgültige und unwiderrufliche Befestigung der in so glücklicher Weise erzielten Einheit des bulgarischen Stammes".

Die montenegrinische Königsfamilie siedelte am 9. März nach Bordeaux über. — Der serbische Kronprinz Alexander kam am 16. nach Rom; Ministerpräsident Pasic war mit ihm und konferierte mit den Ministern. Kronprinz und Minister fuhren darauf nach Paris; Präsident Poincaré versprach, daß Frankreich die Sache Serbiens nicht von der der Alliierten trennen werde. In London wurden die beiden Serben am 31. März vom Prinzen Albert, mehreren Ministern, Lord French, dann auch vom Königspaar empfangen.

Serben.

Die Vertreter des Vierverbandes machten nochmals der griechischen Regierung gegenüber in freundlichsten Ausdrücken Vorbehalte gegen die griechische Besetzung von Nord-Epirus, dessen Schicksal auf dem Friedenskongresse werde bestimmt werden. Griechenland gab eine ausweichende Antwort.

An der Isonzofront begannen gegen Mitte März größere Kämpfe, so an der Hochfläche von Doberdo, bei Tolmein, am Görzer Brückenkopf, auf der Podgorahöhe, bei San Martino. Gegen Ende des Monats trat infolge sehr ungünstiger Witterung eine Kampfpause ein.

An der westlichen Front dauerten die furchtbaren Kämpfe um Verdun und Douaumont fort, wert eines Homer, aber leider ohne entscheidende Ergebnisse.

Charakteristisch ist ein aufgefangener französischer Heeresbefehl vom 8. März: „Forges leistete nicht den Widerstand, den man erwarten mußte. Ich entnehme daraus, daß der Kommandant dieses Abschnittes seine Pflicht nicht getan hat. Er wird infolgedessen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Es muß bis zu den äußersten Grenzen Widerstand geleistet werden. Wir dürfen in diesem Augenblick nur von dem einzigen Entschluß beseelt sein, den Feind entweder siegreich aufzuhalten oder zu sterben. Artillerie und Maschinengewehre werden auf jede weichende Truppe feuern." — Joffre richtete um diese Zeit folgenden Armeebefehl an die Soldaten der Armee von Verdun: „Seit drei Wochen haltet ihr den furchtbarsten Sturm aus, den der Feind bisher gegen uns unternommen hat. Deutschland rechnete auf den Erfolg seiner Anstrengungen, die es für unwiderstehlich hielt und für die es seine besten Truppen und seine mächtigste Artillerie einsetzte. Es hoffte, daß die Einnahme von Verdun den Mut seiner Verbündeten stärken

Joffre.

und die neutralen Länder von der deutschen Überlegenheit überzeugen würde. Es hatte seine Rechnung ohne euch gemacht. Tag und Nacht, trotz beispielloser Beschießung, habt ihr allen Angriffen widerstanden und eure Stellungen gehalten. Der Kampf ist noch nicht beendet, denn die Deutschen brauchen den Sieg. Ihr werdet ihnen den Sieg zu entreißen wissen. Wir besitzen Munition in Überfluß sowie zahlreiche Reserven, besonders aber besitzt ihr euren Glauben an die Geschicke der Republik. Das Land hat seine Blicke auf euch gerichtet. Ihr werdet zu denen gehören, von denen man sagen wird: Sie haben den Deutschen den Weg nach Verdun versperrt!" — Ein Armeebefehl des Generals Bazelaire vom 16. März lautete: „Mit Erstaunen habe ich bei verschiedenen Vorschlägen zu Auszeichnungen gelesen: ‚gegenüber einem an Zahl überlegenen Feind'. Man zählt den Feind erst, wenn er am Boden liegt. Man berechnet ihn nicht, wenn er sich zum Kampfe stellt. Wie hoch aber auch seine Zahl sei, man weicht nicht zurück. Man schlägt den Feind, weil man ihn schlagen will. Wir alle stellten die Hartnäckigkeit der Deutschen fest, die, selbst umringt, da festhalten, wo sie stehen, ihre Waffen bis zum Tode gebrauchen und uns dabei oft ernste Verluste beibringen. Der Franzose muß noch hartnäckiger sein. Wenn jedem dieser Gedanke vollkommen klar ist, wird auf dem Schlachtfelde nichts im Stich gelassen werden als Maschinengewehre, deren ganze Bedienung tot ist. Nur dann wird jeder seine Pflicht erfüllt haben." — Von geringer Ritterlichkeit zeigt folgende Anweisung Bazelaires vom 12. März: „Es ist festgestellt worden, daß die Gefangenen mit törichter Milde und Aufmerksamkeiten behandelt werden. Es ist verboten, den Gefangenen vor ihrer Ankunft im Hauptquartier Nahrungsmittel, Getränke, auch Wasser, Kleider, Kopfbedeckungen, Decken oder Stroh zu geben, an sie das Wort zu richten . . ."

Der französische Kriegsminister Gallieni trat am 16. März zurück. Sein Nachfolger wurde General Roques. Cadorna kam am 20. nach Paris, um sich mit ihm und mit Joffre zu besprechen.

Im englischen Unterhaus berichtete Unterstaatssekretär Tennant, der von Lord Derby geführte Werbefeldzug habe ergeben, daß sich innerhalb vier Tagen eine Million Rekruten einschreiben ließ. Der Voranschlag für die Armee sah einen Personalstand von vier Millionen Mann vor. Man zählte bereits in der Armee über drei Millionen, dazu eine halbe Million Verluste, eine Million im Dienst der Flotte. Unangenehm wurde es empfunden, daß Arbeitskräfte für die Exportindustrien, auch für die Munitionserzeugung fehlten. Sehr geschimpft wurde über die Unterlegenheit der englischen Flugzeuge. — Kolonienminister Bonar Law sagte bei einem Mahl zu Ehren des australischen Premierministers Hughes am 9. März: „Wir sind bereit, die Dominions zu unseren Beratungen zuzulassen. Wir hoffen nach dem Krieg ein Reich zu schaffen, das für alle Zeiten einheitlich aufgebaut ist. Ein großer Schritt nach vorwärts würde da nicht schwerer fallen als ein kleiner."

Über die bewaffneten Handelsschiffe entspann sich noch eine weitere Polemik zwischen England und Deutschland, wobei sich Deutschland auf die geheimen Weisungen berief, die man auf bewaffneten englischen Handelsschiffen gefunden hatte. „Die Geheimhaltung, der artilleristische Inhalt der Weisungen und die militärische Stellung der Geschützmannschaften zeigen,

daß es sich nicht um die früher übliche Bewaffnung eines friedlichen Handelsschiffes, sondern um die Einstellung der britischen Handelsflotte in den Kampf gegen die deutsche Kriegsmarine handelt." — Der Senat in Washington lehnte am 3. März die Resolution Gore, daß die Amerikaner vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen gewarnt werden sollten, ab. Damit war die kriegerische Politik Wilsons sanktioniert. Er hatte mit der Niederlegung seiner Präsidentschaft gedroht, falls ihm der Kongreß seine Unterstützung versage. Darüber entstand in der demokratischen Partei eine Panik. Im Repräsentantenhaus griff der Republikaner Mann jene Amerikaner an, die etwa das Land durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in einen Krieg verwickeln würden: „Ich hoffe (sagte er), unsere Bürger werden niemals auf die Probe gestellt werden, ob sie zu kämpfen haben, weil irgendein Narr uns in Verwicklungen bringt, indem er gegen Bezahlung auf ein bewaffnetes Schiff geht unter der Gefahr versenkt zu werden." Aber auch hier war die Mahnung vergebens (8. März).

Amerika.

Der deutsche Botschafter in Washington machte am 10. März einen neuen friedlichen Versuch, indem er mitteilte: „Die kaiserliche Regierung legt Wert darauf, die bisherige Entwicklung mit aller der Offenheit zu präzisieren, die den freundschaftlichen Beziehungen der beiden Völker entspricht. Bei Beginn des Krieges hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechtserklärung zu ratifizieren . . . England lehnte es aber ab und begann den legalen Handel der neutralen Staaten zu beschränken, um dadurch Deutschland zu treffen. Den Verschärfungen der Konterbandebestimmungen vom 5. August, 20. August, 21. September und 29. Oktober folgte am 3. November 1914 der Erlaß der britischen Admiralität, daß die ganze Nordsee als Kriegsgebiet anzusehen sei. Die Handelsschiffahrt wurde Gefahren durch Minen ausgesetzt. Der Protest der neutralen Staaten hatte keinen Erfolg. Im Februar 1915 sah sich Deutschland gezwungen, Gegenmaßregeln zu treffen, die das völkerrechtswidrige Verfahren der Gegner bekämpfen sollten. Es wählte neue Kriegsmittel (Unterseeboot) und warnte die Neutralen vor den Gefahren des Kriegsgebietes der Nordsee. Die Regierung der Vereinigten Staaten trat, da beide kriegführenden Parteien, in der deutschen Note vom 17. Februar und in der englischen Note vom 18. und 20. Februar 1915, Anspruch erhoben, daß ihr Vorgehen nur eine Vergeltung der Rechtsbrüche des Gegners sei, an beide kriegführenden Parteien heran . . . Sie forderte Deutschland auf, den Gebrauch der neuen Waffe den alten Bestimmungen anzupassen, und England, Lebensmittel für die nichtkämpfende Bevölkerung Deutschlands zur Verteilung unter amerikanischer Kontrolle passieren zu lassen. Deutschland erklärte am 1. März 1915 seine Bereitwilligkeit, England lehnte ab. Trotzdem entsprach Deutschland den Wünschen der amerikanischen Regierung, so daß die Rechte Neutraler deutscherseits unbeschränkt waren. Nunmehr machte England dem U-Boot die Ausübung eines den Völkerrechtsbestimmungen entsprechenden Handelskrieges dadurch unmöglich, daß es nahezu sämtliche Handelsschiffe bewaffnete und den angriffsweisen Gebrauch der Geschütze anordnete. Dies widerspricht direkt den Erklärungen des englischen Botschafters in Washington vom 25. August 1914 . . . Der Grundsatz der amerikanischen Regierung, ihre Bürger von feindlichen Handelsschiffen nicht fernzuhalten, wurde von England und seinen Alliierten benützt. Der Befehl des Waffengebrauchs wurde ergänzt durch die Weisung, falsche Flaggen

zu führen und die U-Boote zu rammen. Jetzt steht Deutschland vor der Tatsache: a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade den neutralen Handel und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht, b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Konterbandebestimmungen den Seeverkehr der Neutralen verhindern, c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post jede Verbindung Deutschlands mit dem Auslande verhindern, d) daß die Vergewaltigung der Neutralen die Hungerblockade der friedlichen Bevölkerung der Zentralmächte vervollständigt, e) daß Deutsche, die auf der See angetroffen werden, ohne Rücksicht der Freiheit beraubt werden, f) daß unsere Gegner Handelsschiffe für den Angriff bewaffnen und dadurch die Verwendung des U-Bootes nach den Grundsätzen der Londoner Deklaration unmöglich machen. Die kaiserliche Regierung darf hoffen, daß der hier dargelegte Standpunkt vom Volk der Vereinigten Staaten gewürdigt werde." — Darauf schlug Staatssekretär Lansing die Entwaffnung aller Kauffahrer vor, erhielt aber von den Alliierten ablehnende Antworten. Die ließ er sich gefallen.

Am 4. März lief unter dem Kommando des Grafen Dohna-Schlodien die „Möve" nach mehrmonatiger erfolgreicher Kreuzfahrt mit vier englischen „Möve." Offizieren, 29 englischen Soldaten und Matrosen, 166 Köpfen feindlicher Dampferbesatzungen, darunter 103 Indern, als Gefangenen, sowie einer Million Mark in Goldbarren in einem heimischen Hafen ein. Das Schiff hatte 15 Schiffe versenkt oder als Prisen nach neutralen Häfen gesandt, an mehreren Stellen der feindlichen Küste Minen gelegt, denen zum Beispiel das englische Schlachtschiff „Edward VII." zum Opfer fiel. Die englische Presse schrieb darüber: „Die ‚Möve' ist das erste deutsche Kriegsschiff, das die sehr effektive englische Blockade zweimal, auf der Ausreise und der Heimfahrt, durchbrach; sie vernichtete 50.000 bis 60.000 Tonnen Schiffsraum, ein volles Prozent der Einfuhr. Der Schiffsraummangel ist eine sehr ernste Sache, und es ist töricht, Kreuzfahrten wie die der ‚Möve' nicht ernst zu nehmen . . . Es wäre sehr unangenehm und beunruhigend, wenn viele andere ein solches Glück hätten. Die Vermummung der ‚Möve' ist anscheinend besonders gut gewesen. Der Kapitän führte ein verzweifeltes Abenteuer mit Geschick und Mut aus und wird dafür jedenfalls in Deutschland allen Ruhm ernten, den er verdient." — Sonst wurden von Tauchbooten Schiffe vor Havre und in der Themsemündung, im Mittelmeer vor Saloniki, im Adriatischen Meer, am Polarkreis, im Kanal usw. versenkt. Offiziös und offiziell wurde dem Gerücht widersprochen, als ob man den verschärften Tauchbootkrieg aufgegeben habe. Es entstand auch eine polemische Erörterung über ein Gefecht in der Nordsee vom 29. Februar, in dem ein deutsches und ein englisches Schiff zugrunde gingen. Ein anderes Seegefecht fand am 20. März an der flandrischen Küste statt ohne Beschädigungen. Deutsche Marineluftschiffe erschienen am 6. März über Hull am Humber und bewarfen die dortigen Dockanlagen. Am 19. wurden die militärischen Anlagen in Dover, Deal und Ramsgate heimgesucht. Von fünf englischen Wasserflugzeugen, die am 25. zum Angriff auf die deutschen Luftschiffanlagen in Nordschleswig aufstiegen, wurden drei zum Niedergehen gezwungen; die Insassen wurden gefangen genommen. Bei einem Angriff auf die friesische Küste gingen ein englischer Zerstörer und ein deutsches Torpedoboot zugrunde (25. März).

Tirpitz. Der schon erwähnte Rücktritt des Großadmirals Tirpitz wurde nicht als Änderung der Seekriegstaktik angesehen. Sein Nachfolger Admiral v. Capelle war dessen rechte Hand.

Im englischen Unterhaus kritisierte Churchill die Flottenverhältnisse; er tadelte es auch, daß man die Zeppeline nicht in ihren Hallen in Köln, Düsseldorf und Cuxhafen aufsuche und vernichte. Als Churchill mit großer Anerkennung von der deutschen Flotte sprach, wurde er mit der Frage unterbrochen: Wer sagte dann, daß man sie ausgraben solle? Churchill gestand ein, er bedauere, diese Bemerkung jemals gemacht zu haben.

Trotz der Verluste in Afrika sprach Staatssekretär Solf von der Wiedererlangung und der Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes nach siegreicher Beendigung des Krieges (17. März).

Feldmarschall v. Mackensen begab sich am 24. nach Konstantinopel, wurde vom Sultan empfangen und reiste über Sofia ins Hauptquartier zurück.

Italien anerkannte die englische Oberhoheit über Ägypten unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung der Italiener. — Die Lage der Engländer im Irak war wenig aussichtsvoll. Ihre Armee war in Kut-el-Amara eingeschlossen.

In der neutralen Schweiz mahnte Präsident Engster am 6. März zur Einigkeit angesichts der vermehrten Kriegsgefahr. Er versicherte den welschen Abgeordneten, daß die deutsche Schweiz niemals daran denke, die welsche Eigenart zu verdrängen. „Wir wollen uns wiederfinden und uns wieder die Bruderhand reichen, nachdem wir uns würdig, frei und offen ausgesprochen haben. Wir wollen Schweizer sein und nur Schweizer.“ Aber es wurde geklagt, daß die Neutralität durch Hineinziehen der Schweiz in den Wirtschaftskrieg verletzt wurde. Dagegen sollte formell protestiert werden. Jedenfalls müsse die Schweiz bei der künftigen Gestaltung des internationalen Rechtes nachdrücklich auf die unhaltbare Lage der Neutralen aufmerksam machen.

Für Österreich-Ungarn wurde das neue Wappen korrigiert durch Einfügung des kroatischen Wappens auch in das kleine ungarische und gemeinsame Wappen (5. März). — Eine bosnisch-herzegowinische Huldigungsabordnung begab sich am 28. März zum Kaiser nach Schönbrunn; sie versicherte, daß das Land für immerdar dem Herrscherhause Habsburg untertan geworden sei. „Vergeblich wurde versucht, es aus dem Verbande der Monarchie zu reißen.“ Auch Ministerpräsident Graf Stürgkh empfing die Deputation und betonte, daß die unverbrüchliche Zugehörigkeit zur Monarchie die beste Vorbedingung für die gedeihliche Entwicklung von Bosnien und Herzegowina bleibe. Er zeigte, wie viel die österreichische Verwaltung bereits für die Hebung der beiden Länder geleistet habe. Der Krieg hat darin einen vorübergehenden Stillstand aufgezwungen, aber er hat wie eine Offenbarung gewirkt und die Bevölkerungen der Monarchie noch fester verbunden. Auch der Führer der Deputation, der Landeschef v. Sarkotic erklärte, durch die Ereignisse dieser großen Zeit sei ein Läuterungsprozeß vor sich gegangen im Verhältnis der Länder zur Monarchie. Die Abordnung begab sich dann nach Pest zum Ministerpräsidenten Tisza. Dieser meinte: „Die siegreiche Macht der Monarchie hat das Zusammenleben Bosniens und der Herzegowina mit den anderen Teilen auf ewige Zeiten entschieden und besiegelt durch das gemeinsam ge-

Bosnien.

flossene Blut. Wir sollen in Krieg und Frieden fühlen und betätigen, daß uns der liebe Herrgott zu Lebensgenossen gemacht hat für gute und schlechte Zeiten, für alle Ewigkeit."

Bei einer Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier in Wien 25. März (als Fortsetzung einer früheren Besprechung am 30. Jänner in Pest) sagte unter anderem der gewesene ungarische Unterrichtsminister Berzeviczy: „Die Zukunft wird hoffentlich eine lange Friedensepoche sein, welche die Grundlage zur kräftigeren Entwicklung und zur Ersetzung der durch den Krieg verbrauchten wirtschaftlichen Kräfte und Werke bilden soll. Aber sie wird auch unstreitbar eine Periode des wirtschaftlichen Kampfes gegen eine Welt von Gegnern sein. Der neue Ausgleich muß darum auch die Grundlage für ein festes Verhältnis zum Deutschen Reich schaffen. Die Erfahrungen des Krieges haben uns gelehrt, daß durch den Ausgleich nicht ein Teil auf Kosten des andern gekräftigt, sondern daß beide Teile wirtschaftlich stark sein müssen, denn nur dann werden wir den von allen Seiten drohenden Gefahren die Stirne bieten können . . ." Ausgleich.

Auch das bulgarische Sobranje nahm am 23. März die Kalenderreform an.

Die mexikanische Frage verschärfte sich durch den Einfall einer mexikanischen Bande unter General Villa auf die amerikanische Grenzstadt Columbus in Neumexiko. Carranza drückte der Regierung der Vereinigten Staaten sein Bedauern darüber aus und erlaubte förmlich den amerikanischen Truppen, die Banden auch auf mexikanischem Gebiet zu bekriegen.

In China wurde durch einen Kabinettsbeschluß die Monarchie wieder aufgehoben und die Republik wiederhergestellt (22. März). China.

April.

Wieder sprach Bethmann Hollweg im Reichstag am 5. April über unsere Bereitwilligkeit zum Frieden, von der auf der andern Seite keine Spur zu sehen sei. „Für Asquith bleibt die völlige und endgültige Zerstörung der militärischen Macht Preußens die Vorbedingung aller Friedensverhandlungen. Ohnmächtig soll Deutschland werden, jedem Machtgelüst seiner Nachbarn ausgesetzt. Und was wollen wir dagegen? Ein Deutschland, so fest gefügt, so stark beschirmt, daß niemand wieder in Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, daß jedermann unser Recht auf freie Betätigung unserer friedlichen Kräfte anerkennen muß. Dies, nicht die Vernichtung fremder Völker ist das, was wir erstreben. Es ist die dauernde Rettung des heute erschütterten Kontinents . . . Hätten die drei Mächte sich nicht gegen uns zusammengeschlossen, nicht versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, so wäre der Friede Europas durch die Kräfte der stillen Entwicklung allmählich gefestigt worden. Das zu erreichen, war das Ziel der deutschen Politik vor dem Kriege. Wir konnten, was wir haben wollten, durch friedliche Arbeit haben. Unsere Gegner haben den Krieg gewählt . . . Ein Zurück gibt es nicht. Das Belgien nach dem Krieg wird ein neues sein. Das Polen auch. Auch Asquith Bethmann.

spricht vom Prinzip der Nationalitäten. Nun, Deutschland wird nicht die befreiten Polen, Litauer, Balten, Letten an das reaktionäre Rußland wieder ausliefern ... Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein französisch-englischer Vasallenstaat und militärisch wie wirtschaftlich zum Vorwerke gegen Deutschland ausgebaut wird. Deutschland kann nicht den lange niedergedrückten vlämischen Volksstamm wieder der Verwelschung preisgeben ... Waren wir vor dem Krieg Belgiens Feinde? ... Der Friede, der diesen Krieg beenden soll, muß von Dauer sein. Er muß nicht den Keim neuer Kriege, sondern den einer endgültigen friedlichen Ordnung in sich tragen. Mit unseren Bundesgenossen sind wir in langer Kampfgemeinschaft immer enger verwachsen. Der Kriegskameradschaft muß eine Arbeitsgemeinschaft folgen ... England will mit Friedensschluß den Handelskrieg mit verdoppelter Kraft fortsetzen. Überall brutale Vernichtungswut und zügellose Herrschgier: Wir drohen keinem Volk mit Vernichtung. Die neueste Ausgeburt ist die Behauptung, daß wir uns nach Beendigung dieses Krieges auf den amerikanischen Kontinent stürzen und Kanada erobern wollen. Das ist dieselbe Phantasterei wie die Behauptung, wir hätten Absichten auf brasilianisches oder sonstiges südamerikanisches Gebiet. Dieser Kampf geht nur um unser Dasein, um Deutschland." — Etwas expansiver äußerte sich Peter Spahn, der Führer des Zentrums. — Gegen die Zerschmetterungspläne der Feinde wandte sich auch der Sozialdemokrat Ebert, weil damit zugleich die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter geschützt werden sollen. Auch die Beantwortung des Aushungerungsplans mit dem Tauchbootkrieg billigte er als ein Gebot der Notwehr. Aber die Friedensstunde müsse der Beginn der bürgerlichen Gleichberechtigung sein. — Haase (von der sozialistischen Minorität) sprach gegen eine neue Teilung Polens. Belgien dürfe auch kein deutscher Vasallenstaat werden, sondern müsse wiederhergestellt und entschädigt werden. Die Mehrzahl der Menschen wünscht Schluß des Krieges; es wird wieder das Wort aufleben: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! — Scheidemann (Soz.) sagte: „Man muß ein politischer Kindskopf sein, wenn man glaubt, daß nach all dem kein einziger Grenzstein verrückt wird, den ein vermoderter Diplomat gesetzt hat. Wir bedienen uns des Tauchboots, damit unsere Frauen und Kinder nicht dem Hungertod verfallen. Es wäre kaum zum Krieg gekommen, wenn im europäischen Westen die Demokratie besser entwickelt gewesen wäre ... Wir werden unsere Pflicht erfüllen als Sozialisten und als Deutsche." — Skandalös benahm sich Liebknecht. Ihm wurde zugerufen: „Lump! Sie gehören ins Irrenhaus." Der Fortschrittler Hubrich entriß ihm das Manuskript seiner Rede und warf es unter dröhnendem Beifall zu Boden.

Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen traf am 14. April in Berlin ein, um mit Bethmann Hollweg alle die verbündeten Reiche betreffenden Fragen zu erörtern.

Asquith kam am 1. April nach Rom, um Italien, seinem König, den Truppen und der Flotte den Ausdruck der Solidarität und der ganzen Zuversicht in den Triumph der gemeinsamen Sache zu überbringen. „Unsere beiden Völker verstehen heute trotz der sie trennenden Entfernung und Verschiedenheit der Temperamente mehr als je die Kraft der Bande, welche sie seit mehr als einem halben Jahrhundert durch Gleichheit ihrer Grundsätze und Konvergenz ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen verknüpfen. Das englische Volk hat mit Sympathie den heroischen Kampf des italienischen Volkes für Befreiung und Einheit verfolgt. Das Geschick hat gewollt, daß im höchsten Augenblick, als die ihnen gemeinsamen Aspirationen und Grundsätze bedroht wurden, beide Völker sich in brüderlichem Bündnis fanden, um die Sache der Freiheit zu verteidigen und das Recht aller Nationen, sowohl der schwächeren wie der mächtigeren, zur Achtung zu bringen ...“ — Asquith hatte auch eine Audienz beim Papst von zwanzig Minuten. Sein Besuch beim Kardinal-Staatssekretär und dessen Gegenbesuch war noch kürzer. Eine Deputation der italienischen Presse, geführt von Torre, bezeichnete als Ziel des gemeinsamen Krieges eine neue europäische Lage, die ein gerechtes Gleichgewicht der Nationalitäten und die Völkerfreiheit gewährleiste. Auf die französische Ansprache antwortete Asquith englisch mit Hilfe eines Dolmetsch, des Senators Maggiorino Ferraris. Dann wurde Asquith auf dem Kapitol vom Bürgermeister Fürst Colonna begrüßt und er verkündete wieder, England wolle die Rechte der schwächeren Völker rächen und keine Verletzungen jener sozialen und elementaren Gesetze dulden, die durch jahrhundertelange Kämpfe festgestellt wurden. Das wagte der Vertreter einer Regierung zu sagen, die alle schwächeren Völker, die Iren, Indier, Ägypter usw. in einer teuflischen Weise niedergedrückt und ausgesogen hatte, wie sonst keine andere Regierung der Weltgeschichte seit den Zeiten Nimrods. — Von besonders eingeweihter Seite wurde den „Neuen Zürcher Nachrichten“ mitgeteilt, daß der Besuch Asquiths beim Papst keinen guten Eindruck hinterlassen habe. Asquith habe unter anderem die Meinung geäußert, der Krieg werde noch mindestens fünf Jahre dauern. Es geschah anscheinend mehr zur Einschüchterung als aus Überzeugung und um vor dem Vertreter des Friedens den blutrünstigen Entschluß eines endlosen Krieges bis zur Vernichtung kalt und trotzig auszusprechen. — Zu Rom starb am 1. April Herzog Avarna, der gewesene Botschafter am Wiener Hof, ein entschiedener Freund der Dreibundspolitik, ein Freund Österreichs, der ganz gegen sein Gefühl und seine Überzeugung die italienische Kriegserklärung am 23. Mai 1915 übergeben mußte.

Asquith.

Papst.

Zum Schluß einer politischen Übersicht sagte Sonnino am 16. April in der Kammer: „Unseres Rechtes gewiß, um den König geschart, kämpfen wir in Übereinstimmung mit unseren Bundesgenossen um den Sieg, der nicht, wie die Feinde wollen, ein Zeitalter des Hasses und einseitiger Oberherrschaft, sondern der Gerechtigkeit und der Freiheit aller Völker begründen wird.“

Georg. Am 11. April empfing König Georg im Buckinghampalast die zum Besuche nach London gekommenen französischen Parlamentarier und beruhigte sie wegen der Munitionserzeugung. Asquith suchte die Heiterkeit der französischen Gäste durch Verhöhnung der Friedensrede des deutschen Reichskanzlers zu erregen. Dann sagte er: „Großbritannien und auch Frankreich sind nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland zu erdrosseln oder von der Karte Europas wegzuwischen, nicht, um sein nationales Leben zu zerstören oder zu verstümmeln, und sicherlich nicht, um sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen hineinzumischen. Wir wurden beide dazu genötigt, die Waffen aufzunehmen, um zu verhindern, daß Deutschland (womit in diesem Falle Preußen gemeint ist) eine militärische Bedrohung für seine Nachbarn bilde und eine Oberherrschaft über diese errichte. Deutschland zeigte während der letzten zehn Jahre bei mehreren Anlässen die Absicht, Europa unter gleichzeitiger Bedrohung Vorschriften zu machen. Die Absicht der Verbündeten ist, den Weg für ein internationales System zu ebnen, welches den Grundsatz gleicher Rechte für alle zivilisierten Staaten sicherstellen wird. Wir wollen als Ergebnis des Krieges den Grundsatz festlegen, daß internationale Probleme durch freie Unterhandlung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen und nicht durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Kaste kontrolliert wird. Das ist es, was ich unter der militärischen Herrschaft Preußens verstehe.“ Man sieht, Asquith besteht auf seiner nichtssagenden heuchlerischen Phrase. Er fährt fort: „Es gibt kaum einen größeren Zynismus, als wenn Deutschland darauf besteht, den verschiedenen Nationen die Gelegenheit freier Entwicklung ihrer Individualität zu geben.“ Aber der Hinweis auf die Polenpolitik Preußens, die in der Tat schwächlich und wirkungslos war, hebt die vernichtende Politik Englands gegen Irland, Ägypten, Indien usw. nur noch mehr hervor.

Konstantinopel. Deutsche Parlamentarier kamen am 21. April nach Konstantinopel; sie wurden vom Sultan empfangen. Die „parlamentarische Partei für Einheit und Fortschritt“ (Jungtürken) gab ihnen ein Mahl, bei dem der Minister des Äußern Halil Bei sagte: „Niemand hat bei uns gezweifelt, daß der Weltkrieg von den Russen unter der Aneiferung Englands angestiftet wurde. Die Russen wollten Konstantinopel. Der Balkankrieg hat ihnen darauf einige Hoffnung gemacht. Die Engländer waren während des Krimkrieges dagegen. Als sich aber der starke deutsche Block bildete, richtete England seine Bemühungen auf die Vernichtung dieses Rivalen. Dazu verbündete es sich mit Rußland und opferte uns. Es brauchte uns nicht mehr seit seinem Bündnis mit Japan. Es schmiedete gegen uns den Balkanblock. Es fürchtete sich vor der neuen Freiheit, die unsere Verfassung allen Muselmanen zu bringen schien. Wir standen unter der Vormundschaft Englands und Frankreichs; nun sind wir ein gleichberechtigtes Glied des Bundes der Mittelmächte. Die Türkei hat ihre Unabhängigkeit wieder erlangt.“ Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich antwortete: „Wir wünschen auch in Zukunft eine starke Türkei,

die auf eigenen Füßen steht und die uns ein wertvoller, treuer Bundesgenosse bleiben soll."

Nichts Entscheidendes ist von den kriegerischen Aktionen an der russischen Front zu melden. Die Russen hatten sich durch eine verzweifelte, aber wirkungslose Offensive im März offenbar ganz erschöpft. Um den Franzosen eine Erleichterung zu verschaffen, hatten sie in der ungünstigsten Jahreszeit, im aufgeweichten Boden mindestens 140.000 Mann verloren. — Auch auf dem Balkan blieb die Lage unverändert. — Über die Behandlung der durch die Serben verschleppten österreichischen Kriegsgefangenen liefen traurige Berichte ein. — Neuerlich verletzte Frankreich und England die griechische Souveränität durch Landung von Truppen auf der Insel Kephalonia, namentlich auf der Reede von Argostoli. Ministerpräsident Skuludis protestierte wohl dagegen, aber ohne Erfolg. Ebenso weigerte sich die griechische Regierung auf das bestimmteste, auf das Verlangen der Entente einzugehen, ihr die Eisenbahnlinien Patras—Athen—Larissa zur Verfügung zu stellen, um von Patras serbische Truppen aus Korfu nach Saloniki zu transportieren. Dies kam denn auch einer vollständigen militärischen Besetzung Griechenlands durch die Entente gleich. Ferner protestierte die griechische Regierung schriftlich wegen der Sperrung der Sudabai auf Kreta durch Marinekräfte des Verbandes. Die englische Regierung hatte für all das Vorwände, die sie am 18. April im Unterhaus mitteilte.

An der Front gegen Italien wurde bei Tolmein, an den Dolomiten, bei Schluderbach, am großen und kleinen Pal, bei Doberdo, bei Malborghet, am Col di Lana, am Rauhkofel, beim Monte Cristallo, am Mrzli Vrh, bei Riva, im Suganatal, bei Monfalcone, bei San Martino, bei Selz, am Görzer Brückenkopf, im Adamellogebiet usw. gekämpft. Sieben italienische Flugzeuge warfen am 20. Bomben auf Triest ab. Österreichische Seeflugzeuge bombardierten am 3. Ancona. Zwei Flugzeuge gingen verloren, alle Flieger rückten aber unversehrt ein.

An der französischen Front tobte der furchtbare deutsche Angriff gegen Verdun noch weiter. Es wurde bei Douaumont, in der Woevre, bei Haucourt, bei Vaux, im Caillettewald, im Maasgebiet, in den Argonnen, in den Vogesen, bei La Bassée und Arras, bei Bethincourt, im Ypernbogen usw. gekämpft. Die Kämpfe waren furchtbar; aber beide Teile gönnten dem Gegner mit größter Todesverachtung keinen entscheidenden Vorteil. — Russische Hilfstruppen landeten am 20. April in Marseille und wurden von Joffre begrüßt.

Die Frage der Dienstpflicht in England steigerte sich fast zu einer Krisis des Kabinetts. Asquith erklärte am 19., ein Zusammenbruch der Regierung wäre ein nationales Unglück schlimmster Art. Das Ministerium einigte sich über neue Vorschläge, die dem Unterhaus am 25. in geheimer Sitzung vorgelegt wurden; man erklärte sie aber für unannehmbar, obwohl Asquith die Unzulänglichkeit der bisherigen Maßregeln darlegte. In Dublin Irland. brachen am 24. schwere Unruhen aus. Das Postgebäude wurde gewaltsam eingenommen, die telegraphischen Verbindungen wurden abgeschnitten. Zwölf Personen, darunter einige Soldaten, verloren das Leben. In Dregheda zogen Freiwillige bewaffnet aus, um der Regierung beizustehen. Asquith mußte

am 27. im Unterhaus zugeben, daß die Lage in Irland noch immer ernst sei. Die Rebellen hätten noch einige wichtige öffentliche Gebäude in Dublin in Besitz. Die Straßenkämpfe seien noch nicht beendigt. Anscheinend sei eine ausgedehnte Aufstandsbewegung, besonders im Westen des Landes, am Werke. Es müßten strenge Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Die in das Aufstandsgebiet entsandten Truppen seien zahlreich genug, um die Lage zu beherrschen. Über ganz Irland werde unverzüglich der Belagerungszustand verhängt werden. General Sir John Maxwell werde die nötigen Vollmachten zur Niederwerfung des Aufstandes erhalten. Die Regierung werde eine eingehende Untersuchung darüber veranstalten, welches die Gründe des Aufstandes seien und wer die Verantwortung trage. — Am 28. berichtete Feldmarschall French: „Die militärischen Unternehmungen zur Unterdrückung des Aufstandes in Dublin machen befriedigende Fortschritte. Die Aufständischen halten nur noch einige wenige Plätze besetzt, vor allem die Gegend der Sackvillestraße mit dem Postamt als ihr Hauptquartier. Die Gegend wurde durch eine Truppenlinie abgeschlossen. Die Rebellen sind hier in Barrikaden verschanzt. Von Häusern in verschiedenen Teilen der Stadt wird noch immer geschossen, hauptsächlich vom Gerichtsgebäude, das noch von Rebellen besetzt ist. Es wurde beträchtlicher Schaden durch Brände verursacht. Die hauptsächlichsten Punkte des Aufstandes im übrigen Irland sind die Grafschaften Galway und Enniscorthy. Auch aus Killarney, Cloumel und Gorey werden Unruhen gemeldet." — Am 30. war die Lage in Dublin befriedigender. Im Lande blieb noch viel zu tun, was Zeit in Anspruch nahm, aber man sah den Aufstand als zusammengebrochen an. Am 1. Mai hatten sich alle Aufständischen in Dublin ergeben. Auch in den ländlichen Gegenden trat Ruhe ein. Pearce, der Präsident der provisorischen republikanischen Regierung Irlands, unterzeichnete die formelle bedingungslose Übergabe. Alle Kommandanten aller Streitkräfte der Rebellen erhielten den Befehl, die Waffen niederzulegen. Abschriften des Übergabeprotokolls wurden im ganzen Land angeschlagen.

Amerika. Das Verhältnis Deutschlands zu Amerika wurde neuerdings sehr getrübt durch die Erörterungen über die Versenkung der „Sussex", die am 24. März im Kanal durch einen deutschen Torpedo getroffen wurde, wobei auch einige amerikanische Bürger zugrunde gingen. Es war ein unbewaffnetes Passagierschiff, der Tauchbootkommandant hatte es aber für ein Kriegsschiff angesehen. Es erfolgte eine sehr ernste amerikanische Note (20. April); sie klagte das Vorgehen der Deutschen als leichtfertig und jeder Berechtigung entbehrend an. Die Liste der also getöteten Amerikaner sei schon in die Hunderte gestiegen. Sie schloß: „Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine sehr geduldige Haltung eingenommen. Auf jeder Stufe dieser schmerzlichen Erfahrung, von Tragödie über Tragödie, war sie bestrebt, durch Berücksichtigung der außergewöhnlichen Umstände eines Krieges ohne Beispiel sich lenken und durch Gefühle echtester Freundschaft für Volk und Regierung Deutschlands leiten zu lassen ... Es ist ihr zu ihrem Schmerze klar geworden, daß der Standpunkt, den sie von Anfang an einnahm, richtig ist, nämlich, daß der Gebrauch von Unterseebooten zur Zerstörung des feindlichen Handels notwendigerweise gerade wegen des Charakters der verwendeten Schiffe unter den Angriffsmethoden, die ihre Verwendung naturgemäß mit sich bringt, gänzlich unvereinbar ist mit den Grundsätzen der Menschlichkeit,

den Rechten der Neutralen und Nichtkombattanten. Wenn es noch die Absicht der kaiserlichen Regierung ist, unbarmherzig und unterschiedslos weiter gegen Handelsschiffe mit Unterseebooten Krieg zu führen . . . so wird die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zu der Folgerung gezwungen, daß es nur einen Weg gibt, den sie gehen kann. Sofern die kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich das Aufgeben der gegenwärtigen Methoden des Tauchbootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung ganz zu lösen. Einen solchen Schritt faßt die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem größten Widerstreben ins Auge, sie fühlt sich aber verpflichtet, ihn im Namen der Menschlichkeit und der Rechte der neutralen Nationen zu unternehmen." — In einer Botschaft an den Kongreß stellte Wilson die Sache am 23. April also dar: „Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in gewisser Weise die verantwortlichen Wortführer für die Rechte der Menschheit sind und daß wir nicht stillschweigend dabei stehen dürfen, während diese Rechte allmählich und vollständig beiseitegefegt werden . . . Alle ernst denkenden Männer müssen sich in der Hoffnung vereinigen, daß die deutsche Regierung, die in anderen Fällen als Verfechterin alles dessen dastand, wofür wir jetzt im Interesse der Menschlichkeit eintreten, die Berechtigung unserer Forderungen anerkennen und ihnen in dem Geiste begegnen wird, in dem sie gestellt sind." Diese letzten Worte waren von lautem Beifall des Hauses begleitet.

Aber auch gegen England mußte Amerika Vorstellungen erheben wegen Unterbindung des neutralen Handels.

Deutsche Fliegerangriffe auf London und die englischen Küsten fanden in der Nacht auf den 1. April statt. Ein Luftschiff ging dabei verloren. Die Angriffe wurden in den folgenden Nächten fortgesetzt. Am 23. erfolgten englische Luftangriffe auf belgische Plätze. Englische Seestreitkräfte gingen am 24. gegen die Flandrische Küste vor, deutsche Kriegsschiffe und Luftfahrzeuge am 25. gegen die englische Ostküste.

Der Untergang einiger Kriegsschiffe und Tauchboote war weniger bedeutsam als die Massenzerstörung von Handelsschiffen. Auch in England sah man darin die ernsteste Seite des Krieges, zumal der Bau von Handelsschiffen seit Kriegsbeginn fast ganz aufgehört hatte.

In eine große Klemme gerieten die Engländer in Mesopotamien; der eingeschlossene General Townshend bot am 29. die Übergabe von Kut-el-Amara an mit allen Geschützen, sowie die Zahlung einer Million Pfund in Barem unter der Bedingung, daß ihm freier Abzug mit seinem Heer gewährt werde. Da ihm dies „lächerliche Angebot" abgeschlagen wurde, ergab er sich mit mehr als 13.000 Mann kriegsgefangen. Der englische Bericht lautete: „Nach ritterlichem, tapferem Widerstand von 143 Tagen, der unvergessen bleibt, war General Townshend infolge Erschöpfung der Vorräte gezwungen, sich zu ergeben." Die Freude in Konstantinopel war grenzenlos, um so größer, als es sich um die erste Kapitulation einer großen englischen Besatzung seit dem Anfang des Krieges handelte und dieser Erfolg den Türken vorbehalten blieb. — Dagegen

Kut-el-Amara.

verloren die Türken am 19. Trapezunt an die Russen. — An der ägyptischen Front wurde ein erfolgreiches Vorrücken der türkischen Streitmacht gegen den Suezkanal gemeldet.

Die Gerüchte, daß die Entente etwas gegen Holland plane, wurden als Erfindung bezeichnet. Es hieß nämlich, daß die britische Regierung der niederländischen vorgeschlagen habe, den Durchmarsch einer Armee zu gestatten.

Durch kaiserliches Patent vom 3. April wurde der Landtag von Istrien aufgelöst und eine Landesverwaltungskommission eingesetzt, da seit Jahren die Gesetzgebung der Markgrafschaft Istrien durch innere Reibung zum Stillstand gelangt war. — Eine Huldigungsabordnung des Herzogtums Salzburg stellte sich am 27. dem Kaiser vor.

Der japanische Botschafter in Washington überreichte am 21. April einen Einspruch gegen das Einwanderungsgesetz, das asiatische Einwanderer ausschloß. Das Gesetz verstoße gegen die Würde des japanischen Volkes und stelle den guten Glauben der japanischen Regierung in Frage. Dieser japanische Einspruch rief in amerikanischen Regierungskreisen eine gewisse Beunruhigung hervor. — Die Händel Mexikos mit den Vereinigten Staaten waren noch immer unbeglichen. Felix Diaz landete mit einer revolutionären Mannschaft in Südmexiko (Ver. St.). Mexiko verlangte, daß die amerikanischen Truppen aus dem mexikanischen Gebiete zurückgezogen würden und die Verfolgung Villas der Armee der mexikanischen Konstitutionalisten überlassen bleibe.

Mai.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika über den Tauchbootkrieg nahmen ihren unerquicklichen Fortgang. Eine deutsche Note (4. Mai) gab zu, daß sich der Kommandant bei der Torpedierung der „Sussex", die er für ein Kriegsschiff hielt, geirrt haben mag, bedauerte aber neuerlich, „daß die humanitären Gefühle der amerikanischen Regierung, die sich mit so großer Wärme den bedauernswerten Opfern des Tauchbootkrieges zuwenden, sich nicht mit der gleichen Wärme auf die vielen Millionen von Frauen und Kindern erstrecken, die nach der erklärten Absicht der englischen Regierung in den Hunger getrieben werden und durch ihre Hungerqualen die siegreichen Armeen der Zentralmächte zu schimpflicher Kapitulation zwingen sollen . . . Das deutsche Volk weiß, daß es in der Hand der Regierung der Vereinigten Staaten liegt, den Krieg im Sinne der Menschlichkeit und des Völkerrechtes auf die Streitkräfte der kämpfenden Staaten zu beschränken. Die amerikanische Regierung wäre dieses Erfolges sicher gewesen, wenn sie sich entschlossen hätte, ihre unbestreitbaren Rechte auf die Freiheit der Meere England gegenüber nachdrücklich geltend zu machen. So aber steht das deutsche Volk unter dem Eindrucke, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Deutschland in dessen Existenzkampf eine Beschränkung im Gebrauch der wirksamen Waffen verlangt, während sie sich gegenüber den völkerrechtswidrigen Methoden seiner Feinde mit Protesten begnügt. Auch ist dem deutschen

Seekrieg.

Freiheit der Meere.

Volke bekannt, in wie weitem Umfang unsere Feinde aus den Vereinigten Staaten mit Kriegsmitteln aller Art versehen werden. Unter diesen Umständen wird verstanden werden, daß die Anrufung des Völkerrechts und der Gefühle der Menschlichkeit im deutschen Volke nicht den vollen Widerhall finden kann, dessen ein solcher Appell hier unter andern Verhältnissen stets sicher ist. Wenn die deutsche Regierung sich trotzdem zum äußersten Zugeständnis entschließt, ist für sie entscheidend ... der Gedanke an das schwere Verhängnis, mit dem die Ausdehnung dieses Krieges die Menschheit bedroht. Das Bewußtsein der Stärke erlaubte der deutschen Regierung, zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Bereitschaft zu einem Frieden zu bekunden ... Von diesem Gedanken geleitet, teilt die deutsche Regierung mit, daß die Weisung an die Seestreitkräfte ergangen ist, Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung von Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß diese fliehen oder Widerstand leisten ... Die deutsche Regierung geht von der Erwartung aus, daß die neue Weisung jedes Hindernis für die noch während des Krieges zu bewirkende Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdrucke verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Krieg allgemein anerkannt waren und in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargelegt sind ..." Die amerikanische Antwort vom 10. Mai lehnte eine Abhängigkeit der deutschen von der englischen Streitfrage ab. Die Zugeständnisse Deutschlands, von denen man übrigens befriedigt war, müßten absolut, nicht relativ, nicht bedingungsweise aufgefaßt werden; das heißt, die Differenzen Amerikas mit England können nicht Gegenstand von Erörterungen mit Deutschland bilden.

Amerika wiederholte auch seine Vorstellungen wegen der willkürlichen und ungesetzlichen Anhaltung der Post durch England und Frankreich.

Präsident Wilson hielt am 20. Mai in Charlotte (Nordkarolina) eine Rede, in der er sagte, die Zeit sei für die Vereinigten Staaten gekommen, ihre Dienste zur Herbeiführung des Friedens zwischen den kriegführenden Ländern Europas anzubieten. Er sagte: „Amerika ist nicht aus der englischen Siedelung im Süden und aus Neuengland emporgewachsen, sondern der charakteristische Teil Amerikas hat seinen Ursprung in den mittleren Staaten Neuyork, Pennsylvania, Neu-Jersey, in denen von Anfang an jene Mischung von verschiedenen Rassen vorhanden war, die das charakteristische Kennzeichen der Vereinigten Staaten bildet. Die Männer, die herkamen, sind mit allen möglichen Arten des Blutes, der Überlieferungen und Erfahrungen, aber alle mit der gleichen Leidenschaft

Wilson.

für die Freiheit gekommen. Amerika diente als Schmelztiegel für diese mannigfaltigen Elemente, es war immer in Bildung begriffen. Während wir uns auf dem Höhepunkt dieses Prozesses befanden, kam der europäische Krieg. In ihm spielt sich dasselbe ab, was in Amerika vor sich ging: es ist der Wettbewerb nationaler Grundanschauungen, nationaler Überlieferungen, nationaler Politik und politischer Systeme. Europa verstrickte sich in den Krieg, wie wir am Frieden festhalten, um zu sehen, was aus diesen Dingen zu machen ist, wenn sie in heiße Berührung miteinander geraten. Was auf der andern Seite vor sich geht, ist ein riesiger Prozeß, durch den der Kampf der Elemente nach Gottes Ratschluß in Beiordnung und Zusammenarbeit der Elemente umgewandelt werden kann. Es ist ein interessanter Umstand, daß nun die kriegerischen Operationen stillstehen. Diese heißen Dinge, die miteinander in Berührung stehen, machen keine großen Fortschritte gegeneinander. Wenn man sie nicht überwältigen kann, muß man beratschlagen. Hier in Amerika versuchten wir ein Beispiel dafür zu geben, wie die ganze Welt auf der Grundlage der Freiheit, der Zusammenarbeit und des Friedens zusammengebracht werden kann. Mit dieser großen Erfahrung, die wir durchgemacht haben, ist Amerika ein prophetisches Muster für das Menschengeschlecht. Was wollt ihr tun mit eurer Macht? Wollt ihr sie in Gewalt umsetzen oder in Frieden und Rettung der Gesellschaft? Ich möchte gerne, daß wir das heilige Symbol der Nachgiebigkeit und des rechtlichen Urteils vor den Nationen der Welt aufrichten und so an die Stelle der Heiligen Schrift erinnern: Nach Wind, nach Erdbeben, nach Feuer kommt die sanfte, stille Stimme der Menschheit.“ In der Bibel heißt es allerdings nicht Menschheit, sondern Gott (1. Kön. 19, 11).

Wilson. Vor der Friedensliga sagte Wilson am 27. Mai in Washington: „Die Ursachen des europäischen Krieges sind gegenwärtig unwesentlich. Die großen Nationen müssen ein Abkommen erreichen über die Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen. Jedes Volk ist berechtigt, seine eigene Suveränität zu wählen, auch die kleinen Staaten haben ein gleiches Recht auf Integrität. Die Welt hat einen Anspruch darauf, von jeder Störung des Friedens befreit zu werden. Die Vereinigten Staaten sind bereit, sich jedem Bunde von Nationen anzuschließen, der sich zur Verwirklichung dieser Ziele bildet. Durch den Krieg sind Recht und Eigentum in den Vereinigten Staaten sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Je länger er dauert, um so mehr. Er sollte ein Ende nehmen. Wenn es ein Vorrecht der Vereinigten Staaten wäre, einen Vorschlag zu tun, eine Friedensbewegung unter den kriegführenden Völkern anzuregen, so würden folgende Richtlinien gelten: Eine allgemeine Vereinigung der Nationen, um die Sicherheit der Hochstraßen der See für den gemeinsamen unbehinderten Gebrauch aller Völker der Welt unverletzt aufrechtzuerhalten und zu verhindern, daß ein Krieg entweder gegen die Verträge oder ohne Warnung und ohne volle Unterwerfung seiner Ursachen unter die Meinung der Welt begonnen werde. Das ist eine

tatsächliche Bürgschaft für die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit ... Wir haben teil, ob wir wollen oder nicht, am Leben der Welt. Die Interessen aller Nationen sind auch unsere eigenen ... Es ist klar, daß dieser Krieg nur so kommen konnte, wie er gekommen ist: plötzlich und aus geheimen Beratungen heraus, ohne Mitteilung an die Welt, ohne Erörterung, ohne irgendeine jener bedachtsamen Beratungen. Es ist wahrscheinlich, daß, wenn gerade das, was sich ereignet hat, hätte vorhergesehen werden können: welche Bündnisse sich bilden würden, welche Kräfte gegeneinander aufgeboten würden, daß dann jene, die den großen Kampf heraufbeschworen haben, froh gewesen wären, an Stelle der Gewalt eine Konferenz treten zu lassen. Uns war keine Gelegenheit gewährt, uns vernehmbar zu machen; sonst wäre auch unsere Mitwirkung an der Beratung, die den Kampf hätte abwenden können, als wert der Erwägung und Beachtung betrachtet worden. Es ergibt sich daraus die Lehre, daß der Friede der Welt hinfort von einer neuen und besseren Diplomatie abhängen müsse. Der Grundsatz des Völkerrechts muß künftig den Vorrang haben vor den individuellen Interessen der einzelnen Nationen, und die Nationen der Welt müssen sich irgendwie zusammenschließen, damit dieses Recht gegen jeden selbstsüchtigen Angriff aufrechterhalten werde, daß künftig nicht Bündnis gegen Bündnis, Verständigung gegen Verständigung errichtet werde, sondern es muß ein allgemeines Einvernehmen für die gemeinsame Sache bestehen und der Kern der gemeinsamen Sache muß die unverletzbare Aufrechterhaltung der Rechte der Völker und der Menschheit sein. Die Nationen der Welt sind einander Nachbarn geworden, um sich miteinander zu verständigen in unparteiischer Gerechtigkeit. Das ist die Meinung Amerikas, die wir bei geeigneter Gelegenheit aussprechen werden. Wir müssen dem Denken der modernen Welt den Gedanken des Friedens, der Vereinbarungen nahebringen, der das Wesen Amerikas ist. Wir halten folgendes für grundlegend: 1. Daß jedes Volk das Recht habe, die Herrschaft zu wählen, unter der es leben will (wogegen wir selber aus selbstsüchtiger Leidenschaft verstoßen haben); 2. daß die kleinen Staaten das gleiche Recht der Suveränität und territorialen Unversehrtheit haben wie die großen; 3. daß die Welt das Recht hat, frei zu sein von jeder Störung ihres Friedens, die ihren Ursprung in einem Angriff und einer Mißachtung der Rechte der Völker und der Nationen hat. Die Vereinigten Staaten sind bereit, an jeder möglichen Verbindung der Nationen zu diesem Zwecke teilzunehmen. Sie wünschen nichts für sich selbst von dem, was eine andere Nation besitzt ... Gott gebe, daß der Tag einer aufrichtigen Auseinandersetzung über den Friedensschluß, der Eintracht und Zusammenarbeit nahe bevorstehe. Die Hauptsache ist eine allgemeine Verbindung der Nationen, um die Sicherheit der Hochstraßen der See für den gemeinsamen und unbehinderten Gebrauch aller Nationen unverletzt aufrechtzuerhalten, und zu verhindern, daß ein Krieg beginnt gegen die Verträge oder ohne Warnung, und daß seine Gründe der öffentlichen Meinung der Welt zur Beurteilung vorgelegt werden." Dies ist alles sehr schön und bedeutsam, es kehrt sich zumeist gegen die englische Seeherrschaft und das englische Seebeuterecht. Im übrigen aber beruht Wilsons Theorie zu sehr auf mechanistischen, zuwenig auf organischen Vorstellungen vom Leben der Staaten. — Der Marineausschuß des Repräsentantenhauses nahm am 20. eine Resolution Hensleys an, die den Präsidenten

ermächtigte, zum Abschluß oder nach dem Abschluß des europäischen Krieges die Staaten des Erdballs zu einer Konferenz einzuladen, um einen Schiedsgerichtshof oder eine andere Körperschaft zur Beilegung aller Streitigkeiten unter den Nationen zu bilden. Man bewilligte zu diesem Zweck zweihunderttausend Dollar.

Bethmann. Amerikanischen Journalisten gegenüber polemisierten Grey und Bethmann Hollweg miteinander. Der deutsche Reichskanzler sagte am 22. Mai: „Mit retrospektiven Bemerkungen über den Ausbruch des Krieges kommen wir nicht vorwärts. Grey will einen dauernden Frieden, den will auch ich. Aber dem kommen wir nicht näher, solange man sich über preußische Tyrannei, preußischen Militarismus in pathetischen Deklamationen und über die eigene Überlegenheit und Vollkommenheit ergeht oder Deutschland mit einer Veränderung seiner politischen Zustände beglücken will. Darauf kann ich dem englischen Minister, dem die irischen Zustände doch Zurückhaltung auferlegen sollten, nur erwidern, daß Deutschland Homerule hat, über die es selbständig verfügt. Und hat denn die demokratische Verfassung Englands die englischen Staatsmänner am Abschluß geheimer Abmachungen mit Rußland und Frankreich gehindert, die eine wesentliche Ursache des Krieges sind? Durch allgemeine Polemiken wird der Haß unter den Völkern nur immer mehr geschürt. Das ist nicht der Weg, der zum Idealzustand Greys führt, in dem freie und gleichberechtigte Völker ihre Rüstungen einschränken und ihre Zwistigkeiten durch Schiedsspruch lösen. Ich habe zweimal öffentlich festgestellt, daß Deutschland bereit war und ist, die Beendigung des Krieges auf einer Grundlage zu erörtern, die eine Gewähr gegen künftige Angriffe durch eine Koalition seiner Feinde bietet und Europa den Frieden sichert. Poincarés Antwort darauf haben Sie gehört." — Daraufhin meinten Posonby und Ramsay Macdonald am 24. im englischen Unterhaus, daß in den Worten Bethmann Hollwegs nichts mit den Erklärungen Greys im Widerstreit stände und daß keine unübersteigbare Schranke die Friedensverhandlungen verhindere. Aus der Antwort Greys ging hervor, daß hauptsächlich das Übereinkommen der Alliierten über gemeinsame Friedensbedingungen einen Friedensschluß erschwere. Er betrachtete es als die „Hauptaufgabe, die Solidarität der Alliierten angesichts des Feindes aufrechtzuerhalten und die notwendigen kriegerischen Maßregeln im vollsten Maße zu unterstützen, die von den Alliierten gemeinsam unternommen werden, um diesen Krieg zu einem Punkt zu bringen, der noch nicht erreicht ist". Also krampfhafter Krieg!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlichte am 26. Mai Aktenstücke über die bosnische Krisis 1909, aus denen hervorging, daß damals die englische Diplomatie, auch Grey, Rußlands Nachgiebigkeit gegen Österreich tadelte.

Kein Friede. Poincaré lehnte auch in einer Ansprache vom 15. Mai jede Friedenserörterung brutal ab; er erklärte: „Wir wollen nicht, daß unsere Feinde uns den Frieden anbieten. Wir wollen, daß sie uns darum bitten, wir wollen ihnen unsere Bedingungen diktieren. Bis dahin werden wir nicht aufhören zu kämpfen." — Und Briand sagte am 23. Mai zu den russischen Parlamentariern, die Paris besuchten: „Das Wort Frieden ist eine Lästerung, wenn es bezeichnet, daß der Angreifer nicht bestraft

werden soll und daß Europa morgen Gefahr läuft, aufs neue der Willkür einer Militärkaste unterworfen zu werden, die vor Hochmut und Herrschsucht trunken ist. Deutschland, das sich vor den Augen der Welt mehr und mehr erniedrigt, lebt in Furcht, Angst und Gewissensbissen."

Der deutsche Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, trat am 12. Mai zurück. Dr. Helfferich wurde an seine Stelle ernannt und mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut. — Der extreme Sozialdemokrat Dr. Liebknecht wurde am 1. Mai wegen Versuches zur Abhaltung einer Maifeier und zu einer Demonstration gegen die Regierung verhaftet. Er hatte in einem Flugblatt für den Krieg eine Reihe von einheimischen Ständen und Erwerbszweigen, sowie die Herrschsucht der Regierung verantwortlich gemacht. Diese Dinge wurden am 11. Mai im Reichstag verhandelt. — Helfferich erklärte am 24. Mai, die finanzielle Kriegführung bewege sich in gesicherten Bahnen, neunzig Prozent der bisherigen Kriegsausgaben seien in langfristigen Anleihen konsolidiert, während in England mehr als die Hälfte, in Frankreich über zwei Drittel der Kriegsausgaben ungesichert auf kurzfristigen Krediten stehen. Der Sozialdemokrat Noske verlangte am 30. die Aufhebung der Zensur, damit man auf eine dauernde Verständigung der Völker hinweisen dürfe. — Der Nationalliberale Stresemann lehnte Wilson als Friedensvermittler ab. „Amerika erhob stets seine Hand gegen uns, wenn wir uns gegen den erbärmlichen Aushungerungskrieg wandten. Eine Vermittlung von einem wirklich neutralen Staat, wie der Schweiz, würden wir gerne annehmen." — Helfferich bedauerte die Friedensreden der Sozialdemokraten. Solche Äußerungen erschweren das Durchhalten und erregen den Übermut der Gegner. Liebknecht.

Sozialdemokratische Abgeordnete meinten über Liebknecht, auf das deutsche Volk mache eine so hysterische Agitation keinen Eindruck und niemand von der Partei wolle etwas damit zu tun haben. Liebknecht stehe im Dienste seiner Ideen, ohne aber Herr über sie zu sein; er überschätze sich bis zur Lächerlichkeit. Einen solchen Mann solle man nicht zum Märtyrer machen.

Reichskanzler Bethmann Hollweg besuchte Ende Mai die Höfe von München, Stuttgart und Karlsruhe. — Bulgarische Parlamentarier besuchten anfangs Mai Budapest, Wien und Berlin. Dabei wurde viel über das Balkanproblem und die Stellung Bulgariens dazu gesprochen. — Türkische Abgeordnete trafen am 22. in Berlin ein und wurden vom Kanzler und vom Kaiser empfangen.

An der Front gegen Rußland ereignete sich nichts Wesentliches. Ebensowenig an der Balkanfront. — Der serbische Ministerpräsident Pasic kam zu Besprechungen nach Petersburg. — Prinz Mirko von Montenegro weilte wegen einer schweren Erkrankung zur Pflege in Wien. Sein Vater sprach darüber in einem Brief an den montenegrinischen Ministerpräsidenten seine Mißbilligung aus, da diese Reise übel ausgelegt werden könne; er verdamme jedes etwaige Vorgehen, welches dahin zielen würde, Montenegro den Feinden gegenüber zu verpflichten. Übrigens bekleide Prinz Mirko keinen offiziellen Rang. Mirko.

Die griechische Regierung erteilte der Durchfuhr von serbischen Truppen ihre Zustimmung nicht, da sie Einschleppung von Seuchen befürchtete. Der Hauptgrund war Rücksicht gegen Deutschland. Die Alliierten waren entschlossen,

Griechenland zu zwingen; schließlich wurde die Frage aber doch so geregelt, daß die Serben auf dem Seeweg transportiert wurden.

Im Krieg mit Italien ist außer neuen Kämpfen am Isonzo und an der Kärntner Grenze das erfolgreiche Vordringen der Österreicher in Südtirol zu melden. Diese starke Offensive begann Mitte Mai und
Asiago. gipfelte am 31. mit der Kunde von der Eroberung von Asiago und Arsiero. Daneben fanden zahlreiche Luftangriffe statt. Zum Jahrestag der italienischen Kriegserklärung erließ Feldmarschall Erzherzog Friedrich am 22. Mai folgenden Befehl: „Heute vor einem Jahre hat Italien seinen lang geplanten und sorgfältig vorbereiteten Verrat an der Monarchie durch die Kriegserklärung gekrönt. Den Kräften unserer Verteidigung achtfach überlegen, stand damals das feindliche Heer drohend an unserer Grenze. Mit vermessener Ruhmredigkeit versprachen die führenden Männer drüben dem betörten Volk einen leichten und sicheren Sieg; in raschem Ansturm sollten die italienischen Waffen über die ‚unerlösten' Gebiete hinaus bis in das Herz unseres Vaterlandes getragen werden und mit dessen Zertrümmerung den Weltkrieg entscheiden. Die furchtlosen Verteidiger aber geboten dem verhaßten Gegner überall Halt. Unser Siegeslauf im Norden ward durch den heimtückischen Rückenangriff nicht gehemmt. Allmählich vermochte ich dann unsern schwachen Grenzschutz durch freigewordene
Isonzo. Truppen zu stützen. Vier Schlachten am Isonzo, zahllose Gefechte an der ganzen Front vom Stilfserjoch bis zum Meer haben mein Vertrauen in die Kraft unserer Abwehr glänzend gerechtfertigt. Während dieser Zeit wurde Galizien vom Feinde befreit, ein weites, feindliches Gebiet in Besitz genommen, Serbien niedergeworfen, Montenegro und Albanien erobert. Fast ein Jahr mußten wir uns gedulden, ehe die Stunde des Angriffes, der Vergeltung schlug. Endlich ist diese Stunde gekommen. Schon unser erster Ansturm brach eine gewaltige Bresche in die feindliche Front. Viel ist getan, mehr noch bleibt zu tun übrig. Soldaten! Vergesset nicht, daß Italien an der Verlängerung dieses Krieges schuldig ist; vergesset nicht die Blutopfer, die er gekostet hat. Befreit eure Heimat von den Eindringlingen; schaffet der Monarchie auch im Südwesten die Grenze, deren sie für ihre künftige Sicherheit bedarf." Der Oberbefehlshaber im Südwesten war Erzherzog Eugen. — Italienische Stimmen feierten den Jahrestag der Kriegserklärung in verlegener Weise.

An der französischen Front hielten die furchtbaren Kämpfe gegen
Verdun. Verdun an, ohne aber dem deutschen Angriff entscheidende Erfolge zu bringen. So viel vergebens vergossenes Blut, so viel todesmutiger Heldensinn ohne greifbaren Lohn!

England. In England wurde die Frage der Wehrpflicht immer dringender. Asquith verwies am 2. Mai im Unterhaus darauf, daß die gesamte Wehr-

macht des Reiches zu Wasser und zu Lande seit Kriegsbeginn fünf Millionen Mann überschritten habe und daß die Aufrechthaltung der Seeherrschaft durch Flotte und Handelsmarine und die Finanzierung der Alliierten der britischen Rekrutierung Grenzen setze, die für die andern Kriegführenden nicht vorhanden seien. Man werde eine Anzahl von Männern aus der Industrie herausnehmen, soweit das möglich sei. Sir Alfred Mond meinte, angesichts von Irland, Kut-el-Amara und Gallipoli sei es unmöglich, Vertrauen zur Regierung zu haben. Thomas (Arbeiterpartei) sagte, die Arbeiter hätten eine Abneigung gegen die allgemeine Dienstpflicht. Da in diesem Krieg zwanzig Millionen kämpfen, würden 200.000 Mann eine Entscheidung kaum herbeiführen. Dennoch wurde das neue Wehrpflichtgesetz angenommen, da Kriegsminister Kitchener sagte, es ermögliche, den Rekrutenzufluß besser zu regeln. Das Gesetz setze England in den Stand, die Kopfzahl des Heeres in der bisherigen Weise aufrechtzuerhalten. So wurden denn am 25. Mai alle diensttauglichen Männer zwischen 18 und 45 Jahren unter die Fahnen gerufen. — Ein neuer Kriegskredit wurde besonders durch die Anleihen der Verbündeten und der Dominions begründet; ohne diese finanziellen Unterstützungen könnte der Krieg nicht fortgesetzt werden.

In Irland wurden 14 Rebellen hingerichtet, 2 zum Tode verurteilt, aber am Leben gelassen, 73 wurden zu Zuchthausstrafen, 6 zu Gefängnisstrafen mit Zwangsarbeit verurteilt, 1706 wurden deportiert, und zwar ohne Gerichtsverfahren, weil dazu keine Zeit war. Der Nationalist Dillon tadelte diese Härte, weil sie auch die loyale Bevölkerung wild mache. Die Haussuchungen und Verhaftungen in Limerick und Clare trieben das bisher ruhige Volk in eine illoyale Gesinnung hinein. Es sei ein Wahnsinn, Irland unter der Militärherrschaft zu lassen. Ein Strom von Blut werde zwischen den beiden Rassen ausgegossen, die nach dreihundertjährigem Kampfe der Versöhnung so nahegebracht waren. Kein Ire wird nunmehr in die Armee freiwillig eintreten. Das Oberhaus nahm am 11. Mai eine Resolution an, worin es seine tiefe Mißbilligung über die Verwaltung Irlands in Verbindung mit den jüngsten Unruhen aussprach. — In den meisten katholischen Kirchen von ganz Amerika wurden am 14. Mai Requiems oder Gebete für die hingerichteten Führer des irischen Aufstandes abgehalten. Monsignore Mac Quierk von der St.-Pauls-Kirche in Neuyork forderte die Gemeinde auf, Gott zu bitten, England zu demütigen. Er bezeichnete die Hinrichtung der irischen Führer als eine Tat des Wahnsinns, aber: wen Gott verderben will, den schlägt er mit Torheit. Es wurden etwa hundertzwanzig Versammlungen in verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten, auch in Washington, abgehalten, um der Sympathie mit der Erhebung Irlands und dem Abscheu über Englands tyrannische Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes Ausdruck zu verleihen. Überall verglichen die Redner den irischen Aufstand mit der amerikanischen Revolution und hoben hervor, daß die barbarische Hinrichtung der fünfzehn irischen Führer das Schicksal Washingtons und

Irland.

der anderen amerikanischen Helden der Revolution gewesen wäre, wenn diese keinen Erfolg gehabt hätte.

Die österreichische Regierung protestierte gegen die Torpedierung des Spitalschiffes „Elektra" durch ein italienisch-französisches Tauchboot. — Bei dem Angriff eines deutschen Luftschiffgeschwaders auf die englische Ostküste (Hartlepool, Firth of Forth) ging ein Luftschiff verloren. — Die Engländer setzten einen Luftrat ein unter dem Vorsitz des Lord Curzon.

Der japanische Baron Kato verteidigte das Bündnis mit England und meinte, auch ein Bündnis mit Rußland oder doch ein politisches Abkommen wäre von Vorteil als Ergänzung des andern Bündnisses.

Afrika. In Afrika wurde an der Ostgrenze des Kongo, bei Ruanda, am Nyassasee und Tanganjikasee, bei Neu-Langenburg (Ostafrika) gekämpft. — Frankreich, England und Rußland garantierten durch eine Note vom 1. Mai die Integrität des belgischen Kongo. Italien und Japan nahmen davon Akt. Frankreich hatte auf Grund der Verträge von 1884, 1895 und 1908 ein Vorkaufsrecht. — Staatssekretär Dr. Solf hielt in einem Vortrag in der Deutschen Kolonialgesellschaft am 17. Mai die deutsche Kolonialpolitik aufrecht, dazu biete für die Zukunft der kontinentale Wirtschaftsbund Berlin-Bagdad eine wertvolle Ergänzung. Der Krieg hat gezeigt, daß zur Verteidigung des Kolonialbesitzes die Beherrschung des Meeres keine absolut notwendige Voraussetzung ist.

Die Türkei hatte einen neuen Erfolg an der Aden-Front zu melden. Sonst wurde an der Kaukasus-Front gekämpft.

Spanien legte Wert darauf, mit allen Kriegführenden die gleichen freundschaftlichen Beziehungen zu unterhalten. Man fürchtete, daß nach dem Kriege eine Auswanderung von Kapital und Arbeitskräften nach den anderen Ländern erfolgen werde, wo es sich um die gewaltige Aufgabe des materiellen Wiederaufbaues handeln würde.

Schweden. Schweden war beunruhigt und erbittert durch die russische Befestigung der Alandsinseln, wodurch Schweden gänzlich geknebelt werde. Nach dem Vertrag von 1856 zwischen Rußland, England und Frankreich war allerdings die Befestigung der Alandsinseln durch Rußland verboten; aber Schweden hatte eigentlich kein Recht des Einspruchs, sondern nur eine der vertragschließenden Großmächte. Diesen gab Rußland annehmbare Erklärungen, daß alle Verteidigungsmaßregeln auf den Alandsinseln nur für die Bedürfnisse des gegenwärtigen Krieges getroffen worden seien: damit beruhigte sich auch Schweden.

Görgey. In Pest starb Artur v. Görgey im achtundneunzigsten Lebensjahr, der Kommandant der ungarischen Revolutionstruppen des Jahres 1849 und Diktator, unseligen Angedenkens durch die Waffenstreckung bei Vilagos, die er aus Rankün e gegen Österreich dem Zaren anbot; was verhängnisvoll wurde für das Verhältnis Österreichs zu Ungarn.

Juni.

Schweiz. Die Friedensfrage wurde im Schweizer Bundesrat zu Bern am 15. Juni von Scherrer-Füllemann erhoben; er empfand es als einen Fehler, daß der Bundesrat es bisher unterlassen habe, den Kriegführenden

seine guten Dienste für eine Friedensvermittlung anzubieten. Die nordischen Staaten hätten in dieser Richtung mehr getan als die Schweiz. „Nach dem Haager Übereinkommen ist es ein formelles Recht der Neutralen, ihre Dienste anzubieten. Die Kriegführenden haben ohne Ausnahme einen ehrenhaften Frieden für ihre Tapferkeit verdient. Wenn alle Neutralen zusammentreten, um ihre guten Dienste anzubieten, haben die Kriegführenden die Garantie, daß die Kriegslage und deren Konsequenzen nicht einseitig und parteiisch beurteilt würden. Diesem gemeinsamen Vermittlungsakt müßte sich auch der Papst anschließen, dessen Einfluß auf die katholischen Staaten nicht gering ist." — Bundesrat Hoffmann antwortete als Chef des politischen Departements: „Allerdings haben die Neutralen dies Recht der Vermittlung auf Grund des Artikels 30 des Haager Abkommens von 1899. Die Ausübung des Rechts kann auch nicht als unfreundliches Vorgehen betrachtet werden. Im gegenwärtigen Augenblick besteht aber doch die Gefahr, daß dies von einer Seite der Kriegführenden der Fall wäre. Es ist daher die größte Vorsicht geboten. Wir Neutralen erachten allerdings ein gewisses Gleichgewicht zwischen den großen Staaten als für uns am vorteilhaftesten. Aber es kann nicht unsere Sache sein, den Kriegführenden zu sagen, welches ihre eigenen Interessen sind ... Zur Frage der Einberufung einer allgemeinen Staatenkonferenz behufs Beratung einer internationalen Rechtsordnung zur Erledigung aller völkerrechtlichen Streitfragen bemerke ich: Der Bundesrat ist sich immer klar gewesen, daß es die erste Pflicht einer neutralen Regierung sein wird, am Wiederaufbau des zertrümmerten Völkerrechts zu arbeiten. Hoffentlich ist der Zeitpunkt nicht mehr fern ..."

Sasonow erklärte einem amerikanischen Berichterstatter: Da die Russen nun dem Siege entgegengehen, ist es für sie zu früh, über den Frieden in Erörterungen einzutreten. Wir verlangen das Verschwinden des preußischen Militarismus. — Auch Artur Henderson (Arbeiterpartei), der Präsident des englischen Unterrichtsamtes, erklärte, man müsse vor einem unzeitigen Friedensgerede auf der Hut sein. Das Land will keinen übereilten Frieden, keinen erniedrigenden und ruhmlosen Vergleich.

Anders äußerte sich Bethmann Hollweg im Reichstag am 5. Juni über die Friedensfrage: „Vor einem halben Jahre, am 9. Dezember, habe ich hier auf Grund unserer militärischen Lage von unserer Friedensbereitschaft gesprochen. Ich habe das nicht zu bedauern, auch wenn unser Angebot bei den Feinden keinen Erfolg gehabt hat. In der kritischen Zeit des Juli 1914 war es die Aufgabe jedes vor Gott, seinem Lande und seinem Gewissen verantwortlichen Staatsmannes, nichts unversucht zu lassen, was in Ehren den Frieden bewahren konnte. Ebenso wollten wir nach erfolgreicher Abwehr unserer Feinde nichts versäumen, was geeignet wäre, die großen Erschütterungen Europas in einem solchen Brand abzukürzen ... Wir haben das unsrige getan, um den Frieden anzubahnen. Die Feinde haben uns mit Hohn und Spott abgewiesen. Damit wird jedes weitere Bethmann.

Friedensgespräch zurzeit nichtig und von Übel.“ Der Kanzler verteidigte sich dann gegen einige kriegshetzerische Broschüren, die ihn beschuldigten, er stütze sich nur auf die Sozialdemokratie und einige pazifistisch angehauchte Versöhnungspolitiker. Diese „Flucht in die Öffentlichkeit“ wurde viel beachtet. Der Sozialdemokrat Gradnauer sagte darüber: „Hinter diesen Schmähschriften stehen einflußreiche, mächtige Kreise, die zwar an Zahl, aber nicht an Geld, Macht und Stellung gering sind. Zu den Anklagen, daß der Kanzler den Frieden, solange es irgend anging, zu erhalten bestrebt war, kann er sich eigentlich nur Glück wünschen. Die Sozialdemokraten bekämpfen eine Kriegspolitik, die auf phantastische Grenzerweiterungen ausgeht und die den Krieg nur verlängern würde. Die Leute, die am Untergang des Kanzlers arbeiten, sollen nicht glauben, daß das deutsche Volk hinter ihnen stehe. Die Sozialdemokraten begrüßen das Versprechen des Kanzlers, daß der Unterschied zwischen den nationalen und den angeblich nicht nationalen Parteien endgültig zum alten Eisen geworfen sei.“ — Bethmann Hollweg ging am 6. Juni infolge einer abfälligen Bemerkung des konservativen Grafen Westarp auf die Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson ein. Er habe davon nur in der Zeitung gelesen und lese auch heute noch, daß die englische Presse sich mit Entschiedenheit gegen eine solche Friedensvermittlung Wilsons erklärt. „Offiziell ist an mich auch nicht ein Wort herangetreten, daß Präsident Wilson den Frieden zu vermitteln beabsichtige. Insofern ist diese ganze Frage nicht aktuell.“ Bethmann sprach auch die Hoffnung aus, daß nach dem Krieg der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den anderen Parteien geschwunden sein werde. Allerdings sollten auch die Sozialdemokraten einige ihrer alten Dogmen, so das republikanische, zum Plunder werfen. „Seien Sie dankbar, daß wir eine Monarchie haben, wie wir sie haben! Sehnen Sie sich doch nicht nach einem Zustand wie etwa im republikanischen Frankreich. Brauchen Sie auch nicht solche Worte: es sei die Schwerindustrie, die den Krieg fortsetzen will, weil sie Geld daraus macht. Wir sind unserer Industrie Dank dafür schuldig, daß sie sich den Bedürfnissen des Krieges angepaßt hat.“ — Der Sozialdemokrat Landberg betonte, daß jeder Friedensvermittler willkommen sein solle. „Leider scheint die Friedensfrage zurzeit auf einem toten Punkt angelangt zu sein. Wir wissen, daß es ausschließlich von den Gegnern abhängt, wann die Friedensverhandlungen beginnen sollen. Kein deutscher Staatsmann wird zur Vorbedingung machen, daß die Gegner sich besiegt erklären. Wir lehnen es ab, deutsches Blut und fremdes Land in eine Gleichung zu nehmen. Dafür, daß Deutschland gesichert ist und sich wirtschaftlich frei entwickeln kann, setzen wir uns ein, nicht dafür, daß es auf einer unübersehbaren Reihe von Schlachtfeldern siegt, um auf dem letzten selbst zusammenzubrechen. Jenes Ziel, für das wir uns einsetzen, ist nicht erreicht, deshalb bewilligen wir die geforderten Kredite.“ — Anders Haase von der sozialistischen Minorität: „Wir bleiben unversöhnliche Gegner des Imperialismus. Auf den Schlachtfeldern verblutet die blühende Volkskraft. Die armen und mittleren Volksschichten leiden unsäglich. Die breiten Massen des Volkes sehnen den Frieden herbei, der Kulturarbeit an die Stelle grauenvoller Vernichtung setzt. Die Arbeiter wollen die internationalen Beziehungen immer enger knüpfen, um in Zukunft alle solche Verwicklungen verhindern zu können.“ — Helfferich entgegnete, Haases Haltung bedeute eine Förderung der imperialistischen Politik Englands. Er

wies auch auf die schlechte Ernte des letzten Jahres hin. — Liebknecht wurde wegen versuchten Kriegsverrates am 28. Juni auf zweieinhalb Jahre Zuchthaus und Entferung aus dem Heere verurteilt.

Über die englische Politik während der bosnischen Krisis 1909 erfolgten gravierende Feststellungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" 4. Juni. Über die kriegshetzerische Haltung Englands vor Kriegsausbruch berichtete im ungarischen Abgeordnetenhaus auf Wunsch Burians Graf Tisza am 14. Juni. Burian. Er las eine Erklärung Burians vor. Darin hieß es unter anderem: „Das Verbrechen von Sarajewo war nicht zufällig. Auch die serbische Politik war nicht eigene Tat des kleinen Königreiches. Dies war Werkzeug der russischen Politik. Über die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges sind die Akten für uns geschlossen, wir können aber nicht beanspruchen, daß unsere Gegner reumütig ihre von langer Hand vorbereitete Angriffsabsicht eingestehen. Schon im November 1908, in der Angelegenheit Casablanca, fanden wir England an seiner Aufhetzungsarbeit; es wollte Frankreich in den Krieg hetzen, jetzt sei die Zeit der Revanche gekommen. Daß England wegen Bosniens einen Krieg wollte, bewies der deutsche Reichskanzler mit Dokumenten; Grey nannte das aber mit einem unter ritterlichen Feinden ungewohnten Ausdruck eine Lüge ersten Ranges. Eine Konferenz war 1909 möglich und gedeihlich als angenehmer Gedankenaustausch. Nach der offenen Herausforderung Ende Juli hätte England, wenn es den Frieden Europas wirklich retten wollte, Rußland nicht unterstützen dürfen und seine Neutralität erklären müssen. Wichtiger und praktischer ist die Frage, wer für die weitere Fortsetzung des Krieges verantwortlich ist. Wenn Grey findet, daß die Entente nicht besiegt sei, so können doch die Zentralmächte in vollster Bescheidenheit darauf verweisen, daß sie es noch viel weniger sind. Die Notwendigkeit der Selbstverteidigung drängte uns in den Krieg. Dies wollen wir auch nach unsern Siegen nicht außer acht lassen. Unser Kriegsziel ist, unsere Sicherheit zu bewahren gegen solche tückische Angriffe. Unsere Feinde erwarten eine Wendung des Kriegsglücks von einer großen, gemeinsamen Anstrengung sowie von unserer Ermüdung. Sie können mit der Fortsetzung des Kampfes noch mehr Elend auf die Menschheit heraufbeschwören. Die Friedensliebe der Monarchie steht über allem Zweifel erhaben."

Die Zuversicht der Mittelmächte wurde mächtig gesteigert durch die am 1. Juni verkündete Nachricht von einer erfolgreichen Seeschlacht vor dem Skagerrak zwischen den deutschen und den britischen Hochseestreitkräften. Skagerrak. Die deutsche Hochseeflotte stieß bei einer nach Norden gerichteten Unternehmung am 31. Mai auf den erheblich überlegenen Hauptteil der englischen Kampfflotte. Es entwickelte sich am Nachmittag zwischen Skagerrak und Horns Riff eine Reihe schwerer Kämpfe, die auch während der ganzen folgenden Nacht andauerten. In diesen Kämpfen wurden ein englisches Großkampfschiff, zwei Schlachtkreuzer, zwei Panzerkreuzer, ein kleiner Kreuzer, drei neue Zerstörerführerschiffe sowie eine große Anzahl von Torpedobootzerstörern und ein Unterseeboot vernichtet. Eine große Reihe englischer Schlachtschiffe erlitt durch die Artillerie deutscher Schiffe und durch Angriffe der Torpedobootflottillen schwere Beschädigungen. Auf

deutscher Seite wurden auch mehrere Schiffe versenkt. Befehlshaber der deutschen Flotte war Vizeadmiral Scheer. Trotz der für die Luftaufklärung ungünstigen Witterungsverhältnisse während der beiden Kampftage trugen die Marineluftschiffe und Flieger durch Aufklärung und Meldetätigkeit wesentlich zum Erfolge bei. Im Reichstag sagte der Präsident Dr. Kaempf: „Die Verluste der Feinde sind um das Vielfache größer als die unsrigen. Vor allem zeigte es sich, daß unsere Flotte imstand ist, auch überlegenen englischen Seestreitkräften die Spitze zu bieten und einen Sieg zu erfechten.“ Auf gegnerischer Seite stand die gesamte englische Schlachtflotte von mindestens vierunddreißig modernen, großen Kampfschiffen. Auch die englische Admiralität gab die Schwere der Verluste zu. Der deutschen Schlachtflotte sei das unsichtige Wetter zu Hilfe gekommen. Im übrigen suchte der englische Bericht die Schlacht in ihrer Bedeutung herabzusetzen und nur als Vorpostengefecht zu bezeichnen. Aber man schätzte den englischen Verlust an Menschenleben auf über siebentausend. Natürlich schrieb sich die englische Flotte und deren Führer Jellicoe auch den Sieg zu; er habe den Feind nach sehr kurzem Kampf in den Hafen getrieben und das Schlachtfeld behauptet. Umgekehrt wiesen die Deutschen darauf hin, daß sich nach englischen Berichten die britische Flotte noch am 1. Juni in den über dreihundert Meilen vom Kampfplatz entfernten Stützpunkt Scapa Flow (Orkneyinseln) zurückgezogen habe, also gar keine Lust hatte, die Deutschen zu verfolgen. „So trafen denn auch unsere nach der Schlacht zum Nachtangriff nach Norden über den Schauplatz der Tagesschlacht hinaus entsandten zahlreichen deutschen Torpedobootflottillen vom englischen Gros trotz eifrigen Suchens nichts mehr, vielmehr hatten unsere Torpedoboote hiebei Gelegenheit, eine große Anzahl Engländer von den verschiedenen gesunkenen Schiffen zu retten . . . Die Hochseeschlacht vor dem Skagerrak war und bleibt ein deutscher Sieg, wie sich schon aus der Tatsache ergibt, daß selbst bei Zugrundelegung der nur von amtlicher englischer Stelle bisher zugegebenen Schiffsverluste einem Gesamtverlust von 60.720 deutschen Tonnen ein solcher von 117.750 englischen gegenübersteht.“ Der eingestandene Mannschaftsverlust der Engländer betrug 6104, der Deutschen 2414. Es wurden während der Schlacht 177 englische Gefangene gemacht, aber anscheinend keine deutschen.

Wilhelm. Kaiser Wilhelm sagte in einer Ansprache zu Wilhelmshaven am 6. Juni: „Endlich kam der Tag. Die englische Flotte wurde geschlagen. Der erste gewaltige Hammerschlag ist getan, der Nimbus der englischen Weltherrschaft ist geschwunden. Ein neues Kapitel der Weltgeschichte ist aufgeschlagen worden. Dem Feind wird der Schreck in die Glieder fahren.“ — Churchill suchte dagegen die Überlegenheit der englischen Flotte in jeder Weise festzuhalten. Das Gefecht sei ein definitiver Schritt zur Erreichung eines vollständigen Sieges. Dazu bemerkte das Wolffsche Büro: „Nach Churchill

ist also der überzeugendste Beweis der Überlegenheit eine Niederlage." Auch König Georg beglückwünschte seine Flotte.

An der italienischen Front machte die österreichische Offensive im Gebiet von Asiago und Arsiero und dem der Sieben Gemeinden zu Beginn des Monats noch gute Fortschritte und man rechnete bereits damit, in die Ebene vorzustoßen und die ganze italienische Armee, die am Isonzo stand, abzuschneiden. Aber dieser Plan scheiterte schließlich an der verzweifelten Gegenwehr der Italiener, die einsahen, daß alles davon abhänge, ob es ihnen gelänge, hier standzuhalten. Der österreichische Angriff erschöpfte sich denn auch in der zweiten Hälfte des Monats und am 26. mußte eine Rücknahme der Front zwischen Brenta und Etsch gemeldet werden. Damit war der so aussichtsreiche Vorstoß derzeit aufgegeben. Auch sonst ruhten die Kämpfe auf keinem Punkte der weitausgedehnten Südwestgrenze Österreichs. — Italien hatte durch den Sturz Salandras eine Kabinettskrise durchzumachen. Salandra erhielt am 10. Juni ein Mißtrauensvotum infolge seiner Darlegungen über die internationale und militärische Lage. Er meinte wohl: „Die gewaltige Offensive des Feindes gegen unsere Front, die einen so großen Teil unserer Kräfte bindet, hat den siegreichen Ansturm unseres mächtigen russischen Verbündeten gegen den gemeinsamen Feind erlaubt, und wir können hoffen, daß der Feind diesmal nicht seine privilegierte Zentralstellung wird rasch auszunützen vermögen. So beweisen die Ereignisse die oberste und fortdauernde Notwendigkeit der sich immer mehr vervollkommnenden Solidarität. Auf der einberufenen Konferenz in Paris wird die italienische Regierung vom Finanzminister vertreten sein." Im weiteren gab er die Fehler zu, die bei der Abwehr der fatalen Offensive gemacht wurden. Der Sozialist Grazidei meinte, die Regierung verdiene kein Vertrauen, weil sie den Krieg unter den schwersten Irrtümern politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art begonnen und geführt habe. Auch der Beitritt zum Londoner Abkommen war unvorteilhaft. Der Republikaner Pirolini sagte, die Regierung, aber nicht das italienische Volk dürfe besiegt werden. Der Radikale Alessio legte dar, das Ministerium habe schlecht gewirtschaftet, wenn es heute die neue russische Offensive als Koeffizienten der italienischen Sicherheit hinstellen müsse. — Im neuen Ministerium Boselli behielten Orlando, Sonnino und andere ihre Ämter (18. Juni). Boselli entwickelte am 28. Juni sein Programm: „Die Erweiterung des Kabinetts verwirklicht die Teilnahme aller Strömungen und Parteien am Regierungswerk. Dadurch wird die Wirksamkeit der italienischen Tatkraft aufs äußerste gesteigert. Übrigens haben beide Kammern mit Begeisterung den Krieg beschlossen; an ihnen ist es nun auch, das begonnene Werk zum guten Ende zu führen."

Asiago.

Wie bereits erwähnt, erleichterte eine neue russische Offensive den Widerstand der Italiener und hemmte den österreichischen Vorstoß bei Asiago. Zu Beginn des Monats leiteten Artillerievorbereitungen an der ganzen Front zwischen dem Pruth und dem Styrknie bei Kolki eine neue große Schlacht ein. Die Kämpfe dauerten an der dreihundertfünfzig Kilometer langen Front fort und zwangen die Österreicher zum Rückzug im Raum von Luck. Der Feind hatte am 9. das linke Styrufer

Russen.

gewonnen. Er überschritt in der Bukowina den Sereth und drang am 18. wieder in Czernowitz ein. Kolomea fiel am 30. in die Hände der Russen. Es war ein empfindlicher Rückschlag, besonders deshalb, weil er die italienische Offensive hemmte.

Unverändert blieb die Lage auf dem Balkankriegsschauplatz.

Griechen. Der Vierverband wurde ungeduldig über die Haltung Griechenlands und verhängte am 6. Juni die Blockade über die griechischen Küsten. Die Franzosen besetzten die Insel Thasos. Obwohl der König die allgemeine Demobilisierung von Heer und Flotte anordnete, setzten doch die drei „Schutzmächte" Griechenlands, Frankreich, England und Rußland, in einer Note vom 21. Juni auseinander, daß sie gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett Skuludis ernste Verdachtsgründe hätten angesichts seiner Duldung der deutschen Propaganda in Griechenland und seiner Haltung gelegentlich des Eindringens der Bulgaren in griechisches Gebiet. Auch wurde die griechische Verfassung in den letzten Zeiten nicht immer treulich geachtet, vor allem anläßlich der letzten allgemeinen Wahlen, die trotz der Mobilmachung zahlreicher Wähler stattgefunden haben. Die Mächte forderten ein neues Kabinett, neue Kammerwahlen, neue Polizeibeamten. Auch Italien schloß sich diesem Schritte an, um die wirkliche und vollständige Demobilisierung des griechischen Heeres in Griechenland und Südalbanien zu verlangen. Skuludis demissionierte und Zaimis trat an seine Stelle. Er fügte sich ganz den Forderungen der Mächte und diese versprachen, die Blockade aufzuheben.

Vor Verdun verbluteten sich noch weiter Deutsche wie Franzosen. Die Deutschen errangen bei Ypern einige Erfolge. Auch in den Argonnen und in den Vogesen wurde unausgesetzt gerungen. Französische Flieger griffen am 22. Karlsruhe, Müllheim und Trier an und verloren neun Flugzeuge. Gas- und Rauchwolken strichen herüber und hinüber, aber angeblich mit geringer Wirkung. — Der französische Ministerpräsident Briand ließ sich nach mehrtägigen geheimen Sitzungen am 22. Juni eine Vertrauenskundgebung votieren. Sie begann: „Die Kammer als der Ausdruck der Suveränität des Volkes erklärt, gemäß ihrer Pflicht entschlossen zu sein, weiter in enger Zusammenarbeit mit der Regierung der Landesverteidigung einen an Kraft immer wachsenden Antrieb zu geben ... Die Kammer verzeichnet mit Genugtuung die durch Frankreich und seine Alliierten dank der Vereinigung ihrer Anstrengungen erreichten Ergebnisse. Die Republik erklärt laut, daß ihr Glaube an den Sieg des Rechtes und der Freiheit der Völker gewachsen ist."

Generaloberst v. Moltke starb am 18. plötzlich an einem Herzschlag. — Der erfolgreiche Flieger Oberleutnant Immelmann stürzte mit seinem Flugzeug ab.

Churchill kritisierte am 2. Juni im Unterhaus die Leistungen Englands im Krieg. Er sagte, von der britischen Armee stehe die eine Hälfte in England, von der anderen nehme wieder nur die Hälfte an den Kämpfen in den Schützengräben teil. Das sei ein allzu ungünstiges Verhältnis; etwa zwei Millionen britischer Soldaten hätten noch keine Kugel pfeifen gehört. Die angebliche Stärke von fünf Millionen Mann erwecke falsche Vorstellungen. Mit Zahlen mache man den Deutschen keine Angst. Die Franzosen glauben, England habe noch viel Truppen, die es nicht ins Feld stellen wolle.

Ein großer Verlust für England war der Tod Kitcheners. Er ging am 6. Juni mit dem Kriegsschiff, auf dem er sich mit seinem Stabe von den Orkneyinseln zum Zaren nach Rußland begeben wollte, unter. Bei stürmischer See geriet das Schiff auf eine Mine. Nur zwölf Mann retteten sich auf einem Floß. Von Kitchener wurde keine Spur aufgefunden. Asquith hielt ihm einen Nachruf und sagte, niemand werde im nationalen Leben den leergewordenen Platz völlig ersetzen können. Von der Seeschlacht am Skagerrak meinte Asquith, die Deutschen machten aus ihrer Niederlage einen Sieg: noch mehr solcher Siege und es wird von der deutschen Flotte nichts übrigbleiben. — Am 11. Juni fand zu London ein Kriegsrat statt, zu dem sich aus Frankreich Ministerpräsident Briand und General Joffre einfanden. Beide Regierungen stellten die völlige Übereinstimmung in den verschiedenen zur Erörterung gelangten Fragen fest. Kitchener.

Die Türkei kämpfte an der Kaukasusfront und in Südpersien mit den Russen. Hier gelang es den Türken, die Russen aus Kasri Schirin zu verdrängen.

In Amerika rüstete man sich zu den kommenden Wahlen für die Präsidentschaft. Wilson war demokratischer, Hughes republikanischer Kandidat. Die Progressisten bezeichneten Roosevelt als den Mann der Stunde. Die Republikaner verurteilten Wilsons Politik dem Kriege gegenüber; sie zeuge mehr von Rhetorik als Entschlossenheit; sie verlangten Verstärkung der nationalen Verteidigung und Rückkehr zu hohen Schutzzöllen. Roosevelt lehnte seine Kandidatur ab; er empfahl den Senator Lodge als Kompromißkandidaten. Hughes erklärte, für die entschlossene Sicherstellung der amerikanischen Bürger zu Land und zur See eintreten zu wollen. Die auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten litten unberechenbar infolge der Schwäche und des Schwankens in der Politik gegenüber Mexiko. „Die verantwortungsvolle Leitung des diplomatischen Verkehrs mit dem Ausland war von Anfang an von Parteierwägungen abhängig, und wir boten der Welt das erniedrigende Schauspiel von Ungeschicklichkeit und zu spät ergriffenen Maßregeln. Kluge Reden wurden durch Unentschlossenheit ihrer Kraft beraubt." Dabei erklärten aber doch auch wieder die Wahlleitsätze des republikanischen Nationalkonvents in Chicago: „Wir wünschen den Frieden, den Frieden der Gerechtigkeit und des Rechtes. Wir sind für die Aufrechterhaltung einer geraden und ehrlichen Neutralität gegenüber den Kriegführenden im europäischen Krieg. Wir müssen alle unsere Pflichten erfüllen und auf allen unseren Rechten als Neutrale bestehen, ohne Furcht und ohne Parteilichkeit. Wir sind für die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten und treten für die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes zu diesem Zwecke ein." — Der demokratische Konvent verurteilte jede Organi- Amerika.

sation, die auf die Förderung der Interessen einer fremden Macht durch Einschüchterung der Regierung, der Parteien oder Volksvertreter abzielt. Er setzte sich ein für das Schiffahrtsprogramm der Regierung und für die Vermehrung der Armee und Flotte zu Verteidigungszwecken. Es sei Pflicht der Vereinigten Staaten, sich mit anderen Staaten zu vereinigen, um die Freiheit der Länder und ihrer Bürger zu sichern und die freie Benützung der Meere unverletzt zu erhalten. Die Monroedoktrin müsse bei all dem festgehalten werden. — Der fortschrittliche Kandidat Hughes warf Wilson schlappe Haltung gegenüber Deutschland vor und daß er nicht für eine entsprechende militärische Vorbereitung Sorge trug. Er machte Wilson für die mexikanische Tragödie verantwortlich. Er habe auch nicht eingesehen, daß Schutzzölle für den Handel notwendig seien.

Zwischen Graf Tisza und Dr. Bilinski, dem Obmann des Polenklubs, erfolgten aussichtsreiche Erklärungen in der Polenfrage.

Yuanschikai. In China starb am 5. Juni Yuanschikai, achtundfünfzig Jahre alt, seit 1899 Vizekönig von Schantung, dann von Tschili, eifrig für die Reform tätig, seit 1913 Präsident der Republik China, Monarch seit Ende 1915. Aber die durch Japan und die Entente offensichtlich geförderte republikanische Gegenbewegung griff rasch um sich und führte zur Lossagung einiger Provinzen vom Staatsverbande. Man glaubte, daß Yuanschikai vergiftet worden sei. Der frühere Vizepräsident Li Yüan-Hung übernahm vorläufig die Präsidentschaft.

Juli.

Poincaré. Wieder äußerte sich Poincaré am 15. Juli völlig ablehnend in der Friedensfrage. Die Friedensangebote der Zentralmächte seien nur eine Kriegslist, um die Vorbereitungen für einen neuen Angriff zu maskieren. „Vergebens beugen sie sich über die Kriegskarte; man muß auch auf die Heereskarte schauen. Eine freie Demokratie wie die unsere soll nicht im erstickenden Schatten eines germanischen Kaiserreichs mit Mühe und Not vegetieren.“ — Und der „Temps“ schrieb am 7. Juli über das Buch des Fürsten Bülow „Deutsche Politik“: „Bei so entgegengesetzten Auffassungen von der Zukunft kann ein Friede nur von Dauer sein, wenn er auf der völligen Niederlage Deutschlands gegründet ist. Der deutsche Militarismus und das deutsche Volk sind, sagt uns Bülow, ein und dasselbe. Indem wir den Feind zwingen, zu bezahlen, was der Krieg der Entente kostet und ihr die Milliarden auszuliefern, die er sonst jährlich für Rüstungen ausgegeben hat, haben wir das einzige Mittel, ihn für ein Jahrhundert an den Frieden zu binden.“

Russen. Ein russisch-japanisches Abkommen über Ostasien (7. Juli) wurde auch von England mit Befriedigung begrüßt, weil es das englisch-japanische Bündnis stärke und die allgemeinen Beziehungen zwischen allen Alliierten festige. In Wirklichkeit wurde dadurch Rußlands Stellung in Ost-

asien ganz von Japans Gnade abhängig, Japan beherrschte durch die südmandschurische Bahn Wladiwostok, diese „Herrscherin des Ostens“, den letzten brauchbaren Hafen, der Rußland dort geblieben war. — Der Rücktritt Sasonows als Minister des Äußern (23. Juli) und dessen Ersatz durch Stürmer, der zugleich Ministerpräsident blieb, bedeutete eine neue Schwenkung der russischen Politik nach der äußersten Rechten zu. Auch schien es notwendig zu sein, den revolutionären Organisationen in Rußland mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Man sprach bereits von einer Vorbereitung der Revolution nach dem Kriege. Eine Denkschrift bezeichnete als revolutionäre Organisationen die allrussischen Städte- und Semstwoverbände, die Kriegsindustriellen, die Ausschüsse und periodischen Kongresse der liberalen Organisationen, und behauptete, alle diese Organisationen handelten nach Anweisung revolutionärer Beschlüsse im Ausland. Man riet, den Krieg rechtzeitig zu beendigen, da sonst alle Früchte des Sieges durch eine Revolution zunichte gemacht würden.

Die russischen Massenangriffe an der gesamten österreichischen und deutschen Front dauerten unvermindert heftig an und hatten allerdings die Wirkung, daß die so aussichtsreich begonnene Offensive gegen Italien erlahmen mußte, um den gefährlicheren russischen Feind aufzuhalten. Man nahm zu Beginn des Juli an, daß diese russische Offensive in einem Monat dem Feinde an Toten und Verwundeten etwa fünfhunderttausend Mann gekostet habe. Auch türkische Truppen wurden gegen Ende des Monats an die galizische Front gezogen.

Es erfolgte am 23. Juli die feierliche Eröffnungssitzung der ersten Warschauer Stadtverordnetenversammlung auf Grund der von den deutschen Behörden verliehenen Stadtordnung. Sie schloß mit dem Ruf: „Es lebe Polen!“ Warschau.

Unverändert blieb die Lage auf dem Balkan; es wurde fast gar nicht gekämpft. Dagegen war die Gefechtstätigkeit an der Isonzofront und an der Tiroler Südostgrenze sehr lebhaft, freilich ohne bedeutendere Entscheidungen. Die Italiener verbreiteten, um Überläufer abzuschrecken, die tendenziöse Nachricht, daß die Österreicher keine Gefangenen machten. In der Tat waren aber seit Mitte Mai bis Anfang Juli etwa fünfzigtausend Italiener bei der Heeresgruppe Erzherzog Eugen als Gefangene eingebracht und lebend ins Hinterland abgeschoben worden. Allerdings mußte das österreichische Heereskommando die eigenen Truppen vor der Arglist der Italiener warnen, die mit aufgehobenen Händen sich den Schwarmlinien näherten und sie dann durch Bombenwerfen zu durchbrechen suchten. Eine solche hinterhältige Kampfesweise war einem Feinde gemäß, der politisch so treulos handeln konnte. — Der ehemalige Reichsratsabgeordnete Dr. Cesare Battisti wurde als italienischer Oberleutnant am 9. bei den Kämpfen am Monte Corno unverwundet gefangengenommen und, da er österreichischer Staatsbürger war, vom Trienter Militärgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 13. vollstreckt. Battisti.

An der Westfront tobten die furchtbaren Schlachten vor Verdun und an der Somme. Zusammenfassend wurde am 22. berichtet: „Sowohl der deutsche als auch die feindlichen Heeresberichte lassen erkennen, daß die gewaltige Schlacht, die in den letzten Tagen an der Somme tobte, ihre Verdun.

Krisis überwunden hat. Dieser zweite starke Angriff der Franzosen und Engländer war eine Offensive allergrößten Stils unter Einsatz noch stärkerer Kräfte und noch zahlreicheren Materials als beim ersten Angriff Anfang Juli. Nach Artillerievorbereitung und Trommelfeuer von äußerster Wucht gingen zwanzig feindliche Divisionen auf einer Front von vierzig Kilometer von südlich Pozières bis westlich Vermandovillers in heftigen, immer wiederholten Anstürmen zum Angriff vor. Das Ergebnis dieser gewaltigen Kraftanspannung der Feinde war im Vergleich zu ihren riesigen, blutigen Verlusten ein klägliches. Sie erlitten eine schwere Niederlage. Ihre gewaltigen Angriffspläne brachen völlig zusammen."

Bezeichnend ist auch folgende deutsche Kundgebung aus dem Hauptquartier: „Vom ersten Tage des Krieges an haben wir als einzige von allen Nationen die Heeresberichte unserer sämtlichen Gegner ohne jede Kürzung veröffentlicht . . . So wie unsere herrlichen Kämpfer an der Front sich vielfacher Übermacht siegreich erwehren, so wird das deutsche Volk dem Schwall der feindlichen Reklametelegramme die Stirn des Trotzes und Hohnes entgegensetzen. Es wird sich erinnern, daß die deutschen Heeresberichte ihm und der Welt zuweilen nicht alles sagen durften, daß sie aber nie ein Wort sprachen, das nicht der strengsten Prüfung der Wahrheit standgehalten hätte . . . So werden die Lügenlegionen des Feindes zerschellen am erzenen Wall unseres Glaubens. Unsere Krieger trotzen Eisen und Feuer. Die Heimat wird sich auch durch einen Ozean bedruckten Papiers nicht erschüttern lassen . . ."

Karlsruhe

Über den französischen Fliegerangriff auf Karlsruhe (23. Juni) wurden erschütternde Einzelheiten bekannt: „Es war offenbar kein Zufall, daß die Franzosen das Fronleichnamsfest dazu auserwählten. Auf Menschenleben hatten sie es abgesehen. Sie konnten sich des Erfolges rühmen . . . Die französische Nation, die sich so gern als ritterlich rühmt, kann in ihrer Geschichte ein neues Heldenstück verzeichnen: 154 deutsche Kinder mußten bluten, 82 von ihnen starben, damit die Flieger des stolzen Frankreich sich des Triumphes rühmen konnten, der ihnen im Kampfe mit den wehrhaften deutschen Beherrschern der Luft bisher versagt geblieben ist." Nach einer neuen Heldentat gleichen Stiles hieß es am 20. Juli: „Deutsche Luftangriffe sind bisher nur gegen Festungen, Bahnknotenpunkte, Truppenlager, Verladestationen im Zusammenhang mit den Operationen gerichtet worden. Die französischen Angriffe zeigen aber die Absicht, Luftangriffe gegen die wehrlose, friedliche Bevölkerung des Hinterlandes zu richten."

Die englischen Minister Asquith und Lloyd George rühmten am 14. Juli in einer Konferenz der Verbündeten zu London: „Jetzt hat die gemeinsame Offensive im Osten und Westen dem Feind die Initiative entrissen, die er hoffentlich nie wieder zurückerhalten wird. Wir haben die Wasserscheide überschritten, wo der Sieg sich uns zuzuneigen beginnt . . . Die Hauptschwierigkeiten der Organisation, Konstruktion, Ausrüstung, sowie der Beschaffung von Arbeitskräften sind aus dem Wege geräumt . . . Wir müssen einander durch gegenseitige Ausfuhr helfen. Der Sieg an einem Punkte bedeutet den Gesamtsieg." Die Hauptaufgabe war die Beschaffung riesiger Munitionsmengen. Es war den Engländern gelungen, ihre Soldaten nach sechsmonatiger Ausbildungszeit zu vorzüglichen Artilleristen zu machen und so den Vorsprung der jahre-

langen Ausbildung der Deutschen einzuholen. Die täglichen Kriegskosten wuchsen freilich bedenklich an. Dazu kam die Höhe der an die Regierung verkauften amerikanischen Wertpapiere, die zur Regelung des Wechselkurses bestimmt waren, und der Umfang der den Verbündeten gewährten Vorschüsse.

Admiral Jellicoe veröffentlichte am 6. Juli einen nachträglichen Bericht über die jütländische Seeschlacht vor dem Skagerrak. Er war so allgemein gehalten, daß er den Eindruck eines eigens für die Öffentlichkeit angefertigten, entsprechend gefärbten Berichtes machte, der über die Größe des deutschen Erfolges hinwegtäuschen sollte. Deutscherseits wurde nochmals festgestellt: Die deutsche Flotte war von Anfang bis zum Ende der Angreifer. Nicht sie, sondern die englische Flotte wich einer Erneuerung des Kampfes aus, da Jellicoe offenbar die Führung seiner Schiffe verloren hatte. Seine Zusammenstellung der englischen Verluste war unvollständig, die der deutschen ein Phantasiegebilde. — Aus einem Seegefecht in der Nordsee (23. Juli) kehrten deutsche Torpedoboote unbeschädigt zurück. — England und seine Bundesgenossen hatten in den beiden Kriegsjahren 49 Kriegsschiffe mit 562.000 Tonnen verloren, Deutschland mit seinen Bundesgenossen 30 Schiffe mit 191.531 Tonnen. Im zweiten Kriegsjahr verloren die Gegner 879 Handelsschiffe mit 1,816.782 Tonnen; insgesamt seit Kriegsbeginn 1303 Handelsschiffe mit 2,574.000 Tonnen, ohne die in den Häfen der Mittelmächte beschlagnahmten Schiffe zu rechnen. Die feindlichen Flotten bestanden bei Kriegsbeginn aus 443 Kriegsschiffen mit 5,428.000 Tonnen, abgesehen von über 2000 sonstigen bewaffneten Fahrzeugen. Dem standen bei den Mittelmächten nur 156 Schiffe mit 1,651.000 Tonnen gegenüber. Einem dreieindrittelmal so starken Gegner brachten also die Mittelmächte dreimal so starke Verluste bei, als sie selbst erlitten. Man wies den Gegnern im ersten Kriegsjahr zwanzig Verletzungen des Völkerrechts durch Handelsschiffe nach, im zweiten achtunddreißig. Zahllos waren die Völkerrechtsbrüche durch englische Kriegsschiffe.

Jellicoe.

Eine der ganzen Welt imponierende Leistung war die Fahrt des deutschen Handelstauchbootes „Deutschland“ nach Amerika. Mit wertvoller Ladung an Farbstoffen und Medizinen kam es am 10. Juli in Baltimore an. Dies wurde als bahnbrechendes Ereignis gewürdigt. Ein zweites ähnliches Tauchboot „Bremen“ schwamm bereits auf dem Ozean. Nach dem Bericht des Kapitäns König hielt sich die „Deutschland“ zehn Tage bei Helgoland auf und trat am 23. Juni die Reise an; sie nahm den Weg durch den Kanal. In der Nacht des vierten Tages tauchte sie wegen nebligen Wetters unter und blieb die Nacht auf dem Boden des Kanals. Dann fuhr sie den geraden Kurs in den Ozean hinaus. Bis zu den Azoren legte sie nur 150 Kilometer unter Wasser zurück. Offiziere und Besatzung, zusammen 30 Mann, trugen die Uniform der deutschen Handelsmarine. Zur Rückfracht war Nickel und Rohgummi bestimmt. Das Boot war 315 Fuß lang und an den breitesten Stellen 30 Fuß breit. Man hoffte, daß nun eine neue Zeit der Unabhängigkeit zur See anbrechen werde. Auch in England wurde diese Leistung als eines der dramatischesten Ereignisse dieses Krieges gewertet, als ein bedeutungsvolles Vorzeichen, ähnlich dem Fluge

Tauchboot.

Bleriots mit dem Aeroplan über den Kanal im Juli 1909. „Daily Mail" schrieb: „Wir glauben nicht, daß die Schiffahrt unter See den jetzigen Krieg ernstlich beeinflussen kann, aber es ist mehr als ärgerlich, daß Deutschland in der Lage ist, sich einen sicheren, wenn auch beschränkten Verkehrsweg nach den Vereinigten Staaten zu eröffnen. Es kann Wertpapiere und Farbstoffe verschicken und im Austausch Waren erhalten, die es am nötigsten braucht, wenn auch vorläufig nur in geringen Mengen. Aber wenn mehr und größere Tauchboote gebaut werden, könnten sie trotz der Blockade Handel treiben. Der Wert der englischen Seemacht würde erheblich neutralisiert werden. Das weitere Schlimme ist, daß in ein paar Jahren ein Tauchboot von jeder erdenklichen Größe überallhin wird fahren können. Wie die Entwicklung der Luftschiffahrt die Sicherheit zu Lande vermindert hat, so hat das Emporkommen des Unterseeboots die Sicherheit zur See vermindert." — Die amerikanischen Behörden waren geneigt, die „Deutschland" als unbewaffnetes Frachtschiff anzuerkennen, während die Regierungen des Verbandes die Ansicht durchsetzen wollten, daß solche Schiffe schon durch Gestalt und Bauart, durch welche sie sich Untersuchungen, denen gewöhnliche Handelsschiffe unterliegen, entziehen können, aus der Klasse der Handelsschiffe ausscheiden, und daß Unterseeschiffe, da sie offensichtlich nicht im Einklang mit den Erfordernissen der völkerrechtlichen Vorschriften gebaut sind, als außerhalb des Völkerrechtes stehend und als feindliche Kriegsschiffe betrachtet werden müssen, die vernichtet werden können, sobald sie in Sicht kommen. Das amerikanische Staatsdepartement entschied aber am 15., daß die „Deutschland" ein erlaubtes Handelsschiff sei.

Gegen die Torpedierung zweier harmloser Schiffe protestierte Österreich am 12. Juli durch eine Zirkularnote, als „gegen diese neuerlichen, verbrecherischen Angriffe, welche eine Wiederholung der feigen und verabscheuungswürdigen Attentate darstellen, deren sich die feindlichen Flotten während des jetzigen Krieges ohne Unterlaß schuldig machen".

Am 27. Juli fand in Brügge die Verhandlung des Feldgerichtes des Fryatt deutschen Marinekorps gegen den Kapitän Charles Fryatt von dem als Prise eingebrachten englischen Dampfer „Brussels" statt. Der Angeklagte wurde zum Tode verurteilt, weil er, obwohl nicht Angehöriger einer bewaffneten Macht, den Versuch machte, am 28. März 1915 bei dem Maas-Feuerschiff ein deutsches Unterseeboot zu rammen. Er hatte dafür ebenso wie der erste Offizier und der leitende Maschinist des Dampfers seinerzeit von der britischen Admiralität eine goldene Uhr als Belohnung erhalten und war im Unterhaus lobend erwähnt worden. Er gab zu, nach den Weisungen der Admiralität gehandelt zu haben. Das Urteil wurde am 27. durch Erschießen vollstreckt. Dadurch fand „eine von den vielen ruchlosen Franktireurhandlungen der englischen Handelsschiffahrt gegen unsere Kriegsfahrzeuge eine zwar späte, aber gerechte Sühne". Grey versuchte vergebens durch die amerikanische Botschaft in Berlin den Kapitän zu retten, da seine Handlung vollkommen gesetzmäßig sei.

Durch die formelle Aufhebung der Londoner Seerechtserklärung vom 25. Februar 1909 wurde der Handel der Neutralen noch mehr erschwert (8. Juli). Deshalb erhob die dänische, norwegische und schwedische Regierung gegen diesen Bruch des Völkerrechts Vorstellungen und Vorbehalte. Eine englische Denkschrift entschuldigte den Vorgang damit, daß die Mittelmächte durch Anwendung aller mannigfaltigen Entwicklungen der Wissenschaft und der Technik, durch die Erfindung neuer Kriegsmaschinen usw. Verhältnisse geschaffen hätten, die ganz verschieden sind von jenen, die in früheren Seekriegen obwaltet haben.

Die Türken kämpften gegen die Russen in Persien und an der Kaukasusfront. Sie verloren die Stadt Erzindjan. Dagegen wurden den Italienern in Tripolis und den Engländern im Westen Ägyptens von muselmanischen Freiwilligen Niederlagen beigebracht.

Die Vereinigten Staaten vergrößerten fieberhaft ihre Kriegsflotte. Roosevelt sprach sich sehr gehässig gegen die Deutsch-Amerikaner oder Bindestrich-Amerikaner aus.

Zum Schluß des zweiten Kriegsjahres wandte sich Kaiser Franz Josef am 31. Juli also an die Bevölkerung: „Zum zweiten Male jähren sich die Tage, in denen die unversöhnlichen Gesinnungen der Feinde uns zum Kriege zwangen. So schmerzlich Ich die lange Dauer dieser der Menschheit auferlegten harten Prüfung beklage, erfüllt Mich doch der Rückblick auf das schwere Ringen, das Mein Vertrauen in die unbezwingliche Kraft der Monarchie stets aufs neue rechtfertigt, mit hoher Genugtuung. Würdig ihrer tapferen Söhne, die der Übermacht heldenhaft die Stirn bieten, leisten Meine geliebten Völker auch daheim jenes hohe Maß begeisterter Pflichterfüllung, wie es der großen ernsten Zeit entspricht, und vereiteln die auf planmäßige Gefährdung der Existenz der friedlichen Bevölkerung abzielenden tückischen Absichten unserer Feinde... Ich blicke mit Vertrauen in eine heranreifende Zukunft, im Bewußtsein, daß Meine braven Völker den Sieg wahrhaft verdienen, und in der gläubigen Zuversicht, daß ihn die Gnade und Gerechtigkeit der Vorsehung ihnen nicht vorenthalten wird." Eine ähnliche Kundgebung erließ am selben Tag Kaiser Wilhelm an Heer, Marine und Volk. Er wies darauf hin, daß die Losung der feindlichen Machthaber noch immer Deutschlands Vernichtung sei. — Während die Mittelmächte in Belgien, Frankreich, Rußland, Serbien, Montenegro 431.000 Quadratkilometer besetzt hatten, hatte der Feind etwa 22.000 besetzt. Die Zahl der Kriegsgefangenen betrug in Deutschland, Österreich, Bulgarien und der Türkei 2,658.283. Die Kriegsbeute betrug in Deutschland allein 11.036 Geschütze und 3450 Maschinengewehre. Von den Verwundeten und Kranken wurden über neunzig Prozent wieder dienstfähig. Österreich.

August.

Anläßlich des zweiten Jahrestages des Krieges, 4. August, meinte Lloyd George, die letzte Aussicht der Mittelmächte, den Krieg zu gewinnen, sei jetzt vorbei. Der Fleiß der Munitionsarbeiter mache den Sieg gewiß. Und Asquith verkündete, man werde weiterkämpfen, bis die künftige Zivilisation auf den festen Grundlagen der Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit begründet sei. In einer Rede am 5. August sagte Asquith: England.

„Vor zwei Jahren ist Deutschland in der Woche vor Kriegsausbruch das Opfer einer doppelten Täuschung geworden. Deutschland war sich sicher, daß wir neutral blieben und daß Belgien ihm das Recht des Durchmarsches nach Frankreich gewähren werde. Aber wir sahen vor zwei Jahren, daß es sich um einen Kampf handle zwischen uns, die wir für Freiheit, Mannigfaltigkeit der Typen und Organisationen, für den Fortschritt einstehen und jenen, die alle Staaten unfruchtbar zur Erneuerung der Welt gemacht hätten.“ Dabei hatte der Heuchler den Mut, von Rußland zu reden. Asquith pries die englische Flotte: „In der ganzen Geschichte ist niemals ein so deutlicher Beweis von der alles überragenden Wichtigkeit der Beherrschung der See erbracht worden. Der Feind ist überall in der Defensive. Es ist die einstimmige Überzeugung des Generalstabes der Verbündeten, daß unsere Aussichten auf den Sieg niemals so glänzend waren.“ — Bonar Law meinte: „Durch ihre Methoden und den Druck, den sie ausübten, haben die Deutschen mehr dazu beigetragen, das britische Reich zusammenzuschweißen, als Generationen unseres eigenen Volkes es hätten tun können.“ — So bramarbasierten die englischen Casement †. Minister unter dem Galgen Sir Roger Casements, der am 3. August hingerichtet wurde, weil er dem von England mit teuflischer Grausamkeit ausgesaugten und unterdrückten Irland die Freiheit bringen wollte, jene Freiheit, die die englischen Staatsmänner im Munde führten, um vor der Welt die despotische Tyrannei ihrer selbstsüchtigen Weltherrschaft zu bemänteln.

Knapp vor seiner Gefangennahme schrieb Sir Roger Casement an eine angesehene Persönlichkeit Indiens: „Ich möchte, es stände in meiner Macht, Indien so zu helfen, daß es bekommt, worauf alle Völker der Welt ein Anrecht haben. Mit Indien ist es in mancher Hinsicht ebenso bestellt wie mit Irland. Irland kam zunächst unter das Joch Englands, und das Verfahren, das in Irland mit Erfolg angewendet wurde, um ein benachbartes Land und Volk zu unterjochen, wurde danach weiter ausgeübt: man legte die Hand auf Indien und auf seine vielen Völker. Die Methoden waren die gleichen. Hungersnöte herrschten in beiden Ländern und nahmen an Heftigkeit zu, je mehr die Zivilisation fortschritt. In Irland gab es im 19. Jahrhundert drei große Hungersnöte; die dritte war die schlimmste, die es in Europa seit Beginn der Geschichte gegeben hat. Diese Hungersnot von 1846 und 1847 raffte zwei Millionen Menschen dahin oder vertrieb sie aus ihrem Heimatlande, während das Land selbst reich an Nahrungsstoffen war und ein benachbartes Land (England) ernährte. Das ist der Fluch des Imperialismus, der auch Indien bedrückt. Aber ich sehe für Indien ebensowenig Hoffnung wie für Irland, denn es ist keine Aussicht vorhanden, daß die unerträgliche Seetyrannei Englands baldigst gebrochen werden könnte. Dies Übel knechtet beide Völker. Nur ein geeinigtes Europa kann England zur See herausfordern.“

Gänzlich ablehnend gegenüber jeder Friedensmöglichkeit äußerte sich Asquith am 21. August im Unterhaus auf eine Anfrage von Byles, was der

Premierminister zur Erklärung des deutschen Unterstaatssekretärs Zimmermann sage, daß die deutsche Regierung wiederholt ihre Bereitwilligkeit aussprach, in Friedensverhandlungen einzutreten, daß aber der Vierverband unter dem Druck Englands niemals eine solche Bereitwilligkeit zeigte. Byles fragte auch noch weiter, ob Asquith den Wunsch nach Frieden, der auf der Sozialistenversammlung in Leipzig zum Ausdrucke kam, und viele ähnliche populäre Kundgebungen in Deutschland bemerkt habe und ob er sagen wolle, bis zu welchem Grade die britische Regierung gewillt sei, diesem ausgesprochenen Wunsch des Feindes zu entsprechen. Asquith lehnte in schroffer Weise ab. Ebenso negativ antwortete er auf eine Anfrage des Radikalen Posonby am folgenden Tag in scharfem Ton. Man sah, er wollte nichts als Krieg und Zerschmetterung wie am ersten Kriegstag vor zwei Jahren. Auch Lord Cecil deutete am 23. August im Unterhause an, daß selbst im Fall von feindlichen Friedensangeboten ein Eingehen darauf wegen der Verpflichtungen unter den Alliierten schwierig sei und daß es untunlich sei, sich mit dieser Frage irgendwie weiter zu befassen. Auch der militärische Mitarbeiter der „Times" schrieb am 25. August, man müsse allmählich das Menschenmaterial des Feindes erschöpfen und mit Deutschland gänzlich aufräumen, so daß es überhaupt nicht mehr imstande sei, Krieg zu führen.

Nicht minder überschwenglich waren die Hoffnungen der Russen. Es bildete sich in Petersburg eine neue Vereinigung. „Gesellschaft für die Gestaltung der russischen Staatskarte nach dem siegreichen Krieg." Es handelte sich darum, im Bund mit den Behörden die Erfüllung der historischen, nationalen, staatlichen und slawischen Aufgaben durch große Propaganda durchzusetzen. — Es verlautete von einem geheimen Artikel im russisch-japanischen Vertrag, der den Japanern gegen Lieferung von Kriegsmaterial Sibirien zur Ansiedlung und zum Handel preisgab.

Italien konfiszierte am 25. August den Palazzo di Venezia in Rom, bisher der Sitz der österreichischen Botschaft. Es entschuldigte diesen Rechtsbruch durch die „zahlreichen und grausamen Verletzungen des Völkerrechts", die Österreich im Krieg angeblich beging und durch den Schaden, den österreichische Angriffe in Venedig angerichtet hätten. Man gewährte eine Frist bis 31. Oktober, um alle Archive, Dokumente und beweglichen Sachen, die der österreichisch-ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhle gehörten, anderswohin zu verlegen. Österreich protestierte und beschuldigte die italienische Regierung, daß sie lediglich vor demagogischen Umtrieben zurückweiche. „Die Konfiskation widerspricht dem Friedensvertrag vom 3. Oktober 1866 und den italienischen Gesetzen, die den zum Heiligen Stuhl entsendeten Vertretern der Mächte alle Privilegien zuerkennen, wie sie den beim königlich italienischen Hof beglaubigten Diplomaten zustehen. Die Vertreibung der Botschaft beim Heiligen Stuhl aus dem Palast, wo sie ihren Sitz hatte, verletzt in gleicher Weise die Prärogativen Seiner Heiligkeit des Papstes wie die Rechte Österreich-Ungarns. Darum erklärt die k. u. k. Regierung, daß sie das Dekret vom 25. August als null und nichtig betrachte." Palazzo di Venezia.

Rumänien. Das wichtigste kriegerische Ereignis war die Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn. Der rumänische Gesandte überreichte sie am 27. August um 9 Uhr abends. „Dieses Schriftstück, welches in mühsamen Winkelzügen mit fadenscheinigen Sophismen und unter schamlosen Verdrehungen und Verleumdungen eine Brücke zwischen dem bisherigen Bundesverhältnis und dem Kriegszustand zu schlagen versucht“, lautete: „Das zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossene Bündnis trug laut der Erklärungen der Regierungen einen konservativen und defensiven Charakter. Vom Wunsch beseelt, seine Politik mit seinen friedlichen Bestrebungen in Übereinstimmung zu bringen, hat sich Rumänien diesem Bündnis angeschlossen . . . Die letzten Balkankriege haben, indem sie den Status quo zerstörten, dem Land eine neue Richtlinie vorgezeichnet. Sein Eingreifen hat den Abschluß des Friedens beschleunigt und das Gleichgewicht wiederhergestellt, für sich selbst hat es sich mit einer Grenzberichtigung begnügt, die ihm eine größere Sicherheit gegen Angriffe gewährte und die gleichzeitig die auf dem Berliner Kongreß zu seinem Nachteil begangene Ungerechtigkeit wieder gutmachte. Allein bei der Verfolgung dieses Zieles erlebte Rumänien die Enttäuschung, feststellen zu müssen, daß es beim Wiener Kabinett nicht jener Haltung begegnete, die es mit Recht erwarten konnte. Als der jetzige Krieg ausbrach, lehnte es Rumänien, sowie Italien, ab, sich der Kriegserklärung Österreichs anzuschließen, von der es nicht vorher verständigt worden war. Im Frühjahr 1915 hat Italien an Österreich den Krieg erklärt; der Dreibund bestand nicht mehr. Hiemit verschwanden die Gründe, welche den Anschluß Rumäniens an dieses politische System veranlaßt hatten. Man befand sich Mächten gegenüber, die sich bekriegten, um zu einer völligen Umgestaltung der alten Abmachungen zu gelangen . . . Darum hat Rumänien seine Handlungsfreiheit zurückgenommen. Unsere neutrale Haltung beruhte auf den Zusicherungen, daß die Monarchie nicht durch Eroberungsgelüste beeinflußt sei. Diese Zusicherungen haben sich nicht erfüllt. Heute stehen wir einer Lage gegenüber, aus der große Gebietsveränderungen erwachsen können, bedrohlich für die Sicherheit Rumäniens . . . Als sich Rumänien 1883 der Gruppe der Zentralmächte anschloß, lag es ihm ferne, die Bande des Blutes zu vergessen, welche die Bevölkerung des Königreiches mit den rumänischen Untertanen der österreichisch-ungarischen Monarchie verknüpften. Es erblickte vielmehr in den bundesfreundlichen Beziehungen zwischen den drei Großmächten ein wertvolles Unterpfand für die Besserung des Loses der Rumänen in Österreich-Ungarn . . . Diese Hoffnung ist getäuscht worden. Während eines Zeitraumes von mehr als dreißig Jahren sind die Rumänen der Monarchie als eine untergeordnete Rasse behandelt worden . . . Zwei Kriegsjahre haben bewiesen,

daß sich Österreich-Ungarn ebenso bereit gezeigt hat, diese Völker hinzuopfern, als ohnmächtig, sie gegen äußere Angriffe zu verteidigen. Der Krieg, an dem fast ganz Europa teilnimmt, rollt die ernstesten Fragen hinsichtlich der nationalen Entwicklung, ja selbst der Existenz der Staaten auf. Von dem Wunsche beseelt, das Ende des Konfliktes zu beschleunigen, und unter dem Gebote der Notwendigkeit, seine Rasseninteressen zu schützen, sieht sich Rumänien gezwungen, sich denen anzuschließen, die mehr in der Lage sind, die Durchführung seiner nationalen Einheit zu sichern. Aus diesen Gründen betrachtet es sich von diesem Augenblicke angefangen als im Kriegszustande mit Österreich-Ungarn befindlich."

Darüber wurde amtlich von österreichischer Seite also geurteilt: „daß sich die rumänische Kriegserklärung als ungeschicktes Plagiat der italienischen darstellt. An Erbärmlichkeit der Gesinnung gleicht der Judas im Südosten dem im Südwesten ... Es gibt keinen Rumänen, der nicht wüßte, daß die kulturelle Renaissance des Rumänentums gerade von jenen Gebieten ausging, in welchen das rumänische Element angeblich unterdrückt wird. Die rumänischen Staatsmänner täten besser, sich um das Schicksal ihrer eigenen Landbevölkerung zu kümmern, die im Zustande des Helotentums und des Analphabetentums ein menschenunwürdiges Dasein fristet. Verzweifelte Aufstände des unglücklichen rumänischen Bauerntums mußten noch vor wenigen Jahren in Strömen von Blut erstickt werden. Die Reformen, die man damals verhieß, stehen noch heute nur auf dem Papier ..."

Erherzog Friedrich erließ folgenden Armeeoberkommandobefehl: „Kriegskameraden! ... Euer ehrlicher Soldatensinn wird für diesen räuberischen Überfall das richtige Maß an Verachtung finden. Wir haben manche schwere Stunde überwunden. Wir werden auch den neuen Strauß in Ehren durchkämpfen, unserem Eidschwur getreu."

Aus Berlin wurde mitgeteilt: „Nachdem Rumänien unter schmählichem Bruch der Verträge unserm Bundesgenossen den Krieg erklärt hat, betrachtet sich Deutschland nunmehr gleichfalls als im Kriegszustand mit Rumänien." Ebenso die Türkei und Bulgarien. Radoslawow führte auch noch als Kriegsgrund die verschiedenen Grenzzwischenfälle und die Haltung Rumäniens seit dem zweiten Balkankrieg an: „Seither folgten Feindseligkeiten ohne Unterlaß, Behinderung der Durchfuhr, Schikanen, die am 3. Juli erfolgte Schließung der Grenze, kriegsmäßige Angriffe gegen bulgarische Grenzposten, das Bombardement von Kladova und die Beschießung von Rustschuk am 28. August ohne Kriegserklärung ..." — Es bestand bereits seit dem 15. d. M. eine diplomatische und seit einigen Tagen eine militärische Konvention Rumäniens mit der Entente.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb am 29.: „Die Kriegserklärung Rumäniens kommt für niemand als Überraschung ... Im August 1914 hätte ein loyales Einhalten des Bündnisvertrages Rumänien an die Seite Deutschlands und Österreichs führen müssen. Rumänien entzog sich seinen Bündnispflichten ebenso wie Italien. König Karl wünschte zwar als Hohenzollernsproß sein Wort einzulösen, das er verpfändet hatte, aber er vermochte nicht seinen Willen durchzusetzen. Die seelischen Erregungen dieses Konflikts führten den Tod des greisen Herrschers herbei. Rumänien entschloß

sich zur Neutralität. Nur zu bald zeigte es sich, daß diese Neutralität keine unparteiische war. Das kam vor allem in den wirtschaftlichen Maßnahmen zum Ausdruck, in der Sperrung der Getreideausfuhr usw. Als die Kriegsereignisse nicht den von der Entente erwarteten Verlauf nahmen, als insbesondere das Eingreifen Italiens in den Krieg nicht den erhofften Zusammenbruch Österreichs herbeiführte, begann Bratianu einzulenken. Die rumänischen Kornkammern wurden dem deutschen Bedarf geöffnet ... Vom Ausbruch des Krieges an waren die Ententemächte bemüht, durch weitgehende Versprechungen Rumänien zur aktiven Teilnahme am Kriege zu bewegen. Gebietsteile wurden ihm angeboten. Es ergab sich nur das Hindernis, daß die Ländergier Rußlands und Serbiens sich zum Teil auf dieselben Objekte erstreckte, die den Gegenstand der rumänischen Begehrlichkeiten bildeten. Die Verhältnisse erfuhren dadurch eine Erleichterung, daß Serbien zerschmettert am Boden lag und in seinen Ansprüchen bescheidener werden mußte. Die Ententemächte hatten unter diesen Umständen ein leichteres Spiel ..."

Bereits am 29. August war der Kampf an allen Übergängen der sechshundert Kilometer langen ungarisch-rumänischen Grenzgebirge entbrannt, namentlich nordöstlich von Orsowa; Kronstadt und Petroseny mußten einstweilen den Rumänen überlassen werden.

Hindenburg. Ludendorff.

Nachdem Falkenhayn als Chef des deutschen Generalstabs von dieser Stellung enthoben wurde, trat Generalfeldmarschall v. Beneckendorff und Hindenburg an seine Stelle. Zum ersten Generalquartiermeister wurde Ludendorff ernannt (29. August).

Deutsche und bulgarische Truppen rückten gegen das Gebiet von Saloniki vor. Es wurde um den Doiransee gekämpft, Florina genommen. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow gab nach einem Bericht vom 18. August folgende Erklärungen über die Lage ab: „Bulgarien ist heute gerüstet, um jeden Angriff abzuwehren, woher er auch kommen möge. Entgegen allen von feindlicher Seite verbreiteten Intrigen steht Bulgarien in herzlichen Beziehungen zu allen seinen Verbündeten. Die Lage ist auf allen Fronten günstig ... Es ist undenkbar, daß sich Bulgarien während des Weltkrieges von seinen Verbündeten trennen könnte; es wird vielmehr mit ihnen bis zum Ende durchhalten, weil der Sieg unserer großen Bundesgenossen die beste Bürgschaft für die Bewahrung unserer bisherigen Erwerbungen und unserer politischen Unabhängigkeit darstellt."

Görz.

Die Kämpfe am Isonzo brachten den Italienern endlich einen größeren Erfolg, die Einnahme der Stadt Görz (10. August), die man nicht länger einer furchtbaren Beschießung aussetzen wollte. Im übrigen aber gelang es, die Front zu halten und die Italiener zurückzuweisen. Venedig wurde zu dieser Zeit wieder von Seeflugzeugen heimgesucht, besonders das Arsenal, der Bahnhof, die Außenwerke und Außenforts.

An der Westfront, in den Schlachten an der Somme und vor Verdun wogte der unentschiedene Kampf weiter. Am stärksten zeigte sich die deutsche Überlegenheit in den Luftkämpfen, wo die feindlichen Verluste mehr als das Vierfache der deutschen Verluste betrugen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlichte am 31. August eine Reihe von Protokollen über eidliche Zeugenaussagen, woraus Greuel-

taten französischer gegen deutsche Soldaten, größtenteils auf Geheiß von Offizieren, hervorgingen. „Nachdem die französische Presse durch maßlose Verleumdungen gegen Deutschland immer deutlicher die Absicht erkennen ließ, den deutschen Namen im Ausland systematisch zu erniedrigen, ja zu entwürdigen, soll aller Welt gezeigt werden, daß die französische Kultur und Menschlichkeit nichts weiter ist als Prahlerei und Eigenlob, daß wahre Menschlichkeit nicht zu finden ist bei einem Volke, das in verblendetem Haß sich selbst aller Menschenwürde entäußerte."

In England legte man das größte Gewicht auf die Hebung der Munitionserzeugung. England stellte jetzt in einem Monat doppelt so viel schwere Geschütze her, als es bei Kriegsausbruch besaß. Die Erzeugung von Explosivstoffen wuchs auf das Sechsundsechzigfache. Der Munitionsminister Montagu sagte am 15. August: „Die britischen Munitionsarbeiter können überzeugt sein, daß auch sie einen Anteil an den ruhmreichen Siegen Rußlands, Frankreichs und Italiens haben. Die Gesamtsumme an schwerer Munition, die während der ersten elf Monate des Krieges erzeugt wurde, genügt jetzt nicht mehr für die Beschießung eines einzigen Tages." 45.000 Soldaten waren für Herstellung der Munition beurlaubt; im ganzen waren aber 2 1/4 Millionen Personen, darunter 400.000 Frauen, in der Munitionsindustrie Englands beschäftigt. Munition.

Deutsche Luftschiffe erschienen wieder über England. Der Unterseekrieg wurde fortgesetzt. — Über den Seekrieg sagte Balfour am 4. August: „Die Zeit, die längst aufgehört hat, unseren Feinden zu helfen, ist seit der Schlacht bei Jütland stark auf unserer Seite. Jede Woche, seitdem die deutsche Flotte beschädigt in ihre Häfen zurückgetrieben worden ist, hat einen neuen Erfolg der Alliierten auf dem einen oder andern Teil des Schlachtfelds gesehen. Die Schlacht bei Jütland war ein Versuch der deutschen Flotte, die Sperre zu brechen. Er ist mißlungen. Das Ziel einer Seeschlacht ist, die Herrschaft über die Meere zu gewinnen. Es steht fest, daß wir sie nicht verloren haben . . . Die Tat des Handelstauchboots war von keiner Schwierigkeit und ohne merkliche Handelsergebnisse . . . Die Deutschen wußten, daß ihre siegreiche Flotte ihnen nichts nützen kann . . . Von den Verteidigern Deutschlands wird ihnen beständig versichert, daß die Mittelmächte für die Freiheit der Meere kämpfen. Das ist eine Phrase. Es bedeutet, daß die deutsche Flotte sich auf der See ebenso aufführen soll wie das deutsche Heer auf dem Lande, daß weder feindliche Zivilisten noch Neutrale irgendwelche Rechte gegenüber dem streitbaren Deutschland haben. 244 neutrale Handelsschiffe sind unter Mißachtung von Recht und Menschlichkeit versenkt worden . . ."

Das Handelstauchboot „Deutschland" verließ am 1. August Baltimore und kam am 23. nach Bremen zurück. Die amerikanische Regierung verhielt sich dabei korrekt und sah darauf, daß die Grenze geachtet werde. Bei der Ausfahrt befanden sich acht englische Kriegsschiffe auf der Lauer, umgeben von zahlreichen gemieteten amerikanischen Fischdampfern zur Auslegung von Netzen. Bei insgesamt 4200 Seemeilen fuhr die „Deutschland" nur hundert Meilen unter Wasser.

Die Hinrichtung des Kapitäns Fryatt hatte noch lebhafte Erörterungen zwischen London und Berlin zur Folge. Deutscherseits wies man auf den Fall des „Heldenmädchens von Loos" hin, das für den feigen

hinterlistigen Mord von fünf deutschen Soldaten einen englischen Orden erhielt. Asquith erklärte, die englische Regierung habe beschlossen, die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehres mit Deutschland nach dem Kriege von einer Genugtuung für die „Ermordung" des Kapitäns Fryatt abhängig zu machen. Darauf schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 18. August: „In Deutschland steht man der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit einem Lande sehr kühl gegenüber, dessen Staatsmänner und Presse in Beschimpfungen und Verleumdungen Deutschlands wetteifern und einen Mangel an Anstand in Form und Gesinnung erkennen lassen, wie er in der Geschichte wohl beispiellos dasteht." — Über den „Baralong"-Fall erschien ein deutsches Weißbuch. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß sich die britische Regierung trotz des ihr mitgeteilten Materials weigerte, selbst eine Untersuchung einzuleiten. Das Schlußwort lautete: „Bei jedem Luftschiff, das auf London oder auf andere verteidigte englische Städte mit militärischen Anlagen Bomben abwirft, soll England sich des ‚Baralong'-Falles erinnern."

Die Türkei teilte unter anderem am 12. August mit: „Im ganzen Gebiete von Tripolitanien, daß sich westlich von Sert bis zur tunesischen Grenze erstreckt, gibt es keinen italienischen Soldaten mehr, außer innerhalb der Städte Homs und Tripolis. Die Stämme an der tunesischen Grenze haben sich den tripolitanischen Kriegern angeschlossen und im Vereine mit ihnen die ganze Zone zwischen Tatawin uud Dehibat besetzt. Der ottomanische Halbmond glänzt in allen diesen Gegenden. Die gleiche Lage herrscht in Benghazi."

Italien. Italien erklärte am 27. August den Krieg an das Deutsche Reich. Die betreffende Note begründete das mit feindseligen Akten der deutschen Regierung, Waffenlieferungen an Österreich, Teilnahme deutscher Offiziere, Soldaten und Matrosen an militärischen Operationen, besonders zur Ermöglichung der letzten Offensive, mit feindseligen finanziellen Maßregeln, Unterbrechung von Rentenzahlungen an italienische Arbeiter. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bemerkte dazu, dies ändere wenig am faktisch bestehenden Zustand. Schon Fürst Bülow habe die italienische Regierung darauf hingewiesen, daß überall österreichische Heeresverbände mit deutschen Truppen gemischt wären: „Es wäre würdiger gewesen, wenn die italienische Regierung darauf verzichtet hätte, die Kriegserklärung an Deutschland mit sophistischen Argumenten zu begründen. Sie wird niemand darüber hinwegtäuschen, daß ihre Entschließung lediglich eine weitere Konsequenz ihres früher verübten Treubruches und das Ergebnis des von England und seinen Bundesgenossen seit Monaten auf sie ausgeübten Druckes ist."

Amerika. Auch die amerikanische Regierung veröffentlichte Ende August ein Weißbuch, daß die Korrespondenz zwischen den Vereinigten Staaten und England während des Krieges enthielt und an verschiedenen Fällen zeigte, warum Amerika eine energische Sprache gegen England führte. Besonders empfand die amerikanische Regierung die beständige Anwesenheit britischer Schiffe auf hoher See vor den großen amerikanischen Handelsmittelpunkten

als eine unvermeidliche Quelle des Anstoßes. Selbst in Friedenszeiten ist die Mobilmachung einer Armee in der Nähe der Grenze als Grund ernsten Anstoßes anzusehen und oft von einem Lande zum Gegenstand eines Protestes gemacht worden. Auf diese Depesche blieb England die Antwort schuldig.

Die Vereinigten Staaten verstärkten mächtig ihre Land- und Seemacht. Darüber schrieb am 28. der „Globe" in Neuyork: „Die Weltlage ist derart, und der Ausgang des Krieges so unsicher, daß das Land die Vermehrung seiner Marine im Interesse seiner Sicherheit nicht unterlassen kann. Augenblicklich sind wir wohl geschützt durch die Marine der Ententestaaten; aber angenommen, die britische Flotte würde vernichtet, welches würde dann die Politik der Zentralmächte auf Grund ihrer Theorien von den Plätzen an der Sonne sein? Wenn Tirpitz die See beherrschte, wie viele Tage würde die Monroedoktrin noch Geltung haben? Auf der anderen Seite haben wir keine Garantie dafür, daß England, sollte es aus dem Krieg als unbestrittener Herr über die sieben Ozeane hervorgehen, diese Macht stets vernünftig und selbstlos anwenden wird."

In Österreich wurde Prinz Hohenlohe als Minister des Innern beurlaubt und Freiherr Erasmus v. Handel mit der Leitung dieses Ministeriums betraut.

Der polnische Romanschriftsteller Sienkiewicz starb zu Vevey in der Schweiz an einem Herzschlag im 71. Lebensjahr, ursprünglich Demokrat, dann konservativ und kirchlich, stark russenfreundlich.

September.

Selbstverständlich brachte der Eintritt Rumäniens in die Reihe der Gegner gewisse Erschwerungen, aber gleich zu Beginn dieser Aktion stellten Hindenburg und Ludendorff fest, daß die allgemeine militärische Lage zu keinerlei Befürchtungen Anlaß gebe und daß das Endergebnis des Krieges dadurch nicht beeinflußt werde. — Österreichischerseits wurde am 2. September offiziös festgestellt, daß die Beziehungen Rumäniens zu den Zentralmächten auf einem Bündnis beruhten, das 1883 zwischen der Monarchie und Rumänien unter Bezugnahme auf den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag geschlossen wurde. Diesem Bündnis war sofort nach seinem Abschluß das Deutsche Reich beigetreten, Italien im Jahre 1888. Seither wurde es wiederholt, zuletzt 1913 erneuert. Aus dieser Rechtslage ergab sich also mit aller Klarheit, daß das Ausscheiden Italiens aus dem Dreibund am Bündnis zwischen Rumänien und Österreich rechtlich nichts zu ändern vermochte. Rumänien.

Der rumänische Vorstoß in Siebenbürgen hielt noch in den ersten Tagen des September an und wurde durch Angriffe der Russen an den andern Teilen der Ostfront unterstützt. Die Gegenwirkung setzte um den 9. an. Am 20. waren die Rumänen aus Petroseny und vom Szurdukpaß wieder vertrieben. Der Vulkanpaß war am 23. vom Feind gesäubert. Beide Pässe mußten allerdings am 26. wieder geräumt werden; aber bei

Hermannstadt errangen die unter General Falkenhayn vereinigten deutschen und österreichischen Truppen am 29. und 30. einen vollen, entscheidenden Sieg über die eingedrungenen Rumänen. Da ihnen der Weg über den Rotenturmpaß verlegt war, flohen sie in das Fogaraser Gebirge und ließen ihren Fahrpark liegen.

Im deutschen Reichstag konnte der Präsident Dr. Kaempf am 28. September verkünden: „Wir treten in einem Augenblick zusammen, in dem der gewaltige Krieg, den Deutschland um Sein oder Nichtsein führt, militärisch, politisch und wirtschaftlich vielleicht auf dem Höhepunkt angelangt ist. Der neue Feind, der uns entstanden ist, Rumänien, büßt schon heute auf dem Schlachtfelde für den Treubruch ... Der Hungerkrieg, der von England geplant war, ist gescheitert an der Ernte, die uns beschert ist." — Bethmann Hollweg erklärte die verspätete Kriegserklärung Italiens an Deutschland damit, daß Italien vor den Folgen für seine wirtschaftlichen Beziehungen zurückscheute. Darum hätte man die Kriegserklärung gerne Deutschland zugeschoben. „Italien ist von englischer Kohle und englischem Geld abhängig. Bekanntlich wünscht sich Italien auf dem Balkan auch auf Gebietsteile auszudehnen, die in die natürliche Interessensphäre Griechenlands fallen. Um nicht ganz ausgeschaltet zu werden, erschien die Teilnahme Italiens an der Sarrailschen Expedition erwünscht. Das führte zum Zusammenstoß mit deutschen Truppen in Makedonien. So entstand die Kriegserklärung ... Im Vertrag mit Rumänien hatten sich die Vertragschließenden zu gegenseitiger Waffenhilfe im Fall unprovozierter Angriffe von dritter Seite verpflichtet. Als der Krieg ausbrach, vertrat König Karl die Auffassung, daß Rumänien sich uns anschließen müsse. Aber im entscheidendeu Kronrate drang er nicht durch gegen den Ministerpräsidenten, der mit der Entente sympathisierte. Er starb mit dem Bewußtsein, daß Rumänien seine Bundesgenossen verraten habe. Die Politik Bratianus ging darauf aus, sich auf Kosten der unterliegenden Partei zu bereichern. Rußland aber wollte selbst die Bukowina, Serbien den Banat. Nach der Besiegung Serbiens wurde man handelseinig. Noch am 5. Februar erklärte Rumänien, die Neutralität aufrechterhalten zu wollen. Noch sechs Tage vor der Kriegserklärung, ja einen Tag vorher erklärte der König, daß er und die große Majorität des Volkes den Krieg nicht wolle. Aber die Ereignisse haben sich überstürzt. Rußland stellte plötzlich ein Ultimatum, daß es über die ungeschützte rumänische Grenze einrücken werde, falls Rumänien nicht losschlage. Ob dies eine mit Bratianu abgekartete Komödie war, lasse ich dahingestellt; aber die Würfel fielen. Man hoffte, Rumäniens Eintritt in den Krieg werde den Abfall der Türkei und Bulgariens nach sich ziehen ... Im Westen hatte die lang vorher angekündigte große gemeinsame Offensive der Ententeheere eingesetzt; jetzt sollte der Krieg über den Rhein nach Deutschland getragen werden! Was ist geschehen? Wohl haben Franzosen und Engländer Vorteile erzielt, wohl sind unsere ersten Linien um einige Kilometer zurückgedrückt; aber der Durchbruch, die Aufrollung unserer Stellung ist nicht geglückt. Auch im Osten ist der großangelegte Durchbruchsversuch von den Truppen des Erzherzogs Karl und des Generals von Linsingen zum Stehen gebracht worden, neue russische Angriffe westlich von Luck und in den Karpathen, im Zusammenhange mit der Offensive an der Somme sind zusammengebrochen ... In den letzten

Monaten ist der neue große Balkanplan der Entente gereift, der bestimmt war, den Vierbund zu sprengen, die Verbindung zwischen Deutschland und dem Orient auseinanderzureißen und die Türkei, Bulgarien und Österreich, eines nach dem andern, niederzuzwingen, um dann die ganzen Kräfte auf Deutschland allein richten zu können. Fast ein Jahr lang ist, als Vorbereitung hiezu, in Saloniki ein großes Heer aufrechterhalten worden. Ein französisches und englisches Völkergemisch aus der ganzen Welt ist mit Russen, Serben, Italienern und Portugiesen zusammengedrillt. Der Verrat Rumäniens schloß die Kette. Aber während die Salonikiarmee über schwächliche Vorstöße nicht hinausgekommen ist, sind Deutsche, Bulgaren und Türken in die Dobrudscha nördwärts gezogen, statt, wie es sich unsere Feinde dachten, die Russen und Rumänen nach Süden ... So geht der ungeheure Krieg weiter. Immer neue Völker stürzen sich in das Blutbad. Zu welchem Ende? Die Kriegsziele, die unsere Feinde stets unverhüllter verkünden, dulden kein Mißverständnis: Ländergier und Vernichtung. Konstantinopel für den Russen, Elsaß-Lothringen für den Franzosen, Trentino und Triest für den Italiener, Siebenbürgen für den Rumänen. Seit seinem ersten Tag war uns der Krieg nichts anderes als die Verteidigung unseres Rechtes auf Leben und Freiheit. Deshalb haben wir als die ersten und einzigen unsere Bereitschaft zu Friedensverhandlungen aussprechen können. Ich habe am 9. Dezember und wiederholt deutlich genug darüber geredet ... Briand sagte, Frankreich kämpfe um einen festen und dauerhaften Frieden; das wollen wir auch. Aber glaubt Herr Briand, daß die Ideen unserer Gegner, französische Revanche, russische Eroberung, englische Einkreisung und Weltherrschaft, daß die Haßgedanken und der Vernichtungswille, die Boykottierungstendenzen die Freiheit, Ehre und Würde der Nationen und ihre Zusammenarbeit im Dienste der Humanität und Gesittung verbürgen? ... Was sich England aus der erhofften Beute in Kleinasien, was es sich an Kolonien zueignen will, läßt es noch im Dunklen. Was die Briten aus Deutschland machen wollen, darüber lassen sie keinen Zweifel: Unser Leben als Nation soll zerstört werden. Militärisch wehrlos, wirtschaftlich zerschmettert, von der Welt boykottiert, verurteilt zu dauerndem Siechtum, das ist das Deutschland, das England sich zu Füßen legen will. Wenn dann keine deutsche Konkurrenz mehr zu fürchten ist, wenn Frankreich sich verblutet hat, alle Kriegsverbündeten finanziell und wirtschaftlich England Frohndienste leisten, wenn die neutrale europäische Welt sich jedem britischen Geheiß und jeder britischen schwarzen Liste fügen muß, dann ist auch dem ohnmächtigen Deutschland der Traum der englischen Weltherrschaft Wirklichkeit geworden. Für dieses Ziel kämpft England mit einem in seiner Geschichte beispiellosen Kräfteaufwand, mit Mitteln, die einen Bruch des Völkerrechts an den andern reihen. Darum ist England unter allen der egoistischeste, erbittertste und hartnäckigste Feind. Ein deutscher Staatsmann, der sich scheute, gegen diesen Feind jedes taugliche, den Krieg wirklich abkürzende Kampfmittel zu gebrauchen, sollte gehenkt werden ..."

Bei der sozialdemokratischen Reichskonferenz zu Berlin 22. September zeigte sich der Gegensatz der beiden Richtungen Scheidemann und Haase. Dieser lehnte mit der Minorität die Politik der Fraktionsmehrheit als unsozialistisch ab. „Wenn die deutsche Sozialdemokratie die Vorkämpferin der Internationalen sein wolle, dann dürfe sie nicht fragen, was die andern Sozialisten.

tun, sondern müsse ihnen vorangehen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie im Kriege müsse sein, die Völker einander wieder anzufreunden. Die überwiegende Majorität anerkannte aber die Pflicht der Landesverteidigung gegen eine Welt von Feinden, um das Deutsche Reich vor Zerstückelung, vor wirtschaftlicher und politischer Knebelung zu bewahren. Darum stellt sich in diesem Verteidigungskrieg die Sozialdemokratie in Reih und Glied mit der Gesamtheit des deutschen Volks. Sie weist alle Vernichtungs- und Eroberungsziele der feindlichen Mächte zurück, aber auch die Treibereien derer, die dem Krieg den Charakter eines deutschen Eroberungskrieges geben wollen. Das Ideal des dauernd gesicherten Weltfriedens bleibt der Leitstern ihrer Politik. Getreu dieser grundsätzlichen Auffassung hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Friedensbereitschaft während des Krieges bekundet. Sie bedauert, daß diese Bemühungen bei den Gegnern nicht den gewünschten Wiederhall gefunden haben. Nicht nur, daß die leitenden Staatsmänner der feindlichen Mächte jeden Gedanken an den Frieden bis jetzt schroff zurückgewiesen und mit Zerschmetterungs- und Eroberungsdrohungen beantwortet haben, auch die offiziellen Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei haben sich immer wieder in gleichem friedensfeindlichen Sinn ausgesprochen. Den für ihre Weigerung angeführten Grund, die deutsche Sozialdemokratie mache sich zur Mitschuldigen an dem angeblichen Überfall Deutschlands auf Rußland und Frankreich, weisen wir zurück, denn Deutschland war infolge der allgemeinen Mobilmachung Rußlands vom 31. Juli 1914 aufs schwerste bedroht." Darum billigte die Reichskonferenz die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Briand. In der französischen Kammer besprach Ministerpräsident Briand am 14. die Kriegslage; er sagte unter anderem: „Wir wurden nach Saloniki gerufen, um bei der Verteidigung Serbiens, des Verbündeten Griechenlands, zu helfen, und wir werden dort das Werk fortsetzen, bis das Ziel erreicht ist. Wir legen Wert darauf, die überlieferte Rolle der Schutzmächte auszufüllen, die das griechische Gebiet schützen ... Die ruhmvollen Siege der russischen und italienischen Heere und der englischen und französischen Soldaten an unserer Front berechtigen uns zu jeder Hoffnung." Als der Sozialist Brizon in einem Zwischenruf Einspruch erhob gegen die Verewigung des Krieges, der so viel Menschenopfer koste, erwiderte Briand: „Frankreich erträgt seit zwei Jahren den Eindringling und Sie sprechen von Frieden! Welche Herausforderung, welche Schmach für das Gedächtnis all unserer Toten! Das würde ein Kriegsfriede sein. Deutschland würde den Streich wiederholen, der ihm diesmal nicht geglückt ist. Während vierundvierzig Jahren arbeitete Frankreich mit einer Wunde in der Seite. Es wird sich nur erholen, wenn es ganz siegreich ist. Kein Franzose kann heute den Frieden wünschen."

England. Wie England sich den Frieden vorstellte, zeigte die „National Review" im Septemberheft: „Wir werden den Hunnen unsern Willen aufzwingen, indem wir ihnen die Bedingungen diktieren. Großmut wäre bei einem so niederträchtigen Volk nicht am Platz. Germania delenda est. Deutschlands Kolonien werden aufgeteilt. Aachen und sein Nachbargebiet muß dem belgischen Königreich einverleibt werden, ebenso Luxemburg. Außer Elsaß-Lothringen kommt das Saartal mit Trier zu Frankreich, ganz Preußisch-Polen zu Russisch-Polen. Deutschland hat seinen ganzen Flottenbestand auszuliefern, auch die Handelsschiffe als Ersatz für die versenkten Schiffe. Die

militärische Landmacht Deutschlands ist auf eine halbe Million Mann zu reduzieren. Kiel und der Kieler Kanal werden internationalisiert. Zur Strafe für Missetaten werden einige Paläste in Berlin angezündet. Das Deutsche Reich ist zu zerstückeln. Das sei das Mindestmaß. Mit jedem weiteren Kriegsmonat sind die Bedingungen und Entschädigungen zu steigern."

Kriegsminister Lloyd George sagte am 28. September einem amerikanischen Preßvertreter: „Der Kampf wird dauern bis zur Niederschmetterung, bis der preußische Militärdespotismus auf ewig zerstört ist. Bei den Engländern ist es der Sportsgeist, der das Heer bis zum letzten Augenblick beleben wird, bei den Franzosen die brennende Vaterlandsliebe. Rußland wird bis zum Tode kämpfen. Es war langsam zu erwecken, aber es wird ebenso langsam in der Beruhigung seines Gefühls sein, es wird nichts vergessen, es schlägt los, wann man es am wenigsten erwartet. Niemals wieder! ist unser Kriegsruf. Dieses Schreckliche darf sich nicht wieder auf Erden ereignen. Man muß den Urhebern dieses Verbrechens gegen die Menschheit eine solche Strafe auferlegen, daß die Versuchung, ihr Beginnen zu wiederholen, getilgt wird. Das ist es, was England will." Das heißt, England will nicht mehr für seine Weltherrschaft zu fürchten haben.

Dem schweizerischen Bundesrat lagen Eingaben zur Förderung des Friedens vor, worüber am 23. September berichtet wurde. Die Ford-Konferenz ersuchte alle Regierungen und Parlamente der neutralen Länder, die Initiative zu ergreifen für die Berufung einer offiziellen Konferenz der Neutralen zum Zwecke der Beschleunigung des Abschlusses eines gerechten und dauerhaften Friedens. Es lag auch eine Resolution einer Reihe von großen Volksversammlungen in schweizerischen Städten vor, die die Bundesversammlung und den Bundesrat dringlichst ersuchten, alle möglichen Schritte zu tun zur Einberufung einer allgemeinen Staatenkonferenz für die Beratung einer internationalen Rechtsordnung und zur Erledigung der völkerrechtlichen, territorialen, wirtschaftlichen Streitfragen. — Der Bundesrat erachtete aber den Zeitpunkt dazu noch nicht für gekommen: „Solange nicht in den kriegführenden Staaten selbst die öffentliche Meinung eine einschneidende Wandlung erfährt und sie durchzusetzen vermag, erscheint es vergeblich, ja gefährlich, den Zusammentritt einer Konferenz der Neutralen zu veranlassen. Ein vertraulicher Gedankenaustausch der Regierungen bietet mehr Gewähr für ein bestimmtes Ergebnis als Erörterungen und Beschlüsse einer Konferenz." Schweiz.

Offiziös wurde von Berlin aus am 24. September gemeldet: „In der zweiten Hälfte des Monats September setzte die Entente auf allen Fronten mit einer neuen großen, gemeinsamen Anstrengung ein. Der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg gab das Stichwort. Hat auch dieser neue Akteur seine Rolle bisher sehr mangelhaft gespielt, so haben es doch seine Partner, um ihm sein Auftreten zu erleichtern, an nichts fehlen lassen, außer am Erfolg. An vier Stellen machte Rußland Durchbruchsversuche großen Stils. Drei zielten auf Lemberg, von Luck, von Zborow, vom Najarowka-Abschnitt aus. Der vierte Durchbruchsversuch in den Karpathen zielte auf Siebenbürgen ... Es ist zu begreifen, daß es den Russen peinlich ist, die nahezu völlige Ergebnislosigkeit ihrer verzweifelten Anstrengungen in einem Augenblick einzugestehen, da die soeben zusammengetretene Volksvertretung ihrer französischen Verbündeten angstvoll auf hoffnungsverheißende Nachrichten aus dem Osten lauscht."

Dobrudscha.

Von den Ereignissen auf dem Balkan ist am wichtigsten der bulgarische Vorstoß in die rumänische Dobrudscha. Er breitete sich ohne Unterbrechung mit steigendem Erfolg aus. Die Rumänen zogen sich ebenso stetig nach Norden zurück. Auch an der makedonischen Front um Lerina und an der Struma wurde mit Erbitterung von beiden Seiten weitergekämpft. König Ferdinand begleitete den Krieg gegen Rumänien mit folgendem Manifest vom 1. September: „Bulgaren! Im Jahre 1913, nach Beendigung des Balkankrieges, als Bulgarien gezwungen war, sich mit seinen treulosen Verbündeten zu schlagen, griff uns unser Nachbar Rumänien unter dem Vorwand eines Bruches des Gleichgewichts auf dem Balkan verräterisch an und fiel in den nichtverteidigten Teil unseres Vaterlandes ein, ohne daselbst Widerstand zu finden. Durch diesen räuberischen Einfall gelang es ihm, uns unsere fruchtbare, teure Dobrudscha, den Mittelpunkt unseres ersten Königreiches, zu entreißen ... Heute, da Bulgarien der Herr beinahe aller Gebiete ist, auf welche es geschichtliche und völkische Rechte besitzt, hat dieser selbe Nachbar unserm Verbündeten, Österreich-Ungarn, den Krieg erklärt, und zwar wieder unter dem Vorwand, daß der europäische Krieg wichtige Veränderungen auf dem Balkan in sich berge, die seine Zukunft bedrohen würden ... Wir werden den treubrüchigen Nachbar vernichten, die Einheit des bulgarischen Volkes sichern und unsere Brüder in der Dobrudscha von der Knechtschaft befreien..."

Die serbische Skupschtina tagte Mitte September auf Korfu. Pasic gab in mehreren Geheimsitzungen eine Darstellung der Lage.

Griechen.

Nachdem die deutsch-bulgarischen Truppen durch den Angriff Sarrails sich gezwungen gesehen hatten, im Gegenangriff in Griechisch-Makedonien einzumarschieren, stand hinter dem bis zum Strumafluß vorgedrungenen linken bulgarischen Flügel das vierte griechische Armeekorps, Gewehr bei Fuß, in den Städten Serres, Drama und Kavalla. Die Maßnahmen der Entente zielten darauf ab, diese griechischen Truppen auf ihre Seite zu zwingen oder ihnen ein ähnliches Los zu bereiten wie den in Saloniki vergewaltigten Teilen der 11. griechischen Division. Die freie Verbindung mit Athen war unterbunden. Der Verkehr mit den Behörden in der Heimat wurde von der Entente beaufsichtigt und nach Belieben verweigert. Der kommandierende General des griechischen Armeekorps in Kavalla, treu dem Willen seines Kriegsherrn und der gesetzmäßigen Regierung, an der Neutralität festzuhalten, sah sich angesichts der unhaltbaren Lage der ihm anvertrauten Truppen, bedroht von Hunger und Krankheiten, gezwungen, selbständig zu handeln, und bat am 12. d. M. die deutsche oberste Heeresleitung, seine braven königs- und regierungstreuen Truppen vor dem Drucke der Entente in Schutz zu nehmen und ihnen Unterkunft und Verpflegung zu gewähren. Diesem Ansuchen wurde entsprochen. Um jeder Verletzung der Neutralität vorzubeugen. wurde mit dem General vereinbart, die griechischen Truppen voll bewaffnet und ausgerüstet als Neutrale in Unterkunftsorte in Deutschland zu überführen. Sie sollten hier Gastrecht genießen, bis ihr Vaterland von den Eindringlingen der Entente verlassen sei.

Italien versuchte eine neue Offensive an der Isonzofront, auf der Karsthochfläche. Nördlich Arsiero sprengten die Österreicher am 23. September den von den Italienern am 24. Juli besetzten Gipfel des Monte Cimone in die Luft; dabei wurde eine ganze Kompanie verschüttet und viele Gefangene gemacht. Als Antwort auf die Beschießung von Cortina d'Ampezzo bombardierten die Italiener den Bahnhof von Sillian, von Toblach und die Eisenbahnlinie im Drautal. Die Italiener verloren das Kriegsschiff „Leonardo da Vinci" durch eine Explosion. Cimone.

An der Westfront setzte sich die Schlacht an der Somme fort und flaute erst gegen Ende des Monats ab. An Stelle des Generals Graziani trat am 21. Duport als Chef des französischen Generalstabes. — Es erfolgten neue Angriffe deutscher Luftschiffe auf London und die südöstlichen und mittleren Grafschaften Englands. — Verschiedene Gerüchte veranlaßten den Grafen Zeppelin, am 5. folgendes Schreiben an den Reichskanzler zu richten: „Wie ich höre, wird bei der von den Gegnern Eurer Exzellenz betriebenen Agitation immer wieder darauf hingewiesen, es sei auch meine Ansicht, daß aus Schonung für England oder aus dem Wunsche, die Verständigung mit England nicht zu erschweren, also aus irgendwelchen politischen Motiven, von den Zeppelinen nicht der möglichst wirksame Gebrauch gemacht wird. Ich habe mich überzeugt, daß die Verwendung der Zeppeline durch politische Rücksichten in keiner Weise behindert wird . . ." Zeppelin.

Über die britische Seemacht sagte Balfour am 5. September: „Wir verfügen heute über beträchtlichere Hilfsmittel als im August 1914. Wenn trotzdem immer mehr gearbeitet werden muß, so kommt das daher, weil der Feind, wohl wissend, daß er in einem loyalen Kampf wenig Aussichten hat, auf dem Wege des Tauchbootkrieges versucht, eine numerische Gleichheit zwischen den beiden Flotten herbeizuführen. Dies erfordert eine erhöhte Arbeit. Wir besitzen die Hälfte des gesamten Tonnengehaltes der Welt, was die Handelsflotte betrifft; davon wird die Hälfte zu militärischen Zwecken verwendet. Die Gefahren, die der Handelsflotte von den Unterseebooten drohten, sind gewichen, denn wir haben besondere Fahrzeuge zu ihrer Bekämpfung gebaut. Wir müssen weiter arbeiten, denn es ist unerläßlich, daß wir die See absolut beherrschen." Man schätzte die Verluste durch Tauchboote gering im Verhältnis zur gewaltigen Größe der britischen Flotte; sie würden durch Ankauf und Neubauten mehr als ersetzt. See.

Oktober.

Es erschien nun ein österreichisches Rotbuch zur Vorgeschichte des rumänischen Krieges mit Berichten des dortigen österreichischen Gesandten Grafen Ottokar Czernin. Entscheidend sei ein russisches Ultimatum vom 24. August gewesen, einerseits mit weitgehenden Versprechungen: Siebenbürgen, Banat, Bukowina, Donaumündungen, anderseits mit der Drohung eines Einmarsches von 100.000 Mann. Ein anderes österreichisches Rotbuch enthielt den dritten Nachtrag der Sammlung von Nachweisen für die Verletzung des Völkerrechts durch die Gegner. Czernin.

Im Deutschen Reichstag sprach am 9. Oktober Staatssekretär Jagow über Kriegs- und Friedensfragen. Er verwies auf die Vorgänge vor und Reichstag.

bei Kriegsausbruch in England, wo das parlamentarische System nicht verhinderte, daß durch die Regierung hinter dem Rücken des Parlaments die weitestgehenden Abmachungen getroffen wurden. Auch in Frankreich bewährte sich das parlamentarische System nicht; dort übt das Kabinett Briand eine Diktatur aus; es herrscht der reine Terrorismus. — Über die Unterseebootfrage konnte der Ausschuß zu keiner Beschlußfassung sich entscheiden. — Spahn betonte am 11. Oktober die Beschlagnahme des Palazzo di Venezia als eine alle Katholiken angehende Verletzung des Garantiegesetzes und der Suveränität des Papstes. — Der Sozialist Scheidemann meinte: „Wenn gesagt wurde, daß der Reichskanzler bei dem Willen der Gegner bis zum Ende den Krieg zu führen, nicht vom Frieden sprechen könne, so sage ich: Wir können es. Das deutsche Volk und alle deutschen Sozialisten können es tun, ebenso auch die Franzosen, Engländer und Russen. Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch ist, belgisch, was deutsch, deutsch. Not herrscht überall, auch bei den Gegnern . . . Die Wühlarbeit gegen den Kanzler geht hervor aus der Furcht vor einer heraufsteigenden Demokratie. Der wütende Haß gegen ihn ist zurückzuführen auf die in Aussicht gestellte Neuorientierung . . . Wir wünschen uns eine Regierung, die alle Kräfte der Verteidigung organisiert und zugleich unablässig auf den Frieden hinarbeitet . . . Beschämen Sie England und Amerika, indem Sie mitten im Kriege dem deutschen Volke seine Rechte geben. Das deutsche Volk ist im höchsten Maße opferfähig. Öffnen Sie seine verborgensten Schatzkammern und holen Sie das Letzte heraus, dann werden Sie Ihre Pflicht zur Verteidignng des Vaterlandes ganz getan haben.“ — Bassermann (nationalliberal) sagte: „Wir erkennen den großen Ernst der Gesamtlage, sind aber überzeugt, daß der Siegeswille ungebrochen ist . . . Es liegt System darin, den Reichskanzler dem Volke so darzustellen, als wenn er im Banne der Pazifisten stände . . . Wir wünschen eine Neuorientierung. Das deutsche Volk wird nach dem Kriege mit Recht die Beseitigung gewisser Schranken fordern. Alle Schranken, die das religiöse Bekenntnis setzt, müssen fallen.“ — Naumann sprach über sein Lieblingsthema, die „spätere Lebensgemeinschaft mit unseren Waffenbrüdern. Wir protestieren gegen die Auffassung, die von der Pariser Wirtschaftskonferenz ausgesprochen wurde, als ob ein wirtschaftlicher Zusammenschluß mit Österreich-Ungarn ein Angriff auf die freie Bewegung des Welthandels nach dem Kriege bedeute . . . Wir werden nicht schwächer vor der Welt, wenn wir bekennen: Wir waren ein Volk von friedlicher Gesinnung und sind es auch heute. Die Fläche Mitteleuropas ist frei und friedlich, draußen herum an den Rändern ist Kampf. Das ist eine große Leistung, die allem herumschleichenden Pessimismus gegenüber in ihrer ganzen weltgeschichtlichen Größe dargestellt werden muß. Ganz Mitteleuropa von Helgoland bis Konstantinopel, wann war es seit Jahrtausenden so friedlich wie heute? Wir sind nicht mehr der Spielplatz . . . Wir brauchen eine Regierung, die den Krieg führt wie eine Schicksalspflicht, die von einer höheren Macht aufgezwungen worden ist, nicht wie eine Willkür der Völker, die den Zeitpunkt abwarten, wann sie in den Kampf eintreten wollen, wie Rumänien. Die Regierung, die das deutsche Volk braucht, ist eine Regierung, die glaubt, daß die Weltregierung selbst mit uns noch etwas vorhat . . .“ — Der konservative Graf Westarp sprach gegen

die „Neuorientierung", wenn man darunter Demokratisierung verstehe; denn gerade die Grundlagen der Monarchie, Autorität und Disziplin, haben sich herrlich bewährt ... Es kommt darauf an, nicht nur den festen Willen zum Siege zu haben, sondern auch den festen Glauben." Der Minoritätssozialist Haase wandte sich gegen den rücksichtslosen Tauchbootkrieg, der aus politischen und wirtschaftlichen Gründen verwerflich sei und den Krieg nur verlängern und verschärfen würde. Mäßiger sprach sich der Mehrheitssozialist David aus: „Wenn die Feinde zur Einsicht kommen, daß Deutschland nie zerschmettert werden kann, wird Friede sein. Ausharren bis zur Bereitschaft der Gegner, einen Frieden zu schließen, der unsere Integrität gewährleistet, ist die Losung. Aber dann Neuorientierung!" — Der Kartoffelmangel wurde als erschreckend bezeichnet. — Man beschwerte sich darüber, daß Erörterungen über das Kriegsziel verboten blieben. — Der neue Kriegskredit von zwölf Milliarden wurde mit allen Stimmen gegen die der sozialistischen Minderheit angenommen.

Gegen Ende Oktober waren wieder Gerüchte über einen Sonderfrieden mit Rußland in Umlauf. Sie wurden von Wien aus offiziös dementiert.

Asquith äußerte sich im Unterhaus am 11. Oktober sehr zuversichtlich. Eine Niederlage der Türken habe die Gefahr eines Angriffs auf den Suezkanal in die Ferne gerückt und das türkische Ansehen in Syrien und Arabien gemindert. „An der Westfront von Ägypten sind die Senussi zur Untätigkeit verdammt. Diese Tatsachen bereiteten im Verein mit den Kämpfen in Darfur den türkisch-deutschen Ränken in Ägypten und im Sudan wirksam ein Ende. In Saloniki erhielten die alliierten Streitkräfte beträchtliche russische und italienische Verstärkungen und ergriffen Anfang September die Offensive, um ihre Tätigkeit mit der der russischen und rumänischen Truppen zu vereinigen. Auf dem linken Ufer der Struma setzten sich Briten fest. Die Russen, Franzosen und Serben nahmen Florina und sind in der Nähe von Monastir. Es besteht völliges Einvernehmen und Vertrauen zwischen den Generalstäben. In Deutsch-Ostafrika sind fast alle Teile und Hauptverbindungswege der Kolonie in unserer Hand. Auf der Front in Frankreich nahmen wir eine Reihe stark befestigter Linien, die der Feind fast zwei Jahre lang ausgebaut hatte. Unsere Artillerie hat die große Überlegenheit. Unsere Flugzeuge gewannen die Herrschaft in der Luft. Wir zwangen den Feind, den Angriff auf Verdun tatsächlich aufzugeben. Es ist also nicht der Augenblick, Kleinmut, Schwäche oder Entschlußlosigkeit zu zeigen. All diese Anstrengungen dürfen nicht durch ein entehrendes Kompromiß zu einem Ende kommen. Die Alliierten haben ihre Ziele genau bekanntgegeben; sie verlangen volle Entschädigung für die Vergangenheit, volle Sicherheit für die Zukunft." — Lloyd George wiederholte, eine Intervention im jetzigen Augenblick würde ein Triumph Deutschlands und das Verderben Englands sein.

England.

Staatssekretär Grey fragte am 23. Oktober auf einem Bankett der fremdländischen Presse: „Was können die Neutralen tun? Wilson und Hughes unterstützen einen Bund, der gegründet wurde zum Zweck, eine internationale Vereinigung nach dem Kriege zu schaffen, die das ihrige tun soll, den Frieden in der Zukunft zu sichern. Das ist ein Werk der neutralen Länder, auf das wir alle mit Wohlwollen und Hoffnung blicken. Die Aufgabe dieses Bundes ist, darauf zu sehen, daß Verträge gehalten werden, daß jedes weitere Aushilfsmittel versucht wird, ehe ein Krieg zum Ausbruch

kommt. Im Jahr 1914 bestand ein solcher Bund nicht. Aber man muß noch mehr haben: ein Abkommen über die Methoden, nach welchen ein Krieg geführt werden darf. Wir verurteilen die deutsche Art der Kriegführung, das wahllose Ausstreuen von Minen, den Gasgebrauch, das Versenken von Handelsschiffen mit Mannschaft und Passagieren, die Greuel in den besetzten Gebieten. Die Neutralen haben auch ein Interesse daran. Es muß jede Nation, die von bestimmten Regeln abweicht, in der ganzen Welt als gemeinsamer Feind des Menschengeschlechts betrachtet werden. Wir wollen wieder frei vom Schatten des preußischen Militarismus leben. Dafür kämpfen wir."

Italien. Der italienische Minister Bissolati bekannte sich auch in einer Unterredung mit einem amerikanischen Pressevertreter zu den Anschauungen der englischen Minister und sagte, alle Verbündeten seien fest entschlossen, nur einen Frieden zu schließen, der nicht von Keimen weiterer Kriege befleckt sei. Österreich-Ungarn müsse als Staat zerstört werden. Wer heute den Friedensgedanken hege, sei des Verrates schuldig. Man dürfe Österreich nicht das Ultimatum gegen Serbien und die Hinrichtung Battistis verzeihen. Er richtete auch heftige Angriffe gegen den Vatikan. Er verlangte garantierte Orientierung des deutschen Volks im Geiste Liebknechts, Vernichtung des deutschen Militarismus und seiner Hauptwaffe, des vielköpfigen Ungeheuers der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Da die offiziöse „Tribuna" sich gegen die Feststellung des Reichskanzlers wandte, wonach Fürst Bülow vor seiner Abreise aus Rom der italienischen Regierung mitteilte, die italienische Armee werde in ihrem Kampf gegen Österreich auch auf deutsche Truppen stoßen, erfolgte von Seite Bethmanns eine neuerliche Feststellung durch ein Telegramm Bülows vom 23. Mai 1915. Danach sagte der Generalsekretär im italienischen Ministerium des Äußern Martino zum deutschen Botschaftsrat, der ihm diesen Auftrag seiner Regierung überbrachte, das sei eine sehr ernste und höchst bedauerliche Nachricht; das würde in Italien auch einen Haß gegen Deutschland hervorrufen, von dem gegenwärtig keine Rede sei. Dadurch würde zwischen den beiden Völkern ein Abgrund entstehen, den viele Jahre friedlicher Annäherungsarbeit nicht würden überbrücken können. Deutschland und Italien hätten keine widerstrebenden politischen Interessen. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß der Krieg nicht zu animos geführt und auf diese Weise zu einem unheilbaren Bruch zwischen den beiden Völkern führen werde.

Die Generalversammlung der radikalsozialistischen Partei Frankreichs vom 22. Oktober forderte den Krieg bis zum vollständigen Triumph der Alliierten, Rückgabe von Elsaß-Lothringen und ein System internationaler Garantien gegen einen zukünftigen Krieg einer Gegenrevanche.

Rumänen. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz gelang die Vertreibung der eingedrungenen Rumänen aus Siebenbürgen und die Zurückweisung großer russischer Angriffe in Wolhynien, Ostgalizien und der Bukowina. In der Dobrudscha eroberten unter Mackensens Oberbefehl die verbündeten Deutschen, Bulgaren und Türken die Hafenstadt Constantza, 23. Oktober, und den wichtigen Donauknotenpunkt Cernawoda, 25. Oktober. Südlich von Bukarest gingen die Verbündeten über die Donau vor. Die

feindlichen Angriffe an der makedonischen Front, an der Cerna kamen nach anfänglichem Erfolg zum Stillstand.

Das Vorgehen der Entente gegen Griechenland gipfelte im Ultimatum des französischen Flottenchefs an die griechische Regierung (11. Okt.), worin mit Rücksicht auf die Sicherheit der Flotte der Alliierten die Auslieferung fast der gesamten griechischen Flotte, sowie die Übergabe des Piräus und der Larissabahn verlangt wurde. Dem mußte sich Griechenland (mit Protest) unterwerfen. Der König Konstantin erließ folgenden Befehl an die Flotte 17. Oktober: „In diesen Tagen haben eure Lippen Gift getrunken. Neue Wunden machen Tag für Tag die Seele unser aller bluten, die wir einst nur ein geehrtes Griechenland kannten. Ihr seid alle gequälten Herzens und tränenden Auges gekommen, euch um euren König zu scharen. Ich begrüße euch als Vertreter des angebeteten Vaterlandes. Möge die Stunde kommen, wo ihr die ruhmvollen Fahnen wieder an Bord zurückbringet . . .“ — Eine provisorische Regierung konstituierte sich in Saloniki 14. Oktober unter dem Präsidium des Venizelos. Der französische Gesandte versicherte allerdings dem König Konstantin, es liege nicht in der Absicht des losgetrennten Landesteiles, gegen die Hauptstadt zu marschieren. Es kam ein Vergleich zustande. Der König versprach, alle Maßregeln durchzuführen, die dazu beitragen könnten, die Bedenken der Entente zu beseitigen. Dafür sollte der König künftig nicht belästigt werden und im friedlichen Genuß der Regierung im treugebliebenen Landesteil bleiben. Den losgetrennten Teil des Landes betrachteten die Alliierten als Bundesgenossen.

Griechen.

Venizelos.

Indessen hatten die Italiener immer ausgedehntere Strecken von Epirus besetzt, so das ganze Gebiet gegenüber von Korfu.

Gegen Italien dauerten die Schlachten am Isonzo und die Kämpfe in Südtirol an. Die Karsthochfläche, das Fleimstal, die Fassaner Alpen, die Wippach, Lokvica, Oppacchiasella, der Pasubiogipfel usw. waren Zeugen der entscheidungslosen Kämpfe. Kaiser Franz Josef dankte allen Truppen am 17. Oktober für ihre Pflichttreue, ihren Opfermut auf allen Schlachtfeldern und allen Fronten.

Ebenso zogen sich die Schlachten an der Somme und vor Verdun ohne Entscheidung hin. Gigantische Angriffe wurden zu Niederlagen, heldenhafte Widerstände oder Rückzüge zu Erfolgen. — Generaloberst v. Kluck wurde am 19. zur Disposition gestellt. Kriegsminister Wild v. Hohenborn wurde am 29. Oktober mit der Führung eines Armeekorps im Westen betraut und durch Generalleutnant v. Stein ersetzt. — Hauptmann Boelcke, der am 27. Oktober sein vierzigstes feindliches Flugzeug herabgeschossen hatte, verunglückte tödlich am 28. Oktober.

Deutsche Marineluftschiffe bombardierten am 2. Oktober London. Ein deutsches Tauchboot (U 53) durchquerte den Ozean in siebzehn Tagen und traf am 8. Oktober aus Wilhelmshaven in Newport (Rhode Island) ein. Ohne Brennstoff oder anderes Material einzunehmen verließ das Schiff

Tauchboot.

(Kapitän Rose) nach zwei Stunden wieder den Hafen. Die Aufregung war groß, da bis zum 10. Oktober sechs englische Schiffe, die aus kanadischen Häfen ausgefahren waren, als versenkt gemeldet wurden. Man glaubte, daß drei Tauchboote dort an der Arbeit seien. Diese Nachrichten drückten auch auf die Neuyorker Börse, besonders auf Schiffahrtswerte und Kriegswerte. Kommandant Rose kam am 31. wohlbehalten zurück. Er hatte in Amerika einen Brief des Kaisers Wilhelm an Wilson abgegeben in Erwiderung eines Schreibens des Präsidenten über die notleidende polnische Bevölkerung und die Frage der amerikanischen Hilfeleistung. — Der Besuch des Unterseebootes führte zu diplomatischen Erörterungen. Die Vereinigten Staaten lehnten es ab, das Verlangen des Vierverbandes anzunehmen, daß die Neutralen die Benützung ihrer Häfen allen Tauchbooten, ob Handelsschiffen oder Kriegsschiffen, verweigern sollten. Sie sahen keinen Anlaß dafür, daß die bestehenden Regeln des Völkerrechts auf die Unterseeboote nicht anwendbar sein sollten. Norwegen aber verbot den Aufenthalt von Unterseebooten einer kriegführenden Macht in den norwegischen Fahrgewässern, außer in besonderen Fällen der Not.

Deutsche Torpedobootstreitkräfte stießen in der Nacht auf den 27. Oktober aus der Deutschen Bucht durch die Straße Dover-Calais bis zur Linie Folkestone-Boulogne im englischen Kanal vor und versenkten eine beträchtliche Anzahl von Schiffen des Transportdienstes ohne eigenen Verlust.

Die Türkei meldete, daß, gestützt auf die siegreichen Befreiungsoperationen der ottomanischen Armee in Persien, die persischen Bachtiaren sich zum heiligen Krieg gegen die Russen erhoben und die Stadt Ispahan befreiten (5. Okt.)

Wilson. In einer Rede in Cincinnati führte Wilson am 27. Oktober aus, der Krieg, der die ganze Nerven- und Körperkraft der europäischen Nationen erschöpfe, biete Amerika die Gelegenheit, daraus Nutzen zu ziehen. Die Vereinigten Staaten haben in den zwei Kriegsjahren eine Belebung ihrer Industrie erfahren, wie sie nie zuvor erlebt wurde. Aber das ist Nebensache. „Amerika muß zeigen, daß es als Glied der Völkerfamilie den andern Nationen gegenüber dieselbe Haltung einnimmt, die seinem Wunsche gemäß seine eigenen Völker zueinander einnehmen sollen. Amerika muß zeigen, daß es bereit ist, nicht nur seinen moralischen Einfluß, sondern auch seine physische Kraft zur Verfügung zu stellen, wenn andere Nationen mit ihm zusammen dafür sorgen wollen, daß keine Nation und keine Gruppe von Nationen es versucht, eine andere Nation oder eine andere Gruppe von Nationen auszunützen, und daß das einzige, wofür gekämpft wurde, die allgemeinen Rechte der Menschheit sind. Viele führen Beschwerde darüber, daß wir nicht jetzt kämpfen, um etwas zu erreichen, was wir für unsern Handel ausnützen könnten. Aber das zu tun, hieße sich in das Chaos der feindlichen Bestrebungen stürzen. Hat jemand jemals davon gehört, woraus der gegenwärtige Krieg entstanden ist? Wenn ja, dann wünsche ich, er möge das bekanntgeben. Doch soviel ich sehe, weiß es

niemand. Keine einzelne Tatsache hat den Krieg hervorgerufen, sondern alle Dinge im allgemeinen. Dieser Krieg hat einen Umfang angenommen, der die Stellung der Neutralen unerträglich macht. Mit der Neutralität ist es vorbei. Wir haben noch keine Gesellschaft der Nationen, aber wir müssen sie erreichen, nicht plötzlich, nicht durch feindseligen Nachdruck, sondern durch den Hinweis auf die Not der Zeit. Die Völker der Erde müssen sich zusammentun und sagen: Hinfort kann niemand neutral bleiben, wenn es sich um die Störung des Weltfriedens handelt aus einem Anlaß, den die Meinung der Welt nicht anerkennen kann. Amerika ist dazu da, daß wenigstens in einer Regierung die Grundrechte der Menschheit verkörpert werden. Amerika muß bereit sein, seine ganze Kraft für die Sicherung dieser Rechte in die Wagschale zu werfen." Allerdings hielt man noch nicht den Augenblick für gekommen, in dieser Absicht in den Krieg einzutreten, darum verkündete der Botschafter Penfield in Wien am 19. die Neutralität im Kriege mit Rumänien.

Stürgkhs Ermordung.

In der österreichischen Regierung traten Veränderungen ein durch die tolle Tat eines verzweifelten jungen Menschen. Der sozialdemokratische Schriftsteller und Parteisekretär Friedrich Adler, der Sohn des Reichsratsabgeordneten Viktor Adler, des Führers der österreichischen Sozialdemokratie, trat am 21. Oktober mittags an den Tisch heran, wo Graf Stürgkh, der Ministerpräsident, eben im öffentlichen Hotelraum „Meißl und Schadn" das Mittagessen einnahm und gab in rascher Aufeinanderfolge drei Schüsse auf ihn ab. Graf Stürgkh wurde in den Kopf getroffen und war sofort tot. Fritz Adler wurde verhaftet, ohne sich zur Wehr zu setzen. Er war 1879 geboren, von jüdischer Abstammung, konfessionslos; seine Frau und die Kinder waren seit zwei Jahren in der Schweiz. Er redigierte die Zeitschriften „Das Volk" und „Der Kampf". Er war auch Sekretär der Deutschsozialdemokratischen Partei, wohlhabend, besonders radikal, ein exaltierter Eigenbrödler, fast immer im Widerspruch mit der Parteileitung. Zerfallen mit sich selbst und mit der Partei, faßte er den Mordgedanken, um auf irgendeine Weise Aufsehen zu erregen und nicht ohne Lärm aus der Welt zu scheiden. Stürgkh war ein durchaus achtungswerter Mann, pflichteifrig und fleißig, gütig, liebenswürdig, entgegenkommend, arbeitsfreudig und hatte in den Augen des jüdischen Parteihasses nur den einen Fehler, zur Regierung berufen zu sein. Der sozialdemokratische (früher deutschnationale) Abgeordnete Pernerstorfer suchte seine jetzige Partei reinzuwaschen. Er sagte am 23. Oktober bei einer Versammlung der Vertreter der parlamentarischen Parteien des Abgeordnetenhauses: „Wir haben den dahingeschiedenen Ministerpräsidenten stets als den politischen Gegner der Demokratie betrachtet; wir haben seine Politik nicht gebilligt und immer bekämpft. Aber es widerspricht den sozialdemokratischen Grundsätzen und Traditionen, den Kampf nach terroristischen Methoden gegen Personen zu führen. Wie wir also die Tat als politischen Akt ablehnen, sprechen wir unser tiefstes und aufrichtigstes Bedauern über das tragische Schicksal des Mannes aus, der, wie immer man über seine Politik urteilen mag, nach seiner Überzeugnng und in seiner Art dem Staate

mit aller Hingebung unermüdlich gedient hat.“ — Stürgkh gehörte der liberalen Partei an, er wurde 1909 Minister für Unterricht im Ministerium Bienerth und dann im dritten Ministerium Gautsch. Nach dessen Rücktritt wurde er am 3. November 1911 Ministerpräsident. Ihm gelang der nationale Ausgleich in Galizien im Frühjahr 1914, nicht aber der Ausgleich in Böhmen. — An Stürgkhs Stelle wurde Dr. v. Koerber berufen, der bisherige gemeinsame Finanzminister. Ernest v. Koerber, 1850 geboren, gehörte dem Kabinett Gautsch als Handelsminister, dem Kabinett Clary als Minister des Innern an, er wurde am 18. Jänner 1900 zum Ministerpräsidenten ernannt und trat nach einer hoffnungsvollen Führung des Amtes am 31. Dezember zurück. Man datierte von seiner Ministerpräsidentschaft eine Belebung des österreichischen Staatsgedankens. Am 9. Februar 1915 wurde er der Nachfolger Bilinskis als gemeinsamer Finanzminister. Man hegte neuerlich große Erwartungen von der Tätigkeit Koerbers.

Als der päpstliche Pronuntius Kardinal Conte Scapinelli de Leguigno Wien verließ, trat an seine Stelle am 31. Oktober der neue Nuntius Graf Teodoro Valfrè di Bonzo.

November.

Eine der ersten Taten Koerbers war die Teilnahme an der Bildung Polen. eines selbständigen polnischen Staates, die am 4. November durch kaiserliches Handschreiben im Sinne der mit dem Deutschen Kaiser getroffenen Vereinbarungen erfolgte. Es sollte danach aus den der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung gebildet werden. Zugleich wurde auch dem Lande Galizien „das Recht verliehen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklang steht, selbständig zu ordnen nnd damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten“. Der Ministerpräsident wurde beauftragt, zur gesetzmäßigen Verwirklichung dieser Absicht geeignete Vorschläge auszuarbeiten. — Die feierliche Errichtung des Königreiches Polen erfolgte gleichzeitig in Lublin und Warschau, dort unter österreichischer, hier unter reichsdeutscher Verwaltung. Es hieß in der Proklamation, daß die beiden Kaiser, getragen vom festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und geleitet vom Wunsch, die befreiten polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, übereingekommen sind, aus diesen Gebieten eine konstitutionelle Monarchie zu bilden. „Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreiches Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter im großen Krieg

der Gegenwart fortleben. Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen werden an ihrer Ostgrenze einen freien glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freude neuerstehen und aufblühen sehen." Man spielte und sang das polnische Nationallied „Noch ist Polen nicht verloren!" — Der deutsche Generalgouverneur in Warschau v. Beseler sagte: „Es gereicht uns zur Freude, daß dieser Schritt überhaupt mit der Frage aufräumen wird, die weit über hundert Jahre an Europa gezehrt hat. Wenn unsere Gegner sagen sollten, die Deutschen brauchen eben Soldaten, ist uns das Nebensache, die Hauptsache ist uns das große politische Ereignis, das Osteuropa in ein ganz anderes Verhältnis zu den uns vom Osten bedrohenden Mächten setzen wird. Unser Vorgehen soll nicht nur den Polen zum Nutzen gereichen, sondern überhaupt der ganzen Welt ein Beispiel dafür bieten, daß nicht wir die kleinen Nationen unterdrücken, und daß wir auch gewillt sind, beim Frieden die Welt auf einen guten und festen Boden zu stellen." — Der Stadtverordnetenvorsteher Brudzynski sprach den Dank Polens aus: „Wir empfangen diese feierliche Kundgebung der beiden verbündeten Monarchen, durch welche unsere niemals verjährten Rechte auf unabhängige staatliche Existenz anerkannt werden, in der Überzeugung, daß deren Inhalt, von aufrichtigem Wohlwollen getragen, bald verwirklicht wird. Die Gewähr würden wir in der Berufung eines Regenten als Symbols der polnischen Staatlichkeit sowie eines vorläufigen Staatsrates erblicken bis zu dem Augenblick, in welchem der König von Polen an die Spitze des endgültig organisierten und in seinen Grenzen festgelegten Staates treten wird." Auch in Krakau und Lemberg herrschte Feststimmung. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb über „Polens Schicksalsstunde": „Nicht die Beschützer der kleinen Nationen sind es, die jetzt dieses Land seiner nationalen Entwicklung zurückgeben, sondern die beiden Mächte, gegen die fälschlich im Namen der kleinen Nationen der Haß der ganzen Welt aufgerufen wird. Jedesmal wenn sich die Polen im Vertrauen auf Hilfe aus London und Paris in den Kampf um ihre Unabhängigkeit begaben, zeigte es sich, daß sie auf leere Worte gebaut hatten. Wären heute die russischen Waffen siegreich, so hätte wieder Kongreßpolen die Ketten von Versprechungen zu Versprechungen geschleppt . . . Die russische Herrschaft hat das polnische Beamtentum, die Lehrerschaft, die Wehrkraft nicht aufkommen lassen. Überall sind die Grundlagen der staatlichen Verwaltung erst zu schaffen. Über alle Schwierigkeiten hinweg wird die alte staatenbildende Kraft unseres Volkes das große Ziel erreichen helfen." — Polnische Notabeln wurden vom Reichskanzler Bethmann Hollweg und von Baron Burian empfangen. Vor allem galt es für den noch nicht beendeten Kampf ein polnisches Hilfsheer zu bilden, dessen

Stamm die Freiwilligen der 1914 errichteten polnischen Legionen sein sollten. Einstweilen sollte die polnische Armee der deutschen angegliedert werden, um den polnischen Verbänden völkerrechtlich den Charakter von regulären Truppen zu sichern. Es wurden auch die Wahlordnungen für die Stadtvertretungen veröffentlicht.

Rußland. Rußland freilich protestierte gegen die Bildung eines Königreichs Polen und erblickte darin eine neuerliche schwere Verletzung des Völkerrechts. Rußlands Absichten umfaßten vielmehr die Schaffung eines Gesamtpolens bei Kriegsschluß, das alle polnischen Gebiete in sich begreifen und auf Grund der Selbstverwaltung unter dem Zepter der russischen Herrscher in der Einheit des russischen Reiches stehen sollte. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" entgegnete, die Errichtung des Königreichs Polen sei keine Verletzung der Wiener Verträge von 1815, im Gegenteil, deren Wiederherstellung nach dem Bruch dieser Verträge durch Rußland. — Auch in der russischen Duma protestierte der Pole Garusjewitsch gegen den Schritt der Mittelmächte. Minister Protopopow verwies auf den alten Aufruf des Generalissimus. Dem russischen Protest schlossen sich auch die italienische, britische und französische Regierung an (17. Nov.) im Anschluß an die zu Paris abgehaltene Konferenz. Diese Regierungen richteten durch Briand und Asquith ein Telegramm an den russischen Ministerpräsidenten, worin sie sich ganz auf den russischen Standpunkt stellten, der auf das Glück des alten polnischen Volkes abziele, „mit dem uns alte Sympathien verknüpfen und dessen wiederhergestellte Einigung ein Hauptelement des künftigen europäischen Gleichgewichtes sein wird. Der italienische Ministerpräsident fügte noch in naiver Unverschämtheit hinzu, der russische Plan sei das Jahrhunderte alte Ideal der edlen polnischen Nation. — Freilich äußerten sich im preußischen Abgeordnetenhaus die Konservativen und Nationalliberalen auch nicht sehr begeistert über das neue Königreich, weil dadurch die Polenfrage in Preußen berührt werde. Der Sozialdemokrat Ströbel erklärte, die Schaffung eines Königreiches Polen sei wohl ein wichtiger Teil der sozialdemokratischen Kriegszielforderungen, aber einerseits hätte sich das polnische Volk selber befreien müssen, anderseits sei die Proklamation über den Kopf der deutschen Volksvertretung ein Akt selbstherrlicher Autokratie. Die sozialdemokratische Partei fordert das „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Sie bekämpft jede Vergewaltigung, sie erstrebt größere Staatenverbände als die Nationalstaaten sind. Sie hofft, daß es auch einmal zu den Vereinigten Staaten von Europa kommen wird. Der Krieg erfährt durch diese Proklamation eine Verschärfung und Verlängerung. Wir wollen den Frieden, aber nicht einen neuen Konfliktstoff. — Minister des Innern v. Loebell bedauerte solche Reden, die nur die Geschäfte des Auslandes besorgen.

Reichstag. Im deutschen Reichstag beschäftigte man sich am 2. November mit den Fragen der Gefangenenbehandlung, am 3. mit den englischen „schwarzen Listen" gegen die Neutralen, die mit den Mittelmächten Handel trieben, und mit Ernährungsfragen. Bethmann. Im Hauptausschuß sprach Bethmann Hollweg am 9. November von der Frage des Kriegsursprungs, weil Grey nach zweieinviertel Jahren, da er die Tatsache der früheren Mobilisierung Rußlands nicht abstreiten konnte, die Falschmeldung des Berliner Lokalanzeigers vom

30. Juli 1914 heranzog und meinte, das sei ebenso wie die angebliche Fälschung der Emser Depesche (1870) ein Manöver gewesen, um Rußland zu provozieren. Nun stellte Bethmann fest, daß diese Falschmeldung, die sofort berichtigt wurde, keinen Einfluß auf die folgende Korrespondenz mit Rußland ausübte. Bei Ausbruch des Krieges war aber noch eine im Jahr 1912 erlassene allgemeine Anweisung der russischen Regierung für den Mobilmachungsfall in Kraft, die wörtlich folgende Stelle enthielt: „Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist." Nie hätte Rußland diesen Entschluß gefaßt, wenn es nicht von der Themse her ermutigt worden wäre. Bethmann fuhr fort: „Grey hat sich mit der Zeit nach dem Frieden, mit der Gründung eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens beschäftigt. Wir haben niemals ein Hehl aus unsern Zweifeln gemacht, ob der Friede durch internationale Organisationen wie Schiedsgerichte dauerhaft gesichert werden könne ... Es ist wohl zu erwarten, daß der Krieg politische Zustände hervorbringt, die der freien Entwicklung aller Nationen, kleiner wie großer, gerecht werden. Dabei wird das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung nicht bloß auf das Festland, sondern auch auf die Meere zur Geltung zu bringen sein. Davon hat Grey allerdings nicht gesprochen. Die internationale Friedensbürgschaft, die ihm vorschwebt, scheint mir überhaupt einen eigenartigen, auf die speziellen englischen Wünsche zugeschnittenen Charakter zu haben. Während des Krieges haben nach seinem Willen die Neutralen zu schweigen und jeden Zwang der englischen Weltherrschaft auf dem Meere geduldig hinzunehmen. Nach dem Krieg, wenn England uns aufs Haupt geschlagen und über die Welt nach seinem Willen neu disponiert haben wird, dann sollen sich die Neutralen zu Garanten der neuen englischen Weltordnung zusammenschließen. Diese beruht auf weitgehenden Annexionen von Seite aller Ententestaaten, während ich die Annexion Belgiens nie als unsre Absicht bezeichnet habe. Eine solche Gewaltpolitik kann nicht die Grundlage zu einem wirksamen internationalen Friedensbund abgeben; sie steht in krassem Widerspruche mit dem von Grey und Asquith angestrebten Idealzustand, in dem das Recht über die Macht herrscht und alle Staaten, die die Familie der zivilisierten Menschheit bilden, ob groß oder klein, sich unter gleichen Bedingungen und in Übereinstimmung mit ihren natürlichen Anlagen frei entwickeln können. Will sich die Entente ernstlich auf diesen Boden stellen, dann sollte sie auch danach handeln. Tut sie das nicht, dann bleiben auch die erhabensten Worte über Friedensbund und einträchtiges Zusammenleben der Völkerfamilie Schall und Rauch. Die erste Vorbedingung für die Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Wege des Schiedsgerichtes wäre, daß sich keine aggresiven Koalitionen mehr bilden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der die Friedensstörer im Zaume hält. Die Geschichte der internationalen Beziehungen vor dem Kriege liegt klar vor den Augen aller Welt. Was führte Frankreich an Rußlands Seite? Elsaß-Lothringen. Was wollte Rußland? Konstantinopel. Warum schloß sich England an? Weil ihm Deutschland in friedlicher Arbeit zu groß geworden war. Was wollten wir? Grey sagt, französische Kolonien. Selbst dem hirnverbranntesten Deutschen ist nicht der Gedanke gekommen. Das Verhängnis Europas war, daß England französische und russische Eroberungsziele begünstigte. Nicht im ‚Schatten des preußischen Militarismus' hat

die Welt vor dem Kriege gelebt, sondern im Schatten der Einkreisungspolitik, die Deutschland niederhalten sollte. Gegen Einkreisung, Vernichtung, Weltboykott standen wir in Verteidigung von Anfang an.“ Alle Parteien, auch beide sozialistische Parteien billigten diese Rede. — Die russische Mobilisierungsanweisung vom Jahr 1912 wurde im Wortlaut bekanntgegeben.

Bethmann. Bei der Beratung des Gesetzes über den „vaterländischen Hilfsdienst“ im Reichstag sagte Bethmann Hollweg am 29. November (es war sein sechzigster Geburtstag): „Der unersättliche Krieg rast weiter. Unsere Feinde wollen es so. Sie feiern den vergangenen Sommer als einen für sie siegreichen. Haben sie etwa ihren Willen durchgesetzt? Unsere Linien sind ungebrochen. Gott wird weiterhelfen. Das gute Gewissen, daß wir als die ersten und einzigen bereit waren und bereit sind, den Krieg durch einen unser Dasein und unsere Zukunft sichernden Frieden zu beenden, geben uns das Recht zu solcher Zuversicht. An Zahl sind uns die Feinde weit überlegen. Die ganze Welt liefert ihnen Kriegsmaterial. Was das heißt, zeigen die Kämpfe an der Somme. Industrie und Organisation werden mit jedem Tage entscheidender für das Ende. Jede Hand, die daheim schafft, ersetzt einen Mann, schützt ein Leben im Schützengraben. Es ist unsere Aufgabe, die gesamte Volkskraft für die Kriegswirtschaft zu organisieren.“

Die Beweise für Rußlands Kriegsvorbereitung im Frühling und Sommer 1914 wurden von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 24. November vervollständigt.

Baron Burian, der österreichisch-ungarische Minister des Äußern, konferierte am 15. und 16. November in Berlin mit dem Reichskanzler und mit dem Staatssekretär Jagow.

Hindenburg. Hindenburg machte in einem Schreiben (vom 27. Sept.) an den Reichskanzler auf die schlechte Ernährung der Kriegsindustriearbeiter aufmerksam, vor allem auf den Mangel an Fett. „Mit staatlichem Zwang wird erfahrungsgemäß nur wenig erreicht, wohl aber verspreche ich mir Erfolg von einer umfassenden Propaganda durch die Führer der Landwirtschaft. Alle staatliche Regelung muß versagen, wenn nicht verständnisvolle, freiwillige Mitwirkung zu Hilfe kommt. Man muß den furor teutonicus in der Heimat wecken. Ich habe den Eindruck, daß die Tatkraft unserer Beamtenwelt mürbe wird durch langwierige Beratungen; Unentschlossenheit ist die Folge. Eure Exzellenz wollen die Gefahr nicht verkennen. Das Volk will starke, entschlußkräftige Beamte sehen, dann wird es auch selbst stark sein und mancher unbequemen Maßnahme willig sich beugen.“ Hindenburg sah seinen im November veröffentlichten Brief mißverstanden, als wolle er gar keine Verordnungen. Das stellte er in einem neuen Brief vom 19. November richtig.

An Stelle des zurücktretenden Staatssekretärs v. Jagow trat am 25. November Zimmermann.

Asquith. Asquith hielt am 9. November auf dem Bankett in der Guildhall eine Rede gegen die Jungtürken und die germanisierte Türkei, sprach seine herzliche Sympathie für den Rebellen Venizelos, diesen „großen griechischen Patrioten“ aus, und ärgerte sich über die Werbetätigkeit der Deutschen zugunsten eines Sonderfriedens bei den verschiedenen Ententestaaten. — Bei derselben Gelegenheit sprach Balfour über die Flotte.

Duma. In der russischen Duma meinte der Präsident Rodzianko am 14.: „Der Feind ist bereits niedergeworfen, aber er leistet noch mit verzweifelter

Erbitterung Widerstand und fühlt seine Niederlage voraus. Es handelt sich um die große Sache der Befreiung der Welt. Rußland wird seine Verbündeten nicht verraten und jeden Gedanken an einen Sonderfrieden zurückweisen." — Kriegsminister Schuwajew sagte: „Im feindlichen Lager wurde durch etwa zehn Jahre der Gedanke gehegt, daß man sich mit Gewalt der Vorherrschaft unter allen Völkern bemächtigen müsse ... Aber der Feind ist gebrochen, er wird nicht davonkommen. Keine Macht der Welt ist imstande, Rußland zu besiegen." — Am 23. November trat Stürmer zurück; an seiner Stelle wurde Trepow Ministerpräsident.

Am 15. November wurde die Neuyorker Börse ungünstig beeinflußt durch die Nachricht, daß Wilson demnächst definitive Schritte unternehmen werde, um den Frieden herbeizuführen. Es hieß, Wilson wolle die Kriegführenden einladen, Vertreter zu einer Konferenz nach Washington zu entsenden, bei der alle Parteien ihre Mindestforderungen aufstellen sollen, um den Weg zu einer zweiten Konferenz zu ebnen, auf der über die eigentlichen Friedensverhandlungen beraten werden soll. Am 26. trat in Neuyork eine Konferenz hervorragender Amerikaner zur Förderung des Weltfriedens zusammen. Grey und Briand sandten Sympathietelegramme, der deutsche Botschafter Graf Bernstorff wies in einem Schreiben auf die Erklärung des Reichskanzlers hin. Senator Stone sprach die Zustimmung Amerikas aus. Wilson.

Während an der russischen Front in Wolhynien, Ostgalizien und der Bukowina gekämpft wurde, drangen die Deutschen und Österreicher in die Walachei vor, und zwar sowohl von den Karpathen her wie über die Donau. Turnu Severin wurde am 24. erobert. Die rumänische Regierung übersiedelte nach Jassy (30. Nov.). General Brussilow tröstete die Rumänen; ihre Unfälle hätten nichts zu bedeuten. Rußland werde erst nächstes Jahr den Höhepunkt seiner Macht erreichen, den Feinden an Material gleich, an Menschen überlegen sein. Walachei.

Auf dem Balkankriegsschauplatz gelang es den Serben, Monastir zu besetzen. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow äußerte sich siegessicher: „Der Krieg kann möglicherweise ohne Friedenskonferenz beendigt werden. Alle Gebiete, wofür der bulgarische Soldat sein Blut vergossen hat, werden bulgarisch bleiben." „Unsere Lage ist gegenwärtig (29. Nov.) befriedigend. Zwar mußten die bulgarischen Behörden Bitolja räumen, aber der Augenblick des Vorrückens naht, obwohl sich dank der Schwäche der griechischen Politik eine aus sämtlichen Verbündeten der Entente bestehende Salonikiarmee gebildet hat. Wir stehen nach wie vor in guten Beziehungen zu der rechtmäßigen Regierung und dem König von Griechenland, die ohnmächtig waren, jene Gewalttat zu verhindern, doch sind wir ohne Verbindungen mit ihnen." — Die Alliierten verlangten am 20. von der athenischen Regierung, daß dem deutschen, dem österreichischen, dem türkischen und dem bulgarischen Gesandten ihre Pässe ausgehändigt werden. Die Regierung weigerte sich, worauf die Entente die Gesandten mit Androhung von Gewalt entfernen ließ. Sie fuhren zur See nach Kavala und von da begaben sich die Gesandten der Mittelmächte über Sofia nach Wien und Berlin. Beide Mächte protestierten gegen diese Verhöhnung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Gesandten. — Die Regierung Venizelos in Saloniki erklärte am 25. den Krieg an Bulgarien. Monastir.

Isonzo. An der Isonzofront unternahmen die Italiener neue Massenangriffe; es entstand eine neue Offensive zu Beginn des Monats, um aber nach einigen Tagen wieder abzuflauen. Zusammenfassend wurde am 18. November aus dem Kriegspressequartier gemeldet: „Im Küstenlande hatten unsere Truppen bisher neun Verteidigungsschlachten zu schlagen. Unsere Front blieb nördlich von Salcano unverändert; zwischen diesem Ort und dem Meer hat der Feind im Görzischen, wo nach und nach fast alle Verbände seines Heeres auftraten, in anderthalbjährigem Krieg einen maximalen Raumgewinn von zwölf Kilometer erzielt. Dieser Fortschritt kostete die Italiener weit über eine Million blutiger Verluste. Die Zahl der seit Anfang August, also in vier Schlachten gemachten Gefangenen wird von italienischer Seite auf 40.000 zusammengerechnet. Wir haben an der Südwestfront einmal angegriffen und dabei 50.000 Gefangene und über 300 Geschütze eingebracht."

Somme. Über die Schlachten an der Somme wurde am 5. November zusammenfassend gemeldet: „Im Juli erfolgte der erste große Ansturm; er übertraf an Stärke und Dauer die deutschen Erwartungen, scheiterte jedoch an der beispiellosen Hingabe der deutschen Truppen, so daß der Angreifer seine Durchbruchsabsicht in einer Richtung aufgab und während des August schon zu einer ziemlich planlosen Taktik des allgemeinen Druckes auf die Gesamtfront überging, die ihm naturgemäß nur einen Teilerfolg eintrug. Der September brachte mit wiederum völlig veränderter Taktik und unleugbarer Steigerung des Vordrängens dem Angreifer verhältnismäßig bedeutenden Gewinn. Seine kühne Absicht des Durchbruchs wieder aufnehmend, richtete er seine Anstrengungen gegen die Spitze des von ihm inzwischen gewonnenen Dreiecks nördlich von der Somme zwischen Somme und Ancre. Daraus ergab sich eine endgültige Teilung der Gesamtschlacht in zwei getrennte Schlachten. Die Südschlacht im Raume Biaches—Vermandovillers brachte nach dem Scheitern des allgemeinen Durchbruchgedankens dem Angreifer durch kraftvolle Einzelstöße im Abschnitt Berny—Chaulnes immerhin erkennbaren Ländergewinn, von dessen weiterem Ausbau er jetzt infolge seiner Verluste absehen mußte. Im Nordabschnitte zwischen Somme und Ancre jedoch gelang es ihm durch die Wucht des gemeinsamen Ansturmes, das erkämpfte Dreieck durch die Einnahme von Gueudecourt und Rancourt und des dazwischenliegenden Geländes mit Combles am 25., 26. und 27. September nicht unerheblich zu erweitern. Das Ziel jedoch dieser unerhörten Anstrengungen, der strategische Durchbruch, ist nicht erreicht. Auch die unerhörten französisch-englischen Anstrengungen in den Oktoberschlachten scheiterten schließlich an der seit Mitte September enorm gewachsenen deutschen Widerstandskraft ... Es gelang dem Angreifer nicht einmal das bescheidene Ziel, genügend deutsche Truppen zu binden, um eine größere deutsche Aktion

an anderer Stelle zu verhindern. Die eroberte Dobrudscha und das befreite Siebenbürgen sind der Beweis dafür.“ Allerdings waren auch die Deutschen gezwungen, die große Offensive gegen **Verdun** einzustellen; sie räumten demzufolge in der Nacht auf den 2. November das Fort **Vaux**. — Ein feindlicher Flieger warf am 17. November über München Bomben ab. Verdun.

Der Gesamtverlust der englischen Handelsmarine wurde auf über zwei Millionen Tonnen, der der Kriegsmarine auf über 500.000 Tonnen berechnet. — Deutsche Seestreitkräfte stießen gegen die englische Küste vor und beschossen am 25. Ramsgate, ohne daß sich die englische Flotte zeigte. — Das Handelstauchboot „Deutschland“ kam am 1. November auf seiner zweiten Fahrt nach Amerika (Neu-London, Connecticut); seine Ladung bestand aus 750 Tonnen Farbstoffen, Arzneien und Chemikalien. Die Rückfahrt erfolgte am 22. November. — Deutsche Luftschiffe bombardierten am 28. November Industrieanlagen Mittelenglands.

Als neuernannter deutscher Botschafter kam Dr. v. **Kühlmann** am 14. nach Konstantinopel.

Die Präsidentenwahl in den **Vereinigten Staaten** blieb lange unentschieden zwischen dem Republikaner **Hughes** und dem bisherigen Präsidenten, dem Demokraten **Wilson**. Schließlich siegte dieser 10. November und wurde so zum zweitenmal auf vier Jahre **Präsident**. Sein Sieg galt als Folge des Losungswortes der Demokraten: „**Frieden und Wohlfahrt**“ und des Mißtrauens gegenüber den finanziellen Interessen, die Hughes nach Ansicht der westlichen Wähler vertrat. Die deutschen Stimmen waren geteilt. Eine inspirierte Depesche sagte über die **Politik Wilsons** (20. Nov.): „Der Präsident muß sich entscheiden, wie sich die Vereinigten Staaten stellen sollen einerseits der durch den **deutschen Tauchbootkrieg** geschaffenen Lage gegenüber, anderseits den **Handelsbeschränkungen der Ententestaaten** gegenüber, ob Wiedervergeltung geübt werden soll, ob die überlieferte Lehre der Abgesondertheit zugunsten eines vereinigten Vorgehens der neutralen Staaten aufgegeben werden soll, ob die Vereinigten Staaten eine aggressive oder eine passive Politik gegenüber der **Friedenskonferenz**, gegenüber dem Kriege nach dem Krieg und der permanenten Liga zur Erzwingung des Friedens, die der Präsident in der Theorie annahm, befolgen sollen. Das Beunruhigendste von diesen Problemen ist das durch die Unterseebootfrage geschaffene Verhältnis zu **Deutschland**. Auch die „Lusitania“-Angelegenheit ist noch in Schwebe. Die Überfälle der Tauchboote an der Küste von Neu-England waren anstößig, da sie eine Blockierung der amerikanischen Häfen bedeuteten. Die Beziehungen zu den Staaten der **Entente** und ihren Alliierten sind weniger gefährlich, aber vielleicht **ärgerlicher** wegen der englischen **Blockade**, der Verhinderung des **Handels**, der Beschlagnahme und Zensur der **Post**, der Aufzwingung der **schwarzen Liste**. Diese Maßnahmen bedeuten die Wilson.

tatsächliche Vernichtung alles Handelsverkehres und die Ablenkung alles amerikanischen Handels zum Nutzen der Engländer. Das wesentlichste von allem ist die Empfehlung der Liga der Nationen, um die Völker gegen einen neuen Krieg zu schützen. England, Frankreich und Deutschland haben diesen Plan Wilsons bereits in der Theorie gebilligt. Die Vereinigten Staaten müssen ihn verwirklichen." — Man glaubte, daß Deutschland durch englische Berichte irregeführt werde, um so den Konflikt mit den Vereinigten Staaten notwendig zu machen.

Tschechen. Die Tschechen vereinigten sich am 18. November in Prag zu einer einheitlichen nationalen Partei, die bisherige Agrarpartei, die sozialdemokratische, die nationalfreisinnige, die Nationalpartei, die nationalsoziale, die katholische, die fortschrittliche Volkspartei in Mähren, die christlichsoziale, die mährische katholischnationale Partei umfassend; so entstand ein Tschechischer Verband und ein Nationalausschuß. In einer an das tschechische Volk gerichteten Kundgebung wurde hievon Mitteilung gemacht und ausgeführt, daß in den bewegten Zeiten der heutigen welthistorischen Ereignisse keine Partei allein die Verantwortung für die Sicherheit der politischen Rechte der ganzen Nation, noch auch für die nach Beendigung der Kämpfe auf den Schlachtfeldern folgende weitere Entwicklung tragen könne. Die Gründung sei in der Überzeugung erfolgt, daß die Abgeordneten hiemit nur den Willen des ganzen nach der nationalen Einheit heute mehr denn je rufenden Volkes erfüllen und gleichzeitig auch im Interesse der altberühmten Dynastie und der großen historischen Mission des Reiches handeln, das vor allem auf dem Zusammenschluß und der Erhaltung der Unteilbarkeit seiner Königreiche und Länder wie auf der absoluten Gleichberechtigung aller Völker beruht. An der Spitze der neuen Vereinigung standen Mattus, Stanek, Smeral, Mastalka, Hübschmann, Hruban, Prasek, Stransky, Tuzar, Udrzal.

Galizien. Die galizischen Polen waren nicht ganz zufrieden mit der Lösung der polnischen Frage, beschlossen aber doch eine Dankadresse an den Kaiser für diese grundsätzliche Errungenschaft. — Die parlamentarische Vertretung der Ukrainer verwahrte sich gegen die Sonderstellung Galiziens als gegen eine Gefahr für das ukrainische Volk wie für die Monarchie. Sie faßte am 7. November folgende Entschließung: „Unser Heimatboden, das ukrainische Königtum Galizien und Lodomerien, wurde der österreichisch-ungarischen Monarchie auf Grund der Erbrechte der Habsburger-Dynastie einverleibt. Durch spätere Angliederung der polnischen Gebiete, des Großfürstentums Krakau und der Herzogtümer Auschwitz und Zator, an dieses ukrainische Königtum wurden zwei national und historisch verschiedene Länder zu einem Kronlande zusammengeschweißt, wodurch auf eine künstliche Weise die Herrschaft der polnischen Majorität über das ukrainische Galizien und Lodomerien geschaffen wurde. Das ukrainische Volk Österreichs hat diese Einheit des Kronlandes nie anerkannt und beharrt auf dem Recht der Selbstverwaltung seines nationalen Territoriums. Die angekündigte Sonderstellung Galiziens verletzt die Rechte des ukrainischen Volkes und liefert das viertgrößte Volk des Staates der unbeschränkten Herrschaft seines nationalen Gegners aus. Die ukrainische Nation
Ukraina. wird auf das Recht der Bildung eines besonderen ukrainischen Kronlandes

im Rahmen Österreichs nie verzichten." — Die neugegründete „Ukrainische parlamentarische Vertretung" erließ am 15. November ein Manifest an das ukrainische Volk; darin hieß es: „Das einstmalige Königreich Polen war identisch mit dem Niedergang der Ukrainer. Deshalb haben die galizischen Ukrainer ihre Angliederung an Österreich als Erlösung begrüßt. Das Jahr 1848 hat den Ukrainern erfreuliche Aussichten geschaffen. Das Programm der nationalen Teilung Galiziens wurde aber wieder aufgegeben. Die Einführung der Länderautonomie hat die Lage der Ukrainer verschlimmert und sie der polnischen Landtagsmehrheit wie auch der polnischen Verwaltung preisgegeben. Erst die Wahlreform 1907 hat eine günstigere Wendung gebracht ... Mit der Erweiterung der polnischen Herrschaft werden die Ukrainer nie einverstanden sein. Es wisse die Regierung, daß die Ukrainer staatsunmittelbar bleiben wollen und nur in der Teilung des Landes nach den nationalen Gebieten ihre Erlösung sehen." Ebenso legte das Präsidium des Bundes zur Befreiung der Ukraine am 8. November übereinstimmend mit der Stellungnahme des allgemeinen ukrainischen Nationalrates Verwahrung ein gegen eventuelle Einverleibung der von Rußland befreiten ukrainischen Länder (Cholmland, Pidljasje, Wolhynien usw.) in das neugeschaffene Königreich Polen. — Der allgemeine ukrainische Nationalrat forderte am 10. November, daß aus den östlich der ethnographischen polnischen Grenzen gelegenen Gebieten, die sich zum Teil bereits im Besitz der Mittelmächte befänden, zum Teil Rußland noch abgerungen werden sollten, ein selbständiges ukrainisches Staatsgebilde im Anschluß an die Mittelmächte, jedoch mit Ausschluß jedweden Zusammenhanges mit dem neuen Polenreiche geschaffen werde.

Das Urteil des Wiener Landwehrdivisionsgerichts vom 3. Juni über Dr. Kramar, Dr. Rasin, Cervinka und Zamazal wegen Hochverrats wurde am 20. November vom obersten Landwehrgerichtshof bestätigt. Die Todesurteile wurden aber nie vollstreckt.

Ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des Weltkrieges ist der Tod des alten Kaisers Franz Josef am 21. November und der Regierungsantritt des jungen Kaisers Karl, seines Großneffen; denn mit diesem Zeitpunkt setzten energischer als bisher die Friedensbestrebungen der Mittelmächte ein. Mit Recht sagte der amtliche Nachruf vom Dahingeschiedenen: „Sein Dasein war von unabsehbarem geschichtlichen Inhalt erfüllt. Seine Anfänge reichten in eine Zeit, die den meisten Mitlebenden schon längst Geschichte geworden. Die altererbte dynastische Ergebenheit der Völker verband sich mit dem Bewußtsein der großen geschichtlichen Stellung des Kaisers und mit dem persönlichen Verhältnis der Staatsbürger zu ihrem Herrn. In kindlicher Liebe blickten sie auf zu dem großen Erneuerer des Staates, dem Hort seiner Macht und Größe, dem Führer auf dem Wege segensreicher Entwicklung." — Zu den Leichenfeierlichkeiten traf Kaiser Wilhelm am 28. November ein, ebenso König Ferdinand von Bulgarien. Franz Josef †.

Kaiser Karl erließ sofort nach der Übernahme der Regierung eine Proklamation an seine Völker, darin es hieß: „In sturmbewegter Zeit Kaiser Karl.

besteige Ich den Thron Meiner Vorfahren. Noch ist der Wahn der Feinde nicht gebrochen, die meinen, in fortgesetztem Ansturm Meine Monarchie und ihre Verbündeten zertrümmern zu können. Ich weiß Mich eins mit Meinen Völkern in dem Entschluß, den Kampf durchzukämpfen, bis der Friede errungen ist, der den Bestand Meiner Monarchie sichert und die Grundlagen ihrer Entwicklung verbürgt. In stolzer Zuversicht vertraue Ich darauf, daß Meine heldenmütige Wehrmacht, gestützt auf die aufopfernde Vaterlandsliebe Meiner Völker und in treuer Waffenbrüderschaft mit den verbündeten Heeren, auch weiterhin alle Angriffe der Feinde mit Gottes gnädigem Beistand abwehren und den siegreichen Abschluß des Krieges herbeiführen wird. Ebenso unerschütterlich ist Mein Vertrauen, daß Meine Monarchie, deren Machtstellung in der altverbrieften, untrennbaren Schicksalsgemeinschaft ihrer beiden Staaten wurzelt, nach innen und nach außen gestählt und gekräftigt aus dem Kriege hervorgehen wird . . . Indem Ich des Himmels Gnade und Segen auf Mich und Mein Haus, wie auf Meine geliebten Völker herabflehe, gelobe Ich vor dem Allmächtigen, das Gut, das Meine Ahnen Mir hinterlassen haben, getreulich zu verwalten. Ich will alles tun, um die Schrecknisse und Opfer des Krieges in ehester Frist zu bannen, die schwervermißten Segnungen des Friedens Meinen Völkern zurückzugewinnen, sobald es die Ehre unserer Waffen, die Lebensbedingungen Meiner Staaten und ihrer treuen Verbündeten und der Trotz unserer Feinde gestatten werden . . . Durchdrungen vom Glauben an die unvernichtbare Lebenskraft Österreich-Ungarns, beseelt von inniger Liebe zu Meinen Völkern, will ich Meine ganze Kraft in den Dienst dieser Aufgabe stellen."

Im aufrichtigen Bestreben, allen verfassungsmäßigen Obliegenheiten gerecht zu werden, wies Kaiser Karl am 23. den Ministerpräsidenten Koerber an, das Nötige zur Ablegung des eidlichen Gelöbnisses zu veranlassen, wie es im Staatsgrundgesetz von 1867 vorgesehen war. Zu gleicher Zeit Krönung. wurde Graf Tisza beauftragt, die Krönung zum König von Ungarn in die Wege zu leiten. — Es ist bei der Unkenntnis in staatsrechtlichen Dingen nicht überflüssig zu bemerken, daß der Erzherzog als Thronfolger gar keinen verfassungsmäßigen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte hatte, also auch nicht auf die Vorgänge beim Ausbruch des Weltkriegs. Ebenso ist es angesichts der heute zur Geltung kommenden Ignoranz nötig zu bemerken, daß in allen konstitutionellen Staaten und Reichen, also in Österreich und Deutschland ebenso wie in England und Italien für alle Staatsakte nur der Minister oder Kanzler verantwortlich ist, da ja eben die Verfassung dem Monarchen verbietet, selbständig, ohne die Minister zu handeln. Es gibt also absolut keinen Rechtsgrund, einen konstitutionellen Monarchen, wenn er konstitutionell handelt, zur Verantwortung zu ziehen für irgendeine Handlung, die sein verantwortlicher Minister ausgeführt oder durch seine Gegenzeichnung gedeckt hat.

Kaiser Karl ernannte am 25. November den Generaloberſten Freiherrn v. Conrad zum Feldmarschall und verlieh auch sonst hohe Auszeichnungen. Die Truppen erneuerten ihren Fahneneid am 23. November. Der feierlichen

Handlung ging ein Gottesdienst für die Bekenner sämtlicher Konfessionen voraus. Beim Gottesdienst wiesen die Seelsorger auf die Wichtigkeit und Heiligkeit des Eides hin. Auch die Generalität, die Offiziere und Militärbeamten erneuerten den Eid der Treue.

Dezember.

Die neue starke Friedenstendenz zeigte sich sofort in den vom 12. Dezember datierten, gleichlautenden Noten der Mächte des Vierbundes mit dem Vorschlage zu Friedensverhandlungen. Selbstverständlich waren sie schon länger, schon zur Lebenszeit des Kaisers Franz Josef vorbereitet. Sie lauteten: „Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zwei und einem halben Jahr in einem großen Teile der Welt ... Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte in keinem Widerspruch zu den Rechten der andern Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten ... Von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie mitbringen werden, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage zur Herstellung eines dauerhaften Friedens. Wenn trotz dieses Anerbietens zu Friede und Versöhnung der Kampf fortdauern sollte, so sind die vier Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab." Friedensvorschläge.

Bethmann Hollweg erklärte diese Note im Reichstag am 12. Dezember. Er sagte: „Mit Gottes Hilfe haben unsere Truppen einen Zustand geschaffen, der uns volle und größere Sicherheit bietet als je zuvor. Die Westfront steht. Gegen alle italienischen Diversionen ist vorgesorgt. Hindenburg hat die ganze Westwalachei und die feindliche Hauptstadt Bukarest genommen. Zugleich ist unsere wirtschaftliche Versorgung fester fundiert worden. Große Vorräte sind in Rumänien in unsre Hände gefallen ... Unsere Stärke macht uns nicht taub gegen unsere Verantwortung vor Gott, vor dem eigenen Volke, vor der Menschheit. Unsern bisherigen Erklärungen der Friedensbereitschaft sind die Gegner ausgewichen. Jetzt sind wir einen Schritt weitergegangen. Im tiefsten sittlichen und religiösen Pflichtgefühl gegen sein Volk und gegen die Menschheit hält der Kaiser jetzt den Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion für gekommen... Auch die neutralen Staaten und Seine Heiligkeit der Papst werden von unserm Schritt benachrichtigt ... In schicksalsschwerer Stunde haben wir einen schicksalsschweren Entschluß gefaßt. Menschenwitz und Menschenhand können nicht bis ans Letzte heranreichen. Gott wird richten."

Dem Papst wurde der Friedensschritt durch zwei Noten der Mittelmächte zur Kenntnis gebracht. Die Wiener Note besagte: „In seiner väterlichen, Papst.

die ganze Menschheit umfassenden Fürsorge hat es sich der Heilige Vater nicht daran genügen lassen, die Leiden der unzähligen Opfer des großen Zusammenstoßes zu lindern: er hat jede Gelegenheit benützt, um den Wunsch und die Hoffnung zu bekunden, daß sich der Augenblick nähern werde, in welchem die kriegführenden Mächte den mörderischen Kämpfen ein Ende setzen, die Europa zu entvölkern drohen ... Die vier verbündeten Mächte, die sich in dem ausgebrochenen Streit nicht von Ländergier leiten ließen und kein anderes Ziel hatten als die Verteidigung ihres Bestandes, sind der Ansicht, daß der Krieg an einem Punkt angelangt ist, wo die vereinigten Anstrengungen ihrer Gegner das Übel, an dem die Menschheit leidet, nur verschlimmern, aber aller Voraussicht nach nicht verhindern können, daß sich die verbündeten Mächte für die Zukunft die Bürgschaften verschaffen, welche sie den Erfolgen ihrer Armeen verdanken ... überzeugt, daß die Absicht im Herzen des Heiligen Vaters ein sympathisches Echo finden werde, wäre die k. u. k. Regierung dem Apostolischen Stuhle zu Danke verpflichtet, wenn er diesem Friedenswerke die mächtige Stütze seiner hohen Autorität leihen würde." — In der Berliner Note an den Kardinal Gasparri hieß es: „Die Gründe zu diesem Schritt sind offenkundig. Seit zweieinhalb Jahren verwüstet der Krieg Europa. Unendliche Kulturwerte sind vernichtet. Schmerz und Trauer erfüllt fast jedes Haus. Europa, sonst der Ausbreitung von Religion und Kultur und der Lösung sozialer Probleme gewidmet, die Stätte für Wissenschaft und Kunst und jede friedliche Arbeit ist ein einziges Kriegslager, worin die Errungenschaften und die Arbeit vieler Jahrzehnte der Vernichtung entgegengehen. Deutschland führt einen Verteidigungskrieg gegen die Vernichtungsabsicht seiner Gegner. Es kämpft für die Sicherheit seiner Grenzen, für die Freiheit seines Volkes im friedlichen Wettbewerb ... Voll Kraftgefühl, aber auch voll Verständnis für Europas düstere Zukunft bei längerer Kriegsdauer wiederholt das Deutsche Reich im Verein mit seinen Bundesgenossen die schon vor Jahresfrist ausgesprochene Bereitwilligkeit zum Frieden... Die kaiserliche Regierung hofft, daß das Friedenswerk auf die wertvolle Unterstützung des Apostolischen Stuhles rechnen darf."

Die vier verbündeten Mächte erließen auch Manifeste an die Armeen, in denen sie ihnen den Friedensschritt anzeigten, mit der Mahnung, heldenmütig wie bisher weiter zu kämpfen, wenn das Angebot nicht angenommen würde. Auch die verschiedenen Parteien äußerten sich zu dieser Sache. Die radikale sozialdemokratische Minorität veröffentlichte in Berlin eine Kundgebung, worin verlangt wurde, daß in allen Ländern der Gedanke an Annexionen fremden Gebiets, an politische, wirtschaftliche oder militärische Unterwerfung irgendeines Volkes unter eine andere Staatsgewalt unzweideutig abgewiesen werde, und worin die Bekanntgabe der Friedensbedingungen gefordert wird."

Höchst gehässig war die Aufnahme des Friedensangebots bei den Briand. Gegnern. Ministerpräsident Briand sagte in der Kammersitzung am 13. Dezember: „Ich habe die Pflicht, mein Land vor einer möglichen Vergiftung zu bewahren. Man macht uns den Vorschlag, über den Frieden zu verhandeln in einem Augenblick, wo Belgien, Serbien und zehn französische Departements vom Feinde besetzt sind. Unbestimmt und dunkel, aber mit feierlichen Worten sucht man die unruhigen Gewissen und Herzen in Ländern, die um so viele Tote trauern, zu bewegen ... Es ist ein Manöver,

um unter den Alliierten Uneinigkeit zu säen und die Völker zu demoralisieren." Im Senat erklärte sich Briand am 19. Dezember vor allem darüber, daß sich die Mittelmächte nicht als besiegt, sondern als Sieger ansahen. — Die französischen Sozialisten faßten allerdings am 18. einen Beschluß: „Die alliierten Regierungen haben die Pflicht, die Vorschläge, zu welchen sich der Gegner bereit erklärt, nicht ohne deren Kenntnisnahme abzulehnen. Die Vorschläge sind den betreffenden Parlamenten vorzulegen. Wenn sie unannehmbar erscheinen, sind Gegenvorschläge bekanntzugeben." — Der Nationalkongreß der sozialistischen Partei oder die französische Abteilung der Arbeiter-Internationale erinnerte am 27. Dezember erneut an die sozialistische Auffassung vom Frieden, wie sie die am 14. Februar 1915 in London abgehaltene Konferenz feststellte und die nicht politische und wirtschaftliche Zerschmetterung Deuschlands und den Krieg gegen die Völker reklamiert, sondern den Krieg gegen Regierungen, die Entschädigung Belgiens, die polnische Autonomie, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerungen von Elsaß-Lothringen und am Balkan. Die Note der Mittelmächte stelle keinen wirklichen Friedensvorschlag dar. Darum müsse man die nationale Verteidigung kräftig fortführen.

In der russischen Reichsduma sprach am 16. Dezember der Minister des Äußern Pokrowsky: „Die Friedensworte der Partei, der die ganze Verantwortung für den Weltbrand zufällt, waren keine Überraschung für uns. Deutschland sprach jedesmal vom Frieden, wenn es an ein militärisches Unternehmen ging. Nach jedem militärischen Erfolg suchte es einen Sonderfrieden anzubahnen. Nun hat es einen offiziellen Vorschlag gemacht. Er enthält keine tatsächlichen Angaben. Wer kann aus den gegenwärtigen Verhältnissen für Friedensverhandlungen Vorteile ziehen als Deutschland? Abgesehen vom ungesetzlichen Versuch der Deutschen, die Bevölkerung Russisch-Polens zu zwingen, die Waffen gegen ihr Vaterland zu ergreifen, genügt es, den allgemeinen Arbeitszwang zu erwähnen, der in Deutschland eingeführt wurde, um zu verstehen, wie hart die Lage des Feindes ist. Zu versuchen, im letzten Augenblick aus ihren augenblicklichen Gebietseroberungen Vorteil zu ziehen, ehe sich ihre innere Schwäche offenbart, das ist der wahre Sinn des deutschen Schrittes." Die Duma schloß sich denn auch einstimmig der kategorischen Ablehnung von Friedensverhandlungen an; der deutsche Vorschlag sei nur ein heuchlerischer Akt, der selbst mit keinem Erfolg rechnet, sondern nur die Schuld abwälzen will. Ein übereilter Friede würde die Gefahr eines neuen Krieges bedeuten. Duma.

In der italienischen Kammer begründete Sonnino die Ablehnung des Friedensvorschlags damit, daß er keine Bedingungen als Verhandlungsbasis enthalte. Italien wünsche einen dauernden Frieden, ein gerechtes Gleichgewicht unter den Staaten, Achtung des Nationalitätsprinzips, der Normen des Völkerrechts, aber keine Knechtschaft oder Übermacht oder Vernichtung von Völkern und Nationen. Nur der Sozialist Turati erwartete in seinem Optimismus den ersehnten Frieden bis 30. Jänner, blieb aber ganz in der Minorität. Die sozialistische Fraktion veröffentlichte am 20. ihren Beschluß, daß vom Kriege keine Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme zu erwarten sei Sonnino.

und daß mithin alles aufgeboten werden müsse, um den Krieg rascheſtens durch Verhandlungen abzuschließen.

Lloyd George. Lloyd George begann seine Rede im englischen Unterhaus am 19. Dezember also: „Ich erscheine mit der furchtbarsten Verantwortung beladen, die auf die Schultern eines Lebenden fallen kann. Ein Mann oder ein Ring von Leuten, die ohne genügenden Grund die Verlängerung des schrecklichen Kampfes wünschten, würden ein Verbrechen auf ihrem Gewissen haben, das ein Ozean nicht abwaschen kann. Auf der andern Seite ist es ebenso wahr, daß Leute, die aus Müdigkeit oder Verzweiflung den Kampf aufgeben wollten, ohne das Ziel, um dessentwillen wir in den Kampf gingen, erreicht zu haben, sich der folgenschwersten Poltronerie schuldig machen würden . . . In eine Konferenz auf die Einladung Deutschlands hin einzutreten, das sich selbst als siegreich erklärt, und ohne die Kenntnis der Vorschläge, die Deutschland machen will, würde bedeuten, daß wir unsere Köpfe in eine Schlinge stecken, deren Seilende in Deutschlands Händen sich befindet. Eh' wir eine solche Einladung in Erwägung ziehen können, müssen wir wissen, daß Deutschland bereit ist, unsern von Asquith wiederholt bekanntgegebenen Bedingungen zuzustimmen. Sie sind: vollständige Restitution, volle Reparation, wirksame Garantien . . . So sehr wir uns nach dem Frieden sehnen, die Note und Rede Bethmanns gewähren uns keine Hoffnung für einen ehrenvollen und dauernden Frieden, in welchem der anmaßende Geist der preußischen Militärkaste nicht wieder ebenso vorherrschend sein wird wie vorher. Preußen war in den Händen dieser Kaste ein schlimmer, anmaßender, drohender, eisenfresserischer, die Verträge nach seinem Gutdünken mißachtender Nachbar, der ein schönes Gebiet nach dem andern seinen schwächeren Nachbarn wegnahm . . . Wir wollen unser Vertrauen lieber in ein ungebrochenes Heer als in ein gebrochenes Wort setzen . . . Der rumänische Mißerfolg war ein Unglück. Aber schlimmstenfalls verlängert er den Krieg. Um ihn möglichst gutzumachen, haben wir in den letzten Tagen die sehr kräftige Aktion in Griechenland unternommen. Wir wollen dort keine Gefahr laufen. Ich bin von unserm endgültigen Siege heute ebenso überzeugt wie je."

Eine maßlose Sprache führte die englische Presse. So sagte „Daily Mail": „Bethmann Hollweg hat nicht mehr Recht auf eine Antwort als ein bewaffneter Einbrecher, der in ein Privathaus eindringt. Die Alliierten wissen, daß ein Frieden mit einer Nation von Tigern, Räubern und Staatsmännern, die alle Verträge als Fetzen Papier betrachten, nicht das Papier und die Tinte wert wären." Dagegen meinte allerdings der konservative „Manchester Guardian", es sei kein Grund vorhanden, Deutschland einer Arglist zu verdächtigen, noch brauche man in den Friedensvorschlägen das Eingeständnis seiner Niederlage zu sehen. Man glaube nur, daß Deutschland die Grenze seiner Leistungen erreicht habe und daß jetzt nur ein Erschöpfungskrieg folgen könne. Eine absolute Weigerung zu einem Gedankenaustausch setzt die Alliierten in den Augen aller Neutralen ins Unrecht. Ähnlich „Daily News": „Können die Alliierten gleichgültig zusehen, wie der letzte Funke des Zweifels bei den Deutschen ausgelöscht wird, daß ihre Sache eine gerechte Verteidigung gegen einen schändlichen Überfall ist?" „Daily Chronicle" schrieb: „Jetzt müssen die Alliierten ihre eigenen Friedensbedingungen aufstellen, und zwar mit deutlichen Worten." „Die neutrale Welt wünscht das Ende des Krieges und würde England verurteilen, wenn es sich völlig ablehnend verhielte."

Das Friedensangebot traf mit einer englischen Ministerkrisis zusammen und man meinte, daß es vielleicht, wenn es vor der Krisis angekommen wäre, angenommen worden wäre. Asquith trat nämlich am 5. Dezember zurück und Lloyd George bildete ein neues Kabinett, ein nationales Ministerium ohne Rücksicht auf Parteidifferenzen. Er wurde am 7. vom König empfangen und leistete den zeremoniellen Handkuß. Asquith lehnte die ihm angebotene Peerswürde und den Hosenbandorden ab. Das neue Kabinett zählte drei Mitglieder der Arbeiterpartei: Henderson, Barnes und Hodge. Das eigentliche parlamentarische Kabinett bestand aus fünf Mitgliedern, dem 28 Vorsteher der verschiedenen Departements beigeordnet waren, um die eigentlichen Arbeiten zu versehen. Lloyd George.

In Italien geißelte der sozialistische „Avanti" in einem von der Zensur größtenteils unterdrückten Artikel die offene, leichtsinnige Feindseligkeit, womit die nationalistische bürgerliche Presse die amtliche Einladung zum Beginn der Friedensverhandlungen aufgenommen hatte. „Es wäre verrückt, den Vorschlag von vorneherein abzulehnen. Wer den Vorschlag ohne Erörterung überstürzt abweist, gibt den Mittelmächten ein moralisches und politisches Übergewicht. Wenn die Regierungen den Vorschlag ablehnen, müßten sie nicht bloß des Sieges auf den Schlachtfeldern, sondern auch ihrer vollkommenen Übereinstimmung in den diplomatischen Verhandlungen absolut sicher sein, um wirklich jenes neue zivilisiertere und freiere Europa für die schmerzgeplagten Völker schaffen zu können." — „Secolo" bezeichnete als Friedensbedingungen: Selbständigkeit und Entschädigung Belgiens, Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich, Entschädigung für die Verwüstung französischen Bodens, natürliche Grenzen und strategische Garantien in der Adria für Italien, Wiederherstellung Serbiens, Räumung Albaniens, Montenegros und Rumäniens, Rückgabe aller russisch-polnischen Gebiete, angemessene Kriegsentschädigung, Errichtung eines selbständigen armenischen Staates, Bezahlung aller versenkten Dampfer. Italien.

Der italienische Ministerpräsident Boselli sprach am 6. Dezember über die Kriegsziele Italiens, die Beherrschung des Adriatischen Meeres, die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros und Belgiens, die Ausdehnung in Albanien, die Übergabe Konstantinopels an Rußland mit Vorbehalt der Freiheit der Meerengen. Weil Italien nicht die edle Mäßigung und die Heiligkeit seiner Überlieferungen vergißt, weil es das Vaterland des internationalen Rechtes und die Erstgeborne der Kultur ist, hat es sich den Palazzo di Venezia angeeignet.

Auch die Neuyorker Blätter erklärten einstimmig, die Zeit sei noch nicht reif, auf die deutschen Vorschläge einzugehen. Das Anerbieten sei ein Stück politischer Schikane, um Deutschlands Sache in helleres Licht zu setzen. Deutschland gibt damit zu, daß der Krieg ein Mißerfolg sei, daß der Friede nicht erobert werden kann. Man muß seine Zuflucht zur Diplomatie nehmen, die im Juli 1914 so verachtet wurde.

Ernster ging Präsident Wilson auf die Sache ein in einer Note vom 21. Dezember an die kriegführenden Mächte. Allerdings erklärte die Note, daß Wilsons Vorschläge nicht mit denen der Mittelmächte zu- Wilson.

sammenhingen, sondern selbständig entstanden seien. Er regte an, daß eine baldige Gelegenheit gesucht werde, um von allen kriegführenden Nationen ein Bekenntnis ihrer respektiven Ansichten zu provozieren, unter welchen Bedingungen der Krieg beendet werden könnte und welche Vereinbarungen als befriedigend angesehen werden würden, als Garantie gegen seine Erneuerung oder den Ausbruch eines ähnlichen Konfliktes in der Zukunft. Er wies auf die Tatsache hin, daß die Ziele, welche die Staatsmänner der Kriegführenden auf beiden Seiten in diesem Krieg anstreben und welche sie in großen Zügen ihren eigenen Völkern und der Welt bekanntgegeben haben, dem Wesen nach die gleichen sind. Jeder Teil wünscht die Rechte und Privilegien der schwachen Völker und der kleinen Staaten gegen einen Angriff in der Zukunft ebenso sicherzustellen wie die Rechte der jetzt im Kriegszustande befindlichen großen Staaten. Jeder Teil wünscht in der Zukunft Sicherheit zu erlangen, in Gemeinschaft mit andern Nationen und Völkern, gegen die Wiederholung von Kriegen wie den gegenwärtigen und gegen Angriffe oder egoistische Interventionen irgendwelcher Art. Jeder Teil wäre eifersüchtig wegen der Bildung weiterer rivalisierender Verbände, deren Zweck es wäre, ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte bei steigendem Mißtrauen zu erhalten. Aber jeder Teil ist bereit, die Bildung eines Verbandes der Nationen in Erwägung zu ziehen, um in der ganzen Welt Frieden und Gerechtigkeit sicherzustellen. Bevor dieser letzte Schritt gemacht werden kann, hält es jeder Teil jedoch für notwendig, die Streitfragen des gegenwärtigen Krieges unter Bedingungen zu regeln, welche ganz bestimmt die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die politische und kommerzielle Freiheit der in den Krieg verwickelten Nationen sicherstellen ... Aber noch nie hat ein mit Autorität ausgestatteter Redner irgendeines Teiles sich zu den bestimmten Zielen bekannt, welche, wenn sie erreicht würden, ihm und seinem Volke genügen würden als Abschluß des Krieges ... Es ist möglich, daß der Friede näher ist, als wir wissen, und daß die Bedingungen, auf welchen die Kriegführenden beiderseits bestehen zu müssen glauben, nicht so unversöhnbar sind, wie manche fürchteten; daß ein Gedankenaustausch den Weg ebnen würde, wenigstens für eine Konferenz, und die dauernde Eintracht der Nationen zu einer Hoffnung der nächsten Zukunft machen würde, daß er ein Konzert der Nationen sofort realisierbar erscheinen ließe. Der Präsident schlägt keinen Frieden vor, er trägt nicht einmal Mediation an. Er proponiert einfach, daß Sondierungen vorgenommen werden, damit man erfahre, die Neutralen ebenso wie die Kriegführenden, wie nahe der Hafen des Friedens liegt, nach welchem sich die ganze Menschheit mit steigender Sehnsucht sehnt. — Staatssekretär Lansing erklärte, Wilson habe

diese Note deshalb abgesandt, weil die eigenen Rechte Amerikas durch die Kriegführenden auf beiden Seiten mehr und mehr in Mitleidenschaft gezogen würden, so daß die Lage immer kritischer werde. „Wir treiben selbst näher an den Rand des Krieges, und deshalb haben wir ein Recht, zu erfahren, was die Kriegführenden wollen, damit wir unsere zukünftige Haltung bestimmen können." — Als Antwort auf die Anregung Wilsons schlugen die Mächte des Vierbunds am 26. Dezember den baldigen Zusammentritt von Vertretern der kriegführenden Mächte an einem Ort des neutralen Auslandes vor.

Die Schweiz unterstützte die Friedensbestrebungen Wilsons durch eine Note, die sie am 22. Dezember an die kriegführenden Staaten richtete, und die am 27. von den Mittelmächten zustimmend beantwortet wurde. Ebenso taten die drei nordischen Staaten Dänemark, Norwegen und Schweden am 28. Spanien erwiderte die Note Wilsons durchaus sympathisch und bereitwillig.

Völlig ablehnend aber verhielten sich die Regierungen der Entente in ihrer Antwort auf das Friedensanbot der Mittelmächte. Sie wurde am 30. Dezember dem Pariser Botschafter der Vereinigten Staaten durch den Ministerpräsidenten Briand im Namen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien, Rußland und Serbien übergeben: „Vereinigt zur Verteidigung der Freiheit der Völker und treu der eingegangenen Verpflichtung, nicht vereinzelt die Waffen niederzulegen, haben sie beschlossen, gemeinsam auf die angeblichen Friedensvorschläge zu antworten, die ihnen seitens der feindlichen Regierungen übergeben worden sind. Sie erheben Einspruch gegen die Behauptungen, welche die Verantwortung für den Krieg auf die Alliirten abwälzen wollen und die den Sieg der Mittelmächte verkünden. Eine Anregung ohne Bedingungen für die Eröffnung der Verhandlungen ist kein Friedensangebot, sondern ein Kriegsmanöver. Die deutsche Note übersieht die Tatsachen, die feststellen, daß der Krieg durch Deutschland und Österreich gewollt worden ist. Im Haag war es ein deutscher Vertreter, der jeden Vorschlag der Abrüstung ablehnte; im Juli 1914 war es Österreich, das, nach einem beispiellosen Ultimatum an Serbien den Krieg erklärte, trotz sofort erlangter Genugtuung. Alle Versuche der Entente, dem Streit eine friedliche Lösung zu verschaffen, sind von Deutschland ohne Folge gelassen worden. Belgien wurde durch ein Reich überfallen, das eine Neutralität gewährleistet hätte und sich nicht scheute, zu erklären, daß Verträge Fetzen Papier wären und daß Not kein Gebot kennt. Das Anerbieten Deutschlands stützt sich auf die europäische Kriegskarte, die nur den äußeren und vorübergehenden Schein der Lage und nicht die wirkliche Stärke der Gegner ausdrückt. Ein Friede, unter solchen Voraussetzungen geschlossen, würde nur den Angreifern zum Vorteil gereichen, die geglaubt hatten, ihr Ziel in zwei Monaten erreichen zu können, und nun, nach zwei Jahren, bemerken, daß sie es niemals erreichen werden. Wir verlangen für die Zukunft Sühne, Wiedergutmachung und Garantien. Dem weicht Deutschland aus. In voller Erkenntnis der Schwere, aber auch der Notwendigkeit der Stunde lehnen es die alliierten Regierungen ab, sich mit einem Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen."

Ablehnung.

Zimmermann. Im deutschen Reichstag stellte sich am 1. Dezember bei Besprechung der Zustände in Griechenland Zimmermann als neuer Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vor. Zugunsten des Hilfsdienstpflichtgesetzes sagte der Sozialdemokrat Legien: „Wenn Deutschland niedergeworfen würde, würden nicht nur dessen Grenzen enger gezogen, sondern es würde auch vom Weltmarkt verdrängt werden und darunter hätten die Arbeiter in erster Linie zu leiden. Deutschland befindet sich in einem Verteidigungskrieg. Wir wollen unsere Brüder nicht der Vernichtung preisgeben." — Freilich die Minoritätssozialisten (Haase) stimmten dem Gesetz nicht zu; aus ihm spreche der Geist des Militarismus und Kapitalismus. Durchhalten heiße nichts als verbluten. Das Gesetz, das alle männlichen Deutschen vom 17. bis zum 60. Lebensjahr hilfsdienstpflichtig machte, wurde am 2. Dezember angenommen.

Polen. Die polnischen Legionen zogen am 1. Dezember in Warschau ein. Ein provisorischer Staatsrat wurde dort am 6. errichtet. Fünfzehn Mitglieder wurden dem deutschen, zehn dem österreichischen Verwaltungsgebiet entnommen. Der Vorsitzende führte den Titel Kronmarschall, alten Traditionen getreu. — Dagegen schwärmte in der Duma der russische Ministerpräsident Trepow von einem in Rußland vereinigten Allpolen. „Seit über tausend Jahren strebt Rußland nach dem Süden, zum freien Ausgang ins offene Meer. Der Schlüssel zum Bosporus und zu den Dardanellen, der Schild des Oleg über dem Tor von Konstantinopel, das sind die Jahrhunderte alten Träume, die dem russischen Volke zu allen Zeiten seines Bestehens vertraut waren. Diese Wünsche sind seit Kriegsbeginn der Erfüllung nahe."

Übrigens hielt es England doch für angezeigt, sich mit den Premierministern der Dominions über etwaige Friedensbedingungen und über die für die Zeit nach dem Kriege sich ergebenden Probleme zu beraten. Man lud deshalb zu einer Reichskriegskonferenz für Ende Februar ein.

Die Vereinigten Staaten erhoben Vorstellungen bei der deutschen Regierung wegen der Wegführung eines Teils der Zivilbevölkerung aus Belgien nach Deutschland, wo sie zwangsweise zur Arbeit angehalten werde. Eine deutsche Note klärte die Sachlage auf, es handle sich darum, beim Überhandnehmen der Arbeitslosigkeit infolge der englischen Absperrungspolitik den Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu geben und wies auf die wirklich barbarischen Verschleppungen der deutschen Bevölkerung nach Sibirien usw. hin, welche den neutralen Staaten keinen Anlaß gaben, bei den beteiligten Regierungen ähnliche Schritte zu tun, wie sie jetzt Deutschland gegenüber unternommen werden.

Papst. Papst Benedikt gab beim Weihnachtsempfang der Kardinäle 24. Dezember wieder seiner Friedenssehnsucht Ausdruck. Das Wort „Friede den Menschen, die eines guten Willens sind", klingt heute als bedingtes Versprechen. „Mögen die Völker erwägen, daß die Kirche weiter sieht als ihre menschlichen Mündel. Möge das heutige Tageswort des Psalmisten neue Bedeutung erhalten: Gerechtigkeit und Friede haben sich umarmt. Dazu mögen uns die sühnenden Leiden der Guten und die heiligen Anrufungen unserer geliebten Söhne verhelfen. Wir schauen, uns sicher fühlend wegen des Schicksals der Kirche, der in allen Wechselfällen Gottes allmächtige Hand nie fehlen wird, vertrauend auch auf die Zukunft der

Staaten, welche der Herr in seiner Barmherzigkeit nicht zu einer Zukunft ohne Aussicht auf Wiedergenesung gemacht hat."

Das große Kriegsereignis des Monats war die Einnahme von Bukarest am 6. Dezember, der vierten feindlichen Hauptstadt seit Ausbruch des Kriegs. Außerdem wurde die Walachei und die Dobrudscha erobert. — Kaiser Karl traf zu dieser Zeit mit Kaiser Wilhelm am Standort der Obersten Heeresleitungen zusammen. Dort fanden Besprechungen statt mit Erzherzog Friedrich, Freiherrn v. Conrad, Metzger, v. Kaltenborn, Hindenburg, Ludendorff und Koerber. Beide Kaiser begrüßten telegraphisch die beiden andern Verbündeten. — Ein Hauptvorteil des siegreichen Vordringens in der Walachei war die Eroberung der reichen Petroleumgebiete, die für die Kriegführung sehr notwendig waren. Bukarest.

Die Vergewaltigungen des neutralen Griechenlands von Seite der Entente gingen immer weiter. Am 8. Dezember wurde die Blockade über Griechenland verhängt. Am 14. überreichten die Gesandten der Entente in Athen eine Note mit dem Charakter eines Ultimatums, worin sie die Verlegung der Truppen in Thessalien verlangten, von welchen sich ein Teil später im Peloponnes konzentrieren sollte. Außerdem wurde Genugtuung verlangt wegen der Zusammenstöße, die am 1. Dezember in Athen zwischen griechischen und französisch-englischen Truppen stattgefunden hatten, und wegen der Angriffe auf die britische und französische Gesandtschaft. Der König mußte sich der Übergewalt beugen. Die atheniſche Regierung erließ aber am 18. einen Haftbefehl gegen Venizelos wegen Hochverrats. Griechen.

Von der Karsthochfläche wurden Geschützkämpfe gemeldet. In der Otrantostraße fand ein Seegefecht statt (2. Dez.). — Kaiser Karl besuchte die Südwestfront, Pola, Triest, die Kärntner Armee, die Karsthochfläche.

Angriffe und Gegenangriffe wechselten an der französischen Front ab. Der deutsche Bericht vom 23. Dezember meldete: „Die große Sommeschlacht ist zu Ende. Heute ist an der ganzen Sommefront bereits wieder ein systematisch ausgebautes Grabensystem entstanden. Damit sind alle Mühen und Opfer von fünf Monaten französischer Sommeoffensive vergeblich gebracht. Sollten die Feinde nochmals einen Angriff wagen, so müssen sie wieder von vorn beginnen, nur daß unsere heutigen Linien stärker dastehen als am 1. Juli. Die Sommeschlacht endete somit mit einem vollen Siege der Deutschen." Überaus hoch wurden die Verluste der Gegner bei dieser Offensive eingeschätzt. Ihr Mißerfolg führte zur Abberufung Joffres und zur Ernennung des Generals Nivelle als Oberkommandierenden der französischen Armee. Nivelle.

Es wurde bekannt, daß ein französisches Linienschiff mit siebenhundert Mann („Suffren") durch ein deutsches Tauchboot nordwestlich von Lissabon spurlos versenkt wurde. Dem folgten noch zahlreiche andere Versenkungen. — Lord Beresford griff die englische Regierung am 2. Dezember heftig an: „Gegenwärtig verlieren wir wöchentlich an 70.000 Tonnen Schiffsraum. Deshalb steigen die Preise der Lebensmittel. Die Regierung kommt immer zu spät. Seit Beginn des Krieges sind 1470 Schiffe versenkt worden. Reicht das nicht aus, um von der Regierung eine Erklärung zu verlangen, wie Seekrieg.

man in eine solche Lage geraten ist, obgleich man doch die See beherrscht?" Bowles sagte: „Das alles bedeutet, daß die englische Seeherrschaft bedroht ist. England kann ebenso von Deutschland blockiert werden wie umgekehrt." „Daily Mail" schrieb am 8. Dezember: „Der fortgesetzte Verlust von zehn Schiffen pro Tag darf nicht geduldet werden. Im vorigen Jahr ging dank unserer guten Verteidigung durchschnittlich nur ein britisches Schiff täglich verloren. Die Tauchbootgefahr bedroht die Wurzeln unseres nationalen Lebens. Sie muß überwunden werden, oder sie kann uns überwinden." — Das Handelstauchboot „Deutschland" traf von seiner zweiten Amerikafahrt unter Kapitän König am 10. Dezember vor der Wesermündung bei Bremen ein.

Türkei. Der türkische Minister des Äußern Halil Bei gab am 30. November folgenden Überblick über die Lage: „Die Engländer und Russen verhehlen jetzt nicht mehr ihre Ziele. Die Russen wollen sich der Meerengen bemächtigen und ins freie Meer hinausgelangen. Die Engländer geben vor, die Vernichtung des Militarismus anzustreben, in Wirklichkeit haben sie es auf die Vernichtung des deutschen Fortschrittes abgesehen, auf die Zerschmetterung ihres Nebenbuhlers auf dem Handelsgebiet. Es ist nunmehr festgestellt, daß dieser Krieg von Rußland geplant und von England gefördert wurde. Es wäre ein Beweis großer Einfalt, jenen Worten in den Parlamenten zu glauben, daß derartige Pläne vor dem Kriege nicht bestanden. Die Türkei mußte sich auf Seite der Mittelmächte stellen, da Rußlands Hauptziel des Krieges doch Konstantinopel war."

Ungarn. Die feierliche Krönung des Kaisers Karl und der Kaiserin Zita als König und Königin von Ungarn erfolgte am 30. Dezember in Ofen. Sie war mit dem verfassungsmäßigen Eid verbunden. Der Kaiser hatte in seiner Pflichttreue geeilt, allen konstitutionellen Pflichten aufs strengste zu entsprechen. Wir verzichten auf die ausführliche Beschreibung der altertümlichen, ehrwürdigen und bedeutungsvollen Zeremonien, auf die Wiedergabe all der überschwenglichen Kundgebungen ritterlicher Treue der edlen ungarischen Nation, auf die Schilderung des allgemeinen Jubels, der huldigenden Liebe und Begeisterung für das edle und würdige Fürstenpaar, das unschuldigste und das würdigste, dem je die Krone des heiligen Stephan anvertraut wurde. Diese Schilderung wäre heute (17. Dez. 1918) ein allzu blutiger Hohn auf die Treue der Nationen. Niemals ist die heilige Stephanskrone von irgend jemandem so in den Kot getreten worden wie kaum zwei Jahre darauf von dieser selben ungarischen Nation, ihrer Torheit und ihrer verbrecherischen Verblendung. Gerade diese Nation, der das Herrscherhaus die höchsten Rücksichten erwies, wurde die Ursache des Zusammenbruches der Monarchie, der auch sie unter ihren Trümmern begrub.

Huldigungen. Nicht minder bedeutsam waren die Huldigungen des österreichischen Parlaments (1. Dez.) und des Wiener Gemeinderats (2. Dez.), wobei Bürgermeister Weiskirchner von der alten Kaiserstadt, vom alten Erbe der Vorfahren, der Anhänglichkeit und dem Vertrauen sprach, das Volk und Krone umschließt. Es folgte am 9. Dezember die Huldigung des niederösterreichischen Landesausschusses unter Führung des Landmarschalls

Prinzen Liechtenstein. — Am 3. Dezember wurde Prinz Konrad Hohenlohe gemeinsamer Finanzminister, am 22. wurde er aber wieder seines Amtes enthoben, und zwar zugleich mit der Enthebung des Barons Stephan Burian vom Amt des Ministers des Äußern und dessen Ernennung zum gemeinsamen Finanzminister. Dafür wurde Graf Ottokar Czernin Minister des Äußern. Czernin. Czernin, 1872 geboren, gehörte der liberalen Partei an, er war seit 1913 Gesandter in Bukarest bis zur Kriegserklärung; er galt als Vertrauensmann des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand. In einer Antrittsansprache identifizierte sich Czernin völlig mit den letzten Friedensvorschlägen, da die Siege des Vierbundes jede Mißdeutung seiner Friedensbereitschaft ausschlossen. Er stellte sich auf den Standpunkt des 1867er Ausgleichs und wollte die strenge Parität zwischen Österreich und Ungarn als das Fundament seiner Tätigkeit betrachten. In einer Depesche an Bethmann Hollweg, 27. Dezember, erklärte er das Bündnis mit dem Deutschen Reich als den Grundpfeiler von Österreichs auswärtiger Politik und sprach seine volle Zuversicht auf den endlichen Erfolg im Krieg aus. — Das Ministerium Koerber trat am 13. Dezember zurück. Graf Clam-Martinitz bildete das neue Kabinett, dem Baernreither, Georgi, Forster, Hussarek, Trnka, Spitzmüller, Erasmus Freiherr v. Handel, Schenk und Urban angehörten. Eine programmatische Erklärung des neuen Ministeriums vom 21. Dezember bezeichnete die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände, die Ebnung des Weges zum Parlament als Ziel der Regierung. Vor allem sollte das verfassungsgemäße eidliche Gelöbnis des Kaisers ehestens eingeleitet werden.

Der dänische Reichstag nahm am 21. Dezember die Gesetzesvorlage an, wonach die Westindischen Inseln, die bisher dänisch waren, um 25 Millionen Dollars an die Vereinigten Staaten von Amerika verkauft wurden. Imperialistische Kolonialpolitik!

In den „Historisch-politischen Blättern" wird noch das Verteidigungswerk gegen das Buch „La Guerre Allemande et le Catholicisme" besprochen: „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg". Wichtig ist ein Artikel über „die amerikanische Präsidialmacht". Was geschieht in Nordamerika? „Durch Massenerzeugung von Munition bereichern sich einige Wenige, während ein nicht geringer Teil des Volkes durch Erschwerung der Ausfuhr in seinen Erwerbsverhältnissen behindert wird. Und das alles mit Zustimmung des Präsidenten, der sogar in einer Botschaft an den Kongreß die Staatsbürger, welche mit der Buchstabenneutralität nicht einverstanden sind, wie Schulbuben abkanzelt. Wie ist so etwas möglich? Die Verfassung der Union ist eine Repräsentativdemokratie, die große Macht in die Hände des Präsidenten legt. Dieser ist alleiniger Inhaber der vollziehenden Gewalt, Oberbefehlshaber der Armee und Flotte sowie der Miliz der einzelnen Staaten, wenn diese zum Dienst der Vereinigten Staaten berufen ist. Der Präsident ernennt und entläßt sämtliche Beamten des Staates. Seine Erlässe bedürfen nicht der Gegenzeichnung eines Ministers. Die zu erlassenden Gesetze bedürfen seiner Zustimmung. Sein Veto wird nur aufgehoben, wenn beide Häuser den Gesetzesvorschlag neuerlich mit einer Mehrheit von zwei Dritteln annehmen, was bei entschiedenem widerstrebenden Verhalten des Präsidenten nicht leicht zustande kommt; besonders bei der herrschenden Korruption. Da die Wiederwahl zulässig ist, so ist damit die Gefahr geschaffen, daß der

Histor.-polit. Blätter. Amerika.

Präsident sein Amt nicht im Interesse des gesamten Volkes, sondern zum Wohl jener Klassen zu verwalten sich bemüht, die für seine Wiederwahl tatkräftig einzutreten imstande sind. Der amerikanische Journalist Donn Piat erklärte 1889, am Wagen des zum Kapitol fahrenden neugewählten Präsidenten könne man mit großen goldenen Buchstaben die Worte anbringen: Gekauft für zwei Millionen Dollars. Die Verfassung verbietet dem Präsidenten wie jedem Funktionär, ein Geschenk oder einen Titel von einem fremden Staat oder Fürsten anzunehmen; sie sieht auch die Anklage wegen Verräterei und Bestechung vor. Daß so etwas vorgesehen wird, scheint bedeutsam. Schon bei Beratung der Verfassung 1787 wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, ein Präsident könne sich versucht fühlen, aus seinem kurzen Amtstermin den größtmöglichen persönlichen Vorteil zu ziehen. Jedenfalls ist die Tatsache festzustellen, daß Wilson durch angeborne Hinneigung zu Großbritannien zu einer Leitung der Staatsgeschäfte sich bewogen fühlt, die von einem Teil als nicht neutral, von einem andern Teil als nachteilig empfunden wird. Und dies alles, weil durch die Verfassung einem Manne eine Gewalt in die Hand gegeben ist, wie sie manche Monarchen nicht besitzen. — Über die Munitionslieferungen heißt es (157, 655), daß sie im April die Summe von 10 Milliarden Mark längst überstiegen haben. Seit dem Anfang des Krieges ist die damals auf 4100 gemeldete Zahl der amerikanischen Dollarmillionäre um 600 gestiegen. Die Firma Du Pont hat 1915 eine Dividende von 200 Prozent verteilt. Die Pulverfabrik Corneys Point berechnet ihren täglichen Gewinn auf $1^1/_2$ Millionen Mark. Die bekannten Geschützwerke Bethlehem Steel Company haben 1915 225 Millionen Mark verdient, wovon der zehnte Teil an ihren Leiter Schwob fällt. In Bridgeport, wo sich bedeutende Waffenfabriken befinden, hat die Arbeiterzahl im Jahr 1915 von 30.000 auf 140.000 zugenommen. Das Zinsengeschäft der amerikanischen Banken ist um 48 Prozent (in den angelegten Kapitalien) gestiegen. Die Depositen haben um $1^1/_2$ Milliarden zugenommen. So sind die Amerikaner schon seit langem kriegswirtschaftlich mit Engländern und Franzosen verbündet. Das Völkerrecht verwehrt die Waffenlieferungen nicht. Aber es liegt ein Maß in den Dingen, dessen Überschreitung ihre Natur verändert. Mißbrauch eines Rechtes schafft Unrecht. Die Waffenlieferungen der Amerikaner an unsere Feinde sind von einem solchen Umfang, daß sie einer kriegerischen Parteinahme gleichkommen. Die Neutralität der Vereinigten Staaten steht nur mehr auf dem Papier. Der angedrohte Krieg ist nur die Konsequenz der seitherigen Politik. — A. Becker bespricht die Presse, den „Zaum im Kinnbacken der Völker". — Otto Hipp bespricht „Die gesteigerte politische Bedeutung des Papsttums" und zitiert die Amsterdamer „Tijd" nach einer römischen Korrespondenz vom Februar 1916: „Keine Macht ist augenblicklich in der Lage, den Papst von der bevorstehenden Friedenskonferenz auszuschließen und die römische Frage ungelöst zu lassen. Es ist sogar die Frage, ob der Lauf der Ereignisse es Italien nicht sogar wünschenswert erscheinen lassen wird, dem Heiligen Stuhl gegenüber aus eigenem Antriebe anders zu handeln als bisher." Auch die „Nuova Antologia" äußerte sich ähnlich: „Es scheint also unmöglich daran zu zweifeln, daß man von italienischer Seite den Papst wird ersuchen müssen, sich auf dem Kongreß vertreten zu lassen." — Alfred Gökel bespricht Roger Casement, den unglücklichen Führer eines unglücklichen Volkes, und dessen „Gesammelte Schriften", die eben auch deutsch

Munition. Papst. Casement.

erschienen. Dabei wird eine Äußerung des Diplomaten Brancaninov aus London vom 28. März 1914 in seiner Wochenschrift „Novoye Zveno" 1914, Nr. 13, Seite 407, zitiert, wo er nach einem Besuche bei Grey schreibt: „Ist es nicht seltsam, zu denken, daß Europa wegen der irländischen Frage in eineinhalb bis zwei Monaten einem allgemeinen Krieg entgegengeht?" (So bei Hans Übersberger in „Deutschland und der Weltkrieg", Seite 422.) In der Tat stand England im Juli 1914 am Rand eines Bürgerkriegs Irlands wegen. Im November 1913 war auf Veranlassung Casements die Bildung der Irischen Freiwilligen zu Dublin erfolgt. Im Juli 1914 umfaßte die Körperschaft schon 150.000 Mann. Redmond und einige anderre irische Abgeordnete bemühten sich nun, durch die Verlockungen der Londoner Gesellschaft und den Glanz des englischen Goldes und englischer Würden bestochen, die Freiwilligenbewegung von ihrem eigentlichen Ziel abzulenken. Im Juli 1914 wollte die englische Garnison Dublins die Freiwilligen entwaffnen, wurde aber durch Kolbenschläge in die Flucht gejagt. Dieser Vorgang führte dazu, daß die britische Garnison am Sonntag den 26. Juli auf die unbewaffnete Volksmenge, meist Frauen und Kinder, feuerte und zahlreiche Personen tötete und verwundete. Ungeheure Empörung ging durch das ganze nationalistische Irland; die irischen Regimenter drohten zu meutern — da brach der Krieg aus und die irischen Truppen wurden so rasch als möglich nach Flandern geschafft; die Gefahr schien beseitigt. Iren sollten herdenweise zu den Fahnen strömen aus Dankbarkeit für die Homerulebill, die man, wie Casement ironisch bemerkt, zum Gesetz und nicht zur Tatsache gemacht hatte. Casement forderte darum die Iren auf, daheim zu bleiben und das Kriegführen England zu überlassen. Der niederträchtige Mordanschlag auf Casement zeigte, wie unbequem dieser Mann der britischen Regierung geworden war. Casement suchte Zuflucht beim Deutschen Reich. Er schrieb an die Iren: „Irland hat sein Blut keinem andern Lande zu geben, als Irland. Irland braucht alle seine Söhne. In der Frist von achtundsechzig Jahren ist seine Bevölkerung um mehr als vier Millionen Seelen gefallen. Wir haben keinen Grund, Deutschland zu bekriegen. Wenn dies ein Krieg für die kleinen Nationalitäten sein soll, wie seine Anstifter ihn bezeichnen, dann laßt ihn für eine kleine Nationalität daheim beginnen." Der englische Geschichtschreiber J. R. Green schrieb einst: „Ein Genuß der geschichtlichen Darstellung liegt im Kontrast; die Geschichte Irlands bietet keinen; sie ist eine Erzählung von ungemildertem Unrecht." Im Jahr 1801 fand die Vereinigung des irischen Parlaments mit dem britischen statt, nach Lord Byron eine Vereinigung, wie sie der Haifisch mit seiner Beute vornimmt. Damals stand Irland England noch gegenüber wie eine Großmacht der andern. Irland zählte sechs Millionen, England neun Millionen. Dublin war damals volkreicher als Berlin, als Petersburg, vielleicht sogar als Wien. Es zählte über 200.000 Einwohner, München 50.000. Nun wurde die irische Aristokratie nach London gelockt und langsam verengländert. England schuf für die Außenstehenden die Legende, Irland sei ein armes, wertloses Land, die Bevölkerung sei träge, sittenlos, unbotmäßig. Aber zu Zeiten der Königin Viktoria entstand in Irland eine Hungersnot; das Volk starb zu Hunderttausenden vor Hunger, während im selben Jahr der Boden, den es beackerte, aber nicht besaß, eine Ausfuhr von Lebensmitteln im Werte von 400 Millionen Mark hervorbrachte, die nach England geschafft wurden. In den sechs Jahren von 1846—1851 hat

Irland.

Irland über zwei Millionen Menschen verloren, teils durch Hungersnot und Hungertyphus, teils durch Flucht nach Amerika. In denselben sechs Jahren führte dasselbe Irland für zwei Milliarden Mark Korn, Vieh, Gemüse nach England. Irland war John Bulls Küchengarten. Die blühende irische Wollweberei, Baumwollspinnerei, Tuchfabrikation, Messerschmiederei, kurz, alle hochentwickelten Wirtschaftszweige wurden gewaltsam unterdrückt und durch zwangsweise Einführung englischer Produkte ersetzt. Für den Handel war Irland wie geschaffen durch seine Lage, seine Küstengliederung. Aber es wurde künstlich seines Handels beraubt zur eigenen Bereicherung Englands. Alle Erzeugnisse der Insel mußten über England verschifft werden, um dort einen schweren Durchgangszoll zu entrichten. Die alleinige und ausschließliche Aneignung Irlands mit allen seinen natürlichen Hilfsquellen bildet die Hauptstütze britischer Größe, und der Ire ist der große Sklave des englischen Weltreiches. Zum Raubkrieg gesellte sich der Religionskrieg. Alle teuren Erinnerungen an die katholische Vorzeit wurden vernichtet. Wer nicht anglikanisch wurde, wurde seiner sämtlichen Besitzungen für verlustig erklärt. Über Englands Verhältnis zu Deutschland sagte Casement 1912: „Für England gilt Gleichberechtigung schon als Beleidigung. Eine Macht, die imstand ist, in den Zustand freien Wettbewerbes überzugehen, hat schon eine unverzeihliche Todsünde begangen.“ Er verglich das Verhältnis Englands zu Deutschland dem Karthagos zu Rom. „Das deutsche Ausgangstor in den freien Atlantischen Ozean kann nur durch ein befreites Irland offengehalten werden.“ 1913 schrieb er: „Ich halte England für den Feind des europäischen Friedens.“ Englands Anspruch auf die Beherrschung der Meere bietet den Anlaß zu dessen Intrigen und Übergriffen, es hetzt beständig befreundete Völker gegeneinander. Der englische Geisteszustand hat die riesigen Rüstungen veranlaßt, die nun (1913) die europäische Zivilisation verdunkeln.“ „Will Europa sich nicht erdrosseln lassen, so muß es die Seeschlange erdrosseln, deren Knäuel seine Küsten umringeln.“ Im September 1914 schrieb er: „Nicht in den Blau- und Weißbüchern sind die wahren Gründe des Krieges zu finden: jene dienen vielmehr dazu, die wahren Ursachen zu verheimlichen ... Der Krieg war schon seit Jahren unvermeidlich, nicht wegen der Fehler oder Leidenschaften der Herrscher oder ihrer Diplomaten, auch nicht dadurch, daß große Heere in Europa existieren, sondern wegen des Anspruches Englands, daß die Meere englisch bleiben und der Weltverkehr und Welthandel allein von England beherrscht werden soll. Um deutsche Schiffahrt, deutschen Handel, deutschen Gewerbefleiß, deutsche Industrie zu vernichten, hat England die Verschwörung, die wir jetzt am Werke sehen, bewußt angezettelt ... Um dieses Verbrechen auszuführen, ist England bereit, Europa den Russen auszuliefern.“ Im Mai 1913 schrieb Casement über Amerika sehr voraussichtig: „Um die Einkreisung Europas ganz sicher zu machen, wird es nötig, die Vereinigten Staaten mit einem Lügengürtel zu umschließen. Amerika darf der Politik seines Gründers nicht treu bleiben: Freund aller Macht, Verbündeter keiner Macht! denn Englands Pläne können nur mit amerikanischer Hilfe gelingen, obwohl die alte hochnasige Geringschätzung des Yankee noch besteht ... Der Kerkermeister Irlands sucht amerikanische Unterstützung, um Irland im Kerker zu behalten. Aber käme die angelsächsische Allianz zustande, so müßte sie anstatt des Friedens den verwirrendsten und unheilvollsten Konflikt heraufbeschwören, der je die Welt mit

Casement.

Blut tränkte." — Bei der Besprechung von K. Hoebers Schrift „Der Papst und die römische Frage" wird ein von „entscheidender Stelle" in Rom eingelangtes Schreiben vom 12. März 1916 mitgeteilt, worin es unter anderm hieß: „Sie können sehr gut den Vortrag im Buchverlag herausgeben und auch die Stelle, daß das Gebiet des Papstes nur wenige Quadratkilometer zu umfassen brauchte, bestehen lassen; denn nur ein wirklich territorialer Besitz kann dem Papste jene Freiheit gewährleisten, deren er zur Ausübung seines hohen Amtes bedarf. Der Papst muß ein wirklicher Suverän sein und nicht ein solcher, dem durch die Gnade eines Staates oder auch aller Staaten lediglich nur suveräne Ehrenrechte zugebilligt werden; das wäre unwürdig für das Oberhaupt der Kirche. Die Internationalisierung der italienischen Garantiegesetze würde den Papst zum Spielball sämtlicher Mächte machen." Hoeber zeigt, daß die italienische Regierung das Garantiegesetz teils aus bösem Willen nicht beachtet hat, teils gar nicht in der Lage ist, es unter allen Umständen zu wahren. Er erblickt eine wirkliche Kriegserklärung der italienischen Regierung gegen den Heiligen Stuhl im Abkommen mit dem Verband, wonach Italien bei seinem Beitritt zum Londoner Vertrag am 30. November 1915 sich ausbedungen haben soll, daß bei zukünftigen Friedensverhandlungen die Internationalisierung der römischen Garantiegesetze für den Heiligen Stuhl nicht erörtert, noch irgendwelche Veränderungen an diesen Gesetzen zugunsten des Vatikans beschlossen werden dürften. Er bespricht den Vorschlag, außer dem leoninischen Stadtteil Roms auch das daranstoßende westliche Gebiet bis ans Meer als territoriale Unterlage für eine päpstliche Suveränität zu erklären, hält ihn aber für undurchführbar. Dagegen hält er den Vermittlungsgedanken von M. Claar („Der päpstliche Stuhl und die römische Frage) für beachtenswert. Danach soll der Vatikan mit stillschweigender Zustimmung Italiens ausgedehnte Gebiete zwischen den vatikanischen Gärten und dem Meer zunächst privatrechtlich erwerben. Ein Anfang wurde unter Pius X. gemacht, als zur Erweiterung der vatikanischen Gärten der nahe Pinienhain gekauft und mit Erlaubnis der italienischen Regierung durch einen Viadukt über eine öffentliche Straße mit dem vatikanischen Gebiet verbunden wurde. Das soll den Übergang zu einer den Forderungen des Papstes nach Unabhängigkeit mehr entgegenkommenden Lösung bilden. Einen ähnlichen Vorschlag machte der Jesuit Ehrle im Septemberheft der „Stimmen der Zeit". (Wenn ich hier meine unmaßgebliche Ansicht äußern darf, so sehe ich eine wirkliche Lösung der wichtigen Frage nur darin, daß, wie zur Zeit Karls des Großen oder zur Zeit Napoleons III., ein auswärtiger Patricius oder Advocatus Ecclesiae das Patrimonium des hl. Petrus besetzt und für den Papst verwaltet. Den exkommunizierten italienischen Nationalstaat von gestern aber mag noch seine Strafe ereilen. Das ist wenigstens die Lehre der Geschichte, die ich hier vorurteilslos zu vertreten suche, allerdings vom höchsten weltgeschichtlichen und kirchengeschichtlichen Standpunkt aus, der nicht der Standpunkt der Stunde ist.) — Es wird der dritte Band von Kißlings „Geschichte des Kulturkampfes" angezeigt. Papst.

Zum Schluß dieser Jahresübersicht noch einige bezeichnende Notizen.

Der berühmte französische Bildhauer Rodin schrieb im „American Magazine" über Krieg und Kunst: „Paris wurde nach der Revolution der Mittelpunkt einer internationalen, dem französischen Genie fremden Kunst. Es hieß alles willkommen, was vom Ausland kam. Hundert Jahre lang Rodin.

haben Begehrlichkeit und Kunstverachtung als Meister geherrscht und Frankreich war im Begriff in Schmutz zu versinken. Der Hunger nach Gold, die Handelsinteressen, der nackte Egoismus führten vor dem Krieg allein die Herrschaft. Mit großen Schritten gingen wir dem Verfall und dem Krieg entgegen. Ich sah es und litt darunter. Ein Sturm mußte kommen, um die üble Unwissenheit und die alberne Gemeinheit hinwegzufegen, in die wir zu versinken im Begriffe waren. Der Sturm ist nun gekommen, schrecklich, langdauernd, furchtbar. Es ist jedoch meine Überzeugung, daß die Menschen in dieser großen Katastrophe endlich wieder die Trivialität vergessen und die Begeisterung wiederfinden; der Krieg arbeitet dem ertötenden Egoismus entgegen. Er lehrt, an das allgemeine Gute, an die Notwendigkeit des Opfers zu glauben. In der Seele der Kämpfer ist der erste Funken des großen Feuers aufgeflammt, das die Welt reinigen wird. Ich möchte glauben, ich will glauben, daß so viel Jugend und Schönheit nicht umsonst geopfert sein wird, sondern daß sie dem Gebote der Liebe und der Schönheit als ein Brandopfer für die Vergebung unserer Sünden, für die Saat künftiger Ernte dargebracht ist. Die Üppigkeit, die Geldgier, die Tagtäglichkeit: das alles sehe ich in dem großen Brand untergehen. Das Leid wird zu groß sein und zu allgemein, um nicht Früchte zu tragen. Es reift die Seele."

Über das von der französischen Heeresleitung erlassene Bartverbot erhob sich laute Klage. Maurice Barrès schrieb: „Der Bart war ein heiliges Symbol. Er pflanzte in das Fleisch unserer Soldaten eine epische Größe. Er war ein Teil des Krieges und unserer Tapferkeit. Jetzt aber wird er entwurzelt und sein Ruhm ist tot." Der Dramatiker H. Bataille: „Wieder schwindet ein Teil unseres Selbst, löst sich auf im Unbestimmten. Der Bart war das Nest süßer und mutiger Erinnerungen. Wenn der Krieger heimkehren wird, wird die Gattin trauern und ihn nicht wiedererkennen." Dagegen lobte General Cherfils den Erlaß, da das Gesamtgewicht der Bärte 120.000 Kilogramm betrage. „Es war natürlich, die Armee von diesem Gewichte zu befreien, das sie beim Sturmangriff unnötig beschwerte."

Bart.

Ingenieur Rosemeyer in Köln-Lindental projektierte einen Donaukanal, der das Eiserne Tor, diese Barre zwischen Orient und Okzident, durch Abkürzung der großen Schleife bei Turn-Severin, ausschaltete (Öst. Ill. Ztg., 1. Okt.).

Gust. Hervé reizte in der „Victoire" den Venizelos zum Königsmord auf: „Venizelos ist ein Urenkel des schlauen Ulysses. Er soll sich doch ja nicht genieren. Wir werden es der griechischen Nation nicht nachtragen, wenn sie mit König Konstantin geradeso verfährt, wie wir mit Ludwig XVI. und die Engländer mit Karl I.

„Österreichs Illustrierte Zeitung" 17. Dezember bringt Proben von slowenischen Kriegs- und Soldatenliedern.

Shaw.

B. Shaw schrieb: „Ich schleudere meine Angriffe gegen die ganze englische autokratische und geheime Diplomatie, als deren Vater ich Grey betrachte. Wir sind ein hoffnungsloses Volk und fallen von einer Undankbarkeit in die andere. Was hat Österreich und Deutschland für Europa getan! Die Türkenkriege! Luther! Eine ewige Schande bleibt unser Vorgehen, und wir sollten darüber erröten."

Hans Schaeffer in Wien schuf eine schöne Gedenkmedaille auf Kaiser Josef II. anläßlich der hundertfünfzigjährigen Gedenkfeier an die Freigabe des Praters 29. April 1766 (Öst. Ill. Ztg., 30. April).

Treffend war ein Ausspruch der Königin Marie von Rumänien für eine von Jon Filipescu gegründete Zeitschrift: „Im gegenwärtigen Krieg rächt sich die Maschine am Menschen. Der Mensch dünkte sich als der Herr der Welt. Da erhoben sich gegen ihn seine eigenen Erfindungen, um ihm noch einmal zu zeigen, wie klein er in Wirklichkeit jetzt einer Macht gegenübersteht, die er selbst entfachte und die er nun nicht mehr beherrschen kann. Es gibt keinen noch so großen Helden, der sich mit dem messen kann, was menschliches Gehirn geschaffen hat, um den Mitmenschen zu vernichten. Sein eigenes Werk erhebt sich gegen ihn und entreißt seiner Hand den Sieg. Der Mensch hat Dinge erfunden, die stärker sind als seine Macht."

Als Eiserner Wehrmann wurde in Szombathely ein kniender altungarischer Ritter von Josephu aufgestellt (Öst. Ill. Ztg., 25. Juni).

Hansjakob starb zu Haslach.

Sehr schöne stilvolle Kriegsbilder von Franz Wacik bringt „Österreichs Illustrierte Zeitung" 16. Juli; zum Beispiel die Schlacht bei Belgrad 1915 mit der Vision des Prinzen Eugen.

London war mit Plakaten angefüllt mit Empfehlungen zur strengsten Sparsamkeit; zum Beispiel: „Wollt Ihr den Deutschen helfen? Ihr helft ihnen, wenn Ihr eine Autodroschke bloß zum Vergnügen benützt, mehr Dienstboten haltet, als Ihr braucht, Euch mehr und kostbarere Kleider anschafft, als unbedingt nötig ist, mehr eßt und trinkt, als Eure Gesundheit erfordert, Gas und elektrisches Licht verschwendet."

Das Unterrichtsministerium veranstaltete in Wien einen Wettbewerb für ein Kriegerdenkmal; den ersten Preis erhielten Architekt Seidl und Maler Haßmann (Öst. Ill. Ztg., Febr.). Eine glückliche Idee waren die beiden Säulen vor der Votivkirche von Architekt A. Weber und Bildhauer W. Bormann (desgl.).

Das Wort „perfides Albion" stammt schon aus dem 14. Jahrhundert: „Perfida gens Britonum", und Napoleon sagte: „Es gibt nichts so Perfides, so Gefährliches, als offizielle Unterhaltungen mit englischen Diplomaten."

Die Königin-Witwe Elisabeth von Rumänien, als deutsche Dichterin Carmen Sylva, starb am 2. März zu Bukarest.

Wilsons Vater war Pfarrer der presbyterianischen (schottischen) Kirche in Augusta im Staat Georgia; er verteidigte von der Kanzel das Arbeitssystem des Südens, die Sklaverei, als gesetzlich, heilig und biblisch und verdammte jeden Einspruch hiegegen als unsittlich. Das war vor sechzig Jahren. Er wandte dabei eine ähnliche Logik an, wie sein Sohn bei der Verteidigung der legitimen Munitionslieferungen der amerikanischen Kapitalisten. Beide gehörten zu jener „schottischen Sekte der Kasuisten, Generationen hindurch so verstrickt in religiösen und politischen Fiktionen und abergläubischen Meinungen, verbunden mit falscher Ängstlichkeit und angeblich peinlicher Genauigkeit".

Originell ist das Erinnerungsdenkmal an die Masurenschlacht in Friedrichshafen bei Berlin, ein Arm, der ein Schwert emporreckt; am Sockel Hindenburgs Reliefbild, altgermanische Ornamente (Öst. Ill. Ztg., 9. April).

Zu Kufstein wurde ein „Eiserner Standschütze" aufgestellt (Öst. Ill. Ztg., 16. April).

Man gedachte am 23. April des dreihundertsten Todestages der beiden großen (katholischen) Dichter Shakespeare und Cervantes.

Der Amerikanische Krieg und der Friede 1917—1919.

Das Jahr 1917.

Jänner: Zum Friedensangebot der Mittelmächte und Wilsons. Verschärfter Unterseebootkrieg. Februar: Absage Wilsons. Neuorientierung in Deutschland. März: Seerechtsfrage. Inauguraladresse Wilsons. Russische Revolution. Abdankung des Zaren. Mexikanische Angelegenheit. April: Kriegserklärung Wilsons an Deutschland. Aufhebung des Jesuitengesetzes. Czernin. Mai: Die Frage der Stockholmer Konferenz. Juni: Friedensvermittlungsversuch des Schweizer Bundesrates Hoffmann. Österreichischer Reichsrat. Ministerium Seidler. Italien in Valona. Abdankung König Konstantins von Griechenland. Juli: Rücktritt Bethmanns. Michaelis Reichskanzler. Deutsche Friedensresolution. Zersetzung in Rußland. Amnestie Kaiser Karls. August: Friedensbotschaft des Papstes. Russische Staatskonferenz. Prozeß Suchomlinow. Czernowitz zum drittenmal befreit. Elfte Isonzoschlacht. September: Antworten an den Papst. Riga erobert. Oktober: Große Offensive gegen Italien bis über Udine. Eroberung von Oesel. Sozialdemokraten in Würzburg. Russisches Vorparlament; Kerenskij. November: Bolschewistischer Umsturz in Rußland. Ukraina. Bereitschaft zum Sonderfrieden. Reichskanzler Hertling. Clemenceau. Rapallo. Japanisch-amerikanisches Abkommen über China. Berner Konferenz. An der Piave, in Asiago und Belluno. Duellerlaß Kaiser Karls. Dezember: Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Russische Sonderrepubliken. Wilson redet. Lansdowne. Engländer in Jerusalem. Wahlreform. Wahlreform in England. Tschechisch-slowakische Armee.

Die Ablehnung der Friedensbereitschaft der Mittelmächte und die geringe Unterstützung dieses Friedensangebots von Seite der Neutralen, besonders von Seite der Vereinigten Staaten, veranlaßte die rücksichtslose Verschärfung des Tauchbootkrieges, woraus sich das Eintreten Amerikas in den Krieg ergab und dessen tragisches Ende im folgenden Jahr. Davon ist nun zu handeln.

Zuerst legten die Mittelmächte ihre Auffassung über die Ablehnung ihres Friedensangebotes und die dadurch geschaffene Sachlage in Noten vom 11. Januar an die neutralen Staaten dar. Die Note des Czernin. Grafen Czernin lautete: „Unter dem Vorwande, daß der Vorschlag der vier verbündeten Mächte ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei, lehnen es die feindlichen Regierungen ab, auf diesen Vorschlag einzu-

gehen. Durch die Form, welche sie ihrer Mitteilung gegeben haben, machen sie eine an sie gerichtete Antwort unmöglich. Die k. u. k. Regierung legt aber Wert darauf, den Regierungen der neutralen Mächte ihre Auffassung darzulegen ... Was im besonderen das österreichische Ultimatum an Serbien betrifft, so hat die Monarchie hinlängliche Beweise ihrer Langmut gegenüber den Umtrieben Serbiens an den Tag gelegt bis zu dem Momente, wo die Mordtat von Sarajevo eine weitere Nachsicht unmöglich gemacht hat ... Die Gegner gehen auf die Beraubung der Monarchie, auf die Eroberung von Elsaß-Lothringen, auf die Aufteilung der Türkei und die Verminderung Bulgariens aus. Die vier verbündeten Mächte können daher bereits derzeit ihre rein defensiven Kriegsziele als erreicht betrachten, während die Gegner sich von der Verwirklichung ihrer Pläne immer weiter entfernen ... Die Gegner sind es, welche, ohne Gegenvorschläge zu machen, es abgelehnt haben, den Inhalt des Vorschlages der vier verbündeten Mächte kennenzulernen. Wenn die Gegner Anerkennung der Nationalitäten und kleinen Staaten verlangen, so wird es genügen, auf das tragische Geschick des irischen und des finnischen Volkes, der Buren, Nordafrikas, Griechenlands hinzuweisen. Die verbündeten Mächte lehnen vor Gott und der Menschheit die Verantwortung für den Fortgang des Krieges ab, sie werden den Kampf weiterführen, bis ein Friede erstritten ist, der es allen Staaten Europas ermöglicht, in voller Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der Kulturaufgaben zu arbeiten ..." Die deutsche Note wies auf die Einkreisungspolitik Englands, die Revanchepolitik Frankreichs, das Streben Rußlands nach Konstantinopel, die Aufwiegelung Serbiens hin, woraus sich die Schuld am Krieg offen ergebe. England habe sich völkerrechtswidrig nicht nur von der Londoner, sondern auch von der Pariser Seerechtsdeklaration losgesagt und durch den Aushungerungskrieg von allen Geboten der Menschlichkeit. Ebenso zivilisationswidrig ist die Verwendung farbiger Truppen in Europa und das Hineintragen des Krieges nach Afrika, das unter Bruch bestehender Verträge erfolgte und das Ansehen der weißen Rasse untergrub. Die Inanspruchnahme eines Wegerechtes durch Belgien war nichts Ungehöriges, zumal Belgiens Neutralität von anderer Seite bedroht war. — Die türkische Note hob hervor, daß die Mittelmächte keinen Grund hatten, einen Krieg zu entfesseln, wohl aber die Gegner wegen ihrer Eroberungsabsichten; Englands Absichten waren auf Mesopotamien und Arabien gerichtet. Um das von ihnen vorgegebene Nationalitätenprinzip hat sich keiner der feindlichen Staaten jemals im geringsten gekümmert. Oder sind die Ägypter Engländer, die Tripolitaner Italiener, die Bewohner der Meerengen Russen? — Die bul-

Deutsche Note.

Türkische Note.

garische Note wies den Vorwurf der Unaufrichtigkeit zurück, da ja die Mächte des Vierbundes auch die Schritte des Präsidenten Wilson und der Schweiz bereitwillig erwidert haben.

Kaiser Karl warf in einem Aufruf an Armee und Flotte vom 9. Januar die Schuld für die neuen Blutopfer auf die Feinde. „Gott ist mein Zeuge!“ Ähnlich Kaiser Wilhelm, auch in einem Aufruf vom 12. Januar an das deutsche Volk: „Unsere Feinde haben die Maske fallen lassen. Erst haben sie mit Hohn und heuchlerischen Worten von Freiheitsliebe und Menschlichkeit unser ehrliches Friedensangebot zurückgewiesen. In ihrer Antwort an die Vereinigten Staaten haben sie sich zu einer Eroberungssucht bekannt, deren Schändlichkeit durch ihre verleumderische Begründung noch gesteigert wird. Ihr Ziel ist die Knechtung der Freiheit Europas und der Meere unter demselben Joch, das jetzt Griechenland trägt.“

Zur Vorgeschichte des Friedensangebotes wurde ein Handschreiben Kaiser Wilhelms an Bethmann vom 31. Oktober 1916 mitgeteilt, in welchem es hieß: „Es ist klar: die in Kriegspsychose befangenen, von Lug und Trug im Wahn des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die den moralischen Mut besäßen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf allen lastenden Drucke zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um Mißdeutungen den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will es auf Gott wagen.“ — Es wurde auch festgestellt, daß Bethmann den Ausdruck vom „Fetzen Papier“, um den Neutralitätsvertrag Belgiens zu bezeichnen, nie in einer Rede gebraucht habe, sondern daß ihm dies Wort („ein Stück Papier“) vom englischen Botschafter Goschen in einem Bericht über die letzten Unterredungen in den Mund gelegt wurde ohne Spur des Beweises. — Gegenüber Auslassungen der Feinde über die Schuld am Kriege wurde amtlich festgestellt: „Hat nicht Grey erklärt, er verzichte auf die Konferenzidee, wenn es Deutschland gelinge, Österreich-Ungarn zu direkten Verhandlungen mit Rußland zu bringen, und ist dies nicht geglückt? ... Stellten nicht England und Frankreich unter dem heuchlerischen Mantel einer Schutzmacht an das souveräne Griechenland Forderungen, die weit über die Forderungen hinausgingen, die seinerzeit Österreich an Serbien zu stellen gezwungen war? Was die Kolonien anbelangt, gewann Deutschland die seinigen alle durch friedliche Abmachungen, und es hat kein Schuldkonto aufzuweisen wie das, womit England in Indien und Frankreich in Marokko belastet sind ... Ist nicht der deutsche Unterseebootkrieg lediglich eine Maßregel gegen die englische Aushungerungspolitik? Warum erwähnt man den „Lusitania“-Fall, nicht aber die Pogroms in Johannesburg, London und Moskau, den „Baralong“-Fall, den „King-Stephen“-Fall, die Erschießung unschuldiger deutscher Kaufleute in Marokko und die Ermordung des deutschen Botschaftsbeamten Kettner unter den Augen und mit Billigung der Petersburger Polizei? Warum beschäftigt man sich nicht mit den englischen Anerbietungen über Belgien 1887? Vermeidet man, zu gestehen, daß die englische Regierung zweierlei Interpretationen des Völkerrechts kennt,

„Papier.“

je nachdem die eine oder die andere ihren Interessen nützlich ist. Warum verbot man in England die Veröffentlichung der belgischen Gesandtenberichte über die Einkreisungspolitik Englands? Schämt man sich seiner eigenen Taten?“ — Über die belgische Frage im Jahre 1887, als Boulanger französischer Kriegsminister war und gegen Deutschland hetzte, brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 22. Januar einen Artikel des „Standard“, des anerkannten Sprachrohrs Salisburys vom 4. Februar 1887, worin Deutschland die zeitweise Benutzung eines Wegerechtes durch Belgien in Aussicht gestellt wurde, wenn man von Bismarck angemessene Garantien erhalte, daß nach Beendigung des Konfliktes das belgische Gebiet unversehrt wie vorher bliebe. Auch jetzt bestätigte die „Morning Post“: „Es ist bekannt, daß die englische Regierung im Jahre 1887 beschlossen hatte, sich unter gewissen Bedingungen den Ansprüchen auf das Durchzugsrecht durch Belgien nicht zu widersetzen. 1914 hatte Deutschland Grund, die gleiche Haltung Englands anzunehmen. Von vertraglichen Verpflichtungen zum Schutze Belgiens war keine Rede, lediglich von englischen Interessen. „Die Geschichte straft somit England Lügen, wenn es behauptet, daß es sich, um seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Belgien nachzukommen, am Kriege beteiligt habe. Eine objektive englische Staatskunst hätte sich darüber klar sein müssen, daß in dem aufgezwungenen Existenzkampfe sich für Deutschland die Notwendigkeit der Forderung des Wegerechtes durch Belgien ergeben mußte, um einem Einbruch des Gegners ins Herz Deutschlands zuvorzukommen. Deutschland gab nun wirklich die schon von Salisbury geforderten Garantien, doch England fand 1914 eine andere Antwort als 1887. Ein Zustand, der es England ermöglicht, nach Belieben die Neutralität Belgiens anzuerkennen und zu schützen oder aber zu verleugnen und preiszugeben, ist unhaltbar. Deutschland muß dagegen gesichert werden, daß Belgien nicht wie bisher das Einfallstor bleibt, das der englische Egoismus je nach Bedarf nach Osten oder Westen öffnen oder schließen kann.“ Belgien.

Und wie verhielten sich die englischen Sozialisten? Der Minister (Mitglied des Kriegsrates) Henderson (Arbeiterpartei) sagte am 7. Januar zu einem amerikanischen Journalisten: „Der preußische Militarismus wurde im Bestreben auf die Weltherrschaft organisiert. Wenn Sie annehmen, wir könnten einen Frieden auf der Grundlage des Standes wie vor dem Kriege haben, vergessen Sie, daß Deutschland, während es ihm mißglückte, seine Feinde zu besiegen, seine Verbündeten gänzlich seinem Willen unterwarf. Mitteleuropa wurde eine politische Tatsache; wir können aber nicht eine so starke und in einer so starken Stellung stehende Militärmacht ertragen, wie sie durch Deutschland, Österreich, die Türkei und Bulgarien, unter Deutschlands Aufsicht wirksam verbunden, dargestellt würde.“ — Barnes (Arbeiterpartei) sprach ähnlich in einer Rede in Southwark 7. Januar: „Wir können keine Verhandlungen über Friedensbedingungen mit wilden Tieren eingehen.“ — Auch der Kongreß der englischen Arbeiterpartei in Manchester 25. Januar verwarf den Antrag auf sofortige Friedensvorschläge. Englische Sozialisten.

Premierminister Lloyd George sagte am 11. Januar in der Guildhall zur Unterstützung der neuen englischen Kriegsanleihe: „Ich komme vom Kriegsrat der vier Alliierten. Wir haben allen Schwierigkeiten ins Gesicht geblickt; wir haben das Gefühl, daß der Sieg wohl schwierig, daß aber eine Niederlage unmöglich ist. Es herrscht der grimmige Entschluß, daß wir Lloyd George.

um jeden Preis das hohe Ziel erreichen müssen, um die Welt auf ewig vor der Bedrohung durch die preußische Militärkaste zu schützen. Die Alliierten blicken mit wachsendem Vertrauen auf Großbritannien. Seine Kraft, seine Hilfsquellen, das ist für sie wie ein großer Turm mit tiefen Grundfesten, die Hoffnung der Unterdrückten, die Verzweiflung der Unterdrücker. Wir müssen das Heer unterstützen. Ich muß Schecks durch die Luft gegen die feindlichen Schützengräben sausen sehen. Jeder Scheck ist furchtbarer als eine Granate. Dieser Krieg ist ein Ausrüstungskrieg. Darum sind die tapferen Rumänen zurückgedrängt worden . . ."

Der französische Ministerpräsident überreichte am 10. Januar dem amerikanischen Botschafter namens aller verbündeten Regierungen die Antwort auf Wilsons Friedensvorschläge vom 19. Dezember vorigen Jahres. Die Alliierten schlossen sich dem Plan der Schaffung einer Liga der Nationen an, wodurch der Frieden und die Gerechtigkeit in der Welt gesichert werden sollen. Aber sie waren „der Ansicht, daß es unmöglich ist, bereits heute einen Frieden zu erzielen, welcher ihnen Wiedergutmachungen, Rückerstattungen und Bürgschaften sichert . . . Die Alliierten kämpfen nicht für ein selbstsüchtiges Interesse, sondern zum Schutze der Unabhängigkeit der Völker, des Rechtes und der Menschheit . . . Mit Genugtuung nehmen sie zur Kenntnis, daß die amerikanische Mitteilung in keiner Weise ihrem Ursprung nach mit jener der Mittelmächte zusammenhängt, welche am 18. Dezember von der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben wurde. Sie zweifelten nicht am Entschluß der amerikanischen Regierung, selbst den bloßen Anschein einer auch nur moralischen Unterstützung des verantwortlichen Urhebers des Krieges zu vermeiden. Die Alliierten halten es für ihre Pflicht, sich gegen eine Gleichstellung auszusprechen . . . Deutschland zeigte eine systematische Verachtung aller Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechte der kleinen Staaten. Ist es nötig, an die Greuel zu erinnern, welche den Einfall in Belgien und Serbien begleiteten? Die schonungslose Verwaltung der besetzten Länder, die Niedermetzelung von Hunderttausenden von harmlosen Armeniern, die Barbareien gegen die Bevölkerungen von Syrien, die Zeppelinangriffe auf offene Städte, die Zerstörung von Handelsschiffen und Postdampfern unter neutraler Flagge durch Unterseeboote, die grausame Behandlung von Kriegsgefangenen, die Justizmorde an Miß Cavell und Kapitän Fryatt, die Verschleppung der Zivilbevölkerung in die Sklaverei usw. erklären dem Präsidenten Wilson vollständig den Protest der Alliierten . . . Präsident Wilson wünscht, daß die Kriegführenden offen ihre Ziele bekannt geben. Die Kriegsziele der Alliierten sind: Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Montenegros und Entschädigung; Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit gerechten Wiedergutmachungen; Reorganisation Europas; Bürgschaft für ein dauerhaftes Regime, das sowohl auf die Achtung der Nationalität und der Rechte aller kleinen und großen Völker gegründet ist wie auf territoriale Abkommen und internationale Regelungen, die geeignet sind, Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen; Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entrissen wurden; Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft; Befreiung der Bevölkerungen, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind; Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen

Liga der Nationen.

Zivilisation fremd ist . . ." — Balfour hielt es für notwendig, in einem eigenen Begleitschreiben zu erklären, warum die englische Politik nicht mehr wie früher die Erhaltung des türkischen Reiches als wesentlich für die Erhaltung des europäischen Friedens betrachte. Statt aufrichtig zu gestehen, daß Rußland die Türkei beerben wolle, bemühte er sich um andere Gründe. Auf Deutschland wurde nochmals alle Schuld geschoben: „Seine Geschichtsschreiber und Philosophen predigten den Glanz des Krieges. Die Macht wurde als der wahre Zweck des Staates proklamiert. Ein dauernder Friede mit Deutschland sei unmöglich, wenn nicht drei Bedingungen erfüllt sind: 1. daß die bestehenden Ursachen internationaler Beunruhigung soweit wie möglich entfernt und geschwächt werden, 2. daß die Angriffslust und die bedenkenlosen Methoden der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten, 3. daß hinter allen vertragsmäßigen Abkommen zur Verhütung oder zur Begrenzung von Feindseligkeiten irgendeine Form internationaler Sühne gesetzt werde, die dem kühnsten Angreifer Einhalt gebietet. Diese Bedingungen mögen schwer zu erfüllen sein, aber wir glauben, daß sie allgemein im Einklang mit den Idealen des Präsidenten stehen . . ." Damit drückte Balfour noch ein besonderes Siegel britischer Heuchelei auf diese Antwortnote. Balfour.

Sehr vorwurfsvoll klang die griechische Antwort auf Wilsons Friedensnote (12. Jan.); sie pries wohl diesen Schritt als erinnerungswürdige Seite im Buche der Geschichte: denn „in der Tat gibt es kein Land, das unter diesem Krieg ebenso gelitten hätte wie Griechenland, obwohl es dem Kampfe ferngeblieben ist. Infolge der geographischen Lage konnte sich Griechenland weniger als jedes andere neutrale Land einer verderblichen Einwirkung der Feindseligkeiten entziehen. Seiner Flotte beraubt und fast vollständig entwaffnet, ist unser Land beunruhigt durch eine künstliche Revolte, die Gewinn zieht aus der fremden Okkupation. Es ist eingeschlossen durch die Blockade, die die friedliche Bevölkerung dem Hunger ausliefert. Dennoch bemüht sich Griechenland neutral zu bleiben. Griechenland würde sich beeilen, dem edlen Schritte des Präsidenten beizutreten, wenn es nicht außerstande wäre, mit der einen Gruppe der Kriegführenden zu verkehren, während sie gegenüber der anderen Gruppe die Lösung außerordentlicher Schwierigkeiten abwarten muß . . ." Griechen.

Minister Czernin äußerte sich einem amerikanischen Preßvertreter gegenüber also (31. Jan.): „Es ist mir unbegreiflich, wie amerikanische Blätter behaupten können, unsere Feinde hätten in ihrer Antwort an den Präsidenten Wilson ihre Friedensbedingungen genannt, während die Mittelmächte dies unterlassen hätten. Die Feinde erklären, daß sie Deutschland amputieren, seiner Selbstbestimmung berauben, Österreich zerstückeln, Bulgarien vermindern, die Türkei vernichten wollen: wir erklären, daß wir keinen Eroberungs-, sondern einen Verteidigungskrieg führen, setzen also den offensiven Kriegszielen der Entente unsere defensiven klar und deutlich gegenüber. Welche Bedingungen die gemäßigteren, klügeren sind, welche die Zukunft Europas und der Zivilisation sowie einen dauernden Frieden mehr sichern, welche eine künftige Versöhnung möglich erscheinen lassen, das glaube ich dem Urteil der Neutralen überlassen zu können. Angesichts der Haltung unserer Feinde, die die Berechtigung unserer in Jahrhunderten gewordenen Existenz einfach leugnen, weil sie ihnen in Czernin.

ihre egoistischen Theorien nicht hineinpaßt, bleibt uns nichts anderis übrig, als uns zu wehren."

Wilson. Sehr bedeutsam war die Botschaft, die Präsident **Wilson** an den Senat der Vereinigten Staaten am 22. Januar über die Grundzüge des **künftigen Völkerfriedens** richtete. Er sagte mit Beziehung auf seine Note vom Dezember und auf die darauf erfolgten Antworten: „Es wird als zweifellos hingenommen, daß diesem Frieden irgendein bestimmtes Einvernehmen (Concert) der Mächte folgen muß, welches es wirklich unmöglich machen wird, daß irgendeine Katastrophe wie die gegenwärtige jemals wieder über uns hereinbricht. Es ist unfaßbar, daß das Volk der Vereinigten Staaten dabei keine Rolle spielen sollte. Es wird sein Gewicht und seine Macht zum Gewicht und der Kraft anderer Nationen hinzufügen, um Frieden und Recht auf der ganzen Welt zu sichern. Solch eine Regelung kann jetzt nicht mehr lange verschoben werden. Der künftige Friede muß den Beifall der Menschheit erringen, nicht nur den Einzelinteressen und augenblicklichen Zwecken der beteiligten Staaten dienen. Es wird nötig sein, daß eine Kraft geschaffen wird, imstande, die Dauer der Abmachung zu verbürgen, eine Kraft, weit größer als jene irgend einer der jetzt in Mitleidenschaft gezogenen Nationen oder irgendeines bisherigen Bündnisses. Der Friede muß gesichert sein durch die organisierte Kraft der Menschheit. Die Frage ist die: Ist der gegenwärtige Krieg ein Kampf um einen gerechten und sicheren Frieden oder nur für ein neues Gleichgewicht der Kräfte? **Nicht ein Gleichgewicht**, sondern eine **Gemeinsamkeit der Macht** ist notwendig. Glücklicherweise stellen die Erklärungen beider Völkergruppen fest, daß es nicht in ihrer Absicht liege, ihre Gegner zu **vernichten**. Darin liegt vor allem, daß es **ein Frieden werden muß ohne Sieg**. Ein Sieg würde einen Frieden bedeuten, der dem Unterlegenen aufgezwungen wird. Er würde als Demütigung, als Härte, als unerträgliches Opfer angenommen werden, er würde einen Stachel hinterlassen, auf dem kein dauernder Friede zu errichten wäre. Das Friedensgebäude würde auf Flugsand ruhen. Nur ein Friede unter Gleichen kann Dauer haben, nur ein Friede, dessen Grundprinzip Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft an einem gemeinsamen Nutzen ist. Die Gleichheit der Nationen muß eine Gleichheit der Rechte sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen einen Unterschied zwischen großen und kleinen, mächtigen und schwachen Völkern nicht in sich begreifen. Eine Gleichheit der Gebiete oder Hilfsmittel kann es natürlich nicht geben; nur eine Gleichheit der Rechte. Kein Friede kann dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten. So muß es ein selbständiges **Polen** geben, Sicherheit des Lebens, des **Gottes**-

dienstes, der individuellen und sozialen Entwicklung ... So weit als möglich sollte jedes große Volk eines direkten Ausganges zur See versichert sein, wenn nicht durch Gebietsabtretungen, so doch durch Neutralisierung der Zugangswege unter allgemeiner Garantie. Und der Seeweg muß tatsächlich frei sein. Die Freiheit der Meere ist die notwendige Bedingung für Frieden, Gleichheit und Zusammenarbeit. Dies ist ein Problem, das mit der Begrenzung der maritimen Rüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um die Meere frei und gesichert zu erhalten, enge verknüpft ist. Schwieriger ist die Frage der Beschränkung der Landarmeen. Aber die Frage der Rüstungen zu Wasser und zu Lande ist am einschneidendsten mit dem künftigen Geschick der Völker und des Menschengeschlechts verknüpft ... Ich schlage mithin vor, es mögen sich die Völker einmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe als Doktrin der Welt zu eigen machen: daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgendein anderes Volk zu erstrecken, daß es vielmehr jedem Volke, dem kleinen wie dem großen, freistehe, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen. Ich schlage vor, es mögen in Zukunft alle Völker es unterlassen, sich in Bündnisse zu verwickeln, die sie in einen Wettbewerb um die Macht hineintreiben. In einem Konzert der Mächte gibt es keine verwickelnden Allianzen. Ich schlage vor: Regierung unter Zustimmung der Regierten; Freiheit der Meere, eine Beschränkung der Rüstungen, die aus den Heeren und Flotten lediglich ein Instrument der Ordnung macht. Dies sind amerikanische Grundsätze, Grundsätze der Menschheit, und sie müssen zur Geltung gelangen." Man sah in diesen Gedanken das Abgehen der Vereinigten Staaten von ihrer traditionellen Politik der Isolierung.

Die englischen Minister waren wenig zufrieden mit Wilsons Ausführungen. In ihrem Namen hielt Bonar Law am 24. Januar zu Bristol eine Rede folgenden Inhalts: „Es ist unmöglich, daß Wilson die Fragen von demselben Gesichtspunkt aus betrachte wie wir. Amerika befindet sich sehr weit entfernt von den Schrecken dieses Krieges. Wir befinden uns mitten darin. Amerika ist neutral, wir nicht. Wir glauben, die Hauptfrage ist der Unterschied zwischen Recht und Unrecht. Wilson hofft, den Frieden durch einen Friedensbund zu sichern. Es wäre unrecht, diesen Vorschlag als völlig utopistisch anzusehen. Aber dabei können wir unmöglich die Vergangenheit vergessen. Die Deutschen haben Verträge zerrissen, in der offenen See Minen ausgelegt, zu Wasser und zu Land jedes Verbrechen gegen die Haager Konvention begangen. Und gegen all das ist nicht einmal ein Protest von einer neutralen Macht erhoben worden. Ein Friede, jetzt geschlossen, würde auf dem deutschen Siege beruhen, er würde die militärische Maschine ungebrochen lassen." — Dagegen drückte die Kammergruppe der französischen Sozialisten, 89 Mitglieder stark, ihre volle Zustimmung zu Wilsons Botschaft aus. Law.

Indien. Die Indische Nationalpartei, und zwar das Exekutivkomitee der europäischen Zentrale richtete an Wilson folgendes Telegramm: „Im Namen von 315 Millionen unterdrückter Völker Indiens sprechen wir Ihnen unsere Dankbarkeit aus für Ihre Botschaft. Über ein Jahrhundert lang war unser unglückliches Land das Opfer rücksichtsloser Plünderung und Ausbeutung durch England. Dieses einst wegen seiner Reichtümer, seiner moralischen Größe und seiner geistigen Errungenschaften berühmte Land ist ungeheurer Schätze beraubt und in einen Zustand dauernder Verarmung, des Hungers und des völligen geistigen Stillstandes versetzt worden. In Übereinstimmung mit Ihren Grundsätzen fordern wir, daß Indien vom englischen Joch befreit werde, um seinen rechtmäßigen Platz im Kreise der Nationen einzunehmen. Die Engländer haben die Welt irregeführt, indem sie ausschließlich Äußerungen indischer Söldlinge, Verräter ihres Vaterlandes, veröffentlichten, und als Beweis für Indiens Teilnahme den gewaltigen Tribut an Männern und Geld darstellten, den man dem hungernden, unwilligen Volk erpreßte, das um der selbstsüchtigen Interessen Englands willen sich zu Tode verblutet. Wir erklären, daß es ohne ein freies Indien keinen dauernden Weltfrieden geben kann." — Auch persische Parlamentarier sandten im gleichen Sinn ein Telegramm an Wilson. — Ebenso der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen in Warschau.

Am 26. Januar weilte Kaiser Karl mit Graf Czernin, Bethmann und Zimmermann bei Kaiser Wilhelm im Deutschen Hauptquartier. Kaiser Wilhelm sagte bei der Tafel: „Die Ablehnung unseres Friedensangebotes wird auf die zurückfallen, die unser loyales Entgegenkommen schroff zurückgewiesen haben." Czernin hatte bereits zu Beginn des Jahres eine Unterredung im deutschen Hauptquartier mit Hindenburg, Ludendorff und Zimmermann sowie in Berlin mit Bethmann. Zimmermann kam am 20. nach Wien. — Die Parlamentspräsidenten der Vierbundstaaten besprachen sich am 19. in Berlin. Staatssekretär Helfferich sprach von der Ablehnung des Friedensangebots, der feindlichen Erklärung des Vernichtungskrieges, der Notwendigkeit zu äußerster Kraftanspannung und geschlossener Einheit. „Hier gibt es keine Militärkaste, sondern ein einziges großes Volksheer, das trotz allem durchhalten und siegen wird. Von diesem überall gleichen Geist unbedingten Vertrauens auf das göttliche Lebensrecht unserer Völker, auf ihre unerschöpfliche Kraft und Opferbereitschaft werden die Präsidenten zu Hause berichten, und die Volksvertreter werden mit aller Kraft die gute Sache zum Siege führen helfen." Dr. Sylvester, der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, erwiderte im gleichen Sinn. Die Parlamentspräsidenten übergaben am 22. folgende Kundgebung der Öffentlichkeit: „Unsere Zusammenkunft erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo die Völker unseres Bundes auf die Verkündigung der Eroberungsziele unserer Feinde mit der erneuten einmütigen Bekräftigung ihres Siegeswillens geantwortet haben. Welche Opfer die kommenden Kämpfe auch fordern mögen, sie

Helfferich. Sylvester.

werden dargebracht werden in gerechter Verteidigung gegen einen Feind, der seine Raub- und Vernichtungspläne ohne Scham enthüllt hat . . ."

Im preußischen Abgeordnetenhaus sagte Präsident Graf Schwerin am 16. Januar: „Die leitenden Staatsmänner der Feinde haben auf Wilsons Anregung zu Friedensverhandlungen, wie vorher auf unsere Note, eine so empörende Antwort gegeben, darin so unerhörte Friedensbedingungen aufgestellt und dabei eine so unverschämte Sprache geführt, daß es auf alles dieses für uns heute nur noch eine Antwort unserer Waffen gibt. Damit sind freilich all die schönen Friedenshoffnungen, die vor einem Monat noch die Welt, auch wohl manch einen in den Reihen der Feinde erfüllten, zunächst einmal wieder verflogen. Aber einen Vorteil brachte uns das alles: die Klarheit über das Kriegsziel unserer Feinde. Es handelt sich darum, ob wir zu einem willenlosen Spielball der englischen Weltherrschaft herabsinken wollen, gleich so vielen andern Völkern der Erde." — Heydebrand sagte: „Das preußische Volk steht hinter seinem König wie ein Mann und wird ihm folgen. Jetzt müssen alle Kampfmittel angewendet werden." — Auch Herold (Zentrum) forderte Steigerung der Tätigkeit der Tauchboote; daneben Reform des preußischen Wahlrechtes und Gleichberechtigung der Katholiken. Eine scharfe Auseinandersetzung folgte über die preußische Polenpolitik. Der Sozialdemokrat Hirsch erklärte: „Einen Frieden um jeden Preis wollen auch wir nicht. Es handelt sich jetzt tatsächlich nur noch um einen Verteidigungskrieg." Auch er verlangte einen völligen Umschwung auf dem Gebiet der Polenpolitik. — Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands forderte angesichts des notwendigen Verteidigungskrieges im „Vorwärts" 21. Januar zur Einigkeit auf. Preußen.

Der polnische Staatsrat wurde am 14. Januar in Warschau mit festlichen Reden eröffnet. Der provisorische Staatsrat richtete am 17. an die Polen einen Aufruf. Polen.

Die Alliierten (Lloyd George, Milner, Robertson, Briand, Lyautey, Thomas, Politzin, Sarrail) berieten sich am 6. Januar in Rom mit Boselli und Sonnino. Die Besprechungen wurden zu Ende des Monats in Petersburg wieder aufgenommen.

An Trepows Stelle wurde Fürst Golicyn russischer Ministerpräsident (9. Jan.). Zar Nikolaus erklärte in einem Schreiben an ihn (21. Jan.): „In Übereinstimmung mit unseren Verbündeten lassen die Russen den Gedanken an einen Friedensschluß vor dem endgültigen Siege nicht zu." — Sasonow wurde zum Botschafter in London ernannt, nach dem Tode seines Vorgängers des Grafen Benckendorff. — Man erzählte von der Ermordung des Wundermönchs Rasputin, dem man einen großen Einfluß am Zarenhof nachsagte (2. Jan.). Damit begann eigentlich die russische Revolution, und zwar von oben, von einem Hofkreis aus. Rasputin.

Der siegreiche Vormarsch der Verbündeten in Rumänien führte am 5. Januar zur Besetzung von Braila. Im Nordosten wurde bei Riga und bei Pinsk gekämpft. Die Dobrudscha wurde vollkommen erobert. Dobrudscha.

Geringer war die Tätigkeit in Albanien und Makedonien. Man kämpfte zwischen dem Ochrida- und dem Prespa-See, am Doiran-See, an der Struma und im Cerna-Bogen. — Erzherzog Max, der Bruder des Kaisers, bereiste Montenegro und Albanien und erwarb sich die Sympathien der Bevölkerungen.

24*

Der Kommandant der österreichischen Besatzungstruppen richtete am 27. Januar eine Proklamation an die Albaner: „Heut jährt sich der Tag, an welchem unsere Truppen albanisches Gebiet betreten haben. Wir sind nicht als Eroberer gekommen, sondern in Verfolgung jener Feinde der Monarchie, die zugleich seit jeher auch eure Erbfeinde gewesen sind. Von Österreich ist euch die Befreiung gekommen. Unsere Befreiungstat ist eine aufrichtige und gleicht nicht den irreführenden Lockungen eurer Feinde. Das albanische Volk, durch lange Wirrnisse in seiner Entwicklung gehemmt, soll das ihm zukommende Recht der Selbstverwaltung sobald wie möglich auch tatsächlich ausüben . . .“

Die Maßregeln zur Unterdrückung Griechenlands wurden durch Frankreich, Großbritannien und Rußland als „Schutzmächte“ noch erheblich verschärft und in Form eines Ultimatums am 9. Januar erzwungen.

Die Kampftätigkeit an der Isonzofront war gering. Lebendiger war der See- und Luftkrieg.

Ohne größere Bedeutung entwickelten sich Einzelkämpfe an der Front in Nordfrankreich und Flandern. Es häuften sich die Nachrichten über unmenschliche, dem Völkerrecht hohnsprechende Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Gefangenschaft.

Zu Anfang 1917 waren von den Mittelmächten besetzt: In Belgien 29.000 Quadratkilometer, in Frankreich 22.310, in Rußland 280.450, in Rumänien 100.000, in Serbien 85.867, in Montenegro 14.180, in Albanien 20.040. Von deutschem Boden waren 900 Quadratkilometer in den Händen der Franzosen, von österreichisch-ungarischem Boden 28.231 in den Händen der Russen.

Seekrieg. Bei einer Unternehmung von Teilen deutscher Torpedobootstreitkräfte kam es am 23. in den Hoofden zu einem Zusammenstoß mit englischen leichten Streitkräften. Zwei feindliche Zerstörer wurden versenkt. Ein deutsches Torpedoboot wurde havariert und mußte den holländischen Hafen Ymuiden anlaufen. — Deutsche leichte Streitkräfte beschossen Southwold, ohne gegnerischen Schiffen zu begegnen. — Es konnte von der Kreuzfahrt einer neuen deutschen „Möve“ berichtet werden. — Admiral Jellicoe sprach am 12. Januar über die Schwierigkeiten der modernen Seekriegführung. „Die Unterseeboote und Minen verhindern eine dichte Blockade, wie man sie früher kannte. Obwohl die Deutschen sich brüsten, daß ihre Flotte bei zwei Gelegenheiten die Nordsee nach der britischen Flotte abgesucht habe, haben sich unsere Feinde mit ihrer Hauptflotte nur einmal genügend weit vorgewagt, um uns Gelegenheit zu geben, sie in einen Kampf zu verwickeln . . . Die Tätigkeit der englischen Flotte umfaßt die ganze Welt. Die Kreuzergeschwader haben die mühsame ununterbrochene Arbeit in den Heimatgewässern; dazu kommt die Riesenaufgabe, die Flotte auf der ganzen Welt zu versorgen. Die Handelsmarine hat über sieben Millionen Mann mit Geschützen, Munition und Vorräten transportiert und 2500 Kapitäne für Zwecke der Flotte zur Verfügung gestellt.“ — Am 26. Januar fand zu London eine Marinekonferenz statt, um die Flottenpolitik der Alliierten im Mittelmeer zu erörtern. Der englische Premierminister legte den Delegierten die Vorschläge für ein engeres und wirksameres Zusammenarbeiten der alliierten Flotten im Mittelmeer dar. — Kolonialminister Long erklärte am 31., keine der eroberten deutschen Kolonien werde jemals der deutschen Herrschaft zurückgegeben werden.

Das österreichische Kaiserpaar weilte vom 15. bis 19. Jänner in Tirol (Trient, Vielgereut, Valsugana, Bozen, Innsbruck). Die Landesschützen sollten von nun an Kaiserschützen heißen. In Wien empfing das Kaiserpaar huldigende Deputationen, darunter auch eine von Prag, an deren Spitze der Bürgermeister Dr. Gros stand, eine von Triest, eine von den türkischen Israeliten (Sephardim). Der Kaiser erließ eine Amnestie für zivile Vergehen (datiert vom 23. Dez. 1916). Im Hochverratsprozeß Kramarsch erließ der Kaiser den Verurteilten die über sie verhängte Todesstrafe und ersetzte sie durch Kerkerstrafen. In den Prozeß war auch der entflohene Professor Masaryk verwickelt. Die Angeklagten hatten ein staatsverräterisches Einverständnis mit den feindlichen Mächten gepflogen, alles getan, den Sieg zu verhindern, und waren so schuld am Tod unzähliger Reichsangehöriger, sie hatten das Ausland über die „Nation Tscheque“ falsch informiert, ihre eigene loyale Nation in selbstmörderische Rebellion gedrängt, hatten völkerrechtswidrig tschechische Freiwilligenkorps im feindlichen Ausland organisiert, durch mehrjährige Agitation zu Exzessen geschürt, sie hatten militärische und diplomatische Geheimnisse ausspioniert und dem Feind verraten. Es war ihnen aber noch nicht gelungen, die überwiegende Mehrheit des tschechischen Volkes zu korrumpieren und die tapferen tschechischen Truppen von ihrer Pflicht abzureden. Österreich.

Die verschiedenen österreichischen Parteien traten mit dem Ministerpräsidenten Clam-Martinic zusammen, um die Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses vorzubereiten. Ich hatte kurz vorher mehrere Artikel in der „Reichspost“ geschrieben über eine der ungarischen entsprechende österreichische Kaiserkrönung, die mit dem verfassungsmäßigen Kaisereid zu verbinden sei. Ich wurde deshalb am 21. zum Minister des Innern Freiherrn v. Handel beschieden, der mir den Auftrag gab, ein ausführliches Memorandum darüber zu entwerfen, das er dem Ministerpräsidenten und dem Kaiser vorlegen könnte. Ich erledigte sofort diesen Auftrag, wurde auch einige Tage später (19. Febr.) zur Kaiserin Zita berufen, um sie über Näheres zu informieren. Die Sache blieb aber liegen und hatte gar keine weiteren Folgen. Das Kaiserpaar war auch bereit zu einer Prager Krönung; als ich das aber dem Minister andeutete, war er ganz dagegen. Heute weiß man, daß ein solches System von anschaulichen Manifestationen des historischen und staatslichen Gedankens dem Reiche vielleicht die Katastrophe erspart hätte; denn es gehörte von jeher zur praktischen Staatskunst, den Völkern das Wesen, den Begriff des Staates anschaulich und faßlich durch derlei Demonstrationen, Staatsaktionen von dramatischer Eindringlichkeit darzustellen. Aber leider ist der modernen Zeit der Sinn für politische Ästhetik, wie sie das Altertum, das Mittelalter, die Renaissance und die Barocke besaß, ganz entschwunden. Daher will nichts klappen; es besteht keine Harmonie, kein Akkord. Die ungarische Krönung konnte für sich allein nur als Anomalie wirken. Krönung.

Auf einer kroatischen Vertrauensmännerversammlung in Zara 16. Januar wurde einmütig beschlossen, die Gefühle der unerschütterlichen traditionellen Treue und Ergebenheit der gesamten Bevölkerung Dalmatiens gegenüber dem Kaiser und König Karl zum Ausdruck zu bringen, mit dem Wunsche, daß der Allmächtige dessen edle Bemühungen um den Frieden kröne. „Die gesamte Wehrmacht ist bereit, Thron und Vaterland gegen den dreistesten fremden Angriff und gegen die schändlichste Verhöhnung des nationalen Prinzips zu verteidigen, sich gegen jeden Raub des nationalen Besitzes und gegen jede Kroaten.

Zerstückelung der kroatischen und slowenischen Länder zu verwahren. Deren Verbleiben unter dem Schutze des Hauses Habsburg bildet die Bedingung des nationalen Bestandes und der kulturellen wie wirtschaftlichen Entwicklung der Südslawen." — Der Obmann des kroatisch-slowenischen Reichsratsklubs Dr. Korosec übergab im Namen des Klubs am 19. Januar ein Protestschreiben gegen die Ententenote an Wilson dem Minister des Äußern Grafen Czernin; er erklärte, „daß die heuchlerische Versicherung der Entente wegen Befreiung der Slawen in Österreich bei den Südslawen nur Entrüstung hervorgerufen hat, da unser kroatisch-slowenisches Volk wie immer so auch jetzt fest entschlossen ist, in Not und Tod der Monarchie und dem Hause Habsburg treu ergeben zu bleiben." Ebenso erklärte Dr. Ivan Susteršic, der Landeshauptmann von Krain, am 22. Jänner: „Das slowenische Volk protestiert dagegen, daß es in der Ententenote als Vorwand für die Fortsetzung dieses abscheulichen Krieges mißbraucht wird. Das slowenische Volk lebt unter keinerlei Fremdherrschaft, sondern unter der angestammten Herrschaft der Habsburger-Dynastie, welcher es mit nie versiegender Liebe und unverbrüchlicher Treue ergeben ist, was ja auch in diesem Kriege selbst auf allen Schlachtfeldern durch die Tat bewiesen wurde. Wohl aber will die Entente das kroatisch-slowenische Volk unter die Fremdherrschaft zwingen, da sie große kroatisch-slowenische Ländergebiete zugestandenermaßen teils an Italien, teils an Serbien angliedern will. Ich bin befugt, diese Erklärung im Namen aller Slowenen des Landes Krain als dessen autonomes Oberhaupt abzugeben..." — Desgleichen wandte sich im Namen der österreichischen Italiener Dr. Faidutti, Landeshauptmann von Görz und Gradiska, an den Grafen Czernin (25. Jan.) gegen das Wort der Entente von einer Fremdherrschaft. „Die Italiener Österreichs leben seit Jahrhunderten unter Habsburgs Zepter, ihre legitimen Vertreter haben in dieser langen Zeit niemals Absonderungsbewegungen versucht. Fremd wäre ihnen die Herrschaft eines erst seit kaum einem Menschenalter bestehenden Staates, dessen bisheriges Walten kaum einen beneidenswerten Zustand in seinem eigenen Länderverbande geschaffen hat. Fremd ist ihnen der Druck der Waffengewalt... Von dieser Fremdherrschaft befreit zu werden, ist ihr Wunsch. Auch von der Gefahr eines Experimentes mit der Zuweisung an einen andern Staat ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen wollen sie sich befreit wissen. Es ist bekannt, mit welchem Unmute unser Volk in seiner Gesamtheit die Kunde vernahm, daß zur Vermeidung eines Krieges die Abtretung von Teilen unserer Heimat in Frage stand. So wie zu jener Zeit ein Gefühl der Befreiung durch unser Volk ging, als der Kaiser zum Schwerte griff, so gewärtigen wir heut ein erlösendes Wort, um wieder frei aufatmen zu können im Bewußtsein, daß unsere Kämpfer ihre ererbten Wohnstätten wieder besiedeln werden im Rahmen des österreichischen Staates, im Bunde mit den andern Völkern Mitteleuropas, die an ihrem Sammelpunkt, in Österreich-Ungarn, durch Gottes Vorsehung bestimmt sind, den heimatlichen Herd für die Familie der vereinigten Völker Europas zu gründen." Diese Erklärung galt auch für die Italiener Südtirols, von denen gut neunzig Prozent zur katholisch-italienischen Volkspartei gehörten. — Nicht minder widersprach der reichsrätliche Rumänenklub der Entente, welche unter anderm die Befreiung der Rumänen von der Fremdherrschaft als eines ihrer Kriegsziele nannte. „Die österreichischen Rumänen stehen nicht unter Fremdherrschaft, vielmehr erfreuen sie sich ungestörter

Slowenen. Görzer. Österr. Rumänen.

politischer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, halten in angestammter Hingebung an die Dynastie an der Zugehörigkeit zum Kaiserstaate fest, haben im gegenwärtigen Krieg ihre Anhänglichkeit an Kaiser und Reich mit ihrem Blute besiegelt und verwahren sich entschieden gegen die von der Entente kundgegebenen Pläne, sie vom Staatsverbande der Monarchie loszutrennen." — Endlich erhielt Czernin auch vom Präsidium des Tschechischen Verbandes eine Zuschrift folgenden Inhalts: „Im Hinblick auf die Antwort der Staaten des Vierverbandes an Präsident Wilson, in welcher auch die Befreiung der Tschechen von der Fremdherrschaft als eines der Ziele angeführt wird, zu welchem jene Staaten mit Waffengewalt gelangen wollen, weist das Präsidium des Tschechischen Verbandes diese Insinuation, welche auf gänzlich unrichtigen Voraussetzungen beruht, zurück und erklärt, daß das tschechische Volk wie immer in der Vergangenheit so auch in der Gegenwart und in der Zukunft bloß unter dem habsburgischen Zepter seine Zukunft und die Grundlagen seiner Entwicklung erblickt. Wien, 31. Jänner 1917. Stanek, Smeral, Mastalka." Diese offenen Kundgebungen brandmarken die Scheinpolitik der Kramarsch und Masaryk usw. Österr. Tschechen.

Alle Loyalitätskundgebungen überboten die Ungarn. Graf Khuen-Hedervary pries die beglückende Herrschaft des Königs Franz Josef, die eine sichere Grundlage der Zukunft sei. „Gott hat uns aber Trost gebracht im neuen König, dessen Anblick uns an den ungarischen Königssohn des Märchens gemahnt, den ritterlichen Jüngling, der mit Vertrauen in die Welt blickt, als ob er sähe, daß er berufen sei, über eine glückliche Nation zu herrschen. Ebenso wenig können wir den lieblichen Anblick unserer Königin vergessen, aus welchem Klugheit und Güte strömt." — Tisza sagte von Franz Josef, der unter allen Königen Ungarns am längsten über diese Nation herrschte: „Glaubet es mir, es gab Zeiten, da nur seine schützende Hand uns vom Rande des Abgrundes zurückriß. Er konnte mit vollem Vertrauen auf seinen Nachfolger blicken ... Wenn jemand darüber im Zweifel sein mochte, ein wie starkes Interesse der ungarischen Nation es ist, mit einem starken, lebensfähigen Österreich vereinigt zu sein, dieser Krieg hat es ihn gelehrt. Gott sei Dank, Österreich war viel stärker, als es selbst unter seinen Freunden viele, seine Feinde jedoch alle dachten ... Von Opfern und Mühen waren wir auch im vergangenen Jahre nicht verschont. Eine nachteilige Wendung trat in der Mitte des vergangenen Jahres auf dem russischen Kriegsschauplatz ein. Unsere Truppen wurden von einer ernsten Niederlage betroffen und die russische Macht führte in Ausnützung dieser Niederlage die Millionen ihrer Heere mit so wilder Energie zum Sturm, daß es der ganzen Anspannung unserer Kraft durch Wochen bedurfte, um diesen Sturm aufzuhalten. Diese Situation brachte den rumänischen Angriff zur Reife. Die lange vorher uns bedrückende rumänische Gefahr gelangte in ein anderes Stadium, als Bulgarien sich unserm Bund anschloß; sie wurde im Sommer 1916 wieder aktuell ... Wir haben die Schwelle des neuen Jahres überschritten mit Dank für die göttliche Vorsehung, welche uns unter so vielen Gefahren erhalten hat und gestattete, daß in diesen Tagen der Prüfungen die großen Eigenschaften der ungarischen Nation über ihre Fehler triumphieren ..." — Der Führer der Unabhängigkeitspartei Graf Albert Apponyi trat für die Ausdehnung der verfassungsmäßigen Rechte ein. — Graf Michael Karolyi, der Führer einer eigenen Fraktion, meinte, der dauernde Friede sei nur durch die

Verwirklichung der nationalen Demokratie möglich. Jeder Staat müsse zum Ausbau dieser Demokratie genötigt werden. Die Geheimverträge müßten aufhören. Die Hauptsorge sei auf die sozialen Aufgaben zu richten.

Tauchbootkrieg. Am letzten Tage des Monats Januar erfolgte die schicksalsvolle Ankündigung des verschärften Unterseebootkrieges durch die beiden Mittelmächte. Sie schien infolge der schroffen Ablehnung des Friedensangebotes notwendig, um den Krieg auf diese Weise abzukürzen und innerhalb bestimmter Sperrgebiete um Großbritannien, Frankreich und Italien herum, sowie im östlichen Mittelmeer jeden Seeverkehr zu unterbinden. Es hieß in der Note an die Neutralen: „Die Verbündeten haben im August 1914 den ihnen aufgezwungenen Kampf aufgenommen. Das Bewußtsein, daß es sich um die Verteidigung ihres Bestandes und ihrer Lebensinteressen handelt, hat ihnen die Kraft verliehen, der Überzahl der Feinde standzuhalten und Erfolge zu erringen, an welche jene der Gegner nicht heranreichen. In dem Maß, als die Eroberungspläne der Feinde zunichte wurden, konnten die Verbündeten ihre rein defensiven Kriegsziele als erreicht betrachten. Diese maßvolle Erkenntnis und der Wunsch, weiteres nutzloses Blutvergießen zu vermeiden, haben das Friedensangebot der verbündeten Mächte gezeitigt. Ihre Gegner haben es schroff zurückgewiesen. Sie haben Forderungen aufgestellt, welche die Vernichtung zum Ziele haben. Gott und die Welt sind Zeugen, wer an der Fortsetzung des Krieges die Schuld trägt . . . Die gesteigerte Anwendung aller Kriegsmittel allein macht eine Abkürzung des Krieges möglich. Die Gegner waren schon bisher bestrebt, den Verbündeten jeden Seeverkehr abzuschneiden. Sie haben sogar Hospitalschiffe und unbewaffnete Personendampfer ohne Warnung torpediert. Die Verbündeten werden fortan ihrerseits die gleiche Methode anwenden.“ Nun folgte die Bezeichnung der Sperrgebiete. „Neutrale Schiffe, die diese Gebiete befahren, tun dies auf eigene Gefahr . . .“

Gleichzeitig übergab die reichsdeutsche Regierung dem amerikanischen Botschafter folgende Antwort auf die ihr mitgeteilte Botschaft Wilsons an den Senat vom 22. Januar. Sie stellte fest, daß sie mit dieser Kundgebung übereinstimme. „Hiezu gehört das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen. In Anerkennung dieses Prinzips würde es Deutschland begrüßen, wenn Völker wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangten . . . Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Bestand und friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Tür für den Handel aller Nationen stets zu den leitenden Grundsätzen der deutschen Politik gehört . . . An der Eroberungssucht der Gegner ist der Friedensversuch der Verbündeten

gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätenprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Österreich, die Türkei und Bulgarien zu zerstückeln. Dem Versöhnungswunsche stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen ... Seit zweiundeinhalb Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechts unterbindet die von England geführte Mächtegruppe den legitimen Handel ihrer Gegner, durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben ... Die englische Regierung verharrt bei ihrem Aushungerungskrieg, britische Herrschsucht häuft kalten Herzens die Leiden der Welt, unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern der eigenen Bundesgenossen ... Die deutsche Regierung würde es nicht verantworten können, wenn sie irgendein Mittel unversucht ließe, das Ende des Krieges zn beschleunigen. Sie hofft, daß die Vereinigten Staaten die neue Sachlage unparteiisch würdigen und mithelfen werden, weiteres Elend zu verhüten ...“ Vor allem erwartete man, daß die amerikanische Regierung ihre Schiffe vor dem Einlaufen in die Sperrgebiete warnen werde, ebenso ihre Staatsangehörigen, fremde Schiffe nach diesen Sperrgebieten zu gebrauchen. Der Verkehr der regelmäßigen amerikanischen Passagierdampfer wurde unter bestimmten Vorsichtsmaßregeln ermöglicht.

Hungerkrieg.

Der Reichskanzler rechtfertigte am selben 31. Januar im Hauptausschuß des Reichstags die neue Maßregel. Er schob alle Schuld auf die ablehnende Haltung der Gegner. „Die Botschaft des Präsidenten Wilson zeigt seinen ernsten Wunsch, den Weltfrieden wieder herbeizuführen. Viele der von ihm aufgestellten Maximen begegnen sich mit unseren Zielen: Freiheit der Meere, Beseitigung des Systems des Gleichgewichts der Mächte, das zu immer neuen Verwicklungen führen muß, Gleichberechtigung der Nationen, offene Tür. Was aber sind die Friedensbedingungen der Entente? ... Die Vernichtungsabsichten können nicht stärker ausgedrückt werden. Zum Kampf aufs letzte sind wir herausgefordert. Durch diese Entwicklung der Dinge ist die Entscheidung über die Führung des Unterseebootkrieges in ihr letztes und akutes Stadium gedrängt worden. Die Frage war im März, im Mai und auch im September des vergangenen Jahres nicht spruchreif. Heute ist der Augenblick gekommen, wo wir mit der größten Aussicht auf Erfolg das Unternehmen wagen können. Die Zahl unserer Unterseeboote hat sich wesentlich erhöht. Der zweite mitausschlaggebende Punkt ist die schlechte Weltgetreideernte. Auch die Kohlenfrage ist schon jetzt in Frankreich und Italien kritisch. Gesteigert werden die Schwierigkeiten unserer Feinde durch die Zunahme ihrer Frachtraumnot. Sie macht sich auch für England geltend. Die Gefahren sind gesunken. Hindenburg erklärt, unsere Front steht auf allen Seiten fest. Wir haben überall die nötigen Reserven. Die Stimmung der Truppen ist gut und zuversichtlich. Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte Tauchbootkrieg nach sich ziehen könnte. Der Admiralstab ist der Überzeugung, daß England durch diese Waffe zum Frieden

gebracht werden wird. Unsere Verbündeten stimmen uns zu. Österreich erklärt ein Sperrgebiet um Italien. Allen neutralen Ländern ist für den Verkehr untereinander außerhalb des Sperrgebietes freie Bahn gelassen. Amerika bieten wir ebenso wie schon 1915 unter bestimmten Modalitäten gesicherten Personenverkehr auch mit bestimmten englischen Häfen an . . . Niemand wird vor dem Ernst des Schrittes, den wir tun, die Augen verschließen. Daß es um unser Leben geht, weiß jeder. Wir müssen, darum können wir auch. Uns leitet der feste Wille, unserm Volke herauszuhelfen aus der Not und Schmach, die ihm unsre Feinde zudenken. Der Erfolg steht in höherer Hand. Was Menschenkraft vermag, wird geschehen." Darauf machten die Staatssekretäre noch technische und statistische Mitteilungen und es folgte eine Geheimsitzung des Ausschusses.

Februar.

Wilson. Wilson beantwortete die Ankündigung des verschärften Tauchbootkrieges sofort mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich. In seiner Botschaft an den Kongreß 3. Februar beschuldigte er die deutsche Regierung, sie habe plötzlich und ohne vorherige Andeutung vorsätzlich die feierlichen Versicherungen der deutschen Note vom 4. Mai zurückgezogen, und fuhr fort: „Trotz dieses unerwarteteten Vorgehens der deutschen Regierung und dieses plötzlichen, tief bedauerlichen Widerrufs ihrer Versicherungen in einem Augenblick der kritischesten Spannung in den gegenseitigen Beziehungen sträube ich mich zu glauben, daß die deutschen Behörden tatsächlich das zu tun beabsichtigen, wozu sie sich, wie sie uns bekanntgegeben haben, berechtigt halten. Ich bringe es nicht über mich, zu glauben, daß sie auf die alte Freundschaft der beiden Völker oder auf ihre feierliche Verpflichtung keine Rücksicht nehmen und in mutwilliger Durchführung eines unbarmherzigen Flottenprogramms amerikanische Schiffe und Menschenleben vernichten werden. Nur wirkliche, offenkundige Taten von ihrer Seite können mich das glauben machen. Wenn mein eingewurzeltes Vertrauen in ihre Besonnenheit und kluge Umsicht sich unglücklicherweise als unbegründet herausstellen sollte, wenn amerikanische Schiffe oder Menschenleben in achtloser Übertretung des Völkerrechts und der Gebote der Menschlichkeit geopfert werden sollten, so werde ich den Kongreß um die Ermächtigung ersuchen, die Mittel anwenden zu können, die notwendig sind, um unsere Seeleute und Bürger bei der Verfolgung ihrer friedlichen und legitimen Unternehmungen auf dem offenen Meer zu schützen. Ich kann nicht weniger tun. Ich nehme es als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden. Wir wünschen keinen kriegerischen Konflikt mit der deutschen Regierung. Wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes und wünschen ernstlich, den Frieden mit der Regierung zu erhalten, die sein Sprachrohr ist . . . Wir haben keine egoistischen Absichten. Wir suchen nur, den uralten Grund=

sätzen unseres Volkes treu zu bleiben, unser Recht auf Freiheit, Gerechtigkeit und ein unbelästigtes Leben zu schützen. Das sind die Grundlagen des Friedens, nicht des Krieges . . .“ — Davon, daß Amerika durch seine maßlosen und die Kriegslage entscheidenden Munitionssendungen Hunderttausenden Deutschen den Tod gebracht und Deutschland zu diesem letzten verzweifelten Schritt entscheidend genötigt hatte, davon sprach die amerikanische Heuchelei nichts. Sie hatte vielleicht das papierne irdische Recht für sich, nicht aber das höhere Recht der Natur und Gottes, auf das sich schon Antigone gegen Kreon in einer für alle Zeiten überzeugenden Weise berief.

Der amerikanische Senat ratifizierte mit 78 gegen 5 Stimmen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. W i l s o n agitierte in gehässiger Weise bei den Neutralen, denselben Weg einzuschlagen. Er ließ ihnen bemerken, es würde die Sache des Weltfriedens fördern, wenn die übrigen neutralen Staaten eine dem Vorgehen der amerikanischen Regierung ähnliche Aktion vornehmen wollten. Die N i e d e r l a n d e erklärten aber, für sie bestehe kein Anlaß dazu. Die S c h w e i z erklärte, ihre Lage, ihre Verfassung, ihre Tradition schrieben ihr vollkommenste Neutralität vor. Der Bundesrat beschränke sich deshalb darauf, „gegen die deutsche Blockade und deren Durchführung, soweit dadurch nach den gemeingültigen Grundsätzen des Völkerrechtes Rechte der Neutralen verletzt werden, Protest und Rechtsverwahrung einzulegen, insbesondere für den Fall, daß die tatsächliche Durchführung der Sperre sich als unvollständig erweisen sollte.“ — S c h w e d e n lehnte auch das Ansinnen Wilsons ab und warf ihm vor, daß er die wirklich friedfertigen Vorschläge der drei skandinavischen Königreiche seinerzeit nicht unterstützt habe. Der Vorschlag Wilsons sei weit davon entfernt, sein Ziel, die Abkürzung der Übel des Krieges zu erreichen; er habe ein Verfahren gewählt, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen der schwedischen Regierung stehe. Diese will in Einstimmigkeit mit der Meinung der Nation den Weg der Neutralitität und U n p a r t e i l i c h k e i t weiter verfolgen. Ebenso ablehnend äußerte sich N o r w e g e n, S p a n i e n, G r i e c h e n l a n d, die südamerikanischen Staaten und China. Damit war das leidenschaftliche, vorschnelle Vorgehen Wilsons als parteiisch und kriegshetzerisch verurteilt. Die Neutralen.

W i l s o n faßte seine Erfahrungen in einer neuen Botschaft vom 26. Februar also zusammen: „Wir haben die übrigen neutralen Regierungen aufgefordert, mitzuarbeiten, um diesen Zerstörungen ein Ende zu bereiten. Aber ich fürchte, keine von ihnen hat eine gemeinsame Aktion mit den Vereinigten Staaten für ratsam erachtet. Unser Handel leidet mehr durch das ängstliche Abwarten als durch eigentliche Ereignisse. Die Reeder sind nicht geneigt, ihre Schiffe ohne Versicherung und genügenden Schutz aufs Spiel zu setzen . . . Es wäre töricht, zu leugnen, daß die Lage Gefahren in sich birgt, und es wäre sehr unvorsichtig, darauf nicht vorbereitet zu sein. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, Sie aufzufordern, mir s o f o r t alle die M a c h t b e f u g n i s s e zuzusichern, die ich jeden Augenblick benötigen Wilson.

kann. Wir müssen unsern Handel und das Leben unserer Bürger unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen mit Überlegung und Entschlossenheit schützen ... Ich ersuche Sie, mich zu ermächtigen, unsere Handelsschiffe mit Waffen zur Selbstverteidigung auszurüsten. Wir denken nicht nur an die materiellen Interessen, sondern mehr noch an die fundamentalen Menschenrechte ... Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann mit amerikanischen Grundsätzen zögern könnte, diese Dinge zu verteidigen." — Das Repräsentantenhaus nahm am 13. die Marinevorlage an, womit Kredite von 369 Millionen Dollars gefordert wurden. Es waren damals 682 Schiffe mit über zwei Millionen Tonnen im Bau. Der Krieg war also so gut wie beschlossen. Eine große Verlockung dazu bildeten die in amerikanischen Häfen liegenden deutschen Schiffe.

Dem Hauptausschuß des deutschen Reichstages machte Staatssekretär Zimmermann am 21. Februar vertrauliche Mitteilungen über die politische Lage. Staatssekretär des Reichsmarineamtes Capelle erklärte, daß die Erwartungen der Marine nicht nur erfüllt, sondern übertroffen worden seien. Es sei noch kein Tauchboot seit der Verschärfungspolitik verlorengegangen. In der Nordsee herrsche so gut wie kein Schiffsverkehr. Die neutrale Schiffahrt sei offenbar so gut wie eingestellt. Die Erwartungen sind voll gerechtfertigt worden. — Staatssekretär Helfferich zeigte, daß die britische Versorgung dicht an den Gefahrpunkt herangerückt sei. — Im Reichstag führte Präsident Kaempf am 22. Februar aus: „Wenn nicht alles täuscht, nähern wir uns den Entscheidungskämpfen im gewaltigen Völkerringen." Staatssekretär Graf Rödern wies am 23. darauf hin, daß für die erst in diesem Krieg herausgebildete Waffe des Unterseebootes die Normen des Völkerrechts analog angewendet werden müßten; ebenso wie in dem von England geführten Minenkrieg muß die spezielle Warnung durch die generelle für bestimmte Seegebiete ersetzt werden. — Bei der Bewilligung des neuen 15 Millionen-Kriegskredits waren wieder die Sozialdemokraten gespalten. Die Mehrheit erklärte durch Ebert ihre Zustimmung, die Minderheit lehnte die Mitverantwortung für die Kriegsziele durch Ledebour ab. Er meinte: „Unser Friedensangebot war inhaltslos und leer. Wir müssen auf alle Annexionen verzichten. Auch dürfen wir nicht auf den Sieg pochen, der in allen monarchischen Kundgebungen betont wird. Das widerspricht den sozialistischen Grundsätzen von der Selbstbestimmung der Völker. Auch den Polen hätte man die Gestaltung des polnischen Staates überlassen sollen. Wir können nicht die Verantwortung übernehmen für den Tauchbootkrieg, der den Konflikt mit Amerika zur Folge hatte. Auch zur Lebensmittelversorgung Deutschlands stehen wir im Gegensatz. Der Belagerungszustand ist noch immer nicht aufgehoben. Wir richten an die gequälten Völker die Mahnung, gemeinsam zu wirken für einen auf gegenseitige Verständigung gerichteten Frieden." (Mit diesen Mahnungen war aber selbst bei den Sozialisten der Gegner nichts auszurichten.)

Seekrieg.

Bethmann sprach am 27. im Reichstag über das neue Schlagwort von der „Neuorientierung": „Diese Forderung wird sich durchsetzen. Wenn jemand einwenden wollte, daß nach dem Befreiungskrieg vor hundert Jahren die Hoffnungen auf eine volkstümliche Umgestaltung des innern deutschen

Wesens getäuscht wurden, der übersähe ganz den Unterschied in den treibenden Kräften... Wir haben von den neutralen Staaten Verwahrungen und Proteste gegen die Seesperre erhalten. All das ist letzten Endes durch Englands brutale Seetyrannei verursacht. Diese Knechtung des gesamten nichtenglischen Handels wollen wir brechen. Ich bin gewiß, daß uns einst die Neutralen selbst dafür danken werden. Denn die Freiheit der Meere, die wir erkämpfen, kommt ja auch ihnen zugute... Die (formlose) Form des Abbruches von Beziehung (wie sie die Vereinigten Staaten geübt haben) ist wohl ohne Vorgang in der Geschichte. Es fehlt darüber jedes amtliche Dokument... Präsident Wilson hat noch am 27. August 1913, während der mexikanischen Wirren, in einer feierlichen Botschaft an den Kongreß erklärt, er glaube, den besten völkerrechtlichen Gepflogenheiten bezüglich der Neutralität zu folgen, wenn er die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial an beide sich bekriegenden mexikanischen Parteien verböte. Ein Jahr später, 1914, wurden diese Gepflogenheiten ersichtlich nicht mehr für gut gehalten. Ungezähltes Kriegsmaterial hat Amerika der Entente geliefert, und während man eifersüchtig über das Recht des amerikanischen Bürgers wachte, ungehindert und frei nach den Ländern der Entente zu reisen, auch mitten durch das Schlachtfeld der See, ungehindert mit Frankreich und England jeglichen Handel zu treiben, selbst solchen, für den wir mit deutschem Blute bezahlen mußten, schien das gleiche Recht des amerikanischen Bürgers den Mittelmächten gegenüber nicht ebenso vollgültig und schützenswert zu sein. Man protestierte zwar gegen einzelne völkerrechtswidrige Maßnahmen Englands, aber man fügte sich. Unter den so gestalteten Verhältnissen mutet der Vorwurf der Nichtachtung seltsam an. Mit gleicher Entschiedenheit muß ich den Vorwurf zurückweisen, daß wir durch die Art der Zurückziehung unserer in der Note vom 4. Mai gegebenen Zusicherungen der Ehre der Vereinigten Staaten zu nahe getreten wären. Wenn Amerika in der Note vom 10. Mai der Meinung Ausdruck gab, wir beabsichtigten nicht, die Aufrechterhaltung der neuangekündigten Politik in der Führung des Tauchbootkrieges vom Ergebnis diplomatischer Verhandlungen der amerikanischen Regierung mit irgendeiner andern Regierung abhängig zu machen, so widersprach dies so kraß dem, was wir in unserer Note gesagt hatten, daß eine Erwiderung nichts geändert hätte. Daß aber die Voraussetzung, an die wir die Wiedererlangung voller Freiheit unserer Entschließungen geknüpft hatten, längst eingetreten war, daran konnte wohl auch in Amerika kein Mensch zweifeln. England hat die Absperrung Deutschlands nicht aufgegeben, sondern rücksichtslos verschärft. Unsere Gegner sind nicht zur Beachtung der vor dem Krieg allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätze und nicht zum Befolgen der Gesetze der Menschlichkeit bewogen worden. Die Freiheit der Meere, die Amerika in Zusammenarbeit mit uns nach der ausdrücklichen Erklärung des Präsidenten noch während des Krieges wiederherstellen wollte, haben unsere Gegner nur noch gründlicher unterbunden, und Amerika hat dies nicht verhindert. Noch Ende Januar erließ England eine neue Sperrgebietserklärung für die Nordsee. Konnte es da für irgend jemand eine Überraschung sein, daß wir am 31. Januar die Freiheit der Meere als nicht wiederhergestellt ansahen und daraus unsere Folgerungen zogen?... Ich hätte volles Verständnis dafür, wenn die Vereinigten Staaten als Hüter des Völkerrechtes seine Wiederherstellnng bei allen Kriegführenden in gleicher Weise betrieben. Aber unmöglich kann ich

Seetyrannei.

Freiheit der Meere.

eine Ehren- und Lebensfrage des amerikanischen Volkes darin sehen, einseitig und nur gegen uns das Völkerrecht zu schirmen. Unsere Feinde und die uns übelwollenden amerikanischen Kreise glauben, auf einen Unterschied hinweisen zu können. England vernichte nur wirtschaftliche Werte, Deutschland aber Menschenleben. Warum? Weil sich Amerika den englischen Anordnungen fügte. Aber was wäre geschehen, wenn die Amerikaner auf den unbehinderten Passagier- und Güterverkehr mit Bremen und Hamburg denselben Wert gelegt hätten wie auf den mit Liverpool und London? . . . Der Abbruch der Beziehungen zu uns, die angestrebte Mobilisierung der Neutralen gegen uns dienen nicht der von den Vereinigten Staaten proklamierten Freiheit der Meere, sie fördern nicht den Frieden, sie ermutigen vielmehr die Bestrebungen zur Aushungerung Deutschlands und vervielfachen das Blutvergießen... Daß England die verschärfte Anwendung des Unterseeboots als größtes Verbrechen der Weltgeschichte hinstellen würde, war vorauszusehen. England hält sich für den prädestinierten Beherrscher der Meere und den allgemeinen Wohltäter der Menschheit. Das Völkerrecht ist nur für die andern bindend, für England nur soweit die eigenen Interessen es erlauben. Lord Lytton erklärt es als selbstverständlich, England gehöre die Seepolizei. Wer hat sie England übertragen? Wer überwacht sie? Wer sich dem nicht fügen will, heißt Hunne oder Pirate . . . Vor dem Krieg vertrat Sir Percy Scott genau die Ansicht, die wir heute vertreten in bezug auf den Unterseebootkrieg . . . Unser Tauchbootkrieg ist eine Erwiderung auf die Hungerblockade, die England seit Anfang des Krieges gegen uns ausübt. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß der jetzige Ministerpräsident Lloyd George seinerzeit im Unterhaus feststellte, daß 15.000 bis 16.000 unschuldige Frauen und Kinder der Buren in den berüchtigten Konzentrationslagern ein Opfer der englischen Grausamkeit wurden. Es war die Folge einer planmäßigen Ausrottungspolitik, daß man den unglücklichen Gefangenen absichtlich ungenügende Nahrung zuführte. Ich entnehme diese Tatsachen dem amtlichen englischen Bericht. Was England damals im kleinen ausführte, will es nun in großem Maßstab anwenden. Im Burenkrieg fielen von 150.000 Frauen und Kindern 15.000 bis 16.000 den barbarischen Methoden englischer Kriegführung zum Opfer. Im gegenwärtigen Krieg soll das ganze deutsche Volk mit seinen siebzig Millionen Menschen durch Hunger und Entbehrung zur Unterwerfung gezwungen werden, da England den Sieg durch seine Waffen nicht zu erkämpfen vermag . . ." — Unter andern sagte auch der Sozialdemokrat Scheidemann: „Unsere Gegner haben unsere Einladung zu einer Konferenz in einer so brutalen und herausfordernden Sprache, mit einem so wahnsinnigen Siegesprogramm abgelehnt, wie es wohl wenige erwartet haben. Unsere Gegner haben damit eine Blutschuld an der Menschheit auf sich geladen, die sie nie und nimmer abwaschen können . . . Die neuen Frühlingsstürme wären verhindert worden, wenn die ausländischen Sozialisten so gehandelt hätten wie wir . . . Wir stimmen dem Grafen Tisza zu, daß der Krieg nicht eine Minute länger dauern darf, als zur Sicherung des Landes notwendig ist . . . In dieser Zeit, die keine Furcht kennen darf, wünschen wir auch eine Regierung, die Raum schafft für die neue Zeit. Diese neue Zeit muß kommen, denn wozu wäre all das kostbare Blut geflossen! Sonst wäre das Ende nur hundert Jahre Elend, Verzweiflung und innerer Wirren." — Der Nationalliberale Schiffer meinte, das deutsche Volk begrüße die Einführung des unbeschränkten Tauchbootkrieges

aus der feierlichen, weihevollen Stimmung eines sittlichen Ernstes heraus; es hat sich diesen Entschluß von der Seele abgerungen; einmütig steht es hinter der Regierung. „Wir treten mit Energie und voller Freiheit in eine neue, entscheidende Phase ein. Das Vorgehen Amerikas spricht nicht gerade für eine klare, zielbewußte Politik, sondern für ein unsicheres Schwanken.“ Er kritisierte sodann die Art der Verteilung der Lebensmittel, die an einer Überorganisation leide. — Wenig nützte es, daß der Minderheitssozialist Ledebour wieder hoffte, die Arbeiterschaft in allen Ländern, wenn sie einmal zur Besinnung komme, werde für einen Frieden der Verständigung wirken. Man müsse zu einem einheitlichen Europa übergehen, zu einem Weltbund, geleitet durch Delegierte der Volksvertretungen aller Länder.

Zur Verteidigung des warnungslosen Versenkens von Schiffen wies man darauf hin, daß die englische Regierung bereits im vierten Kriegsmonat die ganze Nordsee als Kriegsschauplatz bezeichnete und alle neutralen Schiffe ausdrücklich davor warnte, in die bezeichneten Gewässer einzufahren, da sie dort den schwersten Gefahren von ausgelegten Minen und englischen Kriegsschiffen ausgesetzt seien. Die deutsche Sperrgebietserklärung hat nichts anderes getan. Die allgemeine Warnung gilt für jeden einzelnen Fall im Sperrgebiet. Englische Tauchboote pflegen aber auch außerhalb des Seekriegsgebietes ohne Warnung Dampfer zu versenken. Warnungsloses Torpedieren kann also lediglich auf das Konto der Gegner gesetzt werden. „Die Neutralen haben bisher das von England bezeichnete Seekriegsgebiet unter genauer Befolgung der von England erteilten Warnung vermieden. Die Einhaltung des gleichen Verfahrens gegenüber der nachgefolgten deutschen Erklärung wird zur Folge haben, daß jeder ungewollte Schiffsverlust vermieden werden wird.“ Warnung.

Die englischen Minister schäumten vor Wut über die neue Seekriegslage. Seekrieg. Lloyd George erklärte am 4. Februar: „Der jüngste Schritt Deutschlands ist ein Fortschreiten auf dem Wege vollkommener Barbarei. Deutschland wirft damit die letzte Hülle der Zivilisation ab und zeigt sich als Barbar in seiner angeborenen Wildheit. Die Gefahr ist groß, sie kann aber durch große Energie überwunden werden. Der Feind hat seinen jüngsten Schritt getan, weil er der Verzweiflung nahe ist . . . Der größte Teil unseres Unglücks kam vom Mangel an gemeinsamer Tätigkeit. Aber auch die Nation kann noch mehr tun. Tonnage ist gegenwärtig der Lebensnerv der Nation.“ In einer Rede am 6. Februar sagte er: „Die Nation muß sich selbst helfen. Sie kämpft für ihr Leben und für die Zivilisation. Wir müssen Schiffe bauen und beweisen, daß der Mord auf hoher See nutzlos sei. Wir müssen die Zivilisation organisieren, um der organisierten Barbarei die Stirn zu bieten. Wenn die Verbündeten nicht noch in diesem Krieg die Möglichkeit des Triumphs eines deutschen Systems beseitigen, dann würden wir in eine Barbarei wie vor zweitausend Jahren zurücksinken.“ — Bonar Law meinte am 7. Februar: „Was die Beherrschung der See über der Oberfläche anlangt, hat die britische Marine niemals eine so vollkommene Herrschaft gehabt wie in diesem Kriege. Ohne die Marine wäre es für uns und unsere Alliierten unmöglich gewesen, diesen Krieg zu gewinnen; mit der Marine ist es trotz der Unterseeboote ausgeschlossen, daß wir der von ihnen drohenden Gefahr nicht begegnen können sollten. Neue Maßnahmen müssen erdacht werden; einige der besten Köpfe unseres Landes sind mit dieser Frage beschäftigt. Wir werden sehen, daß Deutschland keine Aussicht hat, unser Land auszuhungern und

dadurch eine Niederlage herbeizuführen. Es sind alle Anzeichen für einen Umschwung zugunsten der Alliierten vorhanden. An Rumänien kann keiner der Alliierten ohne Kummer denken. Das Überrennen Rumäniens war ein schreckliches politisches Unglück für die Alliierten, aber kein militärischer Gewinn für unsere deutschen Feinde. Sie haben ihre Ziele nicht erreicht. Ein großer Teil des Getreides und der Petroleumschätze sind durch britische Offiziere vernichtet worden. Die Operationen in Ägypten führten zur Säuberung der Sinaihalbinsel. In Mesopotamien wurde die Lage wieder völlig hergestellt. Die Eroberung Deutsch-Ostafrikas ist so gut wie vollendet. Die Lage in Frankreich ist vertrauensvoll. Das Ergebnis ist, daß wir die Empfindung haben, dem Feinde moralisch überlegen zu sein . . . Dieser Krieg hat offenbar gemacht, daß es zweierlei gebe: die Natur der Menschen und die der Deutschen. Nach Bethmann Hollweg besteht die wahre Menschlichkeit darin, alle Haager Übereinkünfte und dergleichen zu mißachten und jedes rücksichtslose Verfahren anzuwenden, das am zweckdienlichsten zur Erreichung eines schnellen Sieges anzusehen ist . . . Deutschlands Lage von heute gleicht der Napoleons, der immer wieder Erfolg hatte, für den aber die Zeit kam, als das sittliche Gefühl der ganzen Welt sich gegen ihn empörte und er aus Europa vertrieben wurde. Das sittliche Gefühl wendet sich auch heute gegen Englands Feinde und das Ergebnis wird dasselbe sein."

Wohl drängten auch im englischen Unterhaus einige pazifistische Abgeordnete zu Friedensverhandlungen, aber Bonar Law trat ihnen am 20. Februar schroff entgegen: es gebe keine Möglichkeit, den Frieden zu sichern, außer dem Kampf. „Wir kämpfen nicht für einen Gebietszuwachs, sondern dafür, der Kaste, die diese Verbrechen begangen hat, beizubringen, daß diese sich nicht bezahlt machen."

Der erste Lord der Admiralität Carson rühmte am 21. die Leistung der Flotte: „Sie unterstützt die Expeditionen in Mesopotamien, Saloniki und Ägypten und muß die Meere freihalten. Die Bedrohung durch die Unterseeboote ist schwer. Sie ist noch nicht ganz gelöst worden. Die Bewaffnung der Handelsschiffe schreitet jede Woche immer besser fort. Unsere Verluste sind schlimm und ernst genug, aber sie erreichen nicht die übertriebenen Prahlereien der deutschen Berichte. Ich glaube, auch die neutralen Schiffe werden in kurzem ihre Fahrten wieder aufnehmen." — Auch Lloyd George gab am 23. Februar im Unterhaus zu, daß die Schiffsraumfrage von großer Wichtigkeit sei. Auch müsse im eigenen Lande mehr Getreide angebaut werden. Die überflüssige Einfuhr vieler Industrieartikel müsse aufhören. Die Biererzeugung müsse eingeschränkt werden.

Im Oberhaus äußerte Admiral Beresford seine Überzeugung, daß man in sechs Wochen die Unterseeboote bemeistert haben werde. Lord Lytton sagte, England sei die Seepolizei für die ganze Welt, Deutschland spiele die Rolle des Räubers. Wir hörten bereits die Antwort.

Da Marineminister Carson die Zahl der vom 1. bis 18. Februar versenkten Schiffe mit 134, die Zahl der während desselben Zeitraums in englischen Häfen ein- und ausgelaufenen Schiffe mit 6075 und 5875 angab, stellte man deutscherseits diese Angaben richtig. Man kennzeichnete Englands Schiffahrtspolitik den Neutralen gegenüber also: „England gleicht dem Raubmörder, der mit dem Revolver in der Faust dem Reisenden zuruft: Geld

oder Leben. Nur ein Unterschied besteht: England verlangt nicht das eine oder das andere, sondern beides.“

Die Gefechtstätigkeit an der östlichen und an der Balkanfront war auf lokale Vor- und Gegenstöße beschränkt. Eine bedeutende technische Leistung war die Wiederherstellung der Belgrader Eisenbahnbrücke, wodurch der regelmäßige Verkehr der beiden mitteleuropäischen Reiche mit ihren östlichen Verbündeten gesichert wurde (7. Febr.). — Zeitweilige Kämpfe ergaben sich am Isonzo und in Tirol. — Im Westen wurde an der Ancre und an der Somme gekämpft, bei Serre, bei Armentières, am La Bassée-Kanal, zwischen Ypern und Arras, bei St.-Mihiel. — Deutsche Torpedoboote stießen in der Nacht auf den 26. Februar gegen die englische Küste, in den Kanal bis über Dover hinaus und in die Themsemündung vor. Balkan.

Der neue Großwesir Talaat Pascha (nach dem Rücktritt Said Halims Pascha) verlas am 15. Februar in der Kammer folgende Regierungserklärung: „Die Nation erträgt seit mehr als zwei Jahren die Leiden eines schrecklichen Kriegs, in dem alle Erniedrigungen, die uns der letzte Krieg gebracht hat, ruhmvoll getilgt wurden durch neue Siege und Heldentaten, eingeschrieben in den Ruhmesblättern unserer Geschichte. Unsere Feinde wollen uns ans Leben, sie verkünden ihre Absicht, uns bis tief nach Anatolien zurückzuwerfen und aus Konstantinopel und von den Meerengen zu vertreiben. Aber wir lassen nicht davon, solange auch nur ein einziger Ottomane lebt. Wir müssen unsere Feinde zwingen, anzuerkennen, daß wir ein Recht auf unsere Existenz haben. Unsere Nation, die mit der Kultur des Westens in innige Berührung gekommen ist und mit den Mittelmächten ein Bündnis auf Leben und Tod abgeschlossen hat, kann gegenüber den Forderungen und Bedingungen der modernen Zivilisation nicht gleichgültig bleiben. In dem Maß, als der Sieg notwendig ist, um den Bestand des Reiches zu sichern, ist der Eefolg auf dem Wege der Reformen und der Reorganisation unerläßlich für die Konsolidierung des Landes. Grundlegende Änderungen sind aber während der jetzigen großen Krise nicht möglich. Wir werden aber schon jetzt suchen, die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern, unsere Rechtseinrichtungen zu reformieren, durch den öffentlichen Unterricht die Nation zu heben, durch Zusammenarbeit mit dem Kapital, der Wissenschaft und Technik des Auslandes einen industriellen Aufschwung ins Leben zu rufen und so unsere wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Jede von Kapitalisten und Industriellen der verbündeten und der neutralen Länder ausgehende Initiative zur Gründung einer industriellen Unternehmung von Bedeutung wird von uns günstig aufgenommen werden. Durch diese weitsichtige Politik wird sich unser Land nach dem Kriege lebensvoll entwickeln können und die Übel des Krieges gutmachen.“ — Türkei.

An der Tigrisfront mußten die türkischen Truppen aus den vorgeschobenen Stellungen in Kut-el-Amara zurückgenommen werden.

Kaiser Wilhelm erwiderte den Besuch des Kaisers Karl im deutschen Hauptquartier, indem er am 12. Februar nach Wien kam. Bei der Tafel am 13. Februar wurde die Festigkeit des politischen und militärischen Bündnisses betont, und Kaiser Wilhelm sprach den Wunsch nach den Segnungen eines gesicherten Friedens aus, den Gott bald geben möge. — Unter den Huldigungsdeputationen, die Kaiser Karl im Verlaufe Österreich. Huldigungen.

des Monats aus allen Kronländern empfing, und die in merkwürdigem Widerspruch stehen zu dem allgemeinen Abfall derselben Kronländer im November 1918, heben wir die Deputation des Österreichischen Schützenbundes hervor, angeführt vom Fürsten Trauttmansdorff. Der Kaiser dankte dem Bundespräsidium und den Vertretern der Landesschützenverbände: „Um die Ausbildung der Jugend im Schießwesen bemüht, hat sich der Bund namhafte Verdienste um die Hebung der Wehrmacht erworben, an deren Heldentaten die in den Reihen der Armee kämpfenden Jungschützen und die wackeren Standschützenkompagnien rühmlich Anteil haben." Der Schützenbund bestand seit nahezu vierzig Jahren.

Nach dem Rücktritt des Fürsten Montenuovo und des Grafen Lanckoronski wurde Prinz Hohenlohe Obersthofmeister und Graf Berchthold Oberstkämmerer. — Erzherzog Friedrich wurde von der Stellvertretung im Armeeoberkommando enthoben. Großadmiral Anton Haus starb am 8. Februar. Vizeadmiral v. Kailer wurde Chef des Kriegsministeriums, Marinesektion, Vizeadmiral Njegovan Flottenkommandant und Admiral. — Der Deutsche Nationalverband und die Christlichsoziale Vereinigung stellten gemeinsame Richtlinien. „Richtlinien" fest, die am 16. Februar dem Ministerpräsidenten Clam-Martinic zur Kenntnis gebracht wurden; sie lauteten: „Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter im österreichischen Parlament, der Deutsche Nationalverband des Abgeordnetenhauses und die Wiener christlichsoziale Partei sind unter Wahrung ihrer Parteigrundsätze bereit, in sozialen, nationalen und gesamtstaatlichen Fragen zusammenzuarbeiten zur Erreichung folgender Ziele: 1. Heilung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges. 2. Festhalten am Bündnis mit dem Deutschen Reich. 3. bis zur Anstrebung eines Zoll- und Handelsbündnisses. 4. Änderung der Verfassung und der Geschäftsordnung des Reichsrates. 5. Den Deutschen in Österreich ist jene Stellung zu sichern, die das Staatsinteresse erfordert. 6. Reform der staatlichen Verwaltung mit Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden; Kreiseinteilung in Böhmen; Schutz der deutschen Minderheiten in anderen Kronländern. 7. Bei der Durchführung der Sonderstellung Galiziens im Sinne des kaiserlichen Handschreibens vom 4. November 1916 sei darüber zu wachen, daß die erweiterte Autonomie dieses größten österreichischen Kronlandes nicht zu einer Lockerung des staatlichen Gefüges führe und daß dabei insbesondere die militärischen, finanziellen, verkehrspolitischen und sonstigen Staatsinteressen nach jeder Richtung gewahrt und gesichert werden. 8. Die Einführung der deutschen Staatssprache sei in einem dem Bedürfnisse des Staates und einer geordneten Verwaltung vollauf entsprechenden Maße festzulegen, wobei in gemischtsprachigen Ländern den sprachlichen Erfordernissen der anderssprachigen Bevölkerung in Amt nud Schule Rechnung zu tragen sein wird. 9. Die Sicherstellung des deutschen Charakters der deutschen Länder und Landesteile, insbesondere der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist zu erwirken. 10. Bei der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Ungarn sind die Interessen Österreichs nachdrücklich zu wahren." Zugleich wurde der möglichst baldige Zusammentritt des Reichsrates erwartet.

Die parlamentarische Kommission des Tschechischen Verbandes (Ceski Svaz) sprach in einer Sitzung vom 15. Februar zu Prag ihre Überzeugung aus, daß die jetzige Zeit in erster Linie die Konzentration aller Kräfte zur Erfüllung der militärischen Bedürfnisse des sich gegen eine Übermacht von Feinden wehrenden Staates und der dringendsten Lebensbedürfnisse der breiten Klassen fordert, daß es weiter ein dringendes Volksbedürfnis ist, daß das Parlament ehebaldigst einberufen wird und daß daher diese Zeit die am wenigsten geeignete ist, strittige nationale Fragen auf einseitige Art zu lösen und den politischen Waffenstillstand in nationalen Angelegenheiten zu stören. Es wurde beschlossen, fünf Arbeitsausschüsse zu errichten, und zwar für Verfassungsfragen, für den böhmisch-deutschen Ausgleich, für den österreichisch-ungarischen Ausgleich, für die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland und für die Frage der Geschäftsordnung. Tschechen.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beschloß am 17. Februar einen Protest gegen die Fortdauer des verfassungslosen Zustandes und gegen die Verschleppung der Einberufung des Parlaments. Die Vorbedingung wäre eine zweckmäßige, die Obstruktion ausschließende Geschäftsordnung.

Es erfolgten noch mehrere Kundgebungen gegen die Note der Entente an den Präsidenten Wilson, und zwar von Seite der friaulischen Volkspartei im Görzer Landtag, die „mit Entrüstung und Stolz feierlich und öffentlich jeden Gedanken an eine Angliederung an das Königreich Italien von sich weist und den heißen Wunsch ausdrückt, daß die österreichischen Waffen, sobald als möglich und für immer die friaulischen Gebiete von dem Unheil befreien, welches Italien in verbrecherischer Weise auf sie geschleudert hat. Der Friauler liebt nur ein Vaterland, Österreich, lebt und stirbt nur für einen Herrscher, das ist der Kaiser aus dem Hause Habsburg." — Ähnlich die Ukrainer Österreichs in einem Schreiben an den Grafen Czernin: „Die Ukrainer Österreichs haben ihren Standpunkt gleich bei Kriegsbeginn unzweideutig zum Ausdruck gebracht: Aufstellung der ukrainischen Legion, der freiwilligen Huzulenschützen, Manifest aller ukrainischen politischen Parteien mit dem Zwecke der Mobilisierung sämtlicher physischen und moralischen ukrainischen Volkskräfte gegen Rußland, den historischen Erbfeind der Ukrainer, und für das Habsburgerreich, welches auf dem ganzen Erdball die einzige Stätte ist, auf der sich die Ukrainer national und kulturell entwickeln und ihr Volkstum pflegen konnten ... Kein Volk Österreichs hatte unter der Herrschaft des Feindes so lange und so schwer zu leiden, wie das ukrainische. Während der ganzen Kriegsdauer hat sich die politische Orientierung des österreichischen ukrainischen Volkes nicht geändert; wie bei Kriegsbeginn, so steht es heute unerschütterlich bei und zu Österreich. Sehnlichst erwartet es den ruhmvollen Sieg der österreichischen Waffen, zu dem es mit seinem Blut so begeistert beiträgt. Die Ukrainer des Kronlandes Bukowina haben sich diesem Standpunkt getreu ihrer Tradition angeschlossen. Treu bei Kaiser und Reich waren und bleiben die Ukrainer der Bukowina. Bei ihnen konnte die allslawische und russophile Orientierung niemals Anhang gewinnen. Ihr einziges Sehnen nach Befreiung ist die Säuberung ihrer heimatlichen Scholle von der unerträglichen russischen Willkürherrschaft." Im selben Sinne protestierte die „Ukrainische parlamentarische Vertretung" in einem Schreiben, das dem

Friauler. Ukrainer.

Botschafter der Vereinigten Staaten zu Wien übergeben wurde, gegen eine „Befreiung", wie sie die Entente vorhabe. Das ganze ukrainische Volk will weder Rußland noch einem etwa neu zu bildenden fremden nationalen Nachbarstaat in irgendeiner Form angehören, sondern es strebt entsprechend seiner Zahl, seiner Vergangenheit, seiner eigenartigen nationalen Kultur und den natürlichen Reichtümern seines Landes einer wahren nationalen Befreiung zu. — Die oppositionelle kroatische Rechtspartei in Ungarn wies ebenfalls die von der Entente verkündete Absicht einer Befreiung der Kroaten entschieden zurück. In dem Protest vom 2. Februar wurde erklärt, daß die Kroaten das von ihnen angestrebte Ziel einer Verbesserung ihrer nationalen Stellung wie seit jeher auch künftighin ausschließlich innerhalb der Monarchie auf gesetzlicher Grundlage erreichen wollen. Nichts werde die Kroaten davon abhalten, ohne Rücksicht auf die Parteistellung Schulter an Schulter auch mit innerpolitischen Gegnern, welchem Volke der Monarchie sie angehören mögen, einträchtig mit äußerster Anspannung aller Kraft den äußeren Feind zu bekämpfen. — Desgleichen ging dem Grafen Tisza von zweihundert der hervorragendsten Vertreter des ungarischen Rumänentums eine Kundgebung zu, die entschieden Verwahrung einlegte gegen die von der Entente geforderte Befreiung der verschiedenen Nationalitäten, darunter auch der Rumänen. Die Rumänen befinden sich nicht unter fremder Herrschaft, sie sind freie und gleichberechtigte Bürger Ungarns und stehen ein für dessen Integrität.

Kroaten.

Ungar. Rumänen.

Der gemeinsame Finanzminister Baron Burian kam am 8. Februar nach Sarajevo und empfing da huldigende Zusicherungen der loyalen Bevölkerung. — Der am 6. und 7. Februar in Sarajevo gegen Rade Banjac durchgeführte Hochverratsprozeß lieferte neue Beweise für die Beteiligung der serbischen offiziellen Kreise am Mordanschlag gegen das Thronfolgerpaar. Es wurde festgestellt, daß der serbische politische Verein „Narodna Odbrana", der Bosnien revolutionieren sollte, eine serbische staatliche Institution war. Serbische hohe Offiziere, der Direktor der serbischen Staatsdruckerei in Belgrad, Kronprinz Alexander usw. waren darein verwickelt.

März.

Während sich Amerika immer feindseliger zu den Mittelmächten stellte, befreite uns wenigstens die Umwälzung in Rußland vom allergefährlichsten Druck. So wenig diese beiden Ereignisse „pragmatisch" zusammenhingen, so liegt doch in ihrem zeitlichen Zusammentreffen ein augenscheinlicher tieferer Sinn, ein Ausbalanzieren des Gleichgewichts der Weltkräfte in höherer Auffassung als der bloß diplomatischen.

Österreich suchte durch ein Memorandum vom 5. März an den Botschafter der Vereinigten Staaten in Wien den Standpunkt der Mittelmächte in der Seerechtsfrage zu rechtfertigen. Es hieß darin: „Wenn sich Volk und Regierung der Union vor Augen halten, daß die von Großbritannien verhängte Blockade bestimmt ist, nicht nur die Zentralmächte durch Hunger niederzuzwingen, sondern letzten Endes die Meere seiner Herrschaft zu unterwerfen und auf diesem Wege seine Vogtei über alle Nationen zu begründen, während umgekehrt die Absperrung

Seerecht.

Englands und seiner Verbündeten nur dazu dient, diese Mächte einem Frieden in Ehren zugänglich zu machen und allen Nationen die Freiheit der Schiffahrt und des Seehandels und damit ein gesichertes Dasein zu verbürgen, dann ist die Frage, welche der beiden Kriegsparteien das Recht auf ihrer Seite hat, auch schon entschieden ... Was die Warnung vor der Torpedierung betrifft, so kann der Befehlshaber des Kriegsschiffes die Warnung an das zu versenkende Fahrzeug selbst richten; oder aber es kann die Regierung des kriegführenden Staates die Warnung schon vor der Ausfahrt des Schiffes erlassen, das versenkt werden soll, oder schließlich sie kann sich einer allgemeinen, für alle in Betracht kommenden feindlichen Schiffe bestimmten Warnung bedienen ... Die Rettung der Personen auf See ist fast allemal dem blinden Ungefähr anheimgestellt, da nur die Wahl bleibt, sie entweder an Bord des jeder feindlichen Einwirkung ausgesetzten Kriegsschiffes zu nehmen oder in kleinen Booten den Gefahren der Elemente preiszugeben; daher entspricht es den Grundsätzen der Menschlichkeit weit besser, die Personen durch eine rechtzeitige Warnung von der Benützung gefährdeter Schiffe abzuhalten ... Niemals ist der leiseste Zweifel darüber wach geworden, daß neutrale Staatsangehörige allen Schaden selbst zu tragen haben, den sie dadurch erleiden, daß sie zu Lande ein Gebiet betreten, wo kriegerische Operationen stattfinden. Es liegt kein Grund vor, für den Seekrieg eine andere Norm gelten zu lassen, zumal die zweite Friedenskonferenz den Wunsch geäußert hat, die Mächte mögen ... das für den Landkrieg geltende Recht ... auch im Seekrieg anwenden." Amerika hatte keine Antwort darauf.

Die Spannung wurde vermehrt, als in Ameriika bekannt wurde, Deutschland habe sich für den Fall eines Krieges um ein Bündnis mit Mexiko und Japan beworben und die Wiedereroberung der verlorenen Territorien Neumexikos, Texas und Arizona versprochen. Deutscherseits wurde dergleichen nicht in Abrede gestellt. Man war aber in Amerika darüber beruhigt, daß Mexiko sich im Fall eines Krieges nicht rühren werde; die japanische Botschaft gab eine amtliche Erklärung, dem Bündnis mit der Entente und der Freundschaft für die Vereinigten Staaten treu bleiben zu wollen. Mexiko.

Während das Repräsentantenhaus in Washington am 2. März mit 403 gegen 13 Stimmen beschloß, die amerikanischen Schiffe gegen die Tauchbootgefahr zu bewaffnen, verhinderten im Senat die Pazifisten und Deutschfreundlichen das Gesetz über die bewaffnete Neutralität. Wilson erließ am 4. März eine Erklärung voll Empörung darüber, daß von 531 Mitgliedern der beiden Häuser sich nur eine kleine Gruppe von elf Senatoren dem Willen des Landes widersetze, die grundlegendsten Rechte der Bürger zu wahren. Diese kleine Gruppe körperlich ausdauernder Männer mit eigener Meinung macht die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich. Um die Obstruktion zu brechen, beschloß der Senat am 8. März mit 76 gegen 3 Stimmen, daß eine Zweidrittelmehrheit die Debatte schließen könne.

Wilson. Ohne Pomp wurde am 4. März die neue Präsidentschaft Wilsons im Kapitolspalast zu Washington bestätigt. Wilson leistete den üblichen Eid und küßte die Bibel bei dem Verse: „Der Herr ist unsere Zuflucht und unsere Hilfe in der Stunde der Prüfung". In seiner Inauguraladresse sagte Wilson: „Vom Anfang an drückte der Krieg auf unsern Geist, unsere Industrie, unsern Handel, unsere Politik seinen Stempel. Es war unmöglich, ihm gleichgültig oder unabhängig gegenüberzustehen. Trotz vieler Meinungsverschiedenheiten wurden wir einander nähergebracht. Man hat uns zur See großes Unrecht zugefügt. Wir hatten nicht den Wunsch, mit Unrecht und Beleidigungen zu antworten. Obwohl einige uns zugefügte Übel unerträglich waren, sind wir uns stets dessen bewußt gewesen, daß wir nichts für uns selbst wünschen, was wir nicht für die ganze Menschheit zu fordern bereit wären, nämlich Rechtschaffenheit, Gerechtigkeit, Freiheit zu leben, Schutz vor organisiertem Unrecht. Unsere Aufgabe mußte sein, für den Frieden zu arbeiten. Wir mußten uns bewaffnen, um unsern Anspruch auf Recht und Handelnsfreiheit durchzusetzen. Wir stehen fest in bewaffneter Neutralität. Es kann sein, daß wir durch die Umstände zu einer aktiven Teilnahme an dem großen Kampf veranlaßt werden. Wir wünschen aber weder zu erobern, noch Vorteile zu erringen auf Kosten eines andern Volkes. Wir sind nicht länger Provinzler. Die tragischen Ereignisse dieser Monate eines Kampfes auf Leben und Tod haben uns zu Weltbürgern gemacht. Wir können nicht zurück. Unser eigenes Geschick als Nation steht auf dem Spiel. Wir werden dafür einstehen, daß alle Nationen gleich viel Interesse am Weltfrieden und an der politischen Stabilität der freien Völker haben und dafür in gleichem Maß verantwortlich sind; daß das wichtigste Prinzip des Friedens die wirkliche Gleichheit der Völker in allen Rechtsfragen ist; daß der Friede sich nicht sicher und gerechterweise auf ein scheinbares Gleichgewicht stützen kann; daß die Regierungen alle gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten; daß die Meere gleich frei und sicher für alle Völker sein sollten nach Gesetzen, die durch ein gemeinsames Abkommen festgesetzt sind; daß die Rüstungen der Völker auf die innere Ordnung eines Volkes und die häusliche Sicherheit beschränkt werden sollten; daß es Pflicht jedes Volkes ist, darauf zu achten, daß jeder Versuch, in andern Ländern einer Revolution beizustehen, streng verhindert werde . . ." Dies sei das Programm Amerikas, das nun, wenn auch in Flammenglut, alle Völker zusammenschmieden müsse. Diesem Programm widersprachen die Tatsachen aufs gröblichste.

Am 15. März wurde bekannt, daß Amerika alle seine Handelsschiffe bewaffnen wolle; die Frage, ob alle Schiffe gezwungen seien, nur bewaffnet auszufahren, blieb in der Schwebe, getreu der amerikanischen Schwebepolitik.

Man überließ es den andern Neutralen (wie Holland), ihre Häfen bewaffneten Handelsschiffen zu verschließen.

Die mexikanische Regierung suchte den drohenden amerikanischen Krieg dadurch zu verhindern, daß sie den Vereinigten Staaten loyal vorschlug, alle Munitionslieferungen zu verbieten. Aber die Regierung von Washington lehnte mit heuchlerischer Beteuerung ihrer Friedensliebe und Neutralität diesen einzig anständigen Vorschlag ab.

Durch Geldvorteile brachten es die Alliierten dahin, daß auch China die Beziehungen zu den beiden Mittelmächten abbrach. Zugleich besetzten chinesische Truppen die deutschen Konzessionen von Hankau und Tientsin.

Russische Revolution.

Die russische Revolution war lange vorbereitet; sie hatte eigentlich seit jeher im verborgenen geglommen. Nun brach sie aus infolge der hoffnungslosen militärischen Lage. Man war in Petersburg in allen Kreisen aufgebracht über die zunehmende Desorganisation im Transport und in der Verpflegung bei der Größe des Aufwands und der Menge der Opfer. Die Regierung, die den allgemeinen Unwillen merkte und Unruhen voraussah, wußte kein anderes Mittel als die Auflösung des Reichsrates und der Duma. Aber die Duma beschloß am 11. März, dem Auflösungsukas nicht Folge zu leisten und die Sitzungen fortzusetzen. In der Nacht zum Montag den 12. d. wurde eine geheime Sitzung abgehalten. Die Duma setzte einen Vollzugsausschuß aus zwölf Mitgliedern ein unter dem Vorsitz des Präsidenten Rodsjanko. Dieser Ausschuß erklärte sich als vorläufige Regierung und erließ folgenden Aufruf: „In Anbetracht der schwierigen Lage und der inneren Unordnung, die man der Politik der alten Regierung verdankt, sieht sich der Vollzugsausschuß der Duma gezwungen, die öffentliche Ordnung in seine Hand zu nehmen. Im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit des gefaßten Entschlusses, drückt der Ausschuß die Zuversicht aus, daß die Bevölkerung und das Heer ihm in der schwierigen Aufgabe beistehen werden, eine neue Regierung zu schaffen, die den Wünschen des Volkes entgegenkommt und sein Vertrauen genießt." Am frühen Morgen Montags erklärten verschiedene Garderegimenter, daß sie auf die Seite des Volkes treten wollten; einige Offiziere wurden getötet. Andere Regimenter schlossen sich ebenfalls der Bewegung an. Das Hauptquartier der Artillerie wurde überwältigt und der Kommandant getötet. Die Peter-Pauls-Festung wurde genommen und das Gefängnis geöffnet. Die Zitadelle wurde das Hauptquartier der revolutionären Streitkräfte. Abends äußerten sich alle Truppen von Petersburg, mehr als 30.000 Mann stark, sowohl die Land- wie die Marinestreitkräfte, daß sie sich auf die Seite des Volkes stellten. Die Truppen aus Kronstadt kamen nach Petersburg, um sich der Bewegung anzuschließen, sie waren aber nicht von vielen Offizieren begleitet. Die Minister und hohen Würdenträger, Fürst Golizyn, Goremykin, Suchomlinow, Bjelajew, Protopopow,

Stscheglowitow, Maklatow, Markow, Kurlew wurden in der Peter-Pauls-Festung interniert. Andere wurden im Dumagebäude gefangengehalten. Am dritten Tag des Aufstandes, am 14., war angeblich die Ordnung in der Hauptstadt wieder hergestellt und die Autorität des Vollzugsausschusses anerkannt. Der Abgeordnete Engelhardt, Oberst im Generalstab, wurde vom Ausschuß zum Kommandanten von Petersburg ernannt; der Abgeordnete Gronsky übernahm die Leitung der Telegraphenagentur. Der Justizminister Kerenskij erklärte in einer Ansprache an Arbeiterdelegierte, er sei zwar in die provisorische Regierung eingetreten, bleibe aber, was er früher war, Republikaner. Die Dumaabgeordneten Pepelajew und Taskin begaben sich am 15. nach Kronstadt und übernahmen die dortige Garnison, die sich zur Verfügung des Komitees stellte. Am selben Tag erklärten die Stadverwaltungen von Moskau, Kasan, Charkow und Odessa telegraphisch ihren Anschluß an den Petersburger Ausschuß und konstituierten sich als Ausschüsse der inneren Befreiung Rußlands.

Abdankung.

Zar Nikolaus suchte (gezwungenerweise) die Dynastie zu retten, indem er am 16. zugunsten seines Bruders abdankte. Es geschah durch folgendes Manifest: „In den Tagen des großen Kampfes gegen den äußeren Feind, der sich seit drei Jahren bemüht, unser Vaterland zu unterjochen, hat Gott Rußland eine neue Prüfung geschickt. Innere Schwierigkeiten drohen eine verhängnisvolle Rückwirkung auf den endgültigen Ausgang des hartnäckigen Krieges auszuüben. Die Zukunft Rußlands, die Ehre unserer Armee, das Glück des Volkes und die ganze Zukunft unseres Vaterlandes verlangen, daß der Krieg um jeden Preis bis zum siegreichen Enge geführt werde. Der grausame Feind macht seine letzten Anstrengungen, und der Augenblick ist nahe, wo unser tapferes Heer in Übereinstimmung mit unseren ruhmvollen Verbündeten den Feind endgültig zu Boden strecken wird. In diesen für das Leben Rußlands entscheidenden Tagen hielten wir es für eine Gewissenspflicht, unserem Volk die enge Vereinigung und Organisation aller seiner Kräfte, um einen schnellen Sieg zu verwirklichen, erleichtern zu müssen. Deshalb haben wir in Übereinstimmung mit der Duma des Reiches es für gut erkannt, der Krone zu entsagen und die oberste Gewalt niederzulegen. Da wir uns von unserm geliebten Sohne nicht trennen wollen, übertragen wir unsere Erbfolge auf unsern Bruder Michael, den wir bei seiner Besteigung des Thrones segnen. Wir beauftragen ihn, in voller Übereinstimmung mit den nationalen Vertretern zu regieren, die gesetzmäßigen Einrichtungen aufrechtzuerhalten und zu beschwören." Dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch mußte der Zar wieder das Oberkommando über die Armee übertragen. Der Großfürst wandte sich telegraphisch an Rodsjanko. Es scheint, daß er selbst den kriegsmüden Zaren zur Unter-

schreibung des Manifestes und zur Abdankung zwang oder zwingen ließ, um im Sinne der Alliierten den **Krieg** weiterzuführen. In Mitteleuropa war man der Überzeugung, daß die ganze Umwälzung auf **englischen** Einfluß und **englisches** Geld zurückzuführen sei, um Rußland als Bundesgenossen noch vor dem vorausgesehenen völligen Zusammenbruch zu halten.

Die beiden Großfürsten kamen aber nicht mehr dazu, von ihrer Macht Gebrauch zu machen. **Michael** erklärte, ein Plebiszit abwarten zu wollen; eine neue durch allgemeine Abstimmung gewählte konstituierende Versammlung müsse zuerst den Volkswillen über die definitive Regierungsform ausdrücken. Einstweilen konstituierte sich ein neues **nationales Kabinett**, bestehend aus Fürst **Lwow**, **Miljukow**, **Kerenskij**, Ukrasow, Konowalow, Manuilow, Gutschkow, Schingarew, Tereschtschenko und Godnew. Der von der Reichsduma eingesetzte Vollziehungsausschuß bestand aus Rodsjanko, dem Sozialdemokraten Tscheidze, dem Führer der Arbeitspartei Kerenskij, dem Kadettenführer Miljukow, den Oktobristen Oberst Engelhardt und Schidlowskij, den Kadetten Konowalow und Nektessaow, dem gemäßigten Oktobristen Fürst Lwow usw. Roditschew wurde Minister für die finnländischen Angelegenheiten. Provisorium.

Die provisorische Regierung veröffentlichte am 16. März folgende Proklamation: „Mitbürger! Der provisorische Vollzugsausschuß der Reichsduma hat, unterstützt von der Hilfe der Garnison und den Einwohnern der Hauptstadt, jetzt vollständig den schädlichen Einfluß der alten Regierung gebrochen, so daß er nunmehr zur festen Organisation der ausführenden Macht schreiten kann. Die neue Regierung will ihre Politik auf folgenden Grundsätzen aufbauen: Amnestie, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Streikrecht; Abschaffung aller sozialer, religiöser und nationaler Einschränkungen; Einberufung einer konstituierenden Versammlung, die, auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhend, eine Regierung einrichten und eine Verfassung annehmen soll; Nationalmiliz statt Polizei, mit gewählten Kommandanten, der Leitung der Selbstverwaltung unterstellt; Kommunalwahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts; Abschaffung aller Einschränkungen für die Soldaten hinsichtlich der sozialen Rechte, doch unter Bedingung strenger militärischer Disziplin im aktiven Dienst.

An die Vertreter im Ausland richtete die provisorische Regierung folgende Depesche am 17.: „Das alte politische System ist kläglich zusammengebrochen durch seine Sorglosigkeit, seine Mißbräuche, seine sträfliche Nichtvoraussicht der hervorgerufenen Volksentrüstung. Die Einmütigkeit des Grolles, welcher die heute in Verfall geratene Ordnung der Dinge unter allen gesunden Elementen der Nation hervorgerufen hat, hat die Krise merklich erleichtert und abgekürzt. Da alle diese Elemente sich mit Begeisterung um die Fahne der Revolution scharten und die Armee ihnen schnelle und wirksame Unterstützung brachte, hat die nationale

Bewegung nach Verlauf von kaum acht Tagen einen entscheidenden Sieg davongetragen. Durch eine Akte aus Pskow 15. März hat Zar Nikolaus II. zugunsten des Großfürsten Michael auf den Thron verzichtet. Großfürst Michael hat durch eine Akte vom 16. aus Petersburg die russischen Bürger aufgefordert, sich bis zur endgültigen Bekundung des nationalen Willens der Autorität der provisorischen Regierung zu unterwerfen... Auf dem Gebiete der äußeren Politik wird die Regierung die internationalen Verpflichtungen achten, die vom gefallenen Regime übernommen worden sind... Rußland hat den Krieg nicht gewollt. Als Opfer eines vorbedachten Angriffs, wird Rußland fortfahren gegen jene räuberische Rasse zu kämpfen, welche dem Europa des 20. Jahrhunderts die Schmach des preußischen Militarismus aufzwingen wollte." So der Minister des Äußern Miljukow. Mündlich äußerte er sich, daß Rußland den Krieg bis zum Siege fortführen, Konstantinopel in Besitz nehmen und alle Slawen Österreich-Ungarns befreien will. Ein jugoslawisches Reich soll organisiert werden, an dem die deutschen Bestrebungen auf dem Balkan eine unübersteigliche Schranke finden werden. Also der alte Imperialismus!

Ein Manifest der provisorischen Regierung vom 19. beschuldigte die alte Regierung, sie habe die 1906 verheißenen verfassungsmäßigen Freiheiten während der folgenden zehn Jahre allmählich wieder genommen. Daher fand der Weltkrieg Volk und Regierung uneinig. Die heldenhaften Anstrengungen der Armee blieben vergeblich. Aber das Volk verstand es angesichts des größten Unglücks, die Macht in seine eigenen Hände zu nehmen. Der Geist hoher Vaterlandsliebe, den das Volk im Kampf gegen die alte Regierungsform bewiesen hat, wird auch unsere tapferen Soldaten auf den Schlachtfeldern beseelen. Die Regierung wird alles Nötige dazu tun und die Bündnisse mit andern Mächten treu bewahren.

Ein Manifest vom 21. März bestätigte die finnische Verfassung und Selbstverwaltung. Die Regierung verkündete am 22., daß sich ganz Rußland mit Einschluß von Finnland, Turkestan und Sibirien der neuen Ordnung angeschlossen habe. „Niemals ist eine Revolution so kurz gewesen wie diese. Die Quelle dieses offenbaren Erfolgs liegt in der logischen Notwendigkeit der Entwicklung. Überall ertönte der Ruf: Nieder mit dem alten verrotteten Regime! Es lebe der freie demokratische Staat! Der ganze Staatsstreich kostete den 130 Millionen Russen nur 2000 Tote und Verwundete. Das normale Leben ist wieder aufgenommen. Die Zeit, da der Zar und seine Günstlinge das Land erwürgten, erscheint wie ein Alpdruck, der vor dem Licht der politischen Freiheit glücklich zerronnen ist. Die neue Regierung tut das Möglichste, die liberalen Grundsätze zu verwirklichen. Um das Land gegen jeden Versuch einer Gegenrevolution und gegen eine monarchistische Propaganda zu sichern, beraubte die Regierung den ehemaligen Zar und die Zarin der Freiheit und isolierte sie im Palaste zu Zarskoje Selo. Justizminister Kerenskij bereitete die Abschaffung der Todesstrafe, das Wahlrecht der Frauen, die Rückkehr der Verbannten vor. Die bestechliche Polizei ist durch Miliz ersetzt, die aus Einwohnern gebildet ist und überall Ordnung

erhält. Die Zeitungen erscheinen ohne Zensur. Vereine und Versammlungen dürfen tagen. Die Lichtspieltheater bereiten Films vor, welche Ereignisse aus der Revolution vorführen. Das einzige, was an die großen durchlebten Tage erinnert, sind die roten Fahnen und Sinnbilder der Freiheit."

Schon am 24. März wurde Großfürst Nikolaus wieder von seinem Posten als Oberbefehlshaber enthoben; General Alexejew übernahm einstweilen diese Stelle. Der Großfürst und alle übrigen Großfürsten sowie der Herzog von Oldenburg erklärten am 27., sich vollkommen dem neuen Kurse zu fügen, die provisorische Regierung in jeder Weise zu unterstützen; ihre Apanagegüter sollten von nun an Staatseigentum sein.

Es war sehr bezeichnend, daß die neue, provisorische Regierung des russischen Reiches trotz ihrer Fragwürdigkeit schon am 16. März von den Regierungen der Entente anerkannt wurde, ebenso von Japan und von den Vereinigten Staaten. Besonders eifrig zeigte sich hierin der englische Botschafter Buchanan, den man als den hauptsächlichen Anstifter der Umwälzung ansah. Er begrüßte die neue Aera des Glücks, des Fortschritts und der Ehre, die für Rußland begonnen habe, er forderte zugleich Rußland auf, mehr als je die Aufmerksamkeit auf den Krieg zu lenken. Er hoffte, das neugeborene Rußland werde vor keinem Opfer zurückschrecken, um die Einigkeit mit den Alliierten zu stärken, damit ein endgültiger Sieg über Deutschland erreicht werde, ein Sieg für die großen Grundsätze der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und des Rechts der Nationalitäten. Der französische Botschafter tröstete die Regierung wegen der revolutionären Schwierigkeiten; Frankreich habe darin Erfahrungen. Miljukow dankte für die gute Meinung und versprach das Beste zu tun. Die große Umwälzung habe die Arbeit für den gemeinsamen Sieg nur für einige Tage aufgehalten. — Am 4. März hatten die Alliierten noch eine gemeinsame Konferenz in Petersburg abgehalten.

Auch im englischen Unterhaus sagte Premier Lloyd George am 19., es sei befriedigend, zu wissen, daß die neue russische Regierung für den ausdrücklichen Zweck gebildet sei, den Krieg mit vermehrtem Eifer weiterzuführen. Die britische Regierung sei überzeugt, das russische Volk werde auch noch finden, daß sich Freiheit mit Ordnung selbst in Revolutionszeiten vereinigen lasse und daß freie Völker die besten Verteidiger ihrer eigenen Ehre seien. — Bonar Law beantragte, dem russischen Volk die Grüße und Glückwünsche des Hauses zur Schaffung freier Institutionen zu senden. Er meinte: „Die Vorgänge im russischen Reich erinnern an die Anfänge der französischen Revolution. Es ist zu früh, zu sagen, das alle Gefahr vorüber sei, aber für die Mutter der Parlamente[1]) nicht zu früh, dem Parlament des verbündeten Landes ihre Grüße zu senden und ebenso der Regierung, die mit der ausgesprochenen Absicht gebildet wurde, den Krieg zum erfolgreichen Abschluß zu bringen... Es möge mir aber auch erlaubt sein, dem Gefühle der Teilnahme für den Zaren Ausdruck zu geben, der drei Jahre unser loyaler Verbündeter gewesen ist und auf den durch seine Geburt eine Last gelegt war, die sich als zu schwer

England.

---

[1]) Das ist eine Einbildung. Es hat in allen christlichen Reichen im Mittelalter bis zur neuesten Zeit Parlamente gegeben. Das englische Parlament vertrat auch nur privilegierte Stände.

für ihn erwiesen hat. Eine der großen Fragen des Krieges war die, ob sich freie Einrichtungen gegen den Anfall von militärischem Despotismus würden behaupten können . . .“

Der italienische Ministerpräsident erklärte am 23. März in der Kammer: „Italien umarmt heute das russische Volk aus Brüderlichkeit und wird es morgen zur Siegesfeier umarmen.“

Bethmann. Bethmann sprach am 29. die Anschauung Deutschlands über die weltgeschichtlichen Vorgänge in Rußland aus: „Zar Nikolaus ist das Opfer eigener tragischer Schuld geworden. Seit langer Zeit waren Preußen und Rußland durch traditionelle Freundschaft verbunden. Aber uneingedenk dessen glitt der Zar in das Fahrwasser der Entente und geriet in Abhängigkeit von der Kriegspartei, so daß er in den Schicksalstagen des Juli 1914 den Appell des Kaisers an die alte Freundschaft ungehört verhallen ließ. Eine bei unsern Gegnern von jeher beliebte Legende ist es, daß die deutsche Regierung das reaktionär-autokratische Regime in Rußland gegen jede freiheitliche Bewegung unterstützt habe. Schon 1905 hat der Kaiser dem Zaren dringend geraten, sich den berechtigten Reformwünschen seines Volkes nicht länger zu widersetzen. Von mißwollender Seite wird auch jetzt verbreitet, Deutschland wolle die kaum errungene Freiheit des russischen Volkes vernichten, der Kaiser wolle die Herrschaft des Zaren über die geknechteten Untertanen wiederherstellen. Das ist eitel Lüge und Verleumdung. Wie sich das russische Volk sein Haus einrichtet, ist seine Angelegenheit, in die wir uns nicht einmengen. Das einzige, was wir wünschen, ist, daß Rußland ein Bollwerk des Friedens werde. Trägt die Neuordnung der Dinge dazu bei, die Wiederannäherung der Nachbarvölker zu erleichtern, so begrüßen wir das mit Freude. Wir haben unter den Sünden des alten Rußland, das Serbiens Mordanschlag gedeckt, das gegen uns mobil gemacht, das im Dezember 1916 als erster unserer Feinde unser Friedensangebot höhnisch abgelehnt hat, selbst genug gelitten. Wir begehren nichts anders, als möglichst bald wieder in Frieden mit dem russischen Volk zu leben . . .“ Über das Verhältnis zu Amerika und den drohenden Krieg sagte Bethmann: „Wie ist denn der Hergang gewesen? Wir haben den Vereinigten Staaten mehr als einmal gesagt, daß wir auf die unbeschränkte Anwendung der Tauchbootwaffe in der Erwartung verzichtet haben, daß England dazu gebracht werde, bei seiner Blockadepolitik die Gesetze der Menschlichkeit und die internationalen Abmachungen zu beobachten. Diese Blockadepolitik ist vom Präsidenten Wilson und vom Staatssekretär Lansing selbst als ungesetzlich und unverantwortlich bezeichnet worden. Unsere Erwartung, die wir acht Monate lang aufrechterhalten haben, wurde völlig enttäuscht. England hat seine Blockadepolitik verschärft. Es hat Kriegsziele verkündet, die auf unsere Vernichtung hinausgehen. Da haben wir zum unbeschränkten Tauchbootkrieg gegriffen. Das mußten wir. Will darum das amerikanische Volk das Blutvergießen vermehren? Das deutsche Volk wird auch dies ertragen . . . Die chinesische Regierung hat ihre Beziehungen zu uns abgebrochen. Ich brauche nicht zu sagen, daß sie nur unter dem Druck unserer Gegner gehandelt hat. Auch dürften finanzielle Gründe dabei eine Rolle gespielt haben. Für unsere Gegner handelt es sich darum, unsern Handel auch in China zu zerstören und sich das mühelos anzueignen, was deutscher Fleiß dort geschaffen hat.“ Über die militärische Lage sagte der Kanzler: „An unserer Ostfront kommen größere Operationen zurzeit nicht in Frage. Schon die Jahreszeit

und die grundlosen Wege würden eine größere Offensive verbieten. An der Westfront verlaufen die rückwärtigen Bewegungen planmäßig und führen zu einer täglich wachsenden Operationsfreiheit. An der makedonischen Front haben sich bulgarische und deutsche Truppen in der Abwehr französischer Angriffe größten Stils glänzend gezeigt." Im übrigen kam Bethmann auf die innern Fragen, auf die Polenpolitik und das preußische Wahlrecht zu sprechen. Er meinte, es sei ein eigenes Ding, ein staatliches Fundament wie das Wahlrecht zu ändern zu einer Zeit, wo Millionen Männer in den Schützengräben sind. Er verteidigte sich gegen den Vorwurf, eine Politik der Stagnation zu treiben.

Staatssekretär des Marineamts Capelle machte im Ausschuß vertrauliche Ausführungen über den Tauchbootkrieg, aus denen hervorging, daß sich alle Erwartungen erfüllt hatten. Die Neutralen mieden das Sperrgebiet.

Über die mexikanische Angelegenheit sagte am 30. Staatssekretär Zimmermann: „Ich habe eine Instruktion an unsern Vertreter in Mexiko gerichtet. Wie diese in die Hände der amerikanischen Regierung gefallen ist, ist nicht aufgeklärt. Ich hatte unsern Gesandten beauftragt, Mexiko im Fall eines Krieges mit den Vereinigten Staaten ein Bündnis vorzuschlagen und ihm gleichzeitig den Anschluß Japans an dieses Bündnis nahezulegen. Die Instruktion sollte nur für den Fall ausgeführt werden, als die Vereinigten Staaten uns den Krieg erklärt hätten. Das ist absolut loyal. Ich glaube, daß unser Verhalten erheblich mit dem Verhalten der Regierung in Washington kontrastiert. Präsident Wilson hat es nach unserer Note vom 31. Januar, die in ruhiger Form jeden aggressiven Ton vermied, für angezeigt gehalten, in außerordentlich scharfer Weise sofort die Beziehungen abzubrechen. Unser Botschafter hatte nicht mehr Gelegenheit, unser Verhalten mündlich zu begründen und nähere Erläuterungen zu geben. Dagegen hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten unverzüglich an alle neutralen Mächte gewandt, um diese zu einem Bruch mit uns zu veranlassen ... Sie wird uns nicht das Recht bestreiten, nun unsere Bundesgenossen zu suchen. Unsere Beziehungen zu Mexiko sind freundschaftlich. Die Mexikaner sind gute Soldaten. Man kann nicht sagen, daß die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko freundschaftlich sind. Auch zwischen Amerika und Japan bestehen Gegensätze, die stärker sind als die deutsch-japanischen Gegensätze trotz des Krieges. Die Beziehungen zwischen Japan und Mexiko sind alte. Die alten Mexikaner und die Japaner sind gleichen Stammes." Mexiko.

Die deutsche sozialdemokratische Partei beantwortete eine Friedenskundgebung der russischen Sozialisten (31. März). Diese hatten die Erwartung ausgesprochen, daß von den deutschen Genossen jede Einmischung in die Entwicklung der russischen Revolution werde scharf bekämpft werden. Darüber waren aber ohnedies alle deutschen Parteien einverstanden. Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünschte das russische Proletariat zu seinen Erfolgen auf dem Weg zur politischen Freiheit. Sie sprach den Wunsch aus, daß die politi- Sozialisten.

schen Fortschritte des russischen Volkes beitragen mögen, der Welt bald den Frieden zu sichern, wofür auch die deutsche Sozialdemokratie seit Ausbruch des Krieges kämpft.

Im preußischen Abgeordnetenhaus sprach Bethmann Hollweg am 14. März wieder über die Neuorientierung im Innern, das heißt besonders über das preußische Wahlrecht. Er meinte, man solle sich vielmehr mit der wichtigsten Frage beschäftigen: Wie führen wir diesen Krieg zu einem siegreichen Ende? — Am 16. März stattete Bethmann Hollweg seinen Gegenbesuch in Wien ab bei Czernin und Clam-Martinic; er war auch beim Kaiser. Zu neuerlichen Konferenzen traf Czernin am 26. März in Berlin ein.

In einer Unterredung mit einem Redaktor des „Fremdenblatts" äußerte Czernin. sich Graf Czernin am 30. März über die Lage. Er hoffte von der russischen Revolution eine Förderung des Friedensgedankens: „Wir sind nicht zu vernichten, wir wollen auch nicht vernichten. Unsre Fronten sind stärker als je, unsre wirtschaftliche Lage ist gesichert, wir können und werden durchhalten. Die beispiellose Aufopferungsfähigkeit und Kraft, mit welcher die Völker der Monarchie die Entbehrungen ertragen, sichern ihnen den Enderfolg. Das größte Verdienst gebührt nicht den obern Tausenden, sondern dem Mittelstand und vor allem den breiten Massen, den vom Schicksal Enterbten. Der Tag wird kommen, an welchem die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Heldentum erhalten werden." Czernin wollte auch den Vorschlag zur Beschickung einer Friedenskonferenz durch alle kriegführenden Staaten nach wie vor aufrechterhalten: „Ich sehe nur diesen Weg zu einem allgemeinen Ende kommen. Für jene, welche den Krieg fortsetzen wollen, bedeutet der Zusammentritt einer Konferenz keine Änderung. Während sie tagt, kann ja der Kampf fortgesetzt werden. Nur auf einer Friedenskonferenz können die Hunderte von Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat und welche ein unzerreißbares Ganzes bilden, gelöst werden. Wir besitzen weite Territorien unsrer Feinde, sie ausgedehnte Gefilde von uns; auf dem Meer kämpft die Blockade unserer Feinde gegen den Unterseebootkrieg. Alle internationalen Verträge sind zerrissen, es ist unmöglich, einzelne dieser Fragen herausgerissen aus dem Komplex des Ganzen lösen zu wollen. Wer den Frieden will, muß auch über ihn sprechen und verhandeln wollen. Erweist die Friedenskonferenz, daß eine Einigung unmöglich ist, so geht der gar nicht unterbrochene Krieg eben weiter." Auf die Frage, ob es nicht möglich wäre, einen allgemeinen Rahmen unserer Friedensbedingungen zu verkünden, antwortete Graf Czernin: „Das ist ja doch bereits geschehen. Ich habe öffentlich erklärt, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen, dessen Zweck die gesicherte, freie, ungestörte Entwicklung der Monarchie ist. Die Garantien für unseren Bestand und für unsre Existenzmöglichkeit müssen wir erhalten. Sowie unsere Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu zer-

schmettern, fallen lassen, sowie sie bereit sind, über einen für sie wie für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht den Verhandlungen nichts mehr im Wege." Man muß diesen Äußerungen eine amtliche Bedeutung zuerkennen.

Graf Ferdinand Zeppelin starb am 8. März an einer Lungenentzündung. Kaiser Wilhelm widmete ihm als einem der größten Söhne des Vaterlandes einen ehrenden Nachruf. Zeppelin †.

Der Reichskanzler empfing am 3. März zu Berlin eine Abordnung des Rates für Flandern, der am 4. Februar 1917 in einer Versammlung aller aktiven flämischen Gruppen gewählt worden war. Der Sprecher trug das flämische Programm einer inneren Autonomie Flanderns auf Grundlage der niederländischen Sprache und Kultur vor und bat um die weitere Durchführung der auf Grundlage der internationalen Rechtsbestimmungen bisher getroffenen Maßnahmen des Generalgouverneurs. Der Kanzler versprach, daß noch während der Okkupation die völlige Verwaltungstrennung durchgeführt werden solle, wie sie in den beiden Teilen Belgiens schon seit langem gefordert wird. „Die Sprachgrenze muß zur Grenzscheide der Verwaltungsgebiete werden. Das Deutsche Reich wird bei den Friedensverhandlungen und über den Friedensschluß hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freien Entwicklungen des flämischen Stammes zu fördern und sicherzustellen. Dies sagen Sie den Söhnen der ‚Mutter Flandern'!" — Gegen die zwangsweise Verschickung arbeitsloser belgischer Arbeiter nach Deutschland wurden immer mehr Proteste laut. Der Kaiser versprach die Frage neuerlich zu prüfen und verfügte die Einstellung dieser Maßregel. Flandern.

Als bedenkliches Zeichen konnte (15. März) der Rücktritt des französischen Kriegsministers General Lyautey gelten, um so mehr, als der Ministerpräsident Briand keinen Ersatzmann finden konnte. Er mußte daher auch zurücktreten (18. März) und der bisherige Finanzminister Ribot übernahm die Bildung eines neuen Kabinetts zugleich mit den äußeren Angelegenheiten; Viviani übernahm die Justiz, Painlevé den Krieg, Bourgeois Arbeit und soziale Fürsorge. Die am 21. verlesene Erklärung der neuen Regierung betonte den festen Entschluß, den Krieg bis zum Siege fortzusetzen, die ehemals geraubten Provinzen wiederzugewinnen, die gebührenden Wiedergutmachungen und Bürgschaften zu erlangen und einen dauerhaften Frieden auf der Grundlage der Achtung vor den Rechten und der Freiheit der Völker vorzubereiten. „Die Regierung begrüßt die Volksbefreiung in Rußland und spricht den Wunsch aus, daß sie sich ohne Anwendung von Gewalt und ohne Unruhen vollziehen möge." Die Finanzlage fordere die ernsteste Aufmerksamkeit. Neue Steuern seien notwendig, um den ausländischen Zinsendienst zu decken. In bezug auf die Lebensmittel müsse man sich beizeiten die nötigen Einschränkungen auferlegen. Frankreich.

Sonnino suchte die italienische Deputiertenkammer zu beruhigen, indem er am 17. März unter großer Erregung auf allen Seiten erklärte, die russische Bewegung ziele nicht auf eine Erschlaffung, sondern auf eine noch intensivere und energischere Fortsetzung der kriegerischen Operationen ab. Hierauf besprach Sonnino den Friedensvorschlag Wilsons und bemerkte, der Präsident habe nicht aufgeklärt, wie man zur Durchführung seiner Ideen gelangen könne. Bei Wilsons Voraussetzung eines Friedens ohne Sieg würde der Friede Italien.

doch der Negation des Ursprungs dieses Krieges und der Verkennung der von Italien und seinen Verbündeten proklamierten Zwecke gleichkommen. „Es ist also zweckmäßig, nochmals zu behaupten, daß Italien keinen Zweck der Vorherrschaft oder Unterdrückung verfolgt, sondern vielmehr mit dem Gut und Blut seiner Söhne kämpft für die Befreiung der dem fremden Joch unterworfenen Volksgenossen, für die Eroberung seiner von der Natur gezeichneten Grenzen, für die legitime Sicherheit seiner adriatischen Küsten und für die Wahrung seiner Lebensinteressen im Mittelmeer." Ferner stellte Sonnino fest, daß der Vertrag zwischen Rußland, England und Frankreich, der Konstantinopel und die Meerengen zum besonderen Gegenstand hat, vor Italiens Eintreten in den Krieg abgeschlossen wurde und daß Italien daher nicht daran teilnehmen konnte. „Wir haben erst hernach und unter denselben allgemeinen Bedingungen wie die Verbündeten zugestimmt." — Als der Sozialist Turati nähere Mitteilungen über die Ereignisse in Rußland verlangte, fiel ihm Präsident Marcora ins Wort und drohte, der Tag sei nicht mehr ferne, wo man die Sozialisten überhaupt aus der Kammer hinausjagen werde.

In London begannen am 20. März die Reichskonferenzen mit den Dominions und Indien; es waren Vertreter von Kanada, Neuseeland, Südafrika, Indien und Neufundland anwesend.

Westfront.

Während die Kriegsereignisse im Osten und an der Balkanfront von keiner besonderen strategischen Wichtigkeit waren, erfolgte im Westen die plangemäße Rückverlegung der deutschen Front zwischen Arras und der Aisne in eine andere, vorbereitete Linie. Dem Gegner blieb die am 1. März vollendete Bewegung verborgen. Er fühlte nur zögernd vor und nahm den aufgegebenen, zerschossenen Geländestreifen kampflos in Besitz. Ein weiterer Landstrich wurde auf ähnliche Weise bis zum 18. März geräumt und dem Feind überlassen, nachdem man dort alle Verkehrsanlagen zerstört hatte. Man bezweckte damit eine Verkürzung der Front. „Die deutsche Führung hat die operative Freiheit ergriffen und sich die Initiative auch auf der Westfront gesichert, welche, nachdem sie mit einer Mindestzahl von Truppen den Angriffen der verbündeten englischen und französischen Heere standgehalten hat, nunmehr vor einer neuen Aufgabe steht. Die oberste Heeresleitung ist bestrebt, diese neue Aufgabe mit möglichst geringen Opfern zu lösen, während die unter enormen Verlusten gemachten vergeblichen Versuche der Feinde in der Champagne und an der Somme bewiesen, daß ein Durchbruch starker Stellungen unmöglich ist. Nunmehr ist die Heeresleitung der Entente durch das Ausweichen der deutschen Frontlinie vor eine neue Lage gestellt und muß neue, zeitraubende Entschlüsse fassen. Selbstverständlich wurde vor der Räumung der einzelnen Ortschaften Vorsorge getroffen, daß die wehrfähige Bevölkerung durch Abschub in das Hinterland der militärischen Verwendung durch die Feinde entzogen ist." Kaiser Wilhelm anerkannte in einem Schreiben vom 19. März diese großzügige Leistung Hindenburgs und Ludendorffs.

Der unbeschränkte Tauchbootkrieg hatte auch einen Rechnungskrieg zur Folge, indem die Engländer die Verluste als unbedeutend, die Deutschen als vernichtend darstellten durch verschiedene Methoden der Berechnung. — Der Hilfskreuzer „Möve“ mit dem Kommandanten Grafen Dohna-Schlodien kehrte von einer zweiten mehrmonatigen Kreuzfahrt im Atlantischen Ozean am 22. März zurück; er hatte 22 Dampfer und 5 Segler aufgebracht und 593 Gefangene gemacht. — Der italienische Marineminister Corsi meinte in der Kammer am 11. März: „Die Anstrengung der feindlichen Unterseeboote, England, Rußland, Frankreich und Italien zu blockieren, läuft auf eine Bedrohung der Handelsflotten fast der ganzen Welt hinaus. Daher die Unruhe in allen Ländern. Die wirksamste Gegenmaßregel ist die Bewaffnung der Handelsschiffe; von diesen entgehen etwa 75 Prozent der Versenkung, von unbewaffneten kaum 24 Prozent. Es sind bereits über tausend Kanonen auf italienischen Handelsschiffen montiert; 60 Prozent der italienischen Handelsflotte sind bewaffnet, hundert funkentelegraphische Stationen eingerichtet. Auch wird dafür gesorgt, daß die Handelsschiffe gruppenweise, von Kriegsschiffen geleitet, fahren. Indessen muß das Volk die sparsamste Wirtschaft führen und Disziplin halten, damit der Schiffsverkehr minimal gehalten werden könne; sonst wäre die Gesamttonnage nicht mehr ausreichend, um den gewohnten Anforderungen zu genügen.“ — Die deutsche Regierung dehnte am 24. März das Sperrgebiet auf das nördliche Eismeer aus. Seekrieg.

Zwei empfindliche Einbußen erlitten die Türken; sie verloren Hamadan an die Russen und Bagdad an die Engländer (11. März). Die Türken zogen sich gegen Samarra zurück. Dagegen konnten sie einen Sieg an der Sinaifront bei Gaza melden (28. März). — Die englische Regierungskommission veröffentlichte einen Bericht über die verunglückte Dardanellenexpedition. Es hieß darin: „Die Frage des Angriffs auf die Dardanellen war von Churchill als ideale Methode zur Verteidigung von Ägypten angeregt worden. Man hat aber durch die übereilte Unternehmung eines rein maritimen Angriffs das Ziel verfehlt. Immerhin sind doch gewisse politische Vorteile erzielt worden. Ob die Vorteile die Verluste an Menschenleben und an kostbarem Material aufwiegen, bleibt stets eine Frage, über die die Meinungen auseinandergehen können.“ Türkei.

Huldigungsdeputationen erschienen neuerlich beim Kaiserpaar in Wien, so am 30. März eine Abordnung aus Bosnien und der Herzegowina. — Feldmarschall Freiherr v. Conrad-Hötzendorf wurde vom Posten eines Generalstabschefs enthoben, um „an anderer wichtiger Stelle“ zur Geltung zu kommen. Ein kaiserliches Schreiben vom 1. März anerkannte seine Verdienste: „In den ersten Phasen dieses Krieges haben Sie als Berater des Armeeoberkommandanten die gewaltige Überlegenheit unserer Feinde durch klare Erkenntnis seiner Schwächen und durch nie erlahmende Initiative wettgemacht. Ihr abgeklärtes Urteil fand den sicheren Ausweg aus den schwierigsten Lagen. Im weiteren Verlaufe des Krieges wußten Sie, in zielbewußter Zusammenarbeit mit unseren treuen Verbündeten, am entscheidenden Orte, zur richtigen Zeit die notwendigen Streitkräfte einzusetzen, auf allen Kriegsschauplätzen die Grundlagen siegreicher Operationen zu schaffen und die Pläne neu erstandener, treubrüchiger Gegner zum Scheitern zu bringen. Auch Mir waren Sie stets ein Österreich.

selbstloser hingebungsvoller Berater . . ." Ob man nicht doch über die Qualitäten des unstreitig hochverdienten Mannes etwas enttäuscht war, wage ich nicht zu beurteilen; man hat auch noch später von einem Mangel an Entschlußfähigkeit, von einem Stocken in seinen Operationen gesprochen. Unliebsam wurde es vermerkt, daß er während des Krieges die neue Ehe mit einer Frau einging, die zu diesem Zweck ihre frühere Ehe scheiden ließ. Conrads Nachfolger wurde General der Infanterie v. Arz. — Der humane junge Kaiser schaffte unter anderm auch die schwere Strafe des „Anbindens" ab. — Generalmajor Maximilian v. Hoen wurde Direktor des Kriegsarchivs.

Die Plenarsitzung des Tschechischen Verbands unter Staneks Vorsitz gab am 17. März der Überzeugung Ausdruck, „daß die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach einer augenblicklichen Einberufung des Reichsrates rufen. Zur Lösung der bevorstehenden großen Aufgaben ist es erforderlich, daß alle Völker als gleichberechtigte Faktoren und alle Klassen den Boden des Parlaments mit dem Bestreben betreten, mitzuarbeiten am finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Neuaufbau der Monarchie, an der Heilung der Schläge, die ihr und ihren Bewohnern der Krieg versetzt hat. Damit der Gedanke aller Völker der Monarchie eben diesen großen Aufgaben zugewendet sei, deren sofortige Lösung einzig notwendig ist im Interesse der Dynastie, des Staates und des Volkes, bezeichnet es der Tschechische Verband als erforderlich, daß der Gedanke keines Volkes von diesem Weg abgebracht werde. Die Fragen des tschechisch-deutschen Streites können nur auf Grund gegenseitiger Verhandlungen und gegenseitigen Übereinkommens gelöst werden, zu denen die tschechischen Parteien stets bereit waren und sind. Der Tschechische Verband ist überzeugt, daß die Regierung des Grafen Clam-Martinic, der schweren Position des Staates sich bewußt, der unter großen Opfern aller Völker sich auf das kräftigste gegen die Feinde wehrt, ihr ganzes Augenmerk richtet auf die Konzentration aller Kräfte zur Erledigung der unaufschiebbaren Ernährungs-, Finanz-, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. Der Verband konstatiert die Einmütigkeit der Anschauungen mit dem Kroatisch-slowenischen Klub . . ."

April.

Wilson. Präsident Wilson berief am 2. April den Kongreß zu einer außerordentlichen Session, um den Kriegszustand mit dem Deutschen Reich auszusprechen. Er begründete dies also: „Die deutsche Regierung hat alles Völkerrecht aufgehoben unter dem Vorwande der Widervergeltung und der Notwendigkeit, weil sie keine Waffen besaß, die auf See verwendet werden könnten, außer jenen, die nicht so angewendet werden dürfen, wie Deutschland sie jetzt anwendet. Ich denke nicht an die materiellen Verluste, sondern an den Untergang von Nichtkämpfern.[1]) Unser Motiv ist nicht Rache, wir treten für die Menschenrechte ein . . . Ohne Zaudern den Geboten der konstitutionellen Pflicht gehorchend, rate ich dem Kongreß, zu erklären, daß die Handlung der deutschen Regierung der Krieg gegen die Vereinigten Staaten ist, und förmlich den Kriegszustand anzunehmen, der

[1]) Und nicht an die Tausende von Verhungerten?

Amerika auferlegt ist, sowie sofortige Maßregeln zu ergreifen, um Deutschland zu zwingen, die Bedingungen zur Beendigung des Krieges anzunehmen. Der Kriegszustand wird ein enges Zusammenwirken mit den andern Deutschland bekämpfenden Regierungen herbeiführen, indem wir ihnen liberalen Finanzkredit gewähren, um ihnen die Organisation zur Mobilisierung aller materiellen Hilfsquellen des Landes zur Verfügung zu stellen, um Kriegsmaterial zu liefern und auf die reichlichste, aber sparsamste und wirksamste Art den anderen Bedürfnissen der Nationen zu dienen.[1]) Eine weitere Folge des Kriegszustandes würde die sofortige, vollständige Ausrüstung der Flotte sein, namentlich um die feindlichen Tauchboote zu bekämpfen, ferner eine sofortige Heeresvermehrung um mindesten 500.000 Mann, mit der Ermächtigung, die Streitmacht den Bedürfnissen entsprechend weiter zu vermehren, und zwar nach dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht... Wir hatten keinen Streit mit dem deutschen Volke. Die deutsche Regierung begann den Krieg ohne Initiative, Kenntnis und Billigung des Volkes. Der Krieg wurde beschlossen von den Machthabern, provoziert und geführt im Interesse der Dynastien und einer kleinen Gruppe ehrgeiziger Männer, die gewohnt sind, ihre Landsleute als Werkzeuge zu benützen. Die Empfindung der Amerikaner ist, daß unsere Hoffnung auf den künftigen Weltfrieden eine Bekräftigung erfahren hat durch die wunderbaren, ermutigenden Ereignisse in Rußland. Dort haben wir einen würdigen Teilnehmer am Ehrenbunde. Wir stehen jetzt im Begriffe, den Kampf mit dem natürlichen Feinde der Freiheit aufzunehmen, und werden nötigenfalls die ganze Kraft der Nation aufwenden, um seine Machtansprüche zu vereiteln. Wir beabsichtigen keine Eroberungen. Wir sind nur einer der Vorkämpfer der Menschenrechte und werden zufrieden sein, wenn diese Rechte gesichert sind. Österreich ist tatsächlich nicht im Seekriege gegen die amerikanischen Bürger begriffen; daher sind die Erörterungen über die Beziehungen mit Wien aufzuschieben. Amerika wird für die teuersten Güter kämpfen, nämlich für die Demokratie und die Rechte der kleinen Nationen." — Die Kriegsresolution wurde im Senat mit 82 gegen 6, im Repräsentantenhaus mit 373 gegen 50 Stimmen angenommen. Das deutsche Volk hatte, im Reichstag demokratisch vertreten, den Krieg viel einstimmiger gebilligt, als diese amerikanische bezahlte Geschäftsdemokratie.

Die Kriegserklärung lautete: „Ich, Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, verkündige hiedurch, daß zwischen den Vereinigten Staaten und der kaiserlich deutschen Regierung der Kriegszustand besteht, und befehle besonders allen Beamten und Offizieren, ihre Pflichten wachsam und freudig zu erfüllen. Ich appelliere an alle Bürger, daß sie in loyaler Ergebenheit an ihr Land, das den Grundsätzen der Freiheit und Ge- (Krieg Amerikas.)

[1]) Das heißt: Wir werden ein Riesengeschäft machen.

rechtigkeit geweiht ist, die Maßregeln unterstützen sollen, um den Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu führen und einen sicheren, gerechten Frieden zu erlangen. Alle Untertanen des feindlichen Staates sollen, solange sie sich gesetzlich verhalten, in der friedlichen Verfolgung ihrer Geschäfte ungestört sein..."

An das amerikanische Volk richtete Wilson folgenden Aufruf: „Wir bringen unsere Flotte in aller Eile auf Kriegsstärke und rüsten eine große Armee aus. Wir kämpfen aber nicht aus Selbstsucht, sondern für die Rechte der Menschheit, den künftigen Frieden, die Sicherheit der Welt. Wir müssen, um den Kampf gut zu vollbringen, Lebensmittel im Überfluß beschaffen, auch für unsre Verbündeten. Unsre Werften müssen Schiffe zu Hunderten herstellen. Wir müssen uns und unsre Verbündeten zum Krieg ausrüsten, bekleiden und mit allem nötigen Material versehen. Auch für einige Zeit nach dem Krieg wird ein großer Teil der Völker Europas auf die amerikanische Ernte rechnen müssen. Von den Farmern des Landes hängt daher das Schicksal des Krieges und der Völker ab. Die Gelegenheit, die Kraft einer großen Demokratie zu zeigen, ist für uns gekommen; wir werden ihr gewachsen sein. Von den Zwischenhändlern erwartet das Land wichtige Dienste, ebenso von den Eisenbahnern, den Kaufleuten, denen ich das Motto empfehle: Kleine Gewinne, rasche Bedienung. Von den Schiffbauern hängt alles ab. Lebensmittel und Kriegsmaterial müssen über die See gebracht werden, ohne Rücksicht, wie viele Schiffe versenkt werden. Endlich müssen alle sparsam sein und sich einschränken."

Ribot. Mit Stolz sagte der Ministerpräsident Ribot in der französischen Kammer am 5. April: „Wir alle haben die Empfindung, daß sich vor unsern Augen eine große Tatsache, ein außergewöhnliches politisches Ereignis vollzieht. Es ist eine geschichtliche Tat von Bedeutung ohnegleichen, daß die friedfertigste Demokratie der Welt zusammen mit uns und unsern Verbündeten in den Krieg eintritt. Nachdem es alles getan hat, was es vermochte, um seine Friedensliebe zu beweisen, erklärt das amerikanische Volk in feierlicher Weise, daß es in diesem gewaltigen Kampfe zwischen Recht und Gewalt, zwischen Zivilisation und Barbarei nicht neutral bleiben kann. Es betrachtet es als seine Ehrenpflicht, alle Regeln des internationalen Rechtes wieder herzustellen, die durch die gemeinsame Anstrengung aller zivilisierten Nationen so mühevoll geschaffen worden sind. Es erklärt, in gleicher Weise kämpfen zu wollen für das Interesse der Gesamtheit, und daß es weder Eroberung noch Belohnung für sich beansprucht, sondern nur der Sache des Rechtes und der Freiheit zum Siege verhelfen will. Die Größe und der Adel, die in dieser Handlungsweise liegen, werden noch erhöht durch den schlichten Ernst der Sprache des erlauchten Führers dieser großen Demokratie. Wenn die Welt noch den geringsten Zweifel über den Sinn dieses Krieges hätte haben können, dann würde die Botschaft Wilsons jede Unklarheit zerstreut haben... Ein Volk, daß sich selbst zerfleischt hat, um die Sklaverei abzuschaffen, war am würdigsten, der Welt ein solches Beispiel zu geben... Die mächtige, entscheidende Hilfe, die uns die Vereinigten Staaten bringen, wird nicht nur materiell sein, sondern besonders eine moralische und ein wahrer Trost. Wir fühlen, daß wir für etwas Unsterbliches kämpfen, daß wir daran arbeiten, eine neue Ordnung zu begründen. So werden unsere Opfer nicht vergebens sein."

Lloyd George. Lloyd George sprach im selben Sinn am 6. April zu amerikanischen Journalisten: „Amerika ist mit einem Mal eine Weltmacht geworden, wie es zuvor nie gewesen ist. Es hat gewartet, bis es einen seiner Über-

lieferungen würdigen Grund gefunden hat ... Die begeisternden Worte in der edlen Ansprache des Präsidenten erhellen den Horizont und lassen klarer als je das Ziel erkennen, das wir in diesem Kreuzzug zu erreichen suchen. Das erste ist, daß die Welt Sicherheit haben muß für die Demokratie. Das nächste ist, daß die Bedrohung des Friedens und der Freiheit im Bestehen einer autokratischen Regierung liegt, die, gestützt von einer organisierten Macht, nur ihren Willen unterstützt und nicht den Willen des Volkes. Der Ausspruch aber, der die Ansprache des Präsidenten krönt, ist der, daß die feste Vereinigung für den Frieden nur aufrechterhalten werden kann, wenn demokratische Nationen ihre Teilnehmer sind ... Der unerbittliche Feind aller dieser Vorbedingungen ist die preußische Militärautokratie."

Auch der russische Minister des Auswärtigen Miljukow hielt mit seiner Befriedigung nicht zurück; er verkündete am 8. April Vertretern der Presse: „Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß Amerika nur auf Seite der Ententemächte am Kriege teilnehmen würde. Die Festlegung der Kriegsziele durch Wilson entspricht durchaus den Erklärungen Briands, Asquiths und Greys ... Es muß hervorgehoben werden, daß selbst bei der Nennung seiner Friedenswünsche Deutschland es nie versäumt hat, seine Führung zum Ausdruck zu bringen, daß es an der Spitze der wieder zum Frieden gebrachten Menschheit marschieren wollte. Das einzige, was uns vom internationalen Programm Wilsons trennte, bestand im Grundsatz: Friedensschluß ohne Sieg. Ein Verzicht auf den Sieg seitens der Alliierten hätte einfach die Unmöglichkeit bedeutet, die großen Probleme zur Ausführung zu bringen, deren Lösung sowohl von Wilson als von den Alliierten für unumgänglich angesehen wird. Während die Ententemächte keine Absicht auf die Weltherrschaft haben, betont Deutschland fortwährend den Gedanken, daß das alte Recht nicht mehr besteht, daß die gegen Deutschland kämpfenden Völker sich in vollem Verfalle befinden und daß Deutschland die Aufgabe obliegt, ein neues Recht zu schaffen und Europa nach seinen eigenen Interessen zu reorganisieren. Unter diesen Umständen stellte Deutschland das einzige ernste Hindernis dar, endgültige Grenzen festzulegen und normale internationale Beziehungen zu entwickeln. Nur ein Sieg über Deutschland wird die Verwirklichung der Bestrebungen Wilsons ermöglichen. Bekanntlich hat sich Wilson nicht nur über die allgemeinen Kriegsziele, sondern auch über konkrete Fragen ausgesprochen, zum Beispiel über die Befreiung der Polen, und das Recht der Völker, einen Zugang zum freien, offenen Meere zu haben. Die Antwort der Ententemächte hat genau alle diese Leitsätze hervorgehoben. Keiner der Alliierten verfolgt Eroberungsziele. Wir streben alle, sei es nach der Zurückgabe mit Gewalt entrissener Gebiete, sei es nach der Errichtung endgültiger nationaler Grenzen, besonders im Südosten. Darum entspricht die Formel der deutschen Sozialdemokraten: Friede ohne Annexionen, nicht unserm Interesse. Rußland besteht auf Konstantinopel. Die Schaffung eines tschechisch-slowakischen Staates wird als Grenze gegen die usurpatorischen Pläne Deutschlands bezüglich der slawischen Länder dienen. Deutsch-Österreich und Ungarn müssen auf ihre ethnographischen Grenzen beschränkt werden. Die Italiener werden mit Italien, die Rumänen mit Rumänien vereinigt werden. Die ukrainischen Gebiete werden mit unserer Ukraine verschmolzen werden. Die natürlichen, von der Geschichte gezeichneten Probleme verlangen eine Vereinigung der

Miljukow.

serbischen Gebiete. Armenien muß unter russischen Schutz kommen. Alle diese Probleme, die schon lange von den Alliierten aufgeworfen wurden, widersprechen nicht nur nicht dem Programme Wilsons, sondern sie bilden seine unvermeidliche Weiterentwicklung."

Bald darauf, am 10. April, veröffentlichte im Namen der provisorischen russischen Regierung Fürst Lwow ein wesentlich friedlicheres Programm. Es lautete: „Die jetzt gestürzte Regierung ließ die Landesverteidigung in einem Zustand schwerer Unordnung. Durch ihre sträfliche Untätigkeit und ihre ungeschickten Maßnahmen brachte sie Unordnung in unsere Finanzen, in das Verpflegs- und Transportwesen und in die Munitionsversorgung. Die Zeit drängt. Das Land steht einem mächtigen Gegner gegenüber, der mit einem neuen Vorstoß droht. Das freie Rußland hat nicht das Ziel, andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, es will vielmehr einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen. Dabei will es die Verpflichtungen gegen unsere Verbündeten einhalten."

Lwow.

Österreich.

Daraufhin erfolgte eine offizielle Kundgebung der österreichischen Regierung am 14. April, worin festgestellt wurde, daß das Ziel der russischen Regierung sich demnach mit jenem deckt, das der österreichische Minister des Äußern Czernin am 31. März ausgesprochen hat und wie es schon das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 besagt. „Die damals ausgesprochene Überzeugung der Verbündeten, daß ihre Rechte und Ansprüche sich mit jenen der andern Nationen widerspruchslos vereinen lassen würden, besteht heute nach der Erklärung der russischen Regierung in verstärktem Maße fort ... In Übereinstimmung mit den ihm verbündeten Monarchen wünscht der Kaiser von Österreich mit einem gesicherten und zufriedenen Volk in Frieden und Freundschaft zu leben." — Als der Bürgermeister Weiskirchner im Wiener Gemeinderat seiner Zustimmung zu diesen Friedensworten Ausdruck gab, dankte Graf Czernin mit folgendem Schreiben: „Das Bewußtsein, daß die Bevölkerung Wiens und, wie ich glaube, der ganzen Monarchie meine Politik billigt, gibt mir die Sicherheit, auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten. Das furchtbare Drama des Weltkrieges nähert sich seinem Ende. Und dieses Ende wird ein für die Monarchie ehrenvoller Friede sein. Vor der Kraft und der Größe der Völker Österreichs verblaßt der Heroismus der Antike. Die heutige Generation wird in der Geschichte fortleben ..."

Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" äußerte sich am 15. offiziös in gleichem Sinne des Einverständnisses mit der russischen Friedenserklärung. Ein neuer Angriff sei nicht im Werk. „Wenn das russische Volk noch länger blutet, so ist nicht Deutschland daran schuld. Die Schuld liegt bei Rußlands Verbündeten. England, Frankreich, Italien haben bei der Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte es ganz unverhüllt ausgesprochen, daß sie nur Frieden schließen unter der Bedingung, daß Deutschland weiter ihm rechtmäßig zugehörender Landstriche beraubt, Österreich-Ungarn zertrümmert,

die Türkei aus Europa verdrängt und in Kleinasien aufgeteilt werde. Rußlands Söhne müssen noch fernerhin kämpfen und sterben, weil seine Verbündeten es so wollen, um ihre Eroberungspläne durchzusetzen."

Noch entschiedener als die provisorische Regierung äußerte sich der russische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenvertreter am 15. April. Er forderte eine Demokratisierung des ganzen russischen Lebens und den gemeinsamen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen, aufgebaut auf der Grundlage der freien nationalen Entwicklung aller Völker. Die provisorische Regierung sei nur so lange zu unterstützen, als sie nicht ihre äußere Politik auf Bestrebungen nach territorialen Expansionen gründet. Die konstituierende Versammlung soll sobald als möglich auf Grund des allgemeinen Stimmrechts einberufen werden. Die Frauen genießen das gleiche Wahlrecht; das stimmberechtigte Alter wird mit zwanzig Jahren festgesetzt. Die Agrarfrage soll geprüft werden, ferner die Arbeitergesetzgebung, die Nationalitätenfrage, die der Organisation der lokalen Selbstverwaltung usw. Der Achtstundentag soll eingeführt werden. Alle Klassenunterschiede und Titel sind abzuschaffen. Alle der Krone, der Kirche und den Klöstern gehörigen Ländereien sind zu konfiszieren und an die Bauern zu überweisen. Sozialisten.

Der Sozialist Meyer telegraphierte aus Amerika an das Dumamitglied Tscheidse, den Präsidenten des Rates der Arbeiter- und Soldatendelegierten: „Als einziger sozialistischer Abgeordneter des amerikanischen Kongresses bitte ich Sie, die uns beunruhigenden Gerüchte, daß die russischen Sozialisten einen Sonderfrieden mit Deutschland begünstigen, kategorisch zu dementieren." Man antwortete ihm am 20., man strebe keinen Sonderfrieden an, wohl aber „einen internationalen Frieden ohne Annexionen und ohne wirkliche oder verschleierte Kriegsentschädigungen, auf der Grundlage der freien Entwicklung der Nationen, in der Ansicht, daß das Proletariat aller Länder sich bemühen müsse, einen Frieden auf den genannten Grundlagen so rasch wie möglich durchzusetzen".

Auch die sozialdemokratische Partei Deutschlands hielt vom 17. bis 19. dieses Monats eine Vollversammlung des Parteiausschusses ab, an welcher die Deutschösterreicher Adler, Renner und Seitz, die Ungarn Garanni und Weltner teilnahmen. Scheidemann erstattete den Bericht; es wurde folgende Resolution angenommen: „Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Kriege als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde sowie die Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung. Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zumutung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiheitlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine innern Einrichtungen nach seinen Überzeugungen zu entwickeln. Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wieder-

aufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschluß des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker. Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der Sozialisten aller Länder, die Machtträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zn drängen und so rasch als möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen. Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand der künftigen Welt sichern zu helfen." Dazu fügte die Wiener „Arbeiterzeitung" die Bemerkung: „Die Vorverhandlungen der in Berlin vereinigten Parteien Deutschlands und Österreich-Ungarns mit dem Internationalen Büro und einzelnen auswärtigen Bruderparteien sind so weit gediehen, daß die Abhaltung einer Internationalen sozialistischen Konferenz in nächster Zeit wahrscheinlich geworden ist."

Als Antwort auf die ausdrückliche Anfrage der Sozialdemokratie ließ die österreichisch-ungarische Regierung am 25. April im Wiener „Fremdenblatt" offiziell erklären, „daß die Monarchie absolut keine aggressiven Pläne gegen Rußland hat und auch nicht beabsichtigt, ihr Gebiet auf dessen Kosten zu erweitern. Wir haben immer wieder betont, daß wir einen Verteidigungskrieg führen und daß wir ihn so lange fortsetzen werden, bis wir unsern Zweck erreicht haben, der darin besteht, daß wir uns Sicherheit für unsere künftige Existenz schaffen... Wenn wir uns bereit gefunden haben, ein Friedensanerbieten zu machen, so ist es geschehen, weil wir nutzlose Menschenschlächterei verhindern und alles aufbieten wollen, um die kostbaren Menschenleben, die die Fortführung des Krieges verschlingen muß, zu erhalten. Von uns ist den Sozialdemokraten kein Hindernis in den Weg gelegt worden, auf einem internationalen Parteitag über den Frieden zu sprechen. Im Gegenteil, wir haben, soweit es an uns gelegen war, die Wege zu dieser Aussprache geebnet. Das monarchische und angeblich reaktionäre Österreich-Ungarn und das politisch angeblich so rückständige Deutsche Reich haben ihren Sozialdemokraten gestattet, hinauszugehen und über den Frieden zu sprechen, während es bisher fraglich ist, ob sich das freiheitliche Rußland, das demokratische England, das republikanische Frankreich dazu herbeilassen werden."

Amerika. Daß Präsident Menocal von Kuba in Havanna sich der Kriegserklärung gegen Deutschland anschloß, war bei den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten fast selbstverständlich. Den Vereinigten Staaten wurde am 9. April angezeigt, daß auch die diplomatischen Beziehungen mit Österreich

abgebrochen seien; Staatssekretär Lansing erklärte aber am 28., daß dies keinerlei Veränderung in der Behandlung der Staatsangehörigen zur Folge habe; sie würden weder interniert noch konfiniert werden. Auch Bulgarien und die Türkei lösten die Beziehungen zur Union. Mexiko erklärte sich neutral. Brasilien brach die Beziehungen zu Deutschland ab. Ebenso Bolivien und Guatemala. Argentinien blieb noch neutral.

Über die Umbildung des preußischen Landtags richtete Kaiser Wilhelm am 7. April einen Erlaß an Bethmann Hollweg, darin er den Entschluß aussprach, „den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sowie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen ... Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtages und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen ... Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Krieg ist nach Meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben ... Das Herrenhaus wird den Anforderungen der Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigerem Umfang als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt ..." Preußen

In der Sitzung vom 19. d. M. erteilte endlich der Bundesrat dem Beschluß des Reichstages vom Jahre 1913, das Gesetz, betreffend die Ordensgesellschaft Jesu vom 4. April 1872 aufzuheben, seine Zustimmung. Damit wurde der Rest des Jesuitengesetzes, dessen einer Teil bereits 1904 aufgehoben wurde, außer Kraft gesetzt. „Die katholischen Deutschen, die sich in diesem Krieg an vaterländischer Treue, an Heldentum und Opfermut von den Angehörigen keiner andern Konfession übertreffen lassen, haben den Fortbestand des Jesuitengesetzes mit Bitterkeit empfunden; sie konnten darauf hinweisen, daß die deutschen Jesuiten in großer Zahl dem Vaterlande mit ihrem Blute gedient haben, daß sie an unseren Fronten gepredigt, gepflegt und gekämpft haben. Die nationalen Besorgnisse, aus denen seinerzeit das Ausnahmsgesetz entstanden ist, sind nach den Erfahrungen dieses Krieges hinfällig geworden." — Aus Erwägungen ähnlicher Natur hat der Bundesrat auch der Aufhebung des Sprachenparagraphen zugestimmt. Damit ist künftig in öffentlichen Versammlungen der Gebrauch nichtdeutscher Sprachen gestattet ..." So die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Jesuiten.

Man rechnete aus, daß die rein ziffermäßige, auf die Einwohnerzahl begründete Übermacht der Ententestaaten eine fünffache gegenüber den Zentralmächten war, mit Hinzurechnung der Vereinigten Staaten und China eine mehr als siebenfache. Die vier Zentralmächte zählten 167,000.000 Einwohner (mit Polen). Trotz dieser ungeheuren Übermacht der Gegner war von uns ein mehr als siebzehnfach so großes Gebiet erobert als von den Gegnern. Übermacht.

Hindenburg. Hindenburg äußerte am 10. April einem spanischen Journalisten gegenüber: „Wenn der uneingeschränkte Unterseebootkrieg trotz der Möglichkeit amerikanischer Hilfe für die Entente beschlossen wurde, so wurde sie eben als zu leicht befunden. Die finanzielle Hilfe ist gewiß bedeutend; doch zeigte sich in diesem Krieg, im Widerspruch mit früheren Kriegserfahrungen, daß Geld nicht das Wichtigste zum Kriegführen ist. Die amerikanischen Kriegslieferungen für die Entente haben bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß eine weitere Steigerung nicht gut möglich erscheint. Gleichzeitig beabsichtigt man jetzt ein Heer von einer halben bis zu zwei Millionen aufzustellen. Ein solches Heer auszurüsten und trotzdem die Lieferungen an die Entente im bisherigen Umfang durchzuführen, erscheint ausgeschlossen. Die materielle Hilfe wird in absehbarer Zeit nicht groß sein können. Sie dauernd zu verringern, ist die Aufgabe unserer Tauchboote. Wenn bisher die englische Flotte mit Hilfe der französischen, italienischen, russischen und japanischen der Unterseebootgefahr nicht Herr werden konnte, wird es auch die amerikanische nicht vermögen. Selbst bei intensivster Arbeit ist nicht damit zu rechnen, daß vor Jahresfrist ein amerikanisches Expeditionskorps zur Einschiffung bereit ist. Daß die Ereignisse in Rußland unsere Pläne fördern, ist klar. Die Westfront ist so stark geworden, daß sie jeden Angriff aushalten kann. Wir verfügen über eine starke Reserve. Heer und Flotte sind eine Einheit. Heute, nach zwei Monaten Unterseebootkrieg, kann ich sagen, daß unsere Rechnung richtig war. Der Weg führt zum Ziel.“ — Im Hauptausschuß des Reichstags gab der Kriegsminister am 24. April vertrauliche Auskunft über die Kämpfe an der Westfront. Man sprach von der Depression der Munitionsarbeiter bei Herabsetzung der Brotportion. Aus dem Ausland werde Agitationsmaterial hereingeschmuggelt. Man gab vertraulich Auskunft über die im Bau befindlichen und zur Ablieferung bereiten Tauchboote. Staatssekretär Helfferich wies am 28. darauf hin, daß das technische Resultat des Tauchbootkriegs die Erwartungen der Marine weit übertroffen habe; die englische Handelsflotte könne Versenkungen in solchem Umfange nicht lang ertragen. „Der Hungerkrieg hat sich gegen seinen Urheber gewendet.“

Lloyd George. In London aber begrüßte Lloyd George die neuen amerikanischen Waffengefährten am 12. April mit folgenden Worten: „Amerikas Teilnahme am Krieg macht ihn zu einem Kampf der Demokratie gegen militärische Selbstherrschaft. Amerika war anfangs in Ungewißheit über den Charakter des Krieges. Man wußte dort nicht, was Europa von der Militärkaste in Preußen in den letzten fünfzig Jahren zu ertragen hatte. Preußen bildet keinen Staat, sondern lediglich eine Armee. Seine Industrie, seine Schulen, seine Universitäten dienen nur dem alles beherrschenden Gedanken, daß seinem Heere sich die Welt unterwerfen soll. Der Kaiser, berauscht durch seine Macht, wollte der Welt die Meinung aufzwingen, als ob Potsdam ein neuer Sinai wäre. Der Druck, unter dem infolgedessen Europa seit fünfzig Jahren litt, lähmte überall die Tätigkeit für das öffentliche Wohl. Dies war die Lage vor Beginn des Krieges. Jetzt wird uns Amerika die Schlacht bei Arras gewinnen lassen ... Auch die russische Revolution beweist, daß der Krieg ein Kampf für die Freiheit ist ... Es ist ein böser Tag für die Militärherrschaft in Preußen gewesen, an dem sie die große Republik im Westen herausforderte. Wir wissen, daß Amerika, nachdem es sich einmal am Kampfe zu beteiligen entschlossen hat, auch dabei verharren wird. Der

Krieg wird siegreich sein; aber von noch größerer Wichtigkeit ist, daß daraus ein wohltätiger Frieden entstehe. Ich freue mich über die Hilfe Amerikas, aber noch mehr freue ich mich, daß Amerika jetzt das Recht erhalten hat, bei den Friedensbedingungen mitzuberaten. Die Konferenz wird über das Schicksal der Menschheit entscheiden auf wer weiß wie lange Zeit."

In der Guildhall hielt Lloyd George am 26. April eine längere Rede, in der er sagte: „Bei Beginn des Krieges entstand eine finanzielle Panik; aber der englische Kredit überlebte den Schlag ... Durch unsere starke Ausrüstung mit militärischen Kriegsmitteln wird der Endsieg gesichert, werden Menschenleben erspart. Die Deutschen wissen das, und das erklärt ihre Verzweiflung, die sie dazu trieb, Seeräuberei zu treiben ... Unsere Hauptschwierigkeit ist die Volksernährung. Denn wenn wir Hungers sterben, ist der Krieg zu Ende. Seit Jahren sind wir unglücklicherweise immer weniger Selbstversorger geworden, was die Ernährung anbelangt. Aber dank den Anstrengungen der Regierung kann ich jetzt garantieren, daß niemand von uns, selbst wenn wir keine Tonne Nahrungsmittel von auswärts bekommen, verhungern kann. Inzwischen müssen wir sorgfältig jede Verschwendung vermeiden. Die Einfuhr muß noch weiter verringert werden. Schiffsraum muß gespart werden ... Die Deutschen dachten, sie hätten uns untergekriegt, aber sie kannten die Rasse nicht, mit der sie es zu tun hatten. Wenn unser altes Land in Schwierigkeiten gerät, überwindet es sie auf irgendeine Weise und wird sie auch diesmal besiegen. Aber das Publikum muß seine Rationen einhalten, die Landwirte müssen das Land bebauen, die Arbeiter in den Werften und Fabriken müssen ihr Bestes tun. So können wir dem Schlimmsten standhalten ... Irland ist der einzige drohende Punkt am ganzen Horizont. Zur Erreichung eines gut zusammengefügten mächtigen Reiches ist es unerläßlich, Irland aus einem mißtrauischen, gefährlichen Nachbar in einen freudigen, loyalen Kameraden zu verwandeln. Wenn ich für die Regelung der irischen Frage eintrete, so geschieht dies, weil ich weiß, daß in allen Teilen Amerikas und Australiens dies für die Hauptbedingung für einen schnellen Sieg gehalten wird. Dann die indische Frage. Deutschlands größte Enttäuschung in diesem Kriege war Indien. Anstatt des erwarteten Abfalls fand man Loyalität und Hilfsbereitschaft."

An der Ostfront ließ die Kampftätigkeit infolge der inneren Wirren Rußlands merklich nach. Aus Makedonien wurde nur von erfolglosen englischen Angriffen gemeldet. An der küstenländischen Front war die Tätigkeit der Artillerie und der Flieger rege. An der Westfront unternahmen Engländer und Franzosen starke Angriffe bei Arras und an der Aisne, erlitten aber dabei schwere Niederlagen. Es wurde um den „Chemin des Dames", um einen Durchbruch in der Champagne gekämpft. Der französische Oberkommandierende Nivelle verschaffte seiner Armee durch sein Draufgängertum ungeheure ergebnislose Menschenverluste, weshalb er abgesetzt wurde. Deutsche Vorstöße zur See gingen bis gegen die Themsemündung. Wegen des Tauchbootkriegs ergaben sich Erörterungen mit Spanien. Kämpfe.

Das österreichische Kaiserpaar reiste zum Besuch des deutschen Kaiserpaars am 3. April ins deutsche Hauptquartier. Bei dieser Gelegenheit kamen auch Graf Czernin und Bethmann Hollweg zusammen. Auch Generalstabschef v. Arz war im Gefolge des Kaisers. — Eine albanische Hul- Österreich.

digungsdeputation kam am 18. April nach Wien. Der Kaiser versprach ihr auf Grundlage der vollen Gleichberechtigung aller Stämme und Konfessionen die Vorbedingungen für die künftige Selbstverwaltung des Landes zu schaffen. — Eine Abordnung aus Salzburg trug am 23. April dem Kaiser den Wunsch nach Wiedererrichtung der Salzburger Universität vor; damit sollten sich die Bestrebungen des Katholischen Universitätsvereines vereinigen. — An die Stelle des abgehenden Kriegsministers Freiherrn v. Krobatin trat General v. Stöger-Steiner. — Die Einberufung des Reichsrates wurde am 25. April für den 30. Mai angezeigt. Diesem Entschluß ging ein Empfang deutscher Parlamentarier durch den Kaiser am 19. April in Laxenburg vorher. Im Namen der andern (Damm, Fink, Groß, Alois Liechtenstein, Pacher, Steinwender, K. H. Wolf) sprach Weiskirchner: „Wir haben uns der Hoffnung hingegeben, das aus der Kraftentfaltung dieser Zeit jene Grundlagen erwachsen werden, auf denen ein neues, mächtiges Österreich aufgebaut werden kann. Wir sind bemüht, an dieser Neuordnung mitzuarbeiten, und wir werden alles aufbieten, um dem schleunigst einzuberufenden Parlament die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmöglichkeit zu sichern. Wir können aber unsere Besorgnis nicht unterdrücken, daß unabweisbare Staatsnotwendigkeiten ... dermalen in den Hintergrund getreten sind ...“ Der Kaiser versprach die Einberufung des Reichsrats: „Dem Wiederbeginn des parlamentarischen Lebens nach jahrelangem Stillstand kommt eine außerordentliche Bedeutung zu. Ich gewärtige von der Einsicht aller Parteien, daß sie in achtunggebietender Geschlossenheit für die höchsten Staatsinteressen und Staatsnotwendigkeiten eintreten werden. Ich zähle dabei auf die Deutschen in Österreich, denen als sicheren Stützen der Staatseinheit bei der Ordnung der Verhältnisse ... eine große Aufgabe zukommt ...“

Polen. Der Polenklub nahm am 26. April folgende Resolution an: „Der Polenklub begrüßt den durch die Revolution in Rußland bewirkten Sturz des Zarates, des größten Feindes der polnischen Nation, und erwartet, daß dieses die Freiheit der Völker befestigende Ereignis eine Botschaft des baldigen Friedens sein wird.“

Über das, was im April 1917 hinter den politischen Kulissen vorging, orientiert eine spätere Enthüllungsrede des Grafen Czernin vom 11. Dezember 1918, aus der wir daher einiges, wenn auch mit Vorbehalten, mitteilen. (Czernin.) Er meinte, daß seit dem Eintritt Italiens, Rumäniens und vor allem Amerikas in den Krieg ein „Siegfriede“ eine Utopie geworden sei, an der leider die deutschen Militärs immer festhielten. „Zweitens möchte ich konstatieren, daß wir niemals ein Friedensangebot von der Entente erhielten. Es haben verschiedene Male Fühlungnahmen stattgefunden, wir hatten öfters den Eindruck, daß wir imstande seien, einen Separatfrieden ohne Deutschland schließen zu können, jedoch niemals wurden uns die konkreten Bedingungen genannt, unter denen Deutschland seinerseits Frieden schließen könne. Immer wurden wir dadurch in der Situation belassen, einen Verteidigungskrieg für Deutschland führen zu müssen. Aber wenn wir Italien noch so große Konzessionen gemacht hätten, so hätte es dennoch keinen Frieden schließen können, weil es an England und Frankreich gebunden war. Auch in Stunden der Verzweiflung habe ich niemals vergessen, daß das Bündnis mit dem Deutschen Reich ein Blutbündnis ist, das nicht zerrissen werden darf. Ein Separatfrieden war auch eine physische Unmöglichkeit. Die Monarchie lag

wie ein großer Block zwischen Deutschland und dem Balkan. Deutschland hatte dort große Truppenmengen; es bezog von dort Öl und Getreide; wenn wir es vom Balkan abschnitten, berührten wir seinen Lebensnerv. Deutschland konnte, wenn wir austraten, den Krieg nicht weiterführen. Die Monarchie wäre zum Kriegsschauplatz geworden, im Innern wäre der Bürgerkrieg ausgebrochen. Der einzige Weg, zum Frieden zu gelangen, blieb der, Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen. Wenn wir in einem denkbar günstigen militärischen Moment einen Frieden hätten vorschlagen können, welcher mit bedeutenden Opfern verbunden war, so konnte er vielleicht von den Feinden angenommen werden. Die deutschen Militärs aber wurden, je glänzender ihre Erfolge waren, desto anspruchsvoller. Der beste Moment zu einem Friedensangebot wäre nach dem Durchbruch von Gorlice gewesen (?). Rumänien war damals nicht abgeneigt, sich auf unsere Seite zu stellen und das russische Debakel zu vollenden. Aber Ungarn refüsierte die verlangte Grenzrektifikation. Und auch da hätten wir uns zu einem Verzichtfrieden entschließen müssen, was am deutschen Widerspruch gescheitert wäre. Schuld war nur die deutsche Militärpartei. Freilich war Ludendorff genau so wie die Staatsmänner in England und Frankreich, sie alle wollten kein Kompromiß. Kaiser Karl und Erzherzog Friedrich waren dagegen immer nur im Sinne des Friedens tätig. Sehr bald nach meinem Amtsantritt (22. Dezember 1916) hatte ich mit der deutschen Regierung Aussprachen, welche keinen Zweifel über den Ernst der Situation ließen. Im April 1917 sendete ich Kaiser Karl ein vom 12. April datiertes Schreiben. Darin hieß es, daß wir nicht über den Spätsommer oder Herbst durchhalten könnten. Eine Winterkampagne sei vollständig ausgeschlossen, wir müßten um jeden Preis Schluß machen. Der Nachdruck der Argumentation lag auf der revolutionären Gefahr, welche auf dem Horizont ganz Europas aufsteigt und welche, von England gestützt, seine neueste Kampfart darstellt. Fünf Monarchen sind in diesem Krieg entthront worden und die verblüffende Leichtigkeit, mit der jetzt die stärkste Monarchie der Welt gestürzt wurde, muß nachdenklich stimmen. Dieser Krieg hat eine neue Aera der Weltgeschichte eröffnet; er hat keine Vorbilder und keine Vorakten. Die dumpfe Verzweiflung der Bevölkerung nimmt täglich zu. Davon künden die geheimen Berichte der Statthalter. Auf unsere Slawen wirkt die russische Revolution am stärksten. Treten erst einmal Unruhen bei uns oder in Deutschland zutage, so ist es unmöglich, den Frieden zu erreichen. Ich glaube nicht, daß die interne Situation in Deutschland wesentlich anders steht als hier, nur fürchte ich, daß man sich in Berlin in den militärischen Kreisen gewissen Täuschungen hingibt. Ich habe die Überzeugung, daß auch Deutschland am Ende seiner Kraft angelangt ist, wie dies ja die verantwortlichen politischen Faktoren Berlins auch gar nicht leugnen. Ich bin davon durchdrungen, daß, wenn Deutschland versuchen sollte, eine weitere Winterkampagne zu führen, sich im Innern des Reiches ebenfalls Umwälzungen ergeben werden, welche mir viel ärger erscheinen, als ein von den Monarchen geschlossener schlechter Friede. Die amerikanische Kriegserklärung hat die Situation wesentlich verschärft. Es mag sein, daß Monate vergehen, bevor Amerika nennenswerte Kräfte auf den Kriegsschauplatz werfen kann, aber das moralische Moment verschiebt die Situation zu unsern Ungunsten, weil unsere Feinde mehr Zeit vor sich haben als wir. Bevor Amerika das militärische Bild neuerdings zu

unsern Ungunsten verschiebt, müssen wir einen weitergehenden detaillierten Friedensvorschlag machen und uns nicht scheuen, schwere Opfer zu bringen. Ich halte die Hoffnung auf den Unterseebootkrieg für trügerisch. Nichts ist gefährlicher in der Politik, als jene Dinge zu glauben, die man wünscht. Euer Majestät haben die wiederholten Versuche unserer Feinde, uns von unsern Bundesgenossen zu trennen, abgelehnt, weil Euer Majestät keiner unehrlichen Handlung fähig sind. Euer Majestät haben mich gleichzeitig beauftragt, den verbündeten Staatsmännern des Deutschen Reiches zu sagen, daß wir am Ende unserer Kräfte sind und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns wird rechnen können. Ich habe dies ausgeführt, und die deutschen Staatsmänner haben mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei. Wir können noch einige Wochen warten und versuchen, ob sich Möglichkeiten ergeben, mit Paris oder Petersburg zu sprechen. Eure Majestät haben den Beweis erbracht, daß Sie nicht egoistisch denken und den deutschen Bundesgenossen kein Opfer zumuten, welches Eure Majestät nicht selbst zu tragen bereit wären. Gott und Ihren Völkern aber sind es Eure Majestät schuldig, alles zu versuchen, um die Katastrophe eines Zusammenbruches der Monarchie zu verhindern . . .“ — Daraufhin erfolgte eine vom 9. Mai datierte Antwort der deutschen Regierung, welche neuerdings das absolute Vertrauen in das Gelingen des Unterseebootkrieges betonte. Kaiser Wilhelm meinte, gerade ein Friede mit großen Opfern und den unvermeidlich folgenden Depressionen würde eine Gefahr für die Monarchie werden. Bethmann fügte bei: „Die Angriffe im Westen sind zerschellt; weitere werden zerschellen. Dieselbe Zuversicht besteht für die Isonzofront. Die Verpflegung reiche aus. Amerikas Hilfe wird zu spät kommen. Die Ententeländer werden ausgehungert. Frankreich geht der Erschöpfung entgegen durch die ungeheuerlichen Blutopfer. Die Entente hofft aber noch auf ein Wiedererwachen der russischen Aktivität. Daher wäre jetzt eine zu stark betonte Friedensbereitschaft zur Erfolglosigkeit verdammt. Sie würde nur den Schein der hoffnungslosen Erschöpfung erwecken und den Mut der Gegner heben. Jetzt wäre ein allgemeiner Friede nur durch volle Unterwerfung möglich; aber das wäre gefährlich für die Monarchie.“ (Dies letztere ergibt sich aus dem von reichsdeutschen Blättern am 20. Dez. 1918 veröffentlichten Aktenmaterial.) — Czernin fährt fort: „Wir waren zu territorialen Opfern bereit. Im Jahr 1917 haben wir in Berlin erklärt, daß Kaiser Karl bereit sei, Galizien mit Polen vereinigen zu lassen, sowie alles dafür zu tun, damit dies Reich an Deutschland angegliedert werde, für den Fall, daß Deutschland durch territoriale Konzessionen im Westen den Frieden ermögliche. Aber das war ausgeschlossen . . .“ — In Czernins Ausführungen finde ich das sehr fehlerhaft, daß er kein Verständnis für den österreichischen Staatsgedanken zeigt, sondern der unhistorischen Ansicht ist, die Länder der Monarchie seien lediglich durch das Band der Dynastie zusammengehalten. Auch sonst erwiesen sich Czernins Anschauungen als zu defaitistisch. Und weil er Defaitist war, mußte die Defaite kommen. Allerdings wollen heute (1922) alle deutschen und österreichischen Politiker damals schon Schwarzseher gewesen sein, wie die nicht ganz vertrauenswürdige spätere Memoirenliteratur kundgibt.

Mai.

Zur Bekundung der Friedensbereitschaft feierten die sozialdemokratischen Arbeiter Österreichs und Ungarns den 1. Mai durch Arbeitsruhe und Versammlungen, in denen sie ihr Bekenntnis zum Weltfrieden ablegten. Es fanden in Wien 22 deutsche und 7 tschechische, in Niederösterreich außerhalb Wiens 38 Versammlungen statt, die folgenden Beschluß annahmen: „Die zur Feier des ersten Mai versammelten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes erklären: Getreu den Beschlüssen der Internationalen Sozialistenkongresse, insbesondere des Kongresses von Basel ... bekundet die Versammlung feierlich die entschlossene Bereitschaft zum sofortigen Frieden ohne Eroberung und ohne Demütigung irgendeines der kriegführenden Länder und erhebt Einspruch gegen jede Verlängerung des Blutvergießens und der Vernichtung des Völkerwohlstands. Sie nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis die bindenden Erklärungen der gemeinsamen Regierung Österreich-Ungarns, daß dieses Reich den Krieg nur zu seiner Verteidigung führe und zu einem ehrenvollen Frieden ohne Eroberung bereit sei ... Die Versammlung begrüßt die begonnenen Verhandlungen mit den Bruderparteien des Auslandes, welche bezwecken, der brüderlichen Solidarität des Proletariats aller Länder neuerlich Ausdruck zu geben, die Internationale in erweiterter und vertiefter Form wieder aufzurichten und den unbestreitbaren, nur künstlich verdunkelten Friedenswillen des arbeitenden Volkes aller Staaten und Völker der Erde endlich in den Dienst eines dauernden Weltfriedens zu stellen. Sie erwartet, daß die wiederhergestellte Internationale mitarbeitet an der Aufrichtung eines neuen europäischen Völkerrechts und einer neuen, auf der Freiheit und brüderlichen Solidarität aller Völker beruhenden europäischen Staatengemeinschaft. Mit leidenschaftlicher Teilnahme begrüßt die Versammlung das Proletariat Rußlands, das in seinem Heldenkampfe nicht nur sich selbst, sondern ganz Europa vom Joch des Zarismus befreit und damit der ganzen Menschheit die Bahn einer neuen politischen und sozialen Entwicklung freigemacht hat ..." 1. Mai.

Die Friedensfrage beschäftigte aber auch sonst alle Welt so sehr, daß das Interesse für die kriegerischen Operationen dagegen sehr zurücktrat. Die Mittelmächte erstrebten den Frieden aus aller Macht, die Außenmächte fürchteten sich vor dem Frieden und wehrten sich dagegen, weil sie wußten, daß unter den bestehenden Weltverhältnissen selbst eine scheinbare Vernichtung der Gegner durch einen Gewaltfrieden ihnen ein unheimliches Schicksal für die Zukunft auferlegen müsse.

Im deutschen Reichstag sagte Präsident Kaempf am 2. Mai: „Wilson hat versichert, daß er gegen Deutschland Krieg führe im Interesse der Menschheit und aus Gründen der Gerechtigkeit. Das Recht, dies zu versichern, hat er aber verloren, nachdem er keinen Finger gerührt hat, um Reichstag.

England in den Arm zu fallen, als es den alles Menschentum und Völkerrecht verletzenden Aushungerungskrieg gegen Deutschland ins Werk setzte. Er hat dies Recht verloren, als er durch Ablehnung der deutschen Vorschläge seine eigenen Landsleute der Todesgefahr aussetzte. Wilson stellt das deutsche Volk als willenloses Werkzeug einer Gruppe Ehrgeiziger dar. Er erzählt aber nichts von den Einkreisungsmachenschaften, die jahrzehntelang gegen uns betrieben wurden, nichts vom Vernichtungswillen unserer Feinde, auf deren Seite er sich stellt. Als Präsident des deutschen Reichstags, der durch das freieste Wahlrecht der Welt gewählt ist, erkläre ich, daß Wilson mit seinem Bemühen auf Granit beißen wird. Auch vor einem Machtworte Wilsons wird nichts zerrinnen, was das deutsche Volk erstritten und errungen hat. Wir verbitten uns jedes Eingreifen in unsere innern Verhältnisse.“ — Das bezog sich darauf, daß Wilson sich nicht gescheut hatte zu erklären: „Kein Friede mit den Hohenzollern!“ Dem gegenüber erklärt im Namen der Konservativen Rösicke am 15. Mai: „Zu Deutschlands Tugenden gehört die Treue des Volkes zu unserm Kaiser. Im deutschen Herzen sitzt die Monarchie zu tief, als daß die Niederträchtigkeit der Entente oder eines Wilson sie zerstören könnte. Wer von uns wünscht nicht den baldigen Frieden! Aber wir glauben nicht, daß auf dem Wege, den die Sozialdemokraten beschreiten, der baldige Friede herbeigeführt wird. Er verlangte einen Frieden mit Machterweiterung, Gebietserweiterung und Entschädigungen. — Dagegen führte der Sozialdemokrat Scheidemann aus: „Auch wir wollen die territoriale Unversehrtheit des Deutschen Reiches, seine politische Selbständigkeit und seine wirtschaftliche Entwicklung sichergestellt sehen. Aber eine Vergewaltigung fremder Völker lehnen wir ab. Wir sind Gegner jeder Eroberungspolitik. Auf beiden Seiten werden die Völker damit vertröstet, daß nun die endgültige Entscheidung unmittelbar bevorstehe und daß es nur notwendig sei, sich ein Weilchen zu gedulden. Darüber sind drei Jahre vergangen. Es grassiert überall die Spielleidenschaft, die Tacitus den alten Germanen nachsagt. Ich sehe es als ein Glück für Europa an, wenn wir schnellstens einen Verständigungsfrieden haben. Wenn durch Anregung eines Siegfriedens der Krieg nur hundert Tage verlängert wird, so bedeutet das, daß diese hundert Tage dem deutschen Volk zehn Milliarden kosten, dazu 120.000 deutsche Tote außer den Verwundeten. Treiben Sie es nicht zum Äußersten! Die Stimmung ist sehr böse. Will sich der Kanzler von der Masse des deutschen Volks und von den österreichischen Bundesgenossen trennen? . . . Würden die Gegner auf Annexionen verzichten und Deutschland an Eroberungsabsichten festhalten, dann haben Sie die Revolution!“ Als darauf ein Entrüstungssturm entstand und Scheidemann zur Ordnung gerufen wurde, fuhr er fort: „Nun, so weit sind wir ja noch gar nicht, die Franzosen und Engländer verzichten ja nicht auf Annexionen. Ich bin überzeugt, daß kein Friede geschlossen werden kann, ohne daß die Grenzpfähle verrückt werden. Dies muß aber mit gegenseitigem Einverständnis geschehen, nicht als Annexion, sondern als Grenzregulierung.“ Darauf sprach Bethmann: „Bei Freigabe der öffentlichen Erörterung über Kriegsziele habe ich ausdrücklich erklären lassen, daß die Regierung sich an dem Meinungsstreit nicht beteiligen werde. Die neuerdings aufgetauchte Annahme, als beständen in der Friedensfrage Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und unsern Verbündeten, gehören ins Gebiet der Fabel . . . Ich befinde mich

Kriegsziele.

im Banne keiner Partei. Seit einem Monat toben die unerhörtesten Schlachten an der Westfront. Das ganze Volk lebt mit seinen Sorgen bei seinen Söhnen draußen. Ich sehe bei England und Frankreich noch nichts von Friedensbereitschaft, nichts von Preisgabe ihrer ausschweifenden Eroberungs- und wirtschaftlichen Vernichtungsziele. Glaubt denn bei dieser Verfassung der westlichen Feinde jemand, durch ein Programm des Verzichtes diese Feinde zum Frieden bringen zu können? . . . Nicht um Eroberungen zu machen, sind wir in diesen Krieg gezogen und stehen jetzt im Kampf fast gegen die ganze Welt, sondern ausschließlich, um unser Dasein zu sichern und die Zukunft der Nation fest zu gründen . . . Mit Rußland freilich ließe sich jetzt eine ausschließlich auf gegenseitige Verständigung begründete Einigung finden, die jeden Gedanken an Vergewaltigung ausschließt und keinen Stachel zurückläßt. Unsere militärische Lage ist so gut, wie sie seit Kriegsbeginn noch niemals war. Wir können darauf vertrauen, daß wir uns dem guten Ende nähern. Dann wird die Zeit kommen, wo wir über unsere Kriegsziele verhandeln können. Dann wollen wir einen Frieden erringen, der das wieder aufbaut, was der Krieg zerstört hat." — Während sich Spahn mit den Ausführungen des Kanzlers einverstanden erklärte im Namen des Zentrums, der Nationalliberalen und Fortschrittler, tadelte es der unabhängige Sozialist Ledebour, daß der Kanzler durchblicken ließ, er sei für Annexionen jetzt zu haben. Einen Niederzwingungskrieg kann Deutschland nicht mehr gewinnen. „Unser Ziel ist, beim Friedensschluß einen Rechtszustand zu erreichen, in dem jeder Deutsche in der ganzen Welt die gleiche Entwicklungsmöglichkeit wie jeder andere erhält. Es ist das Gebot der Zeit, daß eine Macht sich jetzt zum erstenmal auf den Standpunkt dieser Entwicklungsmöglichkeit stellt. Ihr wird dann die Vorherrschaft der Welt gehören . . . Es wird in Deutschland so kommen wie in Rußland; wir müssen bald eine Republik einführen. Die Sozialdemokraten sind es, die die Zukunft Deutschlands und der Welt gestalten." Wesentlich gemäßigter äußerte sich der Mehrheitssozialist David.

Kurz vorher, am 13. Mai war Bethmann nach Wien gefahren, um sich mit Czernin und Kaiser Karl zu besprechen. Graf Czernin reiste am 16. ins deutsche Hauptquartier zu zweitägigen Konferenzen mit dem Reichskanzler und zu einem Besuch der Westfront.

In Rußland verschärfte sich der Gegensatz zwischen den kriegshetzerischen Kadetten und den friedesuchenden Sozialisten. Der Minister des Äußern Miljukow wies durch eine Note vom 1. Mai jeden Friedensgedanken ab, um nicht das Mißtrauen der verbündeten Ententemächte zu erregen. Er bemühte sich zu versichern, „daß der Zusammenbruch des alten Gebäudes kein Erschlaffen Rußlands im gemeinsamen Kampfe nach sich gezogen habe; im Gegenteil, der nationale Wille, den Weltkrieg bis zum Endsieg zu führen, erfährt eine weitere Stärkung dank jenem Gefühl der Verantwortlichkeit, das heute alle zusammen und jeden einzelnen beseelt . . . Es versteht sich von selbst, daß die provisorische Regierung ihre Verpflichtungen gegenüber den Alliierten streng achten wird. Die verbündeten Demokratien werden durch den gemeinsamen Sieg das Mittel finden, die notwendigen Garantien zu erlangen, um in Zukunft der Wiederkehr blutiger Rußland.

Konflikte vorzubeugen." Eine abschwächende Erläuterung zu dieser Note erklärte, Rußland suche nicht seine äußere Macht auf Kosten anderer Völker zu verstärken, es ziele nicht auf Unterjochung noch auf Erniedrigung irgendeines Volkes ab. Unter „Garantien" verstehe man Herabsetzung der Rüstungen, internationale Gerichtshöfe und dergleichen. Diese Erläuterung erfolgte, da mit der Note selbst der Arbeiter- und Soldatenrat gar nicht einverstanden war. Er sprach seine Mißbilligung und seinen Protest dagegen aus. Dagegen billigte er die nachträgliche Erläuterung, da sie zeige, daß die revolutionäre Demokratie Petersburgs nicht auf die Abwege des eroberungssüchtigen Imperialismus des alten Regimes geraten wolle. „Die Tatsache, daß der erste Schritt getan worden ist, um die Frage des Verzichtes auf die Politik der Eroberungen zur internationalen Debatte zu stellen, muß als wichtiger Sieg der Demokratie angesehen werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat gibt der Zuversicht Ausdruck, daß die Völker aller kriegführenden Länder den Widerstand ihrer Regierungen zu brechen wissen und sie zwingen werden, Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen und Kriegsentschädigungen einzuleiten."

Allerdings sah sich die provisorische Regierung am 9. Mai zu folgender ängstlichen Proklamation veranlaßt: „Unglücklicherweise ist die soziale Entwicklung des Landes infolge der durch den Sturz des alten Regimes hervorgerufenen Schwierigkeiten verlangsamt worden. Einzelne Gruppen gewisser Bevölkerungsklassen, die sich der Bedeutung des Augenblicks wenig bewußt sind, suchen ihre Bestrebungen auf eine gewaltsame Weise zu verwirklichen, die die innere Disziplin zu vernichten und Anarchie hervorzurufen droht. Dieser Zustand bringt das Land in innere Schwierigkeiten und verursacht seine Niederlage an der Front. Das Schreckgespenst der Anarchie und des Bürgerkriegs richtet sich auf, die Freiheit bedrohend... Die Regierung wird nach einer Erweiterung ihrer Zusammensetzung trachten, indem sie die Vertreter der schöpferischen Kräfte des Landes aufruft, die bisher an der Verwaltung des Staates keinen unmittelbaren Anteil genommen haben." — In der Folge trat Miljukow aus der Regierung (16. Mai) und Tereschtschenko übernahm unter dem Ministerpräsidenten Fürst Lwow die Auswärtigen Angelegenheiten. Der Sozialist Skobelew, Vizepräsident des Rates der Soldaten- und Arbeitervertreter, wurde Arbeitsminister, der nationalistische Sozialist Plechanow Verpflegungsminister. Die neue demokratischere Regierung erließ am 19. eine Erklärung mit folgenden Punkten: 1. Kein Sonderfriede, aber allgemeiner Friede ohne Einverleibung und Entschädigung auf Grund der Selbstbestimmung der Völker. 2. Fortsetzung des Krieges. 3. Staatliche Organisation des Wirtschaftslebens. 4. Arbeiterschutz. 5. Nutzbarmachung der

Ländereien. 6. Direkte Besteuerung, Erbsteuer, Grundsteuer, Kriegsgewinnsteuer mit stärkerer Heranziehung der Besitzenden. 7. Selbstverwaltung. 8. Einberufung der konstituierenden Versammlung. Endlich mahnte die provisorische Regierung zur Einheit und wies jeden Versuch gegenrevolutionärer, anarchistischer, ungesetzlicher und gewalttätiger Handlungen energisch zurück.

Ein Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats vom 15. Mai an die Sozialisten aller Länder wandte sich gegen die Imperialisten in aller Welt und warnte vor dem Gedanken des Sonderfriedens, vor der Verbrüderung einzelner Regimenter und Bataillone, vor allem was die militärische Macht schwächen könnte.

Unter dem Einfluß der russischen Revolution und der ungeheuren Erwartungen, die sie wachrief, lud die holländische Vertretung im Schoße des internationalen sozialistischen Büros alle Sektionen der Internationale zu einer Konferenz nach Stockholm ein. Sie berief sich auf wiederholte dringende Anregungen, die dem internationalen Sekretariat gleich nach Ausbruch des Krieges aus den vereinigten Staaten, Italien, der Schweiz, Bulgarien, Portugal, später von den Gruppen in Rußland, Großbritannien und den englischen Kolonien und noch jüngst neuerlich von den sozialistischen Organisationen in den Niederlanden, Schweden, Norwegen, Argentinien, Uruguay, Spanien und Dänemark übermittelt wurden. Es sollte sich um einen Versuch handeln, die sozialistische Internationale als Faktor der Arbeitermacht wieder herzustellen und durch sie die Grundlagen des allgemeinen Friedens auf Basis der traditionellen Grundsätze der Kongresse zu schaffen. Es wurde ein holländisch-skandinavischer Ausschuß gebildet. Inzwischen ergriff auch der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Initiative zur Einberufung einer allgemeinen Konferenz. Ihm schloß sich der holländisch-skandinavische Ausschuß an. Nun verweigerten aber die Ententeregierungen ihren Sozialisten die Pässe. Der Ausschuß protestierte dagegen in einem von Branting und andern unterzeichneten Manifest vom 19. Mai: „Dieser Akt ist ein Anschlag auf die politische Freiheit, er ist eine den proletarischen Interessen feindselige Geste. Die Internationale vertritt die Interessen keines der Kriegführenden . . .“ Eine neue Kundgebung vom 27. Mai erklärte, daß die Konferenz allen sozialistischen Gruppen, auch den Minderheitsparteien geöffnet sei. — Gegen Ende Mai fanden bereits Beratungen in Stockholm statt. Nach Anschauung der österreichischen Abordnung (Adler, Hartmann, Ellenbogen, Renner, Seitz, Hueber) galt der Imperialismus als die allgemeine Kriegsursache, die nationalen Fragen spielten vielfach die Rolle von Kriegsvorwänden. In der Mitte, im Osten und Südosten Europas sind die Nationen fast überall so gemischt, daß eine Gebietsbegrenzung nicht möglich ist und nur ein erneuter Kriegsanlaß wäre. Selbst dort, wo die Nationen trennbar wären, ergäbe sich dadurch eine solche Kleinstaaterei, daß der politische und wirtschaftliche Aufstieg dieser Nationen gefährdet wäre. Einmal bestehende große Staatswirtschaftsgebiete zu zerschlagen, wäre nur den Großstaatsbourgeoisien förderlich, die die vielen Kleinstaaten leicht gegeneinander ausspielen und beherrschen könnten.[1]) Aber wohl erklärte sich die Abordnung auf Grund der Baseler

Internationale.

[1]) Daher auch die Liebe Englands für die kleinen Staaten.

Kundgebung für nationale Autonomie, deren Erringung das Werk dieser Nationen selbst sein müsse. Die Delegierten sprachen sich 1. für einen Friedensschluß ohne Annexionen aus. Sie hielten 2. alle herrschenden bürgerlichen Regierungen in gleicher Weise für den Krieg verantwortlich und traten daher für einen allgemeinen Frieden ohne Entschädigung ein. Eine Beantwortung der Schuldfrage sei also abzulehnen. Belgien dürfe nicht annektiert werden; Serbien müsse die staatliche Selbständigkeit und mit Montenegro vereint einen freien Zugang zum Meer erhalten. Die Balkanstaaten mögen ihre Forderungen durch ein Bündnis regeln. 3. Die südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns samt Bosnien sollen im Verband der Monarchie bleiben, aber größere Autonomie erhalten. 4. Die Selbständigkeit Finnlands und Russisch-Polens soll gesichert werden. Die Polen in Galizien und Preußen sollen zunächst volle Autonomie im Rahmen der beiden Staaten erhalten, auch die österreichischen Ruthenen. 5. Gegenüber den Vorwänden, als ob es sich in diesem Krieg um die Befreiung der kleinen Völker Österreichs handle, stellen die Delegierten fest, daß der österreichische Staat die kleinen Nationen in ihrer nationalen Existenz erhält. Als wesentliche Friedensbedingungen bezeichneten die Delegierten: Verkehrsfreiheit zu Land und zur See, Abbau des Hochschutzzollsystems, offene Tür in allen Kolonialgebieten, internationale Verwaltung aller Seehandelsstraßen und interozeanischen Kanäle, neuer Welteisenbahnlinien, Protest gegen das von der Pariser Konferenz 1916 aufgestellte System eines Wirtschaftskrieges. 6. Freiheit der Meere, Verbot der Kaperei und der Bewaffnung von Handelsschiffen, Abschaffung des Seebeuterechts, Einschränkung des Begriffs der Konterbande, von dem mindestens alle Rohstoffe der Bekleidung und Ernährung ausgeschlossen werden müssen, Zurückführung des Blockaderechts auf seinen alten Umfang, Verbot der Erklärung eines Teils des offenen Meeres als Kriegsgebiet, Einschränkung der Kriegsmittel im See- und Luftkampf. Endlich Fortführung des Friedenswerkes beider Haager Konferenzen, Einschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande bis zur völligen Abrüstung der stehenden Heere; Volkheer zur Landesverteidigung, Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. — Der Auffassung, als ob die österreichischen Sozialisten im Einverständnis mit der Regierung handelten, wurde entschieden widersprochen.

Frankreich. Die französische Kammer freute sich am 22. sehr über ein Telegramm der russischen Regierung, worin sie für die bewunderungswerten Anstrengungen des französischen Volkes dankte, welche die feindlichen Massen nach dem Westen zögen und so beim Wiederaufbau der russischen Kräfte helfen. Ministerpräsident Ribot sagte bei dieser Gelegenheit: „Wir werden Wiedererstattungen verlangen; es werden keine Annexionen sein, sondern sie werden auf Gerechtigkeit gegründet sein und Zeugnis ablegen von der Barbarei, mit der unsere besetzten Gebiete behandelt wurden. Es wird sich nicht um Kriegsentschädigungen handeln, sondern um Sühne. Die ganze Welt wird einen Gerichtshof bilden. Frankreich wird am Tage des Sieges nicht Rache schreien, sondern Gerechtigkeit. Wenn unsere Feinde nicht um Frieden bitten, werden wir ihn zu erzwingen wissen." Auch die französischen Sozialisten klatschten Beifall.

Die Entschließungen der britischen Reichskonferenz (3. Mai) wurden nur zum Teil veröffentlicht.

Amerika. Brasilien widerrief seine Neutralitätserklärung mit Rücksicht auf das enge Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Auch Honduras und

Nikaragua brachen die diplomtischen Beziehungen zu Deutschland ab; ebenso die Negerrepublik Liberia.

Als Kandidat für den polnischen Königsthron wurde Erzherzog Karl Stephan genannt, der der polnischen Sprache mächtig war. Polen.

Die Gefechtstätigkeit an der Ostfront ruhte fast ganz. Dagegen wurde an der makedonischen Front mit größter Erbitterung gekämpft, und zwar bei Monastir, im Cernabogen, bei Vodena, zwischen dem Ochrida- und Prespa-See, am Doiran-See. — Ein neues griechisches Kabinet Zaimis erklärte, sein Programm bestehe in der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen mit den alliierten Mächten.

Im Krieg gegen Italien tobte die zehnte Isonzoschlacht um die Mitte des Monats. Nach dreitägiger Artillerievorbereitung setzte am 14. der von den Bundesgenossen Italiens immer wieder geforderte Infanterieangriff ein. Die Italiener stürmten auf mehr als vierzig Kilometer Frontbreite, von Tolmein bis zum Meer gegen die österreichischen Linien. Am heftigsten wurde im Raume von Plava, auf dem Monte Santo, auf den Höhen östlich von Görz und bei Constanjevitza gerungen. Auf dem Fajti Hrib wechselten die zerschossenen Gräben fünfmal den Besitzer. Die furchtbaren Kämpfe erneuerten sich fast täglich bis gegen Ende des Monats. Isonzo.

Auch an der Westfront war ein großer Angriff geplant. Aber die furchtbaren Schlachten an der Aisne und bei Arras änderten an der Lage nichts Wesentliches. Die Folge war, daß am 15. Mai der französische Ministerrat den General Foch zum Generalstabschef, den General Petain zum Oberbefehlshaber ernannte und den bisherigen Oberkommandanten General Nivelle zum Befehlshaber einer Armeegruppe bestimmte. Foch.

Kaiser Karl suchte seine Völker durch folgendes Schreiben vom 8. Mai an den Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic zu trösten (12. Mai): „Der dritte Kriegswinter liegt hinter uns und wir dürfen erwarten, daß das Frühjahr eine Erleichterung der Lebensführung mit sich bringen wird. Bis dahin gilt es durchzuhalten. In dieser schweren Zeit drängt es mich, meinen Völkern zu sagen, wie tief mir ihre Mühsal zu Herzen geht und daß ich ihnen wärmsten Dank für ihre Opferfreudigkeit und Geduld weiß, mit welcher sie die Lasten des Krieges auf sich nehmen. Dankbar würdige ich die Arbeit des Landwirtes, des industriellen und gewerblichen Arbeiters, des Bergmannes, auch das vorbildliche Wirken unserer patriotischen Frauen. Von ihnen allen erwarte ich, daß sie, durchdrungen von der Größe der Zeit, die alle Hände ans Werk ruft, auch weiterhin das äußerste leisten. Für sie alle erflehe ich, vertrauensvoll in die Zukunft blickend, Gottes reichsten Segen . . .“ Ein gleiches Schreiben erging an Graf Tisza. Österreich.

Als Kaiser Karl auf einer Reise nach Galizien am 5. Mai in Krakau das Präsidium des Polenklubs empfing, erwiderte er eine Huldigungsansprache Bilinskis mit den Worten: „Das Verhältnis, das sich zwischen meinem Großoheim und den Polen herausgebildet, will ich mir erhalten,

will am neu errichteten polnischen Staat mitbauen und das Handschreiben vom 4. November 1916 verwirklichen. Möge das Land darin ein Zeichen meines Vertrauens erblicken, wodurch die Eintracht der beiden das Land bewohnenden Völker geschaffen und Galizien um so inniger meinem Hause verbunden werden soll.“ — Eine Huldigung des Königreichs Dalmatien beantwortete der Monarch am 30. Mai. — Der Name Este wurde den früheren Bestimmungen gemäß auf den jüngeren Sohn des Kaisers Robert Karl und dessen Nachkommen übertragen, der also von Österreich-Este heißen sollte. — Admiral Njegovan wurde zum Marinekommandanten und Chef der Marinesektion ernannt.

In einer christlichsozialen Versammlung (21. Mai) im Wiener Rathaus führte Prinz Alois Liechtenstein aus, die Partei könne ihrer Friedenssehnsucht nur einen der Würde und Kraft sowie den bisherigen Erfolgen Österreichs und seiner Verbündeten entsprechenden Ausdruck geben. Die Stimmungen und Ansprüche in den Kreisen der Entente lassen es nicht angebracht erscheinen, der künftigen Friedensverhandlung vorzugreifen. Bürgermeister Weiskirchner sagte: „Wir können nicht an einen Frieden denken, der uns zum Dasein eines Bettlerstaates verdammt. Sobald unsere Feinde dies anerkennen, ist der Weg zu einem für alle Teile ehrenvollen Frieden offen.“ Ein Huldigungstelegramm an den Kaiser betonte, daß sich die von der Regierung kundgegebenen Ziele in der Friedensfrage mit den Wünschen der Bevölkerung in vollem Einklange befinden. — Der Klub der deutschen Sozialdemokratischen Abgeordneten entbot am 29. Mai dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat als dem Pionier des Weltfriedens und der europäischen Demokratie seine Grüße. Man müsse mit aller Entschiedenheit für einen raschen Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen eintreten.

Polen und Ruthenen äußerten ihre Sonderwünsche. Es bildete sich am 29. Mai ein südslawischer (jugoslawischer) Klub der Abgeordneten. *Jugoslawen.*

Im Prozeß wegen der Ermordung des Grafen Stürgkh (21. Okt. 1916) wurde Friedrich Adler am 19. Mai zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde aber nicht ausgeführt. Man hielt ihn nicht für zurechnungsfähig. *Adler.*

Ungarn. Graf Tisza trat wegen der Wahlrechtsfrage am 23. Mai vom Ministerpräsidium zurück. Tisza referierte darüber in einer Konferenz der nationalen Arbeitspartei am 24. Mai. Es handle sich auch um Unterstützung der Opfer des Krieges, um Volkshygiene, um die Besitzpolitik: „Wir haben schon seit Beginn des Krieges es zum Gegenstande des Stadiums gemacht, wo und auf welche Weise man Grund und Boden beschaffen könne, um eine Vermehrung der vom ungarischen nationalen Gesichtspunkt aus vollkommen verläßlichen Klasse der kleinen Grundbesitzer in solchen Teilen des Landes herbeizuführen, wo dies für die nationale Sache besonders notwendig ist. Dies kann durch Expropriationen von Grundstücken geschehen, ferner müssen die Interessen der landwirtschaftlichen Arbeiter berücksichtigt werden, besonders das Streikrecht. Was das Wahlrecht betrifft, so hat sich wohl im ganzen die Nationalitätenpolitik Ungarns bewährt, aber „einzelne Mitglieder einzelner Nationalitäten, und zwar leider namentlich höhere Bildung besitzende Mitglieder, insbesondere Seelsorger und Lehrer haben, als sie mit dem ins Vaterland eingebrochenen Feind in Berührung gelangten, ein solches Verhalten bekundet, das keinesfall von jenem patriotischen Gefühl zeugte, das wir erwarten durften. Dies erfordert Abhilfe. Diese muß gesucht werden in einer

Steigerung des Einflusses des Staates auf Lehrerbildungsanstalten nichtungarischer Zunge und auf die Seelsorgerpräparandien. Was das Wahlrecht betrifft, so verwirklichte die ungarische Gesetzgebung vor kaum vier Jahren weitgehende Wahlrechtsreformen, mit denen die Zahl der Wähler um 50 bis 60 Prozent erhöht wurde. Es ist daher ein Gebot der Vorsicht, die den besonnenen Liberalismus vom zerstörenden Radikalismus unterscheidet, daß wir uns vorläufig nur auf die Ausfüllung etwaiger Lücken beschränken, auf Maßnahmen der Dankbarkeit gegen Krieger, und Arbeiter. Das Gesetz gibt den Unteroffizieren das Stimmrecht und den mit der Tapferkeitsmedaille Ausgezeichneten . . . Wir sind überzeugt, daß Ungarn deshalb, weil es eine weitergehende Wahlreform nicht ins Leben ruft, in keiner Weise von inneren Wirren betroffen werden kann. Anderseits sind wir überzeugt, daß der Wahlrechtsradikalismus heute die äußerste Gefahr für das Land und die Dynastie bedeutet. Denn er verdrängt die ungarische Intelligenz von der Führerrolle, welche das Land unter den Fährnissen eines Jahrtausends aufrechterhalten hat, er macht produktive Politik unmöglich. Deshalb konnten wir nicht mit weitergehenden Vorschlägen vor Seine Majestät treten, und nachdem unsere Vorschläge die Zustimmung des Königs nicht fanden, baten wir um unsere Enthebung. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein von Thron und Vaterland . . ." Tisza hatte vorher die Verfassungspartei (Andrassy, Bethlen, Esterhazy, Ugron) die Teilnahme an der Regierung angeboten; dies wurde aber abgelehnt.

Juni.

Die Entscheidung des Weltkrieges schien nun davon abzuhängen, was sich als stärker erweisen werde: die von **Rußland** immer deutlicher ausgehende Friedensnötigung, oder die von **Amerika** ausgehende unbedingte Kriegsenergie. Amerika war noch nicht bereit. In Rußland bereitete sich die Radikalisierung der Regierung vor. — Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat teilte mit, daß er bereits am 28. Mai an die Völker der Welt einen Aufruf gerichtet habe, worin er sie zu entscheidenden gemeinsamen Aktionen zugunsten des Friedens aufforderte. „Die gesamte Demokratie hat den **Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen, auf dem Selbstbestimmungsrechte der Nationen** beruhend, auf ihr Banner geschrieben. Die russische Demokratie hat die erste provisorische Regierung gezwungen, dieses Programm anzuerkennen. Die zweite provisorische Regierung setzte auf Drängen des Arbeiter- und Soldatenrates dieses Programm an die Spitze ihrer Erklärung. Der Arbeiter- und Soldatenrat hält dafür, daß der Weltfriede nur zu erreichen ist durch vereinte internationale Bemühungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften aller Länder. Der erste Schritt dazu ist eine **internationale Konferenz**. Sie wird zu Stockholm vom 28. Juni bis 8. Juli stattfinden."

Rußland.

Die Alliierten waren in Verlegenheit, wie sie die russische Note über die Kriegsziele beantworten sollten. Die englische Regierung ließ sich am

9. Juni also darüber vernehmen: „Unsere Absicht war, den Bestand des Landes zu verteidigen und die Achtung vor zwischenstaatlichen Verpflichtungen zu erzwingen. Dazu kam noch das Ziel der Befreiung der durch fremde Gewaltherrschaft unterdrückten Völkerschaften. Die englische Regierung freut sich daher, daß das freie Rußland die Absicht der Befreiung Polens ankündigt, auch des vom deutschen Kaiserreich beherrschten Polen! Die englische Regierung nimmt auch mit den russischen Alliierten die vom Präsidenten Wilson in der historischen Botschaft an den Kongreß niedergelegten Grundsätze an.“ — Die französische Antwort betonte außerdem noch die Zurückeroberung von Elsaß-Lothringen oder wenigstens die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit dieser Provinzen. — Italien seinerseits erklärte, für den Triumph der heiligen Grundsätze der Befreiung der unterdrückten Völker und der Sicherheit seiner Unabhängigkeit zu kämpfen. Eroberungs- und Beherrschungsgeist liege der italienischen Politik fern.

Die russische Regierung war damit nicht ganz zufrieden. Der Minister des Äußern Tereschtschenko überreichte dem französischen Minister Albert Thomas bei dessen Besuch in Petersburg darüber folgende Note: „Die russische Revolution ist nicht nur eine Umgestaltung der innern Organisation Rußlands, sie bedeutet auch ganz besonders ein moralisches Faktum, das den Willen des russischen Volkes zum Ausdruck bringt, sein Ideal von der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit auch in den internationalen Beziehungen zu verwirklichen. Darum setzt sich Rußland die Herstellung eines allgemeinen Friedens zum Ziel, auf Grundlagen, die jeden Akt von Gewalttätigkeit ebenso ausschließen wie alle imperialistischen Anschläge, welche Form sie annehmen mögen. Rußland wiedersetzt sich entschlossen jeder Neigung zu Eroberungen. Wenn sich gewisse Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich dieser Kriegsziele ergeben sollten, so wird eine vollständige Einigung auf Grundlage der Prinzipien, von denen die russische Revolution geleitet ist, sicherzustellen sein. Die russische Demokratie begrüßt demnach die Entschließung jener verbündeten Mächte, die sich bereit erklärten, dem Wunsche der provisorischen Regierung, die Übereinkommen betreffs der definitiven Kriegsziele einer Revision unterzogen zu sehen, Folge zu geben. Wir regen zu diesem Zweck eine Konferenz von Vertretern der verbündeten Mächte an.“

Radikaler faßte der Arbeiter- und Soldatenrat folgende Resolution vom 26. Juni: „Der Krieg ist entstanden infolge der imperialistischen Aspirationen der herrschenden Klassen aller Länder, die danach streben, neue Märkte an sich zu reißen und die kleinen, zurückgebliebenen Länder ihrem wirtschaftlichen und politischen Einflusse zu unterwerfen. Dieser Krieg führt zur Erschöpfung aller Länder und bringt die russische Revolution an den Rand des Abgrundes. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands findet daher, daß die rascheste Beendigung des Krieges das wichtigste Problem der revolutionären Demokratie darstellt. Die Beendigung des Krieges durch die Niederlage eines Teiles würde den Ausgangspunkt neuer Kriege bilden, die Unstimmigkeiten zwischen den Völkern vergrößern,

ihren Ruin herbeiführen. Ein Separatfrieden würde eine der beiden Parteien stärken. Die revolutionäre Demokratie verlangt vielmehr 1. einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, 2. Wiederherstellung der revolutionären Internationale, um die Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses zu veranlassen behufs Wiederherstellung der internationalen Solidarität der Arbeiter sowie Ausarbeitung der endgültigen Friedensbedingungen, 3. größere Entschiedenheit in den Protesten gegen die jüngsten Regierungserklärungen über usurpatorische Kriegsziele. Die provisorische Regierung muß sofort alle Schritte tun, um die Revision der Verträge mit den verbündeten Regierungen im Sinne eines entschiedenen Verzichtes auf jede usurpatorische Politik zu beschleunigen. Weiter ist die Demokratisierung des Personals des Ministeriums des Äußern sowie des diplomatischen Korps unerläßlich. Solange der Krieg nicht durch die Bemühungen der internationalen Demokratie beendigt ist, muß freilich alles geschehen, um die Kampffähigkeit unserer Armee zu stärken." — Seit Beginn des Monats waren die Botschafter in Paris und London, Iswolski und Sasonow zurückgetreten.

Die Stockholmer Sozialistenkonferenz wurde durch Vorberatungen eingeleitet, deren Ergebnisse am 1. Juni verlautbart wurden: Keine Annexionen, keine Kriegsentschädigungen, mit Ausnahme von Belgien und Serbien (durch kollektive Hilfe); Serbiens Zutritt zum Meer. Abkommen über Elsaß-Lothringen, Polen, Makedonien. Keine Aufteilung Österreichs, sondern nationale Autonomie innerhalb des bestehenden Staatsverbandes. Rückgabe der Kolonien. Prinzip der offenen Tür. Die Ungarn auf der Konferenz waren ebenso gegen den Wirtschaftskrieg der Pariser Konferenz von 1916 wie gegen die mitteleuropäische Bewegung. Wichtiger als Nationalismus sei Sozialismus. Die Behandlung der Schuldfrage sei zwecklos und für den Frieden nicht förderlich. Eigentlich sind alle Völker friedlich und schuldlos, alle Regierungen für den Krieg verantwortlich. In Frankreich herrscht die Finanzoligarchie, wahre Demokratie und parlamentarische Kontrolle mangelt überall. Die französischen Genossen mögen gegen die chauvinistische Ideologie, die deutschen für das gleiche Wahlrecht und das parlamentarische System kämpfen; denn die Demokratie ist eine Forderung der internationalen Politik und die Voraussetzung eines raschen und dauernden Friedens. Die deutschen Sozialisten stimmten den russischen Resolutionen zu und führten im einzelnen aus: „Wir sind Gegner gewaltsamer Gebietsaneignung. Bei Grenzveränderungen auf Grund beiderseitiger Verständigung muß der betroffenen Bevölkerung, soweit sie das Verbleiben bei dem alten Staatsverband wünscht, die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Umsiedlung gesichert werden . . . Die ökonomische Versklavung eines Volkes durch das andere würde einen dauernden Frieden unmöglich machen. Die Schäden auf allen Kriegsschauplätzen sind nicht einseitig zu tragen. Für Staaten, die aus eigener Kraft ihr Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann internationale Hilfe vorgesehen werden. Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands werden. Den Bestrebungen der Völker von Irland, Ägypten, Tripolis, Marokko, Indien, Tibet, Korea auf Wiederherstellung ihrer nationalen Freiheit bringt die deutsche Sozialdemokratie die größte Sympathie entgegen. Elsaß-Lothringen ist zu beinahe neun Zehnteln deutscher Nationalität; es gehört nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges

Stockholm.

den Besitzer gewechselt haben. Es ist ungerechtfertigt, von einem Rechte Frankreichs auf diese Gebiete zu sprechen. Sowohl die deutsche Sozialdemokratie wie die französische vor dem Krieg und die Willensäußerung der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen elsaß-lothringischen Volksvertretung fordert nur, daß das Land selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches werde. In die Friedensverträge sind Abmachungen über ein internationales Schiedsgericht, über Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen. Eine Lieferung von Waffen und Munition aus neutralen Staaten an kriegführende Mächte ist zu verbieten. Das Seebeuterecht ist zu beseitigen. Die Bewaffnung der Handelsschiffe ist zu verbieten. Die für den Weltverkehr wichtigen Meerengen und interozeanischen Kanäle sind unter internationale Kontrolle zu stellen. Für die Sicherung des Welthandels während eines Krieges sind wirksame Garantien zu schaffen. Rohstoffe zur Bekleidung und Nahrungsmittel sind von der Bannwarenliste auszuschließen. Der Postverkehr ist zu sichern. Der Begriff der Blockade ist neu festzusetzen. Der Krieg darf nicht als Wirtschaftskrieg fortgesetzt werden.

Ukraina. Eine Delegation der ukrainischen Sozialistenpartei Österreichs unter Führung Remnyckys brachte in Stockholm am 14. Juni ihre Wünsche vor. Eine Abordnung der englischen Parteimehrheit (West, Thompson) erschien am 18. zu einer vorläufigen Besprechung. Ihnen war besonders die Schuldfrage wichtig sowie die Errichtung einer internationalen Autorität zur Verhütung weiterer Zusammenstöße; über diese Frage hatte die Fabian-Gesellschaft einen Entwurf ausgearbeitet. Diese Gesellschaft hatte den Namen von Fabius dem Zauderer. Amerikanische Delegierte erschienen am 20., und zwar Max Goldfarb von der Socialist Party, Boris Reinstein von der Socialist Labour Party und Davidevitsch von der Socialist Territorial Party of Jewish Workers. Sie schlugen unter anderem das Referendum vor über jedes bestrittene Gebiet (Polen, Elsaß), ferner Föderativverbindungen: Vereinigte Staaten des Balkans, Vereinigte Staaten Europas; Abrüstung, Freiheit der Meere, Abschaffung der Geheimdiplomatie. Der Vertreter der Juden verlangte nationale Autonomie für das jüdische Volk in den Ländern, wo es in kompakten Massen lebt, freie Judenkolonisation, besonders in Palästina. Er berief sich auf den jüdischen Arbeiterkongreß in Neuyork 5. September 1916. — Die unabhängigen (Minoritäts-)Sozialisten Deutschlands kamen am 22. Juni nach Stockholm. Haase schloß sich der Friedensformel des russischen Arbeiterrates an. Bernstein betrachtete als Haupthindernisse der Einigung die Meinungsverschiedenheiten über die leidige Schuldfrage und die Zweideutigkeiten in den Friedensprogrammen, die vorerst beseitigt werden müßten. Kautsky legte dar, daß die Mehrheitssozialisten sich wohl zum selben Friedensprogramm wie die unabhängigen bekennen, aber jeder Teil lege den Worten einen andern Sinn unter. Jene seien doch erfüllt vom Geist nationalistischer Machtpolitik und militaristischer Denkweise.

Ribot. In der französischen Kammer äußerte sich Ministerpräsident Ribot sehr unwillig über die Stockholmer Beratungen (1. Juni). „Sie verwirren die öffentliche Meinung, spalten die sozialistische Partei, stellen die Partei an Stelle der Regierung. Wenn die Sozialisten zusammenkämen, um die Kriegsziele zu prüfen, so würden morgen die Katholiken dasselbe Recht haben. Der Friede kann aber nur ein französischer Friede sein. Kann man sich mit unsern Feinden besprechen, die nicht ein Wort gefunden haben, ihre Verbrechen zu

mißbilligen? Nein, der Friede kann nur aus dem Sieg hervorgehen. Die Regierung darf nicht die Verantwortung dafür übernehmen, die Reise nach Stockholm zu genehmigen." Diese Rede wurde von einem Teil der äußersten Linken nicht gebilligt. — Im Senat kam die Beunruhigung gegenüber manchen Erscheinungen der russischen Revolution zum Ausdruck, besonders wegen der Verhandlungen in Stockholm. Ribot sagte da wieder (6. Juni): „Das Land ist beunruhigt, weil eine Partei die internationalen Beziehungen wieder aufnehmen will. Die deutschen Sozialisten waren mit wenigen Ausnahmen von Anfang an Mitschuldige der Verbrechen. Sie billigen gegenwärtig durch schuldhaftes Stillschweigen die Verletzung aller Gesetze der Menschlichkeit, der Zivilisation. Aus diesen Versammlungen kann der Friede nicht hervorgehen. Frankreich braucht alle seine Kräfte, besonders die moralischen, für den Sieg. Man sagt: Keine Annexionen! Aber wir verlangen Elsaß zurück. Man sagt: Keine Entschädigungen! Aber es gibt eine Wiedergutmachung von Schäden und Grausamkeiten. Bürgschaften sind erforderlich, um unsere Kinder vor der Wiederholung derartiger Greuel zu schützen. Werden wir sie in der Erwerbung von Gebieten oder in zeitweiliger Besetzung oder in Neutralisationen finden? Das wird geprüft werden. Eine bessere Bürgschaft wird in der Bildung eines Europa bestehen, wo alle Nationen sich selbst angehören, wo der Wille eines einzigen Mannes nicht mehr derartige Übel entfesseln kann ... Es gibt keine Geheimdiplomatie." — Durch eine solche Haltung setzte sich die Entente offenbar ins Unrecht.

Ein anderer Versuch einer Friedensaktion, die von der Schweiz ausging, scheiterte ebenfalls. Am 27. Mai hatte Nationalrat Grimm die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg, wo er sich damals aufhielt, ersucht, dem Bundesrate Hoffmann ein Telegramm zu übermitteln, darin er ausführte, das Friedensbedürfnis sei allgemein vorhanden, ein Friedensschluß sei in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht eine zwingende Notwendigkeit. Die gefährlichste Störung aller Verhandlungen wäre eine deutsche Offensive im Osten; diese müsse also unterbleiben. — Darauf telegraphierte Bundesrat Hoffmann am 3. Juni an die Schweizer Gesandtschaft in Petersburg in Chiffern: „Es wird von Deutschland keine Offensive unternommen werden, solange mit Rußland eine gütliche Einigung möglich scheint. Deutschland strebt einen beiderseits ehrenvollen Frieden an mit engen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und finanzieller Unterstützung für den Wiederaufbau Rußlands, Nichteinmischung in Rußlands innere Verhältnisse, freundschaftliche Verständigung über Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung ihrer Völkereigenart, Rückgabe des besetzten Gebietes gegen Rückgabe des von Rußland besetzten Gebietes an Österreich. Deutschland und seine Verbündeten würden auf den Wunsch von Rußlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten." Dies Telegramm wurde von unbefugter Seite entziffert und in Brantings Zeitung „Sozialdemokraten" in Stockholm veröffentlicht. Bundesrat Hoffmann mußte daraufhin seine Demission geben (19. Juni). Er hatte den Schritt angeblich ohne jede Beeinflussung unternommen, nur im Interesse des Friedens und damit im Interesse seines eigenen Landes.

Schweiz.

Während des Weltkriegs hatte nur das ungarische Parlament, nicht aber der österreichische Reichsrat, auch nicht die Delegationen getagt. Es

Österreich.

war Kaiser Karls erste Sorge, das volle konstitutionelle Leben wieder einzuführen, trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten im allzeit arbeitsunfähigen und obstruierenden, allzu freien österreichischen Parlament. Nach reiflicher Vorbereitung wurde der Reichsrat am 26. April einberufen und am 31. Mai durch folgende Thronrede eröffnet: „Der Wille des Allmächtigen hat mich in einer schicksalsvollen Zeit zur Lenkung des Staates berufen. Des gewaltigen Ernstes der Aufgabe war ich mir von Anfang bewußt. Aber ich fühle den Willen und die Kraft in mir, in treuer Erfüllung meiner Herrscherpflichten meinem hehren Amte mit dem Beistande Gottes gerecht zu werden. Das Staatsinteresse soll nicht länger jene wirksamen Förderung entbehren, die ihm die eifrige Mitarbeit einer den Kreis ihrer Befugnisse richtig erfassenden, einsichtigen und gewissenhaften Volksvertretung zu bieten vermag... In der treuen Mitarbeit des Volkes und seiner Vertreter erblicke ich die verläßliche Stütze für den Erfolg meines Wirkens, und ich meine, das Wohl des Staates, dessen glorreicher Bestand durch das feste Zusammenstehn der Bürger in den Stürmen des Weltkrieges bewahrt wurde, kann auch für die Zeiten des Friedens nicht sicherer verankert werden als in der unantastbaren Gerechtsame eines reifen Volkes... Ich bin auch überzeugt, daß das segensvolle Aufblühen des Verfassungslebens nach der Unfruchtbarkeit früherer Jahre und nach den politischen Ausnahmsverhältnissen des Krieges, abgesehen von der Lösung jener galizischen Frage, für welche mein erhabener Vorgänger bereits einen Weg gewiesen hat, nicht möglich ist ohne eine Ausgestaltung der verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen des gesamten öffentlichen Lebens sowohl im Staate, als in den einzelnen Königreichen und Ländern, insbesondere in Böhmen. Und ich vertraue darauf, daß die Erkenntnis Ihrer ernsten Verantwortung, der Glaube an die glückliche Zukunft des in diesem furchtbaren Kriege so herrlich erstarkten Reiches Ihnen Kraft verleihen wird vereint mit mir die Vorbedingungen zu schaffen, um im Rahmen der Einheit des Staates auch der freien nationalen und kulturellen Entwicklung gleichberechtigter Völker Raum zu geben. Aus diesen Erwägungen habe ich mich entschlossen, die Ablegung des Verfassungsgelöbnisses dem hoffentlich nicht fernen Zeitpunkte vorzubehalten, wo die Fundamente des neuen, starken, glücklichen Österreich für Generationen wiederum fest ausgebaut sein werden nach innen und außen. Schon heute erkläre ich, daß ich meinen Völkern ein gewissenhafter Herrscher sein will... im Geiste jener wahren Demokratie, die gerade während der Stürme des Weltkrieges die Probe bestanden hat... Unsere Mächtegruppe hat die Kraftprobe dieses Weltkrieges nicht gesucht..., sie hat ihre Friedensbereitschaft zu erkennen gegeben, von der Überzeugung geleitet, daß die richtige Friedensformel nur in der wechsel-

seitigen Anerkennung zu finden ist. Das fernere Leben der Völker sollte nach unserer Meinung freibleiben von Groll und Rachedurst und auf Generationen hinaus der Anwendung dessen nicht bedürfen, was man das letzte Mittel der Staaten nennt. Zu diesem Menschheitsziele vermag aber nur ein solcher Abschluß des Weltkrieges zu führen, wie er jener Friedensformel entspricht. Das große Nachbarvolk im Osten, mit dem uns einst eine alte Freundschaft verband, scheint sich in allmählicher Besinnung auf seine wahren Ziele und Aufgaben neuestens dieser Anschauung zu nähern und aus dunklem Drange heraus eine Orientierung zu suchen... Wir hoffen im Interesse der Menschheit, daß eine solche Klärung auch auf die andern feindlichen Länder übergreifen wird... Österreich hat die ungeheuren finanziellen Anforderungen dieses Krieges aus eigenem zu erfüllen vermocht, und der Erfolg der 6. Kriegsanleihe ist der Beweis davon. Aber wir mußten tief in die Ersparnisse der Volkswirtschaft hineingreifen und die Zukunft mit schweren Verpflichtungen belasten... Mit dem Wiederaufbau des Zerstörten wurde bereits begonnen... Die Erfahrungen des Krieges haben bewiesen, welche wunderbare Elastizität der Produktion innewohnt. Sie wird sich neuerlich zu bewähren haben, wenn es sich darum handeln wird, den künftigen Übergang zur Friedenswirtschaft zu bewerkstelligen... Es bedarf tatkräftiger Maßnahmen auf dem Felde der Volkshygiene... Volkskrankheiten, Säuglingssterblichkeit, Jugendfürsorge, Wohnungsbedürfnis, Sozialversicherung, Arbeiterschutz, Mittelstandsfürsorge... Die Bevölkerung hat in schwerer Zeit die Erwartung übertroffen; sie darf im Staate keine Enttäuschung erleben... Geehrte Herren! Die gewaltige Zeit, in der wir leben, hat dem staatlichen Bewußtsein neue Perspektiven eröffnet und den Blick für die wahren Größenverhältnisse der politischen Dinge geschärft. Bleiben Sie auch dessen eingedenk, daß die Kraft der Monarchie nicht zum wenigsten in ihren geschichtlich gewordenen Eigenschaften wurzelt. Sorgen Sie darum für die Pflege der Gemeinschaft mit den Ländern meiner ungarischen heiligen Krone, fördern Sie das Zusammenwirken der verschiedenen Volksstämme im Staate, die alle an dem Ruhme dieses Krieges Anteil haben ..."

Bei der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 30. Mai erklärte Stanek namens des „Cesky svaz" folgendes: „Die Vertreter des böhmischen Volkes aus allen drei Ländern der Krone des hl. Wenzel geben bei Eintritt in den Reichsrat in der weltgeschichtlichen Zeit der Kriegsereignisse, in welcher die auf Beseitigung der Beherrschung eines Volkes durch ein anderes abzielende Bewegung zum Gemeingut geworden ist, nachstehende Erklärung ab: Die Delegation des böhmischen Volkes ist von der Überzeugung durchdrungen, daß die dualistische Form zum Nachteil der Gesamtinteressen herrschende und unterdrückte Völker geschaffen hat und daß behufs Beseitigung jedwedes nationalen Vorrechts und Sicherung einer allseitigen

Böhmen.

Entwicklung eines jeden Volkes im Interesse des ganzen Reiches sowie der Dynastie die Umgestaltung der Habsburgisch-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten nationalen Staaten notwendig ist. Indem wir uns auf das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung stützen, ein Recht, das bekräftigt ist durch historische Rechte, werden wir an der Spitze unseres Volkes die Verbindung aller Stämme des tschechoslawischen Volkes zu einem demokratischen Staat anstreben, wobei nicht außeracht gelassen werden kann jener tschechoslawische Stamm, der zusammenhängend an den historischen Grenzen unseres böhmischen Vaterlandes lebt." Damit waren die Slowaken gemeint, die aber eine eigene von der tschechischen verschiedene Literatursprache hatten. Ähnlich gab Korosec in kroatischer, in slowenischer und in deutscher Sprache folgende Erklärung ab: „Die im Südslawischen Klub vereinigten Abgeordneten erklären, daß sie auf Grund des nationalen Prinzips und des kroatischen Staatsrechtes die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Fremdherschaft freien, auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper, unter dem Zepter der Habsburg-lothringischen Dynastie, fordern und daß sie für die Verwirklichung dieser Forderung ihrer einheitlichen Nation mit allen Kräften einstehen werden. Mit diesem Vorbehalt werden sie an den Arbeiten des Parlaments teilnehmen." Hier ist zu bemerken, daß das Slowenische und das Kroatische auch zwei verschiedene Literatursprachen sind, ebenso wie das Tschechische und das Slowakische. Zur Begründung eines einheitlichen nationalen Staates müßten also hier wie dort die betreffenden Völker entweder eine neue Gemeinsprache schaffen oder den offiziellen Gebrauch der Nebensprache verbieten. — Für die Tschechischradikalen sprach Kalina und rühmte die russische Revolution. Für die Ruthenen sprach Petruszewycz. Pacher erklärte namens der Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter, das böhmische Staatsrecht sei abgetan; seine Wiedererweckung würde den Widerspruch aller Deutschen im Staate hervorrufen. Das gleiche gelte von den südslawischen Bestrebungen. — Bei solchen Gegensätzen war es freilich schwer, Österreich zu regieren. Bemerkenswert ist aber, daß noch alle an der Dynastie und an der Reichseinheit festhielten. — Im Namen zweier polnischer Parteien sprachen noch Lazarski und Stapinski.

Reichsrat. Clam. Ministerpräsident Clam-Martinic legte am 12. Juni im Reichsrat folgende programmatische Erklärung ab: „. . . Alle Tränen um die Gräber von den nordischen Sümpfen bis zu Albaniens Gestaden sind nicht umsonst geflossen. Unsere alte Monarchie steht nach vierunddreißig Kriegsmonaten fester denn je, sie hat ein Erwachen gefeiert aus Lethargie und innerem Hader. Eine lange Friedensperiode hatte die Bedeutung des Staatsganzen für alle Teile, ja für jeden einzelnen Staatsbürger in den Hintergrund treten lassen. Partikulare Bestrebungen schoben sich vor und gerieten untereinander in schroffen Widerspruch. Die Völker Österreichs haben ihre unauflösliche Zusammengehörigkeit im Weltkampf unserer Tage machtvoll vertreten. Die festen Grundlagen des Reiches haben sich als die Träger einer von Freund und Feind bewunderten Machtfülle erprobt. Eine Zeit steht bevor, wo die Nationen der Welt, sich von der Furchtbarkeit der Verwüstungen Rechenschaft gebend, ihr Äußerstes

leisten werden im Wettstreit um die friedlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft. Stark muß Österreich auch im Frieden bleiben, wenn es nicht zu kurz kommen soll... Die Programme, die wir hier gehört haben, können schon deshalb nicht nebeneinander verwirklicht werden, weil sie sich wechselseitig durchkreuzen, weil sie miteinander geradezu im Widerspruche stehen... Die besonderen Siedlungsverhältnisse, unter denen Volksstämme und Volksbruchteile in diesem innersten Kern von Europa wohnen, haben mit Notwendigkeit zur Bildung unseres Staatswesens geführt, und die Geschichte hat in diesem Krieg die Probe auf die Richtigkeit ihrer Schöpfung erbracht... Das Programm der Regierung ist Österreich, das Österreich, wie es in einer ruhmvollen, geschichtlichen Entwicklung geworden und gewachsen ist, das Österreich, wie es in diesem Kriege das Bewußtsein seiner unzerstörbaren Kräfte neu gefunden hat, das Österreich, wie es sich im Vollgefühle verjüngter Lebensenergien anschickt, ein mächtiger Faktor in der wirtschaftlichen und sozialen Weltentwicklung der Zukunft zu werden, das Österreich als feste und ewige Burg seiner Völker... Die Regierung verkennt nicht die Notwendigkeit eines zweckmäßigen und organischen Ausbaues des Bestehenden. Es ist eine Tatsache, daß die Verfassung vom Zeitpunkt ihres Inslebentretens an niemals volle Zufriedenheit erweckt hat. Wechselnde Strömungen suchten das Ziel vergeblich bei den Extremen der Zentralisation und des Autonomismus. Auch die Hoffnungen, die auf die Erweiterung des Wahlrechts gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Ein Versuch zur abschließenden Ausgestaltung unserer Verfassung kann nur dann zum Ziel führen, wenn er nach den drei Richtpunkten des österreichischen Staatsgedankens ausbalanziert ist: Einheit des Staates, Struktur der Länder, nationale Entwicklung gleichberechtigter Völker. Während die beiden ersten bereits gegeben sind, steht der dritte als ein Ziel der Zukunft vor uns, das vielleicht nur auf neuen Wegen erreicht werden kann. Es wäre seltsam, wenn dieses Österreich, das einer Welt von Feinden gegenüber einen so herrlichen Beweis der Lebensbejahung geliefert hat, nun nicht fähig sein sollte, das alte Elternhaus, das es so prachtvoll verteidigt, auch im Innern für seine Bewohner wohnlich einzurichten... Die ganze Welt ist geschwellt vom Drange nach wirtschaftlicher Arbeit... Die volkserzieherische Wirkung einer gigantischen Kräfteorganisation hat Jahrzehnte gesellschaftlicher Entwicklung überspringen lassen... Es erwuchs jene Menge von Maßnahmen in der Kriegswirtschaft: Streckung der Vorräte, Regelung der Preise usw. Vielfach von der Öffentlichkeit selbst verlangt, erfuhren sie oft harte Kritik. Es entstand die Frage, ob es nicht zweckmäßiger wäre, sich von den Grundsätzen des freien Verkehrs nicht ganz so stark in die Richtung staatlicher Reglementierung hinüberdrängen zu lassen... Es waren Kautelen not, daß nicht der Eifer der Produktion gelähmt, die unentbehrliche Mitwirkung des legitimen Handels durch Verängstigung eingeschränkt werde... In allen, auch in neutralen Staaten haben sich infolge der langen Dauer des Krieges ähnliche Schwierigkeiten ergeben... Niemand hätte es für möglich gehalten, daß wir einen Krieg von solchen Dimensionen durch mehrere Jahre auszuhalten vermöchten... Der Staat braucht reichlichere Einnahmen. Das Finanzproblem der Zukunft ist eine Frage der Verteilung. Diese muß nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen abgestuft sein, es aber auch vermeiden, den Unternehmungsgeist zu beeinträchtigen und damit die Entwicklung zu hemmen." Graf Clam schloß

mit dem Mahnwort: „Seien wir alle vor allem Österreicher! Es ist nicht denkbar, daß dieselben Menschen, die gegen eine Welt von Feinden Österreichs Grenzen verteidigten, daß diese selben Menschen nicht imstande sein sollten, die Schatten des inneren Zwistes zu bannen und unser Vaterland herauszuführen aus dem Alltagshader der Nationen und Parteien einer glücklichen Zukunft entgegen."

Graf Clam fand aber für sein Programm nicht die Unterstützung der Parteien. Vor allem bekämpfte ihn der Polenklub. Er trat also am 22. mit seinem Kabinett (Hussarek, Baernreither, Georgi, Forster, Trnka, Spitzmüller, Handel, Schenk, Urban, Höfer, Seidler) zurück. Seidler wurde mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut (23. Juni), dem Mataja, Cwiklinski, Banhans, Schauer, Homann, Ertl, Wimmer, Czapp von Birkenfeld angehörten. Seidler. Seidler betonte am 26. Juni im Abgeordnetenhaus den provisorischen Charakter des Kabinetts. Er beantwortete am 27. eine Anfrage, ob die Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauerhaften Friedens anerkannt hätte, negativ. „Die Regierung steht auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es dem Kaiser vorbehalten ist, den Frieden zu schließen, und somit ihm die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Österreichs anvertraut erscheint. Unter dieser Verwahrung der Hoheitsrechte der Krone ist die Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit ihren Bundesgenossen auf der Basis eines ehrenvollen Friedens mit den Feinden in Verhandlung zu treten." — Über die Vieldeutigkeit des Wortes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker erfolgte im „Fremdenblatt" am 30. Juni folgende offiziöse Erklärung: „Zuerst tauchte diese Formel in der Botschaft Wilsons vom 23. Januar 1917 auf als Forderung nach allgemeiner Demokratisierung, also nach inneren Reformen der einzelnen Staaten. Der hierin gelegene Gedanke entspricht vollkommen der Auffassung unserer Regierungskreise. In der Thronrede hat er Ausdruck gefunden. Die provisorische russische Regierung hat mit ihrer Erklärung vom 11. April der Formel einen andern, außenpolitischen Inhalt gegeben. Unter Ablehnung der Absicht, andere Völker zu beherrschen und ihnen ihr nationales Erbe zu nehmen, hat die russische Regierung den kriegführenden Staaten das Recht vindiziert, das Schicksal ihrer Völker beim Friedensschluß selbst zu bestimmen. Dieser Auffassung vermochte sich die österreichische Regierung ohneweiters anzuschließen ... Seither hat die Formel durch die Erklärungen der Ententemächte eine neue Bedeutung erfahren. Sie ist zur Forderung des Verzichtes der Monarchie auf ihr Selbstbestimmungsrecht geworden, auf ihr und ihrer Völker Recht, das Verhältnis der Nationalitäten zum Staat auf dem Boden der inneren Politik, durch das verfassungsmäßige Zusammenwirken von Krone und Parlament selbst zu bestimmen. Das war die Verneinung des Staates, ein Plan, die Nationalitäten Österreich-Ungarns gegeneinander auszuspielen und das Gefüge der Monarchie zu lockern. Ein so aufgefaßtes Selbstbestimmungsrecht der Völker hat die k. u. k. Regierung niemals anerkannt. Sie wird vom Gedanken geleitet, den von ihr angestrebten Frieden in vollem Einverständnis mit den Völkern Österreich-Ungarns zu erringen. Es liegt ihr ferne, der Betätigung der gesetzlichen Vertretung der Völker ein Hindernis in den Weg zu legen."

Sehr anmaßlich klang folgende italienische Proklamation über Albanien. Albanien: „Argyrokastro. An alle albanischen Völkerschaften! Heute am

3. Juni 1917 proklamieren wir Generalleutnant Ferrero, Kommandant des italienischen Besetzungskorps in Albanien, auf Befehl der Regierung des Königs Viktor Emanuel III. feierlich die Einheit und Unabhängigkeit ganz Albaniens unter dem Schutz des Königreichs Italien. Durch diesen Akt werdet ihr Albanier freie Einrichtungen, Milizen, Gerichtshöfe und Schulen unter Leitung albanischer Bürger haben. O Albanier, die ihr ältesten und edlen Stammes seid mit Erinnerungen an die römische und venetianische Kultur, die ihr die Gemeinschaft der italienisch-albanischen Interessen auf dem Meere kennt, das uns trennt und zugleich verbindet, vereinigt euch mit uns im Schatten der italienischen und albanischen Fahnen!" Darüber sagte Sonnino in der römischen Kammer am 21. Juni: „Die italienische Regierung hat ein besonderes Interesse an jener wertvollen Gegend, die nicht minder als der direkte und sichere Besitz Valonas und seines Territoriums innig mit der allgemeinen Verfassung des Adriatischen Meeres, einer für Italien vitalen Frage, verknüpft ist. Italien hat bezüglich Albaniens keine anderen Bestrebungen als die Verteidigung gegen jede voraussichtliche Einmischung oder Nachstellung dritter Mächte. Der Friedenskonferenz wird es alsdann obliegen, die genauen Grenzen des albanischen Staates festzusetzen." Was die Friedensfrage betraf, meinte Sonnino: „Die rein negative Formel: weder Annexionen noch Entschädigungen, die von Petersburg befürwortet wird, kann einen Widersinn maskieren, der praktisch die Gutheißung und Fortdauer aller Unbilligkeiten und Vergewaltigungen bedeuten. Was würden die Geister Mazzinis und Garibaldis dazu sagen? Unser Programm ist wie 1859 und 1870 die Einheit und Unabhängigkeit unseres Volkes gemäß dem freien Volkswillen. Wir streben danach, an der Bildung jenes Kräftegleichgewichtes mitzuwirken, das die Bedingung und Gewähr wechselseitiger Achtung und gegenseitiger Zugeständnisse, dieser wesentlichen Elemente von Freiheit und Billigkeit, in der sozialen Gemeinschaft der Individuen und Völker bildet. Wir streben keine anderen Grenzen an als solche, die wirklich eine Schutzwehr der Unabhängigkeit unseres Landes sein sollen."

England.

Lloyd George widersprach am 29. Juni den Anklagen der Deutschen und ihrer Freunde, daß der Krieg allein von England sträflicherweise entfesselt worden sei: Ferner meinte er: „So segensreich die russische Revolution zweifellos ist, hatte sie doch die Wirkung, den Sieg zu verzögern, aber sie hat ihn zugleich sicherer denn je gemacht und, was noch wichtiger ist, sie hat den Wert des Sieges, den wir erringen werden, größer gemacht. Viele waren besorgt beim Gedanken an die Friedenskonferenz zur Regelung der Zukunft der Demokratie unter der Teilnahme von Vertretern der reaktionärsten Autokratie der Welt. Rußland ist jetzt frei ... Die Angriffe der Unterseeboote müssen abgeschlagen oder in Grenzen gehalten werden. Unsere Verluste sind schwer und nötigen uns zu Einschränkungen. Aber nach sorgfältiger Berechnung werden uns die Unterseeboote weder aushungern noch unsere Heere über See von den Schlachtfeldern verdrängen. Wenn wir alles tun, werden die deutschen Unterseeboote einen fast ebenso großen Fehlschlag bedeuten wie die deutschen Zeppeline. Mit Stetigkeit und Nervenkraft ist uns der Sieg so sicher, wie daß morgen die Sonne aufgeht ... Man sagt, Deutschland sei bereit, uns Genugtuung und Frieden zu geben; denn es braucht den Frieden; aber es wäre ein Friede, der Deutschland die wirtschaftliche und sonstige Aufsicht über die Länder gäbe, die es besetzt hat ...

Mesopotamien, einst der Garten Eden, die Kornkammer der Welt, ist jetzt unter türkischer Herrschaft eine Wildnis. Es kann ihr nicht überlassen bleiben. Ebenso Armenien. Für das Schicksal der deutschen Kolonien müssen die Wünsche der Einwohner ausschlaggebend sein. Unentwickelte Völker brauchen sanftere Hände als die deutschen. Der österreichische Ministerpräsident hat soeben den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker entschieden abgelehnt. Aber solange das nicht erreicht wird, gibt es keinen Frieden mit Gewähr für seine Dauer. Für einen dauernden Frieden liegt die Gewähr in der Vernichtung der militärischen Macht Preußens. Die beste Gewähr würde die Demokratisierung der deutschen Regierung sein. Niemand will den Deutschen die Art der Regierung vorschreiben, aber wir würden mit einem demokratisierten Deutschland in ganz anderem Geist, Haltung und Gesinnung unterhandeln als mit einem, das vom angriffslustigen anmaßenden Geist des preußischen Militarismus beherrscht wird... Ich rufe die Völker auf, daß sie fortfahren im Kampf für das große Ziel des internationalen Rechtes, so daß nie wieder barbarische Gewalt das Zepter schwingen möge." — Bald darauf prahlte Lloyd George: „Wir haben die gewaltige deutsche Armee unter die Erde getrieben. Es muß eine große Erniedrigung für das deutsche Heer sein, daß es sich in Erdlöchern verstecken muß. Das ist Kaninchentaktik ..." Aber das war die moderne Taktik aller Heere.

Wilson. Gelegentlich eines Besuches einer amerikanischen Abordnung in Rußland teilte Wilson am 10. Juni durch den Botschafter Francis in Petersburg noch genauer seine Kriegsziele mit: „Die Machthaber in Deutschland haben, um der unvermeidlichen endlichen Niederlage zu entgehen, jedes verzweifelte Mittel angewendet... Amerika sucht keinen sachlichen Gewinn, keine Vergrößerung, es kämpft für keinen selbstsüchtigen Vorteil, sondern für die Befreiung aller Völker von den Angriffen einer autokratischen Regierung. Die herrschenden Klassen Deutschlands haben kürzlich begonnen, derartige freiheitliche Grundzüge ebenfalls zu verkünden. Sie tun es zum Schutz ihrer unrechtmäßigen Macht und für ihre besondern Machtpläne, die von Berlin nach Bagdad und darüber hinausgehen. Die Maschen dieses Netzes müssen zerrissen werden, und es müssen Maßnahmen getroffen werden, daß das Netz niemals wieder gewebt oder ausgebessert wird. Der Status quo ante muß geändert werden, damit so etwas Schreckliches wie dieser Krieg niemals wieder entstehe. Wir kämpfen für Freiheit, Selbstregierung, Entwicklung der Völker. Das Unrecht muß wieder gutgemacht werden, Sicherheiten müssen geschaffen werden, daß es nicht wieder begangen werde. Aber alle Wiedergutmachungen müssen einen Grundsatz verfolgen: Kein Volk darf unter eine Herrschaft gezwungen werden, unter der es nicht zu leben wünscht. Kein Gebiet darf den Besitzer wechseln, außer zum Zweck, den Bewohnern eine gute Möglichkeit zum Leben und zur Freiheit zu sichern. Entschädigungen dürfen nur insoweit verlangt werden, als sie die Bezahlung für offenbares Unrecht bilden... Die freien Völker der Welt, müssen zu

einem gemeinsamen Abkommen gelangen, um den Frieden und die Gerechtigkeit zu sichern. Die Verbrüderung der Menschheit darf keine leere Phrase bleiben. Ihr muß aber eine Grundlage von Kraft und Wirksamkeit gegeben werden. Die Nationen müssen eine werktätige Gemeinde schaffen, um dieses Leben gegen die Angriffe einer autokratischen Macht zu sichern. Wenn dies nicht jetzt geschieht, wird es nie geschehen."

Die Beziehungen Deutschlands zu Haiti und der Dominikanischen Republik wurden abgebrochen.

Die ärgste Vergewaltigung vollendeten die Alliierten, als sie am 12. Juni nach einer Besprechung ihres Oberkommissärs Jonnart mit dem Ministerpräsidenten Zaimis die Abdankung des Königs Konstantin von Griechenland im Namen der „Schutzmächte" verlangten. Zaimis erkannte (wie es hieß) die „Uneigennützigkeit der Mächte an, deren einziges Ziel die Wiederherstellung der Einigkeit Griechenlands auf Grund der Verfassung sei." Die Abdankung geschah nach Zusammentritt des Kronrates, der aus den ehemaligen Ministerpräsidenten bestand; sie erfolgte zugunsten des Königsohnes Alexander (nicht des Thronfolgers, den die Mächte ausschlossen). Der König verließ alsbald mit der Königin Sophie, dem Kronprinzen Georg, Prinz Paul und den Prinzessinnen Athen, um sich zu Schiff nach Tarent, und von da in die Schweiz zu begeben, wo er am 19. anlangte. Es wurde ein Ministerium Venizelos gebildet. Den Mittelmächten wurde am 30. der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mitgeteilt, da griechische Truppen an der makedonischen Front kämpften. Griechenland.

Im Kriege gegen Rußland und Rumänien lebte die Feuertätigkeit in Ostgalizien wieder auf. — Im Krieg gegen Italien entbrannten neue Kämpfe am Isonzo, auf der Hochfläche der sieben Gemeinden und im Suganatal. Doch konnte am 4. Juni gemeldet werden, daß die zehnte Isonzoschlacht nach neunzehntägigem Ansturm auf einer Front von vierzig Kilometer, die von mindestens fünfunddreißig Divisionen angegriffen wurde, also von der Hälfte des gesamten italienischen Heeres, abflaue. Man rechnete, daß die Italiener an Toten und Verwundeten mehr als 160.000 Mann und an unverwundeten Gefangenen 16.000 Mann verloren hatten. — In Nordfrankreich und Flandern wurde ohne Entscheiduug weitergekämpft. Kämpfe.

Juli.

Weniger mit der fortschreitenden Friedensentschlossenheit der Mittelmächte als mit innerpolitischen Fragen hing es zusammen, daß nach achtjähriger Kanzlertätigkeit Bethmann Hollweg zurücktrat und an seine Stelle der bisherige Unterstaatssekretär Doktor Michaelis berufen wurde (14. Juli). Der letzte von Bethmann gegengezeichnete Akt war der kaiserliche Auftrag, einen Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahl- Michaelis.

rechts zum preußischen Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen. Die Vorlage sollte so frühzeitig eingebracht werden, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden konnten (11. Juli).

Am selben Tag, da Bethmann schied (14. Juli), einigte sich die Mehrheit des Reichstages, die sich zusammensetzte aus den Fraktionen des Zentrums, der fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Elsaß-Lothringer usw. auf folgendes Friedensprogramm: „Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: Uns treibt nicht Eroberungssucht. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit und für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen, politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne, die auf die wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Krieg ausgehen, ab. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der wirtschaftliche Friede wird dem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen . . .“

Friedensresolution.

Michaelis.

Darüber sprach am 19. Juli der neue Kanzler Michaelis, nachdem er seinem Vorgänger Worte der Anerkennung widmete: „An dem hochverdienten Manne ist herbe Kritik geübt worden mit Feindschaft und Haß . . . Wenn ich nicht fest glaubte an die Gerechtigkeit unserer Sache, dann hätte ich das Amt nicht übernommen. Wir müssen uns täglich die Ereignisse vor Augen halten, die beweisen, daß wir zum Kriege gezwungen wurden. An einer Konferenz teilzunehmen, während deren Dauer die Mobilmachung Rußlands weiterging, wäre Selbstmord gewesen . . . Uns blieb keine Wahl . . . Wir weisen auch den Vorwurf zurück, daß der Unterseebootkrieg völkerrechtswidrig sei und gegen die Menschenrechte verstoße. England hat uns die Waffe in die Hand gedrückt. Durch seine völkerrechtswidrige Seesperre hat es den neutralen Handel mit Deutschland unterbunden und den Aushungerungskrieg proklamiert. Unsere schwache Hoffnung, daß Amerika an der Spitze der Neutralen der englischen Gesetzwidrigkeit Einhalt tun würde,

ist eitel gewesen. Der letzte Versuch, den Deutschland gemacht hat, durch ein ehrlich gemeintes Friedensangebot das äußerste zu vermeiden, ist fehlgeschlagen. Darum mußte Deutschland dieses letzte Mittel wählen als eine in der Notwehr erprobte Gegenmaßregel und auch bis zum außersten durchführen zur Abkürzung des Krieges. Der U-Boot-Krieg leistet das, was von ihm erhofft wurde, und noch mehr. Er schädigt Englands Wirtschaft und Kriegführung von Monat zu Monat wachsend . . . Die Berichte der Heeresleistung über die militärische Lage sind sehr gut. Im Westen sind die Offensiven der Engländer und Franzosen gescheitert, die Gegenangriffe unserer Heere beweisen ihre ungebrochene Kraft und ihr besseres Können. Im Osten ist infolge der russischen Wirren der Angriff der Millionenheere nicht zur Ausführung gekommen. Es trat verhältnismäßig Ruhe ein. Erst nachdem falsche Nachrichten und Hetzereien die Soldaten in Rußland von neuem aufgestachelt hatten, kam es zur jetzigen Offensive. Ihr Ziel war Lemberg und die Ölgruben bei Drohobycz, um unsern Tauchbootkrieg zu schädigen. Brussilow hat mit ungeheuren Opfern nur geringe Vorteile erzielt, und diese sind nun wieder ausgeglichen. — Griechenland, durch Gewalt gezwungen, ist in den Krieg gegen uns eingetreten. Unsre gemeinsame, mit Bulgarien gehaltene Front hält stand. Den Italienern wird die elfte Isonzoschlacht nicht das ersehnte Ziel des Wortbruchs bringen, nämlich Triest. Im Kaukasus und in Paläſtina hat der Kampf wegen der Jahreszeit ausgesetzt; wenn er wieder aufflammt, wird der Feind das türkische Heer neu gerüstet finden. Die hoffnungsvolle Stimmung der Ententeländer über das Eingreifen Amerikas geben wir ohne schwere Bedenken zu. Wir haben aber ausgerechnet, wieviel Frachtraum erforderlich ist, um eine neue Armee von Amerika nach dem europäischen Kontinent zu bringen, wieviel Tonnage dazu gehört, sie zu ernähren. Wir können jeder weiteren Entwicklung der militärischen Ereignisse mit ruhiger Sicherheit entgegensehen, und trotzdem ist in allen Herzen die brennende Frage: wie lange noch der Krieg dauern soll. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt, es hat ihn nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, um seine Macht gewaltsam zu vergrößern, darum wird es auch den Krieg nicht länger führen, wenn er einen ehrenvollen Frieden bringt . . . Wir können den Frieden nicht noch einmal anbieten. Die Hand, die friedensbereit ausgestreckt war, hat ins Leere gegriffen. Wir müssen erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches sichergestellt werden. Wir müssen im Wege der Verständigung und des Ausgleiches die Lebensbedingungen des Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren. Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden. Er muß der weiteren Verfeindung der Völker durch wirtschaftliche Absperrungen vorbeugen, er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund gegen uns auswächst . . . Es hat die schmerzliche Erfahrung gemacht werden müssen, daß infolge der Kriegswirtschaft das Verhältnis der Bevölkerung in Stadt und Land eine Trübung erfahren hat . . . Es muß gegenseitiges Verständnis der Schwierigkeiten bestehen. Die erfreuliche Erscheinung der Verpflanzung von Hunderttausenden von Kindern auf das Land kann es vielleicht mitbewirken . . . Ich halte es für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und der Regierung dadurch enger wird, daß Männer an leitende Stellen berufen werden, die auch das volle Vertrauen der großen Parteien der Volksvertretung genießen . . . Das, was wir ersehnen, ist ein neues, ein

herrliches Deutschland, das nicht die Welt mit Waffengewalt terrorisieren will, nein, ein sittlich geläutertes, ein gottesfürchtiges, treues, friedliches, machtvolles Deutschland." Darauf unterbreitete der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach die Friedensresolution zur Annahme. Er sagte unter anderem von Bethmann: „Es hat etwas Tragisches an sich, daß dieser Mann fallen mußte, als sich der Reichstag zu einer Friedenskundgebung entschloß." Es ertönte von rechts der Zwischenruf: „Erzberger!" Der Sozialdemokrat Scheidemann sagte darüber: „Wir Sozialdemokraten waren Gegner des abgegangenen Kanzlers. Aber unsere Gegnerschaft war sachlich und unterscheidet sich von einer andern Gegnerschaft, die persönlich angriff ... Die reaktionäre Wirtschaft vor dem Krieg ist unsere tragische Schuld ... Wir bekämpften im Ausschuß den Tauchbootkrieg; wir wollten nicht, daß der Weltbrand auch die andere Welthemisphäre ergreife. Wir glaubten, der Schaden werde größer sein als der Nutzen. Wir drangen nicht durch. Man hat den U-Boot-Krieg als ein Mittel angesehen, den Krieg noch in diesem Sommer zu beenden. Diese Illusion mußte zusammenbrechen. Die Wahrheit ist, daß wir den Krieg mit militärischen Mitteln ebensowenig zu Ende bringen können, wie unsre Gegner ... Wenn eine solche Resolution im englischen Unterhaus eingebracht würde, so könnten morgen die Friedensverhandlungen beginnen ... Eine kraftvolle Politik kann aber nicht ohne freudiges Bekenntnis zur Demokratie betrieben werden. Ob man vom parlamentarischen Regime spricht oder von konsequent durchgeführter Demokratie, darauf kommt es nicht an, das ist nur ein Name. Aber das Ganze ist kein Parteiziel, sondern ein deutsches Volksziel ... Der Reichstag muß aus eigener Entschließung der auswärtigen Politik des Landes die Richtlinien vorschreiben. Solche Abenteuer wie die in Mexiko und Christiania müssen unmöglich gemacht werden." — Payer von der fortschrittlichen Volkspartei brachte den Abgang Bethmanns mit der fortschreitenden Demokratisierung und Parlamentarisierung zusammen. — Unter Heiterkeit wurde eine Resolution der unabhängigen Sozialdemokraten verlesen, die die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen, den Friedensschluß auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die Sühne des begangenen Unrechts, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Schaffung einer sozialen Republik forderte. — Im Namen der Konservativen begrüßte Graf Westarp den neuen Kanzler, bedauerte aber die Friedensresolution, da sie nur den Kriegsmut der Feinde stärke und den Krieg verlängere. Der Friede sei nur vom Sieg zu erwarten. „Zu Friedensverhandlungen wird Deutschland bereit sein, sobald die Feinde unter Verzicht auf zwangsweise Gebietserwerbungen und Entschädigungen sie anbieten ... Unsere Grenzmarken müssen in Zukunft besser geschützt sein." Auch die Nationalliberalen lehnten durch Prinz Schönaich-Carolath die Resolution ab: „Nach drei schweren Kriegsjahren steht das deutsche Volk mit seinen Verbündeten in ungebrochener Kraft einer Welt von Feinden gegenüber. Unsere Heere stehen in Feindesland; größer als das deutsche Reich sind die von ihnen besetzten Gebiete; die Leistung unserer Tauchboote hat alle Erwartungen erfüllt. Ihre Zahl wächst, mit ihr die Verluste der Feinde an Schiffsraum bis zu einem Grad, der von ihnen auf die Dauer nicht ertragen werden kann. Uns treibt nicht Eroberungslust. Setzen die Gegner unter dem Einfluß des Eroberungswillens den Krieg fort, so fällt die Verantwortung auf ihr Haupt." —

Der unabhängige Sozialdemokrat Haase bezeichnete die Ernennung des neuen Reichskanzlers als Brüskierung des Reichstages und meinte, die Demokratisierung Preußens und des Reiches werde nur durch Kampf erreicht werden. Er zeigte sich ganz vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat abhängig. Die Resolution wurde schließlich mit 214 gegen 116 Stimmen, bei 17 Stimmenenthaltungen, angenommen.

Michaelis und Graf Czernin tauschten am 18. Juli hoffnungsvolle Begrüßungsdepeschen aus. — Am 28. sprach sich der deutsche Reichskanzler über die feindlichen Eroberungspläne gegenüber Pressevertretern aus: „Die letzten Reden und Verhandlungen haben wieder bewiesen, daß man nur die gänzliche Unterwerfung Deutschlands wolle. Frankreich hat noch kurz vor dem Ausbruch der russischen Revolution mit der Regierung des Zaren, die Lloyd George neulich als eine geistig verkommene Autokratie bezeichnete, weitgehende Eroberungspläne vereinbart. Dieser Vertrag sicherte Frankreich Elsaß-Lothringen, dazu das Saarbecken und weitgehende Gebietsveränderungen am linken Rheinufer ganz nach Gutdünken Frankreichs. Als Tereschtschenko darüber Gewissensbedenken hatte, reiste Thomas nach Rußland, ihm diese auszureden. Das Rußland der Revolution müsse das halten, was das Rußland des Zaren versprochen habe. Die russische Revolution sei mit französischem Blut erkauft worden. — Die „Times“ und andere feindliche Blätter verbreiteten eine Mitteilung über einen Kronrat, der in Potsdam am 5. Juli 1914 bei Kaiser Wilhelm unter Teilnahme der führenden politischen und militärischen Persönlichkeiten Deutschlands und Österreichs stattgefunden haben soll und in dem der Plan zur Entfesselung des Weltkrieges entworfen worden wäre. Dies wurde deutscherseits als freie Erfindung bezeichnet (31. Juli). Czernin.

In seiner späteren Rede vom 11. Dezember 1918 sprach sich Graf Czernin einen starken Einfluß auf die deutsche Friedensresolution zu. Einer seiner Freunde habe auf sein Ersuchen mehrere Unterredungen mit Südekum und Erzberger gehabt, die er durch Schilderung der Lage in Österreich bestärkte, jene Reichstagsresolution für einen Verständigungsfrieden durchzusetzen. Im Wiener „Fremdenblatt“ erschien am 21. Juli ein offenbar von der Regierung inspirierter Artikel voll Jubel über die deutsche Friedensresolution: „Seit gestern geht es nicht mehr an, einen Zwiespalt zwischen Wien und Berlin in der Friedensfrage zu konstruieren.“ Der Thronrede Kaiser Karls vom 31. Mai entspricht jetzt die deutsche Resolution über einen Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker. „Auf dieser Grundlage sind wir bereit, der Menschheit die Wege zu den Segnungen eines Friedens zu eröffnen, der, unter den Schutz internationaler Vereinbarungen gestellt, wirksame Bürgschaften gegen die Wiederkehr eines Unglücks schafft, wie es der jetzige Weltkrieg ist. Die Kriegführenden werden ein Rechtssystem schaffen müssen, welches bei Streitfällen zwischen den Staaten den Appell an die Waffen verhindert ...“ — Als Czernin am 28. Juli Vertreter österreichischer und ungarischer Blätter empfing, sagte er: „Es fällt auf, daß man in den Ententestaaten den deutschen Reichstag, der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt ist, ebenso ignoriert wie die ganze soziale Gesetzgebung, in der Deutschland den westlichen Ländern weit voraus ist ... Da ich von der Überzeugung durchdrungen bin, daß es der Entente nie gelingen wird, uns niederzuwerfen, und da wir in unserer Verteidigungsstellung

nicht die Absicht haben, Gegner zu zerschmettern, wird dieser Krieg früher oder später in einen Verständigungsfrieden münden müssen. Hieraus folgt der Schluß, daß die weiteren Opfer und Leiden zwecklos sind. Aber niemand möge sich darüber täuschen, daß dieser Friedenswunsch seine Grenzen hat und sich nur innerhalb des Rahmens der Ehre vollziehen kann. Wir werden nur gemeinsam mit unsern treuen Bundesgenossen Frieden schließen, wir werden gemeinsam mit ihnen den Kampf bis zum äußersten weiterführen, wenn auf der gegnerischen Seite der Wille oder das Verständnis für diesen Standpunkt nicht aufzubringen sind. Wir haben ein Recht auf Leben und Entwicklung wie die andern Völker der Erde . . . Die Demokratisierung der Verfassungen ist ein Erfordernis der Zeit. Aber Österreich wie Ungarn verwahren sich gegen fremde Einmischungen . . .“

Im russischen Riesenreich machten sich Autonomiebestrebungen geltend. Ukraine. So beschloß der ukrainische Volksrat, auf den Widerstand der provisorischen Regierung keine Rücksicht zu nehmen und das ukrainische Volk durch ein Edikt aufzufordern, sich als autonome Nation zu organisieren. Bereits waren mehr als zweitausend Delegierte von der Front in der ukrainischen Hauptstadt eingetroffen, um trotz dem Verbote des Kriegsministers Kerenskij am Kongreß der Armee teilzunehmen. Der Kongreß, von der Bevölkerung begeistert begrüßt, erließ ein Manifest, worin er die provisorische Regierung der feindlichen Gesinnung gegen die Ukraine beschuldigte und beschloß, die Reichsbank und die Proviantlager besetzen zu lassen. Er stellte an die provisorische Regierung ein Ultimatum mit folgenden Forderungen: Feierliche Proklamation der ukrainischen Autonomie, Vereinigung der zwölf ukrainischen Gouvernements zu einer administrativen Einheit; Organisierung der Armee. An die Spitze des ukrainischen Kabinetts trat der Romanschriftsteller Wenitschenko; das Auswärtige übernahm der Literaturprofessor Efremow, den Ackerbau der Publizist Markow, den Krieg der Historiker Petljura, die Justiz der Advokat Sudowski (12. Juli). — Die Petersburger provisorische Regierung gab nach, indem sie am 16. Juli ein besonderes Generalsekretariat für die Verwaltung der ukrainischen Gebiete bestellte im Einvernehmen mit dem ukrainischen Zentralrat und ergänzt durch Vertreter der andern die Ukraine bewohnenden Völker. Es wurde zugleich eine Lösung der Landfrage versprochen. Aber die Einheit der Armee müsse gewahrt bleiben. Man wollte Poltawa zur Hauptstadt der zukünftigen Ukraine machen, da Kiew zu sehr russifiziert sei. Das führte aber zu Konflikten.

Die Unabhängigkeit Finnlands wurde am 19. Juli vom finnischen Landtag in Helsingfors proklamiert.

Infolge der zwischen den sozialistischen Ministern und denen der Kadettenpartei aufgetauchten Meinungsverschiedenheit in der Frage der Selbstverwaltung der Ukraine gaben am 17. Juli die Kadettenminister ihre Demission. Fürst Lwow demissionierte am 22. Juli als Ministerpräsident wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und den sozialistischen Ministern

in der Agrarfrage. An seine Stelle trat Kerenskij. — Am selben Tag erließ die Regierung folgenden verzweifelten Aufruf infolge der Vorgänge an der Front, an der die Mittelmächte den Versuch einer russischen Offensive in Ostgalizien mit einem siegreichen Gegenangriff beantworteten: „Bürger! Eine furchtbare Stunde hat geschlagen. Die Heere des Deutschen Kaisers haben die Front der russischen revolutionären nationalen Armee durchbrochen. Diese schreckliche Operation wurde ihnen erleichtert durch verbrecherischen Leichtsinn, blinden Fanatismus und Verrat ... Die Regierung will alle Kräfte zum Kampf gegen den auswärtigen Feind und zur Verteidigung des neuen Regierungssystems gegen anarchistische und gegenrevolutionäre Anschläge anwenden. Gleichzeitig wird sie ihre auswärtige Politik so regeln, daß kein Blutstropfen für Ziele vergossen wird, die den Zielen der Demokratie und den proklamierten Friedensworten fremd sind. Zu diesem Zweck hat sie die Absicht, die Verbündeten zu einer gemeinsamen Konferenz für den August einzuladen ... Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sollen am 30. September stattfinden. Die Gemeinde- und Semstwoautonomie, die Organisation der örtlichen Behörden soll durchgeführt werden. Die Rangsklassen und die nichtmilitärischen Auszeichnungen werden abgeschafft werden, Gesetze zum Schutz der Arbeit und über den achtstündigen Arbeitstag werden erfolgen. Die zukünftige Agrarreform wird den Grundsatz der Rückgabe des Bodens an die landwirtschaftlichen Arbeiter zur Folge haben." — Der Arbeiter- und Soldatenrat faßte am 23. folgende Entschließung: „In der Erkenntnis, daß die Lage an der Front und im Innern des Landes einen militärischen Zusammenbruch, eine Katastrophe der Revolution und den Triumph der antirevolutionären Kräfte herbeizuführen droht, beschließen wir: 1. Das Land und die Revolution sind in Gefahr. 2. Die vorläufige Regierung wird als Regierung der Rettung der Revolution verkündet. 3. Der Regierung wird unbeschränkte Gewalt gewährt zur Wiederherstellung der Organisation und der Mannszucht der Armee, zum Kampfe bis aufs äußerste gegen die Gegenrevolution und Anarchie sowie zur Verwirklichung des gesamten Programms der Regierung." Die Annahme der Entschließung erfolgte einhellig mit 252 Stimmen. 47 Abgesandte, zumeist Maximalisten, enthielten sich der Abstimmung.

Kerenskij.

Indessen hatten sich die Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrates in Stockholm mit dem dortigen holländisch-skandinavischen Komitee besprochen. Ihrer „Plattform" traten auch die deutschen und ungarischen Vertreter bei; so Viktor Adler. Man erließ am 13. eine Einladung zur Internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm für den 15. August, mit folgendem Programm: 1. Weltkrieg und Internationale. 2. Friedensprogramm. 3. Mittel und Wege zu dessen Verwirklichung und zur raschen Beendigung des Krieges. Die Zimmerwalder Konferenz sollte fünf Tage vorher stattfinden. — Am 19. empfing das Stockholmer Komitee ägyptische, persische, indische und türkische Abordnungen zur Information. Eine flämische Abordnung aus Belgien verlangte den Wiederaufbau Belgiens auf Kosten aller Kriegführenden.

Stockholm.

Eine wichtige Rede über Belgien hielt Lloyd George am 21. Juli: „Belgien ist der Torweg zwischen den Mittelmächten und dem Westen. Die Hälfte der großen Schlachten der letzten Jahrhunderte sind auf diesem Boden geschlagen worden. Ein moderner Staatsmann hat daher den Plan gefaßt,

Belgien.

Belgien sozusagen außerhalb der Schranken zu stellen. Der belgische Neutralitätsvertrag war ein Schlußstein des europäischen Rechtes. Belgien, dem Torwärter der europäischen Freiheit, wurde so das höchste, gefährlichste Amt übertragen. Deutschlands Vorschlag an Belgien war der Vorschlag eines Mörders, der einem Manne sagt: Öffne mir deine Tür, damit ich deinen friedlichen Nachbar berauben kann! Aber Belgien litt dafür, daß es sein hohes Amt nicht verriet. Es wird endlich zum Lohne größer sein als je vorher. Die Erlösung Belgiens kommt sicher. Wir haben unterdessen einen neuen Kanzler in Deutschland. Die Junker haben den alten Kanzler mit seinem Fetzen Papier in den Papierkorb geworfen. Bald wird das Junkertum folgen. Die Rede des neuen Kanzlers enthielt Sätze für Demokraten und für Junker. Es sollten Männer aus dem Reichstag zu den Ämtern berufen werden; aber sie werden nicht Minister, sondern Schreiber sein. Augenblicklich bedeutet die Rede, daß die Militärpartei gewonnen hat. In jener Rede ist keine Hoffnung für Belgien. Selbst wenn Belgien wiederhergestellt würde, wird die Wiederherstellung Lug und Trug sein. Ich finde in der Rede eine falsche Demokratie für Deutschland, einen falschen Frieden für Europa. Deutschland verliert eine Illusion nach der andern: zuerst den Feldzug von sechs Wochen, dann die Umgehung der Blockade durch Öffnung des Weges nach Bagdad, um zu den Hilfsquellen der Welt zu gelangen, dann die Zeppelinangriffe, endlich die Tauchboote. Die Deutschen haben uns unterschätzt. Sie machen denselben Fehler betreffs Amerikas. Es ist nicht wahr, daß die Deutschen für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlands kämpfen. Je freier und unabhängiger Deutschland ist, desto mehr gefällt es uns. Die Feinde der Freiheit und der Unabhängigkeit Deutschlands sind seine eigenen Regierenden und nicht die alliierten Mächte. Wir könnten mit einem freien Deutschland Frieden schließen, aber mit einem von der Autokratie beherrschten Deutschland nicht ... Rußland ist nun eine große Demokratie geworden. Es ist jetzt ein Kampf zweier bestimmter Gruppen: einer demokratischen und einer autokratischen." So sprachen die Aussauger Irlands, Indiens

England. und Ägyptens! — Edw. Carson, das neue Mitglied des Kriegskabinetts, sagte am 21. in Belfast: „Wenn die Deutschen große Bußfertigkeit für ihre Verbrechen an der Menschheit zeigen, dann wird unser friedliebendes Volk in Verhandlungen eintreten, um die Welt von den Schrecken des Krieges zu befreien." — Lord Cecil meinte am 24. Juli im Unterhaus, England müsse treu zu den Verbündeten halten. Über Elsaß-Lothringen habe Frankreich seine Wünsche auszusprechen usw. In der Rede des deutschen Reichskanzlers Michaelis beanständete er, daß Deutschland einen siegreichen Frieden verlange und jede demokratische Änderung der deutschen Verfassung ablehne. Das sei sehr schlimm. — Balfour erklärte am 30. im Unterhaus: „Wir wünschen, daß die Nationen, aus denen Österreich-Ungarn zusammengesetzt ist, in der Lage seien, auf eigenen Füßen ihre eigene Zivilisation zu entwickeln ... Wir wünschen die Aussichten auf einen künftigen Krieg zu verringern, indem wir die berechtigten nationalen Bestrebungen befriedigen. Wenn wir nach diesem Kriege die europäische Karte verbessern wollen, so wünschen wir eine Karte von längerer Dauer, als sie ein Kongreß je geschaffen hat; denn könnte jemand zweifeln, daß die Rückgabe des Gebietes, das Frankreich vor sechsundvierzig Jahren gewaltsam geraubt wurde, eine notwendige Gebietsveränderung sei? Der Friede, den wir wünschen, wird, wie wir hoffen, auf dem Wachstum einer natio-

nalen Moralität beruhen, auf der Bedeutung der internationalen Beziehungen, auf einer Regelung des Gemeinwesens Europas, die es den Friedensstörern bedeutend schwer machen wird, den Boden zu finden, wo sie ihre verhängnisvolle Saat säen können. Wie kann man dieses Ziel erreichen? Wie wollen wir mit großen, alten Monarchien wie Österreich-Ungarn verfahren? Wie werden Deutschland und Österreich-Ungarn ihre inneren Probleme lösen, die sie selbst und niemand anders lösen muß? Es ist erklärt worden, daß es schwer sei, über einen dauernden Frieden zu verhandeln, wenn man es mit einem Gemeinwesen zu tun hat, das durch die finsteren Pläne einer Weltherrschaft korrumpiert ist und nicht auf dem Volkswillen beruht.[1]) Aber das bedeutet nicht, daß jemand so töricht sei, anzunehmen, man könne Deutschland von außen her eine Verfassung auferlegen. Wenn man in Deutschland einsieht, daß das imperialistische System zu großem Unheil führen muß, können die Ideen von 1848 wieder aufleben." — Ponsonby bedauerte, daß Balfour ungebührlichen Nachdruck auf die elsaß-lothringische Frage gelegt habe. Snowden erklärte, es habe den Anschein, als ob die britische Regierung mehr als jede andere einem baldigen Friedensschluß im Wege stehe. Die Regierung kenne nicht die friedliebenden Ansichten der Mehrheit des Volkes und der Soldaten. Wenn der Krieg noch länger dauere, werde Frankreich ebenso die Revolution haben wie Rußland. Es bestehe keine Hoffnung, daß in zwölf Monaten die militärische Lage besser sein werde als jetzt. Nur würde eine weitere Million Menschenleben geopfert, die Staatsschuld um weitere Milliarden Pfund vergrößert werden. Im Namen der Menschheit fordere er, daß der Krieg sofort beendet werde. Der Liberale Lars Smith betonte, wenn die Regierung bei der Politik des Handelsboykotts und des Wirtschaftskrieges beharre, treibe sie in einen neuen Krieg hinein. Kein Volk werde den Handelsboykott über sich ergehen lassen.

Die albernste Episode des Weltkrieges war es, daß König Georg von England am 17. Juli für sich und sein Haus den Familiennamen Windsor statt Koburg annahm. Die lustigen Weiber von Windsor werden darüber gelacht haben. Deshalb blieb er doch ein Koburg, wie Levy ein Jude bleibt, wenn er sich auch Löwe nennt.

Über die Balkanfragen hielten die Alliierten eine Konferenz in Paris ab (25. Juli). Die militärischen Beschlüsse blieben geheim; im allgemeinen wurde die Erklärung abgegeben: „Die enger denn je zur Verteidigung des Völkerrechts besonders auf der Balkanhalbinsel vereinigten alliierten Mächte sind entschlossen, die Waffen erst niederzulegen, wenn sie das Ziel erreicht haben, das in ihren Augen alles andere beherrscht, nämlich die Wiederkehr eines verbrecherischen Angriffes unmöglich zu machen, wie jener war, für den der Imperialismus der Mittelmächte die Verantwortung trägt." (Das hieß die Sache auf den Kopf stellen.)

Griechenland brach die Beziehungen zur Türkei und zu Bulgarien ab (1. und 2. Juli). Siam notifizierte am 28. Juli die Kriegserklärung an Deutschland und Österreich.

Das am 1. Juli proklamierte Kaisertum des jungen Hsüan-Tung in China hielt sich nur acht Tage. Der Kaiser dankte bereits am 7. Juli wieder ab.

---

[1]) England redet von Weltherrschaft! Es weiß nicht, daß der Reichstag den deutschen Volkswillen darstellt!

Russen. Über die Zersetzung im russischen Heer gaben ein klares Bild folgende ungeschminkte russische Berichte vom 22. und 24. Juli: „Unsere Truppen verweigerten den Befehlen ihrer Führer jeden Gehorsam, zogen sich zurück, oder ergaben sich dem Feinde. Einzig die 155. Infanteriedivision setzte dem Gegner Widerstand entgegen, ebenso Panzerautomobile, die auf die deutsche Kavallerie schossen. Trotz unserer erdrückenden Überlegenheit an Streitkräften und technischem Kriegsmaterial in allen Abschnitten des Angriffsraumes dauert unser Rückzug ohne Unterbrechung fort, da es unsere Truppen vollständig an Stabilität mangeln lassen, unaufhörlich darüber beratschlagen, ob man den oder jenen Befehl ausführen soll, und der verbrecherischen Propaganda der maximalistischen Sozialdemokraten ein aufmerksames Ohr schenken. — Ganze Divisionen verließen ohne Druck seitens des Gegners aus eigener Initiative ihre Gräben. Mehrere Abteilungen weigerten sich, während des Kampfes militärische Befehle zu befolgen. Doch ist die Tapferkeit der Offiziere, die ungeheure Verluste erlitten haben, hervorzuheben. Sie legten heldenmütige Tatkraft an den Tag, um die Soldaten zu verhindern, sich in Massen zurückzuziehen.“ — Nach anfänglichem Vorstoß der Russen bei Zborow nahmen am 24. Juli österreichische Truppen Stanislau und Nadworna, deutsche Kräfte Tarnopol, verbündete Truppen am 27. Juli Kolomea. Zu Ende des Monats wurde die Reichsgrenze überschritten.

Kämpfe. In Albanien und an der makedonischen Front trat verhältnismäßige Ruhe ein. Ebenso kamen im Krieg gegen Italien die großen Operationen zum Stillstand. Heftiger waren die Kämpfe in Nordfrankreich und die Artillerieschlacht in Flandern. Besonders um den Chemin des Dames wurde erbittert gerungen. — Eine Statistik der gegenseitig abgeschossenen Flugzeuge aller Art ergab eine starke Überlegenheit auf deutscher Seite; es wurden seit Beginn des Krieges 2298 feindliche, 683 deutsche Flugzeuge abgeschossen. Die Kriegsschiffverluste der Entente bezifferten sich seit Kriegsbeginn auf 265 Einheiten mit fast einer Million Tonnen; davon entfielen auf England 166 Einheiten. Die gesamten Kriegsschiffverluste waren um 28.000 Tonnen größer als der Bestand der amerikanischen Kriegsflotte zu Beginn des Krieges.

Hindenburg. In Erwiderung des Besuches, den der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabs v. Arz im deutschen Hauptquartier abgestattet hatte, trafen Hindenburg und Ludendorff am 1. Juli beim österreichischen Armeeoberkommando ein. Daran schlossen sich auch Besprechungen in Wien an. Hier äußerte sich Hindenburg über die gegenwärtige Lage folgendermaßen: „Der Krieg ist für uns gewonnen, wenn wir den feindlichen Angriffen standhalten, bis der Unterseebootkrieg sein Werk getan hat. Unsere Boote machen gute Arbeit; sie zerstören die feindlichen Lebensbedingungen stärker, als wir dachten; in nicht ferner Zeit werden unsere Feinde zum Frieden gezwungen sein. Sie wissen das, und deshalb werden sie trotz der schweren Niederlagen, die sie am Isonzo, in Tirol, an der Aisne und bei Arras in diesem Frühjahr erlitten haben, ihre Angriffe fortsetzen müssen, mögen sie auch noch so aussichtslos sein. Auf die Hilfe der Amerikaner können sie nicht mehr warten. Sie sollen kommen! Die verbündeten Armeen sind nicht zu schlagen. Der Feind hat uns unterschätzt; er glaubte an die Macht seiner zahlenmäßigen Überlegenheit und meinte, daß Entbehrungen uns zwingen könnten, einem Frieden zuzustimmen, der unsere und unserer Kinder Zukunft vernichtet. Ich

wünschte, daß die Staatsmänner unserer Feinde den gleichen Einblick in die Monarchie hätten, wie ich ihn erneut gewonnen habe. Sie würden von ihrem Vorhaben ablassen. Ich nehme von meinem Besuch die felsenfeste Überzeugung mit, daß wir zusammenstehen werden bis zum siegreichen Ende. Unser Bündnis ist nicht zu erschüttern." — Das deutsche Kaiserpaar traf am 6. Juli zum Besuch des österreichischeu Kaiserpaares in Laxenburg ein.

Eine bedeutende Kundgebung war das Handschreiben des Kaisers Karl vom 2. Juli an den Ministerpräsidenten v. Seidler über Amnestie für politische Verbrechen. Es besagte: „Es ist mein unerschütterlicher Wille, die durch göttliche Vorsehung mir anvertrauten Rechte und Pflichten in der Weise auszuüben, daß ich die Grundlagen schaffe für eine gedeihliche und segensreiche Entwicklung aller meiner Völker. Die Politik des Hasses und der Vergeltung, die, durch unklare Verhältnisse genährt, den Weltkrieg auslöste, wird nach dessen Beendigung unter allen Umständen und überall ersetzt werden müssen durch eine Politik der Versöhnlichkeit. Dieser Geist muß auch im Innern des Staates vorwalten. Es gilt, mit Mut und Einsicht und in wechselseitigem Entgegenkommen Völkerwünsche zu befriedigen. In diesem Zeichen der Versöhnlichkeit will ich mit Gottes mächtigem Beistand meine Regentenpflichten üben und will, als Erster den Weg milder Nachsicht betretend, über alle jene bedauernswerten politischen Verirrungen, die sich vor und während des Krieges ereigneten und die zu strafgerichtlichen Verfolgungen führten, den Schleier des Vergessens breiten. Ich erlasse den Personen, die wegen der folgenden im Zivilverhältnisse begangenen strafbaren Handlungen verurteilt worden sind, die verhängte Strafe: Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufstand, Aufruhr usw. ... Ich erwarte mit Zuversicht, daß alle meine Völker, dem Beispiele folgend, das insbesondere die Deutschen und ihre Vertreter durch ihre maßvolle, die Staatsinteressen fördernde Haltung auch bei den jüngsten parlamentarischen Verhandlungen gegeben haben, sich in gemeinsamer Arbeit zur Lösung aller jener großen Aufgaben zusammenfinden, die zur Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat und zur Neuordnung der Dinge an der Schwelle einer neuen Zeit an uns herantreten ..." Infolge dieser Amnestie wurden auch die gewesenen tschechischen Reichsratsabgeordneten Burival, Choc, Netolicky, Vojna, Kramar, Rasin, der Slowene Grafenauer, und die Ruthenen Kurylowicz und Markow aus der Haft entlassen. Das gegen Klofac anhängige Strafverfahren wurde eingestellt. Für diesen hochherzigen Akt, der ohnegleichen in der Geschichte dasteht, erntete der edle Kaiser nur den schnödesten Undank, und zwar sowohl von den Amnestierten, wie von jenen Parteien, die die Amnestierung verurteilten. Amnestie.

Die Deutschradikale Vereinigung des österreichischen Abgeordnetenhauses stellte unter dem Vorsitz ihres Obmanns K. H. Wolf am 11. Juli

folgende Grundsätze auf: 1. Unbedingte Aufrechterhaltung der Einheit des Staatsganzen. 2. Im Rahmen des Staates Aufrechterhaltung des historisch-politischen Aufbaus. 3. Innerhalb der Länder nationale Autonomie der bodenständigen Volksstämme. 4. Erhaltung der Einheit der Staatsverwaltung unter Festlegung der deutschen Staatssprache. 5. Sonderstellung Galiziens und Ausscheidung der galizischen Abgeordneten aus dem Reichsrat. — Die staatsrechtlichen Erklärungen der Slawen können, da sie den Gedanken der Staatseinheit ablehnen, und nur das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Geltung bringen wollen, nicht zur Grundlage der Beratungen gemacht werden. — Die Erweiterung des Wahlrechtes für die autonomen Einrichtungen des Staates, wie der Gemeinden und Landesvertretungen, kann erst nach Lösung der national-politischen Fragen in den einzelnen Ländern der Lösung zugeführt werden."

Der deutsche Nationalverband einigte sich auf folgende Grundzüge (16. Juli): 1. Aufrechterhaltung der Einheit des Staates bei Sonderstellung Galiziens unter Festlegung der deutschen Staatssprache. 2. Innerhalb der einzelnen Kronländer nationale Autonomie der bodenständigen Volksstämme in ihren Siedlungsgebieten (national abgegrenzte Kreise) nach Maßgabe der besonderen Verhältnisse. 3. Erweiterung des Wahlrechtes für die autonomen Einrichtungen im Staate mit Sicherungen, die der Grundsatz der nationalen Autonomie zum Schutze der völkischen Interessen der einzelnen Volksstämme bietet.

Der Deutsche Volksrat in Böhmen nahm am 15. Juli zu Prag folgende von Professor Zycha beantragte Entschließung an: „Die Vertrauensmänner des deutschböhmischen Volkes geben ihrer Entrüstung Ausdruck, daß Macht und Kraft der Staatsgewalt durch die Regierung preisgegeben werden. Sie hat ihre Zustimmung gegeben, daß die schwersten Verbrechen am Staate, der gerechten Sühne entzogen werden, sie hat zugelassen, daß der Sinn der Begnadigung als Nachsicht der Strafe durch Verherrlichung überführter Verbrecher verfälscht werde. Durch diese Politik wurden im tschechischen Volke jene Strömungen gefördert, die den Ausbruch des Weltkriegs mit verschuldet haben, die während des Krieges den heldenmütigen Abwehrkampf unserer Wehrmacht bedrohten und nunmehr offen auf einen Frieden hinarbeiten, der den auf die Zerteilung der Monarchie gestellten Kriegszielen der verbündeten Feinde entsprechen soll . . . Wir verlangen das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens im Rahmen des österreichischen Einheitsstaates unter Festlegung der deutschen Staatssprache und demgemäß die Schaffung eines deutschen, national abgegrenzten Verwaltungsgebietes als Provinz Deutschböhmen mit eigenem Landtag, Landesausschuß und Kreisverfassung. Einem tschechischen Staatswesen werden wir uns niemals unterordnen . . ." — Ferner wurde folgender Aufruf beschlossen: „An das deutsche Volk in Böhmen! Seit Jahr und Tag haben die Deutschen in Österreich an der Erhaltung und Kräftigung des Staates gearbeitet. Als der Krieg ausbrach, fand er uns auf den ersten Ruf hin in Reih' und Glied. Die inneren Feinde dagegen arbeiteten schon seit langem mit Verrat und Tücke dem äußeren Feinde in die Hände, um auf den Ruinen des Vaterlandes neue, fremde Staaten aufrichten zu können. Diese Feinde sind auch die unseres Volkes. Begeisterung erfüllte darum alles, was deutsch ist, als der Kaiser unter die Fahnen rief. Hofften wir doch, daß mit der Befreiung des Vaterlandes auch unsere Befreiung vom slawischen Joche kommen werde. Verrat folgte auf Verrat, Fahnenflucht war die Regel.

Und jede dieser Schandtaten kostete hunderten deutscher Väter, Brüder und Söhne das Leben. Und die Mittel zum Kriege? Wer legte sie gern und freudig auf den Altar des Vaterlandes? Wir! Und unsere Opfer an Gut und Blut, sie wachsen von Tag zu Tag. Wo aber bleibt die Erfüllung der Wünsche unseres Volkes? Nicht ein Wunsch wurde bisher erfüllt, keine Sühne wurde uns für den Tod unserer verratenen Brüder und Söhne, die Verräter dagegen brüsten sich, durch kaiserliche Gnade sei ihnen angetanes Unrecht gutgemacht worden ... Durch die Regierungspolitik wurden jene Strömungen im tschechischen Volk gefördert, die nunmehr offen auf einen Frieden hinarbeiten, der den auf Zerteilung der Monarchie gestellten Kriegszielen der verbündeten Feinde entsprechen soll ... Unser Volk will sein Recht auf die Heimat, auf die deutsche Sprache in Amt und Gericht, es will, daß ihm Gottes Wort in seiner Sprache gepredigt, daß der Beamte, der aus seinen Steuergeldern bezahlte, auch seinem Stamm entnommen werde. Die Deutschen in Böhmen verlangen die nationale Abgrenzung, die Kreiseinteilung ... Der Ernst der Zeit legt uns Deutschen in Böhmen die Pflicht auf, uns zu einem Treubunde für die Erreichung unserer Zwecke zu vereinigen. In diesem Sinn begrüßen wir den Zusammenschluß der deutsch-böhmischen Mitglieder des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses als Zeichen deutscher Einigkeit ..."

August.

Vom 1. August 1917 war eine neue Friedensbotschaft des Papstes Benedikt datiert, die um die Mitte des Monats als Note an die Regierungen aller kriegführenden und neutralen Staaten ausging. Sie lautete im wesentlichen: „Seit dem ersten Tag unseres Pontifikats haben wir uns drei Ziele gesteckt: Unparteilichkeit gegenüber beiden Parteien; gleiche Dienstfertigkeit im Erweisen von Guttaten; Beschleunigung eines gerechten und dauerhaften Friedens. Unser Ruf wurde nicht gehört. Der Krieg wurde immer grausamer und breitete sich immer mehr aus. Das so ruhmreiche und blühende Europa ist ein Feld des Todes, es eilt, von einem allgemeinen Wahnsinn fortgerissen, dem Abgrund entgegen, indem es an sich selbst Hand anlegt. Wir wollen nunmehr versuchen, den Regierenden der kriegführenden Völker bestimmte und ausführbare Vorschläge zu übergeben, die sie dann noch näher bestimmen und ergänzen mögen. Erstens muß die moralische Kraft des Rechtes an die Stelle der materiellen Kraft treten; es ist ein gerechtes Einvernehmen aller herzustellen über die gleichzeitige und wechselseitige Herabminderung der Rüstungen. Weiter hat an Stelle der Streitkräfte die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit mit Festsetzung bestimmter Strafandrohungen gegen den Ungehorsamen zu treten. Sodann sind alle Hindernisse des freien Verkehrs der Völker zu beseitigen durch Sicherung der Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere. Auf den Ersatz der Schäden und Kriegskosten ist wechselseitig zu verzichten, was durch die unendlichen sich aus der Abrüstung ergebenden Wohltaten gerecht-

Papst.

fertigt ist; eine Fortsetzung des Blutvergießens aus Gründen wirtschaftlicher Natur wäre unfaßbar. Die besetzten Gebiete sind wechselseitig herauszugeben. Die streitigen Gebietsfragen zwischen Italien und Österreich, die zwischen Deutschland und Frankreich sind möglichst nach den Wünschen der Völker zu regeln. Dasselbe gilt von Armenien, den Balkanstaaten, von Polen. Alle Welt erkennt an, daß die Waffenehre aller Teile unversehrt ist. Sichert euch also auch bei den kommenden Geschlechtern den schönen Namen der Friedensstifter. Wir erflehen für euch vom Heiligen Geist Erleuchtung und Rat." Die Note wurde am 18. August an jene Staaten, mit denen der Heilige Stuhl diplomatische Beziehungen unterhielt (also Österreich, Bayern, Preußen, England, Rußland, Belgien und Brasilien) auf diplomatischem Wege abgesandt. Preußen erhielt zwei gedruckte Abzüge für den König von Bulgarien und den Sultan; England erhielt fünfzehn Abzüge zur Vermittlung an die Präsidenten der Vereinigten Staaten und der französischen Republik, den König von Italien und andere Staatshäupter, denen England die Note zu übermitteln für gut erachte. Die Vertreter der neutralen Staaten erhielten einen nicht vom Papste unterzeichneten gedruckten Abzug der Note.

Am wichtigsten war die Antwort Amerikas auf diese Note, die vom Staatssekretär Robert Lansing unterzeichnet war (31. August): „Jedes Herz, das nicht durch den furchtbaren Krieg verblendet und verhärtet ist, muß durch diesen rührenden Appell Seiner Heiligkeit des Papstes bewegt werden sowie durch die Würde und Stärke der humanen und edlen Beweggründe, die ihn veranlaßt haben. Man muß dringend wünschen, daß wir den Pfad des Friedens einschlagen, aber es wäre Torheit, ihn einzuschlagen, wenn er nicht wirklich zum Frieden führt . . . Seine Heiligkeit schlägt im wesentlichen vor, daß wir zum Status quo ante bellum zurückkehren, und daß eine allgemeine Verzeihung, Abrüstung und eine Verständigung der Nationen auf der Basis des Schiedsgerichtsprinzips stattfinden soll . . . Das Ziel dieses Krieges ist, die freien Völker der Welt von der Bedrohung einer gewaltigen Militärmacht zu befreien, die durch eine unverantwortliche Regierung geleitet wird, die im geheimen eine Weltherrschaft plante, die an die Durchführung dieses Planes ging ohne Rücksicht auf heilige Vertragsverpflichtungen und die langbestehenden und wertgehaltenen Grundsätze internationaler Handlungsweise und Ehre, die ihre eigene Zeit für den Krieg wählte, die ihren Plan grausam und plötzlich ausführte, sich weder an die Schranken des Gesetzes noch der Wahrhaftigkeit kehrte, einen großen Kontinent mit dem Blute schuldloser Frauen und Kinder und hilfloser Armen überströmte und die jetzt als enttäuschter, aber nicht besiegter Feind von vier Fünfteln der Welt dasteht. Diese Macht ist nicht das deutsche Volk, sie ist die unbarmherzige Ge-

bieterin des deutschen Volkes. Es ist nicht unsere Sache, wie jenes große Volk unter ihre Gewalt gekommen ist oder sich bereitwillig der Herrschaft ihrer Ziele unterworfen hat, aber es ist unsere Sache, daß die Geschichte der übrigen Welt nicht länger von der Ausübung dieser Macht abhängig bleibe. Sich mit einer solchen Macht durch einen Frieden nach dem Vorschlage Seiner Heiligkeit auseinandersetzen, würde, soweit wir sehen können, bedeuten, daß sie ihre Kraft wiedergewinnen und ihre Politik erneuern würde. Es würde die Errichtung einer dauernden feindlichen Kombination von Nationen gegen das deutsche Volk notwendig machen, das ihr Werkzeug ist, und dazu führen, das neugeborne Rußland im Kriege vielfachen heimtückischen Einmischungen und der sicheren Gegenrevolution preiszugeben ... Das amerikanische Volk hat durch die kaiserlich deutsche Regierung unerträgliches Unrecht erlitten. Aber es wünscht keine Repressalien gegen das deutsche Volk, das selbst in diesem Kriege, den es nicht nach eigener Wahl führt, alles erduldet hat. Die Amerikaner glauben, der Friede müsse auf den Rechten der Völker, nicht auf den Rechten der Regierungen beruhen ... das deutsche Volk natürlich eingeschlossen, wenn es die Gleichberechtigung anerkennt und nicht nach der Herrschaft strebt ... Wir suchen keinerlei materielle Vorteile ... Eine Schädigung als Strafe, eine Aufteilung von Reichen und die Aufstellung des selbstsüchtigen Grundsatzes wirtschaftlicher Ausschließung halten wir für unzweckmäßig. Der dauerhafte Friede muß auf Gerechtigkeit, Billigkeit und den gemeinsamen Rechten der Menschheit beruhen. Das Wort der gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands müßte durch den beweiskräftigen Ausdruck des Willens des deutschen Volkes selbst unterstützt werden, damit es die andern Völker annehmen könnten ..." Der tückische, verleumderische Amerikaner spricht hier mit dem geraden wahrhaften Sinn des Papstes wie der Teufel mit Christus. Es ist nicht möglich die Unverschämtheit höher zu treiben, als zu tun, als ob man von der Friedensresolution des frei und demokratisch gewählten deutschen Reichstages nichts wüßte. Das amerikanische Volk und dessen Regierung war der „Menschenmörder von Anbeginn". Fast jedes Wort in dieser Note ist eine Lüge oder Heuchelei. Allerdings beweist die Unverschämtheit des Gegensatzes zum Wort des Heiligen Vaters erst so ganz, wie alles Recht in diesem Krieg auf Seite der Mittelmächte, alles Unrecht auf der Gegenseite ist; denn der Papst und die Mittelmächte waren in allen streitigen Fragen eins.

Auf die Anfragen des holländisch-skandinavischen Ausschusses antworteten die französischen Sozialisten: „Zuerst haben sich England und Frankreich in die Welt geteilt, aber auch Amerika hat dem Kolonialtrieb nicht widerstehen können. Marokko kam durch eine Reihe von Gewaltakten in die Hände Frankreichs und Spaniens, Bosnien in den Besitz Österreichs, Tripolis unter Italien. Die Balkanstaaten rissen sich, statt einen Balkanbund zu bilden, Sozialisten.

gegenseitig um die Stücke des osmanischen Reiches. Rußland mißlang der Streich gegen Japan. Deutschlands zu spät gekommener Ehrgeiz stieß sich überall an Konkurrenten und mehrte so die Konfliktsgründe. Die Wirkungen der Haager Konventionen gingen durch die Geheimdiplomatie verloren. Im Juli 1914 waren selbst die demokratischen Regierungen für den Gedanken des internationalen Schiedsgerichtsverfahrens nicht reif. Jaurès' Ermordung war ein großes Unglück" usw. Sie stellten sich in der Schuldfrage auf Frankreichs Seite, verlangten aber Volksabstimmung über Elsaß-Lothringen, Trentino, Triest, Litauen, Finnland, Armenien, Ukraine und die Balkanvölker. Vor einer internationalen Beratung in Stockholm kniffen sie aus, aus Rücksicht auf die französische Regierung.

Polen. Die Delegierten der polnischen Sozialistenpartei in Warschau erhielten keine Pässe von den kaiserlich deutschen Okkupationsbehörden, wohl aber die galizischen Sozialisten. Sie gaben zusammen mit den polnischen Sozialisten Schlesiens ein Memorandum heraus, das nach zehn blutigen Kriegen und Revolutionen seit 1790 ein unabhängiges freies Polen verlangte; sonst gebe es in Europa keine Möglichkeit eines dauerhaften demokratischen Friedens. Sie forderten Selbstbestimmungsrecht der Völker, wiesen Annexionen und Kontributionen und einen wirtschaftlichen Folgekrieg ab, wollten den Wiederaufbau des Landes durch gemeinsame Hilfe, Zugang zum Meer, Weltfrieden auf Grund der Verständigung der Völker.

Die britische Arbeiterpartei begrüßte (10. August) die russische Formel: keine Annexionen, keine Entschädigungen, verlangte das Selbstbestimmungsrecht aller unterjochten Völker vom Elsaß bis zum Balkan, die sofortige Schaffung eines Bundes der Nationen und eine internationale Gesetzgebung, sie protestierte gegen die endlose Fortsetzung des Krieges. Belgien, Serbien, Montenegro seien wiederherzustellen. Das Balkanproblem sei durch eine Konferenz der Balkanvölker oder eine internationale Kommission zu lösen. Elsaß-Lothringen ist an Frankreich zurückzugeben. Die „Italia irredenta" ist zu befriedigen, auch Italiens Interesse am Adriatischen und Ägäischen Meer. Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern; Palästina ein freier jüdischer Staat. Armenien, Mesopotamien und Arabien sind vom Bund der Nationen zu verwalten. Ebenso die afrikanischen Kolonien. Konstantinopel ein neutraler Freihafen. Kein Wirtschaftskrieg. Die Kriegsschäden sind, abgesehen von Belgien, international zu regeln. Henderson war für eine Beschickung der Stockholmer Konferenz, wenn sie nur beratend, nicht bindend sei. Es müsse dort den Russen klar gemacht werden, warum England trotz der Friedensbereitschaft der Mittelmächte den Krieg fortsetzt und warum die amerikanischen, belgischen und die meisten französischen Sozialisten Stockholm nicht beschicken wollen. Da aber die englischen Minister selbst gegen die Beschickung einer nur beratenden Konferenz waren, trat Henderson am 11. aus dem Kabinett. Er erhielt ein heftiges Tadelsschreiben von Lloyd George, daß er dafür war, sich mit Vertretern der Feinde auch nur an einen Tisch zu setzen; sein Benehmen sei überhaupt nicht „fair" gewesen. Bonar Law erklärte am 13. im Unterhaus, es sei für Engländer gesetzlich unstatthaft, ohne Erlaubnis der Regierung mit feindlichen Untertanen eine Konferenz abzuhalten. Die Regierung habe beschlossen, die Erlaubnis zur Teilnahme an der Konferenz nicht zu erteilen. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien, mit denen die britische Regierung über den Gegenstand verhandelt habe, hätten

dasselbe beschlossen. So fürchteten also die Verbrecher das Licht und verschworen sich aufs neue gegen die gefürchtete Aufklärung. — Im Unterhaus rechtfertigte Lloyd George dies undemokratische Vorgehen der Alliierten: „Das ist die große Demokratie ... Ich bin der letzte, der die Arbeiter herabsetzen will; aber sie sind nicht die ganze Gemeinschaft.“ Asquith fügte dem hinzu: „Es wäre schmerzlich, wenn als Ergebnis der heutigen Erörterung für die Welt der Eindruck bliebe, daß die englischen Arbeiter in Stockholm den Grundstein legen wollten für einen zweifelhaften Frieden.“ Trotzdem beschloß die Arbeiterkonferenz der „Labour Party“ am 21. August neuerlich, Delegierte nach Stockholm zu senden; das Reutersche Büro fälschte die Stimmenzahl, so daß nur eine geringe Majorität herausgekommen wäre, während sie in der Tat über jeden Zweifel groß war. Das Programm der Arbeiterpartei für Stockholm bestand aus folgenden Punkten: Niederwerfung des deutschen Imperialismus. Die Arbeiterklasse muß sich vereinigen, um den Krieg zu beendigen. Sie soll die russische Formel „Ohne Annexionen“ annehmen. Ein Bund der Nationen muß gebildet werden. Deutschland muß Belgien wiederherstellen und entschädigen. Über die Balkanfragen soll eine Konferenz von Balkanvölkern oder eine internationale Kommission entscheiden. Elsaß-Lothringen fällt an Frankreich; die italienisch sprechenden Gebiete Österreichs an Italien. Die vereinigten Polen bestimmen ihr Schicksal selbst. Palästina gehört den Juden unter internationaler Garantie. Konstantinopel wird Freihafen. Die tropischen afrikanischen Kolonien kommen unter internationale Verwaltung. Internationale Kontrolle über wichtige Lebensmittel. Vorbeugende Maßregeln gegen Arbeitslosigkeit. Kein Wirtschaftskrieg. Internationaler Wiederaufbau der verheerten Gebiete. Rechtliche Untersuchung über Verstöße einzelner und von Staaten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit. Wiederaufbau des Völkerrechts. Abschaffung der geheimen Diplomatie.

Eine Sozialistenkonferenz der Alliierten tagte am 28. und 29. August in London unter Hendersons Vorsitz. Vertreten waren außer Großbritannien (45), Belgien (2), Rußland (4), Frankreich (10), Portugal (2), Griechenland (1), Südafrika (1). Man protestierte gegen die Verweigerung von Pässen für Stockholm, einigte sich aber im übrigen so wenig, daß Bernard Shaw unwillig die Versammlung verließ.

Die russische Regierung ließ am 15. August erklären, sie sei weit davon entfernt, den russischen Sozialisten die Pässe für Stockholm zu verweigern, (Stockholm.) da sie es für nützlich halte, Fragen über Krieg und Frieden den Beratungen der internationalen Sozialisten zu unterbreiten. Dies hatte sie auch den alliierten Regierungen erklärt. Freilich seien die Beschlüsse einer solchen Konferenz nicht entscheidend; die Entscheidung müsse von den alliierten Regierungen ausgehen. Neuerlich (27. August) ließ die russische Regierung (gegenüber englischen Verdrehungen) erklären, sie habe ihre Haltung gegenüber der Stockholmer Konferenz nicht geändert, sie betrachte sie nach wie vor als Parteisache, die nur nützlich sein könne. — Lloyd George hatte nämlich Kerenskij aufgefordert, sich dem Bündnisse gegen die Stockholmer Konferenz anzuschließen. Kerenskij war aber zu anständig dazu und lehnte ab. Aus dieser Ablehnung schwindelte Lloyd George eine gegnerische Haltung der russischen Regierung gegen Stockholm heraus, um Henderson zu vernichten. Troelstra, der Führer der holländischen Sozialisten, stellte dies richtig (18. August) und sagte, der beste Beweis für die Bedeutung der Stockholmer Konferenz sei die

Gegenverschwörung der vier alliierten Staaten. Der schwedische Sozialist Branting, sonst der Freund der Entente, sagte, diese rufe durch ihre ängstliche Haltung den Schein hervor, als ob sie sich vor der Behandlung der Friedensbedingungen fürchte. Das Auftreten dieser Regierungen stimme schlecht mit den Grundsätzen von Freiheit und Demokratie überein, deren Vorkämpfer zu sein sie fortwährend behaupten. Troelstra stellte fest, daß die Regierungen der Mittelmächte die sozialistischen Bemühungen zur Förderung des Verständigungsfriedens unterstützten, während die Regierungen des Verbandes (außer Rußland) einen scharf ablehnenden Standpunkt einnehmen und die Stockholmer Konferenz offenbar noch mehr fürchten als den Zusammenbruch der „heiligen Union“ in ihren Ländern, was die unvermeidliche Folge ihrer ablehnenden Haltung sein werde. „Es zeigt sich also, daß Deutschland keine annexionistischen Ziele hat. Mit den Vierverbandsmächten verhält es sich umgekehrt. Sie sind nun zweifellos Vertreter des aggressiven Imperialismus. Ihre imperialistischen Pläne gehen nicht nur aus allen ihren Kundgebungen, sondern ebensosehr aus den Friedensbedingungen der englischen Arbeiterpartei hervor. Ebenso aus den mit Rußland geschlossenen Geheimverträgen. Sie wollen den Krieg fortsetzen, um in Europa und noch mehr in Asien ihre Machtsphäre zu vergrößern. Darum fürchtet der Vierbund unsere Konferenz wie Pest. In Amerika, wo sich um Senator Lewis eine einflußreiche Friedensbewegung zu gruppieren scheint, verbietet die Regierung die ganze sozialistische Presse und verfolgt Tausende von Personen wegen ihrer Friedenspropaganda mit dem Strafgesetz.“

Am 29. und 30. August kamen in Wien die bisher für die Stockholmer Konferenz bestimmten sozialdemokratischen Delegierten Österreichs zusammen, Deutsche, Tschechen, Slowenen, Italiener, Ungarn, Ruthenen, von den Reichsdeutschen Ebert und Scheidemann, auch zwei Bulgaren. Die Beratung stand unter der niederdrückenden Stimmung der Pässeverweigerung von Seite der „demokratischen“ Regierungen. „Die sozialistische Internationale war nicht imstande, den Krieg zu verhindern; das ist ihr Schicksal, nicht ihre Schuld ... Es ist nun aber hundertfach Pflicht jedes Sozialisten, alles zu tun, um dem Krieg ein Ende zu machen ...“ Das wollten aber die Leute der Entente eben nicht. — Die Stockholmer Konferenz mußte verschoben werden. Man hoffte vergebens auf eine Sinnesänderung der Verbandsregierungen.

Im Hauptausschuß des deutschen Reichstags sprach Reichskanzler Michaelis am 21. August über den Stand des Krieges und die Friedensaussichten. Er betonte die enge Fühlung mit Österreich; es werde fortlaufend ein enger Gedankenaustausch gepflegt. Hindenburg habe auf sein Ersuchen die militärische Lage also geschildert: „Nichts beweist die Wirkung unseres Unterseebootkrieges mehr als die verlustreiche Zähigkeit, mit der Engländer und Franzosen ihre erbitterten Versuche fortsetzen, um uns noch in diesem Jahr militärisch auf der Westfront niederzuringen. Mit stärkstem Einsatz von Material und Menschen wollten die Engländer nach sorgsamster Vorbereitung nun bereits zum zweitenmal in kurzer Zeit den Einbruch in unsere flandrische Stellung erzwingen. Starke Kräfte, auch solche ihrer Bundesgenossen, standen außerdem bereit, um dem Einbruch den Durchbruch folgen zu lassen und dann zur Eroberung der flandrischen Küste und zur Vernichtung der Stützpunkte der U-Boote zu schreiten. Beide Male scheiterte

Michaelis.

der Ansturm unter schwersten Verlusten. Aus denselben Gründen setzte auch gestern (20. August) bei Verdun der Ansturm der Franzosen in großer Ausdehnung ein . . . Er brachte dem Feind keinen Gewinn. Voll Vertrauen können wir der Entwicklung der weiteren Kämpfe an der Westfront entgegensehen, die wohl der feindlichen Übermacht kleine örtliche Erfolge bringen können, im ganzen aber auf unsere durchaus günstige militärische Lage nicht rückwirken. Im Osten errangen unsere Truppen in der Abwehr und im Angriff neue Siege. Weite Gebiete unseres Bundesgenossen wurden zurückgewonnen... Ein Blick auf alle Fronten ergibt, daß wir militärisch am Beginn des vierten Kriegsjahrs so günstig stehen wie nie zuvor." — Michaelis fuhr fort: „Wenn wir diese Ergebnisse auf unserer Seite und die Mißerfolge der Feinde betrachten, so erscheint es unverständlich, daß auf der Gegenseite bisher nicht einmal die Anbahnung eines Gedankens zum Frieden erkennbar wurde." Er teilte neue dokumentarische Beweise der gegnerischen Eroberungslust mit. März 1915 forderte Rußland mit Zustimmung Englands Konstantinopel mit dem europäischen Ufer der Meerengen, den südlichen Teil von Thrakien bis zur Linie Enos—Midia, die Inseln des Marmarameeres, Imbros, Tenedos und auf der kleinasiatischen Seite die Halbinsel zwischen dem Schwarzen Meer, dem Bosporus und dem Golf von Ismid bis zum Sakariafluß im Osten. Später ließ sich Rußland noch die armenischen Vilajets Trapezunt und Kurdistan zusagen. Frankreich nahm für sich Syrien mit Adana und Mersina und das nördlich gelegene Hinterland bis nach Siwas und Karput in Anspruch. Englands Anteil sollte Mesopotamien sein. Für den Rest der kleinasiatischen Türkei wurde die Aufteilung in ein englisches und französisches Interessengebiet beschlossen, für Palästina die Internationalisierung. Das übrige von Türken und Arabern bewohnte Gebiet mit Einschluß des eigentlichen Arabien und der heiligen Stätten des Islams sollte ein eigener Staatenbund unter englischer Oberhoheit werden. „Bei so weitgehenden Kriegszielen der Feinde ist es verständlich, daß sich Balfour kürzlich geäußert hat, er halte eine ausführliche Erklärung über die Kriegspolitik der Regierung nicht für am Platze. Darum schrieb der ‚Vorwärts' am 19. d. M., die Antwort auf die ausgestreckte Friedenshand war die schmetternde Boxerfaust . . . Da kam die Friedenskundgebung des Papstes. Er stellt in den Vordergrund, daß an Stelle der Macht und der Waffen das formale Recht und das sittliche Gesetz treten müsse . . . Ich muß der Auffassung entgegentreten, daß die Entschließung des Papstes durch die Zentralmächte beeinflußt worden sei. Sodann kann ich jetzt schon sagen, daß es unserer Haltung seit dem 12. Dezember entspricht, daß wir jedem ehrlichen Versuch, in das Völkerelend des Krieges den Gedanken des Friedens hineinzutragen, sympathisch gegenüberstehen und daß wir den Schritt des Papstes, der vom Bestreben nach Gerechtigkeit und Unparteilichkeit getragen ist, besonders begrüßen. Wegen der Beantwortung stehen wir in Verbindung mit unsern Bundesgenossen." Auch die Sozialdemokraten begrüßten die päpstliche Aktion und erwarteten davon gute Erfolge. Die unabhängigen Sozialisten äußerten sich noch lebhafter dafür. Papst.

Im Hauptausschuß des Reichstages führte Staatssekretär Kühlmann am 22. unter anderem aus, es gelte vor allem die „Pflege der Beziehungen zur waffenmächtigen Türkei, mit der schon Friedrich der Große, der erste Gründer des Deutschen Reiches (?), enge politische Beziehungen anzuknüpfen

verstanden hat". Er gab schließlich der Überzeugung Ausdruck, daß man nun in das letzte Jahr des ungeheuren Völkerkampfs eintrete. Michaelis versprach, daß die Antwort auf die Friedensnote des Papstes getragen sein werde vom Streben nach einem Frieden des Ausgleiches und der Verständigung. Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Capelle gab beruhigende Mitteilungen über den Fortgang des Tauchbootkriegs. Vizekanzler Helfferich erklärte, der Krieg sei das Ergebnis einer Spannung, die dadurch entstanden sei, daß England ein immer schreienderes Mißverhältnis zwischen seiner überlegenen See- und Weltmacht und der wirtschaftlichen Kraftentfaltung Deutschlands empfunden habe. Englands Kriegsziel sei die wirtschaftliche Unterdrückung Deutschlands. — Michaelis erinnerte am 25. August an seine Versprechungen vom 19. Juli. Das Reichsjustizamt sei mit einem Parlamentarier (Spahn) besetzt worden, für das Reichsernährungsamt sei ein Sozialdemokrat berufen worden. In den Sonderausschuß zur Beantwortung der Friedensnote des Papstes wurde am 25. August Präsident Fehrenbach, Erzberger, Scheidemann, Ebert, v. Payer, Graf Westarp und Stresemann berufen.

Im Aufruf an das deutsche Volk vom 1. August sagte Kaiser Wilhelm nach einem Rückblick auf die drei Kriegsjahre: „Schwere Prüfungen können uns noch beschieden sein. Mit Ernst und Zuversicht gehen wir ihnen entgegen ... Nicht für den Schatten eines hohlen Ehrgeizes wird deutsches Blut und deutscher Fleiß eingesetzt, nicht für Pläne der Eroberung und Knechtung, sondern für ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen ..."

Wilhelm.

Reichskanzler Michaelis kam am 2. August mit dem Unterstaatssekretär v. Stumm nach Wien, um dem Kaiser und dem Grafen Czernin sich vorzustellen. Es wurden dabei alle politischen und wirtschaftlichen Fragen einverständlich besprochen. Czernin machte darauf am 14. seinen Gegenbesuch in Berlin.

Schon bei der Neubesetzung von Ämtern am 5. August war Doktor v. Kühlmann zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Spahn zum preußischen Justizminister berufen worden.

Russen.

Sehr arg war Rußlands Bedrängnis. Darüber berichtete der Minister des Äußern Tereschtschenko am 1. August an die Verbündeten: „Der Schwierigkeiten seiner Aufgabe sich voll bewußt, hat Rußland die schwere Last der Durchführung aktiver militärischer Operationen während der Umbildung der Armee und der Gewalt auf sich genommen. Die Offensive unserer Armee, die durch die strategische Lage notwendig geworden war, ist auf unüberwindliche Hindernisse sowohl an der Front als auch im Innern gestoßen. Die verbrecherische Propaganda unverantwortlicher, von Agenten des Feindes verwendeter Elemente hat in Petersburg einen Aufruhr verursacht. Gleichzeitig hat ein Teil der Fronttruppen, von der gleichen Propaganda bearbeitet, die Pflicht gegenüber dem Vaterlande vergessen und dem Feinde den Durchbruch unserer Front erleichtert ..." Ähnlich hieß es in einem Aufruf des Ausschusses der Duma:

„In der Armee ergreifen dunkle Existenzen aus Feigheit die Flucht. Das ist nur die Rückwirkung dessen, was in ganz Rußland vor sich geht. Es ist die Usurpation der Regierungsrechte durch unverantwortliche Parteien. Die Katastrophe im Hinterland wird auch den Untergang der Armee nach sich ziehen und damit den Zerfall Rußlands." In dieser verzweifelten Lage demissionierte Ministerpräsident Kerenskij am 4., wurde aber vermocht, die Demission am folgenden Tag zurückzuziehen und ein neues Kabinett zu bilden. — Der finnische Landtag wurde von der russischen Regierung aufgelöst, da er durch die Unabhängigkeitserklärung Finnlands seine Befugnisse überschritten habe. — Die ukrainische Rada beharrte auf ihrer Selbständigkeit. — Der Zar und die Zarin mit den Kindern wurden am 14. aus Zarskoje Selo nach Tobolsk geschafft. — Die Wahlen in die Konstituante wurden auf den 25. November verschoben. — Eine große Staatskonferenz wurde am 25. August im Moskauer Theater eröffnet. Kerenskij begann: „Bürger! Der Staat macht jetzt eine Stunde der Todesgefahr durch. Der Prozeß der Desorganisation verleitet sogar gewisse Nationalitäten zu separatistischen Aspirationen. Wir sind so tief gefallen, weil wir uns von der unglückseligen Erbschaft des alten Regimes nicht befreien können. Wir übertragen auf die neue Gewalt das ererbte Mißtrauen ... Aber die Zerstörungsperiode der Revolution ist vorüber, und die Zeit ist gekommen, ihre Errungenschaften zu festigen... Vor einiger Zeit haben wir mit Entrüstung den Vorschlag eines Separatfriedens zurückgewiesen ..." Kerenskijs Kollegen setzten die Schilderung der tiefen Desorganisation fort, zum Beispiel den drohenden Lebensmittelmangel. — Der Führer der Kadetten Miljukow stellte fest, daß die zwei Monate der Verwaltung der Koalitionsregierung nur durch zwei überaus schwerwiegende Kapitulationen vor den utopistischen Forderungen der Arbeiterklasse und den extrem-nationalistischen Ansprüchen der verschiedenen Völkerschaften Rußlands gekennzeichnet waren. — Generalissimus Kornilow berichtete, daß die Wiederherstellung der Todesstrafe die Desorganisation an der Front einigermaßen aufgehalten habe. Aber noch im August wurden vier Regimentskommandanten und andere Offiziere von entarteten Soldaten getötet: „Wir bekämpfen die Anarchie unerbittlich, aber die Gefahr neuer Zusammenbrüche lastet stets über dem Lande. Wir haben Galizien und die Bukowina, alle Früchte unserer letzten Siege verloren. Der Feind bedroht unsere südlichen Provinzen, er trachtet, die rumänische Armee zu vernichten, er pocht an das Tor von Riga, bald wird von dort der Weg nach Petersburg offen liegen. Das alte Regime hat dem freien Rußland eine Armee hinterlassen, die trotz allen Mängeln doch von Kampfgeist und Festigkeit beseelt war. Nun haben unzweckmäßige Maßregeln unmilitärischer Leute die Armee ganz demoralisiert. Die Autorität der Offiziere und

Unteroffiziere ist aufgehoben, ihre wirtschaftliche Lage vernichtet, die Regimentskomitees mischen sich in alles, vom Hinterland kommt keine Verstärkung, Verpflegung, Munition und Ausrüstung. Der Zustand der Eisenbahnen ist verzweifelt; daher herrscht geradezu Hungersnot an der Front." —
Kosaken. General Kaledin, Hetman der Donkosaken, forderte Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg; die Armee soll außerhalb der Politik gestellt, Versammlungen und Vereinigungen in der Armee sollen verboten werden; — Tscheidse, der Vorsitzende aller Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands gab eine Erklärung im Namen der geeinigten revolutionären Demokratie ab, die immerhin mit der Aufforderung schloß, die provisorische Regierung zu unterstützen. Der frühere Kriegsminister Gutschkow, Präsident der dritten Duma, sagte: „Wir haben den Krieg schlecht geführt, wir führen ihn noch schlechter, zuweilen führen wir ihn überhaupt nicht mehr. Alles steuert der Niederlage zu. Die Krise bedroht die nationale Wirtschaft und Industrie, versetzt der Landwirtschaft den Todesstoß, bringt das Transportwesen in Verwirrung." — Der ehemalige Armeeoberkommandant Alexejew rühmte die frühere Armee, die jetzige sei vergiftet und verweichlicht, in zwei feindliche Lager gespalten, durch die Komitees der Zucht beraubt. Nach der Erklärung der Soldatenrechte ist jede Achtung vor den Vorgesetzten vollkommen geschwunden. Die Offiziere sind wahre Märtyrer geworden. Unter solchen Umständen ist es ausgeschlossen, den Krieg fortzusetzen, geschweige denn an den Sieg zu denken. —
Konferenz. Diese Staatskonferenz, an der 2500 Abgesandte teilnahmen, darunter 488 Mitglieder der Duma, 110 Vertreter der Bauern, 229 Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands, 147 Abgesandte der Stadtvertretungen, 118 Vertreter des Semstwo- und Städteverbandes, 150 Vertreter von industriellen Verbänden und Banken, 313 von Genossenschaften und 176 von Berufsvereinigungen, wurde am 29. August mit einer Rede Kerenskijs geschlossen; er sagte: „Die provisorische Regierung wird eine Wächterin der Revolution bleiben und keinen gegenrevolutionären Versuch zulassen, denn sie verkörpert den Willen des ganzen Volkes."

Kronrat. Die Ententenachricht vom angeblichen „Potsdamer Kronrat" vom 5. Juli 1914, dem auch Erzherzog Friedrich, Freiherr v. Conrad, Graf Tisza, Graf Berchtold angewohnt haben sollten, wurde am 9. August auch von Graf Berchtold als vollkommen aus der Luft gegriffen erklärt. Ebenso wurde ein angebliches Telegramm des Kaisers Wilhelm an Wilson vom 10. August 1914 von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 13. August als nicht existierend bezeichnet. Richtig sei, daß der frühere amerikanische Botschafter Gerard am 10. August 1914 dem Kaiser in einer Audienz ein Vermittlungsangebot Wilsons unterbreitete. Dieser Vorschlag erfolgte also zu einer Zeit, da die beiderseitigen Heere bereits die Grenzen überschritten hatten. Dies wurde nun aus den Memoiren Gerards bekannt. — Neue Enthüllungen über den Ausbruch des Kriegs brachte Graf Pourtalès, der frühere deutsche Bot-

schafter in Petersburg (13. Aug.). — Im Prozeß gegen den ehemaligen russischen Kriegsminister Suchomlinow und dessen Gattin (er war des Hochverrats und Unterschleifs angeklagt) sagte der frühere Stabschef des Höchstkommandierenden General Januschkewitsch aus, daß der Zar die bereits anbefohlene Mobilmachung infolge des Telegramms des Kaisers Wilhelm kontermandiert habe; man habe aber den Zaren einfach belogen, die Mobilmachung beschränke sich auf die Südwestbezirke gegen Österreich; ebenso bemogelte man mit einem Ehrenwort den deutschen Militärattaché. Das Fazit ist, daß Januschkewitsch zusammen mit Sasonow und Suchomlinow gegen den Willen des Zaren den Weltkrieg entfesselten dadurch, daß sie seinem Befehl auf Einstellung der Mobilmachung nicht Folge leisteten und den Zaren belogen. — Der französische Ministerpräsident Ribot bestand in der Kammer (31. Juli) gegen Michaelis auf dem „Potsdamer Kronrat" vom 5. Juli 1914, wo angeblich alle Konsequenzen des Ultimatums an Serbien ins Auge gefaßt wurden. Suchomlinow.

Lloyd George sagte am 4. August auf einer Versammlung des neuen Kriegszielkomitees in London: „Wofür kämpfen wir? Um die gefährlichste Verschwörung zu besiegen, die jemals gegen die Freiheit der Völker geschmiedet und die sorgfältig, geschickt, heimtückisch, heimlich und mit zynischer Rücksichtslosigkeit bis in alle Einzelheiten geplant wurde. Nur mit Schaudern kann man die neuerliche Enthüllung über die Potsdamer Versammlung wenige Wochen vor dem Kriege lesen. Das war eine der schlimmsten Episoden in der ganzen Geschichte menschlichen Räuberwesens." Nun schilderte der Redner, was aus der Welt geschehen wäre, wenn England nicht eingegriffen hätte. Deutschland wäre als die einzige Großmacht übergeblieben. Seine ehrgeizigen Pläne waren sogar auf Südamerika gerichtet ... Jetzt spricht der Kaiser freilich anders. Wir hören nicht mehr tönende Phrasen von Deutschlands Weltmacht. Er und sein Kanzler führen glatte Reden über den Frieden, aber sie stottern und stammeln, wenn es zum Wort Wiederherstellung kommt. Ehe wir auf eine Friedenskonferenz gehen, müssen sie lernen, zunächst dies Wort auszusprechen. Der Krieg ist etwas Grausiges, aber er ist nicht so schrecklich wie ein schlechter Friede. Der furchtbarste Krieg geht zu Ende, aber ein schlechter Friede geht immer weiter, er taumelt von Krieg zu Krieg. Was wollen sie? Wollen sie Frieden? Nein, nur Verschiebung ihrer Pläne. Das nächste Mal wollen sie sicher gehen. Es darf kein Nächstesmal geben. Sie wollen in zehn Jahren den Krieg wieder beginnen, wenn sie Nahrungsmittel, Kupfer, Baumwolle aufgespeichert und zwei- bis dreitausend Unterseeboote gebaut haben." Dabei redete der größte Imperialist vom Schutz der Kleinen und Armen ... Und weiter: „Ich sehe, daß die Deutschen mit der letzten Schlacht sehr zufrieden sind. Nun, wir sind es auch. Solche Schlachten müssen wir haben, die machen beiden Seiten Freude. Uns gefällt es, zwei Meilen vorzugehen, ihnen, sich zurückzuziehen. Uns gefällt es, Gefangene zu machen, ihnen sich zu ergeben." Er mahnte zur Einigkeit, man dürfe nicht den Krieg lieber beenden als gewinnen wollen, man dürfe nicht ein Auge auf das Parteiziel richten, sondern beide auf den Sieg. Lloyd George.

Der serbische Ministerpräsident Pasic besprach am 8. August bei einem ihm zu Ehren in London gegeben Frühstück die Friedensbedingungen: Befreiung der Völker Österreich-Ungarns, Elsaß-Lothringen an Frankreich, Vereinigung der unerlösten Italiener mit ihren Brüdern, Vereinigung der Pasic.

Serben, Kroaten und Slowenen, Vereinigung und Unabhängigkeit der Tschechen und Slowaken, Lösung der polnischen und ruthenischen Frage. Lloyd George pries Pasic, dessen Tat es war, daß die Zivilisation die Herausforderung der preußischen Barbarei annahm. „Ich glaube an die kleinen Nationen; ich gehöre selbst zu einer.[1]) Ich glaube an ein Volk, das seine Niederlagen besingen kann. Serbien hat durch Jahrhunderte hindurch gesungen, nicht von Siegen, sondern von Niederlagen, die es in eine Flut von Barbarei getaucht haben. Serbien hat stets gehofft. Jetzt ist sein Tag der Abrechnung gekommen. Eine Nation, die ihre Niederlagen besingt, ist unsterblich. Serbien und Belgien sind Torwächter; sie haben die Tore tapfer verteidigt."

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz war das erfreulichste Ereignis, daß
Czernowitz. Czernowitz am 3. August zum drittenmal aus Russennot befreit wurde. Damit war die Befreiung der ganzen Bukowina eingeleitet. Kaiser Karl zog unter dem Jubel der Bevölkerung am 5. August in Czernowitz ein. — An Stelle des abgesetzten russischen Generalissimus Brussilow wurde Kornilow zum Oberkommandanten ernannt. Die Südwestfront wurde Tscheremissow anvertraut. — Auf dem Balkan war keine bedeutendere Bewegung. — Gegen Italien entwickelte sich seit dem 17. August die
Isonzo. elfte Isonzoschlacht mit größter Heftigkeit. Es wurde auch im Gebiete der Sieben Gemeinden gekämpft. Am heißesten war der Monte San Gabriele umstritten. Flugzeuge bombardierten hier Triest und Pola, dort Venedig. — Große Schlachten entbrannten in Flandern und vor Verdun mit dem bereits geschilderten Erfolg; das heißt, die Gegner mußten sich statt mit einem Durchbruch mit einer geringen Vorrückung begnügen.

Zu den Truppen in Flandern sprach Kaiser Wilhelm am 22. über den sittlichen Ernst der deutschen Weltanschauung gegenüber der englisch-französischen: „Wann Gottes Ratschluß uns den Sieg geben wird, das steht bei ihm. Er hat unser Volk und Heer in eine harte Schule genommen. Je höher unsere Aufgabe, desto freudiger wollen wir an ihre Erfüllung gehen. Der Treiber dieses Krieges ist England; es ist unser haßerfülltester Gegner. Aber der Kampfpreis ist das deutsche Volk, die Freiheit zu leben, die Freiheit der Meere, die Freiheit zu Hause."

Am 13. erfolgte ein Fliegerangriff auf Frankfurt a. M. Man berechnete den in den ersten drei Jahren besetzten feindlichen Raum mit 548.000 Quadratkilometer, also beträchtlich mehr, als der Flächenraum des Deutschen Reiches; 47 Festungen wurden erobert. Die von der Entente in Europa besetzten Gebiete maßen 15.900 Quadratkilometer. Die Verluste der Russen betrugen seit Kriegsbeginn 9,500.000 Mann, der Franzosen 4,400.000, der Engländer (ausschließlich der Inder) 1,600.000, der Italiener 1,600.000, der Belgier 240.000, der Serben 500.000, der Rumänen 300.000 Mann. Die Gesamtverluste der Entente betrugen also über 18 Millionen. Die Kriegskosten der Entente betrugen 258 Milliarden Mark, die der Mittelmächte 107 Milliarden.

---

[1]) Er war ein Waliser.

In Österreich erfolgte am 31. August eine Umbildung des Ministeriums Seidler; darüber erschien folgende Erklärung: „Die neue Regierung ist aus Beamten und Fachleuten gebildet. Ihr sachliches Programm kann kein anderes sein, als es jede Regierung aus den gebieterischen Notwendigkeiten der Zeit heraus zu verwirklichen hätte ... Die Zusammensetzung des Kabinetts soll es den bisher dissentierenden politischen und nationalen Elementen erleichtern, an positiver Arbeit teilzunehmen ... In politischer Beziehung wird die neue Regierung bestrebt sein, in Zusammenarbeit mit dem Reichsrate das bereits angekündigte Programm eines zeitgemäßen Ausbaues unserer Verfassung unter Wahrung der Bedürfnisse der Gesamtheit und im Sinn einer der Gleichberechtigung der Völker entsprechenden nationalen Autonomie seiner Verwirklichung näherzubringen ...“ also: „Nationale Unbefangenheit und Ausgleichung der Gegensätze auf verfassungsmäßigem Boden.“ — Unter dem Vorsitze des Obmannes Hauser erklärte am 2. August die christlichsoziale Vereinigung, daß die Grundlagen für den Eintritt in die Regierung nicht gegeben seien. — Auch die Sozialdemokratie lehnte eine angebotene Beteiligung an einem Koalitionsministerium ab. Und doch hatten sich alle feindlichen Staaten durch Koalitionsministerien in entscheidender Weise gestärkt. Es ist bedauerlich, daß dies nicht auch in den Mittelstaaten geschah. Auch der Polenklub erklärte bequemerweise am 5. August, eine abwartende Haltung einnehmen zu wollen. Der südslawische Klub versteifte sich (7. Aug.) auf seine Deklaration vom 30. Mai. „Die Schaffung einer nationalen Autonomie innerhalb der Landesgrenzen entspreche nicht dem Standpunkte der Südslawen. Überdies bilden das absolute System in Bosnien und Herzegowina, das System der nationalen Vorherrschaft und die Bedrückung der Südslawen noch ein unüberbrückbares Hindernis für die Teilnahme der Südslawen an einer Regierungsmehrheit.“ Hier liegt der Keim des Auseinanderfallens der Völker der Monarchie im folgenden Jahr, gewiß zum größten Schaden der von ihren streberischen Parteiführern mißleiteten Völker selbst. Österreich.

Die Generalversammlung des slowenischen Vereins „Edinost“ in Triest faßte am 28. August folgende Resolution gegen die italienischen Aspirationen: „Jedes Verfügen über die Territorien Dalmatiens und des österreichischen Küstenlandes (Görz, Gradiska, Triest, Istrien) ohne Mittun und gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung widerspricht dem Rechte der Selbstbestimmung der Nationen, die von den Ententemächten gerade rücksichtlich der kleinen Nationen als Hauptkriegsziel bezeichnet wurde. Die Einverleibung dieser Länder in das italienische Königreich würde auch die gröbste Verletzung des nationalen Prinzips bedeuten, denn mit Ausnahme der Friauler Ebene am rechten Isonzoufer bis

Cormons und einiger halbitalianisierter Städte an der Küste sind alle diese Länder ausschließlich von Slowenen bevölkert, die auch in Triest selbst, besonders aber in dessen Umgebung, das einzige tatsächliche autochthone heimische Element, in Dalmatien aber 98 Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentieren. In volkswirtschaftlicher Hinsicht würde die Abtrennung dieser Länder die Abschneidung des rein slawischen Hinterlandes vom Zutritte zum Meer zur Folge haben, was das gesamte Südslawentum unter die wirtschaftliche Hegemonie des Königreiches Italien bringen würde und in kürzester Zeit den ärgsten Widerstreit und neue Kriegskomplikationen hervorrufen müßte ..." Sehr richtig! Aber um das durchzusetzen, hätten die Südslawen nicht so töricht sein müssen, sich von der Großmacht Österreich-Ungarn zu trennen und diese mit zu zerstören, da sie allein solche Ansprüche mit Erfolg vertreten konnte. Eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit!

Ungarn. In Ungarn demissionierte das Kabinett Esterházy. Unter denselben Ministern übernahm am 20. August Alexander Wekerle das Präsidium. — Das Aktionskomitee des Wahlrechtsblocks bedauerte den Austritt Esterházys aus der Regierung, da er sich um das Wahlrecht große Verdienste erworben habe. Man hoffte, daß Wekerle das Wahlrechtsprogramm Esterházys sich zu eigen mache, wie er versprochen; man wolle aber mit allen Mitteln gegen jeden Versuch einer Wiederherstellung des volksfeindlichen Regimes der Arbeitspartei kämpfen.

China. Der neue Präsident der Republik China Feng Kuo chang sprach am 3. August die Kriegserklärung gegen die Mittelmächte aus. — Die Republik Liberia erklärte am 18. August den Krieg an Deutschland.

September.

Amerika. Es ergab sich, daß die Entente den Text der Antwortnote Wilsons an den Papst erheblich gefälscht und verschärft habe. Im Original lautete manche Stelle etwas weniger schroff, was aber im Wesen wenig ausmachte. — Auch machte das Staatsdepartement in Washington am 6. September bekannt, daß die Vereinigten Staaten nicht die Entfernung der Dynastie Hohenzollern als Voraussetzung für die Friedensverhandlungen verlangt haben. Amerika würde sich damit zufrieden geben, wenn innere politische Reformen in Deutschland eingeführt würden, durch die die Ehrlichkeit des Auftretens Deutschlands gegenüber den anderen Nationen gewährleistet würde. Man wünsche nicht, Deutschland eine bestimmte Regierungsform vorzuschreiben. Amerika würde selbst entscheiden, ob ihm die in Deutschland eingeführten Reformen als genügende Grundlage für die Friedensverhandlungen erscheinen. — England benachrichtigte die Regierung der Vereinigten Staaten am 9. September, daß die Antwort Wilsons auf die Papstnote auch die Antwort Englands sei.

Papstfrieden. Während sich also die Ententemächte durch ihre Antworten entschieden als Gegner des Papstfriedens erwiesen, stimmten die Mittelmächte alle vier dem Friedensvorschlag des Papstes vorbehaltlos bei und bewiesen damit, daß ihre Sache und die des Papstes eine und dieselbe sei, nämlich

die des Rechtes, der Billigkeit, der Menschlichkeit, der Gewissenhaftigkeit. Kaiser Karl schrieb also am 20. September: „... Dankbaren Herzens empfangen Wir diese neue Gabe väterlicher Fürsorge, welche Sie, Heiliger Vater, allen Völkern angedeihen lassen ... Seit Besteigung des Thrones Unserer Ahnen der Verantwortlichkeit voll bewußt, haben Wir nie das Ziel aus den Augen verloren, unsere Völker baldigst wieder der Segnungen des Friedens teilhaftig werden zu lassen. Bald nach Unserm Regierungsantritt war es Uns vergönnt, in Gemeinschaft mit Unsern Verbündeten einen schon von Unserm Vorgänger Kaiser Franz Josef erwogenen und vorbereiteten Schritt zur Anbahnung eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens zu unternehmen ... Unsere Regierung hatte es nicht unterlassen, in wiederholten Kundgebungen Unsern und den Willen der Völker zum Ausdruck zu bringen, dem Blutvergießen durch einen Frieden, wie er Eurer Heiligkeit selbst vorschwebt, ein Ende zu bereiten ... Mit Überzeugung begrüßen Wir den leitenden Gedanken Eurer Heiligkeit, daß die künftige Weltordnung, unter Ausschaltung der Gewalt der Waffen, auf der moralischen Macht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit ruhen müsse. Auch sind Wir von der Hoffnung durchdrungen, daß eine Hebung des Rechtsbewußtseins die Menschheit sittlich regenerieren werde. Wir treten der Auffassung bei, daß die Rüstungen herabzusetzen seien und die allen Völkern gehörende hohe See, von der Vorherrschaft einzelner befreit, der Benützung aller zu eröffnen sei. Auch über die vorgeschlagene obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit sind Wir bereit in Verhandlungen zu treten ... Wenn die Völker in diesem Sinn in Verhandlungen träten, könnte daraus der dauernde und für alle gerechte Friede erblühen, und Wir hoffen, daß auch unsere heutigen Feinde vom gleichen Gedanken beseelt sein mögen."

Im selben Sinn antwortete der deutsche Reichskanzler dem Staatssekretär Kardinal Gasparri. Er hob die friedfertige Gesinnung Kaiser Wilhelms hervor. „Der Kaiser hat das Friedensgelöbnis vom 25. Juni 1888 in 26 Jahren durch Taten erhärtet. Auch nachdem dieser Krieg gegen seinen Wunsch ausgebrochen war, hat er im Verein mit seinen Verbündeten zuerst die Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen feierlich kundgegeben. Dazu kam die Friedenskundgebung des Reichstags vom 19. Juli d. J. ... Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernen Ausland angewiesen; kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß, zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen trete."

König Ludwig von Bayern schrieb an den Papst: „Jeden Schritt den Eure Heiligkeit zur Anbahnung eines für alle ehrenvollen Friedens unternehmen, hat das ganze deutsche Volk mit herzlichster Sympathie verfolgt. Die Geschichte beweist es, daß das deutsche Volk seit 1871 keinen sehnlicheren Wunsch gehabt hat, als in Frieden und in Ehren an der Lösung der höchsten Kulturaufgaben der Menschheit nach Kräften mitzuwirken und sich der ungestörten Entwicklung seines wirtschaftlichen Lebens zu widmen. Nichts konnte dem friedliebenden deutschen Volk und seiner Regierung dabei ferner liegen, als der Gedanke eines Angriffs auf andere Völker und das Streben nach gewaltsamer Gebietserweiterung. Erst als sich Deutschland in seiner Existenz bedroht betrachten mußte, als es sich mit seinem Verbündeten von allen Seiten angegriffen sah, gab es keine andere Wahl, als mit dem Aufgebot aller Kräfte für Ehre, Freiheit und Dasein zu kämpfen ... Wenn unser Friedensversuch von 1916 gescheitert ist, so trifft dafür die Verantwortung unsere Gegner, die jedes Eingehen auf den Vorschlag ablehnten ...“

König Ferdinand von Bulgarien versprach in seiner Antwort an den Papst, jeden solchen Friedensvorschlag energisch zu fördern: „In der Mitte der Balkanhalbinsel gelegen, im Osten und Süden vom Meer umspült, hat Bulgarien, geleitet vom Grundsatz der Freiheit der Meere, nur zu wünschen, daß der Haß, der die Völker trennt, durch einen Frieden gezähmt und getilgt werde, der alle Keime neuer Mißhelligkeiten und Katastrophen ausschließt. Voll Befriedigung, daß Unsere Absichten mit dem Willen des Heiligen Stuhles übereinstimmen, wünschen Wir, daß die göttliche Weisheit in diesen entscheidenden Augenblicken jene erfüllen und erleuchten möge, die die Geschicke der so grausam geprüften Völker lenken.“

Auch der Sultan richtete ein Handschreiben an den Papst, voll von hoher Achtung, tiefer Sympathie und dankbarer Rührung. Denn auch der Sultan konnte wahrheitsgemäß feststellen, daß er nur zur Verteidigung gezwungen, in den Krieg getreten sei. Er wiederholte zustimmend alle die Friedensgrundlagen des päpstlichen Vorschlags, besonders die Freiheit der hohen See als gemeinschaftliches Gut aller Völker und die Beseitigung aller Vorherrschaftsgelüste, aber auch die Abrüstung und die obligatorischen Schiedsgerichte. Nichts stehe der Einleitung von Friedensverhandlungen im Wege als die Einwilligung der Gegner. Der Sultan schloß: „Der Allmächtige erhalte stets Eure Heiligkeit in dem Adel Ihres Herzens! Der Allmächtige nehme Eure Heiligkeit stets in seinen göttlichen Schutz!“

Reichstag.

Die deutsche Antwort war nicht ohne Beratung des Reichskanzlers mit einem Ausschuß von Mitgliedern des Reichstags und Bundesrates zustande gekommen. Über die anmaßenden Versuche Wilsons, das deutsche Volk, die Regierung und den Kaiser in seiner Antwort auf die Friedensnote des Papstes gegeneinander zu verhetzen und sich in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volks einzumischen, sprach der Präsident des Reichstags Kaempf am 26. September. Er wies ein solches Vorgehen mit Entschiedenheit zurück. „Der Suchomlinowprozeß hat die unzweideutige Antwort gegeben auf die Frage, wer in verbrecherischer Weise den Weltbrand entfesselt hat. Von neuem lesen wir in der Note des Präsidenten Wilson Worte von Menschheit und Menschlichkeit, in deren Interesse Amerika den Krieg gegen Deutschland führe. Wer wird diesen Worten glauben, wo doch Wilson es in der Hand hatte, Hunderttausende

von Menschenleben zu retten und zu erhalten, wenn er verhindert hätte, daß die Lieferung von Munition und Kriegsmaterial aus Amerika an die Ententemächte erfolge! Auf wessen Seite stehen Menschenrecht und Menschlichkeit: auf der Seite dessen, der, abgesehen von den ungeheuerlichen Munitionslieferungen, durch seine fortgesetzte allem Völkerrecht widersprechende unneutrale Haltung vor der Kriegserklärung an Deutschland den Krieg verlängert hat, der den Hungerkrieg Englands gegen deutsche Frauen und Kinder begünstigt hat, der zu den Eingriffen der Engländer gegenüber dem Privateigentum und dem neutralen Staatseigentum geschwiegen hat — oder auf der Seite des Deutschen Kaisers, der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, die offen und ehrlich die Hand zum Frieden dem Feind entgegengestreckt haben? Wie kann Wilson fortgesetzt vom Schutze der kleinen Völker durch die großen sprechen? Er hat das kleine Griechenland im Stich gelassen in seiner Vergewaltigung und hat keine Worte gefunden, um ihm zu helfen. Trotz der Monroe-Doktrin hat er in die europäischen Verhältnisse eingegriffen. Wenn es zugunsten Englands geht, gibt es keine Monroe-Doktrin ... aber niemand, auch nicht Präsident Wilson, kann das unerschütterliche Vertrauen in die Größe unseres Landes durchbrechen ..."

Über die Enthüllungen aus dem Suchomlinowprozeß sprach Reichskanzler Michaelis am 4. September den Direktor des Wolffschen Büros Dr. Mantler. — Im Hauptausschuß des Reichstags gab Michaelis am 28. Aufklärungen über die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs und Italiens und die innerpolitischen Begleiterscheinungen in letzterem Lande. In den Vereinigten Staaten suche die Regierung durch unerhörten Terrorismus die fehlende Kriegslust aufzustacheln. Über die deutsche Antwort auf die Papstnote sagte Michaelis: „Sie ist bei der Mehrzahl unserer Gegner mit offensichtlicher Verlegenheit aufgenommen worden ... Die Kriegsziele näher zu präzisieren war nicht möglich ... Der Versuch Wilsons, zwischen dem Volk und der Regierung Deutschlands Zwietracht zu säen, ist aussichtslos. Die Note hat das Gegenteil erreicht; sie hat uns fester zusammengefügt." Staatssekretär Kühlmann sagte über die Note des Papstes: „Wie immer auch das unmittelbare Ergebnis dieses Friedensschrittes sich gestalten mag, er wird ein Ruhmesblatt in den Annalen der päpstlichen Diplomatie bleiben. Gerade das deutsche Volk und die Regierung haben allen Grund, die Initiative der Kurie dankbar zu begrüßen. Nicht nur international ist die Papstnote ein bedeutsames Dokument, auch für unsere rein deutsche Entwicklung bedeutet sie einen Markstein. Ist sie doch das erste Ergebnis des Zusammenwirkens zwischen allen Faktoren der Regierung und den Vertretern des deutschen Parlaments, das hier versucht wurde. In solcher Intimität wurde ein Zusammenarbeiten selbst in rein parlamentarischen Ländern nie versucht ... Die Fiktion, als stehe das deutsche Volk in der auswärtigen Politik nicht geschlossen hinter Kaiser und Kanzler, ist zurückzuweisen ... Europa! Das Wort klingt heute wie ein Märchen aus vergangenen Zeiten. Und doch ist es die Summe eines in Jahrtausenden gewachsenen Zustandes. Die kleine an den asiatischen Kontinent angelegte Halbinsel hatte bisher die Herrschaft der Welt in Händen. Daß dieses Europa nicht zugrunde geht, ist heute noch ein gemeinsames Interesse. Der endgültige Zusammenbruch würde jeden einzelnen Staat, welcher Gruppe er auch angehört, schwächen. Die letzten fünfzig Jahre bewiesen, daß Europa mit dem

mächtigen Deutschland in seiner Mitte leben könnte, mächtiger als vorher ... Der Papst verkündet Frieden auf Erden. Doch heute noch gilt das Wort: Friede denen, die guten Willens sind! Der Grundgedanke der deutschen Note war, dem Heiligen Vater behilflich zu sein, jene Atmosphäre zu schaffen, die überhaupt für eine fruchtbare Besprechung der Streitfragen nötig ist ... Die päpstliche Kundgebung stellt die Völker Europas noch einmal an den Scheideweg ... Ein einiges Deutschland kann nicht geschlagen werden." Michaelis erklärte noch, es sei nicht richtig, daß die Regierung bereits mit einer feindlichen Regierung in Verbindung getreten sei und von vornherein besetzte Gebiete für kommende Friedenserörterungen preisgegeben habe.

Kaiser Wilhelm traf am 30. auf der Rückreise von einer Fahrt durch Rumänien, Siebenbürgen, die befreite Bukowina und Galizien auf der österreichischen Grenzstation Dziedit mit Kaiser Karl zusammen. Es wurde die politische und militärische Lage besprochen und volle Übereinstimmung festgestellt. — Königin Eleonore von Bulgarien starb am 12. in Sofia.

Stockholm.

Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz gab den Plan nicht auf, wie es am 16. September erklärte; denn man hoffte, daß die Paßfrage für die englischen und französischen Delegierten doch noch geregelt werden könne. „Eine brutale Verweigerung der Pässe, die in aller Augen als Widerschein einer wachsenden Reaktion erschienen ist, vermag das klassenbewußte Proletariat nicht abzuschrecken, das noch größere Schwierigkeiten zu überwinden vermocht hat. Darum appellieren wir an die Arbeiter Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, den Raub einer elementaren Freiheit, der Freiheit des Meinungsaustausches, nicht zuzulassen. Es geht um die Gedankenfreiheit, die zu den kostbarsten Errungenschaften der französischen Revolution gehört ... Die Stockholmer Konferenz soll ein neues Zeitalter im Kampfe des Proletariats gegen den Imperialismus einleiten. Die Arbeiterklasse will, daß dieser Krieg der letzte sei." Das Manifest war unterzeichnet von Troelstra, Branting, Huysmans, Panin usw.

Frankreich.

Nachdem in Frankreich das Kabinett Ribot am 7. September demissionierte, bildete Painlevé am 12. ein neues Kabinett und gab in den beiden Kammern am 18. folgende Erklärung ab: „Die Stunde eignet sich nicht für lange Programme. Alle Kräfte der Nation für den entscheidenden Augenblick des Ringens zusammenzufassen, ist die einzige Pflicht der Regierung. Je mehr wir uns dem Ende des Krieges nähern, um so mehr wird die moralische Widerstandsfähigkeit der Nation ein ausschlaggebendes Mittel des Sieges werden. Gerade dagegen verdoppeln die hinterlistigen Feinde ihre Angriffe, da sie uns auf den Schlachtfeldern nicht besiegen können. Wer sich zum Mitschuldigen des Feindes macht, muß die Strenge der Gesetze fühlen. Keine Manöver des Feindes, keine Fehler einzelner Persönlichkeiten können Frankreich von seinem Entschluß abbringen, der von den Überlieferungen unserer Rasse, von den Grundsätzen der Freiheit eingegeben ist, welche die Revolution unter den Völkern zum Ausdruck gebracht hat und die heute die zivilisierte Welt gegen den deutschen Imperialismus einigt. Wenn Frankreich

diesen Krieg fortsetzt, so geschieht es weder um zu erobern noch um sich zu rächen, es geschieht, um seine Freiheit und Unabhängigkeit zugleich mit der Freiheit und Unabhängigkeit der Welt zu verteidigen. Frankreichs Forderungen sind die des Rechtes selbst; sie sind unabhängig vom Lose der Schlachten. Desannexion von Elsaß-Lothringen, Ersatz für die Schäden und Zerstörungen, die der Feind anrichtet, Abschluß eines Friedens, nicht des Zwanges und der Gewalt, die einen nächsten Krieg in sich schlösse, sondern eines gerechten Friedens, durch den kein Volk, mächtig oder schwach, unterdrückt wird, eines Friedens wirksamer Bürgschaften, welche die Gemeinschaft der Nationen gegen einen Angriff einer von ihnen sichern: das sind die Kriegsziele Frankreichs ..."

Lloyd George erklärte am 7. September in Liverpool: „Die Vorstellung, daß nicht viele Nationen in einem Reich vereinigt sein können, stirbt wegen ihrer Torheit aus. Das britische Reich ist ein aus vielen Nationen bestehendes Gemeinwesen. Unsere Zeit ist die Zeit der großen Reiche. Gut regierte große Reiche sind für die Sicherheit der menschlichen Freiheit wesentlich." Daher der Schutz der kleinen Staaten? Ein Mitglied der rumänischen Kammer, Patrascanu, veröffentlichte am 20. ein Gespräch Greys mit Take Jonescu vor dem Krieg, wonach jener gesagt habe: „Ihr seid ein wohlhabendes Volk. Ihr liegt aber schlecht, weil Rumänien Rußland im Wege ist. Ihr müßt euch daher damit abfinden, daß ihr zugrunde gehen werdet. Die kleinen Nationen sind nicht vereinbar mit der Zivilisation. Sie sind wie Hühneraugen: man muß sie ausrotten." Kleine Nationen.

Asquith meinte bei einer Kriegszielkundgebung in Leeds 26. September: „Ein Friede, wie man ihn früher verstand, mit Einstellung der Feindseligkeiten, Verhandlungen, Verträgen, ist sozusagen: die Bibel der Toren. Noch weniger ist von einem dem Besiegten durch Siege auferlegten Vertrag zu erwarten, der die Grundsätze des Rechtes unbeachtet ließe, der den geschichtlichen Überlieferungen, Ansprüchen und Freiheiten der Völker Hohn spräche. Das wäre der Nährboden künftiger Kriege, wie der Friede von 1871. Wir tun gut, heute davon zu lernen. England beabsichtigt nicht die Vernichtung Deutschlands oder eine dauernde Erniedrigung des deutschen Volkes. Der preußische Militarismus ist der Gegenstand unseres Kampfes. Möge die deutsche Demokratie diesen bösen Geist bannen. Das Ziel unseres Friedens ist ein internationales System, in dem für die großen und kleinen Staaten Platz ist. Als selbstverständlich setze ich die Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs und Rußlands durch den Feind voraus ... In Mittel- und in Osteuropa sieht man Gebietsabgrenzungen, die in ihrem Ursprung durchaus künstlich waren, die die Wünsche und Interessen der betroffenen Bevölkerung verletzen und Herde der Unruhen und der Kriegsgefahr waren und bleiben werden, solange sie bestehen; so die gerechten, längst fälligen Ansprüche Italiens und Rumäniens; ferner das heldenhafte Serbien, Polen, Griechen-

land, die Südslawen. Eine vollständige, womöglich dauernde Begleichung dieser Rechnungen muß stattfinden. Das Ziel ist verschieden von dem des Wiener Kongresses und der heiligen Allianz. Der leitende Grundsatz ist, daß nach der Rasseverwandtschaft, der geschichtlichen Überlieferung, nach den Wünschen der Bewohner verfahren werden muß ... Zum erstenmal, seit unsere Vettern jenseits des Ozeans uns die Hände gereicht haben, können wir das Ideal eines Völkerbundes zur Verwirklichung bringen. Die Beschränkung der Rüstungen, die Annahme des Schiedsgerichtswesens in internationalen Streitigkeiten, die Verweisung von Angriffskriegen und Kriegen aus Ehrgeiz in die Reihe der Torheiten, die sich überlebt haben, werden die Meilensteine auf diesem Wege sein. Man wird im Anfang noch nicht in der Lage sein, auf militärischen oder wirtschaftlichen Zwang gegen die Unredlichen und Widerspenstigen zu verzichten. Aber wir dürfen hoffen, daß die Zwangsmitel nach und nach in den Hintergrund geschoben werden."

Über den Ausbau des polnischen Staatswesens wurde am 12. September ein Patent kundgemacht, begleitet von Handschreiben beider Kaiser. Es setzte einen Regentschaftsrat und einen Staatsrat ein.

An der russischen Front gelang den Deutschen die Eroberung von Riga (4. Sept.), von Dünamünde (5. Sept.) und Jakobstadt (22. Sept.). Kaiser Wilhelm traf am 6. in Riga ein und hielt an die Truppen eine begeisterte Ansprache: „Eine vom alten deutschen Hanseatengeist gegründete Stadt mit deutscher Geschichte, ist wieder befreit worden nach langem Drucke. Solche Schläge erhöhen die Aussicht, daß es bald zu Ende geht. Dank euch für diese glänzende Waffentat, Dank auch von den Eurigen daheim, die betend hinter euch eure Taten verfolgen, die daheim auch schaffen und arbeiten. Die Ernte ist nun eingebracht und wird uns ernähren. Auch hier hat der Herr der Heerscharen unsere Gebete erhört und durch das tägliche Brot das Heer und daheim die Eurigen vor Not bewahrt."

Riga.

Die Ereignisse führten zu einem Gegensatz zwischen dem russischen Generalissimus Kornilow und Kerenskij. Kerenskij zwang den gegenrevolutionärer Bestrebungen verdächtigen Kornilow zum Weichen und ließ sich selbst zum Generalissimus ernennen; er ernannte Alexejew, den früheren Generalissimus zum Chef des Generalstabes. Ein Tagesbefehl vom 12. September stellte den Mißerfolg der versuchten Armeerevolte fest. Kornilow und sein Generalstabschef Lukowskij erklärten, daß sie bereit seien, vor dem Revolutionsgericht zu erscheinen. Es fanden auch sonstige Personalveränderungen statt. Die vorläufige Regierung erließ am 16. die Kundgebung: da es notwendig sei, die Regierungsform definitiv festzulegen, proklamiere sie Rußland als republikanischen Staat; sie übertrage alle Macht auf fünf Minister und den Präsidenten Kerenskij. — An einer allrussischen demokratischen Konferenz in Petersburg 28. September nahmen 1200 Abgeordnete teil. Tscheidse verwies auf die

Rußland Republik.

ernste Lage, die zur Einberufung der Konferenz geführt habe. Kerenskij verteidigte sein Vorgehen gegen den drohenden Staatsstreich. Das Hauptquartier wollte sich der politischen Gewalt bemächtigen. Man müsse sehr große Anstrengungen machen, denn die Anarchie wachse unwiderstehlich und verbreite sich über den ganzen Staat. Der aufgelöste Landtag in Helsingfors trotzte dem Verbot. — Kriegsminister General Werchowski klagte Deutschland an, es habe im Hinblick auf die Schwäche Rußlands Versuche gemacht, einen Sonderfrieden mit Frankreich und England auf Kosten Rußlands zu schließen; diese Vorschläge seien aber abgewiesen worden. Die Beziehungen zwischen den Soldaten und dem Oberkommando hätten sich seit dem Aufstandsversuche Kornilows verschlechtert. Der Krieg müsse fortgesetzt werden.

Auf der albanischen und makedonischen Front entwickelten sich lokale Kämpfe im Seengebiet, im Cernabogen und sonst. — Am Isonzo, am Monte San Gabriele, auf der Karsthochfläche wogten die Kämpfe hin und her. Das Ergebnis der am 17. August entbrannten elften Isonzoschlacht konnte Isonzo. am 11. September dahin festgestellt werden, daß auch diese neue Kraftprobe des Feindes keinerlei Änderung in der Kriegslage herbeizuführen vermochte und zweifellos einen neuen Mißerfolg der Italiener bedeute. Wohl war ihnen auf der Hochfläche von Bainsizza—Heiligengeist ein Anfangserfolg vergönnt, der die österreichischische Führung veranlaßte, fünfzehn Kilometer der Frontlinie auf zwei bis sieben Kilometer zurückzunehmen. Das italienische Kraftaufgebot, 48 Divisionen auf kaum ebensoviele Kilometer angesetzt, suchte an Masseneinsatz seinesgleichen. Die italienischen Verluste betrugen (mit 20.000 Gefangenen) 230.000 Mann. — Kaiser Karl besichtigte am 13. die Südtiroler Front, fuhr am 14. aufs Plateau von Folgaria, am 15. nach Madonna di Campiglio, dann über Bozen, Meran und Trafoi zum Stilfserjoch.

Neue Schlachten entbrannten in Flandern und vor Verdun. Der Unterseebootkrieg machte immerwährend Fortschritte.

Die deutschradikale Vereinigung des österreichischen Abgeordnetenhauses beantragte im Deutschen Nationalverband 29. September: „Die Vorgänge beweisen, daß eine den Staatsinteressen feindliche slawisch-sozialdemokratische Mehrheit die Führung des Hauses innehat, ohne hiefür die Verantwortung zu übernehmen. Darum sollen die Mitglieder des Nationalverbandes alle Obmannstellen in den Ausschüssen zurücklegen."

Oktober.

Das große militärische Ereignis des Oktober 1917 ist das Einsetzen der österreichisch-deutschen Offensive gegen Italien, der Zusammen- Große Offensive. bruch der italienischen Isonzofront, die Rückeroberung von Görz, die Einnahme von Cividale und Udine. Diese zwölfte Isonzoschlacht setzte am 24. Oktober ein. Nach mächtiger, aber nur einstündiger Artillerievorbereitung brach die Infanterie bei Flitsch, Tolmein und im Nordteile der Hochfläche von Bainsizza—Heiligengeist in die italienischen Linien ein. Schon am ersten Tag wurden mehr als 10.000 Gefangene gemeldet,

darunter Divisions- und Brigadestäbe. Am folgenden Tag wurde die Linie Karfreit—Auzza überschritten; die feindlichen Linien waren auf fünfzig Kilometer Frontbreite ins Wanken gebracht; es wurden 30.000 Gefangene, 300 erbeutete Geschütze gezählt. Am 27. war man schon weit auf italienischem Boden. Die Zahl der Gefangenen war auf 60.000, die der erbeuteten Geschütze auf 500 gewachsen. Am 28. früh war Görz wieder besetzt. Vom Kastell wehten nach einjähriger Feindesherrschaft wieder wie seit Jahrhunderten die österreichischen Fahnen. Am Südflügel wurde Monfalcone gewonnen. Überall wichen die Italiener über den Isonzo zurück. Cividale war am 28. in deutscher Hand. Am 29. standen die Verbündeten vor Udine. Die italienische Kärntnerfront war bereits erschüttert. Die Kärntner Armee Krobatin gewann 30. Oktober am obersten Tagliamento Raum. Die Udine. Truppen des Generals v. Below besetzten Udine. Der ganze, mit ungeheuren Blutopfern erkaufte, im Laufe von zweieinhalb Jahren mühselig errungene Terraingewinn der Italiener war schon in vier Tagen völlig zunichte geworden. „Militärische Rücksichten hatten es mit sich gebracht, daß zu Beginn des Feldzuges der größte Teil des von den Italienern tastend besetzten Gebietes kampflos dem Gegner überlassen wurde. Nun zertrümmerte binnen einer Woche ein mit relativ geringen Kräften angesetzter Flankenstoß am oberen Isonzo die Front zweier italienischer Armeen im ersten Ansturm und zwang sie zu regelloser Flucht. In sieben Tagen wurde zehnmal mehr Terraingewinn erreicht, als die Italiener in zweieinhalb Jahren Ansturm zu erringen vermochten. Angesichts solcher Erfolge muß aber auch jener lebenden und toten Helden gedacht werden, die in opfervollstem Ausharren durch zweieinhalb Jahre am Isonzo stehend es ermöglichten, das Heranreifen des Momentes abzuwarten, da die militärische Initiative ergriffen werden konnte, so daß Österreichs Handelsemporium, die Città fedelissima Triest den Räuberhänden der Welschen eine unerreichte Perle blieb.“ — Das geschlagene italienische Isonzoheer wälzte sich in wilder Flucht auf allen Straßen dem Sumpfgebiete des Tagliamento zu. Der Rückzug wurde erschwert durch den Strom der flüchtenden Zivilbevölkerung, die mit Hab und Gut die durch Gewitterregen aufgeweichten Straßen bedeckte. Cadorna suchte die Tatsache der Niederlage durch seine Berichte möglichst zu verschleiern. Die Entente versprach Hilfe, um die sehr ernste Gefahr für den gesamten Verband zu beseitigen; man werde Vorteil ziehen aus der sich jetzt bietenden guten Gelegenheit, einen entscheidenden Schlag gegen die österreichisch-deutsche Armee zu führen, die zum erstenmal in ein offenes Gelände komme. Man werde so durch einen entscheidenden Sieg in einer Schlacht den ganzen Krieg entscheiden. — Kaiser Karl dankte am 28. Oktober dem Kaiser Wilhelm für seine Hilfe: „Du hast in selbstloser Sachlichkeit meinem

Oberbefehl eine Reihe Deiner prächtigsten Divisionen zur Verfügung gestellt. Zielbewußt haben unsere Generalstäbe die Vorbereitung des Angriffes gemeinsam durchgeführt. Die Stoßkraft Deiner Truppen erwies sich wie immer als unüberwindlich." Kaiser Wilhelm beglückwünschte seinen Bundesgenossen zum Sieg über den „wortbrüchigen, früheren Verbündeten". — Als am 27. der Monte Santo im Sturm genommen wurde, erinnerte man daran, wit welchem Triumphgeschrei ganz Italien die Einnahme dieses Schlüssels von Triest am 25. August d. J. begrüßt hatte. Dieser Schlüssel war ihm nun wieder aus der Hand geschlagen.

Kaum minder erfreulich war die Einnahme der Inseln Oesel, Moon und Dagö und anderer Inseln am Rigaischen Busen durch die Deutschen.

Leider mußte am 13. festgestellt werden, daß im russischen Verband seit Frühjahr 1916 eine „tschechoslowakische Brigade" bestehe, die zum beträchtlichen Teil aus Kriegsgefangenen der österreichisch-ungarischen Wehrmacht bestand. „Die russische Heeresleitung nimmt eben, im schroffen Gegensatz zu den bei uns geltenden Gepflogenheiten, keinen Anstand daran, unsre Kriegsgefangenen mit allen Mitteln zum Treubruch zu verleiten. Schwache und durch gewissenlose Agitatoren verhetzte Elemente fanden sich zum Verrat an der beschworenen Eidespflicht, zum Verrat an Kaiser, König und Vaterland." Tschechoslowaken.

Gegenüber den Erfolgen im Osten und Südwesten kam der beschwerliche Stellungskrieg im Westen weniger in Betracht. Deutsche Flieger zerstörten Anfang Oktober ganz Dünkirchen, indem sie auf diesen Hauptstapelplatz des belgisch-englischen Heeres in vierundzwanzig Stunden 60.000 Kilogramm Bomben warfen. — Amerikanische Zeitungen brachten einen Bericht der amerikanischen Militärkommssion, die unter General Pershing die französische Front besucht hatte. Es wurde darin festgestellt, daß Deutschland über vier Millionen, Österreich-Ungarn und die Türkei zwischen zweieinhalb und drei Millionen Mann stehen haben. Die fünf Millionen französische und englische Truppen genügen nicht, die von drei Millionen Mann gehaltenen deutschen Linien einzudrücken. Wenn diese drei Millionen aber noch mit vier Millionen deutscher Reserven und zwei Millionen von der rumänischen Front verstärkt werden, so müßten die Amerikaner mindestens vier Millionen, wenn möglich aber doppelt so viel hinüberschaffen, um durchzubrechen. Es wären mindestens fünf bis sechs Jahre notwendig, um, selbst wenn es keine deutschen Unterseeboote gäbe, einen Erfolg herbeizuführen. Da aber die Versenkungen bei weitem die Produktionsmöglichkeit aller Werften der Erde übersteigen, sei es unmöglich, Deutschland zu besiegen (Norddeutsche Allg. Ztg., 20. Okt.). Gegen Ende des Monats standen bereits amerikanische Truppen in den vordersten Schützengräben und die amerikanische Artillerie feuerte die ersten Schüsse ab. — Hindenburgs siebzigster Geburtstag wurde am 2. Oktober gefeiert. — Ein deutscher Luftschiffangriff suchte London, Manchester, Birmingham, Nottingham, Derby, Lowestoft, Hull, Grimsby, Norwich, Mappleton heim. Auf dem Rückzug gerieten vier Luftschiffe infolge Nebels über französische Kampfgebiete und wurden dort abgeschossen oder zur Landung gezwungen.

Über Österreichs Friedenspläne äußerte sich der Minister des Äußern Graf Czernin am 2. Oktober in Pest bei einem Bankett, das ihm zu Czernin.

Ehren der ungarische Ministerpräsident Wekerle gab. Czernin hob die glänzende militärische Lage hervor. „Aber die Millionen, welche kämpfen, im Schützengraben oder im Hinterland, wollen wissen, warum und wofür sie kämpfen, sie wollen erfahren, warum der Friede, den alle Welt wünscht, noch nicht eingetreten ist. Als ich auf meinen Posten gestellt wurde, habe ich erklärt, daß wir keine Vergewaltigungen begehen wollen, aber auch keine erdulden werden, und daß wir bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald unsere Feinde diesen Standpunkt eines Verständigungsfriedens annehmen. In großen Umrissen ist unser Programm des Wiederaufbaues der Weltordnung, richtiger des Aufbaues einer neuen Weltordnung, in unserer Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters niedergelegt ... Unter anderen politischen Thesen ist im Krieg auch jene zerronnen, die vermeinte, Österreich-Ungarn sei ein sterbender Staat. Das Dogma vom bevorstehenden Zerfall der Monarchie war es, welches unsere Stellung in Europa erschwerte. Darum konnten wir auf den Schutz der Rüstungen nicht verzichten. Mit dem Augenblick aber, da der Beweis unserer Lebensnotwendigkeit erbracht worden ist, sind wir in der Lage, gleichzeitig mit den Gegnern die Waffen abzulegen und etwaige Streitigkeiten schiedsgerichtlich zu regeln. Die neue internationale Rechtsbasis muß 1. die Sicherheit bieten, daß es keinen Revanchekrieg mehr geben kann. Das kann nur durch die Abrüstung geschehen, die alle Staaten, die Land, Wasser und Luft gleichmäßig umfassen muß. Die Kriegslasten wären auch bei freier Rüstungskonkurrenz für alle Staaten unerträglich, denn der Krieg hat das Rüstungsniveau auf das Zehnfache erhöht. Also vollständige Weltabrüstung. Die riesigen Flotten haben keinen Zweck mehr, wenn die Freiheit der Meere garantiert ist. Die Landheere müssen auf das geringe Maß reduziert werden, welches die Aufrechterhaltung der innern Ordnung erfordert. Das ist nur unter internationaler Kontrolle möglich. Jeder Staat wird etwas von seiner Selbständigkeit aufgeben müssen, um den Weltfrieden zu sichern. 2. Die Freiheit des hohen Meeres (nicht der Meerengen) und die Abrüstung zur See. So entfällt 3. jeder Grund für territoriale Sicherungen. Diese Gedanken liegen der Note des Papstes zugrunde, und ihr stimmen wir völlig bei. Wenn die internationale Abrüstung von den Feinden angenommen wird, dann brauchen wir auch keine territorialen Sicherungen, wir verzichten auf Vergrößerungen. 4. Freie wirtschaftliche Betätigung aller, Vermeidung eines künftigen Wirtschaftskrieges. Die Frage der Entschädigungen, welche die Entente immer wieder aufwirft, gewinnt einen merkwürdigen Charakter, wenn man die Verwüstungen bedenkt, welche ihre Armeen in Galizien, der Bukowina, Tirol, am Isonzo, in Ostpreußen, in den türkischen Gebieten und den deutschen Kolonien angerichtet haben. Soll

die Entschädigung nur einseitig gemeint sein? . . . Wir suchen unsere Stärke nicht in großen Worten. Wir sind nicht zu vernichten. Ich spreche für den jetzigen Augenblick, weil ich die Überzeugung habe, daß auf der jetzt entwickelten Basis der Weltfriede zustande kommen könnte: bei Fortsetzung des Krieges aber behalten wir uns freie Hand vor. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß wir in einem Jahre noch unvergleichlich günstiger dastehen werden als heute, aber ich würde es für ein Verbrechen halten, wegen irgendwelcher Vorteile diesen Krieg auch nur einen Tag länger fortzuführen, als es die Integrität der Monarchie und die Sicherheit der Zukunft erfordert. Die erdrückende Majorität der ganzen Welt will unsern Verständigungsfrieden, aber einige wenige verhindern ihn . . ." — Kaiser Karl sprach am 29. Oktober dem Grafen Czernin anläßlich der Erfolge am Isonzo seine Anerkennung für den konsequenten „Ausbau und für die Vertiefung der Bündnispolitik" aus, die sich jetzt so bewährte. Dieser Formel werden wir noch im Mai 1918 begegnen. Bündnis

Im deutschen Reichstag interpellierten die Sozialdemokraten über die angebliche alldeutsche Agitation im Heer. Darüber wurde am 6. Oktober verhandelt. Kriegsminister v. Stein widersprach; eine gewisse Aufklärungsarbeit sei notwendig, da feindliche Agenten mit vielen Mitteln im Lande darauf bedacht sind, Zwietracht und Schwanken in unserem Volk hervorzurufen. „Diese ganze Aufklärungstätigkeit hat allein den Zweck, in unserer Armee den Geist zu erhalten, mit dem sie in den Feldzug eingetreten ist. Keine Armee, der der Siegeswille und die Siegeszuversicht fehlt, ist ein brauchbares Instrument." — Reichskanzler Michaelis bedauerte die Form der gegenseitigen Agitation aufs tiefste. Vaterländische Aufklärung sei aber nötig, namentlich bei der abstumpfenden Beschäftigungslosigkeit des Stellungskrieges. Fehler und Entgleisungen seien im einzelnen nicht zu vermeiden. Er erwähnte die günstige Wirkung der Frontreise der Abgeordneten. Es scheint, daß die Alldeutschen in der Kritik der Antwort auf die Friedensnote des Papstes zu weit gingen. Der unabhängige Sozialdemokrat Dittmann warf der Regierung (am 9. Okt.) vor, sie scheine keinen Verständigungsfrieden zu wollen, da sie zwar offen für ihn eintrete, aber heimlich im Sinne der Kriegsverlängerung tätig sei. Wegen Bekundung unabhängiger sozialdemoktratischer Gesinnung seien in der Armee etwa zweihundert Jahre Zuchthaus verhängt und einige Marinesoldaten erschossen worden. Michaelis beschuldigte die Partei der unabhängigen Sozialisten, daß sie den Bestand des Deutschen Reiches gefährde. — Staatssekretär Capelle stellte die Tatsache fest, daß die russische Revolution auch einigen Leuten an Bord der Flotte die Köpfe verwirrt und revolutionäre Ideen bei ihnen großgezogen habe. Die wahnwitzigen Pläne dieser wenigen Leute gingen dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werben, um

Reichstag.

die ganzen Mannschaften der Flotte zur Gehorsamsverweigerung zu bringen und so den Frieden zu erzwingen. Diese Leute haben Beziehungen zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei gehabt, zu Dittmann, Haase und Vogtherr. Einige wenige Pflichtvergessene sind der verdienten Strafe zugeführt worden. — Haase suchte sich zu entlasten, ebenso Vogtherr und Dittmann. — Capelle las aber die Akten vor.

Staatssekretär Kühlmann erklärte am 9. Oktober im Reichstag: „Unsre Bemühungen, einen Gedankenaustausch mit den feindlichen Staatsmännern herbeizuführen, haben seit der Beantwortung der Papstnote auch nicht einen Schritt vorwärts gemacht. In London hat jüngst der ehemalige Marineminister Churchill, der Führer der genialen Expedition nach Antwerpen, gesagt, England rechne mit dem innern Zusammenbruch Deutschlands. In seiner letzten Rede hat Asquith die französische Forderung nach Rückgabe Elsaß-Lothringens als vollkommen gleichwertig gestellt neben die Forderung einer Wiederherstellung Belgiens und damit die Dinge so charakterisiert, daß die Frage, um die die Völker Europas ihr Blut vergießen, in erster Linie die Zukunft Elsaß-Lothringens ist. Wir fechten nicht für phantastische Eroberungen, sondern für die Unversehrtheit des Deutschen Reiches. In Frankreich umkleiden die Staatsmänner die Formel: Ohne Annexionen mit dem Worte Desannexion. Nach dieser Auffassung müßten wir Deutschen auch noch Toul und Verdun verlangen. Unser Verhalten ist aber festgelegt: Außer dem französischen Wunsch nach Elsaß-Lothringen gibt es kein absolutes Hindernis für den Frieden, keine Frage, die nicht durch Beratung und Ausgleich gelöst werden könnte . . . Ich betone: die auswärtige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie von der Zustimmung des Volkes getragen ist." — Staatssekretär v. Capelle nahm am 13. seinen Abschied.

Sozialisten. Am sozialdemokratischen Parteitag in Würzburg 15. Oktober, dem ersten seit Kriegsbeginn, nahmen etwa 350 Delegierte teil. Ebert betonte den Friedenswillen aller Völker. „Solang aber unsre Gegner nicht zum Frieden reif sind, stehen wir weiter zur Verteidigung des Landes." Scheidemann erklärte: „Nachdem man uns im Ausland beschimpft und uns Zweideutigkeit vorgeworfen hatte, sind wir dazu übergegangen, eine förmliche Friedensentschließung einzubringen. Leider haben unsre Gegner im Inland insofern recht behalten, als die Feinde uns grausam verhöhnt haben. Auch die Sozialdemokraten des feindlichen Auslands haben unsere Absichten nicht verstanden; je mehr wir uns um den Verständigungsfrieden bemühten, desto erregter wurde auf der andern Seite die Atmosphäre, und die Forderungen wurden immer verrückter. Was den Wirtschaftskrieg betrifft, den die Entente plant, so wäre er von schlimmen Folgen für die deutsche Arbeiterschaft. Wir verlangen einen Verständigungsfrieden, territoriale Unversehrtheit, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit, Freiheit der Meere. Das freie Meer ist zumindest ebenso wichtig wie die Gebiete, die wir besetzt halten; alles, was wir erreicht haben, können wir hingeben für das freie Meer." Über Michaelis sagte er: er sei eine Unmöglichkeit; wir brauchen das parlamentarische System, die Demokratisierung; die Politik der Vaterlandspartei würde zu einer Kata-

strophe führen. — Über die „Unabhängigen" sagte Ebert, sie jubeln zu früh über den Rückgang der Parteiorganisation; ihre einzige Lebensleistung sei die Schwächung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. David wünschte für Deutschland eine so klare Formulierung der Friedensziele hinsichtlich Belgiens, wie sie Österreich gab. Noske sprach für die Landesverteidigung: „Obwohl wir keinen Eroberungskrieg wollten, hat England uns doch den Krieg erklärt." Emmel (Mühlhausen) erklärte, die Losreißung Elsaß-Lothringens von Deutschland würde für die Reichslande selbst die schwerste Schädigung bedeuten. Cohen betonte: „Wollten wir bedingungslos Belgien räumen, dann würde England unsre Kolonien nicht herausgeben." David forderte nun nach allen deutschen und österreichischen Friedensangeboten ein Wort der Friedensbereitschaft von der andern Seite. Scheidemann führte aus: „Die Arbeiterklasse ist nicht mehr eine amorphe Masse, sondern organisiert und gegliedert. Eine organisierte Arbeiterklasse kann sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat stellen und hat es nirgends getan. Wir stehen erst am Anfang einer ungeheuren Machtverschiebung zugunsten des Proletariats. Die sozialdemokratische Partei hat die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate gewonnen. Deutschland wird nach dem Krieg ein demokratisch-parlamentarisches Staatswesen; die Mehrheit wird auch Regierungsstellen und Verantwortung übernehmen müssen. Drei Jahre lang hat die ganze Bevölkerung wirtschaftlich und produktiv gearbeitet. Jetzt sollen wir die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und ein neues System der Güterverteilung durchführen. Der Prozeß der Durchstaatlichung wird sich hernach rasch vollziehen. Das Ziel ist, die Volkskraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu heben und die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunützen zum Wohle der Allgemeinheit. Die Sozialpolitik muß mit der Wirtschaftspolitik so in Verbindung gebracht werden, daß sie die Produktivität nicht hindert, sondern erhöht. Die sozialistische Auffassung will, daß jeder einen möglichst großen Anteil zur allgemeinen Gütererzeugung beiträgt, und sie sichert ihm dafür den Anspruch, als Kulturmensch behandelt, entlöhnt und erhalten zu werden. Dem Organisator der Arbeit winkt in der Zukunft das größte Ziel. Zur Erfüllung dieser Aufgabe reicht die Kraft unserer Partei nicht aus. Sie ist nicht eine Parteisache, sondern eine Volkssache, eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen. Die letzte Entscheidung über unsre Zukunft fällt ja nicht in den Schützengräben, sondern erst beim wirtschaftlichen Wiederaufbau. Der Sozialismus drängt sich von selbst auf, als Notstandsmaßnahme der staatlichen Selbsterhaltung. Die Lösung des staatlichen Finanzproblems ist nicht denkbar ohne eine gründliche Vermögensabgabe und ohne Monopole... Wir rüsten zu einem neuen Kampf mit England, zu einem Kampf nicht um die flandrische Küste, sondern um die Sympathie der Völker, um die Seele der Welt. Nicht U-Boote oder Tanks können diesen Krieg gewinnen, sondern der wetteifernde Fortschritt in freiheitlichen und sozialen Einrichtungen. Als alter internationaler Sozialist bin ich Nationalist genug, um zu wünschen, daß Deutschland in diesem friedlichen Wettkampf am allerbesten abschneidet, sogar Sozialchauvinist. Wofür wir kämpfen, das ist die Erhebung der ganzen Menschheit auf die höhere Kulturstufe der internationalen Völkergesellschaft und des Sozialismus." — Lentsch trat am 19. für die Zurückgewinnung des deutschen Überseebesitzes

Durchstaatlichung.

ein. Die Pariser Wirtschaftskonferenz zwinge Deutschland zur Erwerbung eines Kolonialreichs. Fast ganz Asien würde schon jetzt zur englischen Kolonie werden neben Afrika, das England schon ausgeliefert sei, wenn es nicht gelänge, Einhalt zu tun. Der Freiheitskampf richte sich vor allem gegen den Anglikanismus.

Eine Kundgebung der konservativen Partei, 20. Oktober, verwarf die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit; sie sah darin eine Stärkung des feindlichen Kriegswillens. Auch sprach sich die Resolution gegen die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems aus und sympathisierte mit dem gesunden, kräftigen Kriegs- und Siegeswillen der Vaterlandspartei.

Dem christlichnationalen Arbeiterkongreß zu Berlin 30. Oktober präsidierte Wallbaum. Generalsekretär war Stegerwald. Justizminister Spahn wohnte der Tagung bei. Hindenburg telegraphierte „Dank für den Gruß und das Gelöbnis. Wir werden siegen, wenn auch in der Heimat jeder seine Pflicht bis zum äußersten tut."

Rußland. In Rußland machte der Zersetzungsprozeß weitere Fortschritte. Das neue Ministerium Kerenskij (8. Okt.) bestand aus 3 revolutionären Sozialisten (dazu gehörte auch Kerenskij), 4 Sozialdemokraten, 3 unabhängigen Sozialisten, 1 radikalen Demokraten, 4 Kadetten und 2 Parteilosen (darunter Tereschtschenko für Auswärtiges). Eine Erklärung der neugebildeten, vorläufigen Regierung überließ die endgültige Lösung aller großen Fragen der verfassunggebenden Versammlung, sprach sich aber bereits für den Abschluß des allgemeinen Friedens unter Ausschluß jeder Vergewaltigung aus. Die Kampffähigkeit der Armee soll aber doch wieder hergestellt werden. Die Finanzen sollen durch eine Erbschaftssteuer, eine Gewinnsteuer, eine Steuer für Luxuswaren, für Immobilien, durch Erhöhung aller indirekten Steuern und Einführung mehrerer Monopole geregelt werden. Die Agrarfrage soll ohne Verletzung der Eigentumsrechte geregelt werden. Die Wahlen für die verfassunggebende Versammlung wurden auf den 25. November anberaumt. Die vierte Duma wurde aber schon jetzt aufgelöst. — Der Arbeiter- und Soldatenrat wählte den ehemaligen Arbeitsminister Skobelew zum Vertreter der russischen Demokratie auf der Konferenz der Alliierten in Paris und gab ihm folgende Anweisung für die Friedensbedingungen: 1. Räumung Rußlands durch die deutschen Truppen, Autonomie für Polen, Litauen und die lettischen Provinzen. 2. Autonomie für Türkisch-Armenien. 3. Lösung der elsaß-lothringischen Frage durch freie Volksabstimmung. 4. Wiederherstellung Belgiens und Entschädigung für seine Verluste aus einem internationalen Fonds. 5. Wiederherstellung Serbiens und Montenegros mit Entschädigungen aus einem internationalen Fonds. Serbien erhält einen Zugang zur Adria. Bosnien und Herzegowina sollen autonom werden. 6. Die strittigen Gebiete auf dem Balkan erhalten vorläufig Autonomie bis zu einer Volksabstimmung. 7. Rumänien wird in denselben Grenzen wiederhergestellt, gibt der Dobrudscha Autonomie, den Juden Gleichberechtigung. 8. Autonomie der italienischen Provinzen in Österreich bis zur Volksabstimmung. 9. Rückgabe der Kolonien an Deutschland. 10. Wiederherstellung Persiens und Griechenlands. 11. Neutralisation der Meerengen, des Suez- und Panamakanals, Freiheit der Handelsschiffahrt, Abschaffung der Rechte zur Charterung und Torpedierung von Handelsschiffen. 12. Alle Kriegführenden verzichten auf Kontribution oder Entschädigung; die während des Krieges auferlegten Kontributionen sind zurückzuerstatten. 13. Verzicht auf eine Handelsblockade nach dem Krieg und auf gesonderte

Zollabkommen. 14. Keine Geheimverträge. 15. Allmähliche Abrüstung zu Land und zu Wasser; Milizsystem. So am 20. Oktober. Auch nahm der Arbeiter- und Soldatenrat eine Entschließung an, worin der sofortige Beginn von Friedensverhandlungen als das einzige Mittel bezeichnet wurde, das Rußland vor dem Untergange retten könne.

Am 21. Oktober eröffnete Kerenskij in Petersburg das Vorparlament oder den vorläufigen Rat der russischen Republik. Das Alterspräsidium hatte Frau Breschko-Breschkowska. Dann wurde Aksentiew, ein Bauernvertreter, zum Vorsitzenden gewählt. Trotzki, der maximalistische Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates von Petersburg, griff die Regierung heftig an und verließ mit allen Maximalisten unter Hochrufen auf einen ehrenvollen, demokratischen Frieden und auf die verfassunggebende Versammlung den Saal. General Alexejew meinte, der Zusammenbruch des Volksgeistes sei veranlaßt durch den tödlichen Gedanken, daß wir nicht mehr fähig sind, den Krieg fortzusetzen. Rußland droht aus der Reihe der Großmächte zu verschwinden. Kerenskij verteidigte die Armee und schob alle Schuld auf Verrat. Die Eroberung der Inseln Oesel und Dagö durch die Deutschen forderte zu Verteidigungsmaßregeln für Petersburg auf. Tereschtschenko leugnete die Bedeutung der russischen und italienischen Niederlagen. Kerenskij.

Der Landtag in Helsingfors erklärte, daß Finnland mit Rußland vereinigt bleibt, aber seine eigene Verfassung hat, eigene Regierung, unabhängige gesetzgebende und vollziehende Gewalten. — Die autonome Regierung der Ukraine kündigte die Beendigung der inneren Organisationsarbeiten an.

Durchaus kriegswütig verhielten sich die englischen Minister. Churchill sagte am 3. Oktober: „Es ist jetzt keine Zeit, über den Frieden zu reden. Wir befinden uns in der ernstesten Phase des Krieges, in der alle Früchte für alle Zeiten gewonnen oder schimpflich werden weggeworfen werden. Der preußische Militarismus ist noch nicht vernichtet. Dessen Führer sind ohne Übertreibung die Feinde des Menschengeschlechtes ... Das Ereignis der letzten sechs Monate ist die erfolgreiche Bekämpfung des U-Boot-Krieges. Unsere Vorräte an Lebensmitteln sind jetzt größer als im Anfang des Krieges." Lloyd George trat am 11. entschieden für Frankreichs Rückerwerbung von Elsaß-Lothringen ein. Er lobte die englischen Farmer, daß sie, dem Appell der Regierung folgend, viel mehr Land bestellt hatten; dadurch haben sie zum Sieg beigetragen. — Asquith bezeichnete es als seine beiden Ziele: Erreichung eines wirklichen Friedens und wirksame Verhütung künftiger Kriege. „Das heißt aber, daß Elsaß-Lothringen nicht als deutscher Siegespreis, als Symbol der Demütigung Frankreichs in deutscher Hand bleiben darf. Darin lag die Wurzel und Quelle der Unruhe und des gefährdeten Gleichgewichtes und des Wettrüstens, das zu diesem schrecklichsten aller Kriege geführt hat." — Am 23. Oktober bemerkte Lloyd George wieder: „Ich suche mit Sorgfalt den Horizont ab, aber ich vermag nicht zu erkennen, daß irgendwelche Bedingungen in Sicht sind, die zu einem dauernden Frieden führen könnten ... Wenn sich ein Krieg nach dreißig Jahren wissenschaftlicher Arbeit und Anwendung wiederholt, dann muß der Tod der Zivilisation erfolgen. Darum müssen wir jetzt England.

ein für allemal ein Ende machen. Die rohe Gewalt muß für immer vom Throne gestoßen werden, damit unsre Kinder nicht zu Schrecken verurteilt seien, die die lebhafteste Einbildungskraft nicht auszumalen vermag. Ein Friede von heute würde Deutschland in den Stand setzen, Nutzen daraus zu ziehen, Ermutigung für ein freibeuterisches Reich der Zukunft. Der Mißerfolg Napoleons, hat Frankreich eine Lehre verschafft, die es niemals vergaß (?), eine gleiche Lehre muß dem Gedächtnis jedes Preußen eingebrannt werden, bevor dieser Krieg zu Ende ist. Der wahre Feind ist der Kriegsgeist, der in Potsdam seit fünfzig Jahren gepflegt wird. Dort ist man unaufhörlich daran gewesen, Pläne zu schmieden, wie man dieses Land mit Krieg überziehen und jenes niedertreten könnte." — Carson ging so weit, am 24. Oktober zu sagen, ein Volk wie das deutsche könne zum Bunde der Nationen nicht zugelassen werden.

Daß Elsaß-Lothringen das Kriegsziel Frankreichs sei, wiederholte Ministerpräsident Painlevé am 19. Oktober in der Kammer. Ebenso sprach der Minister des Äußern Barthou: Die Deutschen müßten auch die ohne militärische Notwendigkeit angerichteten Schäden in den besetzten Gebieten gutmachen. Man werde Bürgschaften gegen die Wiederholung solcher Kriege fordern müssen. Darüber könne niemand Genaueres sagen.

Italien. Sonnino sah am 25. Oktober in den Angaben praktischer Friedensbedingungen durch den Papst dieselbe Unbestimmtheit, welche die Mitteilungen des Feindes kennzeichne und jeden Gedankenaustausch unmöglich oder unnütz mache. Italien kämpfe für die Vervollständigung seiner natürlichen Grenzen, die Befreiung der vom Fremdling unterdrückten Brüder und zur Sicherung der für Italiens Dasein und legitime Sicherheit notwendigen Bedingungen im Adriameere. Darin liege nichts Imperialistisches; die Küstengestaltung des Adriatischen Meeres habe schlimme, unerträgliche strategische Folgen für Italien. Ihm widersprach zum Teil der Sozialist Turati. Infolge der Niederlage am Isonzo wurde dem Kabinett Boselli am 26. Oktober die Vertrauensfrage abgelehnt. Es wurde ein neues Kabinett Orlando gebildet (mit Sonnino).

Uruguay, Peru, Argentinien brachen die Beziehungen zu Deutschland ab. Brasilien erkärte den Krieg wegen Torpedierung eines Dampfers an der spanischen Küste.

Kaiser Wilhelm besuchte seine Verbündeten in Sofia und Konstantinopel und tauschte mit ihnen freundschaftliche Versicherungen aus.

Sozialisten. Auf dem Sozialistenkongreß in Bordeaux unter Renaudels Vorsitz 7. Oktober sprachen sich die französischen Sozialdemokraten entschieden für einen Siegesfrieden und gegen einen Verständigungsfrieden aus, der Frankreichs Ziele nicht verwirklichen würde. Die Einberufung der Internationale nach Stockholm hätte kein anderes Ergebnis, als die Verschiedenheiten der Ansichten zu bekräftigen, die die französischen Sozialisten wie die aller andern Länder trennen. Compère-Morel meinte: „Wenn Frankreich besiegt würde, so würde dies das Verschwinden der Demokratie aus der Welt bedeuten." Dieser Mehrheitsanschauung von 1552 Stimmen stand eine Minderheit von 831 Stimmen gegenüber. — Das Komitee für die Stockholmer Konferenz erließ am 18. Oktober das Friedensmanifest mit folgenden Vorschlägen: 1. Allgemeines. Keine Annexionen, nur freundschaftlich vereinbarte Grenzberichtigungen. Keine Kontributionen; aber Wiedererstattung von Requisitionen, die entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention durchgeführt wurden. Wiederherstellung verwüsteter Gebiete mittels eines internationalen Fonds,

falls dies nötig erachtet wird. Lösung nationaler Fragen durch Selbstverwaltung. Die aus verschiedenen Nationalitäten bestehenden Staaten werden in Bundesstaaten umgewandelt. Gewährleistung der Arbeiterrechte. Amnestie. 2. Besondere Bedingungen: Wiederherstellung Belgiens, Selbstverwaltung Flanderns und Waloniens; Entschädigung nach Beurteilung des Haager Schiedsgerichtshofs. Volksabstimmung über Elsaß-Lothringen, einheitlich oder geteilt nach Bezirken. Wiederherstellung Serbiens mit Hilfe eines internationalen Fonds, mit freiem Zugang zum Hafen von Saloniki gemeinsam mit Bulgarien und Griechenland. Montenegro wird mit Serbien vereint. Bulgarien erhält Ostmakedonien bis zum Wardar, der die Verkehrslinie Serbiens mit dem Meere bleiben wird. Unabhängigkeit Polens mit Selbstverwaltung der jüdischen Minderheiten. Selbstverwaltung der Nationalitäten Rußlands im Rahmen der bundesstaatlichen Republik unter Wahrung der Rechte der Minderheiten. Unabhängigkeit Finnlands. Die Tschechen, die Südslawen Österreichs genießen bundesstaatliche Autonomie, die Italiener, soweit sie nicht an Italien abgetreten werden, kulturelle Autonomie. Irland erhält politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gleichberechtigung im Rahmen Großbritanniens. Die Frage Nordschleswigs wird freundschaftlich nach Befragung der Bevölkerung durch eine Grenzberichtigung gelöst. Unabhängigkeit des türkischen Armenien. Internationale Lösung des Judenproblems mit persönlicher Autonomie in Rußland, Österreich-Ungarn, Rumänien und Polen; Schutz der jüdischen Kolonisation Palästinas. Obligatorisches Schiedsgericht, allgemeine Abrüstung, Beseitigung jedes wirtschaftlichen Krieges, Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle auf die auswärtige Politik. Man erwartet, daß die Sozialisten Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas energisch ihre Pässe für die Konferenz fordern und erlangen werden. Die Sozialisten Deutschlands und Österreichs sollen eine Pression auf ihre Regierungen ausüben zugunsten eines parlamentarischen, demokratischen Regimes und der Präzisierung der Kriegsziele. Von den Sozialisten aller Länder wird der Kampf gegen den Annexionismus und Imperialismus erwartet.

Während der Deutsche Nationalverband des österreichischen Reichsrates sich auflöste, veranstaltete die christlichsoziale Partei am 7. Oktober im Festsaal des Wiener Rathauses eine große Friedenskundgebung. Landmarschall Prinz Alois Liechtenstein dankte dem Kaiser und dem Papst für ihre Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens: „Wir wollen Verständigung, gleichzeitige Abrüstung, ein ständiges Schiedsgericht. Wir wollen aber auch einen ehrenvollen Frieden, der uns vor Verlusten bewahrt und gegen frevelhafte Angriffe böser Nachbarn schützt.“ Im gleichen Sinne sprachen Landesausschuß Kunschak und Bürgermeister Weiskirchner. Friedenskundgebung.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten Österreichs beschloß am 24. Oktober zu Wien nach einem Referat Viktor Adlers eine Friedenskundgebung: „Die Beendigung des Krieges durch Gewalt ist unmöglich, der Weg der Verständigung notwendig geworden. Als mächtigsten Helfer zum Frieden begrüßt der Parteitag die russische Revolution, mit der eine neue Ära der Geschichte der Kulturmenschheit anhebt ... Der Parteitag erhofft ein baldiges Gelingen des Werkes in Stockholm ... An die Regierung ist die Forderung zu stellen, daß sie, auf dem von ihr eingeschlagenen Wege fortschreitend, alle kriegführenden Staaten auffordere, zu Friedensverhandlungen zusammenzutreten, unter der Voraussetzung, keine Annexionen und keine Kriegs- Sozialisten.

entschädigung anzustreben, insbesondere Serbien, Rumänien und Belgien wiederherzustellen, ohne diese Staaten oder das unabhängige Polen in wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten zu wollen; und daß sie bereit ist, Vorschläge entgegenzunehmen, die durch internationale Abrüstung, obligatorische Entscheidung aller Streitfragen zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichte ein neues Völkerrecht schaffen und der Wiederholung des Völkermordens vorbeugen." Der gleichzeitig tagende Parteitag zeigte manche Opposition gegen die Parteileitung.

Tschechen. Auf dem jungtschechischen Vertrauensmännertag in Prag 21. Oktober wurde nach Berichterstattung von Kramarsch und Franta beschlossen: „Politisches Programm der Tschechen kann heute nur die staatsrechtliche Selbständigkeit der ganzen tschechoslowakischen Nation sein. Es ist daher erste Pflicht der tschechischen Politik, die Grundlagen für diesen Staat zu bauen und dessen Organisation auf demokratischer Grundlage vorzubereiten. Unter dem Drucke der Weltereignisse müssen die programmatischen Verschiedenheiten der tschechischen Politik und die bisherige Zersplitterung der Parteien verschwinden."

November.

Neben der Vollendung der siegreichen Offensive gegen Italien bis an die Piave war das große Ereignis des November der neue

Bolschewiken. bolschewistische[1]) Umsturz in Rußland, der zum Sonderfrieden führte. — Wie immer und überall verschlang die Revolution ihre eigenen Kinder. Die von der Großfürstenpartei und der Entente zuerst angestiftete Empörung gegen den Zaren machte rasch alle Stadien vom Liberalismus zum Radikalismus, zur Republik, endlich zum Kommunismus durch. Der Umsturz ging nun von verschiedenen revolutionären Ausschüssen der kommunistischen Parteien aus, die auf dem marxistischen Programm standen, es aber verschieden auf Fabriksarbeiter und Bauern anwandten. Sie näherten sich mit ihrer Taktik den Unabhängigen in Deutschland, das heißt, sie waren für die Einführung des kommunistischen Marxismus durch das Mittel der Diktatur des Proletariats, da sie zu ungeduldig waren, eine „Entwicklung" abzuwarten. Die Führer der Bewegung waren Lenin, ein Russe, und Trotzki, ein Jude. Am 7. besetzte eine Abteilung Marinesoldaten die Büros der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur, die Telegraphenzentrale, die Staatsbank und das Marineministerium, wo der Rat der Republik tagte, dessen Sitzungen angesichts der Lage aufgehoben wurden. Die Parole der Aufständischen war: „Sofortiger Waffenstillstand und Frieden!" Am 8. bei Tagesanbruch bemächtigten sich die Überrevolutionären nach mehrstündiger Belagerung des Winterpalastes und des Generalstabes. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg verkündete: „Die Petersburger Garnison und das Proletariat haben die Regierung Kerenskijs,

[1]) Die Bolschewiki oder Maximalisten bilden die radikalere marxistische Partei neben den Menschewiken oder Minimalisten.

die sich gegen die Revolution und das Volk aufgelehnt hat, gestürzt. Der Umsturz geschah ohne Blutvergießen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat den Umsturz begrüßt und bis zur Einsetzung einer Regierung der Räte die Macht des Revolutionskomitees anerkannt. Programm: Sofortiger Vorschlag eines demokratischen Friedens. Übergabe des Bodens an die Bauern. Übergabe der Macht an die Räte, sofortige Einberufung der konstituierenden Versammlung ... Die von Kerenskij wiedereingeführte Todesstrafe an der Front ist aufzuheben. Alle verhafteten Soldaten und Offiziere sind zu befreien. Die früheren Minister sind vom revolutionären Komitee verhaftet worden. Kerenskij ist geflohen. Er ist zu verhaften und einzuliefern ... Der Verkehr darf nicht eingestellt werden, damit Proviant in die Stadt und an die Front gelenkt werden kann."

Der am 8. November zusammengetretene Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland erließ einen Aufruf an Arbeiter, Soldaten und Bauern, wonach er die Macht in seine Hand nahm. Er versprach sofortigen Waffenstillstand, unentgeltliche Auslieferung der Ländereien an die Bauernausschüsse, Demokratisierung der Armee, Recht der Nationalitäten. Der Kongreß der „Sowjets" (Räte) schlug einen Sowjets. Frieden ohne Annexion und ohne Entschädigungen vor. Denn eine Fortsetzung des Krieges, um die schwachen, besiegten Nationen unter den mächtigen und reichen aufzuteilen, wäre ein großes Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Alle Geheimdiplomatie soll abgeschafft sein. Die Friedensverhandlungen sind offen vor der ganzen Welt zu führen. Alle Geheimverträge sind zu veröffentlichen; dieselben werden für nichtig erklärt. Die vorläufige Regierung der Arbeiter und Bauern Rußlands wendet sich insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei größten Kulturvölker, der Engländer, Franzosen und Deutschen, die helfen sollen, das Friedenswerk zu vollenden. Lenin ließ sich vom Arbeiterrat zum Präsidenten eines Ausschusses ernennen und bekleidete zugleich den Posten eines Ministerpräsidenten. Trotzki wurde Minister des Äußern. Auch in Moskau gewannen die Kommunisten die Oberhand. Noch immer erließ aber Kerenskij unbekannten Aufenthaltes Aufrufe als Ministerpräsident und Höchstkommandierender (11. Nov.). Es bildete sich ein Komitee „zur Rettung" vor der Roten Garde und „Liquidierung" des Abenteuers der Bolschewiki. Am 14. November bestanden fünf Regierungen in Rußland, die sich den Sieg über die andern zusprachen. Es gelang Kerenskij, Gatschina, Zarskoje Selo und Krasnoje Selo mit seinen Getreuen einzunehmen. Er schickte Parlamentäre nach Petersburg, um die Bolschewiken aufzufordern, sich zu ergeben. Die Unterhandlungen blieben aber erfolglos und Kerenskij verlor alle Autorität. Die Menschewiken und die Bürgerlichen warfen ihm vor, er habe den richtigen Moment zum Einmarsch in

Petersburg verpaßt. Die Bolschewiken nützten diese Verzögerung aus, bemächtigten sich dreier Kasernen und organisierten die Verteidigung der Stadt. Sie übten in Petersburg eine Schreckensherrschaft aus. Der Winterpalast war ausgeraubt. Die Soldaten verkauften die Gobelins und kostbare Bilder, sie sollen auch an Mitgliedern des Frauenbataillons unbeschreibliche Grausamkeiten begangen haben. Man sprach von tausend Toten und Verwundeten. Die Macht der Bolschewiki war am 17. in Petersburg gesichert. In verschiedenen Teilen des Landes kämpften verschiedene Parteien. Kaledin operierte im Dongebiet selbständig sowohl gegen Kerenskij wie gegen die Bolschewiki. In Moskau standen von den 100.000 Mann der Garnison etwa 15.000 auf Seite der Bolschewiki, die übrigen verblieben in den Kasernen. Das war überhaupt bemerkenswert in all diesen Revolutionen, daß nur ganz geringe Streitkräfte die Sache entschieden. So wurden die 1500 Kosaken Kerenskijs zwischen Gatschina und Zarskoje Selo von 16.000 Mann der Bolschewiki geschlagen. Die 3000 Personen, die in Moskau getötet wurden, waren hauptsächlich friedliche Bürger. Die Kathedrale im Kreml wurde zerstört, die Basiliuskirche in Brand geschossen. Es gelang Kerenskij, in Matrosenkleidung zu entfliehen.

Lenin führte in einer Rede im Arbeiter- und Soldatenrat (21. Nov.) aus, daß die Revolution der Bolschewiki jetzt erst beginne. Von nun an würden die Arbeiter, Bauern und Soldaten regieren. Die neue Regierung wird neue Gesetze geben, eine neue Zeit wird kommen, nicht nur in Rußland, sondern auch in der ganzen Welt. Die neue Revolution in Rußland wird vom Proletariat aller Länder begrüßt. Die Revolution wird sich weiter entwickeln. Auch in England hat sie bereits begonnen, sich auszubreiten. In Italien hat sie sich zur Tatkraft ermannt. In einer Proklamation erklärte Lenin, daß die gesamte Staatsgewalt in die Hände der Sowjets (Räte) übergegangen ist, und er forderte die Bauernräte auf, in ihren Distrikten die Macht an sich zu nehmen. Da man den Krieg keinen Tag länger fortsetzen wollte, stellte Trotzki den bisherigen Alliierten ein Ultimatum und forderte sie auf, ihre Kriegsziele zu revidieren. Er verlangte Antwort bis zum 23. d. M. Er werde sonst einen Separatfrieden mit den Zentralmächten schließen und, wenn der Krieg fortdauern sollte, Rußland für neutral erklären. — Am 27. befanden sich folgende Städte in der Gewalt der Bolschewiki: Petersburg, Moskau, Kiew, Nischnij Nowgorod, Charkow, Odessa, Jekaterinoslaw, Samara, Saratow, Kasan, Rostow, Wladimir, Reval, Pskow, Minsk, Krasnojarsk, Podolsk, Zarizyn.—
Rada. In Kiew war die Macht in den Händen der ukrainischen Rada; sie rief am 20. die Ukrainische Republik aus, die aber mit Rußland vereinigt bleiben sollte; sie umfaßte die Gouvernements Kjew, Podolien,

Wolhynien, Tschernigow, Poltawa, Charkow, Jekaterinoslaw, Cherson, Tauris. Alle Regierungsstellen in Kiew waren in den Händen der Ukrainer; die russischen Blätter wurden beschlagnahmt. Alle privaten Ländereien sowie der Grundbesitz der Klöster und Domänen im ukrainischen Gebiet wurde als Staatseigentum erklärt. Die gesetzgebende Versammlung der Ukraine wurde für den 28. Januar einberufen. Die Flotte des Schwarzen Meeres wurde schon am 6. November als ukrainische Flotte erklärt und sollte nur mit ukrainischer Mannschaft besetzt werden.

Lenin erteilte schon am 20. November dem Oberkommandierenden Duchonin den Befehl, allen Kriegführenden einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Duchonin antwortete zuerst gar nicht, dann ausweichend, dann ablehnend. Darauf wurde Duchonin vom Rat der Volkskommissäre abgesetzt und Krylenko zum Oberkommandierenden ernannt. Am 23. richtete Trotzki an die Botschafter der Entente in Petersburg einen schriftlichen Vorschlag zum Waffenstillstand und demokratischen Frieden. An die Mittelmächte gelangte am 28. November ein teilweise verstümmelter Funkspruch Trotzkis aus Zarskoje Selo in gleichem Sinne: „An die Völker der kriegführenden Länder! Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland hat die Friedensfrage an die Spitze gestellt. Alle Regierungen, Klassen, Parteien aller kriegführenden Länder werden aufgefordert, die Frage zu beantworten: ob sie mit uns an die Verhandlungen über sofortigen Waffenstillstand und den allgemeinen Frieden herantreten wollen... Der Friede soll ein Völkerfriede sein, ein Ehrenfriede des Einverständnisses ... Unsern Antrag haben die offiziellen Vertreter der regierenden Klassen der verbündeten Länder mit der Weigerung beantwortet, die Räteregierung anzuerkennen und sich mit ihr ins Einvernehmen über die Friedensverhandlungen zu setzen. Aber wir fragen die Völker, ob die reaktionäre Diplomatie ihre Bestrebungen zum Ausdruck bringt ..." — Darauf erteilte die österreichische Regierung am 29. eine zustimmende Antwort an die Regierung der russischen Republik: „Die bekanntgegebenen Richtlinien bilden geeignete Grundlagen für die Einleitung von Verhandlungen ..." Ebenso erklärte der Reichskanzler im deutschen Reichstag am 29. die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zu Friedensverhandlungen. Der österreichische Ministerpräsident Seidler erklärte im Abgeordnetenhaus am 30. November, der Grundsatz „ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen" werde den Friedensverhandlungen vorschweben. „Hiebei wird die österreichisch-ungarische Regierung das Recht der mit ihr zum Friedensvertrage schreitenden Staaten anerkennen, den zu ihnen gehörigen Völkern volle Freiheit der Entschließung über ihre staatliche Zukunft zu gewähren, und wird sich jeder Einmischung in die innerstaatlichen Verhältnisse ihrer Kompaziszenten enthalten, wird aber

Friedensbemühungen.

ihrerseits verlangen, daß jede Einmengung in unsere eigene staatliche Organisation unterbleibe. Ich als österreichischer Minister muß darauf hinweisen, daß ein Staat wie der unsere, der ein auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gewähltes Abgeordnetenhaus hat, mit Recht behaupten kann, eine Volksvertretung zu besitzen, wie sie demokratischer kaum gedacht werden kann, und daß alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, das politische Schicksal der Völker des Staates selbst zu bestimmen." (Das war die Antwort auf eine Anfrage der Sozialdemokraten.)

Auch Bulgarien erklärte sich sofort bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten, zumal sich das nationale Ideal, wofür es in den Krieg eintrat, verwirklichte, nämlich die Einigung der bulgarischen Nation in einem einzigen Staat, der Makedonien, das Morawaland und die Dobrudscha in sich schließt.

Dagegen waren die schon vor dem Kriege kriegswütigen Ententemächte auch jetzt gegen den demokratischen Frieden und protestierten beim abgesetzten Duchonin gegen das einseitige Vorgehen der russischen Gewalthaber, die alle Geheimverträge veröffentlichten und für nichtig erklärten. Amerika drohte, keine weiteren Transporte nach Rußland zuzulassen. Trotzki erwiderte, die Vertreter der Verbündeten hätten sich einer unzulässigen Einmischung in die Angelegenheiten des Landes schuldig gemacht, mit der Absicht, einen Bürgerkrieg hervorzurufen. Die Arbeiter, Bauern und Soldaten Rußlands seien nicht willens, unter der Knute der verbündeten Imperialisten zu bleiben. — Lenin meinte: „Wenn die Alliierten nicht unsere Wünsche berücksichtigen, haben wir kräftige Mittel, sie gefügig zu machen. Wir können nämlich den Staatsbankerott erklären, wodurch alle Anleihen und andern finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten wertlos würden."

Auch an die Neutralen wandte sich die russische Regierung; denn „die Forderung nach einem sofortigen Frieden ist der Wunsch der arbeitenden Klassen aller Länder".

Indessen war im Deutschen Reich an die Stelle des Reichskanzlers Michaelis, der sich gegenüber den Parteien nicht länger halten konnte, Hertling. am 2. November der vierundsiebzigjährige Graf Hertling getreten, bisher bayerischer Staatsminister. Er war der siebente Reichskanzler, der zweite (nach Hohenlohe) Süddeutsche und Katholik. Hohenlohe war nur Namenkatholik gewesen; Hertling aber war als Führer des Zentrums und Haupt der Görresgesellschaft durch Jahrzehnte Repräsentant katholischen Wesens im deutschen Reich. Er richtete sofort ein Begrüßungstelegramm an den Grafen Czernin: „Wenn ich in der Pflege engster Beziehungen zur Monarchie meine bedeutsamste Aufgabe erblicke, so weiß ich mich eins mit meinen deutschen Landsleuten, in deren Herzen die von Kaiser Karl an Eure Exzellenz gerichteten eindrucksvollen Worte über die Verdienste am Ausbau und der Vertiefung der Bündnispolitik warmen Widerhall gefunden haben." Czernin kam selbst am 5. November nach Berlin. — Es erfolgte am 10. November der Rücktritt Helfferichs und

am 12. die Ernennung Friedrich v. Payers, eines Württembergers, zum Stellvertreter des greisen Reichskanzlers und Bevollmächtigten Preußens zum Bundesrat. — Für den preußischen Landtag wurde endlich der Gesetzentwurf fertig, der das gleiche, unmittelbare, geheime Wahlrecht vorsah.

Hertling legte am 29. vor dem Reichstag die Situation dar: „Im Westen geht die Flandernschlacht fast ununterbrochen seit Juli dieses Jahres fort. Nahezu das gesamte englische Heer ist in zahlenmäßiger Überlegenheit eingesetzt worden; auch mehrere französische Divisionen haben teilgenommen. Aber unsere Front steht trotz des Verlustes einiger Dörfer und Höfe unerschüttert fest, der Feind ist seinem Ziel, der Erreichung der flandrischen Küste zur Unschädlichmachung unserer U-Boot-Basis, nach wie vor fern. In der Erkenntnis ihrer nutzlosen und verlustreichen Angriffe in Flandern suchen die Engländer jetzt bei Cambrai erneut die Entscheidung. An Stelle der tagelangen Feuervorbereitung ist der Masseneinsatz von Tanks getreten. Aber sie liegen zerstört auf dem Kampffelde. Die englischen Anfangserfolge wurden durch das Eingreifen unserer Reserven pariert. Die Schlacht ist noch im Gang. Die Franzosen haben nordöstlich von Soissons und Verdun örtliche Erfolge gehabt, sie auszubeuten, ist ihnen aber nicht gelungen. Ein Erfolg unserer Siege vom Isonzo bis zur Piave war die wirksame Entlastung unserer Westfront. In gleicher Weise machte sich dieser Sieg auch in Makedonien fühlbar. Von der Sinaihalbinsel aus operieren die Engländer gegen die türkischen Truppen in Palästina und haben dort anfangs Erfolge zu erringen vermocht. In Kleinasien und im Irak hat sich die Lage nicht verändert. Der U-Boot-Seehandelskrieg übt planmäßig seine gewaltige Wirkung, er ist das einzig durchgreifende Mittel des uns aufgezwungenen Wirtschaftskrieges. Wenn auch unsere Gegner die gelichteten Bestände ihrer Handelsflotte mit neutralen Schiffen, die sie durch Hungerblockade und andere Druckmittel gewaltsam erpreßt haben, aufzufüllen suchen, so wird sich dieses Verfahren doch nicht beliebig fortsetzen lassen und bald seine Grenze erreichen ... Unvergessen bleibt die Tapferkeit unserer Schutztruppe in Ostafrika ... Mit Teilnahme verfolgen wir die Entwicklungen des schwergeprüften russischen Volkes. Was die ehemals dem Zaren unterworfenen Länder Polen, Litauen, Kurland betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. Die Dinge sind hier noch völlig in der Schwebe ... Seitdem wir uns in der Antwort auf den Friedensappell des Papstes auf den Boden der päpstlichen Note vom 1. August dieses Jahres gestellt haben, war dem törichten Gerede, daß es gelte, den den Frieden der Völker bedrohenden deutschen Militarismus zu vernichten, jeder Boden entzogen. Umgekehrt hat sich herausgestellt, wo in Wahrheit der friedenmordende Militarismus zu suchen ist. Sonnino hat am

26. Oktober den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung ausdrücklich abgelehnt. Clemenceau geht in seinem Zynismus so weit, von der friedlichen Völkergemeinschaft der Zukunft, wo das Recht an Stelle der Waffengewalt treten soll, ausdrücklich Deutschland und Österreich auszuschließen. Lloyd George erklärt als Zweck des Krieges die Vernichtung des deutschen Handels. Wo die uns zugeschriebene Eroberungssucht zu suchen ist, das wird jetzt durch die Veröffentlichung der Geheimverträge seitens der russischen Regierung in das hellste Licht gesetzt . . . Für die Fortsetzung des Mordens und der Zerstörung tragen die Feinde allein die Verantwortung. Wir vertrauen auf Gott und unsere gerechte Sache."

Kühlmann. Am folgenden Tag, 30. November, sprach Kühlmann über die äußere Politik: „Die von den heutigen Machthabern in Petersburg der Welt mitgeteilten Grundsätze erscheinen geeignet als Unterlagen für eine Neugestaltung der Dinge im Osten . . . Mit keinem Lande Europas hat die geistige Welt Deutschlands so enge Beziehungen vor diesem Krieg unterhalten wie mit Italien. Der neugeeinte Staat war im Schatten des mächtigen Dreibundes zu Ansehen, Macht und Reichtum gediehen, und wenn auch eine unsagbare Bitterkeit bei uns empfunden wurde, als Italien aus reiner Ländergier sich zur schmählichen Politik entschloß, die es heute so blutig büßt, so wird doch auch mancher dem italienischen Volk in dieser Stunde völligen Zusammenbruches nicht alle Teilnahme versagen können . . . Während in Deutschland die Beziehungen zwischen Volk und Krone immer fester werden, ist in England und Frankreich, den beiden Ländern, die sich als Vorkämpfer volkstümlicher Freiheit geben, die Entwicklung eine umgekehrte gewesen. Die Freiheit des Wortes wird mit den brutalsten Gewaltmitteln unterdrückt. Alles strebt dort auf die Diktatur hin. In Frankreich hat der verbissene Kriegswille, als dessen Träger Präsident Poincaré zu gelten hat, Clemenceau zur Macht berufen, von dem seine Blätter rühmen, daß er sein Kabinett ohne jede Fühlungnahme mit dem Parlament absolutistisch und diktatorisch zusammengestellt habe, und als eine der ersten Regierungshandlungen ward eine scharfe Verfolgung friedensfreundlicher Bestrebungen angekündigt. In England hatte diese Entwicklung schon mit Loyd George stattgefunden. Ihm hatte die Kriegspartei Vollmachten übertragen, die ihn unter Hintansetzung aller der englischen Verfassung so teueren Kautelen tatsächlich zum Diktator machten . . . Nachdem Lord Robert Cecil die Geschichte von der deutschen Leichenverwertung und von der Vielweiberei in Deutschland in vollem Ernst aufgebracht hat, muß man sagen, die Welt ist beklagenswert, die von Männern geleitet wird, die über ihre Gegner so unwissend sind. Diese Leute des Krieges bis zum Ende verlangen den Sieg, und wie sie diesen auszunützen gedenken, das beleuchten die geheimen Dokumente, deren Veröffentlichung die neue russische Regierung begonnen hat . . . Heute steht es fest, daß die päpstliche Friedenskundgebung vom Westen her nicht beantwortet werden wird und daß Frankreich und England entschlossen sind, nur auf die Gewalt zu bauen . . ."

England. Im englischen Unterhaus tadelten Ramsay Macdonald und die Pazifisten die Regierung, daß sie nur für Frankreichs Aspirationen auf Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer kämpfe und für andere Kriegsziele, die

England ferne lägen, daß sie ihre Kriegsziele ändere und sie allein unter allen Völkern nicht bekanntgebe, weil sie imperialistisch seien. Dem suchte Balfour zu widersprechen (6. Nov.). In einer späteren Rede (16. Nov.) sagte er: „Die Zerstörung des Deutschen Reiches war niemals das Ziel der Entente. Die Zerstörung des deutschen Handels ist eine gerechtfertigte Kriegsmaßnahme, kein Kriegsziel.“ — Auf einem Bankett in der Guildhall (9. Nov.) sagte Curzon: „Die siebzehn jetzt verbündeten Staaten hat die Überzeugung zusammengefügt, daß, sofern nicht der Geist vernichtet würde, von dem der Deutsche Kaiser und das deutsche Volk beseelt sind, es keinen Platz gibt, wo freie Nationen leben könnten.“ — Bonar Law tröstete die Hörer, daß an Stelle der Russen nun die Amerikaner eintreten. Der Krieg bleibe ein Ringen zwischen freien Völkern und dem Despotismus des Kriegsherrn.

Bei allem Siegeshochmut sagte Lord French am 11. November in einer Versammlung der freiwilligen Motorfahrer in London: „Wir können nicht wissen, ob nicht unsere nächste Überraschung eine Invasion in England sein wird. Im Kriege geschieht das Unerwartete. Wir haben seit August 1914 bis vor zwei Tagen eine lange Kette von Überraschungen gehabt. Die letzte, vielleicht die größte von allen, ist das, was jetzt in Italien vor sich geht. Es ist durchaus möglich, daß wir noch eine Überraschung erleben werden, nämlich eine Invasion. Daraus ergibt sich für uns, daß wir für alles vorbereitet sein müssen.“

Lloyd George war am 12. November in Paris. Es galt einen Kriegsrat der Alliierten, deren Armeen an der Westfront kämpften. Kriegsrat. Er führte in einer Rede aus, daß es bisher an der wirklichen Eintracht in der Leitung des Krieges gefehlt habe. „Die serbische Tragödie, die rumänische Katastrophe, der Zusammenbruch Rußlands beweisen, daß die vier Mächte vier Kriege statt eines einzigen geführt haben. Welche günstigen Gelegenheiten haben die Alliierten aus Mangel an gemeinsamem Denken und Handeln verpaßt! Der Krieg wurde durch den Partikularismus verlängert.“ — Bonar Law erklärte am 12. November im Unterhause, um die militärischen Aktionen in bessere Übereinstimmung zu bringen, sei ein Kriegsrat eingesetzt worden, bestehend aus den Premierministern und je einem andern Mitglied der Regierungen Frankreichs, Italiens und Großbritanniens. Der Kriegsrat wird in Versailles wenigstens einmal im Monat zusamentreten, an anderen Orten, wie es die Zeit mit sich bringt. Militärische Vertreter und ihr Stab werden zu dauernder Tagung in Versailles Aufenthalt nehmen. Vertreter Englands wird Henry Wilson, der Frankreichs Foch sein. Hoffentlich wird sich auch Amerika dem Kriegsrat anschließen. Der Kriegsrat hat keine Exekutivgewalt. Die Entscheidungen liegen bei den Regierungen der Alliierten. Der Rat gibt nur Ratschläge. — Asquith bezweifelte am 19. im Unterhaus den Nutzen des Rates. Hätte ein Rat in Versailles im vergangenen März die Lage in Rußland beeinflußt? Cadorna hat bis zum Vorabend des deutschen Angriffes gegen Italien auf seinen Sieg vertraut. — Lloyd George entgegnete: „Unser Schlachtfeld ist im Norden, Osten, Westen und Süden, unsere Sache ist es, den Feind von allen Richtungen der Windrose zu schlagen. Darum brauchen wir diesen gemeinsamen Rat. Wir brauchen alle Erfahrungen, die wir bekommen können; unsere Alliierten auch. Wir wünschen den Sieg, aber nicht, daß die ganze Last auf England falle. Es gibt nur zwei Dinge, die uns eine Niederlage hätten beibringen können: der Unterseebootkrieg und der Mangel an Einigkeit.“

In einer Konferenz mit der amerikanischen Mission unter Admiral Benson 20. November sagte Lloyd George, man erwarte von Amerika am dringlichsten Frontstreitkräfte und Schiffe. Der Zusammenbruch Rußlands und die Niederlagen Italiens machen das notwendig. „Es liegt mir sehr daran, zu wissen, wie bald ich auf die erste Million amerikanischer Truppen in Frankreich rechnen kann. Die britische Handelsflotte ist jetzt völlig für Kriegszwecke in Anspruch genommen. Von minderer Dringlichkeit sind Flugzeuge und Lebensmittel. Endlich ist zu hoffen, daß das Zusammenarbeiten bei der Blockade den wirtschaftlichen Druck auf die Zentralmächte noch verschärfen wird.“

Lord Robert Cecil, der Blockademinister, sagte am 27. November in derselben Rede, in der er auf die angeblich in Deutschland vorgeschlagenen Doppelehen hereinfiel und sich blamierte, so etwas wie die englische Blockade sei in der ganzen Weltgeschichte nicht geleistet worden.

Lansdowne. Der einzige edle Lord Lansdowne trat in einem langen Brief im „Daily Telegraph“ 29. November für eine Verständigung mit Deutschland ein, er empfahl die Koordinierung der Kriegsziele und meinte: „Wir werden den Krieg nicht verlieren, aber eine Verlängerung würde den Ruin für die zivilisierte Welt bedeuten. Wahrscheinlich würde es für die Friedenspartei in Deutschland ein ungeheurer Ansporn sein, wenn bekannt würde, daß wir nicht Deutschland als Großmacht zu vernichten wünschen, daß wir nicht trachten, Deutschland eine andere Regierungsform aufzudrängen, als es selbst wünscht, daß wir nicht beabsichtigen, Deutschland seinen Platz unter den andern großen Handelsvölkern der Welt zu versagen, und daß wir, wenn der Krieg vorbei ist, bereit sind, zusammen mit andern Mächten die Probleme, die mit der Freiheit der Meere zusammenhängen, zu prüfen, daß wir bereit sind, einem internationalen Abkommen für die Beilegung von Streitfragen durch friedliche Mittel beizutreten.“ Das kriegswütige Ministerium wies aber die Ansicht ihres Mitglieds amtlich zurück. Lord Lansdowne sprach in dem Briefe nur für sich. Bevor er schrieb, beriet er sich weder mit irgend einem Mitgliede der Regierung noch setzte er sich mit einem solchen in Verbindung. Die Minister lasen den Brief mit ebensolcher Überraschung wie jedermann sonst. Die in dem Briefe zum Ausdruck gebrachten Anschauungen stellen in keiner Weise die Auffassungen der englischen Regierung dar, noch zeigen sie im geringsten an, daß irgendein Wechsel oder eine Modifizierung in der Kriegspolitik dieses Landes eingetreten ist. Diese ist auch jetzt noch die gleiche, die sie immer war und wie sie durch den Premierminister, durch Asquith, Bonar Law und Balfour umschrieben wurde. Diese Kriegspolitik wurde am besten in der Äußerung Clemenceaus zusammengefaßt: Die Kriegsziele, für die wir kämpfen, das ist der Sieg.“

Kurz vor seinem Sturz schilderte Painlevé die Lage mit Beziehung auf Italiens Niederlage (12. Nov.): „Italien wird uns immer teurer. Wir können nicht vergessen, daß es im August 1914 seine wohlwollende Neutralität war, die uns erlaubte, dem Eindringling unsere gesamten Kräfte entgegenzuwerfen, und daß im Mai 1915, da die russischen Armeen ohne Munition sich zurückzogen, Italien aus eigener Entschließung in den großen Krieg eintrat. Daher hat das Brudergefühl des französischen Volkes sich gezeigt, und während der Feind noch in unsern nördlichen Ebenen lagert, haben die französischen Divisionen die Front verlassen, um nach Italien zu

eilen. In diesem Augenblick strömen auf allen Eisenbahnen und Wegen französische und englische Soldaten, Kanonen und Munition auf die andere Seite der Alpen. Die Hilfe wird der Größe der Gefahr entsprechen. Die Alliierten kämpfen nicht jeder für sich, sondern jeder für alle, für alles, was schön, gut und wahr ist und den Lohn eines edlen Lebens bildet. Sie kämpfen, um der Barbarei und organisierten Grausamkeit ein Ende zu machen. Sie kämpfen dafür, daß die Völker endlich den Frieden, die Gerechtigkeit, die Achtung vor dem Recht kennenlernen, ohne unter äußere Gesetze gebeugt zu sein ... Bei unsern Feinden gibt es ein Herrenvolk, dessen Sklaven die andern sind; wir sind freie Völker, die es nicht ertragen, einem andern Volk unterworfen zu sein ... Die Alliierten haben für sich vier Fünftel der zivilisierten Welt und unerschöpfliche materielle Hilfsquellen." — Weniger zuversichtlich war Painlevés Rede am 13. November in der Kammer: „Schwerwiegende Ereignisse verpflichten die Regierung zu einer Erklärung: die Vorgänge in Petersburg und die in Italien. Englische und französische Truppen sind auf dem Weg nach Italien. Die Alliierten sollen eine Nation, eine Armee und eine einheitliche Front bilden. Das gilt auch von den wirtschaftlichen Angelegenheiten, der Verpflegung." Die Rede wurde sehr erregt aufgenommen. Auf der Tagesordnung standen noch Interpellationen über die innere Politik und innere Skandale. Painlevé wünschte deren Vertagung, seine Forderung wurde aber abgelehnt. Infolge dieser Mißtrauensbezeugung trat er zurück und es wurde ein neues Kabinett Clemenceau gebildet (16. Nov.) mit folgendem am 20. verlesenen Programm: „Wir haben die Regierung übernommen, um den Krieg mit verdoppelten Anstrengungen zu führen und alle Kräfte besser auszunützen. Wir beginnen mit dem alleinigeu Gedanken an den uneingeschränkten Krieg. Alles für das in seinem Ruhme blutende Frankreich, alles für die Apotheose des triumphierenden Rechtes. Front und Hinterland sind eins. Alle zivilisierten Völker sind an der gleichen Schlacht beteiligt gegen die modernen Formen alter Barbarei. Frankreich leidet für alles, was menschlich ist, auf dem Boden der großen Vorfahren. Es sind Fehler vorgekommen, wir wollen sie gut machen. Es sind Verbrechen vorgekommen, die schnelle Bestrafung fordern. Schwäche wäre Mitschuld. Alle Schuldigen vor das Kriegsgericht, keinen Pazifistenfeldzug mehr, keine deutschen Umtriebe mehr! Weder Verrat noch Halbverrat! Den Krieg tötet nichts als der Krieg. Unsre Armeen sollen nicht zwischen zwei Feuer gelangen. Die Zensur bleibt aufrecht, sonst gibt es nur Wilkür und Anarchie. Einschränkungen bei den Lebensmitteln, Entsagung bei den Heeren und im ganzen Lande!" Clemenceau fügte noch hinzu: „Ich glaube nicht, daß der Bund der Nationen der notwendige Abschluß des Krieges ist, weil ich dem Eintritte Deutschlands in diese Gesellschaft der Nationen nicht zustimmen würde. Fragen Sie die Belgier, was die Unterschrift Deutschlands wert ist. Eine schreckliche Tatsache ist, daß Deutschland den preußischen Militarismus nicht zerbricht." Den Sozialisten warf er vor, das Volk zu entwaffnen. Er versprach, daß es keine geheime Diplomatie mehr geben solle. Die Skandale werden gerichtlich gesühnt werden. — Die Stellungnahme gegen den Völkerbund verstimmte in England. Lord Cecil erklärte auf Befragung im Unterhaus 30. November, daß Clemenceau sich darüber nicht mit der englischen Regierung verabredet habe.

Der italienische Ministerpräsident Orlando begrüßte am 14. November

in der Kammer die französischen und englischen Hilfstruppen, sprach über die in Rapallo am 6. November gemeinsam gefaßten Beschlüsse und pries die bürgerliche Eintracht. Den Beratungen zu Rapallo hatte Lloyd George, Painlevé, Foch, Orlando, Sonnino und Porro beigewohnt.

Wilson. Wilson hielt in Buffalo auf der Jahresversammlung der amerikanischen „Federation of Labour" am 12. November eine Rede, in der er sagte: „Dies ist der letzte entscheidende Kampf zwischen dem alten Machtprinzip und dem neuen Freiheitsprinzip. Der Krieg wurde von Deutschland begonnen. Deutschland hatte Platz an der Sonne. Warum war es nicht zufrieden? Was will es mehr? Ich glaube wohl, daß der Geist der Freiheit in deutsche Herzen einziehen kann wie in jedes Herz; aber er verträgt sich nicht mit den Plänen der Alldeutschen. Viele Vorschläge erreichen uns von der einen der Mittelmächte (Österreich), die mehr nach Frieden verlangt, als die führende Macht der Zentralmächte. Das bedeutet, daß die Völker des erstgenannten Landes wohl wissen, daß für sie die Gefahr besteht, Deutschlands Vasallen zu werden, obwohl sie nicht wünschen, daß das eigene Nationalbewußtsein unterdrückt werde . . . Die Eisenbahn Berlin-Bagdad stellt eine Bedrohung dar für die Industrieunternehmungen eines halben Dutzend Länder.[1]) Die deutsche Konkurrenz würde, wenn sie dorthin käme, unwiderstehlich sein, weil es immer möglich wäre, die deutschen Armeen rascher nach diesen Gegenden zu befördern als irgendeine andere Armee. Deutschland übt eine vollständige Vogtei über Österreich-Ungarn, faktisch auch über den Balkan, die Türkei und Kleinasien aus. Wenn die europäische Karte bleibt wie jetzt, so bleibt Deutschland in der Lage, den Weltfrieden zu stören. Deutschland hat sich vorgenommen, die ganze Welt politisch zu beherrschen. Nie zuvor wurde ein derartiger Ehrgeiz auf einem so genau ausgearbeiteten wissenschaftlichen Plan zur Erreichung der Vorherrschaft aufgebaut. Ich bin überrascht, daß es eine Gruppe von Menschen gibt, wie momentan gewisse Kreise Rußlands, die glauben können, daß sie ohne Gefahr von Seite Deutschlands würden leben können. Ich habe nichts gegen die Bestrebungen der Pazifisten einzuwenden, nur gegen ihre Einfalt. Ich habe einen der größten Friedensfreunde, den Obersten House, nach Europa geschickt, aber nicht, um über den Frieden zu unterhandeln, sondern um zu sehen, wie der Krieg gewonnen werden kann." In diesem militaristischen Sinn wirkte denn auch der sonderbare Pazifist mit allem Nachdruck. — Vergebens hielt der Senator Lafollette im Senat eine dreistündige Rede in Verteidigung seiner Friedensbestrebungen. Er beklagte sich über die brutale Unterdrückung jeglicher Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten, wies auf die zahl-

[1]) Und doch erfolgte dies Unternehmen im Einverständnis mit England.

losen Verhaftungen hin, gab ein erschreckendes Bild des Terrorismus und der Ungerechtigkeit, wozu ein Gegenbild nur in Rußland während seiner schwärzesten Tage unter dem Zarentum zu finden sei: „Vor der Kriegserklärung wurde jeder, der sich gegen unsern Eintritt in den Krieg wandte, als verdammungswürdiger Feigling hingestellt. Nach der Kriegserklärung bedachte die triumphierende Kriegspartei alle Senatoren und Abgeordneten, die gegen den Krieg gestimmt hatten, mit einem Verleumdungsfeldzug. Seit Wochen werden ehrenhafte, loyale Bürger terrorisiert und ihrer Rechte beraubt von jenen, die geschworen haben, diese Rechte zu schützen. Ich habe zahllose beeidete Aussagen in meinem Besitz, die beweisen, daß unzählige Leute auf ungesetzliche Weise verhaftet, ins Gefängnis geworfen und von der Außenwelt vollständig abgeschnitten wurden, um schließlich eines Tages entlassen zu werden, ohne daß ein Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet worden wäre, da ihnen in Wirklichkeit nichts vorzuwerfen war. Gouverneure, Bürgermeister, Polizisten, sogar neu ausgebildete Soldaten beschäftigen sich damit, friedliche Versammlungen zu sprengen, damit der Kriegswelle ja kein Abbruch getan werde. Man folgte der Führerschaft des Präsidenten fraglos, im Glauben, daß er irgendeinen ungeheuren und notwendigerweise geheimgehaltenen Plan habe, durch den der Friede, der ihn in den Augen der ganzen Welt rechtfertigen würde, zustande kommen müßte. Langsam, wider Willen, beginnt nun aber der Kongreß und das Land zu entdecken, daß wir in diesen furchtbaren Weltkrieg nicht nur darum eingetreten sind, um Unrecht zu sühnen."

Aber auch der Arbeiterführer Samuel Gompers, der Präsident des amerikanischen Arbeiterverbands, war ganz für den Krieg. Er sagte in einer Agitationsrede: „Vor drei Jahren war ich durch und durch Pazifist und Gegner der Wehrpflicht. Jetzt ist die Wehrpflicht ein Landesgesetz; ich rate allen, diesem Gesetze zu gehorchen. Ich will keinen Frieden zu Bedingungen, unter denen er jetzt erhältlich ist."

Die Kriegskonferenz in Paris 30. November vereinigte diesmal Delegierte aller Alliierten.

Die drei nordischen Könige vereinigten sich wieder in Christiania zu einer Besprechung (29. Nov.). Sie betonten ihre Solidarität und Neutralität.

Zwischen Japan und den Vereinigten Staaten wurde am 2. November ein Abkommen unterzeichnet, worin die Vereinigten Staaten die besonderen Interessen Japans in China anerkannten, Japan den Grundsatz der offenen Tür bestätigte. Die territoriale Souveränität Chinas bleibt trotzdem unverletzt. Keiner Macht soll die Erwerbung besonderer Privilegien zustehen, wodurch Untertanen oder Bürger irgendeines Landes im vollen Genuß gleicher Rechte im Handel und in der Industrie Chinas beeinträchtigt würden. Im Anschluß daran teilte die Washingtoner Regierung am 6. November mit, daß die Vereinigten Staaten und Japan auch zu einer vollständigen Übereinstimmung bezüglich der militärischen, maritimen und wirtschaftlichen

Japan.

Zusammenarbeit im Kriege gegen Deutschland gelangt seien. Allerdings überreichte der chinesische Gesandte in Washington und der in Tokio am 12. einen formellen Protest über den Vertrag, den die beiden Staaten über China ohne dessen Wissen und Willen abgeschlossen hatten wie über ein herrenloses Gut. — Anderseits sagte der japanische Finanzminister, es sei durchaus unmöglich, japanische Truppen nach Europa zu senden; die Alliierten hätten auch in Würdigung der Schwierigkeiten niemals darauf gedrängt. Die Japaner hätten durch Bereitstellung ihrer Marine, durch Unterstützung im Schiffbau, in der Industrie und mit Geldmitteln genug getan; sie hätten eine Milliarde Pfund Sterling geleistet. Auch konnte Japan den neuen Wünschen Amerikas nach Lieferung von einer Viertelmillion Tonnen Schiffraum nicht entsprechen und brach die Verhandlungen darüber ab.

Bern. Die Berner Konferenz für einen Dauerfrieden, die auf den 19. November angesetzt war, scheiterte wieder infolge der kriegshetzerischen Paßverweigerung seitens der Ententeregierungen. So fanden nur zwanglose Besprechungen statt zwischen den Vertretern der Vierbundstaaten und der Neutralen. Professor v. Laun aus Wien referierte über das Nationaltätenproblem, über die Friedensnote des Papstes und die Antwort des Grafen Czernin. Auf Czernin berief sich auch Professor Quidde aus München in seinem Referat über das Abrüstungsproblem. Professor Jaszy aus Pest kritisierte sehr scharf den gegenwärtigen Parlamentarismus, die Rückständigkeit der öffentlichen Meinung und der Publizistik. Zwischen Volksseele und Parlamentarismus bestehe eine so tiefe Kluft, daß es nach dem Kriege zu weitgehenden konstitutionellen Umwälzungen kommen müsse. Graf Pininski sprach für einen Verständigungsfrieden; ein Friedensschluß auf Grundlage eines vollen Sieges einer Mächtegruppe über die andere würde die Durchführung der pazifistischen Grundsätze unmöglich machen.

Die Veröffentlichung diplomatischer Geheimdokumente aus dem Petersburger Archiv bestätigte die aggressiven und imperialistischen Tendenzen, ohne gerade wesentlich Neues oder Überraschendes zu bieten; denn abgesehen von sehr wenigen Fällen lag die Politik der Mächte seit jeher klar zutage durch ihre Taten, die Reden und Veröffentlichungen der Regierungen, durch die reichlich inspirierten Preßstimmen. Der Unterschied zwischen der geheimen und nicht geheimen Diplomatie ist sehr gering. Nach meiner wiederholten Erfahrung ist die Ausbeute, die der Historiker aus den geheimen Archiven ziehen kann, viel geringer als die leider viel zu sehr vernachlässigte öffentlich zugängliche, aber freilich schwer zu bewältigende Quellenmenge.

Immer gewaltiger, den Gegnern immer unbegreiflicher war inzwischen der Vormarsch der verbündeten Heere in Venezien weiter gelangt. Die

Tagliamento. siegreichen Truppen standen am 1. November bereits am Tagliamento. Der Feind hatte in einer Woche über 180.000 Gefangene und 1500 Geschütze eingebüßt, am 3. November hatte die Zahl der Gefangenen das zweite Hunderttausend überschritten; die Geschützbeute war auf über 1800 gestiegen. Am 6. war die Tagliamentofront gebrochen, der Feind war dadurch auch an der Dolomitenfront zum Rückzug veranlaßt. Am 9. war der Übergang über die Livenza erzwungen. Am 10. standen die verbündeten Streitkräfte schon an der untern Piave. Asiago war wieder erobert.

Belluno war am 11. in unserer Hand. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden, im Brentatal bei Cismon, im Bergland südlich von Feltre stürmten die Unsrigen vor. Der Riesenverlust an Geschützen übertraf am 15. den Artilleriefriedensbestand Italiens. — Ergreifend war Kaiser Karls Armeebefehl vom 2. November, der am 7. veröffentlicht wurde: „Vor zweieinhalb Jahren sandten die Italiener der Monarchie ihr Millionenheer in den Rücken. Es sollte den Todesstoß führen. Aber meine heldenmütigen Isonzokämpfer hielten in elf schweren, blutigen Schlachten jedem Ansturm siegreich stand. Kraftvoll konnten drei Sommer hindurch ohne Sorge für den Südwesten gewaltige Kämpfe im Osten ausgetragen werden. Kraftvoll konnte jüngst jener entscheidende Schlag vorbereitet werden, der zur zwölften Schlacht führte. Innigst gedenke ich in den Tagen der Befreiung meiner Küstenlande all der glänzenden Leistungen, die seit Pfingsten 1915 von Führern und Truppen gegen Italien vollbracht worden sind... Dem Allmächtigen sei Dank: das Blut dieser Braven ist nicht vergebens geflossen. Unsere Streitkräfte stehen tief in Feindesland. An den Wachtfeuern in Friaul leben für meine Wehrmacht stolze Erinnerungen wieder auf an vergangene Ruhmesepochen, in denen die soldatische Jugend des Kaisers Franz Josef wurzelt und die von den Namen meiner Altvordern Karl und Albrecht und vom Andenken Radetzkys nie zu trennen sind. Der Geist dieser Großen, der für alle Zeiten fortlebt, möge uns auf der Bahn des Erfolges weiterleiten, auf der allein meine Völker den von aller Welt ersehnten Frieden gewinnen können."

Um den unglücklichen Cadorna, an dessen Stelle General Diaz trat, anderwärts ehrenvoll zu beschäftigen, wurde er in den interallierten obersten politischen Rat berufen. König Viktor Emanuel richtete am 10. folgenden Aufruf an das italienische Volk: „Unsere Verteidigungslinie mußte zurückgezogen werden. Heute betritt der Feind die stolze, ruhmreiche Ebene Veneziens, aus welcher er durch den unbezähmbaren Mut unserer Väter und das unveräußerliche Recht Italiens vertrieben worden war. Italiener! Seitdem die Nation ihre Unabhängigkeit und Einheit verkündete, hatte sie nie eine schwierigere Prüfung zu bestehen... Jede Feigheit ist Verrat. Wir sind bereit, alles für den Sieg und die Ehre Italiens herzugeben." Diaz.

Die englische Presse gab jetzt zu, daß das Ziel der gewaltigen englischen Großschlachten in Flandern von Juli bis Mitte November die belgische Küste und damit die Besitznahme der deutschen U-Boot-Basis war. Trotz des rücksichtslosesten Menscheneinsatzes konnten die Engländer in den fast vier Monate währenden Kämpfen unter Verlust von weit mehr als einer halben Million Mann nur 143 Quadratkilometer strategisch unbedeutenden Geländes erobern. In der gleichen Zeit eroberten die Verbündeten, unbekümmert um die Riesenanstrengungen der Franzosen und Engländer, im ganzen 45.550 Quadratkilometer im Osten und im Südwesten, ferner machten sie 390.000 Gefangene und erbeuteten 3233 Geschütze. Man zählte in Deutschland über zwei Millionen Gefangener.

Die deutsche Regierung erweiterte durch Erklärung vom 21. November das Sperrgebiet um England, im Mittelmeer und um den feindlichen Stützpunkt auf den Azoren. — Ein britischer Seeangriff auf die deutsche Bucht wurde am 17. abgewiesen. — Über die Wirkung des Tauchbootkrieges widersprachen sich die Meinungen des englischen und des deutschen Marineamts.

Gaza. In Palästina ging am 7. November die Stadt Gaza an die Engländer verloren.

Kaiser Karl geriet am 10. in den Fluten eines den Isonzo begleitenden Wildbachs in Lebensgefahr. Er empfing am 16. eine Huldigungsabordnung des Triester Handels und der Industrie. — Prinz Maximilian, der Bruder des Kaisers, vermählte sich am 29. mit Prinzessin Franziska von Hohenlohe.

Duell. Von großer moralischer Bedeutung erscheint mir der Armee- und Flottenbefehl Kaiser Karls gegen das Duell (4. Nov.): „Aus längst vergangenen Zeiten hat meine bewaffnete Macht den Zweikampf übernommen und ihn als eine traditionelle Einrichtung beibehalten. Das Festhalten an alten Überlieferungen kann aber nicht dazu führen, daß wider bessere Überzeugung, wider göttliches Gebot und wider das Gesetz die Austragung von Ehrenkränkungen auch fernerhin der Geschicklichkeit im Waffengebrauch überantwortet und dadurch dem blinden Zufall überlassen wird. In einer Zeit, in der jedes Einzelnen Leben dem Vaterlande, der Allgemeinheit gewidmet sein muß, dürfen Ehrenkränkungen nicht mehr im Kampfe mit den Waffen ausgetragen werden. Wer sein Leben im Zweikampf aufs Spiel setzt, handelt nicht allein gegen Gebot und Gesetz, er handelt auch gegen sein Vaterland, das auf die ungeschwächte Kraft jedes Mannes jetzt zur Verteidigung seiner Grenzen, dann zum Wiederaufbau und zum Fortschritte zählt. Das altbewährte Pflichtgefühl und das sichere Urteil der militärischen Ehrenräte geben mir Bürgschaft dafür, daß sich ihrem Ausspruche jeder wahrhaft ritterlich denkende Mann freiwillig unterwirft und daß durch ihre Entscheidung Ehrenangelegenheiten in Hinkunft auch ohne Zweikampf nach Ehr' und Gewissen ausgetragen werden können. Ich verbiete daher allen Angehörigen meiner bewaffneten Macht den Zweikampf und jedwede Teilnahme an einem Zweikampf." — Damit wurde ein unerträgliches Ärgernis abgestellt. Die bisherige Duldung, ja der Zwang zum Zweikampf war eine Verneinung der Rechtsordnung, die allzulang das Unheil herausrief. Auch dieser Befehl war unvollkommen: verboten war ja das Duell ohnedies für Heer und Zivil; man hätte jene, die es trotzdem erzwangen, mit den schwersten Strafen bedrohen müssen.

Dezember.

Waffenstillstand. Die wichtigen Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Rußland wurden nach einer Anfrage durch Krylenko, den Volkskommissär für Kriegsangelegenheiten und zugleich Höchstkommandierenden der russischen Armeen, in den ersten Tagen des Dezember mit den Vertretern des Vierbunds soweit geführt, daß am 5. eine zehntägige Waffenruhe für sämtliche gemeinsamen Fronten schriftlich vereinbart wurde. Der Beginn wurde auf den 7. Dezember Mittag angesetzt. Die russischen Dele-

gierten drangen auf einen allgemeinen Waffenstillstand, auch für ihre Bundesgenossen. Das war freilich unmöglich, da diese nicht vertreten waren. Aber die Bevollmächtigten des Vierbunds nahmen davon wie vom Wunsche der Russen nach einem allgemeinen Frieden mit Befriedigung Kenntnis. Der Verhandlungsort wurde am 12. vom Standort des deutschen Hauptquartiers nach Litauisch-Brest (Brest-Litowsk) verlegt. Dort wurde der Waffenstillstandsvertrag am 15. Dezember unterzeichnet. Der Waffenstillstand sollte danach vom 17. Dezember bis 14. Jänner 1918 mittags dauern. Er konnte vom 21. Tag an mit siebentägiger Frist gekündigt werden; sonst dauerte er automatisch weiter. Es sollten während dieser Zeit keine wesentlichen Umgruppierungen für eine Offensive vorgenommen werden. Es wurde zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiderseitigen Völkern ein organisierter Verkehr der Truppen unter gewissen Bedingungen gestattet. Die Friedensverhandlungen haben sofort zu beginnen. „Ausgehend vom Grundsatze der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen Persischen Reiches werden die türkische und russische Heeresleitung ihre Truppen aus Persien zurückziehen." Brest-Litowsk.

Die feierliche Eröffnung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fand am 22. Dezember statt. Deutscherseits war Staatssekretär Kühlmann anwesend, von österreichischer Seite Graf Czernin, der bulgarische Justizminister Popow, der türkische Botschafter Ibrahim Hakki Pascha, die Russen Joffe, Kamenew, Frau Bizenko usw. Feldmarschall Prinz Leopold von Bayern begrüßte als Oberbefehlshaber die Delegierten in seinem Hauptquartier. Kühlmann übernahm mit allseitiger Zustimmung den Vorsitz. Als Verhandlungssprachen wurden die deutsche, bulgarische, russische, türkische und französische zugelassen. Die russische Delegation schlug vor, den Friedensverhandlungen sechs Punkte zugrunde zu legen: 1. Rückgabe der besetzten Gebiete. 2. Herstellung der politischen Selbständigkeit der Völker. 3. Freiheit der nationalen Gruppen, sich einem beliebigen Staat durch Referendum anzuschließen. 4. Schutz der Minderheiten in Gebieten gemischter Nationalität durch Selbständigkeit der nationalen Kultur, und falls dies praktisch durchführbar ist, durch autonome Verwaltung. 5. Keine Kriegskostenzahlung; Rückzahlung erhobener Kontributionen; Ersatz der Privatschäden aus einem allgemeinen Fonds. 6. Analoge Entscheidung kolonialer Fragen. — Ergänzend schlugen die Russen auch noch vor, wirtschaftlichen Boykott oder wirtschaftliche Vorherrschaft über schwächere Nationen, Sonderzollverträge, Seeblockaden ohne unmittelbar kriegerische Ziele als unzulässig zu bezeichnen. Darauf antwortete Graf Czernin im Namen der Vierbunddelegierten mit folgender Erklärung: „Die Leitsätze des russischen Vorschlags bilden eine Friedensverhandlungen.

diskutable Grundlage für einen allgemeinen gerechten Frieden. Nur müssen sich sämtliche, jetzt am Krieg beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten. Denn es würde nicht angehen, daß die mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen. Dies vorausgeschickt ist zu den vorgeschlagenen sechs Punkten zu bemerken: 1. Eine gewaltsame Aneignung von besetzten Gebieten liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. 2. Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben. 3. Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nicht zwischenstaatlich geregelt werden; sie ist von jedem Staate mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen. 4. Der Schutz des Rechtes der Minoritäten bildet einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatze, soweit er praktisch durchführbar ist, überall Geltung. 5. Einverstanden. 6. Die Rückgabe der deutschen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen. Die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den Kolonien scheint zurzeit nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingebornen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um das Vielfache überlegenen Gegner treu zu ihren deutschen Freunden halten, ist Beweis ihres Entschlusses, bei Deutschland zu bleiben." Auch die vorgeschlagenen Grundsätze für den wirtschaftlichen Verkehr fanden die Zustimmung der Vierbunddelegationen. — Der Führer der russischen Delegation erklärte sich durch die Antwort befriedigt, wenn auch der dritte Punkt eine wesentliche Beschränkung erhielt. Die Antwort biete die Möglichkeit, sofort zu Unterhandlungen über einen allgemeinen Frieden einzugehen. In den folgenden Tagen wurde über die Wiederherstellung des Verkehres beraten. Am 28. konnte über die vorläufigen Ergebnisse der Verhandlungen berichtet werden. Es kam zu einer Einigung über die Wiederherstellung des durch den Krieg unterbrochenen Vertragszustandes, sowie über den Ersatz der Kriegsschäden für Zivilangehörige, über die gegenseitige Freilassung und Heimbeförderung von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, über die Rückgabe der beiderseitigen Kauffahrteischiffe, über die schleunige Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, über die sofortige Einstellung des Wirt-

schaftskrieges, die Wiedereröffnung des Handelsverkehrs, die Einrichtung eines organisierten Warenaustausches, über die Regelung der wirschaftlichen Beziehungen. — Über die wichtige Frage der Behandlung der beiderseits besetzten Gebiete ergab sich noch keine definitive Einigung, aber doch eine Annäherung. Die Russen reisten am 28. zu einer kurzen Pause heim und ihr Führer Joffe sagte beim Abschied: „Wir werden alle das Gefühl haben, daß hinter uns Millionen leidender Menschen sind, die das Ende des Krieges herbeisehnen. Das Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit vor unsern Völkern, vor der Menschheit und vor der Geschichte gibt uns die Hoffnung und die innere Kraft, den Weg zum allgemeinen Frieden zu finden." — Die Russen nahmen ein Schriftstück mit, in dem die deutsche Regierung einen genaueren Plan ihrer Bedingungen vorlegte. Sie sprach darin die Versicherung aus, daß die Volksmassen in Kurland, Polen, Litauen und in Teilen Estlands und Livlands sich schon zugunsten der politischen Unabhängigkeit ausgesprochen hätten und daß die russische Regierung darin den Ausdruck des Willens der betreffenden Völker ersehen könne. Die Russen wollten allerdings eine Willensäußerung, die unter dem Druck der Kriegslage erfolge, nicht anerkennen.

In Petersburg fand am 30. eine große Kundgebung zu Ehren des Erfolges der Friedensverhandlungen statt. Mehrere hunderttausend Arbeiter, Soldaten und Matrosen nahmen daran teil. Rote Garde an der Spitze, Militärkapellen. Gegen Ende des Monats begaben sich deutsche und österreichische Abordnungen nach Petersburg, um den Austausch der Zivilgefangenen, der invaliden Kriegsgefangenen, die Wiederaufnahme des Post- und Handelsverkehrs in Angriff zu nehmen.

Die Herrschaft der Bolschewiki hatte sich in Rußland befestigt, seit das Hauptquartier in der Hand Krylenkos war (2. Dez.). Bei den Kämpfen um Mohilew war der frühere Oberbefehlshaber Duchonin gefallen. Der Rat der Volkskommissäre, die faktische Regierung, erließ am 12. einen Aufruf „an alle jene, welche leiden und ausgenützt werden. Die von der Kadettenpartei geführte Bourgeoisie hat für den Augenblick des Zusammentretens der konstituierenden Versammlung alle Kräfte für einen gegenrevolutionären Schlag vorbereitet. Kornilow, Kaledin und Dutow haben im Ural und im Dongebiet die Fahne des Bürgerkrieges gegen die Sowjets, die Vertreter der Bauern, Arbeiter und Soldaten, entrollt. Bei Bjelgorod haben die ersten Zusammenstöße stattgefunden. Dieses Unternehmen, das die Friedensfrage und alle Errungenschaften der Revolution unmittelbar bedroht, stellt sich unter die Ägide der konstituierenden Versammlung . . . Die Bourgeoisie hat die gesetzmäßige Einberufung der gewählten Volksvertretung nicht abwarten können. Eine Handvoll Leute, die sich als Abgeordnete ausgaben, haben gestern, begleitet von Mitgliedern der Weißen Garde, die Tore des Taurischen Palastes gestürmt . . . Der Rat der Volkskommissäre der Revolution erklärt die Kadettenpartei als eine Organisation gegenrevolutionärer Rebellion, als eine volksfeindliche Partei. Was es auch kosten möge, die Rebellion der Bourgeoisie wird unterdrückt werden. Nieder mit der Bourgeoisie, die keinen Platz hat

Bolschewiki.

in der Konstituante, nieder mit den Feinden des Volkes, den Grundbesitzern und Kapitalisten. Nur die aus Vertretern der notleidenden und ausgebeuteten Klassen der Bevölkerung zusammengesetzte Konstituante wird das Land retten. Hoch die Revolution, hoch die Sowjets, hoch der Friede!" — Die verfassunggebende Versammlung hätte nämlich am 11. zusammentreten sollen. Doch setzte die Regierung Lenins plötzlich die zur Eröffnung notwendige Zahl der anwesenden Mitglieder mit 400 fest und verschob deshalb die Eröffnung. Bisher waren ungefähr 175 Wahlergebnisse bekannt, wovon nur ungefähr 40 auf die Bolschewiken, etwa 100 auf die „Sozialrevolutinäre" entfielen. Am 19. waren 365 Mitglieder gewählt, darunter 105 Bolschewiken, 192 revolutionäre Sozialisten, 2 Menschewiken, 18 Ukrainer und 11 Kadetten. Es hieß, daß ein Dekret Lenins alle Geburts- und Berufstitel, alle Standesvorrechte abgeschafft habe. Alle Staatsbeamten erhielten das gleiche Monatsgehalt von 500 Rubel, verheiratete eine Zulage von 100 Rubel. Die Diplomaten, die sich weigerten, unter der neuen Regierung zu arbeiten, wurden abgesetzt unter Verlust der Pensionsberechtigung und anderweitigen Verwendung, so die Botschafter und Gesandten bei den meisten Staaten. — Ein Konzil der russisch-orthodoxen Kirche stellte das durch das Zarentum, durch Peter den Großen, beiseitegedrängte Patriarchat wieder her; es wurde der Moskauer Metropolit Tichon gewählt. Die Inthronisation fand am 21. November statt; der Patriarch sollte in Moskau residieren. Es war ein Ereignis von unübersehbarer kirchen- und staatspolitischer Tragweite. Nur durch die Vereinigung der weltlichen und geistlichen Macht war das Zarentum so mächtig, so autokratisch, so despotisch geworden, allerdings verlor durch den Sturz des Zarentums auch die russische Kirche ihre Bedeutung.

Patriarchat.

Finnen.

Finnland erklärte sich unter dem Präsidenten Svinhufoud für völlige Unabhängigkeit, um in unmittelbare Verbindung mit anderen Mächten treten zu können. Eine finnische Abordnung traf am 31. Dezember in Berlin ein, um die Anerkennung der Selbständigkeit nachzusuchen; dabei betonte die Deputation die starke Gemeinschaft der Kulturinteressen. Andere finnländische Abordnungen begaben sich zu gleichem Zweck nach dem skandinavischen Ländern, nach London, Havre, Paris und Washington. — Der estländische Landtag beschloß auch die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, die über die Bildung eines selbständigen Staates Estland Beschluß fassen sollte. — Die ukrainische Rada rief in Kiew die Republik auf der Grundlage der Föderation mit Rußland aus; die demokratische Republik sollte einen Teil der neuen allrussischen Bundesrepublik bilden. Die Petersburger Regierung erklärte, zu brüderlicher Unterstützung bereit zu sein. Bevollmächtigte Vertreter der englischen und französischen Regierung versprachen dem Generalsekretariat der Ukraina, diese sogar als vollständig unabhängigen Staat anzuerkennen und mit Waffen und Munition zu unterstützen, wenn die ukrainische Republik den Mittelmächten und der jetzigen russischen Regierung den Krieg erkläre. Die Ukraina wollte aber beiden Mächtegruppen gegenüber vollständige Neutralität beobachten. — In Kischenew wurde die Autonomie Beßarabiens unter dem Namen der Moldawischen Republik ausgerufen; doch sollte diese Republik innerhalb des russischen Staatsverbandes bleiben. — Auch das Baschkirengebiet mit den Gouvernements Orenburg, Ufa, Perm und Samara beschloß die Unabhängigkeit.

Ukrainer.

Neue Veröffentlichungen russischer Geheimdokumente bestätigten die Beutepolitik der mit Rußland verbündeten Mächtegruppe. Besonders interessant war ein Artikel aus dem Vertrag, durch den Italien in diese Gruppe hineingezogen wurde: „Frankreich, England und Rußland übernehmen die Verpflichtung, Italien darin zu unterstützen, den Heiligen Stuhl daran zu hindern, irgendwelche diplomatischen Schritte für die Erreichung eines Friedensschlusses oder die Regelung von mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen zu unternehmen."

Von großer Bedeutung für die Auffassung der Dinge war Wilsons Rede im Kongreß am 4. Dezember. Er sprach sich sehr verächtlich gegen „das Murren der Schreier und gedankenlosen Unruhestifter aus, die hier und dort über den Frieden reden, ohne etwas von seinen Grundlagen noch von den Mitteln zu verstehen, wodurch wir ihn erreichen können". Er bezeichnete sich als den berufenen Sprecher des amerikanischen Volkes und sprach seine Entrüstung aus gegen jene Leute, die den Frieden durch eine Art Kompromiß zu erlangen wünschen. „Ich sage zweierlei: Erstens, daß diese unerträgliche Erscheinung, deren häßliches Gesicht die Herren Deutschlands uns zeigen, diese Bedrohung durch Intrige, verbunden mit Macht, ohne Gewissen und Ehre, ohne Eignung für einen Vertragsfrieden, zu Boden geschlagen und vom freundlichen Verkehr zwischen den Völkern ausgeschlossen werden muß; zweitens, daß, wenn diese Macht besiegt ist, wenn das deutsche Volk Sprecher haben wird, deren Wort wir trauen können, daß wir dann bereit sein werden zu voller, unparteiischer Gerechtigkeit für jedes Volk. Wir werden dann den Frieden auf Edelmut gründen unter Ausschluß aller selbstsüchtigen Ansprüche und Vorteile selbst bei den Siegern. Unsere Aufgabe ist, den Krieg zu gewinnen, aber der Krieg soll nicht mit einem Racheakt enden. Keine Nation soll beraubt oder bestraft werden, weil die unverantwortlichen Herrscher ein verabscheuungswertes Unrecht begangen haben. Dem entspricht die Formel: Keine Annexionen und keine zur Strafe auferlegte Entschädigung. Diese Formel wurde aber von den Meistern deutscher Intrige ausgenützt, um Rußland irrezuführen, einen vorzeitigen Frieden zu erreichen, ehe die Autokratie ihre endgültige Lektion erhalten hat . . . Die Deutschen haben Belgien gegenüber ein Unrecht begangen, das gutgemacht werden muß. Sie haben ihre Macht auch über Österreich, die Balkanstaaten, die Türkei und Asien ausgedehnt, eine Macht, die sie wieder aufgeben müssen. Deutschland hat sich durch Geschicklichkeit, Fleiß, Wissen, Unternehmungsgeist ein wahres Weltreich von Handel und Industrie aufgebaut und durch den Weltfrieden gesichert. Wir standen ihm nicht im Wege und waren eher geneigt, es zu bewundern. Da warf Deutschland die friedlichen Triumphe weg (?), um die militärische und politische Oberherrschaft an die Stelle zu setzen (?). Der Friede muß das Unrecht abstellen; er muß Belgien, Nordfrankreich, Wilson.

aber auch die Völker Österreich-Ungarns, des Balkans und der Türkei von der unverschämten Vorherrschaft Preußens befreien... Das große Unrecht dieses Krieges muß wieder gutgemacht werden. Aber nicht auf Kosten Deutschlands und seiner Verbündeten. Die Welt wird nicht erlauben, daß bei der Abrechnung ein ähnliches Unrecht zur Vergeltung begangen werde. Die Staatsmänner müssen jetzt gelernt haben, daß das Weltgewissen überall völlig erwacht ist. Es dürfen keine so selbstischen Kompromisse herbeigeführt werden wie auf dem Wiener Kongreß. Unser Eintritt in den Krieg läßt unsere Haltung gegenüber der schließlichen Regelung am Kriegsende unverändert... Wir haben nicht die Absicht, Österreich-Ungarn Vorschriften zu machen. Deutschland gegenüber haben wir dieselben Absichten. Wir beabsichtigen kein Unrecht gegen das Deutsche Reich, noch eine Einmischung in seine innern Angelegenheiten. Wir kämpfen tatsächlich für die Befreiung der Deutschen. Auch für die Befreiung Österreich-Ungarns; denn es ist nicht sein eigener Herr, sondern Vasall der deutschen Regierung. Daher müssen wir auch Österreich den Krieg erklären, und der Türkei und Bulgarien aus denselben Gründen." — Neben diesen scheinheiligen Gedanken schlug Wilson weitgehende gesetzliche Maßnahmen gegen die feindlichen Untertanen und strenge Beaufsichtigung aller Ankommenden und Abreisenden vor, auch Einschränkungen für Frauen, Konzentrationslager, Einschließung der Zuwiderhandelnden in Gefängnissen und Zwangsarbeitsanstalten. Er verlangte Vollmachten zum Ausbau der Kriegsorganisation. „Der Krieg ist uns aufgezwungen worden, um die Einrichtungen, unter denen wir leben, vor Korruption und Vernichtung zu retten (!). Die Mittelmächte haben es auf das Herz aller Dinge, an die wir glauben, abgesehen. Ihre Intrigen korrumpieren die Denkweise und die Gesinnung vieler unter uns. Ihre unselige geheime Diplomatie versuchte sogar, unser Gebiet wegzunehmen und die Einheit des Staates zu zerreißen." — Der Hauptgrund der Kriegserklärung an Österreich (7. Dez.) war die Absicht, die Italiener zu unterstützen. — Auch die ganz von den Vereinigten Staaten abhängigen Republiken Kuba und Panama schlossen sich dieser Kriegserklärung alsbald an.

England. Die Kriegswut der englischen Regierung wurde durch den schon mitgeteilten, vernünftigen und ehrlichen Friedensbrief des Lord Lansdowne aufs höchste gesteigert. Bonar Law meinte am 1. Dezember: „Der Brief Lansdownes gründet sich auf die seltsame Annahme, daß, weil die Deutschen sagen, sie seien bereit, einen Bund der Nationen zu schließen, und von Abrüstung sprechen, deshalb der Friede möglich sei. Die Deutschen fühlen nur, daß das militärische System nicht die erwarteten Ergebnisse erzielt hat. Wenn wir jetzt Frieden schlössen, so bedeutete das, daß gerade die Männer, die nach meinem Urteil das größte jemals in der Geschichte verzeichnete Ver-

brechen begangen haben, weiter in der Möglichkeit gelassen würden, mit demselben Werkzeug dasselbe zu tun, wann immer in der Zukunft sich Gelegenheit hiezu ergäbe. Werden sie durch einen Vertrag unter den Völkern gebunden sein? Wenn wir jetzt unsere Rechte gegen sie nicht durchsetzen können, wie wollen wir später unter neuen Bedingungen gegen Sie kämpfen? Ein auf Lansdownes Grundlage geschlossener Friede würde tatsächlich eine Niederlage für die Entente bedeuten." Aus dieser und aus Wilsons Rede ergibt sich wieder ganz klar, daß nicht die Mittelmächte, sondern die Außenmächte allein ein Interesse am Ausbruch des Weltkriegs hatten. In dieser Erkenntnis suchte sich Asquith in einer Rede zu Birmingham 11. Dezember von der furchtbaren Verantwortung für den Weltkrieg zu entlasten. Er gab zu: „Schwer ist tatsächlich die Verantwortlichkeit eines jeden, dessen Hände teil hatten an der Entfachung des Feuers, das diesen Kessel mit seiner höllischen Glut geheizt hat." Er gab zu: „Wir (er und Grey) hätten uns fernhalten können, wir hätten für uns den Frieden haben können, um den Preis der Schande. Wir waren der Ansicht, daß der Friede, dieses unschätzbare Gut, einen solchen Preis nicht wert war." Über die englischen Kriegsziele sagte er in Anbequemung an Wilson: „Die Alliierten wollen Deutschland besiegen, aber nicht demütigen und in Armut versetzen und als Faktor für die weitere, reichere Entwicklung der Menschheit vernichten. Niemand bedroht den Bestand, die Unabhängigkeit und die friedlichen Unternehmungen des Deutschen Reiches. Niemand unter den Alliierten nimmt sich heraus, die innere Verfassung und Einrichtung des künftigen Deutschland vorzuschreiben. Es ist ein Grundsatz der Demokratie, daß jedes organisierte Volk der wahre, maßgebende, endgültige und einzige verantwortliche Richter seiner eigenen Regierungsform ist. Woran wir und die übrige Welt beteiligt sind, ist nicht das Volk, sondern das System, jene Maschine, Militarismus und Bürokratie, ein System, das eine mehr als päpstliche Macht beansprucht (?) sich freizusprechen von Verpflichtungen. Das muß aufhören. Deutschland muß lernen, daß dieses System sich nicht bezahlt macht. Wir wünschen keinen mörderischen und dauernden Streit mit der deutschen Nation. Wir anerkennen, was sie zum gemeinsamen Vorrat an Wissen beigetragen hat ... Ein anderes Mißverständnis ist, daß die Alliierten, besonders England, für ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele eine Zerstörung der sogenannten Freiheit der Meere anstreben." (Hier tat Asquith, als ob er nicht wisse, was man Bestimmtes darunter verstehe und wollte nur den „schändlichen Unterseebootkrieg" als Zerstörer der Freiheit der Meere anerkennen, nicht das von England angemaßte Seebeuterrecht.) Schließlich suchte Asquith dem sehr berechtigten Einwand zu widersprechen, daß gerade sein Friede den ewigen Krieg bedeute mit oder ohne Waffen. Er gab sich aber damit wenig Mühe. — Auch Lloyd George suchte noch am 14. Dezember die große Wirkung von Lansdownes Brief abzuschwächen, indem er meinte, Lansdowne habe genau dasselbe sagen wollen wie Wilson; es sei ein großes Unglück, daß er sich mißverständlich ausgedrückt habe. „Ich rate der Nation, vor einem Mann auf der Hut zu sein, der glaubt, daß es ein Mittelding zwischen Sieg und Niederlage gibt. Den Krieg, der begonnen wurde, um einen Vertragsbruch zu hindern, zu beenden ohne Strafe für diesen Vertragsbruch, sondern durch einen neuen Vertrag, das wäre eine Posse. Liga der Nationen, Abrüstung, Schiedsgericht, das alles sind schöne Redensarten ohne

die belebende Kraft des Sieges. Es wird uns gesagt, daß wir unter jenen Bedingungen sollten Frieden haben können. Deutschland hat es gesagt, Österreich und der Papst haben es gesagt: es muß also wahr sein... In der Weltgeschichte hat es oft verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben es jetzt mit einem solchen zu tun. Unsere göttliche Aufgabe ist, der Gerechtigkeit Achtung zu verschaffen und einen gerechten, immerwährenden Frieden für uns und unsere Kinder zu errichten... Ich will den Ernst der gegenwärtigen Lage keineswegs verkleinern. Durch sein Ausscheiden stärkt Rußland das Hohenzollerntum und schwächt die Kräfte der Demokratie. Sein Vorgehen wird nur das Weltringen verlängern und wird Rußland selbst in die Bande der preußischen Militärherrschaft schlagen. Die größte Torheit aber würde sein, dieser Gefahr nicht entgegenzutreten. Immerhin legen uns der Zusammenbruch Rußlands und die zeitweilige Niederlage Italiens zweifellos einen schwereren Anteil an der Bürde auf, bis Amerika bereit ist, sie tragen zu helfen. Es liegt kein Grund für eine Panik vor. Wir haben erhebliche Reserven... Der Sieg ist jetzt eine Frage des Schiffsraumes. Das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg hat die Nachfrage danach außerordentlich gesteigert. Schiffsraum muß beschafft werden für die Überführung und die Unterhaltung von Amerikas riesenhaften Heeren. Wir werden unsere Hilfsmittel aufs äußerste anzuspannen haben, um den Schiffsraum zu vermehren. Die ganze Zukunft der Welt hängt davon ab. Wir müssen, um Schiffsraum zu sparen, unsern Verbrauch noch mehr einschränken und die Erzeugung des Landes in Nahrungsmitteln noch weiter steigern."

Collins und Ponsonby griffen am 18. Dezember im Unterhaus die englische Diplomatie an wegen der Unstimmigkeiten der Kriegsziele, wie sie aus den veröffentlichten Geheimverträgen sich ergäben, mit den zur Schau getragenen. Minister des Äußern Balfour berief sich auf Wilson. Ponsonby hatte nämlich höhnisch bemerkt, daß England gegenüber der Note des Papstes hinter Wilson Schutz suche. Balfour warf Posonby vor, daß er die Politik der Feinde unterstütze, indem er die englischen Ziele als selbstsüchtig und imperialistisch hinstelle und behaupte, daß England wegen rein selbstsüchtiger Zwecke den Krieg verlängere, den die Mittelmächte abzukürzen wünschen. Balfour entschuldigte sich sehr schwächlich damit, daß England nicht für die annexionistischen Kriegsziele seiner Bundesgenossen verantwortlich sei.

In einer Rede vom 19. Dezember gab Lloyd George einen Überblick über die Hauptereignisse des Jahres: „Wenn wir uns in das Jahr 2000 versetzen könnten, so würde die russische Revolution einen bemerkenswerten Platz einnehmen. Ein anderer charakteristischer Zug würde der Eintritt Amerikas sein, nicht in den Krieg, sondern in die Weltpolitik. Das nächste Ereignis, um dessentwillen man sich dieses Jahres stets erinnern wird, würde die Eroberung von Mesopotamien und Palästina, von Bagdad und Jerusalem, und die Befreiung der Araber von der türkischen Herrschaft sein." Schließlich wies er die Ansicht als lächerlich ab, daß England in den Krieg getreten sei, um Annexionen zu machen. „Was hat den Krieg herbeigeführt? Die niemals Ruhe gebende

Vermessenheit der preußischen Militärkaste, die entschlossen war, die Welt unter ihre Macht zu zwingen. Sie hat jahrelang Pläne für diesen Krieg geschmiedet und war darauf vorbereitet, ihren eigenen Herrscher zu stürzen, um einen andern an seine Stelle zu setzen, der ihrem Ziele näherstände (den Kronprinzen). Ehe diese Charakterart, die den Zabernfall hervorgebracht und den Krieg herbeigeführt hat, nicht niedergezwungen ist, wird kein Friede in der Welt sein. Der Sieg ist das einzige, was die Friedensbedingungen verwirklichen kann." Am selben Tag sprach Asquith im Sinne Wilsons vom Freien Völkerbund der großen und kleinen Staaten, von Freiheit und Gerechtigkeit für die ganze Welt. Das waren von Anfang an Englands Kriegsziele. Nun soll durch Amerika die weltumspannende Liga der Nationen Wirklichkeit werden.

Auch die englische Arbeiterschaft sprach sich im Sinne der Regierung gegen einen russischen Sonderfrieden aus. Auf einer am 28. Dezember in London abgehaltenen Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften und sozialistischen Vereinigungen wurde vor etwa neunhundert Vertretern eine Denkschrift über die Kriegsziele erörtert; es nahmen Henderson, Macdonald, Hawelock, Wilson, Willthorne und Bowerman daran teil. Ein Brief Lloyd Georges wurde vorgelesen, der zur Einmütigkeit der ganzen Nation in der Kriegs- und Friedensfrage aufforderte, um die Welt von den falschen Idealen der Autokratie zu befreien und eine feste Grundlage zu schaffen, auf der eine ordentliche Gesellschaft freier Nationen geschaffen werden kann. Nach widersprechenden Reden richtete der Ausschuß ein Telegramm nach Stockholm zur Weitergabe nach Petersburg, worin man sich gegen einen Sonderfrieden aussprach.

In der italienischen Kammer konstatierte Orlando am 12. Dezember, die militärische Lage habe an bedrohlichem Ernst beträchtlich verloren, da es gelungen sei, die Piavelinie zu halten. Die Truppen Frankreichs und Englands haben dazu wirksam beigetragen. Durch die Zusammenkunft in Rapallo ist eine einheitlichere Kriegführung in einem obersten Kriegsrat der Verbündeten organisiert worden. Am meisten freute er sich über die Kriegserklärung Amerikas an Österreich. Das Versagen Rußlands schrieb er der raffinierten Kunst der Korruption und Perfidie der Feinde zu. Die Eroberung Jerusalems sah er an als ein „Omen der Befreiung der Welt von der Unterdrückung und der Gewalttätigkeit". — Am 22. Dezember verkündete Orlando, Italien werde für seine nationalen Ansprüche zu kämpfen fortfahren, und wenn es selbst bis auf Sizilien zurückweichen müsse. Er wurde nach der Rede von vielen Deputierten umarmt und geküßt, viele andere weinten. Italien.

Das Versagen Italiens wirkte auf die Verbündeten nicht günstig. Nach zuverlässigen Nachrichten bestand Amerika auf der Pariser Konferenz auf der Zurücknahme des Versprechens, Italien die dalmatinische Küste zu verschaffen. Darüber hinaus wurde auch beschlossen, den Italienern die versprochenen Vorteile in Kleinasien vorzuenthalten.

Während Pichon in der französischen Kammer den Sozialisten gegenüber meinte, die Wiederherstellung von Elsaß-Lothringen leiste Gewähr für einen dauernden Frieden, nahm die Tagung des Arbeiterbundes in Clermont-Ferrand 26. Dezember eine Entschließung gegen die Geheimdiplomatie an und erklärte sich einverstanden mit den Friedensformeln Wilsons und der russischen Revolution.

Das deutsche Zentrum erklärte am 15. Dezember in der „Germania", es stehe völlig auf dem Boden der Antwortnote der Reichsregierung auf die Papstnote, es bestehe kein Gegensatz zwischen Zentrumsfraktion, Reichsregierung und Oberster Heeresleitung. Man wolle einen Verständigungsfrieden, aber keinen Verzichtfrieden.

Hertling. Reichskanzler Hertling äußerte sich am 17. Dezember in einer Unterredung: „Lloyd George nennt uns Verbrecher und Banditen. Ich kann als Staatsmann und Historiker, der ein langes Leben dem Forschen nach geschichtlicher Wahrheit gewidmet hat, erklären: das deutsche Gewissen ist rein. Nicht wir waren es, die den Mord in Sarajevo inszenierten. Der Prozeß Suchomlinow in Petersburg hat das, was wir schon Ende Juli 1914 wußten, der Welt mit absoluter Deutlichkeit klargelegt: die Ursache des Weltkrieges, den dem Zaren Nikolaus von gewissenlosen Ratgebern abgenötigten Befehl zur Gesamtmobilmachung, der uns den Kampf nach zwei Fronten aufzwang. Nicht Lloyd George ist der Weltrichter, sondern die Geschichte; ihrem Urteil können wir mit Ruhe entgegensehen."

Papst. Sehr ergreifend war die Weihnachtsansprache des Papstes: „Es betrübte Uns besonders, daß Unsere an die Häupter der kriegführenden Nationen gerichtete Aufforderung vergeblich war. Wir haben die auch von anderer Seite angekündigten hauptsächlichen Grundlagen für ein Einvernehmen, für eine allgemeine Verständigung einfach zusammengefaßt, um die Häupter der kriegführenden Staaten einzuladen, sie zum Gegenstande besonderer Studien zu machen, einzig in der Absicht, rascher zur Befriedigung jenes Wunsches zu gelangen, der im Grund aller Herzen liegt. Wir wurden aber teils nicht des Anhörens gewürdigt, teils mit Verdächtigungen und Verleumdungen bedacht, so daß Wir Uns als das Zeichen erkennen mußten, dem widersprochen wird. Uns tröstete der Gedanke, daß Unsere Friedenseinladung, zumal sie nicht auf unmittelbare Wirkungen abgezielt hatte, vergleichbar sein könnte dem Saatkorn, aus dem, wie der Herr lehrt, die Ähre erst entsprießt, nachdem es von der Wärme der Erde zerstört ist . . . Wir leugnen aber nicht, daß Wir Uns angesichts der Bestrebungen der einst blühenden, nun zum Paroxismus wechselseitiger Vernichtung getriebenen Nationen und in Furcht vor dem Herannahen des Selbstmordes Europas traurig fragten, wann und wie dieses entsetzliche Trauerspiel ein Ende haben wird. Wir stimmen der Überzeugung bei, daß das gegenwärtige

Unheil nicht enden wird, bevor die Menschen zu Gott zurückkehren. Wenn erst die Blinden von heute sehen und die Tauben hören werden, wenn Mensch und Gesellschaft zu Gott zurückkehren wird, dann erst wird den Armen und Schwergeprüften die gute Botschaft des Friedens angekündigt werden. Möge also die unglückliche Menschheit verständig werden und zum Herrn zurückkehren, damit seine rächende Hand stillstehe . . . Gottes Plan hat den alten Wunsch der Väter erfüllt und dem christlichen Glauben in diesen Tagen Jerusalem, die heiligen Räume wiedergeschenkt, wo das Blut des Erlösers floß. O Jerusalem, himmlische Stadt und glückselige Friedensvision, biete auch du Gott den Hymnus des Frohlockens, Dankens und Liebens dar inmitten dieser weihnachtlichen Feiern. Während in Bethlehem die Friedensstimmen der Engel ertönten, wurde in Jerusalem der symbolische Olivenzweig geschnitten und zu Füßen dem Friedensfürsten gelegt mit dem kindlichen und volkstümlichen Rufe: Hosianna dem Sohne Davids! Wer sieht nicht, daß auch die soeben in Jerusalem vollzogenen Ereignisse gleichfalls eine besondere Sprache sprechen, welche die Aufforderung verstärkt, die Wir an die Völker richten, zu Gott zurückzukehren. Denn in Jerusalem wurde gesegnet, nicht wer sich im Namen der Bewaffneten, sondern wer sich im Namen des Herrn vorstellte." (Die letzten Worte waren deutlich genug gegen die friedenverwehrende englische Regierung gerichtet.) Jerusalem.

Durch ein neues Wahlreformgesetz in England erhielten nicht nur alle Männer über 21 Jahre, alle Soldaten und Seeleute über 19 Jahre, sondern auch alle Frauen von über 30 Jahren das Wahlrecht; auch die Wahlkreiseinteilung wurde mehr der Einwohnerzahl angepaßt.

Die Ägyptische Nationalpartei erließ durch ihren Präsidenten Mohammed Ferid Bei am 19. Dezember einen Aufruf an alle Regierungen, der auf dem Recht des ägyptischen Volkes bestand, einen eigenen selbständigen Staat zu bilden. Man forderte eine Volksabstimmung, nachdem sich die englischen Besatzungstruppen zurückgezogen hätten.

Ecuador reihte sich den Staaten an, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland erklärten.

An der Ostfront ruhten die Waffen gänzlich, da auch die rumänischen Truppen am Waffenstillstand teilnahmen.

Nachdem die österreichisch-deutsche Offensive an der Piave haltgemacht hatte, stockten auch die weiteren Fortschritte an der tirolischen Grenze bis auf einige Erfolge im Gebiete der Sieben Gemeinden, wo die Heeresgruppe des Feldmarschalls Freiherrn v. Conrad standhielt. Die Erwartung, daß er in die Ebene vordringen werde, um den großen Sieg zu vollenden, erfüllte sich aber nicht, was gewiß kein Vorwurf sein soll, da uns noch größere Siege in der Folge nur in Verlegenheit gesetzt hätten. Kämpfe.

An der Westfront führte die Schlacht bei Cambrai zur Niederlage des englischen Heeres. Kaiser Wilhelm war am 22. bei der Verdunarmee und zog in einer Ansprache die Bilanz des Jahres: „Große Entscheidungen haben eure Kameraden im Osten herbeiführen können. Aber wenn ihr im Westen nicht standgehalten hättet, konnten jene das auch nicht tun. Der Zusammenhang zwischen den Schlachten an der Aisne, in der Champagne, im Artois, in Flandern und bei Cambrai und den Vorgängen im Osten und in Italien ist klar. Um die Offensivschläge zu führen, mußte ein Teil des Heeres in der Defensive verharren, so hart es auch einem deutschen Soldaten ankommt. Unerhörte Mittel hat der Gegner zusammengetragen, um über eure Front hinweg den von ihm so stolz verkündeten Einzug in Brüssel halten zu können. Er hat nichts erreicht. Aber das Gewaltigste, das je von einem Heer geleistet wurde und in der Kriegsgeschichte noch nicht da war, das hat hier das deutsche Heer vollbracht. Feldmarschall Hindenburg hat sein festes Vertrauen auf euer Durchhalten bestätigt gesehen, er konnte daraus die großen strategischen Folgerungen ziehen. Das Jahr 1917 mit seinen großen Schlachten hat gezeigt, daß das deutsche Volk einen Verbündeten im Herrn der Heerscharen dort oben hat. Ohne ihn wäre es nicht gegangen. Ich weiß, daß jeder einzelne von euch im unerhörten Trommelfeuer Übermenschliches geleistet hat. Was noch vor uns steht, wissen wir nicht ...“ Kürzer war der Weihnachtsgruß Hindenburgs: „Der Segen Gottes hat im Jahre 1917 auf unsern Waffen geruht. Er wird im Jahre 1918 unsere gerechte Sache zu einem guten Ende führen.“

Angesichts der steigenden Tauchbootgefahr wurde die Schaffung eines Marinerates der Ententeregierungen beschlossen; auch Japan und Amerika waren dabei vertreten. Der erste Seelord Sir John Jellicoe trat am 26. zurück; sein Nachfolger wurde Sir Roßlyn Wemyß.

Das größte Verbrechen gegen das Völkerrecht beging die französische Regierung, die durch eine Verordnung vom 19. Dezember die Bildung einer tschechisch-slowakischen Armee ankündigte. Diese Streitmacht sollte aus mindestens 120.000 Mann bestehen, wovon die Mehrzahl an der Westfront kämpfte. Diese Armee, die von sämtlichen Alliierten offiziell anerkannt wurde, bestand hauptsächlich aus tschechischen Offizieren und Soldaten, die sich den Russen und Serben freiwillig ergeben hatten. Der tschechisch-slowakische Nationalrat, dem die Armee Ergebenheit schwören sollte, hatte Vertretungen in allen alliierten Ländern. Der Generalsekretär des Pariser tschechischen Nationalrats Dr. Ed. Benesch tauschte mit der italienischen Deputiertenkammer Grußtelegramme über die gemeinsamen Triumphe aus.

Österreich.

Auch innerhalb der österreichischen Monarchie machte sich bereits die Torheit der Führer einzelner nationaler Gruppen schicksalsschwer geltend. Die slawischen Verbände des Abgeordnetenhauses (Tschechischer Verband, Südslawischer Klub, Ukrainische Vertretung) tadelten den Widerspruch des Friedensprogramms der Regierung mit dem von Rußland geforderten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen. Daher könnten die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem gedeihlichen Friedensschluß nicht führen. Nur die Ukrainer waren politisch so reif, das Gefährliche einer solchen kurzsichtigen Kritik einzusehen, daher sie sich wenigstens nach-

träglich dagegen verwahrten, daß der von ihnen gemeinsam mit den Tschechen und Südslawen verlautbarten Kundgebung vom 1. Dezember die Absicht unterschoben werde, die Friedensverhandlungen mit Rußland zu stören. „Die Ukrainische parlamentarische Vertretung könne aber nicht zulassen, daß das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes unter dem Deckmantel der Wahrung der staatlichen Suveränität und unter der Vorspiegelung, als wäre die Nationalitätenfrage in Österreich bereits gelöst, zu einer Frage ohne praktische Bedeutung herabgesetzt werde." — Die parlamentarische Kommission des Tschechischen Verbandes hielt am 19. eine Debatte ab über die Verhältnisse im künftigen tschechisch-slowakischen Staat: er sollte demokratische Grundlagen aufweisen und den anderssprachigen Angehörigen „Garantien bieten, damit sie sich als gleichberechtige Mitglieder dieses Staates fühlen". — Ein ukrainischer Nationalkongreß zu Lemberg 30. Dezember verlangte, daß die Friedensverhandlungen auch mit Vertretern der ukrainischen Republik geführt und daß auch Vertreter der österreichischen Ukrainer dazu zugelassen werden. Ferner sollen Ostgalizien und die Nordbukowina zu einer administrativen Einheit zusammengefaßt und im Rahmen der Monarchie zu einer selbständigen staatlichen Einheit erhoben werden. Der Kongreß verwahrte sich gegen eine Einverleibung ukrainischen Bodens in den polnischen Staat und protestierte gegen eine Majorisierung der Ukrainer durch Ungarn.

Zum ersten österreichischen Minister für „soziale Fürsorge" wurde am 22. Dezember Dr. Viktor Mataja ernannt. Der Wirkungskreis des neuen Ministeriums umfaßte Jugendfürsorge, Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Sozialversicherung, gewerbliches Arbeitsrecht und Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge, Auswandererschutz, Wohnungswesen. Der Minister richtete am 31. an die ihm zugewiesene Beamtenschaft ein Begrüßungsschreiben: „Weder um die Zentralstellen zu vermehren noch um eine zweckmäßigere Geschäftsverteilung zu ermöglichen, wurde das Ministerium geschaffen; es ist zugleich die Verwirklichung einer neuen und erweiterten Auffassung des Staates von seinen Pflichten . . . Nach so vielen Verlusten erblickt der Staat in jedem einzelnen ein wertvolles Gut, das geschützt sowie geistig und körperlich entwickelt werden muß."

Über den Fall Jerusalems wurde offiziös verlautbart (11. Dez.): „Für die freiwillige Räumung war in erster Linie der Gesichtspunkt maßgebend, daß allen gottgläubigen Völkern der Welt der geheiligte Boden nicht zum Schauplatze blutiger Kämpfe gemacht werden sollte. Demgegenüber spielte die Frage der Behauptung der militärisch wertlosen Stadt keine Rolle. Unsere Bundesgenossen wissen, daß wir an ihrer Seite stehen und daß über den Besitz Jerusalems durch den jetzigen Erfolg der Engländer noch nicht endgültig entschieden ist." Jerusalem.

Über die künftige Entwicklung Afrikas hielt der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf am 21. Dezember einen Vortrag, worin er

ausführte, es genüge nicht die Wiederherstellung des Status wie vor dem Krieg. „Die Zufallsentwicklung hat dazu geführt, daß Portugal, Belgien und Frankreich in Afrika große koloniale Gebiete besitzen ohne die wirtschaftliche und kulturelle Expansivkraft, ohne den Bevölkerungszuwachs oder die finanzielle Leistungsfähigkeit, die Voraussetzung für die zukünftige koloniale Mitarbeit in Afrika sind. Auch England hat sich in Afrika Gebiete angeeignet, die bei Berücksichtigung seines ungeheuren Landbesitzes in anderen Erdteilen über sein wirtschaftliches Bedürfnis hinausgehen, während Deutschland, das infolge seiner Bevölkerungszunahme und industrieller Regsamkeit auf Kolonien angewiesen ist, auf erheblich kleinere, zerstreut liegende Besitzungen beschränkt blieb. Dieses Mißverhältnis muß ausgeglichen werden, wenn ein dauernder Frieden auf gerechter Grundlage erreicht werden soll. Das Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Rasse würde zu chaotischen Zuständen führen. Wohl aber müssen die Eingebornen nicht nur Mittel, sondern Selbstzweck der kolonialen Betätigung sein. Wir haben eine Abstimmung der Schwarzen in unsern afrikanischen Kolonien nicht so zu scheuen wie die Engländer in Ceylon, Ostindien, Singapore, wo während des Krieges ein furchtbares Blutregiment an der Arbeit war. Die zukünftige Zusammenarbeit in Afrika muß zurückgreifen auf die in der Berliner Kongoakte niedergelegten Grundsätze der Handels- und Schiffahrtsfreiheit, der Bekämpfung des Sklavenhandels, der Neutralisierung Afrikas."

Im 159. Band der „Historisch-politischen Blätter" wird „Die innere Unmöglichkeit einer Volksregierung" gezeigt, die Unwahrheit und Unhaltbarkeit des auf Montesquieu und Rousseau ruhenden Repräsentativsystems; nur aus natürlich und historisch entstandenen Korporationen und Territorien könne sich eine sogenannte Vertretung derselben herausbilden. Die „psychologischen Grundlagen des Weltfriedens" ergeben sich aus den gesteigerten Kriegsmitteln. „Der Charakter des Krieges als Verlegenheitsprodukt offenbart sich am deutlichsten, soweit der Krieg psychisch die Volksmassen gar nicht erfaßt." Die Grundbedingung des Weltfriedens ist der Ausbau des mitteleuropäischen Völkerblocks. Hermann Bahrs „Stimme" wird besprochen. In einem Aufsatz „Katholizismus, Liberalismus und Weltkrieg" heißt es (S. 328): „Die unvergleichliche Kraft Albions ist neben der Flotte die Heuchelei." Weiter wird von der „Rehabilitierung der großdeutschen Idee" gehandelt. Dem allzu pantheistischen Begriff des „höchsten Gutes" nach Paulsen wird desselben Philosophen mehr ahnungsvolles Wort gegenübergestellt: „Die Idee des Reiches Gottes, die das Christentum in den Mittelpunkt der Welt- und Lebensanschauung gestellt hat, durchdringt wie ein allgegenwärtiges Element auch die Gedanken derer, die von ihm nichts wissen oder wissen wollen." — Im 160. Band schreibt Professor Grauert von Kaiser Franz Josef und der Lebenskraft Österreich-Ungarns. Es wird gefragt, was die Katholiken von der Umwälzung in Rußland zu erhoffen haben. Heidingsfelder schreibt über die Heimat Wolframs von Eschenbach (zu J. K. Kurz, Heimat und Geschlecht Wolframs von Eschenbach). Flaskamps Schriften zur deutschen Romantik werden besprochen (623). Der „österreichische Staatsgedanke" wird als die Rettung Österreichs bezeichnet. Künzelmanns Legendenspiel von Sankt Sebaldus wird als romantisches Werk gewürdigt.

Reich Gottes.

Bedeutungsvoll ist der Meinungsaustausch führender Geister in der „Leipziger Illustrierten Zeitung" über Kulturarbeit. Rudolf Eucken führte diese

Auseinandersetzungen an (4, 1 ff.). Von großer kultureller Wirkung waren auch die in Frankreich von den Deutschen für Franzosen und Deutsche herausgegebenen Armeezeitungen. — Über den Büchermarkt im Jahre 1916 berichtete Lerche, der erste Bibliothekar der „Deutschen Bücherei" in Leipzig. Es überwogen die Broschüren und billige Bücher aus den bekannten Sammlungen; doch war auch ein Steigen des guten Geschmacks für Druckwerke zu bemerken (Ill. Ztg., 25. Jan.). Aber auch Nuditäten nahmen zu. Die Volkswirtschaft stand unter dem Einfluß der Konzentration, Die Entwicklung der flämischen Bewegung wurde in Belgien begünstigt (Ill. Ztg., 8. Febr.). Man lernte auch dort die flämische Kunst als einen Zweig der deutschen betrachten. — Aus Anlaß des kriegerischen Vorgehens Amerikas wurde festgestellt, daß der englische Einschlag im amerikanischen Volkskörper 30·2 Prozent, der deutsche 26·4, der irische 18·6 betrug. Wenn man nur die letzte und vorletzte Generation der Einwanderer berücksichtigte, waren allerdings die Deutschen nur mit 10·8 Prozent vertreten (Ill. Ztg., 15. Febr.). — Graf Zeppelins Tod, 8. März, rief viele Nachrufe hervor. — Bilder jener englischen „Tanks" (Panzerautomobile), die in der Sommeschlacht so entscheidend einwirkten, brachte die „Illustrierte Zeitung" 15. März. — Die philosophischen Auffassungen des Krieges durch deutsche Denker wurden besprochen (Ill. Ztg., 22. März ff.). — In der Kunst und Literatur bildete sich das Schlagwort vom Expressionismus aus (Ill. Ztg., 19. April). — In Baden wurden Strohflechtkurse eingerichtet für Stroh- und Selbandschuhe (Ill. Ztg., 3. Mai). — Zu Warschau starb am 14. April der Erfinder der Weltsprache „Esperanto" Dr. Lazarus Zamenhof, im achtundfünfzigsten Lebensjahr. Er war Augenarzt. Die erste Grammatik erschien 1886. Es bestanden nun 1600 Vereine in 60 Ländern, eine Literatur von 3000 Bänden und 100 Zeitungen. Der erste internationale Kongreß in Boulogne 1905 vereinigte 29 Nationen. In Deutschland bestanden 300 Vereine. Die Gelehrten verhielten sich allerdings zweiflerisch (Ill. Ztg., 3. Mai). — Der Deutsche Werkbund veranstaltete eine bemerkenswerte Ausstellung in Basel (Ill. Ztg., 31. Mai); man ging im allgemeinen auf die Biedermeierzeit und das Empire zurück. — Bei der steigenden Nahrungsmittelnot wies man auf schmackhafte Wildpflanzen hin (Ill. Ztg., 7. Juni). — Mit Gustav Schmoller starb am 27. Juni der Führer der staatssozialistischen Schule. Das Zentrum hatte ihm seinerzeit mit Recht vorgeworfen, daß dieser „Kathedersozialismus", den er mit Adolf Wagner, Brentano und anderen betrieb, um nichts besser sei als der Marxismus. — Die von Hans Helmolt begründete Weltgeschichte nach geographischer Anordnung erschien in neuer Bearbeitung durch Armin Tille (Ill. Ztg., 2. Aug.). — Der Vormarsch in Rumänien lenkte das Interesse auf das Tropäum des Trajan mit den ersten bildlichen Darstellungen der Germanen. Die Reliefs waren in Bukarest (Ill. Ztg., 9. Aug.). — Der Kulturhistoriker und Sozialpolitiker K. Jentsch (Altkatholik) starb vierundachtzigjährig. — Der Philosoph und Physiolog W. Wundt beschloß fünfundachtzigjährig seine Vorlesungen (Ill. Ztg., 9. Aug.). — Zum Luther-Jubiläum erschien viel Luther-Literatur. Mein rein geschichtliches, schon vor dem Krieg erschienenes Büchlein über Angelus Silesius (Johannes Scheffler) als katholischer Apologet durfte in dieser Zeit nicht verkauft werden, weil darin harte Urteile des alten Konvertiten aus dem siebzehnten Jahrhundert über Luthertum zitiert waren. — Graf Westarp erklärte Siegeszuversicht als eine vaterländische Pflicht. In der Tat hat uns nur der Mangel unbedingter Zuversicht um den Sieg

Zeppelin †.

Esperanto.

Luther.

gebracht. Sehr stark war die Spionage und der Verrat entwickelt, ebenso der Lügenfeldzug der Feinde und besonders der Lügenfilm (Jll. Ztg., 20. Sept.) — Man feierte Hindenburgs siebzigsten Geburtstag, 2. Oktober, und sah in ihm den Bürgen des Sieges. — Eine Rundfrage über die „Forderungen der Stunde“ an die führenden Männer Deutschlands ergab die Mahnung zu ruhigem Vertrauen (Michaelis), die Forderung zur Parlamentarisierung der Ministerien (L. Brentano), nicht zuviel Organisation, sondern auch Spielraum für das Individuum (Bücher), kein Gewaltfrieden (Ebert), das deutsche Volk möge sich auf die Höhe seines eigenen Wesens stellen (Eucken). Harnack mahnt auch zur Zuversicht und unbeugsamer Kraft, wenn auch die Kriegsstimmung des ersten Jahres verflogen sei: „Wenn die Stimmung dir versagt, so schaff' es mit dem Willen!“ Scheidemann sieht dem Friedensbund freier Völker entgegen. H. Simon: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen! Wenn England siegt, verdorrt der Baum des Wissens, das Bildungswesen, die Schulung des Volks.“ Kriegsminister v. Stein: „Der wird Sieger sein, wer die Augen fest auf das Ziel richtet, wer Ermüdung und Zweifel durch Anspannung aller Kräfte unterdrückt. Tun wir das? Viel haben wir geleistet, aber noch nicht genug.“ Traub: „Jch freue mich an Hindenburg, weil er stets das eine sagt: Siegen wollen! Diese phrasenlose Ruhe des Ziels wirkt erfrischend wie eine Quelle in der Wüste. Das Geschick hat es gut gemeint mit uns, deren Fahnen von Zeebrügge bis Riga wehen.“ Theobald Ziegler: „Uns tut not, daß wir uns freimachen von allen pazifistischen und internationalen Utopien. Es gibt kein Recht ohne Macht, weder im Innern noch nach außen“ (Jll. Ztg., 4. Okt.).

Mahnungen.

Es bildete sich unter Vorsitz von Tirpitz und Dr. Kapp die „Vaterlandspartei“ am Sedanstage 1917. Man erinnerte an das Wartburgfest vor hundert Jahren 18. Oktober 1817. Friedrich Lienhard berichtete in der „Jllustrierten Zeitung“ 25. Oktober über „Luther in deutscher Dichtung“. Jm allgemeinen litt die geplante Luther-Feier sehr unter den Kriegsereignissen und der zweifelhaften Stimmung.

Rodin †.

Der französische Bildhauer Rodin starb siebenundsiebzigjährig am 17. November. Seine Kunst war unnötigerweise sonderlinghaft, so zum Beispiel, wenn er Johannes den Täufer nackt predigen ließ, da ihm doch die Bibel ein Kleid von Kamelhaaren zubilligt (Jll. Ztg., 29. Nov.). — Das Phantastischste leistete die Jnszenierung von Mozarts „Zauberflöte“ in Mannheim (Jll. Ztg., 27. Dez.).

In den russischen Gefangenenlagern übten zum Beispiel auch die Grödener Bildschnitzer ihre Kunst (Öst. Jll. Ztg., 1. April).

Luther.

Zum Luther-Jubiläum erschienen noch „Luther-Studien“ von den Mitarbeitern der Weimarer Luther-Ausgabe; „Lutherana“ in den „Theologischen Studien und Kritiken“, Gotha; „Das Gotteserlebnis der Reformation“ von H. Mandel; „Luther und die Communio sanctorum“ von M. Rade, Berlin (besprochen in den „Stimmen der Zeit“, 48. Jahrg., S. 495). Eine Selbstkritik des Protestantismus geben die „Spieße und Nägel“ von Pastor Hansen in Schleswig; so zum Beispiel: „Die 1517 anhebende Reformationsbewegung hat einen Teufel ausgetrieben, aber dafür sieben ärgere eingelassen . . . Die Reformation kann mit Recht eine Deformation genannt werden, weil ihre gutgemeinten Bestrebungen zum größten Teil mißraten sind . . . Eine Reformation war notwendig, aber die geschehene ist verfehlt . . . Der Protestantismus sollte jetzt zurückkehren — nicht zum Bruder, sondern zum Vater und zur Mutter

Kirche ... Es gehört zum Wesentlichen der Kirche Jesu Christi, daß sie katholisch ist; auch die Protestanten gehören zur wahren Kirche, sofern sie das Bewußtsein haben, katholische Christen zu sein. Sofern die protestantischen Kirchen das Bewußtsein ihrer Katholizität verloren haben, sind sie von der wahren Kirche Christi abgefallen. Der Abfall von der Katholizität hat zur Folge den Abfall vom Glauben an Jesum Christum als wahren Gott und Heiland, ja den Abfall vom Glauben an den wahren Gott überhaupt, wie die Geschichte des Protestantismus vielfach zeigt. Die einzige ideale Macht, die in Deutschland Einfluß hat auf das Volksleben, ist heutzutage die römische Kirche, weil sie katholisch ist. Die Signatur des jetzigen Protestantismus ist: allgemeiner Tod und einzelne Lebensfunken ... Die Kirche ist der Leib des Herrn; wer kein Glied der Kirche ist, ist kein Glied des Herrn. Die Heilige Schrift als alleinige Norm anzusehen, ist Einseitigkeit. Wir könnten dem Evangelium nicht glauben, wenn nicht die Kirche uns überzeugt hätte, was überhaupt Evangelium ist ... Die Kirche als sichtbares Reich Gottes in der Welt bedarf einer sichtbaren Führung und Repräsentation ... Es haben sich in die lutherische Kirche Mißstände eingeschlichen, die schlimmer sind als jene, welche einst Luther bekämpft hat ... Mißbrauch hebt den rechten Brauch nicht auf; es ist nicht richtig gewesen, daß die Protestanten die Mißbräuche nicht allein, sondern die Einrichtungen selbst völlig abgeschafft und verworfen haben. Das Fasten ist heilsam und gut. Das Mönchtum ist eine heilsame Einrichtung gewesen, und man sollte unter den Protestanten darauf bedacht sein, es zu erneuern. Den ehelosen Stand der Priester sollte man empfehlen (1. Kor. 7). Überall ist zur wahren Katholizität zurückzukehren (besprochen in den „Stimmen der Zeit“ [Bd. 95, S. 200 ff.]). — Im Luther-Jahr erschien auch ein Lebensbild des seligen Petrus Canisius von O. Braunsberger.

Sehr enttäuscht schrieb der deutsche Freimaurer W. Ohr über den „Französischen Geist und die Freimaurerei“ mit ihrem geheuchelten Internationatismus („Stimmen der Zeit“, Bd. 93, S. 692). Im selben Heft gedachte Overmans des Unglückstages der tschechischen Literaturgeschichte vor hundert Jahren mit der Fälschung der Königinhofer und Grünberger Handschrift, wodurch das Kulturleben des tschechischen Volkes dauernd vergiftet wurde. R. Heinrichs suchte in einer Schrift „Der Heliand und Haimo von Halberstadt“ 840—853 (Cleve 1916) diesen als Dichter zu erweisen; er wurde von Hraban, seinem Freund, über Homer, Virgil, Horaz und Ovid gestellt.

Für den Hildesheimer „Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur“ trat unter andern auch Overmans in den „Stimmen der Zeit“ (Bd. 92, S. 227, Nov. 1916) ein und empfahl die Mitarbeit der Katholiken an diesem paritätischen Unternehmen. Meines Erachtens ist zur Hebung der Theaterkultur kein Verein nötig, kein Geld, keine Organisation, sondern nur ein tüchtiger Dramaturg und eine schöpferische, nicht mißwollende Kritik. Übrigens haben die deutschen Katholiken die „Calderon-Gesellschaft“ in Berlin.

Das Jahr 1918.

Jänner: Friedensverhandlungen in Brest. Wilsons vierzehn Punkte. Streiks in den Mittelreichen. — Februar: Friede mit der Ukraine. Wilsons vier Punkte. Kriegsrat in Versailles. — März: Friede mit Rußland. Vorfriede mit Rumänien. Der Fall Lichnowsky. Große deutsche Offensive im Westen. General Foch. — April: Czernins und Clemenceaus Enthüllungen über den Kaiserbrief. Czernins Abgang; Burian. — Mai: Friede mit Rumänien. Hetman Skoropadski. Ausbau und Vertiefung des österreichisch-deutschen Bundesverhältnisses. Kongreß der österreichischen Nationalitäten in Paris. Die Deutschen in der Krim. Kämpfe an der Westfront. — Juni: Schlacht an der Marne. Vorstoß der Österreicher über die Piave. — Juli: Umschwung an der Westfront; Gegenoffensive. Ermordung des Zaren und Mirbachs. Die Entente an der Murmanküste. Wilsons neue vier Punkte. Propagandagerüchte. — August: Anhaltende Gegenoffensive. Italienische Flieger über Wien. Japan in Sibirien. Die Tschechoslowaken anerkannt. Amerikanisches Heeresgesetz. Geheimvertrag zwischen Amerika und England. — September: Burians Friedensvorschlag. Wilsons fünf Punkte. Bulgariens Sonderfrieden. — Oktober: Hertlings Abgang. Max von Baden Reichskanzler. Gemeinsames Friedensangebot des Mittelbundes. Manifest Kaiser Karls über eine föderative Monarchie; Zerfall in Nationalstaaten; Sonderfriedensangebot. Andrassy, Lammasch, Karolyi. — November: Waffenstillstand. Republik Bayern, Eisner. Deutsche Republik, Reichskanzler Ebert. Nationale Republiken in Österreich-Ungarn. — Dezember: Wilson in Europa; Verhandlungen in Paris. Sozialdemokraten, Unabhängige und Spartakusbund. Matrosenputsch in Berlin.

Jänner.

Brest. Die Friedensverhandlungen in Litauisch-Brest wurden nach kurzer Unterbrechung wieder aufgenommen. Man hatte am 25. Dezember 1917 den übrigen kriegführenden Mächten den Beitritt freigestellt und ihnen dazu eine zehntägige Frist gesetzt. Diese Frist lief am 4. Jänner 1918 ab, ohne daß eine Erklärung eingegangen war. Nur Abgesandte der ukrainischen Volksrepublik hatten sich am 1. Jänner eingefunden, um auch für ihren selbständigen Staat einen eigenen Frieden zu schließen. Die russische Delegation telegraphierte am 3. aus Petersburg den Vorschlag der Regierung der russischen Republik, die Verhandlungen im neutralen Ausland fortzusetzen, da ihnen das Verweilen am Ort des deutschen Hauptquartiers unbehaglich war. Dies wurde aber abgelehnt, da bindend verabredet worden war, die Verhandlungen spätestens am 5. in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen. Dem fügte sich nun auch die russische Delegation. Deren Mitglieder trafen am 7. ein, mit Trotzki, dem Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten. Kühlmann eröffnete am 9. die Sitzungen mit einem Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen; er hielt im Namen der vier verbündeten Mächte daran fest, daß die Verhandlungen in Brest weitergeführt werden müßten; er bedauerte, daß seit der Unterbrechung der

Sitzungen sich manches zugetragen habe, was geeignet schien, Zweifel an den aufrichtigen Absichten der russischen Regierung zu erwecken, hoffte aber, daß ein Scheitern des Friedenswerkes deshalb nicht eintreten werde. Graf Czernin fügte bei, die Verlegung der Friedensverhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr ersehnte Gelegenheit geben, störend einzugreifen. General Hoffmann erklärte namens der deutschen obersten Heeresleitung: „Es liegt eine Anzahl Funksprüche und Aufrufe vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und Heeresleitung, die teils Beschimpfungen der deutschen Heereseinrichtungen und der deutschen Heeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen enthalten. Dies verstößt zweifellos gegen den Geist des zwischen beiden Armeen geschlossenen Waffenstillstandes. Ich lege aufs entschiedenste Protest dagegen ein." Die Russen nahmen das schweigend hin. Erst später entschuldigte Trotzki all dies mit der Freiheit des Wortes.

Der ukrainische Delegierte Holubowitsch führte am 10. aus: „Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front besetzt hält und in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Konferenzen teilnehmen können. Die Macht des Rates der Volkskommissäre erstreckt sich nicht auf ganz Rußland, demnach auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der resultierende Friede für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn ihn die ukrainische Volksrepublik annimmt und unterzeichnet." — Trotzki erklärte sich bereit, das Selbstbestimmungsrecht jeder Nation bis zur vollen Lostrennung von Rußland anzuerkennen. Es sollen also die ukrainische und die russische Delegation zwei getrennte, selbständige Delegationen von derselben Partei bilden. Trotzki warnte übrigens noch die Mittelmächte, nicht allzusehr auf ihre gegenwärtige Machtstellung zu pochen; die Weltstellung eines Landes werde nicht durch den augenblicklichen Stand seines technischen Apparates bestimmt, sondern auch durch die ihm innewohnenden Möglichkeiten. Ebenso wie die Reformation des sechzehnten und die Revolution des achtzehnten Jahrhunderts die schaffenden Kräfte des deutschen und des französischen Volkes zum Leben geweckt haben, so sind durch die Revolution in Rußland die schaffenden Kräfte des russischen Volkes geweckt und entfaltet worden. Aber die russische Regierung hat an die Spitze ihres Programms das Wort Frieden geschrieben, darum verzichtet sie auch auf die Verlegung des Verhandlungsortes. Ukrainer.

Am 11. und 12. wurde über die gegenseitige Räumung der besetzten Gebiete verhandelt, sowie darüber, ob außer der Ukraine und Finnland sich auch andere Staaten, so die Ostseeländer und Polen rechtsgültig selbständig gemacht hätten. Trotzki verlangte für diese eine freie Abstimmung ohne den Druck okkupierender Truppen und fragte, warum man denn keine Vertreter dieser angeblich selbständigen Staaten nach Brest geladen habe. Die russischen Bolschewiken beanständeten die bisherigen nichtdemokratischen Kundgebungen dieser neuen Staaten. „Das freie Rußland macht keine Ansprüche auf frühere Gebiete des Zarenreiches, es will nur vor territorialen Konflikten dadurch gesichert sein, daß die neuen Grenzlinien nicht durch Gewalt von oben, sondern durch den freien Willen der Völker selbst gebildet werden." — General

Hoffmann protestierte sehr scharf gegen den Ton der russischen Vorschläge: „Die russische Delegation spricht mit uns, als ob Sie siegreich in unserm Lande ständen und uns Bedingungen diktieren könnten. Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es Ihre Regierung in Ihrem eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht, und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden anders Denkenden unterdrückt. Jeder anders Denkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois für vogelfrei erklärt. In der Nacht zum 31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongreß in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximalisten durch Bajonett und Maschinengewehr auseinandergejagt. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum. Der Bürgerkrieg ist noch im Gang ... Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsche der Lostrennung von Rußland bereits unzweideutig Ausdruck gegeben: am 21. September 1917 die kurländische Landesversammlung, am 11. Dezember der litauische Landesrat, am 27. Dezember die Stadtverordnetenversammlung in Riga, die Rigaer Kaufmannskammer, die Große Gilde, die Vertreter der Landbevölkerung sowie siebzig Rigaer Vereine; ferner im Dezember auch die Vertreter der Ritterschaft, der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Oesel, Dagö und Moon. Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Heeresleitung eine Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln ablehnen. Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keinen Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschem Betrieb. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder einer Miliz sind diese Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage." — Die Verhandlungen wurden zwischen dem 21. und 29. unterbrochen. Darauf ergaben sich noch Unstimmigkeiten zwischen den Petersburger bolschewikischen Delegierten und denen der ukrainischen Rada, denn es gab zwei ukrainische Regierungen, eine bolschewikische, welche im Verbande der russischen Delegation vertreten war, und eine nichtbolschewikische, selbständige.

Bezeichnend war eine Äußerung Trotzkis, die er am 26. im Rätekongreß tat: Wenn Deutschland schlechte Bedingungen stelle, so werde er den Klassenkampf und die Weltrevolution in Westeuropa entfachen. Aber Deutschland verfolge augenscheinlich nur mäßige militärische und wirtschaftliche Ziele, die man in London stillschweigend billige, um Deutschland, das man nicht besiegen könne, für Verhandlungen im Westen nachgiebiger zu machen.

Bemerkenswert war auch eine Kundgebung des in Berlin versammelten

Ägypten. ägyptischen Nationalkomitees an den Friedenskongreß in Brest; sie lenkte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Notwendigkeit der Befreiung Ägyptens im Sinne des von allen Mächten angestrebten Nationalitätenprinzips. Nur durch die Befreiung Ägyptens kann die Neutralität des Suezkanals wirksam werden. „Unsere Forderung beruht auf dem natürlichen Recht jedes Staates, sich selbst zu regieren und sich seiner Eigenart gemäß zu entwickeln, ferner auf dem Verzichtvertrag

von Terapia vom Juni 1882, auf dem Vertrag von London Juni 1884 usw. Solange unser Kanal unter der Kontrolle irgendeiner Großmacht steht, kann die Freiheit der Meere, dieses Grundprinzip der Demokratie, nicht gewährleistet werden. Nur ein freies Ägypten kann allen Nationen die freie Durchfahrt durch den Kanal zu allen Zeiten garantieren. Ägypten besitzt mehr als andere Nationen die zur Anwendung des Nationalitätenprinzips notwendigen Vorbedingungen."

Zugleich mit der Brester Konferenz fanden in Petersburg Verhandlungen statt über die Angelegenheiten der Kriegs- und Zivilgefangenen, über den Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr.

Der Appell der Brester Friedenskonferenz an alle kriegführenden Völker zur Herstellung eines allgemeinen Friedens blieb wenigstens bei Präsident Wilson nicht ohne ein Echo, und er sah sich dadurch veranlaßt, am 8. Jänner dem Kongreß zu Washington sein Programm eines Weltfriedens mit den berühmten „vierzehn Punkten" vorzulegen. Er erklärte: „Die Vertreter Rußlands in Brest haben ein klares Programm vorgelegt; die Vertreter der Mittelmächte haben Grundlinien vorgelegt, die wenigstens einer günstigen Auslegung fähig sind ... Es geziemt sich, daß wir nun auch auf diese Herausforderung mit äußerster Offenheit antworten, wie bereits Lloyd George mit Offenheit letzte Woche gesprochen hat ... Was wir verlangen ist nichts, was uns allein angeht, sondern alle Völker. Unser Programm ist das des Weltfriedens. 1. Alle Friedensverträge müssen öffentlich sein. 2. Vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden wie im Kriege, mit Ausnahme der Meere, die durch internationale Verträge geschlossen werden. 3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen. 4. Herabsetzung der Rüstungen auf das niedrigste Maß. 5. Ordnung aller kolonialen Forderungen auf Grundlage der Interessen der Bevölkerungen und Regierungen. 6. Räumung des ganzen russischen Gebietes; Selbstbestimmungsrecht Rußlands. 7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens. 8. Befreiung und Wiederherstellung des französischen Gebiets; das Unrecht, das Frankreich durch Preußen 1871 in der elsaß-lothringischen Frage geschehen ist und das den Weltfrieden seit nahezu fünfzig Jahren beunruhigt hat, soll wieder gutgemacht werden. 9. Berichtigung der Grenzen Italiens nach klar erkennbaren nationalen Linien. 10. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden. 11. Rumänien, Serbien und Montenegro sollen geräumt und die besetzten Gebiete wiederhergestellt werden. Serbien soll ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährt werden. Die

Wilsons vierzehn Punkte.

Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten untereinander sollen durch freundliche Besprechungen entsprechend den geschichtlich gegebenen Linien der Zugehörigkeit der Nationalität festgesetzt werden. Für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der verschiedenen Balkanstaaten sollten Garantien geschaffen werden. 12. Den türkischen Teilen des jetzigen Osmanischen Reiches soll der sichere Genuß der Suveränität zugesichert werden, aber den anderen Nationalitäten, die sich jetzt unter türkischer Herrschaft befinden, soll ebenso unzweifelhaft Sicherheit des Lebens und unbelästigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gesichert werden. Die Dardanellen sollen als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet werden. 13. Ein unabhängiger polnischer Staat, der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, soll errichtet werden, mit freiem Zugang zum Meer, wirtschaftlicher Unabhängigkeit, territorialer Integrität, internationaler Garantie. 14. Ein allgemeiner Völkerbund muß errichtet werden ... Wir wollen den Kampf fortsetzen, weil wir wünschen, daß das Recht sich behaupte und weil wir einen gerechten und dauerhaften Frieden verlangen. Wir sind auf die Größe Deutschlands nicht eifersüchtig ... Wir wünschen nur, daß es einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt einnimmt. Wir erkühnen uns nicht, Deutschland eine Änderung seiner Einrichtungen vorzuschlagen. Aber wir sagen, daß es Vorbedingung jeder Verhandlung ist, daß wir wissen, für wen Deutschlands Wortführer sprechen, ob für die Reichstagsmehrheit oder für die Militärpartei und jene, die an eine Weltherrschaft glauben ... Unser Programm ist die Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten, ob sie stark oder schwach sind ..."

Die Kritik dieses Programms gab am 24. der deutsche Reichskanzler Graf Hertling. Er warf zuerst einen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse, auf die Einkreisungspolitik König Edwards, auf den englischen Imperialismus, dem das aufstrebende Deutsche Reich im Wege stand. „In französischer Revanchesucht, im russischen Expansivstreben fand er eine allzu bereite Hilfe." Mit Recht bezeichnete Hertling die Rücknahme des Elsaß 1871 als Desannexion", und diese ist denn auch von der französischen Nationalversammlung am 20. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Damals sagte auch der Engländer Thomas Carlyle: „Ich weiß von keinem Naturgesetz, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzuerstatten, wenn die Eigentümer, denen sie entrissen wurden, eine günstige Gelegenheit haben, sie zurückzuerobern." Indem nun Hertling auf die vierzehn Punkte einging, anerkannte er den bescheideneren Ton Wilsons seit der Antwort auf die Papstnote. Was 1. die geheimen Verträge betrifft, so war „unser Defensivbündnis mit Österreich seit 1889 aller Welt bekannt, während die Offensivabmachungen der feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen

Geheimakte das Licht der Öffentlichkeit erblickten. Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk sind öffentlich." Der 2. Punkt von der Freiheit der Meere wird auch von Deutschland als wichtigste Zukunftsforderung aufgestellt. Aber wird England auf Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, die Falklandsinseln (und das Seebeuterecht) verzichten? 3. Auch wir verurteilen den Wirtschaftskrieg. 4. Der Gedanke einer Beschränkung der Rüstungen ist durchaus diskutabel. 5. Die Schlichtung der kolonialen Streitigkeiten wird in England Schwierigkeiten begegnen. 6. Die Räumung des russischen Gebietes ist, nachdem die Ententestaaten sich von den Brester Verhandlungen ausgeschlossen haben, eine Frage, die allein Rußland und den Vierbund angeht. 7. Die Integrität des belgischen Gebietes wird nicht bedroht, sie hängt aber mit der Integrität des deutschen Gebietes zusammen. 8. Dasselbe gilt von den französischen Territorien. Die folgenden Punkte berühren zumeist unsere Verbündeten. Punkt 13 behandelt Polen. „Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltlose Worte fand und vor dem Kriege nie für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Österreich waren es, die Polen vom zaristischen Regiment befreiten." Ihnen sei diese Frage überlassen. 14. Der Verband der Völker ist sympathisch zu begrüßen, wenn er aufrichtig gemeint ist. Aber vom aufrichtigen Friedens- und Gerechtigkeitswillen ist bei den Gegnern wenig zu bemerken. Es ist keine aufrichtige Freundschaft möglich mit dem übermütigen Sieger, der im Besiegten nur den Schuldigen sieht, der Buße tun und Besserung geloben muß. Aber „unsere militärische Lage war niemals so günstig wie jetzt. Mögen also die Gegner ihr Programm nochmals revidieren. Unser Volk kann nicht untergehen."

Kühlmann charakterisierte am 26. im Reichstag die Bolschewiki, mit denen er in Brest zu tun hatte: „Trotzki hat mir gegenüber zweimal in der Diskussion offen kundgegeben: Unsere Regierung hat keine andere Grundlage als die Macht. Die Argumente der Bolschewiki sind Kanonen und Maschinengewehre. Meinungsverschiedenheiten werden durch Auslöschung des Gegners in radikaler und befriedigender Weise beigelegt. Die Bolschewiki predigen sehr schön, aber praktisch sieht es anders aus. Ihre Soldateska übt in Finnland eine Gewaltherrschaft aus, wie sie schlimmer in den schlimmsten Zeiten des Zarismus nicht dagewesen ist. Ihr Verfahren gegenüber der mit so großem Pomp angekündigten gesetzgebenden Versammlung bestand darin, daß sich zwei Kreuzer vor den Taurischen Palast legten und ihre Kanonen mit scharfer Munition gegen die Fenster richteten. Als dies Argument noch nicht durchschlagend genug war, wurden die Herren einfach mit den Bajonetten nach Hause gejagt." Bolschewiki.

Die despotische Gewalttätigkeit des Bolschewikenregiments erwies sich, wie gesagt, an der Konstituante, der verfassungebenden Versammlung. Schon am 13. Januar erließ der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats eine Willkürverordnung, wodurch den Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräten das Recht gegeben wurde, jene ihrer Abgeordneten zur verfassunggebenden Versammlung, die die Interessen der Arbeiter- und Bauernmassen nicht vertreten, abzuberufen und Neuwahlen anzuordnen. Das galt besonders den Abgeordneten der Rechten und der sogenannten „sozialrevolutionären" Partei, die gegen die Sowjets arbeite. Als am 18. die Konstituante

eröffnet wurde, waren 520 Mitglieder gewählt, davon nur 161 Bolschewiki, 257 Sozialrevolutionäre (darunter nur 60 Angehörige der Linken), ferner 41 Ukrainer, 20 Kadetten, 3 Menschewiki. Die Regierung hoffte aber noch immer, mit 180 Bolschewiken, 70 linken Sozialrevolutionären und 80 Ukrainern die Mehrheit zu haben. Sie wollte von dieser zuvor ihre eigene Anerkennung, ihre Haltung in der Bodenfrage und Friedensfrage, in der Frage der Fabriken und Banken und endlich die Anerkennung eventueller Neuwahlen für Widerstrebende durchsetzen. Das erreichte sie aber nicht. Ebenso wurde eine ganz kommunistische Erklärung der Arbeiterrechte von der Versammlung aufgeschoben mit 273 gegen 140 Stimmen; diese Erklärung verlangte Abschaffung des Privateigentums, Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit, Arbeitszwang, Bewaffnung der Arbeiter, Entwaffnung der müßigen Klassen, eine sozialistische Armee, Ungültigkeit der Anleihen; die Macht solle ausschließlich den Arbeitern und den Sowjets (Räten) gehören. Nach langen Debatten verlangte die kommunistische Regierungspartei gegen 2 Uhr nachts, daß diese Fragen erledigt werden sollten. Die sogenannten Sozialrevolutionäre der Rechten verlangten aber Beratung der dringenderen Friedensfrage und der Bodenfrage. Darauf verließen die bolschewikischen Anhänger der Regierung mit den linksseitigen Sozialrevolutionären den Saal, um sich als Konvent zu konstituieren. Sie gaben noch folgende Erklärung ab: „Die beträchtliche Mehrheit des arbeitenden Rußland, Arbeiter, Bauern und Soldaten, hat sich an die verfassunggebende Versammlung mit der Forderung gewandt, die Errungenschaften der Oktoberrevolution anzuerkennen. Aber die Mehrheit der Versammlung hat im Einklang mit den bürgerlichen Klassenanschauungen diesen Vorschlag abgelehnt und dem arbeitenden Rußland Fehde angesagt. Die Versammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ist das Ergebnis der Kräfteverhältnisse vor der Oktoberrevolution zur Zeit Kerenskijs usw. Da wir nicht die Verbrechen der Volksfeinde decken wollen, erklären wir, daß wir aus der verfassunggebenden Versammlung scheiden, um der Autorität der Sowjets die endgültige Entscheidung anheimzustellen." Bald darauf schickte die Regierung der kommunistischen Partei (wie sie sich von nun an offiziell nannte) bewaffnete Matrosen aus und jagte mit Gewalt die noch immer tagende Mehrheit auseinander. Es war um 4 Uhr nachts. Im Auflösungsdekret hieß es unter anderm: „Die arbeitenden Klassen sind zur Überzeugung gelangt, daß die Zeit für den alten bürgerlichen Parlamentarismus um ist, da er mit den Aufgaben des Sozialismus unvereinbar ist, und daß nur eine Klasseneinrichtung wie die der Sowjets imstand ist, über die Opposition der besitzenden Klassen die Oberhand zu gewinnen und eine neue sozialistische Grundlage zu schaffen ... Da die Sozialrevolutionäre der Rechten offen

Konvent.

Kommunisten.

die Autorität der Sowjets bekämpfen und die Opposition der Ausbeuter tatsächlich unterstützen, ist es klar, daß der in der Konstituante verbleibende Teil der Deputierten nur der Gegenrevolution der Bürgerlichen Gefolgschaft leisten wird. Der Hauptvollzugsausschuß ordnet daher die Auflösung der Konstituante an." — Der sozialdemokratische „Vorwärts" in Berlin sprach darüber das Urteil (21. Jan.): „Damit hat sich ein geschichtliches Ereignis vollzogen, dessen schmerzliche Bedeutung nicht verkannt werden wird. Die bolschewikische Regierung hatte in der Volksvertretung keine Mehrheit gefunden. Da sie auf die Macht nicht verzichten wollte, hat sie an dem Parlament des revolutionären Rußland nicht anders gehandelt als der Zar an der Duma."

Die kommunistische Regierung verhinderte nicht nur die Weitertagung der Konstituante, sondern sie löste ebenso despotisch den Kongreß der Bauernräte auf, der seine Solidarität mit der Konstituante bekundete. Hier hatten die hundert Matrosen, die in den Kongreßsaal eindrangen, einen vierstündigen Kampf mit den hartnäckigen Bauern, ehe sie die Räumung durchsetzen konnten. Fast alle Mitglieder des leitenden Komitees des Kongresses wurden verhaftet. Dafür weigerten sich die Bauern, Korn und Lebensmittel nach Petersburg zu senden. Auch sibirische Zentren lehnten weitere Lebensmittelsendungen ab.

Die kommunistische Regierung brach auch mit Rumänien, was sie folgendermaßen begründete: „Die mit Verbrechen befleckte rumänische Oligarchie hat Kriegshandlungen gegen die russische Republik eröffnet. Gewohnt, ihre Herrschaft auf Armut, Kabale und das Blut der rumänischen Bauern und Arbeiter zu begründen, machte die rumänische Monarchie den Versuch, ihre Gutsbesitzer und Bankiers durch Besetzung Beßarabiens und dessen Umwandlung in einen Prellbock gegen die mächtige Strömung der russischen Revolution zu retten. Die Verbrechen der rumänischen Militär- und Zivilmacht sind unzählig. Kommissäre und Vertreter der russischen revolutionären Truppen werden verhaftet und erschossen, die revolutionären Truppen ausgehungert und entwaffnet, beim Rückmarsch ins Hinterland aus Geschützen beschossen . . . Der Rat der Volkskommissäre verfügt daher: Alle diplomatischen Beziehungen mit Rumänien werden abgebrochen. Die rumänische Gesandtschaft und alle Agenten der rumänischen Macht werden ausgewiesen . . ." Man erhoffte damit eine längst herangereifte Revolution in Rumänien zu fördern.

Die Ritterschaft Estlands und Livlands als verfassungsmäßige Vertretung des Landes begab sich unter den Schutz des Deutschen Reiches und teilte dies gleichzeitig auch der russischen Kommunistenregierung mit. — Die Unabhängigkeit Finnlands wurde von Rußland, Deutschland und Österreich anerkannt; bald darauf auch von Schweden, Norwegen, Dänemark, Frankreich und der Schweiz (17. Jan.). Bald darauf brach aber eine Revolution des Proletariats in Finnland aus. An Stelle des verhaßten finnischen Senats sollte eine Delegation des finnischen Volkes ernannt werden. Die gesamte Macht lag zu Ende des Monats in den Händen der Arbeiter und Bauern. Finnland.

In der Ukraine stand das kommunistische „Volkssekretariat der Ukrainischen Republik" dem mehr bürgerlichen „Generalsekretariat der Zentralrada" gegenüber, und beide bestritten einander das Recht, das wahre ukrainische Volk zu vertreten.

Turkestan. Neue Republiken auf russischem Boden bildeten sich in Turkestan (Taschkent), bei den Baschkirenstämmen, die die süduralischen Steppen bewohnen (Gouvernement Orenburg, Perm, Samara), bei den Tataren in Ufa, Kasan und Orenburg. In Wladikawkas empörten sich die Zirkassier gegen die Kosaken und Russen. Sibirien. In Sibirien bildete sich eine vorläufige Regierung, in der alle Parteien und Nationen, Kadetten, Kommunisten, Muselmanen, Kirgisen vertreten waren. Der Vorsitzende war der Muselmane Bukeihanow. Im nördlichen Kaukasus versammelte sich ein allgemeiner muselmanischer Kongreß. — Persien gegenüber erklärte Trotzki das englisch-russische Abkommen vom Jahre 1907 als gegen die Unabhängigkeit und Freiheit des persischen Volkes gerichtet und daher für immer ungültig. Er versprach, daß er die russischen Truppen zurückziehen und das gleiche auch von England und der Türkei verlangen werde.

England. Gedrängt von den Delegierten der Gewerkschaften, mußte Lloyd George seine Kriegsziele etwas humaner zu fassen suchen; er sagte (6. Jan.): „Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk, das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die die Zerstörung Deutschlands beabsichtigen. Das ist nicht der Fall. Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt. Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unsere Absicht, diese Stellung zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenken, damit es alle seine Kräfte den gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme. Ebenso kämpfen wir nicht, um Österreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer Hauptstadt oder ihrer reichen Besitzungen in Kleinasien und Thrakien zu berauben. Ebensowenig wollen wir die Verfassung des deutschen Kaiserreiches abändern, obwohl wir eine solche militärautokratische Konstitution im zwanzigsten Jahrhundert für einen gefährlichen Anachronismus halten." Lloyd George fand die Erklärungen der Mittelmächte zu unbestimmt, klar nur in der Forderung auf Rückerstattung sämtlicher deutscher Kolonien. „Es ist unmöglich, daß ein dauernder Friede auf einer solchen Grundlage aufgebaut werden kann . . . Die Zustimmung der Regierten muß die Grundlage jeder Regelung von Gebietsfragen sein . . . Wenn Verträge nicht aufrechterhalten werden, so ist kein Friedensvertrag das Papier wert, auf dem er geschrieben ist. Die britische Regierung fordert vollständige Wiederaufrichtung Belgiens und Entschädigung, Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens . . . Wir glauben, daß ein unabhängiges Polen, das alle wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, eine Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Europa ist. In gleicher Weise und obwohl ich mit Wilson übereinstimme, daß die Auflösung Österreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist, bin ich der Meinung, daß, wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund wirklich demokratischer Grundsätze den österreichischen und ungarischen Nationen gewährt wird, die dieses so lange gewünscht haben, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in jenem Teil Europas, die so lange seinen allgemeinen Frieden bedroht

haben, zu hoffen. Aus denselben Gründen betrachten wir die Befriedigung des natürlichen Anspruches der Italiener auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir, darauf zu dringen, daß den Angehörigen rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren gerechten Bestrebungen Gerechtigkeit getan werde. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, würde Österreich-Ungarn eine Macht werden, deren Stärke dem Frieden und der Freiheit in Europa förderlich wäre, anstatt lediglich ein Werkzeug der verderblichen militärischen Autokratie Deutschlands zu sein, das die Hilfsquellen seiner Verbündeten zur Förderung seiner eigenen dunklen Ziele benutzt. Innerhalb der Türkei verdienen Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen. Die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen und Mittelmeer muß internationalisiert und neutralisiert werden." (Die heuchlerische Geschicklichkeit, mit der der Brite den eigenen Imperialismus und die eigenen Verbrechen despotischer Unterdrückung, Aussaugung und Ausbeutung auf andere zu schieben suchte, ist anzuerkennen.) Ähnlich redete Balfour am 11. in Edinburg.

In der englischen Geschäftswelt herrschte starke Mißstimmung über die Kriegslust der Regierung, man verlangte endlichen Friedensschluß, selbst auf Kosten der Verbündeten. Lloyd George vertröstete die an ihn herantretenden Kaufleute, dazu sei es noch immer Zeit, man möge nur ein wenig Geduld haben. Nach ganz zuverlässigen Nachrichten stehe die innere Revolution Deutschlands unmittelbar bevor; dadurch werde man zu einem sogenannten annexionslosen Frieden gelangen, der Englands Kriegsziel, die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, voll erfüllen werde, ohne daß Deutschland es selber merke. — Indessen trat Carson aus dem Kabinett, wohl wegen Unstimmigkeiten in der irischen Frage.

In der französischen Kammer wurde der Minister des Äußern Pichon interpelliert wegen der zweifellos verschiedenstimmigen Kriegszielreden der Alliierten. Pichon behauptete, alle seien völlig einig, aber man sei übereingekommen, sich nicht auf eine gemeinsame Formel festzulegen. Das gemeinsame Kriegsziel sei der Sieg. Als man von ihm Veröffentlichung der Verträge verlangte, wie Wilsons Punkte es forderten, erwiderte er schlau: „Ich weiß nicht, welcher Art die künftige Diplomatie sein wird, ich lebe mit der gegenwärtigen und liefere unsere Verhandlungen nicht der Öffentlichkeit aus." Bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Elsaß-Lothringer meinte er ebenso schlau: „Die Wiederherstellung des 1871 verletzten Rechtes steht höher als alle heuchlerischen Volksabstimmungen." Und diese Phraseure mußte das deutsche Volk ernst nehmen! Frankreich.

Der polnische Regentschaftsrat stellte sich am 7. dem Deutschen Kaiser, am 10. dem Kaiser Karl vor. — Zwischen der Kubanischen Republik und Österreich trat nun auch der Kriegszustand ein. — Der Rat von Flandern hatte schon am 22. Dezember 1917 Flanderns volle Selbständigkeit beschlossen. Er legte nun sein ihm von der flämischen Landestagung am 4. Februar 1917 übertragenes Mandat nieder, um sich einer Neuwahl zu unterziehen. — Radoslawow sprach im Sobranje über die Teilnahme Bulgariens an den Brester Friedensverhandlungen und für die staatliche Vereinigung der ganzen bulgarischen Nation. — Die Ententeregierungen erklärten sich bereit, der Schweiz die Verträge von 1815 über deren Unantastbarkeit Flandern.

und Neutralität zu bestätigen. Eine Erneuerung und Revision der Verträge über Belgien hätte sich auch vor dem Krieg empfohlen. — Der König von Schweden äußerte sich in der Thronrede vom 16. besonders befriedigt über Finnlands, des alten Bruderlandes, Unabhängigkeit.

Japan. Der japanische Minister des Auswärtigen Motono stellte die guten Beziehungen zu England fest. Das Anwachsen der deutschen Macht sei die größte Bedrohung für die Sicherheit des fernen Ostens gewesen; deshalb habe Japan Deutschland aus Tsingtau verdrängt. Japans besondere Interessen in China seien von Amerika anerkannt worden.

Russen. Über die Auflösung des russischen Heeres klagte der Stabschef: „Es herrscht vollkommene Machtlosigkeit. Viele Frontteile sind entblößt. Die Reserven lösen die Kameraden in den Schützengräben nicht ab. Eine ungeheure Zahl erfahrener militärischer Vorgesetzter ist bei den Wahlen ausgeschieden. Der jetzige Bestand an Stäben ist ohne Erfahrung. Auch wirtschaftlich herrscht eine vollkommene Auflösung. Ausbildung und Ordnung der Truppen sind nichts wert. Eine Ordnung im Heere gibt es nicht mehr. Die Befehle werden nicht ausgeführt, Desertionen finden massenhaft statt. Beurlaubte kehren nicht zurück. Der Zusammenhang ist an vielen Stellen zerrissen. Der Bestand an Pferden ist fast vernichtet. Die Befestigungen der Stellungen sind verfallen, die Drahthindernisse sind zur Erleichterung der Verbrüderung und des Handels entfernt. Einen Angriff des Feindes aufzuhalten wäre unmöglich. Die einzige Rettung des Heeres ist der Rückzug hinter natürliche Grenzen."

Italien. Die Italiener versuchten vergebens an der Piave und auf der Hochfläche von Asiago wieder vorzudringen. — Auch an der Westfront in Nordfrankreich und Flandern ruhten die Kämpfe nicht. — Die reichsdeutsche Regierung verfügte eine Ergänzung der Sperrgebietserklärung um den feindlichen Stützpunkt auf den Capverdischen Inseln und den Stützpunkt Dakar mit dem anschließenden Küstengebiet, auch um die Azoren nach Osten bis zur Insel Madeira. — Die Türken konnten von einem erfolgreichen Vorstoß ihrer Seestreitkräfte aus den Dardanellen melden.

Österreich. In Wien und andern Städten und Fabriksorten Österreichs brach ein größerer Arbeiterausstand aus. Vertreter der Arbeiterschaft (Seitz, Adler, Renner, Domes, Hanusch) stellten dem Ministerpräsidenten Seidler am 19. also die Lage dar: „Ein furchtbarer Krieg zerfleischt die Völker Europas. Dreieinhalb Jahre hindurch haben die Massen aller Völker das Elend ertragen. Erst vor wenigen Wochen ist das erlösende Wort gefallen. Der Waffenstillstand mit Rußland ist geschlossen worden, die Friedensverhandlungen in Brest haben begonnen. Die Völker hofften auf Erlösung. Aber vor kurzem ist eine schwere Enttäuschung gekommen. Die Verhandlungen sind schleppender geworden, man hat den Eindruck, daß sie scheitern müssen. Unter den obwaltenden schweren Arbeits- und Ernährungsverhältnissen hat ein geringfügiges Ereignis eine elementare Bewegung ausgelöst. Die Arbeiter verlassen Werkstätten und Fabriken, sie fordern Beseitigung eines unerträglichen Zustandes. Sie begehren gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel, Einfluß auf die Verwaltung des Ernährungsdienstes. Vor allem heischen sie den Frieden." — Der Ministerpräsident antwortete, es sei ihm sehr er-

wünscht, mit den Vertretern der Arbeiterschaft in Kontakt zu treten. Der Kaiser und die Regierung tun alles, was in ihrer Macht steht, den allgemeinen Frieden bald herbeizuführen. Man hegt keine Eroberungsabsichten und ist zu internationalen Vereinbarungen über Abrüstung und Schiedsgerichte geneigt. — Minister Höfer besprach die Ernährungsfragen. Minister des Innern Graf Toggenburg die Frage des Gemeindewahlrechts und der demokratischen Reformen mit deren bedeutungsvollen nationalen Rückwirkungen; aber er erklärte sich sowohl mit dem Verhältniswahlrecht wie mit dem Frauenwahlrecht einverstanden. Minister Czapp erklärte sich bereit, die Militarisierung der Betriebe aufzuheben. — Daraufhin forderte die Parteileitung die Arbeiterschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. — Die Christlichsoziale Partei war mit dem Verlauf der Verhandlungen nicht einverstanden und beschloß am 21. folgende Kundgebung: „Die mangelnde Voraussicht und geringe Tatkraft der Regierung hat zu schweren Störungen des Ernährungsdienstes und zur Kürzung der Mehlquote geführt. Durch das Hinzutun staatsfeindlicher Elemente löste dieser Notstand eine Bewegung aus, die über das Ernährungselend der Bevölkerung zu politischen Forderungen überging . . . Die Bewegung ist zu einseitigen parteipolitischen Zwecken ausgenützt worden . . . Die christlichsoziale Partei legt gegen diese terroristische Vergewaltigung der Mehrheit der Wiener Bevölkerung Verwahrung ein. Die Leiden und Entbehrungen des Krieges tragen alle Kreise der erwerbenden Bevölkerung ohne Ausnahme, sie haben daher vollen Anspruch auf gleichmäßige Behandlung und Würdigung . . .“

Ein anderes Vorzeichen künftiger Ereignisse war die zu Prag am 6. Januar von den tschechischen Abgeordneten angenommene Deklaration: „. . . Als die tschechischen Abgeordneten unseres wiedergeborenen Volkes während des Französisch-Deutschen Krieges sich über die internationalen Fragen äußerten, erklärten sie in ihrem Memorandum vom 8. Dezember 1870: Alle Völker, ob groß, ob klein, haben das gleiche Selbstbestimmungsrecht, und ihre Gleichheit soll im gleichen Maß respektiert werden . . . Das neue Rußland hat in die Kardinalbedingungen des Friedens den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker in der Weise aufgenommen, damit die Völker frei beschließen, ob sie einen selbständigen Staat ausbauen oder ein Staatsganzes mit andern Völkern bilden wollen. Hingegen erklärte der Vertreter Österreich-Ungarns im Namen des Vierbundes, daß die Frage der Selbstbestimmung jener Völker, die bisher keine staatliche Selbständigkeit haben, in einem jeden Staat auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden soll. Dieser Standpunkt ist nicht der unsere. Unser Volk ist um seine staatsrechtliche Selbständigkeit durch künstliche Wahlordnungen gebracht, der Herrschaft der deutschen Minderheit und zentralistischen Bürokratie ausgeliefert worden. Unser slowakischer Zweig ist ein Opfer der magyarischen Brutalität geworden . . . Unser Volk meldet sich um seine Selbständigkeit. Es stützt sich auf sein historisches Staatsrecht und, ganz durchdrungen vom sehnlichsten Wunsche, in freiem Wettbewerb mit andern freien Völkern und in seinem suveränen vollberechtigten demokratischen, sozial gerechten und auf der Gleichheit aller seiner Bürger und in den historischen Grenzen der Länder der böhmischen Krone sowie jener des slowakischen Zweiges errichteten Staate beitragen zu können zur neuen großen Entwicklung der Menschheit, die beruhen würde auf der Freiheit und Brüderlichkeit. Es

Tschechen.

billigt in diesem Staate den nationalen Minoritäten volles und gleiches nationales Recht zu . . .“ Die Verschlagenheit dieser Deklaration liegt darin, daß sie je nach Belieben den historischen oder den nationalistischen Standpunkt hervorkehrt. Aber weder nach historischem Recht noch nach dem der Nationalität haben die Tschechen ein Recht auf die ungarische Slowakei, die niemals zur böhmischen Krone gehört hat, und die eine eigene Literatursprache besitzt. Geradeso wie die Tschechen sich nur durch die Fälschung der Königinhofer-Handschrift eine mittelalterliche Literatur erschwindeln wollten, geradeso ist ihre ganze Politik seither eine Fälschung gewesen. Die Tschechen werden niemals etwas anderes sein als tschechisch redende Deutsche, geradeso wie die Magyaren kulturell genommen magyarisch redende Deutsche sind. Die Schwäche und die Hoffnungslosigkeit dieser kleineren Nationen beruht nicht auf deutscher Unterdrückung, sondern auf der eigenen Unwahrhaftigkeit, auf ihrem emporgeschwindelten Dasein. Es gibt eine deutsche Kultur, an der auch alle diese kleineren Völker durch geographische und geschichtliche Notwendigkeit teilnehmen; es gibt aber keine tschechische, keine tschechoslowakische, überhaupt keine slawische Kultur, da sich die verschiedenen slawischen Völkersprachen endgültig widersprechen und niemals vereinigen werden. Es gab vor 1917 einen Panrussismus, jetzt auch nicht mehr; es gibt aber keinen Panslawismus. All das ist eine verbrecherische Verführung der loyalen Nationalitäten durch ihre gewissenlosen Führer.

Auch in Ungarn brach eine Arbeiterbewegung mit dreitägigem Streik aus. Die Arbeiter verlangten 1. den Frieden, 2. das Wahlrecht, 3. eine gerechte Verteilung der Bedarfsartikel. Nach beschwichtigenden Erklärungen der Regierung nahmen die Arbeiter am 21. die Arbeit wieder auf.

Februar.

Die Hinterhältigkeit der russischen Kommunistenregierung zog den Friedensschluß hinaus; zum Glück war die ukrainische Regierung loyaler, und so konnte denn in der Nacht auf den 9. Februar der

Ukrainischer Friede.

Friedensvertrag mit der Ukrainischen Volksrepublik in Brest-Litowsk unterzeichnet werden. Der Vorsitzende der ukrainischen Delegation Sewrjuk bedauerte, daß es zu keinem allgemeinen Frieden kam, anerkannte aber den Erfolg eines demokratischen und für beide Teile ehrenvollen Friedens: „Vom heutigen Tag an tritt die ukrainische Volksrepublik, zu neuem Leben geboren, als selbständiges Reich in den Kreis der Staaten ein.“ — Der Friedensvertrag bestimmte die alten Grenzen, die vor dem Krieg zwischen Österreich und Rußland galten. Die Räumung der besetzten Gebiete sollte sofort beginnen. Auf Ersatz von Kriegskosten und Kriegsschäden wurde beiderseits verzichtet. Der Austausch von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten wurde geregelt. — Dieser erste Friedensschluß im Weltkrieg hatte „nicht nur in diplomatischer, wirtschaftlicher und moralischer Beziehung eine ausnehmend hohe Bedeutung, sondern stellte vor allem in militärischer Hinsicht einen wichtigen Vorteil dar. Auf dem Kriegsschauplatz im Osten sind seit Beginn des Krieges unsere Truppen

in einer einzigen ununterbrochenen Kampflinie von riesenhafter Ausdehnung im Gefecht und in Kampfbereitschaft gestanden. An einer Stelle hat nun diese Front aufgehört, Front zu sein ... Durch den Friedensschluß dürften Truppenmengen frei werden und in anderen Kampfgebieten zur Verwendung gelangen können, wo der Feind bisher in wesentlicher Übermacht stand." — Graf Czernin äußerte sich am 13. also dem Bürgermeister Weiskirchner gegenüber: „Der Friede von Brest bringt uns dem allgemeinen Frieden näher. Es ist der Anfang vom Ende. Der Friede wird ansteckend wirken. Die Ergebnisse sind auch bedeutungsvoll in wirtschaftlicher Beziehung: Die würgende Blockade ist durchbrochen worden. Sie haben ganz richtig gesagt, es ist ein Brotfriede, das Gegenteil eines Hungerfriedens." — Darin überschätzte man wohl die Wirkung des Friedens.

Die ukrainische Rada, die noch im Bürgerkrieg mit andern Parteien lag, wurde durch den Frieden gestärkt; sie verlegte ihren Sitz am 12. nach Zitomir, um die direkte Verbindung mit Österreich herzustellen. Bald darauf besetzten österreichische Truppen das Reichsgebiet, das von den Ukrainern dem Vertrage gemäß geräumt wurde. — Das Gouvernement Podolien bat am 25. um den Einmarsch österreichischer Truppen in die Ukraine, wegen des nötigen Schutzes gegen die Gewalttätigkeiten und Räubereien der Bolschewiken. — Die britische Regierung erklärte, daß sie den Friedensvertrag von Brest nicht anerkenne.

Aber auch die russische Kommunistenregierung wollte die ukrainische Rada nicht als die zur Vertragsschließung berechtigte Regierung der ukrainischen Volksrepublik anerkennen, sondern nur die kommunistischen ukrainischen Sowjets, die mit Rußland in föderativem Zusammenhang standen. Damit widerrief Trotzki zum Teil seine früheren Erklärungen über die Selbständigkeit der Ukraine. Nach langen Erörterungen kam es dahin, daß Trotzki am 10. erklärte, Rußland verzichte unter diesen Umständen auf einen formellen Friedensvertrag, erkläre nur den Kriegszustand für beendet und ordne die sofortige völlige Demobilisierung der russischen Streitkräfte an. Damit schienen die Verhandlungen in unbefriedigender Weise abgebrochen zu sein. Die Delegierten verließen Brest am 12. Die Verbündeten sahen im Vorgehen Trotzkis die tatsächliche Kündigung des Waffenstillstands und behielten sich also für den siebenten Tag darauf die Wiederaufnahme der kriegerischen Handlungen vor. So begann denn am 18. ein neuer Vormarsch der deutschen Heere nach Livland und Estland. Die Russen leisteten kaum einen Widerstand, denn ihre Armee bestand nur noch aus aufgelösten Scharen, die bereits auf dem Rückzuge waren. Zudem waren die Truppen zum größten Teil von Roter Garde abgelöst, die nicht zum Kampfe, sondern zur Verwaltung des Landes, das heißt zum Plündern und Brandschatzen, bestimmt war. Ihr Schreckensregiment herrschte grauenhaft im Lande, besonders gegen die deutschen

Ukraine.

Vormarsch.

Balten in Dorpat, Reval, Narwa, aber auch gegen Esten, Letten und Juden. Die deutschen Truppen nahmen Rowno, Minsk, Dorpat. Da die Gefahr bestand, daß der Vormarsch so bis Petersburg weitergehe, erklärte sich die Kommunistenregierung endlich bereit, den förmlichen Frieden unter den in Brest vereinbarten Bedingungen abzuschließen. So kehrten denn also die Delegierten am 25. und den folgenden Tagen wieder nach Brest zurück. Trotzki schickte an seine Stelle Sokolnikow vom Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte. Ein Hauptgrund der Fügsamkeit der Bolschewiken war, daß ihre Erwartungen auf eine Revolution bei den Mittelmächten sich nicht erfüllte. Man fing folgenden Funkspruch des Rates der Volkskommissäre vom 21. auf: „Da sich die deutsche arbeitende Klasse in dieser drohenden Stunde als unentschlossen und nicht stark genug erwiesen hat, um die verbrecherische Hand des eigenen Militarismus aufzuhalten, so blieb uns keine andere Wahl, als die Bedingungen des deutschen Imperialismus anzunehmen bis zum Zeitpunkt, da eine europäische Revolution sie abändern wird.“ Auch fürchtete Lenin, der deutsche Imperialismus werde sich mit dem westeuropäischen einigen zur Bekämpfung der Revolution. Hierin überschätzte er aber die Diplomatie der Ententemächte.

Russischer Friede.

Die kommunistische Regierung Rußlands schuf sich eine unbedingt ergebene Prätorianergarde in der „Roten Armee“. Ein Erlaß über die Gewissensfreiheit der religiösen Vereinigungen verfügte Trennung von Staat und Kirche, Freiheit aller religiösen Riten, Gleichheit ihrer Rechte, Abschaffung des religiösen Eides, staatliche Führung der Matriken über Ehen und Geburten, Trennung der Schule von der Kirche, Abschaffung des obligatorischen Religionsunterrichts, Abschaffung der Vorrechte der Kleriker und religiösen Vereinigungen; sie erhalten keine Aushilfen seitens des Staates und verfügen über kein Eigentum. Alle Güter, die sie besitzen, werden als Volkseigentum erklärt. Die Gebäude und andere Gegenstände, die für Kultuszwecke bestimmt sind, stehen den religiösen Vereinigungen zu unentgeltlichem Gebrauche frei. Vergebens schleuderte der Patriarch Tonich von Moskau in einem Hirtenbrief den Bannstrahl gegen die Bolschewiken.

Bolschewiken.

Vergebens erfolgten Proteste aus Finnland, den baltischen Ländern und der Ukraine gegen die Schreckensherrschaft der bolschewikischen Banden. Die kommunistische Regierung hatte zwar die finnländische Regierung anerkannt, traf jedoch keine Anstalten, ihre Truppen aus dem Lande zu ziehen, die durch Morde und Brandstiftungen die Ruhe des Landes störten. An vielen Orten gab die Rote Garde die Losung aus, alle Bürger über zwölf Jahre zu töten. In Helsingfors begann sie auch Frauen und Kinder zu morden und gab durch Beschlagnahme aller Eßwaren die Bevölkerung dem Hungertode preis. Die Livländer flehten den deutschen Reichskanzler telegraphisch um Hilfe und Schutz an. In den Kirchen fanden Tanzvergnügen der Roten Garde statt, die aus siebzehn- bis zwanzigjährigen Burschen bestand. Auch die Esten baten um Besetzung des Landes durch das deutsche Heer. In der Ukraine bildete der Kampf gegen die Rada nur den politischen Deckmantel für Raub und Plünderung. So wurde auch Kiew von der Verwüstung der

Sowjettruppen heimgesucht. Die ukrainische Regierung versandte am 18. aus ihrem gegenwärtigen Regierungssitze Schitomir den Funkspruch: „An alle! Der Hauptgrund der Bolschewiki für die Bekämpfung der Ukraine ist deren Reichtum an Getreide und Zucker. Es ist die uralte historische Gewohnheit des gierigen, unersättlichen moskowitischen Volkes, unseres alten Bedrückers, uns zu berauben und auszusaugen. Die Träger des bolschewikischen Gedankens unterscheiden sich in nichts von denen der zaristischen Bedrückung und des Ausbeutertums. In immer neuen Räuberbanden rücken sie heran. Sie stehen unter der Leitung von Hunderten sonst stellungsloser Spitzel und Polizisten der alten Regierung, die gewohnt waren, im Auftrage des Zarentums unschuldige und wehrlose Menschen zu vernichten. Sie setzen nur ihr Handwerk fort und verbreiten Leid und Entsetzen in unserm Lande, das keine andere Schuld hat, als fruchtbringend, freiheit- und friedliebend zu sein."

Im Dongebiet raffte man sich zur Bekämpfung der Sowjettruppen auf. Kaledin erschoß sich, da er an der Sache Rußlands verzweifelte.

In Tomsk wurde eine sibirische Duma eröffnet (5. Febr.). Sie zählte 300 Mitglieder, und zwar Vertreter der Semstwos, der Städte, der Genossenschaften und der Sibirien bewohnenden Völkerschaften sowie Vertreter der Eisenbahn- und Postbeamten und anderer öffentlicher Einrichtungen. Sibirien.

Eine türkisch-tatarische Republik Wolga-Ural erklärte sich autonom; sie umfaßte die Gouvernements Ural, Kasan, einen Teil von Samara, ferner Orenburg und Perm.

Mitglieder der Zarenfamilie wandten sich brieflich an den Rat, indem sie darauf hinwiesen, daß das republikanische Regime in Rußland genügend gefestigt sei, um nicht eine Befreiung der früheren Herrscherfamilie befürchten zu müssen, die übrigens auf ihre Thronrechte verzichte und wünsche, nach Frankreich oder England zu übersiedeln. Die Bitte hatte keinen Erfolg. Zar.

Nach dem Rücktritt des Ministeriums Bratianu in Rumänien zeigte das neue Kabinett Avarescu Geneigtheit zu Friedensverhandlungen mit dem Vierbund. Czernin und Kühlmann begaben sich zu diesem Zweck am 23. nach Bukarest. Czernin hatte am 27. eine Unterredung mit dem ihm wohl bekannten König Ferdinand in dem von rumänischen Truppen noch besetzten Teil Rumäniens. Der König erbat sich kurze Bedenkzeit über die ihm vorgeschlagenen Bedingungen.

Aus Anlaß des ersten Friedensschlusses mit der Ukraine sagte Kaiser Wilhelm am 10. Februar zu Homburg: „Unser Hergott hat mit unserm deutschen Volk entschieden noch etwas vor. Deswegen hat er es in die Schule genommen. Das war notwendig. Wir gingen oft falsche Wege. Der Herr hat uns durch diese harte Schule darauf hingewiesen, wo wir hin sollen. Zu gleicher Zeit ist die Welt auch nicht auf dem richtigen Weg gewesen, und wer die Geschichte verfolgt, kann beobachten, wie es unser Herrgott mit einem Volke nach dem andern versucht hat, die Welt auf den richtigen Weg zu bringen. Den Völkern ist es nicht gelungen. Das römische Reich ist versunken, das fränkische zerfallen und das alte deutsche Reich auch. Nun hat er uns Aufgaben gestellt. Wir Deutschen, die wir noch Ideale haben, sollen für die Herbeiführung besserer Zeiten wirken. Wir sollen kämpfen für Recht, Treue und Sittlichkeit. Unser Herrgott will den Frieden haben, aber einen Deutschland.

solchen, in dem die Welt sich anstrengt, das Rechte und das Gute zu tun. Ein Frieden, wie er notwendig ist für eine starke Zukunft des Deutschen Reiches und der den Gang der Weltgeschichte beeinflussen wird." — Ebenso sagte Vizepräsident Paasche am 19. im Reichstag: „Dieser Friede hat gezeigt, daß es uns ernst ist mit dem Worte unseres Kaisers: Wir führen keinen Eroberungskrieg. Ohne Entschädigungen, ohne Gebietsabtretungen haben wir Frieden geschlossen, für beide Teile ehrenvoll, zu dauernden freundschaftlichen Beziehungen, zu gegenseitiger Förderung, zu gegenseitigem Ruhm." — Kühlmann beklagte sich sehr über das Verhalten der russischen Kommunisten, besonders Trotzkis, es sei ohne Vorgang in der Geschichte: „Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, daß es Trotzki im Ernst nicht auf den Frieden ankam. Die Regierung der Bolschewiken huldigt, wie ihr Verhalten gegenüber Finnland, Estland und Livland zeigt, gewalttätigen, zentralistischen Neigungen. Täglich kommen Hilferufe zu uns ... Der ukrainische Staatsgedanke wird stets ein wirksamer Faktor in Rußland bleiben ... Bei der Feststellung der Grenzen zeigten sich Schwierigkeiten. Die Ukraine machte Ansprüche auf das Gebiet von Cholm geltend. Die Polen haben sich durch die getroffene Lösung der Frage verletzt gefühlt, was vorauszusehen war. Anderseits war ein Scheitern der Verhandlungen mit der Ukraine nicht zu verantworten. Cholm fällt nicht ohneweiters an die Ukraine, sondern eine gemischte Kommission wird unter Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse und der Wünsche der Bevölkerung die Grenze festsetzen." — Scheidemann erklärte, seine Fraktion werde, trotz der Bedenken in der Grenzfrage, für die Verträge stimmen in der Gewißheit, daß jedweder Friedensschluß den Willen aller Völker zum allgemeinen Frieden stärken, die Position der Kriegstreiber in allen Ländern dagegen mehr und mehr erschüttern müsse. — Der Pole Stychel sagte, die polnische Nation erzittere in diesem Moment von oben bis unten vor Schmerz und Entrüstung. Die durch die Teilung Polens geschlagene Wunde bleibe so lange offen, bis das Unrecht aus der Welt geschafft sei. Das sei kein Versöhnungsfriede, sondern ein Verfeindungsfriede. Das friedliche Zusammenleben zwischen Ukrainern und Polen soll verhindert werden. Die Männer des zerrissenen polnischen Vaterlandes sind einig im Schmerz und in der Entrüstung und legen feierlich vor Gott, vor der Geschichte und der zivilisierten Welt gegen den neuen Gewaltakt, gegen die neue Teilung Polens den heftigsten Protest ein. Am unflätigsten äußerte sich gegen den Friedensschluß der unabhängige Sozialdemokrat Cohn. Ihm wurde zugerufen: „Hinaus mit dem Kerl! Ist das ein Deutscher? Nein, ein Cohn!"

Wilsons vier Punkte.

Die Friedenserklärungen und Friedenserfolge der Mittelmächte veranlaßten den Präsidenten Wilson zu einer neuen, der zweiten Formulierung seiner eigenen Friedenspunkte. Das geschah in einer Rede an den Kongreß am 12. Februar. Er begann damit, die Antworten der Grafen Czernin und Hertling auf seine ersten vierzehn Punkte vom vorigen Monat als unzulänglich zu bezeichnen. Nur gibt er zu, daß Österreich auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, leichter eingehen kann, als dies Deutschland möglich ist. „Czernin würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Österreichs Bündnis und seine Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt

hätte. Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden: 1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Fall und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird; 2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte, wenn auch in dem großen Spiele des Gleichgewichtes der Kraft, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist; 3. daß vielmehr jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse; 4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen. Ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Kriege fortzufahren. — Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundsätze schon überall als zwingend akzeptiert, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annektionspartei . . . Ich wäre kein wahrhafter Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagte, daß wir in diesen Krieg wegen keines kleinen Anlasses eingetreten sind und daß wir auf dem grundsätzlich eingeschlagenen Wege niemals umkehren können. Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert, und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht ganz geschehen ist. Unsere Truppen werden rasch zur Front geschickt, die Sendungen werden noch beschleunigt werden. Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege der Befreiung eingesetzt werden, einer Befreiung von der Bedrohung, von der Vorherrschaft selbstsüchtiger Gruppen, von autokratischen Herrschern. Wir sind in unserer Kraft unbezwinglich und können nicht zustimmen, in einer Welt zu leben, die von Ränken und Gewalt regiert wird. Ohne die neue Weltordnung der Gerechtigkeit wird die Welt ohne Frieden sein und dem Leben werden erträgliche Entwicklungsbedingungen fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Ich hoffe, daß ich es nicht mehr nötig habe hinzuzufügen, daß kein Wort, das ich gesagt habe, als Drohung gemeint ist für irgendeine Nation."

Diese sehr vieldeutige und nach allen Seiten bedrohliche Rede wurde Hertling. am 25. von Hertling im Reichstag besprochen. Er gab zu, daß die Botschaft Wilsons vielleicht einen kleinen Schritt zur gegenseitigen Annäherung darstelle und daß ein allgemeiner Friede auf solchen Grundlagen erörtert werden könne. „Nur ein Vorbehalt ist zu machen. Es müßten diese Grundsätze auch von allen andern Staaten und Völkern tatsächlich anerkannt sein... Leider ist aber von einer ähnlichen Gesinnung bei den führenden Mächten der Entente nichts zu verspüren. Die Kriegsziele Englands, wie sie neuerdings in der Rede Lloyd Georges zutage traten, sind noch immer durchaus imperialistischer Natur und wollen der Welt den Frieden nach Englands Gefallen aufzwingen. Wenn England vom Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so denkt es dabei nicht daran, den Grundsatz auf Irland, Ägypten oder Indien anzuwenden. Unser Kriegsziel war von Anfang an die Verteidigung. Wir denken nicht daran, uns in Estland oder Livland festzusetzen ... Im Gegensatz zu den Mittelmächten hat die Entente von Anfang an Eroberungsziele verfolgt. Sie kämpft für die Herausgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Aber es gibt keine elsaß-lothringische Frage im internationalen Sinn. Wenn es eine solche Frage gibt, so ist es eine rein deutsche Frage. Die Entente kämpft für den Erwerb österreichischer Gebietsteile durch Italien. Man hat dafür die schönen Worte von den heiligen Aspirationen, vom heiligen Egoismus erfunden. Die Entente kämpft für die Abtrennung von Palästina, Syrien und Arabien vom türkischen Reiche. Insbesondere hat England sein Augenmerk darauf gerichtet. Es hat plötzlich sein Herz für die Araber entdeckt und hofft durch Schaffung eines abhängigen Schutzstaates dem englischen Reich neue Gebietsteile anzugliedern. Daß die kolonialen Ziele Englands auf Mehrung und Abrundung des gewaltigen englischen Besitzes namentlich in Afrika gerichtet sind, ist wiederholt eingestanden worden. Und angesichts dieser durch und durch aggressiven Politik wagen es die Staatsmänner der Entente noch immer, das militaristische, imperialistische, autokratische Deutschland als den Störenfried hinzustellen, der im Interesse des Weltfriedens in die engsten Schranken verwiesen, wenn nicht vernichtet werden müsse. Durch ein System von Lüge und Verleumdung sind sie unausgesetzt bemüht, wie die eigenen Völker, so auch die neutralen Staaten gegen die Mittelmächte aufzuhetzen ... Die Welt sehnt sich nach Frieden, sie hat keinen anderen Wunsch. Aber die feindlichen Staatsmänner wissen immer aufs neue die Kriegsfurie aufzupeitschen. Fortsetzung des Krieges bis zum Äußersten, das war die jüngste von der Konferenz in Versailles ausgegebene Parole. Daneben stehen allerdings die versöhnlicheren Äußerungen Walter Runcimans und Lord Millners ...“ — Darauf stellte sich der neue Payer. Vicekanzler v. Payer dem Hause vor. Er sprach über den jüngsten Streik: „Vom Standpunkte der Allgemeinheit aus muß er aufs tiefste beklagt und verurteilt werden. Traurig genug, daß man darüber streitet, wer ihn veranlaßt hat, die eigenen Volksgenossen oder die Ausländer. Er hat die Hoffnungen unserer Feinde auf unseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch aufs höchste gesteigert und dadurch unsere Friedensaussichten beeinträchtigt. Er hat Menschenleben und Menschenglück gekostet. Es haben denn auch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei ihre Beteiligung am Streik abgelehnt. Es war ein Fehler, daß sie sich dann doch wenigstens teilweise dem Streik angeschlossen haben, wie sie uns erklärten, um die Bewegung in

Schranken zu halten und Schlimmeres zu verhüten. Sicher ist, daß sie dadurch die Bewegung, die sie selbst als zweckwidrig und schädlich ansahen, verstärkt haben." Der Schluß seiner Rede wurde sehr herausfordernd gegen die Konservativen, die heftig dazwischen riefen. — Am 26. gedachte Scheidemann des großen Trauerspieles Rußlands: „Was jetzt aus Rußland geworden ist, das war nicht der deutschen Sozialdemokratie Absicht. Wir kämpften gegen den Zarismus zur Verteidigung unseres Vaterlandes, wir kämpften gegen Eroberungspläne der Entente, aber wir kämpften ebensowenig für die Zerstücklung Rußlands, wie für die Unterdrückung Belgiens. Wenn in der Ostpolitik unsere Anschauungen nicht durchgedrungen sind, so hat dazu der russische Bolschewismus beigetragen. Er hat Rußland entwaffnet und allen Abtrennungsplänen in die Hände gearbeitet. Wenn er jetzt verlangt, wir sollten durch eine Revolution den Schaden wieder gutmachen, so verlangt er zuviel von uns. Die bolschewistischen Rezepte haben sich nicht so bewährt, daß ihre Anwendung auf Deutschland zu empfehlen ist. Wir wünschen nicht, unter Umständen zur Macht zu gelangen, die uns zwingen, mit der Entente einen Frieden zu schließen, wie ihn Trotzki und Lenin jetzt mit dem Vierbund schließen ... Im Ausland glaubt man noch immer an Absichten der deutschen Regierung auf Belgien, Longwy und Briey ... Den deutschen Kraftmeiern will ich nur sagen, daß der Versuch, einen Frieden im Westen zu schließen, wie mit Rußland, die Welt in ein furchtbares Militärlager verwandeln würde. Die Welt würde mit dem Gewehr im Arm schlafen gehen. Dann würden die bolschewistischen Träume verwirklicht werden und die Weltrevolution würde kommen." Scheidemann hielt es für lächerlich, davon zu reden, daß beim Streik ausländisches Geld eine Rolle gespielt habe. „Die traurigen Ernährungsverhältnisse haben mitgespielt. Dazu kam das Treiben der Vaterlandspartei gegen eine Abkürzung des Krieges, die Empörung über die Wahlrechtsverschleppung. Es kam dann der österreichische Streik. Streiks. Die österreichische Regierung hatte den Arbeitern beruhigende Erklärungen abgegeben, bei uns verbot die Militärzensur darüber zu berichten. Nun entstanden die wildesten Gerüchte ..." — Staatssekretär Walraff äußerte sich darüber noch also: „Gegen Ende des Sommers 1917 trat zum erstenmal zu Tage, daß sich internationale Einflüsse geltend machen, um die Streikbewegung auch im Deutschen Reich anzufachen. Im August 1917 wurde in Dresden das erste Flugblatt gefunden, das in Zürich gedruckt ist und zu einer gewaltsamen Kundgebung gegen das herrschende System auffordert. Ein anderes Flugblatt forderte zum Anschluß an die russische Revolution auf, und zwar durch Kampf. Als der Waffenstillstand an der Nordostfront einsetzte, begann die bolschewistische Propaganda. Es wurde vom Volkskommissariate für auswärtige Angelegenheiten in Petersburg eine Zeitung zur unentgeltlichen Verbreitung in deutscher Sprache ausgegeben. Darin wurde zur Schaffung einer Einheitsfront der arbeitenden Massen gegen die Bourgeoisie aufgerufen. Den gleichen Zweck verfolgte ein anderes Petersburger Blatt, an dessen Spitze Radek steht. Eine Fülle von Funksprüchen wurde verbreitet. Die Streikbewegung, durch die bolschewikischen Wellen getragen, fand zunächst in Österreich-Ungarn Boden, wo es unvermittelt zu Streiks kam, die als Anlaß die Herabsetzung der Mehlration nahmen. Daß in Deutschland versucht worden ist, auch von der Entente aus Stimmungen zu wecken, die zu Streiks führen, steht fest. Eine Organi-

sation zur Vorbereitung der Streiks muß bestanden haben ... Wenn jetzt als Folge dieses Krieges neue Gedanken nach Gestaltung ringen, so habe ich den festen Glauben, daß unser deusches Vaterland, in dem die Wiege der Sozialpolitik gestanden hat und das so mannigfache freiheitliche Gedanken hervorgebracht hat, trotz allem auch hier die Kraft zur Lösung finden wird.“ — Der unabhängige Sozialdemokrat Haase meinte, nach dem Ultimatum könne Deutschland von einem Verständigungsfrieden mit Rußland nicht mehr sprechen. Ludendorff regiere. Die Nachkommen werden die bitteren Folgen dieses Friedens mit Rußland zu spüren bekommen. Er leugnete, daß der Streik mit feindlichem Gelde gemacht worden sei. — Übrigens stellte sich heraus, daß in Berlin nur zwölf Prozent der Arbeiter sich am Streik beteiligt hatten, in der Provinz noch viel weniger. Die Streikenden forderten das gleiche Wahlrecht für Preußen, Frieden, Neuordnung der Lebensmittelversorgung, Freigabe der verhafteten Führer. Die Bewegung dauerte vom 28. Januar bis 10. Februar.

Entente. Der oberste Kriegsrat der Entente hielt zu Versailles unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Clemenceau vom 30. Januar bis 2. Februar sieben Sitzungen ab. Daran nahmen teil: für die Vereinigten Staaten Bliß und Pershing, für Frankreich außer Clemenceau: Pichon, Foch, Petain, für Großbritannien Lloyd George, Milner, Robertson, Wilson, Haig, für Italien Orlando, Sonnino, Cadorna und Alfieri. Man lehnte die Erklärungen Czernins und Hertlings völlig ab als ungenügend, zumal in Brest-Litowsk die Raubpläne der Mittelmächte zutage träten. Es bleibe nichts als die Fortsetzung des Krieges mit der letzten Energie. — Ähnlich berief sich die englische Thronrede am 12. Februar auf die „Wiederherstellung der nationalen Rechte“ als Kriegsziel, sonderbar im Munde der Unterdrücker so vieler Nationen.

Lloyd George. Im Parlament sprach denn auch Lloyd George seinen Ärger darüber aus, daß Czernin die von den Engländern besetzten englischen Gebiete in genau dieselbe Kategorie wie Belgien stelle und daß er verlange, Großbritannien müsse seine „Kohlenstationen“ auf der ganzen Welt aufgeben. „Diese Kohlenstationen sind auch den deutschen Schiffen zugänglich gewesen; sie haben dort immer gastfreundlichste Aufnahme erfahren.“ Er stellte sich so einfältig, nicht zu wissen, daß diese Kohlenstationen die Zwingburgen aller Ozeane waren und die Freiheit der Meere ausschlossen. Als Hauptgegenstand der Versailler Beratungen bezeichnete er die neue bedrohliche Lage, da so viele deutsche Divisionen von der Ostfront nach der Westfront geschoben wurden. Mehr dürfe er nicht ausplaudern, um an die beiden Kaiserreiche keine Informationen zu verraten. Czernins und Hertlings Reden bedeuten kein Aufgeben des Militarismus, keine Annahme der Punkte Wilsons, obwohl sich Österreich vielleicht in einer etwas vernünftigeren Geistesverfassung befindet als sein allmächtiger Verbündeter. Vergeblich wurde ihm im Parlament eingeworfen, Czernin habe doch offenbar die Punkte Wilsons angenommen. Ebenso erklärte Holt am 28. Februar im Unterhaus, Hertling habe anscheinend die Friedensgrundsätze des Präsidenten Wilson angenommen, und er verlangte deshalb eine kategorische Antwort auf folgende Fragen:

Stimmt die britische Regierung diesen Grundsätzen zu? Stimmen unsere Alliierten ihnen zu? Wenn ja, ist die Regierung bereit, da alle Parteien über die grundsätzlichen Punkte einig sind, diese Übereinstimmung in konkrete Worte zu fassen? Der befragte Balfour wich einer Antwort aus, da ja der Regierung der wichtigste Friedenspunkt, der der Freiheit der Meere, ein Greuel war. Ebenso zweideutig war seine Bemerkung, daß es weder das Ziel noch das Resultat der britischen Politik war, das individuelle Leben der Nationen auszurotten. „Wir haben nicht versucht, und ich glaube, wir sind unfähig, es zu tun, unsere eigene Kultur Indien, Ägypten oder irgendeiner anderen Nation, die unter unserm Schutze steht, aufzuzwingen.“ Im übrigen trat am 16. der Chef des britischen Generalstabes Robertson zurück und General Wilson trat an seine Stelle. — Lord Northcliffe nahm den Posten eines Direktors der Propaganda in feindlichen Ländern an, 17. Februar. Als deutscher Jude von Abstammung war er dazu sehr geeignet. Er sprach die Zuversicht aus, durch diese Propaganda die Kriegsdauer beträchtlich abzukürzen. Wir wissen ja, wie es durch große Geldmittel wirklich gelang, im Verlaufe der folgenden Monate alle Verhältnisse bei den Mittelmächten so zu zermürben, daß ein Zusammenbruch eintreten mußte. Wir sehen hier die offiziell zugestandene Ursache, die neben der Propaganda des Bolschewismus wirkte, und zwar in gewissenloseter, lügenhaftester, verleumderischester Weise.

Die internationale Sozialistenkonferenz Ende Februar nahm in einem Memorandum die Punkte Wilsons an, legte sie aber ausschließlich zugunsten der Entente auf Kosten der Zentralmächte aus. Die französischen Delegierten wiesen darauf hin, daß Deutschland den Frieden von Frankfurt durch seine Kriegserklärung 1914 gebrochen habe, weshalb der Völkerbund die Elsässische Frage neuerlich in Erwägung zu ziehen habe. Die Konferenz war so großmütig, zu verlangen, daß Österreich trotz der Ansprüche Italiens einen Ausgang zum Adriatischen Meer erhalten müsse. Henderson lehnte im Namen der Arbeiterschaft den wirtschaftlichen Boykott über Deutschland ab. Dieser Krieg müsse mit Versöhnung enden. Bezeichnend war es, daß die russischen Menschewiki und die Delegierten der sozialrevolutionären Partei nicht kommen konnten, weil ihnen die bolschewikische Regierung die Pässe verweigerte. Sozialisten.

Der italienische Ministerpräsident Orlando erklärte am 13. ganz einfach, „daß der einzige Weg, um zum wahren Frieden zu gelangen, die Fortsetzung des Krieges mit aller Anstrengung ist. Heilig wie nur je etwas ist das Ziel unseres Krieges. In ihm liegt Italiens Sein oder Nichtsein. Daher kann uns nichts mehr schmerzen, als der ebenso ungerechte, wie schädliche Argwohn, daß unsere Kriegszwecke von Gelüsten imperialistischer Herrschaft und Unterdrückung anderer Rassen bestimmt sei.“ Er ertrug aber den Schmerz. Orlando.

Angesichts der Anarchie in Rußland wandte sich Japan an Amerika und die Ententemächte mit dem Vorschlag, gemeinsame militärische Vorbereitungen in Sibirien zu treffen, um die großen Kriegsvorräte in Wladiwostok und an den Stationen der sibirischen Bahn zu retten. Amerika verhielt sich diesem Vorschlag gegenüber noch etwas mißtrauisch. Auch China sollte sich an dem Vorgehen Japans beteiligen. Sibirien.

Kämpfe. Über den deutschen Vormarsch im Osten wurde berichtet, daß die aufgelösten russischen Scharen keinen Widerstand leisteten. Zum größten Teil waren die Truppen von Roter Garde abgelöst, die nicht zum Kampfe, sondern zur Verwaltung des Landes, das heißt zum Plündern und Brandschatzen bestimmt war. Viele deutsche Balten wurden durch Mißhandlungen und Schläge getötet, aber nicht nur die deutsche Bevölkerung, auch die Esten, Letten und Juden litten entsetzlich von den entmenschten Haufen. Die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität, erwartete sehnlich den deutschen Vormarsch zur Befreiung aus ihrer katastrophalen Lage.

Mit Italien erfolgten Zusammenstöße auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden. Als Vergeltung für italienische Fliegerangriffe auf Innsbruck wurde Venedig aus Flugzeugen bombardiert. — Das harte Ringen an der Westfront verschärfte sich in Artillerie- und Minenkämpfen. — Dem deutschen Hilfskreuzer „Wolf" gelang eine erfolgreiche Kreuzfahrt; er brachte über 400 Angehörige von den Besatzungen der versenkten Schiffe, darunter zahlreiche farbige und weiße englische Militärpersonen nach fünfzehnmonatiger Kreuzfahrt durch den Atlantischen, Indischen und Stillen Ozean unter Kapitän Nerger zurück; auch mehrere Geschütze, Gummi, Messing, Zink, Kupfer, Kakao usw.

Österreich. Die christlichsoziale Vereinigung in Österreich sprach am 19. Februar unter dem Vorsitz ihres Obmannes Hauser dem Grafen Ottokar Czernin das Vertrauen aus für das Zustandekommen des Friedens mit der Ukraine. — Um so heftiger äußerte sich am 16. der Polenklub dagegen; er beschloß, eine entschiedene oppositionelle Stellung gegen die Regierung einzunehmen. Ministerpräsident Seidler suchte die Polen am 19. zu beschwichtigen, indem er einen Ausgleich in der Cholmer Frage in Aussicht stellte. — Am 10. Februar wurde in Prag die Organisation der „Tschechischen staatsrechtlichen Demokratie" proklamiert. Als Hauptaufgabe wurde die Erkämpfung des Tschechischen Staates bezeichnet, dessen Grundlage die historischen und unteilbaren Länder der böhmischen Krone und der Slowakei bilden sollen. Unterzeichnet waren Kramarsch, Rasin, Stransky, Samal. Daß die ungarische Slowakei niemals zur böhmischen Krone gehört hatte, genierte diese Staatsweisen gar nicht.

Großherzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz tötete sich am 24. in einer Gemütsdepression.

März.

Russischer Friede. Ohne viel Federlesens unterschrieben die russischen Delegierten, die am 1. März unter Sokolnikows Leitung nach Brest kamen, am 3. den kollektiven Friedensvertrag mit den Mächten des Vierbunds. Es hieß darin unter anderm: „. . . 2. Die vertragschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den

Mächten des Vierbunds besetzten Gebiete." (Trotzdem drang die bolschewistische Propaganda unaufhaltsam nach Westen vor.) „3. Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen ... Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen ... Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen. 4. Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilmachung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet der bezeichneten Linie zu räumen ... Rußland wird alles tun, um die alsbaldige Räumung der ostanatolischen Provinzen und ihre Rückgabe an die Türkei sicherzustellen ... 5. Rußland wird die völlige Demobilmachung seines Heeres unverzüglich durchführen ... 6. Rußland verpflichtet sich, sofort Frieden mit der Ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen. Das ukrainische Gebiet wird unverzüglich von den russischen Truppen und der Roten Garde geräumt. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Ukrainische Volksrepublik ein. Estland und Livland werden gleichfalls ohne Verzug geräumt. Die Ostgrenze von Estland läuft dem Narwafluß entlang, die von Livland durch den Peipussee und Pskowschen See, über den Lubanschen See. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet ist ... Auch F i n n l a n d und die A l a n d inseln werden alsbald von den russischen Truppen und der Roten Garde, die finnischen Häfen von der russischen Flotte geräumt. Rußland stellt jede Agitation gegen Finnland ein. Die auf den Alandinseln angelegten Befestigungen sind zu entfernen ... 7. Von der Tatsache ausgehend, daß P e r s i e n und A f g h a n i s t a n unabhängige Staaten sind, verpflichten sich die vertragschließenden Teile, deren Unversehrtheit zu achten. 8. Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden in ihre Heimat entlassen. 9. Die vertragschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer K r i e g s k o s t e n und Kriegsschäden ... 10. Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen werden wieder aufgenommen ..." Der Vertrag wurde deutsch, ungarisch, russisch, bulgarisch und türkisch textiert. Czernin und Kühlmann sollten ihre Unterschriften in Bukarest nachtragen, wo sie sich befanden. S o k o l n i k o w gab noch die Erklärung ab, das deutsche Ultimatum habe die russische Republik im Stadium der Demobilisierung getroffen, weshalb sie gezwungen war, dieses anzunehmen und den vorgelegten Vertrag zu unterzeichnen. Dieser Friede sei k e i n V e r s t ä n d i g u n g s f r i e d e. Die russischen Randvölker würden

unter dem Vorwand, daß ihnen das Selbstbestimmungsrecht gewahrt werde, dem Einflusse Deutschlands unterstellt, wobei die dortigen herrschenden Klassen gegen die Revolution geschützt und die gegenrevolutionären Kräfte gestärkt würden. Ebenso schütze der Vierbund die revolutionsfeindlichen Kräfte in Finnland und der Ukraine und verfolge hiebei strategische Ziele. Das durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigte Rußland unterzeichne den ihm vorgelegten Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen darüber einzutreten. — Den Vorwürfen Sokolnikows wurde aber bündig widersprochen. Die wirtschaftlichen Beziehungen wurden in besonderen Anlagen geregelt; ebenso die Frage des Ersatzes für Zivilschäden.

Übrigens nahm der Zentralausschuß der russischen Sowjets den Friedensvertrag am 7. mit großer Mehrheit an; ebenso der große Kongreß der Sowjets am 16. zu Moskau nach öffentlicher Abstimmung. Auf dem Kongreß waren 1110 Delegierte zugegen, darunter 733 Maximalisten und 238 Sozialrevolutionäre der Linken. Diese „bolschewistischen" Abgeordneten beschlossen die Ratifikation des Friedensvertrags mit 453 gegen 30 Stimmen. Es scheinen also viele sich der Abstimmung enthalten zu haben, so die Sozialrevolutionären der Linken, welche die Verantwortlichkeit ablehnten und sich das Recht vorbehielten, die Ausführung der Friedensbedingungen mit aller Kraft zu verhindern.

Kaiser Wilhelm dankte für den Frieden dem Grafen Hertling, dem Prinzen Leopold von Bayern, dem Generalfeldmarschall Hindenburg: „Daß deutsches Blut und deutsche Kultur hat gerettet werden können, ist mir eine besondere Befriedigung . . . Noch einmal mußte ich meine tapferen Ostheere zum Kampfe rufen. Der vierzehntägige Siegeszug im Osten wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Heeres bleiben." An Hindenburg richtete er die Worte: „Sie haben durch die Schlacht von Tannenberg, durch die Winterschlacht in Masuren und durch die Kämpfe bei Lodz den Grund für alle weiteren Erfolge gelegt und die Möglichkeit geschaffen, mittels des Durchbruchs von Gorlice-Tarnow die russische Armee zu weiterem Rückzuge zu zwingen . . . Nun ist der Siegespreis des jahrelangen Ringens in unserer Hand. Unsere baltischen Volksgenossen sind befreit . . ."

Entente. Groß war die Wut der Entente über den Frieden. Das Londoner auswärtige Amt schrie auf (18. März): „Die Minister der Entente, die in London versammelt waren, halten es für ihre Pflicht, von dem politischen Verbrechen, das unter dem Namen eines deutschen Friedens gegen das russische Volk begangen wurde, Kenntnis zu nehmen. Rußland war wehrlos. Die russische Regierung vergaß, daß Deutschland vier Jahre gegen die Unabhängigkeit der Nationen und gegen die Rechte der Menschheit kämpft, und in einer Stimmung einzigartiger Leichtgläubigkeit erwartete sie, auf dem Wege der Überredung den demokratischen Frieden zu erhalten, den es durch den Krieg nicht hätte erhalten können. Die Folgen zeigten sich alsbald. Der Waffenstillstand war noch nicht abgelaufen, als die deutsche Heeresverwaltung, obwohl sie sich verpflichtet hatte, die Verteilung ihrer Truppen nicht zu verändern, sie in Massen an die Westfront verlegte, und Rußland war so schwach, daß es keinen Protest gegen diese flagrante Verletzung des von den Deutschen gegebenen Wortes zu erheben wagte. Was weiter folgte, war

ähnlich. Als der deutsche Friede in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, zeigte es sich, daß er die Invasion russischen Gebietes, die Wegnahme aller russischen Verteidigungsmittel und die Organisation russischer Länder zum Vorteil Deutschlands in sich schloß, ein Verfahren, das sich von Annexion nicht unterschied, während dieses Wort selbst sorgfältig vermieden wurde. Inzwischen fanden diese Russen, die militärische Operationen unmöglich gemacht hatten, daß die Diplomatie ohnmächtig sei. Ihre Vertreter wurden gezwungen, zu erklären, daß, während sie sich weigerten, den ihnen vorgelegten Friedensvertrag auch nur zu lesen, sie keine andere Wahl hätten, als ihn zu unterzeichnen. Sie unterschrieben ihn, ohne zu wissen, ob der Vertrag in seiner wahren Bedeutung Frieden oder Krieg bedeutete, und ohne zu erfahren, in welchem Grade das nationale Leben Rußlands dadurch zu einem Schatten heruntergebracht wurde. Für uns, die Regierungen der Entente, konnte es nicht zweifelhaft sein, welches Urteil die freien Völker der Welt über dieses Verfahren fällen würden. Weshalb soll man viel Zeit über Versprechungen Deutschlands verlieren, das in keiner Periode der Geschichte seiner Eroberungen, nicht als es Schlesien überrannte, nicht als es Polen teilte, sich mit solchem Zynismus als den Zerstörer der nationalen Unabhängigkeit, den unerbittlichen Feind der Menschenrechte und der Würde der zivilisierten Nationen gezeigt hat? ... Friedensverträge wie diesen werden wir nicht anerkennen. Wir werden weiter kämpfen, um ein für allemal dieser Politik des Plünderns ein Ende zu machen ..." Man staunt über diese Tugendworte der Meister der Welträuberei, der Annexion, der Völkerunterdrückung, der Gewaltpolitik, und über die Frechheit, mit der sie dem Hohngelächter der Weltgeschichte trotzen wollen.

Infolge der Meinungsverschiedenheiten im Rate der Volkskommissäre entsagte Trotzki am 9. der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die an seinen Gehilfen, den Emigranten Tschitscherin, überging; er behielt aber das Kriegsministerium. Darüber schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": „Trotzki hatte den Sitzungssaal in Brest-Litowsk in der Hoffnung betreten, hier die Kanzel zu finden, von der herab er seine Ideen von der Weltrevolution verkünden könnte. So wurde es bald offenbar, daß ihm jeder ehrliche Wille fehlte, den Friedensschluß zu erreichen. Er hat kein Mittel unversucht gelassen, um die Verhandlungen zu verschleppen und zum Scheitern zu bringen. Sein Plan, durch einen Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden neue Operationsmöglichkeiten für die maximalistischen Ideen zu gewinnen, hat die Not in Rußland nur noch vergrößert und Rußland völlig der Zersetzung preisgegeben ..." Am 20. wurde Joffe zum Kommissär für auswärtige Angelegenheiten ernannt. Trotzki forderte am 27. nochmals zur Bildung einer Roten Armee auf, die eine Million Mann betragen solle. Trotzki.

Am 5. März gelang auch der Abschluß des Vorfriedens mit Rumänien zu Buftea auf Grundlage folgender Vereinbarungen: „1. Rumänien tritt an die verbündeten Mächte die Dobrudscha ab. 2. Die Mächte des Vierbundes werden für die Erhaltung eines Handelsweges für Rumänien über Konstantza nach dem Schwarzen Meere Sorge tragen. 3. Die von Österreich-Ungarn geforderten Grenzberichtigungen werden grundsätzlich angenommen. 4. Ebenso werden der Lage entsprechende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete zugestanden. 5. Demobilisierung Rumänischer Friede.

der rumänischen Armee. 6. Die rumänischen Truppen haben das von ihnen besetzte Gebiet der Monarchie zu räumen. 7. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, den Transport von Truppen der verbündeten Mächte durch die Moldau und Beßarabien nach Odessa eisenbahntechnisch zu unterstützen..." Rumänien erhielt reichliche Entschädigung durch Beßarabien. Der Vorfriede wurde von Czernin und Kühlmann unterzeichnet. Die weiteren Verhandlungen fanden im Schlosse Cotroceni bei Bukarest statt. Während derselben ging das Ministerium Avarescu „aus innerpolitischen Gründen" in ein Kabinett Marghiloman über. Vor Czernins und Kühlmanns Abreise am 29. wurde auch ein Petroleumabkommen und eines über den Bezug von Getreide und andern landwirtschaftlichen Produkten paraphiert.

Zwischen Finnland und Deutschland wurde am 7. ein Friedensvertrag, ferner ein Handels- und Schiffahrtsabkommen unterzeichnet. Deutschland trat dafür ein, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt werde.

Ein Zusatzvertrag zum Friedensvertrag mit der Ukrainischen Volksrepublik (14. März) erging sich über Schadensersatz, Austausch der Kriegsgefangenen, Heimkehr der Zivilangehörigen, über die Grabstätten der Heeresangehörigen usw. Der Friedensvertrag wurde von der ukrainischen Rada am 17. mit großer Mehrheit ratifiziert. Wie unbestimmt aber noch alles war, zeigte die Tatsache, daß die Regierung von Taurien, das einen Teil der Ukraine bildete, sich am 22. als Republik erklärte und die Oberhoheit der Rada in Kiew nicht anerkannte. Die neue Repnblik Taurien (mit Einschluß der Krim) mit dem Sowjet zu Simferopol meldete die Liste der Mitglieder des Rates der Volkskommissäre nach Petersburg, bekannte sich also zum Bolschewismus.

Hertling. Reichskanzler Graf Hertling berichtete am 18. im Reichstag über die Friedensverträge: „Es ist nicht meine Absicht, auf die Beurteilung einzugehen, die der Friede mit Rußland bei den feindlichen Mächten gefunden hat. Wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist und die Unwahrhaftigkeit sich bis zur Brutalität gesteigert hat, wo man im selben Augenblick, da man die drückende Hand auf ein neutrales Land zu legen im Begriffe ist, von der vollkommenen Selbstlosigkeit der befolgten Politik zu reden wagt, muß jeder Versuch einer ruhigen Aussprache, jede sachliche Erwägung scheitern... Geben wir uns keiner Täuschung hin; der Weltfriede ist noch nicht da. Immer noch scheint das Ziel der Entente zu sein, zu kämpfen bis zu unserer Vernichtung." — Scheidemann erklärte: „Die sozialdemokratische Partei strebt einen Verständigungsfrieden an. Dieses Ziel wird durch den Friedensschluß mit Rußland nicht gefördert. Mit wesentlichen Teilen des Vertrages sind die Sozialdemokraten nicht einverstanden. Da jedoch durch diesen Vertrag der Krieg im Osten beendet wird, wollen sie ihn nicht ablehnen. Sie enthalten sich der Abstimmung." Mit den Verträgen wurde auch ein neuer Fünfzehnmilliardenkredit vom Reichstag angenommen.

Peinliches Aufsehen erregte eine durch Indiskretion verbreitete private Denkschrift des ehemaligen deutschen Botschafters in London Fürsten

Lichnowsky vom 14. August 1916; sie war gegen die Politik der Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges gerichtet. Der Fürst suchte sich durch ein Schreiben vom 15. März an den Reichskanzler zu entschuldigen, indem er meinte: „Es handelt sich um Betrachtungen über unsere Auslandspolitik seit dem Berliner Kongreß. Ich erblickte in der Abkehr von Rußland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die Wurzeln des Weltkrieges. Daran anschließend unterzog ich unsere Marokko- und Flottenpolitik einer Beleuchtung. Meine Londoner Mission konnte um so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, zu meiner Rechtfertigung Einzelheiten zu notieren. Diese nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen glaubte ich einigen Freunden gegen Zusicherung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können. Leider hat einer dieser Herren ohne mein Wissen meine Schrift einem Offizier zu lesen gegeben. In völliger Verkennung der Tragweite seines Schrittes hat letzterer die Schrift vervielfältigt und an eine Reihe mir meist unbekannter Persönlichkeiten verschickt . . ." Lichnowsky.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer bemerkte dazu im Hauptausschuß des Reichstages am 16. März: Lichnowsky schreibe über Vorgänge, die ihm nicht aus eigener Wissenschaft bekannt waren, sondern nach falschen Informationen. Die Denkschrift zeuge von Überschätzung der eigenen Person, von einem Haß gegen alle, die seine Leistungen nicht anerkannten. Persönliche Vorteile und Sympathien seien ihm wichtiger als sachliche Erwägungen. Auffallend sei die Verehrung für die liebevoll geschilderten englischen Diplomaten, die Gereiztheit gegen fast alle deutschen Staatsmänner. Der Fürst sah oft die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde an, weil sie sich mit ihm persönlich gut stellten. Der Fürst habe kein ungetrübtes Verständnis für die Ereignisse nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers gehabt; so meinte er, daß der Friede von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Österreich aufrechterhalten werden konnte, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte. Von Rußland wäre dann ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Die Falschheit einer solchen Auffassung ergebe sich durch den Suchomlinowprozeß. Dies gelte auch von der Behauptung, daß Generaloberst v. Moltke zum Kriege gedrängt habe, von dem am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrat und der Versendung eines österreichischen Protokolls über den angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Zusatz enthalten sei, es werde nicht schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Rußland entstehe. All diese Behauptungen seien nachweisbar falsch, ebenso die Behauptung, daß der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Pourtalées habe berichtet, Rußland werde sich unter keinen Umständen rühren . . . Ebenso sei es mit der Behauptung bestellt, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt . . . Die Denkschrift wolle beweisen, daß die Weltgeschichte nur deshalb in falsche Bahnen gelenkt worden sei, weil man andernfalls ihn, den Fürsten, um seinen Erfolg beneidet hätte; sie werde bei Übelwollenden und Oberflächlichen Schaden genug stiften. Sie Payer.

habe keinen historischen Wert, sie diene lediglich subjektiven Zwecken eines einzelnen. Aus verschiedenen rechtlichen Gründen verzichtete man auf eine Verfolgung des Fürsten wegen diplomatischen Landesverrats. Ein Disziplinarverfahren kam nach seiner Verabschiedung nicht mehr in Betracht. — Die falsche Meldung Lichnowskys über eine „entscheidende Besprechung in Potsdam am 5. Juli“ und über ein „österreichisches Protokoll“ darüber wurde nochmals offiziell sowohl von Berlin wie auch von Wien aus in Abrede gestellt. — Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow veröffentlichte in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ 23. März eine Aufzeichnung über die damaligen Ereignisse als Widerlegung der einzelnen vom Fürsten Lichnowsky in seiner Denkschrift aufgestellten Behauptungen: „In Konopischt (Besuch Kaiser Wilhelms beim Erzherzog-Thronfolger) ist kein Plan einer aktiven Politik gegen Serbien festgelegt worden. Franz Ferdinand war überhaupt nicht der Befürworter einer zum Kriege führenden Politik, für den er vielfach gegolten hat. Während der Londoner Konferenz hat er zur Mäßigung und Vermeidung des Krieges geraten ... Es handelte sich um die Existenzfrage der Donaumonarchie ... Fürst Lichnowsky plädierte für eine Preisgabe Österreichs ... Gaben wir unsern einzig zuverlässigen Bundesgenossen preis, so hätten wir später ganz isoliert der Entente gegenüber gestanden.“ Jedenfalls ergibt sich aus allem die Gemeinschädlichkeit eines solchen Botschafters.

Iren. Ein Huldigungstelegramm der Deutsch-Irischen Gesellschaft erwiderte Kaiser Wilhelm am 25. mit der Erklärung, daß er den Freiheitskampf des tapferen Irland mit lebhafter Sympathie verfolge im stolzen Bewußtsein, daß deutsches Schwert schon eine Reihe von Völkern zur Freiheit geführt hat.

Lansdowne. Der friedensfreundliche Lord Lansdowne veröffentlichte wieder am 5. März ein Schreiben, worin er die Überzeugung aussprach, daß die Rede Hertlings einen merklichen Fortschritt in der Friedenssache bedeute. Hertling nehme die vier Punkte Wilsons als Grundlage an, ebenso einen unparteiischen Schiedsgerichtshof; er denke nicht daran, Belgien zu behalten. Lansdowne fragte, wie es möglich sein solle, die vorläufige Übereinstimmung, von der Balfour gesprochen, ohne vorläufige Verhandlungen auf einer kleinen, nicht formellen Zusammenkunft autorisierter Personen zu erreichen? — Diese Friedensstimmen wurden am 19. im Oberhaus wiederholt. Lord Parmour schlug der Kammer vor, dem Grundsatze der Schaffung einer Völkerliga und der Errichtung eines internationalen Gerichtshofes zuzustimmen. Lord Burn verlangte die Schaffung einer parlamentarischen Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten und eines Organismus für die Zeit nach dem Kriege, der ein Zusammenwirken aller Nationen ermöglicht. Lord Lansdowne verlangte, daß die Völkerliga allen Nationen offen stehe, alle bedeutenden Länder umfasse und Exekutivgewalt besitze. Im ungünstigsten Fall wird eine solche Liga den Krieg wenigstens aufhalten und Fristen und Gelegenheiten zu Diskussionen und zur Versöhnung verschaffen. Die in die Liga aufgenommenen Mächte würden bis zu einem gewissen Punkt auf ihre Suveränität verzichten. Das sei das einzige Mittel, um sich des preußischen Militarismus zu entledigen. Auf die Schaffung des Völkerbundes würde fast automatisch die Abrüstung folgen.

Lord Robert Cecil sprach am 9. März von der Gefahr einer Durchdringung Rußlands durch Deutschland, weshalb es gut wäre, Japan zu

beauftragen, daß es eine Germanisierung Sibiriens hindere. „Deutschland hat bereits die baltischen Provinzen fast bis nach Petersburg hinauf eingenommen. Im Süden hat es Odessa besetzt. Es will die Bagdadeisenbahn durch eine neue Linie nach Osten über den Kaukasus und durch Nordwestpersien ersetzen. Die deutschen Gefangenen in Sibirien organisieren sich . . ."

Loyd George sprach über Deutschlands Machtpolitik bei der Versammlung der Freikirchen im Citytempel 13. März: „In den nationalen Zielen des englischen Volkes finde man kein Körnchen von Selbstsucht. Über allen Kriegszielen stände, daß der Krieg in Zukunft als ein Verbrechen nach Völkerrecht zu bestrafen sei."

Die Lage Irlands wurde immer mehr eine Gefahr für das britische Reich und für die Weiterführung des Krieges; es wurde schwer, dort die Beachtung der Gesetze zu erzwingen. Verbrechen aller Art nahmen dort beständig zu. Die erbitterte Stimmung gegen England war so stark, daß sie sich auch auf die Verbündeten Englands ausdehnte. Die Anarchie in mehreren Grafschaften hielt bedeutende Truppen fest, das Ansehen Englands litt dadurch bei den Alliierten und in der ganzen Welt, wie Lord Salisbury am 12. im Oberhaus feststellte. Aufrührerische Reden gegen England zugunsten des Feindes durften ungestraft durchgehen. Derselbe Bolschewismus, der Rußland zerstörte, drohte Irland zu zerstören. Neat meinte, wenn das britische Reich nicht in Stücke gehen solle, so könne man nicht zugeben, daß Irland eine separate Republik werde. Er wünschte sehnlich, daß man einen Ausgleich finde, aber er fürchtete, daß keine vom Parlament genehmigte Form der Selbstverwaltung Irland den Frieden bringen werde; denn wenn die „Sinnfeiner" nicht die Unabhängigkeit erhielten, würden sie fortfahren, eine beständige Gefahr für Homerule und jedwede englische Regierung zu sein. Lord Curzon und Lord Lansdowne bestätigten die Gefahr der irischen Rebellion. — An Stelle des am 5. März verstorbenen Führers der irischen Nationalisten John Edw. Redmond wurde am 12. John Dillon gewählt. Irland.

Clemenceau forderte zum Ausharren im Krieg bis zur letzten Viertelstunde auf nach dem orientalischen Sprichwort: „Jener ist der Sieger, der eine Viertelstunde länger als der andere an seinen Sieg zu glauben vermag. Man muß die Moral des Landes unterstützen. In dem Maß, als der Krieg fortdauert, entwickelt sich eine moralische Krise, wie sie gegen Ende aller Kriege der Brutalität auftritt. Man sagt, wir hätten so bald als möglich den Frieden nötig. Ich wünsche den Frieden; aber nicht dadurch, daß man nach Frieden winselt, bringt man den preußischen Militarismus zum Schweigen . . . Polen, Livland, die Ukraine befinden sich unter dem Stiefel des Siegers." Ausharren.

Merkwürdig war des Präsidenten Wilson Depesche vom 11. März an den amerikanischen Konsul in Moskau: „Ich ergreife die Gelegenheit des Zusammentrittes des Kongresses der Sowjets, um die aufrichtige Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten in dem Augenblick auszusprechen, da die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit zu unterbrechen und um seinen Erfolg zu bringen, sowie die Wilson.

Wünsche Deutschlands an Stelle der Ziele des russischen Volkes zu setzen. Unglücklicherweise ist die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt nicht in der Lage, unmittelbar wirksame Hilfe zu leihen, aber sie würde wünschen, diese Hilfe zu erweisen . . ." Es scheint also, daß der gute Wilson über die Bolschewiken sehr ungenügend informiert war.

Holland. Die Westmächte trieben die Gewaltpolitik gegen die Neutralen so weit, daß sie Holland durch ein Ultimatum zwangen, ihnen seinen Schiffsraum auszuliefern. Auch Präsident Wilson erließ am 20. eine Proklamation, die die Ermächtigung zur Beschlagnahme der holländischen Schiffe in den amerikanischen Häfen aussprach. Das gleiche geschah in allen Häfen der Verbündeten. Der Minister Cort van der Linden erklärte am 22. in der niederländischen Kammer, einen flammenden Protest weit über die Grenze hinaus gegen Unrecht und Zwang einzulegen. „Unsere Selbständigkeit und unser Recht sind uns lieber als Brot, und wir werden bis an den Bettelstab getreulich daran festhalten." Man sieht, wie schwer es den Westmächten wurde, die durch den Tauchbootkrieg entstandenen Einbußen an Schiffsraum zu ersetzen.

Die französische Regierung suchte den Unmut ihres Volkes über den Eintritt Frankreichs in den Krieg zur Unterstützung Rußlands angesichts des Ausscheidens Rußlands nunmehr zu beschwichtigen. Das tat sie durch „Enthüllungen" über das deutsche Neutralitätsangebot, das angeblich nicht ernst gemeint war. Darauf erwiderte man deutscherseits: „Wenn von französischer Seite behauptet wird, Frankreich sei nicht direkt durch Deutschland angegriffen worden, sondern als Verbündeter Rußlands in den Krieg eingetreten, so ist das schon ein wertvolles Eingeständnis . . . Nachdem nun der Friede der Zentralmächte mit Rußland eine vollzogene Tatsache ist und Frankreichs Weigerung, neutral zu bleiben, sich vor dem französischen Volk auf diesem Wege nicht mehr genügend rechtfertigen läßt, sollen die Instruktionen an den deutschen Botschafter die Weigerung, neutral zu bleiben, durch die unannehmbaren deutschen Neutralitätsbedingungen rechtfertigen . . . Mit der Behauptung, daß die französische Regierung nur zum Schutz und zur Unterstützung Rußlands zu den Waffen griff, können sich die französischen Staatsmänner ebensowenig rechtfertigen wie mit der früheren, nun amtlich aufgegebenen Behauptung, das französische Volk sei das Opfer eines Überfalles geworden. Im Gegenteil: die französische Regierung hat vom ersten Tage der Krisis an im engen Einvernehmen mit den längst entlarvten Kriegstreibern Sassonow, Suchomlinow und Januschkiewitsch die kriegerischen Entschlüsse Rußlands gefördert und sie durch ihre lebhafte Unterstützung überhaupt erst möglich gemacht."

Die preußische Regierung kündigte eine Abänderung der Polenpolitik an „aus dem Gefühl der Gerechtigkeit heraus, nicht aus dem eines Versöhnungsdusels". Die Wacht im Osten sei aber ebenso wichtig wie die Wacht am Rhein. Das Enteignungsgesetz soll aufgehoben werden, denn es war ein Schwert von Pappe.

Auf Verlangen der Ukraine rückten die Truppen der verbündeten Mittelmächte dort ein zum Schutz gegen Bolschewiken und tschechische
Odessa. Banden. Odessa war am 13. in der Hand der Verbündeten. — Im
Angriffe. Westen führte eine große Angriffsschlacht der deutschen Heere

gegen die englische Front zu schweren Niederlagen der Engländer. — Übersichtlich faßte der österreichische Generalstabschef Baron Arz also am 30. die Kriegslage zusammen: „Sie ist so gut für uns wie noch nie. Im Osten ist der Friede hergestellt. Rußland ist zerrissen und wehrlos. Die Revolution, nur denkbar als Folge des unglücklichen Krieges, hat das durch die Armeen der Mittelmächte zermürbte und erschütterte russische Heer vernichtet. Die ersten militärischen Früchte aus dieser starken Verschiebung der Lage wurden im Westen geerntet. Die unvergleichlichen Erfolge der Deutschen im Westen werden um so nachhaltiger sein, als es möglich wird, vom russischen Kriegsschauplatze große Reserven heranzuführen. Der zahlenmäßigen Übermacht, durch welche die Entente die größere Tüchtigkeit der Heere der Mittelmächte besiegen wollte, vermochte unserseits die Führung nur dadurch zu begegnen, daß sie an den entscheidenden Punkten örtliche Überlegenheit zu schaffen wußte. Mit dem Ausscheiden Rußlands und Rumäniens aus den Reihen unserer Feinde ist es uns wesentlich leichter gemacht, dieser Grundforderung der Führerkunst zu entsprechen. Wir werden siegen, wenn wir wollen, und wir müssen wollen, weil sonst der Krieg nie oder doch schlecht aufhört. Es gibt Leute, die glauben, der Krieg sei für uns erledigt. Dem kann nicht genug entgegengetreten werden. Eine ganz gewaltige Kraftprobe mit dem ländergierigen Italien wird nicht ausbleiben können. Außerdem sind weite Gebiete im Südosten und Nordosten von uns besetzt, die viel Besatzungstruppen brauchen. Dazu die albanische Front, die Intervention in der befreundeten Ukraine, der militärwirtschaftliche Abbau der Ostfront und schließlich die selbstverständliche Tatsache, daß Franzosen, Engländer und Amerikaner ebenso unsere Feinde sind wie die der Deutschen und daß das Wort des Grafen Czernin: ‚Straßburg gleich Triest' dauernd werktätigste Geltung behalten muß. Das Durchhalten des Hinterlands ist von größter Wichtigkeit. Die Heimat kämpft und leidet mit uns, ihr muß geholfen werden, wie es geht. Nicht nur der Mann in der Front muß siegen wollen, sondern auch die Heimat."

Eine offiziöse Übersicht über den Krieg mit Rußland wurde zu Berlin am 5. März ausgegeben: „Durch den Frieden mit Rußland ist der Zweifrontenkrieg beendet, der eiserne Umklammerungsring um Deutschland gesprengt und die militärische Armfreiheit für die Restfronten gewonnen. Der Friedensschluß mußte bis zum letzten Ende mit den Waffen erkämpft werden. Dieser Kampf mit dem weit überlegenen Millionenheere des gewaltigen russischen Reiches, das der Entente größte Hoffnung war, hat rund 43 Monate gedauert und wurde zu einem ununterbrochenen Siegeszuge, seit Hindenburg und Ludendorff die Führung der Ostoperationen übernahmen. Die 250.000 Mann starke Narew-Armee wurde von deutscher Minderheit in den letzten Augusttagen 1914 bei Tannenberg in offener Feldschlacht vernichtet. 500 Geschütze, 90.000 Gefangene blieben in deutscher Hand, 40.000 tote Russen

bedeckten das Schlachtfeld. Am 10. September desselben Jahres wurde die gleich starke russische Invasionsarmee Rennenkampfs an den Masurischen Seen nach schwerer Niederlage zum fluchtartigen Rückzuge gezwungen und damit Ostpreußen bis auf das Grenzgebiet vorläufig befreit. Es folgten die Schlachten um Lodz, die fast 140.000 Gefangene einbrachten. Im Dezember fällt Lodz, und die russische Dampfwalze rollt nach Warschau zurück. Anfangs Februar 1915 wird unter General Siewers die zehnte russische Armee, die erneut in Ostpreußen einfallen wollte, zwischen Johannesburg und Pillkallen in groß angelegter Umfassungsschlacht geschlagen. 100.000 Gefangene, unzählbare Geschütze und Materialbeute fallen in die deutsche Hand. Im Mai 1915 erfolgte die Durchbruchschlacht Gorlice—Tarnow. Im Hochsommer desselben Jahres erfüllt sich das Schicksal Polens. Die Narew-Linie wird den Russen entrissen, die Festungen Pultusk, Roshan, Ostrolenka, Lomza erobert. Am 5. August fällt Warschau, am 26. Brest-Litowsk. In der Verfolgung des Feindes werden die Wälder von Bialystok und die Pripjetsümpfe kämpfend überschritten. Großfürst Nikolaj wird abberufen. Im September fallen Grodno und Wilna. Der siegreiche Vormarsch geht bis vor Riga und Dünaburg. Russische Gegenoffensiven scheitern unter ungeheuern Opfern. Eine Folge der wuchtigen Schläge ist das Ende der Zarendynastie und der Beginn der russischen Revolution. Die Revolutionsheere, von Kerenskij erneut zum Angriff vorgetrieben, konnten den geplanten Durchbruch nicht erzielen. Statt dessen setzt im Juli 1917 der Durchbruch der Mittelmächte bei Zloczow ein und befreit im schnellsten Tempo den Ostteil Galiziens und die Bukowina. Die Einnahme von Riga und Jakobstadt und die Eroberung der Inseln Oesel und Dagö und Moon vollenden die endgültige Niederlage der gewaltigen russischen Armee. Friedensverhandlungen werden eingeleitet; sie scheitern am Verhalten Trotzkis und zwingen den Deutschen noch einmal das Schwert in die Hand, mit dem sie, in unglaublichem Tempo bis Narwa, Pleskau, Polozk, Gomel und Kiew vordringend, den endlichen Friedensschluß erkämpfen."

Englische Niederlage.

Über die britischen Niederlagen in Frankreich wurde am 24. März aus Berlin gemeldet: „Auf dem Schlachtfelde zwischen der Scarpe und der Oise hat innerhalb dreier Tage, vom 21. bis zum 23. März, das englische Heer die größte Niederlage der britischen Geschichte erlitten. Die ungeheure Schnelligkeit und Macht des deutschen Angriffes warf den mächtigen, sich tapfer wehrenden Feind aus allen seinen mit aller Technik sorgsam ausgebauten starken Stellungen. Wo sich der Gegner zu halten versuchte, wurde er durch Aufrollen seiner Flanken, zum Teil vom Rücken her, zum eiligen Abzug gezwungen. Kurz vor der Offensive standen allein in der vordersten Linie zwischen Arras und La Fère rund 28 englische Divisionen, ohne Berücksichtigung der Reserven. In dem durch die vorjährige deutsche Frontverkürzung historisch gewordenen Gelände werden die geschlagenen Teile zweier englischer Armeen unaufhaltsam nach Westen gedrängt. Ihre Rückzugsstraßen liegen unter dem schweren Feuer unserer Fernbatterien, denen es durch übermenschliche Anstrengungen gelang, nach Überwindung unsäglicher Geländeschwierigkeiten der vorwärtsstürmenden Infanterie auf dem Fuße zu folgen. Ungezählte Tausende an Toten, Verwundeten und Vermißten und über 30.000 Mann an Gefangenen hat hier innerhalb dreimal vierundzwanzig Stunden das englische Heer eingebüßt. Die eigenen Verluste sind nach wie vor gering geblieben. Ungezählt sind die französischen Orte und Städte, die von den siegreichen

Truppen genommen wurden. Schon am Mittag des 23. war unsere unaufhaltsam vorstürmende Infanterie an den meisten Stellen über zwanzig Kilometer, gegen Abend desselben Tages über dreißig Kilometer vorgedrungen." — Und am 26. wurde gemeldet: „In der größten Schlacht des Krieges, wie die Engländer selbst den Riesenkampf im Westen nennen, hat das britische Heer am 24. bei Bapaume eine zweite schwere Niederlage erlitten. Über Bapaume, Perronne, Nesle, Guiscard und Chauny hinaus ist der Feind geworfen. An einzelnen Stellen ist die deutsche Infanterie in ununterbrochenen harten Kämpfen bis zu vierzig Kilometer vorgestoßen. Aus alten und eiligst ausgehobenen neuen Stellungen mußte der Feind der blanken Waffe weichen. An andern Stellen hat ihn unsere Artillerie herausgeschossen, oft vor der eigenen Infanterie offen auffahrend. Deutsche Tanks, die sich vortrefflich bewährten, durch erbeutete englische Tanks verstärkt, hatten hervorragenden Anteil beim Brechen des tapferen feindlichen Widerstandes. Die heftigen Gegenangriffe frischer englischer wie auch französischer Infanterie- und Kavalleriedivisionen scheiterten nach heißem Ringen unter den schwersten Feindverlusten. An vielen Stellen des weiten Schlachtfeldes häufen sich die Zeichen eines fluchtartigen Rückzuges. Sie erinnern an die Katastrophe der italienischen Armeen am Isonzo. Die englischen Rückzugsstraßen liegen unausgesetzt unter schwerstem deutschen Fernfeuer. Schon brennt, den vorgehenden Deutschen erkennbar, der wichtige englische Bahnhof und Eisenbahnknotenpunkt Albert, dem die südlich von Bapaume vorrückenden deutschen Angriffskolonnen zustreben. Zahllose zu Gegenstößen eingesetzte britische Tanks, untermischt mit zusammengeschossenen Motorbatterien schwersten Kalibers, liegen zertrümmert an den Straßen. An einer Stelle eine ganze Batterie mit fünfundzwanzig toten Pferden. Ungeheure Munitionsstapel von vielen Hunderttausenden von Artilleriegeschossen türmen sich hie und da hoch empor. Die Zahl der Tausende genommenen Maschinengewehre läßt sich nicht annähernd angeben, sie übersteigt alles bisher Dagewesene. Der unaufhaltsame Sturmlauf unserer Infanterie läßt keine Zeit zur Zählung der gewaltigen Bestände an Kriegsgerät, Lebensmitteln und sonstiger Beute. Außer weit über sechshundert erbeuteten Geschützen sind viele verschüttet oder außer Gefecht gesetzt . . . In allen Phasen der Kämpfe zeigte sich, daß die englische Führung nahezu völlig ausgeschaltet war, während die deutsche Truppe vollständig in der Hand ihrer Führer aller Grade ist. Bis zum letzten Trainsoldaten wollte jeder einzelne Mann seinen Teil an den begonnenen Erfolgen haben. Es war, als triebe eine unsichtbare magische Kraft nahezu eine Million Menschen dem großen Ziele, der Erringung der Entscheidung zu. Durch das zum Teil kopflose Vorwerfen seiner Reserven, wodurch er sich gegen die drohende Gefahr vom Norden Luft verschaffen wollte, hat der Engländer seine Niederlage vom 22. und 23. März nur vergrößert. Das Beutefeld, über das die Deutschen vordrangen, stellt mit seinen unerhörten Mengen Munition, Pioniergerät und Lebensmitteln einen Wert von ungezählten Millionen dar. Es wurde kaum der leiseste feindliche Versuch gemacht, diese Bestände zu vernichten. Nur eine Armee, die sich vollständig geschlagen fühlt, kann das Kampffeld in solcher Gestalt dem Sieger überlassen . . ."

Bapaume.

Die größte Überraschung des ganzen Weltkrieges war aber die Nachricht, daß deutsche Geschütze von großer Tragweite seit 23. März von

Paris. 8 Uhr morgens an jede Viertelstunde Paris und Umgebung beschossen. Einzelheiten über den angerichteten Sachschaden durften von den Blättern nicht bekanntgegeben werden. Während der Beschießung waren alle Geschäfte und Gastwirtschaften geschlossen. Der Pariser Stadtrat hielt eine Sitzung im Kellergeschoß des Rathauses ab. Die Tragweite des Geschützes mußte mehr als hundert Kilometer betragen, was zuerst kaum glaublich schien. Die Beschießung wurde in den folgenden Tagen fortgesetzt. Eine ungeheure Aufregung ergriff ganz Paris. Die wenigen abgehenden Züge wurden von Flüchtlingen gestürmt. Am 29. schlug ein Geschoß in eine Kirche des Pariser Stadtgebietes ein während des Karfreitaggottesdienstes und forderte 75 Opfer an Toten, 90 an Verletzten; die Kirche war bereits am vergangenen Sonntag während des Hochamtes getroffen worden; damals gab es mehrere Verwundete. Das neue Langrohrgeschütz war Kruppsches Erzeugnis.

Um der gegenwärtigen Lage Rechnung zu tragen, wurde General Foch. Foch im Einvernehmen mit dem englischen Oberkommando zum Oberbefehlshaber der gesamten englisch-französischen Front ernannt; dadurch sollte die Aktion der verbündeten Truppen an der Westfront einheitlich zusammengefaßt werden. Das war in der Tat von entscheidendem Erfolg.

Der Unterseebootkrieg verlief zur anscheinenden Zufriedenheit der deutschen Marineleitung; doch behauptete die englische Regierung, daß die Verluste durch die deutschen Berichte ungemein übertrieben würden. Man müsse den Deutschen endlich klar machen, daß sie, wie lange sie auch mit dem Kriege fortführen, doch niemals imstande sein würden, England zu besiegen. — Infolge des Verhaltens der englischen Seestreitkräfte in dem von England erklärten Sperrgebiet um die deutsche Bucht sah sich die deutsche Regierung zu Gegenmaßregeln gezwungen, die das Befahren dieses Gebietes für die neutrale Schiffahrt äußerst gefährlich machten; sie erließ deshalb am 17. eine amtliche Warnung.

Während die Türken Erzerum und Trapezunt wieder besetzten und die Banden von dort vertrieben, erlitten sie eine schwere Niederlage durch die Engländer in Mesopotamien (26. März).

Kaiser Karl besuchte am 25. bis 27. März die Notstandsgebiete in Nordböhmen (Graslitz, Karlsbad, Neudek, Teplitz-Schönau, Tetschen, Lissa, Tannwald, Altpaka). In Lissa wurde er vom Prager Bürgermeister Grosch begrüßt. — Während die Polen mit den anderen Slawen in der Opposition blieben, huldigten die Ukrainer in Lemberg dem großen Friedensstifter Kaiser Karl.

April.

Graf Czernin hielt die allgemeine Lage für günstig, um wieder die Friedensbestrebungen der Mittelmächte zu betonen. Er benutzte dazu eine Ansprache an den Bürgermeister Weiskirchner und Mitglieder des Wiener Gemeinderates, die sich am 2. April in der Lebensmittelfrage an ihn gewendet hatten. Czernin.

Er sagte: „Ich hätte gerne vor dem kompetenten Forum, den Delegationen, gesprochen. Technische Gründe verhindern dies ... Mit dem rumänischen Friedensschluß ist der Krieg im Osten beendet. Drei Frieden wurden geschlossen, ein Kapitel des Krieges ist erledigt ... Zuerst möchte ich auf jene Ausführungen des Präsidenten Wilson zurückkommen, in welchen er meine am 24. Jänner im österreichischen Delegationsausschusse für Äußeres gehaltene Rede beantwortet hat. In manchen Teilen der Welt werden die Reden Wilsons als der Versuch aufgefaßt, einen Keil zwischen Berlin und Wien zu treiben. Ich glaube das nicht. Wilson weiß, daß das unmöglich ist. Er sagt sich aber vielleicht, daß Wien ein günstiger Boden ist, um dort das Samenkorn des allgemeinen Friedens hineinzulegen. Er sagt sich vielleicht, daß die Monarchie das Glück hat, einen Herrscher zu besitzen, der aufrichtig und ehrlich den allgemeinen Frieden will, daß dieser Monarch aber niemals einen Treubruch begehen, niemals einen schimpflichen Frieden schließen wird und daß hinter dem Kaiser und König 55 Millionen stehen ... Ich halte es für sehr wertvoll, daß der deutsche Reichskanzler in seiner Rede vom 25. Februar mir die Antwort aus dem Munde genommen und erklärt hat, die vier von Wilson am 11. Februar entwickelten Grundsätze seien eine Basis, auf welcher der allgemeine Friede erörtert werden kann. Ob der Präsident in seinen Bestrebungen, seine Verbündeten auf dieser Basis zu ralliieren, Erfolg haben wird, steht dahin. Gott ist mein Zeuge, daß wir alles versucht haben, was möglich war, um die neue Offensive zu vermeiden. Die Entente hat es nicht gewollt. Clemenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich bereit sei und kein Friedenshindernis erblicke als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Das gewaltige Ringen im Westen ist bereits entbrannt. Österreichische und deutsche Truppen kämpfen Schulter an Schulter zur Verteidigung unserer Gebiete ... Die Erklärung für das an Wahnsinn grenzende Vorgehen der Ententemächte liegt zum großen Teil in gewissen Vorgängen in unserm Hinterland ... Durch die Friedensverhandlungen mit Rußland wurde die erste Bresche in den Kriegswillen unserer Feinde geschlagen. Es war der Durchbruch des Friedensgedankens... Es ist nicht meine Schuld, daß Rumänien sich nicht gleichzeitig mit Rußland an den Friedenstisch gesetzt hat ... Ich will nicht alte Wunden aufreißen, aber jeder kennt die Geschichte des rumänischen Kriegsausbruches und wird zugeben, daß es meine Pflicht war, die Völker der Monarchie gegen Überfälle ähnlicher Art in Zukunft zu schützen. Die sicherste Garantie sehe ich in zukünftigen internationalen Abmachungen, welche den Krieg verhindern. Ich hätte in solchen Abmachungen weit stärkere Sicherheiten gesehen als in

Grenzrektifikationen. Aber ich habe außer bei Wilson noch bei keinem unserer Gegner den ernsten Willen gefunden, auf diesen Gedanken einzugehen. Dennoch glaube ich, daß er sich durchsetzen wird. Ich glaube nicht, daß irgendein Staat in der Lage sein wird, nach diesem Kriege jährlich mehrere Milliarden für die durch den Krieg so bedeutend erhöhten militärischen Bedürfnisse auszugeben. Ich hielte es für ein großes Unglück, wenn es nicht gelingen sollte, zu allgemeinen Vereinbarungen über die Verminderung der militärischen Rüstungen zu gelangen ... Denjenigen, die mich zu Annexionen drängen, kann ich nur sagen, daß ich ihre Tendenzen für falsch halte. Gewaltsame Angliederungen fremder Völker erschweren den allgemeinen Frieden, und solche Gebietsvergrößerungen sind nicht unbedingt eine Stärkung des Reiches. Im Gegenteil. Was wir brauchen, sind wirtschaftliche Sicherungen ... Mit dem Zerfall Rußlands hat jener Faktor zu existieren aufgehört, welcher es uns bisher unmöglich gemacht hat, einen definitiven friedlichen Zustand am Balkan herzustellen ... Wir wollen das zukünftige Verhältnis zu Serbien und Montenegro nicht durch Motive beeinflussen, welche einem freundnachbarlichen Verhältnis widersprechen. Der beste staatliche Egoismus ist der, sich mit den geschlagenen Nachbarn auf einen Fuß zu stellen, der sie zu dauernden Freunden macht. Die Feinde müssen auch *moralisch erobert* werden, erst dann ist der Sieg vollständig ... Seitdem ich im Amte bin, habe ich nur *ein* Ziel gehabt: dem Reich einen ehrenvollen *Frieden* zu bringen und alles zu machen, damit dieser entsetzliche Krieg der letzte sei. Leider ist in den letzten Wochen und Monaten in Österreich vieles gesprochen und getan worden, was zweifellos diesen schrecklichen Krieg verlängert. Die *Kriegsverlängerer* sind erstens diejenigen, die ununterbrochen um den *Frieden* bitten; sie sind verächtlich und töricht. In Frankreich nennt man diese Sorte *Defaitisten*, allerdings aber springt man dort weniger sanft mit ihnen um als bei uns. Die zweite Gruppe sind die *Annexionisten*. Es ist eine Verdrehung, zu behaupten, daß Deutschland im Osten Eroberungen gemacht habe. Die Leninsche Anarchie hat die Randvölker in die Arme Deutschlands getrieben und sie veranlaßt, in einer Anlehnung an das Deutsche Reich Zuflucht vor jenen entsetzlichen Zuständen zu suchen, welche in Großrußland wüten ... Die dritte Gruppe von Kriegsverlängerern besteht aus einzelnen *politischen Führern*. Die den Krieg verlängernde Hoffnung unserer Gegner sind unsere
Tschechen. *innerpolitischen Verhältnisse* besonders im *tschechischen* Lager. Welche Ironie! Unsere Brüder und Söhne kämpfen wie Löwen auf dem Schlachtfelde, und gewisse Volksvertreter wühlen gegen das deutsche Bündnis, welches sich so herrlich bewährt hat, halten unter dem Schutze der Immunität Reden, welche nicht anders verstanden werden können als ein Ruf an das feindliche Ausland, den Kampf fortzusetzen, um ihre eigenen politischen Bestrebungen zu unterstützen, und entfachen stets von neuem den ersterbenden Kriegsfuror in London, Rom und Paris. Der *elende, erbärmliche Masaryk* ist nicht einzig in seiner Art; es gibt auch Masaryks innerhalb der Grenzpfähle der Monarchie. Ich erhebe keine allgemeine Anklage. Ich weiß, daß das *tschechische Volk* im ganzen *loyal* und *österreichisch* denkt, ich weiß, daß es tschechische Führer gibt, deren österreichischer Patriotismus rein und klar ist, aber ich erhebe die Anklage gegen jene Führer, die durch einen Sieg der Entente den Krieg beenden und ihr Ziel zu erreichen wünschen. Die so handeln, sind der Grund, daß weitere Tausende unserer

Söhne fallen, das Elend andauert und der Krieg sich fortschleppt. Graut ihnen nicht vor dieser Verantwortung? .... Ich bedaure, daß meine Amtsgeschäfte mich zwingen, mondelang im Auslande zu leben. Vielleicht, wenn ich mehr im Inlande leben könnte, daß ich mit Hilfe der staatstreuen Parteien erfolgreicher gegen jene Bestrebungen ankämpfen könnte. Niemand behauptet, daß die österreichische Verfassung nicht verbesserungsfähig wäre, und die Regierung ist bereit, sie zu revidieren; aber jener Hochverrat ist ein Gift in den Adern des Staates und bildet die letzte kriegsverlängernde Hoffnung unserer Feinde. Wenn wir dieses Gift ausscheiden, dann ist der allgemeine ehrenvolle Friede näher, als die große Öffentlichkeit ahnt. Ich appelliere an alle. Vor allem an die Deutschen und Ungarn, die im Krieg Übermenschliches geleistet haben, aber auch an Millionen von Bürgern aller andern Völker der Monarchie, welche staatstreu sind und nicht denken wie einzelne ihrer Führer."

Der französische Ministerpräsident Clemenceau erklärte auf eine Anfrage, wie es sich mit den Friedensverhandlungen verhalten habe, auf die Czernin anspielte, mit brutalem Ärger: „Graf Czernin hat hierin gelogen." Offiziös wurde verlautbart, das Manöver des Grafen Czernin sei von einer zu offensichtlichen Doppelzüngigkeit, um irgend jemand zu täuschen. Czernin habe die Entsendung von Kontingenten an die französische Front rechtfertigen und zugleich den Ruf der Loyalität Clemenceaus untergraben wollen. Dagegen wurde in Wien am 4. amtlich folgendes festgestellt: „Im Auftrag des k. u. k. Ministers des Äußern hatte Graf Nikolaus Revertera mit dem zu einer Unterredung nach der Schweiz entsendeten Vertrauensmanne Clemenceaus, dem Grafen Armand, dort wiederholte Besprechungen. Anläßlich einer am 2. Februar d. J. in Freiburg in der Schweiz stattgehabten Unterredung der beiden Herren wurde die Frage erörtert, ob eine Aussprache über einen allgemeinen Frieden möglich sei. Hierauf hat Graf Revertera nach Einholung der Weisungen des Ministers des Äußern in dessen Auftrage dem Grafen Armand zur Mitteilung an Clemenceau in den letzten Februartagen erklärt, Graf Czernin sei zu einer Aussprache bereit, sobald Frankreich auf Elsaß-Lothringen verzichte. Hierauf wurde im Namen Clemenceaus erwidert, dies sei unannehmbar, so daß eine Zusammenkunft von Vertretern zwecklos wäre." Dies mußte Clemenceau am 6. April im Wesen zugeben, nur fügte er bei, er habe die Tatsache jener Schweizer Unterhandlungen bereits bei seinem Amtsbeginn vorgefunden. Die Besprechungen seien im August 1917 von österreichischer Seite eingeleitet worden. Revertera sei also Bittsteller, nicht Gebetener gewesen und es handelte sich darum, von der französischen Regierung Friedensvorschläge zu erhalten, die Österreich in Berlin unterstützen konnte. Die Note fährt fort: „Es wäre leicht, daran zu erinnern, bis zu welchem Grade Österreich-Ungarn mit seinen Bitten um einen vorgeblichen Separatfrieden Rom, Washington und London ermüdet hat, Clemenceau.

welche Bitten keinen andern Zweck hatten, als uns unter das Joch zu locken ... Könnte sich Graf Czernin nicht an einen anderen Versuch der gleichen Art erinnern, welcher nur zwei Monate vor der Unternehmung Reverteras durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit in Paris und London gemacht wurde? Auch da ist ein authentisches Beweisstück vorhanden." — Darauf wurde aus Wien amtlich am 7. geantwortet: „Im Juli 1917 wurde Graf Revertera von einer neutralen Mittelsperson im Namen der französischen Regierung aufgefordert, mitzuteilen, ob er in der Lage wäre, Eröffnungen dieser Regierung entgegenzunehmen. Als Graf Revertera diese Anfrage nach eingeholter Genehmigung noch im Juli 1917 bejahte, traf am 7. August 1917 im Auftrage des damaligen französischen Kriegsministers Painlevé und mit Genehmigung des damaligen französischen Ministerpräsidenten Ribot der Major Graf Armand in Freiburg ein. Die Initiative zu dieser Anknüpfung ist also von französischer Seite ausgegangen... Graf Revertera trat sodann am 22. und 23. August 1917 in Besprechungen mit dem Grafen Armand ein, die jedoch kein Ergebnis lieferten. Hiemit brachen diese Verhandlungen ab ... Erst im Jänner 1918 nahm Graf Armand, diesmal im Auftrage Clemenceaus, mit Revertera neuerlich Fühlung ... Von Bitten um einen angeblichen Separatfrieden ist der österreichisch-ungarischen Regierung nichts bekannt. Richtig ist dagegen, daß in der Schweiz zwischen dem Botschafter Grafen Mensdorff und dem General Smuts eine von der englischen Regierung im Unterhause zugegebene Unterredung stattgefunden hat, die in mehreren Zusammenkünften einige Stunden dauerte. Wenn Clemenceau den Minister des Äußern (Czernin) fragt, ob er sich erinnere, daß zwei Monate vor der Unternehmung Revertera, also vor etwa Jahresfrist, ein Versuch der gleichen Art durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit gemacht worden sei, so nimmt Graf Czernin keinen Anstand, dies zu bejahen, wobei beizufügen ist, daß dieser Versuch gleichfalls zu keinem Ergebnis geführt hat. Im übrigen sei bemerkt, daß Graf Czernin seinerseits keinen Grund sehen würde, es abzuleugnen, wenn er in diesem oder in einem ähnlichen Falle die Initiative ergriffen hätte, da er, im Gegensatze zu Herrn Clemenceau, glaubt, daß es kein Vorwurf für eine Regierung sein kann, Versuche zur Herbeiführung eines alle Völker von den Schrecknissen des Krieges befreienden ehrenvollen Friedens zu unternehmen ... Das Wesentliche der Äußerung des Grafen Czernin war nicht so sehr, wer die Besprechungen vor Beginn der Westoffensive angeregt, sondern wer sie zerschlagen hat. Und das war Clemenceau."

Friedensangebot.

Nun glaubte Clemenceau noch gröberes Geschütz auffahren zu müssen, indem er am 9. April erklären ließ: „Kaiser Karl ist es, welcher in einem Brief vom Monat März 1917 mit eigener Hand seine Zustimmung ‚zu

Kaiserbrief.

den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen' bestätigt hat. Ein zweiter kaiserlicher Brief stellt fest, daß der Kaiser ,mit seinem Minister einig' sei ..." — Es fiel sofort auf, daß man kein Faksimile dieser Briefe beibringen konnte. Das Wiener auswärtige Amt antwortete prompt: „Die Unsinnigkeit dieser Behauptung liegt auf der Hand. Sie steht im krassesten Widerspruche mit allen öffentlichen Reden des verantwortlichen Ministers. Insbesondere beweist die Tatsache, daß kaiserliche Truppen für Elsaß-Lothringen an der Westfront kämpfen, klarer als alle Argumente die über jeden Zweifel erhabene bundestreue Gesinnung unseres Monarchen. Zum Überfluß sei ausdrücklich festgestellt, daß die Angaben Clemenceaus über die brieflichen Äußerungen Kaiser Karls erlogen sind ..." — Auch Kaiser Karl wandte sich in einem Telegramm an Kaiser Wilhelm gegen „die erlogene Behauptung Clemenceaus": „Keine Intrigen werden unsere treue Waffenbrüderschaft gefährden." Darauf antwortete Kaiser Wilhelm: „Unsere Feinde, die in ehrlichem Kampfe gegen uns nichts vermögen, schrecken vor den unlautersten und niedrigsten Mitteln nicht zurück."

Nun rückte das Pariser Amt am 12. April mit dem angeblichen Text eines Briefes hervor, den Kaiser Karl an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Bourbon gerichtet habe und der am 31. März 1917 dem Sixtus-brief. Präsidenten Poincaré und darauf auch dem Ministerpräsidenten bekanntgegeben wurde. Der Kaiser sprach unter anderem darin die Hoffnung aus, daß seine und seiner Völker Sympathien für Frankreich für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes, für den ihn keine Verantwortlichkeit treffen kann, verhüten werden. Zu diesem Zweck möge Sixtus den Präsidenten Poincaré inoffiziell versichern, daß er die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde. Belgien soll hergestellt werden, ebenso Serbien mit einem Zugang zur Adria, nur müsse es jede Verbindung mit der Narodna Obrana aufgeben. Sixtus wird aufgefordert, Rücksprache mit Frankreich und England zu nehmen, um so eine Grundlage für ein Einvernehmen vorzubereiten und für offizielle Besprechungen. — Sofort erfolgte wieder von Wien aus die amtliche Feststellung, daß dieser Kaiserbrief „verfälscht" sei. Prinz Sixtus sei allerdings im Frühjahr 1917 mit der Herbeiführung einer Annäherung der kriegführenden Staaten befaßt gewesen. Der Kaiser habe seinem Schwager „einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben, der keinen Auftrag enthielt, eine Vermittlung beim Präsidenten der französischen Republik oder sonstwie einzuleiten und die ihm gemachten Mitteilungen weiterzugeben sowie Gegenerklärungen zu veranlassen und entgegenzunehmen. Dieser Brief erwähnte die belgische Frage überhaupt nicht und enthielt bezüglich Elsaß-Lothringens folgende Stelle:

„Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht." Der angebliche zweite Brief des Kaisers wurde nun selbst von Paris aus fallen gelassen. Die Sache wurde durch angebliche Enthüllungen nach dem Zusammenbruch noch mehr verdunkelt; jedenfalls hat Kaiser Karl durchaus loyal gehandelt.

In Paris suchte man sich noch mit folgender unflätigen Stilblüte herauszuwinden (14. April): „Es gibt verrottete Gewissen. In der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, um das Gesicht zu wahren, verfällt Kaiser Karl in das Stammeln eines in Verwirrung geratenen Menschen. Er ist nun darauf angewiesen, seinen Schwager der Fälschung zu beschuldigen, indem er mit eigener Hand einen lügenhaften Text des Dokumentes herstellt. Das Original, dessen Text von der französischen Regierung veröffentlicht wurde, war in Gegenwart des vom französischen Ministerpräsidenten delegierten Generalsekretärs im Ministerium des Äußern Jules Cambon mitgeteilt worden, welcher eine Kopie desselben mit Ermächtigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten übergeben hat. Der Prinz hat sich hierüber mit Ribot selbst in einer Weise unterhalten, welche keinen Sinn gehabt hätte, wenn der Text nicht jener gewesen wäre, der von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist. Ist es nicht offensichtlich, daß eine Besprechung nicht hätte eingeleitet werden können und daß der Präsident der Republik den Prinzen nicht einmal ein zweites Mal empfangen hätte, wenn dieser auf Initiative Österreich-Ungarns der Überbringer eines Schriftstückes gewesen wäre, das unsere Rechte bestritt, statt sie zu bestätigen? Der Brief des Kaisers Karl, so wie wir ihn zitiert haben, ist vom Prinzen Sixtus selbst Regierungsoberhäuptern gezeigt worden. Übrigens können zwei Freunde des Prinzen und insbesondere jener von ihnen die Authentizität des Briefes bestätigen, welcher ihn vom Prinzen erhalten hat, um ihn abzuschreiben." — Darauf wurde aus Wien amtlich verlautbart: „Die letzten Ausführungen des Herrn Clemenceau ändern nichts an der Wahrheit der bisherigen amtlichen Erklärungen des k. u. k. Ministeriums des Äußern. Prinz Sixtus von Bourbon, dessen Charakter eine Fälschung ausschließt, wurde derselben eben so wenig beschuldigt wie irgendeine andere spezielle Persönlichkeit, da vom k. u. k. Ministerium nicht festgestellt werden kann, wo die Unterschiebung des falschen Briefes erfolgt ist." Gleichzeitig (14. April) telegraphierte Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm: „Die Anschuldigungen Herrn Clemenceaus gegen mich sind so niedrig, daß ich nicht gesonnen bin, mit Frankreich über die Sache ferner zu diskutieren. Unsere weitere Antwort sind meine Kanonen im Westen." Die Grobheit der französischen Äußerungen beweist, auf welcher Seite das Unrecht lag.

Demission Czernins. Die Gründe, warum Graf Czernin daraufhin am 15. April seine Demission gab, die sofort angenommen wurde, dürften darin liegen, daß er den Kaiser in dieser Sache denn doch nicht genügend verteidigte, sondern mehr auf sein eigenes Prestige bedacht war; vor allem aber in dem diplomatischen Fehler, daß er Andeutungen über Verhandlungen machte, deren

Geheimhaltung er auch Clemenceau gegenüber schuldig war. Daher dessen Ärger. Czernin war am 7. nach Bukarest zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen mit Rumänien abgereist und am 12. zu kurzem Aufenthalt in Wien eingetroffen, so daß sich die Briefgeschichte mit der Friedensangelegenheit in hinderlicher Weise kreuzte. Das mag zu Czernins Entschuldigung dienen. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß sein mehrdeutiges Vorgehen in dieser Briefsache die bis zu diesem Augenblick feststehende Popularität des Kaiserpaars in einer tragischen und völlig grundlosen Weise erschütterte; denn dessen Loyalität in diesen wie in allen Dingen ist über jeden Zweifel erhaben. Es war lächerlich, die Kaiserin Zita französischer oder italienischer Sympathien zu verdächtigen, da sie aus dem in Frankreich und in Italien entthronten und verfolgten Hause Bourbon stammte. Hätte sie den Wunsch gehegt, einen Bourbon auf dem französischen Thron oder dem von Parma zu sehen, so wäre das viel erklärlicher und menschlicher gewesen; es war aber nur durch eine völlige Niederlage Frankreichs und Italiens möglich. Ebenso ist es vom Kaiser sehr korrekt, edel und dankenswert gehandelt gewesen, daß er jede Gelegenheit benutzte, um im Interesse der Mittelmächte den Frieden einzuleiten. Der Brief an seinen Schwager war ein „Aide-mémoire", wahrscheinlich deutsch konzipiert und dann ins Französische übertragen. Daß Clemenceau sich im Unrecht fühlte, geht aus der eines Waschweibes würdigen unflätigen Grobheit hervor. War die von ihm angegebene Fassung des Briefes echt, warum hat er dann nicht die Verhandlungen fortgesetzt? Darüber schwieg er, und seine politischen Freunde wagten es nicht, daraus einen gerechten Vorwurf zu schmieden.

An Stelle Czernins trat Stephan Baron Burian v. Rajecz, der bereits 1903 bis 1912 gemeinsamer Finanzminister, dann nach Berchtolds Rücktritt vom Jänner 1915 bis Dezember 1916 Minister des Äußern und Vorgänger Czernins war, von da an wieder gemeinsamer Finanzminister. Czernin wurde bei seinem Abgang noch mit allen Ehren vom edeldenkenden Kaiser bedacht, obwohl, wie man erzählte, seine Nervosität den Kaiser oft auf eine harte Geduldprobe gestellt hatte.

Man wird auch einen der wichtigsten Gründe für Czernins Rücktritt Czernin. in der Feindschaft sehen müssen, die er sich bei den slawischen Parteien der Monarchie zugezogen hatte. So hatte am 13. April eine tschechische Kundgebung in Prag stattgefunden, die gegen Czernins Äußerungen am 2. April gegenüber Weiskirchner gerichtet war. Es wurde dort unter Staneks Vorsitz folgende Resolution angenommen: „Tschechoslowakisches Volk! Der ungeheure Krieg eilt seinem Gipfelpunkte zu. Ungebrochen durch alle Leiden, glaubt unser Volk, daß ihm endlich ein neues, besseres Leben erblühen soll. Wir wollen nichts anderes als ein selbständiges Leben, die Verwaltung unserer Schicksale, wie dies jedes selbstbewußte Volk in der Kulturwelt anstrebt.

Das ist das nationale und internationale Recht eines Volkes, das Verdienste um die Kulturwelt hat und durch seine Bildung, seine moralischen Kräfte und seine wirtschaftliche Entwicklung stolz sich in die erste Reihe der demokratischen Völker der Welt gestellt hat . . . Wir werden ausharren, bis wir die Selbständigkeit unseres Volkes begründen werden . . . zum Wohle der künftigen befreiten Menschheit.“ — Um so entschiedener hatten sich die deutschen Parteien für die Politik des Grafen Czernin ausgesprochen, so im Namen der Christlichsozialen Vereinigung Obmann Hauser (3. April), im Namen der deutschnationalen Parteien Obmann Waldner (9. April). So auch die „Meraner Entschließung“ der deutschfreiheitlichen Parteien für Tirol (18. März), die am 24. erneuert wurde. Sie lautete: Seitdem die Völker Österreichs vor fünfzig Jahren dazu berufen wurden, an dem Schicksal des österreichischen Staates mitzuarbeiten, hat das deutsche Volk stets bekundet, daß es sein Wohl mit dem des Staates gleichlaufend betrachte; ja, es ging darin soweit, das eigene dem Staatswohle unterzuordnen. Dagegen waren die nichtdeutschen Völker schon im Frieden immer nur auf die Wahrung der eigenen Vorteile bedacht; im Kriege taten sie ihr Möglichstes, den Sieg unsern Feinden in die Hände zu spielen. Ihr Verhalten als Spione und Verräter auf dem Schlachtfelde hätte ohne Aufopferung der Deutschösterreicher das Ziel unserer Feinde, die Vernichtung Österreichs und seines Herrscherhauses, auch verwirklicht. Trotzdem werden aber die Staatsfeinde noch weiter mit Milde überschüttet, ja, ihre Bestrebungen nach größerer Selbständigkeit werden gefördert. Nicht einmal gegen jene Österreicher, die in den feindlichen Armeen gegen Österreich kämpfen, wagt die österreichische Regierung auch nur die Anwendung des Gesetzes anzukündigen. Es muß somit als aussichtslos bezeichnet werden, daß das Deutschtum in Österreich jemals die ihm gebührende Stellung erringt. Die Deutschen haben daher keine Ursache, sich weiter für einen Staat einzusetzen, der sie vernachlässigt und zurückdrängt; sie können ruhig zusehen, wie die Lenker Österreichs die Grundfesten dieses Staates beharrlich untergraben und dessen Weiterbestand gefährden. Auch wir Deutsche wollen in Hinkunft, geradeso wie die Nichtdeutschen Österreichs, unbekümmert um dessen Schicksal nur mehr auf unser eigenes Wohl bedacht sein“ (Erler, Kofler, Kraft). — Eine sonderbare Logik.

Burian erklärte, dieselbe Politik wie früher festhalten zu wollen, vor allem im treuen Festhalten an den bewährten Bündnissen. In diesem Sinn tauschte er auch Depeschen mit den Leitern der drei Bundesreiche aus.

Der Landesrat der baltischen Gebiete (Livland, Estland, Riga und Oesel) sprach sich am 13. für die Personalunion mit Preußen aus. — Das preußische Herrenhaus beschloß am 26., dem Antrag des Staatsanwalts um Erteilung der Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Fürsten Lichnowsky stattzugeben. — Hertling gab neue Versprechungen zur preußischen Wahlreform.

Rumänien. Die Friedensverhandlungen mit Rumänien gingen weiter; die türkischen Friedensverhandlungen mit der Ukraine und mit Rußland kamen zum günstigen Abschluß. Die Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien wurde vollzogen, ganz gegen den Willen der Ukraine. Die Ukrainische Regierung erklärte Beßarabien als Grenzgebiet der Ukrainischen Volks-

republik und betonte: „Obwohl die Gebiete der beiden dominierenden Völker, des ukrainischen und des moldauischen, miteinander verflochten sind, unterliegt es keinem Zweifel, daß in dem nördlichen Teil des beßarabischen Territoriums größtenteils Ukrainer leben und im südlichen Teil die Ukrainer die relative Mehrheit besitzen und auf diese Weise Beßarabien ein unteilbares Ganzes mit der Ukrainischen Volksrepublik bildet. Die ukrainische Regierung, die einen bedeutenden Teil des Schwarzen-Meer-Ufers beherrscht, in dessen westlichem Teil Odessa liegt, stellt sich auf den Standpunkt, daß jede Änderung der ehemaligen rumänisch-russischen Grenze die Interessen der Ukrainischen Volksrepublik stark berührt ..." Und die ukrainische Zentralrada in Kiew erklärte am 16: „Die Ukrainische Volksrepublik erkennt den Beschluß über Angliederung Beßarabiens an das rumänische Königreich nicht an, weil er dem freien Ausdruck der Wünsche aller Nationen, die Beßarabien bewohnen, nicht entspricht. Infolgedessen verlangt die Republik die Durchführung der freien Wünschekundgebung und die Ausschaltung jener Teile Beßarabiens, welche mit der Ukraine vereint sein wollen."

Lloyd George schlug am 9. April im Unterhaus sehr ernste Töne an: „Wir sind jetzt in die kritischeste Phase dieses schrecklichen Krieges getreten. Das Schicksal des Reiches, Europas, der Freiheit der ganzen Welt hängt von dem Erfolg ab, mit dem wir dem allerletzten dieser Angriffe Widerstand leisten und ihm begegnen ... Bis Oktober 1917 verhielt sich die Kampfstärke der Deutschen zu der der Alliierten wie zwei zu drei. Dann kam der Zusammenbruch in Rußland. Obschon deutsche Divisionen nach dem Westen gebracht wurden und trotz einiger österreichischer Unterstützung, war, als die Schlacht begann, die Kampfkraft der gesamten deutschen Armee an der Westfront nicht ganz gleich der gesamten Kampfstärke der Alliierten. Die Deutschen hatten indessen den Anfangsvorteil des Angreifers, des einheitlichen Oberbefehls und des trockenen nebeligen Wetters. Zu einer Zeit war die Lage kritisch. Der Feind brach durch. Aber die Lage wurde wiederhergestellt. Unsere Truppen zogen sich in Ordnung zurück, stellten die Verbindung zwischen den beiden Armeen wieder her und vereitelten die Absicht des Feindes. Wiedereinmal rettete der Britenmut, der von einer Niederlage nichts wissen wollte, Europa. Das Kriegskabinett hielt es allerdings für notwendig, General Gough vom Felddienst zurückzuberufen, bis die Tatsachen geprüft seien. Warme Anerkennung ist der Schnelligkeit zu zollen, mit der die französischen Reserven eingriffen. Die Hauptabsicht des Feindes, die britische und die französische Armee zu trennen, ist bisher mißglückt. Wir würden uns aber in einem verhängnisvollen Irrtum befinden, wenn wir die Schwere seiner Absicht unterschätzten. Das Kabinett hat alle Schritte unternommen, um Verstärkungen heranzubringen; eine so große Zahl von Truppen hat noch nie den Kanal in so kurzer Zeit überschritten ... Lächerlich ist die Behauptung, die britischen Streitkräfte wären durch Nebenunternehmungen vergeudet worden. Wären die französischen und britischen Divisionen nicht in Italien gewesen, so hätte es der österreichischen Armee frei- Lloyd George.

gestanden, ihre ganze Kraft an die Westfront zu werfen. Die Streitkräfte in Saloniki wurden um zwei Divisionen vermindert. In Mesopotamien steht nur eine weiße Division, in Ägypten und Palästina nur drei. Die übrigen sind indische oder gemischte Divisionen ... Der Feind hat sich endgültig entschlossen, in diesem Jahr die militärische Entscheidung zu suchen; das bedeutet eine Dauerschlacht von der Nordsee bis zur Adria. Alles hängt davon ab, daß wir unsere Kraft bis ans Ende aufrechterhalten, und mit amerikanischer Hilfe sind wir dazu imstande ... Es ist auch nicht möglich, länger den Ausschluß Irlands von der Dienstpflicht zu rechtfertigen; sie muß auf Irland ausgedehnt werden unter denselben Bedingungen wie in Großbritannien. Die Regierung beabsichtigt, vom Parlament die Annahme der Selbstregierung für Irland zu erlangen. So wird es möglich sein, die Mannschaftsersatzgesetze in dieser Woche zu erledigen. Um diese Schlacht zu gewinnen, müssen wir alle unsere Hilfsmittel einsetzen. Aber selbst wenn diese Schlacht verloren werden sollte, so ist damit der Krieg nicht zu Ende; denn solange wir das Meer haben, werden wir keinen deutschen Frieden annehmen. Aber wenn, wie ich glaube, die Schlacht gewonnen wird, so ist das Schicksal des Preußentums besiegelt." — Das Mannschaftsersatzgesetz wurde wohl für Britannien angenommen, aber die irischen Nationalisten Dillon und Dewlin erklärten, es wäre Wahnsinn, die Irland. Dienstpflicht in Irland einzuführen. In einer Versammlung zu Dublin 22. April beschlossen die nationalistischen Abgeordneten, nicht nach London zurückzukehren, sondern in Irland den Widerstand gegen die Dienstpflicht zu organisieren. Dewlin sagte, daß die Regierung trotz des Gesetzes keinen Mann in Irland bekommen werde. Er forderte die Iren auf, das Gesetz nicht anzuerkennen. Minister Barnes mahnte in einem Pressegespräch zur Geduld; die Dienstpflicht werde nicht mit Gewalt durchgeführt werden, ehe Irland nicht Homerule habe, und das könne noch monatelang dauern. Man schätzte die Zahl der Personen in Irland, die sich zum Widerstand gegen die Dienstpflicht durch das von den Bischöfen und politischen Führern vorgeschlagene Gelöbnis verpflichtet hatten, bereits auf drei Millionen.

In England wurde die Besorgnis laut, daß die Gesamtstärke der amerikanischen Unterstützungen geringer sein werde, als man gehofft hatte. Die Durchführung der Wehrpflichtnovelle drohte den Untergang vieler Industrien. Die große Schlacht in Frankreich und Flandern könne mit der Einnahme der französischen Kanalhäfen enden, und dann werde man eine Armee von älteren Leuten in England nötig haben.

Da sich die amerikanische Kriegshilfe etwas verzögerte, feuerte Präsi- Wilson. dent Wilson die Bundesgenossen durch eine Kriegsrede in Baltimore 6. April an: „Heute ist der Jahrestag unserer Annahme der Herausforderung Deutschlands zum Kampfe für unser Recht, frei zu leben. Die Nation ist erwacht. Sie weiß, daß, wenn der Krieg verloren wird, ihre Stellung als große Nation sowie ihre Mission in der Welt verloren sein wird ... Die Feinde haben in nicht mißzuverstehenden Ausdrücken erklärt, daß sie nicht Gerechtigkeit suchen, sondern die Herrschaft und das ungehinderte Durchsetzen ihres Willens. Die Deutschen antworteten durch ihre militärischen Führer, die Deutschland tatsächlich beherrschen. Man

kann nicht mißverstehen, was sie in Rußland, Finnland, der Ukraine und Rumänien getan haben, und Amerika ist zu der Annahme berechtigt, daß sie an der Westfront dasselbe tun würden, wenn sie könnten ... Die Absicht der Feinde ist ohne Zweifel, alle slawischen Völker, die auf der Balkanhalbinsel und die Völker in der Türkei ihrem Ehrgeiz untertan zu machen, ein Weltreich der Gewalt, der Gewinnsucht und der kommerziellen Oberherrschaft aufzubauen, das für Amerika ebenso feindselig wäre wie für Europa und das letzten Endes Persien, Indien und die Völker des fernen Ostens bemeistern würde ... Als ich einen gerechten Frieden vorschlug, kam die Antwort von den deutschen Befehlshabern in Rußland. Ich nehme diese Herausforderung an. Unsere Antwort ist: Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Maß und Grenzen, die rechte triumphierende Gewalt, die die Gesetze der Welt wieder in ihre Rechte einsetzt und jede selbstische Oberherrschaft in den Staub schleudern wird." Niemals hat ein preußischer General so blutdürstig, so säbelrasselnd und sporenklirrend, so brutal gesprochen wie hier der Friedens-Wilson. Wenn die Mittelmächte in den Friedensschlüssen im Osten schärfere Bedingungen stellten, so mußten sie das tun, da sich die Westmächte in ihrer Eroberungswut geweigert hatten, am allgemeinen Verständigungsfrieden teilzunehmen. Die Mittelmächte mußten sich bewußt bleiben, daß sie noch im Kriege standen und sich gegen jede Überraschung vorzusehen hatten.

Mit Rücksicht auf die Lage an der Westfront beschloß die englische und amerikanische Arbeiterschaft ihre Kriegszielpropaganda vorläufig aufzugeben, um nicht den Anschein zu erwecken, daß sie in dieser Stunde der Gefahr ihre Nation im Stiche ließ. Auf einer Konferenz der amerikanischen Arbeiterdelegierten, die am 30. April in England weilten, mit den Vertretern der englischen Arbeiterschaft, wiesen die amerikanischen Delegierten den Plan einer internationalen Sozialistenkonferenz, an der Vertreter der feindlichen Länder teilnehmen sollten, zurück. Ihr gegenwärtiges Ziel sei zurzeit nur die Niederlage Deutschlands; eine internationale Arbeiterkonferenz komme nicht in Frage, bevor nicht Deutschland seine Armeen aus den von ihm überrannten Ländern zurückziehe. Und da trieben die deutschen Sozialdemokraten ihren törichten und selbstmörderischen Internationalismus weiter. Arbeiter.

Guatemala erklärte sich als im Kriegszustande mit den Mittelmächten befindlich, indem es sich ganz den Vereinigten Staaten anschloß.

Japan erklärte, daß es keine Intervention in Sibirien vorhabe: „Japan ist nicht so schwach, um in einem derartigen Maße vom östlichen Vordringen Deutschlands erschreckt zu werden." Aber diesen heuchlerischen Worten Terauchis folgte am 5. April die Nachricht, daß japanische Truppen unter Admiral Kato in Wladiwostok gelandet seien, „um die Ordnung aufrechtzuerhalten". Sofort trug der Rat der Volksbeauftragten in Moskau allen Sowjets in Sibirien auf, dem japanischen Angriff auf russisches Japan.

Gebiet Widerstand zu leisten. Ein Manifest beschuldigte Japan, den Sturz der Republik herbeiführen und sich Sibiriens bemächtigen zu wollen. Es erklärte Japan für den Todfeind der Republik und verlangte eine Erklärung der Alliierten.

Trotz des russischen Friedens hörten die Kämpfe der Deutschen mit bolschewikischen Truppen in Finnland und der Ukraine nicht auf. Darum besetzten die Deutschen nacheinander Jekatarinoslaw, Charkow, Helsingfors, Hangö, in Taurien Tschaplinka und Melitopol, Simferopol in der Krim. Gemäß Verfügung Trotzkis und des französischen Botschafters begab sich eine tschechisch-slowakische Bande nach Frankreich, nachdem sie ihre Waffen den Sowjetbehörden ausgeliefert hatte. — Im letzten Halbjahr hatten die Mittelmächte 517.000 Gefangene gemacht, 7246 Geschütze, 20.000 Maschinengewehre, 300 Tanks erbeutet; in dieser Zeit wurden 1100 Flugzeuge und über 100 Fesselballone abgeschossen. Der Wert des erbeuteten Materials und der Vorräte belief sich auf viele Milliarden Mark. Im ganzen hatten die Mittelmächte 3,450,000 Gefangene gemacht; sie gewannen dadurch ein Arbeitsheer, das auf wichtigen Gebieten der Volkswirtschaft wertvolle Dienste leistete und einen großen Teil der zum Kriegsdienst einberufenen eigenen Kräfte ersetzte.

Kämpfe. Der Krieg an der albanischen und makedonischen Front, auch der gegen Italien nahm keinen größeren Umfang an. Dagegen wurde die deutsche Offensive gegen Frankreich und gegen die Engländer durch die Einnahme von Armentières (12. April), Bailleul und des Kemmelberges (26. April) gekrönt: ein ungeheurer Erfolg, der die ganze Entente zittern machte, aber leider im folgenden nicht festgehalten und ausgebaut werden konnte.

Deutsche Truppen kämpften im Verein mit osmanischen erfolgreich am Jordan. Die Türken nahmen Wan, Batum, Bajazid und Kars an der Kaukasusfront.

Da in Ungarn eine Verständigung über die Wahlrechtsfrage nicht zustande kam, trat das Ministerium Wekerle zurück (17. April).

Czernin. Die Berichte über Czernins Rücktritt will ich noch ergänzen durch das, was er in seiner späteren Rechtfertigungsrede vom 11. Dezember vorbrachte. Er wollte die Friedensschlüsse, wie er sagte, ganz ohne Annexionen durchführen, fand aber Widerspruch am deutschen Hauptquartier und mußte allerdings auch dem Umstand Rechnung tragen, daß es nicht zu einem allgemeinen Frieden kam. Wäre damals die Entente dazu bereit gewesen, so wäre das Prinzip: keine Annexionen vollkommen durchgedrungen. Die Stellung Czernins sei auch durch die Ereignisse im Hinterland, die ukrainischen Forderungen über das Cholmer Land und ganz Ostgalizien, die Ernährungskrise, die Streikbewegung, geschwächt worden. Alle Kompromißverhandlungen scheiterten daran, daß Kühlmann von der deutschen Heeresleitung zu raschem Vorgehen gezwungen wurde. Die deutsche Militärpartei habe auch mit ihrem unstillbaren Appetit den Frieden mit Rumänien erschwert, aber die hauptsächlichste Schwierigkeit kam bei den Bukarester Verhandlungen von Ungarn; das sei das Hauptmotiv seines Rücktrittes gewesen. All das entschuldigt ihn nicht.

Mai.

Der Friede mit Rumänien konnte endlich am 7. Mai im Schloß Cotroceni bei Bukarest unterzeichnet werden. Damit war der Friedenszustand auf der ganzen Ostfront hergestellt. Der Friedensvertrag nahm mit seinen rechtspolitischen und handelspolitischen Zusatzanträgen einen außerordentlichen Umfang ein. Von deutscher Seite unterzeichnete Kühlmann, von österreichisch-ungarischer Burian, für Bulgarien Radoslawow, für Rumänien Marghiloman, für die Türkei Nessimi Bei und andere. Rumänien konnte zufrieden sein, denn es hatte gegenüber kleinen Grenzberichtigungen an der österreichisch-ungarischen Grenze und dem Verlust der Dobrudscha zugunsten Bulgariens das reiche Beßarabien eingetauscht. An Bulgarien verlor es auch das 1913 eroberte Gebiet. Eine neue Donauschiffahrtsakte war zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei und Rumänien vorgesehen. Den Juden wurde volle Gleichberechtigung und Einbürgerung zugestanden. Zusatzverträge regelten den Austausch der Kriegsgefangenen und die Heimkehr der Zivilangehörigen, die Rechte der katholischen und reformierten Kirche, die Erdölfrage, den Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Rumänien, die Eisenbahnverhältnisse, die Pachtung der Werfte Turn-Severin. — Burian erklärte am 8. Mai in Budapest: „Der dritte Friedensvertrag hat auf unserer ganzen langen Ostfront von Meer zu Meer den Waffengang endgültig zum Schweigen gebracht. Dieser Friedensvertrag gibt den östlichen Grenzen unseres teuren Vaterlandes eine vollkommene endgültige Sicherheit. Die Gipfel der Karpathen werden fortan unangreifbar ihren Beruf erfüllen und Wache stehen. Ein wilder Angriff, wie er uns 1916 traf, wird nach menschlicher Berechnung fortan unmöglich sein. Die Gefühle unseres erhabenen gekrönten Königs waren von Anfang an, seitdem er den Thron bestiegen hat, unerschütterlich darauf gerichtet, jede Friedensmöglichkeit auszunützen. Dies hat er durch Taten bewiesen. Auch heute ist es sein Wille, mit allen Gegnern einen ehrlichen, gerechten, dauerverheißenden und versöhnenden Frieden zu schließen. Wir lauern sozusagen auf jede Gelegenheit, die uns dies gestattet. Auch weiterhin stehen wir da, in der einen Hand das Schwert, in der andern den Ölzweig. Der Ölzweig ist das Ziel, das Schwert nur das Mittel.“ Friede mit Rumänien.

Natürlich wurde der Bukarester Friede von den friedensgegnerischen Westmächten nicht anerkannt. Lord Cecil sagte in Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus 29. Mai, der Vertrag unterwerfe Rumänien einer vollständigen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Beherrschung durch die Mittelmächte. Es bleibe Pflicht der Verbündeten, bei der schließlichen Friedenskonferenz ihr Äußerstes zu tun, um eine Revision der auferlegten harten Bedingungen durchzusetzen. Es werde auch protestiert gegen die Ab-

schaffung der europäischen Donaukommission, die durch einen internationalen Vertrag (1856) eingesetzt wurde.

Ukraine. Indessen war die deutsche Autorität gezwungen, in der Ukraine schärfer aufzutreten. Schon Ende April machte sich in Kiew eine starke Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß richtete. Der verdienstvolle mit den deutschen Behörden zusammen arbeitende Direktor der Russischen Bank für auswärtigen Handel Dobry wurde im Namen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ verhaftet und nach Charkow weggeschleppt. Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn für Anarchie, die Regierung erwies sich als zu schwach, die Rechtssicherheit in Kiew zu sichern. Feldmarschall v. Eichhorn verfügte daher Einsetzung von Militärgerichten. Die Untersuchung führte am 28. April zur Verhaftung des Kriegsministers Shukowski, der Frau des Ministers des Innern Tkatschenko, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogaski und anderer. Plötzlich wurde die alte Rada und die bisherige Regierung durch in Kiew eingetroffene Bauerndeputierte gestürzt. Eine neu gebildete Regierung erklärte sofort, sich auf den Boden des Brest-Litowsker Friedens zu stellen. Darauf wurden die verhafteten Personen freigegeben. In Kiew hatten schon am 29. April Versammlungen von mehreren tausend Bauern aus der ganzen Ukraine stattgefunden, in denen die Unzufriedenheit mit der Politik der bisherigen Regierung zum Ausdruck kam. Die Bauern waren vor allem gegen die Landsozialisierung, die sie von der auf den 12. Mai einberufenen konstituierenden Versammlung erwarteten. Sie proklamierten den General Skoropadski, einen Abkömmling des alten Hetmans der Kosakenrepublik, zum Hetman. Er empfing von der Priesterschaft die Weihe. Der allukrainische Kongreß der Ackerbauern nahm auch am 29. April folgende Resolution an: „Der Besitz des Landes auf der Grundlage eines anderen Rechtes als das des Eigentums widerspricht der historischen Entwicklung. Daher fordern wir Wiederherstellung der freien Verfügung über das Land. Eine notwendige Agrarreform darf nicht als Gegenstand gelegentlicher Experimente der Regierungsorgane dienen, sondern muß Aufgabe der Gesetzgebung sein. Alle Betätigung der ukrainischen Regierung in der Agrarfrage war bisher auf die Ableugnung aller von uns dargelegten Forderungen und auf die Einführung eines dem ukrainischen Volke fremden Sozialismus gerichtet, was zur völligen Zerstörung allen landwirtschaftlichen Lebens im Lande geführt hat. Der Kongreß begrüßt den Sturz der Zentralrada. Es muß eine neue gesetzgebende Körperschaft einberufen werden, bestehend aus Vertretern aller schaffenden und staatlichen Elemente der Ukraine auf Grund eines Klassenwahlrechts. Die Wahlen zur Konstituante, die im Gewühl

des Bürgerkriegs, unter Nötigung, Brandstiftung und Erschießungen vor sich gegangen sind, können nicht als Willensäußerung des ukrainischen Volkes angesehen werden."

Diese Dinge wurden anfangs Mai bekannt. Vizekanzler v. Payer erklärte sie am 4. Mai im Hauptausschuß des Reichstages folgendermaßen: „Bekanntlich sind wir seinerzeit in die Ukraine auf den ausdrücklichen Wunsch der ukrainischen Regierung eingerückt, um dort die Ordnung zu schaffen, die zu schaffen der Regierung nicht gelingen wollte. Es war auch die Rücksicht auf die Ernährungsfrage, die uns dazu veranlaßte. Damals war ja die allgemeine Auffassung, daß dort noch Lebensmittel in großer Menge aufzutreiben seien. Die Ukraine verpflichtete sich, eine Million Tonnen Getreide zu liefern. Die Rada war aber dazu außerstande. Daß wir uns selbst darum bemühten, wurde von der Bevölkerung vielfach als Härte empfunden und war eine Quelle von Verstimmungen ... Die bisherige Organisation der Regierung hat absolut nicht funktioniert. Man kann weder beim Großgrundbesitz noch bei den Bauern etwas ohne die Juden kaufen. Nachdem die ukrainische Regierung vom kommunistischen Prinzip wieder zum Handel übergegangen ist, ist auch Aussicht vorhanden, daß wir etwas bekommen. Es ist ein neuer Vertrag zustande gekommen. Von der Gesamteinfuhr aus der Ukraine erhält mit Rücksicht auf die Lage in Österreich in den ersten zwei Monaten Österreich zwei Drittel, Deutschland ein Drittel, vom 1. Juni ab soll das Verhältnis umgekehrt sein." Über die östlichen Fragen äußerte sich Payer noch am 7. Mai: „Das Ziel unserer Politik gegenüber den Randvölkern, die sich durch den Zusammenbruch Rußlands aus dem Verbande dieses Reiches losgelöst und auf eigene Füße gestellt haben, ist, mit ihnen in Zukunft in Frieden und Freundschaft zu leben. Uns und ihnen wird es recht bekommen, wenn wir uns politisch, wirtschaftlich und kulturell und, soweit es angängig ist, auch militärisch nähern. Namentlich erhoffen wir Vorteile bezüglich der Ernährung und der Kolonisation. Der Anschluß dieser Staaten muß uns eine militärische Sicherung unserer Grenzen Rußland gegenüber verschaffen. Niemand kann voraussehen, ob wir nicht später einmal wieder in kriegerische Verwicklungen mit Rußland hineingezogen werden ... Der Weg unserer Politik ist der der Verständigung, nicht der Vergewaltigung. Die Dinge in den einzelnen Staaten liegen aber so verschieden, daß es unmöglich ist, alle gleichmäßig zu behandeln. Polen ist schon ein anerkannter großer Staat. Auch die historische Entwicklung, die geographische Lage ist zu berücksichtigen ... Der Grundgedanke unseres Einschreitens in Finnland ist gewesen, einen endgültigen Friedenszustand zu schaffen. Wir sind von der rechtmäßigen finnischen Regierung um unsern Einmarsch gebeten worden. Wir haben mit Finnland Verträge abgeschlossen. Estland und Livland müssen Regierung und Volksvertretung auf eine breitere Basis stellen, aber das ist ihre interne Angelegenheit. Auch die Litauer müssen sich eine eigene Verwaltung und Regierung schaffen. Wir können sie hiebei unterstützen. Was die Ukraine betrifft, so ist für uns die Frage, ob die Getreidelieferungen vertragsmäßig zur Ausfuhr kommen, wichtiger als die, wer der legitime Herrscher ist oder welche Lösung die Grundbesitzfrage finden wird." Durch die Erklärung, daß es kein Privateigentum an Grund und Boden gebe, war nämlich der ganze Landbau ins Stocken geraten.

Payer.

Am 23. Mai begannen die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen in Kiew unter dem Vorsitz Scheluchins. Jeder Satz der Rede Scheluchins wurde aus dem Ukrainischen ins Russische übersetzt; so entschieden beharrten die Ukrainer auf dem Recht ihrer selbständigen Sprache.

Sixtusbrief. Die Sache des Kaiserbriefes war noch nicht erledigt. Der „Manchester Guardian" ließ sich am 11. Mai von einem Pariser Korrespondenten den Inhalt des angeblichen zweiten Kaiserbriefes berichten, der noch wichtiger sei als der erste. Kaiser Karl habe sich in diesem zweiten Brief überzeugt erklärt, daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Entente ihre territorialen Forderungen auf Elsaß-Lothringen beschränke. Besetzte Gebiete sollen selbstredend geräumt und Belgien wiederhergestellt werden. Der Kaiser habe sich bereits der Zustimmung Bulgariens versichert. Er habe von der französischen Regierung das Ehrenwort der Verschwiegenheit verlangt und erhalten. Poincaré habe während der Verhandlungen vorgeschlagen, daß die Monarchie im Tausch gegen Schlesien Triest und Trentino an Italien abtreten solle. Kaiser Karl habe ironisch geantwortet, er halte Trentino besetzt, Frankreich aber nicht Schlesien. Ribot habe auf die ihm durch den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Fragen geantwortet, er habe zu wählen gehabt zwischen der Ablehnung des Vorschlages der Monarchie und dem Bruche mit Italien. Auch Lloyd George habe erst nach langem Zögern der von Sonnino gewünschten ablehnenden Antwort beigestimmt. Lloyd George habe mehrmals die Wichtigkeit der österreichischen Vorschläge hervorgehoben und den Wunsch befürwortet, eine so schöne Gelegenheit, um Frieden zu schließen, nicht passieren zu lassen. Poincaré machte jedoch prinzipiell Einwendung gegen alle Friedensverhandlungen und behauptete, der Krieg könne nur durch einen völligen militärischen Sieg der Entente beendet werden. Im vorigen Sommer seien abermals Vorschläge an Briand gemacht worden. Über die Briefe des Kaisers seien die russische und die amerikanische Regierung erst informiert worden, nachdem die Vorschläge abgelehnt waren. — Von amtlicher Wiener Seite wurde der angebliche zweite Brief des Kaisers als gar nicht existierend, sondern als neuerliches Machwerk der Entente bezeichnet.

Im englischen Unterhaus stellte der friedfertige Runciman am 17. Mai an Balfour die Frage, warum man die Verhandlungen, die durch den Kaiserbrief bezeichnet werden, fallen ließ. Balfour antwortete: „Der Brief war ein Privatbrief des Kaisers Karl an einen Verwandten, den dieser dem französischen Präsidenten und Ministerpräsidenten unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit übergab, ohne Genehmigung, ihn einem andern als dem Premierminister und dem Monarchen unseres Landes mitzuteilen. Wilson war davon nicht unterrichtet." Outhweite fragte, da Balfour auszuweichen suchte, ob es wahr sei, daß Poincaré die Anregung Kaiser Karls durch die Forderung auf eine weitere Ausdehnung des von

Deutschland zurückgeforderten Gebiets beantwortete. Balfour antwortete wieder ausweichend, die Anregungen Kaiser Karls und des Deutschen Kaisers seien wohl ein Teil der Friedensoffensive gewesen, durch welche eine Partei Friedensvorschläge beabsichtigte, die nicht dem Frieden, sondern nur die Trennung ihrer Gegner beabsichtigte. „Darum sollte Frankreich Elsaß-Lothringen, Italien aber nichts erhalten. Da wir es mit einem in seinen Methoden so zynischen Volke wie dem der Mittelmächte zu tun hatten, war eine Art von Gegenangriff notwendig, und der Gegenangriff Clemenceaus scheint durchaus wirksam gewesen zu sein. Ich glaube, die Anstrengungen der Mittelmächte sind niemals im Interesse des Friedens gemacht worden, sondern immer zu dem Ziele, die Alliierten zu trennen. Die Franzosen wenigstens kamen zum Schluß, daß Kaiser Karls Brief keine befriedigende Grundlage für einen ehrenvollen Frieden darbot."

Jeder Zweifel über die vollständige Einigkeit der beiden Kaiser wurde durch den Besuch behoben, den Kaiser Karl mit Burian am 12. Mai dem Deutschen Kaiser im Hauptquartier abstattete; zugegen waren auch der Reichskanzler, Hindenburg, Ludendorff, Kühlmann und Graf Wedel, der deutsche Botschafter in Wien. „Zwischen den beiden Verbündeten und ihren Ratgebern fand eine herzliche Aussprache und eine eingehende Erörterung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchien berühren. Hiebei ergab sich volles Einvernehmen in allen diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Die Richtlinien der in Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest. In dem Gange der Besprechungen trat in erfreulicher Weise zutage, wie hoch von beiden Seiten das nunmehr auch im Verteidigungskriege so glorreich erprobte langjährige enge Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche bewertet wird." So die offizielle Kundgebung, die noch also näher erläutert wurde: „Der Ausbau und die Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich kann selbstverständlich für die militärischen Verhältnisse nicht ohne Niederschlag bleiben. Schon als der Krieg ausbrach, boten eine nach ähnlichen Grundsätzen gehandhabte Ausbildung der Truppen und Führer und gleich hohe Bewertung der Manneszucht, vor allem aber eine in Bundeskriegen einzig dastehende Interessengemeinschaft die Gewähr für rasches, erfolgreiches Zusammenarbeiten. Dieses Zusammenarbeiten wurde mit zunehmender Komplizierung der Kriegslage immer inniger. Alles, was auf militärischem Gebiet im Krieg neu geschaffen wurde, kam beiden Armeen in gleicher Weise zustatten; alles was an Ungeahntem und Unerschöpflichem dazuzulernen war, lernten beide gemeinsam, einer vom andern. So konnte auch die stärkste Vermischung österreichischer und

Kaiserbesuch.

Bundesverhältnis.

deutscher Abteilungen die Einheit der Kriegshandlung nie im geringsten stören. Dies bildet eine der Hauptursachen dafür, daß es uns möglich war, gegen eine Welt von Feinden siegreich durchzuhalten. Die Einheit der Front war ohne Künstelei geschaffen. Die Heeresleitungen hatten ein Kriegswerkzeug. Gerade die gemeinsame Verteidigung, der allein das Bündnis der Mittelmächte gilt, erheischt dringend, daß die im Krieg aus den Verhältnissen gewordene Einheitlichkeit der Heere gewahrt bleibe. Dazu gehört eine Annäherung in der Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung, gemeinsame Vorarbeit für die militärische und wirtschaftliche Mobilisierung ..."

Kaiserreise. Kaiser Karl und Kaiserin Zita reisten am 16. von Baden nach Sofia und Konstantinopel, um den beiden andern Verbündeten ihren Antrittsbesuch abzustatten. Graf Burian war Teilnehmer der Fahrt. Ferdinand von Bulgarien sprach von den festen Banden zwischen beiden Mächten. „Diese Bande berechtigen unsern Wunsch nach einer gemeinsamen Grenze, den wir heute verwirklicht sehen und der der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Bulgariens einen neuen Ansporn geben und eine Brücke zwischen meinem Lande und den Mittelmächten bilden wird. Möge der Allmächtige, der uns bisher seinen Segen in dem ungleichen, aber glorreichen Kampfe nicht vorenthalten hat, unsere gemeinsame Sache auch fernerhin unterstützen und sie einer glücklichen, allen Verbündeten gerecht werdenden Lösung entgegenführen!" Kaiser Karl erwiderte: „In unerschütterlicher Bundestreue kämpft das tapfere Volk der Bulgaren als unser Waffengenosse seit Jahren den schweren Kampf, den wir gemeinsam um unsere Existenz, unsere Freiheit und Unabhängigkeit zu führen genötigt sind. Noch ist das Ziel nicht voll erreicht. Mit unverzagtem Vertrauen sehe ich jedoch den Tag herannahen, der unsere Völker für alle Leiden mit einem ehrenvollen, segensreichen Frieden belohnt ..." — Bemerkenswert war auch die Rede des Sultans 20. Mai: „Ihrer Rechte bewußt, sind unsere Völker entschlossen, das von den Vorfahren vermachte moralische und territoriale Erbe in voller Unversehrtheit zu verteidigen. Indem wir seit Beginn des gigantischen Krieges nur die Verteidigung unserer Rechte verfolgen, ist es uns stets am Herzen gelegen, ein größeres Blutvergießen durch Abschluß eines gerechten und ehrenvollen Friedens zu verhindern ..."

Finnland. Finnland schloß am 29. Frieden mit Österreich (zu Wien); in Berlin mit der Türkei (11. Mai).

Livland und Estland erklärten sich für unabhängig. Das Deutsche Reich anerkannte auch die Unabhängigkeit Litauens.

Die Völker Nordkaukasiens hatten „regelrecht" eine Nationalversammlung gewählt, welche bereits in ihrer Tagung im September 1917 die Gründung einer Vereinigung der Eingebornen Nordkaukasiens verkündet

und eine Regierung bestellt hatte. Diese machte nun angesichts der in Rußland herrschenden Anarchie vom Rechte der Selbstbestimmung Gebrauch, das die Petersburger Regierung selbst allen Völkern des ehemaligen Zarenreiches zuerkannt hatte, und beschloß die Trennung von Rußland sowie die Errichtung eines unabhängigen Staates. Dieser umfaßte die Provinzen Daghestan, Terek, Stawropol, Kuban, Schwarzes Meer und hatte im Westen das Schwarze Meer, im Osten das Kaspische Meer, im Süden noch mit der Regierung von Transkaukasien näher zu bestimmende Grenzen. Unterzeichnet waren Abdul Medschid, Tschermojew, Haidar, Bamatow.

Der frühere Zar, die Zarin und eine ihrer Töchter wurden, da angeblich die Bauern der Umgebung von Tobolsk und monarchistische Gruppen ihnen zur Flucht zu verhelfen suchten, durch eine Verfügung des Sowjet nach Jekaterinburg überführt. Die Zarin-Witwe, die Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michailowitsch fielen auf dem Gute Djulbar südlich von Jalta auf der Krim in deutsche Gewalt. Sie waren bisher von fünfundzwanzig Matrosen bewacht und völlig von der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Zar.

Nicaragua und Costarica erklärten sich als im Kriegszustand mit den Mittelmächten befindlich.

Der englische Blockademinister Lord Robert Cecil machte in einem Gespräch abenteuerliche Äußerungen über die „Friedensoffensive" der Deutschen: „Sie wollen wirtschaftlich im Osten festen Fuß fassen; wenn sie dann die Hilfsquellen Rußlands zur Verfügung haben, glauben sie den Kampf mit der ganzen Welt für immer fortsetzen zu können und unbesiegbar zu sein. Die neue Friedensoffensive wird sich vermutlich gegen England richten, das heißt, man wird Vorschläge machen, die für England Anziehungskraft haben sollen." Balfour stellte aber am 6. Mai fest, es sei in der letzten Zeit kein Friedensanerbieten gemacht worden und es sei kein Vertreter eines neutralen Landes hier, der den Versuch unverbindlicher Friedensvorschläge gemacht habe. Friedensoffensive.

Lloyd George sprach am 25. in Edinburg über den Stand des Krieges: „Seit achtzehn Monaten stehe ich an der Spitze der Regierung, während der unruhigsten Zeit der englischen Geschichte. Seither haben wir mit zwei widrigen Umständen zu kämpfen gehabt. Der Zusammenbruch Rußlands war für den Feind in einer Zeit, wo das Menschenmaterial aller Kriegführenden nahezu erschöpft war, eine außerordentliche Hilfe. Auf die amerikanische Hilfe kann zunächst nicht gerechnet werden. Es nimmt Zeit in Anspruch, Heere auszuheben und auszubilden. Trotz aller Bemühungen gewährt Amerika augenblicklich nur ein Fünftel der Unterstützung, die Rußland geboten hätte. Die andere widrige Entwicklung ist der unbeschränkte U-Boot-Krieg. Er hat zuerst Erfolg gehabt und war eine große Gefahr. Aber es konnte der Bau der Handelsflotte reorganisiert werden. Dann war die Einschränkung des englischen Eigenbedarfs, die Vermehrung der heimischen Lebensmittel-, Erz- und Holzerzeugung ein notwendiges Erfordernis. So wurden wir der U-Boot-Pest Herr. Wir haben zwei der Nester angegriffen und den Zugang zu ihnen geschlossen (Ostende und Zeebrügge). Wir stehen unmittelbar vor einem großen Angriff, und die besten Kenner der Lage haben das größte Vertrauen zu seinem Ausgange. Ich habe heute mehr Vertrauen als seit dem Beginn des Krieges. Ich habe die Einheitlichkeit des Oberbefehls

durchgesetzt. Jetzt, wo wir uns dem dritten Stadium der größten Schlacht der Weltgeschichte nähern, die bedeutendere Folgen für das Menschengeschlecht haben wird als irgendeine andere Schlacht, freue ich mich, an der Spitze der Freiheitsheere einen Mann von Fochs überlegenem Genie zu sehen. Für die Deutschen wie für uns gilt in den nächsten Wochen ein Wettrennen zwischen Hindenburg und dem Präsidenten Wilson. Die Deutschen spannen alle Nerven an, um das Ziel zu erreichen, ehe die amerikanische Hilfe für die Verbündeten wirksam wird ... Die Deutschen wollen den Krieg nicht beenden, bis ihr Korb so voll ist, als sie ihn tragen können. Das war das Schicksal Rußlands ... Es besteht kein Zweifel, daß sich einige Iren mit den deutschen Militärbehörden verschworen haben. Man traf Vorbereitungen für eine große Erhebung in Irland und die Verschwörer wollten den Augenblick benützen, der für uns kritisch zu sein schien. Hätte die Regierung nicht gehandelt, so hätte sie verdient, in den Anklagezustand versetzt zu werden. Die Führer der Nationalisten haben mit der Verschwörung nichts zu tun gehabt." Gegen diese angebliche „deutsche Verschwörung in Irland" wurden von der Regierung scharfe Maßregeln ergriffen, „um die treulose Verschwörung und die verräterischen Bestrebungen der Deutschen, die die Ehre der Iren zum Nutzen Deutschlands antasten wollen, zu unterdrücken". Man hoffte noch immer, den „freiwilligen Diensteintritt der Iren ins Heer Seiner Majestät zu erreichen, in der Erwartung, daß Irland, ohne Dienstzwang, in entsprechender Form zur Wehrmacht beitragen werde im richtigen Verhältnis zu den Beiträgen der übrigen Teile des Reiches".

Pariser Kongreßbüro.

Viel erfolgreicher war die Verschwörung der Entente mit österreichischen Verrätern. Der französische Ministerpräsident Clemenceau empfing am 5. Mai die Mitglieder des Kongreßbüros der von Österreich-Ungarn „unterdrückten" Nationalitäten. Sie wurden ihm von Franklin Bouillon, dem Präsidenten des parlamentarischen Komitees für die Aktion im Ausland, vorgestellt. Es waren die Polen Seyda und Zaleski, die Rumänen Draghicesco und Lupu, die Tschechoslowaken Benesch und Sychrava, der Jugoslawe de Giulli-Boivovitsch. Der Minister gab dem äußerst lebhaften Interesse Ausdruck, das er dem Gelingen des Pariser Kongresses entgegenbringe, sowie der innigen Sympathie, welche die Sache der unterdrückten Nationalitäten der Regierung einflöße. Es ist zum Lachen, daß sich die französische Regierung also öffentlich mit Untertanen eines andern Reiches verschwor, während man die Deutschen der Verschwörung mit den Iren anklagte, die hundertmal unterdrückter waren als die gehätschelten Tschechen usw. Aber der armen, unglücklichen Iren nahmen sich diese Freiheitsheuchler nicht an.

Der französische Kammerausschuß prüfte nachträglich die Sache der Friedensbesprechungen von 1917 und 1918 und stellte natürlich fest, daß diese Besprechungen in keinem Zeitpunkte die Gelegenheit zum Abschluß eines für Frankreich und seine Verbündeten annehmbaren Friedens geboten hätten (9. Mai). Damit wurde die Ungeschicklichkeit oder das Verbrechen der französischen Regierung gerechtfertigt.

Präsident Wilson hielt es am 20. Mai auch noch für angezeigt, sich gegen die Friedensoffensive zu wehren. Er sagte unter anderm: „Die erste Pflicht ist, den Krieg groß und würdig zu gewinnen. Jüngst wurde gesagt, wir müßten fünf Millionen Mann aufstellen. Warum uns auf fünf Millionen beschränken? Wir können von unserer grimmigen Entschlossenheit, den Krieg zu gewinnen, nicht durch irgendeine unaufrichtige Annäherung abgebracht werden. Ich habe die vertraulichen Mitteilungen geprüft und sie für unaufrichtig befunden. Sie sind ein Versuch, freie Hand, besonders im Osten zu erhalten und die Eroberungs- und Ausbeutungspläne zu verwirklichen. Was mich angeht, ich will bei Rußland und bei Frankreich stehen. Die Hilflosen sind es, die Unterstützung brauchen. Der Ruhm dieses Krieges ist, soweit wir betroffen sind, daß es vielleicht zum erstenmal in der Geschichte ein selbstloser Krieg ist. Ich kann stolz sein, für die Menschheit zu kämpfen. Wenn jene den Frieden wollen, mögen sie vortreten und durch beglaubigte Vertreter ihre Bedingungen auf den Tisch legen lassen. Wir haben die unsrigen niedergelegt . . . Kein hundertjähriger Friede hätte das amerikanische Volk in einem solchen Maße einigen können, wie dies eine Jahr. Das Schauspiel, das sich darbietet, ist ein Kampf von vier Nationen, die selbstsüchtig nach Vergrößerung streben, gegen dreiundzwanzig Regierungen, die den größeren Teil der Welt repräsentieren und zu einem neuen Gemeinschaftszwecke sowie zu einer neuen Einheit des Lebens verbunden sind. Ein neuer Tag der Pflicht ist angebrochen. Diese Pflicht fordert, daß einer dem andern diene und daß keiner sich an diesem Krieg bereichere." — Am 31. Mai nahm das Repräsentantenhaus zu Washington die größte Armeevorlage der amerikanischen Geschichte an. Es wurde darin ein Kredit von zwölf Milliarden Dollar bewilligt und der Präsident ermächtigt, alle Männer, die ausgebildet und ausgerüstet werden können, zum Militärdienst heranzuziehen. Damit begannen die Vereinigten Staaten den Gipfel ihrer militärischen Phase zu erklimmen. Wilson.

Eine Entsprechung dazu bildete die Nachricht, daß die japanische Regierung ein Abkommen mit China getroffen habe, angeblich zur Vorbereitung eines militärischen Zusammenwirkens gegen das Eindringen der Deutschen in den äußersten Osten. Das bedeutete ein förmliches japanisches Protektorat über China. Japan benützte die Gelegenheit, da Amerika und England anderweitig beschäftigt waren. Die Sache wurde, um harmlos zu erscheinen, den alliierten Mächten mitgeteilt. Der Vertrag war vom 16. Mai datiert.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde das allgemeine gleiche Wahlrecht am 2. August abgelehnt, das Pluralwahlrecht angenommen. Die Regierung bestand aber auf dem gleichen Wahlrecht und drohte mit der Auflösung des Hauses.

Indessen tobte der Krieg noch immer auf allen Fronten. Die Deutschen kamen im Kampfe mit bolschewikischen Scharen immer tiefer nach Rußland hinein, nahmen Sebastopol, besetzten die Krim, marschierten ins Donezgebiet, drangen bis zum Azowschen Meer vor und befreiten Südwestfinnland von der Roten Garde. Die Bolschewiken ermordeten den russischen General Rennenkampf in Taganrog, das nun auch von den Kämpfe.

Deutschen besetzt wurde. In Albanien flauten die Kämpfe ab. Südlich vom Doiransee griffen Engländer die Bulgaren an. — Gegen die Italiener wurde sowohl an der Piave wie an der Gebirgsfront stellenweise gefochten. Man schätzte den Menschenverlust der Italiener seit Kriegsbeginn auf 2,250.000 Mann, den Verlust an Geschützen auf 2000, an Maschinengewehren auf 3000, die sonstige Beute auf 4500 Waggonladungen. Den Italienern waren bei Kriegsbeginn 2240 Quadratkilometer Boden am Isonzo und in Tirol freiwillig überlassen worden. In achtundzwanzig Kampfmonaten vermochten sie hiezu nur 335 Quadratkilometer zu besetzen. Das aufgegebene Gelände wurde durch die Herbstoffensive fast vollständig wieder gewonnen, dazu wurden noch etwa 12.000 Quadratkilometer italienischen Gebietes erobert.

Aber zweifellos wogten die Entscheidungskämpfe in Frankreich und Flandern. Hier waren die stärksten Kräfte eingesetzt. Hier galt es ein Ringen um das Letzte. Die Franzosen griffen am 5. am Kemmel und bei Bailleul an, die Engländer auf dem Nordufer der Lys. Jedenfalls war die große Offensive der Deutschen dort zum Stehen gebracht. Die feindliche Offensive wurde immer mächtiger vom 20. an. Noch einmal gelang es den Deutschen am 28., den „Chemin des Dames“ zu erstürmen, den langgestreckten Bergrücken, an dem der große Durchbruchsversuch der Franzosen im Frühjahr 1917 zerschellte und den die Deutschen im Herbst wieder geräumt hatten; es wurden 15.000 Gefangene gemacht. Und gegen Ende des Monats war in neuerlichen gigantischen Vorstößen der Deutschen die Marne erreicht. Soissons wurde genommen, die Beute war ungeheuer: 45.000 Gefangene, über 400 Geschütze, Tausende von Maschinengewehren. Es schien sich wieder die siegreiche Aussicht zu bieten wie beim ersten Vorstoß 1914.

Seekrieg. Was den Unterseebootkrieg betrifft, so wurde von deutscher Seite der Sperrangriff auf Ostende (10. Mai) als völlig gescheitert bezeichnet. Admiral v. Capelle erklärte am 11. Mai, der Zuwachs an Tauchbooten übertreffe die Verluste. „Das gibt uns sichere Aussicht auf den schließlichen Erfolg.“ Ein neuer großer Luftangriff auf London 20. Mai hatte große Brände im Innern der Stadt und in den Docks zur Folge. Auch Dover, Chelmsford, Chatham und Southend wurden von Bombenflugzeugen angegriffen.

Jordan. Der Vorstoß englischer Brigaden von Jericho aus über den Jordan nach Osten und Nordosten wurde am 7. nach fünftägigen Kämpfen zum Scheitern gebracht. Deutsche Truppen kämpften an der Seite der Türken.

Südslawen. Deutsch-alpenländische Abordnungen kamen nach Wien, um beim Ministerpräsidenten Seidler und beim Kaiser über die staatsrechtlichen Bestrebungen der Südslawen Beschwerde zu führen (25. Mai). Der Landeshauptmann von Kärnten Freiherr v. Aichelburg bat den Monarchen, der südslawischen Bewegung mit majestätischer Kraft ein „Bis hieher und nicht weiter!“ zu gebieten. Kaiser Karl dankte für den warmen Ausdruck altösterreichischer

patriotischer Gefühle und fuhr fort: „Schon in den letzten Jahrzehnten hat sich das unabweisliche Bedürfnis herausgestellt, die noch offenen nationalen Fragen des Staatswesens einer Lösung zuzuführen. In unsern Tagen ist dieses Bedürfnis noch dringender geworden. Wenn das Vaterland nach der ihm auferlegten und glänzend bestandenen Prüfung die ganze Fülle seiner reichen Hilfsmittel in den Dienst eines neuen wirtschaftlichen und geistigen Aufschwunges stellen soll, müssen die immer wiederkehrenden Anlässe zu unerquicklichen und kraftverzehrenden Reibungen beseitigt werden. Darum gilt es, die Bedingungen für das Zusammenleben der einzelnen Völker im Staate zu klären und zu verbessern. In welchen Formen dies schließlich geschehen wird, dem will ich heute nicht vorgreifen. Aber welche Änderungen immer in den Einrichtungen des Staatswesens Platz greifen werden, die Festigkeit seines Gefüges darf keine Lockerung erfahren. Ebenso wenig dürfen die historischen Rechte und Überlieferungen der Länder beeinträchtigt werden. Meine Regierung wird bei allem Bestreben, einer förderlichen Entwicklung die Wege zu ebnen, doch immer auf Seite jener stehen, die das heilige Erbe einer glorreichen Vergangenheit hochhalten und es den kommenden Geschlechtern unversehrt bewahren wollen . . ." — Für Untersteiermark, Krain, Triest und das Küstenland waren außer deutschen Vertretern dieser Gebiete auch solche der slowenischen Stajerc-Partei erschienen, die sich in gleichem Sinne aussprachen; es war der Bürgermeister von Pettau Ornig, der Vertreter der Stajerc-Partei Linhart, Dechant Erker, Bürgermeister Loj von Gottschee, Direktor Pammer als Vertreter der Deutschen in Laibach, Dr. Krauseneck für die Deutschen Triests. Der Kaiser antwortete: „Besonders erfreut es mich, in Ihren Worten einen wahrhaft erhebenden Gleichklang der Gefühle bei beiden in den nämlichen Gebieten seßhaften Volksstämmen zu vernehmen und darin eine neue Probe des echten gut österreichischen Geistes zu erhalten, der durch ein verständnisvolles Sichineinanderfinden der Nationalitäten sie zu einer höheren, mächtigen und segenbringenden Einheit zusammenzufassen weiß... Manches ist der Verbesserung bedürftig. Eine Lösung kann nur im österreichischen Rahmen erfolgen, sie darf die historischen Eigentümlichkeiten der Länder und die Festigkeit ihres Zusammenschlusses, die Freiheit unserer großen Wirtschaftswege, die Kraft und das Gedeihen des Staatswesens auch nicht im mindesten beeinträchtigen . . ." — Zum Schluß empfing der Kaiser eine Deputation des Deutschen Frauenbundes Steiermarks (Frau Schreiner), zu der er unter anderm sprach: „Im Rahmen des großen Werkes, an das das Vaterland wird schreiten müssen, um nach den Stürmen des Weltkriegs die Grundlagen einer gedeihlichen Entwicklung auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete zu schaffen, ist dem deutschen Volk in Österreich eine große und wichtige Aufgabe zugedacht . . . Ich zähle auf die treue und bewährte Mitarbeit der Deutschen an der Pflege der staatlichen Interessen. Schon darin mögen Sie eine volle Beruhigung finden, daß die Rechte des deutschen Volkes, die Bedingungen für die Wahrung und Entwicklung seines Volkstums und seine erprobte Geltung im Staate niemals irgendeine Beeinträchtigung erfahren werden . . . Seien Sie überzeugt, daß die Prüfung (Ihrer einzelnen Wünsche) im Geiste jener Anerkennung und Dankbarkeit erfolgen wird, auf die das deutsche Volk auf Grund seiner Haltung in der ganzen vaterländischen Geschichte vollen Anspruch hat." — Am 26. reiste das Kaiserpaar auf einige Stunden nach Ofen, um auch dort einige Abordnungen zu empfangen.

Reichsrat. Als am 3. der österreichische Reichsrat vertagt wurde, wurde hiezu amtlich mitgeteilt: „Wir stehen in der letzten, entscheidenden Phase des Krieges. Im Osten bedroht uns kein Feind mehr; aber es gilt, in festem und treuem Zusammenschlusse mit dem Deutschen Reich und unsern andern Verbündeten auch die übrigen Gegner zum Verzicht auf ihre feindseligen Absichten zu zwingen ... In militärischer Beziehung dürfen wir stolz auf die bereits erzielten Erfolge zurückblicken; in wirtschaftlicher Hinsicht aber haben sich mit der langen Dauer des Kriegszustandes die Schwierigkeiten gesteigert. Wir gehen jetzt durch die Zeit der ernstesten Prüfung ... Dennoch vermochte der Gang der parlamentarischen Arbeit sich den Bedürfnissen der Zeit nicht hinlänglich anzupassen. Immer wieder hemmte die Nachwirkung alter Streitfragen und das Hervortreten unerfüllbarer Zukunftswünsche die volle Verwertung der reichen staatlichen Energien ... Die Regierung hat es nicht an Versuchen fehlen lassen, in Gemeinschaft mit dem Reichsrate Wandel zu schaffen ... Leider ist der Erfolg bisher ausgeblieben. Wie die Dinge liegen, würde die Wiederaufnahme der Verhandlungen des Reichsrates nur zu einer Verschärfung der Gegensätze führen ... Bis zum Wiederzusammentritte des Parlaments wird die Regierung ihre Kraft den wirtschaftlichen Problemen, vor allem der Volksernährung, zuwenden. Zugleich wird sie sich bemühen, vorhandene Möglichkeiten der Verständigung zu pflegen und zur Reife zu bringen. Ihr Ziel bleibt, das alte, glorreiche Österreich aus den Stürmen des Krieges glücklich herauszuführen und ihm innerhalb der versöhnten Welt einen Platz zu sichern, auf dem es sich ruhmreich behaupten und kraftvoll entwickeln soll, als *Hort* für seine *Völker* und alle ihre *Schichten*.“

Diese notwendige Vertagung wurde von allen Parteien sehr mißmutig aufgenommen, am unwilligsten von den Sozialdemokraten, die in einem Aufruf vom 5. Mai geradezu zur Revolution aufreizten mit den Worten: „Arbeiter und Arbeiterinnen! Seid auf der Hut! Verzettelt eure Kraft nicht in Einzelkämpfen! Laßt euch nicht zu plan- und ziellosen Aktionen verleiten, die, in ungünstiger Stunde unternommen, nur zu Niederlagen der Arbeiterklasse führen würden! Aber seid einig, wachsam und haltet euch bereit, in den Kampf zu treten, wenn er notwendig werden, wenn der Ruf an euch ergehen sollte.“

Tschechen. Bei Gelegenheit des fünfzigjährigen Jubiläums der Grundsteinlegung des *tschechischen Nationaltheaters* in *Prag* fand am 17. Mai eine politische Beratung statt, an der außer den tschechischen Abgeordneten auch Vertreter der Polen, Slowenen, Kroaten, Serben und Italiener teilnahmen. Sie erklärten, daß ihre Nationen seit Jahrhunderten unter dem Druck fremder Nationen litten und „vereinigten sich im einmütigen Willen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit ihre Nationen nach diesem schrecklichen Krieg ihre Befreiung erreichen und auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes zu einem neuen, freien Leben auferstehen. Die Teilnehmer der Versammlung sind einig in der Überzeugung, daß eine bessere Zukunft ihrer Völker nur auf den festen Grundlagen der *Weltdemokratie*, auf einer wahren und

suveränen **Volksherrschaft** innerhalb der Nationen und durch einen mit autoritativer Gewalt ausgestatteten Zwischenstaatsbund gegründet und dauernd gesichert werden kann. Sie lehnen alle staatlichen Verträge ab, die nicht durch den suveränen Willen der Nationen bestätigt sind. Sie sind überzeugt, daß der Friede, nach welchem sie sich mit allen andern demokratischen Parteien und Nationen der Welt sehnen, nur dann ein gerechter und dauernder sein kann, wenn er die Welt in der gegenwärtigen unerträglichen Zeit von der Oberherrschaft einer Nation über die andere befreit und es ermöglichen wird, daß die Nationen zum Schutze vor dem Imperialismus ihr Zusammenleben auf der Grundlage der gleichen Rechte von Nation zu Nation regeln. Sie sind der Überzeugung, daß die Menschheit aus dem Zustand der internationalen Vergewaltigung in die neue große Ära der Herrschaft des internationalen Rechtes, der Verbrüderung der gleichberechtigten Nationen für immer übergeht." Welche Heuchelei! Vorfälle staatsfeindlichen, ja hochverräterischen Charakters während der dreitägigen Feier veranlaßten die Behörden zu Gegenmaßnahmen, so wurde das Tragen von Abzeichen in den Farben feindlicher Staaten (weiß-blau-rot) neuerlich verboten, die jugendlichen südslawischen Gäste wurden zum Verlassen Prags veranlaßt, die Zeitung „Narodni Listy" wurde unterdrückt.

Neue Mißstimmung erregten die Ministerialverordnungen vom 19. über die **Einführung von Kreisregierungen** im Königreich Böhmen, von der es amtlich hieß: „Die in der Verordnung durchgeführte Abgrenzung, welche, soweit dies möglich, den **nationalen Siedlungsgebieten** angepaßt erscheint, ist in erster Linie als eine verwaltungstechnische Maßregel anzusehen, die durch Ausschaltung der nationalen Reibungsflächen den ruhigen Gang des Verwaltungsapparates fördern soll"; sie „stellt sich als ein erster Schritt dar, welcher eine Klärung der Verhältnisse anzubahnen bestimmt ist". Die Deutschen waren davon wohl befriedigt, die Tschechen empört. Böhmen.

Die völlig unklaren Verhältnisse in Ungarn und der Streit um das Wahlrecht wie um das Heer führten zur Wiederernennung **Weckerles** zum Ministerpräsidenten (5. Mai). Das Programm der neuen Regierung sprach der neue Unterrichtsminister Graf Johann **Zichy** am 30. also aus: „Die Frage des Wahlrechts habe ich viele Jahre vor dem Krieg um vieles freisinniger beurteilt als heute. Aber der Krieg hat gelehrt, daß gegenüber den unzähligen äußeren und inneren Feinden der Schutz der nationalen Kräfte auf der ganzen Linie gestärkt werden muß, ebenso, daß die traditionelle, geschichtlich entwickelte Basis, auf Grund welcher Ungarn seit tausend Jahren besteht, aufrechterhalten werden muß. Wichtig ist die Sozialpolitik, die Bodenbesitzpolitik, damit der ungarische Boden im ungarischen Besitze bleibe; ferner die katholische Kirchenautonomie, der nationale und wirtschaftliche Ausbau des einen ergänzenden Teil der gemeinsamen Wehrmacht bildenden ungarischen Heeres."

Juni.

Noch schwankte die **Entscheidungsschlacht im Westen**. Noch hielten die Deutschen mit den Österreichern die **Marnelinie**, noch stießen sie in den ersten Tagen des Juni erfolgreich vor, so bei Chateau-Thierry. Südwestlich von Soissons wurde am 3. Chaudun genommen. Die Beute Marne.

an Geschützen, Maschinengewehren, Gefangenen stieg beträchtlich. Aber Engländer und Franzosen führten zum Ersatz für ihre zerschlagenen Armeekorps neue Verbände weit abgelegener Fronten in den Kampf und ergriffen zwischen Ancre und Somme die Offensive. Auch wurden von ihnen immer mehr Panzerwagen, Tanks in den Kampf geführt, von denen wohl viele zerschossen wurden, die aber schließlich doch die deutschen Linien erschütterten. Von der Mitte des Monats an stand der Kampf. Die deutsche Offensive gelangte nicht mehr weiter, man nahm einige Stellungen zurück. Es waren bis Ende des Monats bereits 900.000 amerikanische Soldaten in Frankreich gelandet, von welchen nach dem Bericht des Kriegssekretärs Baker 65 bis 70 Prozent wirklich kampffähig waren.

Kriegsrat. Unter diesen ernsten Umständen hielt der Kriegsrat zu Versailles am 3. Juni seine sechste Tagung. Er erklärte: „Die deutsche Regierung sucht die Entscheidung durch verzweifelte Angriffe zu erlangen, bevor die Vereinigten Staaten das ganze Gewicht ihrer Kräfte zur Geltung bringen können. Aber wir werden den Feind in Schach halten und zur rechten Zeit schlagen. Die Erzielung des einheitlichen Kommandos hat die Lage der verbündeten Armeen stark verbessert . . . Die Verbündeten sind entschlossen, nicht eine einzige der freien Nationen der Welt dem Berliner Despotismus zu überantworten. Wiederum werden die freien Völker durch ihre bewunderungswürdigen Soldaten die Kultur retten.“ Nebenbei wurde vom Kriegsrat die Schaffung selbständiger Staaten für die Polen, die Tschechoslowaken und die Jugoslawen beschlossen. Diese Nachricht wurde ein paar Tage später etwas abgeschwächt: nur die Schaffung eines einigen und unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer sollte eine der Bedingungen für einen dauernden und gerechten Frieden darstellen. Was Tschechen, Slowaken und Südslawen betrifft, so schloß man sich vorläufig nur der Sympathiekundgebung Lansings für die Bestrebungen dieser Völker an.

Clemenceau. Clemenceau sprach am 4. Juni in der Kammer über die schicksalsschwere Lage: „Grausame Stunden sind gekommen. Die Frage ist, ob wir imstande sind, sie zu ertragen. Nun kommt die neue Masse der deutschen Division vom Osten her gegen uns. Mußten nicht unter dem Ansturm dieser ungeheuren Welle unsre Linien an einigen Punkten weichen? Unsre Soldaten schlugen sich einer gegen fünf, ohne drei, ja vier Tage geschlafen zu haben. Ich wage nicht zu behaupten, daß nirgends Fehler geschehen sind. Haben Sie Vertrauen! Der Sieg gehört uns, weil die Deutschen nicht so intelligent sind, wie man sie hinstellt. Ihre Methode besteht einzig darin, sich ganz in das Abenteuer zu stürzen und es von Grund aus zu verfolgen. Wir haben es gesehen an der Yser, vor Verdun, bei Dünkirchen und Calais und dann in der Champagne. Sie sind durchgebrochen, aber das einzige, was wichtig ist, ist der Enderfolg. Die Deutschen setzen mehr denn je alles auf eine Karte, um uns Furcht einzuflößen, damit wir die Partie aufgeben sollen. So war

es 1914 an der Yser. Der Feind wollte Calais erreichen, uns von den Engländern trennen und diese zwingen, den Kampf einzustellen. Nun wollen sie von neuem die Wirkung des Terrors erreichen. Die Bestände beider Kriegführenden erschöpfen sich, aber während dieser Zeit kommen die Amerikaner zur Entscheidungspartie."

Auf die Rede Clemenceaus antwortete am 8. Fehrenbach, der an Stelle des verstorbenen Kaempf neugewählte Präsident des deutschen Reichstags: „Gibt es noch einen Menschen in der Welt, der glaubt, daß die Armee, welche die größten europäischen Heere, gestärkt durch kanadische, australische, asiatische und afrikanische Streitkräfte, niederwarf, vor dem Heere zurückschrecken wird, das etwa noch Amerika gegen uns herübersendet? Wenn es die Franzosen gelüstet, den noch unverwüsteten Teil des schönen Frankreichs im Kampf mit den Amerikanern auch noch in ein Trümmerfeld verwandelt zu sehen, so trifft uns nicht die Verantwortung." Reichstag.

Kühlmann sprach am 21. Juni über den Frieden mit Rumänien. Das Kondominium der Mächte in der Dobrudscha soll nur eine zeitweilige Maßregel sein; das Gebiet gebührt ohne Zweifel Bulgarien. Eine Politik fortdauernden Mißtrauens gegen Rumänien sei nicht angezeigt. — Am 24. berichtete Kühlmann über die Reichspolitik, gedachte Czernins, der aus innerpolitischen Gründen aus seiner Stellung geschieden, ferner Burians und seines Verdienstes bei der Kaiserzusammenkunft im Großen Hauptquartier, „die die Geschichte als bedeutungsvoll für die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Reichen buchen wird. Die beiden Kaiser haben sich in feierlicher Weise in Gegenwart ihrer leitenden Staatsmänner aufs neue versichert, daß sie nicht nur das bestehende Bündnis in Treue erhalten wollen, sondern auch gesonnen sind, es zu verstärken, zu erweitern und zu vertiefen, nach der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Seite hin. Dieser Willensmeinung der beiden hohen Herren folgend, sind die verantwortlichen Staatsmänner sofort in entsprechende Verhandlungen eingetreten. Graf Burian hat bei seinem Besuche in Berlin in eingehenden Konferenzen mit dem Reichskanzler die Grundlagen erörtert. Der Gedankenaustausch wird schriftlich weitergeführt und dürfte demnächst beim Gegenbesuche des Reichskanzlers in Wien seine Fortsetzung finden." Mit Befriedigung teilte Kühlmann mit, daß Finnland von den Roten Garden gereinigt sei und sich nun selbständig entwickeln könne seiner eigenen hohen Kultur gemäß. Nachdem durch den Brester Frieden bereits Kurland und Litauen aus dem Verbande des russischen Reiches ausgeschieden sind, wird auch die Selbständigkeit Estlands und Livlands zur Anerkennung kommen müssen. Die polnische Frage steht in Zusammenhang mit der Lösung wirtschaftlicher Fragen zwischen Österreich und Deutschland. „Im Kaukasus hat sich der Staat Georgien national konsolidiert, neben ihm Armenien und Tatarien. Diese drei Staaten suchen sich wieder in der Form einer Transkaukasischen Republik zu vereinigen und dadurch ihre innere staatliche Festigung und ihre Wiederstandskraft nach außen zu erhöhen. Die Türkei, die im Frieden von Brest die Kreise zurückerhielt, die sie 1878 an die Russen verlor, sah sich in jüngster Zeit durch die Entwicklung der strategischen Verhältnisse im oberen Mesopotamien gezwungen, die Bahn Batum—Täbris—Dschulfa zu benützen, um eine Etappenlinie quer durch das nördliche Asserbeidschan nach dem Tigristal zu legen. Der türkische Vormarsch nach Kaukasien

ist eingestellt ... Eventuelle Friedensmöglichkeiten sind noch nicht hervorgetreten. Die deutsche Regierung hat wiederholt in öffentlichen Kundgebungen ihren Standpunkt festgelegt. Nichts haben unsere Gegner aufzuweisen, was sich mit dem deutschen Friedensangebot, mit der Resolution dieses Hauses oder mit der Beantwortung der Papstnote in eine Reihe stellen könnte. Die Äußerungen unserer Gegner lassen noch keinen friedlichen Lichtschein in das Dunkel dieses kriegerischen Dramas fallen. Minister Balfour hat die alte Legende erneuert, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Weltherrschaft an sich zu reißen. Diese Legende wird dadurch, daß sie immer wiederholt wird, nicht wahrer. Der Gedanke der Weltherrschaft ist eine Utopie. Dieser Krieg ist das Werk Rußlands, der gewissenlosen russischen Politik, der Angst der russischen leitenden Kreise vor der Revolution. Daß Frankreich als Kriegshetzer dabei aufs schlimmste mitgespielt hat, daß die Haltung der englischen Regierung in den Tagen vor dem Kriegsausbruch den russischen Kriegswillen stählen und entfesseln mußte, dafür gibt es Beweise genug. Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln. Im Gegenteil, die deutsche Politik befand sich damals in der Lage, begründete Aussicht zu haben, wesentliche Ziele, die Ordnung der Verhältnisse im Osten und die Ordnung der kolonialen Verhältnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen in zufriedenstellender Weise verwirklichen zu können. In keinem Augenblick unserer neuen Geschichte war weniger Veranlassung für uns, einen derartigen Brand zu entfesseln ... Die unbedingte Unversehrtheit unseres Grundgebietes bildet die notwendige Voraussetzung für die Aufnahme von Friedensgesprächen. Darüber hinaus können sämtliche Fragen Gegenstand der Beratung und Einigung sein. Auch die belgische Frage. Wir müssen es ablehnen, in der belgischen Frage sozusagen als Vorleistung Erklärungen abzugeben, die uns binden würden, ohne die Gegner im geringsten festzulegen ... Solange jede Eröffnung vom andern als Friedensoffensive, als Falle aufgefaßt wird, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, solange ist nicht abzusehen, wie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll ..."

Hertling. Graf Hertling ergänzte diese Erklärungen am 25.; er sagte: „Die Auslassungen, die uns aus Amerika zugekommen sind, seit ich (am 24. Febr.) den vier Punkten Wilsons grundsätzlich zugestimmt habe, haben mit Deutlichkeit erkennen lassen, was unter dem Friedensbunde der Völker oder dem Völkerbunde für die Erhaltung von Freiheit und Gerechtigkeit zu verstehen sei. Deutlich ließen unsere Gegner erkennen, daß sie der Kern dieses zu bildenden Völkerbundes sein würden, und daß es somit gar keine Schwierigkeiten haben würde, das unbequeme aufstrebende Deutschland zu isolieren und ihm durch wirschaftliche Abschnürung den Lebensodem auszulöschen." An der Rede Kühlmanns wurde von den Konservativen getadelt, daß er gesagt hatte, durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen könne ein Ende des Krieges nicht erwartet werden.

In England wurde Kühlmanns Rede auch als Friedensangebot aufgefaßt: er habe England nahelegen wollen, man könne zu einer Verständigung kommen, wenn Deutschland freie Hand im Osten behielte, wenn die geschichtlichen Grenzen gewahrt bleiben, ebenso die überseeischen Besitzungen und die Freiheit der Meere. Man schloß aus seiner Rede, „daß die klugen Leute in Deutschland sehr beunruhigt werden. Die österreichische Niederlage hat diese

Beunruhigung gesteigert, denn Deutschland sieht ein, daß es von Österreich nichts zu hoffen hat und daß die Doppelmonarchie vielmehr bald eine Last werden kann. Kühlmanns Versuch ist sehr plump. Denn niemand könnte bereit sein, einen Frieden zu schließen, der Deutschland Nordrußland und Gebiete im Süden annektieren ließe, ihm so eine riesige Macht geben und ihm außerdem einige seiner Kolonien zurückgeben würde. Seine Rede betrachtet Kurland und Livland offen als einen Teil des Deutschen Reiches. Auf diese Weise würden die Deutschen aus dem Krieg viel stärker hervorgehen, als sie in ihn eingetreten sind."

Das, was die Engländer hier von einer österreichischen Niederlage sagten, bezog sich darauf, daß Angriffe im Gebirg und jenseits der Piave keinen Erfolg hatten, hauptsächlich infolge des Anschwellens der Piave. Die Rücknahme der Offensive geschah freilich nicht ohne große Verluste. Strategisch war nichts verloren. Die Italiener konnten doch nicht über die Piave nachdringen. Die Piavelinie blieb in unserer Hand. Es war ein Versuch, der mißlang. Nach einer glaubwürdigen Mitteilung geschah übrigens diese österreichische Offensive hauptsächlich zu dem Zweck, um einer italienischen Offensive rechtzeitig zuvorzukommen, und dieser Zweck wurde denn auch vollständig erreicht.

Piave.

Graf Burian begab sich am 11. Juni nach Berlin, um dort mit den leitenden Staatsmännern eingehende Besprechungen zu pflegen. Man sprach amtlich die Erwartung aus, daß die zur Beratung stehenden Fragen in allernächster Zeit ihre endgültige, alle Beteiligten befriedigende Lösung finden werden. Das hieß leider, aus der diplomatischen Sprache in klares Deutsch übersetzt, daß diese dringendste aller Angelegenheiten noch zu keiner Lösung gediehen war. — Am 21. begaben sich sozialdemokratische Abgeordnete zu Graf Burian, um die dringende Notwendigkeit einer raschen Verbesserung der Ernährungsverhältnisse zu betonen und auf baldigste Erreichung eines allgemeinen Verständigungsfriedens zu dringen, gegebenenfalls durch eine Initiative der Regierung, so daß daraus eine Liga der Nationen entstehe. Burian erklärte, der Krieg sei und bleibe ein Verteidigungskrieg: „Es liegt uns ferne, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, um irgendwelche Eroberungen zu machen oder imperialistische Ziele zu erreichen. Wir sind stets bereit zu Besprechungen, auch zur Herstellung solcher Beziehungen zwischen den Völkern, die eine Herabminderung der Rüstungslasten ermöglichen und die Gefahr künftiger Kriege vermindern würden. Aber solange unsere Gegner noch keine Bereitwilligkeit zeigen, sind wir gezwungen, uns zu verteidigen."

Burian.

Bei seinem dreißigjährigen Regierungsjubiläum dachte Kaiser Wilhelm der „sechsundzwanzig Friedensjahre schwerer, aber lohnender Arbeit, obwohl sie in politischer Hinsicht nicht immer erfolgreich sein konnten und Enttäuschungen brachten. Das deutsche Volk ist beim Ausbruch des Krieges sich nicht darüber klar gewesen, was dieser Krieg bedeuten werde. Ich wußte es, deswegen hat mich auch der erste Ausbruch der Begeisterung nicht getäuscht. Es handelte sich nicht um einen strategischen Feldzug, sondern um den Kampf zweier Weltanschauungen. Entweder soll die deutsche Weltanschauung, Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, in Ehren bleiben oder die englische, das

Zwei Weltanschauungen.

bedeutet: dem Götzendienste des Geldes zu verfallen. Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht. Diese Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine überwunden werden, das geht nicht in Tagen, Wochen, nicht in einem Jahr."

Polen. Bei der Eröffnung des Staatsrates des Königreiches Polen in Warschau 22. Juni verlas Fürst Lubomirski die Thronrede, in der als die unerschütterliche Logik des großen Krieges die Befreiung der Völker und die staatliche Neugestaltung im Osten Europas bezeichnet wurde: „Wir stützen uns auf den hochherzigen Akt der mächtigen Herrscher, die Polen ein unabhängiges Dasein verbürgen. Wir wünschen, daß Polen eine historische Mission im Osten Europas verwirkliche ..."

Ukraine. Die Ukraine schloß mit der russischen Sowjetregierung am 13. Juni einen vorläufigen Friedensvertrag über Einstellung der Feindseligkeiten, Erleichterung der gegenseitigen Rückwanderung, Kriegsgefangenenaustausch, Austausch des Eisenbahnmateriales, Anbahnung von Handelsbeziehungen. Grenzfragen wurden einem Schiedsgericht vorbehalten. Jede Annexion oder Vergewaltigung sei ausgeschlossen. Daher soll unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Völker das ethnographische Prinzip im ganzen maßgebend sein. — Das Krimgebiet schien sich selbständig organisieren zu wollen; ein Krimkabinett wurde am 20. gebildet, bestehend aus Sulkewitsch, Fürst Golitzyn, Graf Tatischew, Botschafter Tscharykow, Kapitän Gendree.

Kaukasien. Der Friedensvertrag der Türkei mit der Kaukasischen Republik (6. Juni) sprach Batum, Kars und Ardahan sowie Nabitschewan der Türkei zu, Aserbeitschan der Republik. — Nach Auflösung der transkaukasischen Regierung und des Parlaments bildete sich (am 26. Mai) ein unabhängiges Georgien. Georgien mit eigenem Landtag,

Sibirien. Die neue Regierung der autonomen Sibirischen Republik begann ihre Tätigkeit in Charbin (2. Juni). Admiral Koltschew wies in der ersten Kabinettssitzung darauf hin, daß die neue Regierung Sibiriens auf die volle Unterstützung Amerikas rechnen dürfe, da sie auf Anregung Amerikas gebildet worden sei. Ustrugow als Minister des Innern erklärte, daß auch Japan die neue Regierung unterstützen wolle. Man beschloß gleich, Nordamerika um Unterstützung zu bitten.

Eine neue Regierung entstand im Dongebiet; auf Grund eines im Oktober 1917 geschlossenen Vertrags behauptete sie, die Bevölkerung von Kuban, Terek, Astrachan und Nordkaukasien zu vertreten. Sie war Anhängerin der antibolschewikischen gegenrevolutionären Bewegung. An ihrer Spitze stand General Krasnow, der die Truppen Kerenskijs bis zu dessen Verschwinden aus Gatschina nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution anführte.

Eine für den Vierbund höchst bedenkliche Sache war der Rücktritt des bulgarischen Kabinetts Radoslawow (15. Juni); denn dieser Staatsmann verkörperte die dem Bunde treue Partei in Bulgarien, und man mußte daher auf eine Änderung der Gesinnung schließen. An seine Stelle trat Malinow 22. Juni, über dessen bundestreue Haltung allerdings vorläufig beruhigende Versicherungen gegeben wurden.

Beruhigend klang auch die rumänische Thronrede, mit der König Ferdinand das Parlament in Jassy am 17. Juni eröffnete: „Auf seine eigenen Mittel angewiesen, hat das Land die Blüte seiner tapferen Söhne hingeopfert. Doch die Verlängerung des bewaffneten Widerstandes erschöpfte seine Kräfte bis zum Versiegen, und Rumänien hat den Frieden beschlossen, der sich ihm als Lebensbedingung aufdrängte. Der Friedensvertrag legt sichtbarlich schwere Opfer auf. Nichtsdestoweniger wollen wir dem Himmel unsern Dank abstatten, daß gerade in der Stunde seiner Prüfungen das schöne Land der Moldau dem Mutterland wieder zugeführt und das beßarabische Volk in seine Arme geleitet wurde. Der Weg ist bereitet zur Wiederherstellung unserer Freundschaft mit den Mächten, wie in der Vergangenheit. Auch mit den in Bildung begriffenen neuen Staaten werden wir trachten, regelrechte nachbarliche Beziehungen wieder aufzunehmen . . . Wir müssen die Agrarreform verwirklichen und weite Schichten der Nation tatsächlich zum politischen Leben berufen." Rumänien.

Lloyd George verglich in einer Hetzrede vom 7. Juni den Weltkrieg mit den früheren Kämpfen gegen Türken und Sarazenen: „Der heutige Kampf ist gegen das preußische Ideal des Militarismus mit seiner Verachtung der Freiheit, der Menschenrechte, der Menschlichkeit gerichtet. Wenn wir heute keinen Erfolg haben sollten, würde die Zivilisation in die dunkelste Zeit der Vergangenheit zurückgeschleudert werden. Wir erleben sorgenvolle Tage. Die Krise ist noch nicht vorüber. Unser Land hat große Kriege in der Vergangenheit durchgemacht, es hat sich Jahrhunderte bewährt, es wird sich noch Jahrhunderte bewähren . . . Wir haben unsere politischen Meinungsverschiedenheiten begraben, aber sie werden wieder auferstehen. Inzwischen wollen wir ein einiges Volk sein."

Der Pazifist Morrell verlangte am 20. im Unterhause, daß die Regierung keine Gelegenheit versäume, den Krieg zu beendigen; die Geheimverträge müßten revidiert werden, da sie mit den Zielen unvereinbar sind, für die England in den Krieg trat, und da sie deshalb ein Hindernis für den demokratischen Frieden bilden. Ihm schloß sich Snowden an. Balfour erwiderte: „Snowden meint, daß die Leute, die diesen Krieg verursachten, verhältnismäßig unschuldige Leute seien, die nicht von so niedrigen Motiven getrieben wurden wie die französischen und italienischen Verbündeten. Ist sich Snowden der Narrheit einer solchen Annahme bewußt? Snowden ist der Ansicht, daß die Motive Englands jetzt auf ein niedrigeres moralisches Niveau herabgesunken und die Engländer versteckte Imperialisten geworden seien. Es ist aber für alle Menschen, die die Geschichte der letzten sechzig Jahre studiert haben, klar, daß der Ehrgeiz der regierenden Klassen in Deutschland auf Weltherrschaft gerichtet war und daß diese Weltherrschaft, wenn sie nicht durch friedliche Mittel erreicht werden konnte, durch Krieg erreicht werden sollte. Snowden hat eine Übersicht über die Friedensvorschläge der Mittelmächte gegeben. War aber einer davon eine annehmbare Friedensbasis, zum Beispiel der Brief des Kaisers von Österreich? England hat niemals irgendwelche Vorschläge zurückgewiesen, die ernst gemeint waren. Snowden hat auch nicht recht, wenn er annimmt, daß die geheimen Verträge, zum Beispiel mit Italien, dem Frieden hinderlich seien. Die Alliierten sind bereit, in ihrer Gesamtheit auf alle vernünftigen Vorschläge zu hören. Wenn sich herausstellen sollte, daß die vereinigt geschlossenen Verträge im gemeinsamen Interesse der Allianz Pazifisten.

einer Abänderung bedürfen, so zweifle ich nicht daran, daß die Italiener selbst einen Abänderungsvorschlag machen werden. Davon zeugt die Jugoslawische Konferenz in Rom ... Die Mittelmächte beabsichtigen mit ihren Friedensvorschlägen nichts, als die Alliierten zu trennen; sie legen uns Fallen. Der Abschluß des Krieges wäre danach nur ein Waffenstillstand. Eine wirkliche Sicherheit für den Frieden erwarte ich mir nur von einer territorialen Neugestaltung, die von einem Völkerbund unterstützt würde. Dieser Friede kann nur durch Kampf bis zum Ende erreicht werden. — Lloyd George sagte am 24. über die Lage: „Die Anzahl erstklassiger amerikanischer Truppen, die nach Europa überführt worden ist, genügt, um die Alliierten zu ermutigen und unsere Feinde zu enttäuschen. Vielleicht wird in den nächsten Stunden oder Tagen eine große Schlacht geliefert werden, von der der Ausgang des Krieges abhängen kann ... Die Lage Rußlands ist vollkommen chaotisch; nicht in zwei Dörfern findet man dieselbe Regierung. Man kann keine Beziehung mit irgendeiner Körperschaft in Rußland anknüpfen. Aber es wäre nützlich, recht und billig, Rußland zu helfen. Deutschland hat die mit Rußland abgeschlossenen Verträge nicht vierundzwanzig Stunden beachtet. Der Haß gegen die Deutschen nimmt dort zu und die Russen wären bereit, an jeder Bewegung teilzunehmen, die den Zweck hat, die Deutschen zu vertreiben. Rußland ist schwer zugänglich; nur Japan hat den Weg dahin frei."

Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß Deutschland Kanada als Siegespreis beanspruche. Das geschah, um die Kanadier bei England zu erhalten.

Milner. Lord Milner, Mitglied des Kriegskabinetts, gab am 14. Juni zu, daß viele Menschen an England Zweifel hegten, weil sie mit den Kriegszielen des Landes nicht ganz einverstanden waren. „Aber die Kriegslenker in Deutschland haben es vollständig klargemacht, worum es sich handle. Deutschlands Zukunftsideal ist ein zentraleuropäischer Block von unwiderstehlicher Macht, unterstützt von der riesigen Industrie, die ihre Rohstoffe aus der ganzen übrigen Welt unter gestellten Bedingungen bezieht. Wir würden auf diese Weise einen Frieden mit geknechteten Staaten erhalten, die zum Vorteil eines übermächtigen Reiches arbeiten. Dies ist der deutsche Friede, wie wir ihn durch Rußland und Rumänien illustriert sehen." — Über diese Rede äußerte sich Graf Burian am 17.: „Ja sind denn durch den Friedensschluß mit der Sowjetrepublik Russen unter Fremdherrschaft gekommen? Oder hätte ein etwa siegreiches England die Felonie eines Bundesgenossen milder behandelt, als wir es gegenüber Rumänien taten? ... Lord Milner will selbst Deutschland gegen Österreich aufhetzen."

Völkerbund. Grey schrieb in einer Broschüre über den Völkerbund: „Es handelt sich um mehr als um die Existenz der einzelnen Staaten; die ganze moderne Zivilisation steht auf dem Spiele. Darum hat Wilson nach zweijähriger Beobachtung Deutschland den Krieg erklärt. Der Völkerbund ist die Versicherung des Weltfriedens." — Lord Curzon meinte am 27. im Oberhaus, man solle schon während des Krieges die Grundsätze des Völkerbundes und eines Welttribunals erörtern, die sofort nach Kriegsende zu verwirklichen wären. „Der Bund des britischen Reiches und der von zwanzig bis fünfundzwanzig verbündeten Mächten, um den deutschen Militarismus zu brechen, besteht bereits und umfaßt gegen zwei Fünftel der Menschheit. Ein

oberster Gerichtshof muß da sein, dem alle Parteien ihre Streitigkeiten vorlegen müssen, bevor sie den Krieg beginnen. Dessen Entscheidungen müssen zwangsweise durchgeführt werden. Freilich ist der Gedanke schwer zu fassen, daß Deutschland in einen solchen Bund aufgenommen wird.“ Das bedeutete eine englische Weltherrschaft gegen die Mittelmächte.

Auf der Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei 26. Juni sagte der Vorsitzende Purdy ganz offen: „Alle Hoffnung auf Schaffung besserer sozialer und beruflicher Lebensbedingungen nach dem Kriege hat den Sieg zur Voraussetzung. Wir wollen nicht solche Bedingungen annehmen wie Rußland und Rumänien.“ Der Präsident des Bergarbeiterverbandes Smillie griff aber die Regierung heftig an, weil sie den Gästen der Arbeiterpartei die Erlaubnis, nach England zu kommen, verweigert habe. Man resolvierte, den politischen Burgfrieden aufzuheben. Kerenskij traf aus Rußland ein und erschien am 27. bei der Arbeiterkonferenz. Er versprach, daß sich das russische Volk bald für die große Sache der Freiheit den Engländern anschließen werde. Als einer fragte, wen denn Kerenskij hier vertrete, entstand ein großer Tumult und der vorlaute Frager mußte sich schließlich entfernen. Arbeiter.

Präsident Wilson glaubte mexikanischen Journalisten gegenüber am 9. Juni die Uneigennützigkeit der Vereinigten Staaten besonders versichern zu müssen. Er sagte: „Nun ist allerdings für eine Zeitlang der Einfluß der Vereinigten Staaten in den Angelegenheiten der Welt etwas vorherrschend, deshalb, weil die weniger mächtigen Nationen zum Glauben gelangten, daß wir ihnen uneigennützig dienen wollen, um sie den stärkeren Nationen gleichzustellen. Wir werden beweisen, daß wir vom Ausgang dieses Krieges keinen Vorteil wünschen und auch nicht annehmen würden. Damit spreche ich aus dem Herzen des amerikanischen Volkes ... Lassen Sie uns übereinkommen, daß, wenn irgendeiner von uns, wir inbegriffen, die politische Unabhängigkeit oder territoriale Unversehrtheit eines andern verletzt, alle andern über ihn herfallen. Diese Abmachung muß die Grundlage des zukünftigen Lebens der Nationen der Welt bilden, die Grundlage des Weltfriedens. Und ich muß zugeben, daß es mein Ehrgeiz war, den Staaten der beiden Kontinente zu zeigen, wie man die Friedensbasis macht. Der Friede kann nur durch Vertrauen kommen.“ — Der amerikanische Arbeiterverband beschloß am 20. Juni, nicht mit den Vertretern der Arbeiter der Mittelmächte zusammenzutreffen, bis die deutsche militärische Maschine zerschmettert sei. Man würde bei einer solchen Konferenz die wirkliche Haltung der Arbeiter doch nicht kennenlernen, da sie ganz unter dem Einfluß ihrer militaristischen und imperialistischen Führer stünden. Gompers wurde zum Präsidenten gewählt und ermächtigt, die Beziehungen mit den englischen, französischen und italienischen Arbeitern noch inniger zu gestalten. Also ein beschränkter Internationalismus! Wilson.

Costarica erklärte den Krieg an Deutschland. — Japan beruhigte die Welt, daß das Militärabkommen mit China nur defensiv sei, daß Japan nach dem Krieg seine Truppen aus China zurückziehen werde, daß es nicht beabsichtige, die Aufsicht über die Eisenbahnen, Arsenale und Finanzen Chinas zu übernehmen. Ob man ihm glaubte?

Deutsche Truppen mußten russische Banden an der Nordküste des Asowschen Meeres bekämpfen. — Eine Erhebung der tschecho- Tschechoslowaken.

slowakischen Banden, die nach Wladiwostok zogen, um an die französische Front gebracht zu werden, endete mit heftigen Zusammenstößen mit den in Pensa stehenden Sowjettruppen. Die Tschechoslowaken leisteten den von der Roten Armee unternommenen Versuchen, sie zu entwaffnen, hartnäckigen Widerstand. Trotzki verbot durch ein Rundtelegramm sämtlichen Eisenbahnorganisationen des Ostens die Beförderung jener Banden auf den sibirischen Eisenbahnen. Alle bewaffneten Tschechoslowaken, die in die Hände der Roten Armee fielen, sollten an Ort und Stelle erschossen werden. Mehrere Eisenbahnlinien stellten den ganzen Verkehr ein, um die Banden von jeder Verbindung abzuschneiden. Diese gewannen aber in mehreren Gefechten die Oberhand über die bolschewikischen Regierungstruppen. Ihre Hauptkräfte, etwa 15.000 Mann, standen im Gebiete von Tscheljabinsk, wo sie einen Teil der sibirischen Bahn besetzten, Waffen und Artillerie erbeuteten. Die Sowjettruppen zogen sich gegen Slatoust zurück. In den Gefechten bei dieser Stadt wurden die Tschechoslowaken geschlagen. Eine andere Gruppe dieser Banden stand bei Somora; eine dritte bemächtigte sich der sibirischen Bahnstrecke von Nowonikolajewsk bis Taigan. All diese Tschechoslowaken standen unter dem Schutze der vier Ententestaaten, die an die Petersburger Regierung die Forderung gestellt haben sollen, daß den Banden die Waffen belassen würden. Jedenfalls benützten sie ihre Waffen ausgiebig; auf dem Weg nach Wladiwostok besetzten sie einen Teil der von Irkutsk nach dem Westen führenden Bahnlinien. Tschitscherin überreichte am 18. den Vertretern der Entente eine Note, worin er bat, die notwendigen scharfen Maßnahmen zur Unterdrückung des tschechoslowakischen Aufstandes nicht als feindlichen Akt gegen die Entente zu betrachten. Und diese auf den tiefsten Grad politischer Moralität herabgesunkenen Ententeregierungen wagten es, die rechtmäßigen Friedensverträge der Mittelmächte mit dem unglücklichen Rußland zu beanstanden! Durch den Widerstand dieser abenteuerlichen Tschechoslowaken war Rußland zu neuerlichen Mobilisierungen genötigt.

In Albanien nahmen die Franzosen nordwestlich von Korca wieder ihre Angriffe auf. Sie wurden aber ebenso hier wie bei Sinapremte und im Devolital abgewiesen. — An Stelle des Generals Guillaumat wurde Franchet. am 19. General Franchet d'Esperey mit dem Oberkommando der Orientarmee betraut. Er war es, dem schließlich der Durchbruch der bulgarischen Front gelingen sollte.

Deutsche Tauchboote operierten an der amerikanischen Küste.

Österreich. Das österreichische Kabinett Seidler war am 23. bereit zu demissionieren, mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, eine Majorität im Abgeordnetenhause zu sichern. Aber der Kaiser nahm die Demission nicht an, bat das Ministerium, weiter im Amt zu bleiben, und berief den Reichsrat zur Wiederaufnahme seiner Tätigkeit für den 16. Juli. — Die deutschnationalen

Parteien forderten am 14.: „die Erzwingung eines siegreichen Friedens. Selbstverständlich müssen auch im Innern alle Versuche, das Gefüge des Staates zu zersetzen, niedergekämpft werden. Hieran hat es bisher gefehlt, und erst in der letzten Zeit sehen wir eine bestimmtere Entschiedenheit. Leider ist jetzt zu den Widerständen von tschechischer und slowenischer Seite auch ein Umschwung auf polnischer Seite getreten ... Wir haben das Parlament gewollt und wollen es auch heute. Sollte aber in der Haltung der Parteien nicht eine völlige Änderung eintreten, so wird das, was der Staat unbedingt braucht, auch ohne Parlament gesichert werden müssen ..." Dem schlossen sich auch im wesentlichen die Christlichsozialen am 18. an. — Auf dem deutschen Volkstag in Wien 16. Juni waren beide Gruppen vereint. Die hier gefaßte Entschließung verlangte einen baldigen, ehrenvollen Frieden, Treue dem Bündnis mit dem Deutschen Reich, engsten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ausbau dieses Bündnisses, in dem die sicherste Bürgschaft für eine lange Dauer des kommenden Friedens liegt; Bekämpfung der Bestrebungen, einen tschechoslowakischen und jugoslawischen Staat aufzurichten; Sonderstellung Galiziens mit Angliederung von Biala an Schlesien; die deutsche Sprache als Staatssprache; Bekämpfung der italienischen Irredenta; Gesetz Kolisko für die reindeutschen Kronländer (nur deutsche Schulen); die völkischen Belange sind in Hinkunft allen andern voranzustellen; Schutz vor Bewucherung, Unterdrückung des Schleichhandels, der Mißwirtschaft in den Zentralen, in welchen sich der Einfluß der zahlreichen, vom Waffendienst enthobenen Juden breitmacht usw.

Um so entschiedener sprach sich der Polenklub am 22. gegen die Regierung Seidler aus: „Geleitet von der Erkenntnis, daß die Erhaltung und Kräftigung der Monarchie im Interesse der polnischen Nation gelegen ist, erklärt der Polenklub, daß er bereit ist, dem in schwerer Kriegsnot befindlichen Staate zu bewilligen, was zur Erhaltung seines Daseins erforderlich ist." Aber „in Erwägung, daß der Ministerpräsident Dr. v. Seidler zum Schaden der polnischen Interessen gewirkt hat, daß er es nicht verstanden hat, das Ernährungsproblem zu lösen, daß er den Parlamentarismus gefährdet, daß er zur Zeit, da das Handschreiben des Kaisers Franz Josef über die Sonderstellung des ungeteilten Galiziens noch in Rechtskraft ist, es unternahm, Versprechungen betreffend die Zweiteilung Galiziens zu machen, versagt der Polenklub dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler sein Vertrauen. Der Klub verlangt die sofortige Einberufung des Reichsrates und erklärt sich bereit, mit den willigen Parteien die Grundlagen für eine geordnete parlamentarische Tätigkeit zu vereinbaren." — Anderseits hatte die Ukrainische parlamentarische Vertretung am 14. die imperialistische Annexionspolitik der Polen beklagt, betreffend die ukrainischen Gebiete von Cholm, Podlachien und Ostgalizien, und sie bestand auf der „alten Forderung nach Schaffung eines besonderen ukrainischen Kronlandes, gebildet aus den ukrainischen Teilen Galiziens und der Bukowina".

Peter Rosegger starb am 26. Juni, 75 Jahre alt.

Juli.

Der letzte Monat des vierten Kriegsjahres wurde entscheidend für den Ausgang des Weltkrieges, da in diesen Tagen die Übermacht der drei Gegner, Franzosen, Engländer und Amerikaner, den Vorstoß an der Marne. Marne aufhielt, ja schließlich die Deutschen zwang, ihre Truppen von der Marne zurückzunehmen. Das geschah von der Mitte des Monats an. Im allgemeinen wurde an der Aisne, an der Avre, an der Somme, bei Chateau-Thierry, an der Maas, bei Langemarck, bei Reims, in der Champagne, beiderseits der Lys, am La-Bassée-Kanal, im Wald von Villers-Cotterets, bei Noyon, bei Longpont, bei Béthune, Baileul gekämpft, auch in den mittleren Vogesen und am Hartmannsweilerkopf, bei Ypern usw. Noch am 16. Juli konnte von starken Erfolgen an der Marne gemeldet werden; aber bald darauf (19. Juli) setzte die langerwartete Gegenoffensive ein. Durch Verwendung stärkster Geschwader von Panzerkraftwagen gelang es dem Gegner, überraschend an einigen Stellen in die vorderste Infanterie- und Artillerielinie einzubrechen und die deutschen Linien zurückzudrücken. Am folgenden Tag setzte er von neuem zum Durchbruch auf der ganzen Kampffront an. Panzerwagen drangen am frühen Morgen in Teile der vorderen Linie ein. Während der Nacht wurden die deutschen südlich der Marne stehenden Truppen, vom Feind unbemerkt, auf das nördliche Flußufer zurückgenommen. Algerier, Tunesier, Marokkaner, Senegalneger trugen an den Brennpunkten die Hauptlast des Kampfes. Senegalbataillone, als Sturmböcke auf die französischen Divisionen verteilt, stürmten hinter den Panzerwagen den weißen Franzosen voran. Amerikaner, auch Schwarze, Engländer und Italiener kämpften zwischen den Franzosen. Nach zwei schweren Kampftagen kam die Angriffskraft der deutschen Truppen in Gegenstößen wieder zur Geltung. Sie hatten sich dem unter Verzicht auf Artillerievorbereitung auf dem Masseneinsatz von Panzerwagen (Tanks) gegründeten Angriffsverfahren des Gegners, das im Anfang überraschte, angepaßt. An den Höhen südwestlich von Soissons brachen die gegen die Stadt nach stärkstem Trommelfeuer gegerichteten Angriffe des Feindes zusammen. Unter Führung von Panzerwagen stieß die Infanterie des Feindes bis zu siebenmal zum Angriff vor. Seine bei Hartennes in dichten Haufen zurückflutende Infanterie wurde vom Vernichtungsfeuer der Deutschen wirksam gefaßt und zusammengeschossen. Bei Chateau-Thierry erlitt der Amerikaner besonders hohe Verluste. In der Nacht legten aber die Deutschen wieder, vom Feind ungestört, die Verteidigung in das Gelände nördlich von Chateau-Thierry zurück. Auf dem Südufer der Marne führte der Feind gegen die in vergangener Nacht geräumten Stellungen nach vierstündiger Artillerievorbereitung mit zahlreichen Panzerwagen Angriffe, die an den leeren

Stellungen verpufften. In ähnlicher Weise verliefen die Kämpfe der folgenden Tage. Die Deutschen schlugen die meisten Angriffe ab, mußten aber dann die auf die Dauer unhaltbar gewordenen Stellungen aufgeben. So räumten sie in der Nacht zum 27. das vordere Kampfgelände zwischen Ourcq und Ardre und verlegten die Verteidigung weiter zurück. Dem Gegner blieb diese Bewegung wieder verborgen. Davon, daß die Deutschen mit ihren teilweisen Erfolgen nicht flunkerten, zeugte die Zahl von 24.000 Gefangenen, die sie seit dem 15. Juli bis zum 31. gemacht hatten. — Zu Beginn des Monats waren bereits über eine Million amerikanischer Soldaten aus Amerika abgegangen. General Pershing und der Generalstab waren seit Mai 1917 in Europa. Am 27. Juli war die Zahl der Amerikaner auf 1,250.000 gestiegen.

Man berechnete die Menschenverluste der Entente seit Kriegsbeginn auf über 25 Millionen Mann. Die Mehrzahl fiel auf Rußland, auf Frankreich über 5 Millionen, auf England 2,800.000 Tote, Verwundete und Gefangene, auf Italien 2,900.000. Am vernichtendsten hatte der Krieg die Volkskraft der kleinen Hilfsstaaten des Verbandes getroffen. Serbien bezahlte seine Teilnahme am Krieg mit fast seiner ganzen erwachsenen männlichen Bevölkerung. Rumänien hatte die Hälfte seiner Armee verloren. Die Beute der Mittelmächte betrug 23.000 Geschütze, 38.000 Maschinengewehre, 65.000 Fahrzeuge, 365 Panzerwagen, 3000 Lokomotiven, 800.000 Eisenbahnwagen, 3,800.000 Gefangene.

Nach dem Tode Sultan Mehmeds V. Reschad (3. Juli) verkündete der neue Sultan Mehmed VI. in einem Reskript: „Um den Krieg mit einem endgültigen Erfolg zu krönen, ist es notwendig, alle Kräfte des Landes zu vereinigen; Gerechtigkeit und Ordnung zu sichern, die Sitten des Islam zu schützen, die Teuerung der Lebensmittel zu beseitigen, die politischen Verbrecher, die sich gebessert haben, zu begnadigen und den Belagerungszustand außerhalb des Operationsgebietes aufzuheben ... Da die Bündnispolitik der Mittelmächte den wahren Interessen des Landes entspricht, ist es notwendig, die Bande des Bündnisses und die herzlichen Beziehungen, die mit diesen Regierungen bestehen, noch mehr zu festigen." Mehmed VI.

Die tschechoslowakischen Banden wurden mittelbar Schuld an dem erbärmlichen Ende des gewesenen Zaren Nikolaus. Agenten von ihnen hatten die Sowjetvertreter in Jekaterinburg im Auftrag der Ententeorganisation in Sibirien wissen lassen, daß der Zar befreit werden solle, um an die Spitze der Bewegung gegen die Bolschewiken in Sibirien gestellt zu werden. Der Sowjet in Jekaterinburg hielt die Gefahr für ernst und beschloß die Ermordung des Zaren, da er befürchtete, ihn nicht mehr nach einem von den Tschechoslowaken nicht gefährdeten Ort überführen zu können. Er wurde am 16. Juli in Jekaterinburg laut Urteil des Ural-Sowjets erschossen. „Bjedneta" meldete das Ereignis in folgender Form: „Durch Zar †.

den Willen des revolutionären Volkes ist der blutige Zar aufs glücklichste in Jekaterinburg verschieden. Es lebe der rote Terror!" Später wurden scheußliche Einzelheiten über die grausame Art der Peinigung und Ermordung der Zarenfamilie bekannt. Ein Dekret vom 19. erklärte das gesamte Eigentum des ehemaligen Zaren sowie der Zarinnen Alexandra und Maria und sämtlicher Mitglieder des Hauses als Besitz der russischen Republik. In der Konfiskation sollten auch alle Einlagen der Zarenfamilie in russischen und ausländischen Banken inbegriffen sein. Das Blatt „Bjedneta" stellte auch mit Genugtuung fest, daß durch die Hinrichtung des Zaren der muskulöse Arm der Arbeiter endgültig die Kette des Zarismus gesprengt habe. Ein Arbeiter habe das Todesurteil unterschrieben, ein Arbeiter habe den Zaren bewacht, ein Arbeiter habe ihn von Tobolsk nach Jekaterinburg gebracht. Die frühere Zarin wurde aus Jekaterinburg fortgeschafft. Die Moskauer „Prawda" feierte auch die Erschießung des Zaren. Die Gebete der Priester, die für seine Gesundheit beten, könnten ihn nicht mehr aufwecken. Er sei eine klägliche Figur gewesen, der Träger einer fürchterlichen Reaktion und der Schuld am Krieg. Er war von zwei Seiten mit dem Imperialismus der Räuberstaaten Europas verbunden. Von anderer Seite wurde richtig bemerkt, der Entente bleibe nun das Kopfzerbrechen darüber erspart, was sie mit der Person des ihr früher verbündeten Herrschers beginnen solle, dessen Existenz nur ihre jetzigen Pläne in Rußland hätte stören können.

Mirbach. Als am 6. Juli in Moskau der deutsche Gesandte Graf Mirbach von zwei unbekannten Besuchern ermordet wurde, vermutete man in den Tätern Agenten im Dienste der Entente. Wenigstens flüchteten sie in das Quartier einer Gruppe der linken Sozialrevolutionäre, die Gegner der Bolschewiken und Leiter der Ententebestrebungen waren, auch in Verbindung mit den Tschechoslowaken standen. Ihre Führer wurden verhaftet. In der Stadt entbrannten an verschiedenen Stellen Kämpfe dieser Gegenrevolutionäre gegen die Bolschewiken, woraus man entnahm, daß der Mord das Signal zu einem allgemeinen Putsch sein sollte. Bis zum 19. Juli wurden mehr als zweihundert dieser Sozialrevolutionäre, die am Mord und am Aufstand beteiligt waren, erschossen. Man sparte in Rußland das Blut nicht. An Mirbachs Stelle wurde der frühere Staatssekretär Dr. v. Helfferich zum diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau ernannt. Von der gleichen sozialrevolutionären Partei und der hinter ihr stehenden Entente
Eichhorn. ging auch die Ermordung des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn in Kiew aus (30. Juli).

Die in Moskau versammelten Sowjets, durch zweitausend Mitglieder vertreten, erklärten am 29. das sozialistische Vaterland in Gefahr, die Abwehr der Tschechoslowaken und die Zufuhr von Getreide als die dringendsten Aufgaben. Gegenüber der Gefahr einer bürgerlichen Gegenrevolution muß der Massenterror durchgeführt werden. Allgemeine Losung muß sein: Sieg oder Tod!

Englische, französische und serbische Truppen landeten an der nördlichen Murmanküste. Die russische Regierung protestierte vergebens und machte Anstalten, die Küste des Weißen Meeres vor Besitzergreifung durch ausländische Imperialisten zu schützen. Trotzki erließ dagegen am 3. Juli die schärfsten Befehle. England erklärte aber, die Landung sei geschehen infolge eines Abkommens zwischen den Alliierten und dem regionalen Rat des Murmangebietes; die Ziele der Alliierten in Rußland seien völlig selbstlos und man verfolge keine territorialen Zwecke. England, Frankreich und Amerika wollen nur die Wiederherstellung und Selbstbefreiung Rußlands von der deutschen Herrschaft ermöglichen. Sie wollen verhindern, daß ein Teil der Murmanküste in die Hand des Feindes kommt, und wollen, soweit sie können, Lebensmittel einführen. Sie wollen die Tschechoslowaken in verschiedenen Teilen Rußlands und Sibiriens unterstützen, damit sie nicht das Opfer einer deutschen Verschwörung werden. Murmanküste.

Die konstituierende Versammlung der neuen Tataren- und Baschkirenrepublik, die aus den Gouvernements Samara, Orenburg und Ufa bestehen sollte, wurde für den 15. nach Ufa berufen.

Inzwischen wurde es immer sicherer, daß Japan, und zwar zusammen mit China, in Sibirien eingreifen werde; es sollte auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten den tschechoslowakischen „Armeen" in Sibirien beistehen.

Graf Burian faßte am 16. seine Anschauung über die Lage also zusammen: „Die Folgen des Krieges sind unendlich weit hinausgewachsen über die ursprünglichen Veranlassungen desselben und weisen auf alles umfassende Zusammenhänge. Mitten im schrecklichen Abwehrringen suchen die Zentralmächte nichts als den Friedenswillen des Feindes zu erkämpfen. Dieser sucht das Fortsetzen des Blutvergießens zu rechtfertigen: 1. Menschheitsideale sollen verwirklicht werden. Es soll Freiheit aller Völker herrschen, die einen Weltbund bilden und ihre Streitigkeiten künftig schiedsgerichtlich austragen. Jede gegenseitige Beherrschung müsse ausgeschlossen sein. 2. Es sollen territoriale Veränderungen (Annexionen) auf Kosten der Zentralmächte vorgenommen werden. Österreich-Ungarn soll zum Zweck der Bildung neuer Staatswesen zerstückelt werden. 3. Unsere Gegner wollen Sühne nehmen, uns strafen, sie wollen unsere Reue und Buße dafür, daß wir es gewagt haben, uns gegen ihre Angriffe zu verteidigen. Unsere Wehrhaftigkeit wird Militarismus genannt und muß vernichtet werden ... Über die allgemeinen Grundsätze besteht kaum ein Unterschied. Auch die neuen vier Punkte des Herrn Wilson vom 4. Juli werden, abgesehen von einigen Hyperbeln, unsern Widerspruch nicht herausfordern. Wir werden ihnen im Gegenteil weitgehend zustimmen können. Aber darauf kommt es an, was neben diesen ‚Gütern der Menschheit' mitverstanden wird ... Unsere Gegner waren alle eingeladen, an unsern Friedensschlüssen im Osten teilzunehmen, und sie hätten dafür mitsorgen können, daß sie anders ausfallen. Aber jetzt hinterher steht ihre Kritik auf schwachen Füßen; es gibt keinen Rechtstitel, aus dem sie berufen wären, Friedensbedingungen zu verurteilen, die für die Beteiligten Burian.

annehmbar gewesen sind. Unsre andern Gegner scheinen nicht zu befürchten, geschlagen zu werden. Wenn sie trotzdem diese Friedensschlüsse als abschreckendes Beispiel dafür hinstellen, wie wir besiegte Feinde behandeln, so müssen wir daran erinnern, daß keiner der kämpfenden Staaten je in den Fall von Rußland oder Rumänien zu kommen braucht, da wir doch immer bereit sind, mit allen in Waffen gegen uns stehenden Feinden in Friedensverhandlungen einzutreten. Wenn unsre Gegner immer wieder Sühne von uns fordern für getanes Unrecht und Wiederherstellungen, so ist das ein Anspruch, den wir ihnen gegenüber mit viel mehr Fug und Recht erheben können, denn wir sind die Angegriffenen und die uns verursachten Schäden sind also vor allem gutzumachen . . . Unüberwindlich scheint der Trotz, mit dem die territorialen Forderungen nach Elsaß-Lothringen, Trient und Triest, den deutschen Kolonien usw. gestellt werden. Hier ist die Grenze unserer Friedensbereitschaft . . . Es soll auch die Monarchie tunlichst aufgelöst werden. Als die Erkenntnis kam, daß die andern Kriegsmittel zu unserer Niederringung nicht mehr reichten, da steigerte sich plötzlich das Interesse für unsere innern Verhältnisse ins Ungeheure. Die Entente hat ihr Herz für dieselben so spät im Krieg entdeckt, daß mancher feindliche Staatsmann solche Nationalitätsfragen der Monarchie als Kriegsziele im Munde führt, von deren Existenz er bei Kriegsbeginn wohl keine Ahnung hatte. Unsere Gegner organisierten dies Mittel, wie sie die Blockade organisierten, und es gibt in England auch einen Propagandaminister (Northcliffe). Die Wahl dieses Mittels verrät kein großes Vertrauen zum Erfolg aller bisherigen Anstrengungen. Unsere Gegner gehen von einer völlig schablonenhaften Verkennung des Wesens unserer Monarchie aus. Sie übersehen, daß Staaten mit mehreren Nationalitäten in der Regel keine Zufallsgebilde sind, sondern Produkte historischer und völkergeographischer Notwendigkeiten, welche ihr Entstehungs- und Erhaltungsprinzip in sich tragen. Sie besitzen daher auch die nötige Elastizität und Anpassungsfähigkeit an die wechselnden Zeitläufte, die Gabe, sich gemäß den Bedürfnissen ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe selbst zu reformieren und ihre innern Krisen selbst zu lösen. Unsere Feinde wollen uns durch die Verhetzungsoffensive innerlich lähmen und wehrlos machen. Sie wollen unsern urkräftigen Organismus zerschlagen, um die schwachen Teile einzeln ihren Zwecken dienstbar zu machen . . . Wir haben nie unsern Feinden Programme vorgeschrieben, wie sie ihre innern Fragen behandeln sollen, und wenn von unserer Seite manchmal daran erinnert werden mußte, daß es ein Irland, Ägypten, Indien usw. gibt, so geschah es nur mit dem Rate: Kehret vor der eigenen Tür! Die feindliche Verhetzungstätigkeit scheut sich nicht, durch ungeheuerliche Verleumdungen Mißtrauen zwischen die Völker der Monarchie und die Dynastie zu säen. Diese Kampfmethode sei für alle Zeiten gebrandmarkt! . . . Die Friedensbereitschaft der Mittelmächte wird immer daran erinnern, daß wir diesen Krieg für ein sinn- und zwecklos gewordenes Blutvergießen ansehen, dem durch das wiederkehrende Menschlichkeitsgefühl unserer Gegner in jedem Augenblick ein Ende gemacht werden könnte. Sie kämpfen, soweit sie nicht auf Ländergewinn ausgehen, gegen Windmühlen. Sie erschöpfen ihre und unsere Kräfte, um auf den Ruinen der Zivilisation neue Weltordnungen vorzubereiten, deren verwirklichungsfähige Gedankenreihen sie viel leichter und

vollständiger im friedlichen Zusammenwirken aller Völker in die Tat umsetzen könnten. Wir wenden trotz allem unsere Blicke immer hoffnungsvoller auf die uns jetzt feindlichen Völker, ob denn nicht endlich die Verblendung von ihnen weicht, welche die Welt ins Verderben treibt ... Der Hort unserer Zuversicht ist unser alter Bund mit dem Deutschen Reich. So wie 1879 der Abschluß des Bündnisses nichts Neues geschaffen hat, so sind es die Erfahrungen aus langer Bündniszeit, welche den Weg suchen zu einem Ausbau des Bündnisses, damit es allen Anforderungen der neuen Zeit genüge. Der neue Bündnisvertrag will nicht nur das politische Verhältnis der beiden Mächte umfassen, sondern auch den Anlaß geben, die vielfachen, künftig noch enger zu gestaltenden wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Beziehungen den geänderten Verhältnissen anzupassen sowie die mit der Wiedergeburt Polens zusammenhängenden Fragen zu lösen. Das Bündnis soll auch künftighin gegen niemand eine Bedrohung oder eine Unfreundlichkeit bedeuten. Es soll nichts aufgenommen werden, was Anreiz zur Bildung von Gegengruppierungen zu bieten geeignet wäre. Alles, was sich in der Zukunft von der Idee eines allgemeinen Völkerbundes wird verwirklichen lassen, soll in unserm Bündnisse kein Hindernis, sondern einen willigen Kern, eine vorbereitete Gruppe finden, die sich mit jeder auf verwandten Grundsätzen beruhenden allgemeinstaatlichen Kombination leicht zusammenschließen kann. Wir hoffen, allen voran mit Bulgarien und der Türkei in engster Verbindung zu bleiben ... Die Fortdauer des Krieges beruht ausschließlich auf dem einseitigen Vernichtungswillen der feindlichen Staatenlenker. Sie halten ihre Völker im Banne von Schlagworten, sie stecken sich dabei auf ihrem blutgetränkten Wege Ziele, die nur auf den Trümmern einer Welt errichtet werden können ..."

Wilsons vier Punkte.

Diesen meisterhaften Ausführungen gegenüber erscheint Wilsons dritte Kriegsziel- und Punkterede vom 4. Juli am Grabe Washingtons in Mount Vernon sehr dilettantisch. Er sagte unter anderm: „Unsere Auffassung vom großen Streit ist folgende: Auf der einen Seite stehen die Völker, die unter der Oberherrschaft leiden, auf der andern die isolierte Gruppe von Regierungen, die nur ihren selbstsüchtigen Ehrgeiz zu befriedigen suchen. Vergangenheit und Gegenwart sind in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt. Das Ergebnis muß endgültig sein. Die verbündeten Völker kämpfen für folgende Ziele: 1. Vernichtung jeder Willkür und Macht, die den Frieden der Welt stören kann, ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit. 2. Regelung aller Fragen auf Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das dabei betroffen ist, nicht auf Grundlage eines Vorteils eines andern Volkes. 3. Einwilligung aller Völker, in ihren Verhältnissen zueinander sich von denselben Grundsätzen der Ehre und Achtung vor dem Gewohnheitsrecht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten, dergestalt, daß alle Verträge beobachtet, keine Sonderanschläge und Verschwörungen angezettelt werden und daß das wechselseitige Vertrauen geschaffen wird. 4. Schaffung einer Friedens-

organisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen. Diese großen Ziele können wir in einen Gedanken zusammenfassen: Wir streben nach der Herrschaft des Rechtes, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und gestützt durch die organisierte Meinung der Menschheit." Wilson sprach schließlich seine Zuversicht aus, daß die „Revolte" Washingtons sich jetzt über die ganze Weltbühne ausbreite und triumphieren werde. Soweit diese Gedanken nicht leere Phrasen sind, sprechen sie Grundsätze aus, nach denen sich Wilson und seine Verbündeten selbst verurteilen.

England. Churchill, der englische Munitionsminister, sagte am selben Tag zur Feier des amerikanischen Unabhängigkeitstages, die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 sei nicht nur ein amerikanisches Dokument, sondern einer der großen Rechtstitel, auf die die Freiheiten der angelsächsischen Völker gegründet seien. Der gegenwärtige Krieg sei ein Kampf zwischen Zivilisation und wissenschaftlicher Barbarei, zwischen Staaten, wo die Völker Regierungen besitzen, und Staaten, wo die Regierungen Völker besitzen. Deutschland muß geschlagen werden, aber das deutsche Volk soll wissen, daß wir für uns selbst keine grundlegenden natürlichen Rechte beanspruchen, die wir nicht bereit sind, ihm zuzusichern. Aber kein Friede, wenn das Unrecht nicht bereut wird. — Und Lloyd George sagte am 6. Juli in einer Ansprache an die amerikanischen Truppen: „Deutschland kann jeden Tag Frieden haben, wenn es die Bedingungen annimmt, die Wilson soeben formuliert hat." — Balfour aber erklärte am 20. Juli: „Wenn die Zeit kommt, da Europa am Verhandlungstische zu erwägen haben wird, wie es sich gegen eine Wiederholung der Schandtaten und Greuel schützt, die Deutschland zur Last fallen, dann ist es einem europäischen Staatsmanne nicht möglich, zu vergessen, daß ein deutsches Versprechen kein bindender Vertrag ist . . ." Und der englische Arbeiterminister erklärte am 28.: „Es gehen wieder Gerüchte über eine Begegnung mit Vertretern der feindlichen Nationen. Ich kenne die deutsche Nation zur Genüge, um vor ihren Vertretern auf der Hut zu sein. Ich werde alle derartigen Verhandlungen zurückweisen, mögen die Deutschen eine Konferenz in Stockholm oder anderswo vorschlagen. Eine Weltregierung durch die deutschen Sozialisten würde für Menschen, die in der Freiheit groß geworden sind, unerträglich sein."

Lord Lansdowne trat in einem neuen Brief an seine Freunde (31. Juli) für den Frieden ein, da das Friedensverlangen auch in den feindlichen Ländern groß sei; aber er anerkannte die Schwierigkeiten den Verbündeten und den Dominions gegenüber, da man es mit sehr verwickelten politischen, geographischen und Rassenfragen zu tun habe. Er erinnerte an die bestehenden Geheimverträge, die aber kein Hindernis sein sollen. „Das Volk fragt, warum keine Besprechungen eingeleitet werden können, bevor alles geklärt ist. Wilsons neue vier Punkte vom 4. Juli bieten keine Skizze der positiven Friedensbedingungen. Freund und Feind werden daher mit Recht verlangen, daß wir öffentlich die Bedingungen bekanntmachen, unter denen wir bereit sind, die Diplomaten ihr Glück versuchen zu lassen."

Der Rücktritt des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann hing wohl mit den verschiedenen Ansichten über den Frieden zusammen; an seine Stelle trat v. Hintze. Er sprach in einem Telegramm an Graf Burian die Hoffnung auf einen „siegreichen, ehrenvollen Frieden" aus. Burians Antwort sprach nur von einem „ehrenvollen, gerechten Frieden". Graf Hertling erklärte am 11., durch den Wechsel im Staatssekretariate habe sich der politische Kurs nicht geändert. Für die Politik sei der Reichskanzler allein verantwortlich. „Ich stehe auf dem Standpunkte der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917. Was haben wir nun aber erlebt? Während an unserer Bereitschaft zu einem ehrenvollen Frieden seit Jahren nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Balfour sagt, muß jedem Deutschen die Zornesröte ins Gesicht treiben. Hinter dieser Beschimpfung steht der Vernichtungswille ... Über diese Fragen haben am 1. und 2. Juli im Hauptquartier unter dem Vorsitz des Kaisers Besprechungen stattgefunden. Bezüglich des Ostens stehen wir auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk. Aber die Schwierigkeit der Ausführung liegt darin, daß die Verhältnisse in Rußland noch so unsicher sind. Die gegenwärtige russische Regierung hat nicht die Macht, die uns gegebenen Zusagen überall durchzuführen. Das furchtbare Verbrechen in Moskau an unserm Gesandten ist, wie alle Spuren darauf hindeuten, auf Anregung der Entente geschehen, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in einen Krieg zu verwickeln." Über Kühlmanns Rücktritt sagte Hertling, er habe sich von ihm trennen müssen, weil das notwendige Vertrauensverhältnis mit andern Faktoren nicht bestand. Sehr übel wurde es in England ausgelegt, daß Hertling den Besitz Belgiens als „Faustpfand" für die künftigen Verhandlungen bezeichnete, obwohl er damit nur sagen wollte, daß man es nicht behalten wolle. Hertling appellierte schließlich an alle Parteien, die Einheitsfront im Innern zu halten.

Hintze.

Belgien.

Im Aufruf zum Abschluß des vierten Kriegsjahrs (31. Juli) sagte Kaiser Wilhelm: „Nichts ist von uns verabsäumt worden, um den Frieden in die zerstörte Welt zurückzuführen. Noch aber findet im feindlichen Lager die Stimme der Menschlichkeit kein Gehör. Sooft wir Worte der Versöhnlichkeit sprachen, schlug uns Hohn und Haß entgegen. Ohne Scham besudeln die Feinde mit immer neuen Verleumdungen den reinen deutschen Namen ..." — An das Heer wandte sich der Kaiser mit folgenden Worten: „Euer stürmischer Angriffsgeist trug im ersten Jahr den Krieg in Feindesland und hat die Heimat vor den Schrecken und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Im zweiten und dritten Kriegsjahr habt ihr durch vernichtende Schläge die Kraft des Feindes im Osten gebrochen. Währenddessen boten eure Kameraden im Westen gewaltiger Übermacht tapfer und siegreich die Stirne. Als Frucht

dieser Siege brachte uns das vierte Kriegsjahr im Osten den Frieden, im Westen wurde der Feind empfindlich getroffen. Die Feldschlachten der letzten Monate zählen zu den höchsten Ruhmestaten deutscher Geschichte . . . Uns schreckt nicht zahlenmäßige Übermacht. Es ist der Geist, der die Entscheidung bringt . . . Wir müssen weiterkämpfen, bis der Vernichtungswille des Feindes gebrochen ist . . ."

Im preußischen Herrenhaus sprach die Rechte am 9. Juli sehr stark für einen „Siegfrieden", der nicht ausbleiben könne. Fürst Salm-Horstmar wandte sich gegen den jetzt bemerkbaren Ansturm der demokratischen Auffassung gegen die aristokratische; erstere finde ihre Stütze in der internationalen jüdischen Rasse.

Kaiserbrief. Die Hetzpropaganda der Entente erfand wieder einen Privatbrief Kaiser Karls an König Ferdinand von Rumänien, der in der zweiten Februarhälfte abgesandt worden sei und die Haltung Rumäniens in der Friedensfrage entscheidend beeinflußt habe. Der Kaiser machte darin den König mit warmen Worten auf die großen Gefahren aufmerksam, die aus der über den Osten hereinbrechenden sozialistischen Welle für alle monarchischen Staatswesen hervorgehe. Der rumänische König möge sich mit ihm und andern Monarchen Europas zum Kampfe gegen den Bolschewismus und die Anarchie vereinigen; denn „dies ist eine Zeit, in der die Könige zusammenstehen müssen". Dieser angebliche Brief wurde von Neuyork aus verbreitet, in Wien aber als nicht existierend bezeichnet. Kaiser Karl habe allerdings im Einvernehmen mit den Verbündeten und mit Graf Czernin einen Stabsoffizier, Oberst Randa, an den König von Rumänien geschickt mit mündlichen Ratschlägen. Von einem gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetrepublik war nicht die Rede. Dies bestätigte Graf Czernin im Herrenhaus am 29. Juli.

Haiti und Honduras fühlten auch das Bedürfnis, den Krieg an Deutschland zu erklären.

Propaganda. Die perfideste Art der Propaganda, wie sie die englische Regierung durch ihren Propagandaminister Northcliffe betreiben ließ, bestand auch in der Verbreitung verleumderischer Gerüchte über Kaiser Karl und Kaiserin Zita. In dieser Angelegenheit begab sich eine Abordnung von Abgeordneten am 3. Juli zum Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler. Auch dieser sprach seine Entrüstung über die niederträchtigen und geradezu sinnlosen Ausstreuungen aus. Bezüglich der Quelle dieser systematischen Verhetzung könne kein Zweifel sein, sie gehöre ins Arsenal der Gegner, die kein Mittel scheuen, um das Gefüge der Monarchie zu erschüttern. Aber kein vernünftiger Mensch wird an derartigen Unsinn glauben. Der Ministerpräsident verbürgte sich persönlich dafür, daß alle jene abscheulichen Gerüchte nicht einen Schatten von Wahrheit enthalten. Gegen die Verbreiter und Urheber werde ohne Ansehen der Person rücksichtslos vorgegangen werden. Es sei Pflicht jedes Staatsbürgers, die Verwaltung bei der Unterdrückung dieser ruchlosen Umtriebe zu unterstützen. Er verwies auf die imposante Kundgebung des Katholischen Volksbundes. Die Gerüchte bezogen sich zumeist auf die angeblich italien-

freundliche Haltung der Kaiserin; sie habe die letzte Offensive den Italienern verraten usw.

Seidler sah sich allerdings am 22. veranlaßt, noch einmal und diesmal definitiv seine Entlassung zu nehmen, da er sich für seine Bemühungen, im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten zu sichern, keinen Erfolg mehr versprechen konnte. An seine Stelle wurde der ehemalige Unterrichtsminister Freiherr Hussarek von Heinlein berufen (25. Juli). Seidler wurde zum Kabinettsdirektor ernannt. Der Kaiser befand sich damals in Schloß Eckartsau. Wir müssen leider diese Vorliebe des Kaisers für den Landaufenthalt (zuerst in Baden, Laxenburg, Reichenau) als hinderlich für die Regierung bezeichnen und als einen Hauptgrund der Entfremdung des Kaiserpaars feststellen. Der Kaiser gehört, zumeist in krisenhaften Zeiten, in die Residenz. Ein systematisch eingeteilter Aufenthalt in Wien, Ofen, Prag, Agram usw. hätte die Entfremdung nicht so weit gelangen lassen. — Die deutschnationalen Parteien beklagten den Rücktritt Seidlers. Hussarek.

In Prag fand am 13. Juli die konstituierende Sitzung des tschechischen Nationalausschusses statt. Zum Präsidenten wurde Kramarsch, neben ihm Klofac und andere gewählt. Es wurde ein Manifest an das tschechisch-slowakische Volk beschlossen, worin als unveräußerliches Recht der tschechischen Nation bezeichnet wurde das Selbstbestimmungsrecht in einem selbständigen demokratischen tschechischslowakischen Staat mit eigener Verwaltung im eigenen Hause und unter eigener Oberherrschaft. Tschechisch und Slowakisch waren aber zwei selbständige Literatursprachen! Prag.

Die Kämpfe an der italienischen Front hatten keine entscheidende Bedeutung. In Italien war man über die militärischen Ergebnisse der letzten Zeit so mißvergnügt, daß die Generale Cadorna, Porro und Cappello zur Disposition gestellt und des Ranges sowie der Bezüge als Heereskommandanten verlustig erklärt wurden. Cadorna.

In Albanien errangen Franzosen und Italiener an einigen Stellen Vorteile.

Was den Tauchbootkrieg betraf, so erklärte Staatssektetär v. Cappelle am 5. Juli im Reichstag die Äußerung des französischen Unterstaatssekretärs für falsch, wonach zwei Drittel der deutschen Tauchboote vernichtet worden seien und doppelt so viel versenkt würden, als Deutschland bauen könne. „Das Gegenteil ist der Fall. Unsere U-Boot-Waffe ist, sowohl was die Zahl wie die Güte der Boote betrifft, im Steigen begriffen . . . Täglich werden vier bis fünf größere Schiffe mit wertvollen Ladungen versenkt, denen auf absehbare Zeit noch kein annähernd gleicher Schiffszuwachs gegenübersteht. Mit jedem amerikanischen Soldaten, der europäischen Boden betritt, wächst der Bedarf an Schiffsraum . . .“ — Noch immer erschienen deutsche Unterseeboote an der amerikanischen Küste. Tauchboote.

August.

Atemlos verfolgte alle Welt die Entscheidungskämpfe an der deutschen West-front. Westfront. Die französisch-englische Offensive setzte immer lebhafter ein. Die Deutschen setzten in Nachhutschlachten ihre Rückzugsbewegungen fort; so nahm man am 4. August die westlich der Ancre stehenden Posten auf das östliche Flußufer zurück, am 5. ebenso an der Avre, am Donbach, am Vesle-Ufer. Gegenstöße hatten nur zeitweisen Erfolg. Sehr lebhaft waren die Luftkämpfe. Es erfolgten neue Angriffe mit Masseneinsatz von Panzerwagen und großer infanteristischer Übermacht. Die Deutschen zogen sich am 10. in rückwärtige Linien bei Montdidier zurück. Zwischen Yser und Ancre und bis zur Somme tobte der Kampf. In den Kämpfen um Lassigny stürmte der Feind bis zu sechs Malen vergeblich an und wurde nach zehnstündigem Kampf in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen (16. August). Beiderseits der Avre wogte der Kampf hin und her. Er dehnte sich bis Chaulnes und Noyon aus. Beiderseits der Lys wurden die westlich von Merville weit vorgeschobenen Posten ohne Kampf in eine Linie östlich des Ortes zurückgenommen. Merville wurde am 19. nachts von feindlichen Abteilungen besetzt. Fünfhundert feindliche Panzerwagen wurden zwischen dem 8. und 21. August zusammengeschossen, aber immer neue Tanks drangen vor. So begann am 20. zwischen Oise und Aisne der seit einigen Tagen erwartete neue Durchbruchsversuch des Feindes. Nach stärkster Feuersteigerung griffen weiße und schwarze Franzosen am frühen Morgen in tiefer Gliederung, unterstützt durch zahlreiche Panzerwagen, auf 25 Kilometer breiter Front an. Sie drangen stellenweise in die vorderen Linien ein, brachen aber vor Gegenstößen zusammen. Ebenso begannen die Engländer am 21. August südlich von Arras mit neuen großen Angriffen. Sie waren zwischen Moyenneville und der Ancre in der Richtung auf Bapaume in tiefer Gliederung angesetzt. Das englische Kavalleriekorps stand hinter der Front, zum Einsatze bereit. Durch stärkstes Artilleriefeuer und mehrere hundert Panzerwagen unterstützt, ging die Infanterie auf etwa zwanzig Kilometer breiter Front zum Angriffe vor. Versuche bei Hamel die Ancre zu überschreiten, wurden noch vereitelt. Aber in der Nacht zum 21. setzten sich die Deutschen südwestlich von Noyon kampflos vom Gegner ab; sie nahmen die im Carlepontwalde kämpfenden Truppen, vom Feind unbemerkt, hinter die Oise zurück. Der Engländer führte den nördlich der Ancre begonnenen Angriff mit voller Kraft fort und dehnte ihn auf den Abschnitt von Albert bis zur Somme aus. Gegenangriffe warfen ihn zurück. Die Deutschen verlegten nach jedem solchen Abwehrgefecht ihre Linien vor der Übermacht zurück; so in der Nacht zum 22. hinter die Ailette. Die in Richtung Bapaume geführten feindlichen Angriffe drängten die Deutschen am 23. auf Behagnies—Pys zurück; und so auch

anderwärts in den folgenden Tagen. So wurde um Bapaume, um Montauban, um Noyon gerungen. Zu Ende des Monats verlegten die Deutschen nördlich der Somme in Verbindung mit den südlich des Flusses durchgeführten Bewegungen die Verteidigung in die Linie östlich von Bapaume — nordwestlich von Peronne. Der Feind folgte am 29. zögernd über Bapaume—Combles—Maurepas. Auch Noyon mußte aufgegeben werden.

General Foch erhielt als Belohnung seiner erfolgreichen Führung am 7. August vom Ministerrat die Würde eines Marschalls von Frankreich. — Foch. Die Bildung der ersten amerikanischen Armee in Frankreich unter Befehl Amerika. von General Pershing war am 12. August vollendet. Eine amerikanische Erklärung vom 5. August besagte: „Amerika verfügt über zwanzig Millionen Männer im dienstpflichtigen Alter. Jedes Jahr erreicht eine Million junger Männer das einundzwanzigste Lebensjahr. Amerika verfügt auch über die größte Industrie der Welt, die vom größten Kapital unterstützt wird. Es kann, wenn nötig, die Bevölkerungen Frankreichs, Englands, Italiens und seine eigene Bevölkerung ernähren und dabei noch die gegen den preußischen Militarismus kämpfenden Armeen mit vollen Rationen versorgen. In Europa sind bereits 1,500.000 amerikanische Soldaten; vor Ende Oktober werden zwei Millionen in Europa sein und gleichzeitig eine Million in den Vereinigten Staaten ausgebildet werden. Jeden Tag gehen 10.000 Soldaten von Amerika ab. Abgesehen von der Riesenmenge Munition, die den Alliierten geliefert wurde, hat die amerikanische Regierung seit Eintritt in den Krieg genug Gewehre erzeugt, um jeden Mann mit zwei Stück auszurüsten. Gegenwärtig werden jede Woche 5000 Maschinengewehre abgeliefert. Seit Eintritt Amerikas in den Krieg sind 82.540 Maschinengewehre hergestellt worden. Die amerikanische Armee verfügt über zehn Milliarden Maschinengewehrpatronen usw. Eine Million Handgranaten werden wöchentlich geliefert. 150 Geräte für den Laufgrabenkrieg sind in Amerika erfunden oder verbessert worden. Amerika hat sowohl im Gebrauch von Flammenwerfern als auch von giftigen und brennenden Gasen große Fortschritte gemacht. Auch die Schutzmittel gegen Gas sind besser als die der Deutschen. Amerika baut jetzt 25.000 Aeroplane; in den Vereinigten Staaten befinden sich 100.000 Flieger. Der neue amerikanische Motor (Liberty-Motor) ist im Verhältnis zu seinem Gewicht die stärkste Maschine der Welt und imstande, die großen Bombardierflugzeuge in zwanzig Stunden über den Atlantischen Ozean zu tragen. Es werden mehr Schiffe gebaut als von Tauchbooten zerstört werden. Das Ende des Krieges ist in Sicht. Deutschland wird zur See, zu Lande und in der Luft hoffnungslos in den Schatten gestellt werden. Deutschland ist geschlagen, und jeder Deutsche, der noch geopfert wird, wird vergeblich geopfert.“ Dies letztere galt aber auch von den Gegnern, welche die wiederholten Friedensvorschläge der Mittelmächte nicht annehmen wollten und ganz vergebliches Blut vergossen.

Der Krieg gegen Italien flammte nur hie und da an den Gebirgs- Italien. fronten auf. Eine interessante Episode war der Besuch italienischer Flieger über Wien; am 9. August vormittags erschienen sechs Flugzeuge und warfen in mehreren Bezirken Tausende von Flugzetteln ab, zum Teil in den italienischen Landesfarben. Sie flogen, da sie durch Bomben nicht beschwert waren, in außerordentlicher Höhe; auch hinderte der Morgendunst die Beobachtung.

Das Fluggeschwader war um 6 Uhr früh im Raume von Padua gestartet; es nahm zunächst den Kurs über die Adria, um etwa bei Grado über Land zu gelangen. Auf dem Rückflug mußte der italienische Oberleutnant Serti infolge eines Motordefekts bei Schwarzau landen; er verbrannte sein Flugzeug. Auf einem Zweisitzer war auch Gabriel d'Annunzio mitgefahren. Die Aktion stellte eine respektable sportliche Leistung dar. Der Text eines dieser abgeworfenen Aufrufe lautete: „Wiener! lernt die Italiener kennen! Wenn wir wollten, wir könnten ganze Tonnen von Bomben auf eure Stadt hinabwerfen, aber wir senden euch nur einen Gruß der Trikolore der Freiheit. Wir Italiener führen den Krieg nicht mit Bürgern, Kindern, Greisen und Frauen. Wir führen den Krieg mit eurer Regierung, dem Feinde der nationalen Freiheit, mit eurer blinden, starrköpfigen und grausamen Regierung, die euch weder Brot noch Frieden zu geben vermag. Wiener! Man sagt von euch, daß ihr intelligent seid; jedoch seitdem ihr die preußische Uniform angezogen habt, seid ihr auf das Niveau eines Berliner Grobians herabgesunken und die ganze Welt hat sich gegen euch gewandt. Wollt ihr den Krieg fortführen? Tut es, wenn ihr Selbstmord begehen wollt! Was hofft ihr? Den Entscheidungssieg, den euch die preußischen Generale versprochen haben? Ihr Entscheidungssieg ist wie das Brot aus der Ukraine: man erwartet es, und stirbt, bevor es ankommt. Bürger Wiens! bedenkt, was euch erwartet, und erwacht! Hoch lebe die Freiheit! Hoch lebe Italien! Hoch lebe die Entente!"

In Albanien führte ein glücklicher Vorstoß der Truppen des Generalobersten Freiherrn v. Pflanzer-Baltin zur Eroberung von Fjeri und Berat (25. August).

Deutsche Fliegerangriffe auf die Ostküste Mittelenglands suchten am 6. August Boston, Norwich und die Befestigungen an der Humbermündung heim. Ein Kampf mit englischen Seestreitkräften erfolgte am 11. August vor den Friesischen Inseln.

Wieder begab sich Kaiser Karl mit Burian und Arz in das deutsche Hauptquartier (13. August) zur Besprechung mit Kaiser Wilhelm, dem Reichskanzler Hertling und Hindenburg. Die Zusammenkunft ließ das innige Einvernehmen in bezug auf die politischen und militärischen Aufgaben wieder zutage treten und stellte fest, daß es bei den im Mai gefaßten bündnisvertiefenden Beschlüssen verbleibe. — Kaiser Wilhelm besuchte am 30. den König der Bulgaren in Bad Nauheim. Die mehrstündige Aussprache erstreckte sich nach dem amtlichen Bericht auf die gesamte militärische und politische Lage; sie war getragen vom festen Entschluß zum gemeinsamen Ausharren im Verteidigungskampf des Vierbundes und vom Geiste treuen Festhaltens am bewährten Bündnissystem.

Scharfen Widerspruch bei den Mittelmächten mußte die Botschaft erregen, die Lloyd George bei Gelegenheit des vierten Jahrestags der Teilnahme Englands am Krieg (5. August) dem ganzen Reich, den Dominions und den Vereinigten Staaten bekanntgab. Es hieß darin nach den hergebrachten öden Phrasen über Völkerfreiheit, Militarismus usw.: „Gerade vor sechs Monaten verwarfen die Beherrscher Deutschlands absichtlich die

England.

vernünftige Regelung, welche die Alliierten vorgeschlagen haben. Sie warfen die Maske der Mäßigung schließlich ab, sie teilten Rußland auf, sie versklavten Rumänien und versuchten die Übermacht an sich zu reißen, indem sie es unternahmen, in einem letzten verzweifelten Angriff die Alliierten zu überwältigen. Dank der unbezwinglichen Tapferkeit unserer Armeen ist es jetzt zweifellos, daß dieser Traum der Welteroberung, um dessentwillen sie den Krieg prahlerisch verlangten, niemals verwirklicht werden kann. Aber die Schlacht ist noch nicht gewonnen. Die mächtige preußische Autokratie erhält sich noch durch Gewalt oder List, um der Niederlage zu entgehen und dem Militarismus eine neue Lebenszeit zu sichern. Wir können nicht versuchen, den Schrecken des Krieges zu entgehen, indem wir sie unsern Kindern vererben . . ." Der „Corriere d' Italia" ergänzte die Behauptung des englischen Premiers dahin, daß der Friedensvorschlag der Entente auf der Londoner Konferenz beschlossen worden sei. Die „Idea Nazionale" fügte hinzu, der Vorschlag sei von der Entente als Gesamtheit an Deutschland gerichtet worden. Über diese ungeheuerliche Behauptung sprach sich Staatssekretär v. Hintze am 14. in der „Kölnischen Zeitung" aus: „Den maßgebenden Stellen ist nichts bekannt über einen solchen Friedensvorschlag der Entente. Gerade in jener Zeit haben die Staatsmänner der Entente die Welt über ihre wahren Absichten nicht im mindesten im unklaren gelassen. Sie haben an den Brester Friedensverhandlungen nicht teilgenommen. Lloyd George stellte vielmehr am 5. Januar annexionistische und imperialistische Kriegsziele auf, die selbst in England den Arbeitern zu weit gingen. Am 8. Januar erließ Präsident Wilson seine Botschaft mit den vierzehn Punkten. Am 24. Januar erklärte der Kanzler, sie enthielten Grundsätze für einen allgemeinen Frieden, in den konkreten Fragen sei aber der Friedenswille wenig bemerkbar. Am 5. Februar wurden die Beschlüsse der Verbandskonferenz von Versailles bekannt. Danach erklärte der oberste Kriegsrat, es müsse der Krieg mit der äußersten Energie geführt werden. Am 12. Februar erließ Wilson die Botschaft mit den vier allgemeinen Punkten. Am gleichen Tag erklärte Lloyd George, die englische Regierung könne von ihren Kriegszielen nicht abgehen. Am 25. Februar sprach sich der Reichskanzler für die Annahme der vier Punkte Wilsons aus, die aber auch von den andern Staaten anerkannt werden müßten. Das ist aber nicht der Fall gewesen, wie die imperialistischen Kriegsziele Englands bewiesen . . . Die Staatsmänner der Entente arbeiten nach wie vor mit zweideutigen Redensarten. Ihr Programm ist in Wahrheit immer noch imperialistisch und annexionistisch . . . Nicht bei uns, bei ihnen, die von einer Verständigung nichts wissen wollen, liegt die Schuld an der Fortsetzung des Krieges."

Staatssekretär Solf bezeichnete am 20. August die Sicherstellung der kolonialen Zukunft als Ziel der Regierung und als deutsches Volksziel. Diese Überzeugung sei bis tief in die Arbeiterkreise hinein lebendig. Das war gegen eine Rede Balfours gerichtet, der behauptet hatte, das intellektuelle Deutschland sei von einer moralischen Gewaltlehre beherrscht. „Daran würde aber niemand anders Schuld tragen als die Gesinnung der Feinde, die den Gedanken des Völkerbundes durch die gleichzeitige Forderung des Handelskrieges gegen Deutschland entwerten und zu einer Spottgeburt machen. Können wir euch nicht militärisch vernichten, so vernichten wir euch durch den Völkerbund! Und Englands Propa-

gandaminister Lord Northcliffe sagte: Deutschland soll vernichtet werden, daß nichts übrig bleibt als die Knochen seiner toten Soldaten; es gibt keinen andern Weg. Der Brester Friede kam zustande auf Grund der einen großen Übereinstimmung zwischen der russischen und der deutschen Regierung, daß die jahrhundertelang unterdrückten Fremdvölker Rußlands das von ihnen erstrebte nationale Eigendasein erhalten sollen. Das ist eine weltbedeutende Tatsache, die sich aus der Geschichte nicht mehr auslöschen läßt. Nur über die Methoden und Wege gingen die Auffassungen auseinander. Die unsere war, daß der Weg nicht über Anarchie und Massenmord führen darf. Bis sich die ordnenden Kräfte in diesen Ländern zusammenfinden, fühlt sich Deutschland zum Schutze dieser Gemeinwesen berufen, im eigenen wie im allgemeinen Interesse, wie denn auch Deutschland tatsächlich von nationalen Mehrheiten und Minderheiten gerufen worden ist. England hat das Recht verwirkt, moralisch für die russischen Randstaaten einzutreten. In ihrer namenlosen Leidenszeit während des Krieges haben sie sich oft an England um Unterstützung ihrer Sache gewendet. Sie ist ihnen ständig versagt geblieben. England hat den zaristischen Tatbestand vor der Welt beschönigt und gefälscht. Rußland mordete dank Englands moralischer Unterstützung. Für England ist alles recht, was Rußland als Kriegsmaschine tauglich erhält; würde Iwan der Schreckliche auferstehen und Rußland zu neuem Kampfe zusammenschweißen, so würde er England ein willkommener Bundesgenosse sein im Kreuzzuge für Freiheit und Recht. Kann aber Rußland keinen Krieg gegen Deutschland mehr führen, dann wenigstens einen Bürgerkrieg, damit keine Ruhe an Deutschlands Ostfront entstehen kann! Die Anerkennung der Tschechoslowaken, dieser landlosen Räuberbande, als verbündete Macht ist der logische Schlußstein der eigentümlichen Form englischer Russenfreundschaft ... Balfour meint, wir wollen Finnland in deutsche Abhängigkeit bringen, wie England es mit Portugal tat. Er meint, unser Verhältnis zu Polen, zur Ukraine, zu den Ostseeprovinzen entspreche dem Verfahren Englands mit Griechenland. In seiner Anklage gegen die deutsche Rumänenpolitik ist er in der Rolle des Diebes, der ruft: Haltet den Dieb! Er fragt: Soll man Deutschland die Kolonien zurückgeben und ihm dadurch Unterseebasen auf allen großen Handelsstraßen der Welt und dadurch den Welthandel zur Verfügung stellen? Deutsche Herrschaft in den Kolonien würde tyrannische Herrschaft über die Eingebornen und die Aufstellung großer schwarzer Armeen in Zentralafrika bedeuten. Das heißt, England erobert ein Land, behauptet, es besser regieren zu können als sein rechtmäßiger Besitzer, und leitet daraus den Anspruch ab, es zu annektieren. England hat die Kongoakte mißachtet, hat Schwarze im Kampf gegen Weiße verwendet. Wir trieben keine aggressive Politik in unsern Kolonien. Wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialstaaten nach den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen. Kolonisieren heißt missionieren. Die Annexion der deutschen Kolonien als gottgewolltes Werk darzustellen, ist Blasphemie. Balfour will nur den englischen Räuberinstinkt rechtfertigen. Er sagt schließlich, der Abgrund zwischen beiden Gruppen sei so tief, daß er nicht überbrückt werden könne. Er hat diesen Abgrund noch vertieft. Sein Zweck ist, die Gesinnung des Ausrottungskrieges zu erhalten. Er fürchtet die Reaktion gegen die Irrlehre des Hasses. Der Ententekrieg geht heute wiederum um Raub und Ruhm, wie nach jedem vorübergehenden Erfolg. Balfour wehrt

sich gegen eine drohende Friedensmöglichkeit. Wenn die feindlichen Diplomaten vor dem Kriege so wachsam sich gegen den drohenden Krieg gewehrt hätten wie heute gegen den drohenden Frieden, weiß Gott, dann hätte es keinen Weltkrieg gegeben!"

Zu den Vertretern des Verbandes katholischer Studentenvereine, die ihm zum fünfundsiebzigsten Geburtstag eine Glückwunschadresse überreichten, sprach Graf Hertling am 31. August: „Der Krieg ist das größte Gesamterlebnis für ein Volk. Er befähigt zu ungekannten Leistungen, aber er stellt auch gewaltige Anforderungen an die Nervenkraft. Nicht umsonst spricht man von Kriegspsychose. Sie zeigt sich bei sämtlichen am Kriege beteiligten Völkern, bei unsern Feinden in der Form eines an Wahnsinn grenzenden Hasses, genährt durch die ungeheuerlichsten Verleumdungen, voll von unerhörten Schmähungen alles dessen, was uns wert und heilig ist. Bei uns äußert die Kriegspsychose ihre Wirkung vor allem nach innen in der Verstärkung der Neigung zur Kritik der Regierung sowie in der Verschärfung der Parteigegensätze. Darin liegt zweifellos eine Gefahr . . . durch den Eindruck, der bei unsern Feinden hervorgerufen wird. Sie träumen von einem bevorstehenden inneren Zusammenbruch, sie bauen darauf ihre Siegeshoffnung und verlängern um dessentwillen den Krieg. Hier ist Abhilfe not. Wir brauchen ein Zusammenstehen von Kaiser und Reich, Regierung und Volk, und zwar so, daß es auch nach außen deutlich in die Erscheinung tritt . . . Was die militärische Lage betrifft, so sieht sie unsere Heeresleitung mit voller Zuversicht an, wenn sie sich auch aus strategischen Gründen veranlaßt gesehen hat, unsere Linien an mehreren Stellen zurückzuverlegen. Wir haben den Krieg vom ersten Tag an als Verteidigungskrieg geführt. Wir haben ihn in Feindesland getragen, um dort unsere Grenzen zu verteidigen und die heimatlichen Fluren zu schützen; wir werden dort weiterkämpfen . . ." Hertling.

Es fiel auf, daß Admiral v. Holtzendorff am 2. August „aus Gesundheitsrücksichten" zurücktrat; sein Nachfolger wurde Admiral Scheer. — Fürst Lichnowsky verlor das Recht der Mitgliedschaft des preußischen Herrenhauses.

Da Spanien durch den Tauchbootkrieg bereits zwanzig Prozent seiner Handelsmarine und über hundert Seeleute verloren hatte, wandte sich die Regierung in freundschaftlicher Weise an die deutsche, um ihr mitzuteilen, daß eine neuerliche Torpedierung Spanien nötigen würde, die versenkte Tonnenzahl durch in spanischen Häfen liegende deutsche Schiffe zu ersetzen; dies wäre aber nur eine vorübergehende Maßregel; im übrigen halte Spanien an der Neutralität fest. Spanien.

Es erfolgten noch drei Ergänzungsverträge zum Brester Frieden (27. August) politischer, militärischer, finanzieller und privatrechtlicher Art zwischen Deutschland und Rußland; es handelte sich da um eine Reihe von Fragen über die noch ungeregelten Beziehungen Rußlands zu den Randvölkern und um die Zahlung von sechs Milliarden Mark an Deutschland nach Abrechnung der gegenseitigen Verpflichtungen. — Die Verhandlungen zwischen Rußland und Finnland fanden in Berlin statt mit Unterstützung der von Finnland zu Hilfe gerufenen deutschen Regierung (3. August); die Verhandlungen wurden aber am 28. vertagt, da in den Hauptfragen kein Einverständnis zu erreichen war. Auch zwischen der Ukraine und Rußland

ergaben sich bei den Friedensverhandlungen Gegensätze über die Grenzen, über das Staatsvermögen und die Staatsschulden; eine Einigung wurde nicht erzielt. Wohl aber wurde der türkisch-ukrainische Friedensvertrag ratifiziert, und zwar zu Wien am 22. August. — Der ermordete Zar Nikolaus II. hatte Tagebücher hinterlassen, die einen Zeitraum von sechsunddreißig Jahren umfaßten; deren vollständige Veröffentlichung wurde vorgesehen. — Der Mörder des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn wurde am 10. August zu Kiew öffentlich gehenkt. Das Urteil war von einem deutschen Feldgericht gesprochen worden. Die deutsche Gesandtschaft in Rußland wurde von Moskau nach Pskow verlegt, mit Rücksicht auf die gefährliche Lage und die Ankündigung des Terrors durch die Sozialrevolutionäre.

Die Vereinigten Staaten schlugen, wie es hieß, der japanischen Regierung die baldige Entsendung von Truppen nach Sibirien vor zum Entsatz der Tschechoslowaken. Darauf erfolgte am 3. August eine amtliche

Japan. japanische Erklärung über die Absendung alliierter Truppen nach Wladiwostok; darin hieß es heuchlerischerweise: „Angesichts der Gefahr, der die tschechoslowakischen Truppen in Sibirien von Seite der Deutschen, Österreicher und Ungarn ausgesetzt sind, war es den Alliierten nicht möglich, mit Gleichgültigkeit den ungünstigen Verlauf der Ereignisse anzusehen. Eine gewisse Anzahl ihrer Truppen erhielt bereits den Befehl, nach Wladiwostok zu gehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten, die den Ernst der Lage ebensosehr einsah, wandte sich vor kurzem an die japanische Regierung mit dem Vorschlag, rasch Truppen abzuschicken, um die Tschechoslowaken (die armen Räuberbanden!) von dem gegen sie gerichteten Drucke zu befreien. Die japanische Regierung kam dem Wunsche der Vereinigten Staaten nach. Es bleibt aber ihr Wunsch, dauernde Freundschaft mit Rußland zu pflegen. Sie wird die territoriale Integrität Rußlands respektieren . . .“ Ähnlich lautete die amtliche Erklärung der Vereinigten Staaten über die amerikanisch-japanische Aktion in Sibirien (4. August): „Eine militärische Intervention in Rußland würde wahrscheinlich mehr zur Vergrößerung der jetzigen Verwirrung beitragen und der Bevölkerung wenig dienen. Deshalb ist eine solche Aktion nur insoferne möglich, als damit den Tschechoslowaken Hilfe gegen die bewaffneten Kriegsgefangenen gewährt wird. Vorläufig werden die amerikanischen Truppen nur dazu verwendet werden, militärische Vorräte zu bewachen . . . Die Regierung beabsichtigt auch, eine Kommission von Kaufleuten, Sachverständigen für den Landbau, Arbeiterberatern, Vertretern des Roten Kreuzes und Agenten der ‚Young Men Christian Association‘, die gewohnt sind, die Verbreitung nützlicher Kenntnisse zu organisieren, zu entsenden. Die Ausführung dieses Planes wird der militärischen Hilfe für die Tschechoslowaken folgen.“ — Militär- und Marine-

Archangelsk. streitkräfte der Alliierten wurden auch am 2. August in Archangelsk gelandet und angeblich von der Bevölkerung mit allgemeiner Begeisterung begrüßt. — Lenin, Tschitscherin und Trotzki veröffentlichten allerdings am 7. einen Aufruf, worin sie die englische und französische Regierung als Banditen bezeichneten. Rußland habe zu lange die erniedrigende Behandlung der Ententeimperialisten geduldet, die früher die Stiefel des Zarismus geleckt hätten. In Maueranschlägen wurde zur Vernichtung der Tschechen aufgefordert. Dagegen erließen die britischen Vertreter in Wladiwostok, Murman und Archangelsk folgende zuckersüße Kundgebung vom

10. August an das russische Volk: „Eure Alliierten haben euch nicht vergessen. Wir erinnern uns an alle Dienste, die eure heldenhaften Armeen uns in den ersten Kriegsjahren geleistet haben. Wir kommen als Freunde, um euch zu helfen, damit ihr euch vor der Zerstückelung und der Zerstörung durch Deutschland rettet. Euer Bürgerkrieg erleichtert die deutschen Eroberungspläne. Wir haben nicht die Absicht, euch ein politisches System aufzuzwingen. Das russische Volk soll über seine Regierungsform und die Lösung seiner sozialen Probleme selbst entscheiden. Aber die Freiheiten, die ihr durch die Revolution gewonnen habt, werden von Deutschlands eiserner Hand mit Vernichtung bedroht. Schart euch daher um die Fahne der Freiheit und Unabhängigkeit, welche wir, die wir noch immer eure Alliierten sind, in eurer Mitte aufgerichtet haben. Wir wollen eurem leidenden Lande wirtschaftliche Erleichterungen verschaffen. Wir wünschen die Entwicklung der industriellen und natürlichen Hilfsquellen eures Landes zu fördern, ohne sie für uns auszunützen."

Der amerikanische Konsul in Moskau unterrichtete aber am selben 10. August seine Regierung, daß Lenin in der letzten Versammlung der Sowjets in Moskau erklärte, es bestehe Kriegszustand zwischen der russischen Regierung und der Entente. Auf eine Anfrage der alliierten Konsuln erwiderte Tschitscherin, diese Feststellung brauche nicht als Kriegserklärung betrachtet zu werden, sondern als Erklärung eines Verteidigungszustandes.

Die japanische Regierung behauptete am 13. August, daß die deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen längs der mandschurischen Grenzen das Kommando über die Streitkräfte der Sowjets übernommen hätten und gegen China vorrückten, daher müsse Japan seinen chinesischen Bundesgenossen schützen. Die chinesische Regierung mußte wohl oder übel zustimmen, daß Japan die Verteidigung der mandschurischen Grenze auf sich nehme und daß chinesische Truppen unter japanische Heerführer gestellt würden.

Den Gipfel internationaler Schlechtigkeit erreichte folgende Erklärung der britischen Regierung, die am 16. August bekannt wurde: „Seit Beginn des Krieges hat die tschechoslowakische Nation dem gemeinsamen Feind mit allen Mitteln Widerstand geleistet. Die Tschechoslowaken haben ein ansehnliches Heer aufgestellt, das auf drei verschiedenen Schlachtfeldern kämpft und in Rußland wie in Sibirien den deutschen Einfall aufzuhalten versucht. Mit Rücksicht auf ihre Anstrengungen zur Erreichung der Unabhängigkeit betrachtet Großbritannien die Tschechoslowaken als verbündete Nation und erkennt die Vereinigung der drei tschechoslowakischen Armeen als verbündetes und kriegführendes Heer an, das sich in regelrechtem Kriege mit Österreich-Ungarn und Deutschland befindet. Großbritannien erkennt auch das Recht des tschechoslowakischen Nationalrates als obersten Organs der tschechoslowakischen Nationalinteressen und als derzeitigen Bevollmächtigten der zukünftigen tschechoslowakischen Regierung an, den Oberbefehl über diese verbündete und kriegführende Armee auszuüben." Darauf wurde von der österreichisch-ungari- Tschechoslowaken.

schen Regierung amtlich erklärt: „Form und Inhalt dieser neuesten englischen Erklärung müssen auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Der tschechoslowakische Nationalrat ist ein Komitee von Privatpersonen, die weder vom tschechischen Volke, noch viel weniger aber von der nur in der Phantasie der Entente existierenden tschechoslowakischen Nation irgendein Mandat erhalten haben. Geradeso widersinnig ist es, dieses Komitee als die Bevollmächtigten einer zukünftigen, heute also nicht existierenden Regierung hinzustellen. Was die sogenannte tschechoslowakische Armee betrifft, so kann dieselbe einen Bestandteil der Ententeheere bilden, aber gewiß nicht als ein Verbündeter der Entente im völkerrechtlichen Sinne gelten. Es ist uns wohlbekannt, daß nur ein geringer Bruchteil der sogenannten tschechoslowakischen Armee österreichische oder gar ungarische Staatsangehörige slawischer Sprache sind. Diese Treu- und Eidbrüchigen werden aber trotz aller Anerkennung seitens der Entente von uns als Hochverräter betrachtet und behandelt. Es kann nicht geduldet werden, daß ganze Völker, die ihren Pflichten als österreichische oder ungarische Staatsbürger stets nachgekommen sind und deren Söhne im Verbande der österreichisch-ungarischen Armee sich tapfer gegen die Entente geschlagen haben, durch ähnliche Mittel wie die amtliche englische Erklärung verdächtigt werden . . ." Die „Times" wußten am 15. August zu melden, daß nun wahrscheinlich auch die Vereinigten Staaten bald dem Beispiel Englands folgen und die Tschechoslowaken als verbündete Nation anerkennen würden.

Auf Lenin wurde am 30. August ein Attentat von zwei Damen der sozialrevolutionären Partei versucht. Er wurde von zwei Schüssen getroffen, kam aber mit dem Leben davon. Die „Prawda" forderte die Arbeiter auf, ruhig zu bleiben, der Mordanschlag gehe von den Mietlingen der Engländer und Franzosen aus. Auf die Anschläge gegen ihre Führer wird die Arbeiterklasse mit schonungslosem Terror antworten. Dagegen beschlossen die Sozialrevolutionäre, gegen die Bolschewiken denselben Terror anzuwenden wie früher gegen die hohen Beamten des zaristischen Regiments. In der Tat stellte sich heraus, daß die Attentäterin Dorge Kaplan dieselbe Terroristin war, die 1907 gegen den verhaßten Gendarmeriechef Nowitzki mit einem Taschenmesser einen mißglückten Mordanschlag unternommen hatte und zu dreizehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war.

Finnland. In Finnland wurde am 10. August die Frage der Königswahl erörtert: 68 Stimmen sprachen sich für die Monarchie, 33 für die Republik aus. Durch diese Abstimmung erhielt die Regierung die Vollmacht, Verhandlungen über den Thronkandidaten aufzunehmen.

Die rumänische Kammer beschloß am 6. August die Versetzung des Ministerpräsidenten Bratianu in den Anklagezustand.

England. Wir haben noch einige kriegswütige Reden britischer Staatsmänner zu berühren. Lloyd George sprach am 2. August über die Pflicht, diesen schrecklichen Krieg zu gewinnen. „Es ist viel die Rede von einem Bund

der Nationen. Aber es gibt zwei bereits bestehende Völkerbündnisse: das britische Reich und das Bündnis gegen die Mittelmächte... Je länger der Krieg dauert, um so strenger müssen die wirtschaftlichen Bedingungen sein, die wir dem Feind auferlegen. Er kämpft, um den Alliierten seine eigenen wirtschaftlichen Bedingungen aufzuerlegen. Das wird ihm niemals gelingen." — Asquith faßte seine Ansicht über die Kriegsziele am 4. August also zusammen: „Die große Masse des nachdenkenden Publikums in Europa und Amerika ist jetzt davon überzeugt, daß wir umsonst gekämpft haben würden, wenn wir nicht, ehe wir die Waffen niederlegen, wenigstens den Anfang der großen Gemeinschaft erreicht haben, die auf den Linien einer praktischen Politik zur Erreichung und Erzwingung einer weltumfassenden Herrschaft der Gerechtigkeit aufgebaut wird und bis zum Ende der Welt alle Kriege unmöglich machen soll." — Humaner war der Vertreter der Arbeiter im Kriegskabinett, Barnes, der am 6. August erklärte, man müsse Deutschland in den Völkerbund aufnehmen, weil man sonst nur die alten Gefahren heraufbeschwören würde. An einer Konferenz im Haag sollten nicht nur Vertreter der Regierungen, sondern auch der Völker teilnehmen, Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, der Kirche und des Handels; auf dieser Konferenz der Alliierten könnten auch die Friedensziele revidiert werden. — Lloyd George meinte im Unterhaus 7. August, die Hauptsache sei die Flotte. Deutschland kann darum niemals triumphieren. Dessen Offensive zur See ist mißglückt; die Offensive zu Land nach anfänglichem Erfolg desgleichen. Von dem Augenblick an, da Foch die strategische Leitung in die Hand bekam, hat sich das Glück zugunsten der Alliierten gewandt. Die günstigen Aussichten vom 21. März werden sich dem Feinde nicht wieder bieten. — Die englische Pazifistengruppe verlangte am 8., es sollten entschiedenere Anstrengungen in der Richtung des Friedens gemacht werden. Balfour entgegnete, das Hindernis sei, daß der deutsche Militarismus nicht auf dem Ehrgeiz einiger Soldaten, sondern darauf beruhe, daß Schriftsteller, Professoren alle die Theorie vertreten, daß die wahre Politik jeder Nation, die groß sein wolle, die der Weltherrschaft war. — Lord Robert Cecil kritisierte am 23. Solfs Rede: er habe erklärt, daß die Alldeutschen keinen Einfluß auf die Regierung haben, und das unmittelbar nachdem Kühlmann entlassen wurde, weil er mit den Alldeutschen Streit hatte. Und neuerlich sagte Cecil am 30. über die deutschen Friedensstimmen: „Die Durchführung einer Politik, die sich ausschließlich auf die Macht gründet, ist mit Unterhandlungen unvereinbar. Selbst wenn jene, die eine solche Politik unterstützen, durch die Ereignisse der letzten Zeit zur Überzeugung gelangt sind, daß es verständig sei, sich zu verbergen und die zu Unterhandlungen geneigten Elemente ihren Platz auf der Bühne einnehmen zu lassen, würde man in den deutschen Militärkreisen fortfahren, den nächsten Krieg zu diskutieren, und die Männer der Machtpolitik würden nur einen Augenblick beiseite treten, ihre ganze Energie aber würde sich auf die Vorbereitung einer neuen Reihe erfolgreicher Feldzüge konzentrieren. Wie der frühere deutsche Botschafter in Konstantinopel sagte, sehen die Deutschen ein, daß es ein Irrtum war, sich nicht auf einen langen Krieg vorzubereiten; man werde aber denselben Irrtum nicht nochmals begehen, sondern wolle das nächste Mal Baumwolle und Kupfer in hinreichender Menge für einen fünfjährigen Krieg einlagern. Selbst wenn wir mit Unterhandlungen den Frieden erzielen,

könnten wir daher den endgültigen Kampf zwischen Macht und Recht nur aufschieben; wir würden nur einen Waffenstillstand zusammenflicken zwischen jenen, die der Ansicht huldigen, daß die Weltherrschaft der Macht gehöre, die ihren Willen mit Blut und Eisen erzwingen kann, und jenen, die glauben, daß die Nationen friedlich in einem Verband leben können, der ein internationales System für Gesetz und Ordnung von der gleichen Art errichten will, wie das zwischen den Individuen innerhalb aller zivilisierten Nationen. Zwischen den Vertretern dieser entgegengesetzten Standpunkte kann keine Verständigung erzielt werden . . . Die deutsche Regierung hat die Herrschaft über die Ostseeprovinzen erlangt und dadurch ein offen eingestandenes alldeutsches Ziel verwirklicht, das jahrzehntelang gepredigt wurde . . . Mit einer deutschen Nation, die sich vom Alldeutschtum gesäubert hat, die ihre Missetaten bereut und bereit ist, ein gesundes friedliches Leben im Bunde der Nationen zu leben, können die Alliierten einen ehrlichen Frieden schließen, aber nicht mit jenen, die an der Machtpolitik festhalten."

Um Lansdowne und die andern Führer der englischen Pazifisten vor der britischen Öffentlichkeit zu kompromittieren, gab Maxse in der „National Review" eine Schilderung der letzten Tage vor Kriegsbeginn, aus der hervorging, daß schon am 31. Juli, also noch bevor die belgische Neutralitätsfrage existierte, diese damaligen Kriegstreiber den zaudernden Asquith zum Krieg drängten. Sie wurden erst später Pazifisten.

Amerika. In beiden Häusern des amerikanischen Kongresses wurde am 8. August das neue Heeresgesetz eingebracht, das das Militärdienstalter vom 18. bis zum 45. Lebensjahr erweiterte und so die Heeresstärke der Vereinigten Staaten auf 22½ Millionen Mann bringen sollte. Der Kongreß nahm dies Mannschaftsgesetz am 31. an, worauf Wilson es sofort unterzeichnete. Er fügte in einer Proklamation hinzu: „Es ist unser feierlicher Vorsatz, einen entscheidenden Sieg mit den Waffen zu gewinnen und bewußt den größeren Teil der militärischen Manneskraft des Volkes der Verwirklichung dieser Absicht zu weihen." — Senator Lodge erklärte am 24. in der Senatskommission: „Der Friede muß diktiert und darf nicht durch eine Verhandlung mit Deutschland erreicht werden. Im einzelnen müssen Deutschland folgende Friedensbedingungen aufgezwungen werden: Vollständige Wiederherstellung Belgiens, bedingungslose Herausgabe Elsaß-Lothringens und der italienischen Gebiete Österreichs, Sicherheit Griechenlands, Unabhängigkeit Serbiens, Rumäniens, Polens und der Slawen, Freiheit Rußlands einschließlich der Rückgabe der in Brest entfremdeten Gebiete. Konstantinopel muß ein Freihafen werden, Palästina darf nicht wieder türkisch werden. Die Jugoslawen und die Tschechoslowaken müssen unabhängige Staaten bilden, die im Vereine mit den Polen Deutschlands Vormarsch nach Osten im Wege stehen. Die deutsche Regierungsform müssen die Deutschen selbst regeln." Diesem stimmten alle Parteien, alle Blätter zu. Der „Straßenräuber unter den Nationen" dürfe nicht seine Beute behalten oder seine alte Beschäftigung fortsetzen. Die republikanische

Partei empfahl den Schlachtruf: Kein Friede, der nicht auf der andern Seite des Rheins diktiert wird.

Als der amerikanische Arbeiterführer Gompers am 30. in London war, sagte Lloyd George: „Die Alliierten wollen die deutschen Arbeiter von ihrem Joch befreien. Die von Jahr zu Jahr unerträglicheren Verhältnisse in Deutschland hätten auf die Dauer zu einer Erhebung geführt, um die Militärherrschaft zu beseitigen. Deswegen sind wir im Kriege." Gompers antwortete: „Unsre Ansicht ist, daß der Geist der Arbeiterbewegung nicht leben kann, wenn der Geist des Kaisertums herrscht. Es handelt sich um einen Kreuzzug, der uns ein Leben schaffen wird, wie es die Welt noch nicht gekannt hat. Es ist ein großer Vorzug, in einer solchen Zeit zu leben."

Indessen erfuhr man, daß zwischen den Vereinigten Staaten und England ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sei, der das zukünftige Verhältnis beider Länder nach dem Frieden regelte. Es handelte sich um ein Schutz- und Trutzbündnis politischer und wirtschaftlicher Natur mit der Spitze gegen Japans Expansionspolitik.

Das österreichische Kaiserpaar besuchte am 28. das sächsische Königspaar in Dresden. Auf der Rückreise besuchte Kaiser Karl noch den König Ludwig von Bayern in München.

Die österreichische Regierung beschäftigte sich mit der Vorbereitung einer Verfassungsrevision „unter Wahrung aller Einheitsinteressen des Staates".

September.

Der September brachte endlich die unabwendbare Katastrophe, indem er die Einheitsfront der Mittelmächte an zwei Stellen unheilbar zermürbte: an der Westfront und an der makedonischen Front. Die Ursachen lagen vor allem in den fortschreitenden Folgen der gräßlichen Hungerblockade. Hunger-
Die ganze Bevölkerung der Mittelmächte, Zivil und Militär, Soldaten und Arbeiter, waren seit einigen Jahren der zunehmenden Verhungerung ausgesetzt. Es gab kaum mehr eine Bevölkerungsklasse, die nicht die Entkräftung an sich verspürte. Die Sterblichkeit, die Krankheiten nahmen von Monat zu Monat zu. Die Widerstandskraft nahm immer mehr ab. Nicht zu reden vom Hinsterben der Kinder und Schwachen. Diese Art der Kriegführung durch Massenmord einer ganzen Bevölkerung wird zum Himmel schreien, so lange die Menschheit ein Angedenken an diesen Weltkrieg bewahren wird, und das wird sie wohl bis zum Jüngsten Tag. Infolge der körperlichen Depression waren die Gemüter der ganzen Bevölkerung auch dem Angriff moralischer oder vielmehr unmoralischer Propagandamittel fast widerstandslos ausgesetzt. Diese Propaganda ergoß sich von zwei Seiten über die Mittelmächte, vom Osten durch den mit reichen Geldmitteln arbeitenden russischen Bolschewismus, vom Westen durch das englische Propagandaministerium Northcliffe und die von allen Ententeregierungen schamlos betriebene Verleitung der unzufriedenen

Elemente zur Verschwörung, zur Empörung, zur Revolution. Die östliche Propaganda war mehr sozialistisch, die westliche mehr nationalistisch; beide ergänzten einander, obwohl sie selbständig arbeiteten. Verständlich und entschuldbar war das Vorgehen der russischen Bolschewiken; es widersprach weniger der internationalen Moral. Unentschuldbar war es aber, daß die Westmächte die in ihrer überwiegenden Mehrzahl loyalen Nationalitäten der österreichisch-ungarischen Monarchie durch reiche Mittel und Aufstachelung zu staatsverräterischem Vorgehen verleiten und organisieren wollten. Man verschwor sich in Paris und Washington mit einigen wenigen schwächlichen und gewissenlosen tschechischen, südslawischen Führern, mit Rumänen, Polen, Ukrainern, man anerkannte sie bereits im vornhinein als Vertreter von Nationalstaaten, man drängte sie in eine Verschwörerpose, in eine Revolution, in ein Staatsgründerwesen hinein, das diesen verirrten Österreichern erst eingepaukt werden mußte. Während sich diese nationalistische Propaganda zumeist gegen Österreich-Ungarn richtete, richtete sich die sozialistische Propaganda mehr an das Deutsche Reich. Freiwillige Mitarbeiter an dieser Propaganda waren die aus der russischen Gefangenschaft zurückkehrenden Krieger, deren Köpfe voll von unreifen bolschewistischen Ideen waren. Diese kamen auf dem ausgehungerten Boden zu wuchernder Entfaltung und vereitelten die Anstrengungen der ausgezeichneten deutschen Heerführer, der vordringenden Offensive vom Westen endlich einen Damm entgegenzusetzen.

So mußte die deutsche Heeresleitung nach Bericht vom 1. September
Kemmel. den Kemmel aufgeben. Auch sonst meldeten die Schlachtberichte fast jeden Tag von zurückgenommenen Linien, von Loslösung vom Feind in der Nacht, von plangemäßen Bewegungen nach rückwärts, von Nachhutgefechten, vom Aufhalten des Feindes, von eigenen erfolgreichen Unternehmungen ohne dauernden Erfolg. Am 12. wurde der seit Jahren umstrittene Bogen von St. Mihiel aufgegeben, an den sich unerhörte Heldentaten knüpften. Es machte wenig aus, daß am 16. auf Paris 22.000 Kilogramm Bomben abgeworfen wurden als Vergeltung für das fortgesetzte Bewerfen deutscher Städte. Am 19. kämpfte man wieder um die „Siegfriedfront“ zwischen Somme und Havrincourt. Die Stellungen südlich der Somme (Essigny-le-Grand) wurden am 21. geräumt. Den Feinden wurden schwere Niederlagen zugefügt, aber sie rückten doch immer vor. „Bei der Abwehr östlich der Maas (27. Sept.) zeichneten sich auch österreichisch-ungarische Truppen aus.“ Von den Leistungen der Amerikaner ist erst gegen Ende des Monats hie und da die Rede. Es wurde um Cambrai gekämpft. „Der Engländer erkaufte seine örtlichen Erfolge mit hohen Verlusten.“ — Der Generalprofoß der Vereinigten Staaten Chrowder erklärte am 12. September: „Es wurden heute dreizehn Millionen amerikanischer Soldaten für den Krieg gegen die preußische Autokratie in die Listen eingeschrieben. Vier Millionen davon werden bald unterwegs sein, um sich den Alliierten an der Westfront anzuschließen. Mit den mehr als zehn Millionen zwischen 21 und 23 Jahren, die früher für den Militärdienst ein-

geschrieben wurden, steigt das amerikanische Mannschaftsmaterial also auf die potentielle Stärke von 23,400.000 Mann."

An der italienischen Front ereigneten sich keine wichtigen Entscheidungen, obwohl stellenweise, besonders an der Gebirgslinie, gefochten und geschossen wurde. An der Seite der Italiener kämpften auch die sogenannten Tschechoslowaken. Sie wurden selbstverständlich von den Österreichern rechtlich als Hochverräter behandelt. Um so rühmlicher ist das tapfere und kaisertreue Verhalten der auf österreichischer Seite stehenden wirklichen tschechischen Regimenter.

Noch immer erwartete man deutscherseits den Erfolg des Tauchbootkriegs. Deutsche Unterseeboote operierten erfolgreich an der amerikanischen Küste und hatten es besonders auf die Petroleumdampfer abgesehen.

Den Türken gelang es noch, die Engländer aus Baku zu vertreiben, wo sie die Sowjetregierung durch eine sozialrevolutionäre Verwaltung ersetzt hatten. Dagegen mußten sie Palästina den vordringenden Engländern überlassen. Diese waren, wie es hieß, durch eine Aufstandsbewegung der Araber bedroht. Bei den Kämpfen zeichneten sich deutsche Truppen aus.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg kennzeichnete die kritische Lage am 2. September durch einen Aufruf an das deutsche Heer und die deutsche Heimat: „Wir stehen in schwerem Kampfe. Wenn zahlenmäßige Überlegenheit allein den Sieg verbürgte, läge Deutschland schon längst zerschmettert am Boden. Der Feind weiß aber, daß der Geist uns unbesiegbar macht. Deshalb hat er den Kampf gegen den deutschen Geist aufgenommen. Er will unsern Geist vergiften. Wir dürfen diesen Plan des Feindes nicht leicht nehmen. Er überschüttet unsere Front mit einem Trommelfeuer von bedrucktem Papier, das seine Flieger abwerfen, um den Geist zu töten: im Mai 84.000, im Juni 120.000, im Juli 300.000 Flugblätter mit dem Versuch, dem einzelnen und der Gesamtheit den Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache zu nehmen. Der Feind greift den Geist der Heimat an. Die unsinnigsten Gerüchte werden in Umlauf gesetzt. Sie verbreiten sich von der Schweiz, Holland und Dänemark über ganz Deutschland. Dieses Gift wirkt auf die Urlauber und fließt in Briefen zur Front. Aus den Flugblättern klingt es: ‚Euer Kampf ist aussichtslos. Amerika wird euch den Garaus machen. Eure Tauchboote taugen nichts. Euer Handel ist vernichtet. Wir sperren euch nach dem Krieg die Rohstoffe ab; dann muß eure Industrie verhungern. Eure Kolonien seht ihr niemals wieder.‘ Bald Drohung, bald Lockung. Wieder heißt es: ‚Eure Regierungsform ist falsch. Wir werden euch eine bessere geben. Kämpft gegen die Hohenzollern!‘ Der Feind will die Bayern gegen die Norddeutschen aufreizen. Er will unsere Bundestreue zu unseren Verbündeten erschüttern. Er reißt Äußerungen deutscher Männer und Zeitungen aus dem Zusammenhang. Denket daran, daß es Verräter am Vaterland in jeder Zeit gegeben hat, bewußte und unbewußte! Es ist unsere Stärke, aber

Hindenburg.

auch unsere Schwäche, daß wir auch im Kriege jede Meinung ungehindert zu Worte kommen lassen . . .“

Kaiser Wilhelm. Ähnlich sprach Kaiser Wilhelm am 11. September zu den Kruppschen Arbeitern in Essen: „Ich habe eure Sorgen im tiefsten Herzen empfunden. Was geschehen konnte, ist geschehen. Es hätte manches anders gemacht werden können, und daß darüber Mißstimmung herrscht, ist kein Wunder. Aber wem verdanken wir dies, die Aushungerung, den furchtbaren Haß? Im Dezember 1916 habe ich ein unzweideutiges Friedensangebot den Gegnern übergeben. Hohn und Spott war die Antwort. Sie ist immer ausgesprochener Vernichtungswille, die Aufteilung und Zerschmetterung Deutschlands . . . Den Heldentaten unseres Heeres muß ein Rückhalt geschaffen werden in der Arbeit, im Sinn unseres Volkes. Mancher unter euch hat sich wohl die Frage vorgelegt: Wie hat das kommen können, da wir doch vierzig Jahre Frieden hatten? Ich bin zu folgender Antwort gekommen: In der Welt ringt das Gute mit dem Bösen, das Ja mit dem Nein. Der Krieg ist hervorgegangen aus einer großen Verneinung unserer Existenzberechtigung, unserer Kultur, unserer Leistungen und unseres Wirkens. Durch unsere Arbeit in Industrie und Wissenschaft, Kunst und Volkserziehung, sozialer Gesetzgebung kam unser Volk in die Höhe; da kam der Neid, er veranlaßte die Gegner zum Kampf, zum Haß. Der Deutsche kennt keinen Haß, nur Zorn. Haß zeigt sich nur bei Völkern, die sich unterlegen fühlen. Heute kommt es auf die letzten Anstrengungen an. Darum versuchen es die Gegner mit der Zersetzung im Innern, um uns mürbe zu machen durch falsche Gerüchte und Flaumacherei . . . Wir müssen alle auf Gottes Hilfe bauen, der Zweifel ist der größte Undank gegen den Herrn. Haben wir denn Grund zum Zweifel? Der kommt nur dann, wenn man Gerüchten Glauben schenkt. Schmiedet euch aber aus den Tatsachen, die ihr selbst erlebt habt, den festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes!“

Auf der Konferenz der Vorstandsvertreter der deutschen Gewerkschaften beklagte Legien die Haltung der amerikanischen Arbeiter. Gompers als Vorsitzender der „American Federation of Labour“ habe bei seinem Besuch in London das Fünkchen von Friedensneigung in der englischen Arbeiterschaft verlöscht. Er forderte Niederwerfung der „Hunnen“. „Und doch geben die Zustände in Amerika keine Veranlassung, so zu sprechen. Dort herrscht die Kapitalsmacht noch unbeschränkter als in irgendeinem Staat Europas. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sind nur in geringen Ansätzen vorhanden. Hinter dem imperialistischen England steht der amerikanische Imperialismus nicht wesentlich zurück. Die Lynchjustiz wird geduldet und unterstützt, diese Schmach für das ganze Land. Deutsche Arbeiter haben einen wesentlichen Anteil an der amerikanischen Kultur. Amerika widersetzte sich nicht dem völkerrechtswidrigen Hungerkrieg. Die amerikanischen Arbeiter haben allzeit das Gegenteil von dem getan, was eine Arbeiterorganisation tun sollte.“

Über die Friedensaussichten, den Verständigungswillen ohne jede Eroberung sprach auch Reichskanzler Hertling am 12. September zu den Vertretern der Gewerkschaften. Desgleichen Vizekanzler v. Payer am selben Tag in Stuttgart, seiner Vaterstadt. Er stellte als den eigentlichen Grund der gedrückten Stimmung im Volke nicht die militärischen Mißerfolge

Payer.

fest, sondern das schwer auf den Gemütern lastende Gefühl, daß die Friedensaussichten sich immer weiter hinausschieben. „An diesem Elende tragen alle Kriegführenden gleich. Wir leiden unter dem Verluste von Millionen von Männern, unter Einschränkungen und Entbehrungen, unter der phantastischen Höhe der Staatsschulden, unter der Verkümmerung unserer persönlichen Freiheiten, unter der Gefahr für die historische Vormachtstellung des geschwächten und verarmten Europas zugunsten kluger und berechnender Völker ... Der Tauchbootkrieg hat nicht so rasch und sicher gewirkt, wie wir uns seinerzeit berechnet haben ... Kann man glauben, dies entsetzliche Ringen werde mit einem Frieden herkömmlicher Art abschließen? Die Menschheit werde sich nach diesen Opfern mit einer Art Waffenstillstand auf ein paar Jahrzehnte begnügen? Die Welt sieht heute anders aus als nach dem Dreißigjährigen Kriege. Damals traten die mittleren und unteren Schichten still in den Hintergrund. Den kommenden Frieden werden aber die Regierenden nicht allein, sondern im engen Einvernehmen mit der Gesamtheit des Volkes schließen. Ihr ist aber am Frieden die Hauptsache nicht ein Gewinn an Menschen, Land, Gut und Ehren, ihr ist es in erster Linie um einen dauernden Frieden zu tun. Darum wird es keinen Eroberungsfrieden geben ... Das alte Rußland hätte lebensfähig bleiben können, wenn es die Absicht gehabt hätte, durch föderalistische Gestaltung den unterjochten Völkerschaften erträgliche Lebensbedingungen zu gewähren. Sollen nun wir zur Wiederaufrichtung des seine Nachbarn bedrohenden Zarenreiches beitragen, unsere Zukunft aufs neue gefährden? Wenn die Randstaaten sich mit uns verständigen, so ist das eine Sache, die der Welt nur nützen kann. Im übrigen kann der territoriale Besitz vor dem Kriege überall wiederhergestellt werden ... Die Flamenfrage von Belgien wird im Sinne der Gerechtigkeit gelöst werden. Es ist eine Heuchelei, Belgien als unschuldiges Opfer unserer Politik hinzustellen ... Die Völker der Erde rufen nach Schutz gegen weitere Verelendung durch Krieg, nach einem Völkerbund und internationalen Schiedsgericht, nach Vereinbarungen über gleichmäßige Abrüstung. Am Widerspruch des Deutschen Reichs wird keine dieser Forderungen scheitern. Diese Gedanken waren uns Deutschen schon längst vorher geläufig. Ebenso werden wir das Verlangen nach Freiheit der Meere und Meeresstraßen, nach offenen Türen in allen überseeischen Besitzungen, nach Schutz des Privateigentums zur See in den Friedensverhandlungen erheben, und wenn über den Schutz der kleinen Völker und der nationalen Minderheiten verhandelt wird, werden wir für Bestimmungen eintreten, die den England unterworfenen Ländern wie eine Erlösung wirken werden ... Wir lachen aber des Ansinnens, daß wir erst reuig um Gnade bitten sollen, ehe wir zugelassen werden. Gleichberechtigt unter den Völkern der Erde, werden wir ein Leben der Arbeit, der Befriedigung und der gesicherten Zukunft führen. Gemeinsam mit den andern werden wir den Weltfrieden vor künftiger Gefährdung schützen ... Wir legen die Verantwortlichkeit für das Blut, das noch fließen wird, auf das Haupt unserer Feinde ..."

Indessen wurde die preußische Verfassungs- und Wahlrechtsreform weiter verhandelt, freilich in etwas zu schleppendem Tempo. — In Angelegenheit der polnischen Frage reiste Staatssekretär v. Hintze nach Wien. Man beabsichtigte, den Verhandlungen auch Vertreter Polens beizuziehen. — Der Hetman der Ukraine, General Skoropadsky, wurde Ukraine.

am 7. September von Kaiser Wilhelm auf Schloß Wilhelmshöhe empfangen. Der Kaiser sagte bei dieser Gelegenheit: „Der durch die Machenschaften der Entente über die Welt heraufbeschworene und in verbrecherischem Wahn fortgesetzte blutige Krieg hat auch der Ukraine schwere Wunden geschlagen ... Unsere Armeen wirkten mit, dem von umstürzlerischen Elementen aufgewühlten Lande die Ruhe zu bringen. Getragen vom ukrainischen Landvolk haben Sie dann die Ukraine zu einem geordneten Staatswesen auszubauen begonnen. Vieles bleibt noch zu tun übrig." Der Hetman gab in seiner Antwort zu, daß das ukrainische Volk die völkerrechtliche Grundlage für seine staatliche Selbständigkeit durch die mächtige Unterstützung des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten erworben habe.

Deutsch-russisches. In den deutsch-russischen Ergänzungsverträgen, die nun (7. Sept.) die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlichte, hieß es unter anderm: „Deutschland wird sich in die Beziehungen zwischen dem russischen Reich und seinen Teilgebieten in keiner Weise einmischen, also insbesondere die Bildung selbständiger Staatswesen in diesen Gebieten weder veranlassen, noch unterstützen ... Rußland verzichtet auf die Staatshoheit über Estland, Livland, Kurland und Litauen, erhält aber Freihafengebiete bei Reval, Riga und Windau ... Deutschland wird die von ihm besetzten Schwarzenmeergebiete außerhalb Kaukasiens räumen. Georgien wird als selbständiges Staatswesen anerkannt" usw. — Über den Zusatzvertrag schrieb eine russische Regierungszeitung (7. Sept.): „Die Diplomatie der Räte hat einen großen Sieg davongetragen. Wir erhalten wichtige Konzessionen, ein großes Territorium, wir lösen unter günstigen Bedingungen alle Geldverpflichtungen ein. Der Vertrag anerkennt die Nationalisierung der deutschen Unternehmungen in Rußland, annulliert unsere Anleihen, befreit uns von Schadensersatzzahlungen. Für alles dieses zahlen wir nur fünf Milliarden Mark, eine kleine Summe gegenüber unserm Budget. Die fünf Milliarden sind bloß eine Auslösung der deutschen Industrieunternehmungen und unserer Anleihen zu einem vorteilhaften Preise. Der Vertrag öffnet den Weg zum Baltischen Meer. Die Schwarzemeerflotte wird zurückerstattet und zwischen Rußland und der Ukraine geteilt. Die deutsche Offensive im Osten ist zu Ende. Wir bekommen die Hände frei zum Kampfe mit den Engländern, Tschechen und Japanern. Der Augenblick der größten Schwächen der Revolution ist vorüber."

Österreich verhandelte über ähnliche Fragen mit Rußland und erlangte eine Erklärung, in welcher sich die russische Regierung zur Erfüllung der Verbindlichkeiten aus der russischen Staatsschuld grundsätzlich verpflichtete. Im übrigen standen die Verhältnisse wesentlich anders als bei Deutschland.

Wilson. Wilson suchte am 1. September anläßlich des Arbeitertags durch eine Botschaft auf die Arbeiter einzuwirken: „Anfangs schien der Krieg kaum mehr zu sein als ein Kampf der Verteidigung gegen den Überfall Deutschlands in Belgien und Frankreich. Wie 1866 und 1870 hatte

Deutschland zu den Waffen gegriffen, um seine ehrgeizigen Absichten zu verwirklichen. Jetzt ist es aber klar, daß es sich um viel mehr handelt als um einen Krieg zur Änderung des Mächtegleichgewichts in Europa. Es ist jetzt deutlich, daß Deutschland einen Anschlag auf das verübt, was freie Männer überall wünschen und besitzen müssen: das Recht, über ihr eigenes Los zu entscheiden, Gerechtigkeit zu verlangen und ihre Regierungen zu zwingen, daß sie für sie sorgen und nicht für die privaten egoistischen Interessen einer regierenden Klasse. Dies ist also der Krieg aller Kriege, den die Arbeiter unterstützen müssen ... Ihr kennt die Art dieses Krieges; es ist ein Krieg, den die Industrie unterstützen muß. Die Armee von Arbeitern zu Hause ist ebenso wichtig, wie die Armee kämpfender Männer auf den Schlachtfeldern. Die Soldaten an der Front sind Kreuzfahrer. Sie opfern ihr Leben auf, damit die Heimstätten auf der ganzen Welt heilig und sicher bleiben, damit die Menschen überall frei seien ... Die Nation ist einig ... So reichen wir uns die Hand, um die Welt einem neuen und besseren Tage zuzuführen. Woodrow Wilson.“

Ebenso harangierte der Vorsitzende Ogden auf dem Gewerkschaftskongreß in Derby 2. September die Arbeiter, es sei ihre Pflicht, dem schrecklichen Trauerspiel dieses Krieges ein Ende zu machen. Eine internationale Konferenz der Arbeiter und Sozialisten würde viel zum Abschluß eines dauernden demokratischen Friedens beitragen können. Der Kongreß nahm einen Antrag zugunsten der Verminderung der Arbeitszeit bis zu 48 Stunden in der Woche an ohne Verminderung der Löhne. Er bestätigte die Resolution des Kongresses von Blackpool vom 24. Februar und der interalliierten Sozialistenkonferenz in London, die als Kriegsziel der Arbeiter und Sozialisten die Vernichtung jeder willkürlichen Macht fordern, die für sich heimlich und zu ihrem Vorteile den Weltfrieden stören kann oder will. Der Kongreß forderte eine entsprechende Vertretung auf der Friedenskonferenz; er drang bei der Regierung auf das Anknüpfen von Friedensverhandlungen, sobald der Feind Frankreich und Belgien räumt. — Viel kriegerischer und ganz in der Weise Wilsons äußerte sich wieder der amerikanische Arbeiterführer Gompers in Edinburg am 11. September: „Die amerikanischen Arbeiter wollen über keinen einzigen Gegenstand mit Vertretern feindlicher Länder verhandeln. Wir wollen ihnen nicht die Hände schütteln und keine Beratungen mit ihnen führen, ehe sie den Kaiserismus zerschmettern; sonst werden es die Alliierten für sie tun.“ — Ähnlich äußerte sich Lloyd George in Manchester am 12. September: „Ich bin mit großem Widerstreben in diesen Krieg eingetreten, aber nachdem ich den Charakter der Herausforderung deutlich erfaßt hatte, durfte nichts halb geschehen. Ich fühlte, daß das Schicksal der Menschheit vom Ausgange dieses Krieges abhänge. Im Jahr 1915 war unsere Armee schlecht ausgerüstet, aber während der letzten vier bis fünf Monate war der Feind einem Bombardement ausgesetzt, das seinen Nerven naheging. Das Schlimmste ist vorüber. Die Deulschen geben sich keinen Illusionen mehr hin ... Die erste Bedingung für einen wirklichen Sieg und einen gerechten, dauerhaften Frieden ist, daß die Zivilisation ihre Macht organisiert, um ihre Beschlüsse durchzusetzen. Die preußische Militär-

Arbeiter.

macht muß nicht nur geschlagen werden, sondern das deutsche Volk selbst muß wissen, daß seine Herrscher die Gesetze der Menschlichkeit verletzten und sie nicht vor Strafe schützen konnten... Dies muß der letzte Krieg sein. Sonst wäre dies das Ende der Zivilisation. Wir wollen uns nicht zum Glauben verleiten lassen, daß die Errichtung eines Völkerbundes ohne Macht an sich die Welt gegen diese Katastrophe sichern würde ... Ich bin für einen Völkerbund, und in der Tat ist der Anfang dazu gemacht. Das britische Reich und die Länder der Alliierten sind jetzt alle ein Völkerbund von freien Nationen. Jedes andere Land würde willkommen sein. Und wenn Deutschland nach dem Kriege die fluchwürdigste Treulosigkeit seiner Herrscher zurückweist, dann würde das Volk der Vorherrschaft des Militarismus dem großen Völkerbund willkommen sein. Aber die einzige sichere Grundlage ist nur ein vollständiger Sieg. Der Friede muß von solcher Art sein, daß er sich dem Gewissen der Nation empfiehlt. Wir werden einen Brester Frieden weder annehmen, noch unsern Feinden aufzwingen ...“

Geheimer Pakt. Zur Vorgeschichte des Krieges wurde von deutscher offiziöser Seite auf einen Widerspruch aufmerksam gemacht (6. Sept.). Edward Grey sagte am 3. August 1914 im Unterhause: „Wir haben kein Geheimabkommen, keine Ehrenverpflichtung auf uns.“ Dagegen sagte Lloyd George am 7. August 1918: „Wir hatten einen Pakt mit Frankreich. Das Wort Pakt ist vielleicht zu stark; meines Urteils war es eine Ehrenverpflichtung.“ Und am 24. Juli 1918 gestand der Blockademinister Robert Cecil, daß sogar ein Militärabkommen zwischen England und Frankreich bestand, das ohne Austausch von Ratifikationen wirksam wurde.

Moskau. Die Moskauer Regierung versandte folgende Zirkulardepesche am 2. September: „Heute ist eine Verschwörung entdeckt worden, welche von französischen Diplomaten geleitet wurde und an deren Spitze sich der Leiter der englischen Mission Lockhart, der französische Generalkonsul Grenard, General Lavergne und andere befanden. Sie wollten sich durch Organisierung bestochener Abteilungen der Sowjettruppen die Gewalt des Rates der Volkskommissäre aneignen und in Moskau die Militärdiktatur ausrufen. Es wurde mit falschen Dokumenten gearbeitet, eine gefälschte geheime Korrespondenz mit der deutschen Regierung sollte im Fall des Gelingens des Aufstandes veröffentlicht werden, sowie gefälschte Verträge. Die Verschwörer arbeiteten unter dem Schutze der diplomatischen Immunität. Durch die Hände des englischen Leutnants Reilly, eines der Agenten Lockharts, gingen in den letzten eineinhalb Wochen 1,200.000 Rubel für Bestechungen. Lockhart wurde in der geheimen Wohnung der Verschwörer verhaftet und nach Feststellung der Persönlichkeit freigegeben. Die Verschwörung wurde durch die Unbestechlichkeit der Abteilungsbefehlshaber entdeckt.“ — Die englische Regierung tat sehr beleidigt. Sie beklagte sich, daß die englische Botschaft in Petersburg angegriffen und beschädigt, daß Kapitän Croni bei der Verteidigung ermordet wurde. Sie forderte sogar Genugtuung und Bestrafung; sie verhaftete den Bolschewikenvertreter in London Litwinow, um ihn gegen englische, in Rußland verhaftete Beamte auszutauschen. Tschitscherin erwiderte: „Die Sowjetregierung kann unmöglich fremden diplomatischen Vertretern gestatten, Verschwörungen anzuzetteln, besonders da englische und französische Truppen zur Unterstützung offener Aufstände gegen die Rätegewalt vorrücken und die

Tschechoslowaken im Dienst der Entente das Land unsicher machen." Als Repressalie waren französische und englische „Bourgeois" verhaftet worden. Als weitere Repressalie für die Ermordung Uritzkis wurden 512 sogenannte Gegenrevolutionäre, darunter zehn rechte Sozialrevolutionäre, erschossen, auch fünf Großfürsten, einige Minister und Bankiere, serbische Offiziere, der ehemalige Österreicher Propper, Herausgeber der „Börsenzeitung", Generäle und andere. In Smolensk wurden als Repressalie für das Attentat auf Lenin 34 Großgrundbesitzer und der Archimandrit Makari erschossen. — Dafür wurden die Tschechoslowaken nun auch wirklich von den Vereinigten Staaten und von Japan anerkannt. Staatssekretär Lansing erließ am 3. folgende Note: „Da die tschechoslowakischen Völker gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zu den Waffen griffen, organisierte Armeen unter Offizieren eigener Nationalität und in Übereinstimmung mit der Praxis zivilisierter Nationen aufstellten, da sie ihre Unabhängigkeit unter einem Nationalrat erkämpfen wollen, anerkennt die Regierung der Vereinigten Staaten, daß der Kriegszustand zwischen den in dieser Weise organisierten Tschechoslowaken und den Deutschen und Österreicher-Ungarn besteht. Sie anerkennt auch den tschechoslowakischen Nationalrat als faktisch kriegführende Regierung. Sie ist bereit, formell in Beziehungen zu dieser Regierung zu treten, um den gemeinsamen Krieg zu führen. Tschechoslowaken.

In China wurde am 4. September Shu She Tschang zum Präsidenten der Republik gewählt.

Ferdinand von Bulgarien besuchte am 4. September den Kaiser in Wien. Offiziell wurde der Besuch als eine „neuerliche Bekundung der Beziehungen aufrichtigster Freundschaft" zwischen den Herrschern und Völkern bezeichnet. „Die lange Unterredung war ein Beweis dafür, wie sehr die Interessen Österreich-Ungarns und Bulgariens miteinander verknüpft sind, nicht minder für die innige Gestaltung des Bündnisverhältnisses." Bulgarien.

Als am 9. September Vertreter der reichsdeutschen Presse Wien besuchten, sprach Graf Burian davon, „wie tief die deutsche Presse den Bündnisgedanken hineingetragen hat in ihr ganzes Wirken und Walten. Das Bündnis ist nicht bloß ein papierenes Dokument, es ist ein organischer Bestandteil unseres politischen Lebens. Daher ist der beabsichtigte Ausbau des Bündnisses nicht eine Zufallskombination, sondern die logische Folge der Entwicklung seiner friedensichernden Zwecke ... Daß zuweilen unzutreffende Beurteilungen erscheinen können, das kommt daher, daß wir uns noch immer zu wenig kennen, zu wenig in das grundverschiedene Wesen unserer Staaten und Völker eingedrungen sind. Wir müssen uns besser kennenlernen ... Ernst ist der Augenblick. Die gleiche Sorge drückt uns, aber wir kennen keine Verzagtheit. Kein Teil kann bis zum Ende eines Krieges des Ausganges sicher sein. Aber selbst die zuversichtlichste Hoffnung auf den Endsieg kann es nicht der gegnerischen Seite gestatten, sich auf die Dauer der Überlegung zu verschließen, ob sie denn noch weiter die ungeheuersten Anstrengungen und Opfer rechtfertigen kann, um Prinzipien durchzusetzen, die nicht ihr Monopol sind, oder um die innern Angelegenheiten anderer Völker zu ordnen, die das ganz gut selbst besorgen können ... Unsere Gegner mögen nur Gelegenheit geben, in ruhiger Rede und Gegenrede, die noch keine Friedensverhandlung wäre, alles zu erörtern und abzuwägen, was uns trennt, und es wird vielleicht keines weiteren Kampfes bedürfen, um uns einander näher Burian.

zu bringen ..." Bei derselben Gelegenheit sprach der deutsche Botschafter Graf *Wedel*: „Österreich-Ungarn und Deutschland sind durch geographische Lage und politische Verhältnisse darauf angewiesen, in engster Freundschaft miteinander zu leben. Die Verhältnisse sind verschieden, man muß sie nur verstehen, gelten lassen, achten und berücksichtigen." — Ministerpräsident *Hussarek* bemerkte ebenfalls sehr treffend: „Unser gutes altes Österreich hat zuweilen in der Öffentlichkeit eine nicht ganz gerechte Behandlung erfahren. Was ist nicht alles von unsern Regierungen erzählt worden! Zersetzungsgedanken vielfacher Art werden zwar aus dem feindlichen Lager in Fülle in unsere Reihen herüberzuleiten versucht. Aber die Kraft des *österreichischen Staatsgedankens* hat eine Stärke, die es mit allen Verärgerungsschlagworten aufnehmen kann. Das *Österreichertum* ist ein spezifisches, auf historischen und wirtschaftlichen Grundlagen beruhendes Element, dessen Erkennen zum Verständnis österreichischen Lebens nötig ist. Dazu gehört auch die Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse der Zeit. Einer der Gedanken, der aus dem Lager unserer Feinde immer wieder verkündet wird, ist die Phrase von den *unterdrückten Völkerschaften* und von der Notwendigkeit ihrer Befreiung durch einen Frieden der Gerechtigkeit. Aber hat vielleicht der österreichische Staat einem seiner Völker gegenüber eine *irische* Politik getrieben, oder eine zaristische? Gibt es einen andern, gleich dem unsern aus einer Mehrheit von Völkern zusammengesetzten Staat, der so durchgreifend den Gedanken der Gleichberechtigung aller Stämme aufgenommen hat? Die Gleichberechtigung, die Pflege nationaler Eigenart und Kultur steht unter Obhut des Reichsgerichtes. In der Tat haben sich die Völker Österreichs aufs freieste und glänzendste unter dem Schutze des Staatsgrundgesetzes (Artikel 19) entwickeln können. Besitzt das *tschechische* Volk nicht ein Schulwesen von den untersten Stufen hinauf bis zu seinen Hochschulen und Akademien? Ebenso die andern Volksstämme. Der Vergleich zwischen dem Schulwesen der österreichischen Italiener und jenem des Königreiches Italien ergibt, auf den Kopf gerechnet, die siebenfache Zahl an Mittelschulen, ein Vielfaches an Volksschulen bei uns und einen Prozentsatz von Analphabeten, der einen minimalen Bruchteil jener im Königreich Italien darstellt. Das ist das Los der angeblich unterdrückten Völker in Österreich. Gewiß wird die Zukunft den Weg wandeln, daß manches konstitutive Element des Völkerstaates noch mehr hervorgehoben wird, als dies schon der Fall ist. Dabei muß aber die Achtung vor der *ungarischen Verfassung* und der Gedanke des *Einheitsstaates* gewahrt bleiben ... Diesem Österreichertum ist vor allem der *Bruderbund* mit dem *Deutschen Reich* wahre Herzenssache. Tausendjährige Geschichte hat uns verbunden, deutscher Geist, deutsche Arbeit haben in der Ostmark ein Kulturwerk geschaffen, das weite Länder erschlossen und reiche Frucht getragen hat ..." — Es fand auch ein Empfang der reichsdeutschen Pressevertreter im Rathaus statt. Ich habe demselben auch beigewohnt und die gedrückte Stimmung beobachten können.

Friedensangebot.

Einen wichtigen Einschnitt in die Ereignisse des Monats September machte der Vorschlag des Grafen *Burian* am 14. zur Einleitung von *Vorverhandlungen* zwischen den kriegführenden Mächten. Die meisterhafte Note lautete: „Das *Friedensangebot*, das die Mächte des

Vierbundes am 12. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen versöhnlichen Grundgedanken sie niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erfuhr, einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Krieges. Von diesem Augenblicke an ist die Frage des Friedens im Mittelpunkt der Diskussion gestanden. Der Abstand der beiderseitigen Auffassungen hat sich verringert, es zeigt sich eine gewisse Übereinstimmung betreffs der allgemeinen Grundprinzipien des Weltfriedens. In breiten Bevölkerungsschichten ist ein Anwachsen des Friedenswillens wahrzunehmen ... So erkannte vor einem Jahr Balfour ausdrücklich an, daß Österreich-Ungarn seine innern Probleme selbst lösen müsse und daß niemand von außen her Deutschland eine Verfassung auferlegen könne. Lloyd George erklärte zu Beginn des Jahres, daß es nicht zu den Kampfzielen der Alliierten gehöre, Österreich-Ungarn zu zerteilen, das Osmanische Reich seiner türkischen Provinzen zu berauben und Deutschland im Innern zu reformieren. Balfour wies im Dezember 1917 die Annahme zurück, die englische Politik hätte sich je für die Schaffung eines selbständigen Staates aus den linksrheinischen Gebieten Deutschlands eingesetzt. Die Enunziationen der Mittelmächte lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur einen Verteidigungskampf um die Unversehrtheit und Sicherheit ihrer Gebiete führen ... Die allgemeinen Richtlinien über den Frieden und die künftige Ordnung der Welt hat Präsident Wilson am 12. Februar und am 4. Juli d. J. formuliert. Immer mehr bricht sich die Überzeugung Bahn, eine weitere Fortsetzung des blutigen Ringens müßte Europa in eine Trümmerstätte verwandeln und in einen Zustand dauernder Erschöpfung versetzen ... Die Diskussion war bisher nur eine Serie von Monologen. Es fehlte ihr die Unmittelbarkeit, Rede und Gegenrede griffen nicht ineinander ein, die Sprecher sprachen aneinander vorbei. Jede Kundgebung wurde zum Gegenstand übertreibender Besprechung. Die verantwortlichen Staatsmänner selbst fühlten sich zum Anschlagen hoher Töne, zum starren Festhalten an extremen Standpunkten veranlaßt. Es wäre also jedenfalls eine andere Methode unmittelbarer mündlicher Erörterung nur zwischen Vertretern der Regierungen zu wählen. Dabei wären zuerst die allgemeinen Grundprinzipien und danach die einzelnen Friedensfragen zu besprechen. Daneben brauchen die Kriegshandlungen keine Unterbrechung zu erfahren. Berge von alten Mißverständnissen ließen sich wegräumen, viele neue Erkenntnisse zum Durchbruch bringen, Ströme von zurückgehaltener Menschenfreundlichkeit würden sich lösen, manches Gegensätzliche würde verschwinden, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigemessen wird. Die Regierung schlägt daher den kriegführenden Staaten vor, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedens-

schlusses in einen Ort des neutralen Auslandes Delegierte zu entsenden ..." — Eine besondere Note erging an den Apostolischen Nuntius Valfrè di Bonzo, wobei voll Dankbarkeit des ergreifenden Appells gedacht wurde, den der Papst im verflossenen Jahr an alle Kriegführenden richtete mit der Mahnung, eine Verständigung zu suchen und wieder in brüderlicher Eintracht zu leben. Der Papst wurde gebeten, den Schritt mit seinem auf der ganzen Erde anerkannten moralischen Einfluß zu unterstützen.

Der österreichische Vorschlag fand aber eine schlechte Aufnahme bei England. den Kriegführenden. Balfour besprach ihn am 16. bei einem Frühstück: „Stellen Sie sich die Besprechungen einmal vor, wie die Österreicher sie wünschen! Stellen Sie sich ein halbes Dutzend Diplomaten in einem Zimmer beieinander vor. Ihre Gespräche würden darauf gerichtet sein, sich nicht bloßzustellen. Sie sind amtlich nicht verantwortlich. Stellen Sie sich vor, wie sie von Tag zu Tag das wechselnde Spiel auf dem Schlachtfeld ansehen werden ... Es besteht ein zu großer Unterschied der Anschauungen, und eine Besprechung würde das nur noch stärker hervortreten lassen; zum Beispiel über die Entschädigung Belgiens, die Rückgabe der deutschen Kolonien, über Elsaß-Lothringen, über die Verhältnisse im Osten, in Polen, bei den Randvölkern Rußlands, in Rumänien. Darüber sind Besprechungen nutzlos. Die Feinde machen solche Vorschläge nicht, weil sie glauben, daß sie angenommen werden könnten, sondern um die Alliierten voneinander zu trennen. Wenn der Deutsche eine Rolle spielt, von der er annimmt, daß sie Wilson gefällt, ist er sehr plump und unaufrichtig. Die gepanzerte Faust kommt immer zum Vorschein."

Die Regierung der Vereinigten Staaten antwortete am 17. September mit folgender sonderbaren Formel: „Die Regierung der Vereinigten Staaten hat wiederholt und mit vollstem Freimut die Bedingungen festgestellt, unter welchen sie einen Friedensschluß in Erwägung ziehen würde; sie kann und will sich mit keinem Konferenzvorschlag über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dargelegt hat." Diesen Standpunkt nahm ja Burian eben an.

Frankreich. Im französischen Senat erging sich Clemenceau am 17. September also über den Vorschlag: „Während eines halben Jahrhunderts erlitt das friedliche Frankreich unwürdige Verletzungen seitens des Feindes, der es uns nicht verzieh, aus dem Schiffbruch das Bewußtsein des Rechtes unverjährbarer Ansprüche auf Unabhängigkeit in Freiheit gerettet zu haben. Kein Tag verging ohne eine Kriegsandrohung, ohne irgendeine bewußte Brutalität der Tyrannei. Die ‚gepanzerte Faust', das ‚trockene Pulver' und das ‚geschliffene Schwert' waren die germanischen Friedensworte. Wir haben diese furchtbaren langsamen Stunden durchlebt unter den schlimmsten Vergewaltigungen und Zumutungen, die noch demütigender wurden durch eine niedrige Heuchelei, die uns zur Annahme eines freiwilligen Joches bewegen sollte. Der Augenblick ist endlich gekommen, in dem der angebliche Herr der Welt ohne den Schein eines Vorwandes sich auf unser Gebiet stürzte, um seine großen Verwüstungen wieder aufzunehmen. Aber seit gestern beginnt das gestürzte Deutschland zu begreifen, was für Menschen es vor sich hat. Nach

vier Jahren hat ein Glückswechsel den großen Rückzug der Heere des Kaisers vor den Völkern des befreiten Gewissens herbeigeführt. Der von unserer Nationalhymne angekündigte Tag des Ruhms ist gekommen. Wir suchen nur den gerechten, dauernden Frieden durch fleckenlosen Sieg." Diese Rede sollte nach einer diplomatischen Mitteilung durch den Schweizer Gesandten die offizielle Antwort auf die Eröffnungen des Grafen Burian sein. Das war in der Tat verblüffend.

Italien veröffentlichte am 19. September eine Note, in der es den österreichischen Vorschlag als ein Trugbild von Friedensverhandlungen bezeichnete ohne wirklichen Inhalt und ohne jede Wahrscheinlichkeit für einen praktischen Ausgang. „Die kürzlichen Erklärungen deutscher und österreichischer Staatsmänner, die jede Gebietskonzession ausschließen und die ungerechten Verträge von Brest und Bukarest als endgültig festlegen wollen, machen jede nützliche Eröffnung von Friedensverhandlungen unmöglich. Die Entente und die Vereinigten Staaten haben ihren Wunsch nach einem gerechten Frieden genügend bekanntgegeben und gleichzeitig auch die wichtigsten Grundlagen, auf denen dieser Friede aufgebaut werden soll. Über diese Punkte sagt die Note kein Wort. Das gilt besonders von den italienischen Aspirationen ..." Italien.

Graf Burian hielt den Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung aufrecht, da sich gerade aus den Antworten der Gegner zeige, daß eine Reihe vorschneller Schlußfolgerungen über den Standpunkt der Mittelmächte zu den konkreten Friedensfragen leicht durch Besprechungen hätten berichtigt werden können (19. Sept.). Zustimmende Antworten kamen von Deutschland (20. Sept.), von Bulgarien (21. Sept.), von Konstantinopel (24. Sept.) und auch von Kiew (19. Sept.). — Burian äußerte sich am 18. einigen Abgeordneten gegenüber, sein Vorschlag sei seit langem erwogen und keineswegs durch die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen in den letzten Wochen veranlaßt. Mißdeutungen sah er voraus. Es bestehe keine Lockerung des Treubundgefüges der Mittelmächte. Der Erfolg werde vielleicht nicht unmittelbar eintreten, aber die zugrundeliegende loyale Absicht werde die Friedensstimmung stärken. Einem Berliner Publizisten gegenüber meinte Burian am 22. September: „Ich habe natürlich nicht geglaubt, daß sich die Entente von heute auf morgen bereit erklären würde, in Friedensverhandlungen einzutreten ... Sehr beachtenswert ist die Schnelligkeit, womit Wilson antwortete. Offenbar hat er den andern zuvorkommen wollen. Er hat den Ehrgeiz, der Arbiter mundi zu sein, der Weltrichter. So hat er seine vierzehn Punkte aufgestellt, dazu noch zweimal vier, also im ganzen zweiundzwanzig. Man könnte ihm viele Fälle vorhalten, wo Amerika gegen diese Punkte verstoßen hat, so die Behandlung von Kolumbia und die Wegnahme von Texas ... Es ist kaum zu zweifeln, daß die Wirkung unserer Note sich bei den kommenden Parlamentsdebatten, bei den englischen Wahlen bemerkbar machen wird. Daher die Hast Balfours und Clemenceaus. Mit tönenden Reden immer neue Verbitterung zu schaffen, ist nicht schwer ... Mit Deutschland besteht volles Einvernehmen. Die deutschen Truppen im Westen haben die Hindenburglinie erreicht; sie werden sie halten; damit war eine Pause eingetreten, die man benützen muß ... Meine Note hat die Lage auf der Gegenseite in helle Beleuchtung gerückt. Ich werde den beschrittenen Pfad weiter verfolgen, nach einer gewissen Pause, wenn uns der Augenblick dazu geeignet erscheinen wird. Ich glaube, daß man die Burian.

Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen darf.“ Die österreichische Regierung fragte auch im Haag an, ob die niederländische Regierung die Residenzstadt für die Abhaltung solcher Verhandlungen zur Verfügung stellen würde. Es erfolgte eine zustimmende Antwort.

Österreich. Über Burians Note sprach auch am 17. September der neuernannte gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Spitzmüller: dieser Schritt werde einstmals bei ruhigerer Betrachtung als eine große politische Tat der Monarchie gewertet werden. „Ein solcher Schritt konnte nur von einer Monarchie ausgehen, welche die große Aufgabe, verschiedene Völker zu staatlichem Leben zu vereinigen, bisher schon erfolgreich gelöst hat. Die feindlichen Staatsmänner werden wohl zur Erkenntnis kommen, daß sie einen großen Fehler begingen, als sie im Bewußtsein, daß dieser Krieg durch Überspannung der nationalen Aspirationen im Südosten Europas hervorgerufen wurde, gleichwohl die Monarchie in ihren Grundfesten durch nationale Agitationen zu erschüttern versuchten. Dadurch wird die Dauerhaftigkeit des Friedenswerkes in Frage gestellt. Es ist die Mission der Monarchie, den Völkern im Donaubecken und im Südosten Europas die Garantie einer festen Existenz zu bieten. Dadurch bieten wir der Welt eine der wichtigsten Garantien für einen dauerhaften Frieden. Die nationale Phantasmagorie, die Psychose, die der Krieg in bezug auf nationale Strömungen herbeigeführt hat, muß daher ferngehalten werden . . . Der Weltkrieg hat gezeigt, daß das Zusammenleben der Völker in gewissen Gebieten der Monarchie in der bisherigen Weise Schäden aufweist, welche behoben werden müssen. Wenn auch die Aspirationen der Nationen die Grundlage politischer Neubildungen abgeben können, muß ich doch Grenzen hiefür abstechen. Das nationale Element darf nicht alle andern Elemente im Staatsleben überwuchern. Dies sind die altehrwürdige Dynastie mit ihren großen politischen und kulturellen Leistungen, es sind geographische, kulturelle und religiöse Zusammenhänge und staatliche Bindungen, die darauf beruhen. Es ist ein Unglück, wenn unter dem Eindruck von Schlagworten die Meinung entsteht, daß die nationalen Elemente alle andern an Bedeutung überragen. Ein leitender Staatsmann muß grundsätzlich denken. Das grundsätzliche Denken ist nahezu in Vergessenheit geraten, man zersplittert sich an den Tagesfragen. Nur bei grundsätzlichem Denken werden wir in nationalen Fragen zu organischen Lösungen kommen. Bildungen, welche sich nicht organisch an das Gegebene angliedern, würden keine Garantie für ihren Bestand bieten . . .“

Tschechen. Dem widersprach am schärfsten die Art, wie eine tschechische Nationalsteuer in Böhmen eingetrieben wurde, vielfach mit Drohungen im Falle der Nichtzahlung und mit Vortäuschung einer offiziellen Steuervorschreibung. So wurde auch auf Deutsche einzuwirken gesucht. Die Veranstalter

behielten sich das Recht vor, über die gesammelten Gelder ohne Rechnungslegung zu verfügen. Die Statthalterei versuchte, diesen Unfug am 21. September zu verbieten. — Durch die Ausgestaltung der Landesverwaltungskommission des Königreichs Böhmen sollte der mit der Kreisverwaltung eingeleitete Versuch, die nationalen Reibungsflächen zu vermindern, noch ausgedehnt werden (30. Sept.). — In Ungarn wurde das neue Wahlgesetz am 20. September sanktioniert, ebenso die neue kroatische Landtagswahlordnung 26. September. — Eine Rede Tiszas in Sarajevo 23. September gipfelte in dem Satz: „Die Monarchie lebt und wird leben, sie wird sich durch alle Phrasen und Propaganden der Feinde nicht aus der Welt schaffen lassen. Wir sind an einem kritischen Wendepunkt angelangt; es handelt sich darum, ob wir aus dieser Feuersbrunst gestärkt und geeint hervorgehen für alle Zeiten oder uns irreführen lassen." — Einige Tage darauf kam auch Spitzmüller nach Sarajevo. Der Landeschef Baron Sarkotic begrüßte ihn am 27. mit den Worten: „Das Naturgesetz erfordert ein mächtiges großes Österreich-Ungarn. In der ganzen Welt außerhalb unserer Monarchie sehen wir förmliche Diktaturen. Was ist es denn anders in England, Frankreich und Amerika als die Diktatur eines Clemenceau, Lloyd George und Wilson, vor der sich die angeblich demokratischen Völker beugen? . . ." Spitzmüller antwortete: „Es gibt keinen Krieg in der ganzen Vergangenheit, wo auf die Einladung, sich über die Möglichkeit des Friedens auszusprechen, ein absolutes Nein entgegengetönt hätte. Von den Feinden gilt das Wort des Psalmisten: Keine Gottesfurcht ist bei ihnen! Soll die Menschheit der Verflachung durch Schlagworte anheimfallen? Die Entente hat das System der Betörung durch Schlagworte mit verblüffender Kunst betrieben. Das unglücklichste Schlagwort ist das vom Selbstbestimmungsrechte der Völker. Kein Volk kann seine Geschicke ohne Rücksicht auf das Nachbarvolk einrichten. Das gilt noch mehr von den Zusammenhängen der Völker innerhalb der Monarchie, sie mögen miteinander die schwersten Streitigkeiten gehabt haben . . . Unsere Dynastie ist ein Faktor, an dem die Weltgeschichte nicht mehr wird vorbeikönnen. Wer denn soll im Osten staatsbildend sein, wenn nicht die Monarchie und ihre Dynastie? Das weiß auch das polnische Volk. Bildungen, welche in wahnwitziger Weise das Selbstbestimmungsrecht gebrauchen wollten, müßten binnen kurzem zum kulturellen und wirtschaftlichen Ruin des betreffenden Volkes ausschlagen, zur Selbstverstümmelung . . ." Ungarn.

Über den Friedensschritt Burians sprach auch der deutsche Reichskanzler Graf Hertling am 24. im Hauptausschuß des Reichstags: „Weiter Kreise der Bevölkerung hat sich eine tiefgehende Verstimmung bemächtigt. Der letzte Grund dafür ist der Druck, den der furchtbare Krieg verursacht, und die gegenwärtige Lage an der Westfront. Gewiß, unsere letzte großangelegte Offensive hat nicht den gehofften Erfolg gebracht. Die Heeresleitung hat unsere weit vorgeschobenen Linien auf die Siegfriedstellung zurückgenommen. Die Lage ist ernst. Aber wir haben keinen Grund, kleinmütig zu sein. Wir haben schon Schwereres durchzumachen gehabt. Denken Sie an den Sommer 1916, als die Verdunoffensive scheiterte, als an der Somme die heftigsten Kämpfe und im Osten die Massenstürme Brussilows stattfanden, die die bekannten ungünstigen Rückwirkungen an der österreichisch-italienischen Front nach sich zogen, und als nun auch noch Rumänien in den Krieg eintrat. Hertling.

Heute haben wir Frieden im Osten, die österreichische Armee hält weite Strecken italienischen Gebietes besetzt. In Frankreich weisen unsere Truppen die Vorstöße der Gegner zurück. Die Durchbruchsversuche werden scheitern. Und da sollten wir verzagen? Der voreilige Siegesjubel der Feinde wird bald wieder abflauen. Aber Heer und Heimat gehören zusammen. Gewiß, die laute Begeisterung von 1914 konnte nicht vorhalten. Aber die Entschlossenheit, auszuharren bis zum Ende, wird fortbestehen. Wir haben vom ersten Tag an einen Verteidigungskrieg geführt. Nur um unserer Verteidigung willen sind wir in Belgien eingerückt. Es gibt außer dem geschriebenen Recht das Recht der Notwehr. Jeder Gedanke an Eroberung lag uns fern. Anders auf der Gegenseite ... In Amerika ist der wildeste Kriegstaumel im Schwange und man erfreut sich zugleich der vielen Millionen, welche die Kriegsrüstungen in die Taschen der Geschäftsleute fließen lassen. Über die Vergewaltigung Griechenlands geht man als etwas Selbstverständliches ruhig hinweg. Die jahrhundertealten Leiden und berechtigten Beschwerden Irlands finden nirgendwo Gehör. Man hat es mit Recht und Gerechtigkeit vereinbar gefunden, das zusammengelaufene Gesindel der Tschechoslowaken als kriegführende Macht anzuerkennen ... Die Menschheit zittert bei dem Gedanken, daß dieser schreckliche, kulturvernichtende Krieg nicht der letzte sein werde ... Der Gedanke eines Völkerbundes ist mir durchaus sympathisch unter Vorbehalt, daß ehrlicher Friedenswille und Anerkennung gleichen Rechtes gewährleistet sei. Aber die Feinde denken beim Völkerbund an ein gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichtetes Bündnis. Wilson scheint sich aus einem Ideologen und Friedensfreund in das Haupt der Imperialisten verwandelt zu haben. Aber der Plan eines Völkerbundes wird dadurch nicht diskreditiert. Er hat im schweizerischen Bundespräsidenten und im norwegischen Minister Knudsen beredte Fürsprecher gefunden, welche beide insbesondere auf das Interesse der neutralen Staaten hinweisen. Dem Gedanken einer Rüstungsbeschränkung wird die Finanzlage aller Staaten nach dem Krieg die wirksamste Unterstützung leihen. Was die Schiedsgerichte betrifft, so hat Deutschland die Frage wiederholt angeregt, England und Amerika haben öfters Widerspruch erhoben. Über die Freiheit der Meere werden die größten Schwierigkeiten nicht auf unserer Seite gemacht werden. Meine Bemerkungen darüber hat man in England als Unverschämtheit bezeichnet. Endlich der Schutz der kleinen Nationen — hier haben wir ein völlig reines Gewissen." — Hierauf erläuterte an Stelle des Kriegsministers General v. Wrisberg die Kriegslage: „Die Überraschung bei unserer Offensive beiderseits Reims ist nicht gelungen. Es setzte nun die feindliche Offensive ein. Ihr Erfolg beruhte auf der Massenverwendung von Tanks. Wir gaben ein völlig zerstörtes und verwüstetes Gelände auf. Am 12. September setzte der französisch-amerikanische Angriff gegen den Mihielbogen ein. Die Räumung war schon vorher vorgesehen. Während es an der Westfront gelang, in die Sehnenstellung zurückzukommen, glückte es dem Amerikaner, an der Südfront, eine unserer Divisionen einzudrücken und nach Thiaucourt vorzustoßen. Aber auch die amerikanischen Heere dürfen uns nicht schrecken, wir werden auch mit ihnen fertig. Bedeutungsvoller war die Frage der Tanks. Wir sind nun dagegen gerüstet. Es ist mehr eine Nerven- als eine Gerätefrage. In Makedonien gelang es dem Gegner, die bulgarischen Streitkräfte an einer Stelle nicht un-

Kriegslage.

erheblich zurückzudrängen. Die bulgarische Heeresleitung sah sich trotz der glänzenden Abwehr des englischen Angriffs am Doiransee gezwungen, ihre Verteidigung weiter zurückzuverlegen. In Palästina wurden am 19. September die türkischen Kräfte aus ihren bisherigen Stellungen geworfen ... Der Feind rechnet mehr als je auf unsern innern Zusammenbruch. Zeigt die Heimat ein starkes Gesicht, so gibt sie damit unserer Front unüberwindliche Stärke." — Kapitän Brueninghaus schilderte die Lage zur See als gut: „Die Marine ist nach wie vor überzeugt, daß der Tauchbootkrieg das einzige Mittel ist, die Angelsachsen zur Vernunft zu bringen." — Staatssekretär v. Hintze äußerte sich über die österreichische Friedensnote: „Es schien uns, daß wir nicht noch einmal denselben Weg gehen sollten. Auch kam es uns vor, als ob der augenblickliche Zeitpunkt, in dem der Feind sich in einem Siegestaumel befindet, nicht der geeignetste wäre, unserseits mit einer neuen Aufforderung des Friedens hervorzutreten ... In Großrußland brodelt der Kessel der Revolution weiter. Wir haben uns damit abzufinden. Die Revolution wird beeinflußt durch das Vorgehen unserer Feinde. Die Entente und Amerika haben im Norden von Rußland einen selbständigen Staat gegründet, den Kolastaat; ebenso in Archangelsk eine neue Republik unter ihrer Ägide. Sie sollen dort fünfzigtausend Mann haben. Sie wollen den Umsturz der gegenwärtigen Regierung in Rußland und die Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland. Das bezwecken auch die Putsche in Moskau. Unsere Verhandlungen mit Finnland haben noch keinen Ausgleich gebracht. Die guten Absichten der Ukraine können wir begrüßen. Die Tschechoslowaken scheinen nur wenige Tschechen und Slowaken zu zählen, sondern zumeist Sibirier und übergelaufene Russen. Es ist ein undiszipliniertes Unternehmen, eine Räuberbande. Die Tschechoslowaken haben im Augenblick den Ural und die Wolgagebiete zum Teile besetzt. In Sibirien besteht eine bolschewikische Regierung in Irkutsk, eine nichtbolschewikische in Oms, eine weitere unter dem Schutz der dort gelandeten Japaner, Amerikaner und Engländer in Wladiwostok; ferner eine im Süden davon, in Charbin. Das war früher chinesisch, aber unter russischem Schutz. Die große Breite von Sibirien ist ohne Regierung, die über die Gemeinde hinausgeht. Man geht dort aus der großen Organisation über in die kleinste. Der Russe neigt zu kleinsten Zusammenschlüssen im Dorf, wo er sich am wohlsten fühlt. In Südrußland hat nördlich vom Kaukasus General Alexejew, der letzte Generalstabschef des zaristischen Rußland, eine Armee gegründet, die er die freiwillige nennt; sie soll hunderttausend Mann haben, aber keine Munition. Alexejew will das Alte wiederherstellen und im Sinne der Entente arbeiten. Er befindet sich in einer recht abgeschlossenen Position. Die Donkosaken beherrschen das Kohlengebiet des Donezbeckens. Südlich von Alexandrowsk sitzen die Kubankosaken selbständig, aber in Beziehung zu Alexejew und den Donkosaken. Östlich davon behaupten sich die Astrachankosaken als unabhängiges Staatsgebilde am Südende der Wolga. Am Nordwestufer des Kaspimeeres finden wir den neuen Staat der Terekkosaken; es scheint, daß sich die Engländer ihrer angenommen haben und ihnen über Persien Geld zukommen lassen. Auch sollen im Nordkaukasus Werbebüros von englischer Seite eingerichtet worden sein, um eine Armee zugunsten Englands herzustellen. Die nordkaukasischen Bergvölker sind in ihrer Haltung noch ungewiß; man nimmt an, daß sie mit den

Tataren im südlichen Kaukasus zusammengehen. Die Krim hat eine eigene lokale Verwaltung eingerichtet, kann aber ohne die Ukraine nicht selbständig leben. Großrußland scheint vom Terror beherrscht zu sein; die Angaben sind aber stark übertrieben. Die russische Regierung hat in der letzten Zeit versucht, radikale Maßnahmen gegen den Besitz zu ergreifen. Die Ausführung dürfte weit hinter der Order zurückbleiben. Wir haben kein Recht einzugreifen. Gegen die schädlichen Folgen der Nationalisierung des Eigentums haben wir uns durch Zusatzverträge zum Frieden von Brest geschützt. Die Randstaaten haben uns um unsern Schutz gebeten; sie wollten vor der Revolution bewahrt bleiben. Wir sind aber immer wieder auf den Widerstand bolschewikischer Banden gestoßen. Daher waren wir gezwungen, in Rußland einzurücken. Unser Vorgehen erforderte eine große Menge von Truppen, neue Etappen, die uns nur lästig fallen konnten. Der dadurch geschaffene Zustand wurde durch die Ergänzungsverträge legalisiert.“ Im übrigen sprach Hintze noch über Georgien, Finnland (als zukünftige Monarchie), Polen, Rumänien, Ukraine, Spanien. — Vizekanzler Dr. v. Payer sprach über die Ostseegebiete und Litauen, die ihren Anschluß bei Deutschland suchten.

Arbeiter. Die interalliierte Arbeiterkonferenz in London am 17. bis 20. September war über die österreichische Friedensnote „der Ansicht, daß die alliierten Regierungen keine negative Politik einschlagen, sondern gemeinsam mit den Vereinigten Staaten ihre eigenen Kriegsziele klarstellen sollten“. Sie erklärte sich mit den 14 Punkten Wilsons einverstanden. Der amerikanische Delegierte Bowen teilte mit, daß die amerikanischen Vertreter eine Konferenz, an der Delegierte feindlicher Staaten während des Krieges teilnehmen, nicht besuchen würden.

Northcliffe. Der Leiter der englischen Propaganda Lord Northcliffe erging sich am 19. in phantastischen Betrachtungen über die Art, wie Deutschland bestraft werden soll. Die Alliierten werden den Frieden in Berlin diktieren. Preußen muß bezahlen: Stadt für Stadt, Dorf für Dorf, Schiff für Schiff, Kleinod für Kleinod, Bild für Bild, Dollar für Dollar.

Flamen. Die belgische Regierung hielt sich über Deutschlands Verlangen auf, daß die Sprachenfrage bezüglich der Flamen in deutschem Sinn gelöst werde, ebenso über das Amnestieverlangen, die Aufrechthaltung der früheren Handelsverträge, die Theorie des Faustpfandes, die Kolonialpläne. Die belgische Regierung hatte ihr Programm in einer Note an den Papst vom 24. Dezember 1917 formuliert und war entschlossen, daran festzuhalten. Darauf entgegnete man deutscherseits, die belgische Regierung habe über all das von der deutschen keine Vorschläge erhalten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (18. Sept.) warnte Rumänien wegen der Umtriebe, die auf einen erneuten Anschluß an die Entente und eine neue Kriegserklärung an die Mittelmächte hinausgingen. Die Regierung Marghiloman setze sich durch diese gefährlichen Treibereien einer schweren Verantwortung aus. Übrigens verübte der Kronprinz Karl seinen Eltern den peinlichen Streich, sich nach eigenmächtigem Verlassen seiner Garnison in Odessa mit einem rumänischen Fräulein Zizi Lambrino zu vermählen.

Von entscheidender Wichtigkeit für den Ausgang des Krieges wurden gegen Ende des Monats zwei gleichzeitige Ereignisse: eine neue Friedenszielrede des Präsidenten Wilson vom 27. September war das eine, der bulgarische Zusammenbruch das zweite.

Wilson führte aus: „Der Krieg erstrebt Zwecke, die kein Staatsmann und kein Parlament ausgedacht hat. Sie haben sich aus der Natur der Kriegsverhältnisse ergeben. Während des Krieges ist der gemeinsame Wille der Menschheit an Stelle der besonderen Ansichten der einzelnen Staaten getreten. Das Ende kann nicht ein Feilschen um Interessen sein, sondern der Grundsatz, daß das Interesse des Schwächsten ebenso heilig ist wie das des Stärksten. Der Preis für einen sicheren, dauerhaften Frieden ist unparteiische Gerechtigkeit, das Mittel dazu ist der Völkerbund, dessen Bildung der wesentlichste Teil der Friedensverhandlungen sein wird. Er beruht auf fünf Punkten: 1. Die unparteiische Gerechtigkeit darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es darf keine Begünstigten und keine Abstufungen geben, sondern nur gleiche Rechte. 2. Kein besonderes Interesse einer einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage eines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich mit dem gemeinsamen Interesse aller nicht verträgt. 3. In der Familie des Völkerbundes kann es keine besonderen Verträge geben. 4. Auch keine selbstischen wirtschaftlichen Kombinationen, keinen wirtschaftlichen Boykott außer zur Strafe, als Mittel der Disziplin. 5. Alle internationalen Verträge müssen vollinhaltlich der übrigen Welt mitgeteilt werden; also keine Geheimverträge ... Es ist eine Eigentümlichkeit dieses großen Krieges, daß die Gedanken der Völker immer klarer werden, während die der Staatsmänner zuweilen unsicher waren. Die nationalen Ziele sind immer mehr in den Hintergrund getreten; an deren Stelle tritt das gemeinsame Ziel der erleuchteten Menschheit ... Deutschland spricht fortwährend von Bedingungen, die es anzunehmen bereit ist, und findet immer wieder, daß die Welt keine deutlichen Friedensbedingungen stellt. Die Welt will aber den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und ein ehrliches Vorgehen." — Wir werden alsbald sehen, wie die Mittelmächte diesen Appell trotz seiner Verschwommenheit endlich bedingungslos annahmen. Dazu trug zweifellos auch der Zusammenbruch der bulgarischen Front bei. Wilson.

Angesichts der vollständigen Erschöpfung des bulgarischen Heeres und Volkes sah sich die bulgarische Regierung genötigt, infolge der letzten ungünstigen Kriegshandlungen ihre Unmöglichkeit zu erklären, den Krieg weiter fortzusetzen. So wurde denn am 25. September dem Gegner ein offizieller Waffenstillstands- und Friedensvorschlag gemacht. Der Argwohn, daß Ministerpräsident Malinow hierin im Gegensatz zum König, zum Parlament und zur bulgarischen Heeresleitung vorgegangen sei, erwies sich wohl als unbegründet. Es war keine Intrige, sondern eine Bulgarien.

zwingende Notwendigkeit. Der Oberkommandierende der alliierten Armeen in Makedonien Franchet d'Esperey erklärte sich bereit, Abgesandte zu empfangen. Während der Verhandlungen wurden die militärischen Operationen nicht eingestellt. Franchet und die britische Regierung erklärten, daß ein derartiger Friede selbstverständlich den völligen Bruch der bulgarischen Regierung mit deren Verbündeten in sich schließe. Auch müsse die Entsendung deutscher Truppen nach Bulgarien verhindert werden. Die territoriale Regelung auf dem Balkan sollte der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben. Die bulgarische Armee müsse demobilisiert werden. Bulgarien müsse alle Gebiete räumen, die außerhalb des eigentlichen Staatsgebietes liegen und von der Armee seit Ausbruch des Krieges besetzt wurden. Die bulgarischen Abgesandten nahmen am 29. September alle Bedingungen an, und so wurde denn am selben Tag der Waffenstillstand in Saloniki unterzeichnet, die Feindseligkeiten wurden vom 30. an eingestellt. Die Bedingungen sicherten den alliierten Truppen freien Durchzug durch Bulgarien und Besetzung strategischer Punkte. In Bulgarien sollte die Besetzung durch englische, französische und italienische Truppen durchgeführt werden, in den griechischen Bezirken durch griechische Truppen, in den serbischen durch serbische. Territoriale Änderungen wurden mit keinem Wort erwähnt. — Am 30. eröffnete Ministerpräsident Malinow in Sofia den Sobranje. Die von ihm verlesene Thronrede betonte die Notwendigkeit des eingeschlagenen Weges. König Ferdinand richtete an die beiden Kaiser Telegramme, in denen er sie seiner Bundestreue versicherte, das heißt, er erklärte sein Vorgehen nur als notgedrungene Kapitulation einer unhaltbaren Festung mit ihrer erschöpften Besatzung. Man bedenke, daß das bulgarische Volk schon vor dem Weltkrieg Unsägliches in den beiden Balkankriegen erduldet hatte. Der König wollte auch offenbar betonen, daß er sich nicht an die Seite der Gegner stellen werde.

Über die bulgarischen Dinge sprach Staatssekretär v. Hintze am 27. September im Hauptausschuß des deutschen Reichstags. Er meinte beruhigend, daß die deutsche Heeresleitung sofort aus den verfügbaren Reserven starke Kräfte nach Bulgarien werfen werde; auch die österreichische Heeresleitung habe namhafte Kräfte in Marsch gesetzt. Das würde genügen, die militärische Lage wiederherzustellen. Es stellte sich aber wohl heraus, daß man seit längerer Zeit die Wichtigkeit der makedonischen Front etwas unterschätzt hatte, indem man allzuviel die Blicke gegen Rußland zu gerichtet hielt.

Hertling. Die schwierige Lage im Äußern wie im Innern bewog den greisen Reichskanzler Grafen Hertling, seine Demission anzubieten. Kaiser Wilhelm nahm sie mit anerkennenden und dankbaren Worten am 30. September an, und fügte dem Erlaß folgendes bei: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, im weiten Umfange teilnehmen an den Rechten und

Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewollten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hiefür sehe ich entgegen."

Oktober.

Als Hertlings Nachfolger wurde am 4. Oktober der als liberal bekannte Prinz Maximilian von Baden ernannt. Zu Staatssekretären ohne Portefeuille wurden die Zentrumsabgeordneten Gröber und Erzberger und der Sozialdemokrat Scheidemann ernannt. Bauer wurde Staatssekretär des neu zu errichtenden Reichsarbeitsamts. Staatssekretär des Auswärtigen wurde Solf, blieb aber auch an der Spitze seines bisherigen Kolonialamtes. Admiral Mann v. Tiechler wurde Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Kapitän Loehlein Chef des Unterseebootamtes.— Die Grundlage für die Politik der neuen Regierung sollte das am 5. Oktober veröffentlichte Programm der Mehrheitsparteien des Reichstages bilden; es erklärte: „1. Festhalten an der Antwort der Reichsregierung auf die Papstnote vom 1. August 1917 und an der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917. 2. Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbunde beitreten zu wollen, der alle Staaten gleichberechtigt umfaßt. Sein Zweck ist Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und freier wirtschaftlicher Entfaltung der Völker. Anerkennung des Besitzstandes der Staaten, Ausschluß aller widersprechenden Sonderverträge. Umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts, friedliche Behandlung jedes Streitfalls; Freiheit der Meere, Abrüstung zu Lande und zu Wasser; offene Tür für den wirtschaftlichen Völkerverkehr; internationaler Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes. 3. Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens. 4. Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden; im Baltikum, in Litauen und in Polen sind alsbald Volksvertretungen auf breiter Grundlage zu schaffen. 5. Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen unter Gewährung voller Autonomie, entsprechend dem Verlangen der elsaß-lothringischen Volksvertretung. 6. Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in Preußen und in denjenigen Bundesstaaten, die sie noch entbehren. 7. Einheitlichkeit der Reichsleitung: Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament zur Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik; strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten; Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen. 8. Zum Schutze der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit sofortige Änderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand; Beschränkung der Zensur auf Fragen der Beziehungen zu auswärtigen Regierungen, der Kriegsstrategie und Taktik usw."

Max von Baden.

Diese Kundgebung wurde durch die gleichzeitige Mitteilung (5. Okt.) ergänzt, daß Österreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei beschlossen haben, zwecks Abschlusses eines allgemeinen Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen gleichzeitig an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika heranzutreten. Die österreichische Note vom 4. Oktober lautete: „Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiemit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrage heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und im unmittelbaren Anschlusse hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für welchen die vierzehn Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 8. Jänner 1918 und die vier in der Rede des Präsidenten vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Präsidenten vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird." — Die gleichzeitige deutsche Note hatte folgenden Wortlaut: „Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen." — Die österreichische Note wurde am 7. Oktober in Washington durch den schwedischen Gesandten, die deutsche durch den schweizerischen Gesandten übergeben. Die Ursache dieser Schritte war, daß die Heeresleitung die Westfront als unhaltbar bezeichnet hatte. Darüber waren freilich die Ansichten verschieden.

Friedensangebot.

Wilhelm. Kaiser Wilhelm wandte sich am 5. auch an die Armee mit folgenden Worten: „Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der makedonischen Front. Eure Front ist ungebrochen und wird es weiter bleiben. Ich habe mich im Einvernehmen mit unserem Verbündeten entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schulden wir den Helden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unsern Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin. Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Die Stunde ist ernst. Aber wir fühlen uns im Vertrauen

auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen."

Am gleichen Tag, 5. Oktober, sprach auch der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden im Reichstag über die innere und äußere Lage, über das Programm der Mehrheitsparteien und über das Friedensangebot: „Die innere Politik ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden... Trotz unserer Narben sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare, menschenmordende Schlacht. Die Front ist ungebrochen. Aber dies opfervolle Ringen soll nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt werden, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt... Ich habe diesen Schritt auf dem Wege der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson ankündigt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen in Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegen. Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit. Ich glaube, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Deutschland ist ebenso fest entschlossen für einen ehrlichen Frieden, als auch zum Endkampf auf Leben und Tod, wenn die Antwort auf unser Angebot vom Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte. Die Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, würde unsere Kräfte verdoppeln." Max.

Im Namen Wilsons beantwortete Robert Lansing die deutsche Note am 8. Oktober folgendermaßen: „Ehe der Präsident auf das Ansuchen der kaiserlich deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so aufrichtig und geradsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, erfordern, hält er es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern. Meint der Reichskanzler, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Bedingungen des Präsidenten annimmt und daß der Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen? Der Präsident könnte den verbündeten Regierungen einen Waffenstillstand nicht vorschlagen, solange die Heere der Mittelmächte auf deren Boden stehen. Der Präsident fragt ferner, ob der Kanzler nur für jene Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben." Amerika.

Diese tückisch zögernde Antwort wurde durch eine Rede Lansings vom 11. Oktober ergänzt; er sagte: „Es darf nicht gestattet werden, daß der Geist der Rache den Friedensverhandlungen schade. Sobald der Krieg gewonnen ist, darf das amerikanische Volk keinen unversöhnlichen Haß gegen jene hegen,

die lediglich den militärischen Diktatoren der Mittelmächte gedient haben. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen Meistern und Dienern. Wenn strenge Gerechtigkeit ohne Gnade unchristlich ist, so ist die Gnade, welche die Gerechtigkeit zerstört, gleicherweise unchristlich." Auch das war zweideutig und hinterlistig.

Solf. Die Note Amerikas kam erst am 11. nach Berlin; die vom Staatssekretär Solf gezeichnete Antwortnote vom 12. lautete: „Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seinen Ansprachen vom 8. Januar usw. als Grundlagen eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen. Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbündeten Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen. Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, den Räumungsvorschlägen zu entsprechen ... Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. Der Reichskanzler spricht im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes."

Amerika. Darauf erging am 14. Oktober eine neue Note Lansings an die deutsche Regierung: „... Die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes sind Angelegenheiten, die dem Urteil der militärischen Berater der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, zur völlig befriedigenden Sicherheit der Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit ... Ein Waffenstillstand kann auch nicht in Erwägung gezogen werden, solange die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken der Unterseeboote fortgesetzt werden ... Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzt erzwungenen Rückzug einen Weg mutwilliger Zerstörung ein ... Auch das darf nicht fortgesetzt werden. Ferner muß die vom Präsidenten am 4. Juli ausgesprochene Bedingung erfüllt werden, welche lautet: ‚Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat, ist aber von dieser Art' ..." — Diese Äußerung war von einer niederträchtigen Hinterhältigkeit. Warum sagte der Mann nicht ehrlich, was er denn eigentlich meinte und forderte, warum hüllte er es in ein Rätsel ein?

Burian. Graf Burian sprach am 15. Oktober im Auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation über den Friedensschritt: „Hiemit wird voraussichtlich unsere seit fast zwei Jahren mit unerschütterlicher Konsequenz geführte Friedenspolitik ihr Ziel erreichen. Im Schwanken des Kriegsglückes mußte seit längerer Zeit die Überzeugung durchdringen, daß diesen Kampf nicht unbedingt das Schwert zu entscheiden habe. Ohne den taktischen Nachteilen ein entscheidendes

Gewicht einzuräumen, ist unsere Mächtegruppe zum Entschluß gelangt, den Gedanken des Verständigungsfriedens der Verwirklichung zuzuführen. So war der am 4. Oktober an den Präsidenten Wilson gerichtete Antrag die Ausführung eines bereits feststehenden Entschlusses, auf dessen Zustandekommen die jüngsten betrübenden Ereignisse in Bulgarien keinen bestimmenden Einfluß mehr nehmen konnten. Das von Bulgarien unter dem Druck eines ernsten militärischen Mißerfolgs und infolge der zersetzenden Wirkung der seit sechs Jahren auf seinem Volke lastenden Kriegssorgen an die Entente gestellte Angebot hat den beabsichtigten Friedensschritt der Verbündeten nur beschleunigt. Das Ausscheiden Bulgariens zwang uns, eine neue Front im Süden aufzubauen. Durch diese neue Gestaltung wurde offenkundig, daß wir einen entscheidenden Waffenerfolg nicht mehr erwarten durften, daß also jedes weitere Blutvergießen zwecklos sei... Präsident Wilson hatte zudem am 27. September den Faden der Friedenserörterungen, der abgerissen zu sein schien, wieder aufgenommen. Wir bringen seiner Auffassung volles Verständnis entgegen. Darum haben wir uns seinen Prinzipien angeschlossen, die zum großen Teil schon früher zum festen Bestand unseres Friedensprogramms gehörten. Richtig angewendet, werden diese Grundsätze auch einen wohltätigen Einfluß auf die im Zuge befindliche Regelung der inneren Verhältnisse der beiden Staaten der Monarchie üben ... Die Monarchie und deren Völker stehen vor der Entscheidung ihrer künftigen internationalen Stellung, welche ihr Wohl und Wehe in sich schließt. Die einzelnen Teile der Monarchie bilden in ihrem pragmatischen Zusammenhalte ein Ganzes, das nach außen einheitlich kraftvoll zu wirken bestimmt ist. Die Völker werden auch in Hinkunft trotz allem, was sie heute zu trennen scheint, auf den Zusammenschluß zu einem einheitlichen Machtfaktor angewiesen sein ... Scharen wir uns nun alle in dieser schicksalsschweren Zeit um unsern Monarchen, der seit den ersten Stunden seiner Regierung nur ein Ziel gehabt hat: den die ganze Welt umfassenden Frieden der Versöhnung." — Vor der österreichischen Delegation sprach Burian am 16. Oktober die Erwartung aus, der künftige Friede werde, den Punkten Wilsons gemäß, kein Gewaltfriede sein.

Erst am 18. Oktober erfolgte die amerikanische Antwort auf die österreichische Note, indem sie in tückischer und rechtswidriger Weise in die inneren Angelegenheiten der Monarchie eingriff und die von allen loyalen Faktoren hier vorbereitete organische Entwicklung in einer für den Völkerfrieden selbst verderblichsten Weise verhinderte. Um dies zu verstehen, müssen wir die politische Entwicklung in Österreich seit dem 1. Oktober nachholen. An jenem Tag hatte Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek die innere Ausgestaltung von Österreich im Abgeordnetenhaus besprochen, die Lösung der polnischen Frage, die voraussichtliche Angliederung von Bosnien und Herzegowina samt Dalmatien an Kroatien-Slawonien: „Wir können uns der Lösung des Autonomieproblems der Völker nicht länger entschlagen. Es hieße den historischen Werdegang unseres Staatswesens, sein Lebensprinzip und seine Mission verkennen, wollte man diesem Postulat entgegentreten; es wäre darin keineswegs ein Festhalten an geltenden Grundsätzen, sondern ein Bruch der bisherigen

Amerika.

Hussarek.

natürlichen Entwicklung gelegen. Es ist nicht leicht, die richtigen Wege zu finden, fünf Dezennien österreichischer Politik zeugen dafür. Es erschiene vielleicht auf den ersten Blick einfach, jedem Volke unter sich die volle Selbstbestimmung zu geben; aber die Völker wohnen eben bei uns nicht unter sich, es gibt gemischte Sprachgebiete; das Durcheinanderwohnen der Volksstämme trägt das nationale Moment auch in die gesellschaftliche Schichtung hinein. Die Völker, die, einer geschichtlichen Notwendigkeit folgend, sich zu diesem Staatswesen zusammengefunden haben, müssen von der Gesamtheit gewisse Leistungen verlangen im Sinn eines gemeinsamen Schutzes und einer wirksamen einheitlichen Vertretung ihrer Interessen." Das waren sehr gesunde Anschauungen. — Am 2. Oktober stellten die Sozialdemokraten den Antrag, die Regierung wolle allen kriegführenden Staaten Friedensverhandlungen vorschlagen auf Grund der Errichtung eines Völkerbundes, der Abrüstung, der Schiedsgerichte, der Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges; keine Annexionen, Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, Belgiens, keine Kontributionen, Wiederaufbau der zerstörten kleinen Länder mit Hilfe eines internationalen Fonds, Regelung der Ostfragen nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, territoriale Zugeständnisse an Italien nach Weisung des Papstes vom 1. August 1917. Die Regelung der Beziehungen zwischen den Nationen Österreich-Ungarns sei Sache dieser Nationen selbst, aber die Regierung verspricht den feindlichen Völkern, hierin den Nationen entgegenzukommen in der Scheidung der Autonomie von den gemeinsamen Angelegenheiten. Auch das war sachgemäß gedacht. — Etwas weiter ging die Resolution der deutschnationalen Parteien, der christlichsozialen Vereinigung und der deutschen Sozialdemokratie vom 3. Oktober, die also lautete: „Wir erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen dasselbe Recht auch für das deutsche Volk in Österreich in Anspruch. Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden, wir lehnen aber die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutschösterreichischen Staate vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den andern Nationen Österreichs und zum Deutschen Reich nach seinem eigenen Bedürfnis regeln soll. Wir sind bereit, mit den Vertretern des tschechischen und des südslawischen Volkes auf dieser Grundlage über die Umwandlung Österreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln. Lehnen die Vertreter der slawischen Nationen diese Verhandlungen ab, so erklären wir, daß sich das deutsche Volk in Österreich mit allen Mitteln dagegen wehren wird, daß seine staatsrechtliche Stellung durch einen fremden

Österreich.

Eroberer bestimmt wird." Die Resolution ging von den Sozialdemokraten aus, denen sich die andern deutschen Parteien anschlossen. Die Deutschnationalen forderten die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung. Die christlichsoziale Vereinigung erklärte außerdem in einer Beratung vom 9. Oktober (Hauser, Liechtenstein, Weiskirchner, Wittek), daß sie selbstverständlich an ihrer religiösen und dynastischen Überzeugung unverbrüchlich festhalte. Die deutschböhmische Vereinigung forderte am 4. die „volle Selbständigkeit Deutschböhmens, das frei über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden will und an der Gemeinbürgschaft aller Deutschen in Österreich treu festhält".

Dagegen wurde am 5. Oktober die Prager Resolution vom 29. September für Unabhängigkeit und Freiheit des tschechischen Volkes veröffentlicht: „Unser Volk betont wiederum mit dem höchsten Ernste, daß es fest und unbeugsam auf den historischen Erklärungen seiner freigewählten Vertreter beharrt, indem es von der Überzeugung durchdrungen ist, daß es seine darin ausgesprochenen Ziele, seine volle Unabhängigkeit erreichen wird. Auf alle heutigen Versuche einer Verfassungsreform hat unser unterdrücktes Volk keine andere Antwort als kalte, aber entschlossene Ablehnung, da es weiß, daß diese Versuche Produkte der steigenden Not, Ratlosigkeit und des Zerfalles sind. Wir glauben keinen Versprechungen mehr . . . Was wir verlangen, das sind uns die Wiener Regierungen nicht mehr imstande zu gewähren . . . Unser Volk hat auch nichts Gemeinsames mit den Elementen, die die ungeheure Verantwortung für die Kriegsgreuel tragen. Es gibt daher im tschechischen Volke niemanden, der gegen den einmütigen Willen des ganzen Volkes bereit wäre, mit denen zu verhandeln, die weder für das tschechische noch polnische und südslawische Volk die Gerechtigkeit anstreben, sondern in Wirklichkeit nur das jetzige öffentliche Unrecht retten wollen . . . Die Sache des tschechischen Volkes ist heute zu einem Teil der großen Weltideale geworden, deren Sieg die einzige gute Frucht dieses schrecklichen Krieges bilden wird." — Diese Parlamentarier hatten nicht das Recht, im Namen des ganzen tschechischen Volkes zu sprechen, das in weitaus überwiegender Zahl treu seine staatlichen und militärischen Pflichten erfüllte. Das bezeugte Kriegsminister v. Stöger-Steiner in den Delegationen am 14. Oktober. Er widersprach da ebenso den Verleumdungen gegen die loyalen Tschechen wie den Anschuldigungen der Gegenpartei wegen der Ursachen des Krieges: „Diese liegen im Hasse, Neid, im Größenwahn und der maßlosen Herrschsucht, die sich gegenüber der Monarchie geltend machten. Österreich-Ungarn wollte nichts als seine freie Entwicklung und hat in dieser Beziehung die Langmut fast bis zur Erniedrigung getrieben. Es mußte sich schließlich zur Wehr setzen, wollte es nicht zugrunde gehen. Die Geschichte wird darüber ihr Urteil sprechen, dem die Monarchie ruhig entgegensehen kann." Tschechen.

In sachgemäßester Weise gab nun das Manifest des Kaisers Karl vom 16. Oktober die Grundzüge zu einem Neuaufbau Österreichs als Bundesstaat. Es lautete: „An Meine getreuen österreichischen Völker! Seitdem Ich den Thron bestiegen habe, ist es Mein Bestreben, Meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen sowie ihnen die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums, unbehindert durch Kaiser Karl.

Hemmnisse und Reibungen, zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können. Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt ... Nunmehr muß ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der Völker sind hiebei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung Meiner Völker durchzuführen. Österreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hiedurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiet erhält, den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung. Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der ungarischen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten: sie wird aber auch gemeinsame Interessen schützen und zur Geltung bringen ... Bis diese Umgestaltung auf gesetzlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht ... An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht Mein Ruf, an dem Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die, gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation, die Interessen der Völker zur Geltung bringen sollen. So möge unser Vaterland als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit." — Dies Manifest war hervorgegangen aus Besprechungen des Kaisers mit Abgeordneten aller Parteien, auch der Sozialdemokraten, der Tschechen (Stanek, Tusar), der Polen, Ukrainer, Italiener und Rumänen. Es entsprach übrigens auch den Kundgebungen der deutschen Parteien vom 3. Oktober völlig.

Diese Entwicklung ließ sich durchaus nicht hoffnungslos an, als die absichtlich boshaft verzögerte Antwort Amerikas auf das österreichische Friedensangebot vom 4. Oktober am 18. Oktober erfolgte und durch eine ebenso hinterhältige wie unsachgemäße, völkerrechtswidrige Weise nicht nur die Sache Österreichs und Mitteleuropas, sondern auch die des geheuchelten Völkerbundes vergiftete. Die Note Lansings lautete: „Der Präsident teilt mit, daß er sich mit dem vorliegenden Vorschlage nicht befassen kann, weil seit seiner Botschaft vom 8. Januar gewisse Ereignisse von größter Bedeutung eingetreten sind, die notwendigerweise die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten geändert haben. Unter den vierzehn Bedingungen, die der Präsident damals formulierte, kam die folgende vor:

Amerika.

‚Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die freieste Möglichkeit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.‘ Seit dieser Satz ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschechoslowaken und dem Deutschen sowie dem österreichisch-ungarischen Reich besteht und daß der tschechoslowakische Nationalrat eine faktisch kriegführende Regierung ist. Sie hat auch die Gerechtigkeit der nationalen Freiheitsbestrebungen der Jugoslawen anerkannt. Der Präsident ist daher nicht mehr in der Lage, die bloße Autonomie dieser Völker als Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seite der österreichisch-ungarischen Regierung die Aspirationen und die Auffassung der Völker von ihren Rechten und von ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen wird.“ — Auch diese Note, von Lansing unterzeichnet, wurde vom schwedischen Gesandten in Wien am 21. überreicht. Sie kennzeichnet sich wieder durch jene indianische Hinterhältigkeit, die jeden geraden Meinungsausdruck verschleiert und dadurch beabsichtigt, um so demoralisierender zu wirken. Die amerikanische Regierung hatte sich, im Einvernehmen mit Paris und London, mit den Tschechen und Südslawen in völkerrechtswidriger Weise verschworen oder sie reizte vielmehr diese in ihrer überwiegenden Mehrheit loyalen und österreichisch gesinnten Völker auf, in ihren Aspirationen immer weiter und weiter zu gehen: ein durchaus unwürdiges Vorgehen.

Als daher Ministerpräsident Hussarek am 22. Oktober das Programm des kaiserlichen Manifestes vom 16. Oktober als mit der Friedensaktion am besten übereinstimmend und auch der Note Wilsons völlig entsprechend dem Abgeordnetenhaus zur Annahme empfahl, als organische Entwicklung des Verfassungslebens der letzten Dezennien, da schallte ihm von Seite jener aufgereizten Nationalitäten ein „Zu spät!“ entgegen, als Nachhall von Wilsons „Zu spät!“ Mit Recht entgegnete Hussarek, für diese Dinge gebe es nie ein Zu spät; und er mahnte: „Ein Volk, das seine Selbstbestimmung wahren will, muß auch die des andern achten, und beide sehen sich darum auf den Weg der Verständigung gewiesen. Aus der Aussprache von Volk zu Volk müßte die eigene Berechtigung der einzelnen Staaten hervorwachsen, in allen ihre freie nationale und kulturelle Entwicklung berührenden Fragen selbständig zu entscheiden. Für jene Angelegenheiten aber, die aus der historischen Notwendigkeit und der wirtschaftlichen Verknüpfung heraus nur gemeinsam in wirksamer Weise wahrgenommen werden können, müßte der selbstgewollte Entschluß aller beteiligten Völker die Sicherung gemeinsamen Vorgehens gewährleisten . . . Diese Notwendigkeit, die der Pragmatischen Sanktion zugrunde liegt, ist im Laufe der Zeiten nicht geschwunden, sondern gewachsen. Der Güteraustausch der nicht autarkischen Völker untereinander und gegenüber dem Ausland bedarf der Regelung und Manifest.

Sicherung, der Zusammenfassung nach außen. Das wird die Arbeit der Nationalräte sein. Es liegt aber im Interesse aller Völker, bis dahin die Wirksamkeit der bisherigen Einrichtungen zu unterstützen. Wir haben die ungeheuren Aufgaben der Überleitung in die Friedenswirtschaft zu lösen... Wollten wir die Augen vor diesen Notwendigkeiten verschließen und, ganz vertieft in politische Fragen, jene aufschieben, so könnten wir ja vielleicht die nationalen Einzelstaaten schaffen, aber sie würden eher das Grab einer Vergangenheit als die Wiege einer Zukunft sein ... Was die Verhältnisse zu den Ländern der ungarischen Krone betrifft, so wollen wir dem Wunsche nach einer Revision der dualistischen Einrichtungen nicht entgegentreten. Ebenso würde eine Lösung, die die beiden südslawischen Komplexe samt Bosnien und Herzegowina durch eine Grenzlinie scheiden würde, mit den natürlichen Entwicklungsbedingungen im Gegensatze stehen ... Es sei mir gestattet, in diesem weltgeschichtlichen Augenblick Ihnen die altehrwürdige Gestalt Österreichs noch einmal vor das geistige Auge zu rufen. Manches hat sich überlebt, unzerstörbar aber bleibt das Wesen, die geschichtliche Sendung, das hohe Ziel, den zusammengeschlossenen Völkern eine Stätte segensvoller Entwicklung zu bilden ..." — Aber dieser Appell an die Staatsweisheit der Abgeordneten scheiterte an dem nationalistischen Fanatismus der Geschäftspolitiker mit ihren Augenblicksaspirationen, sowie an der alles vergiftenden Verschwörungskunst der Gegner, die diese Keime des Unheils zu unheilbarer Entwicklung erhitzte.

Deutschland. Indessen wurde am 20. Oktober die Antwort des Deutschen Reiches an die amerikanische Note vom 14. expediert. Sie besagt: „Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten die Regelung der Räumung der besetzten Gebiete anheim; sie vertraut darauf, daß er keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde. Was die Zerstörungen, Versenkungen usw. betrifft, schlug die deutsche Regierung Untersuchung durch neutrale Kommissionen vor. Was die Beseitigung jeder Willkürmacht betrifft, so ist „die neue Regierung in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Künftig wird auch zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich sein ..."

Reichstag. Der Reichskanzler Max von Baden mußte am 22. dem Reichstag sagen, die letzte Note Wilsons habe dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, ob Rechtsfriede oder Gewaltfriede. „Der Kernpunkt des Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann nicht zustande kommen, wenn sich nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung aufraffen. Die Realisierung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen. Wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses Krieges der Sieg der Rechtsidee ist, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe

für die Kräfte der Zukunft ... Das Ziel der Reformen ist die Herstellung der politischen Mündigkeit des deutschen Volkes ..." — Der Sozialdemokrat Ebert meinte, seine Partei habe nicht durch Preisgabe deutschen Landes zur Macht gelangen wollen; sie habe die Macht ergreifen müssen, weil nur sie imstande war, Deutschland zu retten. „Daß wir in der politischen Entwicklung so weit zurückgeblieben sind, schuf das Mißtrauen der ganzen Welt gegen uns. Engstirniger Polizeigeist, frivoles Säbelrasseln, provozierender Junkerübermut haben uns Haß und Verderben eingetragen." — Naumann meinte: „Wir müssen wieder zu den Füßen unserer Großväter sitzen, um bei ihnen zu lernen, wie wir und die Menschheit gesunden werden nach diesen Zeiten der Zerstörung." — Der Nationalliberale Stresemann sagte: „Wir sind und bleiben Monarchisten, werden aber der Monarchie am besten nützen, wenn wir an der Neuordnung der Dinge tatkräftig mitwirken." — Der konservative Graf Westarp beklagte es, daß aus dem monarchischen Reich ein parlamentarisches werde nach den Grundlagen der Westländer. — Eine antimonarchische Äußerung des unabhängigen Sozialdemokraten Haase entfachte auf der Rechten einen Sturm der Entrüstung; auch der Vizekanzler v. Payer wies sie zurück; das sei unzeitgemäß: „Wir wollen den Frieden haben, und wir haben ihn auch notwendig. Unsere Feinde mißtrauen uns aber." — Die Polen, Elsässer und Dänen erhoben ihre Forderungen. — Der Sozialdemokrat Noske erklärte: „Für einen Verständigungs- oder Rechtsfrieden ist die erste Voraussetzung die, daß kein deutscher Mann vom Vaterland losgerissen werde."

Endlich erklärte eine amerikanische Note vom 23. Oktober die Bereitschaft Wilsons, mit seinen Verbündeten „die Frage des Waffenstillstands aufzunehmen". Doch sei nur ein solcher Waffenstillstand möglich, der eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich mache. Auch war der Präsident noch nicht vollkommen mit den deutschen Verfassungsreformen zufrieden; der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik sei noch ungeschwächt. Man könne einzig und allein mit den echten Vertretern des deutschen Volkes verhandeln, nicht mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten; von diesen könne man nur unbedingte Übergabe, nicht Friedensverhandlungen verlangen. — Wieder dieselbe Hinterhältigkeit und Vieldeutigkeit. Warum sagte er nicht unzweideutig, was er wollte? Nur um die Parteien in Deutschland zu verhetzen. — Der unabhängige Sozialdemokrat Cohn verlangte daher am 25. im Reichstag, die gesamte Dynastie müsse das Feld räumen. — Die deutschkonservative Fraktion forderte, daß man angesichts der entehrenden Bedingungen Wilsons das deutsche Volk zum letzten Kampf aufrufe. Amerika.

Die deutsche Antwortnote an Wilson ging am 27. Oktober ab: sie lautete: „Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich im deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren

Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.“ — In Washington nahm man die Note an, erklärte aber hochmütig und zweideutig, daß sie nichts an der Lage ändere.

Indessen löste eine radikale Umwälzung in Österreich die alte Monarchie in einzelne nationale Staaten auf und zwang sie zu einem Sonderfriedensangebot. Das geschah durch eine von der Entente in Paris geschürte Verschwörung oder vielmehr Aufhetzung tschechischer Führer. Der durch die Entente aufgestellte hochverräterische „Tschechoslowakische Nationalrat“ erklärte am 19. Oktober formell die Unabhängigkeit der problematischen tschechoslowakischen Nation. Das Dokument, in dem die Lossagung erklärt wurde, wurde in Paris veröffentlicht und Wilson zugestellt. Eine Regierung der Tschechoslowaken hatte sich bereits am 26. September mit dem Sitze in Paris konstituiert. Dr. Masaryk wurde Präsident der vorläufigen Regierung, sein Schwiegersohn Benesch Minister des Äußern, Stefanik Kriegsminister. — Der tschechische Nationalausschuß (Narodny Vybor) zu Prag billigte am 19. Oktober die Entscheidung des Präsidiums des tschechischen Reichsratsabgeordnetenverbands (Cesky Svaz), „mit welchem er alle Verhandlungen für die Neueinrichtung der innern österreichischen Verhältnisse ablehnt. Er protestiert gegen den Versuch, die Einheit des tschechoslowakischen Volkes zu zerreißen und die Einheit und Unteilbarkeit der böhmischen Länder zu bedrohen. Das tschechische Volk beharrt auf dem Standpunkt, daß es mit Wien keine Verhandlungen über die Zukunft gibt. Die böhmische Frage hat aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Österreich-Ungarns zu sein. Sie ist zu einer internationalen Frage geworden, und sie wird mit allen Weltfragen gemeinsam gelöst werden. Sie kann auch nicht ohne Einverständnis jenes international anerkannten Teiles der Nation gelöst werden, welcher sich außerhalb der böhmischen Grenzen befindet. Es gibt keine andere Lösung der böhmischen Frage als die absolute staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Der Vybor protestiert dagegen, daß von magyarischer Seite der Welt eingeredet wird, daß unsere slowakischen Brüder nicht mehr mit der Nation, deren untrennbarer Zweig sie sind, ein nationales und staatliches Ganzes bilden wollen. Die Slowaken wissen, daß das tschechische Volk die slowakische Sprache ebenso wie seine Muttersprache liebt ... Das tschechische Volk wird nie eine zweite Nationalität im tschechoslowakischen Staat bedrücken.“ Hier wird anerkannt, daß das Tschechische und das Slowakische zwei verschiedene Sprachen sind.

Tschechen.

Die Ukrainische Nation hatte sich schon am 11. Oktober als selbständigen Staat erklärt. Die rumänischen Reichsratsabgeordneten konstituierten sich am 18. als Nationalversammlung und wählten zum Präsidenten Dr. Isopescul-Grecul. Der unabhängige südslawische Staat war durch Wilsons Note anerkannt. — So blieb denn auch den Deutschen Österreichs nichts anderes über, als auch einen eigenen Nationalstaat zu bilden, wenn sie nicht im Leeren schweben wollten.

Es fand am 21. Oktober im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landhauses eine Versammlung aller deutschösterreichischen Reichsratsabgeordneten statt, an der die Deutschnationalen, die Christlichsozialen, die deutschen Sozialdemokraten und die Wiener Freiheitlichen teilnahmen. Der Vorsitzende Dr. Waldner betonte das Recht auf Selbstbestimmung und eigene, unabhängige Staatlichkeit: „Die Geschichte hat uns zum Gründer des alten Staates Österreich gemacht und wir haben diesem Staate durch die Jahrhunderte in Treue und Aufopferung unser Bestes hingegeben. Ohne Dank scheiden wir nun aus diesem Staate, um unsere Volkskraft auf uns allein zu stellen. Die Verkettung mit dem alten Österreich war die schwere Last, welche unsere politische Kraft verzehrte ... Aber wir haben noch die Pflicht, bei der Aufteilung der Erbschaft des alten Staates mitzuwirken und unser Volk vor Ungebühr zu bewahren ... Heil Deutschösterreich!“ Es wurden durch Zuruf drei gleichberechtigte Präsidenten gewählt: Dinghofer, Fink und Seitz. Der Sozialdemokrat Seitz übernahm den Vorsitz, er erinnerte an die Revolution von 1848, die auch vom Landhaus ausging. Als Gewählten des Jahres 1911 stehe den Anwesenden das Recht zu und die Pflicht, den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen und eine Konstituante vorzubereiten. — Sodann wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen und einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den andern Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutschösterreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern ... Den Zugang zum Adriatischen Meer wird er durch Vereinbarungen mit den andern Nationen sicherzustellen suchen. Das deutsche Volk in Österreich wird eine konstituierende Nationalversammlung wählen ... sie wird die Verfassung des Staates festsetzen. Bis zu ihrem Zusammentritt bildet die Gesamtheit der deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates die provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich ... Sie wählt einen Vollzugsausschuß, einen Verfassungsausschuß, einen Verwaltungsausschuß, einen Ernährungsausschuß, einen volkswirtschaftlichen Ausschuß, einen kriegswirtschaftlichen Ausschuß. — Dr. Viktor Adler

Deutsch-österreich.

entbot als Sozialdemokrat den slawischen und romanischen Genossen brüderlichen Gruß und drückte die Bereitschaft aus, mit den Nachbarvölkern sich zu freiem Völkerbunde zu vereinen, wenn die Völker dies wollen. Andernfalls würde der Deutschösterreichische Staat gezwungen sein, sich als Sonderbundesstaat dem Deutschen Reich anzugliedern. Die Sozialdemokratie werde dafür kämpfen, daß der Staat eine demokratische Republik werde. Die Umwälzung in Österreich sei nichts anderes als eine Teilerscheinung des allgemeinen Sieges der Demokratie in der ganzen Kulturwelt, der Demokratie, die die Arbeiterklasse in allen Ländern zur Macht führen wird. — Der christlichsoziale Schraffl betonte dagegen für seine Partei grundsätzliches Festhalten an der monarchischen Regierungsform, Demokratisierung der Verwaltung, Bereitschaft, mit den neuen Nationalstaaten eine Vereinigung zu einem Bundesstaat eingehen zu wollen. Freiherr v. Pantz nahm sich auch der jenseits der Leitha lebenden Deutschen an. Steinwender stellte namens des Verbandes deutschnationaler Parteien die überzeugte Anhängerschaft an die konstitutionell monarchische Regierungsform fest. „Der Staat wird sein Verhältnis zum Deutschen Reich und zu den andern Nationen in freier Selbstbestimmung ordnen. Nicht ein Zusammenbruch soll es sein, sondern eine Neugestaltung zu neuem Leben ..."

Nationalstaaten. Durch dies Auseinanderfallen Österreichs in drei Nationalstaaten hörte der alte Staat faktisch zu bestehen auf. Dazu kamen die Bewegungen in Ungarn. Graf Tisza erklärte schon am 10. Oktober bei einer Konferenz der nationalen Arbeitspartei in Pest: „Jene Ereignisse, welche sich in den letzten sechs Wochen in Österreich abspielten, haben die Grundlage des Ausgleichs von 1867 erschüttert. Die Aufrechterhaltung des Dualismus scheint unmöglich zu werden, und wir werden dementsprechend die tausendjährige Unabhängigkeit des Landes sichern müssen."

Ungarn. Ministerpräsident Wekerle meinte am 11. in einer Rede vor der Achtundvierziger Partei, Ungarn müsse bei den Friedensverhandlungen unmittelbar vertreten sein. „Eine schwerwiegende Sache ist es, daß man in Österreich vollkommen zum Föderalismus übergeht. In seiner heutigen Form vermag Österreich selbst der Verteidigungspflicht nicht zu entsprechen. Wir sollen aber bestrebt sein, diese Erscheinungen der Auflösung nicht zu fördern. Unser Ziel ist die Integrität unseres Landes; diese müssen wir verteidigen. Wie sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, die Vergangenheit der Nation rechtfertigt es, daß die Wahrung des Zusammenwirkens mit dem Herrscher eine der unumgänglichen Grundsteine unserer Politik bleibe." Die am 14. Oktober angebotene Demission des Kabinetts Wekerle wurde nicht angenommen. Wekerle pries in einer Rede vom 17. die Anerkennung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Ungarns durch den König. Diese Idee müsse in ihrer ganzen Reinheit und in allen Beziehungen, außenpolitisch, militärisch, wirtschaftlich, durchgeführt werden. Wekerles Vorschläge in dieser

Beziehung wurden vom König am 24. genehmigt. Aber damit war nur die Einleitung zu einem völligen Umsturz gegeben.

Wekerle demissionierte doch noch am Abend des 24., und am folgenden Tag, dem 25. Oktober, wurde auf Antrag des Grafen Michael Karolyi von den radikalen Parteien die Bildung eines Ungarischen Nationalrates beschlossen. Eine Proklamation an das ungarische Volk anerkannte die neuen österreichischen Nationalstaaten und erklärte, daß das unabhängige Ungarn die Befriedigung der berechtigten Lebensansprüche dieser Staaten nicht nur nicht verhindern wolle, sondern bereit sei, in ein inniges wirtschaftliches und politisches Bündnis mit ihnen zu treten, in der Überzeugung, daß sie auch die Interessen Ungarns achten würden. Sämtliche ausländische Regierungen wurden aufgefordert, eine unmittelbare Verbindung mit dem ungarischen Nationalrate zu suchen.

So gab es denn auch kaum mehr ein Österreich-Ungarn. Es blieb dem Rest von Regierungsgewalt, der übrig blieb, kaum mehr etwas anderes übrig, als die Monarchie zu liquidieren und den sich überstürzenden Ereignissen nachzukommen. Die Monarchie, die kaum mehr bestand, die von den Völkern aufgegeben wurde, mußte vor allem um jeden Preis Waffenstillstand und Frieden schließen. Sie mußte darin allein ohne Deutschland vorgehen, denn einen Zweibund mit einem zusammengebrochenen Reich gab es nicht mehr. Dieser peinlichen Auseinandersetzung wollte sich aber weder Tisza, noch Hussarek, noch Burian unterziehen. Graf Burian überließ am 24. Oktober die Geschäfte des auswärtigen gemeinsamen Amtes dem Grafen Julius Andrassy, Hussarek überließ das österreichische Ministerium am 27. Oktober dem Dr. Lammasch, von dem bekannt war, daß er seit jeher ein Gegner des Bündnisses mit Deutschland und ein Freund der Entente war. Diesem kurz lebenden Ministerium gehörte auch Dr. Seipel an. Graf Andrassy richtete am 28. Oktober an die amerikanische Regierung in Beantwortung der Note Wilsons vom 18. d. M. die Erklärung, daß die österreichisch-ungarische Regierung „ebenso wie den früheren Kundgebungen des Präsidenten auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker Österreich-Ungarns", speziell über jene der Tschechoslowaken und der Jugoslawen zustimmt. Da sonach Österreich-Ungarn sämtliche Bedingungen angenommen hat, von welchen der Präsident den Eintritt in Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden abhängig gemacht hat, steht dem nichts mehr im Wege. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über Frieden und Waffenstillstand einzutreten ..." Ein besonderes Telegramm richtete Andrassy am selben 28. Oktober an den Staatssekretär Lansing, um ihn zu bitten, beim Präsidenten dahin wirken zu

Andrassy.

Lammasch.

Deutsch-österreich. wollen, daß im Interesse der Humanität sowie im Interesse aller Völker der sofortige Waffenstillstand herbeigeführt werde und die Einleitung von Friedensverhandlungen erfolge. Ähnliche Telegramme gingen an die französische, englische, japanische und italienische Regierung ab. Am 29. Oktober wurde noch amtlich festgestellt, daß die deutsche Regierung durch wiederholte Mitteilungen der maßgebenden Stellen seit längerem in Kenntnis war, „daß die Monarchie den Krieg höchstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkte fortführen konnte". Dies wurde auch am 26. Oktober in einem freundschaftlichen Telegramm des Kaisers Karl dem deutschen Kaiser mitgeteilt; am selben Tag wurde auch der deutsche Botschafter auf den bevorstehenden Schritt der Monarchie vorbereitet. Noch vor Absendung der Note fand am 27. eine Unterredung des Grafen Andrassy mit dem Grafen Wedel statt. Man hatte keine Zeit mehr. Es handelte sich um Stunden, um Minuten. Von deutscher Seite wurde kein Vorwurf laut gegen die notwendige Kapitulation Kaiser Karls. Erst später in seinen Memoiren sprach sich Wilhelm II. mißmutig darüber aus.

Die deutschnationalen Parteien waren über Andrassys Note tief entrüstet; sie protestierten dagegen, daß er sich weder mit der deutschen Reichsregierung noch mit dem deutschen Vollzugsausschuß vorher ins Einvernehmen gesetzt habe. Noch vor wenigen Tagen habe die deutsche Reichsregierung für die Versorgung Deutschösterreichs weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. „Trotzdem deutsche Soldaten an der Seite der unsrigen gekämpft, wurde die Form verletzt." Der Vollzugsausschuß der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs beschloß daher, eine eigene Friedensnote an Wilson zu richten, die wohl im wesentlichen dasselbe sagte wie Andrassy, aber die „Form" besser zu wahren schien; vor allem protestierte man, daß 3½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen 6·3 Millionen Tschechen unterworfen werden sollten. Diese Note und eine vorläufige Verfassung Deutschösterreichs wurde am 30. Oktober von der provisorischen Nationalversammlung angenommen. Als Präsidenten nach dieser vorläufigen Verfassung wurden mit gleichem Recht und Rang Dinghofer (deutschnat.), Hauser (christlichsoz.) und Seitz (sozialdem.) gewählt. Sie fungierten auch als Präsidenten des Staatsrats von 20 Männern. Es wurden Staatsämter (Ministerien) für Äußeres (Adler), für Heerwesen, für Inneres (Mataja), Unterricht (Pacher), Justiz, Finanzen (Steinwender), Landwirtschaft, Gewerbe (Industrie, Handel, Übergangswirtschaft), öffentliche Arbeiten, Verkehrswesen, Volksernährung, soziale Fürsorge, Volksgesundheit errichtet. Leiter der Staatskanzlei wurde Dr. Renner, Notar des Staatsrats Dr. Sylvester. Die neue Gelöbnisformel sprach vom „Staate" und „Vaterland", indem sie die Staatsform noch unentschieden ließ. Als Staatsfarben wurden die alten Babenbergerfarben Rot-weiß-rot angenommen, als Wappen ein schwarzes Stadttor, zwei gekreuzte rote Hämmer, ein goldener Kranz aus Roggenähren. Die Vorzensur der Presse wurde aufgehoben. Es bildete sich eine Provinz Deutschböhmen, allerdings nur in Wien, als Verwahrung gegen die Absicht der Tschechen, Deutschböhmen ihrem Staate einzuverleiben. Sie bestand nur aus den Abgeordneten. In Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck schloß man sich auch dem deutschösterreichischen

Staate an. Die Übergabe der Regierungsgeschäfte vollzog sich ohne Reibung, so daß dem kaiserlichen Ministerium Lammasch kaum mehr etwas übrig blieb.

Da das Abgeordnetenhaus auch nicht mehr in seiner Gänze existierte, gab Lammasch seine programmatischen Erklärungen am 30. Oktober vor einer Obmännerkonferenz ab. Er legte vor allem Verwahrung ein gegen den Vorwurf eines Treubruchs gegenüber dem Deutschen Reiche. „Die deutsche Regierung hat seit ungefähr einem Jahre gewußt, daß wir nicht weiter kämpfen können als über einen gewissen Zeitpunkt hinaus. Wir haben ausgehalten, solang es unsere kriegerische, finanzielle und wirtschaftliche Situation ermöglichte. In der Frage der Rückbewegung der Armee wie in der Frage der Umwälzung des Staates ist Besonnenheit am Platz, so daß nichts überstürzt werden darf. Die Regierung steht durchaus auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen, doch betrachtet sie alle inzwischen getroffenen Maßregeln als provisorische, die noch einer endgültigen freien allgemeinen Abstimmung unterliegen müssen. Insbesondere kann die Abgrenzung der nationalen Siedlungsgebiete noch keine perfekte sein, sie muß durch Vereinbarung zwischen den Nationen oder durch Schiedsspruch erfolgen. In der Übergangszeit wird die Regierung die Abwicklung der Geschäfte als Treuhänderin der künftigen Staaten besorgen. Die neuen Staaten werden bei den Friedensverhandlungen vertreten sein und ihre internationalen Beziehungen mit neutralen Staaten sofort aufnehmen können. Gemeinsam zu regeln, zu liquidieren ist die Aufteilung der gemeinsamen Lasten, die Versorgung der Beamten, die Bezahlung der Gehalte und Pensionen, die Versorgung der Invaliden, die Befriedigung der Entschädigungsansprüche. Die neuen Staatengebilde müssen als Rechtsnachfolgerinnen des bisherigen Gemeinschaftsstaates betrachtet werden. Die Armee wird sich der staatlichen Neukonstruktion anpassen.“ In diesem Sinne gestattete Kaiser Karl am 31. Heerespersonen den Eintritt in die Nationalheere. Lammasch.

Die Note Andrassys an Wilson rief großen Jubel in Prag hervor, weil sie die Rechte der Tschechoslowaken anerkannte. Es fanden dort Volksumzüge statt, die Stadt war mit slawischen und amerikanischen Fahnen beflaggt. Deutsche Geschäftsschilder wurden „beseitigt“. Der Nationalausschuß erklärte am 29. in der Statthalterei, daß er nun selbst die Verwaltung übernehme. Er besetzte auch das Landhausgebäude. Der Abgeordnete Tusar wurde am 30. zum tschechoslowakischen Gesandten bei der Wiener Regierung ernannt. Zum Kommandanten der tschechoslowakischen Armee wurde durch den Narodny Vybor Feldmarschalleutnant Diwisch bestimmt. Der Generalkonsul der deutschen Regierung Freiherr v. Gebsattel beglückwünschte den Nationalausschuß zur Errichtung des selbständigen tschechoslowakischen Staates und lobte den ruhigen Verlauf der Staatsveränderung, wobei die persönliche Sicherheit der 40.000 Angehörigen des Deutschen Reiches in Böhmen vollständig gewährleistet war. — In Brünn verständigte sich der tschechoslowakische Nationalausschuß mit der mährischen Statthalterei über die gemeinsame Führung der Verwaltung. Prag.

Im Agramer Landtag wurde am 29. Oktober der Beschluß auf Errichtung des selbständigen Staates der Slowenen, Kroaten und Serben gefaßt. Man feierte den Triumph des Slawentums gegen das Germanentum auf allen Linien, man gedachte begeistert und be- Südslawen.

wundernd des großen Präsidenten Wilson, dem man das alles verdankte. Auch der am 18. d. M. ins Leben gerufene ukrainische Nationalrat erklärte sich am 25. für selbständig zu Friedensverhandlungen berechtigt. Die österreichisch-ungarische Kriegsflotte wurde am 31. Oktober an den südslawischen Nationalrat übergeben. Dabei wurde aber von den übergebenden kaiserlichen Behörden die Geltendmachung des Eigentumsrechtes der nichtsüdslawischen Staaten der Ablösung wegen protokollarisch ausdrücklich vorbehalten. Der kroatische Nationalrat übernahm auch am 29. die Regierung über Fiume.

Ungarn. In Ungarn suchten noch Erzherzog Josef (als Homo regius), Wekerle und Tisza die revolutionäre Bewegung aufzuhalten. Aber am 31. nahm der ungarische Nationalrat die gesamte öffentliche Gewalt in die Hand. Der König ernannte telephonisch den Grafen Michael Karolyi zum Ministerpräsidenten und stellte ihm die gesamte bürgerliche und militärische Gewalt zur Verfügung, um im Lande die Ordnung wieder herzustellen. Sofort wurde eine „Volksregierung" proklamiert, die dem Erzherzog Josef als Beauftragten des Königs den Amtseid leistete. Der Zentralausschuß der Siebenbürger Sachsen erklärte, auch in dieser entscheidungsvollen Zeit unerschütterlich zum ungarischen Volk zu stehen. — Noch am Abend des 31. Oktober wurde Graf Tisza von drei Soldaten erschossen, die ihn beschuldigten, den Krieg verursacht zu haben. Der Prozeß darüber zog sich sehr in die Länge.

Gleichzeitig mit diesen politischen Ereignissen erfüllten sich die militärischen Geschicke an den Fronten. Bis zur letzten Woche des Oktober hielten die österreichisch-ungarischen Truppen an der Gebirgsfront wie in der venezianischen Ebene einmütig stand: Deutsche, Slawen, Italiener, Ungarn. Allmählich konnte freilich die innerpolitische Entwicklung nicht spurlos an verschiedenen Teilen der Wehrmacht vorübergehen, doch war diese Rückwirkung viel geringer, als man erwarten mochte. Am 29. konnten Engländer und Italiener nördlich und südlich des Montello vorstoßen und man beschloß österreichischerseits, um den Waffenstillstand zu erleichtern, das besetzte Gebiet allmählich zu räumen. Durch einen Parlamentär wurde bereits am 29. früh die Verbindung mit der italienischen Heeresleitung hergestellt. Es sollte kein Mittel zur Vermeidung weiterer, unnützer Blutopfer unversucht bleiben. Das italienische Oberkommando nahm zuerst eine ablehnende Haltung ein. Erst am 30. abends konnten die Verhandlungen eingeleitet werden, ohne daß die Kriegsgreuel ein Ende fanden. Die Räumungsaktion wurde in Ruhe und Ordnung fortgesetzt, im allgemeinen ohne schärferen Druck des Gegners.

Fronten.

In Nordfrankreich und Belgien drangen die französischen, englischen und amerikanischen Heere vor. Auch hier war die Absicht der deutschen Heeresleitung, Blut zu schonen und den Waffenstillstand vorzubereiten; aber auch hier verzögerte der Feind die Waffenruhe. Besonders schwer wurden die Angriffe der frischen amerikanischen Truppen. Auch österreichische Regimenter waren bei der Abwehr beteiligt. General Ludendorff nahm am 26. Ok-

tober seinen Abschied; das hatte zum Teil politische Gründe, da er der Entente am meisten verhaßt war als „politischer, kriegshetzerischer“ General. Anderseits scheint aber auch ein Zusammenbruch seiner Nerven ihn zum Rücktritt veranlaßt zu haben. Längst überarbeitet, war er nicht mehr imstande, die Operationen ganz zu beherrschen; er schwankte zwischen Hoffnungslosigkeit und Siegeszuversicht und beeinflußte so auch ungünstig die Waffenstillstandsverhandlungen. Seiner heldenhaften Größe soll es aber nicht an Anerkennung mangeln; wie ich denn auch die Anschauungen über ihn nur mit Vorbehalt wiedergebe.

Auch an der albanischen und serbischen Front blieb den verbündeten Heeren nach dem entscheidenden Zusammenbruch Bulgariens nichts anderes über, als sich gegen Donau, Save und Drina zurückzuziehen. Die Räumung geschah ohne nennenswerte Störung durch die Feinde, die langsam in die geräumten Orte nachrückten.

Auf dem türkischen Kriegsschauplatz fiel am 2. Oktober Damaskus in englische Hand. Französische und englische Schiffe fuhren am 5. in den Hafen von Beirut ein und bald darauf besetzten auch Landtruppen die von den Türken geräumte Stadt. Die Türkei nahm in einer Note vom 14. Oktober an Wilson dessen Punkte an und bat um Waffenstillstand. Dieser wurde am 31. Oktober unterzeichnet.

Durch Wilsons Schiedsrichteramt trat die Rolle Englands und Frankreichs etwas zurück. Die englischen Staatsmänner setzten ihre Wutreden fort, Clemenceau mischte in den Siegesjubel etwas unwahre Großmut, so wenn er am 18. sagte: „Wir wollen unser ganzes Recht mit den Sicherheiten gegen die Wiederherstellung der Barbarei. Aber wir werden aus diesem Recht unserseits nicht die Revanche für die Bedrückungen der Vergangenheit machen...“ Die französische Arbeiterschaft erließ am 29. Oktober ein Friedensmanifest, worin sie ihre Übereinstimmung mit den seit zwei Jahren vom Präsidenten Wilson verkündeten Prinzipien und mit den seit vierzehn Tagen von ihm vollzogenen Handlungen erklärte. Sie erwartete von der französischen Regierung eine den Interessen der Völker entsprechende Antwort auf das Waffenstillstandsanerbieten der Mittelmächte.

Von Bulgarien ist kurz zu melden, daß König Ferdinand am 3. Oktober zugunsten seines Sohnes Boris abdankte. Boris war der älteste Sohn Ferdinands aus seiner ersten Ehe mit Prinzessin Maria Luise, einer Tochter des verstorbenen Herzogs Robert von Parma, 1894 geboren, ursprünglich katholisch getauft, seit 1896 griechisch-orthodox. Er war also ein Neffe der Kaiserin Zita. Im Waffenstillstand Bulgariens mit der Entente (4. Okt.) war den Truppen Deutschlands und Österreichs eine vierwöchige Frist gewährt, sich aus Bulgarien zurückzuziehen. Bulgarien.

Finnland wählte am 10. Oktober den Prinzen Friedrich Karl von Hessen zum König; er war 1868 geboren und mit der jüngsten Schwester des Kaisers Wilhelm vermählt.

Die russische Regierung richtete durch Tschitscherin am 24. folgende ironische Note an Wilson: „Als Vorbedingung für den Waffenstillstand mit Deutschland haben Sie die Forderung der Räumung der okkupierten Gebiete gestellt. Wir sind bereit, unter diesen Bedingungen einen Waffen- Rußland.

stillstand zu schließen, und ersuchen Sie, uns in Kenntnis zu setzen, wann Sie Ihre Truppen aus Murmansk, Archangelsk und Sibirien zu entfernen beabsichtigen. Ferner fordern Sie von Deutschland, daß es bei der Räumung der besetzten Gebiete Zerstörungen und Plünderungen aufgebe. Wir ziehen daraus die Folgerung, daß Sie und Ihre Verbündeten die Tschechoslowaken anweisen werden, den von ihnen in Kasan geraubten Teil unseres Goldvorrats zurückzuerstatten, und ihnen verbieten werden, ihre räuberischen Handlungen bei ihrem Rückzug fortzusetzen." — Der frühere Ministerpräsident Trepow wurde, wie man nun hörte, am 25. September erschossen. General Alexejew starb am 10. Oktober. — Japan erklärte seine Einmischung in Rußland also: „Sibirien ist in Wirren verwickelt. Wir haben beschlossen, es zu retten. Wir kämpfen vereint mit den Verbündeten und den Tschechoslowaken zur Wiederherstellung der Ordnung. Wir verfolgen keine Eroberungsziele, aber wir wollen das Ansehen unseres Reiches heben und unsere Sache im Namen der Prinzipien des Kosmopolitismus durchführen."

November.

Das große Ereignis des Monats ist die **Republikanisierung der beiden Kaiserreiche**, lange vorbereitet von zwei Seiten: durch die Propaganda der Bolschewiken und der Westler, zur Vollendung gebracht durch die aufreizende Art, mit der die Gegner die Waffenstillstandsbedingungen formulierten.

Waffenstillstand. Der Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und Italien wurde am 3. November unter folgenden Bedingungen abgeschlossen: Gänzliche Demobilisierung und Zurückziehung der Fronttruppen. Auf dem Gebiet der Monarchie dürfen nur höchstens zwanzig Divisionen aufrechterhalten werden. Die Hälfte des Kriegsmaterials wird ausgeliefert. Das besetzte italienische Gebiet ist zu räumen, und zwar bis tief in das österreichische Gebiet hinein. Die Verbündeten haben das Recht der freien Bewegung für ihre Truppen auf allen Wegen des österreichisch-ungarischen Gebiets und den Gebrauch der betreffenden Transportmittel, ferner das Recht, alle strategischen Punkte zu besetzen. Die reichsdeutschen Truppen haben innerhalb fünfzehn Tagen abzuziehen; Heimsendung der kriegsgefangenen Untertanen der Alliierten ohne Gegenseitigkeit; Übergabe von fünfzehn Unterseebooten, drei Schlachtschiffen, sechs Donaumonitoren usw., Demobilisierung der andern Schiffe; Aufrechterhaltung der Hungerblockade u. a. m. Österreichischerseits wurden diese Bedingungen „ohne Präjudiz für den späteren Frieden" angenommen, auch wurde vorausgesetzt, daß die feindlichen Truppen ihre freie Bewegung nicht zu einem Angriff auf Deutschland ausnützen; sonst würde man dagegen Protest einlegen. Am 10. November erfolgte noch eine Vereinbarung über die Durchführung einzelner Punkte des Waffenstillstands.

Ungarn. Was Ungarn betraf, so begab sich Ministerpräsident Graf Karolyi an der Spitze einer Friedensdelegation am 7. November nach Belgrad, um dort Sonderverhandlungen mit dem General Franchet d'Esperey einzuleiten. Er las dem General ein Memorandum der ungarischen Regierung vor; darin wurde der Weltkrieg als ein Werk der feudalen aristokratischen österreichisch-ungarischen Monarchie und des preußischen Militarismus be-

zeichnet. Es wurde gegen die Verhandlungen an der italienischen Front protestiert, da im Namen des unabhängigen Ungarn niemand zu verhandeln berechtigt sei als die Abgesandten des ungarischen Volkes. Karolyi wollte jede Verantwortlichkeit für Handlungen des vergangenen Regimes ablehnen. Er versprach Durchführung des allgemeinen Wahlrechts, eine Agrarreform, welche den Boden jenen zurückgibt, die ihn bebauen. Er bekannte sich als Pazifist, Gegner des deutschen imperialistischen Bündnisses. „Wir sind begeisterte Anhänger des Völkerbundes. Wir akzeptieren die Errichtung des tschechischen und südslawischen Staates. Wir erwarten die Erledigung aller Nationalprobleme von der allgemeinen Friedenskonferenz . . . Ungarn ist seit 1. November kein feindliches Land mehr, sondern neutraler Boden, infolge der Verkündigung seiner Unabhängigkeit. Wir bitten Sie, keine serbischen, tschechischen oder rumänischen Truppen in Ungarn unterzubringen, sondern französische, italienische, englische oder amerikanische unter Ausschluß der Kolonialtruppen." — General Franchet antwortete, die Ungarn seien bis 1867 in Frankreich beliebt gewesen. Seit 1867 aber seien sie vollständig ins Gängelband der Deutschen geraten und hätten die Nationalitäten unterdrückt. Darum werden sie mit den Deutschen zusammen büßen und bezahlen. — Die nun vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen stimmten zumeist mit den italienischen überein. Karolyi hatte nur über eine Bestimmung Bedenken, daß, wenn in Ungarn ein Aufruhr entstehe, die Entente das Recht habe, das betreffende Gebiet in eigene Verwaltung zu nehmen. Da man fürchtete, dies könnten Tschechen, Rumänen und Südslawen zum Vorwand nehmen, strich Franchet den Passus. Außerdem machte Karolyi die Unterzeichnung der Konvention davon abhängig, daß die Entente bis zu den Friedensverhandlungen die heutigen Grenzen des ungarischen Staates (Kroatien-Slawonien ausgenommen) gegen fremden Angriff sichere; sonst würde der Regierung jede moralische Kraft fehlen. Franchet war bereit, diesen Wunsch nach Paris zu telegraphieren. — Das österreichisch-ungarische Armeeoberkommando stellte am 9. fest, daß der mit General Diaz am 2. zu Padua abgeschlossene Waffenstillstand für sämtliche Fronten Österreich-Ungarns gelte. — Auf Franchets Telegramm nach Paris erfolgte wie immer eine zweideutige Antwort. Clemenceau wies den General an, nur über militärische Fragen zu verhandeln. Es stellte sich jedenfalls die Notwendigkeit heraus, den Vertrag unbedingt zu unterschreiben, wenn man nicht Ungarn zum Kriegsschauplatz machen wollte. Denn bereits rückten die Serben über die Donau, die Tschechen in das slowakische Gebiet, und auch die Lage auf rumänischer Seite war sehr schwierig. Der ungarische Nationalrat willigte also am 10. in die Annahme der Konvention; sie wurde am 13. unterzeichnet. Der französische General Henry als Oberkommandant der Besatzungstruppen sollte im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung ehebaldigst eine französische Division nach Budapest schicken.

Noch hinhaltender zeigte sich die Entente dem reichsdeutschen Waffenstillstandsbegehren gegenüber; erst am 7. November erfuhr man, daß Marschall Foch ermächtigt sei, den deutschen Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen. Als diese am 9. in sein Hauptquartier mitten im Walde bei Compiègne eintrafen, verweigerte Foch kategorisch die angesuchte einstweilige Waffenruhe. Angesichts der chaoti- Foch.

schen inneren Lage mußten die von Foch mitgeteilten harten Waffenstillstandsbedingungen am 10. November einfach angenommen werden; sie besagten: sofortige Räumung Belgiens, Frankreichs, Elsaß-Lothringens binnen vierzehn Tagen; Ablieferung von 5000 Kanonen, 30.000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern, 2000 Flugzeugen; Räumung des linken Rheinufers; Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feind; auf dem rechten Rheinufer 30—40 Kilometer neutrale Zone; Räumung in elf Tagen; Abgabe von 5000 Lokomotiven, 15.000 Waggons, 10.000 Kraftwagen; Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland; im Osten sind alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen; Verzicht auf die Verträge von Brest und Bukarest; Kapitulation von Ostafrika; Rückgabe des Standes der Belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes; Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit; Abgabe von 100 Unterseebooten, 8 Kreuzern, 6 Dreadnoughts; Desarmierung und Überwachung der übrigen Schiffe ... Weiterbestehen der Blockade; deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden ..." — Die Feindseligkeiten wurden am 11. eingestellt. Die deutschen Bevollmächtigten gaben bei der Unterzeichnung die Erklärung ab, daß manche der Bedingungen, wie zum Beispiel die der Räumung, zu unmöglichen Zuständen, zu Anarchie und Hungersnot führen müßten. Die Erklärung schloß mit der Warnung: „Das deutsche Volk, das fünfzig Monate lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird, ungeachtet jeder Gewalt, seine Freiheit und Einheit wahren; ein Volk von siebzig Millionen leidet, aber es stirbt nicht." — Es erfolgten noch einige Änderungen, zum Teil Milderungen, zum Teil Verschärfungen. Die Dauer des Waffenstillstands wurde auf 35 Tage festgesetzt mit der Möglichkeit der Verlängerung. Ein neuer Zusatz besagte, daß die Verbündeten Helgoland besetzen dürften, wenn die Fahrzeuge nicht innerhalb der bezeichneten Fristen übergeben würden.

Hindenburg.

Hindenburg richtete am 12. einen herrlichen Aufruf an die Armee: „Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung hat die Armee Gewaltiges vollbracht. In siegreichen Angriffsschlachten und zäher Abwehr, in hartem Kampfe zu Land und in der Luft haben wir den Feind von unsern Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruche der bis ans Ende ihrer Kräfte uns zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftssorgen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden, mit dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben. Schöpfen wir neue Kraft. Der

Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat — unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen verlangt —, ein harter Prüfstein für den Geist und den innern Halt der Armee. Im Kampfe habt ihr euren Generalfeldmarschall niemals im Stiche gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf euch."

Die Bitten der deutschen Regierung an Wilson und an Foch um Erwirkung milderer Bedingungen und um Einleitung der Friedensverhandlungen wurden teils abgelehnt, teils nicht beantwortet. Daraufhin gaben die deutschen Bevollmächtigten General v. Winterfeldt und Erzberger am 21. einen Protest ab gegen „Bedingungen, wie sie in der Geschichte wohl noch nicht auferlegt worden sind. Es darf an das Urteil jedes Offiziers appelliert werden, ob derartiges überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt. Die Geschichte wird darüber ein sehr deutliches Urteil fällen ... Es darf die Frage aufgeworfen werden, ob dies dem Sinn eines Waffenstillstandes entspricht, der die Einstellung der Feindseligkeiten und einen Frieden der Versöhnung und Gerechtigkeit anbahnen soll, oder ob nicht vielmehr eine solche Erzwingung unmöglicher Bedingungen eine nutzlose Fortsetzung der Feindseligkeiten in besonders unmenschlicher Form darstellt ... Unter solchen Umständen kann für eine geordnete Durchführung keine Gewähr übernommen werden, so daß die Verantwortung für alle weiteren Folgen, die schließlich ihre Rückwirkung auf das ganze westliche Europa haben werden, feierlich vor aller Welt abgelehnt wird." — Aber die Franzosen blieben unerbittlich in ihrem Rachewahnsinn.

Nicht minder hart waren die Bedingungen, die man am 1. November der Türkei auferlegte: Öffnung der Dardanellen und des Bosporus, freier Zugang zum Schwarzen Meer, Besetzung der Meerengenforts durch die Verbündeten, Auslieferung der Kriegsgefangenen und der internierten Armenier, Demobilisierung der türkischen Armee, Auslieferung der Kriegsschiffe, Besetzung aller strategischen Punkte und der Taurustunnel-Anlagen, Zurückziehung der Truppen aus Nordwest-Persien, Kontrolle über alle Bahnen, Besetzung von Batum und Baku, Auslieferung aller Garnisonen im Hedschas, Jemen, Assyrien, Syrien, Mesopotamien, der türkischen Offiziere in Tripolis und der Kyrenaika, Entfernung aller deutschen und österreichisch-ungarischen Personen innerhalb eines Monats aus türkischen Gebieten, Abbruch aller Beziehungen zu den Mittelmächten, Besetzung von Armenien im Fall von Unruhen. — Die alliierten Flotten zogen im Triumph am 12. November vor Konstantinopel. Türkei.

In London triumphierte Lloyd George; er sagte am 11. November: „Heute ist der grausamste und furchtbarste Krieg, der je die Menschheit zerfleischt hat, zu Ende gegangen. Ich hoffe, es ist der letzte Krieg. Es ist keine Zeit zu reden. Ich beantrage, in der Kirche Gott unsern Dank für die Befreiung aus großer Gefahr darzubringen." Die Mitglieder des Hauses begaben sich darauf in feierlichem Zug zur Kirche. Sonst betonte Lloyd George am 13., daß man nicht vom strikten Rechtsgrundsatz abweichen dürfe, ein Völkerbund sei notwendiger denn je, besonders zum Schutz der kleinen Nationen. Er fürchte nicht den revolutionären Geist, der in der Luft liegt, nicht den Bolschewismus, sondern nur die Reaktion. „Deutschland soll die Kriegskosten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen; England.

auch die Schuldigen sind zur Verantwortung zu ziehen. Die Unterseepiraterie muß bestraft werden, auch die Zerstörung des fremden Landes, die Planung des Krieges, der Bruch des Völkerrechts." Natürlich wurden „die größten Juristen dieses Landes" als Autoritäten dafür angeführt, daß sich der Kaiser eines Kapitalverbrechens schuldig gemacht habe, für das er zur Verantwortung gezogen werden soll. So in einer Rede vom 29. November. Von anderer Seite wurde freilich die Frage erhoben, wie man von Deutschland Entschädigung erhalten könne, ohne die englische Industrie zu vernichten; denn Deutschland könne nur mit Waren zahlen.

Northcliffe. Nachdem Northcliffe als Direktor der Propaganda so meisterlich die mitteleuropäische Revolution zustande gebracht hatte, nahm er am 12. seine Entlassung.

Wilson. Wilson stellte am 12. im Kongreß fest: „Das Ziel dieses Krieges ist erreicht. Der bewaffnete Imperialismus, wie ihn die Männer verstanden haben, die noch gestern die Herren Deutschlands waren, ist zu Ende ... Den Völkern der Mittelmächte soll es nicht an Lebensmitteln fehlen, um ihr Elend zu erleichtern und ihnen den Sinn für die großen politischen Aufgaben klarzumachen, denen sie jetzt gegenüberstehen ... Die Völker, die eben erst aus dem Joche der Willkür herausgekommen sind, stehen vor der ersten Probe ihrer Freiheit ..." Wilson bestimmte den 28. November zum Dank- und Bettag. Der Friede sei ein großer Triumph des Rechts, durch keine eigennützige Absicht entstellt. „Gott ist wahrlich gnädig gewesen. Der Ausgang stärkt und belebt die besten Traditionen unserer Geschichte. Wir müssen auch Vergebung für alle Irrtümer erbitten, auf daß wir in allem die Bande der Freundschaft unter den Nationen stärken, auf denen wir das neue Gebäude des Friedens aufzubauen hoffen." Die Truppen, die noch in den Vereinigten Staaten waren, 1,790.000 an der Zahl, wurden demobilisiert.

Orlando meinte am 20. November in der italienischen Kammer, der Anachronismus des österreichischen Staates sei verschwunden. Überall triumphiere das Prinzip der Nationalitäten, die stärkste Bejahung des demokratischen Geistes. Die militärischen Autokratien seien verschwunden.

König Albert hielt am 23. November seinen feierlichen Einzug in Brüssel. Seine Thronrede vom 24. forderte Gutmachung der dem Lande zugefügten riesigen Schäden.

Innere Umwälzung. Der Verlust des Krieges nach so vielen Schlachten-Siegen und Eroberungen war eine viel geringere Katastrophe als die innere Umwälzung in den beiden Mittelreichen. Vergebens hatte Hindenburg schon am 1. November in einem Aufruf an die deutsche Heimat gewarnt: „Es geht jetzt um unsere Ehre, Freiheit und Zukunft. Unüberwindlich (und unüberwunden) sind wir, wenn wir einig sind. Stark, opferbereit und geschlossen muß die Heimat hinter dem Heere stehen. Ist es so, dann wird unser Vaterland allen Stürmen trotzen."

Mit dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen richtete Kaiser Wilhelm folgenden loyalen Erlaß vom 2. November an den Reichskanzler Max von Baden: „Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abge-

schlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserm Volk jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den Leistungen dieses Krieges offenbaren. In den Stürmen der Kriegsjahre sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen . . . Ich trete den Beschlüssen der Volksvertretung mit meinen Verbündeten bei im festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke. So möge die neue Ordnung alle guten Kräfte freimachen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um uns aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.“ Der Erlaß war aus Berlin vom 28. Oktober datiert.

Am 3. November wurden folgende Mitglieder des Reichstages endgültig zu Staatssekretären ernannt: Scheidemann, Groeber, Erzberger, Haußmann, Bauer, Trimborn, David, Giesberts, Rob. Schmidt. Die ganze Regierung richtete am 5. folgenden Aufruf „An das deutsche Volk! . . . Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat wird entschlossen weitergeführt . . . Jede Disziplinlosigkeit wird den Frieden gefährden . . . Euer Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft . . .“ Der Reichskanzler sagte in einem Aufruf an die Deutschen im Ausland 8. November: „Der Sieg ist nicht unser geworden, aber einen größeren Sieg erfocht das deutsche Volk, denn es besiegte sich selbst und seinen Glauben an das Recht der Macht . . .“ Das klang manchen nicht sehr schön und richtig. Übrigens zeigte sich auch hier wie in der ganzen Weltgeschichte, daß das Nachgeben nur die Revolution beschleunigte. Republik.

In einer neuen vom 5. November datierten Note erklärte Wilson, von seinen 14 Punkten, auf deren Grundlage Deutschland Frieden schließen wolle, werde der Punkt über die Freiheit der Meere von verschiedenen alliierten Regierungen verschieden ausgelegt und daher nicht unbedingt angenommen. Ferner bestehen die Regierungen nicht nur auf Räumung der besetzten Gebiete, sondern auf vollen Schadenersatz, womit auch Wilson einverstanden sei. Wilson.

Von entscheidender Wirkung wurde auch immer mehr die revolutionäre Propaganda der russischen Sowjetregierung. Am 4. November wurden Flugblätter der internationalen Spartakusgruppe gefunden, die der russische Kurier einschmuggeln wollte; darin wurden die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz aufgefordert, zu Meuchelmord und Terror. Infolgedessen wurde der diplomatische Verkehr mit der Sowjetregierung suspendiert.

Ein Hauptanlaß des nun einsetzenden republikanischen Umsturzes war offenbar die bedenkliche Verfügung des bayerischen Kriegsministeriums vom 5. November, die dem Präsidenten des Tiroler Nationalrates spät abends telegraphisch zuging: „Die Waffenstillstandsbedingungen Bayern.

zwischen Österreich und der Entente zwingen uns, zur Sicherung unserer Landesgrenzen Truppen nach Nordtirol zu schicken ... Wir kommen als Freunde und erwarten, daß uns keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Sonst sind unsere Truppen angewiesen, sich mit Waffengewalt den Weg zu bahnen." Am 6. trafen bayerische Truppen auch in Salzburg ein, am 8. war der Brenner besetzt. Österreich mußte dagegen protestieren, da dadurch der Waffenstillstand mit Italien gefährdet wurde. Aber auch in München war man angesichts des zu erwartenden Waffenstillstandes über eine so abenteuerliche Ausdehnung der kriegerischen Aktionen empört. Es kam am 7. bei einer Massenversammlung auf der Theresienwiese zu großen Kundgebungen, die zur Ausrufung der Republik Bayern führten. Im Landtage bildete sich während der Nacht zum 8. ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat unter dem Vorsitze des Sozialdemokraten Kurt Eisner, eines polnischen Juden. Dieser Rat erließ am 8. folgenden Aufruf: „Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung soll eingesetzt, eine konstituierende Nationalversammlung einberufen werden. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt ... Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und die Disziplin aufrechterhalten ..." — Der Volksstaat Bayern verfügte sofort den Rückzug der bayerischen Truppen aus Tirol. — Am 9. November wurde in München folgende Proklamation des Arbeiter- und Soldatenrates erlassen: „Volksgenossen! Nach jahrelanger Vernichtung (anderthalb Jahrtausende!) hat das Volk die Machthaber gestürzt und die Regierung selbst in die Hand genommen. Die bayerische Republik wird hier proklamiert ... Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt." — Würdevoll konnte König Ludwig am 13. zu Schloß Anif erklären: „Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet ... Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueides." Dem Könige wurde die Freiheit des Aufenthaltes in Bayern zugestanden.

Eisner.

Die Ereignisse in München wirkten nach den Gesetzen der Massensuggestion ansteckend auf Berlin. Die Sozialdemokraten veröffentlichten dort am 8. im „Vorwärts" einen Aufruf mit folgenden „letzten Forderungen" an den Reichskanzler: Freigabe der verbotenen Versammlungen, Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen bis zum 8. mittags, Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung, Umgestaltung

Berlin.

des preußischen Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstages. — Ein zweiter Aufruf vom 8. November besagte: „Ein Teil der gestern von uns gestellten Forderungen ist erfüllt ... Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Die gestellte Frist wird bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert ..." Kaiserfrage.

Unruhen brachen am 6. und 7. in Kiel, Hamburg, Lübeck, Wilhelmshaven, Cuxhaven, Tilsit, Schwerin aus, am 8. in Hannover, Köln, Braunschweig, Magdeburg. Nach einem gewissen planmäßigen Vorgehen versuchte man, Arbeiter- und Soldatenräte nach bolschewikischem Muster zu bilden. Aus den Hauptzentren Kiel und Hamburg wurden Züge mit bewaffneten Matrosen und Aufrührern ins Land entsendet. Sie versuchten, in den wichtigsten Städten sich der Verkehrszentralen zu bemächtigen. Dann wurde versucht, unter Heranziehung von Fahnenflüchtigen, die Truppen zu verseuchen. Die ganze Bewegung ging offenbar von Rußland aus, und zwar von der bisherigen Berliner Vertretung der Sowjetregierung. Diese hoffte sich dadurch zu halten, daß auch zuerst in Deutschland und demnächst in ganz Europa die bolschewikische Idee zum Aufflammen komme.

Entsagung. Der Kaiser und König Wilhelm und der Kronprinz entsagten nach einer amtlichen Mitteilung vom 9. November dem Throne. Der Reichskanzler sollte nur so lange im Amte bleiben, bis alle Fragen geregelt seien. Er schlug den Sozialdemokraten Ebert zum Reichskanzler vor. Die Sozialdemokraten riefen nach Bekanntwerden der Abdankung die Republik aus. Die Berliner Garnison ging zu den Sozialdemokraten über. Der „Vorwärts" kündigte einen Generalstreik an. Die Bewegung wurde gemeinschaftlich geleitet von der sozialdemokratischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. In allem wurde das russische Vorbild nachgeäfft. So begann ein Aufruf: „An alle! Hier hat die Revolution einen glänzenden, fast ganz unblutigen Sieg errungen ... Nur vor einer Kaserne kam es zu einer unbedeutenden Schießerei, bei der ein Arbeiter durch einen Offizier getötet wurde. Die Offiziere flüchteten alsbald. In der Stadt herrscht Ruhe ... Es herrscht ungeheurer Jubel und große Begeisterung." Und weiter meldete der Arbeiter- und Soldatenrat: Das Polizeipräsidium und das Oberkommando sind in unserer Hand. Karl Liebknecht hat die rote Fahne auf dem Schlosse gehißt." — Abends um halb 10 Uhr wurde im großen Sitzungssaale des Reichstages die erste Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates eröffnet. Dieses willkürlich von der Gasse zusammengestellte Gemengsel setzte sich an die Stelle der auf demokratischester Grundlage gewählten Volksvertretung. Republik.

Ebert. Ebert erließ folgende Kundgebung: „Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen ... Die neue Volksregierung wird dem deutschen Volke den Frieden bringen und die Freiheit, die es errungen hat, be-

festigen... Ich bitte euch alle dringend, verlaßt die Straße, sorget für Ruhe und Ordnung... Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schwersten Elend ausliefern ...“

Die Sonntagsblätter vom 10. November bestätigten den Triumph der Revolution in ganz Berlin. „Ein wonniges Gefühl von Freiheit und Brüderlichkeit beseelt das ganze Volk und reißt auch jene mit, die gestern noch gezögert und gezweifelt haben. Welchen Anblick gewähren die Straßen! Der Druck einer jahrhundertealten Herrschaft ist aufgehoben ... Der untere Apparat ist beibehalten, aber ein neuer Geist hat sich der Verwaltung bemächtigt. In allen leitenden Stellen haben die organisierten Genossen, Arbeiter, Soldaten, Studenten, Mädchen und Frauen die Arbeit übernommen. Das ist die Freiheit, nach der sich das Volk gesehnt hat.“ Nämlich die Diktatur der Gasse.

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen Sozialdemokratie zur Bildung einer gemeinsamen Regierung kamen am 10. zum Abschluß. Letzterer lag es vor allem daran, die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung hinauszuschieben. Die völlig sozialistische Reichsregierung bestand nun aus Ebert (Inneres und Militärisches), Haase (Äußeres und Kolonien), Scheidemann (Finanzen), Dittmann (Demobilisierung, Verkehrswesen, Rechtspflege, Volksgesundheit), Landsberg (Presse, Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur), Barth (Sozialpolitik). Ähnlich bildete sich eine rein sozialistische Regierung für Preußen.

Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 13. November verkündete Aufhebung aller Beschränkungen und Ausnahmsgesetze, Achtstundentag, Arbeitsfürsorge, Unterstützung von Erwerbslosen, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung der Volksernährung, Schutz des Eigentums gegen Eingriffe Privater (also nicht gegen Konfiskation), Wahlen nach dem Proportionalsystem für alle 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen.

Auf einen Appell Eberts gab Wilson eine beruhigende Antwort (13. November); er versprach Lebensmittellieferungen, wenn die öffentliche Ordnung nicht gestört werde.

Entsagungen.

Aus dem Hauptquartier traf am 10. die Nachricht ein, daß die oberste Heeresleitung die Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte anerkenne. Nacheinander entsagten mehr oder minder gezwungen die Herrscher von Braunschweig, Oldenburg, Sachsen, Hessen, Anhalt, Lippe, Baden, Sachsen-Koburg und Gotha, Mecklenburg-Schwerin, Waldeck, Württemberg dem Thron, zum Teil mit rührenden Abschiedskundgebungen an das verirrte Volk. Der Großherzog Friedrich von Baden verzichtet korrekt nur bis zur Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Die abgesetzten Fürsten blieben zum Teil im Lande. Kaiser Wilhelm zog es vor, am 10. nach Holland abzureisen, zuerst nach Arnheim, dann auf das Schloß von Amerongen. Der Kronprinz wohnte auf der Zuiderseeinsel Wieringen. Die Kaiserin, die Kronprinzessin und die anderen Prinzessinnen mit ihren Kindern konnten in voller Sicherheit in Potsdam bleiben; erst gegen Ende des Monats reiste die

Kaiserin zu ihrem Gemahl. Die Regierung verfügte die Beschlagnahme des preußischen Kronfideikommißvermögens mit Ausschluß des Sondereigentums der königlichen Familie. — Die formelle Thronentsagung Kaiser Wilhelms erfolgte erst am 28. November durch folgende Urkunde: „Ich verzichte hiedurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde Ich alle Beamten, Offiziere und Mannschaften des Treueides ... Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Volk gegen Anarchie, Hungersnot und Fremdherrschaft zu schützen." — Hindenburg hatte mit dem Hauptquartier seit 14. November in Kassel Wohnung genommen.

Vergebens protestierte der Volksstaat Bayern am 11. gegen die schonungslosen Waffenstillstandsbedingungen; er hatte sich törichterweise durch demokratische Schwächung der Entente gegenüber zu stärken geglaubt und dadurch erst ganz Deutschland der Willkür der Sieger preisgegeben. — Auch in Elsaß-Lothringen konstituierte sich am 12. ein Nationalrat.

Der Rat der Volksbeauftragten in Berlin (sie hatten sich selbst den Auftrag gegeben) besetzte am 15. die Reichsämter und gab das Auswärtige Amt an Solf; zum Staatssekretär des Innern ernannte er den Professor Solf.
Dr. Hugo Preuß. — Das preußische Abgeordnetenhaus wurde aufgelöst, das Herrenhaus abgeschafft. Der Präsident des Reichstages Fehrenbach behielt sich dessen Einberufung vor, sah aber vorläufig notgedrungen davon ab. — Die Parteien suchten sich zu erneuern. Es bildete sich eine große demokratische Partei aus den Nationalliberalen und Fortschrittlichen. — Das Zentrum betonte auch rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Zentrum.
Volksstaat, Bekämpfung jeder Klassenherrschaft, Absage an Mammonismus und Materialismus, Pflege der idealen Werte. Das Zentrum sollte eine christlich-demokratische Volkspartei werden. Dabei sollte aber auch auf der völkerrechtlichen Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles bestanden werden.

Eine amtliche Kundgebung vom 23. November suchte den neuen durchaus unrechtmäßigen Zustand als „Neues deutsches Staatsrecht" zu definieren. — Als aber ein Funkspruch der russischen Regierung die deutschen Arbeiter, Soldaten und Matrosen zu bewaffnetem Vorgehen und zur Bildung einer kommunistischen Regierung Liebknecht aufforderte und ihnen riet, sich keine Nationalversammlungen aufschwatzen zu lassen, verständigte die deutsche Reichsleitung die Sowjetregierung dahin, daß eine Vertretung der letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei, da man keine Einmischung in deutsche Verhältnisse wünsche (18. Nov.).

Zu einer Konferenz der deutschen Bundesstaaten in Berlin am 25. November erschienen im Reichskanzlerpalais etwa siebzig Vertreter, zum Teil Matrosen und Soldaten. Der Volksbeauftragte Ebert schilderte als Vorsitzender die verzweifelte Lage wegen der schlimmen Waffenstill-

Sozialisierung. standsbedingungen. „Die Sozialisierung ist eingeleitet. Nun heißt es Arbeit schaffen.“ Staatssekretär Solf führte aus: „Fast scheint es, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern hoffe, durch die Forderung des Separatismus das Reich zu zerstören.“ Staatssekretär Erzberger befürchtete, die Entente suche nur durch ihre unmöglichen Bedingungen einen Vorwand, um in Deutschland einzurücken. Eisner bezeichnete die Tätigkeit Solfs und Erzbergers als Konterrevolution. Die Entente wolle nicht mit Männern des alten Systems verhandeln. Dem Kaiser müßten alle kompromittierten Männer nach Holland nachfolgen. Auf Vorschlag Eberts wurde als Ergebnis der Verhandlungen die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands angenommen. „Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur Republik. Die Nationalversammlung ist zu berufen; bis dahin sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens. Es ist auf die schleunige Herbeiführung des Präliminarfriedens hinzuarbeiten. Müller warnte vor unberechtigten Eingriffen in den feinen Apparat des Geld- und Kreditsystems. Um das wirtschaftliche Leben aufrechtzuerhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen usw. erforderlich. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen. Ebert forderte schließlich die Arbeiterschaft auf, zu zeigen, daß fünfzig Jahre Erziehung durch die Sozialdemokratie nicht verloren sind. Wenn die Republik leben soll, bedarf sie der Arbeit.

Der Bürgerrat von Großberlin forderte aber am 29. November Abkehr von einseitiger Klassenpolitik, Schutz des Eigentums gegen bolschewikische Einflüsse usw. Er sowie der Soldatenrat Großberlins (30. Nov.) sprachen sich für Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung aus.

Ministerpräsident Kurt Eisner legte in einer Münchener Rede vom 30. November mehr Wert auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte als Grundlagen der neuen Demokratie: „Die neue Demokratie soll nicht darin bestehen, daß alle drei oder fünf Jahre Wahlen stattfinden, sondern darin, daß die Massen stets unmittelbar und ständig an den Angelegenheiten der Gesamtheit mitarbeiten ... Ich bin gegen den Zentralismus. Ich sehe das Heil Deutschlands in der Kraftentfaltung der Glieder und kämpfe für die Selbständigkeit der Einzelstaaten.“

Eisner. Kurt Eisner ließ aus dem bayerischen Staatsarchiv Akten über die Entstehungsgeschichte des Krieges veröffentlichen, die die Schuld der Mittelmächte beweisen sollten, aber meiner Meinung nach gerade deren Unschuld, deren Bestreben bewiesen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, den Fall von Sarajevo und das Ultimatum an Serbien ohne kriegerische Folgen zu lassen. Dies geschah am 23. November. Bethmann Hollweg widersprach denn auch den aus jenen Akten gezogenen Schlüssen am 27. November. „Die Veröffentlichungen beziehen sich lediglich auf den serbischen Konflikt, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation noch die Vorgänge, die sich daran schlossen. Wie war die Gesamtsituation? Heute wird wohl niemand

bestreiten, daß die Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, die Rußlands auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch eine kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten. Beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands. Die Bestrebungen, den serbischen Konflikt zu lokalisieren, scheiterten an Rußlands Haltung . . . Unsre Schuld über Belgien habe ich am 4. August 1914 zugegeben. Unsre Schuld in der elsässischen Frage erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, dem Land eine Behandlung angedeihen zu lassen, die verhindern konnte, daß in der Welt ein Gefühl eines 1871 begangenen Unrechts entstand. Vor allem müssen wir gestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters zu einer kriegerischen Hochspannung beigetragen haben. Worte, die als Provokation gedeutet wurden, sind wiederholt gefallen. Alldeutsche Treibereien haben uns größten Schaden zugefügt; vor allem die Flottenpolitik . . ." Ich finde diese Darstellung sehr schwächlich und ganz unzutreffend, wie denn der sonst so respektable Mann seine Stelle als Repräsentant der deutschen Sache nicht völlig ausfüllte. — Die deutsche Regierung richtete infolge dieser Dinge am 29. an die gegnerischen Regierungen eine Note, in der sie vorschlug, „daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Krieg eingesetzt werde"; ihr müßte man das gesamte urkundliche Material zur Verfügung stellen; sie müßte auch alle Zeugen von Bedeutung vernehmen können. Es ist mehr als naiv und zeugt von völliger historischer und juristischer Unkenntnis, sich von einer solchen Untersuchung ein Ergebnis zu erwarten. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Darum drängt sich auch mir die Pflicht auf, ein gewissenhaftes Urteil zu fällen.

Wie die russische Revolution nach Deutschland übergegriffen hatte, so griff sie nun auch auf die durch Wilsons Noten moralisch zermürbte österreichische Monarchie über. Der Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokratie in Wien faßte am 1. November folgenden Beschluß: „Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei erkennt das Selbstbestimmungsrecht der andern Nationen an und fordert dasselbe Recht für das deutsche Volk. Der Parteitag begrüßt daher die Bildung freier Volksstaaten auf den Trümmern des österreichischen Zwangsstaates. Er fordert für jeden der neuen Volksstaaten die Gebietshoheit über sein geschlossenes Sprachgebiet, Festsetzung der Grenzen durch Vereinbarungen zwischen den Völkern oder Volksabstimmung, Aufteilung der bisherigen Behörden und Anstalten auf die Nationen, Aufteilung des Staatsvermögens und der Staatsschuld durch Vereinbarungen oder internationale Schiedsgerichte; Sicherstellung der Rechte der nationalen Minderheiten und Sprachinseln durch Verträge zwischen den Nationen. Der Parteitag fordert, daß Deutschösterreich eine demokratische Republik werde. Deren Verfassung ist festzusetzen durch die konstituierende Nationalversammlung. Deutschösterreich ist, auf sich selbst gestellt, kein geschlossenes Gebiet, kein wirtschaftlich lebensfähiges Gebilde. Wollen sich die andern Nationen trennen oder einen

Staatenbund nur unter Bedingungen begründen, die uns zu wirtschaftlicher Verkümmerung verurteilen und deutsche Gebiete slawischer Fremdherrschaft unterwerfen würden, dann muß die Deutschösterreichische Republik als selbständiger Bundesstaat dem Deutschen Reiche beitreten. Der Parteitag ermächtigt die sozialdemokratischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten, am Aufbau des deutschösterreichischen Staates mitzuwirken und an dessen Regierung so lange teilzunehmen, als dies zur Sicherung der demokratischen Errungenschaften der jüngsten Tage notwendig erscheint. Der Parteitag ... wünscht, daß die Arbeiterschaft aller Nationen ihren Kampf in enger Gemeinschaft führe im Geiste proletarischer Demokratie und internationaler Solidarität."

Die beiden politischen Mörder Dr. Friedrich Adler (Sohn des Sozialistenführers) und Paul Kunschak (Bruder des christlichsozialen Führers), von denen der erste den Grafen Stürgkh, der zweite den Abgeordneten Franz Schuhmeier ermordet hatte, wurden am 1. November aus der Kerkerhaft entlassen, zu der sie im Gnadenwege verurteilt waren.

Treueide. Den Truppen wurde am 1. November der Treueid auf den deutschösterreichischen Staat abgenommen. Die Armee war übrigens bereits fast ganz aufgelöst. Der deutschösterreichische Staatsrat erklärte am 3.: „Deutschösterreich ist nicht imstande, den Kampf fortzusetzen an der Seite des Deutschen Reiches, aber es steht nach wie vor in treuer Freundschaft zum Deutschen Reich und will die Friedensverhandlungen im Einvernehmen mit ihm führen. Es hofft, daß aus dem Zusammenbruche eine enge und dauernde Gemeinschaft sich begründen wird ..." Das gemeinsame Kriegsministerium funktionierte von da an nur mehr als Liquidierungsstelle zur planmäßigen Überleitung des Betriebes auf die einzelnen Nationalstaaten. In diesen Tagen bildete sich nach russischem Muster eine Rote Garde für Wien. Im Auftrag des Staatsrates fand am 4. die Wahl in den Soldatenrat für Wien statt. Feldmarschalleutnant Adolf v. Boog wurde am 7. zum Oberbefehlshaber der deutschösterreichischen Wehrmacht ernannt. Ihm wurde die Bildung einer Volkswehr anheimgegeben. Freiherr Paul v. Hock wurde zum Unterstaatssekretär im Staatsamt für Unterricht ernannt.

Ein direkter Verkehr mit Amerika setzte durch eine Depesche des Wilson. Präsidenten Woodrow Wilson vom 7. November an den (sozialdemokratischen) Präsidenten des deutschösterreichischen Staatsrates Seitz ein. Gleichlautende Telegramme liefen auch bei den Regierungsstellen in Prag und Budapest ein; Wilson begrüßte „die Völker, denen die Befreiung vom Joche des österreichisch-ungarischen Reiches gelungen ist", und empfahl ihnen in salbungsvollen Worten, nachdem er sie revolutioniert hatte, die begonnenen Veränderungen mit Mäßigung, Milde und Festigkeit durchzuführen, Gewalttätigkeit und Grausamkeit zurückzuhalten, da derlei „die großen Dinge, die wir alle erstreben, nur verzögern könnten". Allerdings mußte bereits der Staatssekretär des Äußern Viktor Adler am 8. beim Gesandten des tschechoslowakischen Staates Tusar gegen die Verletzung

deutschen Gebietes in den Sudetenländern durch die Tschechen protestieren. Man begrüßte am 9. die siegreiche deutsche Revolution. Da wollte man auch in Wien nicht zurückbleiben. Am 11. November (am selben Tag, da Viktor Adler sechsundsechzigjährig plötzlich starb) unterbreitete Staatskanzler Dr. Renner dem Staatsrat einen Gesetzentwurf, worin Deutschösterreich als Republik und als Bestandteil der Deutschen Republik erklärt wurde. Der Antrag wurde auch vom christlichsozialen und deutschnationalen Präsidenten (Hauser und Seitz) unterzeichnet, die sich doch kurz vorher als monarchistisch bekannt hatten.

Kaiser Karl, der bereits vorher (2. Nov.) den Grafen Andrassy Kaiser Karl.
als Minister des Äußern vom Amt enthoben und den Freiherrn v. Flotow mit der zeitweiligen Leitung des Ministeriums betraut hatte, reiste am 11. abends mit seiner Familie von Schönbrunn nach Eckartsau. Er hinterließ folgende Verzichterklärung: „Seit Meiner Thronbesteigung war Ich unablässig bemüht, Meine Völker aus den Schrecknissen des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch Ich keinerlei Schuld trage. Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wiederherzustellen, und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen staatlichen Entwicklung eröffnet. Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle Meine Völker erfüllt, will Ich ihrer freien Entfaltung Meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen. Im voraus erkenne Ich die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Gleichzeitig enthebe Ich Meine österreichische Regierung ihres Amtes. Möge das Volk von Deutschösterreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die Neuordnung schaffen und befestigen ... Nur der innere Friede kann die Wunden dieses Krieges heilen.“

So erfolgte denn am 12. November in der dritten Sitzung der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs die Annahme des Gesetzes, wonach der Staat als Republik erklärt wurde. Renner Österr. Republik.
leitete den Antrag ein: „Der Gesetzentwurf ist ein Ausfluß der Notwendigkeit ... Unser Volk blutet aus tausend Wunden, unsere Volkswirtschaft ist ein Trümmerhaufen; sie kann wieder aufgebaut werden durch volle Demokratie ... Wir sind aber auch nicht gewillt, das Opfer fremdländischer Herrschsucht zu werden. Wir werden auf keinen Volksteil verzichten. Wir machen in aller Offenheit die Probe darauf, ob das Wort von der Demokratie und nationalen Selbstbestimmung auch uns gelten soll. Der Zusammenschluß der drei Hauptklassen: Bürger, Bauer, Arbeiter, kann nur auf dem Boden voller Rechtsgleichheit aufrechterhalten werden. Die provisorische Nationalversammlung ist nicht auf Dauer

berechnet. Das Volk wird berufen werden, um die Nationalversammlung neu zu wählen ... Wenn uns ein Brest-Litowsk zugedacht ist, werden solche Pakta nicht ein Jahr dauern. Die tschechoslowakische Bourgeoisie möge sich nicht dem Traume hingeben, daß französische und englische Arbeiter und auf die Dauer tschechische Arbeiter deutschen Boden unterdrücken werden. Wir sind bereit, in jede ehrliche internationale Gemeinschaft einzutreten, am liebsten wäre uns die internationale Gemeinschaft der vereinigten Demokratien Europas. In einer Denkschrift an Wilson haben wir die Aufmerksamkeit auf die Siedlungsverhältnisse Deutschböhmens gelenkt und Gerechtigkeit gefordert. Bis zur Stunde haben wir keinen Anlaß, an der Lauterkeit seiner Absichten zu zweifeln. Aber es ist möglich, daß die Oberschichten der angelsächsischen Völker unter der Freiheit der Völker Europas mehr die Gelegenheit der unabhängigen Ausbeutung verstehen. Wenn dem so ist, so wird ihnen der Völkerbund von ganz Europa antworten... Die alten Gewalten sind mit anerkennenswertem Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit geschieden. Und wenn der frühere Träger der Krone nunmehr als Bürger in unserer Mitte lebt, so möge er wissen, daß jeder gute Bürger die Wohltaten des Gesetzes genießt." Namens der Christlichsozialen, die bis dahin ihre monarchische Überzeugung betont hatten, wurde erklärt: „... Allerdings hätten wir es als wahrhaft demokratische Partei gewünscht, daß die Frage der Staatsform nicht von der provisorischen Nationalversammlung entschieden werde, sondern daß die endgültige Entscheidung über die Regierungsform einer ehestens vorzunehmenden allgemeinen Volksabstimmung aller Volljährigen beiderlei Geschlechtes vorbehalten werde. Doch wollen wir, um die Einigkeit nicht zu stören, von der Stellung eines Antrages absehen. Wie immer die Entscheidung ausfallen wird, so werden wir, wie sich dies ja aus unseren katholischen Grundsätzen ergibt, uns der neuen legalen Staatsautorität loyal unterordnen ..." — Das Gesetz wurde darauf einstimmig angenommen, und ein Aufruf verkündete dem Volk, daß Deutschösterreich „Republik, das ist freier Volksstaat" sei. Renner beantragte, die Nationalversammlung möge gemeinsam in feierlichem Zuge sich vor die Rampe des Hauses begeben, um dort das Volk von Deutschösterreich zu begrüßen und ihm die gefaßten Beschlüsse mitzuteilen. Präsident Dinghofer stimmte zu: „Die Heiligkeit der Stunde soll auch äußerlich zum Ausdruck kommen. Unsere Volksgenossen harren draußen vor unserem Haus der frohen Botschaft!" Die Volksgenossen, von Roten Gardisten geführt, begannen aber eine wüste Schießerei auf das Gebäude und ins Gebäude hinein, hißten statt der rot-weiß-roten eine rote Fahne, wollten eindringen und die Abgeordneten umbringen und konnten nur mit Mühe zurückgeschlagen werden. Rote Garde besetzte auch

Deutschösterreich.

das Redaktionsgebäude der „Neuen Freien Presse“ und übte dort ungehinderten Terror aus. So sah die neue Freiheit aus.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung im Parlament wurden noch wichtige, aber wirkungslose Beschlüsse gefaßt. Zu Deutschösterreich sollten gehören: Österreich unter der Enns mit dem Kreis Deutschsüdmähren und Neu-Bistritz, Österreich ob der Enns mit Deutschsüdböhmen, Salzburg, Steiermark, Kärnten mit Ausschluß der jugoslawischen Siedlungsgebiete, Tirol und Vorarlberg mit Ausschluß des geschlossenen italienischen Siedlungsgebietes, endlich die neuaufgerichteten Provinzen Deutschböhmen und Sudetenland. Auch das in den bisherigen Ländern der ungarischen Krone gelegene geschlossene deutsche unmittelbar angrenzende Siedlungsgebiet sei dem deutschösterreichischen Staat einzuverleiben. Andere Gebiete blieben in Frage.

In den folgenden Sitzungen der provisorischen Versammlung wurden Gesetze über das Staatsgebiet, die Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern, über den achtstündigen Arbeitstag, über die Kontrolle der Staatsschuld usw. beraten.

Auch in den verschiedenen Provinzen Deutschösterreichs ergaben sich ähnliche Umbildungen wie in Wien. So wählte zum Beispiel die Steiermärkische Landesversammlung am 6. November auch drei gleichberechtigte Präsidenten, einen Christlichsozialen (Hagenhofer), einen Deutschnationalen (Hofmann v. Wellenhof) und einen Sozialdemokraten (Pongratz). In Kärnten wurde am 25. ein Grenzabkommen mit dem südslawischen Staate getroffen. Schwierig stellte sich die Lage der Deutschen in Böhmen heraus. Gegen die gewalttätigen Besetzungen deutschen Gebietes durch die Tschechoslowaken appellierte der deutschböhmische Landtag in Reichenberg an den Präsidenten Wilson, aber ohne Erfolg (12. Nov.).

Auch der Wiener Staatsrat wandte sich an Wilson (14. Nov.) mit dem Ersuchen um Einleitung von Friedensverhandlungen und um Sendung von Lebensmitteln.

Die Parteien suchten sich neu zu orientieren; so schlossen sich die deutschnationalen Fraktionen zu einer einheitlichen Partei zusammen (21. Nov.). Die christlichsozialen Parteileitungen der verschiedenen Länder kamen am 26. in Wien zusammen; sie bekannten sich zur Demokratie und zur republikanischen Staatsform, betonten die Freiheit der Überzeugung, lehnten jeden Versuch der Aufrichtung einer Parteidiktatur ab, aber auch jeden Versuch, die Ordnung zu stören. Prinz Alois Liechtenstein trat von der Parteiobmannschaft zurück, tief erbittert über die Art der geschehenen Umbildungen; ebenso legte er seine Stelle als Landmarschall von Niederösterreich, nun Landeshauptmann genannt, zurück; dies Amt nahm Leopold v. Steiner ein. Hauser wurde mit der Leitung der Partei betraut. — Mit Ungarn und Tschechien gab es Auseinandersetzungen wegen strittiger Siedlungsgebiete. Der Gesandte der deutschösterreichischen Republik in Berlin, Dr. Ludo Hartmann, verhandelte dort über den Anschluß an die Deutsche Republik, ohne den geringsten Erfolg. Liechtenstein.

Die Tschechoslowakische Republik wurde in Prag am 14. November proklamiert. Dr. Kramarsch meinte in bekannter Überhebung: „Der Held des Krieges ist unser tschechoslowakisches Volk ... Wir waren nicht klein in der großen geschichtlichen Stunde, und wenn uns unser be- Tschechoslowakei.

wunderungswürdiger Freund Clemenceau sagte, daß wir uns als ein großes Volk erwiesen haben, dann dürfen wir mit Stolz dem Urteile der Geschichte entgegensehen." Dies Urteil wird eine Verurteilung sein. Er dankte dann auch dem großen englischen Volke, dem großen Präsidenten Wilson und schließlich Italien und entbot Grüße den südslawischen und russischen Brüdern. „Wir wollen ein Land wahrer Freiheit sein, wo es keine Unterdrückten gibt, weder politisch noch sozial noch national. Wir beharren darauf, daß der durch die Geschichte geheiligte Verband der böhmischen Länder unverletzt bleibe, und wir werden um keinen Preis die Verbindung mit unsern slowakischen Brüdern aufgeben. Das deutsche Volk innerhalb unseres Staates hat nicht den geringsten Grund, für seine nationale Entwicklung Befürchtungen zu hegen. Unser Staat wird allerdings ein tschechischer Staat sein, wie wir ihn mit unserm Blut erkämpft haben. Aber unser Stolz wird es sein, daß ein Nichttscheche sich bei uns nicht unterdrückt fühlt. Wir werden nicht das alte österreichische Regime nachahmen . . . Alle Bande, die uns an die Dynastie gefesselt haben, sind zerrissen, die Verträge von 1526 und die Pragmatische Sanktion existieren nicht mehr." Nun wurde der Professor Masaryk durch Akklamation zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik gewählt. „Hiemit haben wir uns als Nationalversammlung konstituiert." Kramarsch wurde Ministerpräsident.

Die neue tschechoslowakische Gesetzessammlung erschien zweisprachig: tschechisch und daneben slowakisch. Als Originaltext sollte aber der tschechische gelten. Von einem deutschen Text war nicht die Rede. Wegen der Zusammenstöße der Tschechoslowaken mit den Magyaren in der ungarischen Slowakei ergab sich ein heftiger Notenwechsel zwischen Kramarsch und Karolyi. Über die Frage, ob sich die Slowaken wirklich zum tschechischen Staate hinsehnten, waren die Ansichten verschieden.

Südslawien. Der südslawische Staat war seit seiner Lostrennung von der Monarchie völlig wehrlos. Vergebens protestierte der slowenische Nationalrat gegen die Besetzung Triests durch die Italiener 5. November. Nichts half den Südslawen die Übergabe der kaiserlichen Kriegsflotte an den Nationalrat, da diese Flotte ohne den Rückhalt der Monarchie wertlos war. Die Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit dem südslawischen Staat erfolgte am 7., gleichzeitig mit dem Einmarsch serbischer Truppen. Der serbische Kronprinz Alexander traf am 13. in Belgrad ein und empfing eine Abordnung des Agramer Nationalrates. Eine aus Paris vom 13. November datierte Urkunde garantierte endgültig die Gründung des Südslawischen Staates mit einer Einwohnerzahl von dreizehn Millionen; er war als Bundesstaat gedacht, der Serbien und die südslawischen Gebiete der ehemaligen Monarchie umfaßte. — Nachdem König Viktor Emanuel am 14. persönlich von Triest Besitz ergriffen hatte, besetzten die Italiener auch noch Fiume und Zara (und Innsbruck). Vergebens protestierte der südslawische Nationalrat wiederum am 19. gegen diese Verletzungen südslawischen Gebietes. Die politischen Parteien und die verschiedenen Sondernationalitäten

und Konfessionen waren sich selbst nicht einig über die südslawische Vereinigung, über die zukünftige Staatsform usw. Allerdings wurde am 23. in Agram der Antrag der Dalmatiner angenommen, die Regentschaft über den Staat der geeinigten Kroaten, Serben und Slowenen dem serbischen Thronfolger zu übertragen, der nach Sarajevo den Staatsrat und die erste Regierung einzuberufen habe. Aber die Verhandlungen waren nicht abgeschlossen und wurden in Belgrad fortgesetzt. Der Beschluß der montenegrinischen Skupschtina, den König Nikola abzusetzen und Montenegro mit Serbien zu vereinigen (30. Nov.), wurde auch bestritten.

Schon seit 2. November war eine reichspolnische Verwaltung für Galizien eingesetzt. Auch das bisher von Österreich verwaltete Lublinergebiet wurde von Polen übernommen. Die Polen wären sehr glücklich gewesen, aber die Ukrainer nahmen ihnen mit bewaffneter Hand zufolge nationalen Rechtes Lemberg und Przemysl weg. Polnischen Truppen gelang es erst am 22., Lemberg wieder zu erobern, worauf alsbald ein Judenpogrom daselbst veranstaltet wurde mit Plünderung, Mord und Brand. So begann die neue polnische Volksrepublik, die übrigens auch in zwei Lager gespalten war, in ein sozialistisches zu Lublin mit Daszynski und in eine offizielle Regentschaft in Warschau.

Indessen glaubte man auch in Ungarn, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung die republikanische Staatsform wünsche. Im Laufe von Beratungen geistlicher und weltlicher Würdenträger wünschte man lediglich, „daß diese revolutionäre Umgestaltung für den bisherigen Träger der Krone und seine Familie mit so wenig Erschütterungen als möglich verbunden sei“. Zu diesem Behufe begab sich am 13. November Fürstprimas Csernoch an der Spitze von andern Magnaten nach Eckartsau, um den Hof zu einem entsprechenden Vorgehen zu bewegen. Man kann sich denken, mit welchen Gefühlen über adelige Treue der Kaiser und König noch am selben Tag mit ähnlichen Worten wie für Österreich seinen Verzicht „auf jeden Anteil an der Führung der Staatsgeschäfte“ beurkundete und im voraus die Entscheidung Ungarns über seine zukünftige Staatsform anerkannte. So handelte das ritterliche Ungarn an seinem gekrönten König und an seinem höchsten nationalen und staatlichen Idol, an der heiligen Stephanskrone. Unter solchen Umständen wurde am 16. November zu Pest die „Ungarische Volksrepublik“ proklamiert. Das heißt, der ehrgeizige Graf Karolyi setzte sich als Ministerpräsident, als kleiner König auf den Thron. „Josef von Habsburg-Lothringen“, der ehemalige Erzherzog, leistete sofort der Volksrepublik den Eid der Treue als General und bot einige Tage darauf im Ackerbauministerium seine gesamten Ackerfelder zur Verteilung unter das Volk an. Die bisherige Königsburg in Ofen, deren Prunkräume Museumszwecken dienen sollten, wurde „Nationalpalast“ getauft. Das neue Staatswappen sollte der Krone ermangeln. — Innerhalb der Republik bildete sich aber auch ein Deutscher Volksrat, ein Volksrat der ungarländischen Ruthenen, ein Rumänisches Nationalkomitee, von den Slowaken zu schweigen. Ungarn.

Gegen die zunehmenden bolschewikischen Umtriebe setzte sich sowohl die Schweiz wie die Entente zur Wehr. Die Sowjetmission wurde am 8. aus Bern ausgewiesen. — Die Ukraine sprach sich für ein föderatives Rußland aus (15. Nov.). — Die Washingtoner Regierung hetzte nun auch die noch zu sehr zögernden Rumänen gegen Österreich-Ungarn auf (5. Nov.).

Dezember.

Das lange Hinziehen der Friedensverhandlungen war unerhört in der Kriegsgeschichte; es ließ sich nur erklären durch die Absicht der Gegner, die beiden Mittelmächte trotz ihrer Waffenstreckung bis zum äußersten zu treiben und zu schädigen, oder durch die Unfähigkeit, bei so verschiedenen Interessen der verbündeten „Sieger" zu einer Einigung über die Bedingungen zu kommen. Jedenfalls stimmte dies Vorgehen übel zu den „Punkten" Wilsons, auf Grund deren die Mittelmächte sich voll Vertrauen zum Frieden entschlossen hatten. Es war ein schmählicher Wortbruch.

Wilson. Wilson erklärte in einer Botschaft vom 2. Dezember an den amerikanischen Kongreß, er hoffe, der formelle Friedensschluß werde durch Vertrag im Frühjahr erfolgen. Er kündigte an, daß er sich persönlich zur Friedenskonferenz nach Paris begeben wolle, um seine Punkte als Grundlagen für den Frieden richtig auszulegen und anzuwenden und alle selbstischen Absichten auszuschließen. Er wollte aber auch nicht auf das große Flottenprogramm verzichten, das festgesetzt wurde, ehe Amerika in den Krieg eintrat.

In der Tat kam Wilson mit seiner Gemahlin am 14. über Brest nach Paris, von Poincaré warm begrüßt. Dieser klagte ihm besonders über die Verwüstungen, die von den Deutschen in Frankreich angerichtet wurden. „Wenn diese straflos blieben oder sich wiederholen könnten, wären die schönsten Siege vergeblich." — Wilson antwortete: „Das amerikanische Volk hat begriffen, daß es nicht genügt, den Krieg zu gewinnen, sondern daß durch ihn der Weltfriede und die Freiheit der Nationen der Erde gesichert werden müsse. Daher müssen in die endliche Regelung der Kriegsprobleme Bestimmungen aufgenommen werden, die solche Handlungen ohne die Gewißheit einer gerechten Züchtigung unmöglich machen." — Als ihm das Ehrendoktordiplom der Pariser Sorbonne überreicht wurde, bezeichnete er (22. Dez.) den Krieg als einen Kampf zweier Kultursysteme. „Ein mächtiger Strom moralischer Kraft geht durch die Welt, und jeder, der ihm widerstehen will, wird schmählich niedergeworfen werden. Die Friedensunterhändler sind niemandes Herren, wohl aber Diener der Menschheit. Wenn wir das nicht sind, so werden wir einen moralischen Bankerott erleben, wie er noch nie erhört war. Der Völkerbund muß als organisierte moralische Kraft der ganzen Welt wirken, wo und wann immer Unrecht und Angriff vorbereitet werden . . . Wenn die Mittel-

mächte ihre Ziele nur durch vierzehn Tage zur Diskussion gestellt hätten, so wäre dieser Krieg niemals ausgebrochen ..." — Am 25. besuchte Wilson die amerikanischen Truppen in Chaumont und sagte selbstbewußt: „Die Aufgabe, die Friedensurkunde aufzustellen, ist Amerika zugefallen ... Da der Krieg ein Völkerkrieg ist, muß der Friede ein Völkerfriede sein." — Am 26. kam Wilson mit seiner Gemahlin nach London. Er sagte zum König: „Sie, Sire, und ich verkörpern den Geist der großen Nationen... Wir haben große Worte ausgesprochen: Recht, Gerechtigkeit. Jetzt müssen wir zeigen, ob wir diese Worte verstehen und den Mut haben, danach zu handeln... Es wird unser hohes Vorrecht sein, Recht und Gerechtigkeit zur alles beherrschenden und beaufsichtigenden Macht der Welt zu machen." (Das heißt, wir werden uns in die Weltherrschaft teilen.) Am 31. reiste Wilson wieder nach Paris zurück.

Dorthin kam auch am 20. der König von Italien mit seinem Sohn und seinen Ministern Orlando und Sonnino. Poincaré meinte dabei: „Die Größe Italiens ist zum großen Teil dem unmittelbaren und persönlichen Eingreifen Eurer Majestät zu danken, bei den Ereignissen, die die früheren diplomatischen Kombinationen zunichte gemacht und zwischen unsern beiden Ländern die Bande des Gefühles und Interesses gefestigt haben. Selbst damals, als Italien mit den Mittelmächten eine Versicherung gegen erneute Angriffe seines Erbfeindes Österreich eingegangen war, hatte es sich schon 1902 freundschaftlich uns zugewandt und uns versprochen, sich niemals einem gegen Frankreich gerichteten Angriff anzuschließen ..." Und der König sprach von der „Unsterblichkeit unserer alten glorreichen lateinischen Rasse ... Frankreich und Italien haben eine große zivilisatorische Mission zu erfüllen. Kein Sonderinteresse darf hierin ein Hindernis bilden ..." Italien.

Am wütigsten äußerten sich noch immer die Engländer. Churchill erklärte am 4., die Strafe Deutschlands werde an Schrecklichkeit alles Bisherige übertreffen. Und Lloyd George am 9. und 11. Dezember: „Leichte Bedingungen würden zu einem neuen Krieg anreizen. Gerechtigkeit ist nicht Rache. Aber ein Friede der Rache würde uns den Fehler Deutschlands im Jahre 1871 wiederholen lassen und dessen Schicksal nach fünfzig Jahren zur Folge haben. Wir dürfen keine neue elsaß-lothringische Frage haben. Aber die für die Schrecken des Krieges Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist um so notwendiger, je höher sie stehen. Auch das deutsche Volk, das mit Begeisterung in den Kampf zog und jetzt über den Sieg jubeln würde, wenn er ihnen zuteil geworden wäre, muß zur Verantwortung gezogen werden. Der Bestand von Riesenheeren darf nicht mehr gestattet sein. Aber wir werden unsere Flotte behalten, die nur eine Defensivwaffe ist. Deutschland muß bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen. Das ist so bei jedem Krieg und bei jedem Gericht, daß der Verlierende zur Zahlung verurteilt wird. Außerdem hat der Krieg Deutschland weniger gekostet als uns. Vor dem Krieg wurde der Reichtum Deutschlands auf 18 bis 20 Milliarden Pfund geschätzt. Unsere Rechnung beträgt 24 Milliarden, aber ich glaube, daß man den Wohlstand Deutschlands unterschätzt hat. Die Deutschen in England müssen alle ausgewiesen werden." — Der Siegestaumel verschaffte Lloyd George bei den England.

Wahlen (30. Dez.) einen großen Sieg; vor allem war es bemerkenswert, daß so wenig Mitglieder der Arbeiterpartei gewählt wurden.

Frankreich. Der französische Minister des Äußern Pichon rühmte am 28. die Haltung des elsässischen Klerus; deshalb wolle man aber doch nicht die Beziehungen zum Vatikan wieder aufnehmen. „Deutschland ist zwar besiegt, aber nicht niedergeschlagen. Die antimonarchische Bewegung haftet nur an der Oberfläche; Deutschland versucht so die Trümmer seiner Macht zu retten. Die militärische Oligarchie hat noch nicht die Hoffnung aufgegeben, den preußischen Militarismus wiederherzustellen. Österreich-Ungarn hat sein Schicksal verdient, wenn man an seine Provokationen denkt. Wir freuen uns, daß Böhmen, Südslawien und Polen befreit sind. Auch die Türkei hat ihre Niederlage verdient; Frankreich hat dort unbestreitbare Rechte zu wahren, am Libanon, in Syrien, in Palästina. Darüber bestehen Abkommen mit England ... Wir haben Truppen in Odessa und Batum gelandet. Die rumänischen Armeen sind wiederhergestellt. Unser Vorgehen bezweckt, die gesunden Teile Rußlands vor dem Bolschewismus zu sichern. Ein Friede, der Rußland im Zustande des Bürgerkrieges bestehen ließe, wäre kein Gerechtigkeitsfriede. Wir wären ständig vom Wiederausbruch des Krieges bedroht. Furchtbar sind die Schreckenshandlungen der Moskauer Regierung. Die Zarenfamilie ist eine ganze Nacht hindurch mit Bajonettenstichen gemartert worden, bevor ihr der Rest gegeben wurde. Das Gemach war eine einzige Blutlache." — Der Sozialist Lafont fragte, ob man denn wieder den Zarismus aufrichten wolle. — Clemenceau meinte, die Friedensfrage sei furchtbar schwer zu lösen, besonders für Frankreich. Es ist Deutschland zunächst gelegen. Amerika ist fern und hat Zeit gebraucht, um endlich zu kommen. England hat sofort geholfen. Man scheint das System des Gleichgewichtes der Mächte aufgeben zu wollen. „Aber unser System von Bündnissen hat sich bewährt, ich verzichte nicht darauf, es wird bei der Konferenz mein leitender Gedanke sein. Es wird schwierige und mühsame Unterredungen geben. Aber Wilson ist ein offener Geist. Wenn wir nicht zu einem Einvernehmen gelangten, würde der Sieg von kurzer Dauer sein und die fürchterlichen Katastrophen würden bald wieder beginnen." — Entschieden sprach sich Pichon am 31. Dezember in der Kammer gegen den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland aus: „Wir müssen Deutschland die Möglichkeit nehmen, einen Ersatz zu finden für das, was es auf unserer Seite verliert." Mit Recht wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß dies dem Recht der Selbstbestimmung der Völker und daher den Thesen Wilsons widerspreche, ebenso wie Clemenceau ihnen auch widersprach, obwohl sie von den Mittelmächten als Friedensbedingungen vorausgesetzt wurden. — Der Menschenverlust Frankreichs im Krieg betrug ungefähr die Höhe der Einwohnerzahl von Elsaß-Lothringen.

„Räte." In Deutschland suchten sich die Arbeiter- und Soldatenräte in Nachahmung russischer Muster zur Geltung zu bringen, zum großen Schaden der Friedensverhandlungen; denn die Entente betrachtete derlei mit Recht als höchst gefährlich für den Frieden der Welt; und als diesen Räten die Reise aus den besetzten Gebieten nach Berlin verweigert wurde, motivierte dies Marschall Foch mit der lakonischen Antwort: „Die alliierten Mächte anerkennen die Arbeiter- und Soldatenräte nicht."

Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte tagte aber doch am 16. Dezember in Berlin unter Verschwendung von roter Farbe.

Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase, Ledebour, Cohen, Molkenbuhr nahmen daran teil. Ebert anerkannte die Autorität der Räte bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Aber es dürfe keine Gewaltherrschaft mehr geduldet werden, komme sie, von wem sie wolle. „Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf, es überwindet politisch und wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und setzt an deren Stelle die Gleichheit." In die Leitung teilten sich Mehrheitssozialisten und „Jungsozialisten". Die Sitzung wurde durch eine demonstrierende Volksmenge gestört, die aus Anhängern der Spartakus-Gruppe bestand und dem Kongreß die Forderungen von 250.000 Arbeitern zur Kenntnis brachte; diese verlangten eine einheitliche sozialistische Republik und die ganze Macht für die Räte, Absetzung der Volksbeauftragten Ebert und Haase, Entwaffnung der Gegenrevolution, Bildung einer Roten Garde, Aufforderung an das Weltproletariat zur Schaffung einer sozialistischen Weltrepublik. Nach dieser Störung führte Dittmann aus: „Selbst Vertreter des gestürzten Regimes anerkennen, daß außer der Sozialdemokratie keine autoritative Macht zur Führung der Geschäfte vorhanden sei. Sie darf sich darum als Beauftragte und Vollstreckerin des Volkswillens erklären. Wir sind überzeugt, daß auch die Wahlen zur Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit geben werden." Die Zulassung Liebknechts und der Rosa Luxemburg zum Kongreß mit beratender Stimme wurde von der Minderheit verlangt, von der Mehrheit abgelehnt. — Am 17. störten wieder dreißig Soldaten die Sitzung, die unter großer Unruhe die Forderungen der Gardetruppen vorbrachten. Am 18. erschien im Saal eine große Arbeiterdeputation mit Plakaten und roten Fahnen. Am 19. Dezember wurden unter Widerspruch der Minderheit die Wahlen zur Nationalversammlung für den 19. Januar bestimmt. Scheidemann mahnte: „In der gegenwärtigen Lage kann uns kein Karl Marx helfen. Zweifellos haben die Arbeiter- und Soldatenräte viel Gutes geschaffen. Sie sind eine Notwendigkeit, aber eine vorübergehende. Bleiben sie dauernd, so kommen wir notwendigerweise zum Bolschewismus und zu unübersehbarem Elend für das ganze deutsche Volk. Bei uns gibt es viel mehr zu zerstören als in Rußland ... Wir brauchen Frieden und Brot. Mit Spazierfahrten mit Maschinengewehren sichert man die Errungenschaften der Revolution nicht." — Die „Unabhängigen" wollten den Wahltermin hinausschieben. Ebert versprach, die Volksbeauftragten würden sich nach Möglichkeit mit dem Zentralrat der Räte verständigen. Aber die Regierung brauche eine gewisse Bewegungsfreiheit. Man beschloß in der Mehrheit, die Sozialisierung des Wirtschaftslebens nur allmählich und ohne Überstürzung durchzuführen, damit sie nicht zum Zusammenbruche führe. Der Vorsitzende Leinert erklärte schließlich, es

müsse verhindert werden, daß über die Errungenschaften der Revolution der imperialistische Kapitalismus Englands, Frankreichs oder Amerikas triumphiere. „Wir wollen Deutschland freimachen von allen Bedrückern im Inland und im Ausland.“

Der Bruch zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten vollzog sich infolge eines Putsches der Matrosen, die mit der Bewachung des königlichen Schlosses betraut waren. Es kam in den letzten Tagen des Monats beim Schloß und beim Marstall zu Kämpfen beider Fraktionen, der Matrosen und der republikanischen Soldatenwehr. Die Unabhängigen machten die Regierungsmitglieder Ebert, Landsberg und Scheidemann für diese Kämpfe verantwortlich und ihre Vertreter Haase, Dittmann und Barth erklärten ihren Austritt aus der Regierung. Der Zentralrat wählte an deren Stelle die Mehrheitssozialisten Noske und Wissel in die Regierung. Ein Posten blieb noch unbesetzt. Vorsitzende des Kabinetts waren Ebert und Scheidemann (29. Dez.). — Ein Aufruf vom 29. versprach Vorbereitung der Nationalversammlung, Sorge für die Ernährung, fortschreitende Sozialisierung, Vorgehen gegen die Kriegsgewinne, Sorge für Arbeitslose, Förderung der Volkswehr, Entwaffnung Unbefugter, schnellen Frieden. — Sonst äußerte sich Ebert, die jetzige Regierung fühle sich als Beauftragte des ganzen Volkes, nicht einer Partei und nicht nur Berlins. — Dagegen fand am 30. Dezember eine Reichskonferenz des Spartakusbundes statt; es waren etwa 95 Vertreter anwesend. Karl Liebknecht forderte da die Gründung einer neuen Partei unter dem langen Namen „Revolutionär-kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands — Spartakusbund“. Der Genosse Radek begrüßte die Versammlung im Namen der russischen Sowjets. Rühle meinte: „Wenn wir in die Parlamente gehen, dann wird der Gang der Revolution auf der Straße gehemmt. Unsere Tribüne ist die Straße; die kann uns niemand streitig machen.“ Rosa Luxemburg fand allerdings, daß die Herrschaft der Straße auch ihren Ausdruck in der Nationalversammlung finden müsse. Dennoch wurde mit 62 gegen 23 Stimmen die Beteiligung an den Wahlen abgelehnt, das Zustandekommen und die gegenrevolutionäre Tätigkeit dieses Parlaments sei vielmehr mit allen Mitteln zu verhindern. Eine andere Resolution bedeutete ein scharfes Abrücken von den Unabhängigen. Rosa Luxemburg bezeichnete als Hauptsache den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann. Liebknecht sprach sich für die Internationalisierung des Bürgerkriegs, für den Kampf des deutschen und russischen Proletariats gegen den gemeinsamen Ententefeind aus. — Die Propaganda der Bolschewiken wurde mit großen Geldmitteln fortgesetzt, die die großrussische Regierung reichlich zur Verfügung stellte. Sie agitierte auch durch ihre Emissäre in Warschau.

Matrosen.

Ebert.

Spartakus.

Als Nachfolger Solfs wurde am 20. Dezember Graf Brockdorff-Rantzau, der bisherige Gesandte in Kopenhagen, zum Staatssekretär des Äußern ernannt.

Prinz Heinrich von Preußen veröffentlichte am 3. Dezember in der „Kreuzzeitung" als Senior des preußischen Königshauses eine Erklärung, „daß ich trotz der neuen Ordnung im Reich und in Preußen, welche ich unter dem Drucke der Verhältnisse anzuerkennen gezwungen bin, bestrebt sein werde, einer geordneten gesetz- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber mich an die Person unseres Königs gebunden erachte . . ." Im Gegensatz dazu stellte sich Prinz Adalbert von Preußen der jetzigen Reichsregierung ausdrücklich zur Verfügung. — Der Kronprinz erklärte am 1. Dezember seinen Verzicht. Er meinte in einer Unterredung, der Krieg sei schon Anfang Oktober 1914 verloren gewesen, als die Nervosität der Generalstabchefs die Niederlage an der Marne verschuldet hatte. Er habe schon damals den Frieden gewollt, selbst mit Preisgabe Elsaß-Lothringens. Er war auch gegen die Offensive im März d. J. (Im selben Sinn äußert sich der Kronprinz in seinen einige Jahre später herausgegebenen Kriegserinnerungen.) Prinz Heinrich.

Die Nationen auf dem Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie, die sich durch die Revolution und Lostrennung frei und glücklich machen wollten, waren in die unhaltbarsten, friedlosesten Verhältnisse geraten. Deutschösterreich mußte gegen die gewaltsame Besetzung deutscher Gebiete durch tschechoslowakische Truppen protestieren, und zwar sowohl beim tschechoslowakischen Gesandten in Wien wie bei allen auswärtigen Regierungen. Zu Ende des Jahres war der größte Teil von Deutschböhmen, Deutschmähren und Schlesien von den Tschechoslowaken besetzt. Vergebens schlug der Wiener Staatssekretär für Äußeres den Tschechoslowaken und Jugoslawen die Entscheidung durch Schiedsgerichte vor.

Eine italienische Militärmission kam Ende Dezember nach Wien zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen.

Präsident Seitz legte für die öffentliche Meinung Englands die Lage Deutschösterreichs also dar: „Die Deutschen Österreichs hatten keinerlei Expansionsgelüste. Die Besetzung Bosniens geschah gegen ihren Willen mit Zustimmung der Slawen Österreichs. Die Arbeiter haben gegen das Ultimatum an Serbien 1914 protestiert . . . Der Plan einer Föderation aller Nationen des alten Österreich-Ungarn wird von der kapitalistischen Klasse gefördert. Mir scheint dergleichen auf lange Zeit hinaus unmöglich. Schon wegen der Sprachenfrage. Unsere geographische Lage weist uns auf Deutschland hin. Der deutschösterreichische Staat, der leider von der Entente noch nicht anerkannt ist, wird sich nur durch ein Anlehen bei der Entente aufrichten können. Die Revolution ist in Ordnung und unblutig vor sich gegangen. Die Dynastie wird aber niemals wieder eingesetzt werden können." — Auch Staatskanzler Renner beklagte es, daß Deutschösterreich noch nicht förmlich anerkannt sei. Das sei gegen die europäischen Interessen. Frankreich hat sehr große Kapitalien hier investiert. Auch er wies auf die Ruhe und Ordnung hin im Gegensatz zu den stürmischen Vorgängen in Berlin; „doch können Not, Verzweiflung und Ohnmacht des Staates stärker sein als die Weisheit seiner Leiter. Wenn es nicht möglich sein sollte, in Wien die Ordnung aufrechtzuerhalten, dann könnte die bolschewikische Strömung ihre Folgewirkungen auch auf das tschecho- Seitz.

slowakische Gebiet, auf Polen und vielleicht auch auf Italien ausüben. Würde Wien aufhören, der Mittelpunkt der Ruhe und Ordnung im Herzen Europas zu sein, dann würden Verwirrung und Unruhe die schwersten Folgen für ganz Europa nach sich ziehen. Darum brauchen wir Lebensmittel und eine Anleihe, um sie zu bezahlen." — Offiziös wurde verlautbart, die Regierung von Deutschösterreich würde gerne die Gemeinschaft des Wirtschaftsgebietes mit den andern auf dem Boden der Monarchie entstandenen Nationalstaaten erhalten. Aber diese seien nicht zu einer Union bereit; daher bliebe nur der Anschluß an das Deutsche Reich, da Deutschösterreich für sich allein nicht bestehen kann. Selbst wenn die Entente die künftige staatliche Ordnung Europas erzwingen will, liegt es im Interesse Deutschösterreichs, seine Willensmeinung nicht abzuschwächen.

Czernin. Von dem Vortrag des ehemaligen Ministers Grafen Czernin, den er am 12. Dezember über seine Politik hielt, war schon früher die Rede. Czernin besprach zum Schluß die Gerüchte über einen monarchistischen Putsch und erklärte, er sei der größte Gegner solcher Versuche, die nur den Bürgerkrieg auslösen würden. Die republikanische Staatsform möge also unberührt bleiben, bis das ganze Volk darüber seinen Entschluß faßt.

Der Pressedienst des Deutschösterreichischen Staatsamtes für Heerwesen veröffentlichte am 14. Dezember unter dem Titel „Der Ruf nach der Militärdiktatur" eine Reihe von Dokumenten aus der Kriegszeit, die gewisse Übergriffe des Armeeoberkommandos beweisen sollten, sich aber als ganz belanglos herausstellten. Nach dieser Blamage unterließ man weitere Enthüllungen.

Gemäß einem von der provisorischen Nationalversammlung am 12. November d. J. erlassenen Gesetze wurden die bestehenden Gemeindevertretungen bis zur Neuwahl durch eine angemessene Zahl von Vertretern der Arbeiterschaft ergänzt. So bestand nun der Wiener Gemeinderat aus 84 Christlichsozialen, 60 Sozialdemokraten, 19 Deutschfreiheitlichen und 2 Deutschnationalen.

Weiskirchner. In der konstituierenden Sitzung vom 3. Dezember wurde Dr. Weiskirchner wieder zum Bürgermeister, Hoß, Rain und Reumann zu Vizebürgermeistern gewählt. — Die Wiener christlichsoziale Partei wählte am 6. Weiskirchner zum Obmann, Steiner und Kunschak zu Stellvertretern.

In den Sitzungen der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs wurde über das Staatsbürgerrecht, über Volksernährung, über Steuereinhebung, über die Wahlordnung zur konstituierenden Nationalversammlung usw. verhandelt. Die Wahlordnung gab das Wahlrecht allen Zwanzigjährigen beiderlei Geschlechtes nach dem Proportionalsystem. Wählbar sollte jeder über neunundzwanzig Jahre alte sein. Die Nationalversammlung sollte für zwei Jahre gewählt sein. Die Wahl sollte Ende Jänner oder Anfang Februar 1919 erfolgen. Keine Wahlpflicht, außer wenn sie durch die Landesgesetzgebung bestimmt wird. Es erfolgten seit 3. Dezember bereits die Wahlaufrufe der verschiedenen Parteien. Der sozialdemokratische beschuldigte die österreichisch-ungarische Monarchie der Schuld am Kriege durch das „verbrecherische Ultimatum an Serbien". Er versprach, dem Volke wiederzugeben, „was heute Eigentum weniger Kapitalisten und Großgrundbesitzer ist". Die zu enteignenden Eigentümer sollen durch eine progressive Vermögenssteuer entschädigt werden. Auch der Kirche sollte es an ihr Gut gehen. Der Anschluß an Deutschland wurde als Anschluß an den Sozialismus gefordert.

Da ganz Deutschböhmen von den Tschechoslowaken besetzt wurde, mußte die deutschböhmische Landesregierung am 14. ihren Sitz von Reichenberg nach Wien verlegen. Eine Vollversammlung der sudetenländischen Abgeordneten konnte noch am 28. in Troppau abgehalten werden. Vergebens wurde hier wie dort gegen die Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes protestiert.

Die tschechoslowakische Republik vollbrachte am 3. Dezember die große Tat, den Adel, die Titel und die Orden abzuschaffen. Gegenüber allen Protesten der Deutschen berief sich die Regierung als Rechtstitel für ihre Gewalttätigkeiten auf die mit der Entente geschlossenen Verträge, nach welchen das ganze Land dem tschechoslowakischen Staate zuerkannt sei, da dieser, um bestehen zu können, der deutschen Gebiete unbedingt bedürfe. Man hätte dem Ministerpräsidenten Kramarsch darauf antworten können: Ja warum muß denn ein unmöglicher und lebensunfähiger tschechoslowakischer Staat eigentlich existieren? — Präsident Masaryk kam am 21. Dezember aus dem Auslande in Prag an als Emissär Wilsons und der Entente, die ihn zur Verschwörung gegen die Monarchie vermocht hatten. Vertreter der Ententestaaten und der Ententearmeen begleiteten auch seinen Triumph. Er verlas am 22. in der Prager Burg auf dem Hradschin die Botschaft mit Ausfällen gegen das Deutschtum und gegen die hundert Jahre alte pangermanische Devise: Berlin—Bagdad. „Die Zentralmächte strebten so nach der Herrschaft über die alte Welt Europas, Asiens und Afrikas. Darauf hätte die Unterjochung des Westens und der ganzen Welt folgen sollen. Aber Amerika trat auf den Plan. Die theokratische Autokratie unterlag der Demokratie und Humanität, deren Grundsätze in der amerikanischen Unabhängigkeitsdeklaration und in der französischen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind.“ Nun erzählte er seine Verschwörungsreise um die Welt, deren Ziel war, Österreich zu zerstückeln und so Deutschland zu isolieren. Die Gelder zu seiner Agitation habe er von Amerika und Rußland erhalten. Die tschechoslowakische Armee wurde aus Freiwilligen aller Länder gebildet, aus England, Amerika, Kanada, Afrika, Australien, sie wuchs allmählich durch das Zuströmen von Gefangenen, namentlich in Rußland, auf 50.000 Mann. „Frankreich erkannte zuerst im Februar die Bedeutung unserer Sache für die Sache der Entente, anerkannte unsern Nationalrat im Ausland, errichtete und erhielt unsere ganze Armee in Frankreich und in Rußland. Auch in Italien hatten wir eine Armee und wurden anerkannt, dann auch von England, Amerika, Japan, Serbien, Belgien, Griechenland, Kuba. Das bestärkte mächtig unsere Stellung . . . Der eigentliche Zweck des Krieges und des Friedens ist die Reorganisation Osteuropas, die Lösung des östlichen Problems. Dazu wollen wir beitragen. Ich habe im Ausland mit Polen, Ukrainern, Süd-

Tschechoslowakei.

Masaryk.

slawen, Rumänen, Litauern, Letten, Finnen und Livländern freundschaftliche Beziehungen angeknüpft. Ich habe in Amerika den Versuch gemacht, eine Union der mitteleuropäischen Völker zu bilden. Vorläufig wurden dafür zwölf Völker gewonnen. Mit den Polen müssen wir uns in Schlesien verständigen. Die ungarischen Ruthenen machten uns den Vorschlag, daß sie ein autonomer Bestandteil unseres Staates werden wollten. Desgleichen die Karpathenruthenen . . . Wenn die Unstimmigkeiten zwischen Südslawen und Italienern geschlichtet werden, dann würde der Pangermanismus Mitteleuropas durch die gegenseitige Annäherung der Staaten von der Ostsee bis zur Adria (und zum Schwarzen und Ägäischen Meer) und weiter über die Schweiz bis Frankreich ersetzt werden. Das wäre ein starker Wall gegen die Deutschen und ein Schutz für Rußland, denn ein starkes, föderativ vereinigtes Rußland braucht ganz Europa. Die Russen werden sich ohne Hilfe der Verbündeten selbst kaum helfen können. Die Deutschen in unsern Ländern haben die Weltsituation nicht begriffen, sie sind Opfer des falschen Österreichertums. Die Deutschen sind als Kolonisten und Emigranten in unser Land gekommen. Wir sind auch überzeugt, daß wirtschaftliche Vorteile unsere Deutschen zu uns verweisen. Die amerikanische Republik nahm lieber den Bürgerkrieg auf, als daß sie die Sezession ihres Südens zugelassen hätte. Auch wir lassen niemals eine Sezession zu. Eine geradlinige Teilung beider Nationen ist nicht möglich, das Problem ist auch ein soziales. Wenn die österreichischen Deutschen sich loyal benehmen, dann wären auch mit ihnen anständige nachbarliche Beziehungen möglich, um besonders das schwierige Problem Wiens günstig zu lösen. Dabei sind wir von Rücksichten auf unsere große Minderheit in Wien geleitet." Dann sprach Masaryk in slowakischer Sprache über die Stellung zu den Magyaren und schloß tschechisch mit Verbeugungen vor den Staaten der Entente und Wilson. Eine amerikanische Anleihe sei gesichert. — Imperialistischere Pläne sind wohl noch von keinem Staatsoberhaupt öffentlich dargelegt worden als in diesem größenwahnsinnigen Staatsgebilde, dessen eigene Kultur allerdings in den verheerenden Zügen der Hussiten und der Tschechoslowaken gipfelt, sonst aber alles den Deutschen verdankt. Auch Masaryk, der ganz deutsch erzogen wurde und das Tschechische erst später lernen mußte.

Südslawen. Was den südslawischen Staat betrifft, so beugte sich Agram und Laibach am 2. und 5. Dezember der Regentschaft des serbischen Kronprinzen Alexander, in der vergeblichen Hoffnung, auf diese Weise den Italienern „das jugoslawische Triest, Görz und Istrien" zu entreißen. — In Belgrad bildeten die Parteien am 15. das erste Ministerium des „Staates der Slowenen, Kroaten und Serben". Pasic lehnte den Vorsitz ab, ließ sich aber zur Friedenskonferenz delegieren. Der Regent übertrug die Kabinettsbildung an Stojan Protic. Die Absetzung des Königs Nikola von Montenegro wurde

als ungesetzmäßig bestritten, aber dennoch ebenso wie die Vereinigung Montenegros mit Serbien aufrechterhalten.

Der Ministerpräsident der ungarischen Volksrepublik, Karolyi, wiegte sich in einer Rede vom 22. Dezember in der Hoffnung, Wilson werde seine vierzehn Punkte wirklich durchführen und den Pazifismus begründen. Allerdings mußte er zugeben, daß die Entente bereits den Belgrader Waffenstillstand ungescheut gebrochen habe. „Die führenden Männer der Entente lassen sich in allem von der Furcht vor der Anarchie leiten, wollen aber nicht die Zustände verhindern, die in Wirklichkeit Ursachen der Anarchie werden müssen . . . Wenn wir eine Donaukonföderation, etwa nach Schweizer Muster, verwirklichen, so könnten wir eine Wirtschaftseinheit schaffen, innerhalb welcher jede Nation ihre volle politische Freiheit rettet.“ Karolyi versprach dann große Reformen auf dem Gebiet des mobilen und immobilen Kapitals. Man richtete ein Telegramm an den Präsidenten Wilson folgenden Inhaltes: „Ungarn vertraut auf den heiligen Bund der Völker, schließt sich mit Begeisterung sämtlichen Friedenspunkten Wilsons an, in denen die welterlösende Rechtsordnung der Freiheit, der Gerechtigkeit und Menschenliebe zur Geltung kommen kann. Es erwartet sie aber auch von jenen, die trotz des Waffenstillstandes uns mit Waffengewalt angegriffen haben, um uns alle Werte wegzunehmen. Wir erwarten vertrauensvoll die Verfügung des berufenen Apostels des ewigen Friedens und des Humanismus.“ — Am 30. Dezember sprach sich Karolyi für das notwendige Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten aus. Das gelte auch von der Armee; denn wenn Rumänen, Tschechen und Serben ins Land kommen, geht die Sozialdemokratie zugrunde. — Seit 11. Dezember besetzten Franzosen, und zwar arabische Spahis, Budapest. Der deutsche Generalfeldmarschall Mackensen, auf dem Durchzug aus Rumänien durch Ungarn begriffen, weigerte sich der Waffenstreckung und wurde am 16. in Foth interniert. — Tschechoslowakische Truppen hatten die Slowakei, rumänische Siebenbürgen besetzt. In Eperjes wurde am 11. eine selbständige, unabhängige Ostslowakische Republik der ungarländischen Slowaken ausgerufen. Die deshalb angegangene ungarische Regierung betrachtete dies als internationales Problem, das Ungarn nicht einseitig entscheiden könne. Die Militärmission der Alliierten unterstützte die Tschechoslowaken; die ungarische Regierung protestierte am 24. gegen die brutale Willkür, die sowohl der Geschichte wie den nationalen Verhältnissen widerspreche. — Für autonom erklärten sich sowohl die Rumänen Siebenbürgens wie die Ruthenen Ungarns und die Deutschen Westungarns in einer Ödenburger Versammlung vom 28. Dezember. Ungarn.

Der Präsident der Portugiesischen Republik wurde am 15. ermordet. — Polen brach am 15. die Beziehungen zur Deutschen Republik ab, da die Deutschen angeblich mit den Bolschewiken gegen die Polen vorgingen. — In der Ukraine trat am 15. an die Stelle des Hetman Skoropadski ein Direktorium Winnitschenko. — Der Prinz von Hessen verzichtete auf die ihm angetragene Krone Finnlands am 28. Dezember.

Kultur. Wir wollen noch einige Kulturerscheinungen des Jahres notieren. Das Problem des Kinos (Bilderspiel, Bewegungsbild) wurde von namhaften Denkern besprochen (Ill. Ztg., 10. Jan.). Ich sehe darin nur eine Parallelerscheinung zum antiken Mimus, ein Verfallzeichen unserer Kultur, die Verdrängung der edleren Wortkunst! — Der Führer der Wiener Sezession Gustav Klimt starb

im Alter von fünfundfünfzig Jahren (Jll. Ztg., 28. Febr.). — Der bäuerliche Naturphilosoph und Naturdichter Christian Wagner starb zweiundachtzigjährig zu Warmbronn. — Ob die „religiös-sittliche Auferstehung unseres Volkes“, die sich in der ersten Zeit des Krieges offenbarte, noch andauerte, besprach der Marinepfarrer Alb. Klein (Jll. Ztg., 28. März). — Albrecht Wirth schilderte in der „Illustrierten Zeitung“ 18. April „Wie England sein Weltreich zusammenraubte“. — Der Schilderung des geschichtlichen Zusammenhangs von Germanen und Magyaren widmete die „Illustrierte Zeitung“ eine Nummer 25. April. — Zum hundertsten Geburtstag des als Jude geborenen Karl Marx sprach Theo Sommerlad (Jll. Ztg., 2. Mai) über dessen Theorien ab: die materialistische Geschichtsauffassung sei unzureichend; es war einseitig, daß Marx die Verhältnisse von Lancashire verallgemeinerte, es war widerspruchsvoll, daß er eine angeblich selbstwirkende Evolution noch durch eine revolutionäre Partei herbeiführen wollte. Aber gerade in dieser Zeit schien seine Theorie einen Triumph im Bolschewismus zu erleben. — In Wien starb der Hauptvertreter des architektonischen Materialismus, Otto Wagner, am 11. April. — Mit Recht faßte Ernst Jäckh „Mitteleuropa als Organismus“ auf (Jll. Ztg. 3908). — Peter Roseggers Tod brachte viele Nekrologe (Jll. Ztg. 4. Juli). — Die Unparteilichkeit der „Illustrierten Zeitung“ wurde bei ihrem Jubiläum des 150. Bandes anerkannt (4. Juli). Sie gab eine Kolonialnummer (11. Juli). Sie feierte Ottokar Kernstocks siebzigsten Geburtstag (18. Juli) und den Bekämpfer des Kindbettfiebers, den Begründer der Antiseptik, Ignaz Semmelweis, zu seinem hundertsten Geburtstag. — K. Gjellerups schrieb vom „Haß der Welt als Kulturerzieher“ gegen Heines dummes Wort: „Aber wir Germanen haß, wir verstehn uns auf den Haß.“ — Der politische Mord wurde als beliebtestes Kampfmittel der Entente bezeichnet: Franz Ferdinand, Jaurès, Casement, Graf Mirbach (Jll. Ztg., 8. Aug.). — Johannes Schlaf machte auf den Mißbrauch aufmerksam, der seit einem halben Jahrhundert mit dem Begriff Kultur getrieben wurde (Jll. Ztg., 5. Sept.), und forderte Revision desselben im religiösen Sinne. — Eugen Lerch beantwortete die Frage: Was ist deutsch? Entwicklung, Werden, Sehnsucht, Schaffen, Vervollkommnen, Bewegung, Streben, Arbeit an der Verwirklichung des Ideals. Die andern sehen den Fortschritt im Äußerlichen, wie Demokratisierung (Jll. Ztg., 3. Okt.). Durch Mitteilung feindlicher Hetzbilder schilderte die „Illustrierte Zeitung“ (31. Okt.) die geistige Verrohung der Gegner. — Im Leipziger Schauspielhaus wurde eine Büste Gerhart Hauptmanns von Rud. Saudek aufgestellt (Jll. Ztg., 5. Dez.). — In Paris starb am 2. Dezember Edm. Rostand der Dichter. — In Österreich wurde der siebenhundertjährige Geburtstag Rudolfs von Habsburg gefeiert (April).

Über den „Expressionismus“ berichten die „Stimmen der Zeit“, 48. Jahrgang, Seite 370, mit religiösen Illustrationen absonderlicher Art. Zu Joh. Mumbauers fünfzigstem Geburtstag beteiligten sich sechsunddreißig katholische Schriftsteller an dem Almanach „Die Standarte“. — Es erschien der neue „Codex Juris Canonici“. Der Jubel über den hier fehlenden Antimodernisteneid wurde gedämpft durch die folgende autoritative Bestimmung, daß es doch beim Eide verbleibe.

Gegen die heimtückische Heuchelei der Entente, die den angebotenen Rechtsfrieden in einen Gewaltfrieden verwandelte, erhob sich der Protest aller namhaften deutschen Kulturträger (Jll. Ztg., 22. Mai). Unter diesen Umständen nahm das Sonderheft der „Illustrierten Zeitung“ für den Völkerbund einen

unlieblichen Ton an (3963). Mit Recht sagte Meyenberg, Deutschlands Unglück bestehe darin, daß es immer noch zu sehr gefürchtet ist. Dagegen stellte er den Völkerbundgedanken Benedikts XV. auf.

In den „Historisch-politischen Blättern“ wurden die Wahnideen der Zeit besprochen. Die Mittelmächte hätten von der Vorsehung die schwere Aufgabe erhalten, die Übermütigen zu bekämpfen. Es wurde eine holländische Schrift gegen den belgischen Annexionismus besprochen. Einer Anklage wegen der Husbewegung in Böhmen wurde vom dortigen Klerus widersprochen. Eine andere Anklage richtete sich gegen Kriegswucher, kapitalistische Erwerbsgier und soziale Verelendung. Die Aufmerksamkeit wurde auf den christlichen Orient und die Katholiken deutscher Zunge gerichtet. Man zeigte bei Gelegenheit des Luther-Jubiläums, wie dem Protestantismus Aufklärung über den Katholizismus nottut und gegeben werden soll. Auf „Habsburgs Gefährdung“ wurde hingewiesen. Ebenso auf die neuen osteuropäischen Probleme. H. Dimmler besprach die berufsständische Volksvertretung. Stölzle lehnte F. W. Foersters Pädagogik und deren Stellung zum Christentum ab. Die „nationale Benotung“, die Vergrößerung der Kluft zwischen Volk und Volk, wurde bedauert. Man sah im Krieg die Rache der Freimaurerei. Kraehling stellte die widerspruchsvolle Staatsauffassung der Engländer ins Licht: individuelle Freiheit zu Hause, Unterdrückung der andern. Alles in allem erscheint der Weltkrieg als „blutige Revision der Ideen und Tatsachen“ seit dem Unglück der Glaubensspaltung. Inthal schrieb über Sophie Görres, die Tochter des Gründers der „Historisch-politischen Blätter“. Es wurde die Frage erörtert: „Wer hat die Friedensnote des Papstes inspiriert?“ J. Chr. Gspann erörterte das Wesen des Schönen nach Augustinus (Einheit in Vielheit, Anschaulichkeit, Klarheit) und nach Thomas (Vollkommenheit, Ebenmaß der Teile, Klarheit), nach den Modernen (Darstellung der Idee durch sinnliche Form), nach Kleutgen (Güte, die Lust bereitet), Dante (Kunst ist Enkelin Gottes), Eichendorff (Vermittlung von Natur und Freiheit in Christus). H. Rost erörtert den Geburtenrückgang und die Geschlechtskrankheiten. Die heuchlerischen Friedensbeteuerungen Wilsons und der Entente werden durchschaut. Die Stellung der deutschen Zentrumspartei im Weltkrieg wird besprochen. J. Sprengler bespricht die expressionistische Theorie und das Drama. Erasmus von Rotterdam wird als Vater des Liberalismus gekennzeichnet. Die Rekatholisierung der Wissenschaften wird erstrebt. Von besprochenen Büchern seien erwähnt: das Glaubensbekenntnis des Malers H. Thoma („Die zwischen Zeit und Ewigkeit unsicher flatternde Seele“), „Der deutsche Protestantismus 1817—1917“ von Johann B. Kißling, „Das ist Altöstreichs Siegesschritt“ von Oskar Hellmann. „Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog“ von Anton Bettelheim, 18. Band, mit der maßlos ehrenrührigen Biographie Karl Mays, den ich als einen der originalsten Künstler der Weltliteratur anerkenne. Flaskamps Schriften über „Deutsche Romantik“ und „Weltkrieg und Weltreligion“. Die abschätzige Beurteilung des „Dionysius Areopagita“ kann ich nicht teilen. Die Schriften dieses ungenannten, pseudonymen Mystikers von etwa 500 n. Chr. sind von der Kirche (Maximus Confessor, Thomas von Aquin usw.) völlig rezipiert worden. Sie sind keine beabsichtigte Fälschung; der Autor gibt sich ganz deutlich als Mitglied der ägyptischen Katechetenschule. — Im 162. Band der „Historisch-politischen Blätter“ werden die Schwierigkeiten der Polenfrage besprochen, die Unterdrückung der Katholiken in Sachsen, Foersters Stellung

zum Christentum (66, 320, 366, 505). Zur Studie über Franz Ludwig von Erthal, Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, wäre beizutragen, daß er sich für die Einführung der Kantischen Philosophie an der Universität Würzburg interessierte. Der Weltkrieg wird als „eine sittliche Notwendigkeit“ dargestellt. Cardauns handelt über Luise Hensel, Ewald Reinhard über „Karl Ludwig v. Haller und seine Beziehungen zum Kreise um Metternich“, Anton Doeberl über Ernst v. Lasaulx, W. Scherer über Adalbert Stifter. Das ukrainische Problem wird besprochen, die Frage gestellt: „Hat der Vielverband Triest an Italien versprochen?“ Stölzle lobt Heines reuige Rückkehr zum Gottesglauben. Fr. Jak. Schmitt bespricht die Bedeutung Otto Wagners in der Baugeschichte (1841—1918). E. K. W. schildert Adam Müllers Wirken. Die Frage über die Echtheit der Gesichte der Anna Katharina Emmerich wird gegen Cardauns in positivem Sinne behandelt nach einem Buch von Joh. Niessen. In jedem Fall sollte man sich diese großartigste aller religiösen Dichtungen nicht krittelnd verkümmern lassen. Friedrich Dücker stellt fest, daß die Kirche keinen Kunststil ausschließt, keinen ausschließlich vorschreibt. — Von besprochenen Büchern seien noch erwähnt: „Papst und Vierverband, Aktenstücke zum Artikel 15 des Londoner geheimen Abkommens“, von F. v. Lama; „Bibliotheca Missionum“; „Zertrümmert die Götzen“ und „Die Überwindung der Plutokratie“ von J. Eberle; „Der deutsche Protestantismus“ (2. Bd.) von J. B. Kißling; „Fürst Alexander von Hohenlohe-Schillingsfürst 1794—1849 und seine Gebetsheilungen“ von L. Sebastian.

Seit Oktober 1918 erschien und erscheint noch die dem Wiederaufbau gewidmete Wochenschrift „Das Neue Reich“ unter der erfolgreichen Leitung von Dr. Josef Eberle.

Das Jahr 1919.

Jänner: Pariser Friedenskonferenz. Liebknecht und Rosa Luxemburg. Großherzogin Charlotte von Luxemburg. — Februar: Völkerbund. Berner Sozialistenkonferenz. Weimarer Nationalversammlung. Kurt Eisner. — März: Spartakisten. Anschlußfrage. Blutiger Kommunistenputsch in Ungarn. — April: Völkerbundfragen, Räterepublik in München. Absetzung Nikitas von Montenegro. — Mai: Friede von Versailles. Verhandlungen von Saint-Germain. — Juni: Unterzeichnung des Versailler Friedens. Gegenrevolutionärer Putsch in Pest. — Juli: Auslieferungsfrage. „Enthüllungen.“ — August: Wilsons Haltung. Deutsche Reichsverfassung. Sturz der ungarischen Räteregierung; Erzherzog Josef; Bela Kun. — September: Friede von Saint-Germain mit Österreich. Wilsons Krankheit. — Oktober: Koalition in Österreich. Ungarischer Monarchismus. — November: Horthy in Pest. Charlotte von Luxemburg vermählt mit Felix von Parma. — Dezember: Völkerbundkonferenz in Brüssel. „Dritte Internationale.“ Friedensverhandlungen mit Ungarn zu Neuilly. Der Papst an die Kardinäle.

Jänner.

Die Pariser Friedenskonferenz wurde am 18. Jänner mit einer anmaßenden Rede des Präsidenten Poincaré eröffnet. Er sagte: „Frankreich dankt Ihnen dafür, daß Sie diese Stadt zum Sitz der Konferenz gewählt haben, die der Feind während eines Zeitraumes von mehr als

Poincaré.

vier Jahren zum militärischen Hauptzielpunkt genommen hat. Lassen Sie mich darin eine Huldigung für das Land erblicken, das am meisten die Leiden des Krieges erfahren hat ... Frankreich und die hier vertretenen Mächte haben keinen Anteil an dem Verbrechen, aus dem Unheil ohnegleichen entstanden ist ... Die Zentralmächte haben, in der Hoffnung, die Hegemonie in Europa und danach die Weltherrschaft an sich zu reißen, den gehässigsten Vorwand erdacht, um, durch geheime Mitschuld aneinander gefesselt, über den Leib Serbiens hinwegzuschreiten und sich einen Weg nach dem Orient zu ebnen. Gleichzeitig verleugneten sie die feierlichsten Verbindlichkeiten, um über Belgien sich einen Weg ins Herz Frankreichs zu bahnen. So standen gleich zu Beginn der Feindseligkeiten widerstreitende Ideen einander gegenüber und stritten fünfzig Monate lang um die Welt: die Idee der selbstherrlichen Gewalt, die keine Schranken kennt, und die Idee der Gerechtigkeit, die dem Mißbrauch der Gewalt vorbeugen will. An Frankreich schloß sich Großbritannien, die Dominions und Kolonien, Japan, Italien, Rumänien, Griechenland, Portugal, China, Siam, die Vereinigten Staaten von Amerika, Brasilien, Kuba, Panama, Guatemala, Nikaragua, Haiti und Honduras an, außerdem Bolivien, Peru, Ecuador und Uruguay. Nicht minder das wiedererstandene Polen, die Tschechoslowaken, die Jugoslawen, die Armenier, Syrier, Araber des Libanon, alle die unterdrückten Völker, die Märtyrer der Vergangenheit." Über Rußland herrschte verlegenes Schweigen; ebenso über die unterdrückten Irländer, Ägypter, Inder usw. Schließlich wies der Redner auf die genau vor achtundvierzig Jahren am 18. Jänner 1871 in Versailles erfolgte Proklamation des Deutschen Kaiserreichs hin, als Ausgang der lange vorbereiteten Revanche.

Die Lügenhaftigkeit der Rede Poincarés ergab sich aus einer Rede, die Wilson am 4. Jänner in Rom bei einem Besuche gehalten hatte. Wilson. Er gestand zu, daß Deutschland, wenn der Friede noch eine Generation gedauert hätte, die Weltherrschaft auf dem Gebiete des Handels errungen haben würde. Und diese sichere Aussicht sollte Deutschland sich durch einen leichtsinnig angezettelten Krieg verdorben haben? Nein, er gestand damit, daß die Anzettelung des Krieges lediglich im Interesse und daher in der Absicht seiner Partei gelegen haben könne. Mit derselben Heuchelei hielt Wilson am 25. Jänner in Paris einen Vortrag über den Völkerbund, das heißt über eine amerikanisch-englische Weltherrschaft zur Unterdrückung des ob seiner Tüchtigkeit gefürchteten Mitteleuropa; dazu wurden nur noch Frankreich, Italien und Japan als vollgültige Mitglieder zugelassen. Die Vertreter der kleineren Mächte drangen mit ihren Vorstellungen nicht durch; ihnen wurde nur eine geringe Beteiligung durch fünf gemeinsame Vertreter zugestanden. — Wilson hatte zu Rom mit dem Papst eine viertel-

stündige Unterredung gehabt, die wohl ganz bedeutungslos war. Was hatten sich diese beiden entgegengesetzten Pole der Weltpolitik und des Christentums einander zu sagen!

Bayern. Während das Grundgesetz der Republik Bayern als Mitglied der vereinigten Staaten Deutschlands publiziert wurde, starb der vormalige deutsche Reichskanzler Graf Hertling 4. Jänner. Wenige Tage darauf tobte der Spartakusaufruhr in Berlin. Den Leuten der extremen, kommunistischen „Spartakusgruppe" gelang es, nach blutigen Straßenkämpfen am 8. Januar den Reichstag, das Telegraphenbüro, das Rathaus, das Polizeipräsidium, mehrere Redaktionen, auch die des sozialdemokratischen „Vorwärts", zu besetzen. Ähnliche Unruhen fanden in Leipzig, Dresden, Stuttgart, München, Hamburg, Düsseldorf und anderwärts statt. Nach einer Woche schwerer Wirren wurde die Bewegung von den energischen Regierungssozialisten unter Ebert und Scheidemann niedergeschlagen (14. Jan.). Dabei wurden die Hauptanstifter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet und von der wütenden Menge getötet.

Aus der Wahl zur deutschen Nationalversammlung (19. Jan.) gingen von 421 Abgeordneten hervor: 34 der deutschnationalen Partei, 88 der christlichen Volkspartei (Zentrum), 23 der deutschen Volkspartei, 77 der deutschdemokratischen Partei, 164 Sozialdemokraten, 24 unabhängige Sozialdemokraten, 11 Fraktionslose (4 Welfen, 4 bayrische Bauernbündler). Im ganzen wurden 15,775.174 bürgerliche und 13,298.705 sozialistische Stimmen abgegeben.

Die Verlogenheit der Politik Wilsons und seiner Bundesgenossen zeigte sich am schamlosesten in der Behandlung der Staaten des ehemaligen

Österreich. Österreich-Ungarn. Hier fiel der Gegensatz zwischen Wort und Tat am meisten auf. An Stelle des verheißenen und verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völker trat hier ganz der auf Geheimverträge begründete Imperialismus der nationalen Unterdrückung. Das Staatsrecht Österreichs seit 1526, seit dem Anfall Böhmens und Ungarns und schon früher beruhte immer auf freiwilligen Zustimmungserklärungen der betreffenden Länder und Völker. Die Völker waren nicht immer zufrieden, aber man suchte sie zufriedenzustellen, sobald sie nur eine Forderung eindeutig ohne Widerspruch der Parteien vorbrachten. Alles, das Verhältnis zu den Slawen, den Magyaren, den Romanen hatte auf Verträgen, Ausgleichen beruht, und es bestand immerfort der gute Wille, diese Ausgleichungen vorzunehmen, das Schiedsrichteramt zwischen den Aspirationen der verschiedenen Parteien zu verwalten. Man hatte alle diese Parteien mit dem weitestgehenden Entgegenkommen behandelt. Nun erst hörte auf einmal die ganze bisherige Rechtskontinuität auf und von Paris aus wurde das nackte Gewaltprinzip durchgesetzt. Vergebens beriefen sich die betrogenen Deutschen in Österreich auf die versprochene Selbstbestimmung gegenüber den den Italienern, den Tschechen, den Südslawen von den Völkerbündlern zugestandenen Gewalteingriffen in rein deutsche Volksgebiete. Alle Berufungen und Proteste fanden keine Beachtung.

Hirtenbrief. Von einem höheren Standpunkt betrachtete ein Hirtenbrief der Bischöfe Deutschösterreichs vom 23. Jänner die Lage: „Warum ist das immer unbesiegte Reich so unglücklich geworden? Die falschen Ideen einer gottentfremdeten Kultur haben zum furchtbaren Blutbad geführt. Erst nach völliger Erschöpfung der Völker ist diese Erkenntnis allgemein geworden.

Darum hat der Krieg so lange gedauert. Durch die Revolution ist die Demokratie in unser Land gekommen. Wohl hat bereits Thomas von Aquin der Herrschaft des christlichen Volkes das Wort geredet. Aber ohne den Geist des Christentums wirken alle Freiheiten nur verheerend wie Bergstürze. Die Kirche verwirft (im Syllabus 54) den Grundsatz der vollendeten Tatsachen, der nichts anderes bedeutet als: Gewalt geht vor Recht. Aber das hindert uns nicht, daß wir unter Berücksichtigung der Umstände, unter welchen sich dieser Wandel vollzogen hat, uns auf den Boden dieser Tatsachen stellen und von da aus mitzuwirken suchen am Aufbau einer glücklicheren Zukunft. Daher ist es Pflicht, das Wahlrecht pünktlich auszuüben, um den falschen Ideen: Trennung von Staat und Kirche, freie Schule, freie Ehe, entgegenzuwirken. Auch der Glaube hat staatenbildende und staatenerhaltende Kraft." — So wurde wenigstens der Vorstoß der Kirchenfeinde in der „Ehereform" zurückgewiesen.

Der tschechoslowakische Präsident Masaryk hatte die Stirne, sich je nach Bedarf bald auf das historische Staatsrecht, bald auf den Nationalismus zu berufen, jenes, um die Deutschen Böhmens, dies, um die Slowaken Ungarns zu beuten. Der Ursprung dieses widerspruchvollen Staatengebildes beruhte auf der Verleitung zum Hochverrat, die von der französischen (und amerikanischen) Regierung ausgegangen war und zu einem Geheimabkommen in Paris 28. September 1918 geführt hatte. Darin verpflichtete sich das tschechoslowakische Volk, die französische Republik mit seinen Armeen zu unterstützen, wogegen Frankreich den tschechoslowakischen Nationalrat als faktische, in Frankreich residierende Regierung anerkannte und sich verpflichtete, einen „unabhängigen Tschechoslowakischen Staat in den Grenzen seiner gewesenen historischen Länder zu realisieren". Dies Geheimabkommen wurde in Prag am 14. Jänner 1919 nur teilweise veröffentlicht.

Im neugegründeten geeinigten Königreich der Serben, Kroaten (Hrabaten) und Slowenen (SHS) vom 5. Jänner an, wurde Bodenverteilung versprochen. Der neue Staat hatte noch keine festen Grenzen, ebensowenig wie die andern phantastischen Nationalstaaten, so die Ungarische Volksrepublik, die unter dem Ministerpräsidenten Karolyi die Besetzung Preßburgs durch die Tschechen (2. Jan.) und das Selbstbestimmungsrecht der ungarländischen Völker zur Kenntnis nehmen mußte. SHS.

In Luxemburg erfolgte ein kleiner Thronwechsel. Großherzogin Marie Adelheid verzichtete am 15. Jänner auf die Regierung, die sie ihrer Schwester Charlotte überließ; sie zog sich in ein Kloster zurück. Luxemburg.

Februar.

Im Februar rückte die Pariser Konferenz mit dem Entwurf für den Völkerbund heraus, das heißt mit dem Werkzeug, das fünf Großmächte (Amerika, England, Frankreich, Italien, Japan) in die Lage setzen sollte, die Welttyrannei auszuüben, wenn sie einig blieben. Eigentlich waren es nur Amerika und England, die den Ton angaben und die Welt unter sich teilen wollten. Der Entwurf traf Bestimmungen über eine Delegiertenversammlung, einen exekutiven Rat, ein Sekretariat, über erschwerte oder willkürliche Zulassung anderer Staaten, Reduktion der Völkerbund.

Rüstungen, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit aller Bundesangehörigen, Friedenspolizei, Schiedsgericht eines permanenten internationalen Gerichtshofes, kriegerische Exekution gegen Unbotmäßige, Recht des Durchzugs (!), Kontrolle über Waffen und Munition, Ausnahme des Selbstbestimmungsrechtes für Kolonien, Freiheit des Verkehrs, gleichmäßige Behandlung des Handels, Nachprüfung der Verträge, Aufhebung von Sonderabkommen, die mit dem gegenwärtigen Pakt unvereinbar seien. Das Projekt war von vierzehn Nationen unterzeichnet. Wilson hielt darüber am 15. Februar eine salbungsvolle Rede. Auch die andern Delegierten sprachen überschwengliche Erwartungen aus. Unverschämt weitgehende Anforderungen stellten die verhätschelten Tschechen an die Konferenz; sie wollten eigentlich so ziemlich alles. Wilson mußte froh sein, daß sie nicht auch Ansprüche auf Amerika machten. Allerdings sah Wilson bereits besser als andere die Gefahr der gegenwärtig überspannten Lage voraus; er sah in der Blockade gegen Deutschland einen Hauptgrund der allgemeinen Arbeitslosigkeit in der Welt. Etwas enttäuscht machte er sich auf den Heimweg nach Amerika. Clemenceau wurde von einem Attentäter angeschossen (19. Febr.). Die irische Nation verlangte vergebens eine Vertretung auf der Pariser Konferenz.

Churchill. Auch Churchill in London äußerte sich besorgt über die Lage. Er führte in einer Rede am 22. Februar aus: „Die Lage hat den Lateinern und Angelsachsen die augenblickliche Führung der Weltgeschichte in die Hand gegeben und ihnen eine ungeheure Verantwortung auferlegt. Eine Vereinigung Deutschlands und Rußlands gegen England und Amerika könnte zu einer neuen Katastrophe führen. Man muß also beide zu versöhnen suchen." — Im Unterhaus klagte man, daß die Pariser Konferenz alles, nur nicht den Frieden mit Deutschland bespreche, und äußerte sich geringschätzig über den Völkerbund. Solange in Rußland der Bolschewismus herrsche, sei kein Friede denkbar. — Die englische Thronrede gab die besorgniserregende Lage in Irland zu (11. Febr.).

Sozialistenkonferenz. Auch die internationale Sozialistenkonferenz in Bern (3. bis 10. Febr.) besprach das Problem des Bolschewismus. Branting widersetzte sich dem Terror der Minderheit. Dagegen rühmte der Deutsche Kautsky das Verhalten der Unabhängigen; es sei ein Glück, daß Deutschland und der Militarismus nicht gesiegt habe. Die Mehrheitssozialisten haben eine falsche Politik getrieben. Ebenso grundlos versicherte Friedrich Adler (der amnestierte Mörder, Sohn Viktor Adlers), daß Österreich den Krieg planmäßig vorbereitet habe, und zwar mit Einverständnis Deutschlands. Er klagte jene Sozialisten an, welche die Interessen der Internationale verraten hätten. Alle diese Leute, die zum geringsten Teil selbst Proletarier waren, sondern nur jüdische Hetzer, suchten sich als Proletarier zu geben und die Welt zu blenden. Mit Behagen nahmen die Vertreter aus den Außennationen die Selbstbeschuldigungen dieser Deutschen und Österreicher als schlüssige Beweise entgegen. Ebenso selbstverständlich hielt Kurt Eisner aus München den Völkerbund durch eine Resolution der Versammlung bereits für verwirk-

licht (6. Febr.), allerdings nicht im Pariser Sinne; auch faßte eine Resolution über die territorialen Fragen die Dinge wesentlich anders, als es in Paris geschah, aber ohne daß man in Paris davon im geringsten Kenntnis nahm. Man täuschte sich in Bern ebenso wie in Paris mit Phrasen über die wirklichen Verhältnisse hinweg.

Man berechnete die Kriegsverluste der Außenmächte auf 5,500.000 Tote, ohne die Toten der französischen Zivilbevölkerung. — Die Bolschewiken teilten die Erschießung mehrerer russischer Großfürsten mit.

Im Theater zu Weimar wurde am 6. Februar nach feierlichen katholischen und protestantischen Gottesdiensten die deutsche Nationalversammlung eröffnet. Der Volksbeauftragte Ebert begrüßte besonders die gleichberechtigt gewählten Frauen. Er sagte: „Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution, sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. Das deutsche Volk kehrt so auf den Weg der Gesetzmäßigkeit zurück. Mit den alten Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei (Rufe rechts: „Abwarten!") . . . Wir haben den Krieg verloren, das ist keine Folge der Revolution (Rufe: „Oho!"). Die Revolution lehnt die Verantwortung ab . . . Wir protestieren gegen die Rache- und Vergewaltigungspläne der Entente. Im Vertrauen auf die Grundsätze Wilsons hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilsonfrieden, auf den wir Anspruch haben. Unsre freie Volksrepublik erstrebt nichts anders, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten. Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Völker den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten . . . Unsere deutschösterreichischen Brüder haben bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der großen deutschen Republik erklärt. Jetzt hat die deutschösterreichische Nationalversammlung erneut uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen wird, das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat, wieder anzuknüpfen . . . Wir gehören zusammen. Kein Grenzpfahl soll mehr zwischen uns stehen." Zum Schluß berief er sich auf das soziale Programm Fichtes. — Die „Unabhängigen" lehnten den Eintritt in die Regierung ab, „bis sämtliche Mitglieder der Regierung den Willen betätigen, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften gegen die Bourgeoisie und Militärautokratie sicherzustellen". Zum Präsidenten der Versammlung wurde der Sozialdemokrat Dr. David gewählt, zu Vizepräsidenten: Fehrenbach (Zentrum), Haußmann (Demokrat), Dietrich (Deutschnational). Zum Präsidenten des Deutschen Reiches wurde Fritz Ebert gewählt. Dr. David rühmte dessen Verhalten seit dem 9. November, seit dem Rücktritt des Prinzen Max von Baden. Eberts Rede für Freiheit und Recht gipfelte im Satz: „Dem Gewaltprinzip zwischen den Völkern Weimar.

haben wir feierlich abgesagt." Aber Freiheit und Recht waren nicht durchzuführen, da in Paris lediglich das Gewaltprinzip mit Verachtung der Völkerrechte galt. Es ist hier schwer zu entscheiden, was größer war: die Heuchelei der Pariser Konferenzler oder die Naivität der deutschen Sozialisten. — Das Präsidium des Reichsministeriums wurde vom Reichspräsidenten an Scheidemann übertragen. Dieser bekannte sich als Mehrheitssozialist und Gegner der Unabhängigen mit ihrer gewalttätigen Politik. Er nannte Ludendorff den „genialen Hasardeur des Weltkriegs", der der Macht der Zahlen unterlag. Auch er glaubte kindlich an Wilsons Ehrlichkeit. Da auch David ins Ministerium eintrat, wurde an seine Stelle Fehrenbach (Zentrum) zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Der Reichsminister des Äußern Graf Brockdorff-Rantzau legte die Verhältnisse zu den Nachbarstaaten dar und trat besonders (aber doch nur platonisch) für die Einheit mit Deutschösterreich ein. Über die Finanzlage referierte Minister Dr. Schiffer, über die Reichswehr Minister Noske, über die Waffenstillstandsverhandlungen in Trier Minister Erzberger. Den Antrag über den Anschluß Deutschösterreichs unterschrieben sämtliche Parteien, auch die unabhängigen Sozialisten; er wurde einstimmig am 21. Februar angenommen. Als neue Reichsfarben wurden demgemäß die großdeutschen bestimmt: Schwarz-rot-gold. — Hindenburg begab sich mit dem Hauptquartier nach dem Osten, nach Kolberg, um den deutschen Boden vor dem Bolschewismus zu schirmen.

Bayern. Eine eigentümliche Stellung hatte die bayerische Republik eingenommen. Unter Kurt Eisners Diktatur hatte sie sich schon am 4. Jänner ein Staatsgrundgesetz kommunistischer Färbung gegeben. Die dortigen Unruhen gipfelten in der Ermordung Eisners durch den Leutnant Graf Arco-Valley am 21. Februar. Darauf ging auch eine Schießerei im Landtag an. Aber der Kommunismus war für die Folge besiegt.

Über die Form des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich gab es verschiedene Möglichkeiten. Eine einfache Annexion schien nicht auf einmal möglich. Der Verfassungs- und Verwaltungsapparat Deutschösterreichs, dessen wirtschaftliche Besonderheit schien ein schrittweises Vorgehen notwendig zu machen; dazu kam der Wechsel der Währung, Vereinheitlichung der Staatsschulden, Abbau der Zwischenzollinie.

Zu den Gewalttätigkeiten der Völkerbündler gehörte der Raub von Wiener Kunstschätzen durch die Italiener auf Grund weithergeholter Rechtsansprüche. Die provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs beschäftigte sich mit Steuergesetzen, mit einem Wehrgesetz, einer Geschäftsordnung und mit Protesten gegen allseitige Vergewaltigungen. Am 16. Februar fanden die Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung statt, und zwar für beide Geschlechter nach dem Proporzionalsystem. Das Ergebnis war: 69 Sozialdemokraten, 63 Christlichsoziale, 24 Deutschnationale, 1 bürgerlicher Demokrat, 1 Jüdischnationaler, 1 Tscheche. Die christlichsozialen Wähler waren diesmal zumeist Bauern, die bürgerlichen Elemente splitterten sich ab.

Es zeigte sich dasselbe Parteienverhältnis wie im Deutschen Reich. Es zeigte sich im Wahlkampf auch die krankhafte Sucht, einander durch freiheitliche Proklamationen zu überbieten. Es fehlte durchaus das Gleichgewicht einer konservativeren Richtung. Dazu kam die lähmende Unklarheit wegen der Stellung der Deutschen in den tschechoslowakischen Gewaltgebieten und wegen der Stellung zum Deutschen Reich. All das gab einer haltlosen revolutionären Strömung freie Bahn. Unter solchen Umständen befanden sich die Sozialdemokraten in einem unberechtigten Siegesrausch. Die Deutschböhmen hielten in Wien eine provisorische Landesversammlung ab.

Die Tschechen machten sich mit Pariser Genehmigung im angeblich slowakischen Preßburg heimisch und tauften es „Bratislawa". Dagegen mußten sie auf Pariser Befehl das Teschener Gebiet an die ebenso fragwürdige polnische Republik ausliefern. Dort in Polen machte sich der Klavierspieler Paderewski zum Präsidenten. Der neue polnische Reichstag zählte 13 Mitglieder der nationalen Arbeiterpartei, 27 der nationalen Bauernpartei (Antisemiten, Antibolschewiken, Ententefreunde als christlichsoziale Gruppe, konservative Bauern), 10 konservative Galizier, 6 galizische Demokraten, 32 Sozialisten, 8 Juden, 2 Deutsche. Eine starke Heeresmacht hatten nur die Tschechoslowaken, welche der französische General Pellé als Generalstabschef befehligte. Tschechen.

Die ungarische Regierung stellte wenigstens für die Deutschen der Volksrepublik einen eigenen deutschen Minister auf: Johann Junker, mit einem Staatssekretär und einem deutschen Gouverneur von Westungarn (Zsombor). In Pest wurde eine Anzahl Kommunisten verhaftet, die gestanden, von Rußland bezahlt zu sein. Übrigens war auch das Walten der Partei des Michael Karolyi radikal genug; man schwärmte auch dort für den problematischen Völkerbund. Ungarn.

März.

Der Humbug mit dem Völkerbund trat im März immer mehr zutage. Präsident Wilson hielt am 5. März in der Neuyorker Metropolitanoper darüber eine komödienhafte Rede über die „süße Rache", die Amerika an der Welt genommen habe, indem es für die Idee der Gerechtigkeit kämpfte, die alle Menschen auf der ganzen Welt verbinden müsse. Selbst wenn der Völkerbund nichts anderes wäre, als eine Gesellschaft zur Besprechung laufender politischer Fragen, würde er jede Intrige unmöglich machen. Deutschland wäre nie in den Krieg eingetreten, wenn es der Welt erlaubt hätte, auch nur eine Woche lang die Frage des Angriffes auf Serbien zu besprechen. Aber so wagte es nicht, den britischen Vorschlag eines ein- oder zweitägigen Aufschubes zuzulassen (weil es sonst von Rußlands Kavallerie überfallen worden wäre). Wenn Deutschland gewußt hätte, daß England mit Frankreich und Rußland zusammengehen würde, hätte es sich nie an das Unternehmen herangewagt. (Um so früher mußte es sich wehren.) Der Völkerbund ist als eine Warnung an alle das Recht (lies: die Macht) nicht achtenden Nationen gedacht, daß nicht nur Völkerbund.

Großbritannien, sondern auch die Vereinigten Staaten (die Zweimächte-Welthegemonie) und die übrige Welt bereit seien, Unternehmungen solcher Art zu durchkreuzen. Die Staatsmänner Europas (des Kontinents) hatten keine Voraussicht, haben nie den Pulsschlag des Herzens der Welt gefühlt (den angelsächsischen Imperialismus). — Mit der Absicht, diesen Imperialismus auf dem Wege des Völkerbunds durchzuführen, kehrte Wilson mit Gemahlin am 14. März wieder nach Paris zurück. — Im selben Geiste fuhr Lloyd George am 4. März die „kleinen Nationen“ an und warnte sie als ihr „wahrer Freund“, sich von ihrem großen Erfolg nicht verwirren und blenden zu lassen. Das galt besonders den Tschechoslowaken mit ihrer Neigung, sich auch über die Grenzen ihrer Rasse hinaus auszudehnen, Gebiete zu annektieren, die ihnen nicht gehörten, mit ihrer Ländergier nach Gegenden, die von andern Nationen mit anderer Sprache, Religion und Tradition bewohnt werden. Sie dürfen sich nicht vom Geist der Expansion beherrschen lassen, sondern sollen sich nur mit der Freiheit ihrer eigenen Nation begnügen. In einer Sitzung des industriellen Komitees am 4. März sprach Lloyd George die Erwartung aus, daß außer Rußland auch Deutschland zugrunde gehen werde, während England allein berufen sei, die Zivilisation zu retten. Nur müsse man sich an den kommunistischen und anarchistischen Zuständen in Rußland und Deutschland ein warnendes Beispiel nehmen. — In Frankreich bestand noch immer die Angst vor dem kriegerischen Deutschland, weshalb man hier auf völlige Abrüstung und Entwaffnung des Deutschen Reichs hinarbeitete. Auch der gefährlichen Verbindung Deutschösterreichs mit Deutschland widersetzte man sich entschieden. Die Italiener stellten in Paris noch weitere Forderungen als die ihnen vertragsgemäß zugebilligten und suchten die Aspirationen nach deutschem und slawischem Gebiet als gerecht und mäßig, als völlig in den Rahmen der Wilsonschen Fundamentalsätze fallend zu erweisen. Das wurde ihnen nicht schwer; denn sie wiesen darauf hin, daß auch das neue Polen 40 Prozent nichtpolnischer Bevölkerung enthalte, Böhmen 30 Prozent, Rumänien 17 Prozent, Jugoslawien 11 Prozent, Frankreich 4 Prozent, Italien nur 3 Prozent fremdnationaler Bevölkerung. Dabei berief man sich, je nachdem man es brauchte, auf Geschichte, auf Geographie, auf Verkehr usw.

Lloyd George.

Christl.-sozialer Arbeiter-kongreß.

Ein christlichsozialer internationaler Arbeiterkongreß in Luzern (19. bis 21. März) bekämpfte die Kulturgefahr des kommunistischen Bolschewismus und des materialistischen Sozialismus. Wohl aber müsse ein solidaristisches System den ungezügelten Privatkapitalismus ablösen. Der Staat habe die Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen zu verhindern und monopolartige Privatbetriebe unter öffentliche Kontrolle und Regeln zu stellen. Zugleich mit dem Völkerbund müsse ein internationaler Wirtschaftsbund geschaffen werden. An den Papst wurde ein Danktelegramm abgesandt.

Gegen die noch immer drohende Spartakus-Partei richtete sich eine Kundgebung des deutschen Reichsministeriums in Weimar vom 1. März: „Während Nationalversammlung und Reichsregierung an den Fundamenten der Republik arbeiten, droht wirtschaftliche und politische Anarchie das Reich zu zerstören. Terroristische Elemente wollen die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Nationalversammlung beseitigen. Verleumdung ist es, wenn die gewalttätigen Schürer des Aufruhrs behaupten, man wolle die Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution bringen. Noch größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage. Täglich gehen Tausende an Unterernährung zugrunde. Die Kohlenförderung stockt, zahllose Fabriksbetriebe stehen still. Eine Armee von Arbeitslosen ist angewachsen. Nur die Arbeit kann uns retten. Jeder Streik führt uns einen Schritt näher dem Abgrunde ... Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich dazu eignen. Die Revolution gibt keinen Freibrief auf Raub, Mord und Gewalttätigkeiten ... Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher.“ Spartakus.

Es stellte sich heraus, daß die Spartakus-Unruhen mit russischem Gelde bezahlt wurden. Man fürchtete, daß eine französische Propaganda die rheinischen Gebiete vom Deutschen Reiche loslösen wolle. Man beschloß im Verfassungsausschusse am 21. den Zusatz: „Deutschösterreich tritt als Ganzes als Gliedstaat dem Deutschen Reiche bei.“ Zur Vertretung der deutschen Gliedstaaten bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches sollte ein Reichsrat gebildet werden. In Bayern bildete sich den Neuwahlen gemäß eine neue Regierung, die zumeist aus Mehrheitssozialisten bestand (18. März). Die Fideikommisse und der Adel wurden aufgehoben. Besonders feierlich wurde im bayrischen Landtag der Anschluß Deutschösterreichs aufgenommen. Die preußische Landesversammlung begrüßte Ministerpräsident Hirsch am 13. mit der Erklärung, Preußen sei bereit, im Reich aufzugehen, aber nicht durch Zerschlagung in lebensunfähige Zwergrepubliken. Preußens Aufgaben für Deutschland sind noch nicht erfüllt. Bei der Annahme der Notverfassung (20. März) ärgerten sich die Unabhängigen wegen Nichtannahme des Rätesystems.

Ludendorff protestierte gegen seine Charakterisierung als Hasardeur durch Scheidemann. Hindenburg erklärte von seinem Hauptquartier in Kolberg aus die Umstände, unter denen Kaiser Wilhelm außer Landes nach Holland ging. Über die Vorgeschichte des deutschen Waffenstillstandsangebots entspann sich eine Kontroverse. Zur Feststellung der Schuld am Kriege hatte die deutsche Regierung bereits im November durch Vermittlung der Schweiz die Einsetzung einer internationalen Kommission vorgeschlagen. England hatte darauf der Schweiz geantwortet, das sei unnötig, „da nach der Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt worden ist“. Diese Antwort charakterisierte sich als die freche Behauptung des wirklich Schuldigen, der eine unparteiische Untersuchung zu scheuen hat. Die deutsche Gesandtschaft wies in einem Schreiben an die Schweizer Regierung auf die Anmaßung der Alliierten hin, in einer Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld geziehen werden, zugleich Ankläger und Richter zu sein. Ludendorff.

Um den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland bemühte sich besonders lebhaft der deutschösterreichische Staatssekretär Dr. Bauer. Es wurde Deutschösterreich.

ein gegenseitiger Staatsvertrag über den Zusammenschluß beraten, die handelspolitischen Übergangsbestimmungen, die Fragen des Eisenbahnwesens und der Binnenschiffahrt, besonders der Donau-Rhein-Verbindung, der Übergang zur Markwährung, die Angleichung der verschiedenen Rechtsgebiete, der sozialen Gesetzgebung und des Unterrichtswesens, die Stellung Wiens als zweiter Reichshauptstadt. Gegen blutige Unterdrückung deutschböhmischer Kundgebungen durch tschechische Truppen am 4. März wurde an das Ausland appelliert. Es war die Rede von hundert Opfern, darunter dreißig Toten. Aber der Vorschlag, das deutsche Gebiet von dreieinhalb Millionen Volksgenossen, das die Tschechoslowaken in Anspruch nahmen, vorläufig durch neutrale Truppen besetzen zu lassen und dann eine Volksabstimmung einzuleiten, fand bei den heuchlerischen Vertretern des Selbstbestimmungsrechtes der Völker kein Gehör. Ebensowenig konnte die Einheit von Deutschtirol gegenüber den italienischen „nationalen" Aspirationen durchgesetzt werden. In der christlichsozialen Vereinigung wurden am 3. und 4. März zu Obmännern Hauser, Fink und Weiskirchner gewählt. Es bildete sich eine Großdeutsche Vereinigung der deutschnationalen Abgeordneten unter Obmann Dinghofer auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker: Befreiung der besetzten deutschen Gebiete; Angliederung Deutschösterreichs mit Deutschwestungarn an den großdeutschen Volksstaat; Referendum und Initiative in unmittelbarer Volksabstimmung.

In der deutschösterreichischen konstituierenden Nationalversammlung wurde Seitz zum Präsidenten gewählt (5. März), Hauser zum zweiten, Dinghofer zum dritten Präsidenten. Staatskanzler Renner gab bereits der Einsicht Ausdruck, daß man in Paris nicht einen Völkerbund, sondern eine „unheilige Allianz" schaffen wolle. Der Republik war es sehr eilig mit der Landesverweisung des Hauses Habsburg-Lothringen und der Übernahme von dessen Vermögen, ebenso mit der Abschaffung der Todesstrafe und der Aufhebung des Adels. Daraufhin erfolgte auf telegraphische Anfrage Kaiser Karls aus Eckartsau die Erklärung der Schweizer Regierung, daß sie ihm Asylrecht gewähre, worauf der Kaiser am 23. März abreiste. Es wurde festgestellt, daß er keinen eigentlichen Thronverzicht geleistet habe. Im Gegenteil hatten die republikanischen Staatsmänner den Eindruck, die Entente könnte beabsichtigen, eine Donauföderation unter der konstitutionellen Herrschaft der Habsburger aufzurichten. Dieser Verdacht wurde dadurch gesteigert, daß die Abreise des Kaisers und seiner Familie unter der Patronanz der englischen Regierung (Oberstleutnant Strutt) erfolgte. Das vorläufige Ziel des Kaisers war Schloß Wartegg bei Rorschach am Bodensee.

Ungarn. Am stürmischesten waren die Märzereignisse in Ungarn. Michael Karolyi, der Präsident der radikalen Volksrepublik, mußte abdanken und die Macht dem „Proletariat der Völker Ungarns", das heißt den Juden übergeben (19. März). Die Sozialisten traten mit den Kommunisten zur „Ungarischen Sozialistenpartei" zusammen. Es bildete sich ein „revolutionärer Regierungsrat" von „Volkskommissären", welche durch einen den russischen Bolschewiken nachgeahmten Aufruf „An alle" die Diktatur des angeblichen Proletariats proklamierten (22. März). Die volle ideelle und seelische Solidarität mit der russischen Sowjetregierung sollte durch ein Waffenbündnis betätigt werden. Die Arbeiterschaft der Ententestaaten und der andern, besonders der Nachbarländer, wurde harangiert und zur Nachfolge aufgefordert. Das geschah durch Bela Kun, den Volkskommissär des Auswärtigen. Daraufhin verließen die

Ententemissionen Budapest. Lenin antwortete auf Kuns Funkenspruch aus Moskau „mit kommunistischem Gruß und Händedruck". Von Wien aus hatte Friedrich Adler im Namen der Arbeiterräte Deutschösterreichs das Proletariat Ungarns am 22. März „mit heißem Herzen" begrüßt. Dieses, oder vielmehr dessen jüdische Verführer suchten durch eine blutige und feige Schreckensherrschaft ihre problematische Stellung zu halten.

Die Tschechoslowaken suchten die Deutschböhmen zu beruhigen und Tschechoslowaken. durch Versprechungen zu ködern. Es zeigte sich dabei eine völlige Verkennung des Kulturwerts der deutschen Nation im Verhältnis zu dem künstlich und doktrinär aufgezogenen tschechischen Nationalismus, der schon deshalb unhaltbar war, da die Slowaken eine eigene Literatursprache hatten und ebensowenig Tschechen sein wollten, wie die Tschechen Slowaken; beide Nationen waren durch Sprache, Geschichte, Tradition, Staatsrecht, Volkspsyche, soziale Konstitution voneinander getrennt. Es gab ebensowenig eine tschechoslowakische Nation, wie es eine einheitliche slawische Nation gibt. Nur die gemeinsame Schriftsprache, Literatursprache macht die Einheit der Nation möglich, aber auch da nicht notwendig, wie man an den Schweizer Deutschen sieht.

Noch ärger waren die nationalistischen Unmöglichkeiten des neuen Polenreiches. Die Polen besetzten am 22. März nach fünftägigen erbitterten Kämpfen das ruthenische (ukrainische) Lemberg. Polen. Eine Ukrainische Nationalversammlung wurde am 26. in Stanislau eröffnet. — Im neuen „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" mit seiner Belgrader Nationalversammlung mußte sich auch sehr bald die Verschiedenheit der „drei Rassen" zeigen, von denen eine dem europäischen, eine dem asiatischen, die dritte einem mittleren Kulturkreis angehörte.

April.

Der Pariser Entwurf des Völkerbundes, der am 14. April ver- Völkerbund. öffentlicht wurde, sicherte den fünf Großmächten, die sich als unbedingte Sieger fühlten, die fast absolute Diktatur. Es war eine Versammlung, ein Rat, ein ständiges Sekretariat vorgesehen, ferner ein ständiger Gerichtshof der internationalen Justiz und verschiedene ständige Kommissionen und Büros. Die Gliedstaaten verpflichteten sich: ihre Rüstungen zu vermindern, sich gegenseitig darüber zu unterrichten, gegenseitig ihre Gebiete zu respektieren und gegen Eingriffe zu sichern, alle internationalen Streitigkeiten entweder einem Schiedsgericht oder einer Prüfung durch den „Rat" zu unterbreiten und nicht zum Krieg zu schreiten, ehe drei Monate nach dem Urteilsspruch oder dem Rate verflossen sind. Ein zuwiderhandelnder Staat hat den ganzen Völkerbund gegen sich. Der Völkerbund hat über die Zulässigkeit von internationalen Verträgen zu urteilen. Die Monroedoktrin wird dadurch nicht berührt. Die ehemaligen deutschen Kolonien und Gebiete des ottomanischen Reichs sind im Interesse der Zivilisation durch dazu ausgewählte Staaten als Mandatare des Völkerbunds unter dessen Aufsicht zu verwalten. Der Völkerbund gilt als Zentralkörperschaft für jede Art

internationaler Tätigkeit. Zusätze zum Vertrag bedürfen der Billigung aller Staaten im engeren Rat und der Majorität in der weiteren Versammlung von Delegierten. Dieser Entwurf wurde von der Friedenskonferenz am 28. April angenommen. Vorläufig wurde Genf zum Sitze des Völkerbundes bestimmt. Generalsekretär wurde auf Wilsons Vorschlag der britische Kronrat Eric Dumand. Im Komitee des Bundes sollten außer den fünf Großmächten noch Belgien, Griechenland, Spanien und Brasilien vertreten sein. Vergebens verlangte Japan das ausgesprochene Prinzip der Rassengleichheit.

Deutsche Regierung.

Diesem kaum verhüllten Gewaltbund wollte die deutsche Regierung einen wirklich gerechten Völkerbundentwurf gegenüberstellen. Vorläufig ohne praktischen Erfolg. Darin war auch dem Päpstlichen Stuhl eine Stelle gesichert. Ein anderer Entwurf ging von neutraler Seite aus. Den Gipfel der Schamlosigkeit erreichte die Pariser Konferenz, indem sie die ganze Verantwortung für den Krieg auf Deutschland und Österreich schob, zweiunddreißig Hauptanklagepunkte hervorzog über barbarische, ungesetzliche Kriegführung und Kriegsverbrechen, wegen derer die Schuldigen, auch Kaiser Wilhelm, vor ein Parteitribunal zu stellen seien. Japan und Amerika waren wenigstens so anständig, die Verantwortlichkeit eines gestürzten Staatsoberhauptes zu leugnen.

Adriafrage.

In Bezug auf die Adriafrage ergab sich sofort eine arge Verschiedenheit der Meinungen zwischen Wilson und den italienischen Vertretern. Wilson schämte sich denn doch, seine Punkte so rücksichtslos von Italien durchbrochen zu sehen. Die Italiener aber meinten, diese Punkte, besonders die Anrufung der Völker gelte nur gegen die feindlichen Regierungen, nicht gegen befreundete Staaten. Ministerpräsident Orlando höhnte die Konferenz, die selber ihre Ansichten über Gerechtigkeit wiederholt von Grund aus geändert habe. Es handelte sich um Fiume und Dalmatien, was da italienisch und südslawisch sei. Orlando reiste mit der italienischen Delegation demonstrativ von Paris ab. Poincaré vermittelte im Namen der „lateinischen Zivilisation"; ihr Bruch wäre eine Katastrophe für die Menschheit. So mußte denn auch Wilson auf den Schein der Gerechtigkeit verzichten und das Prinzip der Gewalt und der Sophistik anerkennen. Die Engländer erkannten die große Gefahr, die der Welt aus dem Zusammenbruch der beiden Mittelstaaten drohte. Churchill warnte, Deutschland nicht dem Bolschewismus in die Arme zu treiben. Das gäbe eine Weltvereinigung der Slawen und Deutschen, deren Wirkungen bis nach China zu bemerken wären. Was würde dann aus dem Frieden, dem Völkerbund, dem Wiederaufblühen des Wohlstandes werden? Der Bund der Besiegten würde sich drohend erheben. Lloyd George meinte, auch der Wiener Kongreß habe neun Monate in Anspruch genommen. Nun seien zehn neue Staaten entstanden, „einige, die unabhängig oder halb abhängig sein werden, und einige, die möglicherweise unter einer Schutzherrschaft stehen würden. Ihre Grenzen müßten angedeutet, wenn nicht endgültig festgesetzt werden. Die Grenzen von vierzehn Ländern müßten neu gezogen werden. Dazu kommen die schweren wirtschaftlichen Fragen, die der internationalen Wasserwege und Eisenbahnen, der Schadensvergütungen, die Arbeiterfragen, der Völkerbund. „Fragen, von denen man vor dem Kriege

nie gehört, haben jetzt beinahe einen Streit zwischen zwei alliierten Staaten verursacht. Die Schwierigkeiten am Balkan haben eine Unruhe geschaffen, wie die, aus der heraus der Krieg entstand.“ Es gibt kein Rußland, nur ein Chaos, einen Vulkan an dessen Stelle. Eine militärische Intervention ist gegen den Grundsatz englischer Politik, zudem von unüberwindlicher Schwierigkeit. Rußland ist nicht zu erobern; der Versuch würde England bankerott machen und auch dem Volschewismus öffnen. Pflicht Englands wäre es nur, die alliierten Länder gegen den Bolschewismus zu verteidigen. (So im Unterhaus am 16. April.) — Endlich gegen Ende des Monats konnte sich die deutsche Friedensdelegation unter Leitung des Reichsministers des Äußern, Brockdorff-Rantzau, zur Reise nach Versailles bereitmachen.

In Weimar bemühte sich indessen Ministerpräsident Scheidemann, gegen die Versuche der Räterepublik vorzugehen. Der Reichspräsident Ebert erließ eine Osterbotschaft mit haltlosen Erwartungen eines „Friedens der Verständigung und Versöhnung“ und Berufung auf die Annahme der Bedingungen des Waffenstillstands vor fünf Monaten. Diese sozialdemokratischen Utopisten betäubten sich durch gesetzliche Festlegung des 1. Mai als Nationalfeiertags, mit der Nebenbedeutung eines Weltfeiertags. Dafür stimmten auch einige Zentrumsabgeordnete. Erzberger sprach noch immer den Wahn aus, daß die vierzehn Punkte Wilsons und ein Völkerbund gleichberechtigter Völker dem Friedensschluß zugrunde liegen werde (20. April). Scheidemann.

Ein Reichsrätekongreß in Berlin (8. April), der aus 138 Mehrheitssozialisten, 45 Unabhängigen, davon 9 Deutschösterreichern, 21 Mitgliedern der Soldatenfraktion, 12 Demokraten, 3 Bauernbündlern und 4 sonstigen Vereinzelten bestand, sprach sich gegen das Prinzip der Vertretung nach der bloßen Zahl aus, verlangte vielmehr als Ergänzung Arbeitkammern, nach Berufen gegliedert, so daß jedes Gewerbe Vertreter (Räte) der einzelnen Kategorien entsende, ebenso die Landwirtschaft und die freien Berufe: also zwei Kammern: Volkskammer und Kammer der Arbeit. Außerdem Volksabstimmung, die von jeder der Kammern verlangt werden kann. Rätekongreß.

In München war am 6. April die Räterepublik durch den „revolutionären Zentralrat Bayerns“ ausgerufen worden. Danach übernahm „das werktätige Volk Bayerns“ in den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten die ganze Gewalt. „Der Landtag wird aufgelöst. An Stelle der Minister treten Beauftragte und Kommissäre des Volkes . . . Alles gehört der Gemeinschaft. Darum ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen . . .“ Diesem Putsch wich die offizielle Regierung Hoffmann und verlegte ihren Sitz einstweilen nach Bamberg. Die Münchener Räterepublik verbrüderte sich durch Funkspruch mit Moskau und Budapest, rief „die Völker Deutschlands, Europas und der Erde“ (warum nicht auch des Mondes) auf, ihr Beispiel nachzuahmen, wie sie dem Vorbilde Rußlands und Ungarns nachgefolgt ist. Es lebe die Internationale! Es lebe die Weltrevolution!“ Moskau erwiderte den Gruß „mit unaussprechlicher Freude“: „Den Räterepubliken Rußland, Livland, Estland, Litauen, Weißrußland, Ukraine und Ungarn ist Bayern gefolgt . . . Unaufhaltsam geht der Siegesmarsch der sozialistischen Revolution vorwärts. Uns gehört die Zukunft, der Tag des vollen Sieges ist nahe.“ Aber bald herrschten in der Räteregierung Münchens Unstimmigkeiten, in den Straßen völlige Anarchie. Das russische Element war vorherrschend. Die Regierungstruppen rückten gegen Ende des Monats auf München vor.

Sozialistenkonferenz. Indessen spielte sich eine Amsterdamer internationale Sozialistenkonferenz ab mit unmaßgeblichen Entschließungen über den Völkerbund, indem sie sich auf den Punkten Wilsons wiegte (29. April). — Aus Rußland kamen widersprechende Nachrichten. Weder die Revolution noch die Reaktion rückten entscheidend vorwärts. Lenin gab zu, daß er die Zeit bis zur Weltrevolution zu kurz bemessen habe: sie werde nicht vor zehn Jahren eintreten. Diese Wartezeit sei aber für Rußland zu lang. Die revolutionäre wie die gegenrevolutionäre Armee (Koltschak) hielten sich fast die Wage; jene war unzuverlässig, diese zu schwach. Es wurde festgestellt, daß Zar Nikolaus und seine Familie am 17. Juni 1918 durch Agenten der Regierung erschossen worden seien.

Ungarn. Die Mitglieder des revolutionären Regierungsrates für Ungarn stellten sich ganz auf den Standpunkt der Gewalt: Wir wollen, daß die Rote Armee, die Klassenarmee des Proletariats, ein gewaltiger Hammer in der Hand der Proletarierherrschaft (lies: Judenherrschaft) sei. Jeder unserer Befehle ist ein Befehl des internationalen Proletariats (lies: Judentums). Die Verantwortung nehmen wir auf uns. Ohne Nachsicht werden wir Verräter zerschmettern." Die oberste Gewalt wurde vorgeblich von der Landesversammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte ausgeübt. „Die Proletarierdiktatur bedeutet nicht die Diktatur einzelner Personen oder Gruppen, sondern daß das gesamte Proletariat seinen Willen den Ausbeuterklassen aufzwingt . . . Dies geschieht im Wege der revolutionären Regierung. Wer sich also der Räteregierung widersetzt, widersetzt sich der Proletarierdiktatur und ist ein Verräter . . . Das revolutionäre Gericht kann die Todesstrafe aussprechen." — Indessen rückten von allen Seiten die Rumänen, Franzosen, Serben und Tschechoslowaken gegen die undisziplinierten Truppen dieser blutigen Schandrepublik heran.

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen übernahm auch Montenegro nach Absetzung des Königs Nikita. — Die „Westukrainische Republik" (Stanislau) befand sich im Kampf gegen Bolschewiken und Polen.

Der neue französische Gesandte für Wien, Allizé, machte dem Staatskanzler freundliche Versprechungen (3. April). Gegen die Beschlagnahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen protestierten die Nationalstaaten, die auch etwas vom Raube haben wollten. Die christlichsoziale Vereinigung sprach ihr Bedauern über dies Gesetz und über die Landesverweisung des Kaiserhauses aus. Die meisten Erzherzoge hatten sich in die Schweiz begeben.

Länderkonferenz. Auf der (vierten) Länderkonferenz in Wien 5. April äußerte sich Renner sehr hoffnungsvoll über den Anschluß an Deutschland und über die friedliche Einfügung der Arbeiterräte in die demokratische Verfassung als Form der Berufsvertretung. An den Ausschreitungen des Rätesystems in Ungarn sei das unüberlegte und blinde Zugreifen der Entente schuld, das die Magyaren in eine unhaltbare, verzweiflungsvolle Lage brachte. Hoffentlich wird das ungarische Unglück die Entente zur Einsicht bringen und Deutschland gegenüber zu größerer Vorsicht mahnen.

Die Statistik über die Wahlen vom 16. Februar für die konstituierende Nationalversammlung Deutschösterreichs ergab von 2,976.904 Stimmen: 1,215,438 sozialdemokratische (40·83 Prozent), 1,068.928 christlichsoziale (35·91 Prozent), 617.372 deutschnationale und Demokraten, 7770 jüdischnationale und 67.396 Tschechoslowaken. Von den 159 Abgeordnetensitzen erhielten die Sozialdemokraten 69, die Christlichsozialen 63, die Deutsch-

nationalen 24, die drei übrigen Sitze kamen einem Bürgerlichdemokratischen, einem Jüdischnationalen und einem Tschechoslowaken zu.

Als Staatsfeiertag wurde der 12. November, der Tag der Verkündigung der bankerotten Republik, als Volksfeiertag von internationaler Bedeutung der 1. Mai gesetzlich bestimmt. Der Zwang zu religiösen Übungen der Schüler wurde aufgehoben.

Der Vollzugsausschuß der Arbeiterräte warnte die bürgerlichen Parteien davor, die Selbstbeherrschung des Proletariats falsch zu deuten. Daß durch „Zufälle der Arithmetik“ in der Nationalversammlung und deren Ausschüssen eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, „kann nichts an der Tatsache der realen Machtverhältnisse im Staat ändern. Das Proletariat fühlt sich als die entscheidende Klasse im Staat.“ Es will, „daß es ernst werden soll mit der Sozialisierung“. Das Gesetz über Aufhebung des Adels wurde am 3. April angenommen. Die Heimkehrer, Invaliden und Arbeitslosen veranstalteten am 17. April eine Demonstration vor dem Parlament, wobei es zu Schießereien und zu Kämpfen mit der Wache kam. Fünf Wachleute wurden getötet. Im weiteren wurde über Sozialisierung, Betriebsräte, Vermögensabgabe, Ernährung, „Verdorfung“, Verstaatlichung des Volksschulwesens, zentrale Bewirtschaftung, Wiederherstellung gelegter Bauerngüter und Häusleranwesen verhandelt.

Mai.

Der bei der Unstimmigkeit der Entente-Interessen so schwer zustande gekommene Friedensvertrag wurde am 7. Mai zu Versailles der deutschen Delegation ziemlich formlos übergeben. Die Angst der Franzosen vor einer Revanche der Deutschen war ungeheuer. Marschall Foch hatte erklärt, daß die Frankreich gewährte Sicherheit vom militärischen Standpunkt aus ungenügend sei. In dieser unbehaglichen Stimmung richtete Ministerpräsident Clemenceau das Wort an die Deutschen: „Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind dazu geneigt. Aber dieser zweite Versailler Friede ist allzu teuer von den hier vertretenen Völkern erkauft worden, als daß wir nicht einmütig entschlossen sein sollten, mit allen Mitteln alle uns gebührenden Genugtuungen zu erlangen. Den deutschen Bevollmächtigten ist eine Frist von vierzehn Tagen eingeräumt, um in französischer und englischer Sprache ihre schriftlichen Bemerkungen zu überreichen. Darauf wird der Oberste Rat eine Frist zur endgültigen Gesamtantwort geben.“ Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau erwiderte: „Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir kennen die Wucht des Hasses, der uns hier entgegentritt. Es wird verlangt, daß wir uns als die Alleinschuldigen am Krieg bekennen. Das wäre in meinem Mund eine Lüge. In den letzten fünfzig Jahren hat der Imperialismus aller Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die russische Mobilmachung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Heilung. Wir wiederholen: Belgien ist Unrecht geschehen und wir wollen dieses Unrecht gutmachen. Auch in

Friedensvertrag.

der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern, aber man darf nicht vergessen: sechs Wochen hat es gedauert, bis wir den Waffenstillstand erhielten, sechs Monate, bis wir ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Kriege geschehen im Ringen um den Sieg, in Sorge und Leidenschaft. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen! Das Maß der Schuld kann nur eine neutrale Kommission feststellen. Wir fordern eine solche Untersuchung. Wir sind nicht schutzlos; unser Bundesgenosse ist das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist. Die gegnerischen Regierungen haben zwischen 5. Oktober und 5. November 1918 auf den Machtfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Panier geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die deutsche Regierung die Grundsätze des Präsidenten Wilson als Friedensbasis vorgeschlagen. Am 5. November hat Staatssekretär Lansing sich damit im wesentlichen einverstanden erklärt. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien bindend. Als nächstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Wir können das nicht ohne Beteiligung der Sieger vollenden ... Unser Zusammenbruch unter der Entschädigungspflicht würde die Ersatzberechtigten um ihre Vorteile bringen und eine unheilbare Verwirrung im europäischen Wirtschaftsleben nach sich ziehen. Gegen diese Gefahr gibt es nur ein Mittel: die wirtschaftliche und soziale Solidarität der Völker in einem freien und umfassenden Völkerbund ... Aber ein Friede, der nicht im Namen des Rechtes verteidigt werden kann, würde neuen Widerstand aufrufen, er wäre unerfüllbar." — Bei diesem Akt waren Wilson, Lansing, House, Pichon, Foch, Venizelos, Klotz, Balfour, Lloyd George, Orlando, Sonnino usw. anwesend.

Der Band mit den Friedensbedingungen enthielt in französischer und englischer Sprache auf 208 Seiten 440 Artikel in 15 Abschnitten. Der erste enthielt den Völkerbundvertrag. Als ursprüngliche Mitglieder waren erklärt: Argentinien, Chile, Columbia, Dänemark, Spanien, Norwegen, Paraguay, Niederlande, Persien, Salvador, Schweden, Schweiz, Venezuela. Die Aufnahme anderer Mitglieder (also auch Deutschlands) hing von der Zulassung durch zwei Drittel der Mitglieder und von gewissen Garantien ab. Sitz ist Genf mit einem Rat von neun Mitgliedern, wobei die fünf feindlichen Großmächte die Majorität hatten. Es folgten Bestimmungen über Abrüstung, gegenseitige Garantien, Regelung der Zwistigkeiten, Gerichtshof, internationale Vereinbarungen und Mandate, Vormundschaft über Schutzstaaten durch geeignete Nationen, Überwachung der Arbeitsbedingung, der Eingebornen, des bedenklichen Handels, des Verkehrs, der Krankheiten, des Roten Kreuzes. —

Völkerbundsvertrag.

Der zweite Abschnitt enthielt die Grenzen Deutschlands: Korrektur gegen Belgien, Austritt Luxemburgs aus dem Zollverein, keine deutsche Festung am linken Rheinufer und fünfzig Kilometer vom rechten; keine bewaffnete Macht in dieser Zone. Abtretung des Saarbeckens mit den Kohlenminen an den Völkerbund zur Ausnützung durch Frankreich; nach fünfzehn Jahren bedingte Volksbefragung. Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Deutschösterreich darf nicht an Deutschland angeschlossen werden, ausgenommen durch Zustimmung des Völkerbundes. Anerkennung der Grenzen der Tschechoslowakei. Abtretung von Posen usw. an Polen. Volksabstimmung in Ostpreußen. Danzig bildet eine „Freie Stadt" unter Garantie des Völkerbunds mit großen Vorrechten für Polen, in dessen Suzeränität Danzig fallen wird. Volksabstimmung über Nordschleswig. Schleifung der Befestigungen von Helgoland. Annullierung des Brest-Litowsker Vertrags mit der maximalistischen Regierung. Deutschland verliert alle überseeischen Besitzungen und die Privilegien in China, Siam, Liberia, Marokko, Ägypten, Türkei, Bulgarien. Kiautschou geht an Japan über. Die deutsche Militärmacht darf nicht hunderttausend Mann überschreiten, der allgemeine Militärdienst ist aufgehoben, der Generalstab wird aufgelöst. Auslieferung des Kriegsmaterials, das das Maximum übersteigt. Die deutsche Armee besteht nur aus Freiwilligen auf zwölf Jahre (fünfundzwanzig Jahre für die Offiziere); Beschränkung der Küstenbefestigung, Kontrolle der drahtlosen Telegraphie. Verbot von Flugzeugen. Wilhelm II. wird wegen schwersten Vergehens gegen die internationale Moral und gegen die Heiligkeit der Verträge in öffentlichen Anklagezustand versetzt. Er soll (von Holland) ausgeliefert werden. Ebenso von Deutschland alle sonstigen Angeklagten. Zur Schadensvergütung hat Deutschland vor Mai 1921 eine Anzahlung von zwanzig Milliarden Mark in Gold zu leisten, ferner eine Abschlagszahlung von hundert Milliarden Mark in verschiedenen Zahlungsmitteln (Tiere, Maschinen, Farbstoffe, pharmazeutische Artikel, Kohlen, Benzol, Unterseekabel). Wirtschaftliche Meistbegünstigung. Internationalisierung des Verkehrs auf dem Kieler Kanal. Internationales Arbeitsabkommen. Vorläufige Besetzung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe auf fünfzehn Jahre. Gegenmaßregeln gegen Wiederherstellung einer deutschen Flotte. Die feindlichen Luftfahrzeuge dürfen Deutschland überfliegen. Donau, Elbe, Oder und Memel werden als internationale Flüsse erklärt, die Elbe mit Moldau von Prag ab. In die Kolonienbeute teilten sich die Sieger. England nahm Südostafrika, Südwestafrika die Südafrikanische Kolonie. Samoa wurde zu Neuseeland geschlagen, andere Inseln zu Japan, Kamerun zumeist zu Frankreich. Auf Bitten des furchtsamen Frankreichs sagten Amerika und England ihre Hilfe zu für den Fall eines „nicht herausgeforderten Angriffs von deutscher Seite".

Die Erbitterung in Deutschland über diese Friedensbedingungen war allgemein. Es war aber zu spät, daß nun auch die am Zusammenbruch schuldigen Sozialdemokraten ihre „Enttäuschung" erklärten. Vergebens wandte sich im „Vorwärts" der Vorstand der sozialdemokratischen Partei an die Sozialisten aller Länder. Am schmachvollsten erschien das Verbot, daß sich Deutschösterreich anschließe, weil das in rohester Weise dem angerufenen Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach. Die unabhängigen Sozialisten trösteten sich damit, daß der Versailler Friede ebenso wie der von Brest-Litowsk und Bukarest nur von kurzer Dauer sein werde und durch die revolu-

tionäre Entwicklung zunichte gemacht werden müsse. Ministerpräsident Scheidemann sagte in der Nationalversammlung am 12. Mai: „Nicht der Krieg, sondern der harte kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser geschwächtes Volk sein. Durch ihn können wir unser Volk wieder zur Gesundung führen ... Es ist, als kämpften heute Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.“ Präsident Fehrenbach sagte: „Wir hatten von der Vernunft der feindlichen Völker immerhin erwartet, daß sie wenigstens etwas von ihren Versprechungen wahr machen werden. In diesem Friedenswerk aber steht vom Völkerbund und Völkerfrieden kein Wort ... Wir danken den Neutralen, die diesen Frieden verworfen haben ... Aber wo bleiben die Vertreter der Religion? Frankreich hat sich gerühmt, die Menschenrechte proklamiert zu haben ... Und die Magna Charta? ... Wenn uns die Schuld an diesem Krieg aufgelastet werden soll, dann weisen wir das zurück. Das deutsche Volk wollte nur einen bescheidenen Platz an der Sonne haben, wollte kein anderes Volk verdrängen. Die letzten Handlungen der Regierung vor Kriegsausbruch mögen (scheinbar) gegen uns zeugen, aber die Schuld für die Ursachen des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde ... Dieser Vertrag ist eine Verewigung des Krieges ... Ex ossibus ultor! Deutschland über alles in der Welt!“ — In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Associated Press“ (Amerika) richtete Reichspräsident Ebert eine „moralische Kriegserklärung“ an die amerikanische Öffentlichkeit: „Das deutsche Volk pflanzt das Banner mit den vierzehn Punkten auf, welches Wilson im Stich gelassen hat. Der Friedensentwurf bedeutet eine vollständige Negierung von Wilsons Friedensprogramm, auf dessen Verwirklichung uns ein Recht zusteht. Wo ist im Friedensentwurf eine Spur aller großen Ideale, die er aufgestellt hat? ... Wir wollen annehmen, daß nur eine vollkommene Unkenntnis der Verhältnisse Ostdeutschlands Amerika dazu veranlassen konnte, die polnischen imperialistischen Phantasien mit kritikloser Sentimentalität zu übernehmen. Die amerikanische Demokratie macht sich zum Genossen politischer Verbrecher.“ — Man berechnete den Verlust Deutschlands an Bevölkerung auf über fünf Millionen, davon kam die Hälfte auf rein deutsche Volksgenossen, die an Polen abzutreten waren, der Rest auf Litauer, Dänen, Tschechen und die linksrheinische Bevölkerung.

Kundgebungen der englischen und französischen Arbeiterschaft gegen den Imperialismus ihrer Länder waren sehr zahm und zweideutig. Das Aktionskomitee der internationalen Sozialistenkonferenz in Genf prüfte den Friedensvertrag sehr theoretisch und fand, daß er keinem Bund der Völker, sondern einer Liga der Regierungen entspreche. Es verlangte sofortige Zulassung Deutschlands und Rußlands zum Völkerbund. Das kostete die Genfer nichts und sie wußten, daß es wirkungslos bleiben werde. Ebenso wirkungslos war ein Aufruf der deutschen Gewerkschaften an die Arbeiter aller Länder 21. Mai. Man sah zu spät ein, daß die Entente die Sozialisten Mitteleuropas zur Revolution aufgestachelt hatte, nur um ihre großkapitalistische Herrschaft über die zertrümmerten Mittelstaaten zu befestigen.

Brockdorff. Indessen suchte der Führer der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Äußern Graf Brockdorff-Rantzau, in Versailles mit dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, zu verhandeln. Er machte ihn darauf aufmerksam, daß der Friedensvertrag der vereinbarten Basis des

Rechtsfriedens in entscheidenden Punkten widerspreche und die ausdrücklich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gegebene Zusage illusorisch mache. Clemenceau umging in seiner Antwort die Kernpunkte. Vor allem wies Brockdorff darauf hin, daß durch die Friedensbedingungen von Deutschland ein Mehrfaches der Menschenopfer gefordert werde als der Krieg verschlungen hat. Im Krieg sind eindreiviertel Millionen gefallen, durch die Blockade ist fast eine Million verhungert. Dieser Hungertod würde sich nun vervielfachen. Im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker stehen die geforderten Abtretungen rein deutscher Gebietsteile. Ferner gab die Frage des deutschen Eigentums im Ausland und die über das Arbeiterrecht Anlaß zu Noten. Clemenceau wandte unter anderm ein, daß Deutschland im Krieg weniger gelitten habe als andere Länder. Auf die deutschen Gegenvorschläge, den Völkerbund betreffend, erwiderte Clemenceau, sie seien weniger praktisch als die im Vertrag enthaltenen Bestimmungen, doch würden sie geprüft werden. Eingehend wurde über Arbeitergesetzgebung und Schutz des Eigentums beiderseitiger Staatsangehöriger verhandelt, ebenso über die Verantwortlichkeitsfrage, über das Schicksal deutscher Bevölkerungen in abzutretenden Gebieten. Bezeichnend war es, daß die Gegner nicht wagten, die Gesamtbedingungen des Friedensvertrags in ihren Ländern zu veröffentlichen und darüber in den Parlamenten zu debattieren, da man mit Recht eine üble Wirkung auf die Stimmung aller rechtlich Denkenden befürchtete. Man übte einen Druck auf Deutschland aus, indem man ihm die Aufhebung der menschenmörderischen Blockade nach Annahme des ebenso mörderischen Friedensvertrags versprach. Für den Fall der Nichtunterzeichnung wurde mit dem Einmarsch gedroht und mit Verschärfung der Blockade.

Gegen Ende des Monats wurde nach Erstreckung der Frist eine ausführliche Gegenantwort auf den Friedensentwurf von den deutschen Delegierten übergeben. Man appellierte wieder von den willkürlichen Machtbestimmungen auf die Rechtsbasis der Wilsonschen Punkte, die man angenommen habe und die allein verbindlich seien. Übrigens könne eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung nur in mündlichen Unterredungen stattfinden. Auch wurde unverzügliche Aufnahme in den Völkerbund verlangt. Die Auslieferung deutscher Angehöriger an ein ausländisches Gericht wurde als unrechtmäßig verweigert.

Hindenburg.

Als Generalfeldmarschall Hindenburg am 1. Mai von seinem Amt zurücktrat, da der Vorfriede geschlossen sei, sprach ihm Reichspräsident Ebert für alle seine dem Vaterland geleisteten Dienste während des Krieges und nachher „den unauslöschlichen Dank des deutschen Volkes" aus. — Als Summe der deutschen Gesamtverluste im Kriege an Toten, Verwundeten und noch Gefangenen wurden 6,730.416 Mann angegeben.

Papst.

Papst Benedikt übersandte am 2. April „dem ausgezeichneten und ehrenwerten Manne Friedrich Ebert Gruß und Heil. Wir beglückwünschen Dich zu der Dir übertragenen hohen Würde, dies um so mehr, als Wir sehen, daß Du Sorge dafür tragen wirst, daß die zwischen Unserm Apostolischen Stuhl und dem Deutschen Reiche bestehenden Beziehungen nicht nur unverändert bleiben, sondern auch fester werden sollen. Indem Wir die Äußerungen Deiner Ehrerbietung und Liebenswürdigkeit erwidern, erbitten Wir für Dich von Gott alles Segensreiche und Glückliche." — Der Kommunistenregierung in München machte der siegreiche Einmarsch der Regierungstruppen ein Ende. Die Rädelsführer der Spartakisten wurden standrechtlich erschossen. Es

wurden nun erst Einzelheiten über die unmenschliche Ermordung der Geiseln bekannt. Ebenso erfolgreich war das Zugreifen der Regierungstruppen im spartakistischen Leipzig. Gegen Bestrebungen zur Losreißung Rheinlands von Preußen erließ die Reichsregierung eine Warnung.

Saint-Germain. Nun endlich wurden auch die Deutschösterreicher zur Friedensverhandlung eingeladen oder, besser gesagt, zur Anhörung der Friedensbedingungen zugelassen. Das geschah vom 12. Mai an in Saint-Germain-en-Laye bei Paris. Der Leiter der österreichischen Delegation war Dr. Karl Renner. Für völkerrechtliche Fragen wurde Heinrich Lammasch zugezogen, weil er als sehr beliebt und angesehen bei den Gegnern galt; hatte er doch aus seiner Ententefreundlichkeit schon während des Krieges kein Hehl gemacht. Es sollte sich aber zeigen, daß das gar nichts half. Es kamen auch Vertreter der bestrittenen Gebiete mit: aus Deutschböhmen, Böhmerwaldgau, Sudetenland, Deutschsüdtirol, Vorarlberg, Untersteiermark, Kärnten, Deutschwestungarn, Deutschsüdmähren. Schon vor der Abreise von Wien wußte Renner, daß die Hoffnung auf Wilsons „Selbstbestimmung der Völker" ein Wahn war. „Aber (sagte er) so wahr es einen westfälischen Frieden gegeben hat und dieser zerrissen worden ist, so wird dieser Friede nicht das letzte Wort der Geschichte sein." In Saint-Germain wurden die Delegierten wie hinter Käfige eingesperrt. Bei der Übergabe der Vollmachten am 19. Mai erschienen außer der feindlichen Gruppe der fünf Großmächte Amerika, England (mit Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Indien), Frankreich, Italien, Japan, auch noch Belgien, China, Kuba, Griechenland, Nikaragua, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, Serbo-kroatisch-slowenisches Königreich, Siam, Tschechoslowakische Republik; wie man sieht, eine sehr gemischte Gesellschaft.

Staatskanzler Renner legte dem Sekretariat des Friedenskongresses einen Bericht über die Kämpfe in Kärnten zwischen Jugoslawen und Deutschen vor; auch ersuchte er am 24., die Eröffnung der Verhandlungen nicht unnötig zu verzögern. Das lange Warten auf den Frieden, die damit verbundenen Gerüchte beunruhigen die heimische Bevölkerung in gefährlicher Weise. Aber trotz der Zusage, den Friedensentwurf am 30. Mai zu überreichen, mußten die Österreicher in ihrer peinlichen Lage noch länger warten.

Wappen. Der Deutschösterreichischen Republik wurde wenigstens das Vergnügen zuteil, ein entsprechendes neues Wappen und Staatssiegel zu erhalten: einen einköpfigen schwarzen Adler, golden gewaffnet und rot bezungt, auf der Brust das österreichische Schildchen, weißer Querbalken in rotem Feld. Auf dem Kopf trägt der Adler eine goldene Mauerkrone mit drei Zinnen, im rechten Fang eine goldene Sichel mit einwärts gekehrter Schneide, im linken einen goldenen Hammer: also Bürger, Bauer und Arbeiter, schwarz-rot-gold. Der Adler, hieß es, habe keine monarchische Bedeutung. Vom Bindenschild hätte man noch bestimmter sagen können, daß er wohl ursprünglich die silberne, durch das rote Ackerfeld fließende Donau bedeute, also die abgekürzte Landkarte des Donaulandes. Ein großes Staatswappen mit dem

Länderwappen der Bundesstaaten wurde in Aussicht gestellt (6. Mai). — Der christlichsoziale Entwurf einer neuen Verfassung begann: „Wir freien Völker der selbständigen Länder Österreich nid der Enns, Österreich ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Heinzenland und die Freistadt Wien schließen uns aus eigenem Antrieb und aus freiem Entschluß zum deutschen Bundesfreistaat Österreich zusammen und geben uns im Vertrauen auf Gottes gnädigen Beistand nachstehende Verfassung." Der großdeutschen Vereinigung war der Anschluß an Deutschland das Wichtigste. Gegen die Annexion Deutschsüdtirols erfolgte ein ohnmächtiger Protest. — Der neue Gemeinderat von Wien mit sozialdemokratischer Majorität wählte Jakob Reumann zum Bürgermeister (22. Mai). Vizebürgermeister wurden Georg Emmerling, Franz Hoß (christlichsozial) und Max Winter. In der Nationalversammlung wurde über Sozialisierung, über Errichtung von Betriebsräten, über Volksernährung, über Abbau der Zentralen, über Errichtung von Volkspflegestätten durch Enteignung von Schlössern, über Wiederbesiedlung, Enteignung von Wirtschaftsbetrieben und dergleichen verhandelt. Als Landeshauptmann des neuen niederösterreichischen Landtags wurde am 20. Mai der Sozialdemokrat Sever gewählt. Die Tiroler Landesregierung versuchte wegen Südtirol an Wilson zu appellieren, natürlich vergebens: „Sind die Worte des Präsidenten ehrlich gemeint, dann kann Deutschsüdtirol nicht an Italien preisgegeben werden. Andernfalls wird binnen kurzem auf den Gipfeln der Tiroler Berge eine Fackel brennen, an der sich der neue Weltkrieg entzünden muß." Es war eben nicht ehrlich gemeint. — In Vorarlberg bezeugte eine Volksabstimmung die Absicht, sich an die Schweiz anzuschließen.

Reumann.

Die ungarische Räterepublik hatte mit der Verteidigung gegen den rumänischen Vormarsch zu schaffen. Waffenstillstandsverhandlungen zerschlugen sich. Man scheute sich doch, die verhafteten Geiseln zu massakrieren, und gab sie frei. In Arad bildete sich eine Gegenregierung unter Graf Julius Karolyi. Ein Vorspiel der kommenden Reaktion war der Versuch ungarischer Offiziere, das ungarische Gesandtschaftsgebäude in Wien zu besetzen. Wiener Polizei griff aber ein und stellte das Gebäude wieder der Räterepublik zurück (5. Mai).

Die Tschechoslowakei führte eine radikale Ehereform ein. Wegen Bestehens einer „sozialistischen Nebenregierung" trat eine Ministerkrise ein. Der Präsident erhielt das Recht der Ernennung und Entlassung von Ministern.

Polen gab sich eine neue Verfassung und Verwaltung auf Grundlage der Dezentralisation. Den Krieg gegen die Ukrainer entschuldigte Ministerpräsident Paderewski als Kampf gegen Bolschewiken, der sowohl Polen wie Ruthenen zugute komme. Die Entente (England und Amerika) sah freilich diesen Kampf sehr ungern.

Das rumänische Königspaar zog triumphierend in Siebenbürgen ein. König Ferdinand erklärte, daß die vom Bolschewismus erlöste Bevölkerung, auch die magyarischen und deutschen Minderheiten, von nun an gleiches Recht genießen werden (31. Mai).

Kaiser Karl übersiedelte am 20. Mai nach Prangins am Genfersee (Kanton Waadt).

Kiew und die Ukraine wurde von Lenin und Trotzki zu einem Hauptherd des Bolschewismus gemacht. — Im Kaukasus am Berg Massjuk fand man die Leichen von hundertfünfzehn von den Bolschewiken getöteten Russen, darunter die Leichen von Generälen.

Wilson. In Washington wurde der Kongreß am 19. Mai eröffnet. Die „Republikaner", Gegner Wilsons, erlangten den Vorsitz in beiden Häusern, zum erstenmal seit 1911. Wilsons Botschaft sprach von der Arbeiterfrage, von der Solidarität der Interessen und Unternehmungen auf der ganzen Welt. So werden die amerikanischen Schiffe und Schiffswerften der ganzen Welt zum Ersatz des zerstörten Schiffsraums dienlich sein. Auch vom Frauenwahlrecht war die Rede und von der Rückgabe der Eisenbahnen an ihre Privatbesitzer zu Jahresende.

Juni.

Eine Kundgebung Clemenceaus im Namen der Entente schulmeisterte die Deutschen über die Arbeitergesetzgebung in einer den Tatsachen widersprechenden Weise, als ob nicht aller Arbeiterschutz von Deutschland ausging, als ob nicht die Ententeländer durchaus rückständig wären in dieser Beziehung (1. Juni). — Erst am 12. Juni wurde Japan den Versailler Friedensberatungen zugezogen, wohl um einen späteren Protest zu verhindern.

Brockdorff. Nach neuerlichem Drängen der Westmächte und Ablehnung der meisten Gegenvorschläge reiste Graf Brockdorff am 16. Juni nach Weimar und referierte dort am 18. über die Sachlage: Deutschland soll erst nach einer Probezeit in den Völkerbund aufgenommen werden. Für das Saargebiet wurden über den Rückkauf der Minen neue Bestimmungen getroffen. Eine Grenzkorrektur wurde für Pommern zugestanden, für Oberschlesien eine Volksabstimmung, die südliche Abstimmungszone in Schleswig wurde auf Antrag Dänemarks fallen gelassen. Über die Liquidierung des deutschen Privateigentums im feindlichen Auslande traten Milderungen ein. Ebenso in bezug auf die inneren Wasserstraßen. — Ministerpräsident Scheidemann bedauerte zumeist, daß die Entente die Vorschläge zur Schaffung eines neutralen Schiedsgerichts über die Schuldfrage abgelehnt habe. Es fanden sich Widersprüche in den Friedensdokumenten, die auf eine schleuderhafte Arbeit hinwiesen. Da sich die wirtschaftlichen Bedingungen nach dem Ausspruch der Sachverständigen als unerfüllbar erwiesen, trat das Kabinett Scheidemann am 20. zurück. Das neue Ministerium Gustav Bauer war für die Unterzeichnung des Friedens mit Vorbehalten. Man lehne jede Verantwortlichkeit für die Durchführbarkeit ab, ebenso das Bekenntnis, als ob Deutschland alleiniger Urheber des Weltkriegs sei, und die Auslieferung deutscher Volksangehöriger. Er schloß seine Rede vom 22. Juni: „Aber ich bin überzeugt, in der Deutschen Repulik könnte keiner mehr eine Hand rühren, wenn ihm der Glaube an das deutsche Volk nicht geblieben wäre. Wir haben vor unsern Kindern und Enkeln die Verpflichtung, Deutschland zusammenzuhalten, soweit es uns geblieben ist. Wir müssen in der Verwirrung Ordnung und Leben der neuen Freiheit sicherstellen. Nur aus Disziplin und Pflichtbewußtsein kann uns noch eine Zukunft erwachsen. Selbst die Weltrevolution kann der Krankheit nicht abhelfen." Die

Nationalversammlung nahm den Antrag an und sprach der Regierung das Vertrauen aus. — Die Annahme des Friedensvertrags wurde den Versailler Gewalthabern angezeigt mit dem Bemerken, daß diese Bedingungen im schroffen Widerspruch zur Grundlage vom Weltbund, Weltfrieden, von Völkerversöhnung sind. „Das deutsche Volk hat keine andere Macht in der Hand, als die Berufung auf das ewige unveräußerliche Recht eines selbständigen Lebens . . . Keine Macht wird dem deutschen Volk zumuten, einem Friedensinstrument aus innerer Überzeugung beizustimmen, durch das lebendige Glieder vom Körper des Reiches ohne Befragen der Bevölkerung losgelöst, die deutsche Staatshoheit dauernd verletzt und dem Volk unerträgliche Lasten auferlegt werden sollen. Die Regierung lehnt alle Verantwortung ab . . . Die Regierung der Deutschen Republik unterzeichnet nicht aus freiem Willen, sie erklärt feierlich, daß sie der Gewalt weicht . . . Die auferlegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland leisten kann. Deutschland erklärt, daß es die Forderung, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht durch seine Unterschrift deckt. Ebenso die Zumutung, Angehörige des deutschen Volkes auszuliefern. Die Regierung legt Verwahrung ein gegen Wegnahme des Kolonialbesitzes." Schließlich wurde verlangt, daß innerhalb zweier Jahre der Vertrag dem Rate der Mächte des Völkerbunds zur Nachprüfung unterbreitet werde. — Clemenceau forderte aber am 22. Juni bedingungslose Unterzeichnung. Das geschah denn auch am 23. Juni. Selbstverständlich blieb die Tatsache der moralischen und juristischen Ungültigkeit eines durch falsche Vorspiegelungen erschwindelten Vertrags bestehen. — Der nationale Unwille zeigte sich in der Versenkung der internierten deutschen Schlachtflotte durch die deutsche Bemannung. Konteradmiral Reuter übernahm dafür die Verantwortung auf Grund des von Kaiser Wilhelm II. 1914 gegebenen Befehls, daß die Schiffe niemals in Feindeshand fallen dürfen. Etwa gleichzeitig wurden in Berlin die französischen Fahnen verbrannt, die man zurückstellen sollte.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrags erfolgte am 28. Juni an der Stätte der Begründung des Deutschen Kaiserreichs 1871, am fünften Jahrestag der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Man staunt über diese doppelte Geschmacklosigkeit der sich selber damit prostituierenden Gegner. Zuerst unterzeichneten die Deutschen, dann Wilson, dann die Engländer, endlich Clemenceau. Während der Unterzeichnung durch die englische Delegation überreichte General Smuts eine Protestschrift gegen die Bestrafung des Kaisers Wilhelm und gegen andere Bestimmungen des Vertrags. Er erklärte, Gott habe den Alliierten einen Sieg geschenkt, der ihre kühnsten Träume übertreffe, aber nicht zu egoistischen Zielen, sondern zur

Versailles.

Erfüllung großer Ideale (was offenbar nicht geschah). Die chinesische Delegation protestierte gegen die Lösung der Schantungfrage.

Wilson veröffentlichte eine Botschaft, in der er erklärte, der Friedensvertrag bedeute, wenn seine Bestimmungen eingehalten werden, eine neue Ordnung der Welt. Von Deutschland werde nichts Unmögliches und nichts Ungerechtes verlangt; es könne durch ehrliche Erfüllung der Bedingungen den Platz in der Welt wieder bekommen, der ihm von Rechts wegen gebührt. Darauf besuchte er Poincaré, der ihm dankte, und reiste nach Amerika ab. Clemenceau hielt in der Kammer eine große Rede über den Triumph der Gerechtigkeit, den die Geschichte allzeit bezeuge. König Georg von England, dem tyrannischen Aussauger Irlands, hatte die Stirne, dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Masaryk, einen Glückwunsch zu telegraphieren mit Bezug auf den zum Schutze der Freiheit der Völker unternommenen Krieg und der Freiheit, die nach einer endlosen Reihe von Jahren der Bedrückung das tschechoslowakische Volk wieder besitzt. Freilich äußerte sich Ministerpräsident Kramarsch weniger zufrieden.

Die deutsche Reichsregierung erließ am 25. Juni einen Aufruf an das deutsche Volk, worin sie als erstes Erfordernis die Erfüllung des Friedensvertrags, als zweites Arbeit und als drittes Pflichttreue hinstellte. Auch der sozialdemokratische Parteivorstand äußerte sich am 28. Juni beruhigend: Putschistische Aktionen würden nur der Reaktion dienen. „Als Sozialdemokraten wissen wir, daß wir der Entwicklung der Gesellschaft nicht vorgreifen können ... Auf dem wirtschaftlichen Trümmerfeld, das der Krieg geschaffen hat, kann der Sozialismus nicht unmittelbar emporblühen. Sozialisiert kann nur werden, wo etwas zu sozialisieren ist. Die Sozialisierung und Kommunisierung der dazu reifen Betriebe muß verwirklicht werden ... So setzen wir an Stelle des zusammengebrochenen Völkerbundgedankens Wilsons den wahren Völkerbund des Sozialismus.“ Generalfeldmarschall Hindenburg nahm am 25. Juni Abschied von den Truppen: „Wie der einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache; für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben: das Wohl des Vaterlandes. Die Festigkeit unserer Wehrmacht zu erhalten, ist unsre erste Pflicht ...“ — Das Reichswehrtruppenkommando hielt daran fest, das die Auslieferung deutscher Staatsbürger und die Anerkennung der alleinigen Schuld Deutschlands am Krieg mit der Ehre unvereinbar sei. Über die Schuldfrage wurde ein Weißbuch herausgegeben. Bethmann Hollweg erklärte, als ehemaliger Reichskanzler die alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers zu tragen, wie das dem Staatsrecht entspricht.

In München wurde der Kommunistenführer Leviné-Nissen hingerichtet, von den andern Führern wurde der Wiener Dr. Neurath gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt. Im allgemeinen sahen die Unabhängigen nunmehr ein, daß durch Putsche eine dauernde Umwälzung nicht herbeizuführen sei. In diesem Sinn erließen sie am 27. Juni einen Aufruf.

Saint-Germain. Die deutschösterreichische Abordnung in Saint-Germain empfing den Friedensentwurf am 3. Juni. Staatskanzler Renner sagte dabei: Die alte Monarchie habe am 12. November 1918 zu bestehen aufgehört. Deutschösterreich sei ein neuer Staat ebenso wie die andern, die aus den staatlosen

sieben Nationen entstanden, es müsse ebenso behandelt werden wie die andern Sukzessionsstaaten. Aber das half nichts. — Den Siegern war der Name Deutschösterreich fatal, sie gaben dem neuen Staat den Namen Republik Österreich. Den fünf Großmächten Amerika, England, Frankreich, Italien, Japan standen zur Seite: Belgien, Bolivien, Brasilien, China, Cuba, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Hedschas, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien-Kroatien-Slawonien, Siam, Tschechoslowakei, Uruguay. Die Grenzen Deutschösterreichs wurden so bestimmt, daß Südtirol und die Südwestecke Kärntens an Italien kamen, Südkärnten, Südsteiermark an den Südslawischen Staat; der Tschechoslowakei wurden nicht nur alle deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens, sondern auch ein Landstreifen im nördlichen Niederösterreich zuerkannt. Ebenso wahnsinnig waren die Gewaltmaßregeln über Schutz der Minderheiten, Handels- und Verkehrspolitik. Dr. Renner begab sich sofort nach Feldkirch, um hier am 6. Juni mit Präsident Seitz, Vizekanzler Fink und Staatssekretär Dr. Otto Bauer sich zu besprechen. Das Ergebnis war eine Note an Clemenceau mit der Darstellung der Unmöglichkeit und Rechtswidrigkeit der Friedensbedingungen und andere Noten über wirtschaftliche Gewaltakte in den slawischen Nationalstaaten, sowie über die militärischen Angriffe der Südslawen, die Lage der deutschen Sudetenländer, die internationale Stellung Deutschösterreichs und dessen Verhältnis zum Völkerbund (mit sehr idealistischen Anträgen von Professor Lammasch).

Als der Friedensvertrag am 7. Juni in der deutschösterreichischen Nationalversammlung besprochen wurde, sagte nach der einleitenden Rede des Staatssekretärs Dr. Otto Bauer der Abgeordnete Hauser im Namen der Christlichsozialen und im Bewußtsein seines Priestertums: „Wenn die vorgelegten Friedensbedingungen nicht eine gründliche Änderung erfahren sollten, müßten wir einen solchen Frieden als unerträglich erklären und für die Folgen die verblendeten Vollstrecker eines ungerechten Urteils vor der ganzen Weltgeschichte verantwortlich machen. Wir kennen das Wort: Wehe den Besiegten! Ich sage aber: Dreimal wehe jenen, die sich vermessen, das Recht zu beugen, denn es wird sich bitter an ihnen rächen!“ Dr. Adler meinte als Sprecher der Sozialdemokraten: „Dieser Friede ist eine ebenso vorübergehende Erscheinung wie der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest. Die Befreiung aus Not und Vergewaltigung ist nur möglich durch vollständigen Umsturz des kapitalistischen Systems, durch Eroberung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.“ Dinghofer sprach für die Großdeutschen, Schraffl für Tirol, Rieger für Deutschböhmen, Gimpl für die Steiermark, Größlbauer für Kärnten, Stricker im Namen der volksbewußten Judenschaft. Alle diese Reden wurden in französischer Übersetzung der Friedenskonferenz überreicht.

Hauser.

Ein kommunistischer Putschversuch in Wien zur Errichtung einer Räterepublik am 15. Juni mißglückte völlig. Es gab mehrere Tote und viele Verwundete. Die Obmännerkonferenz (Ziegler und Friedrich Adler) erklärte, sie

habe gewarnt, der Pusch sei gegen ihren Willen geschehen. Eine Bauernratstagung des niederösterreichischen Bauernbunds lehnte im Einklang mit den Christlichsozialen jede einseitige Diktatur eines Standes ab (29. Juni.)

Dem neuen oberösterreichischen Landtag präsidierte wieder der christlichsoziale Landeshauptmann Hauser, neben ihm ein Sozialdemokrat und einer von der Deutschen Freiheits- und Ordnungspartei (23. Juni). Im Linzer Gemeinderat hatten die Sozialdemokraten 33 Stimmen gegen 17 Christlichsoziale und 10 Deutschfreiheitliche. Auch im Grazer Gemeinderat hatten die Sozialdemokraten die Majorität, im Innsbrucker die Deutschfreiheitlichen, im Tiroler Landtag die „Volkspartei" der Christlichen. Gegen den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz äußerten sich Bedenken, da die Schweizer selber eine Beeinflussung fürchteten; sie wollten das bleiben, was sie waren.

Die Tschechoslowakei starrte in Waffen, sie hatte ihr Gebiet vor allem gegen die Ungarn zu verteidigen; denn die Slowakei wurde dort aus staatsrechtlichen und nationalen Gründen nicht als zur Tschechei gehörig anerkannt.

Das dreifaltige jugoslawische Königreich wurde von England und Frankreich anerkannt; dagegen protestierten die jugoslawischen Sozialdemokraten gegen die imperialistischen, besonders für das slowenische Volk verhängnisvollen Absichten der Pariser Konferenz und forderten das Proletariat der ganzen Welt zur Hilfeleistung auf, besonders die italienischen und deutschösterreichischen Genossen gegen den italienischen Kapitalismus, dem auf dem Balkan die Herrschaft gewährleistet werde. Daraus müßten neue Balkanwirrnisse entstehen. Die nationalen und ökonomischen Probleme dieser Gebiete seien äußerst kompliziert und nur durch Verständigung der beteiligten Nationen zu regeln. Die Friedenskonferenz gestalte die Probleme nur noch schwieriger.

Der Pariser Friedenskonferenz wurde angesichts der Ausbreitung des Kommunismus in Ungarn bänglich zumute. Sie drohte, sie versprach, sie unterhandelte. Aber die Truppen der Räterepublik eroberten die Slowakei und setzten dort eine selbständige „slowakische Räterepublik" ein, in deren Regierung slowakische, magyarische und deutsche Volkskommissäre entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung vertreten waren. Erst am 24. Juni wurden die weiteren Feindseligkeiten gegen die tschechische Armee eingestellt, die der französische General Pellé befehligte. — Im Pester Rätekongreß setzte Bela Kun auseinander, daß der Imperialismus der westlichen Demokratien, die ihre Proletarier mit antimilitaristischen Schlagworten in den Krieg schickten, ärger sei als jeder andere. „Wir müssen den Proletariern aller Länder verständlich machen, daß wir Kommunisten keine nationalen Unterdrückungen wollen. Eine Konferenz der Völker der gewesenen Monarchie war immer der Leitgedanke unseres Kampfes . . . Die Proletarierdiktatur ist nur ein Mittel zur Beseitigung jeder Ausbeutung und Klassenherrschaft, zur Vorbereitung einer Gesellschaftsordnung, welche keine Klasse kennt und in der das oberste Mittel der Klassenherrschaft, die Staatsgewalt, aufhört." Also auch der Verfassungsentwurf vom 23. Juni. — Ein gegenrevolutionärer Putsch ging am 24. Juni von Offizieren aus, die sich eines Donaumonitors und einer Artilleriekaserne bemächtigten. Eine Gruppe von Bürgerlichen eilte zur Donau, schwenkte weiße Tücher und ließ den König und die Weiße Garde hochleben. Die Bewegung wurde aber bald unterdrückt und Bela Kun kündigte die schonungslosesten Mittel an, die Diktatur des Proletariats wenn nötig mit Blut zu befestigen. Das Standrecht begann alsbald seine Tätigkeit. Die

Ungarn.

italienische Militärmission suchte sich der Gegenrevolutionäre anzunehmen und drohte dem Bela Kun, seine Gewaltmaßnahmen nicht gleichgültig mitanzusehen. Das Leben der Geiseln und Gefangenen müsse ohne jede Ausnahme respektiert werden. „Es sind dies Männer, die für Ideen und Prinzipien kämpfen, die von denen Ihrer Regierung abweichen, weshalb es gerecht ist, daß ihnen eine Behandlung zuteil werde, wie sie die Genfer Konvention für Kriegsgefangene festsetzt. Ich bringe Ihnen und jedem Mitglied ihrer Regierung in Erinnerung, daß Sie alle gemeinsam und auch jeder für seine Person werden zur Verantwortung gezogen werden, wenn die erwähnten Gewaltmaßnahmen tatsächlich durchgeführt werden.“ Bela Kun wies freilich diese Drohung mit Entrüstung zurück und bezweifelte, ob der italienische Oberstleutnant Romanelli in den Intentionen seiner Regierung handle. Dieser entgegnete, die Regierung Bela Kuns habe kein Recht, sich als legitim zu betrachten, sie sei nur eine politische Partei, die in diesem Moment und an diesem Ort stärker sei als die andern; das sei die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen.

Einige russische Stegreifrepubliken kündigten der Pariser Friedenskonferenz ihre Existenz an, so außer Omsk noch Aserbeidschan, Estland, Georgien, Lettland, Nordkaukasus, Weißrußland, Ukraine (30. Juni). Die Omsker Regierung des Admirals Koltschak wurde schon seit einiger Zeit durch die Alliierten gegen die Sowjetregierung Lenins und Trotzkis unterstützt. Der finnische Landtag nahm am 24. Juni die neue Verfassung der Republik Finnland an. Über das Ende der Zarenfamilie tauchten immer wieder neue grauenhafte Versionen auf (13. Juni). Rußland.

Eine türkische Delegation, an deren Spitze Großwesir Tewfik stand, kam nach Paris und schob die Kriegsschuld dem „Komitee für Einheit und Fortschritt“ zu, das gegen die Wünsche des Volkes gehandelt habe. Er forderte Unversehrtheit des türkischen Reiches und protestierte gegen die Abtretung Smyrnas an Griechenland, er berief sich auf die Erhaltung des religiösen Gleichgewichtes der Welt und auf die Gerechtigkeit. Die Antwort der Konferenz höhnte die Muhammedaner wegen des Mißerfolgs der geplanten religiösen Erhebung im „Heiligen Krieg“ und komplimentierte die Delegation aus Paris hinaus (28. Juni). Türken.

Juli.

Die Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich erfolgte durch den Präsidenten Ebert am 9. Juli. Wohl wurde der Protest gegen solche Vergewaltigung aufrechterhalten, aber man betonte deutscherseits unbedingte Vertragstreue. Der Reichsminister des Auswärtigen dankte bei dieser Gelegenheit in der Weimarer Nationalversammlung den Neutralen und dem Papst für die Fürsorge um die Kriegsgefangenen und schloß seine Rede: „Wir werden niemals derer vergessen, die jetzt in Erfüllung des Friedensvertrags vom Deutschen Reiche getrennt sind.“ Der Sprecher der Sozialdemokraten hob besonders die Hoffnung auf den Einheitsstaat hervor, der auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes alle Deutschen, vor allem die Deutschösterreicher vereinigen werde. Man sprach nun die Hoffnung aus, daß die Entente die Blockademaßregeln aufheben und die Versailler Vertrag.

Kriegsgefangenen unverzüglich heimbefördern werde. Das erstere geschah denn auch. Die Absicht, Deutschland niederzuhalten, wurde durch einen englisch-amerikanischen Bürgschaftsvertrag mit Frankreich noch weiter verfolgt. Dadurch sollte das mit Recht ängstliche Frankreich vor einer zu erwartenden Gegenrevanche sich sichergestellt fühlen. — Wenig ehrenhaft für Frankreich war die Erklärung des Lloyd George im englischen Unterhaus, daß ohne die englische Kriegshilfe Frankreich nach sechs Monaten zusammengebrochen wäre. Aber ebenso konnte Wilson sagen, daß auch England ohne Amerikas Hilfe zusammengebrochen wäre. Lloyd George setzte auseinander, warum man Deutschland nicht ganz zerstückelt habe, wie einst Polen; das wäre ungerecht gewesen. Man wollte nur gerecht sein und Deutschland so viel zahlen lassen als es vermag. — Wilson fand in seiner großen Rede vom 12. Juli zu Washington vor dem Senat manche Bestimmungen des Friedensvertrages doch sehr bitter, da man auf frühere geheime Abmachungen Rücksicht nehmen mußte, die nicht ganz mit den vierzehn Punkten übereinzustimmen schienen. „Aber von nun an werden die Vereinigten Staaten Amerikas die ihnen angebotene moralische Führung nicht ablehnen. Der Völkerbund ist als Gerüst für die zu begründende Neuordnung der Dinge notwendig. Wir sind seit zwanzig Jahren, seit Beendigung des Krieges mit Spanien, nicht vereinsamt, wir können nicht aufhören, Großmacht zu sein."

Siegesfeiern fanden am 14. Juli in Paris, am 19. in London statt. Allerdings taten die französischen Verluste weh: 32.000 tote Offiziere, 1,006.100 tote europäische Soldaten, 27.000 Nordafrikaner, 24.400 Koloniale. An Vermißten: 2500 Offiziere, 246.500 europäische Soldaten, 9000 Nordafrikaner, 7300 Koloniale. Die Gesamtziffer der dauernden Verluste stellte sich auf 1,355.000 oder 16·2 Prozent aller Mobilisierten.

Hindenburg. Um die völkerrechtswidrige Auslieferung des Kaisers Wilhelm zu verhindern, schrieb Hindenburg einen offenen Brief an Marschall Foch, darin er sich selbst an Stelle seines Kaisers darbot. „Ich bin überzeugt, daß jeder andere Offizier der alten Armee bereit ist, ein Gleiches zu tun" (7. Juli). Dieser Appell an Recht und Ehre fand ebenso wenig Gehör wie das Anerbieten Bethmann Hollwegs, an Stelle des Kaisers abgeurteilt zu werden.

Italien. Italien wiegte sich angesichts der gegenwärtigen Lage in den rosigsten Hoffnungen. Ministerpräsident Nitti sprach einem französischen Journalisten gegenüber die Überzeugung aus, Italien werde in wenigen Jahren mit fünfzig Millionen Einwohnern die wichtigste Kontinentalmacht sein, wenn man bedenkt, daß Österreich zerstückelt, Deutschland zurückgeworfen, Rußland verstümmelt ist. „Italien, das nun die obere Etsch besitzt, bedarf zur Verteidigung dieser unangreifbaren Grenze nur mehr einer kleinen Armee. Es geht aus dem Krieg mit den besten Zukunftsaussichten hervor und mit dem stärksten Vorrat an arbeitskräftigen Männern" (29. Juli).

Weimar. In der Deutschen Nationalversammlung kennzeichnete der Reichsministerpräsident Gustav Bauer am 23. Juli also die Lage: „Sie haben vor vierzehn Tagen unter dem Zwange der Weltlage den Friedensvertrag ratifiziert.

Damit ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfaßte ... Aber das Leben geht weiter, und es gilt für jeden, zuzufassen, den Blick und Schritt nach vorwärts zu richten. Sie werden das neue Staatshaus durch Annahme der neuen Verfassung krönen ... Wir müssen die Waffnung der Bildung und Kenntnisse an das ganze Volk verteilen: das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt ... Was die Unabhängigen wollen, wäre die Zwangsherrschaft eines Teiles einer Klasse. Aber wir lehnen mit übergroßer Mehrheit jede Diktatur als brutal, geistlos, unzweckmäßig ab. Ich bin mit dem Sozialisierungsminister Deutschösterreichs, Dr. (Otto) Bauer, einig in der Überzeugung: die politische Revolution war das Werk der Gewalt weniger Stunden, die soziale Revolution kann nur das Werk aufbauender, organisierender Arbeit vieler Jahre sein. Sehen Sie nach Rußland; schon holt man die Unternehmer und Direktoren mit Riesengehalten und den alten Vollmachten zurück, ebenso wie die alten Offiziere mit der Kommandogewalt und der blinden Disziplin. Die wilden Streiks sind unblutige Putsche, die mehr Schaden zufügen ... Die Macht des Arbeiters ist gewachsen ... Darum wird Ihnen die Reichsregierung ein Gesetz über die Arbeiter- und Wirtschaftsräte vorlegen, das den Arbeiter zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß macht. Es beseitigt nicht den Unternehmer, sondern sein einseitiges Übergewicht. Die den öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsanlagen sollen durch ein Gesetz in den Besitz des Reiches übergeführt werden. Die Braunkohlenerzeugung soll sozialisiert werden. Die Verfassung schafft eine Reichssteuerverwaltung, Reichseisenbahnen. Die Sozialisierung des Bergbaus wird folgen und das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens machen. Aber die Regierung will die Zwangsjacke der Kriegsgesellschaften nicht gegen eine neue Zwangskartellierung aller Wirtschaftszweige vertauschen, weil deren sozialdemokratische Mitglieder in der Planwirtschaft die ernsteste Gefahr für die völlige Durchführung des Sozialismus sehen. Die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der Erhaltung der Reichseinheit wegen unterzeichnet ... Die Okkupation im Westen hat unsere Grenzen in einer Weise flüssig gemacht, daß dem Schleichhandel alles zugänglich ist, während der loyale Handel nach wie vor in den Fesseln unfrei machender Vorschriften läge ... Vom Wirtschaftsprogramm erhoffen wir eine Senkung der Preise .. Die Reform des Beamtenrechts muß gelöst werden. ‚Freie Bahn dem Tüchtigen‘ muß über die Schranken hinwegführen, die das höhere, mittlere und untere Beamtentum geschieden haben. Die Beamten sollen zur Mitwirkung herangezogen werden in Fragen, die sie betreffen. Freilich eine glatte Übertragung der Betriebsräte auf die Beamten verbietet das wesentlich anders gestaltete Arbeitsverhältnis. Die Grundlage alles Gedeihens fehlt aber, wenn die Arbeit nicht geleistet wird. Wir haben den Friedensvertrag unter Zwang unterschrieben, aber in den Grenzen der Erfüllbarkeit darf uns kein Vorwurf treffen. Dieser Vertrag legt uns die Pflicht zur Arbeit auf. Die Arbeit ist unser einziges Zahlungsmittel, dessen Kurswert gestiegen ist. Durch sie können wir Nahrungsmittel und Rohstoffe bekommen. Die syndikalistischen und kommunistischen Treibereien bedrohen die Arbeit ... Der Völkerbund ist das höchste Ziel unserer Politik. Er ist ein Schwert ohne Klinge, ein Zerrbild ohne das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren. Es sind nationalistische Minderheiten, mit denen wir Frieden geschlossen haben. Im Wachsen

der völkerbrüderlichen Gesinnung muß unsere Hoffnung beruhen, aus ihr heraus muß die Revision des Vertrages kommen. Ihr Sprecher ist Barbusse..." — Reichsminister des Äußern Müller wollte zeigen, daß es dem deutschen Volke mit dem Gedanken des ewigen Friedens ernst sei. „Dagegen hat man in Versailles eine neue Kriegskoalition begründet, wie sie zum Weltkrieg geführt hat. Man fürchtet sich vor der Kraft des deutschen Volkes. Anderseits hofft man auf die Uneinigkeit der Sieger und sieht bereits eine neue Allianz der Unzufriedenen im Werden. Dagegen sind wir für einen wirklichen Völkerbund. Daß eine Revision des Vertrags nicht nur in unserm Interesse liegt, beweisen die Erklärungen des Generals Smuts." In der Besprechung der Beziehungen zu allen Nachbarstaaten gedachte Müller mit besonderer Wärme der österreichischen Bruderstämme, in denen das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen am empfindlichsten verletzt sei. Aber „wir müssen wieder einmal von vorn anfangen. Ein Sechzigmillionenvolk kann nicht untergehen. Das deutsche Reich und Volk bleibt ein politischer und wirtschaftlicher Faktor, mit dem auch die Gegner rechnen müssen. Es ist für sie unmöglich, dauernd den Standpunkt der Gewalt uns gegenüber zu vertreten."

In sehr überflüssiger und unpolitischer Weise kam am 25. Juli in der Erzberger. Nationalversammlung Reichsfinanzminister Erzberger mit angeblichen Enthüllungen über die Schuld an der Fortsetzung des Krieges und mit Verherrlichung Wilsons. Es handelte sich um einen Bericht Czernins im April 1917 über die Unmöglichkeit den Krieg fortzusetzen, und um einen Brief des Nuntius in München an den Reichskanzler Michaelis August 1917 über die Unabhängigkeit Belgiens, den Michaelis unbefriedigend beantwortet habe. Aber es wurde eingewandt, daß 1. die feindlichen Staatsmänner bestimmt erklärten, es sei niemals ein Friedensangebot an Deutschland erfolgt, daß also 2. auch kein Friedensangebot Englands durch den Nuntius vorgelegt werden konnte, und daß 3. Erzberger, wenn er das wirklich damals gewußt oder geglaubt hätte, damals deutlich hätte sprechen müssen; daß er aber 4. durch seine indiskrete Mitteilung des Czerninschen Berichts die vielleicht friedenswilligen Feinde erst auf die schlechte Lage der Mittelmächte aufmerksam machte, und er es also war, der den Frieden verhinderte. Auch Czernin beschuldigte Erzberger der „schwersten Indiskretion" und bemängelte Erzbergers Angaben in wichtigen Dingen, so daß dadurch ein falsches Gesamtbild entstehe. Bei dieser Gelegenheit nannte Müller Ludendorff den größten Verderber, weil er die Kräfte Deutschlands von Finnland bis Mesopotamien verzettelt und zersplittert habe. Ludendorff antwortete sehr treffend, es sei nicht ersichtlich, woher der Minister seine militärischen Kenntnisse schöpfe.

Eine Enthüllung über die Haltung Kaiser Wilhelms dem österreichischen Ultimatum von 1914 gegenüber suchte zu beweisen, daß der Kaiser mit der serbischen Antwort zufrieden war und eine Kriegserklärung Österreichs daraufhin nicht für notwendig hielt. Allerdings ging auch daraus das Mißtrauen in Serbiens Aufrichtigkeit hervor. — Ein am 31. Juli herausgegebenes Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes ging von der Kaisersitzung in Spaa 15. August 1918 aus, in der Ludendorffs Ansicht vom Juli 1918, daß die damalige Offensive den Feind endgültig und entscheidend besiegen werde, zum erstenmal als unrichtig angenommen wurde, weshalb an eine Verständigung durch neutrale Vermittlung zu denken wäre. Seit dem

Zusammenbruch Bulgariens war man bereit, Wilson den Frieden auf Grund der vierzehn Punkte anzubieten, das wurde am 29. September nach Wien und Pera telegraphiert. Am 3. Oktober forderte die Oberste Heeresleitung sofortige Absendung des Friedensangebotes, selbst wenn es die Kolonien, Elsaß und Polen koste.

Indessen wurden noch einige Mitglieder der ehemaligen Münchener Räteregierung abgeurteilt, Axelrod zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, Toller zu fünf Jahren Festungshaft, Dr. Neurath zu eineinhalb Jahren Festungshaft.

Die deutschösterreichische Delegation in Saint-Germain war schon sehr ungeduldig über das vergebliche Warten und Hinhalten. Sie überreichte der Friedenskonferenz am 3. Juli eine Denkschrift, in der das Verhalten der einzelnen Nationen des alten Österreich zum Staat und zum Krieg geschildert und ihre volle Mitverantwortlichkeit für die Kriegsfolgen bewiesen wurde. Der Friedensentwurf beruhe nicht auf geschichtlichen Tatsachen und haltbaren Rechtsgrundlagen. In der früheren Monarchie stand nicht etwa ein beherrschendes Volk einem oder mehreren kleinern und beherrschten Völkern gegenüber, sondern es herrschte jederzeit ein Zustand labilen Gleichgewichts, ein unaufhörlicher Wechsel der Macht, bei dem zwar kein Volk zur Ruhe kam, aber alle, bis auf die Ukrainer, in gewissem Grad an der Herrschaft teilnahmen. Alle zusammen und jedes für sich betrieben eine Änderung der geltenden Verfassung, aber keines die Sprengung des bestehenden Staatsverbandes. Mit Hilfe des alten Staatswesens haben die Nationalitäten von junger Kultur, wie Tschechen und Südslawen, ihre politische Reife erlangt. Die verschiedenen Reformen haben es diesen und den Polen ermöglicht, sich immer kräftiger an der Ausübung der Staatsgewalt zu beteiligen. Das bezeugen die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Vertreter. Der Staat zerfiel nur durch einen von außen kommenden Anstoß. Die Polen begrüßten den Krieg mit Begeisterung, weil sie die Wiederherstellung Polens auf diese Weise erwarteten. Ihnen war der Kampf gegen Rußland ebenso populär wie bei den Südslawen der Kampf gegen Italien. Noch bis kurz vor dem Zerfall war der Südslawe Zolger Mitglied der Regierung. Bei der Vorbereitung des Krieges hat der Kroate Musulin mitgewirkt. Die Tschechen strebten nie danach, die Monarchie aufzulösen, sondern sie zu beherrschen, ihr möglichst viele slawische Gebiete einzuverleiben, darum stimmten sie 1878 im Gegensatze zu den Deutschen für die Okkupation Bosniens. Nachweisbar waren die verantwortlichen Vertreter der Nation bis zum letzten Tag für den Staat Österreich, sie erklärten, daß sie bloß unter habsburgischem Zepter die Zukunft der Nation erblickten. Sie dachten nur an die Entwicklung der Autonomie im Rahmen Österreichs, so beim Empfang der tschechischen Führer durch Kaiser Karl im Oktober 1918. Beim Zusammenbruch ging die staatliche Gewalt im gegenseitigen Einvernehmen vom Gesamtstaat ohne Unterbrechung wie auf

Saint-Germain.

den deutschösterreichischen so auch auf den tschechoslowakischen, polnischen und jugoslawischen Staat über, so daß also die Fiktion, Deutschösterreich und die Nationalstaaten hätten miteinander Krieg geführt, nicht aufrechtzuerhalten ist. Die Wahrheit ist, daß sich auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie neue Staaten gebildet haben mit gleicher Erbschaft.

Die Zeit des Wartens wurde noch mit Noten über die wirtschaftlichen Bedingungen, über die Wiederaufrichtung Deutschösterreichs, über Eisenbahn- und Schiffahrtsbestimmungen, über Gewährung weiterer Lebensmittelkredite, über Auseinandersetzung mit den Nationalstaaten, Meistbegünstigung, über den Völkerbund usw. ausgefüllt. Diese Noten blieben nicht ohne Wirkung, doch forderte der Internationale Rat in Paris, daß dafür Deutschösterreich dem tschechoslowakischen Staate die Waffen und die Munition liefere, die dieser Staat braucht. Man versprach auch, „daß der Völkerbund so rasch als möglich seine Tore allen Nationen öffnen wird, in welche man das Vertrauen setzen kann, daß sie die von den Mitgliedern des Bundes übernommenen Verpflichtungen erfüllen werden". Vor allem müsse die österreichische Regierung „zeigen, daß sie ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen will und kann". Die Vorschläge des Dr. Lammasch über sofortige Organisation eines ständigen internationalen Gerichtshofs wurden einstweilen höflich beiseitegelegt. — Die österreichische Delegation schlug vor allem vor, den Friedensvertrag von den politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Auseinandersetzungen zwischen den Sukzessionsstaaten der Monarchie zu trennen, um so die Verhandlungen zu beschleunigen. Es gilt, „die zahlosen Fälle gemeinsamen Rechtes und Besitztums, welche in einer vierhundertjährigen innigen staatlichen und wirtschaftlichen Gemeinschaft sich herausgebildet haben, auseinanderzusetzen und zu liquidieren. Viele der bisher vorgeschlagenen Lösungen sind undurchführbar, viele völlig ungerecht. Ein Außenstehender kann dies kaum durchschauen ohne kontradiktorisches Verfahren ... Die Nationen wollen den Frieden, wollen eine schiedsrichterliche Auseinandersetzung, sie wollen die endliche Wiederaufnahme des nachbarlichen Verkehrs. Aber der vorliegende Entwurf bringt ihnen statt der Wage des Rechtes das Schwert der Gewalt. Alle Nationalstaaten haben sofort in den ersten Tagen des November spontan die ständige Gesandtenkonferenz, geschaffen, um alles, was da ist, Land und Volk, Recht und Pflicht aufzuteilen. In diesem Sinn arbeiten die Liquidierungskommissionen, in denen Vertreter der neuentstandenen Nationalstaaten sind, so im k. k. Finanzministerium, im k. u. k. Kriegsministerium, so für die Missionen im Ausland. Es wird vorgeschlagen, der Friedenskongreß möge in den Friedensvertrag das Statut einer internationalen Kommission für die Nachfolgestaaten aufnehmen.

Endlich wurde am 20. Juli der revidierte Friedensvertrag von dem Sekretär der Pariser Konferenz der deutschösterreichischen Delegation in Saint-Germain übergeben. Bei der Ausarbeitung dieses „endgültigen Textes" wurde nach dem Begleitschreiben „den verschiedenen Bemerkungen der österreichischen Delegation Rechnung getragen". Zum Teil beruhten die vorgenommenen Änderungen auf sinngemäßer Anordnung der Deutschland zugestandenen Modifikationen. Die wesentlichen Bestimmungen betrafen die Wiedergutmachung, Reparation, welche durch eine Kommission festgestellt werden sollte. Eine Anzahl von Wirtschaftstieren sollte sofort an Italien,

Serbien und Rumänien verteilt werden; ebenso Möbeln und gewisse Kunstwerke und Dokumente. Es wird eine erste Hypothek auf das Staatseigentum und die Staatseinnahmen gelegt. Die territorialen Bedingungen wurden unbedeutend gemildert. Das Heer, ein Berufsheer auf Grund freiwilliger Verpflichtung, sollte 30.000 Mann im ganzen nicht übersteigen. — Die Bedingungen waren derart, daß sie Österreich zum Zusammenbruch und in Konkurs treiben mußten. Von unerhörter Willkürlichkeit blieben die territorialen Bestimmungen. Sie waren ein Faustschlag ins Angesicht des heuchlerischen „Selbstbestimmungrechts". Höchst zweifelhaft war die Zuteilung von Deutschwestungarn ohne Volksabstimmung, da es nur geschah, um Ungarn zu verletzen. — Nebenbei befaßte man sich mit der Frage, österreichische Arbeiter zum Wiederaufbau im zerstörten Nordfrankreich zu verwenden, nicht als Kriegsgefangene oder Soldaten, sondern als freie Arbeiter.

In der Innenpolitik Deutschösterreichs war das wichtigste Moment der Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Otto Bauer von der Leitung des Staatsamts des Äußern; an seine Stelle trat Staatskanzler Dr. Renner, der der Entente genehmer war (26. Juli). Bauer galt als Bolschewik, er hatte deshalb und wegen der Anschlußfrage das Vertrauen der Mächte verloren und die Stellung Deutschösterreichs ihnen gegenüber bereits unheilbar verdorben. Über die widerspruchsvollen Friedensbedingungen sprach in der Nationalversammlung Vizekanzler Fink im Einvernehmen mit Dr. Renner. Präsident Seitz schloß seine Rede: „Wer glaubt, daß diese Bedingungen endgültig Kraft erlangen werden, der müßte an der Menschheit verzweifeln. Die sieghaften Mächte haben die Entscheidung zu treffen, ob dieses Deutschösterreich künftig ein Herd der sozialen und politischen Unruhen in Europa sein oder ob es den normalen Weg zu neuen Formen der sozialen Gemeinschaft und der Kulturgemeinschaft finden soll." — Die christlichsoziale Vereinigung nahm den Rücktritt Bauers „unter allgemeiner Zustimmung mit großer Befriedigung zur Kenntnis" (26. Juli), obwohl der Obmann Hauser kurz vorher in der Nationalversammlung seinem Bedauern über den Rücktritt Bauers Ausdruck gab und ihm für die „jederzeit loyale Politik" dankte. — Renner schrieb aus Saint-Germain an den Präsidenten Seitz über die Annahme seines neuen Amtes. Wohl erweise sich der Kampf um unsere Existenz weit schwieriger, als selbst die Pessimisten gedacht haben. „Es besteht die Gefahr, daß unser Volk durch die erste Instanz, durch den bevorstehenden Friedensvertrag, schuldig gesprochen wird. Aber man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß dieser Vertrag noch kein Instrument des Rechtes, sondern eine Schöpfung des Krieges sein wird, der mehr Unrecht schafft als tilgt. Die höhere Instanz kann der Völkerbund werden ... Deutschösterreich wünscht in keine der Affären Europas verwickelt zu werden, am allerwenigsten aber einbezogen zu werden in den erweiterten Balkan, zu dem sich der europäische Südosten zu entwickeln droht ..." (28. Juli). Renner.

In der zweiten Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs sprachen Friedrich Adler als Vorsitzender und Otto Bauer. Dieser entschuldigte sich den Kommunisten gegenüber, daß er nicht alle ihre Wünsche praktisch durchführen könne. Er warnte vor Putschen und dem Schlagwort „Diktatur des Proletariats". Die Reichskonferenz erklärte auf Max Adlers Antrag am 3. Juli: „Die Arbeiterräte bringen den wahren Willen des ganzen klassenbewußten Proletariats Deutschösterreichs aller Richtungen zum Ausdruck und

haben daher allein die Kompetenz, Massenaktionen der Arbeiterschaft einzuleiten, zu beschließen und zu ihnen aufzufordern. Die Konferenz erwartet, daß die Kommunisten ihre Sache stets in den Arbeiterräten vertreten werden, nicht gegen die Arbeiterräte. Die Arbeiterschaft wird sich gegen jeden Versuch der Vergewaltigung durch kleine Minoritäten, mögen sie reaktionär sein oder sich als revolutionär ausgeben, zur Wehr zu setzen wissen." Dagegen sprach Elfriede Friedländer. Der Antrag auf Erklärung der Räterepublik wurde nur von den Kommunisten unterstützt. — Nun konstituierte sich aber auch am 10. Juli ein Bürger- und Ständerat unter dem Vorsitz des Landeshauptmannstellvertreters Leopold Steiner mit gleichen Ansprüchen neben den Arbeiterräten und Bauernräten. Er erließ einen Aufruf am 19. Juli.

Als Kundgebung für die (sehr einseitige) Solidarität und die Weltrevolution fand am 21. Juli ein vierundzwanzigstündiger Generalstreik in Deutschösterreich statt. Die Bruderliebe war groß; aber es fehlte ganz an der Gegenliebe der andern Nationen. Der Gesandte der ungarischen Räterepublik, Czobel, machte sich in Wien unmöglich durch Vorbereitung strafbarer Handlungen gegen den österreichischen Staat. An seine Stelle trat der frühere Armeeoberkommandant Wilhelm Böhm. — Endlich räumten die südslawischen Truppen Klagenfurt auf Befehl des Obersten Rates der Friedenskonferenz (26. Juli).

Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakei machte die Stellung der Slowaken Schwierigkeiten. „Nach tausendjährigem Joche der Fremdherrschaft ist die Slowakei mit den böhmischen Ländern vereinigt worden, damit ihr auf diese Weise für immer ihre Freiheit gesichert sei. Mit diesem Ergebnis des Weltkrieges gaben sich aber die Magyaren nicht zufrieden und streckten nach unserer Slowakei die bewaffnete Hand aus. Die Verhältnisse in diesem Teile Europas sind noch nicht konsolidiert." (So Ministerpräsident Tusar am 10. Juli.) Offiziös wurde (14. Juli) bestritten, daß die Tschechei ein Instrument in der Hand der Westmächte sei. „Prag muß und wird das diplomatische Hauptzentrum ganz Mitteleuropas werden. Die Bedeutung Wiens und Budapests wird stark sinken, wir werden über beide das politische und wirtschaftliche Übergewicht gewinnen. Man will aber heute Wien nicht vollkommen vernichten. Es sind insbesondere die Weststaaten, die ein Interesse daran haben, daß Wien ein bestimmtes Zentrum sei, eine eingeschränktere Bedeutung behalte. Das bedeutet, daß wir in jedem Falle mit Wien als mit einem gewissen politischen Faktor rechnen müssen, und daß es in unserm Interesse ist, uns das rechtzeitig zu vergegenwärtigen." Bei den Gemeindewahlen in Böhmen, Mähren und Schlesien wurden 68·21 Prozent tschechische, 31·33 Prozent deutsche, 0·46 Prozent jüdische Stimmen abgegeben.

Ungarn. In der ungarischen Räterepublik rief Bela Kun, von der Entente mit der Hungerblockade bedroht, das Weltproletariat zu Hilfe, das sich aber nicht rührte.

Polen. Der Ministerpräsident von Polen Paderewski entschuldigte die Entente, daß sie nicht alle Wünsche der Polen erfüllt habe: „Sprechen wir offen, wir haben der Entente auch nicht viel geholfen. Das haben nur die polnischen Flüchtlinge getan. Wir brauchen ein dauerndes gutes Einvernehmen mit allen unsern Nachbarn. Man kann nicht immerwährend im Kriege leben . . ." (31. Juli).

Der schweizerische Bundespräsident Ador besprach am 22. Juli die sozialen und politischen Probleme. Man werde berechtigte Forderungen der Arbeiterklasse verwirklichen, aber aufwieglerische Elemente, bolschewikische und anarchistische Bestrebungen nicht dulden. Die Idee des Völkerbunds sei nicht vollkommen und abgeschlossen, aber es wäre Selbstmord, wenn die Schweiz sich vom Völkerbund ausschlösse. Schweiz.

Die russischen Gewerkschaften erließen einen Aufruf an die Arbeiter der Westmächte und beschuldigten Versailles als Hauptquartier der Reaktion, der Henker der Volksbewegung, der imperialistischen und militaristischen Gegenrevolution (15. Juli). All das blieb ohne Wirkung.

Zum Präsidenten der Finnischen Republik wurde am 25. Juli Professor Stahlberg gewählt.

August.

Es wurde eine Abmachung vom 16. Juni zwischen Amerika, Frankreich und England bekanntgemacht, wonach die Besetzung deutschen Gebietes durch Ententetruppen schon vor der Periode von fünfzehn Jahren aufgehoben werden könne, wenn Deutschland zuvor Beweise seines guten Willens und Garantien gebe. — Barthou gab der Eifersucht Frankreichs Ausdruck, beanspruchte die Priorität für die Idee des Völkerbundes und bedauerte, daß Frankreich im Schoße des Völkerbundes nicht jene bedeutende Rolle eingeräumt worden sei, auf die es dank den gebrachten Opfern Anspruch habe. Er bedauerte, daß man Deutschland nicht ganz in Einzelstaaten aufgelöst habe, fand die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bedenklich und hoffte im Fall eines Angriffs Hilfe von Frankreichs Bundesgenossen. — Bei der Annahme des Friedensvertrags im belgischen Parlament fiel es auf, daß kein einziger belgischer Sozialdemokrat den Vertrag als für Deutschland zu hart gefunden habe. — Wilson trat im amerikanischen Senat für Annahme des Friedensvertrags ein, wenn er auch nicht ganz seinen Intentionen entspreche. Aber sonst käme Amerika in die demütigende Lage, Deutschland mit dem Hut in der Hand um einen Sondervertrag zu bitten, woraus Deutschland den größten Nutzen ziehen würde. Es komme unter anderm auf die Belieferung mit deutschen Farbstoffen an. Jede Verzögerung könne die Welt in eine schlimmere Lage bringen, als jene, die der Krieg bisher gebracht hat. Man zweifle allerdings über die Bedeutung und Auslegung gewisser Artikel des Völkerbundvertrags und bemängle es, daß die Monroedoktrin nicht ausdrücklich anerkannt sei. Daraus könnten wohl Konflikte zwischen den Rechten des Völkerbundes und der Suveränität Amerikas entstehen, aber jeder Staat könne ja aus dem Völkerbund austreten. Er hoffte, daß Japan sein Versprechen halten werde, Schantung den Chinesen zurückzugeben. Er betonte, seine vierzehn Punkte in Unkenntnis der Geheimverträge zwischen den Ententestaaten festgesetzt zu haben. Aus

Völkerbund.

Wilson.

all dem ergab sich das Problematische der ganzen Friedensarbeit. Der Senat erklärte sich denn auch wenig befriedigt. Der frühere Staatssekretär Knox hielt im Senat am 30. August eine aufsehenerregende Rede, worin er erklärte, die Vereinigten Staaten könnten niemals einen Vertrag unterzeichnen, der Deutschland vernichtet und den Keim zu neuen Kriegen in sich trägt. Er prophezeite ein Bündnis zwischen Deutschland, Rußland, den andern slawischen Staaten Europas und Japan. Er ermahnte Frankreich, um diese Gefahr zu bannen, gute Beziehungen zu Deutschland zu suchen. Knox war für einen Sonderfrieden Amerikas mit Deutschland. Der Versailler Vertrag verletze das internationale Recht. Die Vereinigten Staaten müssen aus dem Krieg gehen, wie sie in den Krieg gezogen sind: frei, unabhängig, als Herren ihres Schicksals. Knox rühmte die wertvollen Dienste der Deutsch-Amerikaner; sie hätten mitgekämpft in der Überzeugung, daß dies letztlich zum Besten ihrer deutschen Blutsverwandten sei. Statt dessen diese unerfüllbaren Friedensbedingungen! Wenn man Deutschland aus dem Völkerbund ausschließt, wird Europa zugrunde gehen.

Deutsches Reich. Die neue Verfassung für das Deutsche Reich trat am 13. August in Kraft. Der Reichspräsident Ebert ernannte den bisherigen Ministerpräsidenten Gustav Bauer zum Reichskanzler. Die Nationalversammlung führte wieder den Namen Reichstag. An Stelle des Staatenausschusses trat ein Reichsrat (der frühere Bundesrat). Bei der Vereidigung Eberts am 21. August fehlten die Deutschnationalen und die unabhängigen Sozialdemokraten. Reichstagspräsident Fehrenbach meinte in seiner Ansprache, mit der Niederlage seien auch Staatsform und Dynastie gefallen. Dann nahm er Abschied von Weimar. Ebert sprach von Goethes „Rechte, das mit uns geboren", von Uhlands „gutem alten Recht". Man sang „Deutschland über alles". — Der Freistaat Bayern gab sich seine Verfassung am 12. August. Die Abschaffung des Adels wurde mit 99 gegen 71 Stimmen abgelehnt. Kronprinz Rupprecht erklärte sich in einem öffentlichen Schreiben bereit, sich einem bayrischen Staatsgerichtshof zu stellen, aber niemals freiwillig einem außerdeutschen Gericht Rede und Antwort zu stehen, außer wenn der bayrische Landtag selber eine solche Mißachtung der Suveränität des bayrischen Volkes sanktionieren sollte. — Einen scharfen Brief richtete Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers Wilhelm, an seinen Vetter, den König von England, worin er ihn mahnte, von der Auslieferung des Kaisers abzustehen. Gleichzeitig erhob er die schwersten Anklagen gegen England, das ausschließlich die Schuld am Kriege trage, den es aus Handelsneid entfesselt habe (3. Aug.).

Nachträglich schob Prinz Max von Baden die Hauptschuld am Zusammenbruch auf den Umstand, daß Kaiser Wilhelm nicht rechtzeitig abgedankt habe; es wäre dann nicht zur Vereinigung der aufrührerischen Soldaten mit den Sozialdemokraten gekommen (5. Aug.). — Hindenburg trat für seinen Mitarbeiter Ludendorff gegen alle Angriffe ein. „Wer General Ludendorff trifft, trifft mich." — Auch Harmsworth widersprach im englischen Unterhaus den Erklärungen Erzbergers über ein angebliches

Hindenburg

Friedensangebot, das die Alliierten Deutschland im August 1917 gemacht haben sollten; das sei niemals der Fall gewesen. Auch Michaelis, Ludendorff, Hindenburg und Helfferich wiesen die wahrheitswidrige Darstellung Erzbergers zurück (7. Aug.). — Dokumente, welche die Schuld Deutschlands am Krieg widerlegten, fanden sich nachträglich bei Hausdurchsuchungen bei der Witwe und dem Sekretär Kurt Eisners. — Der bekannte Affentheoretiker Ernst Haeckel starb in diesem Monat.

Bei der Beantwortung des Friedensentwurfs von Saint-Germain konnte Staatskanzler Renner im Namen Deutschösterreichs nur noch den Vorbehalt machen, daß er sich auf den Völkerbund berufe, „der uns in den Stunden der Bedrängnis hören wird" (6. Aug.). Renner erstattete darüber einen umfassenden Bericht im Hauptausschuß der Nationalversammlung am 8. August. Dieser erklärte daraufhin die neuerlich am 20. Juli vorgelegten Friedensbedingungen, obschon sie im Vergleich zu den früheren Propositionen vom 2. Juni die Absicht des Entgegenkommens erkennen lassen, für politisch, wirtschaftlich und finanziell unrealisierbar. Die Gesetzgebung stände der Aufgabe, sie durchzuführen, ratlos gegenüber, weil Zwangsgesetze nicht den zu leistenden Gegenstand und das leistungsfähige Subjekt vorfinden würden. Man müßte etwas versprechen, von dem man weiß, daß man es nicht halten kann. Man verwahrte sich gegen die Fiktion eines wechselseitigen Kriegszustandes zwischen den Völkern der Donaumonarchie, der nie bestanden hat. Keine noch so feierliche Urkunde kann dekretieren, daß Tatsache werde, was sich nie ereignet hat, kann dem nationalen Selbstbestimmungsrecht, das an allen Grenzen vergewaltigt werden soll, dauernd präjudizieren und die Bande der Blutsverwandtschaft lösen, die uns mit den Volksgenossen verbinden. Die Quote, die zur Zeit des Dualismus die Leistungen Österreichs und Ungarns regelte, kann unmöglich für das kleine Deutschösterreich gelten. Ferner stellte man die Gefahr für Deutschwestungarn vor, das nun wieder der Schauplatz eines Krieges werden sollte. Saint-Germain.

Als Renner die Leitung des Staatsamtes für Äußeres übernahm (9. Aug.), sagte er unter anderm: „Die Mächte entscheiden über uns nicht wie ein Richter, der alle Teile hört und alle Gründe abwägt, sondern wie das Fatum, unnahbar und unerforschlich. Wir fechten im Dunkeln, wir sehen jene nicht, die uns gegenüberstehen. Wir merken Zeichen des Wohlwollens, ohne zu wissen, wem wir zu Dank verpflichtet sind. Wir fühlen unbesiegbare Widerstände, ohne zu wissen, wovon sie ausgehen." Aber er erkannte auch die bisherigen Fehler der eigenen Regierung: „Wir kommen aus einer Periode der Wirrnisse; es ist also begreiflich, daß unsere Politik bisher nicht einheitlich und sicher orientiert war" (gewiß noch weniger sicher und einheitlich als in der Monarchie). „Man spricht uns draußen das Talent zum Staate einfach ab." Aber für uns spricht die gute Haltung der Arbeiter, Bauern und Bürger. „Wir haben die Krise mit den geringsten Blutopfern, den geringsten innern Erschütterungen und äußern Reizungen überstanden. Wir haben das Recht, uns dessen zu rühmen." — Der deutschösterreichische Gesandte in Berlin, Dr. Ludo M. Hartmann gab seine Demission, nachdem seine Anschlußpolitik gescheitert war. Er blieb aber doch und machte Politik auf eigene Faust.

Ein von Seitz, Hauser und Dinghofer unterzeichneter Aufruf Deutschösterreichs an die Deutschen Westungarns vom 18. August verlangte Selbst-

bestimmungsrecht; über Deutschwestungarn solle nicht durch den Machtspruch der Entente, sondern durch freie unbeeinflußte Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle entschieden werden, wohin es gehören will. Man versprach Autonomie als einem besonderen Land mit eigener Landesversammlung und Landesregierung.

Von großer Wirkung in Nähe und Weite war der Sturz der Räte-
Ungarn. republik in Ungarn. Schon am 1. August mußte der „revolutionäre Rat der Räterepublik" seine unhaltbare Stellung aufgeben. Die Regierungsgewalt wurde von einer aus den Vertretern der Gewerkschaften gebildeten rein sozialistischen Regierung unter Julius Peidl übernommen. Eine Proklamation an das ungarische Volk berief sich auf ein Ultimatum der Ententemächte, die den Beginn von Friedensverhandlungen an den Rücktritt der Räteregierung knüpften. Ziel der neuen Regierung sei Aufrechterhaltung der Ordnung und Verhandlung mit den Ententemächten. Der neue Kriegsminister Haubrich ordnete als Diktator der Stadt Budapest das strengste Standrecht an. Im Zentralarbeiterrat verabschiedete sich Ronai und Kun. Jener sagte: „Wir rechneten auf eine rasche Ausbreitung der Weltrevolution, den Vormarsch der russischen Armee, die revolutionäre Opferbereitschaft des ungarischen Proletariats, die Hilfe des westländischen Proletariats. All das traf nicht zu. Wir wollen das Proletariat nicht auf die Schlachtbank schicken und die Gegenrevolution stärken." Bela Kun meinte sodann, er hätte es lieber gesehen, wenn das Proletariat auf den Barrikaden gekämpft hätte. „Aber das hätte vom Gesichtspunkt der internationalen Proletarierrevolution keinen Sinn gehabt. Hätten wir nicht eingewilligt, hätte man uns alle Produktionsmittel weggenommen. Wir verschieben den Kampf auf gelegenere Zeit." — Die neue Regierung versprach, die Waffenstillstandsbedingungen vom 13. November 1918 baldigst zu erfüllen. Sie nannte sich wieder „Ungarische Volksrepublik" und bat um Ententetruppen. Die rumänischen Truppen zogen am 4. August in Pest ein. Am 6. wurden neue Wahlen ausgeschrieben. Am selben Tag veranlaßte man aber die neue Regierung abzudanken, da sie nicht die Gesamtheit der Nation vertrete und auch nicht imstande sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das geschah in größter Ruhe. Darauf übertrugen die in Budapest weilenden Missionen der Ententemächte und deren Generale nach eingehender Beratung die Ausübung der höchsten Macht an Erzherzog Josef, der noch im Laufe der Nacht den gewesenen Staatssekretär im Kriegsministerium Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Die Bevölkerung, von einem drückenden Alp befreit, brachte der neuen Regierung begeisterte Demonstrationen und sang den „Hymnus", der unter dem Königtum gegolten hatte. Am andern Tag forderte eine Proklamation des Feldmarschalls Erzherzogs Josef das ganze Volk zur Eintracht, zum

Verstehen, zur Arbeit auf. Der Erzherzog richtete auch ein Telegramm an Clemenceau, worin er als sein Programm bezeichnete: „Vollständige Niederwerfung des mit den Mitteln des Terrors hieher verpflanzten Bolschewismus, Durchführung des Waffenstillstandsabkommens, Regelung der zerrütteten Zustände, Sicherung der produktiven Arbeit, Vorbereitung für die Friedensverhandlungen. Daher auch nähere Berührung mit der Entente." Ministerpräsident Stephan Friedrich wies jede konfessionelle und Rassenverfolgung ab. Das Erscheinen von Zeitungen wurde wegen Papiermangels eingestellt. Erzherzog Josef nahm den Titel eines Verwesers oder Gouverneurs von Ungarn an und nahm am 8. August die Minister in Eid: „bis die Nation die Staatsform auf verfassungsmäßigem Wege festgestellt haben werde". Er ließ am 10. im Amtsblatt erklären, daß er nicht im Interesse der Monarchie tätig sei, er wolle nur unbedingt und gegen jedermann die freie, unbeeinflußte Willensäußerung der Nation sichern, damit sie durch ihre auf Grund des allgemeinsten Wahlrechts gewählte Vertretung selbständig über die Zukunft entscheide. Vizeadmiral Horthy wurde zum Oberkommandanten der gesamten ungarischen Wehrmacht ernannt. Im Dekret hieß der Verweser „königlicher Prinz".

Der mit dem Blut so vieler ungarischer Bürger befleckte internationale Judenkommunist Bela Kun war sofort nach Wien geflohen, wo er bei den Gesinnungsgenossen in der Regierung Sicherheit, Asylrecht und aufmerksame Bedienung fand. Der ungarische Volksbeauftragte Tibor Szamuely, der auch hieher fliehen wollte, hatte ein zarteres Gewissen über seine Missetaten; als er an der Grenze angehalten wurde, erschoß er sich selbst und wurde also sein eigener Richter (2. Aug.). Die Gewährung des Asyls an die kommunistischen Mitglieder der Räteregierung fand in bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen Widerspruch, weshalb sich die deutschösterreichische Regierung in einer ebenso langen wie lahmen Darlegung vom 11. August zu verteidigen suchte. Der Wiener Kreisarbeiterrat erließ schon am 4. August eine phrasenhafte Resolution über die Notwendigkeit, die „Arbeiterorganisationen auszubauen und das Proletariat mit revolutionärem sozialistischen Geiste zu erfüllen, um schlagfertig der Reaktion entgegentreten zu können und den Kampf für die großen Ziele des Sozialismus unter den durch die Weltlage gegebenen Bedingungen in geschlossenen Reihen weiterzuführen". — Die ungarische Regierung verlangte aber die Auslieferung von Kun und Genossen zur strafrechtlichen Aburteilung wegen Aufreizung zum Mord, wegen Raubes, Geldfälschung usw. Die noch in Budapest befindlichen Funktionäre der Räteregierung wurden verhaftet. Zoltan Szamuely, Bruder des Tibor Szamuely, erhängte sich im Gefängnis. Kun.

Staatskanzler Renner jammerte über die üble Wirkung der Budapester Ereignisse für Wien; der Kommunismus gewinne dadurch nur neue Kraft. In der Tat veranstaltete die Volkswehr am 13. August eine Kundgebung für die Republik vor dem Parlament. Präsident Seitz hielt an die aufgezogene Volkswehr, Arbeiterwehr, Sicherheitswache und Stadtschutz- Wien.

wache eine Rede, ob zur Aufhetzung oder zur Beruhigung, war nicht ganz klar; zum Schluß wurde die Marseillaise gespielt. Infolge kommunistischer Disziplinarwidrigkeiten wurde am 27. August ein Volkswehrbataillon aufgelöst und zum Teil unter andere Bataillone verteilt. Die Christlichsoziale Vereinigung sprach sich unter Hausers Vorsitz gegen den Mißbrauch des Asylrechts aus, das man gemeinen Verbrechern aus Ungarn gewähre. Der Landesbauernrat von Niederösterreich im Verein mit der Exekutive des Reichsbauernrates protestierte gegen die Klassendiktatur der Arbeiter- und Soldatenräte, die sich besonders auf dem Lande unverantwortliche Eigenmächtigkeiten erlaubten.

Ungarn. Die ungarischen Verhältnisse waren noch nicht beruhigt. Allerdings löste sich die antikommunistische Szegediner Nebenregierung am 22. August auf und stellte ihre Organe und Truppen der neuen Budapester Regierung zur Verfügung. Aber die Pariser Konferenz, besonders die judenfreundliche amerikanische Delegation gab den Protesten der Tschechoslowaken, Jugoslawen und Italiener gegen die Regierung des Erzherzogs Josef Gehör. Diese Regierung sei nicht durch den Willen des Volkes errichtet worden, sondern durch einen von einer kleinen Polizeigruppe unter dem Schutze einer fremden Armee (Rumänien) ausgeführten Staatsstreich. Die Familie Habsburg sei durch ihre Politik und durch ihren Ehrgeiz zum großen Teil für das Unglück der Welt verantwortlich. Es könne mit ihr keinen dauernden Frieden geben. Auch Volkswahlen würden in der gegenwärtigen Lage nicht den wirklichen Ausdruck des Volkswillens geben. Daraufhin trat Erzherzog Josef sofort zurück (23. Aug.), vom Lande gepriesen als Retter aus völliger Anarchie. Doch erklärte er in der Abschiedsproklamation „seinem ungarischen Vaterlande mit unerschütterlicher Treue zu Diensten zu stehen bis zum letzten Atemzug. Der Gott der Magyaren segne meine geliebte Nation und lasse unser Vaterland aufblühen.“ Ministerpräsident Stephan Friedrich blieb im Amt und erklärte: „Ungarn muß das christliche Land bleiben, das es war. Sozialisten und Nichtchristen dürfen keinen größeren Wirkungskreis für sich fordern, als ihnen infolge des Zahlenverhältnisses zukommt. Wenn wir auch das Symbol des christlichen Ungarn, den Verweser, geopfert haben, so sind wir doch nicht zu dem weiteren Opfer bereit, daß auch wir uns beiseitestellen.“ Ferner sagte er: „Die Führer der Arbeiterschaft wollen nicht anerkennen, daß die Arbeiterschaft nicht hinter ihnen, sondern hinter mir steht. Mich interessiert nicht, was die Sozialistenführer sagen, sondern die Meinung der Arbeiterschaft.“ Überhaupt schlug der Ministerpräsident resolute Töne an, wie sie lange nicht gebräuchlich waren. Er bildete am 27. August ein neues Ministerium und richtete an die interalliierte Militärmission eine entschiedene Note: „Es wird immer unmöglich sein, ein Ministerium zusammenzustellen, das den Wünschen aller Militärmissionen, aller politischen Fraktionen, überdies dem Gefallen des Kommandos der rumänischen Truppen entspricht. Es sind Klein- und Großgewerbe, Handel, Beamte, Landwirte und industrielle Arbeiter vertreten.“ Auch eine protestantische Gruppe schloß sich der christlichsozialen Partei an. Das Wahlrecht wurde auf breitester Grundlage erteilt.

Vor dem Sturz der kommunistischen Räteregierung in Ungarn konnte auf der ganzen Welt gefürchtet werden, daß der Bolschewismus über Deutschland und Österreich auch nach dem Westen sich ausbreiten werde und daß

also eine Weltrevolution der alten Kultur ein völliges Ende bereiten müsse. Man erwartete damals im unverteidigten Wien jeden Augenblick den Einmarsch der Kommunistenbanden aus Ungarn. Die ganze Gesellschaft war unter dem Eindruck, daß man dem Kommunismus entgegengehe. Nun zeigte sich aber gerade durch den Umschwung in Ungarn die ganze Hohlheit des Marxismus. Er mußte umfallen, angeherrscht von der selbstbewußten Wahrheit. Nur der Irrwahn und die Feigheit haben ihm einen Scheinerfolg geben können. — Über die weiteren Umstimmungen wäre bei den folgenden Jahren zu berichten, wenn wir etwa noch dazu kommen und es erleben. Leider muß aber festgestellt werden, daß bis heute (1923) die Wahnideen, die Utopien und Rechenfehler des Marxismus noch immer allzusehr in den Köpfen intellektueller Mitteleuropäer spucken, zum großen Schaden einer rascheren gedeihlicheren Entwicklung.

Die tschechoslowakischen Machthaber waren es zumeist, die sich vor der Erneuerung der habsburgischen Dynastie in Ungarn fürchteten und dagegen bei der Pariser Friedenskonferenz Vorstellungen erhoben. Sie hatten als Verschwörer und Hochverräter ein schlechtes Gewissen. Der Minister des Äußern Benesch konnte sich nicht genug in Verleumdungen des Kaiserhauses ergehen. Die Tschechen wurden auch nervös, weil sich in Paris in der Teschener Frage die Stimmung gegen sie wandte. — Etwas gemäßigter und bescheidener war das Verhalten der Jugoslawen. Man wünschte gutnachbarliche Beziehungen mit den Nachbarstaaten.

Zwischen Ungarn und Deutschösterreich stand nur mehr die Frage Deutsch-Westungarn oder das Vierburgenland, wie man es nannte.

Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam fühlten sich die Deutschen und Österreicher tief beleidigt, weil man zu den zwei ersten Stellen des Vorsitzes Mitglieder aus der andern Gruppe der Kriegführenden vorschlug. Ein zweiter Punkt der Verstimmung war, daß die Amerikaner und die Deutschen die Völkerbundresolution nicht annahmen. Man ging verbittert auseinander. Gewerkschaften.

Auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern agitierte man für eine Änderung der vorliegenden Friedensverträge in einem der Völkerversöhnung günstigeren Sinn, besonders da die Haltung der neuen deutschen Regierung geeignet sei, die siegreichen Regierungen zu einer Politik der Mäßigung zu verpflichten. Es muß ein wirkliches Völkerparlament geschaffen werden. Die Abrüstung muß vollständig sein. Ein Wirtschaftsrat des Völkerbunds soll sich mit einer internationalen Organisation des Kredits sowie Liquidation der Kriegsschulden befassen. Die territorialen Grenzen dürfen nicht dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechen. Die deutsche Entschädigungssumme darf nicht die Lebenshaltung der Arbeiterklasse dauernd herabdrücken. Deutschland und Deutschösterreich sollen den Zugang zu den Rohmaterialien und die Möglichkeit einer ökonomischen Entwicklung erhalten. Es war eine Ungerechtigkeit und ein Fehler, Deutschland die Kolonien wegzunehmen. Die Internationale beharrte auf ihrem Protest gegen eine Intervention der Alliierten in Rußland. Axelrod dankte zum Schluß Henderson dafür, daß er während des ganzen Krieges stets die Fahne der Internationale hochgehalten habe. Sozialisten.

In Reval wurde am 18. August eine „nordwestrussische“ Regierung aufgestellt; sie vertrat vorläufig die Provinz Pleskau, ihr Haupt Reval.

war General Judenitsch. Sie wurde vom britischen Militärbevollmächtigten General Marsh als Mittel gegen das bolschewistische Rußland protegiert. England nahm sich auch Persiens an, leugnete aber ab, daß es ein Protektorat über Persien auszuüben beabsichtige. Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob der betreffende Vertrag zwischen England und Persien dem Rate des Völkerbundes vorgelegt würde, antwortete die Regierung sehr zweideutig. Japan verlieh Korea die Selbstregierung; so wurde wenigstens offiziell gesagt (22. Aug.).

September.

Saint-Germain.

Endlich wurden die „endgültigen" Friedensbedingungen auch der österreichischen Delegation in Saint-Germain am 2. September überreicht. Es wurde nur der Name „Republik Österreich" anerkannt, nicht „Deutschösterreich", was seine tückischen Absichten hatte, um diese Republik, sobald man es so wollte, als Erbin des alten Kaiserstaates Österreich anzusprechen und das fatale, anschlußdrohende „Deutsch" verschwinden zu machen. Ein kleines Zugeständnis war es, daß die Stadt Radkersburg und die am linken Murufer gelegenen Gemeinden Steiermarks bei Deutschösterreich blieben (wir behalten in der Literatur diesen allein eindeutigen Namen bei). Westungarn blieb ohne Volksabstimmung Deutschösterreich zugesprochen. Über Staatsbürgerschaft erfolgten aus Rücksicht auf Tschechen, Jugoslawen und Italiener ganz chaotische Bestimmungen. Es erfolgte eine Verschärfung des Verbotes jeglichen Anschlusses. Ein Begleitschreiben nahm der deutschösterreichischen Regierung die Entschuldigung, als ob nur die Dynastie für den Ausbruch des Kriegs und den Militarismus verantwortlich gewesen wäre. Im Gegenteil sei die Politik der Habsburger nur ein Ausdruck der Hegemonie des deutschen und magyarischen Volkes über die andern Nationen gewesen, wozu noch die alldeutschen Herrschaftspläne kamen. Das „österreichische" Volk ist und bleibt bis zur Unterfertigung des Friedens ein feindliches Volk. Die gegenwärtige und künftige Schwäche Österreichs ist nicht eine Folge des Vertrags, sondern sie entspringt der Politik der Vorherrschaft. Man hat aus Wien den wirtschaftlichen und politischen Mittelpunkt des Reiches gemacht; alles war daselbst künstlich konzentriert, man hat die Provinzen ihres Blutes beraubt, die Eisenbahnstraßen lahmgelegt. Für die Zukunft werden internationale Bestimmungen über Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen Österreichs Verkehr zu Wasser und zu Land genügend sichern. Österreich wird in einem sehr nahen Zeitpunkt in den Völkerbund aufgenommen werden. — Dieser Vertragsentwurf kam also vor die Nationalversammlung in Wien, der nichts anderes übrigblieb, als anzunehmen, da sonst der Waffenstillstand gekündigt würde und die Entente mit Gewalt ihre Bedingungen erzwänge. Es erfolgten feierliche

Verwahrungen der Landesvertretungen gegen diese den Bedingungen der Punkte Wilsons schroff widersprechenden Gewaltbestimmungen. Renner schilderte die harte Geduldprobe für das Land, das den Frieden schon in den Herbsttagen 1918 erwarten durfte und nun zehn Monate hingehalten wurde. Er stellte aber fest, daß die ungeheuerlichsten Ansprüche der ersten Fassung durch zähe Arbeit der Delegation wesentlich gemildert wurden, so über das Eigentum der Deutschösterreicher auf dem Gebiet der Nationalstaaten; auch bleibt das auf unserm Gebiet liegende Staatsgut Eigentum unseres Staates. Die Nationalstaaten übernehmen auch einen Teil der Staatsschulden, allerdings in einem Maße, der noch immer eine große Ungerechtigkeit gegen uns bedeutet. Die nationalen Abgrenzungen sprechen jeder Grundsätzlichkeit Hohn, sowohl dem Recht, der Geschichte wie dem Nationalitätsprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht, sie sind nur von der Willkür der Gewalt diktiert. Muchitsch prophezeite im Namen der preisgegebenen Deutschen dauernde Beunruhigung des Kontinents durch diesen „erweiterten Balkan". Kunschak äußerte sich so heftig über die Entente, daß ihn der Präsident zur Vorsicht mahnen mußte. Renner sagte noch sehr treffend, die Deutschen Österreichs seien viel öfter gezwungen gewesen, polnische, tschechische, südslawische Politik zu machen als deutsche. Die Versammlung nahm (6. Sept.) den Vertrag an, aber nicht ohne an den künftigen Völkerbund gegen all diese gewissenlosen Rechtsbrüche zu appellieren und zu protestieren. Der Staatskanzler reiste am 8. September wieder nach Saint-Germain zurück und es fand also am 10. September die Unterzeichnung des Friedensvertrags statt. Nach Renner unterzeichneten die fünf Großmächte der Weltherrschaft: Amerika, England, Frankreich, Italien, Japan. Dann die kleineren Staaten, darunter Polen, Tschechoslowakei usw. — Rumänien und Jugoslawien hatten sich absentiert. Rumänien erklärte noch offiziell, den Vertrag nicht unterzeichnen zu können, da der Artikel über die Juden die Unabhängigkeit des Staates verletze. Südslawien war verstimmt gegen Italien.

Eine Folge des Friedens mit Deutschösterreich war es, daß der Oberste Rat der Entente Deutschland aufforderte, den Verfassungsartikel über den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich abzuändern, bei Strafe Anschluß. weiterer Besetzung deutschen Gebietes. Darauf erklärte sich die deutsche Regierung zur Erklärung bereit, daß jener Artikel (61) so lange kraftlos bleibe, als nicht der Rat des Völkerbundes gemäß Artikel 80 des Friedensvertrags einer Abänderung des staatsrechtlichen Verhältnisses Deutschösterreichs zustimmt. Darauf erfolgte eine verlegene Note Clemenceaus, die wenigstens eine „diplomatische Urkunde" darüber verlangte, welche auch von den gesetzgebenden deutschen Gewalten zu billigen sei. Das geschah denn auch.

Nun verlangte noch die Entente von der deutschen Regierung die Zurückziehung der deutschen Truppen aus den baltischen Gebieten. Aber die Be-

mühungen des Generals von der Goltz, die Truppen zum Abmarsch zu bewegen, blieben erfolglos. Darauf wurde er abberufen.

Clemenceau. Clemenceau hielt eine halb großsprecherische, halb resignierte Triumphrede in der Kammer am 26. September. „Der Vertrag sei unvollkommen. Wilson wäre in der Frage des Völkerbundes nicht in vollem Maß erfolgreich gewesen. Aber er habe die Schlüssel gegeben, die das Tor einer neuen Welt öffnen. Der Erfolg bleibt freilich fraglich. Die Lage an der Adria ist unfreundlich. Unfreundlich ist auch die Haltung in Amerika. Man klage über die lange Dauer der Friedenskonferenz; sie dauerte keine sieben Monate, der westfälische Kongreß sieben Jahre. Unsere Konferenz hat etwas geschaffen, was in der Geschichte mehr Raum einnimmt als der Einzug der Türken in Konstantinopel. (Schöner Vergleich!) Der Einfluß Frankreichs ist heute auf den höchsten Punkt gelangt. Es hat die Welt an der Marne und bei Verdun gerettet. Freilich ist ihm nicht alles gegeben worden, worauf es ein Recht hatte. Die Entschädigungen sind gering im Vergleich zu den Blutopfern. Mit Hilfe unserer Verbündeten haben wir gesiegt. Wir sind die Herren. Das Frankreich des Vertrags wird sein, was Sie aus ihm machen. Die Verwünschungen der Nachwelt werden aber auf Sie fallen, wenn Sie verkennen, was er für die Zukunft Frankreichs enthält!" — Wir werden diese Verwünschungen vielleicht noch erleben.

Wilson. Wilson war über den Mißerfolg seiner Völkerbundsidee krankhaft aufgeregt. Er machte eine Rundreise durch die Vereinigten Staaten, um sich zu rechtfertigen gegen so manche Bemängelungen. Man habe ihn nicht verstanden, meinte er. Der Völkerbund ist die Erfüllung des Versprechens, das Amerika veranlaßte, mitzukämpfen. Wenn der Völkerbund nicht errichtet würde, sei der Tod so vieler Amerikaner vergebens gewesen. Ohne Amerika würde der Völkerbund nur eine kriegerische Allianz bedeuten, und es würde bald wieder Krieg geben. Mehrere Generationen werden vergehen, bevor die fremden Staaten ihre enormen Kriegsschulden abtragen können. Amerika wird wahrscheinlich der einzige Staat sein, der die notwendigen Kapitalien hat, um der Industrie der Welt zu Hilfe zu kommen. Aber schon erhebt wieder die „deutsch-amerikanische" Schlange ihr Haupt und beginnt ihre verräterische Absicht vernehmlich hinauszuzischen. Sie will Amerika dem Völkerbund entfremden, zum Vorteile Deutschlands. — Nach angestrengten Propagandareisen mußte Wilson wegen nervöser Verdauungsstörungen seine Tätigkeit einstellen (27. Sept.). — Wohl um Amerika beim Bund festzuhalten, begab sich Sir Edward Grey in einer Sondermission nach Washington. Er reiste am 21. ab und war am 29. in Neuyork. Er äußerte sich dort, es gelte, das gute Verhältnis zwischen England und Amerika zu fördern.

Das deutschösterreichische Staatsamt für Äußeres veröffentlichte am 20. September eine Ergänzung zum Rotbuch „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges". Der tendenziöse Zweck war, den eigenen Staat zu beschmutzen und sich bei den erbitterten Feinden dadurch einzuschmeicheln. Berchtold. Der ehemalige Minister des Äußern, Graf Berchtold, äußerte sich darüber am 28. September: „Meine Aufgabe vor dem Kriege bestand nicht darin, den österreichisch-ungarischen Staat schließlich aufzulösen, sondern ihn, wenn irgend möglich, im Frieden, und wenn der Krieg unausweichbar wäre, im Kriege zu erhalten."

Den Gipfel des Selbstwiderspruchs erreichte die deutschösterreichische Politik durch die Verlautbarung ihres sozialdemokratischen Vertreters, Österreich müsse sich nun nach dem Westen einstellen, also ein Deutschwestreich werden, der Gegensatz dessen, was die ganze deutsche Geschichte seit Karl dem Großen in deutschem Interesse mit der Ostmark vorhatte. So hieß es ungefähr am 13. September in der offiziösen Wiener „Abendpost" und so sprach der Staatskanzler am 15. in der sechsten Länderkonferenz. Er schlug als richtige Bezeichnung für den Staat „Deutsche Alpenlande" vor. Da einige Länder nicht mit dem „Blicke nach Westen" einverstanden waren, erläuterte Renner dies also: „Früher waren wir mit Magyaren und Slawen verbunden, wir konnten unser Eigenleben nicht führen. Wir waren nach Osten zu gebunden und hatten nicht den rechten Vorteil davon, daß wir Deutsche sind. Nun sind wir frei und wir sollen uns, meine ich, so einrichten, wie es einem Weststaate geziemt und nicht nach dem Muster von Balkanstaaten. Wir müssen uns an den Völkerbund wenden. Wir sind vom Wohlwollen der Reparationskommission abhängig. Sie kann uns ungünstig behandeln, wenn wir den Friedensvertrag auch nur moralisch nicht einhalten. Statt der Zentralen sollen Genossenschaften, landwirtschaftliche und Konsumentenorganisationen entstehen neben der freien Wirtschaft." Die Länder waren unbedingt für freien Handel und Freizügigkeit des Verkehrs und gegen die verzweifelte Zwangswirtschaft des Staates. — Die diplomatischen Beziehungen wurden seit 18. September geregelt. Rumänien erklärte sich, obwohl es den Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet habe, als im Friedenszustand befindlich. Gegen das parteipolitische Rätesystem veranstaltete die Wiener Bürgerschaft am 10. September eine große Kundgebung im Interesse demokratischer Gleichheit aller Stände. Bei der Verabschiedung der sudetendeutschen Vertretungen und Regierungen (24. Sept.) wurde der Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht und die nationale Freiheit gewahrt. Einzelne Länder, so Tirol und Steiermark, anerkannten den Zustand, der durch den Frieden geschaffen wurde, nicht als Rechtszustand und appellierten schon jetzt an den Völkerbund.

Der große Jubel in der Tschechoslowakei über den Friedensvertrag wurde etwas gedämpft durch die Nachricht, daß Teschen den Polen zugesprochen sei. Dessenungeachtet gefiel sich Minister Dr. Benesch im Größenwahn, „aus Prag den Mittelpunkt der slawischen und der mitteleuropäischen Diplomatie zu machen". „Die Bedeutung Wiens ist ungeheuer gesunken, aber wir können loyale Beziehungen pflegen, belehrt durch die Erfahrung." Kramarsch sah wohl voraus, daß es Konkurrenzkämpfe nicht nur mit der Entente, sondern auch mit Deutschland geben werde. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowaktischen Republik verlangte Auflösung des Bündnisses mit dem Ententeimperialismus, Einteilung des Staatsgebietes in autonome, national abgegrenzte Bezirke, Nationalräte und Nationalregierungen für jede Nation. Teschen.

In Ungarn vereinigte sich die Achtundvierziger- und Unabhängigkeitspartei mit der christlichen Richtung. Die Arbeiterschaft aber erklärte sich gegen die Regierung Friedrich.

Gabriel d'Annunzio unternahm am 13. September das Abenteuer, mit mehreren Panzerautomobilen Fiume zu besetzen und die Annexion an Italien auszusprechen. Ministerpräsident Nitti und die Mehrheit der italieni- Fiume.

schen Kammer sprachen ihre Mißbilligung über diese Aktion böswilliger Leute aus, die das Land in Gefahren stürze und es bei den Verbündeten verdächtige. Allerdings wurde auch der italienische Charakter Fiumes feierlich hervorgehoben.

Der Friedensvertrag der Entente mit Bulgarien wurde am 19. September übergeben. Es erfolgten einige Grenzkorrekturen. Eine Armee von 20.000 Mann wurde zur Aufrechterhaltung der Ordnung zugestanden, dazu 10.000 Mann Zollwache. Bulgarien hatte zweieinviertel Milliarden Franken in Gold Schadensersatz zu leisten (von 1920 bis 1958).

Luxemburg. Die Volksabstimmung in Luxemburg ergab eine Mehrheit für Großherzogin Charlotte und für die Zollvereinigung mit Frankreich. Dadurch schied Luxemburg aus dem deutschen Zollverein aus (30. Sept.).

Die Schweizer Sozialdemokraten sprachen sich in der Mehrheit gegen Eintritt in die Dritte Internationale aus. In Frankreich und sonst war der Sozialismus durch Lenin unpopulär geworden.

General Smuts wurde Nachfolger Bothas als Ministerpräsident in Südafrika (5. Sept.).

Berlin. Die Deutsche Nationalversammlung wurde wieder in Berlin am 30. September eröffnet. Im Münchener Geiselmordprozeß erfolgten Todesurteile und schwere Zuchthausstrafen (18. Sept.). Die Todesurteile wurden am nächsten Tage an sechs Personen vollstreckt.

Oktober.

Versailles. Als die französische Kammer den Versailler Vertrag am 3. Oktober ratifizierte, war ein Teil der Sozialisten gegen den Gewaltfrieden. Aus entgegengesetzten Gründen hielt Clemenceau am 12. im Senat den Vertrag für unvollkommen. Frankreich habe den Krieg mit den Deutschen seit einem halben Jahrhundert erwartet, daraus sei die Allianz mit Rußland entstanden. Die Niederlage habe die deutsche Einheit gestärkt. Auch die Sozialdemokraten seien dort Alliierte der militärischen Partei und regierten so Deutschland. Es heißt, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand Tausende von Kanonen erzeugt habe. Die Kontrolle sei beschränkt. Er befürchte heute noch mehr die wirtschaftliche Hegemonie als die militärische. Man müsse die französische Oberherrschaft sicherstellen. Man müsse sich auch des Manifestes der dreiundneunzig deutschen Intellektuellen erinnern, die erklärt hätten, es sei nicht wahr, daß Deutschland den Krieg provoziert habe. Sie hätten also gelogen und das ließe an einer Besserung zweifeln. Aber Frankreich sei gesichert durch die Allianz mit England und Amerika. Es gebe keine ganz sicheren Grenzen. „Was den Völkerbund betrifft, so gibt es Mitglieder desselben, die sich mit der Pistole in der Hand betrachten." Frankreich sei trotz allem verloren, wenn es nicht mehr Kinder hat. — Nach Frankreich ratifizierten auch England und Belgien den Friedensvertrag, ebenso Italien. Die Ratifizierung durch Amerika zog sich in die Länge; der Widerstand gegen den Völkerbund war dort dauernd im Wachsen.

In Berlin tagte ein Untersuchungsausschuß, der sich mit den Friedensbemühungen während des Krieges zu beschäftigen hatte; es sollte festgestellt werden, welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges führten, seine Verlängerung veranlaßten und seinen Verlust herbeiführten. Es handelte sich hauptsächlich darum, ob die Friedensvermittlung Wilsons ernst gemeint war. Wer aber konnte das wissen? Graf Bernstorff und Bethmann Hollweg gaben darüber ihre Aussagen ab. Berlin.

Reichskanzler Gustav Bauer kündigte in der Nationalversammlung am 7. Oktober den Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung an, und bemerkte, daß fast überall in der Welt wieder eine Propaganda, eine geschäftliche Verleumdung am Werke sei, die uns den Friedenswillen abspricht, die überall Imperialismus und Vertragsbruch wittert. Wir haben allerdings noch 200.000 Mann im Innern und fast ebensoviel an den westlichen Grenzen stehen, eine Zahl, die unsern noch bis an die Zähne bewaffneten früheren Feinden wahrlich nicht gefährlich werden kann. Aber man sagt, der Geist des Monarchismus und Militarismus beherrsche diese Truppen. Er tadelte gefährliche Äußerungen der deutschnationalen Presse. — Man protestierte gegen die Unterstellung des Friedensvertrags, Deutschland sei nicht fähig gewesen, kolonisatorische Arbeit zu leisten. — An der wirtschaftlichen Blockierung des bolschewistischen Rußland durch die Westmächte sollte auch Deutschland mithelfen. Das wurde unter den gegenwärtigen Verhältnissen abgelehnt. Über die Frage der baltischen Länder schlug Deutschland die Entsendung einer interalliierten Kommission vor.

Deutschösterreich nahm also offiziell, um der Entente zu gehorchen, den Namen „Republik Österreich“ an und hob die Verfassungsbestimmung auf, wonach Deutschösterreich einen Bestandteil des Deutschen Reiches bildete. Präsident Seitz ratifizierte den Friedensvertrag am 25. Oktober. Die Grenzen standen in Kärnten noch nicht völlig fest. Die Bevölkerung betrug (mit Einschluß Westungarns) etwa 6,570.000 Menschen, davon 5,959.000 mit deutscher Sprache. Beansprucht war ein Gebiet von über 10,000.000 Einwohnern (mit Deutschböhmen, den deutschen Gebieten von Tirol, Kärnten, Krain und Steiermark). Auch in Westungarn war nach nationalem Prinzip ein Gebiet von 481.000 Einwohnern (statt der zugesprochenen 345.000 Einwohner) beansprucht worden, nämlich Wieselburg, Preßburg usw. — Der französische Bevollmächtigte Allizé blieb in Wien als Anhänger einer österreichisch-französischen Annäherung; er versicherte, nur Frankreich könne die Interessen des neuen Österreich mit Nachdruck vertreten und Wien seine wichtige Rolle als mitteleuropäische Hauptstadt und wirtschaftliches Zentrum vor den Toren des Balkans und des Ostens wieder verschaffen. Er drückte seine Befriedigung über den Abgang des kommunistischen Otto Bauer aus. Es wurde auch davor gewarnt, dessen Politik des Anschlusses an das Deutsche Reich irgendwie fortsetzen zu wollen. — An Stelle des zurücktretenden Hauser wurde Vizekanzler Fink zum Obmann der christlichsozialen Vereinigung gewählt; als dessen Stellvertreter Seipel und Weiskirchner. Der „nationaldemokratische Volksverein“ hielt sein Programm der Eingliederung Deutschösterreichs ins Deutsche Reich aufrecht. Österreich.

Um eine festere Regierung und Mehrheit in der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu erzielen, schlossen die zwei größten Parteien, die sozialdemokratische und die christlichsoziale, miteinander am 17. Oktober eine

Koalition. „Koalition" mit allgemeinen Vereinbarungen über Finanzreform, Neubildung der Verfassung und Verwaltung, Räteorganisation durch „Heranziehung von Vertrauensmännern" der einzelnen Bevölkerungskreise, Schutz des Vereins- und Koalitionsrechts, der Freiheit der politischen Gesinnung, über das Heer, das nicht die Wehrmacht einer einzelnen Partei sein dürfe, über Schulreform, loyale Durchführung des Friedensvertrags, Ernährungsfrage, Abbau der kriegswirtschaftlichen Organisationen, Sozialisierung und Kommunalisierung, Umwandlung kriegsärarischer Betriebe in gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, Sozialversicherung usw. An die Spitze einer neuen Regierung traten gleichzeitig wieder Renner als Staatskanzler und Staatssekretär für Außeres, Fink als Vizekanzler.

Eine siebente Länderkonferenz trat am 12. Oktober zusammen. Von der gesetzlichen Landesverweisung wurden jene Erzherzoge ausgenommen, die auf ihre Mitgliedschaft zum Hause Habsburg-Lothringen verzichteten (Franz Salvator usw.).

Zum Jahrestag der Begründung der Tschechoslowakischen Republik Masaryk. sprach sich der Präsident Masaryk über den Bolschewismus also aus: „Lenin irrt, wenn er sein kommunistisches Programm als richtigen Marxismus erklärt. Ich kenne den Bolschewismus aus eigener Anschauung; er ist revolutionärer Anarchismus, Syndikalismus, Gegensatz des demokratischen Majoritätsprinzips. Marx erwartete von der Diktatur des Proletariats ein kulturell hohes Stadium, aber Lenin repräsentiert den Primitivismus des ungebildeten Muschik. Seine Taktik erinnert an die Iwans des Schrecklichen, sie kostet Tausende unnütz verlorner Menschenleben. Die Idealisten unter den Bolschewiken sind ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Das Elend in Rußland widerlegt den Leninschen Kommunismus. Der russische Bolschewismus ist eher Widerlegung als Bestätigung des Marxismus, er ist eine Folge der militärischen Niederlage. Er ist für uns unanwendbar. Er ist aber auch für Rußland unmöglich. Er wird sich nicht halten. Ich bin nicht gegen die Sozialisierung. Wir sind aber bereits genug verstaatlicht. Insbesondere darf sich die Arbeiterschaft nicht zuviel versprechen. Es ist möglich, daß es ihr schlechter gehen könnte. Das Sozialisierungsprogramm müßte international vereinbart werden. Für die Produktion ist schöpferischer Unternehmungsgeist nötig, sie muß weltumfassend werden . . ."

Es wurde bekannt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrags der Tschechoslowakei mit der Entente den Schutz der Minderheiten und den Handelsverkehr unter internationale Bürgschaft stellten. Konflikte sollten vor den ständigen internationalen Gerichtshof gebracht werden. — Die Tschechei wollte die Regierung Friedrich in Ungarn noch immer nicht anerkennen, weil sie bei ihr eine monarchistische Tendenz vermutete. Die Sozialdemokratie der tschechischen Republik war national gespalten. Die deutsche Arbeiterschaft verkündete durch den Mund ihres Führers Josef Seliger in Warnsdorf: „Die Nationalversammlung in Prag tritt uns gegenüber als brutale Gewalt auf. Die Tschechen stellen jenen Zustand dar, der sich in nichts von dem des alten Österreich unterscheidet. Sie begehen eine Torheit, wenn sie einen Staat aufrichten, von dem sie wissen, daß er von den heftigsten nationalen Kämpfen zerrüttet werden wird."

Zu den vielen ungarischen Parteien bildete sich nun auch eine Ungarn. „Partei des Ungarischen Königtums". Sie bezweckte, „den

Traditionen der tausendjährigen ungarischen Nation entsprechend, einen würdigen Nachfolger mit der Krone des heiligen Stephan auf den Thron zu setzen. „Erst dann wird das Schicksal des Vaterlandes auf dem Ruhepunkt anlangen und seine Fortentwicklung gesichert sein, wenn wir von unserm Königswahlrechte Gebrauch machen.“ Der Ministerpräsident machte in Begleitung von Engländern eine Propagandareise nach Transdanubien, um für eine christliche und nationale Politik zu sprechen. Er hob hervor, daß England, dessen Vertreter sich hier befinden, zuerst anerkannte, welch großes Unrecht Ungarn widerfahren sei. Man spreche von einer Judenverfolgung durch die Friedrichbuben. „Es gibt nur eine Kommunistenverfolgung; daß aber fast jeder Kommunist Jude war, dafür kann ich nicht. Die Sozialdemokraten sind leichter Dinge Kommunistenführer geworden und erst dann wieder Sozialdemokraten, nachdem die große politische Wendung eintrat. Mit solchen Leuten will ich mich nicht an einen Tisch setzen. Das Land ist zu fünfundneunzig Prozent christlich und national und wird es bleiben.“ Eine Fusion mit den destruktiven Liberalen lehnte er ab. „Mit den Juden, die sich in den letzten Jahren in unser Land gedrängt haben, gibt es kein Feilschen. Die müssen hinaus!“ Einer Abordnung der royalistischen Partei gegenüber äußerte sich Friedrich zustimmend; aber in der Grundfrage wie in der Personenfrage müsse die Gesamtheit der Nation entscheiden. — Es erwies sich, daß die durch russisches Geld errichtete Räterepulik die Arbeiterschaft und die Industrie auf Jahre hinaus ruiniert habe. — Der englische Admiral Troubridge bestimmte Budapest zum Sitz der ständigen Donaukommission und zur Zentrale der Donaudampfschiffahrt.

Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz gewannen zumeist die Sozialdemokraten und die Bauernpartei auf Kosten der Freisinnigen. Die Katholisch-konservativen behaupteten ihren Stand (42 von 189 Sitzen).

Die englische Staatsschuld war während des Krieges von 15 Milliarden auf 200 Milliarden gestiegen. Lloyd George erklärte, England könne ohne Amerikas, seines angelsächsischen Vetters, Hilfe nicht die Bürde weiter tragen, besonders der türkischen Frage gegenüber. Es zeigte sich, wie teuer England den Sieg über seinen gewaltigsten Nebenbuhler Deutschland zahlen mußte.

Die italienischen Sozialisten traten auf dem Kongreß zu Bologna der „Dritten Internationale“ bei.

Amerika wurde nicht nur von England (durch die Mission Lord Greys), sondern auch von Belgien (durch Besuch des Königspaares) umworben. An Stelle des erkrankten Wilson wurde das Paar vom Vizepräsidenten Marshall begrüßt.

Neue Feststellungen berechneten die Zahl der im Weltkrieg gefallenen Soldaten auf 7,450.000

November.

Während die andern Staaten, einer nach dem andern, die Friedensverträge ratifizierten, machte der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika nicht weniger als zehn Vorbehalte zum Friedensvertrag. Er verwahrte sich gegen Einmischung des Auslandes in die inneren wirtschaftlichen Angelegenheiten: Einwanderung, Arbeit, Küstenschiffahrt, gegen Eingriffe in die Monroe-Doktrin, er behielt sich volle Handlungsfreiheit in Amerika.

allen Streitfragen zwischen Japan und China vor, ebenso die alleinige Befugnis des Kongresses, die Mitglieder für den Völkerbundrat und die verschiedenen Kommissionen zu ernennen. Er behielt sich vor, sich jederzeit ohne Angabe der Gründe aus dem Völkerbunde zurückziehen zu können und selbst zu beurteilen, ob die von den Vereinigten Staaten eingegangenen Verpflichtungen erfüllt worden seien oder nicht. Auch die erste Einberufung des Völkerbundesrates in Paris bereitete Schwierigkeiten. Durch all das war eigentlich das ganze Friedenswerk in Frage gestellt oder ins Unbestimmte hinausgeschoben. Mit diesen Äußerungen amerikanischen Geistes stand Wilsons Botschaft vom 27. November in Widerspruch, darin er das Volk aufforderte, Gott für alle Gnaden des letzten Jahres zu danken, das Geschenk des Himmels zu bewahren und auszubauen, nicht aus Eigennutz, sondern als hohes Beispiel williger Mitarbeit an der Wohlfahrt aller Völker, um eine neue Welt aufzubauen, die von gegenseitiger Freundschaft und gutem Willen geleitet werde.

Das südslawische Königreich ließ sich nur nach vergeblichen Versuchen, gegen die Bestimmungen des internationalen Minoritätenschutzes zu protestieren, zur Unterzeichnung des Friedensvertrags von Saint-Germain herbei (26. Nov.).

Untersuchungen. Die belanglosen Verhandlungen vor dem deutschen Untersuchungsausschuß über den Zusammenbruch Deutschlands wurden fortgesetzt. Aus den peinlichen Vernehmungen stellte sich heraus, daß Amerika auch ohne den uneingeschränkten Unterseebootkrieg den Krieg begonnen hätte, und daß im Krieg nicht nur Masse und Technik, sondern geistige Imponderabilien entscheiden. Hindenburgs Wort über Czernins unglückselige Denkschrift wurde zitiert: der Ausgang des Krieges sei eine Nervenfrage; die schärfsten Waffen stumpfen ab, wenn der Glaube an den Sieg zerstört wird. Das Unterseeboot habe nicht zum Ziele geführt, weil der Glaube an die Waffe von innen heraus stumpf gemacht worden sei. So Helfferich. Hindenburg erklärte mit großer Wirkung: „Das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der Deutsche Kaiser wollte ihn nicht, die Regierung wollte ihn nicht und der Große Generalstab erst recht nicht. Daß die militärische Zentralleitung auf die Möglichkeit eines unvermeidlichen Krieges vorbereitet war, um ihre Pflicht zu tun, ist selbstverständlich. Trotz der Überlegenheit des Feindes konnten wir den Kampf zu einem glücklichen Ende führen, wenn die einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eingetreten wäre. Darin sahen wir das Mittel zum Sieg. Aber es machten sich bei uns Parteiinteressen geltend, die zur Spaltung des Siegeswillens führten. Es setzte die heimliche Zersetzung von Heer und Flotte ein. So mußten unsere Operationen mißlingen, der Zusammenbruch kommen. Die Revolution bildete nur den Schlußstein. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises.“ Ludendorff erklärte: „Wir standen an der Front dem Feinde gegenüber wie sechs zu zehn. Auf Grund der Note Wilsons war der Unterseebootkrieg durch Einschränkungen belastet, so daß Einsatz und Wirkung nicht mehr miteinander im Einklang standen. England führte eine völkerrechtswidrige Hunger- und Warenblockade durch. Das war nur mit Zustimmung Amerikas möglich, obschon Wilson selbst die Blockade als unrechtmäßig bezeichnete. Niemand glaubte an die ehrliche Neutralität Amerikas

und Wilsons. Wir hofften dennoch zu siegen. Ein voller Sieg des Reiches entsprach aber nicht den Interessen der Sozialdemokraten.“ Die Untersuchung wurde unterbrochen, da sich die Unfähigkeit des Ausschusses und seiner Methoden herausstellte.

Der erste Jahrestag der Deutschen Republik wurde am 9. November von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen gefeiert, der erste Jahrestag der österreichischen Republik am 11. November in allgemeinerer Weise.

Der Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin, Hugo Haase, starb am 7. November an den Folgen eines Attentats vom 8. Oktober. — Der Vorsitzende der deutschen Zentrumsfraktion, Adolf Gröber, verschied am 19. an einem Schlaganfall. Die bayerische Gesandtschaft in Wien wurde aufgehoben. Generalfeldmarschall Mackensen reiste mit Erlaubnis der Entente über Budapest und Wien nach Deutschland.

Beim sozialdemokratischen Parteitag zu Wien 3. November forderte der Hauptmann Frey eine Wehrmacht, die auch gegen eine Regierung der Bürgerlichen eintreten könne. Beim Parteitag der Christlichsozialen 17. November stellte Weiskirchner fest, daß durch die Koalition kein Punkt des Parteiprogramms geändert wurde. Mataja erkärte, zwischen einem christlichsozialen und sozialdemokratischen Programm gebe es keine mittlere Linie. Bei der Gründung des zumeist christlichen Reichsbauernbundes hielt auch Staatskanzler Renner als Sozialdemokrat eine vorsichtig verbindliche Rede.

Ein russischer Funkspruch drohte mit Rache an Österreichern, wenn man Bela Kun an Ungarn ausliefere.

Renner bekannte sich am 22. November zur „Völkerbundspolitik. Das heißt: Wir betrachten uns nur als Glied der von den prinzipalen Mächten geleiteten abendländischen Kulturgemeinschaft, als vorläufig noch leidendes Glied.“ Zunächst hob er die Hilfe Italiens und der Tschechoslowakei hervor. Ein Verfassungsstreit zwischen der Staatsregierung und dem Lande Oberösterreich wurde beigelegt. Auch mit Steiermark ergab sich ein Kompetenzstreit.

Die Aufnahme Vorarlbergs in den Schweizer Bund wurde hinausgeschoben; es bestand ja kein Selbstbestimmungsrecht des Vorarlberger Volkes und es war zweifelhaft, wie sich die romanische Bevölkerung der Schweiz dazu stelle. In Wien wurde die mögliche Annexion als schwere Erschütterung des so schwer erkämpften Friedens von Saint-Germain betrachtet.

Wegen beabsichtigter Trennung der Kirche vom Staat entspann sich in der Tschechei ein Konflikt zwischen Masaryk und dem Erzbischof von Olmütz. — Die Tschechen klagten über die „imperialistischen Forderungen“ der Polen und die nicht vollkommen den Wünschen entsprechenden Grenzen. Auch nahmen sie sich ihrer Minorität in Wien an. Minister Benesch konstatierte, daß unzweifelhaft ganz Europa zerrüttet sei. Es fehle an einem festen, detaillierten, systematischen, methodisch und wissenschaftlich gegründeten Plan der künftigen europäischen Politik und an fähigen Persönlichkeiten bei allen Nationen. „Die Konferenz erzielte leider nicht das, was sie wollte. Die Idee eines Weltsystems, des im Völkerbund ausgedrückt erscheint, blieb ein theoretisches Thema. Alle Staaten haben in ihrem Innern genug zu schaffen.“ — Die Deutschen der Tschechoslowakei gründeten einen Kulturbund mit dem Obmann Dr. Rud. Funke. Tschechen.

Der polnische Staat gab sich eine Verfassung mit einem „Rat der Drei“ und einer „Wacht des Rechts“. Die ostgalizische und ukrainische Frage war noch ungelöst.

Die rumänischen Besetzungstruppen verließen in der Nacht zum 14. November Budapest. Mit großer Feierlichkeit und Jubel erfolgte Horthy. am 16. der Einzug der nationalen Armee unter Oberkommandant Horthy. Er erwiderte die Ansprache des Bürgermeisters mit den kräftigen Worten: „Hier am Ufer der Donau rufe ich die ungarische Hauptstadt vor Gericht. Diese Stadt hat ihre Vergangenheit verleugnet, ihre Krone und die nationalen Farben in den Staub getreten und sich in rote Fetzen gekleidet. Sie warf ihre Besten in den Kerker oder jagte sie aus dem Land und verpraßte in einem Jahr alle unsre Güter. Wir verzeihen der irregeleiteten Stadt, wenn sie wieder zu ihrem Vaterlande zurückkehrt, wieder liebt die Krone und das Doppelkreuz, die drei Hügel und die vier Flüsse. Meine Soldaten haben, nachdem sie von den Feldern den Segen Gottes heimgebracht, die Waffen in die Hand genommen, um Ordnung zu schaffen. Diese Hände sind bereit zum brüderlichen Händedruck, aber sie können auch strafen, wenn es not tut. Gebe Gott, daß es nicht dazu kommt, sondern daß auch jene, die gefehlt haben, sich bekehren." -- Vor dem Parlament zelebrierte Fürstprimas Kardinal Czernoch eine Messe und segnete eine von den Frauen gewidmete Fahne, worauf auch der reformierte Bischof und der evangelische Segensworte sprachen.

Ministerpräsident Friedrich trat, da seine Person der Entente nicht genehm war, am 18. November zurück. Mit Gutheißung der Entente wurde ein Konzentrationskabinett mit Karl Huszar an der Spitze gebildet. Der Bevollmächtigte der Entente, Sir George Clark, erklärte, es sei nicht richtig, daß die Alliierten dem christlichnationalen Ideal feindselig gesinnt seien, aber man wünsche, daß alle Parteien in einer provisorischen Koalitionsregierung vertreten seien, so daß die Möglichkeit wirklicher Volkswahlen eintritt. Erst dann können die Friedensverhandlungen in Gang gebracht werden. Erst dann kann Ungarn imstand sein, der ganzen Welt zu sagen, welche Regierungsform es wünscht; ein derartiger Ausdruck der Volksmeinung würde die Sanktion der ganzen Welt hinter sich haben. — Eine Verordnung der neuen Regierung bestimmte die Gleichberechtigung aller Bürger des ungarischen Staates und den Schutz der Minoritäten. Die Neuwahlen wurden vorbereitet.

Die Schweiz erklärte ihren eventuellen Beitritt zum Völkerbund nur unter der Bedingung, daß ihr kraft der immerwährend garantierten Neutralität auch die Freiheit von der Gewährung des Durchzugsrechts und von jeder andern militärischen Mithilfe gewahrt bleibe. Sonst müßte die Beitrittserklärung zurückgezogen werden. Also überall Bedenken!

Lloyd George. Auf dem Lordmayorbankett in London verhehlte Lloyd George nicht die Schwierigkeiten in der Adriafrage, der türkischen Frage und besonders der russischen Frage. — Poincaré besuchte den König von England, um die neue Allianz gegen Deutschland zu befestigen. — Im Unterhaus sprach sich die Regierung über Ungarn dahin aus, daß der Oberste Rat die Rückkehr der Habsburger nach Ungarn nicht gestatten wolle. In Rußland wolle man sich nicht einmischen, denn jeder Macht, die dort einmarschierte, habe noch eine Katastrophe geharrt; man werde also auch nicht mehr Koltschak und

Denikin durch neue Opfer unterstützen. Leider sei die Absicht Amerikas in der türkischen Frage nicht klar erkennbar. Man fürchtete eine Verbündung Deutschlands mit Rußland, so daß man vor einer ähnlichen Gefahr stünde wie 1814. — In England wurde eine Lady Astor als erstes weibliches Parlamentsmitglied gewählt. Den Ägyptern versprach man eine Autonomie unter britischem Schutz.

Eine Programmrede Clemenceaus in Straßburg gipfelte in den Worten: „Die dritte Republik hat den Sieg errungen, sie ist für alle Zeiten gesichert. Die Trennung von Kirche und Staat muß aufrecht bleiben. Das hindert nicht die Glaubensfreiheit. Nur darf der Glaube nicht zum Parteiprogramm werden ... Der Arbeiter hat das Recht, in den Unternehmungen zum Worte zu gelangen, einen Anteil daran zu haben. Der unheilvolle Kampf zwischen Kapital und Arbeit muß eine friedliche Lösung finden ... Die neu gewählte Kammer zählte 154 Advokaten, 104 Grundbesitzer, 77 Geschäftsleute, 47 Ärzte und Apotheker, 44 Journalisten, 37 Professoren und Lehrer, 35 Beamte, 26 Offiziere, 16 Privatangestellte, 15 Arbeiter, 7 Priester, 2 Aviatiker und 1 Schauspieler. Die Parteien waren sehr zersplittert. Clemenceau.

Die neue belgische Kammer setzte sich zusammen aus 77 Katholiken, 67 Sozialisten, 33 Liberalen und einigen andern Parteisplittern. Die katholische Partei hatte damit die parlamentarische Mehrheit verloren und das Ministerium wechselte. — Der kranke Wilson verließ das Krankenbett, um das belgische Königspaar kurz zu begrüßen.

Die Großherzogin Charlotte von Luxemburg vermählte sich am 7. November mit dem Prinzen Felix von Bourbon-Parma, einem Bruder der Kaiserin Zita von Österreich. Luxemburg.

Das Endergebnis der italienischen Wahlen war: 150 Sozialisten, 130 Demokraten, 103 katholische Volkspartei, 66 Liberale, 54 Vereinigte Linke, 4 Agrarier.

D'Annunzio abenteuerte in Zara.

Zum erstenmal versammelte sich das Parlament von Großrumänien in Bukarest; es umfaßte die Vertreter aus Siebenbürgen und den neu angegliederten Gebieten Ungarns, aus der Bukowina und Beßarabien. Den Nationalisten standen nicht wenige Oppositionelle gegenüber. Die Thronrede König Ferdinands versprach allen fremdsprachigen Nationen vollkommene politische und kulturelle Freiheit, damit sie Freunde und nicht Feinde Großrumäniens würden. Rumänien.

In Rußland wogten die Kämpfe zwischen den Sowjettruppen und denen der Generale Judenitsch und Denikin weiter. Lenin war trotz angeblicher Siege zu Friedensverhandlungen mit der Entente bereit.

Eine neue Rechnung über die Verluste der Entente im Weltkrieg ergab 1,393.515 Tote und Vermißte für Frankreich, 869.000 für England, 494.000 für Italien, 400.000 für Rumänien, 369.000 für Serbien, 144.000 für Amerika, 44.000 für Belgien, 12.000 für Griechenland. Die Kriegskosten Frankreichs beliefen sich auf 159 Milliarden Franken; dazu Pensionen im ersten Jahr 4·5 Milliarden.

Dezember.

Deutsche Flotte. Die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in der Scapabucht hatte noch peinliche Erörterungen zur Folge. Der Oberste Rat wollte dafür die deutsche Regierung verantwortlich machen und neue Verzögerungen der Ratifikation des Friedensvertrags daran knüpfen. Auch die Auslieferung der „Schuldigen" und die Rückkehr der Kriegsgefangenen gab neue Veranlassung zu Schwierigkeiten. Die Sachlage wurde noch dadurch erschwert, daß sich die amerikanischen Delegierten zurückzogen. Für die Zerstörung der deutschen Flotte forderte man Kompensationen. Deutschland wollte, daß man die Streitfrage dem internationalen Schiedsgerichtshof in Haag überweise und erklärte sich grundsätzlich für Entschädigung bereit, so weit es nicht unvereinbar mit seinen Lebensinteressen sei.

Völkerbund. Die Völkerbundkonferenz in Brüssel beschloß die Schaffung von Ausschüssen für Handel, Hygiene und Erziehung, sowie für Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Abrüstungsfrage sollte erst dann spruchreif sein, wenn Amerika dem Völkerbunde wirklich beitrete. Die nächste Konferenz sollte 1920 in Rom zusammentreten. Der Teilnahme des Heiligen Stuhles am Völkerbund sollte nichts im Wege stehen (4. Dez.).

Die südslawischen Delegierten unterzeichneten endlich auch den Frieden von Saint-Germain mit dem Abkommen über den Minderheitsschutz und die Wiedergutmachung (6. Dez.). Die Rumänen folgten am 10. Dezember. Die neuen Staaten (Polen, Rumänien, Südslawien, Tschechoslowakei) hatten zusammen sechzig Millionen Pfund für ihre „Befreiung" zu zahlen.

Die amerikanischen Friedensdelegierten reisten am 9. Dezember nach Hause, es blieb nur der Botschafter zurück, um an den Sitzungen des Obersten Rates teilzunehmen, den Debatten zu folgen und darüber nach Washington zu berichten. Der Senat in Washington nahm die Resolution Knox an, die von sehr zurückhaltendem Charakter war (20. Dez.). — Die Deutschen Kolonien wurden zwischen England und Japan verteilt.

Auf dem Parteitag der deutschen Unabhängigen sozialdemokratischen Partei (2. Dez.) wurde das Rätesystem als einziges Mittel bezeichnet, um das Proletariat aufzurütteln. Das Parlament sei ein Instrument des alten Obrigkeitsstaates. Man beschloß den Anschluß an die Moskauer „Dritte Internationale". Gegen dieses Programm verwahrte sich eine Versammlung der sozialdemokratischen Funktionäre; sie bedauerte diese Zersplitterung der sozialistischen Parteien, wodurch nur die Reaktion gefördert werde. Reichswehrminister Noske drohte auch die schärfsten Maßregeln an für jeden Aufstandsversuch (19. Dez.).

Internationale.

Enthüllungen. Die deutsche Regierung veröffentlichte die gesamten Akten des Auswärtigen Amtes über den Kriegsausbruch mit dem einzigen Zweck, der Wahrheit zu dienen, das heißt die kaiserliche Regierung möglichst zu belasten. Freilich gestand man ein, daß nur durch Eröffnung der Archive der andern Länder die volle Erkenntnis erreichbar sei. Auch protestierte man gegen die Behauptung des Versailler Friedens, daß Deutschland der allein Schuldige

sei. Aber die Archive werden niemals über solche Fragen Klarheit schaffen. Es werden immer die entscheidenden Stücke (Telegramme, telephonische und mündliche Gespräche) fehlen. Die Archive geben nur ein Skelett der lebendigen Wirklichkeit, die durch andere Methoden erkannt werden muß. Sehr interessant waren die Randbemerkungen Kaiser Wilhelms zu entscheidenden Akten, die allerdings einen sehr kriegslustigen Eindruck machten, aber nur die augenblickliche Stimmung des Kaisers bei der ersten Lesung bezeichneten, weshalb Bethmann Hollweg mit Recht gegen deren Ausschrotung für die Schuldfrage protestierte (13. Dez.). Auch das österreichische Staatsamt setzte seine selbstbeschmutzenden Veröffentlichungen fort, die den Grafen Berchtold beschuldigten, eine allzu intransigente Haltung gegen Serbien eingenommen zu haben. Ein französisches Gelbbuch verriet, daß der Beginn der französisch-italienischen Annäherung auf 1897 zurückreichte, als die tunesische Frage liquidiert wurde. Die entscheidende Annäherung erfolgte im Dezember 1900, als Frankreich Italiens Ansprüche auf Tripolis anerkannte, Italien Frankreichs Ansprüche auf Marokko. Bei Erneuerung des Dreibundes 1902 gab Italien das Versprechen, der Bund sei lediglich defensiv und ohne Spitze gegen Frankreich, außer im Fall einer „direkten Herausforderung" seitens Frankreichs. Dies geschah in Briefform, um den Charakter eines Gegenvertrags gegen den Dreibund zu vermeiden, was es doch tatsächlich war. Italien versprach 1912, auch in Zukunft keine für Frankreich ungünstige Interpretation des Dreibundvertrags zuzulassen, ohne die französische Regierung hievon zu verständigen, und sich genau an den „Briefwechsel" von 1902 zu halten. Warum geschah diese Veröffentlichung? Wohl um Italien von neuen „Extratouren", zu deutsch Verrätereien, abzuhalten, die es seinen neuen Freunden gegenüber begehen könnte.

In Paris verhandelte **Renner** über die wirtschaftlichen Zustände Österreichs und regte Beschlüsse des Obersten Rates über eine Hilfsaktion für Österreich an. Gegenüber den Bestrebungen in Vorarlberg, Salzburg, Tirol und Westungarn bestand der Oberste Rat der Alliierten auf den Bestimmungen des Friedensvertrags von Saint-Germain; man werde sich allen Versuchen widersetzen, die geeignet sind, die Integrität des österreichischen Gebietes zu beeinträchtigen, sei es politisch oder wirtschaftlich. Zur Anschaffung von Lebensmitteln sollte Österreich das Tabakmonopol verpachten. Österreich.

Auch die Großdeutsche Vereinigung in Österreich wies auf die Gefahr der Auflösung Österreichs hin. Die österreichische Nationalversammlung nahm ein Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag an. — Durch die Pariser Beschlüsse erledigte sich der Wunsch des Salzburger Landtags nach einem Anschluß an das bayerische Wirtschaftsgebiet, der Wunsch Tirols nach wirtschaftlichem Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich, der Wunsch Vorarlbergs nach Zusammenschluß mit der Schweiz. — Die Deutschen der tschechoslowakischen Republik erklärten sich durch Dr. **Lodgman** zu schöpferischer Mitarbeit bereit, sie wollten sich dem unabänderlichen Faktum fügen, ihre Bürgerpflicht erfüllen, wenn ihnen anderseits ein genügendes Maß an Bürgerrechten gewährleistet werde. Ministerpräsident Tusar dankte für diese loyalen Erklärungen und versprach Achtung der bürgerlichen Freiheiten. Lodgman.

Der Pariser Oberste Rat lud die **ungarische** Regierung zu Friedensverhandlungen in **Neuilly**. Ministerpräsident Huszar betraute den Grafen Ungarn.

Albert Apponyi mit der Führung der ungarischen Friedensabordnung. Auch der ungarische Protestantismus erklärte, in diesem großen historischen Augenblick Schulter an Schulter mit dem ungarischen Katholizismus den größten Kampf der tausendjährigen Geschichte Ungarns ausfechten zu wollen im Zeichen der christlichen Weltanschauung. Die ungarnfreundlichen Slowaken verwahrten sich gegen die erst seit einem Jahre fälschlich gebrauchte Bezeichnung „Tschechoslowakisch“: es gebe keine Tschechoslowakei, man habe das slowakische Volk niemals um seine Meinung über die Vereinigung der von den Tschechen besetzten oberungarischen Gebiete mit Böhmen befragt, es gebe nur Tschechen und Slowaken mit verschiedener Sprache und Literatur. — Gegen Terroristen aus der Kommunistenzeit wurden Todesurteile erlassen und vollstreckt. Die Moskauer Regierung drohte durch Funkspruch schärfste Gegenmaßregeln an, besonders wegen des verurteilten Otto Korvin-Klein. Um so schärfer begegnete die Regierung weiteren Attentatsversuchen der Kommunisten. Auch die sozialistische Partei verurteilte die Putschtaktik und jeden Attentatsversuch.

Bei der Eröffnung der französischen Deputiertenkammer am 8. Dezember begrüßte der Alterspräsident besonders feierlich die 24 Vertreter der wiedergewonnenen Gebiete von Elsaß-Lothringen. — Clemenceau reiste am 9. Dezember nach London zur Regelung der russischen und türkischen Fragen und zur Besprechung der Lage infolge der ärgerlichen Verzögerung der Ratifizierung durch Amerika. „Der Niederbruch des ganzen Wilsonschen Entwurfs zwinge (so hieß es offiziell) Europa, sich ganz auf eigene Füße zu stellen.“ Die Beratungen zwischen Clemenceau und Lloyd George sollen also der politischen und wirtschaftlichen Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts gelten. Man beschloß, den militärischen interalliierten Apparat, welcher eigentlich nach Ratifikation des Friedens hätte aufgelöst werden sollen, weiter aufrechtzuerhalten; Marschall Foch sollte dessen Leitung beibehalten. Auch sollte der Oberste Rat seine Sitzungen in Paris fortsetzen. Zugleich nahm Frankreich eine Anleihe in England auf. Nach seiner Rückkehr berichtete Clemenceau in der Kammer (23. Dez.) über das enge Bündnis mit England, die Fiumaner Frage, die Probleme, die den Balkan, Anatolien, Syrien und Polen betreffen, die Frage von Konstantinopel, über die man noch weiter berate, die vergeblichen Anstrengungen und Aufwendungen gegen Sowjetrußland. Deutschland schicke sich an, heimlich einen Teil Rußlands zu kolonisieren. Aber man müsse Sowjetrußland mit einem Stacheldraht umgeben und es verhindern, sich auf Europa zu stürzen. Dazu müssen die Polen, die Tschechoslowaken, die Rumänen helfen. Die Zwietracht zwischen Italien und Jugoslawien könne zur Kriegsfackel für Europa werden.

In der neuen italienischen Kammer demonstrierten die zahlreichen Sozialisten gegen den König. Die Thronrede hob die Ansprüche in der Adria hervor, die noch nicht erreicht seien. Italienische Regierungstruppen zogen in Fiume ein und verbrüderten sich mit den Truppen Annunzios. Die Deutschsüdtiroler stellten Autonomieforderungen.

Papst Benedikt bezeichnete in seiner Ansprache an die Kardinäle als die wichtigste Aufgabe der katholischen Kirche den Kampf gegen den Bolschewismus, weil dieser die gesellschaftliche Ordnung aller Gesitteten zu zerstören und durch gottesfeindliche chaotische Anarchie zu ersetzen trachte. Der Papst wollte damit ein weiteres Zusammengehen der katholischen Volkspartei mit den italienischen Sozialisten verhindern. Außerdem klagte der Papst, daß die Katholiken, die höchste Geistlichkeit nicht ausgenommen, in den verschiedenen Ländern dem wildesten Nationalismus und dem Völkerhaß gehuldigt hätten. Ferner bedauerte er die verschiedenen Gewaltfrieden, die einen christlichen Dauerfrieden verhinderten. Er wünschte, daß ein Völkerbund Besiegte und Sieger brüderlich vereinigen möge. Schließlich untersagte er allen Missionären, unter den Eingebornen nationalistische Propaganda zu betreiben. Es war klar, daß der Papst die imperialistischen Ziele durchschaute, die hinter der Heuchelei des Völkerbunds standen. Papst.

Aus den Vereinigten Staaten wurden 250 Russen ausgewiesen, die dort bolschewistische Verschwörungen anzetteln wollten. — Der Vollzugsausschuß der „Internationale“ in London trat unter Hendersons Vorsitz ein für Völkerbund, Abrüstung, Friede mit Rußland, Errichtung eines internationalen Wirtschaftsrates, in welchem die Arbeiterorganisationen vertreten sein sollen, und für einen internationalen Anleiheausschuß. — In Genf tagte ein internationaler Kongreß der sozialistischen Studenten aus Deutschland, England, Frankreich, Österreich, Schweiz, Jugoslawien und Amerika. Die Italiener wurden am Erscheinen verhindert. Es spalteten sich die Kommunisten von den Sozialisten. Internationale.

In Moskau tagte der 7. Kongreß der Abgesandten der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Kosaken. Von 1200 Abgesandten waren 1130 Kommunisten. Trotzki und Lenin waren anwesend. Trotzki schilderte die günstige militärische Lage der Sowjetrepublik und kündigte einen baldigen endgültigen Frieden an. Die Armee bestand zu einem Fünftel aus Arbeitern, zu vier Fünftel aus Bauern. Moskau.

Nach dem Sieg über die bolschewistische Partei rief sich Petljura zum Hetman der Ukraine aus.

Von den 562 Deputierten der rumänischen Kammer waren 241 aus Altrumänien, 203 aus Siebenbürgen und dem Banat, 92 aus Beßarabien und Bukowina. Man erklärte, die Vereinigung werde „ewig“ dauern, aber das ganze Banat müsse Rumänien gehören. Natürlich, diese nationalen Aspirationen waren ihrem Wesen nach grenzenlos.

Schließen wir mit einigen Kulturnotizen.

Seit der literarischen Revolution von 1885, dem Naturalismus, dem Impressionismus, war eine Neuromantik erfolgt; nun aber tat sich ein neuer Umsturz auf: der Expressionismus, Ausdruckskunst, Ekstase, gegenüber Eindruckskunst. Darüber referiert Oskar Walzel in der „Illustrierten Zeitung“ 2. Jänner. Er zählt als expressionistische Dichter auf: Th. Däubler, Franz Werfel, Alb. Ehrenstein, Else Lasker-Schüler, Alfr. Wolfenstein, Joh. R. Becher, Georg Trakl, Max Pulver; im Drama: Pulver, Reinhard Sorge, Walter Hasenclever, Oskar Kultur.

Kokoschka (Maler), Georg Kaiser, Reinhard Goering, Fritz v. Unruh; in der Erzählung: Kas. Edschmid, Herm. Kesser, C. Sternheim, Leonh. Frank. — Über den „Weltfrieden und seine Hindernisse" schrieb der Schwede Gustav Steffen, deutscher als viele schlappe Deutsche. Matter war Erzbergers Buch „Der Völkerbund"; gut gemeint war „Das kommende Reich" von Schrönghamer-Heimdal. — Peter Altenberg starb am 8. Januar, von seiner Klique betrauert als Dichter des Antipoetischen. — Im allgemeinen wurde mit Recht betont, daß der Kern des deutschen Volks gesund geblieben war, nur so seien die übermenschlichen Leistungen im Krieg zu verstehen; aber die Überspannung des Bogens hat den Umsturz gezeitigt (Ill. Ztg., 30. Jan.). — Bei dem anscheinenden Siege des Sozialismus machte man alles zum Sozialisten, auch Nietzsche und die Chineser des 11. Jahrhunderts (Ill. Ztg., 6. März). — Gegen die geplanten Kunstberaubungen durch die Entente wurde lebhaft protestiert (Ill. Ztg., 27. März). Am stärksten war die Erregung um das Isenheimer Altarwerk des Matthias Grünewald (17. April). — Erst achtundvierzigjährig starb der höchst originelle Plastiker Franz Metzner, ein geborner Deutschböhme, monumental und fast schon expressionistisch wirkend (Ill. Ztg., 24. April).

Eine neue Art gefährlicher Adelsbildung in der neuen deutschen Republik zeigte sich in der „Begabtenauslese" von Schülern durch Schulmeister (Ill. Ztg., 31. Juli). Mitten im Zusammenbruch phantasierten Entwicklungsschwärmer wie H. Driesmans von der „Gewißheit einer Entwicklung über den Menschen hinaus" (Ill. Ztg., 31. Juli). — Mit der sozialistischen Republik schienen manche alte Staatsträume lebendig zu werden: Platon, Augustinus, Morus, Campanella, Bacon, Barclay, Winstonley, Harrington, Restif, Vairasse, J. V. Andreae, Rousseau, Goethe, Marx, Bellamy, Wels usw. (Ill. Ztg., 7. Aug.). — Mit Recht wurde auf die Fehler deutscher Kunstpolitik hingewiesen, die Kluft, die zwischen Kunst und Leben klafft, die Bedeutung einer besser gepflegten Kunst für den innern Aufbau (Ill. Ztg., 14. Aug.). Der liberal-protestantische Staatssozialist Friedrich Naumann starb im neunundfünfzigsten Lebensjahr am 24. August, nach Zusammenbruch seines „Mitteleuropas". Die Nation tröstete sich an der Feier des achtzigsten Geburtstages des nationalen Malers Hans Thoma (2. Okt. 1919). — Egbert Delpy zog die „literarische Bilanz des Krieges", unbefriedigend und unzureichend (Ill. Ztg., 9. Okt). — Als Notstandsarbeiten traten Wasserstraßenprojekte für Mitteleuropa hervor (Ill. Ztg., 6. Nov.). Auf die Kriegspsychosen folgten Revolutionspsychosen. Mit diesen Krankheiten mag vielleicht der wahnsinnige Futurismus in der Malerei zusammenhängen (6. Nov.). Es entstand der auszeichnende Begriff „Häßliche Kunst" (Ill. Ztg., 13. Nov.). — Der während des Krieges verstorbene französische Bildhauer Aug. Rodin hinterließ ein Buch über die „Kathedralen Frankreichs". Ihm war die Kathedrale die Synthese des Landes. „Unser ganzes Frankreich, Felsen, Wälder, Gärten, Sonne ist in ihrem gigantischen Körper enthalten, wie ganz Griechenland im Parthenon . . . Ich bin einer der letzten Zeugen einer sterbenden Kunst. Die Liebe, die ihre Inspiration war, ist erschöpft." Er gestand, von dem Dahingleiten des Lichtes über die gotischen Fassaden zu seinem eigenen Schaffen angeregt worden zu sein. — Im Wiener Türkenschanzpark wurde ein schönes Denkmal für Adalbert Stifter von C. Philipp aufgestellt (Ill. Ztg., 11. Dez.). — Theodor Fontane erhielt ein Denkmal in Neuruppin (Ill. Ztg., 25. Dez.).

Histor.-polit. Blätter.

Die „Historisch-politischen Blätter“ kritisieren sehr scharf den Völkerbund ohne Papst. Bei Besprechung von Novalis' Religion zitiert L. Kleeberg das Wort Gutberlets in der Apologetik: „Eine spezifische protestantische Dichtung, auf protestantischem Dogma aufgebaut, gibt es nicht.“ Als Nachklang zur Reformationsfeier wird von Grisar das Buch des Protestanten Alb. Hauck „Die Reformation in ihrer Wirkung auf das Leben“ und das katholische Buch von Franz Bichler „Luther in Vergangenheit und Gegenwart“ besprochen. Die gegenwärtige Entwicklung wird als Folge der verfehlten Bismarckschen Staatskunst aufgefaßt (95). Es wird daran erinnert, daß sowohl Jörg wie Sybel gegen den Kaisertitel für die Krone Preußen waren (113). Zur Geschichte des Anarchismus in Rußland wird betont, daß die Anarchisten Kleinbetrieb in kleinen Gruppen, die Kommunisten (Bolschewiki) zentralisierten Großbetrieb verlangen (120). Franz Schnürer gibt ein Lebensbild Sebastian Brunners. Als Krisis des Sozialismus betrachtet „L.“ das Eintreten des Syndikalismus, der Syndikate, der Arbeiterräte. Eine andere Entwicklung ist die „Diktatur des Proletariats“ (172). Fr. W. Foersters ungerechtes Urteil über den angeblichen Militarismus des deutschen Volkes („Weltpolitik und Weltgewissen“) wird zurückgewiesen. Ich bin früher für Foerster eingetreten, als er gegen Bismarck auf Konstantin Frantz hinwies, sonst aber finde ich seine ganze Haltung von jeher sehr zweideutig. Gegen die Trennung von Staat und Kirche werden prinzipielle Bedenken erhoben. Das heuchlerische Friedensprogramm Wilsons wird als Folge des englisch-amerikanischen „Pragmatismus“ gedeutet, wonach die Wahrheit und Güte nur insofern anerkannt und angestrebt wird, als sie biologisch nützlich ist, als sie sich im „praktischen“ Leben bewährt, bewahrheitet. — Besprochen werden die Bücher: „Katholisch-sozialistische Mittelstandsbewegung. Eine neue Gefahr im Deutschen Katholizismus“. Von K. Jünger. (Die Bewegung steht im Zusammenhang mit der Gesellschaft der göttlichen Liebe in Maria-Martental, Rheinland, und mit der in Koblenz erscheinenden „Ständeordnung“.) „Die Weltliteratur im Lichte der Weltkirche“ von Richard Kralik. „Deutschland und der Katholizismus“ von Max Meinertz und Herm. Sacher. — Der 164. Band der „Historisch-politischen Blätter“ bespricht die Ursachen des revolutionären Sieges des Proletariats und sieht dieselben im Einfluß der Schule und der Presse auf den Volksgeist. Kommunismus und Sozialismus werden als kultureller Verfall, wenn nicht tödlicher Niedersturz“ gewertet (207) mit Bezug auf das Urteil Schäffles von 1890: „Der Sozialdemokratismus ist gemeingefährlich, weil er wissenschaftlich unhaltbar und praktisch undurchführbar, lediglich die radikalste Verneinung alles Bestehenden und der Grundgesetze geschichtlichen Werdens darstellt und dennoch mit jenem Fanatismus der Sekte, die jeder Widerlegung ausweicht, als Volksaberglaube sich ausbreitet und das Proletariat für den radikalen Umsturz gewinnt, sammelt und organisiert.“ A. W. Hopmann kritisiert die Entwicklung der Politik der Zentrumspartei im Reich. Auch die Redaktion sieht hier eine „Preisgabe altererbter Grundsätze, verhängnisvoll und katastrophal“. Es folgen „Blicke der Vernunft und des Glaubens auf die Rätsel und Wirren der Zeit“, eine Betrachtung „zur Theologie des weiland päpstlichen Friedensgebetes“, eine Erörterung der „Kriegspropaganda unserer Feinde“ durch den dreifachen, militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Ring, eine über die protestantische Propaganda der Engländer und Amerikaner in Frankreich, eine Besprechung von General

Ludendorffs Erinnerungen, daraus wir folgende Sätze hervorheben: „Der Rückzug an der Marne (September 1914) war befohlen, ob begründet oder nicht, habe ich nie feststellen können.“ „Die breite Masse des Bürgertums ging in ihrer Vielköpfigkeit, ihrem Immerallesbesserwissen und ihrer Disziplinlosigkeit eigene Wege und hielt sich in geistigem Hochmut, in ängstlicher Zurückhaltung und Charakterlosigkeit abseits. Die Parteien galten mehr als das Vaterland.“ „Die Heimat stand völlig unter dem Einfluß der gegnerischen Propaganda und der Reden der feindlichen Staatsmänner, deren Wirkung in erster Linie auf uns zugeschnitten war ... Die Armee wurde mit feindlichen Propagandaschriften überschwemmt ... Wir hätten mit der Flotte zu Beginn des Krieges in ausgesprochener Weise die Schlacht führen müssen, wie dies auch Tirpitz wollte, ohne durchzudringen ... Der Entschluß, sich im Westen zu schwächen, war verfrüht ... Deutschland brauchte einen Diktator, der in Berlin und nicht im Großen Hauptquartier saß.“ Bismarck wird als der Zerstörer Österreichs, der Totengräber Großdeutschlands betrachtet; aber der Herausgeber glaubt nicht an Österreichs Ende, „A. E. I. O. U!“ H. Rost gibt Beiträge zur „Parität der Katholiken in Deutschland“. Eine feindliche Propagandaschrift unter dem Decknamen „Siegfried Balder“ (S. 435) rief Deutschland zur Revolution auf, denn es werde aus der Niederlage ruhmvoll und vergrößert diesseits und jenseits des Meeres hervorgehen, bewillkommt von allen freien Völkern. (Vielleicht bewahrheitet sich dies in anderem Sinne.) Man nahm diese Papieroffensive nicht ernst genug. Als Trost wird bemerkt (502): „Wenn Habsburg und die letzten Zeichen des einstmaligen römisch-deutschen Kaisertums dahin sein sollten, so sind auch die Träume auf Erneuerung des oströmischen Kaisertums (durch Rußland) wohl für alle Zeit verflossen.“ Das von der derzeitigen revolutionären Regierung Deutschösterreichs herausgegebene Rotbuch wird als tendenziös gekennzeichnet. Der Herausger Dr. Roderich Gooß wird als Dilettant bezeichnet. Er hatte unmittelbar vor dem Zusammenbruch eine Broschüre über die Bedeutung der Dynastie für Österreich drucken lassen. Die „Blätter“ schließen (519): „Im Juli 1914 schien den Männern in Paris, Petersburg und London die Zeit gekommen, um Deutschland vor eine Konferenz zu laden, an deren Schluß ihm Bedingungen auferlegt werden sollten. Dieselben wären quantitativ und graduell, aber nicht qualitativ vom Geist des Versailler Vertrags verschieden gewesen.“ Ein Student ruft begeistert (648): „Josef von Görres sei unser Führer!“ Vortrefflich! Aber kennt man den ganzen Görres? Und wär' es nicht angezeigter, sich diesmal einen lebenden Führer zu wählen? Auch darin muß sich die Genialität des Volksgeistes zeigen, das sie den richtigen Führer erkennt und hervorzieht. Auch auf das Grab Stolbergs wird ein Gedenkblatt gelegt. — Franz Baeumker berichtet über Gründung der „Christlichen Gesellschaft“ in Essen zur Festigung des katholischen Gedankens in wahrhaft päpstlichem Sinne mit der „Monatschrift für katholisches Leben“ (778). Besprochen werden die Bücher „Le sens de la mort“ (der Sinn des Todes) von Paul Bourget (übersetzt von Loosli). „Le Feu“ (das Feuer) von Barbusse (deutsch von Mayenburg), jenes katholisch, dies trostlos trotz pazifistischer Tendenz. „Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters“ von K. Graf Hertling. „Der Kommunismus als Lehre vom tausendjährigen Reich“ von Fritz Gerlich.

* *
*

Die Geschichte der Neuesten Zeit seit 1815 schließt sehr deutlich mit dem Jahr 1919, mit den Gewaltfriedensschlüssen von Versailles und Saint-Germain ab. Aber damit reißt der Faden der Geschehnisse nicht ab. Im Gegenteil, nie hat sich die Welt deutlicher in einem Übergangsstadium befunden als seither. Wir müssen aber doch hier schließen, da dieser Übergang bisher zu keinem Ziel gelangt ist. Er scheint ein ähnlicher zu sein, wie der vom Jahr 1809 zum Jahr 1813 und 1815, womit nicht gesagt sein soll, daß sich alles genau wie damals wiederholen wird. Auch die sozialistische Bewegung scheint sich auf einem Übergang zu konservativeren Richtungen zu befinden. Der Zusammenbruch erfolgte durch das wahnvolle Mißverständnis des Marxismus, der eigentlich längst als falsch überwunden nnd abgetan sein sollte. Diese falsche Anwendung irriger Grundsätze wird zweifellos ebenso zu einer allgemeinen Reaktion führen wie unmittelbar nach 1815. Der Historiker prophezeit nicht, aber er stellt fest, was irrtümlich, daher vorübergehend, und was ewig wahr ist. Irrtümlich und vorübergehend sind die Prinzipien der französischen Revolution und die Prinzipien der materialistischen Geschichtsauffassung, auf welcher aller Staatssozialismus und am stärksten der Marxismus beruht. Ewig wahr sind die Prinzipien des Idealismus, die Ideen des Wahren, Guten und Schönen, die eine Einheit in Gott bilden; ewig ist Gott und seine Kirche. Darauf beruht im Gegensatz gegen den falschen materialistischen und lebentötenden Marxismus der wahre, der kirchliche Sozialismus, wie er von unsern Päpsten der Welt immer wieder vorgestellt wurde als Erfüllung der Bergpredigt. In ihm liegt unsere Zukunft, unser Wiederaufbau.

Alphabetisches Register.

Bearbeitet von Rudolf Sobotka.

A.

Aachen 94, 251, 324.
„Aachener Volksfreund“ 92.
Abbas Hilmi 84, 108 f.
Abbazia 10.
Abdul Hamid 59.
— Malik 127.
— Medschid 563.
„Abendpost“ 715.
Aberdeen 158.
Ablässe 152.
Abruzzen, Herzog der 9.
Abstinenz- und Mäßigkeitsbewegung 17, 66, 147, 157, 204.
„Abukir“, Schiff 53.
Acheron 165.
Achilleion auf Korfu 262.
Ackerbau (siehe unter Bauernstand und Landwirtschaftliches).
Adalbert, Prinz von Preußen 663.
Adam Juliette 115.
Adamello 289.
Adana 453.
Adelswesen (Aristokratie) 86, 127 f., 179, 226, 588, 640, 665, 679, 680, 685, 706, 728.
Aden 243, 300, 515.
Adler Friedrich, Dr. 333 f., 422, 652, 674, 681, 695, 703.
— Max, Professor 703 f.
— Viktor, Dr. 333 f., 407, 419, 441, 477, 520, 633 f., 636, 652, 653, 674.
Adolf Friedrich, Großherzog von Mecklenburg-Strelitz 532.
Ador 705.
Adrianopel 251.
Adriatisches Meer 10, 45, 50, 80, 166, 187, 240, 254, 259, 260, 271, 273, 283, 349, 400, 433, 450, 474, 476, 531, 549, 554, 592, 633, 666, 682, 714, 722, 726.
Adschari 70.
„A. E. I. O. U.“ 730.
Aëtius 251.
Affentheorie 707.
Afghanistan 69, 110, 138, 170, 533.
Afrika 17, 53, 68, 69, 77, 100, 109 f., 139, 149, 170, 175, 181, 197, 202, 206, 224, 228, 234, 237, 274 f., 284, 300, 363, 400, 450, 451, 474, 505 f., 528, 571, 594, 665, 687, 690, 698, 716.
Ägäisches Meer 10, 166, 218, 450, 666.
„Agamemnon“ 104.
„Agence Havas“ 178.
„Agenzia Stefani“ 273.
Agram 589, 637, 656, 657, 666.
Aguas Calientes 112.
Ägypten 15, 55, 67 f., 69, 70, 76, 84, 85, 86, 104, 107 ff., 138, 141, 148, 159, 195, 218, 221, 224, 228, 238, 243, 251, 270, 284, 287, 288, 292, 313, 329, 363, 384, 401, 425, 441, 442, 503, 512 f., 528, 531, 554, 584, 669, 671, 687, 723.
Ahlers 85.
Aichach 94.
Aichelburg, v. 566.
Aidin 69.
Ailette 590.
Ailly 156.
Aisne 52, 123, 400, 411, 421, 444, 504, 580, 590.
Akaba 69.
Akademien 15, 53, 95, 610.
Aksentiew 475.
„Al Adel“ 108.
Ala 170, 201.
Alandsinseln 300, 533.
Alaska 111.
Albanien 3, 5, 6, 8 f., 10, 12, 15, 16, 18, 58 f., 65, 100, 107, 134, 162, 164, 166, 169, 179, 191, 203, 232, 233, 241, 251, 260, 261, 262, 272 f., 280, 298, 306, 349, 371, 372, 411 f., 430, 432 f., 444, 467, 541, 556, 566, 578, 589, 592, 639.
„Albatros“ 190.
Albert (Stadt) 543, 590.
— Prinz von Wales 280.
— von Belgien, König 39, 117, 644.
Albion (perfides) 361, 506.
Albrecht, Erzherzog 165, 491.
— Herzog von Württemberg 47, 52.
Aleksinac 232.
Alessio 179, 260.
— Abgeordneter 305.
Alexander III., Zar 185.
— Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst 670.
— König von Griechenland 435.
— — Serbien 20, 24 f., 30 f., 273, 280, 388, 656, 657, 666.
— Michaelowitsch 563.
Alexandra, Zarin 582.
Alexandrette 127.
Alexandrien 76, 108.
Alexandrowsk 617.
Alexejew, General 395, 456, 466, 475, 617, 640.
Alfieri 530.
Algeciras 165.
Algier 45, 67, 156, 580.
Alldeutsche Partei 10, 272, 471, 488, 599, 600, 651, 712.
Allianz, heilige 96, 466.
Allizé 684, 717.
Alpen 179, 271, 331, 487, 566, 715.

Altenberg Peter 728.
Altertum und Altertumsforschung (auch Antike) 94, 104, 373, 406, 667.
Altkatholizismus 507.
Altmann-Gotheiner El. 99.
Altobelli 240.
Altpaka 544.
„Amalfi" 201.
Amelung Heinz 252.
„American Federation of Labour" 194, 604.
„American Magazine" 359.
Amerika 111—116, 117, 129, 139, 152 ff., 158, 159, 174, 176, 179, 189, 203, 205, 213, 222, 223, 224, 225 f., 233, 234, 237, 238, 243, 244 f., 246, 249, 250, 255, 259, 267, 268, 278 f., 282, 286, 290, 291, 292—296, 299 f., 301, 307 f., 311, 313, 319, 325, 332 f., 339, 341 f., 351, 354, 355, 358, 361, 365, 366, 367, 369, 377, 378, 379, 380, 382 f., 389, 391, 396, 397, 403, 404, 407, 410 f., 413, 423, 426, 437, 442, 449, 450, 452, 457, 469, 485, 486, 488, 489, 490, 497, 500, 501, 507, 520, 531, 540, 541, 554, 569, 571, 572, 574, 576, 577, 578, 580, 581, 583, 586, 589, 591, 596, 597, 601, 602, 603, 604, 613, 615, 616, 617, 623, 625 f., 628 f., 630, 635, 638, 641, 652, 660, 665, 666, 671, 674, 677, 687, 688, 690, 692, 694, 705, 706, 710, 711, 714, 719, 720 f., 723, 724, 726, 727, 729.
Amerongen 648.
Amerson 203.
Amery, Abgeordneter 221.
Amnestien 204, 373, 393, 445 f., 477, 618, 674.
Ampezzo 179.
Amselfeld 19, 107, 232.
Amsterdam 227, 356, 684, 711.
Analphabeten 317.
Anarchismus (vgl. auch Aufstände) 22, 101, 116, 230, 244, 418 f., 441, 455, 467, 487, 531, 539, 546, 558, 563, 588, 594, 642, 647, 648, 649, 678, 679, 683, 705, 710, 718, 727, 729.
Anatolien 4, 385, 533, 726.
Anbindens, Strafe des 402.
Ancona 161, 187, 289.
„Ancona", Schiff 233, 243.
Ancre 340, 385, 570, 590.
Anderson 263.
Andrassy Franziska 100.
— Julius 24, 140, 212, 266, 423, 635 f., 637, 653.
Andreae J. V. 728.
Andrzejew 156.
Andschari 79.
Anekdoten 226.
Angelsachsen (siehe auch unter England) 358, 574, 586, 617, 654, 674, 678, 719.
Angerburg 52.
Anglikanismus 57, 96, 98, 358, 474.
Angola 203, 280.
Anhalt 648.
Anif, Schloß 646.
Anna, Landgräfin von Hessen 92.
Annexion 31, 32, 37, 68, 134, 163, 165, 169, 196, 203, 205, 218, 219, 220, 227, 234, 240, 243, 252, 272, 337, 346, 380, 405, 407, 408, 416, 417, 418, 420, 422, 423, 425, 427, 433, 450, 451, 452, 465, 472, 476, 477, 479, 497, 500, 514, 519, 526, 527, 535, 546, 556, 573, 574, 579, 583, 593, 594, 626, 639 f., 669, 676, 678, 689, 691, 695, 701, 705, 711, 713, 715, 721.
Antigone 379.
Antisemitismus 92, 256, 677.
Antiseptik 668.
Antivari 53, 146, 259.
Antwerpen 53, 60 f., 64, 76, 80, 124 f., 198, 472.
Apologetik 252, 507, 729.
Apotheken (vgl. auch Heilkunde) 723.
Apponyi Albert 14, 33, 165, 375, 726.
Apremont 156.
„Arabic" 202, 209, 223, 269.
Arabien 71, 108, 243, 270, 329, 363, 450, 453, 500, 519, 528, 603, 667, 671.
Arad 691.
Arandjelowatz 79.
Arbeiterangelegenheiten (Arbeiterräte, Proletarier) 7, 8, 18, 36, 48 f., 65, 74 f., 77, 85, 92, 97, 106, 130, 131, 134, 141, 144, 147, 154, 173, 181, 189, 191, 193 f., 202, 204, 207 f., 223, 236, 237, 243, 246, 252, 263, 271, 276, 281, 286, 299, 300, 301, 302, 319, 320, 324, 338, 347, 349, 352, 356, 365, 383, 392, 399, 407, 408, 411, 415, 418, 419, 421, 422, 423, 424 f., 426, 429, 439, 441, 450, 451, 452, 455, 456, 464, 472 f., 474, 475, 477, 478 ff., 482, 489, 495, 501, 502, 505, 515 ff., 520 f., 522, 524, 529, 530, 531, 555, 568, 577, 582, 586, 593, 596, 598, 599, 601, 604, 606 f., 618, 621, 634, 636, 639, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 660 f., 662, 663, 664, 674, 675, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 692, 694, 696, 699, 703 f., 705, 707, 708, 709 f., 711, 715, 718, 719, 723, 724, 725, 727, 728, 729.
„Arbeiter-Zeitung" (Wien) 408.
Arbore Jekaterina, Dr. 150.
Archangelsk 596 f., 617, 640.
Archibald James 213, 225.
Architektur (siehe unter Baukunst).
Arco-Valley, Graf 676.
Ardahan 574.
Ardanutsch 79.
Ardaschan 79.
Ardre 581.
„Arethusa" 274.
Arga 110.
Argentinien 121, 409, 419, 476, 686.
Argonnen 53, 71, 123, 146, 289, 306.
Argostoli 289.
Argyrokastro 8, 9, 107, 432.
Ari Burnu 182.
Arizona 389.
Armand, Graf 547, 548.
Armenien 79, 107, 130, 191, 258, 349, 366, 406, 434, 448, 450, 453, 474, 477, 519, 571, 643, 671.
Armentières 71, 385, 556.
Armenwesen (vgl. auch Wohltätigkeit) 40.
Arnauten 241.

Arnheim 648.
Arnim A. v. 252.
Arras 60, 123, 146, 147, 179, 238, 289, 385, 400, 410, 411, 421, 444, 542, 590.
Arriaga 176.
Arsiero 298, 305, 327.
Artois 504.
Artwin 70.
Arz v. 402, 411, 444, 541, 592.
„Asama“ 159.
Aschylos 104.
Aserbeidschan 70, 79, 130 f., 571, 574, 697.
Asiago 298, 305, 490, 520.
Asien 7, 13, 46, 47, 75, 84, 110 f., 138, 143, 150, 170, 221, 292, 308 f., 452, 463, 474, 497, 571, 665, 681.
Askaris 170.
Aspern 98.
Asquith 37, 43, 48, 54, 55, 75, 100 f., 102, 173, 180, 181 f., 185, 190, 196, 206, 207, 220, 221, 228 f., 230, 236, 238, 239, 242, 243, 263, 264, 270, 271, 278, 285 f., 287, 288, 289 f., 298 f., 307, 310, 313 ff., 320, 329, 336, 337, 338, 348, 349, 405, 451, 465 f., 472, 475, 485, 486, 489, 501, 599, 600.
„Associated Press“ 114, 153, 688.
Assyrien 643.
Astor, Lady 723.
Astrachan 574, 617.
Asylrecht 262, 680, 709, 710.
Athen 9, 216 f., 234, 262, 289, 326, 339, 353, 435.
Atlantischer Ozean 208, 358, 401, 532, 591.
Attentate und Morde 7, 18—25, 31, 32, 33, 36, 40, 45, 58, 63 f., 99, 102, 106, 108, 109, 120, 133 f., 159, 163, 226, 246, 303, 333 f., 355, 357, 360, 371, 388, 396, 422, 450, 537, 565, 681 f., 596, 598, 608, 609, 638, 640, 652, 667, 672, 674, 675, 676, 684, 685, 690, 693, 716, 721, 726.
Attila 62.
Attorney 220.
„Audicious“, Schiff 61.
Auffenberg 46, 52, 63.
Aufstände (vgl. Anarchie und Revolutionäres) 8 f., 16, 18, 37, 58 f., 66, 69, 76, 92, 101, 102, 107 f., 109 f., 112, 139, 149, 200, 215, 224, 234, 280, 289 f., 299 f., 317, 391 f., 394, 413, 445, 454, 467, 478—482, 577 f., 582, 603, 608, 641, 643, 647, 672, 676, 679, 706, 724, 727.
Augagneur 104.
Augusta, Stadt 361.
Augustinus, hl. 669, 728.
Augustowo u. Augustower Wald 59, 60, 133, 145, 156.
Aurbacher Ludwig 99, 253.
Auschwitz 342.
Aussig 211.
Ausstellungen (vgl. auch Museen) 95, 250, 507.
Australien 126, 147, 218, 228, 263, 281, 411, 571, 665, 690.
Auswanderungen (Einwanderungen) 46, 111, 150, 233, 292, 300, 315, 358, 505, 507, 719.
Auzza 468.
„Avanti“ 77, 349.
Avarescu 525, 536.
Avarna, Herzog von 86, 164, 287.
Avre 580, 590.
Axelrod 701, 711.
„Ayesha“, Schiff 71.
Ayles 207.
Azoren 311, 492, 520.
Azowsches Meer 565, 577.

B.

Babenberg, Haus 636.
Bachem, Abgeordneter 96.
— Julius 98, 115.
Bacilieri 201.
Bacon 728.
Bacska 233.
Baden bei Wien 562, 589.
Baden-Baden 78, 93, 507, 648.
Bäder (Kurorte) 592.
Badonviller 146.
Baemker Franz 730.
Baernreither 355, 432.
Bagdad 4, 18, 300, 401, 434, 442, 488, 500, 539, 665.
Bahr Hermann 506.
Bailleul 556, 566, 580.
Bainsizza 467.
Bajazid 556.
Baker, Miß 253, 570.
Baku 603, 643.
Balfour, Minister 54, 75, 85, 173, 181, 192, 208, 228, 230, 263, 319, 327, 338, 367, 442 f., 453, 485, 486, 500, 519, 531, 538, 560 f., 563, 572, 575 f., 586, 587, 589, 593, 594 f., 599, 686.
Baligrod 145.
Balkan (vgl. Balkan-Kriege) 5, 10, 14, 16, 20, 21, 29, 45, 48, 50, 84, 95, 105, 106, 120, 144, 151, 163, 164, 166, 167, 197, 201, 203, 213—219, 220, 221, 223, 224, 227, 228, 229, 231 f., 252, 259, 271, 288, 289, 297, 306, 309, 322, 323, 326, 339, 347, 385, 394, 400, 413, 420, 426, 443, 448, 449 f., 451, 458, 462, 474, 488, 497, 498, 514, 546, 555, 611, 612, 613, 620, 683, 696, 703, 713, 715, 717, 726.
Ballin Albert 9 f., 94.
Baltimore 311, 319, 554.
Baltische Flotte 25.
— Provinzen 86, 178, 286, 524, 532, 534, 539, 552, 606, 621, 713, 717.
Bamatow 563.
Bamberg 670, 683.
Banat 53, 233, 244, 322, 327, 727.
Banhans 432.
Banjac Rade 388.
Bank- und Börsewesen, Kriegsanleihen, Finanzwesen usw. 3, 4, 6, 8, 9 f., 15, 16, 17, 35, 36, 41, 43, 45, 46, 54, 67, 77, 78, 81, 84, 96, 99, 101 f., 110, 111, 112, 113, 123, 125, 128, 130, 131, 137, 139 f., 141, 142, 143, 150, 162, 164, 176, 180, 184, 185, 188, 195, 197, 214, 220, 221, 223, 224, 226, 227, 228, 229, 237, 239, 240, 241, 246, 249, 250, 258, 259, 267, 270, 276 f., 297, 299, 300, 302, 311, 320, 322, 323, 329, 332, 334, 339, 341, 356, 360, 365 f., 380, 385, 388, 391, 393, 396, 399, 402, 403, 406, 410, 411, 416, 425, 427, 429, 431, 436,

440, 443, 456, 458, 463, 473, 474, 478, 482, 490, 516, 517, 529, 536, 551, 558, 577, 582, 595 f., 604, 605, 606, 614, 616, 636, 637, 642, 648, 649, 650, 651, 655, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 669, 676, 678, 679, 680, 684, 687, 688, 695, 696, 699, 700, 702, 707, 709, 711, 713, 714, 716, 718, 719, 723, 726, 727.
Bapaume 53, 543, 590, 591.
„Baralong"-Fall 224, 238 f., 243, 263, 320, 364.
Barbusse 700, 730.
Barclay 728.
Bari 201.
Barletta 170.
Barnes, Minister 349, 365, 554.
Barocke 373.
Barrès Maurice 35, 147, 248, 360.
Barth 648, 662.
Barthold 83.
Barthou 476, 705.
Barttracht 360.
Barycz 59.
Barzilai 150, 205, 219, 261, 278.
Baschkiren 107, 496, 518, 583.
Basel 104, 175, 415, 419 f., 507.
Basiliuskirche (Moskau) 480.
„Basler Nachrichten" 188.
Basra 70.
Bassaroh 18, 148.
Bassermann, Abgeordneter 328.
Bataille H. 360.
Bath 248.
Battisti Cesare, Dr. 309, 330.
Batum 70, 79, 138, 556, 571, 574, 643, 660.
Bauci-Caut. 103.
Baudrillart 253.
Bauer Gustav, deutscher Abgeordneter 621, 645, 692. 698 ff., 706, 717.
— Otto, Dr. 679, 695, 699, 703, 717.
Bauernstand (Ackerbau, vgl. auch Landwirtschaft) 4, 74, 144, 179, 204, 268, 317, 407, 440, 456, 475, 478, 479, 495, 515, 516, 517, 558, 559, 563, 646, 650, 653, 657, 668, 672, 676, 677, 683, 684, 685, 690, 696, 704, 707, 709, 710, 719, 721, 723, 727.
Baukunst, Baustile und Bauwerke 95, 361, 668, 670.
Baumgartner Alexander 98.
Bayens 278.
Bayern 46, 63, 72, 93, 117, 168, 205, 221, 252, 448, 462, 482, 601, 603, 645 f., 649, 650, 672, 676, 679, 683, 706, 721, 725.
„Bayrische Staatszeitung" 92.
Bazelaire 281.
Beau Séjour 156.
Beauvais 65.
Bebel August 98, 237.
Becher Joh. R. 727.
Bechtold Artur 116.
Becker A. 356.
Beethoven Ludwig van 62.
Behagnies 590.
Beichte (Ohrenbeichte) 115.
Beirut 274, 639.
Belfast 36, 442.
Belgien 11, 38 f., 40, 41, 46, 47, 48, 49, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 61, 62 f., 64, 65, 72 f., 78, 80, 81, 82, 85, 108, 113, 117, 118 f., 121, 125, 131, 134, 144, 147, 153, 157, 167, 184, 187, 193, 194, 198, 199, 201, 206, 208, 214, 218, 219 f., 227, 229, 230, 238, 239, 240 f., 243, 251, 262, 263, 271, 273, 278, 279, 285, 286, 291, 300, 313, 314, 324, 328, 337, 346, 347, 349, 351, 352, 363, 364 f., 366, 372, 399, 420, 425, 441 f., 448, 450, 451, 458, 469, 472, 473, 474, 477, 478, 487, 491, 497, 506, 507, 513, 515, 518, 520, 529, 530, 538, 549, 560, 572, 587, 600, 605, 606, 607, 612, 616, 618, 621, 626, 638, 642, 651, 665, 669, 671, 682, 685, 686, 687, 690, 695, 700, 705, 716, 719, 723.
Belgrad 23, 24, 27, 30, 32, 79, 105, 106, 154, 156, 216, 232, 233, 260, 261, 361, 385, 388, 640, 656, 657, 666, 667, 681.
Bellamy 728.
Belluno 491.
Below v., General 133, 468.
Benadir 50.
Benedikt XV. (vgl. auch Papsttum und Vatikan) 51, 88 ff., 116—119, 152, 168 f., 185 f., 235 f., 252, 275 f., 352 f., 447—449, 460—664, 502 f., 669, 689, 727.
Benediktinerorden 248.
Benesch Ed., Dr. 504, 564, 632, 711, 715, 721.
Bengalen 53, 55.
Benghazi 320.
Benkendorff 25, 371.
Benson, Admiral 486.
Berat 592.
Berchtold, Graf 10 f., 27, 86, 128, 386, 456, 551, 714, 725.
Beresford, Admiral 148, 229, 270, 353 f., 384.
Bergson Henry 253.
Bergwerke 193, 208, 223, 249, 421, 577, 699.
Berlin 2, 4, 6, 11, 12, 13, 25, 34, 35, 38, 42, 46, 53, 55, 62, 74, 75, 90 ff., 93, 94, 95, 104, 112, 113, 133, 134, 140, 143, 152, 167, 174, 181, 188, 207, 221, 223, 226, 228, 230, 231, 251, 258, 267, 278, 287, 297, 300, 312, 316, 317, 319, 323, 325, 336, 338, 339, 346, 357, 361, 370, 398, 399, 408, 413, 414, 434, 439, 454, 474, 482, 488, 496, 506, 508, 509, 512, 517, 530, 537, 538, 541, 542, 545, 547, 562, 570, 571, 573, 592, 595, 613, 618, 624, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 655, 660 f., 662, 663, 665, 672, 683, 693, 707, 716, 717, 721, 730.
Bermuda 190.
Bern 104, 175, 236, 271, 300, 490, 658, 674, 675.
Berner Klause 179.
Bernstein, Abgeordneter 277, 426.
Bernstorff 154, 208 f., 223, 245, 269, 339, 717.
Berny 340.
Bersemünde 233.
Berzeviczy 285.
Beseler 233, 335.
Beskiden (Ostbeskiden und Beskiden-Paß) 59, 121, 132, 145, 155.
Besnard A. 147.

Beßarabien 150, 241, 259, 496, 517, 536, 552f., 557, 575, 723, 727.
Bethincourt 289.
Bethlehem 503.
— Steel Company 356.
Bethlen 423.
Bethmann Hollweg 9, 41f., 55, 80f., 105, 132, 136, 166f.. 195, 196, 198, 237, 238f., 251, 267, 268, 285f., 287, 296, 297, 301, 322, 330, 335, 336ff., 345, 348, 355, 364, 370, 380ff., 384, 396f., 398, 409, 411, 414, 416, 417, 435f., 438, 650f., 694, 698, 717, 725.
Bethune 78, 123, 580.
Bettelheim Anton 669.
Bettinger, Erzbischof 88.
Beuroner Kunst 249.
Beyen, Baron 11, 194.
Beyers, General 109, 110.
Biaches 340.
Biala 53, 60, 145, 579.
Bialystock 542.
Bib Doda 179.
Bibelstellen, Bergpredigt (vgl. auch Psalm) 255, 294, 361, 390, 508, 509, 731.
Bibliotheken und Bücher, auch Buchhandel 95, 507.
Bichler Franz 729.
Biedermeier 507.
Bielsk 133.
Bienerth 334.
Biezun 121.
Bildhauer(ei) 107, 359, 361, 508, 728.
Bildschnitzer(ei) 508.
Bilinski 139f., 308, 334, 421.
Birkenhead 274.
Birkner Ferdinand 115.
Birmingham 469, 499.
„Birschewija Wjedomosti“ 16f., 130.
Bismarck, Fürst 42, 143, 167, 190, 203, 254, 274, 365, 729, 730.
Bissing v. 279.
Bissolati 330.
Bitolja 339.
Bitterlich Hans 100.
Bixschoote 61.
Bizenko 493.
„Bjedneta“ 581f.
Bjelajew 391.
Bjelgorod 495.
Bjelogradschik 214.
Bjelopolje 241.
Björnson Björstiern 105.
Blackpool 607.
„Blaubuch, englisches“ 56.
Bleriot 312.
Bliß 530.
Bloch 271.
Blockaden (vor allem die engl. Hungerblockade) 9, 15, 125, 135, 137, 139, 148, 158, 169, 174f., 177, 185, 190, 209, 224, 230, 232, 233, 234, 238, 239, 250, 264, 269f., 276, 281—283, 292, 297, 306, 312, 341, 353, 354, 363, 364, 367, 372, 377, 379, 382, 388, 396, 398, 401, 402ff., 410, 416, 420, 426, 436, 442, 443, 463, 474, 483, 486, 492, 493, 520, 523, 563, 584, 601, 608, 640, 642, 674, 686, 689, 697, 704, 717, 720.
Blonie 198.
Blume 256f.
Bobola 98.
Bobr 145.
Bobrinsky, Graf 4, 204.
Bochnia 79.
Bode W. 95.
Bodensee 680.
Boelcke v. 331.
Böhm Wilh. 704.
Böhme, Abgeordneter 258.
Böhmen 55f., 64, 99, 211, 245, 252, 266, 334, 386, 387, 428, 429f., 446f., 521, 522, 532, 544, 569, 614f., 627, 632, 636, 637, 654, 655, 656, 660, 663, 665, 669, 672, 673, 677, 678, 680, 681, 690, 695, 704, 717, 726, 728.
Böhmerwald 690.
„Börsenzeitung“ 609.
Bogaski 558.
„Bogen des Odysseus“ von Hauptmann 95.
Bois Brule 71, 123.
Bojadjew 232.
Bolimow 133.
Bolivien (Bolivia) 409, 671, 695.
Bologna 719.
Bolschewiken (vgl. Kommunismus) 478–482, 495ff., 511, 512, 515ff., 523, 524f., 526, 529, 531, 532 bis 536, 539, 540, 556, 565f., 574, 578, 581f., 588, 598, 601, 602, 603, 608f., 617, 618, 640, 643, 647, 649, 650, 658, 660, 661, 662, 663, 667, 668, 674, 675, 676, 677, 678, 680, 682, 683, 684, 691, 703, 705, 709, 710f., 712, 717, 718, 723, 726, 727, 729.
Bombay 243.
Bonar Law 37, 54, 101, 173, 190, 231, 239, 263, 281, 314, 369, 383f., 395, 450, 485, 486, 498.
Bonatz 95.
Bonn 251.
Bonnat 147.
Bonomelli, Bischof 87.
Boog Adolf 652.
Bordeaux 52, 68, 85, 103, 125, 280, 476.
Boris, König von Bulgarien 639.
Bormann W. 361.
Borneo 599.
Boroevic 171.
Borromäus-Enzyklika 51.
Boselli 305, 349, 371, 476.
Bosnien 19ff., 22, 23f., 31, 82, 60, 203, 233, 234, 238, 251, 260, 284f., 296, 303, 388, 401, 420, 449, 459, 474, 625, 630, 656, 663, 701.
Bosporus (vgl. Dardanellen) 66, 67, 352, 453, 643.
Boßler 253.
Boston 592.
Botha, General 175, 190, 202f., 224, 237, 716.
Bouillon Franklin 564.
Boulanger 365.
Boulogne 62, 332, 507.
Bourbonen (Haus der) 169, 551, 723.
Bourgeois 220, 399.
Bourget Paul 730.
„Bouvet“, Schiff 149.
Bowen 618.
Bowermann 501.
Bowles 354.
Boy-Ed 245.
Boyen 198.
Boykott 108.
Bozen 163, 373, 467.
Bracse 173.
Braga Theophil 176.
Braila 371.
Brancaninow 357.
Brandenburg 226.
Brandstetter 251.
Branting 419, 427, 452, 464, 674.
Brasilien 121, 286, 409, 420, 448, 476, 671, 682, 695.

Bratianu 318, 322, 525, 598.
Bratislawa siehe Preßburg.
Braun, Monsignore 278.
Braunsberger 509.
Braunschweig 93, 647, 648.
Brazza 164.
Bremen 72, 251, 319, 354, 382.
„Bremen", Tauchboot 311.
Brenner 162, 646.
Brenta (Brentatal) 305, 491.
Brentano Bettina 252.
— Clemens 253.
— Lujo 507, 508.
Breschko-Breschkowska 475.
Breslau 82, 90, 92, 251.
„Breslau", Schiff 45, 66, 68.
Bresso 104.
Brest (Frankreich) 149, 658.
— -Litowsk, (Friede von Brest-Litowsk) 195, 198, 200, 493 ff., 510—514, 515, 519, 520, 522 bis 526, 530, 532—536, 542, 558, 571, 587, 593, 594, 595 f., 600, 608, 613, 618, 642, 654, 687, 695.
Bretagne 248.
Brever Peter 95.
Briand 220, 227 f., 270 f., 296 f., 306, 307, 323, 324, 328, 336, 339, 346 f., 351, 371, 399, 405, 560.
Bridgeport 356.
Briey 529.
Brindisi 16, 273.
Brisanz-Geschosse 180.
Bristol 85, 207, 263, 369.
Brizon 324.
Brockdorff-Rantzau 663, 676, 683, 685 f., 688 f., 692.
Brocqueville de 78, 278.
Broquet Gust. 103.
Brücken und Brückenbauten 18, 32, 170, 221, 222, 261, 385.
Brückenköpfe 59, 121, 242, 280, 289, 687.
Brudermann 52.
Brudzynski 335.
Brueninghaus, Kapitän 617.
Brügge 61, 312.
Brünn 637.
Brunnen und Brunnenbau 95.
Brunner Sebastian 250, 729.
Brüssel 39, 41, 45, 46, 62, 72, 81, 144, 504, 644, 724.
„Brussels" 312.
Brussilow 339, 437, 458, 615.
Bryan, Staatssekretär 112, 139, 148, 154, 175, 182 ff., 191, 237, 249.
Bryce 221.
Buchanan 122, 395.
Buchara 69.
Buchenkopf 123
Buchenstein 179.
Bücher (Mann) 508.
Buckinghampalast (London) 102, 288.
„Budapest" 165.
Buddha(ismus) 150.
Buffalo 112, 488.
Buftea 535.
Bukarest (Friede von Bukarest) 5, 8, 151, 214, 330, 345, 353, 355, 361, 507, 525, 533, 536, 551, 556, 557, 613, 642, 687, 695, 723.
Bukeihanow 518.
Bukhan Eddin, Prinz 59.
Bukowina 8, 60, 74, 121, 132, 141, 145, 155, 221, 244, 251, 306, 322, 327, 330, 339, 387, 455, 458, 464, 470, 505, 542, 579, 723, 727.
Bulgarien 3, 5, 66, 105 f., 107, 120, 128, 139, 151, 159, 203, 212–219, 232 f., 241 f., 251, 261, 271, 273, 280, 285, 297, 306, 313, 317, 318, 322, 323, 326, 330, 339, 363 f., 365, 367, 375, 377, 397, 409, 419, 437, 443, 448, 452, 462, 464, 477, 482, 493, 498, 519, 533, 557, 560, 566, 571, 574, 578, 585, 592, 609, 613, 616, 618, 619 f., 625, 639, 687, 701, 716.
Bull John 358.
Bülow 47, 52, 82, 86, 99, 161, 167, 168, 227, 237, 308, 320, 330.
Bündnisse (siehe auch Zweibund, Dreibund und Entente) 1, 2, 5, 6 f., 8, 9, 11, 12, 17, 18, 25 ff., 28, 29, 33 ff., 40, 44 f., 46, 49, 57, 69, 76, 104, 105, 106, 110, 113, 120, 122, 126, 131, 149, 150, 155, 156, 157, 160 ff., 164 f., 167, 180, 186, 187, 196, 212, 213—219, 221, 224 f., 229, 260, 271, 275, 278, 279, 287, 288 f., 294, 295, 300, 305, 308, 316, 317, 321, 322, 326, 331, 337, 355, 368, 369, 371, 385, 386, 389, 391, 394, 397, 400, 404, 412, 420, 427, 445, 451, 471, 482, 485, 514, 518, 526 f., 537, 539, 546, 549, 552, 561 f., 568, 571, 575, 579, 581, 585, 588, 592, 597, 603, 609, 610, 613, 616, 620, 635, 639, 641, 642, 652, 660, 666, 680, 698, 705, 706, 715, 716, 722, 723, 726.
Burenvolk 55, 109 f., 127, 139, 152, 190, 195, 202, 224, 228, 237, 363, 382.
Burgenland (Westungarn) 677, 680, 690, 691, 703, 707 f., 711, 712, 717, 725.
Bürgerkriege (siehe auch Aufstände) 36, 100 ff., 137, 190, 413, 418, 482, 495, 512, 523, 559, 594, 597, 660, 662, 664, 666.
Burhan Eddin, Prinz 59.
Burian 128, 132, 160, 209, 226, 228, 266, 303, 335, 338, 355, 531, 552, 557, 561, 562, 571, 573, 576, 583, 587, 592, 609, 610 ff., 613 f., 615, 624 f., 635.
Burival 445.
Burn, Lord 538.
Burns John 43 f.
Burton Noel 105, 106.
Byles 314 f.
Byron, Lord 357.
Bzura 79, 121, 133.

C.

Cabrinovic 63, 64.
Cadorna 205, 281, 468, 485, 491, 530, 589.
Caillaux 7.
Cailletewald 289.
Calais 62, 65, 76, 124, 146, 157, 187, 332, 570, 571.
Calderon-Gesellschaft (Calderon, Don Pedro) 115, 509.
Calmette 7.
Cambon Jules 220, 550.
Cambrai 483, 504, 602.
Campanello 728.
Campbell-Gordon, Earl of Aberdeen, John 85.
Cap d'Antifer 126.
Capelle v. 284, 380, 397, 454, 471, 472, 566, 589.
Capodistria 163.
Cappelli 240.

Cappello 589.
Capri, Insel 95.
Carbajac 112.
Cardauns 116, 670.
Cardiff 189.
Carevo-Solo 19.
Carlepontwald 590.
Carlyle Thomas 514.
Carmen Sylva (Elisabeth von Rumänien) 106, 361.
Carp Peter 150, 243 f.
Carranza Peter 112, 226, 250, 285.
Carson, Sir Edw. 36, 220, 229, 384, 442, 476, 519.
Casablanca 303.
Casement, Sir Roger 75, 84, 133 f., 314, 356 ff., 668.
Castellorizo 5, 261, 262.
Castro 176.
Catania 256.
Cathrein V. 253.
Cattaro 50, 53, 260.
Cavell, Miß 366.
Cavour 15, 254.
— (Stadt) 161.
Cecil Robert 173, 206 f., 315, 442, 484, 486, 487, 538 f., 557 f., 563, 599 f., 608.
Cerna 331, 371, 421, 467.
Cernawoda 330.
Cervantes 363.
Cervinka 343.
„Ceski Svaz“ 387, 429 f., 632.
Cetinje 259, 260.
Ceylon 506.
Chalkidike 262.
Chalons 123.
Chamberlain Austen 101.
— H. St. 250.
— Josef 102 f., 173.
Champagne 146, 162, 274, 400, 411, 504, 570, 580.
Chantilly 65, 201.
Charbin 574, 617.
Charkow 392, 480, 481, 556, 558.
Charlotte 293.
— von Luxemburg 673, 716, 723.
Charlottenburg 94.
Chateau-Thierry 569, 580.
Chateaux Salins 156.
Chatham 566.
Chatillon 71.
Chaudun 569.
Chaulnes 340, 590.
Chaumont 659.
Chauny 543.
Chavonne 71.
Chelmsford 566.
Chemin des Dames 411, 444, 566.
Cherfils, General 157, 360.
Cherson 481.
Chesterston 128.
Chicago 116, 139, 307.
Chile 71, 72, 121, 158 f., 686.
China 69, 81, 99, 110, 111, 138, 149 f., 159, 175, 187, 191, 224, 227, 235, 245, 246, 285, 308, 379, 391, 396, 409, 443, 460, 489 f., 520, 531, 565, 577, 583, 597, 609, 617, 671, 682, 687, 690, 694, 695, 705, 720, 728.
Chios, Insel 18, 159.
Chiozza Money 180.
Chiwa 69.
Choc 445.
Cholera 222, 262.
Cholmland (Cholm) 343, 526, 532, 556, 579.
Christensen Adlar 133.
Christentum 2, 5, 57, 69, 87, 88, 90 ff., 93, 95, 97, 99, 115, 116 f., 127, 150, 182, 191, 235, 250, 253, 395, 474, 503, 506, 669, 670, 672, 673, 710, 715, 719, 726, 727.
Christian von Dänemark 276.
Christiania 36, 133, 438, 489.
„Christliche Gesellschaft“ 730.
Christliche Nation, Ungarn 722.
Christlichsozial (Partei in Österreich) 87, 128, 342, 386, 422, 430, 459, 477, 521, 532, 552, 579, 626, 627, 633, 634, 636, 652, 653, 654, 655, 656, 659, 670, 677, 678, 680, 684 f., 691, 695, 696, 703, 710, 717 f., 721.
„Christus“ von Seeber 250.
Chrowder 602.
Churchill 2, 4, 7, 54, 56, 64, 65, 76, 101, 136, 137, 158, 173, 181, 231, 284, 304 f., 306, 401, 472, 475, 586, 659, 674, 682.
Chyrow 60, 70.
Ciccotti 162.
Ciganovic Milan 23.
Cincinnati 332.
Cirey 71.
Cismon 491.
Cisna 145.
„Citti di Ferrari“ 177.
Cividale 104, 467, 468.
Claar M. 359.
Clam-Martinitz 355, 373, 386, 398, 402, 421, 430 f.
Claparede, Hugo de 104.
Clare 299.
Clark, Sir George 722.
Clary 334.
Claudel Paul 116.
Clemenceau 125, 147, 484, 486, 487, 530, 539, 545, 547 ff., 550, 551, 561, 564, 570 f., 612 f., 615, 639, 641, 656, 660, 674, 685, 688 f., 692, 693, 694, 695, 709, 713, 714, 716, 723, 726.
Clementi 179.
Clermond-Ferrand 502.
Cleve 509.
Cleveland 174, 267.
Clonmel 290.
Cochin Denys 7, 220, 255.
„Codex Juris Canonici“ 668.
Cohalan 279.
Cohen 473, 661.
Cohn, Abgeordneter 277, 526, 631.
Col di Lana 242, 289.
Collins 500.
Coloma Luis 255.
Colonna, Fürst 162 f., 287.
Columbia 250, 686.
Columbus (Stadt) 285.
Combes 220.
Combles 47, 340, 591.
Combres 156.
„Comité Catholique de propagande française“ 253.
Compère Morel 476.
Compiègne 146, 641.
Condino 170.
Connecticut 341.
Conrad v. Hötzendorf 63, 82, 171, 344, 353, 401 f., 456, 503.
Constanjevitza 421.
Constantza 330.
Constanza 16.
Conze Alex. 94.
Cormon 460.
Corneys Point 356.
Cornve-Universität 246.
Corojani 240.
Coronel 71.
„Corriere della Sera“ 216.

„Corriere d'Italia" 593.
Corsi 401.
Cort van der Linden 540.
Cortina 170.
— d'Ampezzo 327.
Costanzi-Theater 161.
Costarica 563, 577.
Cotroceni 536, 557.
Coudenhove, Graf 211.
Courbet 201.
Courtney, Lord 230.
Craik 229.
Cramer-Klett, Freiherr v. 93.
Cremona 87.
„Cressy", Schiff 53.
Crewy, Lord 102, 126, 173, 218.
Croni, Kapitän 608.
Cronje, General 109.
Crouy 123.
Csernoch (Czernoch), Fürstprimas 657, 722.
Cuba 695.
Cubrilowic Vaso 63.
— Veljko 63.
Cunard-Linie 174.
„Curie", Schiff 80.
Curzola 163, 164.
Curzon, Lord 55, 173, 188, 300, 485, 539, 576 f.
Custozza 98, 165.
Cuxhaven 80, 126, 284, 647.
Cwiklinski 532.
Cypern (Zypern) 68, 69.
Cyrenaika (Kyrenaika) 50, 270, 643.
Cyrillische Schrift 235.
Czapp v. Birkenfeld 432, 521.
Czartorysk 233.
Czenstochau 45, 132.
Czernin, Graf 106, 327, 355, 362 f., 367 f., 370, 374, 375, 387, 398 f., 406, 411, 412 ff., 417, 439 f., 454, 469 ff., 482, 490, 493 f., 511, 523, 525, 526, 530, 532, 533, 536, 541, 545 bis 547, 548, 550 f., 552, 556, 571, 588, 664, 700, 720.
Czernowitz 47, 60, 71, 132, 145, 306, 458.
Czobel 704.

D.

Daenzer 116.
Daghestan 563.
Dagö 469, 475, 512, 542.
Dähnhart, Admiral 143.
Dahomey 181, 206.
„Daily Chronicle" 21, 32, 68, 117, 348.
„Daily Expreß" 136.
„Daily Graphic" 32.
„Daily Mail" 32, 135, 178, 200, 208, 312, 348, 353.
„Daily News" 18, 21, 32, 64 f., 193, 200, 348.
„Daily Telegraph" 21, 56, 150, 486.
Dakar 520.
Dalmatien 162, 232, 251, 254, 265 f., 270, 373, 422, 459, 460, 501, 625, 657, 682.
Dalziel 135.
Damaskus 639.
Damm, Abgeordneter 412.
Dänemark 14, 25, 76, 104 f., 124, 128, 137, 141, 148, 184, 190, 194, 248, 251, 276, 277, 313, 351, 355, 419, 517, 603, 631, 686, 688, 692.
Daniels 267.
Dankl, General 46, 52.
Dankmann, Professor 253.
D'Annunzio Gabriele 160, 161, 592, 715 f., 723, 726.
Dante Alighieri 252 f., 669.
Danzig 251, 687.
Dardanellen 3, 18, 45, 66, 68, 70, 79, 127, 138, 141, 149, 157, 159, 162, 174, 175, 181 f., 187, 190 f., 199, 201, 203, 218, 221, 225, 228, 229, 234, 242, 243, 244, 251, 258, 352, 401, 514, 520, 643.
Daressalam 72.
Darfur 329.
Dari 150.
Darkehmen 121.
„Das Volk" 333.
Daszynski 657.
Dato 128, 225.
Däubler Th. 727.
David, Abgeordneter, Dr. 197, 329, 417, 473, 645, 675, 676.
David, König 503.
Davidevitsch 426.
Deal 283.
Debra 241.
Debreczin 99, 100.
Dedeagatsch 218.
Defaitismus 546.
Dehibat 320.
Delaisie Fr. 249.
Delarey J., General 109.
Delbrück, Hans v. 12 f., 18, 141, 143, 297.
Delcassé 220.
Delpy Egbert 728.
Demelic 13.
Demirhissar 262.
Demonstrationen 4, 38, 68, 74, 77, 85, 99, 160 f., 169, 178, 685.
Dengel Ph. 98.
Denikin 723.
Denis Cochin (siehe unter Cochin Denys).
Denkmäler und Büsten 94, 95, 100, 103, 104, 107, 116, 143, 160, 250, 251, 361, 668, 728.
„Der Kampf" 333.
Derby, Lord 173, 223, 229, 263, 281.
— Stadt 469, 607.
Dernburg 139, 174.
Deroulède Paul 2.
Deschanel 125.
„Deutsche Politik" von Bülow 308.
„Deutscher Kulturträger" 139.
Deutscher Michel 139.
„Deutscher Reichsanzeiger" 21.
Deutschland (deutsche Politik, Handel und Sprache auch anderswo) 1 f., 3 f., 9 f., 11, 12 f., 14, 15, 17 f., 19, 21, 22, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 33 ff., 37 ff., 40—42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52—54, 55, 56, 57, 58, 59 ff., 62 f., 64 f., 66, 67, 68, 69, 70 ff., 73, 74, 75, 76, 77, 78 f., 80—84, 85, 86, 90—99, 102, 103, 104, 107, 108, 109, 110, 111, 113, 114, 115, 116, 117, 120, 121, 122, 123 ff., 126 f., 128, 129, 130, 131 f., 133, 134, 135 ff., 138, 139, 140—143, 144, 145 ff., 152 ff., 155, 156 f., 158, 159, 160, 161, 163, 165, 166 f., 168, 169, 170 f., 172, 173, 174 f., 177, 178 f., 181, 182 f., 184, 185, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194 f., 196 ff., 199 f., 201 ff., 205, 206 f., 208 f., 211, 212, 214, 215, 216, 218, 219, 220, 221, 222, 224, 225, 226, 227, 228, 229,

230, 231 ff., 234, 237 ff., 241, 242, 243, 244 f., 246, 247 ff., 250, 251 ff., 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263 f., 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 274, 275, 276 f., 278, 279 ff., 284, 285 f., 288 f., 290 f., 292—296, 297, 298, 300, 302, 303 ff., 306, 307, 308, 309 f., 311 f., 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319 f., 321, 322, 323 f., 325, 326, 327 ff., 330, 331, 332, 333, 334 ff., 337 ff., 340 f., 342, 344, 345 ff., 349, 351, 352 f., 354, 355, 356 f., 358, 360, 361, 363, 364, 365, 366, 367, 369, 371, 372, 376, 377, 378 ff., 381, 382 f., 384, 385, 386 f., 394, 395, 396 ff., 399, 400, 401, 402 ff., 406, 407, 408, 409, 411, 412 f., 414, 415, 416 f., 421, 422, 424, 425 f., 427, 430, 433, 434, 435—439, 441, 442, 443, 444, 445 ff., 448 f., 450, 451, 452 ff., 456 f., 458, 460, 461 ff., 464 f., 466, 467 ff., 470, 471—474, 475 f., 477, 478, 479, 481, 482—484, 485, 486, 487, 488, 490 ff., 492—495, 497, 498, 499 f., 502, 503, 504, 506, 507, 508, 509, 510—512, 514, 515, 517, 518, 519, 520, 521 f., 523 f., 525 ff., 528 ff., 531, 532, 533—536, 537 ff., 540—544, 545, 547, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558—560, 561 f., 563, 564, 565 f., 567, 568, 569 ff., 572, 573 f., 575, 576, 577, 578, 579, 580 f., 582, 583, 584, 585, 586, 587 f., 589, 590 f., 592 ff., 595 f., 597 f., 599 ff., 602, 603 ff., 606 ff., 609 f., 611, 612, 613, 614, 615 f., 617, 618, 619, 620 f., 622 ff., 627, 628, 629, 630 ff., 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641—643, 644 ff., 647 ff., 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657 ff., 659 ff., 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668 f., 670, 671, 672, 673, 674, 675 f., 677, 678, 679 f., 681, 682, 683, 684, 685 f., 687, 688 f., 690, 691, 692 ff., 695, 696, 697 ff., 700, 701, 702, 704, 705, 706, 707 f., 710, 711, 712, 713 f., 715, 716, 717, 718, 719, 720 f., 722, 723, 724 f., 726, 727, 728, 729, 730.

„Deutschland, Deutschland über alles!“ 706.

„Deutschland“, Tauchboot 311 f., 319, 341, 354.

Deutschnationale Partei 333, 386, 389, 430, 446, 467, 477, 552, 578 f., 589, 626, 627, 633, 634, 636, 653, 655, 664, 672, 675, 676, 680, 684 f., 695, 696, 706, 717, 725.

Deutschösterreich (vgl. auch Österreich) 633 ff., 651 bis 655, 660, 663 f., 672 f., 675, 676 f., 678, 679 f., 681, 683, 684, 687, 690 f., 694 f., 696, 697, 699, 701 ff., 704, 707 f., 709, 711, 712 f., 714 f., 717, 721, 730.

Deutsch-Ostafrika 72, 127, 139, 234, 275, 300, 329, 384, 483, 642, 687.

Deutsch-Südwestafrika 80, 94, 109 f., 127, 139, 149, 159, 174, 190, 202 f., 275.

Devolital 578.

Devonport, Lord 270.

Devoy John 279.

Dewet Chr. 109, 110.

Dewlin 554.

Diakova 241.

Diamantenfunde 94.

Diaz Felix 292, 491, 641.

— Porfirio, General 249.

Didoldshausen 123.

Diefenbach K. W. 95.

Dietrich, Abgeordneter 675.

— -Lippstadt W. 97.

Dillon 299, 539, 554.

Dimitriew Radko 105, 172.

Dimmler H. 669.

Dinghofer, Dr. 633, 636, 653, 654, 680, 695, 707.

Dionysius Areopagita 669.

Diplomatie 2, 5, 8, 9, 10, 11, 17 f., 23, 25, 26, 27, 28 f., 29—35, 36, 38, 43, 45, 46, 49, 51, 56, 62 f., 66, 67, 68, 82, 83, 85, 86, 88, 89 f., 102, 103, 105, 106, 110, 112, 113, 117, 118, 119, 122, 128, 130, 133, 134, 139, 147, 154, 161, 164, 166, 167, 168 f., 174, 181, 182 f., 185, 193, 194, 196, 199, 203, 206 f., 208 f., 213, 214, 216 f., 227, 228, 236, 239, 241, 243, 248, 256, 262, 267 f., 269, 274, 278, 279, 282, 286, 267, 288 f., 291, 292, 295, 296, 307, 312, 315, 316, 317, 320, 327, 330, 331, 332, 333, 339, 341, 349, 351, 353, 357, 358, 360, 361, 364, 365, 366, 371, 373, 376, 378 ff., 381, 382, 388, 389, 395, 397, 408 f., 421, 425, 426, 427, 434, 435, 448, 450, 451, 456 f., 463, 476, 479, 481, 482, 487, 490, 493, 494, 496, 497, 498, 500, 502, 503, 517, 519, 522—526, 533, 535, 536 f., 539 f., 548, 550 f., 556, 561, 572, 573, 582, 586, 587, 595, 596, 599, 601, 608 f., 610 ff., 613, 618, 622, 629, 636, 637, 645, 655, 659, 663, 679, 683, 684, 685, 691, 697, 701 f., 704, 707, 708, 710, 712, 713, 714, 715, 717, 721, 724.

Dittmann 471, 472, 648, 661, 662.

Diwisch, Feldmarschall-Leutnant 637.

Dixmuiden 71, 76.

Djulbar 563.

„Dnewnik“ 106.

Dnjestr 145, 172, 221.

Dobczyce 79.

Doberdo 186, 222, 242, 280, 289.

Dobrudscha 323, 326, 330, 341, 353, 371, 474, 482, 535, 557, 571.

Dobry 558.

Dodekanesos 2.

Doeberl Anton 670.

Doggerbank 274.

Dogmatik 729.

Dohna-Schlodien, Graf 283, 401.

Doiran (Doiran-See) 241, 318, 371, 421, 566, 617.

Döllinger Ign. 99.

Dolomiten 289, 490.

„Dolus“ 202.

Dom- und Kirchenbau 728.

Domes 520.

Dominikanerorden 98.

Dominikanische Republik 435.

Don 456, 480, 495, 525, 574, 617.
Donau 51, 215f., 221, 226, 232, 244, 327, 330, 339, 360, 557, 558, 614, 639, 640, 641, 667, 680, 687, 690, 696, 707, 719, 722.
Donbach 590.
Donez 565.
Donezbecken 617.
Donndorf K. 95.
Dorpat 524.
Douaumont 274, 280, 289.
Doumergue 2, 11.
Dover 48, 124, 126, 148, 283, 332, 385, 566.
Downside 248.
Draghicesco 564.
Drama (Stadt) 326.
Dramatik und Dramaturgie 252, 360, 509, 669, 727.
Drau 327.
Dreadnought 61, 77, 191, 642.
Dregheda 389f.
Dreibund (Österr., Deutschland, Italien) 5, 10, 11, 12, 14, 15, 21, 26, 29, 32, 49f., 58, 77, 81, 82, 86, 120, 162—170, 176, 194, 219, 287, 316, 321, 469, 484, 725.
„Dreizehnlinden“ von Fr. W. Weber 115.
Dresden 95, 267, 529, 601, 672.
„Dresden“, Schiff 80, 148, 158f.
Drews Artur 96.
Driesmans H. 728.
Drina 216, 232, 639.
Drohobicz 437.
Dscholfu 571.
Duala 53.
Dualismus (Österreich-Ungarn) 74, 429f., 630, 634, 707.
Dublin 37, 101, 102, 289, 290, 357, 554.
Dubno 204.
Dubost 125.
Duchonin 481, 482, 495.
Dücker Friedr. 670.
Duellwesen 94, 492.
Duffner 253.
Duino 273.
Dukla 79, 132, 155.
Dulcigno 259.
Dumand Eric 682.
Dumba 213.
Dum-Dum-Geschosse 54, 58.
Dünaburg 156, 233, 280, 542.
Dunajec 53, 70, 79, 121, 132, 155, 170, 171, 172, 195.
Dünamünde 466.
Dünkirchen 62, 78, 124, 469, 570.
Du Pont 356.
Duport 327.
Durazzo 6, 8, 9, 59, 107, 272.
„Durwald“, Schiff 126.
Düsseldorf 284, 672.
Dutow 495.
Dynow 59.
Dziedits 464.

E.

E. K. W. 670.
Eberle, Dr. Josef 115, 670.
Ebert, Reichspräsident 159, 167, 286, 380, 452, 454, 472, 473, 508, 631, 647f., 649f., 661, 662, 672, 675f., 683, 688, 689, 697, 706.
Eckartsau 589, 653, 657, 680.
Ecker, Abgeordneter 94.
Ecuador 503, 671, 695.
Eden, Garten 434.
Edinburg 85, 519, 563, 607.
„Edinost“ 459.
Edschmid Kas. 728.
Eduard VII. (Edward) 43, 103, 109, 194, 514.
„Edward VII.“, Schiff 263, 283.
Edypsos 261.
Efremow 440.
Egri-Palanka 216.
Ehebündnisse 21, 245, 272, 402, 492, 618, 639, 723.
Ehewesen 103, 116, 524, 673, 691.
Ehrenlegion 77, 103.
Ehrenstein Alb. 727.
Ehrle, Jesuit 359.
Eichendorff 669.
Eichhorn, Generaloberst 133, 558, 582, 596.
Eide (Eidesablegung) 344f., 354, 355, 390, 524, 598, 657, 668, 709.
Eigentumsrecht (siehe auch Grundrecht und Erbrecht) 474, 648, 650, 685, 689, 691, 692.
Eisenbahn und Eisenbahnbau 3, 4, 9, 10, 15, 17, 18, 25, 32, 69, 84, 108, 111, 122, 141, 156, 170, 187, 195, 207f., 221, 222, 223, 239, 249, 261, 289, 309, 310, 327, 331, 385, 404, 420, 456, 487, 488, 512, 513, 525, 531, 536, 539, 543, 557, 571, 574, 577, 578, 581, 642, 643, 680, 682, 692, 699, 702, 712.
„Eiserner Standschütze“ 361.
„Eiserner Wehrmann“ 351, 361.
Eisernes Tor 216, 244, 360.
Eisler R. 98.
Eismeer (Nördliches) 222, 283, 401.
Eisner Kurt 646, 650, 674f., 676, 707.
Ekaterina 222.
El-Arisch 70.
Elbassan 179, 241, 273.
Elbe 687.
„Elektra“, Schiff 300.
Eleonore von Bulgarien 464.
Elisabeth von Neuwied, s. unter Carmen Sylva.
Elisée 11.
Ellenbogen 419.
Ellice-Insel 234.
Elsaß-Lothringen 4, 14, 43, 46, 48, 54, 80, 86, 123, 131, 133, 134, 141, 146, 187, 193, 197f., 231, 238, 241, 251, 323, 324, 330, 337, 347, 349, 363, 424, 425f., 427, 436, 439, 442, 443, 450, 451, 457, 465, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 484, 502, 513, 514, 519, 528, 531, 545, 547, 549f., 560, 561, 584, 600, 612, 621, 631, 642, 649, 651, 659, 660, 663, 687, 701, 726.
„Emden“, Schiff 53, 61, 65, 71f., 126, 175.
Emerson Edwin 223.
Emmel, Abgeordneter 473.
Emmerich Anna Katharina, gottselige 670.
Emmerling Georg 691.
Emmich, General 45.
Empire 507.
Emser Depesche 337.
Enders C. 115.
Engelhardt, Abgeordneter 392, 393.

England (englische Politik) 2, 3f., 7f., 9f., 11, 14, 15, 17f., 20f., 25, 27ff., 31, 34, 36f., 39f., 42, 43f., 45, 46, 47ff., 53 bis 57, 58, 60, 61f., 63, 64f., 66, 67f., 69f., 71, 72f., 74ff., 77, 78, 79, 80, 81, 82f., 84, 85, 86, 89f., 95, 98, 99, 100–103, 104, 105, 106, 107ff., 114, 115, 116, 117, 119, 121, 122, 123, 124, 125f., 127, 128, 129, 130, 131, 133f., 135ff., 138, 139, 141f., 143, 144, 146, 147f., 149f. 151, 152f., 154, 156, 157, 158f., 161, 162, 167, 170, 172, 173f., 175, 178, 179ff., 183, 184f., 188ff., 191, 192, 194, 195, 196, 197, 198ff., 201f., 203, 205ff., 208, 209, 213, 214, 216, 217f., 219f., 221, 223, 224, 225, 227, 228ff., 231, 233, 234, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242f., 244, 245, 226, 247, 248f., 250, 251, 253, 254, 258, 259, 260, 261, 262, 263ff., 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 274f., 276, 277, 278, 279f., 281ff., 284, 286, 287, 288, 289f., 291, 292, 293, 295, 296, 297, 298ff., 301, 302, 303ff., 306f., 308, 310f., 312, 313f., 319, 320f., 322, 323, 324, 325, 327, 328, 329, 330, 332, 336, 337, 340ff., 344, 348f., 351, 352, 353f., 356, 357f., 360, 361, 363, 364ff., 367, 369, 370, 371, 372, 376, 377f., 380, 381, 382, 383ff., 389, 393, 395, 396, 400, 401, 406, 408, 410, 411, 412, 413, 416, 417, 419, 420, 423f., 425, 426, 433f., 436f., 438, 442f., 444, 448, 449, 450f., 452, 453, 454, 457, 458, 460, 463, 464, 465f., 467, 469, 472, 473, 474, 475f., 477, 479, 480, 483, 484 bis 486, 487, 488, 491, 492, 496, 497, 498ff., 503, 504, 505, 506, 507, 508, 514, 515, 518, 519, 520, 523, 525, 528, 530f., 534f., 537, 539, 541ff., 544, 548, 549, 553f., 556, 560f., 563, 565, 566, 570, 571, 572, 573f., 575ff., 580, 581, 583, 584, 586, 587, 588f., 590f., 592ff., 596, 597ff., 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607ff., 611, 613, 615, 616, 617, 620, 636, 638, 639, 641, 644, 651, 654, 656, 659f., 662, 663, 665, 668, 669, 671, 673, 674, 677, 678, 679, 680, 682, 683, 685, 686, 687, 688, 690, 691, 693, 694, 695, 696, 698, 700, 705, 706, 712, 713, 714, 716, 719, 720, 722f., 724, 726, 727, 729.
Engster 284.
Enniscorthy 290.
Enos 453.
Entdeckungen, Erfindungen und Erforschungen 94, 205, 361.
Entente cordiale 5, 11, 26, 29, 30, 32, 35, 55, 62, 67, 69, 73, 81, 83, 84, 85, 104, 105, 106, 113, 120, 128, 130, 139, 142, 161f., 165, 167, 169, 173, 176, 184, 188, 197, 199, 202, 203, 206, 213, 215, 217, 220, 233f., 237, 242, 246, 247, 262, 265, 271, 273, 278, 280, 288, 289, 292, 297f., 300f., 306, 308, 311, 315, 317, 318, 321, 322, 323, 325, 326, 330, 331, 332, 337, 338f., 341, 348, 351, 353, 367, 374, 375, 381, 387, 388, 389, 395, 396, 400, 405, 409, 410, 414, 416, 417, 419, 422, 427, 432, 437, 439, 442, 444, 452, 456, 458, 459, 460, 463, 468, 470, 472, 478, 481, 482, 485, 490, 493, 494, 499, 501, 504, 511, 515, 519, 524, 528, 529, 530, 531, 534f., 536, 538, 541, 545, 546, 556, 560, 564, 578, 581, 582, 584, 587, 588, 593, 594, 596, 597, 598, 601, 606, 608, 609, 613, 615, 617, 618, 625, 632, 635, 639, 641, 646, 649, 650, 658, 660, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 675, 677, 680, 681, 684, 685, 688, 690, 691, 692, 697, 703, 704, 705, 708, 709, 712, 713f., 715, 716, 717, 718, 721, 722, 723, 728.
Enver Pascha 224f., 265.
Enzykliken 89, 90f., 177.
Eperjes 667.
Epirus 8f., 16, 18, 107, 169, 280, 331.
Erasmus von Rotterdam 669.
Erbrecht 474.
Erdbeben 119, 128.
Erdölanlagen, Erdölgewinnung 222, 353.
Eregli 149.
Erker, Dechant 567.
Erlässe (vgl. Enzykliken, Manifeste usw.) 4, 8, 10, 17, 19f., 22, 31, 32f., 39, 43, 45, 47, 49, 51, 56, 57, 58, 65, 68, 75, 77, 78, 83, 90, 91, 100, 105f., 109, 110, 129, 134, 138, 145, 149, 169, 180, 188, 215, 222, 223, 233, 234, 266, 273, 280ff., 298, 313, 317, 331, 334ff., 355, 360, 364, 371, 391, 393f., 401f., 409, 418f., 421, 423, 432f., 435f., 440, 441, 454, 466, 479, 491, 492, 495, 503, 515, 524, 568, 569, 578, 587f., 596f., 620, 642f., 644f., 646, 647f., 653, 694, 704, 705, 707ff.
Erler, Abgeordneter 552.
Ernst August von Braunschweig, der Vater 93.
— — — Erbprinz 93.
— Günther von Schleswig-Holstein 1f.
Errington G. 248.
Erthal Franz Ludwig v. 670.
Ertl, Minister 432.
Erythräa 50, 170.
Erzberger 3, 94, 438, 439, 454, 621, 643, 645, 650, 676, 683, 700, 706f., 728.
Erzerum 275, 544.
Erzindjan 313.
Esher, Lord 157, 202.
Esperanto 100, 507.
Essad Pascha 6, 16, 59, 107, 273.
Essen 90, 604, 730.
Essex 156.
Essigny-le-Grand 602.
Este 422.
Esterhazy 423, 460.

Esthland 107, 495, 496, 517, 523 f., 526, 528, 532, 533, 552, 559, 562, 571, 606, 683, 697.
Etsch (Etschtal) 179, 305, 698.
Eucharistie und eucharistische Kongresse 103, 115.
Eucken Rud. 94, 506 f., 508.
Eugen, Erzherzog 84, 298, 309.
— Prinz 98, 361.
Euphrat 228.
Europa 1—107, 114, 116 bis 244, 257—355, 362 bis 506, 510—667, 670 bis 727.
„Evening Post" 154.
Exkommunikation 359.
Expressionismus 507, 668, 669, 727 f.

F.

Fabius, römischer Feldherr 205, 426.
Faguet 147.
Fahnen, Flaggen und Wappenfragen und -farben 52, 73, 135 ff., 147 f., 205, 226, 238, 245, 266, 284, 636, 657, 676, 690 f.
Faidutti, Dr. Msgr. 226, 374.
Fajti Hrib 421.
Falkenhayn 13 f., 63, 94, 124 f., 171, 318, 321.
Falkland-Inseln 80, 515.
Fao 70.
Farley, Kardinal 117 f.
Fassaner Alpen 331.
Fassatal 179.
Fatimehmoschee 69.
„Federation of Labour" 588.
Fehrenbach, Abgeordneter 438, 454, 571, 649, 675, 676, 688, 706.
Feldkirch 695.
Felix von Parma 723.
Feltre 491.
Feng Kua-chang 460.
Fenollosa Ernesto 111.
Feodosia 67.
Ferdinand I. von Österreich 98.
— König der Bulgaren 214 f., 261, 271 f., 280, 326, 343, 462, 562, 609, 620, 639.
— — von Rumänien 106, 525, 575, 588, 691, 723.
Ferrero, Generalleutnant 433.
Feste (Erinnerungs- und Gedenkfeste), Jubiläen 11, 15, 19, 83, 94, 95, 96, 98, 100, 107, 116, 143, 160, 203, 226, 248, 250, 297, 298, 360, 361, 469, 507, 508, 568, 573 f., 586, 595, 668, 669, 683, 685, 698, 728, 729.
Festubert 78.
Festungen und Befestigungen 5, 45, 47, 52, 53, 59, 60 f., 65, 70, 76, 80, 124, 132, 145, 149, 178, 182, 186, 195, 198, 204, 206, 208, 239, 241, 274, 300, 310, 329, 341, 391, 392, 458, 533, 542, 620, 687, 701.
Fez 127.
Fichte 675.
Fidschi-Inseln 228.
Fieri 273, 592.
„Figaro" 7.
Filipescu Jon 361.
Findlay 133.
Fink Jodok, Abg. 412, 633, 680, 695, 703, 417, 718.
Finnland 4, 45, 78, 107, 131, 172, 200, 204, 363, 393, 394, 420, 440, 450, 455, 475, 477, 483, 491, 496, 511, 515, 517, 520, 524, 526, 533, 534, 536, 555, 556, 559, 562, 565, 571, 594, 595, 598, 617, 618, 639, 666, 667, 697, 700, 705.
Firth of Forth 300.
Fischerei 135.
Fiume 251, 638, 656, 682, 715 f., 726.
Flämen (Flandern) 61, 124, 157, 174, 187, 205, 283, 286, 291, 357, 372, 399, 435, 441, 444, 452, 458, 467, 473, 477, 504, 507, 519, 520, 554, 566, 605, 618.
Flammarion 147.
Flaskamp 506, 669.
Fleimstal 179, 331.
Flirey 156.
Flitsch 467.
Florenz 161.
Florina 318, 329.
Flotow v. 82, 653.
Foch, Marschall 421, 485, 488, 530, 544, 564, 591, 599, 641 f., 643, 660, 685, 686, 698, 726.
Foerster Friedr. Wilh. 669 f., 729.
Fogaraser Gebirge 322.
Folgaria 170, 467.
Folkestone 332.
Fonseca 275.
Fontane Theodor 728.
Fontenoy 76.
Ford 276, 325.
Forges 280.
„Formidable", Schiff 126.
Forster, Minister 355, 432.
Foth 667.
Fourie 110, 149.
France Anatole 147.
„France", Schiff 26.
Franchet d'Esperey, General 578, 620, 640 f.
Francis 434.
Frank, General 79.
— Leonh. 728.
— Ludwig, Abgeordneter 53, 104.
Frankemölle Wenzel 96.
Franken 525.
Frankfurt am Main 94, 116, 458, 531.
Frankfurter Parlament 98.
Frankreich 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9 f., 11, 14, 15, 16 f., 18, 20, 25 ff., 28, 29, 31, 33, 34, 35 f., 38 f., 40, 41, 42 f., 44, 45, 46, 47, 48, 49, 52, 53, 54, 55, 57 f., 60, 61, 62, 64, 65, 66, 67, 68, 69 f., 71, 72 f., 77, 78, 80, 81, 82 f., 85 f., 89, 95, 98, 103, 104, 105, 107, 113, 115, 116, 117, 121, 123 ff., 126, 127, 128, 129, 130, 131, 133, 134, 135, 138, 139, 141, 142, 144, 146, 147, 148, 153, 156, 157, 158, 159, 161, 163, 167, 169, 170, 173, 174, 175, 177, 178, 179, 181, 184, 185, 187 f., 191, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 201, 205, 206, 208, 213, 214, 216 f., 218, 219, 220, 222 f., 224, 225, 227 ff., 230, 236, 238, 239, 240 f., 242, 243 f., 247, 248, 249, 250, 251 f., 253, 254, 255, 256, 260, 261 f., 263, 264 f., 270, 271, 272, 273, 274, 276, 280 f., 286, 287, 288, 289, 293, 296 f., 298, 300, 302, 303, 306, 207, 309 f., 313, 314, 319, 322, 323, 324, 325, 327, 328, 329, 330, 331, 336,

337, 340 f., 342, 346 f., 349, 353, 355, 356, 359 f., 363, 364, 365, 366, 369, 372, 376, 377, 381, 384, 395, 397, 399, 400, 401, 404, 406, 408, 410, 411, 412, 413, 414, 416, 417, 420, 421, 424, 425 ff., 435, 437, 439, 442, 443, 444, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 457, 458, 463, 464 f., 467, 469, 472, 475 f., 477, 479, 483, 484 f., 486 f., 488, 491, 496, 497, 501, 502, 504, 507, 508, 509, 511, 513, 514, 515, 517, 518, 519, 520, 525, 528, 530, 531, 540, 541, 542, 543, 544, 546, 547 ff., 551, 553, 554, 556, 560, 561, 564, 565, 566, 570 f., 572, 575, 577, 578, 580, 581, 583, 589, 590, 596, 606, 607, 608 f., 612, 615, 616, 620, 636, 638, 641, 642, 643, 651, 654, 658, 659, 660, 662, 663, 665, 666, 667, 670 ff., 673, 675, 677, 678, 679, 684, 685, 686, 687, 688, 690, 693, 695, 696, 698, 703, 705, 706, 713, 714, 716, 717, 723, 725, 726, 727, 728, 729.
Franktireurs 312, 319 f.
Franta 478.
Frantz Konstantin 729.
Franz Alb. 252.
— Ferdinand, Erzherzog 7, 18—25, 40, 63, 98, 355, 537, 538, 668, 693.
— Josef I., Kaiser 7, 21, 22, 32 f., 49, 68, 83, 84, 117, 127 f., 165, 178, 209 ff., 212, 228, 257, 265 f., 313, 331, 334, 343 f., 375, 461, 491, 506, 579.
— Salvator, Erzherzog 718.
Franzensbad 100.
Franziska, Prinzessin von Hohenlohe 492.
Franz-Josefs-Land 205.
Frauenfrage (Frauenwahlrecht) 97, 98, 99, 102, 112, 184, 189, 225, 394, 407, 503, 521, 567, 648, 664, 675, 676, 692, 723.
Freemantle, Admiral 4.
Freiburg im Breisgau 78, 124.
Freiburg in der Schweiz 547, 548.
Freimaurerei 58, 163, 250, 254, 255, 256, 258, 270, 509, 669.
„Fremdenblatt“ 33, 74, 177, 398, 408, 432, 439.
French, Lord 76, 157, 201, 228, 230, 242, 280, 290, 485.
Frey, Hauptmann 721.
Freycinet 220.
Friaul 387, 459 f., 491.
Friedensbewegungen (Friedensschlüsse und -konferenzen) 2, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 20, 24, 25, 26 f., 29, 31, 32 f., 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 48, 49, 51, 52, 55, 56 f., 58, 62, 63, 69, 74, 75, 76, 78, 82, 83, 85, 87, 88, 89, 90, 91, 99, 110, 112 f., 114, 117 ff., 120, 121, 122, 124, 128, 130, 131 f., 134, 139, 141, 143, 144, 150, 152 f., 154, 157, 160, 161, 162, 165, 167, 168 f., 176 f., 180, 181, 182 f., 184, 185 f., 187, 189, 191, 192, 193 f., 196 f., 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206 f., 210, 211, 212, 213, 214, 219, 221, 225, 227, 229, 230, 231, 234, 235, 236 ff., 239, 240 f., 242, 244, 245, 247, 250, 252, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 263, 266, 267, 268, 269, 271, 272, 273, 275, 277, 280, 282, 283, 285, 286, 287, 288, 293, 294, 295, 296 f., 300 ff., 301, 303, 307, 308, 314 f., 316, 321, 323, 324, 325, 327, 329, 330, 333, 336, 337, 338, 339, 341, 343—353, 355, 356, 358, 359, 362–371, 375 f., 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 388, 390, 391, 397, 398 ff., 403, 404, 405, 406 f., 408, 411, 412, 413 f., 415, 416 f., 418, 419, 420, 422, 423, 424 f., 426 f., 428 f., 430, 431, 432, 433, 434, 435 ff., 438, 439, 441, 442 f., 444, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 457, 460–464, 465, 467, 469 ff., 472, 473, 474, 475 f., 477, 478—482, 483 f., 486, 487, 488 f., 490, 491, 492 bis 495, 498 ff., 501, 502 f., 504 f., 506, 508, 510—514, 515, 516, 518 f., 520 f., 522—528, 529, 530, 531, 532–536, 537, 539, 540, 541, 542, 544, 545 ff., 551, 552 f., 554, 556, 557 f., 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 569, 570, 571, 572 f., 574, 575, 576, 577, 579, 583 ff., 586 ff., 591, 592, 593, 594, 595 f., 599, 600, 601, 604 f., 607, 608, 609, 610 ff., 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619 f., 621, 622 ff., 625 f., 627, 629 f., 631 f., 635 f., 637, 638, 639, 640, 641 ff., 644, 645 f., 647, 650, 652, 653, 655, 658 ff., 661, 662, 663, 665, 666, 667, 668, 669, 670 ff., 674, 675, 682, 683, 685 ff., 688 ff., 692 ff., 695, 696, 697, 698 ff., 701 ff., 704, 505 f., 707, 708, 709, 710, 711, 712 f., 714, 715, 716, 717, 718, 719 f., 722, 723, 724 ff., 727, 728, 729, 731.
Friedlaender Elfriede 704.
Friedland 100.
Friedrich III. 94.
— der Große 453 f.
— Erzherzog 82, 84, 169, 170, 298, 317, 353, 386, 413, 456.
— Karl von Hessen 639.
— Stephan 708 f., 710, 715, 718 f., 722.
— von Baden 648.
— Wilhelm, Kronprinz 47, 201, 501, 646, 647, 648, 663.
Friedrichshafen 71, 361.
Friedrichstadt 280.
Friesische Inseln (Friesland) 283, 592.
Fröbes 253.
Fronleichnamsfest 310.
Fryatt, Kapitän 312, 319 f., 366.
Führich Josef 98.
Funke Rud., Dr. 721.
Furlana 103.
Fusinato Guido 58.
Futurismus 728.

G.

Gabrinovic 19.
Galatz 244.
Galitzyn, Fürst 131, 371, 391, 574.
Galizien 46, 47, 52, 53, 59, 60, 63, 70, 78, 79, 99, 121, 123, 127, 132, 145, 170 f., 172, 174, 186, 187, 192, 195, 198, 204, 221 f., 241, 259, 298, 309, 330, 334 ff., 339, 342 f., 386, 414, 420, 421, 422, 428, 435, 441, 446, 450, 455, 464, 470, 505, 542, 556, 579, 657, 677, 721.
Gallieni 228, 242, 281.
Gallipoli 159, 181, 182, 199, 225, 228, 234, 264 f., 270, 299.
Gallwitz v. 232.
Galt, Frau 245.
Galway 290.
Garami 159, 407.
Garibaldi 50, 125, 147, 160, 201, 433.
Garusjewitsch 336.
Gase, giftige (Gebrauch giftiger Gase) 156 f., 206, 330, 591.
Gaspari, Kardinal 117, 152, 176, 201, 248, 346, 461.
Gatschina 479, 480, 574.
Gautsch 334.
Gaza 401, 492.
Gebsattel, Freiherr v. 637.
Geist, Heiliger 165, 256.
„Gelbbuch", französisches 82, 83, 85, 121, 725.
Gendree 574.
Genf und Genfer See 57, 58, 104, 108, 267, 682, 686, 688, 691, 697, 727.
Genoveva-Brunnen (Köln) 95.
Genua 104, 160.
Geographisches 179, 507, 522, 559, 584, 614, 678.
Georg V. von England 56, 243, 250, 259, 262, 288, 305, 443, 694, 706, 722.
— von Griechenland 435.
Georgi 355, 432.
Georgia 361.
Georgien 571, 574, 606, 618, 697.
Georgsorden 258.
Gerard 174, 456.
Gerichtswesen (Schiedsgerichte) 3, 14, 34, 58, 65, 85, 133, 134, 160, 175, 176, 185, 189, 190, 193, 241, 278, 299, 307, 337, 343, 402, 408, 418, 426, 433, 445, 447, 450, 461, 462, 466, 470, 477, 478, 487, 489, 499, 521, 538, 558, 574, 577, 583, 586, 596, 605, 610, 616, 626, 637, 639, 651, 663, 674, 681, 684, 686, 689, 692, 699, 702, 706, 718, 724.
Gerlich Fritz 730.
Germanen 10, 18, 34, 64, 104, 122, 131, 197, 270, 272, 308, 324, 338, 361, 416, 507, 539, 612, 637, 665, 666, 668.
„Germania" 50, 502.
Geschichtliches und Geschichtschreibung, Weltgeschichte 6, 8, 16, 19, 20, 21, 42, 56, 58, 63, 66, 83, 85, 91, 98, 109, 115, 116, 125, 135, 144, 152, 165, 167, 179, 183, 188, 193, 205, 207, 210, 211, 215, 216, 225, 226, 230, 241, 247, 250, 252, 258, 265, 272, 285, 287, 304, 310, 314, 315, 320, 323, 326, 327, 328, 337, 343 f., 345, 357, 359, 365, 367, 373, 381, 382, 385, 396, 404, 405 f., 413, 429, 431, 445, 446, 449, 457, 462, 465, 466, 477, 486, 490, 495, 498 f., 500, 502, 504, 507, 509, 514, 517, 521, 522, 525 f., 532, 534, 535, 537, 538, 542, 545, 559, 563, 564, 565, 567, 569, 571, 572, 574, 575, 584, 588, 594, 605, 610, 611, 615, 625, 626, 627, 629, 630, 633, 643, 644, 645, 650, 651, 655 f., 658, 667, 668, 670, 673, 674, 678, 679, 681, 690, 694, 695, 701, 713, 714, 715, 726, 729, 731.
Gesetzgebung 5, 9, 15, 17, 24, 55, 69, 73, 84, 93, 94, 100 ff., 103, 111, 112, 113, 122, 136, 139, 140 f., 143, 150, 154, 156, 163, 168, 174, 197, 204, 207, 220, 225, 231, 232, 246, 255, 258, 268, 278, 292, 299, 315, 328, 334, 338, 344, 352, 355, 357, 359, 361, 389, 392, 396, 407, 409, 423, 432, 435 f., 439, 441, 450, 452, 453, 461, 475, 480, 481, 483, 489, 492, 495, 498, 503, 515, 539, 540, 552, 554, 555, 558, 600, 604, 610, 615, 621, 628, 648, 649, 653, 654, 655, 656, 663, 664, 867, 672, 675, 676, 679, 680, 682, 683, 684, 685, 689, 692, 699, 707, 713, 718, 725.
Gewerkschaftliches (vgl. Arbeiter-Angelegenheiten) 54, 90 ff., 93, 154, 180, 193, 207 f., 237, 243, 423, 501, 518, 528, 604, 807, 688, 705, 708, 711.
Gewgheli 241.
Giacomo della Chiesa (siehe unter Benedikt XV.).
Gibbons, Kardinal 117 f., 202, 205.
Gibraltar 162, 260, 515.
Giers 160.
Giesberts 645.
Giesl 23.
Gilbertinsel 234.
Gildenburg 46.
Gimpl, Abgeordneter 695.
Giolitti 7, 58, 161.
Gisors 65.
Giulli-Boivovitsch de 564.
Givenchy 78, 123, 146.
Givet 38, 47.
Gjellerup K. 248, 668.
Gjukic 64.
Gladstone 69, 102, 248.
Glasgow 55.
„Glasgower Herald" 202.
„Gleucarse" 158.
„Globe" 321.
Gmelch Jos. 115.
„Gneisenau", Schiff 53.
Gnesen 93, 140.
Gobelins 480.
Godnew 393.
„Goeben", Schiff 45, 66, 68, 79.
Goering Reinh. 728.
Goethals 111.
Goethe 62, 98, 116, 706, 728.
„Goethes Briefwechsel mit einem Kinde" 252.
Goff John 278 f.
Gökel Alfred 356.
Goldfarb Max 426.
Goldmark Karl 253.
Goltz, von der 714.
Gomel 542.
Gompers Samuel 489, 577, 601, 604, 607.

Gonia 79.
Gonzales 112.
Gooß Roderich, Dr. 730.
Gore Ch. 98, 282.
Goremykin 5, 130, 191, 272, 391.
Gorey 290.
Görgey Artur v. 300.
Gorlice 79, 121, 145, 160, 170 ff., 198, 413, 534, 542.
Görres Josef und Görresgesellschaft 98, 482, 730.
— Sophie 98, 669.
Görz 163, 177, 186, 222, 226, 233, 242, 280, 289, 318, 340, 374, 387, 621, 459, 467, 468, 666.
Goschen 364.
Gotha 508.
Gothein 104.
Gotik 97, 728.
Gottschee 567.
Gough, General 100, 553.
Goyau G. 254.
Grabez 63.
Gracian Balthasar 116.
Gradiska 163, 177, 226, 374, 459.
Gradnauer 302.
Grado 592.
Grafenauer 445.
Grahovo 19.
Gral, heiliger 255.
Grant, Präsident 113.
Grant-Watson 82.
Graslitz 544.
Grauert 253, 506.
Gravelotte 123.
Graz 636, 696.
Graziani 327.
Grazidei 305.
Great 274.
Green J. R. 357.
Greenwich 156.
Greifswald 253.
Greindl, Baron 62 f., 194.
Grenard 608.
Grenoble 2.
„Grenzbote“ 9.
Greulich, Abgeordneter 236.
Grey Edward 2, 8, 11, 15, 18, 27, 28 f., 34, 36, 39 f., 47 ff., 57, 131, 133, 137, 144, 152, 159, 173, 175, 192, 195, 196, 198, 218, 219, 220, 228, 251, 260, 267, 278, 279 f., 296, 303, 312, 329 f., 336, 337, 339, 357, 360, 364, 405, 465, 499, 576, 608, 714, 719.
Griechenland 5, 8, 9, 16, 18, 50, 106 f., 149, 151, 159, 169, 184, 191, 195, 203, 213, 216 ff., 219, 220, 229, 230, 233 f., 237, 239, 241 f., 251, 261 f., 273, 280, 289, 297 f., 306, 322, 324, 326, 331, 338, 339, 348, 352, 353, 360, 363, 364, 367, 372, 379, 421, 435, 437, 443, 451, 463, 465 f., 474, 477, 594, 600, 616, 620, 665, 671, 682, 690, 695, 697, 723, 728.
Griechische Kirche 63, 99, 639.
Grimm, Nationalrat 427.
Grimmelshausen 116.
Grimsby 181, 469.
Grisar 729.
Gröber 621, 721.
Grödener 508.
Grodno 133, 145, 542.
Groeber 645.
Gronsky, Abgeordneter 392.
Gros, Dr. 373.
Grosch 544.
Groß, Abgeordneter 412.
Größlbauer, Abgeordneter 695.
„Großmacht Presse“ von Jos. Eberle 115.
Grotius H. 98.
Gruber H. 256.
„Grünberger Handschrift“ 509.
„Grünbuch“, italienisches 177.
Grundbesitz, Grundrecht u. Bodenreform (vgl. auch Eigentumsrecht) 86, 94, 223, 226, 241, 419, 422, 441, 479, 481, 496, 516, 517, 540, 558, 559, 569, 641, 664, 667, 673, 723.
Grünewald Matthias 728.
Grybow 79.
Gspann J. 97, 669.
Guatemala 409, 555, 671, 695.
Guernsey 103.
„Guerre Sociale“ 134.
Guesde 57, 65, 134, 220.
Gueudecourt 340.
Guildhall 184, 230, 338, 365, 411, 485.
Guillaumat, General 578.
Guinea 274.
Guiscard 543.
Gumbinnen 121, 198.
Gunaris 151, 203, 217.
Gurkhas 55.
Gurko 131.
Gutberlet 729.
Gutierrez 112.
Gutschkow 393, 456.
Guttmann 267.
Gwinner 267.

H.

H. Fr. X. 97.
Haag 14, 16, 58, 96, 130, 156, 194, 237, 248, 301, 351, 369, 384, 420, 450, 476, 477, 599, 614, 724.
Haase, Abgeordneter 41 f., 81, 104, 143, 159, 258, 277, 286, 302 f., 323 f., 329, 352, 426, 439, 472, 530, 631, 648, 661, 662, 721.
Habsburg, Dynastie 13, 20, 47, 56, 98, 166, 211, 226, 250, 265 f., 284, 342, 343 f., 374 f., 387, 430, 614, 657, 669, 680, 684, 701, 710, 711, 712, 718, 722, 730.
Hadina Emil 94.
Haeckel Ernst 96, 252, 707.
Häfen und Häfenbau 4, 9, 17, 45, 101, 148, 158, 181, 208, 209, 222, 224, 259, 274, 283, 309, 311, 330, 332, 372, 378, 384, 450, 451, 477, 533, 540, 554, 595, 600, 606, 639, 712.
Hagenhofer 655.
Hahn Hermann 116.
Haidar 563.
Haig, General 242, 530.
Haimo von Halberstadt 509.
Haiti 234, 435, 588, 671, 695.
Haldane 76, 126, 152 f., 184, 196.
Halil Bey 148 f., 224, 288, 354.
Haller K. L. v. 98, 670.
— Michael 253.
Hamadan 401.
Hamburg 93, 116, 252, 382, 647, 672.
Hamburg-Amerika-Linie 9.
Hamel 590.
Hamerling Robert 250, 251.
Hami (siehe unter Waltz).
Hamilton, General 225, 265.
Hammader 99.
Hammarskjöld 191, 266.

Handel, Industrie, Gewerbe und Verkehr 2, 5, 9, 17, 39, 43, 44, 54, 55, 61, 65, 68, 76f., 78, 82, 94, 97, 108, 112, 113, 114, 115, 122, 126, 129, 135ff., 139, 141, 142, 144, 148, 150, 158, 161, 183, 186, 187, 189f., 195, 196, 197, 200, 207, 209, 215, 221, 227, 233, 234, 237, 244, 245, 246, 249, 259, 263f., 269, 271, 274, 276, 281ff., 286, 290f., 293—296, 299, 302, 308, 309, 311f., 313, 315, 319, 320f., 324, 327, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 341f., 354, 358, 360, 366, 372, 376, 377, 378, 379f., 381, 384, 385, 386, 389, 390, 391, 396, 401, 404, 410, 420, 421, 426, 427, 431, 436, 443, 456, 468, 474, 479, 483, 484, 485, 486, 488, 489, 490, 492, 495, 497, 505, 506, 513, 514, 520, 522, 535, 536, 557f., 559, 563, 574, 576, 579, 591, 593, 594, 595, 597, 599, 603, 604, 606, 607, 618, 636, 644, 648, 671, 674, 678, 680, 686, 687, 695, 699, 706, 710, 714, 715, 718, 719, 723, 724.
Handel Erasmus, Freiherr von 266, 321, 355, 373, 432.
— -Mazzetti 248, 252.
Hangoe 45, 556.
Hankau 391.
Hannover 95, 252, 647.
Hanotaux 248.
Hansabund (Hansastädte) 144, 466.
Hansen, Pastor 508f.
Hansjakob 361.
Hanusch 520.
Harden Maximilian 145.
Hardinge, Lord 149.
Harmsworth 706f.
Harnack Adolf 95, 508.
Harrington 728.
Harrysmith 109.
Hartennes 580.
Hartlepool 80, 126, 300.
Hartmann, Erzbischof 88, 237.
— J. 95.
— Ludw. 419, 655, 707.
— von der Lahn-Hochbrunn 253.
Hartmannsweilerkopf 123, 146, 156, 242, 580.
Hartwig v. 23, 105.
Harwich 156, 181, 202.
Hasenclever Walter 727.
Hashagen, Professor 252.
Haslach 361.
Haßmann 361.
Haubrich 708.
Hauck Alb. 729.
Haucourt 289.
Hauptmann Gerhart 58, 95, 668.
Haus Anton 386.
Hausen 47, 52.
Hauser Joh., Abgeordneter 459, 532, 552, 627, 636, 653, 655, 680, 695, 696, 703, 707, 710, 717.
Haußmann 646, 675.
Havanna 408.
Havre 65, 144, 283, 496.
Havrincourt 602.
Hawelock 501.
„Hawke", Schiff 61.
Hazebrouk 61.
Hedschas 643, 695.
Hedschra 275.
Heidingsfelder 506.
Heiligengeist 467.
Heiliger Krieg (Dschihad) 68f., 107, 110, 127, 138, 332, 697.
Heiliges römisches Reich deutscher Nation 179, 525, 730.
Heilkunde (Medizin) und Ärzte 127, 133, 311, 507, 668, 723.
Heine Heinrich 668, 670.
Heinrich, Prinz von Preußen 663, 706.
Heinrichs R. 509.
Heinzenland (Heanzen, siehe unter Burgenland).
„Heldenmädchen von Loos" 319f.
Helfferich 121, 141f., 143, 197, 207, 232, 239, 276, 297, 302f., 370, 380, 410, 454, 482f., 582, 707, 720.
Helgoland 47, 126, 251, 311, 328, 642, 687.
Heliand 509.
Hellenentum 217.
Hellmann Oskar 669.
Helmolt 507.
Heloten 317.
Helsingfors 172, 440, 467, 475, 524, 556.
Henderson Artur 39, 74f., 189, 276, 301, 349, 365, 450, 451, 501, 531, 711, 727.
Henedy 112.
Henning M. 115.
Henry, General 641.
Hensel Luise 670.
Hensley 295f.
Herbert Viktor 278.
Herder B. (Verlag) 98.
Hereford 47.
Herkomer Hubert 103.
Hermannstadt 73, 322.
„Hermes", Schiff 61.
Herold, Abgeordneter 371.
Herter 95.
Hertling, Reichskanzler 72, 92, 93, 205, 482, 483f., 502, 514, 526, 528, 530, 534, 536, 538, 552, 572, 587, 592, 595, 604, 615f., 620f., 672, 730.
— der Jüngere 730.
Hertzog 109, 149.
Hervé Gustav 125, 134, 360.
Herzegowina 31, 233, 234, 251, 260, 284f., 401, 459, 474, 625, 630, 656.
Herzfeld 277.
Hessen (und Prinz von Hessen) 648, 667.
Heydebrand, Abgeordneter 130, 140f., 259, 371.
Heyse Paul 94, 116.
Hildegard, Heilige 115.
Hildesheim 509.
Hilimli 149.
Hindenburg 46, 52, 73, 133, 146, 195, 200, 204, 233, 248, 251, 318, 321, 338, 345, 353, 361, 370, 377, 400, 410, 444f., 452f., 469, 474, 504, 508, 534, 541, 561, 564, 592, 603f., 613, 642f., 644, 649, 676, 679, 689, 694, 698, 706, 707, 720.
Hintze v. 587, 593, 605, 617, 618, 620.
Hipp Otto 356.
Hirsch, Abgeordneter 130, 141, 371.
— Baronin 103.
— Ministerpräsident 679.
Hirtenbriefe, Breven (vgl. auch Enzykliken) 87, 253, 279, 524, 672f.
„Historisch-politische Blätter" 91, 95—99, 248 bis 250, 355-359, 506, 669f., 729f.

„Hlas“ 55 f.
Hock Paul, Freiherr v. 652.
Hodge 349.
Hodler 57.
Hoeber K. 359.
Hoek van Holland 53.
Hoen v. 402.
Höfer v., Minister 432, 521.
Hoffmann, Bundesrat 237, 301, 427, 683.
— General 511, 512.
Hofmann Josef 95.
— v. Wellenhof 655.
Hofmannsthal 103.
„Hogue“, Schiff 53.
Hohenlohe, Prinz (Statthalter und Minister) 10, 266, 321, 354, 386, 482.
Hohenzollern, Dynastie 226, 317, 416, 460, 500, 603.
Hollebecke 61.
Holt Frank 246, 530 f.
Holtzendorff 595.
Holubowitsch 511.
Homann, Minister 432.
Homburg 251, 525.
Homer 205, 280, 509.
Homerule 36, 37, 84, 100 ff., 173, 296, 357, 539, 554.
Homonna 71, 155.
Homs 320.
Honduras 420 f., 588, 671, 695.
Hongkong 515.
Hönn K. 255.
Hoofden 372.
Hopmann A. W. 729.
Horaz 509.
Horns Riff 303.
Horthy, Vizeadmiral 709, 722.
Hosenbandorden 200, 349.
Hoß, Vizebürgermeister von Wien 664, 691.
House, Oberst 267, 488, 686.
Howard, Sir Henry 89 f., 119, 248.
Hraban 509.
Hrabaten (siehe Kroaten).
Hradschin (Prag) 665.
Hruban 342.
Hsuan-Tung 443.
Hubrich, Abgeordneter 286.
Hübschmann 342.
Huck 322.
Hudsonriver 176.
Hueber, Abgeordneter 419.
Huerta 112, 249, 250.
Hüffer Hermann 98.
Hughes (Amerikaner) 307, 308, 329, 341.
— Minister 281.
Hugo Viktor 103.
Hull 283, 469.
Humber 202, 274, 283, 592.
„Humanité“ 86, 123.
Hume Kate 85.
Hungersnöte 314, 357 f., 370.
Hunnen 143, 251, 324, 382, 604.
Huppart 175.
Huß Joh. und Hussiten 666, 669.
Hussarek, Ritter v. Heinlein 355, 432, 589, 610, 625 f., 629 f., 635.
Hussein Kemal 67, 86, 108, 109, 159.
Huszar Karl 722, 725 f.
Hutuchtu 110.
Huysmans Camill 276, 464.
Huzulen 387.
Hymnen und Nationalgesänge 116, 270, 613.

J.

Jablonicapaß 132.
Jäckh Ernst 668.
Jagow v. 3, 14, 28, 61 f., 152, 196, 218, 267, 327 f., 338, 538.
Jaime, Don 104.
Jakobstadt 233, 280, 466, 542.
Jalta 563.
Jaluit 61.
Januschkewitsch 457, 540.
Japan 13, 14, 46, 48, 53, 55, 61, 65, 72, 80, 81, 86, 110 f., 114, 117, 125, 126, 129, 138, 147, 149 f., 159, 175, 191, 205, 224, 227, 231, 236, 240, 242, 246, 288, 292, 300, 308 f., 315, 351, 389, 395, 397, 410, 450, 489 f., 504, 520, 531, 538 f., 555 f., 565, 574, 576, 577, 583, 596, 597, 601, 606, 609, 617, 636, 640, 665, 671, 673, 682, 687, 690, 692, 695, 705, 706, 712, 713, 720, 724.
Jarcke K. E. 98.
Jaroslau 172.
Jaslo 79, 171.
Jassy 339, 575.
Jaszy, Professor 490.
Jaunde 264.
Jaurès Jean 36, 104, 450, 668.
Ibrahim Hakki Pascha 493.
Id 79.
„Idea Nazionale“ 593.
„Jean Bart“, Schiff 80, 201.
Jednorozek 145.
Jekaterinoslaw (Jekaterinburg) 480, 481, 556, 563, 581 f.
Jellicoe 304, 311, 372, 504.
Jemen 643.
Jena 6, 237.
Jentsch K. 507.
Jericho 566.
Jerusalem 98, 500, 501, 503, 505.
Jesuiten 96, 98 f., 116, 143, 221, 249, 359, 409.
Jesus Christus (vgl. auch Christentum) 90, 96, 103, 107, 118, 119, 186, 250, 254, 256, 449, 509, 669.
Jingos 182.
„Ikdam“ 32.
Ikwa 204.
Ilic 63.
Illinois 112.
„Illustrierte Zeitung“ 4, 94, 95, 99, 100, 103, 104, 107, 116, 245, 247 f., 251, 252, 507 f., 667, 668 f., 727, 728.
Imbros 5, 149, 262, 453.
Immelmann 306.
Imperialismus 41, 76, 86, 127, 224, 243, 247, 251, 256, 267, 275, 302, 314, 355, 394, 418, 419, 424, 443, 451, 452, 457, 464, 476, 477, 482, 485, 490, 500, 514, 519, 524, 528, 531, 569, 573, 575, 577, 579, 582, 583, 593, 596, 604, 616, 641, 644, 662, 666, 672, 678, 685, 688, 696, 705, 715, 717, 721, 727.
Impressionismus 727.
Index 93.
Indianer 629.
Indianopolis 129.
Indien 37, 40, 56, 67, 69, 108, 123, 125, 127, 138, 149, 152, 156, 173, 219, 221, 224, 228, 234, 238, 243, 283, 287, 288, 314, 364, 370, 376, 400, 411, 425, 441, 442, 458, 528, 531, 554, 555, 584, 671, 690.
Indischer Ozean 71, 224 532.
Indochina 125.
„Indy Vincent, d'“ 147.

Innsbruck 179, 373, 532, 636, 656, 696.
Inowlodz 79, 145, 155.
Integralismus 91, 92, 116.
Internationalistisches 3, 8, 14, 16, 25, 28, 37, 38, 42, 43, 54, 55, 57, 58, 59, 76, 83 f., 104, 105, 128, 129, 134, 136, 137, 151, 160, 168, 175, 176, 177, 181, 183, 185, 191, 193 f., 197, 225, 230, 231, 236, 250, 256, 258, 262, 266, 267, 276, 284, 288, 301, 302, 305, 307, 323, 325, 329, 330, 337, 347, 349, 359, 366, 367, 394, 396, 398, 399, 404, 405, 407, 408, 415, 418, 419, 420, 423, 424, 425, 426, 427, 434, 436, 439, 441, 443, 448, 450, 451, 452, 453, 461, 463, 465, 466, 470, 473, 474, 476, 477, 478, 486, 507, 508, 509, 513, 514, 519, 521, 528, 529, 531, 538, 545, 552, 555, 558, 569, 577, 586, 588, 597, 600, 602, 605, 607, 619, 621, 625, 626, 632, 637, 645, 651, 652, 654, 662, 667, 674, 678, 679, 681 f., 683, 684, 685, 686, 687, 688, 695, 702, 706, 708, 709, 711, 712, 716, 718, 719, 720, 724, 727.
Inthal 669.
Invalidenfürsorge 107, 116 bis 119, 133, 637, 685.
Joffe 493, 495, 537.
Joffre 11, 49, 58, 65, 78, 125, 170, 178, 201, 205, 222 f., 228, 242, 251, 274, 280 f., 288, 307, 353.
Johann der Evangelist, hl. 255.
— der Täufer, hl. 508.
— von Nepomuk, hl. 115.
Johannesburg (Preußen) 542.
— (Südafrika) 109, 364.
Jonien und Jonisches Meer 157, 217.
Jonnart 435.
Jordan 556, 566.
Jörg 729.
Josef II. 13, 360.
— Erzherzog 638, 657, 708 f., 710.
„Josefslegende“ von Hofmannsthal 103.
Josephu 361.
„Journal des Débats“ 104.
Jowanowic 63, 233.
Jowett 131, 144.
Ipek 241.
Ipswich 156, 223.
Irak 243, 265, 284, 483.
„Irish Freedom“ 76.
„Irish Volunteer“ 76.
Irkutsk 578, 617.
Irland 36, 37, 56, 61, 75 f., 84 f., 100—102, 126, 133 f., 135, 139, 152, 173, 174, 191, 248, 249, 263, 278 f., 287, 288, 290, 296, 299 f., 314, 356 ff., 363, 376, 411, 425, 442, 477, 507, 519, 528, 538, 539, 554, 564, 584, 610, 616, 671, 674, 694.
Irredentismus 15, 32, 48, 163, 179, 270, 579.
Isenheim 728.
Islam (Mohammedanismus) 3, 5, 16, 18, 44, 66 f., 68 f., 77, 80, 107, 108, 138, 159, 224 f., 232, 313, 320, 453, 518, 581, 697.
Island 105, 288.
Ismid 453.
Isonzo 177, 186, 205, 222, 233, 242, 273, 280, 298, 305, 309, 318, 327, 331, 340, 372, 385, 414, 421, 435, 437, 446, 458, 459 f., 467 ff., 470, 471, 476, 483, 491, 492, 543, 566.
Isopescul Grecul, Dr. 633.
Ispahan 332.
Istrien 162, 251, 254, 270, 292, 459, 666.
Iswolski 425.
„Italia Irredenta“ 450.
Italien 2, 9, 10, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 29, 32, 34, 43, 48, 49 f., 58, 59, 65, 72, 77 f., 82, 86, 87, 99, 103 f., 107, 119, 120, 121, 125, 128, 139, 147, 150, 170—170, 175 f., 177 f., 179, 184, 186 f., 188, 199, 201, 203, 205, 214, 216, 218, 219, 220, 222, 224, 228, 231, 233, 334, 235, 236, 239 f., 241, 242, 250, 251, 254, 255, 258, 260, 261, 262, 263, 270 f., 273 f., 277 f., 284, 287 f., 289, 298, 300, 305 f., 309, 313, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 327, 329, 330, 331, 336, 340, 344, 345, 347 f., 349, 351, 356, 359, 363, 366, 374, 376, 377, 378, 387, 396, 399 f., 401, 405, 406, 410, 412, 419, 421, 424, 432 f., 435, 437, 444, 448, 449, 450, 451, 452, 457, 458, 459 f., 463, 464, 465, 467 ff., 474, 475, 476, 477, 478, 480, 484, 485, 486 ff., 490 f., 497, 498, 500, 501, 504, 513, 518, 519, 520, 528, 530, 531, 532, 541, 543, 551, 553, 556, 560, 561, 566, 568, 573, 575, 576, 577, 579, 580, 581, 589, 591 f., 600, 603, 610, 613, 615, 616, 620, 626, 628, 636, 638, 640, 641, 644, 646, 655, 656, 659, 663, 664, 665, 666, 670, 671, 672, 673, 676, 678, 680, 682, 690, 691, 695, 696, 697, 698, 701, 702 f., 710, 712, 713, 715 f., 719, 721, 723, 725, 726, 727.
Jugendbewegung 92.
Jugoslawien (SHS) (vgl. Serbien u. Slawismus) 394, 422, 564, 566 f., 570, 576, 579, 600, 629, 635, 655, 656, 663, 666 f., 671, 673, 678, 690, 695, 696, 702, 710, 711, 712, 113, 720, 724, 726, 727.
Jungtschechen 478.
Jungtürken 69, 85, 288, 338.
Junker Joh. 677.
Juristen 96, 104.
Ivcevic 265 f.
Iwan der Schreckliche, Zar 594, 718.
Iwangorod 59, 60, 195, 198.

K.

Kaempf, Präsident 81, 141, 167, 231 f., 257, 304, 322 f., 380, 415 f., 462, 571.
Kailer v. 386.
Kaindl Anton 95.
Kairo 108.
Kaiser Georg 728.
Kaiser-Wilhelm-Kanal 18.
„Kaiserin Elisabeth“, Schiff 72.
Kakad 71.
Kaledin 456, 480, 495, 525.
Kalender, Gregorianischer 275, 285.

Kalifornien 150, 159.
Kalina, Abgeordneter 430.
Kalisch 45, 70.
Kalmücken 107, 125, 170.
Kaltenborn v. 353.
Kalwarja 156.
Kambana 105, 106.
Kamenew 493.
Kamenica 71.
Kamerun 53, 72, 159, 234, 264, 274, 687.
Kamtschatkaner 125.
Kanada 112, 147, 154, 156, 174, 223, 228, 263, 286, 332, 400, 571, 576, 665, 690.
Kanal La Manche 61, 103, 135, 141, 258, 283, 290, 311, 312, 332, 385, 553.
Kanäle und Kanalbau 9, 18, 111, 112, 123, 156, 221, 251, 275, 325, 360, 385, 420, 426, 554, 687, 692, 712, 728.
Kansas 268.
Kant 62, 670.
Kantara 127.
Kapitol (Rom) 287.
Kaplan Dorge 598.
Kapp, Dr. 508.
Kappadokien 4.
Kapstadt 149, 202.
Kapverdische Inseln 520.
Kara Burnu 262.
Karakilissa 70.
Karelier 107.
Karfreit 170, 177, 468.
Karfreitag 544.
Karl Anton von Hohenzollern 98.
— der Große 94, 359, 715.
— I. von England 360.
— Erzherzog 491.
— I., Kaiser von Österreich 82, 132, 184, 228, 257, 266, 322, 343 ff., 364, 370, 371, 373 ff., 385 f., 398, 401 f., 406, 412 f., 413, 414, 417, 421 f., 428 f., 439, 445, 454, 458, 461, 464, 467, 468 f., 471, 477, 482, 491, 492, 519, 521, 544, 545, 548 ff., 560 ff., 566 f., 575, 588 f., 592, 601, 609, 627 ff., 636, 637, 638, 653, 657, 680, 691, 701.
— Kronprinz von Rumänien 618.
— Michael, Herzog von Mecklenburg-Strelitz 45.
— Prinz von Preußen 92.
Karl Stephan, Erzherzog 421.
— von Rumänien (König) 16, 78, 106, 317, 322.
Karlisten in Spanien 104.
Karlsbad 211, 544.
Karlsruhe 181, 297, 306, 310.
Kärnten 170, 177, 186, 201, 273, 298, 353, 468, 566, 655, 690, 691, 695, 717.
Karolina, Nord- 293.
Karolinen (Inseln) 61, 111.
Karolyi, Julius 691.
— Michael 375 f., 635, 638, 640 f., 656, 657, 667, 673, 677, 680.
Karpathen 53, 59, 70, 71, 79, 121, 123, 132, 133, 145, 155, 171, 172, 221, 322, 325, 339, 557, 666.
Karput 453.
Kars 556, 574.
Karst 62, 205, 231, 259, 327, 331, 353, 467.
Karthago 358.
Karthwelier 107.
Kasan 69, 392, 480, 518, 525, 640.
Kaspisches Meer 563, 617.
Kasri Schirin 307.
Kassel 252, 649.
Kasuisten 361.
Katholizismus 19, 50 f., 53, 65, 69, 87 ff., 90 ff., 96, 97 f., 99, 102, 103, 115, 116, 118, 152, 168 f., 193, 212, 235, 248, 250, 252, 253 f., 255 f., 272, 299, 301, 328, 342, 355, 358, 361, 371, 374, 409, 412, 426, 482, 506, 507, 509, 557, 569, 595, 599, 639, 654, 660, 664, 668, 669, 670, 675, 685, 719, 723, 726, 727, 729, 730, 731.
Katholischer Volksbund (Österreich) 588.
Kato, Admiral 110, 111, 300, 555.
Katschthaler, Kardinal 99.
Kattner, Hofrat 45.
Kaukasus 69, 70, 79, 107, 124, 127, 138, 187, 199, 203, 204 f., 228, 265, 300, 307, 313, 437, 518, 539, 556, 562 f., 571 f., 574, 606, 617, 618, 691, 697.
Kautsky Karl 98, 426, 674.
Kavalla (Kawalla) 203, 326, 339.
Keda 79.
Keir Hardie 39.
Kemal Eddin Pascha 108.
Kemmel 566, 602.
Kemmelberg 556.
Kemp 110, 127, 139.
Kempf J. K. 97.
Kephalonia 289.
Keppler P. W. v. 98, 99.
Kerenskij 392, 393, 394, 440, 441, 451, 455, 456, 466 f., 474, 475, 478 ff., 516, 542, 574, 577.
Kernstock Ottokar 668.
Kerowic Mitar 63.
— Nedo 63.
Kerr Mark 106.
Kesser Hermann 728.
Keßler, Graf 103.
Ketteler 252.
Kettner 364.
Khuen-Hedervary 14, 375.
Kiautschou 46, 53, 61, 81, 111, 126, 138, 687.
Kiel 18, 251, 325, 647, 687.
Kielce 45, 52.
Kiew 116, 440, 480, 481, 496, 524 f., 536, 542, 553, 558, 560, 582, 596, 613, 691.
Kikinda 19.
Killarney 290.
Kimpolung 132.
Kinematographie 93, 395, 667.
„King Stephen“, Schiff 274, 364.
Kingston 181.
Kinsale 174.
Kipling Rudgard 100.
Kirchengeschichte 359.
Kirchenmusik 115, 253.
Kirchenstaat 87, 221, 359.
Kirchner, Professor 73.
Kirgisen 107, 170, 518.
Kiri-Brücke 179.
Kirlibaba 121.
Kischenew 496.
Kißling J. 98, 116, 359, 669, 670.
Kitchener, Lord 15, 48, 76, 158, 173, 184, 202, 206, 222, 223, 229, 234, 270, 278, 299, 307.
Kiyoura 110.
Kladova 317.
Klagenfurt 636, 704.
Klassiker 94.
Klausewitz 141 f.
Kleeberg L. 729.
Klein Alb. 668.
Kleinasien 4, 15, 240, 323, 407, 453, 483, 488, 501, 518.

Kleutgen 669.
Klimentow 59.
Klimke 253.
Klimt Gustav 667 f.
Klofac 445, 589,
Klopp Onno 96.
Klöster (vgl. Orden, geistliche) 240, 407, 481, 509, 673.
Klotz 686.
Kluck v. 46, 47, 52, 331.
Knackfuß 251.
Knazevac 216, 232.
Knox 706, 724.
Knudsen 616.
Koblenz 251, 642, 729.
Koburg, Haus 443.
Koerber Ernest v. 139 f., 228, 334, 344, 353, 355.
Kofler, Abgeordneter 552.
Kohler 253.
Köhler 211 f.
Kokosinseln 71.
Kokoschka Oskar 727 f.
Kokowzew 5.
Kolastaat 617.
Kolberg 676, 679.
Kolisko, Lex 579.
Kolki 305.
Köln 88, 89, 90 ff., 95, 115, 251, 284, 360, 642, 647.
„Kölner Zeitung" 6, 21, 31, 593.
Kolno 133, 145.
Kolo 70.
Kolomea 132, 306, 444.
Kolonialfragen 8, 15, 37, 44, 45, 46, 48, 53, 55, 61, 66, 72, 80, 109 f., 127, 131, 138, 139, 140 f., 143, 144, 173, 190, 197, 202 f., 218, 238, 243, 252, 264, 274 f., 280, 281, 284, 300, 323, 324, 329, 337, 355, 364, 372, 419, 420, 425, 426, 434, 449, 450, 451, 470, 473 f., 477, 493, 494, 505 f., 513, 515, 518, 528, 559, 572, 573, 584, 593, 594, 603, 612, 618, 621, 641, 648, 668, 671, 674, 681, 687, 693, 698, 701, 711, 716, 717, 724, 726.
Koltschak 684, 697, 722 f.
Koltschew 574.
Kolubara 71.
Kolumbia 613.
Kolumbien 111.
Kolumbus 104.
Kolyvane, siehe unter Reval.
Komarow 46.
Kommunismus (vgl. Bolschewismus) 478—482, 516, 517, 518, 522 bis 526, 559, 649, 662, 672, 676, 677, 678, 680 f., 689, 694, 695 ff., 699, 703 f., 708 ff., 711, 717, 718, 719, 726, 727, 729, 730.
Kondurioti 106.
Konferenzen, Kongresse und Tagungen 1, 8, 12, 14, 16, 22, 34, 36, 37, 43, 83, 91 f., 98, 100, 102, 104, 112, 128, 130, 134, 142, 144, 150 f., 153, 154, 159 f., 161, 175, 176, 183, 185, 189, 191, 192, 193 f., 196, 197, 203, 207, 225, 226, 233, 237, 240, 241, 242, 243, 247, 258, 263, 266, 267, 271, 273 f., 276, 278 f., 280, 295, 296, 301, 303, 305, 309, 310, 315, 316, 323 f., 325, 328, 330, 336, 339, 341, 347, 348, 350, 351, 352, 356, 364, 365, 374, 382, 389, 395, 398, 400, 407 f., 411, 415, 417, 419, 420, 422, 423, 425—427, 433, 436, 440, 441, 443, 450 ff., 455, 456, 457, 459, 464, 466 f., 472 ff., 476, 477, 478, 479, 486, 489, 490, 493—495, 501, 502, 505, 507, 510—514, 515 ff., 518, 528, 530, 531, 537, 538, 555, 557, 558, 564, 571, 576, 577, 579, 586, 593, 599, 604, 607, 612, 618, 620, 634, 637, 641, 649 f., 651 f., 658, 660 f., 662, 666, 670 ff., 673, 674, 676, 678, 682, 683, 684 ff., 688 ff., 692, 695, 696, 697, 701 f., 703 f., 710, 711, 714, 715, 718, 721, 724, 727, 730,
Konfuzius 110.
Kongo 300, 506, 594.
Konien 70.
König, Kapitän 311, 354.
„König von Judäa" von Großfürst Konstantin 107.
Königinhofer Handschrift 509, 422.
Königsberg 251.
„Königsberg", Schiff 190.
Konkordat 88, 255.
Konopischt 18, 538.
Konowalow 393.
Konsistorien (Konzile) 87 f., 96, 118 f., 168, 177, 235, 496.
Konstantin der Große 88.
— Großfürst 107.
— König von Griechenland 151, 262, 331, 360, 435.
Konstantinopel 8, 12, 13, 48, 66, 67, 69, 71, 85, 108, 130, 131, 159, 175, 215, 237, 238, 242, 244, 251, 264, 284, 288, 291, 323, 328, 337, 341, 349, 352, 354, 363, 385, 394, 400, 405, 450, 451, 453, 476, 562, 599, 600, 613, 643, 651, 714, 726.
Konstantza 535.
Konversion 92, 98, 115, 116, 253, 507.
Konzerthaus in Wien 211.
Kopenhagen 36, 55, 61, 76, 128, 136, 276, 663.
Kopp, Kardinal 90 f., 92.
Köpriköi 70.
Kopta Wenzel 245.
Koran 69.
Korca 578.
Korea 425, 712.
Korff v. 70.
Korfu 7, 9, 16, 260, 262, 273, 289, 326, 331.
Korintherbrief, erster 509.
Kornilow 455, 458, 466, 495.
Korosec 374, 430.
Korvin-Klein Otto 726.
Korzeniecki 98.
Kosaken 65, 121, 456, 480, 518, 558, 617, 727.
Kosch W. 98, 99, 252, 253.
Kosciusko 122.
Kosjerici 71.
Koslu 149.
Kossowo 19, 107.
Kossuth Ludwig 100, 250.
Kotur 70.
Köveß v., General 216, 232.
Kowno 179, 195, 198.
Kraehling 669.
Kraft, Abgeordneter 552.
Kragujevac 30, 232.
Krain 233, 374, 567, 717.
Krakau 70, 79, 132, 174, 251, 335, 342, 421.
Kralik 1, 13, 21, 51, 94, 115, 116, 226, 252, 256, 257, 354, 359, 373, 414, 449, 460, 490, 492, 507, 509, 522, 531, 533, 610, 639, 650, 651, 667, 669, 711, 729.

Kraliks „Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit“, I.—V. Band 160, 205, 248, 731.
— „Geschichte Wiens 116.
— „Johannes Scheffler“ 507.
— „Weltliteratur im Lichte der Weltkirche“ 729.
— Calderons „Geheimnisse der Messe“ 115.
Kramarsch, Dr. 343, 373, 375, 445, 478, 532, 589, 655 f., 665, 694, 715.
Kranjcevic 64.
Krankenpflege 103.
Krasnik 46, 179, 186.
Krasnoelager 30.
Krasnojarsk 480.
Krasnoje Selo 479.
Krasnopol 146.
Krasnow 574.
Krauseneck, Dr. 567.
Kreitmaier 249, 253, 255.
Kreml 480.
Kreon 379.
Kreta 289.
„Kreuzzeitung“ 50 f., 663.
Kreuzzüge 103.
Krieg, Balkan=, erster und zweiter 5, 6, 15, 19, 24, 25, 32, 66, 95, 105, 107, 144, 194, 219, 260, 288, 316, 317, 326, 620.
— Deutsch=Französischer (1870) 2, 42, 44, 78, 81, 85, 113, 141, 249, 250, 462, 465, 513, 514, 519, 521, 606 f., 651, 659, 671, 693.
— Dreißigjähriger (1618 bis 1648) 239, 605.
— Engländer und Buren 40, 102, 109, 149, 157, 196, 202, 209, 382.
— Italienisch=Türkischer 2, 58.
— Krim= 12, 40, 288.
— napoleonische (Befreiungskriege) 44, 239, 380.
— Russisch=Japanischer 6, 13, 196, 450.
— Schweizer Sonderbund= (1847) 104.
— 1683 360.
— 1866 606 f., 675.
Kriege, Kriegserklärungen, besonders der Weltkrieg (vgl. auch Militarismus und Marinismus) 1, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12 f., 16, 17, 18 ff., 21—25, 26, 27—36, 37—86, 87, 89, 90, 91, 94, 96, 97, 98, 99, 101, 102, 104, 105, 107 ff., 110 ff., 112 ff., 114, 116 ff., 164 ff., 169, 177 f., 201, 214, 257, 274, 279, 287, 298, 316 ff., 320, 321, 322, 326, 327, 333, 339, 362, 391, 402 ff., 408 f., 413, 421, 435, 443, 460, 476, 498, 501, 503, 519, 555, 563, 588, 609, 618, 700.
Kriegsgefangene und deren Fürsorge 147, 156, 157, 158, 169, 172, 181, 188, 195, 198, 206, 222, 232, 274, 281, 283, 289, 291, 304, 309, 313, 327, 336, 340, 366, 372, 381, 435, 467 f., 469, 490, 491, 494, 495, 508, 513, 533, 536, 539, 541, 542, 556, 557, 566, 570, 574, 577, 581, 597, 602, 640, 642, 643, 665, 689, 697, 698, 703, 724.
Krim 69, 536, 556, 563, 565, 574, 618.
Krn 170, 177, 186, 222.
Kroatien 19, 31, 200, 209 f., 211, 226, 233, 234, 245, 248, 251, 254, 265, 266, 284 f., 373 f., 388, 402, 430, 458, 568, 615, 625, 637, 638, 641, 657, 666, 673, 681, 684, 690, 695, 701.
Krobatin 412, 468.
„Kronprinz Wilhelm“, Schiff 158.
Kronstadt (Rußland) 17, 25 f., 391, 392.
— (Siebenbürgen) 318.
Krönungen 102, 344, 354 f., 373, 657.
Krosno 79.
Krupanj 71.
Krupp 14, 544, 604.
Krusevac 232.
Krylenko 481, 492, 495.
Ktesiphon 234, 243.
Kuba 408, 498, 519, 665, 671, 690.
Kuban 563, 574, 617.
Kufra, Oase 15.
Kufstein 361.
Kühlmann, Dr. 341, 453 f., 463 f., 472, 484, 493, 510, 515, 525, 526, 533, 536, 556, 557, 561, 571, 572 f., 587, 599.
Kulturkampf 98, 116, 359.
Kum Kaleh 262.
Kun Bela 680, 681, 696 f., 704, 708, 709, 721.
Kunfi 159.
Kunschak Leopold, Abgeordneter 477, 652, 664, 713.
— Paul 652.
Kunst (vgl. Dramatik, Malerei, Musik, Theater, Opern usw.) 40, 95, 97, 99, 111, 115, 124, 147, 186, 250, 251, 253, 346, 359 f., 507, 508, 604, 648, 669, 670, 676, 703, 728.
„Kunstfreund“ 95.
Künzelmann 506.
Kurden (und Kurdistan) 131, 453.
Kurland 186, 198, 227, 427, 483, 497, 512, 571, 573, 606.
Kurlow 392.
Kuropatkin 272.
Kurylowicz 445.
Kurz J. K. 506.
Kusmanek, General 145.
Küstendil 214.
Küstenland 170, 177, 186, 201, 340, 411, 459, 491, 567.
Kut=el=Amara 234, 265, 284, 291, 299, 385.
Kutno 70.
Kyrenaika (siehe unter Cyrenaika).

L.

La Bassée (Kanal) 76, 123, 289, 385, 580.
Laborczatal 145, 156.
Laborczrev 145.
„Labour Leader“ 48 f.
„Labour Party“ 451.
Labriola, Professor 50, 86.
Ladiner 179.
La Fère 542.
Lafollette 488 f.
Lafont 660.
Lagosta 164.
„La guerre Allemand et la Catholicisme“ 253, 255, 355.
„La guerre qui vient“ 249.
Laibach 273, 567, 666.
Lake Mohouk 176.
Lama F. v. 670.
Lambrino Zizi 618.
Lammasch 635, 637, 690, 695, 702.
Lancashire 668.

Lanckoronski 386.
Landhaus in Wien (Niederösterreich) 633.
Landsberg, Abgeordneter 302, 648, 661, 662.
Landwirtschaftliches 77, 141, 144, 221 f., 272, 338, 358, 385, 411, 421, 422, 441, 456, 522, 536, 557, 558, 596, 636, 683, 710, 715.
Langemarck 71, 156, 580.
Lansdowne, Lord 173, 218, 230, 486, 498 ff., 538, 539, 586, 600.
Lansing Rob. 183, 205, 209, 223, 225, 268, 283, 350 f., 396, 409, 448 f., 570, 609, 623 f., 628 f., 635 f., 686.
Laon 198.
Laoschan 53.
Lapanow 79, 132.
„La Question Religieuse en France pendant la guerre de 1914“ 254 f.
Larissa 289, 331.
Larne 101.
Lasaulx Ernst 670.
Lascelles Frank 11.
Lasistan 70.
Lasker-Schüler Else 727.
Lassigny 590.
Latapie 177.
Lateiner (Lateinisch) 43, 89, 169, 235, 250, 270, 659, 674, 682.
Lattière 198.
Laugszargen 146.
Laun, Professor 490.
Lausanne 201.
Lavarone 170.
Lavergue 608.
Laxenburg 412, 445, 589.
Lazarevatz 71.
Lazarski 430.
Ledebour 143, 277, 380, 383, 417, 661.
Leeds 465.
„Le Feu“ von Barbusse 730.
Legien 352, 604.
Leinert 661 f.
Leipzig 95, 133, 315, 507, 668, 672, 690.
„Leipziger Illustrierte Zeitung“ 506 f.
Leitha 634.
Lemberg 46, 52, 121, 178, 251, 325, 335, 437, 505, 544, 657, 681.
Le Mesnil 156.
Lemnos 149, 262.
Lempp Rich. 98.
Lenin 478—482, 496, 524, 529, 546, 596, 597, 598, 609, 681, 684, 691, 697, 716, 718, 723, 727.
Lentsch 473 f.
Lentze, Dr. 130, 258 f.
Leo XIII., Papst 115.
„Leon Gambetta“, Schiff 157, 201.
„Leonardo da Vinci“, Schiff 327.
Leoninischer Stadtteil Roms 359.
Leopold von Bayern (Prinz) 195, 493, 534.
Lerch Egon 201.
— Eugen 668.
Lerche 507.
Lerine 326.
„Le sens de la mort“ von Bourget 730.
Lesina 163.
Lestrange M. de 254 f.
Lettland (lettische Provinzen) 107, 286, 474, 524, 532, 666, 697.
Leuthold 252.
Leviné-Nissen 694.
Levy 443.
Lewis, Senator 452.
Lexika 98, 115.
Liautey 371, 399.
Liautung 46.
Libanon 660, 671.
Libau 45, 121, 146, 156, 172, 198.
Liberalismus (Nationalliberale) 2, 5, 69, 94, 96, 99, 100, 102 f., 105, 144, 173, 180, 258, 277, 297, 309, 328, 334, 336, 355, 382 f., 394, 403, 417, 423, 438, 443, 478, 506, 621, 631, 649, 669, 719, 723, 728.
Liberia 421, 460, 687, 695.
„Liberté“ 57, 177.
Liberty-Motor 591.
Libyen 5, 7, 58, 162, 178, 201.
Lichnowsky, Fürst 2, 11, 17 f., 28, 102, 196, 537 f., 552, 595.
Liebknecht Karl, Dr. 14, 81, 82, 140, 143, 196, 197, 258, 286, 297, 303, 330, 647, 649, 661, 662, 672.
Liechtenstein Al., Prinz 355, 412, 422, 477, 627, 655.
Lienhard Fr. 508.
Lierre 60.
Liese W. 99.
Likowski, Dr. 93, 140.
Lilienthal 95.
Lille 61, 122, 146, 198.
Liman Pascha 66.
Limanova 79, 132, 171.
Limerick 299.
Limpus, General 67.
Lincoln (Stadt) 47.
Lindental 360
Linhart 567.
Linsingen v. 322.
Linz 696.
Lipno 70, 133.
Lippe 648.
Lippert 253.
Lissa 163, 165, 544.
Lissabon 353.
List Friedrich 250.
Liszt v. 104.
Litauen 107, 146, 198, 206, 286, 427, 450, 474, 483, 493, 495, 512, 559, 562, 571, 606, 618, 621, 666, 683, 688.
Litauisch Brest (siehe Brest-Litowsk).
Literarisches (vgl. auch Kunst, Dramatik, Theater und Zeitungen) 58, 94, 97, 98, 116, 226, 248, 249, 252, 321, 361, 414, 430, 440, 507, 509, 522, 589, 648, 669 f., 681, 726, 727 ff.
Litschau 250.
Litwinnow 608.
Livadia 15.
Livenza 490.
Liverpool 126, 202, 274, 382, 465.
Livland 495, 517, 523, 524, 526, 528, 533, 539, 554, 559, 562, 571, 573, 606, 666, 683.
Li-Yüan-Hung 508.
Ljapcevic 150 f.
Ljig 71.
Lloyd George 2, 54, 76, 100, 157, 180, 189, 199, 206, 207, 221, 228, 243, 259, 278, 310, 313, 325, 329, 348, 349, 365 f., 371, 382, 383, 384, 395, 404 f., 410 f., 433 f., 439, 441 f., 450, 451, 457, 458, 465, 475 f., 484, 485, 486, 488, 499 f., 500 f., 502, 513, 518 f., 528, 530, 539, 553 f., 560, 563 f., 575, 576, 586, 592 f., 598 f., 601, 607 f., 611, 615, 643 f., 659 f., 678, 682 f., 686, 698, 719, 722, 726.

„Lobgesang des Claudian“ von Sudermann 94.
Locatelli v. 226.
Locaze, Admiral 228.
Lockhart 608.
Lodge 307, 600.
Lodgeman, Dr. 725.
Lodomerien 342 f.
Lodz 70, 78, 122, 146, 171, 534, 542.
Loebell v. 336.
Loehlein v. 621.
Loisy Alfred 99.
Loj 567.
„Lokalanzeiger“ 336.
Lokvica 331.
Lombartzy 71.
Lomza 59, 133, 145, 198, 542.
London 8, 11, 15, 27, 28, 29, 36, 37, 47, 48, 52, 54, 63, 64, 67, 73, 81, 96, 99, 105, 113, 117, 119, 124, 126, 128, 134, 156, 161, 173, 177, 181, 187, 192, 194, 196, 202, 208, 209, 221, 223, 226, 231, 239 f., 258, 260, 262, 267, 269 f., 274, 276, 280, 282, 283, 288, 291, 305, 307, 310, 313, 319, 320, 327, 331, 335, 347, 357, 359, 361, 363, 364, 371, 272, 382, 400, 410, 425, 451, 457 f., 469, 472, 485, 496, 501, 512, 513, 534, 536 f., 538, 546, 547, 548, 554, 566, 593, 601, 604, 607, 608, 618, 629, 643, 659, 670, 674, 698, 722, 726, 727, 730.
Long, Minister 372.
— Walter 173.
Longpont 580.
Longwy (Longvy) 46, 198, 201, 529.
Loosli 730.
Loreburn, Lord 230, 270.
Loretohöhe 146, 156.
Lorraine (Côte) 53.
Losofina 145.
Loti P. 147.
Lötzen 121.
Lovcen 50, 259, 260.
Low Sidney 208.
Löwen 57, 147.
Löwentin-See 121.
Lowestoft 469.
Lowicz 70.
Luban-See 533.
Lübeck 252, 647.
Lublin 46, 186, 233, 334, 657.
Lubomirski 574.
Lucci, Professor 239 f.
Luck 195, 198, 204, 305, 325.
Ludendorff 318, 321, 353, 370, 400, 413, 444, 530, 541, 561, 638 f., 676, 679, 700, 706, 707, 720 f., 730.
Ludwig XVI. 360.
— III. von Bayern 94, 462, 601, 646.
Luftschiffahrt und Luftkrieg 2, 3, 13, 17, 45, 71, 78, 80, 95, 104, 116, 121, 124, 126, 133, 146, 156, 171, 172, 177, 181, 201, 202, 206, 208, 223, 230, 233, 246, 263, 273, 274, 281, 283, 289, 291, 298, 300, 304, 306, 310, 312, 318, 319, 320, 327, 329, 331, 341, 353, 372, 411, 420, 444, 458, 469, 486, 532, 556, 566, 590, 591 f., 602, 603, 687, 723.
Lugano 168.
Lukowskij 466.
Luneville 3, 46, 53.
Lupkower Paß 79, 145, 155, 171.
Lupu 564.
„Lusitania“ 137, 174, 189, 268, 269, 341, 364.
„Lustigen Weiber von Windsor, Die“ 443.
Luther 256, 360, 507, 508 f., 669, 729.
Lüttich 45, 80, 198.
Luxemburg, Großherzogtum 41, 55, 78, 81, 248, 324, 673, 687, 716, 723.
— Rosa 93 f., 661, 662, 672.
Luzern 227, 678, 711.
Luzzatti 240.
Lwow, Fürst 393, 406, 418, 440.
Lyck 53, 59, 60, 133.
Lynch 229 f.
Lynchjustiz 604.
Lyon 116, 248, 260, 273.
Lys 566, 580, 590.
Lytton, Lord 382, 384.

M.

Maas 38, 47, 156, 157, 227, 289, 312, 580, 602.
Macauley 248.
Macchio, Freiherr v. 161, 168.
Macdonald Ramsay 40, 48 f., 74, 126, 263, 296, 484, 501.
Mac Kenna 180.
Mackensen 70, 170 ff., 232, 241, 284, 330, 667, 721.
Mac Kinley 183, 249.
— Mahon, Sir Artur Henry 85, 108.
Macmaster 190.
Macva 60, 71, 216.
Madeira 520.
Madero 249.
Madonna di Campiglio 467.
Madras 53.
Madrid 227.
Maeterlinck Maurice 115.
Magdeburg 647.
Maggiorino Ferraris 287.
Magna Charta 688.
Magyaren 4, 73, 99, 521, 522, 632, 656, 666, 668, 672, 684, 691, 696, 704, 710, 712, 715.
Mähren 342, 637, 655, 663, 690, 694, 704.
Mailand 77 f., 161, 169, 273.
Mainz 251, 642.
Maitrot, General 2.
Makari 607.
Makedonien 105 f., 151, 203, 214, 215, 219, 241, 262, 322, 326, 331, 371, 397, 411, 421, 425, 435, 444, 467, 477, 482, 483, 556, 601, 616 f., 620, 622.
Maklatow 392.
Malancourt 78.
Malayen 55.
Malborghet 289.
Maldon 156.
Maler und Gemälde 57, 95, 103, 252, 361, 669, 728.
Malinow 574, 619, 620.
Malissoren 179.
Malmö 104, 276.
Malta 100, 108, 515.
Manchester 47, 274, 365, 469, 607.
„Manchester Guardian“ 348, 560.
Mandel H. 508.
Mandorff R. v. 96.
Mandschurei 138, 309, 597.
Manfredi, Präsident 163.
Manifeste (vgl. auch Erlässe) 165, 177, 214 f., 237, 326, 343 f., 346, 387, 392 f., 394, 419, 440, 464, 476, 556, 589, 627 ff., 639, 716.
Mann 267, 282, 621.
Mannheim 508.

Manöver (Militär) 4, 17, 30, 36, 48.
Mantes 65.
Mantler, Dr. 463.
Mantua 161.
Manuilow 393.
Mappeton 469.
Marcora 400.
Marghiloman 536, 557, 618.
Maria, hl. 119, 152.
— Adelheid von Luxemburg 673.
— Louise von Parma, Königin von Bulgarien 639.
— Lourdes 103.
— Martental 729.
— von Sachsen-Koburg u. Gotha (Königin von Rumänien) 106, 361.
— Zarin 582.
Mariampol 156.
Mariannen-Inseln 61, 111.
Marinewesen und Schiffahrt 2, 3 f., 6, 7 f., 9, 14, 15, 16, 17, 18, 22, 25, 26, 35, 37, 38, 39 f., 43, 44, 45, 46, 47, 48, 53, 54, 56, 59, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 70, 71 f., 76 f., 79, 80, 81, 82, 83, 84, 101, 104, 106, 107, 110, 112, 114, 121, 123, 124, 126, 127, 129, 135 ff., 138, 141, 144, 146, 147 f., 149, 151, 152, 156, 157, 158 f., 170, 174 f., 176, 181, 182, 187, 189, 190, 191, 195, 196, 199, 201, 202, 205, 206, 207, 208 f., 220, 224, 225, 226, 228, 230, 231, 234, 238 f., 241, 243, 244, 245, 246, 259, 261, 263, 267, 269, 270, 271, 273, 274, 277, 279, 281 ff., 284, 287, 289, 290 f., 292—296, 299, 300, 303 ff., 306, 307, 308, 311 f., 313, 314, 319, 320, 321, 324, 327, 330, 331 f., 337, 338, 339, 341, 353 f., 355, 358, 363, 364, 366, 367, 369, 372, 376, 377 ff., 381, 382, 383 f., 386, 388, 389, 390, 391, 397, 398, 401, 403, 404, 405, 410, 411, 420, 422, 426, 433, 436, 444, 447, 454, 458, 461, 462, 470, 471 f., 474, 475, 478, 481, 486, 489, 490, 492, 494, 500, 503, 504, 506, 513, 514, 515, 516, 517, 530, 531, 532, 533, 536, 537, 540, 544, 557, 563, 592, 595, 596, 599, 603, 605, 606, 616, 617, 621, 638, 639, 640, 642, 643, 645, 647, 649, 651, 656, 658, 659, 662, 668, 680, 687, 692, 693, 696, 702, 719, 720, 724, 730.
Maritz, Oberst 109, 127, 203.
Markham 185, 207.
Markirch 71.
Markow 131, 392, 440, 445.
Marmarameer 453.
Marmaros-Sziget (Marmaros, Komitat) 4, 59.
Marmolata 170.
Marne 52, 120, 188, 200, 251, 566, 569, 580, 663, 714, 730.
Marokko 43, 85, 110, 127, 152, 167, 252, 260 f., 364, 425, 449, 537, 580, 687, 725.
Marschall-Inseln 61, 110 f.
Marseillaise 185, 710.
Marseille 241, 273, 289.
Marsh 712.
Marshall, Vizepräsident 719.
Martinovic 179.
Märtyrer 98.
Marx Karl (Marxismus) 256, 478—482, 507, 661, 668, 711, 718, 728, 731.
Maryland 153.
„März“ 219.
Masaryk, Professor 212, 226, 373, 375, 546 f., 632, 656, 665 f., 673, 694, 718, 721.
Masjuk, Berg 691.
Mastalka 342, 375.
Mastermann 238.
Masurisches Seengebiet 52, 70, 133, 146, 361, 430, 534, 542.
Mataja Heinrich 636, 721.
— Viktor 432, 505.
Materialismus 92, 153, 649, 668, 678, 731.
„Matin“ 25, 213.
Matsuda 110.
Matthäus, hl. 256.
Mattus 342.
Matzinger 258.
Maubeuge 46, 47, 52, 80, 198.
Maurepas 591.
Max, Erzherzog 371.
— Gabriel 252.
Max von Baden, Prinz 237, 492, 621, 623, 630 f., 644 f., 647, 675, 706.
Maximilian II. von Bayern 94.
Maximus Confessor 669.
Maxse 600.
Maxwell 67 f., 290.
May Karl 669.
Mayrhofer Joh. 98.
Mazdaznan 115.
Mazzini 256, 433.
Meaux 52, 65.
Mecheln 53, 119, 279.
Mecklenburg-Strelitz 532.
— -Schwerin 648.
Medina 175.
Medizin (siehe unter Heilkunde).
Mehmed V. 138, 581.
— VI. 581.
— Reschad (siehe Mehmed V).
Meier-Graefe J. 115.
Meinertz Max 729.
„Meißl und Schadn“ (Hotel in Wien) 333 f.
Mekka 108.
Meleda 164.
Melitopol 556.
Melun 65.
Memel 133, 146, 156, 687.
Menocal, Präsident 408.
Menschikow 187.
Mensdorff 27, 537, 548.
Meran 467, 552.
Mercier 279.
Mersina 453.
Merville 590.
Meschtscherski, Fürst 9.
Mesopotamien 70, 221, 228, 234, 238, 270, 291, 363, 384, 434, 450, 453, 500, 519, 544, 554, 571, 643, 700.
„Messaggero“ 50.
Messimy 49.
Messina 45.
Messines 71.
Methodisten 153.
Metiana 73.
Metternich 250, 670.
Metz 46, 85.
Metzger 353.
Metzner Fr. 728.
Mexiko 112, 140, 159, 184, 226, 245, 249, 285, 292, 307, 308, 381, 389, 391, 397, 409, 438, 577.
Meyenberg 669, 730.
Meyer 407.
Meyr Rich. M. 98.

Miazza 79.
Michael, Großfürst 392 f., 394.
Michaelis, Reichskanzler 258, 435 ff., 439, 442, 452 f., 454, 457, 461, 463, 464, 471, 472 f., 482, 508, 700, 707.
Michelangelo 98.
Middlesborough 208.
Midia 453.
„Midilli", Schiff 66.
Milanowatz 79.
Militarismus (vgl. auch Kriege) 2, 3, 4, 5, 6 f., 8, 9, 10, 11, 13 f., 15, 17, 22, 24, 25, 26, 27 f., 29—35, 37 ff., 41, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 54, 55 f., 57, 59 ff., 62, 63, 64, 65, 66, 67 f., 69 ff., 73, 74, 75, 77, 78 f., 80 f., 82, 83 f., 85, 89, 94, 95 f., 100, 101, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 117, 119, 120, 121 f., 123, 124 f., 126, 128, 130, 131, 132, 133, 134, 137, 138, 139, 141, 143, 144, 145, 147, 150, 153 ff., 156, 158, 160, 165, 170 ff., 173, 175, 177, 179, 181, 187 f., 191, 192, 195, 196, 199, 204 f., 206, 207, 208, 209, 212, 213, 214 f., 216, 218, 219, 220, 221 ff., 224, 225, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 237, 238, 239, 240, 241, 242 f., 245, 247, 249, 252, 253, 254, 256, 258, 259, 260, 262, 263, 264 f., 266, 267, 271, 273, 276 f., 278, 280 f., 283, 285, 286, 287, 288, 289 f., 292, 296, 297, 298, 299, 301, 303, 305, 306, 308, 309 f., 311, 313, 315, 317, 318, 319 f., 321, 322 f., 324 f., 326, 327, 329, 330, 334, 335 f., 337, 340, 343, 344, 346, 347, 348, 352, 354, 355, 358, 361, 364, 365, 366, 369, 370, 372, 373, 377, 384, 385, 386, 387, 390, 391, 392, 393, 394, 396 f., 399, 400, 401 f., 403, 404, 405, 410, 411, 412, 413, 417, 418, 419, 420, 426, 427, 433, 434, 435, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 448, 452 f., 454 ff., 457, 458, 461, 462, 464, 465, 466, 467 ff., 470, 471 f., 473, 474, 475, 476, 477, 478 f., 480 f., 483 f., 485, 486 f., 488, 489, 490, 492, 495, 497, 498 f., 501, 503, 504, 505, 507, 511, 512, 513, 514, 515, 517, 518, 519, 520, 521, 522 ff., 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540—544, 546, 552, 553, 554, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 564, 565, 568, 569, 570, 571, 572, 575, 576, 577, 578, 579, 581, 583, 586, 587 ff., 589, 590 f., 592 f., 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602 ff., 605, 606, 607 f., 609, 613, 615 ff., 618, 619 f., 621, 622, 624, 625, 626, 627, 630, 631, 632, 633, 634, 636, 637, 638 f., 640, 642 f., 644, 648, 649, 650, 652, 656, 659, 660 f., 664, 665, 667, 671, 673, 674, 675, 677, 678, 680, 681, 684, 685 f., 687, 688, 694, 695, 696, 697, 698, 700, 702, 703, 704, 705, 706, 708, 709, 710, 711 f., 716, 717, 718, 720, 722, 724, 726.
Miljukow 192, 393, 394, 395, 405, 417, 418, 455.
Mille, Abgeordneter 234.
Millerand 49.
Milner, Lord 100, 230, 371, 528, 530, 576.
Milo (Mela), Insel 225.
Milowic 63.
Milwaukee 267.
Minsk 98, 195, 480, 512, 514.
„Mirakel" 115.
Miramare 232.
Mirbach, Graf v. 93, 582, 668.
Mirbeau 147.
Mirko, Prinz von Montenegro 273, 297.
Miruth 139.
Misar 71.
„Missale Romanum" 257.
Missionen 57, 150, 594, 670, 727.
Mistelbach 251.
Mistral 116.
Mitau 172.
Mitrofanoff Paul v. 12 f.
Mitrovitza 232.
Mittelalter 98, 125, 221, 259, 373, 395, 522.
Mittelländisches Meer 2, 17, 53, 72, 194, 208, 254, 283, 372, 376, 400, 492, 519.
Mittelmächte (Mitteleuropa) 1 f., 14, 34, 47, 48, 59, 66, 70, 84, 86, 113, 114, 120, 127, 130, 160, 163, 188, 189, 199, 206, 213, 215 f., 217, 218, 227, 232, 244, 247, 250, 252, 253, 254, 260, 261, 262, 266, 269, 271, 276 f., 278, 288, 292—296, 303, 308, 311, 313, 316, 319, 321, 328, 336, 339, 343, 347, 349, 351, 354, 362—371, 372, 374, 376, 381, 385, 388, 391, 393, 406, 409, 415, 425, 435, 441, 443, 449, 450, 452, 453, 458, 460, 480, 481, 486, 488, 496, 498, 499, 500, 506, 511, 513, 518, 524, 526 f., 528, 530, 531, 540, 541, 542, 545, 551, 555, 556, 557, 561 f., 563, 575, 576, 577, 578, 581, 583, 584, 591, 592, 599, 601 ff., 611, 613, 618, 619, 623, 624, 628, 629, 643, 644, 650, 658 f., 660, 665, 666, 668, 669, 671, 682, 688, 700, 704, 711, 715, 717, 728.
Mlawa 70, 79.
Moabit 92.
Mobilisierungen (Militär) 154 f., 163, 169, 192, 196, 197, 212, 213, 229, 234, 272, 306, 321, 324, 336, 337, 338, 382, 387, 396, 403, 436, 457, 502, 578, 685.
Modernismus 89, 115, 668.
Modlin 241.
Mohammed Ferid Bei 503.
Mohilew 495.
Moldau (Fluß) 687.
— (Rumänien) 244, 496, 536, 553, 575.
„Moldova" 150.
Molfetta 201.
Molkenbuhr 159, 661.
Moltke v., Generaloberst 63, 124, 203, 248, 306, 537.
Monastir 19, 241, 329, 339, 421.
„Monatschrift für katholisches Leben" 730.
Mond, Sir Alfred 299.

Monfalcone 163, 177, 289, 468.
Mongolei und Mongolen (Rasse) 62, 110, 138, 191.
Monis 7.
Monismus 252.
Monroedoktrin 245, 249, 308, 321, 369, 463, 681, 705, 719.
Montagu 319.
Montalembert 103.
Montauban 591.
Montdidier 590.
Monte Cristallo 289.
— Cimone 327.
— Corno 309.
— dei sei Busi 222.
— Piano 177, 186.
— Sabotino 222.
— San Gabrielo 458, 467.
— — Michele 222, 242.
— Santo 421, 469.
Montello 638.
Montenegro 5, 8, 12, 31, 45, 60, 125, 134, 157, 179, 186, 191, 200, 216, 232, 241, 251, 259 ff., 273, 280, 298, 313, 349, 351, 366, 371, 372, 420, 450, 474, 477, 513, 518, 546, 626, 657, 666 f., 684.
Montenuovo 386.
Montesquieu 506.
Montmedy 198.
Montmirail 52.
Montmorency 65.
Montono 520.
Montreal 154.
„Monvillage“ 14.
Moon 469, 512, 542.
Morava 232.
Morawaland 482.
Mordwinen 107.
Moreau-Vauthier 103.
Morell 40.
Morgan Pierpont J. 246.
„Morgenbladet“ 105.
Morley Viscount 43, 218.
„Morning Post“ 32, 135, 157, 188, 199, 365.
Morrell 575.
Mortara 165.
Morus Thomas 728.
Mosel 156, 157, 251.
Moskau 30, 66, 178 f., 191, 198, 200, 204, 364, 392, 455, 479, 480, 496, 524, 534, 539, 555, 582, 587, 596, 597, 608, 617, 660, 681, 683, 724, 726, 727.
Moskowiten 13, 51, 107, 525.
Motorbatterien (österr.) 265.
Motta, Präsident 203.
Mount Vernon 585.
„Möwe“ 283, 372, 401.
Moyenneville 590.
Mozart 508.
Mrzli Vrh 222, 289.
Muchitsch 713.
Mücke v. 71 f., 175.
Mühlberg v. 88.
Mühlhausen 473.
Mülheim 95.
Müller, Abgeordneter 159, 650.
— Adam 670.
— Reichsminister 700.
— v., Kapitän 71.
Müllheim 306.
Müllner Josef 251.
Mumbauer Joh. 668.
Mun Albert de 103.
München 72, 88, 93, 94, 98, 219, 221, 252, 297, 341, 357, 490, 601, 646, 650, 672, 674, 683, 689, 694, 700, 701, 716.
— -Gladbach 250.
Munitionsfabrikation und -lieferung 153 f., 157, 174, 180 f., 183 f., 188, 189, 191, 193, 199, 202, 203, 207, 209, 213, 223, 224, 225, 229, 243, 244 f., 249, 281, 288, 293, 310, 313, 319, 320, 338, 355, 356, 361, 372, 379, 381, 391, 403, 406, 410, 411, 426, 463, 496, 591.
Mur 712.
Muradfluß 79.
Murmanküste 583, 596, 640.
Murray, General 242.
Mürzsteg 120.
Museen 657.
„Musica Divina“ 257.
Musik 199.
Mustafa Bei 59.
Mustapha Effendi 179.
Mussolini, Professor 77.
Musulin 701.
Mystik 669.
Myszinietc 145.
Mytilene 18, 159, 191, 262.

N.

Nadworna 145, 444.
Nahitschewan 574.
Najarowka 325.
Namur 38, 46, 80, 198.
Napoleon I. 44, 65, 96, 202, 361, 384, 476.
Napoleon III. 359.
Narenta 162.
Narew 186, 541, 542.
„Narodna Odbrana“ 19, 23 f., 27, 388, 549.
„Narodni Prawna“ 106.
„Narodny Listy“ 569.
„Narodny Vybor“ 632, 637.
Narwa 524, 533, 542.
Narwich 208.
Nationalistisches 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 13, 14, 15, 17, 19 ff., 22, 25, 37, 40, 41, 42, 43, 47, 49, 51 f., 55, 57, 58, 64, 65, 67, 73, 74 f., 76, 77, 78, 81, 84, 87, 89, 91, 94, 96, 97, 99, 104, 105, 113, 114, 119, 124, 126 ff., 130, 134, 136, 139, 140 f., 143, 144, 150, 151, 153, 154, 158, 159, 162, 164, 165, 169, 176, 177, 179, 180, 182, 183, 185, 186, 188, 189, 191, 192, 193 f., 196, 199, 202, 203, 204, 207, 210, 211, 214, 218, 219, 221, 227 f., 229, 230, 231, 234, 235, 238, 240 f., 242, 243, 244, 248, 253, 254, 256, 258, 261, 266, 267, 269, 271, 272, 277, 278 f., 286, 287, 288, 289, 291, 294, 295, 296, 297, 299, 302, 307, 310, 315, 317, 323, 325, 328, 330, 332 f., 334 ff., 337, 342 f., 347, 348, 349, 350, 354, 357, 359, 360, 363, 366, 368, 370, 373 f., 375 f., 377, 379, 382, 383, 385, 386, 387, 388 f., 390, 392, 393, 394, 395, 400, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 412, 417, 418, 419, 420, 422, 423, 425, 426, 427, 428, 429 ff., 435, 438, 440, 441, 442 f., 446, 448, 450, 451, 455, 456, 458, 459, 460, 461, 464, 465, 473, 474, 476, 477, 478, 479, 482, 485, 487, 489, 490, 491, 493 f., 497, 498, 499, 501, 502, 503, 504 f., 507, 511, 512 f., 514, 518 f., 519, 521 f., 526, 527, 530, 531, 532, 534, 535, 538, 539, 552, 553, 554, 555, 562 f., 564, 565, 566 ff., 570, 571, 573, 575, 577, 579, 584, 586, 589, 592, 594, 597 f., 599,

600, 602, 605, 606, 607, 608, 610, 618, 619, 623, 624, 626 f., 628, 629 f., 631—639, 641, 643, 644, 645, 649, 650, 651, 652, 653, 656 f., 658, 659, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 669, 672, 673, 675, 676, 677 f., 679, 680, 681, 683, 684 f., 686, 688, 691, 693, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 706, 707, 708, 709, 710, 712 f., 715, 716, 717, 718 f., 721, 722, 723, 727, 728.
„National Review“ 324, 600.
Nationaltidende“ 61 f.
Naturalismus 99, 727.
Nauen 94, 112.
Nauheim 592.
Naumann Fr. 253, 328, 631, 728.
Neapel 205.
Neat 539.
Neger 53, 62, 125, 156, 181, 195, 218, 421, 506, 580, 594.
Negotin 216, 232.
Neidenburg 46.
Nektessaow 393.
Nerger, Kapitän 532.
Nesle 543.
Nessimi Bei 557.
Nethe 60.
Netolicky 445.
Neu-Bistritz 655.
Neudek 544.
„Neue Freie Presse“ 655.
„Neue kirchliche Zeitschrift“ 253.
Neu-England 341.
„Neue Reich, Das“ 670.
„Neue Züricher Nachrichten“ 258, 287.
Neufundland 228, 400.
Neuguinea 53.
Neuilly 725 f.
Neujahrsfest 83, 84, 95, 99, 116 f., 120, 121, 261, 266.
Neu-Langenburg 300.
Neu-London 341.
Neumann, Dr. 92.
Neurath, Dr. 694, 701.
Neuruppin 728.
Neu-Sandec 79.
Neuseeland 228, 400, 687, 690.
Neutralpolitik 9, 11, 25, 35, 39, 40, 41, 43, 44, 46, 47, 49 f., 55, 62, 63, 64, 66, 68, 71, 72, 73, 74, 76, 77, 78, 80, 81, 82, 86, 104 f., 106, 108, 110, 111, 112 f., 114, 115, 121, 122, 123, 128, 129, 130, 131, 135 ff., 139, 147 f., 149, 150, 151, 152, 153 f., 158, 159, 161, 163, 165, 166, 174, 175, 176, 183, 184, 187, 189 f., 194, 195, 196, 198, 200, 209, 212, 214, 215, 217, 218 ff., 221, 222, 225, 229, 233 f., 236, 237, 240, 241, 242, 245, 247, 248, 251 f., 255, 256, 261, 262, 264, 266 f., 268, 269, 270, 273, 276, 279 f., 281, 282 f., 284, 291, 297, 301, 303, 307, 312, 313, 314, 316, 318, 319, 322, 325, 326, 329 f., 332, 333, 336, 337, 341, 345, 348, 350, 351, 352, 353, 355, 356, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 369, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 389, 390, 391, 397, 404, 409, 420, 426, 427, 431, 436, 442, 447, 448, 463, 474, 480, 482, 483, 486, 489, 490, 493, 496, 506, 510, 511, 512, 519, 520, 528, 536, 540, 544, 548, 563, 595, 600, 612, 616, 630, 637, 641, 642, 651, 680, 682, 686, 688, 692, 697, 700, 708, 720 f., 722.
Neuve Chapelle 146.
Neuwied 6.
Neuyork (Staat und Stadt) 112, 128, 137, 152, 154, 176, 183, 202, 203, 209, 246, 278, 293, 299, 321, 332, 339, 349, 426, 588, 677, 714.
„Neuyorker Staatszeitung“ 114, 128, 129, 234.
New Jersey 249, 293.
Newport 331.
„New York Times“ 128.
„New York World“ 249.
Neyses 115.
Niagarafall 112.
Nicaragua 250, 275, 421, 563, 671, 690, 695.
Nicolson 260.
Nida 79, 121, 172.
Niederland 25, 45, 61, 105, 128, 133, 135, 138, 144, 148, 158, 175, 176, 190, 195, 203, 213, 237, 251, 275, 292, 372, 379, 391, 399, 419, 441, 449, 451 f., 540, 603, 614, 648, 650, 669, 679, 686, 687.
Niederösterreich 354 f., 415, 633, 655, 691, 695, 696, 710.
Niessen, Abg. 141, 670.
Nietzsche 98, 115, 116, 252, 728.
Nieuport 61, 123, 125, 263.
Nikita (Nikola) von Montenegro 260, 273, 657, 666 f., 684.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 51, 58, 107, 122, 123, 132, 178, 204 f., 275, 392 f., 395, 542, 563.
Nikolaus II., Zar 15, 16, 24 ff., 30 f., 34, 45, 51, 65, 66, 78, 81, 117, 130, 132, 178, 204 f., 215, 233, 258, 261, 307, 371, 392 f., 394, 396, 455, 457, 502, 563, 581 f., 596, 684.
Nikon, Erzbischof 192.
Nimrod 287.
Nisch 30, 200, 232, 261.
Nischni-Nowgorod 480.
Nissen Momme 250, 251, 253.
Nitti, Präsident 698, 715 f.
Nivelle, General 353, 411, 421.
Nizza 2.
Njegovan 386, 422.
Njemen 179, 195.
„Noch ist Polen nicht verloren . . .!“ 335.
Nolens, Msgr. 176.
Nomeny 123.
„Norddeutsche allgemeine Zeitung“ 6 f., 46, 53 f., 56, 72 f., 80, 82, 121, 129, 130, 131 f., 144, 152, 153, 163, 167 f., 173, 177, 184, 185, 191 f., 194, 198, 205, 219, 220, 227, 230, 260 f., 272, 296, 303, 317, 318 f., 320, 335, 336, 338, 365, 406 f., 409, 456, 469, 535, 538, 606, 618.
Nordenburg 52.
Nordpol (Forschung) 205.
Nordsee 61, 82, 105, 133, 135, 136, 158, 174, 202, 224, 270, 282, 283, 311, 872, 380, 381, 383, 554.
Northcliffe, Lord 531, 584, 588 f., 594, 601, 618, 644.
Norwegen 61, 105, 137, 148, 267, 276, 313, 332, 351, 379, 419, 517, 616, 686.

Norwich 469, 592.
Noske 263, 297, 473, 631, 662, 676, 724.
Nostitz 252, 254.
Noten (Ultimaten, vgl. auch Erlässe) 5, 9, 12, 23 f., 27, 28—35, 36, 37, 42, 46, 48, 67, 121, 129, 136, 139, 147 f., 153 ff., 157, 162, 164, 174, 175, 181, 182, 183, 184, 185, 189, 190, 202, 209, 213, 214, 224, 234, 241, 243, 262, 267, 268, 279, 282, 296 f., 292, 300, 306, 312, 320, 322, 327, 330, 331, 345 f., 348, 349 ff., 352, 352, 353, 362 ff., 367, 368, 371, 372, 374, 376, 378 f., 381, 387, 397, 417 f., 423 ff., 444, 447—449, 454, 460, 461—464, 472, 480, 483, 484, 490, 500, 502, 512, 514, 530, 533, 540, 547, 572, 578, 587, 609, 610 ff., 613 f., 617, 618, 621, 622, 624, 625 f., 628 f., 630, 631 f., 635, 636, 637, 639, 650, 651, 656, 663, 664, 669, 695, 700, 702, 708, 710, 713.
Notre-Dame de Lorette 123.
Nottingham 274, 469.
Novalis 729.
Novara 165.
Novibazar 232.
Nowe Miasto 60, 145.
Nowitzki 598.
Nowo Georgiewsk 195, 198, 241.
„Nowoje Wremja" 26, 187.
„Nowoje Zweno" 25, 357.
Nowonikolajewsk 578.
Noworadomsk 71.
Noworossijsk 67.
Noyon 53, 71, 580, 590, 591.
Nürnberg 143.
Nuntien (Nuntiaturen) 168, 334, 700.
„Nuova Antologia" 356.
Nyassa-See 300.

O.

Oberdank 270.
Obermaier Hugo 115.
Oberösterreich 266, 655, 691, 696, 721.
Obrenovac 71, 216.
Ochrida (Ochridasee) 134, 241, 371, 421.
O'Connel, Kardinal 117 f.
Oder 687.
Odessa 67, 392, 480, 536, 539, 540, 553, 618, 660.
„Odjek" 20.
Oehlenschläger A. G. 97.
Oesel, Insel 469, 475, 512, 542, 552.
Ofen-Pest (Budapest) 1, 10, 84, 132, 284, 285, 297, 300, 354, 469, 490, 557, 567, 589, 634, 641, 652, 657, 667, 677, 681, 683, 696, 704, 708, 709, 710, 719, 721, 722.
Offensiven (militärische) 155, 179, 186, 198, 199, 204, 205 f., 221, 223, 227, 230, 232, 242, 259 ff., 273, 289, 298, 305 f., 309 f., 318, 320, 321, 322, 326, 327, 329, 330, 332, 339, 340, 341, 353, 371, 397, 421, 427, 437, 441, 454, 458, 467 ff., 478, 490 f., 493, 503, 504, 507, 523, 532, 534, 540 f., 542, 545, 548, 556, 566, 569 f., 573, 580 f., 589, 590 f., 602, 606, 615, 616, 663, 770.
Ogden 607.
Ohr W. 509.
Oise 542, 590.
Ökörmező 59.
Okuma, Graf 110, 111.
Oldenburg 648, 667.
— Herzog von 395.
Oleary J. 279.
Olmütz 721.
Ölquellen 249.
Olti 79.
Olympische Spiele 2, 93.
„Omladina" 22.
Oms 617.
Omsk 697.
Omulew 133.
Ooka 110.
Opatow 59.
Opatowka 60.
Opel Fritz 103.
Opern und Ballette 17, 94, 103, 508, 677.
Opoczno 156.
Oportal 145, 155.
Oppacchiosella 331.
Oppersdorff, Graf 90, 92.
Orangebuch, russisches 45, 127.
Oranjefreistaat 109.
Orden, geistliche (vgl. auch Klöster) 92, 103.
— weltliche 77, 320, 665.
Orenburg 496, 518, 525, 583.
Oribaza 112.
Orientalismus und Orientpolitik der europäischen Staaten 4, 10, 12 f., 27, 32, 212, 323, 360, 537, 539, 578, 669, 671.
Orkney-Inseln 304, 307.
Orlando, italienischer Ministerpräsident 150, 231, 305, 476, 487 f., 501, 530, 531, 644, 659, 682, 686.
Orleans, Jungfrau von 248.
Orne 156.
Ornig 567.
Orsova 156, 216, 318.
Ortelsburg 46.
Orthodoxie (Russische Kirche) 13, 63, 74, 192, 215, 235, 244, 261, 272, 496, 639.
Oseg 352.
„Osservatore Romano" 87, 88 f., 90, 117, 118, 119, 147, 168, 177, 185.
Ossowiec 53, 133, 198.
Ostafrika 159.
Ostende 61, 146, 563, 566.
Österreich-Ungarn (Monarchie) 8, 10, 12 f., 14, 17, 18—25, 27—35, 36, 37, 40, 42, 44 f., 46 f., 48, 50, 51, 53, 55 f., 57, 58, 59 f., 63 ff., 66, 68, 69, 70 f., 72, 73 f., 77, 78 f., 80, 81, 82, 83 f., 86, 95, 98, 99 f., 102, 104, 105, 106, 107, 108, 115, 120 f., 123, 127 f., 130, 132, 133, 134, 139 f., 144, 145, 146, 153, 154 f., 157, 159, 160, 161, 162, 163, 164—170, 171, 177, 179, 181, 184, 187, 188, 189 f., 194 f., 197, 198, 201, 202, 205, 209 ff., 212, 213, 214, 215 f., 219, 222, 224, 225 f., 232 f., 234, 238, 241, 242, 243, 244, 246, 247, 248, 251 f., 255, 256, 259 f., 261, 265, 269, 271, 272 f., 279, 284 f., 287, 289, 296, 298, 300, 305 f., 309, 312, 313, 315, 316 ff., 320, 321, 323, 326, 327, 328, 330, 333 ff., 338, 339, 342 ff., 345 f., 351, 352, 354 f., 360, 363, 364, 365, 367, 370, 372, 373 ff., 377, 378, 386, 387 f., 394, 398 f., 402, 403, 405, 406, 408 f., 411, 412 ff., 415, 416, 419, 420, 421, 422, 425, 426, 427

bis 432, 434, 439 ff., 442, 443, 444, 445 ff., 448, 449, 451, 452, 457, 459 f., 464, 467 ff., 470 f., 473, 474, 477, 481 f., 484, 488, 490 f., 493–497, 498, 500, 501, 503, 504 f., 506, 513, 514, 515, 517, 518 f., 520, 521, 522—528, 529, 530, 531, 532, 533—536, 537, 538, 541, 545—547, 548, 550, 551, 552, 553, 557, 559, 560, 561 f., 564, 566 ff., 567, 571, 572 f., 575, 576, 578 f., 583 ff., 588 f., 596, 597 f., 600, 601, 602, 603, 606, 609, 610 ff., 613, 614, 615, 616, 617, 618, 620, 622, 624, 625—629, 630, 632—639, 640, 643, 644, 646, 651 bis 655, 656, 657, 658, 659, 660, 663, 664, 665, 666, 668, 669, 672, 674, 676 f., 682, 690 f., 695, 698, 700, 701, 702 f., 704, 707, 710, 711, 712, 713, 714 f., 717 f., 721, 723, 725, 727, 730.
„Österreichische Illustrierte Zeitung" 95, 100, 103, 104, 245, 246 f., 250, 251, 360, 361, 508.
Ostindien 506.
Ostmark 610, 715.
Ostrolenka 133, 145, 198, 542.
Ostsee (u. Ostseeprovinzen) 3, 17, 141, 190, 195, 511, 594, 600, 618, 666.
Ostwald 96.
Otranto 50, 80, 353.
Ottynia 145.
Ourcq 581.
Outhwaite (Outhweite) 144, 560 f.
Overbeck 253.
Overmans P. 509.
Ovid 509.
Oxford 17 f., 85, 98, 102, 200.

P.

Paasche 526.
Pacher, Abgeordneter 412, 430, 636.
Packnike 141.
Pädagogik 98, 115, 669.
Paderborn 90.
Paderewski 677, 691, 704.
Padonpaß 170.
Padua 592, 641.
Painlevé 399, 464 f., 476, 486 f., 488, 548.
Pal, großer und kleiner 289.
Palacky Franz 64.
Palästina 127, 248, 426, 437, 450, 451, 453, 477, 483, 492, 500, 519, 528, 554, 600, 603, 617, 660.
Palazzo Venetia 169, 315, 328, 349.
Paléologue 185.
Palermo 231.
„Pall Mall Gazette" 31.
Pammer, Direktor 568.
Panama (Kanal und Republik) 111, 112, 246, 250, 474, 498, 671, 690, 695.
Panin 464.
Pankhurst 189.
Pantheismus 506.
Pantz, Freiherr v. 634.
Papeete 53.
Papen 245.
Papsttum (vgl. auch Vatikan) 14, 50 f., 53, 87 bis 90, 91, 92, 96, 103, 115, 116—119, 147, 152 bis 153, 168 f., 176, 177, 185 f., 195, 197, 201, 203, 205, 221, 227, 231, 235 f., 248, 249, 250, 252, 254, 255, 256, 258, 272, 275, 279, 287, 301, 315, 328, 330, 334, 345 f., 352 f., 356, 359, 447—449, 453, 454, 460—464, 470, 471, 472, 476, 477, 483, 484, 490, 497, 499, 500, 502, 514, 572, 587, 612, 618, 621, 626, 649, 669, 670, 671 f., 678, 682, 689, 697, 724, 727, 729, 730, 731.
Paraguay 686.
Paris 11, 17, 27, 35, 36, 52, 57, 65, 76, 85, 101, 103, 123, 124, 125, 133, 142, 146, 148, 157, 167, 187, 194, 201, 228, 234, 241, 242, 243, 248, 253, 263, 267, 270, 271, 273, 277, 278, 280, 281, 296, 305, 328, 335, 336, 351, 359 f., 363, 414, 420, 425, 443, 474, 485, 489, 496, 501, 503, 544, 545, 546, 548, 550, 560, 564, 602, 629, 632, 641, 650, 656, 658, 659, 668, 670 ff., 673, 674, 675, 676, 677, 678, 680, 681 f., 690, 696, 697, 698, 702, 710, 711, 720, 725, 726, 730.
Parlamentarisches 3 f., 5, 7, 8, 9, 10, 13 f., 15, 16, 17, 18, 22, 24, 31, 33, 36, 38, 39 ff., 42, 43, 45, 49, 56, 63, 69, 74, 76, 78, 80 f., 84, 86, 87, 93, 94, 96, 99, 100, 101 f., 103, 104, 108, 111, 112, 114 f., 125, 126, 128, 130 f., 137, 139, 140 f., 143, 144, 148, 149, 150, 160, 161, 162, 166 f., 173, 175, 176, 179, 181, 185, 188, 190, 191 f., 193, 195, 196, 204, 205, 206 f., 208, 217, 218, 219, 220, 221, 224, 227, 228 f., 230, 231 f., 234, 236, 237, 239 f., 243, 245, 248, 250, 257, 258, 260, 263, 265, 266, 267, 270, 271, 272, 274, 275, 276 f., 279, 281, 284, 285 f., 288, 289 f., 291, 292, 296, 297, 298 ff., 301, 303, 304, 306, 309, 312, 314, 322 f., 324, 325, 326, 327 ff., 333, 336 ff., 342 f., 345, 346 f., 348, 349, 352, 354, 355, 357, 370 f., 373 f., 377, 380 f., 382 f., 384, 385, 386 f., 389, 391 f., 393, 395, 396, 398, 399, 401, 402, 403, 404, 409, 410, 412, 415 ff., 420, 422, 425, 427—432, 433, 436 ff., 439, 442 f., 445 f., 450, 452 ff., 455, 456, 457, 459, 461, 462 f., 464 f., 471 f., 473, 474, 475, 476, 477, 481 f., 483, 484 f., 487, 488, 489, 490, 496, 501, 502, 504 f., 508, 515 ff., 519, 526, 528 f., 530 f., 536 ff., 539, 540, 548, 552, 553, 554, 557, 559, 560 f., 564, 565, 568, 570, 571, 574, 575, 578 f., 588 f., 598, 600 f., 608, 613, 615 f., 619, 620, 621, 623, 624, 625, 627, 628, 630, 631, 633 f., 636, 637, 639, 641, 644, 645, 646, 647, 649, 651 f., 653 ff., 656, 660, 661, 662, 664, 665, 672, 674, 675, 676, 677, 679, 680, 681, 683, 684 f., 688, 689, 691, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 700, 703, 705, 706, 707, 709 f., 711, 712, 714, 715, 716, 717 f., 722, 723, 724, 725, 726, 727.

Parma, Haus 169, 272, 551, 639, 723.
Parmour, Lord 538.
Parochie Brentonico 201.
Parseval, Dr. 95.
„Parseval“, Luftschifftype 121.
„Parsifal“ von R. Wagner 17, 94, 115.
Parthenon 728.
Pasic, serbischer Ministerpräsident 5, 18, 30, 203, 280, 297, 326, 457 f., 666.
Passionssonntag 118.
Pastor Ludwig v. 96, 98, 253.
Pasubia 331.
Patentwesen 102, 246.
„Pathfinder“, Schiff 53.
Patras 289.
Patrascanu 465.
Paul, Prinz von Griechenland 435.
Paulsen 506.
Paulus R. 97.
Payer v. 438, 454, 483, 528 f., 537, 559, 604 f., 618, 631.
Pazifismus 176, 193, 194, 207, 302, 328, 384, 389, 484, 487, 488, 490, 508, 575, 599, 600, 641, 667, 730.
Pearce 290.
Peidl 708.
Peipus-See 533.
Peking 110, 175.
Pelagosa 187, 201.
Pelle, General 677, 696.
Peloponnes 353.
Penfield 226, 267, 333.
Pennsylvanien 293.
Pensa 578.
Pepelajew 392.
Pera 701.
„Per aspera ad astra“ 95.
Perin 64.
Perm 496, 518, 525.
Pernerstorfer Engelb. 333 f.
Peronne 543, 591.
Perriere E. 147.
Pershing 469, 530, 581, 591.
Persien und Persischer Golf 67, 68, 69, 70, 79, 110, 127, 130, 138, 149, 159, 191, 195, 221, 258, 272, 307, 313, 332, 370, 441, 474, 493, 518, 533, 539, 617, 643, 686, 712.
Peru 112, 476, 671, 695.
Pesaro 187.
Pesch Chr. 252, 255 f.
— H. 253, 254.
Pest (siehe unter Ofen-Pest).
„Pester Lloyd“ 10.
Petain 421, 530.
Peter der Große (Zar) 496.
— Nikolajewitsch, Großfürst 563.
— Prinz von Montenegro 260.
— von Serbien (König) 20, 241, 261.
Peterhof 25 ff.
Peter-Paul-Festung 105, 391, 392.
Petersburg 5, 6, 12, 13, 16, 25, 27, 28 f., 30, 34, 35, 36, 45, 56, 58, 66, 81, 105, 107, 122, 123, 127, 130, 163, 169, 185, 194, 196, 199, 200, 204, 222, 241, 260, 297, 315, 357, 364, 371, 391, 392, 394, 395, 414, 418, 419, 422, 423, 424, 427, 433, 434, 440, 454, 455, 457, 466, 475, 478 ff., 481, 484, 487, 490, 495, 496, 501, 502, 510, 512, 513, 517, 524, 529, 536, 539, 563, 578, 608, 730.
„Petersburger Börsenzeitung“ 6.
„Petersburger Kurier“ 20.
Peterskirche in Rom 119.
Petit-Dutaillis 2.
Petljura 440, 727.
Petrikau 71, 78, 79, 145.
Petrograd (vgl. Petersburg) 58.
Petroleumgewinnung (siehe unter Erdölgewinnung).
Petroseny 318, 321.
Petrus Canisius, selig. 509.
— hl. 89, 92, 248, 256, 359.
„Petrusblätter“ 249.
Petruszewicz 430.
Pettau 567.
„Peuple“ 157.
Pfeilschifter G. 254.
Pflanzer-Baltin 222, 592.
Pfleger Lucian 96.
Philanthrop 100, 103.
Philipp E. 728.
Philosophie u. Philosophen 48, 94, 95, 98, 115, 246, 250, 252, 253, 255, 367, 506, 507, 668, 669, 670.
Piat Donn. 356.
Piave 478, 483, 490, 501, 503, 520, 566, 573.
Pichon 502, 519, 530, 660, 686.
Pick L. 246 f.
Pidliasje 343.
Piemont 161.
„Piemont“ 20.
Piffl, Kardinal 88.
Pilica 79, 145, 155.
Pilkem 156.
Pillkallen 70, 542.
Pininski 490.
Pinsk 371.
Pirano 163.
Piräus 331.
Pirolini 305.
Pirot 232.
Pittsburg 267.
Pius X., Papst 50 f., 87 f., 98, 103, 115, 185, 359.
Plato 676, 728.
Plawa 170, 177, 222, 421.
Plechanow 418.
Plener Ernst v. 83 f.
Pleskau 542, 711 f.
Plock 133, 145.
Ploecken 170.
Plozk 70.
Podgora (Podgorahöhe) 222, 280.
Podlachien 579.
Podolien 480 f., 523.
Podolsk 480.
Pogrom 657.
Poincaré 2, 4, 25 ff., 35 f., 77, 117, 121, 125, 185, 192, 193, 201, 205, 220, 223, 251, 260, 270, 280, 296, 308, 484, 549, 560 f., 658, 659, 670 f., 682, 694, 722.
Pokrowsky 347.
Pola 353, 458.
Polangen 146.
Polen 47, 51 f., 59, 60, 64, 70, 78 f., 92, 98, 99, 105, 107, 121, 122, 123, 127 f., 130, 132, 133, 134, 140 f., 145, 146, 155, 179, 186, 187, 195, 197, 198 f., 204, 206, 231, 233, 238, 239, 241, 251, 257, 266, 277, 285, 286, 288, 308, 309, 321, 324, 332, 334 ff., 342 f., 347, 349, 352, 368, 370, 371, 380, 397, 405, 409, 412, 414, 420, 421 f., 424, 425, 426, 427, 430, 432, 448, 450, 451, 458, 459, 465, 466, 474, 477, 478, 483, 495, 505, 514, 515, 518, 519, 526, 532, 535, 539, 540, 542, 544, 559, 564, 568, 570, 571, 574, 579, 585, 594, 600, 602, 605, 612, 618, 621,

625, 627, 628, 631, 646, 657, 660, 664, 665 f., 667, 669, 671, 677, 678, 681, 684, 687, 688, 690, 691, 695, 698, 701, 702, 704, 713, 715, 621, 724, 726.
„Politiken“ 104, 136, 137.
Politzin 371.
Poliwanow 200, 278.
Polizei 18, 48, 101, 108, 306, 364, 384, 393, 394, 489, 525, 533, 631, 647, 672, 674, 691, 709, 710.
Polozk 542.
Poltawa 440, 481.
Pomaken 5.
Pommern 196, 692.
Pompilj, Generalvikar 275.
Pongratz, Abgeordneter 655.
Pont-à-Mousson 123.
Poperinghe 157.
„Popolo d' Italia“ 77.
Popow 493.
Popowic 63 f.
Porro, General 205, 242, 488, 589.
Porsch, Dr., Abgeordneter 92.
Port Arthur 46.
Porta Pia 161.
Portland 37.
Porto Lagos 218.
Portugal 104, 128, 176, 203, 274, 279 f., 323, 351, 419, 451, 506, 594, 667, 671, 690, 695.
Portugiesisch-Ostafrika 280.
Posen 79, 93, 140, 251, 687.
Posonby 40, 47 f., 296, 315, 443, 500.
Postwesen 48, 168, 246, 267, 283, 289, 290, 293, 332, 341, 366, 426, 495, 512, 513, 525.
Potiorek 84.
Potsdam 55, 410, 439, 456, 457, 476, 537, 538, 648.
Pourtales, Graf 456, 537.
Pozarevac 216.
Pozières 310.
Prag 64, 73 f., 212, 252, 342, 373, 387, 446, 478, 521, 532, 544, 551, 568, 569, 589, 627, 632, 637, 652, 655, 665, 673, 687, 704, 715, 718.
Pragmatische Sanktion 209, 226, 629, 656.
Prangins 691.
Prasek 342.
Prasznysz 79, 133, 145.
Prater 360.
„Prawda“ 582, 598.
Preetorius 116.
Premeti 107.
Presbyterianer 361.
Prespa-See 371, 421.
„Press Association“ 227.
Preßburg 673, 677, 717.
Preßfreiheit 150, 393.
Pretoria 109, 110.
Preuß Hugo, Dr. 649.
Preußen (Ost- und West-) 1, 6, 14, 34, 38, 44, 59, 60, 63, 70, 80, 85, 86, 88, 89, 92, 93, 94, 98, 121, 130, 133, 134, 140 f., 144, 147, 155, 156, 168, 176, 195, 208, 230, 238, 241, 243, 249, 252, 254, 258, 259, 260, 271, 277, 285, 288, 296, 301, 324, 325, 330, 336, 337, 348, 365, 366, 371, 394, 396, 397, 398, 405, 409, 410, 420, 434, 436, 439, 448, 454, 458, 465, 470, 475, 476, 483, 487, 488, 500, 501, 513, 530, 538, 539, 540, 542, 552, 554, 555, 565, 575, 588, 591, 592, 593, 595, 602, 605, 607 f., 618, 621, 631, 640 f., 647, 648, 649, 660, 663, 679, 687, 690, 729.
Preußische Jahrbücher 12.
Priesterwald 156.
Primór 170.
Princip 19, 20, 63, 64.
„Prinz Eitel Friedrich“, Schiff 148, 159.
Pripjetsümpfe 542.
Prischtina 232.
Prizrend 134, 232.
Prograder 179.
Propper 609.
Protestantismus 50 f., 69, 92, 96, 97, 99, 100, 102, 119, 252, 253, 255, 256, 508 f., 557, 669, 670, 675, 710, 722, 726, 728, 729.
Protic Stojan 666.
Protopopow 336, 391.
Prozesse 4, 7, 14, 36, 63 f., 85, 110, 133, 140, 149, 192, 212, 246, 299, 303, 309, 312, 319 f., 330, 343, 373, 388, 422, 445, 457, 462, 463, 471, 517, 537, 552, 596, 598, 603, 638, 652, 689, 694, 701, 716, 726.
Pruth 132, 145, 172, 221, 305.
„Pruth“, Schiff 67.
Przemysl (Festung) 53, 59, 60, 70, 79, 145, 154, 155, 172, 178, 198, 246, 251, 657.
Przibilla 252.
Psalmen (vgl. Bibelstellen) 352, 615.
Pskow (u. Pskowscher See) 394, 480, 533, 596.
Pulo-Pinang 61.
Pultusk 198, 542.
Pulver Max 727.
Purdy 577.
Putnik, General 32.
Puyi, Kaiser 245.
Pys 590.

Q.

Quarto 160.
Queenstown 174.
Quidde, Professor 490.
Quierk Mac 299.
Quirinal 82, 168.

R.

Racconigi 165, 167.
Rade M. 508.
Radek 529, 662.
Radetzky 165, 491.
Radkersburg 712.
Radko Dimitrieff 53.
Radom 59, 186.
Radoslawow 214, 218, 317, 318, 339, 519, 557, 574.
Radymno 172.
Radzanowo 121.
Raimondo 240.
Rain am Lech 95.
Rain, Vizebürgermeister 664.
Rajbrot 79.
Rakovsky 160.
Ram Bazias 232.
Ramsgate 283, 341.
Ramskapelle 61.
Rancourt 340.
Randa, Oberst 588.
Ranftl J. 98, 248, 250.
Rapagnetta 160.
Rapallo 488, 501.
Rapollo (bei Genua) 104.
Rasin, Dr. 353, 445, 532.
Rasputin 371.
Rathaus in Wien 211, 422, 477, 610.
Rathenau 267.
Raukofel 289.
Rava (Rawa) 60, 145, 240.
Ravenna 161.
Rawaruska 52.

Rawka 79, 121, 133, 156.
Redmond 56, 84, 102, 173, 263, 357, 539.
Reformation 508 f., 511, 669, 729.
Reggio d' Emilia 139.
Regout 203.
Reich Josef 251.
Reichenau 589.
Reichenberg 655, 665.
Reichmann 252.
Reichsackerkopf 146.
„Reichsanzeiger" 135.
„Reichspost" 373.
Reichstadt, Herzog von 96.
Reilly, Oberst 608.
Reims 52, 53, 57, 89, 123, 147, 253, 580, 616.
Reinhard Ewald 98, 670.
Reinstein Boris 426.
Remnycky 426.
Renaissance 98, 317, 373.
Renaudel 476.
Reni 235.
Rennell Rodd, Lady 161.
Rennenkampf 542, 565.
Renner Karl, Abgeordneter 407, 419, 520, 636, 653 f., 663, 680, 684, 690, 694 f., 703, 707, 709, 713, 715, 718, 721, 725.
„Reschadieh", Schiff 66.
Restif 728.
Rethel 47.
Reumann Jakob, Bürgermeister 664, 691.
Reuter, Konteradmiral 693.
Reutersches Büro 451.
Reval 66, 480, 524, 606, 711.
Revanchegedanke, französischer 2, 14, 42 f., 44, 120, 130, 224, 303, 323, 324, 330, 363, 514, 639, 651, 671.
Revertera, Graf 547 f.
Revolution 1848 300, 343, 633.
— Februar- (1848) 104.
— Französische (1789) 57, 103, 359, 395, 450, 464, 511, 731.
— Russische 6, 13, 122, 398, 399, 403, 407, 410, 411, 412, 413, 417—421, 424, 427, 430, 433, 437, 449, 441, 449, 455, 456, 471, 475, 477, 478–482, 495 ff., 500, 502, 506, 511, 516, 517, 529, 533, 541, 542, 574, 597, 606, 617, 618, 651.
Revolutionäres (Radikalismus und Republikanismus; vgl. auch Umsturz in Mitteleuropa) 5, 6, 18, 22, 24, 27, 33, 40, 49, 50, 58, 65, 77 f., 99, 102, 103, 109, 111, 125, 126, 130, 131, 132, 140, 161, 163, 167, 177, 192, 193, 200, 207 f., 224, 230, 248, 256, 262, 267, 270, 273 f., 278, 279, 281, 282, 285, 290, 292, 299, 302, 305, 306, 307, 308, 309, 341, 371, 373, 388, 390, 391 bis 397, 408, 413, 416, 417, 418 f., 421, 424 f., 438, 443, 450, 456, 466 f., 471 f., 474, 477, 478 bis 482, 496, 505, 510, 511, 512, 515 ff., 518, 519, 524, 525, 529, 531, 534, 535, 539, 556, 568, 572, 574, 582, 596, 598, 600 f., 602 ff., 609, 617, 634, 638, 640 ff., 643, 644, 645, 646, 647, 648, 650, 651—655, 657, 661 f., 663, 664, 665 f., 667, 668, 672, 673, 675, 676, 677, 679, 680 f., 683, 684, 685, 687 f., 690, 691, 692, 693, 695, 696 f., 699, 704, 708, 709 f., 711, 712, 715, 718, 720, 721, 723, 725, 727, 728, 729, 730.
„Revue des Deux Mondes" 255.
Rhein (Rheingrenze, Rheinland) 41, 55, 157, 221, 229, 238, 249, 251, 322, 439, 484 f., 540, 601, 611, 642, 679, 680, 687, 688, 690, 729.
Rhode Island 331.
Ribot 17, 399, 404, 420, 426 f., 457, 464, 548, 550, 560.
Ridder Bern 128, 129.
— Hermann 114, 234.
Rieger, Abgeordneter 695.
Rifaat, Dr. 104.
Riga 172, 195, 200, 204, 221, 233, 280, 371, 455, 466, 469, 508, 512, 542, 552, 606.
Ristori Adelaide 104.
Ritter, Baron 168.
Riva 270, 289.
„Rjetsch" 20, 26, 30, 159.
Robert Karl, Erzherzog 422.
— von Parma 639.
Roberts, Lord 4, 100.
Robertson 371, 530, 531.
Robespierre 103.
Roche 184.
Rochette 7.
Rockefeller 122.
Rödern, Graf 380.
Rodin August 147, 359 f., 508, 728.
Roditschew 393.
Rodzianko (Rodsjanko) 338 f., 391, 392 f.
Roeren 96, 98.
Rohrbach 253.
Rolland Romain 57 f.
Roloff 115.
Rom 15, 53, 82, 86, 90, 96, 98, 103, 118, 128, 161, 162 f., 167, 168, 169, 176, 231, 234, 237, 241, 248, 260, 270, 273, 279, 280, 287, 315, 330, 356, 358, 359, 371, 546, 547, 576, 671 f., 724.
— altes 433, 525, 730.
Romagna 18.
Romanelli, Oberstleutnant 697.
Romanen 626, 634, 672, 721.
Romanones 104.
Romantik 94, 115, 506, 669, 727.
Ronai 708.
Roosevelt 203, 249, 307, 313.
Roques 281.
Rorschach 680.
Rose, Kapitän 332.
Rosebery, Lord 56 f., 75, 126.
Rosegger Peter 579, 668.
Rosemeyer, Ingenieur 360.
Rosen, Baron 5.
Roshan 542.
Rösicke 416.
Rösler Aug. 98.
Rossija 6, 7.
Rossum van, Kardinal 253.
Rost Hans 96, 97 f., 669, 730.
Rostand Edm. 147, 668.
Rostow 480.
Roszner, Baron 212.
„Rotbuch", österreichisches 130, 153, 165 f., 184, 327, 714, 730.
Rote Garde 479, 495, 523 f., 532, 533, 535, 565, 571, 578, 652, 654 f., 661, 684.
Rotenturmpaß 322.
„Rotes Kreuz" 139, 596, 686.
Rouget de Lisle 185.
Rousseau 506, 728.

Rovereto 270.
Rowno 524.
Rozan 198.
Ruanda 300.
Rudolf von Habsburg 668.
Rufidji 190.
Rühle, Abgeordneter 143, 662.
Rumänien 4, 5, 8, 12, 14, 16, 47, 73 f., 99, 106, 107, 121, 125, 150, 176, 213, 214, 233, 234, 243 f., 251, 257, 273, 316 ff., 321 f., 323, 325, 326, 327, 328, 329, 330 f., 333, 339, 345, 348, 349, 351, 361, 366, 371, 372, 374 f., 384, 388, 405, 412, 413, 435, 455, 458, 464, 465, 469, 474, 477, 478, 485, 503, 507, 513, 517, 518, 519, 525, 535 f., 541, 545, 551, 552 f., 555, 556, 557 f., 564, 571, 575, 576, 577, 581, 584, 588, 593, 594, 598, 600, 602, 612, 615 f., 618, 628, 633, 641, 642, 657, 658, 660, 666, 667, 671, 678, 684, 690, 691, 695, 703, 708, 710, 713, 715, 722, 723, 724, 726, 727.
Runciman 528, 560.
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 46, 63, 706.
Russell B. 48.
Russin 17.
Rußland 2, 3, 4 f., 6 f., 9, 10, 12 f., 14, 15, 16 f., 18, 20, 21, 23, 24 ff., 27—35, 36, 37 f., 39, 40, 41, 42, 43, 44 f., 46 f., 48, 49, 51 f., 53, 55, 56, 57, 58, 59 f., 61, 62, 63, 64, 65 f., 67, 68, 69, 70 f., 72, 73 f., 78 f., 80 f., 82, 83, 84, 85, 86, 90, 98, 102, 103, 105 f., 107, 110, 117, 120, 121 ff., 125, 127, 130 f., 132, 133, 134, 138, 139, 141, 142, 144, 145 f., 149, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 163, 167, 170 ff., 174, 175, 177, 178 f., 184, 185, 186, 187, 190, 191 f., 193, 195, 196, 197, 198 f., 200, 203, 204 f., 206, 208, 214, 215, 216, 220, 221, 222, 223, 224, 227, 228, 233, 236, 238, 239, 240, 241, 242, 244, 247, 251, 259, 260 f., 262, 265, 271, 272, 275, 278, 280, 286, 288, 289, 292, 296, 297, 300, 301, 303, 305 f., 307, 308 f., 313, 314, 315, 318, 319, 321, 322, 323, 324, 325, 327, 328, 329, 330, 332, 334 ff., 337 ff., 343, 347, 349, 351, 352, 354, 358, 363, 364, 366, 367, 372, 375, 387 ff., 391 bis 397, 398, 399, 400, 401, 403, 405, 406 f., 408, 410, 413, 414 415, 417—421, 423 ff., 426, 427, 432, 333, 434, 435, 436, 437, 439, 440 f., 442, 443, 444, 448, 449, 450, 451, 453, 454—456, 457, 458, 465, 466 f., 469, 474 f., 477, 478—482, 483, 484, 485, 486, 488, 489, 492—495, 500, 501, 504 f., 508, 510 bis 514, 515 ff., 518, 520, 521, 522—526, 529, 530, 531, 532—536, 537, 538, 539, 540, 541 f., 545, 551, 552 f., 555 f., 558, 559, 560, 563, 564, 565 f., 571, 572, 573, 574, 576, 577 f., 581 ff., 584, 587, 593, 594, 595 ff., 600, 601, 605, 606, 608 f., 612, 617, 618, 620, 639 f., 642, 645, 647, 649, 651, 652, 656, 658, 660, 661, 662, 665, 666, 671, 674, 675, 677, 678, 679, 680, 683, 684, 685, 688, 691, 697, 698, 699, 701, 705, 706, 708, 711 f., 716, 717, 718, 719, 721, 722 f., 726, 727, 729, 730.
Rustschuk 317.
Ruthenen 4, 63, 99, 420, 422, 430, 445, 452, 458, 657, 666, 667, 681, 691.
Ryan Oneil 279.

S.

Saar Ferdinand v. 100.
Saargebiet 324, 439, 687, 692.
Sachalin 105.
Sacher Herm. 729.
Sachsen 252, 601, 638, 648, 669.
— -Gotha 648.
— -Koburg 648.
Sackvillestraße 290.
„Sacro Egoismo“ 166, 528.
Sagen und Legenden 232, 506.
Sagrado 177.
Said Halim Pascha 385.
Saint-Germain-en-Laye 690, 694 f., 701 ff., 707, 712, 713, 720, 721, 724, 725, 731.
— -Menehould 123.
— -Mihiel 53, 71, 123, 156, 385, 602, 616.
— -Privat 123.
— -Quen 103.
— -Quentin 47.
— -Saëns 147.
Sakariafluß 453.
Salandra 7, 77, 86, 150, 160 f., 162, 191, 219, 240, 270 f., 278, 305.
Salcano 340.
Salisbury 365, 539.
Salmas 70.
Salm-Horstmar, Fürst 588.
Saloniki 9, 12, 123, 146, 216, 218, 220, 225, 234, 241, 261, 262, 265, 271, 273, 280, 283, 289, 323, 324, 326, 329, 331, 339, 384, 477, 554, 620.
Salvador 686.
Salzburg 99, 292, 412, 636, 646, 655, 691, 725.
Samal 532.
Samara 401, 480, 496, 518, 525, 583.
Sambesi 53.
Sambre 47.
Samoa 687.
San 53, 59, 60, 70, 172.
San Franzisko 250.
— Giovanni di Medua 181, 260.
— Giuliano 7, 10, 15, 77, 163, 164, 166, 219.
— Marino 177 f.
— Martino 222, 280, 289, 330.
— Michele 186.
— Stefano 105.
Sandfluß 109.
Sandomierz 59.
Sandschbulak 79.
Sanitätswesen (vgl. „Rotes Kreuz“) 376.
St. Eloi 71.
— Gotthard 212.
— Louis 116, 268.
— Michael 251.
— -Pauls-Kirche in Berlin 92.
— — in Neuyork 299.

„St. Petersburger Zeitung" 66.
„Sankt Sebaldus" 506.
Sankt-Veit-Tag 19.
Sansibar 96.
Santa Maria 119.
— — degli Scalzi 233.
— — di Leuca 157.
Santi Quaranta 9, 16.
Sarai 79.
Sarajewo 19—22, 31, 32, 36, 63 f., 100, 120, 140, 163, 231, 256, 303, 363, 388, 502, 615, 650, 657.
Sarason 97.
Saratow 480.
Sarazenen 575.
Sarkotic v. 284, 615.
Sarrail 203, 262, 322, 326, 371.
Sasonow 13, 14, 16, 27, 28, 29 f., 45, 130, 191, 200, 238, 272, 301, 309, 371, 425, 457, 540.
Sasseno (Insel) 18, 65, 107, 164.
„Saturday Review" 248 f.
Satyenda Sinna 243.
Saudek Rud. 668.
Save 32, 53, 216, 226, 232, 261, 639.
Savoya, Villa 260.
Sawicki Franz 115.
Scapa Flow 304.
Scapabucht 724.
Scapinelli de Leguigno, Conte 334.
Scarborough 80, 126.
Scarpe 542.
Schabatz 45, 71, 216.
Schaeffer Hans 107, 360.
Schäffle 729.
Schanghai 110.
Schantung 138, 308, 694, 705.
„Scharnhorst", Schiff 53.
Schatt-el-Arab 70, 127.
Schauer, Minister 332.
Scheer v., Admiral 304, 595.
Scheich-ül-Islam 69, 86.
Scheidemann 104, 143, 237 f., 277, 286, 323, 328, 382, 407, 416 f., 438, 452, 454, 472 f., 508, 526, 529, 536, 621, 645, 648, 661, 662, 672, 676, 679, 683, 688, 692.
Schelde 272.
Scheler Max 253.
Scheluchin 560.
Schenk, Minister 355, 432.
Scherer W. 670.
Scherrer-Füllemann 300 f.
Schewtschenko Taras G. 107.
„Schicksalsbrunnen", Stuttgart 95.
Schidlowsky 393.
Schiele 252.
Schierstedt v. 188.
Schiffahrt (vgl. auch Marine) 18, 68, 82, 105, 111, 114, 126, 135 ff., 139.
Schiffer, Dr. 382 f., 676.
Schiiten 68.
Schilinsky, General 242.
Schiller 95.
Schimmelpfennig 251.
Schingarew 393.
Schio 58.
Schirwindt 60.
Schitomir (siehe unter Zitomir).
Schlaf Joh. 668.
Schlegel Friedrich 115.
Schlesien 79, 174, 450, 535, 560, 579, 663, 666, 692, 695, 704.
„Schlesische Volkszeitung" 92.
Schleswig-Holstein 14, 104 f., 141, 251, 283, 477, 508 f., 687, 692.
Schlettstadt 146.
Schluderbach 289.
Schmidt Rob. 645.
Schmitt Fr. Jak. 670.
Schmoller Gust. 507.
Schmuden 107.
Schnepfenriethkopf 156.
Schnürer Franz 729.
Scholastik 97.
Scholer 95.
Schönaich-Carolath, Prinz 14, 438.
Schönau 544.
Schönbrunn 178, 210, 228, 265, 284, 653.
Schönburg, Prinz 168.
Schottland 105, 135, 158, 249, 361.
Schraffl, Abgeordneter 634, 695.
Schrameier 245.
Schreiner, Frau 567.
Schriftzeichen 234 f.
Schrönghamer-Heimdal 728.
Schrörs H. 99, 253.
Schtscheglowitow 122.
Schuckmannsburg 53.
Schuhmeier Franz 652.
Schuitdrift 110.
Schüler Gustav 98.
Schurz Karl 116.
Schützenwesen und -vereine 24, 51, 275, 373, 386, 387.
Schuwajew, General 278, 339.
Schwarzau (Schloß) 272, 592.
Schwarzenbergplatz (Wien) 251.
Schwarzes Meer und Schwarze-Meer-Flotte 4, 13, 67, 68, 79, 130, 244, 453, 481, 519, 535, 553, 563, 606, 643, 666.
Schweden 4, 7, 13, 107, 121, 136, 137, 148, 179, 190, 191, 195, 247, 266 f., 276, 300, 313, 351, 379, 419, 452, 517, 520, 622, 629, 686, 728.
Schweitzer G. 99.
Schweiz 71, 104, 115, 121, 144, 168, 175, 195, 203, 213, 227, 236 f., 251, 275, 284, 297, 300 f., 321, 325, 333, 351, 364, 379, 419, 427, 435, 517, 519 f., 547, 548, 606, 613, 616, 622, 658, 666, 667, 679, 680, 681, 684, 686, 691, 696, 705, 716, 719, 721, 722, 725, 727.
Schwerin 647.
— -Löwitz v., Graf 63, 176, 258, 371.
Schwob 356.
Scipio 205.
Scott Percy, Sir 382.
Sebastian L. 670.
Sebastopol 67, 70, 565.
„Secolo" 349.
Sedan 133, 187, 508.
Seddil Bahr 182, 264 f.
Seeber Josef 250.
Segur-Cabanac Viktor, Graf 98.
Seidl 361.
Seidler, Ministerpräsident 432, 445, 459, 481 f., 520 f., 532, 566, 578, 579, 588 f.
Seifert F. 100.
Seipel Ignaz, Dr. 635, 717.
Seitz Karl, Abgeordneter 407, 419, 520, 633, 636, 652, 653, 663, 680, 695, 703, 707, 709 f., 717.
Selac 179.
Selborne, Lord 126, 173.
Seliger Jos. 718.
Selmar Werner 95.
Selouse (Wald) 156.

Selz 222, 289.
Sembat 65, 104, 134, 220.
Semendria 232.
Semlin 30.
Semmelweis Ignaz 668.
Senegal 125, 156, 218, 580.
Senet, Admiral 157.
Senlis 65, 147.
Sennheim 78, 123.
Seno San Giorgio 201.
Senussi 178, 243, 270, 329.
Sephardim 373.
Serbien 5, 8, 9, 10, 18 bis 25, 27—35, 36, 37, 40, 42, 45, 48, 49, 50, 53, 57, 58, 60, 62, 64, 67, 71, 79, 81, 83, 84, 86, 88, 102, 105, 106, 107, 117, 120, 123, 125, 128, 134, 144, 146, 150 f., 154 f., 157, 162, 163, 164, 166, 170, 179, 184, 185, 199, 200, 203, 213, 214—219, 221, 229, 231 ff., 234, 235, 237, 238, 240 f., 242, 244, 248, 251, 254, 259, 260, 261, 262, 266, 271, 273, 280, 289, 297 f., 303, 313, 318, 322, 323, 324, 326, 329, 330, 339, 346, 349, 351, 363, 364, 366, 372, 374, 388, 396, 406, 420, 425, 430, 450, 457 f., 465, 474, 477, 478, 485, 504, 513, 518, 538, 546, 549, 568, 581, 583, 600, 609, 620, 626, 637, 639, 641, 650, 651, 656, 657, 663, 664, 665, 666 f., 671, 673, 677, 681, 684, 695, 700, 703, 723, 725.
Sereje 145.
Sereth 60, 132, 306.
Serre 385.
Serres 326.
Sert 320.
Serti, Oberleutnant 592.
Setzl 179.
Seuchen 222, 274, 297.
Sever Albert 691.
Sevin Ludwig 99, 248.
Sewrjuk 522.
Seyda 564.
Seymour, Admiral 100.
Sezession 667.
Shakespeare 116, 361.
Shaw Bernhard 196, 360, 451.
Sheffield 274.
Sheringham 124.
Sherman 111.
Shetlandsinseln 135.
Shukowski 558.
Shu She Tschang 609.
Siam 443, 671, 687, 690, 695.
Sibirien 84, 105, 192, 204, 272, 315, 352, 394, 517, 518, 525, 531, 539, 555 f., 574, 578, 581, 583, 596, 597, 617, 640.
Sieben Gemeinden 305, 435, 458, 491, 503, 532.
Siebenbürgen 8, 244, 251, 321, 323, 325, 327, 330, 341, 464, 638, 667, 691, 723, 727.
Siedlungswesen 202 f.
„Siegfried Balder“ 730.
Siegfriedstellung im Westen 615.
Sieniawa 172.
Sienkiewicz 321.
Sierpc 121, 133.
Siewers 542.
Silesius Angelus 507.
Siljak 71.
Sillian 327.
Simferopol 536, 556.
Simon H. 508.
Sinaihalbinsel 384, 401, 410, 483.
Sinapremte 578.
Singapore 61, 138, 506.
Sinnfeiner (vgl. Irland) 539.
Siwas 453.
Sixtus von Bourbon 549 f.
Sizilien 100, 160, 231, 501.
Skagerak 303 f., 307, 311.
Skandinavien (vgl. Schweden und Norwegen) 104 f., 276, 379, 419, 441, 449, 496.
Skerlecz 209, 211, 245.
Skierniewice 60, 145, 156, 172.
Sklaverei 361, 366, 404, 506.
Skobelew 192, 418, 474.
Skoplje 232.
Skoropadski 558, 605 f., 667.
Skrwa 133.
Skuludis, griechischer Ministerpräsident 233, 242, 289, 306.
Skutari 12, 179, 241, 251, 259, 261.
Slatoust 578.
Slawismus (Panslawismus) 4, 5, 12 f., 21, 22, 25, 26, 28, 31, 34, 45, 48, 50, 56, 64, 73 f., 81, 105 f., 122, 131, 187, 196, 211, 214, 215, 226, 244, 254, 261, 315, 366, 374, 387, 394, 405, 413, 420, 422, 430, 446 f., 459, 460, 466, 467, 477, 504 f., 522, 544, 551, 555, 566, 569, 570, 598, 600, 602, 626, 627, 629, 630, 633, 634, 637 f., 641, 652, 655, 656 f., 660, 663, 666 f., 672, 678, 681, 682, 695, 701, 704, 706, 713, 715, 720, 724.
Slawonien (vgl. Jugoslawien) und Slowenen 15, 19, 200, 211, 233, 245, 251, 360, 374, 402, 430, 445, 452, 458, 459, 460, 567, 568, 579, 625, 637, 641, 656, 657, 666, 673, 681, 684, 690, 695, 696.
Slowaken (vgl. Tschechoslowakei) 366, 405, 430, 458, 521, 522, 532, 570, 589, 617, 632, 641, 656, 657, 666, 667, 673, 677, 681, 696, 704, 726.
Smeral 342, 375.
Smillie 577.
Smith, Lord 173, 443.
Smolensk 609.
Smolnik 145.
Smuts, General 548, 693 f., 700, 716.
Smyrna 3, 69, 149, 697.
Snowden 8, 175, 236, 271, 443, 575.
Sobieski Johannes, König 51.
„Socialdemokraten“ 427.
Socialist Labour Party 426.
— Party 426.
— Territorial Party of Jewish Workers 426.
Soden, Freiherr v. 93.
Sofia 150, 213, 214, 241, 284, 339, 464, 476, 562, 620.
Soissons 61, 71, 123, 147, 483, 566, 569, 580.
Sokolbund 24.
Sokolniki Mich. 52.
Sokolnikow 524, 532, 534.
Soldau 70.
Solf, Dr. 197, 203, 237, 284, 300, 505 f., 593 ff., 599, 621, 624, 649, 650, 663.
Sombart Werner 97.
Somme 309 f., 318, 322, 327, 331, 338, 340, 353, 385, 400, 507, 570, 580, 590, 591, 602, 615.

Sommerlad Theo 668.
Somora 578.
Sonnino Sidney 77, 86, 161, 164, 166, 239 f., 278, 288, 305, 347, 371, 399 f., 433, 476, 483 f., 488, 530, 560, 659, 686.
Sophie, Königin von Griechenland 435.
— von Hohenberg 19—25.
Sophistik 682.
Sorbonne 658.
Sorge Reinh. 727.
Sosnosky Th. v. 98.
Soupir 71.
Southend 78, 173, 566.
Southwark 365.
Southwell Rob. 116.
Southwold 372.
Sozialdemokratie 4, 5, 13 f., 21, 36, 38, 39, 41 f., 45, 53, 54, 57, 63, 65 f., 77, 78, 81, 82, 86, 92, 93 f., 97, 106, 122 f., 126, 128, 130, 131, 134, 139, 140, 141, 143, 150f., 159 f., 161, 162, 167, 175, 176, 177, 185, 192, 197 f., 204, 219, 220, 236, 237 f., 239, 240 f., 253, 258, 259, 263, 266, 272, 276, 277 f., 286, 297, 302, 305, 315, 323 f., 328, 329, 330, 333 f., 336, 338, 342, 346, 347 f., 349, 352, 365, 369, 371, 380, 382, 383, 387, 393, 397 f., 400, 405, 407 f., 415, 416, 417, 418 ff., 422, 425 bis 427, 436, 438, 439, 440 f., 444, 449, 450, 451 f., 453, 454, 459, 464, 467, 471 ff., 476, 477 f., 482, 487, 501, 502, 507, 516 f., 520 f., 526, 528, 529, 530, 531, 534, 536, 555, 568, 573, 502, 586, 588, 602, 607, 621, 626, 627, 628, 631, 633 f., 636, 646 f., 648, 650, 651, 655, 657, 660, 661 ff., 664, 667, 672, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680 f., 683, 684 f., 687 f., 691, 694, 695, 696, 697, 699, 703 f., 705, 706, 708, 709 f., 711, 715, 716, 717 f., 719, 721, 723, 724, 726, 727, 728, 729, 731.
Sozialpolitik 7, 11, 87, 91, 96 f., 230, 236, 245 f., 252, 253, 346, 369, 376, 386, 393, 399, 402, 407, 409, 415, 418, 431, 433, 439, 441, 473, 477, 505, 507, 521, 530, 558, 569, 577, 597, 604, 621, 636, 648, 662, 666, 669, 675, 679, 680, 681, 683, 685, 686, 691, 692, 699, 703, 705, 718.
Spaa 700.
Spahn Martin 4, 14, 81, 143, 197, 249, 328, 417, 454, 474.
— Peter 286.
Spandau 188.
Spanien 104, 121, 128, 184, 194, 225, 255, 274, 300, 351, 379, 410, 411, 419. 449, 476, 595, 618, 682, 686, 690, 698.
Sparkassen 142, 650.
Spartakusbewegung 645, 661, 662, 672, 679, 689, 690.
Spee, Graf v. 71, 80, 94, 98.
Spitäler 103, 119.
Spithead 36.
Spitteler K. 104.
Spitzbergen 205.
Spitzmüller 355, 432, 614, 615.
Sportwesen 2, 93.
Sprachenfragen 6, 9, 14, 19, 51, 58, 73, 99, 121, 140 f., 154, 163, 179, 226, 238, 252, 266, 386, 399, 402, 409, 421, 430, 446, 505, 507, 519, 522, 529, 560, 579, 589, 618, 626, 632, 651, 656, 663, 666, 672, 678, 681, 686, 695, 717, 723, 726.
Sprengler H. 669.
„Stabat mater" 256 f.
Stach Ilse v. 115.
Stadthagen 277.
Stahlberg, Professor 705.
Stajere 567.
Stallupönen 70.
„Stamboul" 67.
Stambul (siehe unter Konstantinopel).
„Standard" 365.
„Standarte" 668.
Stanek 342, 375, 402, 429 f., 551 f., 628.
Stanislau 444, 681, 684.
Stapinski 430.
Starowo 179.
Stary-Sambor 60.
„Statesman" 238.
Statistisches 17, 25, 95, 107, 139, 228, 238, 263, 274, 276 f., 311, 313, 319, 341, 356, 357 f., 360, 372, 378, 384, 401, 409, 416, 423, 444, 458, 460, 469, 507, 516, 541 f., 556, 566, 581, 591, 602 f., 660, 664, 672, 675, 677, 678, 684 f., 688, 689, 696, 698, 704, 716, 717, 719, 723, 727.
Stauning 128.
Stawropol 563.
Steenstraat 156.
Stefanik 632.
Stefanowitsch, Oberst 242.
Steffen Gustav 247, 728.
Stegerwald 91, 474.
Steiermark 567, 655, 690, 691, 695, 712, 715, 717, 721.
Steig Reinh. 252.
Stein Ludw. 251.
Stein, Freih. v. 44, 331, 471, 508.
Steinbach 78, 123.
Steiner Leop. v. 655, 664, 704.
Steinhausen 97.
Steinwender, Abgeordneter 412, 634, 636.
Stephan der Heilige (König von Ungarn) und Sankt-Stephans-Krone 212, 354, 657, 719.
„Stephana Schwertner" von Enrica v. Handel-Mazzetti 248, 252.
Sternheim C. 728.
Steuerangelegenheiten (Gesetze) 4, 5, 99, 101 f., 232, 399, 419, 474, 614 f., 664, 676, 699.
Stifter Adalbert 670, 728.
Stiftungen (vgl. Wohltätigkeit) 122.
Stilfserjoch 298, 467.
Stilicho 94.
Stiller Ozean 111, 114, 150, 532.
„Stimme, Die", von Hermann Bahr 506.
„Stimmen aus Maria Laach" (später „Stimmen der Zeit") 115 f., 252—257, 359, 508, 509, 668.
Stjepanowic 64.
„Stock im Eisen" (Wien) 251.
Stockholm 4, 137, 237, 271, 419, 423, 425—427, 441, 450 ff., 464, 476, 477, 501, 586.

Stockmann 98, 253.
Stöger-Steiner 412, 627.
Stolberg 730.
Stölzle 669, 670.
Stone, Senator 269, 339.
Strachwitz, Graf 188.
Stransky 342, 532.
Straßburg 541, 723.
Strassoldo 170.
Sträter Aug. 98f.
Strauß Rich. 103.
Streiks und Ausstände 18, 36, 154, 180, 189, 193, 213, 393, 422, 520f., 522, 528, 529f., 556, 647, 679, 699, 704.
Streit, Dr. 9, 106.
Strempel, Oberst 15.
Stresemann 277, 454, 631.
Stricker, Abgeordneter 695.
Ströbel, Abgeordneter 336.
Struga 241.
Struma 326, 329, 371
Strumica 216.
Strutt, Oberstleutnant 680.
Stryi 60, 155.
Strypa 233, 241.
Stschegbowitow 392.
Stuart, Haus 100.
Studenten und -Verbindungen 66, 104, 200, 595, 648, 727, 730.
Stürgkh 22, 99, 179, 209f., 211, 226, 228, 284, 333f., 422, 652.
Stürmer 272, 309, 339.
Stull 141.
Stumm 258, 454.
Sturdee, Vizeadmiral 80.
Stuttgart 95, 206, 297, 604, 672.
Stychel 526.
Styr 233, 305f.
Sucha 121.
Suchawola 133.
Suchomlinow 6, 16, 34, 178, 278, 391, 457, 462, 463, 502, 537, 540.
Suczawa 74, 132.
Sudabai 289.
Sudan 329.
Südekum 439.
Sudermann 95.
Sudeten 633, 653, 655, 665, 690, 695, 715.
Sudowski 440.
Suezkanal 70, 127, 141, 148, 216, 292, 329, 477, 512f.
„Suffren", Schiff 353.
Suganatal 289, 435.
Sulkewitsch 574.
„Sultan Jawus Selim", Schiff (siehe auch unter „Goeben", Schiff) 66, 79.
„Sultan Osman", Schiff 66.
Sungjujen 110.
„Sussex", Schiff 290, 292.
Susterfic, Dr. 374.
Suttner Berta v. 99.
Suvobor 71.
Suwalki 59, 133, 146, 156.
Suwlabai 242.
Sven Hedin 155, 254.
Svinhufvud 496.
Swakopmund 61.
Sybel 729.
Sychrava 564.
Sykes Mark. 8.
Syllabus 673.
Sylvester, Dr., Abgeordneter 370, 636.
Syrakus 104.
Syrien 4, 248, 274, 329, 366, 453, 519, 528, 643, 660, 671, 726.
Syrmien 53, 233.
Szamuely Tibor 709.
— Zoltan 709.
Szapary 27.
Szawle 172.
Szechenyi 140.
Szegedin 710.
Szittkehmen 70.
Szombathely 361.
Sztropko 155.
Szurdukpaß 321.

T.

Tabakmonopol 725.
Täbris 571.
Tacitus 416.
Taft 183.
Taganrog 565.
Tagliamento 468, 490.
Tahiti 53.
Taigan 578.
„Takatschio", Schiff 61.
Take Jonescu 465.
Talaat Pascha 385.
Tanew 52.
Tanga 72, 127.
Tanganjika-See 234, 300.
Tangotanz 103.
Tankosič Voja 23.
Tanks 473, 483, 507, 543, 556, 570, 580, 590, 616.
Tann (Oberelsaß) 123.
Tann, von der 168.
Tannenberg 46, 534, 541.
Tannwald 544.
Tanzkunst 103.
Tarent 435.
Tarnopol 444.
Tarnow 132, 172, 534, 542.
Taschkent 518.
Taskin 392.
Tataren und Tatarien 107, 131, 170, 518, 525, 571, 583, 618.
Tatawin 320.
Tatischew 574.
Taurien 536, 556.
Tauris 481.
Taurischer Palast 495, 515.
Tauroggen 133, 146.
Taurustunnel 643.
Technik 116, 126, 206, 221f., 233, 313, 358, 385, 444, 720.
Tegetthoff 165.
Telegraphie (Funken- und drahtlose Telegraphie) 48, 53, 94, 111, 139.
Temal 179.
Templerturm 263.
„Temps" 134, 135, 271, 308.
Tenedos 5, 149, 453.
Tennant 281.
Teplitz 544.
Terapia 513.
Terauchi 555.
Terek und Terekkosaken 563, 574, 617.
Tereschtschenko 393, 418, 424, 439, 454, 474, 475.
Terlage, Graf 179.
Termonde 52.
Teschen 677, 711, 715.
Tessin 203.
Tetschen 544.
Teutonen 191, 256.
Tewfik 697.
Texas 389, 613.
Thasos 306.
Theater 93, 104, 252, 455, 509, 568, 668, 675.
„The Fatherland" 128.
Theiß 226.
Themse 78, 202, 274, 283, 337, 385, 411.
„The Nation" 47f.
Theologie 99, 508, 729.
Theresienwiese (München) 646.
Thessalien 353.
Thiancourt 616.
Thoma Hans 669, 728.
Thomas Albert 207f., 220, 299, 371, 424, 439.
— von Aquin 252, 669, 673.

Thompson 426.
Thorne Hyndnan 134.
Thrakien 453, 518.
Thronreden 15, 40 f., 56, 234, 259, 266, 428 f., 432, 436, 439, 520, 530, 574, 575, 620, 644, 674, 723, 726.
Thureau-Dangin, P. 254.
Tibet 425.
Tichon 496.
Tientsin 391.
Tigris 128, 134, 385, 571.
„Tijd" 356.
Tille Armin 507.
Tilly, Feldmarschall 95.
Tilsit 647.
„Times" 32, 57, 64, 65, 76, 85, 148, 157, 173 ff., 178, 179 f., 223, 233, 268, 274, 315, 439, 598.
Timok 216.
Tirana 273.
Tirol 162, 164, 170, 171, 177, 179, 186, 201, 242, 251, 273, 298, 309, 331, 373, 374, 385, 444, 467, 470, 503, 552, 566, 645 f., 655, 680, 690, 691, 695, 696, 715, 717, 725, 726.
Tirpitz 3, 4, 18, 82 f., 251, 277, 284, 321, 508, 730.
Tisza Koloman 212.
— Stephan 4, 22, 24, 33, 74, 99, 120 f., 160, 177, 209, 210 f., 219, 228, 245, 266, 284 f., 303, 308, 344, 375, 382, 388, 421, 422 f., 456, 615, 634, 635, 638.
Tivoli 169.
Tixeront, J. 98.
Tkatschenko 558.
Toblach 327.
Tobolsk 455, 563, 582.
Tode Henry 98.
Todesstrafe 394, 479, 680, 684.
Todorow 232.
Toggenburg, Graf 521.
Tokio 490.
Toller 701.
Tolmein, Brückenkopf 222, 280, 289, 421, 467.
Tolstoi Leo 122.
Tomaczow 46.
Tomsk 525.
Tonich, Patriarch 524.
Torbole 242.
Toronya-Paß 59.
Torpedos und Torpedobootzerstörer 61, 80, 202, 283, 290, 303 f., 311, 332, 372, 385.
Torre 287.
Toul 156, 472.
Tournier 115.
Townshend 291.
Towse 48.
Trafalgar 202.
Trafoi 467.
Trajan, Kaiser 507.
Trakl Georg 727.
Trampczynski v. 140.
Transdanubien 719.
Trapezunt 138, 292, 453, 544.
Trapp G. v. 157.
Traub 508.
Trautmann K. 98.
Trauttmannsdorf, Fürst 386.
Trebinje 186.
Trentino 163, 205, 251, 323, 450, 560.
Trepow 339, 352, 371, 640.
Trevelyan 43, 55, 231, 271.
Treves 86.
„Tribuna" 50, 330.
Trient 201, 270, 309, 373, 584.
Trier 251, 306, 324, 676.
Triest 10, 15, 19, 99, 162, 163, 233, 234, 251, 254, 270, 289, 323, 353, 373, 437, 450, 458, 459, 460, 468, 469, 492, 541, 560, 567, 584, 628, 656, 666, 670.
Trimborn 645.
Tripolis 15, 50, 162, 167, 187, 270, 313, 320, 363, 425, 449, 643, 725.
Trnka 355, 432.
Trnn 214.
Troelstra 451 f., 464.
Troeltsch 97.
Troppau 665.
Trotzki 475, 478—482, 510, 511, 512, 515, 518, 523, 524, 526, 529, 535, 542, 556, 578, 583, 596, 691, 697, 727.
Troubidge 719.
Truste 111, 246.
Tschaplinka 556.
Tscharykow 574.
Tschechen und tschechoslowakische Republik 55 f., 64, 99, 107, 212, 245, 342, 366, 373, 375, 387, 402, 405, 415, 430, 445, 446 f., 452, 458, 469, 477, 478, 504 f., 509, 521 f., 532, 540, 546, 551 f., 556, 564, 568, 569, 570, 577 f., 579, 581, 582, 583, 589, 594, 596, 597 f., 589, 596, 597 f., 600, 602, 603, 606, 610, 614 f., 616, 617, 626, 627, 628, 629, 632, 635, 637, 640, 641, 642 f., 644, 645 ff., 653 f., 655, 663 f., 665 f., 667, 671, 673, 674, 676, 677, 678, 680, 681, 684 f., 687, 688, 690, 694, 695, 696, 702, 704, 710, 711, 712, 713, 715, 718, 721, 724, 725, 726.
Tscheidze 131, 204, 272, 393, 407, 456, 466 f.
Tscheljabinsk 578.
Tschenkilow 192.
Tscheremissen 107.
Tscheremissow 458.
Tscherkessen 170.
Tschermojew 563.
Tschernigow 481.
Tschili 308.
Tschirn 96.
Tschitscherin 535, 578, 596, 597, 608, 639.
Tschornfluß 79.
Tschungusen 170.
Tschuwaschen 107.
Tsingtau 48, 53, 61, 72, 111, 143, 198, 520.
Tuliokow 131.
Tullamore 84.
Tunis 15, 67, 100, 320, 580, 725.
Turati 150, 162, 240, 277 f., 347, 400, 476.
Turka 59.
Türkei 2, 3, 5, 7, 8, 9, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 32, 59, 66 ff., 77, 79, 80, 98, 106, 107, 108, 110, 117, 123 f., 127, 130 f., 138, 141, 144, 148 f., 151, 159, 162, 166, 167, 175, 182, 187, 191, 198, 199, 201, 203, 206, 213, 214, 215, 216, 217, 219, 221, 224 f., 228, 232 f., 238, 254, 256, 258, 261, 264 f., 270, 272, 275, 284, 288 f., 291 f., 297, 300, 307, 309, 313, 317, 320, 322, 323, 329, 330, 332, 338, 339, 354, 360, 363, 365, 366, 367

373, 377, 385, 401, 407, 409, 434, 437, 441, 443, 448, 450, 453 f., 462, 469, 470, 474, 477, 483, 488, 493, 497, 498, 500, 514, 518, 519, 520, 525, 528, 533, 544, 552, 555, 556, 557, 562, 566, 571 f., 574, 575, 585, 596, 600, 603, 611, 617, 622, 639, 643, 660, 681, 687, 697, 714, 719, 722, 723, 726.
Türkenschanzpark (Wien) 728.
Turkestan 69, 394, 518.
Turkmenen 125, 170.
Turkos 156.
Turner, Kapitän 174.
Turn-Severin 339, 360, 557.
Turtle-Bai 159.
Tusar 628, 637, 652 f., 704, 725.
Tuzar 342.
Tyne 156.
Typhus 358.

U.

Übersberger Hans 357.
„Überwindung der Plutokratie“ von J. Eberle 670.
U-Boot IX 53.
Udine 467, 468.
Udrzal 342.
Ufa 496, 518, 583.
Ugron 423.
Uhland 706.
Ukraine 63, 64, 73 f., 107, 131, 204, 248, 342 f., 387 f., 405, 426, 440 f., 450, 455, 475, 480 f., 496, 501 f., 510—512, 516, 517, 522—526, 532, 533, 534, 536, 539, 540, 541, 544, 552 f., 555, 556, 558 bis 560, 574, 579, 592, 594, 595, 602, 605 f., 617, 618, 628, 633, 638, 657, 658, 665 f., 667, 670, 681, 683, 684, 691, 697, 701, 721, 727.
Ukrasow 393.
Ulsterbewegung 36, 37, 100 f., 102.
Ultimaten (s. unter Noten).
Ulysses 360.
Umano 176.
Umfrie 175.
Umsturz in Österreich und Deutschland im Jahre 1918 386, 414, 445, 459, 531, 619, 622, 633—639, 640, 644, 645 f., 651 bis 655, 682, 687, 701, 706, 720, 728, 730, 731.
Ungarn 4, 8, 14, 22, 24, 33, 47, 53, 59, 60, 65, 73, 74, 79, 84, 99, 108, 120, 127, 140, 155, 159, 160, 166, 170, 171, 172, 174, 177, 197, 198, 209 ff., 212, 213, 216, 226, 228, 241, 244, 245, 246, 248, 250, 252, 254, 260, 261, 266, 284 f., 287, 300, 303, 315, 316, 318, 326, 328, 330, 338, 342, 344, 354 f., 361, 364, 372, 373, 374, 375 f., 386, 387, 388, 394, 405, 406, 407, 408, 413, 415, 420, 422 f., 425, 427 f., 429, 432, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 452, 457, 460, 469, 470, 477, 488, 498, 505, 506, 513, 518 f., 521, 522, 529, 532, 533, 535, 547, 548, 550, 556, 557, 561 f., 564, 569, 583, 596, 597 f., 602, 609, 610 f., 613, 615, 622, 624, 626, 627, 628 f., 630, 632, bis 639, 640 f., 643, 652, 655, 656, 657, 658, 660, 663, 664, 666, 667, 672, 673, 677, 680 f., 683, 684, 691, 696 f., 702, 703, 704, 707, 708 ff., 711, 714, 715 f., 718, 721, 722, 723, 725.
„Union“ 64, 73 f.
Universitäten (s. auch Studenten und Akademien) 2, 12, 15, 17 f., 40, 54, 94, 99, 100, 102, 212, 226, 233, 246, 410, 412, 610, 670.
Unruh Fritz v. 728.
Unterrichtswesen 4, 16, 23, 43, 69, 73, 92, 96, 103, 110, 111, 140, 151, 204, 235, 253, 301, 334, 361, 385, 410, 423, 433, 524, 569, 579, 589, 610, 636, 652, 673, 680, 685, 718, 723, 724, 729.
Unterseeboote (Unterseebootkrieg und -frage) 53, 56, 61, 65, 72, 77, 79, 80, 82 f., 114 f., 125 f., 127, 135, 137 f., 141, 147 f., 154, 157, 158, 174, 175, 181, 185, 189, 191, 201, 208, 223, 224, 225, 228, 230, 233, 238 f., 242, 243, 250, 262, 263, 268, 274, 277, 282 f., 286, 290 f., 292—296, 300, 303, 311 f., 319, 327, 328, 329, 331 f., 341, 353 f., 362, 364, 366, 371, 372, 376, 377, 378 ff., 381, 382 f., 384, 389, 396, 397, 398, 401, 402 ff., 410, 411, 414, 433, 436 f., 438. 442, 444, 452, 454, 457, 467, 469, 473, 475, 483, 485, 491, 492, 499, 504, 540, 544, 563, 566, 578, 589, 591, 594, 595, 603, 605, 617, 621, 624, 640, 642, 644, 720.
Ural 65, 495, 518, 525, 581 f., 617.
Urban, Minister 355, 432.
Uritzki 609.
Uruguay 419, 476, 671, 695.
Usciecżko 280.
U.-S.-Steel-Corporation 246.
Ustrogow 574.
„Utro“ 105.
Uzice 71.
Uzsoker Paß 53, 59, 79, 121, 145, 155.

V.

Vaalfluß 110.
Vaccalluzo 256.
Vailly 61.
Vairasse 728.
Vajda 8.
Valfré di Bonza Teodoro 334, 612.
Valjevo 71.
Valona 3, 59, 107, 162, 164, 241, 260, 261, 271, 273, 433.
Valsugana 373.
Vandervelde 65, 219, 276.
Vanutelli 168 f.
Varberg 191.
Varennes 53, 78.
Vatikan 87, 89, 119, 128, 147, 168, 176, 240, 248, 256, 258, 330, 359, 660.
Vaux 274, 289, 341.
Veles 232.
Venedig und Venetien 7, 15, 59, 103, 161, 170, 233, 254, 315, 318, 433, 458, 490 f., 532, 638.
Venezuela 686.

Venizelos 5, 9, 106, 107, 151, 203, 217, 228 f., 331, 338, 339, 353, 360, 435, 686.
Veracruz 112.
Verdun 52, 53, 274, 280 f., 289, 298, 306, 309 f., 318, 329, 331, 341, 453, 458, 467, 473, 483, 504, 570, 615, 714.
Vereeniging 109.
Vereine, Vereinigungen und Verbindungen 10, 23, 24, 66, 77, 88, 92, 139, 143, 144, 204, 223, 250, 252 f., 275, 393, 395, 412, 489, 502, 507, 509, 512, 538, 577, 595, 718, 721.
Vereinigte Staaten von Nordamerika 14, 48, 53, 62, 67, 75, 76, 82, 83, 94, 111—116, 117 f., 121, 122, 125, 126, 129, 136 f., 139, 146, 147 f., 150, 151, 152 ff., 157 f., 174, 175, 176, 180, 181, 182 ff., 189 f., 191, 192, 194, 197, 202, 203, 206, 208 f., 213, 223, 224, 225 f., 233, 234, 237, 238, 243, 244 f., 246, 249, 250, 267 ff., 279, 282 f., 285, 290 f., 292 bis 296, 297, 299 f., 307 f., 312, 313, 319, 320 f., 328, 330, 332 f., 339, 341 f., 349 ff., 352, 355 f., 358, 362, 364, 366, 368 f., 376 f., 378 ff., 382 f., 388, 390 f., 395, 396, 397, 402 ff., 407, 408 f., 410 f., 412, 413 f., 416, 419, 420, 423, 434 f., 436 f., 444, 448 f., 450, 456, 460, 462 f., 464, 577, 482, 485, 486, 488 ff., 497 f., 500, 501, 504, 507, 520, 526 f., 530, 531, 539 f., 554 f., 560, 563, 565, 570, 571, 574, 576, 577, 580, 581, 583, 586, 589, 591, 592, 596, 597, 598, 600 f., 602 f., 609, 612, 613, 618, 622, 623 f., 625 f., 628 f., 630, 631, 635 f., 737, 638, 639 f., 644, 650 f., 660, 665 f., 671, 673, 674, 677 f., 682, 687, 688, 690, 691, 695, 698, 705 f., 710, 713, 714, 716, 719 ff., 723, 724, 726, 727, 729.
Verfassungsfragen u. Konstitutionen 76, 78, 91, 96, 100, 104, 110, 112, 122, 143, 149, 184, 204, 212, 227, 235, 245, 249, 253, 257, 266, 275, 288, 296, 306, 309, 334 ff., 344, 354, 355 f., 373, 375, 376, 386 f., 393 ff., 402, 407, 409, 419, 423, 428 ff., 432, 433, 435, 440, 441, 442 f., 446, 459, 460, 466, 474, 475, 478—482, 484, 486, 490, 494, 495 ff., 499, 503, 515 ff., 518, 521, 525, 547, 558 ff., 567 ff., 571, 597, 598, 600, 601, 605, 610, 611, 621, 627 ff., 631 bis 639, 644 ff., 647 ff., 650, 651—655, 656 f., 663, 664, 667, 672, 676, 679, 680, 684, 691, 696, 697, 699, 701, 706, 709, 713, 717, 718, 721, 722.
Vermandovillers 310, 340.
Vermelles 78.
Verona 201.
Versailles 485, 528, 530, 570, 593, 671, 683, 685 ff., 688, 692, 693, 697, 699, 700, 705, 706, 716, 724 f., 730, 731.
Versicherungen 7, 135, 137, 429, 505, 604, 718.
Verträge (vgl. auch Bündnisse, Zweibund, Dreibund, Vierbund und Entente) 4, 5, 8, 9, 15, 16, 17, 18, 25, 29, 47, 49 f., 55, 57, 84, 104, 105, 108, 109, 120, 138, 150, 151, 160, 162, 163, 164, 165—170, 175, 176, 187, 192, 194, 196, 197, 201, 207, 217, 218, 229, 231, 239 f., 241, 258, 260, 262, 274, 275, 279, 294, 300, 315, 317, 321, 322, 329, 336, 348, 351, 359, 363, 364, 365, 367, 369, 376, 398, 400, 425, 426, 439, 442, 448, 452, 465, 475, 479, 482, 484, 493 bis 497, 499, 500, 512 f., 514, 518, 519 f., 521, 522 bis 526, 532—536, 557 f., 559, 561, 565, 569, 574, 575, 576, 577, 578, 585, 595 f., 601, 606, 608, 613, 618, 619, 621, 641, 642, 643, 651, 656, 658, 665, 672, 673, 674, 678, 680, 681 f., 685 ff., 688 f., 693 f., 695, 697, 698 ff., 702 f., 705 f., 711, 712 ff., 715, 716, 717, 718, 719 f., 724, 725 f., 730.
Vesle 590.
Veuillot Louis 96.
Vevey 321.
Viareggio 169.
„Victoire" 360.
Vielgereut 373.
Vienne le Chateau 71.
Vierbund (Österr., Deutschland, Bulgarien und Türkei) 213—219, 258, 261, 287, 318, 323, 345 f., 351, 355, 362 ff., 370, 385, 409, 460—463, 476, 490, 492 ff., 510 f., 515, 521, 525, 529, 532—536, 562, 574, 592, 611, 620.
Viereck 128.
Vierzehn Punkte Wilsons (und dann noch zweimal weitere vier Punkte) 513 f., 530, 531, 572, 583, 585, 586, 593, 613, 618, 619, 622 ff., 625, 628 f., 632, 645, 658, 660, 662, 667, 682, 683, 684, 686, 688, 689, 698, 701, 705, 708, 713, 726.
Viktor Emanuel II. von Italien 163.
— — III. von Italien 7, 49, 166, 169, 205, 260, 433, 491, 656, 659.
Viktoria (Stadt) 72.
Viktoria Auguste, Kaiserin 648 f.
— Königin von England 357.
Vilagos 300.
Villa d' Este 169.
Villa, General 112, 140, 250, 285, 292.
Villain Raoul 36.
Villers-Cotterets 580.
„Violane" („Verkündigung") von P. Claudel 116.
Virawa 155.
Virgil 509.
Virginien 249.
Visegrad 216.
Vitry-le-François 52.
Viviani 17, 36, 42, 63, 85, 103, 131, 141, 193, 218, 220, 399.
Vlämen (siehe unter Flämen und Flandern).
Vodena 421.
Vogel Paul 115.
Vogesen 46, 71, 123, 141, 146, 205, 289, 306, 580.

Vojna 445.
Votherr (Vogtherr) 175, 277, 472.
„Volia“ 105.
Völkerbund 514, 515, 531, 538, 572, 576 f., 583, 585, 593, 598 f., 605, 608, 616, 619, 621, 626, 628, 630, 634, 641, 643, 646, 654, 658, 667, 668 f., 671, 672, 673, 674 f., 676, 677 f., 680, 681 f., 683, 684, 686, 687, 688, 689, 692, 693, 694, 695, 698, 699, 700, 702, 703, 705, 706, 707, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 720, 721, 722, 724, 727, 728, 729.
Völkerrechtliches 39, 41, 42, 62, 63, 67, 72, 85, 113, 124, 126, 127, 129, 135 f., 139, 148, 153, 168, 174, 175, 177, 181, 183, 187, 188, 189, 190, 194, 223, 224, 250, 262, 266, 268, 269, 277, 282 f., 292 bis 296, 301, 311, 312, 313, 315, 323, 325, 327, 332, 336, 337, 356, 363, 364, 365, 372, 373, 377, 378 ff., 381, 382, 396, 402, 415, 425, 436, 443, 450, 451, 463, 478, 504, 511, 514, 539, 598, 604, 606, 621, 628, 629, 644, 649, 676, 690, 698, 720.
Volkslieder (Kriegslieder) 71, 246 f., 335, 360.
Volkswehr, österreichische 652, 662, 709 f.
Volkswirtschaftliches (vgl. Landwirtschaftliches 1 f., 10, 14, 15, 35, 40, 44, 55, 72, 74, 81. 84, 92, 94, 97, 98, 104, 129, 130, 132, 134, 141 f., 150, 159, 185, 188, 197 f., 215, 221, 226, 231, 233, 234, 237, 238, 239, 241, 242, 245 f., 247, 248, 250, 253, 254, 257, 258, 261, 270, 274, 276, 278, 284, 285, 286, 287, 302, 305, 813, 322, 323, 324, 325, 328, 329, 334, 336, 338, 345, 346, 347, 356, 358, 361, 374, 375, 382, 386, 387, 398, 402, 409, 416, 417, 418, 419, 424, 425, 426, 427, 429, 431, 433, 436, 437, 438, 443, 448, 449, 450, 451, 454, 456, 460, 461, 462, 463, 466, 470, 472, 473, 474, 477, 478, 481, 483, 486, 487, 489, 493, 494 f., 499, 506, 507, 512, 513, 515, 519, 520, 522, 523, 528, 531, 534, 535, 541, 546, 552, 556, 557, 559, 561 f., 563, 567, 568, 569, 571, 572, 574, 579, 585, 594, 597, 599, 601, 610, 615, 619, 621, 626, 628, 629, 633, 634, 635, 636, 637, 642, 650, 651, 652, 653, 661, 664, 666, 667, 676, 678, 679, 682, 685, 686, 687, 691, 692, 694, 695, 699, 700, 702, 704, 707, 711, 712, 715, 716, 717, 718, 719, 725, 726, 727, 729.
Vollmöller 115.
Volpers Rich. 97.
Voltaire 103.
Vorarlberg 251, 655, 690, 691, 696, 721, 725.
„Vorwärts“ 54, 82, 94, 140, 177, 258, 277, 371, 453, 517, 646, 647, 672. 687.
„Vossische Zeitung“ 58.
Votivkirche 361.
Vrede 109.
Vulpanpaß 321.

W.

Waadt 691.
Wacik Franz 361.
Wacker, Pfarrer 93.
Wagner Adolf 97, 507.
— Christian 668.
— Otto 668, 670.
— Richard 94, 115.
Wahid eddin 275.
Wahle Rich. 250.
Wahlen und Wahlrechtsbewegungen 4, 7, 63, 73, 84 f., 99, 100, 104, 112, 128, 130, 139, 141, 160, 184, 224, 249, 251, 259, 306, 307 f., 336, 341 f., 343, 356, 371, 393, 394, 397, 398, 407, 409, 416, 422, 423, 425, 426, 431, 435 f., 439, 441, 446, 455, 460, 474, 482, 483, 496, 503, 515, 516, 519, 521, 522, 529, 530, 552, 556, 558 f., 565, 569, 605, 613, 615, 621, 630, 633, 641, 648, 650, 652, 660, 661, 662, 664, 672, 673, 676 f., 679, 684 f., 692, 701, 704, 708, 709, 710, 719, 722, 723.
Waidhofen a. d. Thaya 251.
Waisenhäuser 100.
Walachei 339, 345, 353.
Waldeck 648.
Waldner, Abgeordneter 552, 633.
Wales, Provinz 100, 102, 458.
Walfischbai 80.
Wallbaum 14, 474.
Wallis 208.
Wallonen (Walonien) 477.
Walraff 529 f.
Waltz J. J. 14.
Walzel Oskar 727.
Wambeck 61.
Wan 203, 556.
— Vilajet 79.
Wandschneider W. 116.
Wardar 218, 477.
Warmbronn 668.
Warnsdorf 718.
Warschau 60, 70, 78, 178, 186, 187, 191, 195, 198, 199, 200, 233, 241, 260, 309, 334, 352, 370, 371, 450, 507, 542, 574, 657, 662.
Wartburg 508.
Wartegg, Schloß 680.
Warthe 60, 70.
Washington George 278, 299 ff., 585, 586.
— Stadt 122, 138, 139, 151, 174, 175, 176, 191, 207, 208 f., 213, 225, 226, 227, 245, 269, 275, 282, 292, 294, 299, 339, 389, 390, 391, 397, 460, 489, 490, 496, 513, 547, 565, 602, 622, 632, 658, 692, 698, 714, 724.
Waterloo 44.
Watson Seton 221.
Weber A. 361.
Weckerle, Ministerpräsident von Ungarn 1, 84, 460, 470, 556, 569, 634 f., 638.
Weddigen, Kapitän 53, 158.
Wedel, Fürst 141, 561, 610, 636.
Wedgewood 76.
Wehberg Hans 250.
Wehlau 52.
Wehrpflicht 4, 17, 85, 126, 188, 193, 200, 201, 207 f., 223, 263, 281, 289 f., 298 f., 310 f., 403, 489, 554.

Weichsel 59, 60, 70, 133, 170, 172.
Weihnachtsfest 89, 90, 502 f., 504.
Weill, Dr., Abgeordneter 85.
Weimar 508, 575, 679, 683, 692, 697, 706.
Weinbau 161.
Weingartner Felix 17.
Weiskirchner Richard, Dr. 178, 211, 228, 354, 406, 412, 422, 477, 523, 545, 551, 627, 664, 680, 717, 721.
Weiß Alb. M. 99.
Weißbuch, amerikanisches 320 f.
— deutsches 38, 130, 320, 694, 700.
— englisches 49, 56, 68.
Weiße Garde 696.
Weißes Meer 583.
Weißrussen 512.
Welfen 672.
Wels 728.
Weltkrieg (s. unter Krieg).
Weltner 407.
Weltsprachen 507.
Wemys, Sir Roßlyn 504.
Wendel, Abgeordneter 14.
Wenitschenko 440.
Wenzel, hl. 429.
Werchowski, General 467.
Wereszyca 52.
Werfel Franz 727.
Werner A. v. 253.
Wertheimsteinpark (Wien) 100.
Weser 354.
West 426.
Westarp, Graf 196, 302, 328 f., 438, 454, 507, 631.
Westcliffe 173.
Westfalen und Westfälischer Friede 252, 690, 714.
Westindien (Westindische Inseln) 228, 355.
Westminsterabtei 102.
„Westminster Gazette“ 31, 37.
Weston Frank, Bischof 96.
Wetmore 128.
Wetterlé, Abgeordneter 54.
Whitby 80, 126.
Whitton 156.
Widdin 216.
Wiegand Karl v. 82, 152.
Wieliczka 79.
Wien 7, 13, 18, 20, 22, 27, 28, 29, 31, 34, 41, 42, 50, 55, 58, 74, 81, 83, 84, 86, 88, 99, 100, 107, 132, 153, 159, 163, 164, 167, 177, 178, 195, 196, 209 ff., 212, 213, 226, 250, 251, 266, 268, 271, 285, 287, 297, 316, 329, 333, 334, 339, 343, 354, 357, 360, 361, 370, 373, 375, 385, 386, 388, 398, 401, 403, 406, 408, 412, 415, 417, 422, 439, 444, 452, 454, 477, 490, 520 f., 537, 538, 545, 547, 548, 549, 550, 551, 560, 561, 562, 566, 571, 579, 588, 589, 591 f., 596, 605, 609, 627, 629, 632, 633, 636, 637, 651, 652, 653, 655, 663 f., 665, 666, 667 f., 676, 677, 680, 681, 684, 690, 691, 694, 695, 701, 704, 709, 711, 712, 715, 717, 721, 728.
Wiener Kongreß 233, 335, 336, 466, 498, 682.
„Wiener Zeitung“ 83.
Wieringen 648.
Wieselburg 717.
Wild v. Hohenborn 331.
Wilhelm B. 253.
— I. 35.
— II. 7, 9, 18, 21, 33, 34 f., 38, 40 f., 43, 54, 62, 67, 69, 72, 82, 83, 84, 88, 89, 93, 94, 95, 99, 113, 117, 133, 184, 188, 200, 212, 228, 243, 244, 247, 251, 257, 261, 262, 297, 304, 313, 332, 334, 343, 353, 364 f., 370, 371, 385, 396, 399, 400, 409, 414, 416, 435, 439, 445, 454, 456, 457, 458, 461, 464, 466, 468 f., 476, 485, 501, 504, 519, 525 f., 534, 538, 549, 550, 561 f., 573 f., 587 f., 592, 604, 606, 620 f., 622 f., 636, 639, 644 f., 646 f., 648 f., 650, 679, 682, 687, 693 f., 698, 700, 706, 720, 725.
— von Wied 3, 6, 8 f., 16, 58 f.
Wilhelmshaven 251, 304, 331, 647.
Wilhelmshöhe 606.
Wilk Josef 100.
Wilkinson Spencer 208.
Wille Bruno 96.
Willthorne 501.
Wilna 204, 542.
Wilson Henry, General 485, 501, 530, 531.
— Woodrow, Präsident 54, 62, 111, 112 f., 114, 117 f., 129, 139, 148, 153 f., 176, 182 ff., 191, 202, 205, 225, 234, 237, 244 f., 249, 250, 267, 268, 269, 275, 282, 291, 293 ff., 297, 302, 307 f., 329, 332 f., 339, 341, 349 ff., 355 f., 361, 364, 366, 367, 368 ff., 371, 374, 375, 376, 377, 378 ff., 381, 387, 389 f., 396, 397, 399 f, 402 ff., 406, 415 f., 424, 432, 434 f., 456, 460, 462 f., 488, 497 ff., 500, 501, 502, 513 f., 518, 519, 526 ff., 530, 531, 538, 539 f., 545, 546, 554 f., 560, 564, 565, 572, 576, 577, 583, 585 f., 587, 593, 600, 606 f., 611, 612, 613, 615, 616, 618, 619, 622, 623 f., 625, 628 f., 630, 631, 632, 633, 635 f., 637, 638, 639 f., 643, 644, 645, 648, 651, 652, 654, 655, 656, 658 f., 660, 665, 666, 667, 669, 671 f., 674, 675, 676, 677 f., 662, 683, 684, 686, 688, 589, 690, 691, 692, 693, 694, 698, 700, 701, 705 f., 713, 714, 717, 719, 720 f., 723, 726, 729.
Wimmer, Minister 432.
Windau 606.
Windhuk 94, 175.
Windsor, Haus 443.
Winnitschenko 667.
Winstonley 728.
Winter Max 691.
Winterfeldt v., General 643.
Winterpalast (Petersburg) 478, 480.
Wippach 331.
Wirth Albrecht 668.
Wisloka 171 f.
Wissel 662.
Wissenschaftliches 40, 62, 95, 200, 228, 250, 313, 346, 385, 475, 488, 586, 604, 669, 675, 721, 729.
Witte, Graf 122.
Wittek 627.
Wittelsbach, Burg 94.
— Dynastie 646.
Wladikin Jokin 105.
Wladikawkas 518.
Wladimir, Metropolit 127, 480.

Wladiwostok 154, 309, 531, 555, 578, 596, 617.
Wloclawek 70.
Woerndle H. 98.
Woevre 274, 289.
Woevret-Ebene 156.
Wohlfahrtswesen (Wohltätigkeitsveranstaltungen) 99, 251, 276, 429, 505.
Wohnungswesen 429, 505, 648.
Wola 133.
Wolf, Dr. 84.
— K. H., Abgeordneter 412, 445 f.
„Wolf", Schiff 532.
Wolfenstein Alfred 727.
Wolff Odilo 98.
— -Metternich 288 f.
Wolffsche Büros 121, 304 f., 463.
Wolfram von Eschenbach 506.
Wolga 525, 517.
Wolhynien 204, 330, 339, 343, 481.
Wolter Friedr. 116.
„World" 152.
Wotjaken 107.
Wrisberg v., General 616 f.
Wucher und Schleichhandel (-Gesetze) 197, 246, 579, 669.
Wulf M. de 98.
Wundt W. 507.
Wurm A. 98, 99.
Württemberg 93, 252, 483, 648.
Würzburg 472, 670.
Wyszkow 145.
Wyszogrod 133.
Wysztyter See 70.

Y.

Yarmouth 71, 124, 274.
Ymuiden 372.
York v. Wartenburg, Graf 93.
Yorkshire 208.
Young Men Christian Association 596.
Ypern 61, 71, 146, 156, 157, 289, 306, 385, 580.
Yser (und -Kanal) 61, 71, 571, 590.
Yser-Ypern-Kanal 61.
Yuanschikkai 110, 138, 149 f., 245, 308.
Yussuf-Izzeddin 275.

Z.

Zabern 1, 93, 98, 501.
Zach Franz 98.
Zagora 222.
Zagorac 64.
Zaimis, griech. Ministerpräsident 217, 233, 306, 421, 435.
Zajecar 216, 232.
Zakliczyn 79, 121, 145.
Zaleski 564.
Zaleszczyki 145, 155, 280.
Zamazal 343.
Zamenhof Lazarus, Dr. 507.
Zamosc 46.
Zantvoorde 61.
Zapata 250.
Zara 226, 373, 656, 723.
Zarathustra 115.
Zarismus 51, 58, 65, 78, 132, 134, 151, 393 bis 397, 412, 415, 439, 455, 478, 483, 489, 496, 502, 511, 515, 517, 525, 529, 542, 563, 581 f., 594, 596, 598, 605, 610, 617, 660, 697.
Zarizyn 480.
Zarskoje Selo 394, 455, 479, 480, 481.
Zator 342.
„Zauberflöte" 508.
Zboro 155.
Zborow 325, 444.
Zeebrügge 71, 206, 508, 563.
Zeitrechnung (vgl. Kalender) 275.
Zeitungswesen u. Zeitungsstimmen (auch Preßfreiheit) 4, 5, 6, 13, 16, 19, 20, 23, 26, 32, 33, 53, 55, 58, 64 f., 67, 68, 72, 77, 82, 86, 88, 108, 110, 112, 117, 121, 122, 128, 136, 143, 149, 152, 154, 159, 168, 174, 177, 183, 187, 188, 192, 193, 195, 202, 204, 225, 237, 239, 248, 249, 260, 283, 287, 296, 298, 302, 319, 320, 325, 329 f., 348, 349, 356, 367, 395, 404, 410, 427, 439, 452, 469, 481, 490, 491, 507, 529, 569, 577, 606, 609 f., 613, 621, 636, 648, 664, 698, 709, 717, 723, 729.
Zensur 161, 167, 169, 201, 207, 219, 220, 223, 225, 228, 230, 267, 297, 341, 349, 395, 487, 622.
„Zenta", Schiff 45.
Zentralenwirtschaft 245 f., 579.
Zentrum, deutsches 91, 92, 93, 94, 96, 98, 115, 141, 143, 197, 258, 277, 286, 371, 417, 436, 438, 482, 502, 507, 621, 649, 669, 672, 675, 676, 683, 721, 729.
Zentrumsparlamentskorrespondenz 91.
Zeppelin, Graf (auch Zeppelin-Typ) 71, 172, 173, 181, 202, 263, 274, 284, 327, 366, 399, 433, 442, 507.
„Zertrümmert die Götzen" von Josef Eberle 670.
Zeylon 228.
Zichy Joh. 569.
Ziegler, Kommunist 695.
— Theobald 508.
Zietz 159.
Zigeuner 107.
Zimmel K. 250.
Zimmermann 253, 267, 268, 315, 338, 352, 370, 380, 397.
Zimmerwald 441.
Zingeler 98.
Zirkassier 518.
Zita, Kaiserin von Österreich 272, 354 f., 373, 551, 562, 588 f., 639, 723.
Zitomir 523, 525.
Zivilisatorisches 31, 33, 35, 39, 40, 55, 62, 75, 87, 97, 115, 127, 136, 137, 151, 156, 170, 182, 189, 208, 228, 230, 243 f., 251, 256, 261, 266, 288, 313, 314, 337, 357, 358, 363, 367, 383, 385, 404, 427, 442, 458, 464, 465, 475, 486, 487, 526, 535, 575, 576, 584, 585, 586, 600, 607 f., 609, 659, 678, 681, 682.
Zloczow 542.
Zlota Lipa 195.
Zmigrod 79.
Zographos 8, 16, 107.
Zolger 701.
Zölibat 509.
Zollwesen und Zollbündnisse (-vereine) 24, 101, 102, 151, 161, 179, 249, 278, 307, 308, 358, 386, 420, 475, 493, 676, 687, 716.

Zorn v. Bulach 98.
Zoroaster 115.
Zscharnach 252.
Zsombor 677.
Zuaven 156.
Zuidersee 648.
„Zukunft" 145.
Zunguldak 149.
Zurburg Urban 96.
Zürich und Züricher See 104, 236, 529.
Zusammenbruch Mitteleuropas (siehe unter Umsturz).
Zusammenkünfte (vgl. Konferenzen) 5, 7, 9, 10, 11, 16, 18, 25 ff., 101, 104 f., 228, 271, 276, 278, 285, 353, 370, 385, 398, 411 f., 434, 444 f., 454, 464, 489, 501, 538, 561 f., 571, 592, 601, 606, 609, 719, 723.
Zwölf Inseln 2, 5, 15.
Zycha, Professor 446.
Zypern 108, 217, 218.